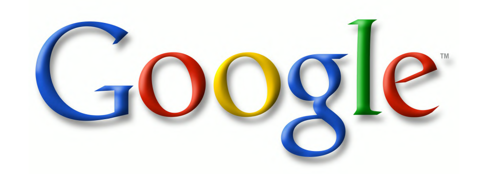
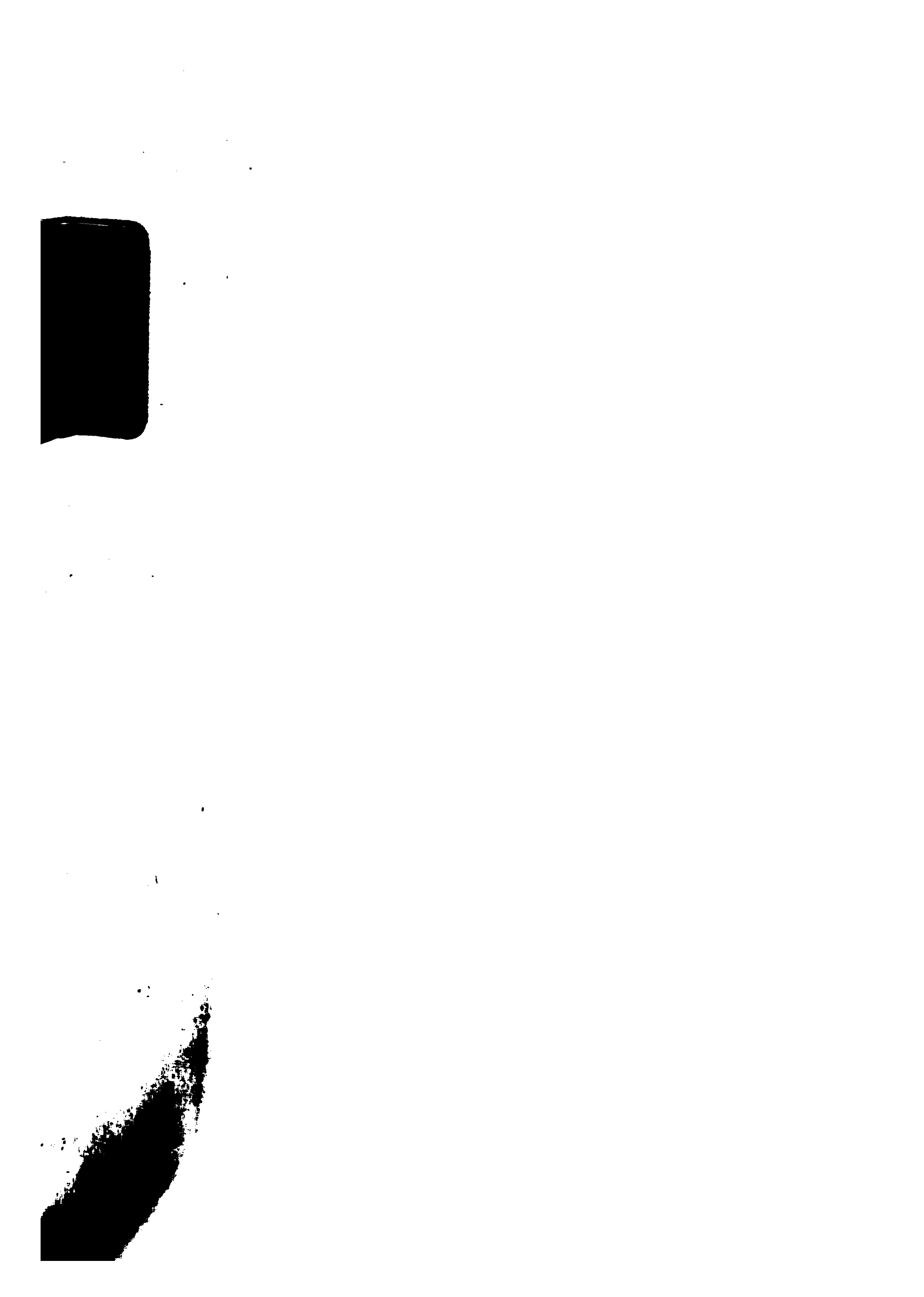
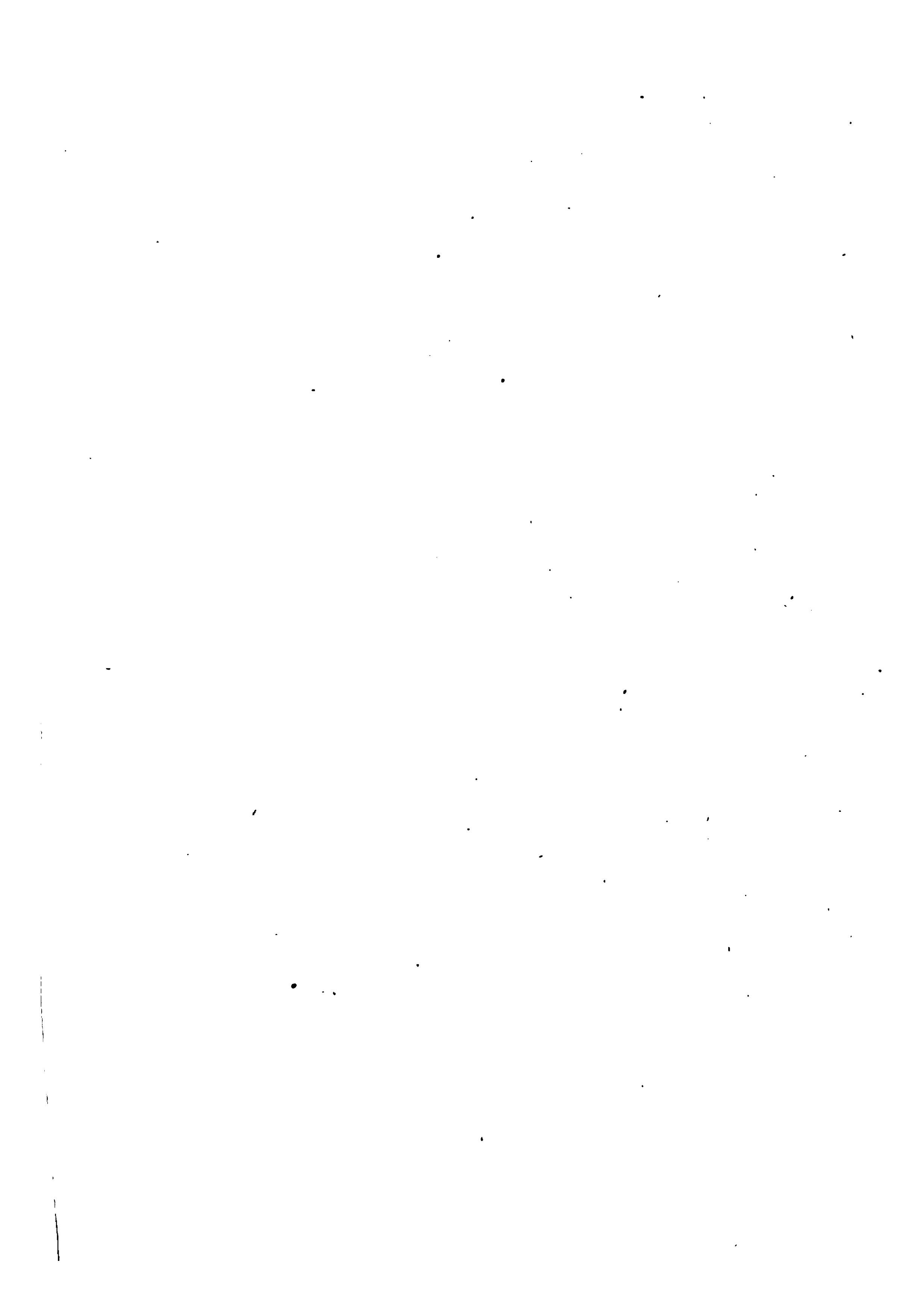




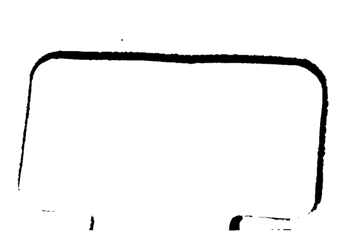


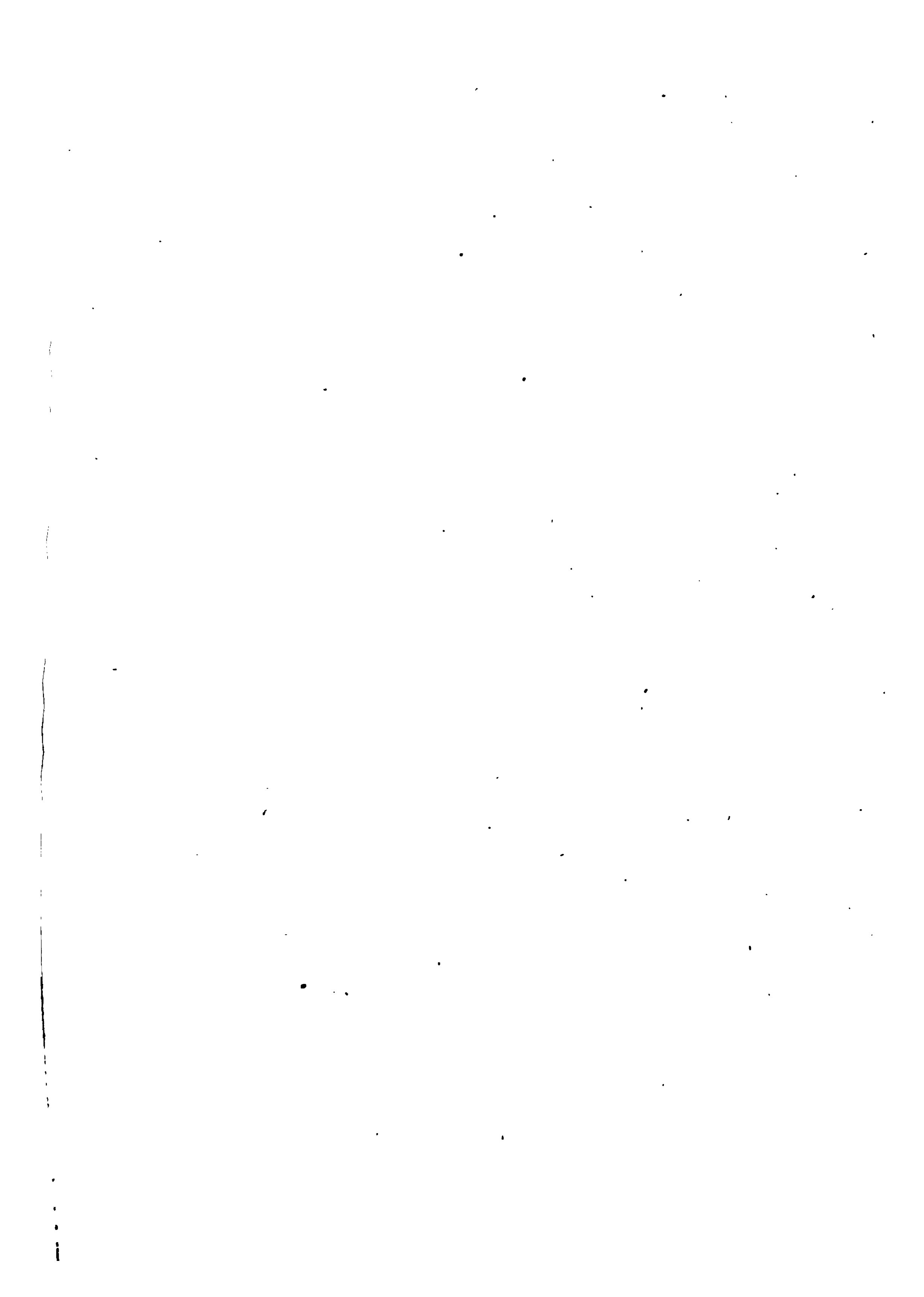












Allgemeine Geschichte

in

Einzeldarstellungen.

Unter Mitwirkung von

Felix Bamberg, F. von Bezold, Alex. Brückner, Const. Bulle, Felix Dahn, G. Droysen, Joh. Dümichen, Bernh. Erdmannsdörffer, Theod. Flathe, Ludw. Geiger, Gust. Hertzberg, O. Holtzmann, F. Hommel, E. O. Hopp, Ferd. Justi, B. Kugler, S. Lefmann, Ed. Meyer, A. Müller, W. Oncken, M. Philippson, R. Pietschmann, Hans Prutz, S. Ruge, Th. Schiemann, B. Stade, A. Stern, Ed. Winkelmann, Georg Winter, Adam Wolf, H. v. Zwiedineck-Südenhorst

herausgegeben

von

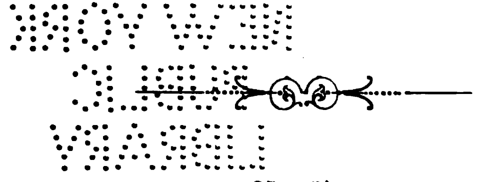
Wilhelm Oncken.

Dritte Hauptabtheilung.

Dritter Theil, zweite Hälfte.

Geschichte des dreißigjährigen Krieges.

Von G. Winter.



Berlin,

G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung Separat-Conto

(Müller-Grote & Baumgärtel).

1893.

Geschichte

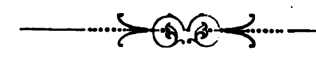
des

Dreißigjährigen Krieges.

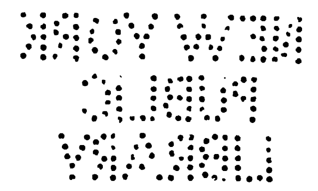
Von

Dr. Georg Winter,
Königl. Archivar in Magdeburg.

Mit Porträts, Illustrationen und Karten.



Berlin,
G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung Separat-Conto
(Müller-Grote & Baumgärtel).
1893.



Druck von Fischer & Wittig in Leipzig.

Beginn des Satzes am 8. Juni 1893.

Erstes Buch.

Gänzlicher Zerfall der Reichsverfassung. Organisation entgegengesetzter Parteien. Union und Liga.



Rückblick und Ausblick.

Nicht ohne energischen Widerstand pflegen sich die großen neuen Ideen, welche den Fortschritt der menschlichen Entwickelung und Gesittung im geschichtlichen Leben der Völker bedingen, geltend zu machen. Nachdem sie durch die ihnen innewohnende Kraft und Bedeutung sich eine große Zahl von Anhängern erworben haben, stellt sich ihnen in der Regel mit leidenschaftlicher und verzweifelter Kraft das Altgewordene, durch jahrhundertelange Ueberlieferung scheinbar Geheiligte entgegen, um das Recht der eigenen Existenz im Kampfe gegen das Neue, im innersten Wesen Entgegengesetzte zu behaupten. Auf diesem Kampfe zwischen dem Gewordenen und dem Werdenden beruht vornehmlich die lebendige Bewegung im Gange der geschichtlichen Entwickelung.

So war es im Verlaufe des 16. Jahrhunderts auch der protestantischen Idee, die nicht allein eine religiöse, sondern zugleich auch eine politische war, ergangen. Nicht Luther erst hatte sie geschaffen; sie war im Gegensatz zu den sittlichen Zuständen der alten Kirche und zu den universalen Ansprüchen, welche dieselbe auch gegenüber dem politischen Leben der Völker erhob, im 15. Jahrhundert langsam und allmählich emporgewachsen und hatte in sich den Keim einer neuen, modernen, von der Oberhoheit des römischen Papstthums unabhängigen kirchlichen und staatlichen Entwickelung gezeitigt. Luthers weltgeschichtliches Verdienst beruht, so durchgreifend und staunenerregend mächtig sich seine Wirksamkeit gestaltete, doch keineswegs darauf, daß er bewußt und absichtlich ein völlig Neues der bisherigen Entwickelung entgegenstellte, sondern vielmehr darauf, daß er zuerst aussprach und in ein von Grund aus durchdachtes System brachte, was Hunderttausende vor ihm und mit ihm unklar empfunden und gedacht hatten. Eben darauf beruht das Geheimniß des großartigen Erfolges, den er errang. Die große Menge des Volkes, die unter den Mißbräuchen und finanziellen Bedrückungen der verweltlichten Kirche gelitten und sich nach einer Befreiung des individuellen staatlichen Lebens der Völker von der Oberherrschaft des Papstthums gesehnt hatte, fühlte, daß der unerschrockene Wittenberger Mönch, der mit unerschütterlichem Muth und niemals wankender Ueberzeugungstreue der allmächtigen kirchlichen Hierarchie entgegenzutreten wagte, der Vorkämpfer sei, der das erreichen werde, was man seit Jahrzehnten ersehnte und erstrebte. Wie ein Sturmwind brauste die von ihm ins Leben gerufene geistige Bewegung durch die Lande und rüttelte mit titanenhafter Kraft an den Grundlagen des morschen Gebäudes,

welches die Hierarchie aufgerichtet hatte, um die Welt zu beherrschen. Es war das erste Mal, daß der Individualismus der Völker und der Einzelnen sich machtvoll auflehnte gegen die Bevormundung, in welcher die mittelalterliche Hierarchie, über ihre ursprünglichen Zwecke weit hinausgehend, das Leben der Völker und der Einzelnen zu halten erfolgreich gestrebt hatte. Indem die neue Bewegung nicht nur die unübersteigliche Schranke, welche die alte Kirche zwischen dem Einzelnen und seinem Gotte aufzurichten bestrebt war, niederriß, sondern zugleich auch die seitdem nie wieder zum Schweigen gekommene Frage über die Grenzen zwischen Staat und Kirche einer neuen Phase der Lösung zuführte, nahm sie zugleich einen tief innerlich religiösen und einen nationalen politischen Charakter an. In dieser letzteren Richtung knüpfte sie an die alten Kämpfe wieder an, welche zuletzt dereinst unter Kaiser Ludwig dem Baiern zwischen dem Papstthum und der weltlichen Gewalt entbrannt waren. Zum ersten Male seit langer Zeit ging eine große einheitliche geistige Bewegung durch das ganze in staatlicher Zerrissenheit getrennte deutsche Volk. Fürwahr, von unermeßlicher Bedeutung für die ganze weitere Entwickelung der deutschen Geschichte wäre es gewesen, wenn die Centralgewalt den großen Augenblick verstanden und sich an die Spitze dieser tiefgehenden geistigen Bewegung gestellt hätte. Nicht nur die kirchliche Einheit wäre dadurch gerettet worden, auch das politische Leben hätte einen neuen, auf nationale Einheit und Kraft gerichteten Antrieb erhalten, der von unermeßlicher Tragweite gewesen wäre. Es war ein tragisches Verhängniß ohne Gleichen für unser Volk, ein Verhängniß, an dessen Folgen wir noch heute zu leiden haben, daß das nicht geschah, daß die herrliche Blüthe nationalen Geisteslebens, die dem deutschen Volke damals aufging, in ihrer Fortentwickelung gehemmt und geknickt wurde gerade durch den, welcher die Geschicke der Nation als oberste weltliche Macht in der Hand hatte. Es kann kein Zweifel sein, daß die reformatorische Idee das ganze deutsche Volk ebenso einheitlich mit sich fortgerissen hätte, wie das später in den nordgermanischen Reichen geschah, wenn nicht Karl V., der Fremdling auf deutschem Thron, der für den warmen Pulsschlag des Lebens des deutschen Volkes nicht das geringste Verständniß hatte, alle ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel aufgeboten hätte, um die „religiöse Neuerung“ zu ersticken. Wenn für die Fortdauer des unseligen inneren Zwiespalts, für den verderblichen religiösen Dualismus und die immer weiter fortschreitende staatliche Zerrissenheit unseres Volkes eine einzelne Persönlichkeit verantwortlich gemacht werden kann, so ist es ohne Frage Kaiser Karl V. Ohne ihn wären wir ein im reformatorischen Evangelium geeinigtes Volk geworden.

Eine Zeit lang konnte es sogar scheinen, als werde trotz aller Machtmittel des mit dem Papstthum zur Unterdrückung der Ketzerei verbundenen Kaisers der Protestantismus die Oberhand, ja die Alleinherrschaft in Deutschland erringen. Mit unwiderstehlicher Gewalt schien er sich geltend zu machen. Ein gewiß unverdächtiges Zeugniß dafür ist es, wenn der päpstliche Nuntius

Aleander vom Wormser Reichstage aus nach Rom berichtet, von zehn Deutschen seien immer neun lutherisch und der zehnte zum wenigsten antipäpstlich. Und das war im Anfange der Bewegung! Zwar brachte dann der Bauernkrieg mit seinen furchtbar verwüstenden Folgen einen Rückschlag in dem Fortschritt der protestantischen Idee, aber er war doch nur vorübergehend. Nachdem die neue Lehre in der Augsburger Confession von 1530 eine feste Grundlage erhalten hatte, breitete sie sich unaufhaltsam weiter aus und begann bald selbst die alten geistlichen Gebiete, die durch ihre Lebensinteressen am engsten mit der alten Kirche verbunden waren, zu ergreifen. In den Territorien, in welchen ihr kein äußerer Zwang entgegentrat, errang sie in kurzer Zeit die unzweifelhafte Oberherrschaft.

Aber in Einer Richtung war der Widerstand, welchen die alte Centralgewalt der Reichsverfassung der neuen Lehre entgegenstellte, von vornherein, auch wo sie deren Fortschritte nicht zu hemmen vermochte, von verhängnißvoller Bedeutung. Die Bewegung, welche wie keine vor ihr geeignet gewesen wäre eine nationale zu werden, der zersplitterten Nation einen einigenden Mittelpunkt zu geben, wurde eine particulare. Von der Reichsgewalt zurückgestoßen, mußte sie Zuflucht und Rettung bei den Territorialgewalten suchen, die, soweit sie weltlich waren, in ihrer überwiegenden Mehrheit der neuen Lehre anhingen und dadurch nun eine außerordentliche Steigerung ihrer staatlichen Gewalt erfuhren. Mit den aufrichtigen religiösen Sympathieen für die neue Lehre verband sich naturgemäß bei den weltlichen Fürsten das Streben, diesen neuen Factor des nationalen Lebens zugleich zu einer Verstärkung ihrer staatlichen Selbständigkeit gegenüber der dem Protestantismus feindlichen Reichsgewalt zu benutzen. Statt einer von Rom unabhängigen reformirten deutschen Nationalkirche, wie sie anfangs als möglich erschienen war, entstanden die territorialen Landeskirchen; statt die nationale Einheit zu stärken, mußte der Protestantismus, obwohl er das ganze deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen erregte und durchdrang, doch zu einer neuen Stärkung der territorialen Selbständigkeit dienen, weil er nur in ihr seine Existenz zu retten vermochte. Der religiöse Kampf wurde zugleich ein politischer, in welchem die in tiefstem Grunde echt deutsch nationale protestantische Idee thatsächlich im Bunde mit den particularen Mächten gegen die centrale Reichsgewalt zu kämpfen gezwungen war. In dieser tragischen Verflechtung liegt der Knoten zu der ganzen späteren Entwickelung unserer nationalen Geschichte, die zur Begründung einer staatlichen Einheit erst wieder gelangen konnte, als die nationale protestantische Idee thatsächlich zur Grundlage der staatlichen Neuschöpfung gemacht wurde. Für die ersten Zeiten eines Ringens um die von der Centralgewalt beharrlich verweigerte rechtliche Anerkennung der Existenz kann es aber nicht geleugnet werden, daß der Protestantismus es gewesen ist, der die letzten Reste der einheitlichen Verfassungsinstitute erst völlig lahm legte, dann vernichtete, um aus den Ruinen des alten einen neuen Bau erstehen zu lassen.

In dem Verlaufe dieses gewaltigen Kampfes, der bald nur mit geistigen Waffen, bald mit Feuer und Schwert unser Vaterland durch anderthalb Jahrhunderte durchtobte und unserem Volke tausendfache Wunden schlug, gab es in der That einmal einen Moment, in welchem es scheinen konnte, als sei Karl V. die unerschütterlich festgehaltene Lebensaufgabe, die Unterdrückung der „Ketzerei" und die Wiederaufrichtung der Einen alleinseligmachenden Kirche, wirklich gelungen. Als nach dem schmalkaldischen Kriege und der Wittenberger Capitulation (1547) die hauptsächlichsten fürstlichen Führer des Protestantismus in Deutschland, der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen, vom Kaiser völlig besiegt und persönlich in dessen Gefangenschaft gerathen waren, da glaubte man auf päpstlicher Seite wirklich, des unbequemen und gefährlichen Gegners Herr geworden zu sein, den Protestantismus vernichtet zu haben. Aber alsbald zeigte sich doch aufs Neue, daß große lebendige Ideen, wenn sie einmal die Gemüther einer großen Zahl von Menschen durchdrungen und erfüllt haben, mit Gewalt der Waffen nicht zu unterdrücken sind. Wenn in Frankreich, wo der Protestantismus bei weitem weniger als in Deutschland in die Herzen der Massen eingedrungen war, das Hugenottenthum nach jeder neuen Maßregel der Unterdrückung, nach jeder scheinbar noch so gewaltigen Niederlage immer von Neuem mit unvergleichlicher Lebenskraft und Elasticität wieder emporschnellte, so war das in noch weit höherem Maße mit dem Protestantismus in Deutschland der Fall. Zeigte schon der heldenhafte Widerstand der einen Stadt Magdeburg gegen die Restaurationsmaßregeln des Kaisers, welche Summe von Energie der neuen Lehre innewohnte, so warf die große protestantische Fürstenverschwörung des Jahres 1552 unter Leitung des Kurfürsten Moritz von Sachsen vollends alle mühsam errungenen Ergebnisse des schmalkaldischen Krieges wieder über den Haufen. Am Abend seines rastlos dem Dienste der alten Kirche gewidmeten Lebens stand Karl V. ungefähr wieder auf demselben Standpunkte wie am Anfange seiner Regierung. Er hatte den Fortgang der religiösen Neuerung wohl aufzuhalten, aber nicht zu hindern, er hatte die schönste Blüthe des nationalen geistigen Lebens wohl in ihrer Entwickelung zu hemmen, aber nicht zu vernichten vermocht. Sein Lebenswerk war ein vergebliches gewesen. Er mußte es noch mit ansehen, daß der verachteten Ketzerei die rechtliche Grundlage einer weiteren Existenz gegeben wurde. Er konnte sich nicht entschließen, diese ihm in der innersten Seele verhaßte rechtliche Anerkennung des Protestantismus selbst auszusprechen, überließ vielmehr den Abschluß des nicht mehr zu vermeidenden Ausgleichs zwischen der alten und neuen Kirche, welche jetzt erst eine rechtlich begründete Existenz erlangte, seinem jüngeren Bruder Ferdinand (1555). Er selbst zog sich, in der resignirten Erkenntniß, daß er den mit allem Eifer und mit allen Mitteln der ihm zu Gebote stehenden Macht verfolgten Endzweck seiner Lebensarbeit verfehlt habe, in die Mauern eines Klosters zurück. Dort ist er, fern von den Geschäften weltlicher und kirchlicher Regierung, denen er doch die erstrebte Richtung nicht zu geben vermochte, gestorben.

Aber Eines hatte er doch durch den gewaltigen Kampf, den er gegen den Protestantismus entflammt hatte, erreicht: wenn es ihm nicht gelungen war die neue Lehre zu vernichten, so hatte er doch den sonst unausbleiblichen Untergang der alten Kirche in Deutschland verhindert. Ein Rest ihres Besitzstandes war ihr verblieben, vor Allem aber, sie hatte Zeit gewonnen, sich auf sich selbst zu besinnen und die Kräfte des Widerstandes zu organisiren. Durch den Orden Jesu und durch das Tridentiner Concil innerlich gekräftigt, ging sie nun von den ihr verbliebenen Punkten der Macht aus daran, nicht nur das Gerettete zu erhalten, sondern auch den verlorenen Boden wenigstens theilweise wiederzugewinnen. Und nur zu wohl ist ihr das gelungen. Als sie den Kampf kurz nach der Mitte des Jahrhunderts mit neu gestärkten Kräften wieder aufnahm, standen von den bedeutendsten weltlichen Fürsten Deutschlands nur noch zwei, Oesterreich und Bayern, treu und fest zu ihr. Der gesammte übrige weltliche Fürstenstand war entweder erklärt protestantisch oder zeigte doch starke Hinneigung zur neuen Lehre. Aber auch in Oesterreich und Bayern war ein großer Theil der Bevölkerung evangelisch und hatte in heftigen inneren Bewegungen ein gewisses Maß religiöser Duldung errungen. Selbst in den geistlichen Fürstenthümern, die der alten Kirche noch verblieben waren — es waren im Wesentlichen die west- und süddeutschen; denn die norddeutschen waren, zum Theil schon vor dem Augsburger Religionsfrieden, in den Besitz der Protestanten gelangt — regte es sich nicht allein in den Bevölkerungen, sondern auch unter den geistlichen Kurfürsten und Fürsten gab es solche, welche trotz des im Augsburger Religionsfrieden enthaltenen geistlichen Vorbehalts geneigt gewesen wären, zum Protestantismus überzutreten, wenn es ohne Schaden für ihre reichsfürstliche Stellung geschehen konnte. Noch war der Versuch, den Hermann von Wied in Köln in dieser Richtung unternommen hatte, nicht vergessen. Gebhard Truchseß ging daran ihn zu wiederholen. Noch immer schien es möglich, ganz Deutschland für die neue Lehre zu gewinnen.

Wodurch nun wurde es den schwachen Resten der alten Kirche dennoch möglich, nicht allein sich zu behaupten, sondern im Verlauf der zweiten Hälfte des zehnten Jahrhunderts den Protestantismus aus einer ganzen Reihe von Gebieten, die er schon fast unbestritten im Besitz zu haben schien, wieder zu verdrängen? Die kaiserliche Gewalt allein hätte unter den Nachfolgern Karls V., die eine weit versöhnlichere Richtung einschlugen als dieser, gewiß nicht ausgereicht, den Fortgang des Protestantismus aufzuhalten. Es war ein Ineinandergreifen der verschiedenartigsten Ursachen, was es ermöglichte. Gewiß ist dabei das Wiedererstarken des katholischen Geistes, die unverkennbare Besserung der sittlichen Zustände der Geistlichkeit ebenso hoch anzuschlagen als die unermüdliche Propaganda, welche der Jesuitenorden entfaltete. Beides bewirkte zunächst, daß der Protestantismus in den von katholischen Fürsten beherrschten Gebieten nicht mehr mit der Schnelligkeit um sich griff wie bisher. Aber daß der Katholicismus nicht dabei stehen blieb, sondern seinerseits zum

Angriff übergehen konnte, ist doch in erster Linie durch die Uneinigkeit unter den Protestanten, welche auf dem leidenschaftlichen Hasse der Lutheraner und Calvinisten gegen einander beruhte, und durch die Unklarheit und zweifelhafte Gültigkeit einer Reihe von grundlegenden Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens bewirkt worden. Dazu kam dann noch, daß die Institute der Reichsverfassung selbst eben unter dem Druck dieser Unklarheiten und in Folge der Fiction, nach welcher der katholische Charakter der Centralgewalt und der hauptsächlichsten anderen Verfassungseinrichtungen beibehalten wurde, einen nahezu widersinnigen Charakter annahmen, indem sie der katholischen Minderheit der Bevölkerung rechtlich zu einem unzweifelhaften Uebergewicht über die protestantische Mehrheit verhalfen. Während nach der Zahl der Bevölkerung Deutschland ein ohne Zweifel ganz überwiegend protestantisches Land war, hatten in der reichsrechtlichen Vertretung der Einzelstaaten, im Reichstage, die Katholiken die Entscheidung fast ausschließlich in der Hand. Im Kurfürstenrathe standen den drei protestantischen weltlichen Kurfürsten die drei katholischen geistlichen gegenüber. Dadurch war dieses Institut, auf dem die Bedeutung der ständischen Vertretung in erster Linie beruhte, in allen Fragen, in denen Katholiken und Protestanten sich nicht verständigen konnten, und das waren eben alle grundlegenden kirchenpolitischen Fragen, von vornherein mattgesetzt und zur Unthätigkeit verurtheilt. Zu wirklichen Entscheidungen konnte es hier thatsächlich zumeist nur dann kommen, wenn Kursachsen, wie das nur zu häufig geschah, sich von seinen Glaubensgenossen trennte und den katholischen geistlichen Kurfürsten anschloß. Im Fürstenrath aber hatten die Katholiken durch die sehr zahlreichen kleinen geistlichen Fürstenthümer die ganz entschiedene Mehrheit in der Hand, auch wenn sämmtliche weltliche Fürsten, die in ihrer überwiegenden Zahl protestantisch waren, zusammenstimmten. Diese Gunst der Umstände aber konnte von den Katholiken um so rücksichtsloser ausgenutzt werden, als eben die Protestanten fast in keiner Frage einhellig stimmten, sondern durch den unseligen Gegensatz zwischen Lutherthum und Calvinismus in zwei lange Zeit scharf getrennte Lager gespalten waren. Die Städte aber, in denen der Protestantismus unzweifelhaft überwog, hatten eine reichsrechtlich niemals widerspruchslos klargestellte, jedenfalls aber nicht entscheidende Stimme in der ständischen Vertretung. So hatte, ebenso sicher wie die Mehrheit der Bevölkerung im deutschen Reiche protestantisch war, ebenso sicher in dessen offizieller Vertretung der Katholicismus die Oberhand. Aehnlich lag die Sache bei den großen Rechtsinstituten, welche auch in den zwischen Protestanten und Katholiken streitigen Rechtssachen die Entscheidung in der Hand hatten. Dieser Zustand mußte in der That für die Dauer unhaltbar werden und ist es geworden, indem die Protestanten der Reihe nach die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags und die Autorität des Reichshofraths und des Reichskammergerichts als für sie nicht bindend erklärten. Gewiß ging dadurch der Reichsverfassung ihr letztes gemeinsames Band verloren, aber es war der einzige Weg, auf dem der Protestantismus sich vor einer Vergewaltigung in

seinen höchsten Lebensinteressen zu schützen und zu retten vermochte. Die Sprengung des Reichstages von 1608 durch die protestantische Minderheit war nur das letzte Glied in einer langen Entwickelungsreihe, die sich aus der Widersinnigkeit einer unveränderten Beibehaltung der alten Reichsinstitute gegenüber den von Grund aus veränderten Verhältnissen mit Nothwendigkeit ergab. Die einheitlichen Institute zerfielen, das staatliche Leben zog sich immer ausschließlicher in die territorialen Einzelstaaten zurück, die sich nach dem Bekenntniß ihrer Herrscher in immer ausgesprochenerer Feindseligkeit in scharf getrennten Parteien gegenüberstanden. Der Augsburger Religionsfriede hatte diese Entwickelung nicht aufzuhalten vermocht; im Gegentheil, er hat sie begründet und nothwendig gemacht, indem er durch die Vieldeutigkeit seiner Bestimmungen den Streit zwischen den Parteien verewigte, dessen Ausgleichung innerhalb der einer überwundenen Epoche angehörenden Verfassungsinstitute ein Ding der Unmöglichkeit war.

So kam es, daß, während die staatliche Macht der Territorien sich zu immer größerer Selbständigkeit entwickelte und dem Ziele voller Souveränität immer näher kam, der deutsche Gesammtstaat in seinen wichtigsten Lebensäußerungen mattgesetzt wurde und nach außen zu fast vollkommener Machtlosigkeit herabsank, und das gerade in derselben Zeit, da die Nachbarstaaten des Reichs zu immer größerer innerer Festigung gelangten, Spanien zu einer Weltmacht ersten Ranges zu werden begann, Frankreich nach langen und schweren inneren Stürmen endlich unter Heinrich IV. eine feste und straff organisirte monarchische Gewalt begründete. Während das große deutsche Reich den fortgesetzten Anfällen der Türken fast wehrlos gegenüberstand und durch wiederholte Tribute neue schwere Unfälle abwenden mußte, während es auf jede Einmischung in die damals zur Entscheidung stehende Frage über das Schicksal der zu einem großen Theile deutschen baltischen Provinzen verzichten mußte, schritt die umfassende und zwar fanatisch einseitige, aber auch streng folgerichtige Politik Philipps II. von Erfolg zu Erfolg. Trotz der schweren und langen Kämpfe, in die das spanische Reich mit den nach staatlicher und kirchlicher Selbständigkeit in heldenhaftem Kampfe ringenden niederländischen Provinzen verwickelt war, nahm es doch mehrere Jahrzehnte hindurch in ganz Europa eine so beherrschende Stellung ein, daß es scheinen konnte, als werde dem Sohne gelingen, was der Vater vergeblich erstrebt hatte: die Begründung einer staatlich organisirten papistisch-katholischen Suprematie gegenüber den zersplitterten protestantischen Mächten, ja die fast völlige Unterwerfung des protestantischen Princips. Alle Fäden der päpstlich-katholischen Politik liefen in dem Cabinet von Madrid zusammen, überall in allen europäischen Verwickelungen, in den inneren Wirren Frankreichs und Englands wie in den Kämpfen zwischen den nordischen Mächten über die Ostseeprovinzen, hatte es seine mächtige Hand im Spiele, und überall unterstützte es mit größter Folgerichtigkeit die katholischen Mächte gegenüber den protestantischen. In den Jahren des Conflicts der französischen Krone mit

den Guisen und der Ligue, namentlich in dem Augenblicke, da die Möglichkeit der Nachfolge des protestantischen Königs Heinrich von Navarra in immer greifbarere Nähe trat, ist dem Könige Philipp sehr ernstlich der Gedanke gekommen, ganz Frankreich wenigstens mittelbar mit seinem spanischen Weltreiche zu vereinigen, indem er die Erbansprüche seiner Tochter Isabella an die französische Krone zur Geltung brachte. Und wirklich sind die Guisen in ihrer partei- und kirchenpolitischen Verblendung auf diesen Gedanken, dessen Ausführung die Selbständigkeit ihres Vaterlands vernichtet hätte, eingegangen. In der That haben dann an den inneren Kämpfen in Frankreich spanische Truppen unter Alexander Farnese wiederholt sehr lebhaften thätigen Antheil genommen. In dieser Epoche (etwa um 1590), war die thatsächliche Macht Philipps II. ohne Frage bedeutender, als die seines Vaters jemals gewesen war. In Spanien herrschte er unumstritten; in den Niederlanden hatten zwar die nördlichen Provinzen ihre Unabhängigkeit von Spanien proclamirt, waren aber noch entfernt davon sie endgültig erstritten zu haben, im Gegentheil war derselbe Alexander von Parma, welcher die extrem katholische Partei in Frankreich gegen ihren hugenottischen König unterstützte, nach mehreren erfolgreichen kriegerischen Unternehmungen in beständigem Vorrücken begriffen und hatte nicht nur die katholischen südlichen Provinzen fester als vorher an Spanien gekettet, sondern schien auch die Wiederunterwerfung der nördlichen Provinzen erreichen zu können; in Frankreich war, während Heinrich von Navarra sich Jahre lang vergeblich abmühte, seine ihm kraft Erbrechtes zugefallene Königswürde zur Anerkennung zu bringen, thatsächlich der Einfluß der spanischen Politik der entscheidende; in Deutschland gewann sie gegenüber dem haltlos schwachen Kaiser stets wachsenden Einfluß bei dem katholischen Fürstenthum; in Italien behauptete sie nicht nur ihren alten Besitz, sondern fand auch bei einigen Fürstenthümern, namentlich bei Herzog Karl Emanuel von Savoyen, energische Unterstützung in ihrer ganzen Richtung; auf die päpstliche Politik übte sie einen oft drückend empfundenen, aber doch nicht minder sicheren energischen Einfluß aus, in den Kämpfen an der Ostsee war sie nicht nur erfolgreich bestrebt, die Holländer vom dortigen Seehandel auszuschließen, sondern unterstützte auch in den polnisch-schwedischen Kämpfen wirksam das katholische Polenthum gegen das protestantische Schweden. Spanien war unbestritten die erste Weltmacht Europas.

Wie hätten sich aber nicht gegen dieses drückende Uebergewicht, welches den gesammten Protestantismus nicht allein, sondern alle andern nationalen Staaten in ihrer Existenz bedrohte, allenthalben Kräfte des Widerstands regen sollen? Schon im Augenblick der höchsten äußeren Machtentwickelung Spaniens hatten sie sich im Stillen entwickelt. Abgesehen von dem heldenmüthigen Ringen der protestantischen Niederländer um ihre kirchliche und staatliche Selbständigkeit, deren selbst der allmächtige Philipp nicht Herr zu werden vermochte, war es zuerst die durch Elisabeths umsichtige und kraftvolle Regierung organisirte und durchaus mit protestantischem Geiste erfüllte Macht

des englischen Inselreichs, welche sich gegen die spanische Uebermacht auflehnte. Der Mißerfolg der zur Niederwerfung Englands bestimmten spanischen Ar-



Herzog Alexander von Parma.

Facsimile des Kupferstiches, 1591, von Johann Wierix (geb. 1550).

mada im Jahre 1588 war der erste Stoß, der die Alles beherrschende Weltmacht erschütterte. Wie eine Befreiung von einem drückenden Alp wurde dies

Ereigniß in allen protestantischen Kreisen Europas empfunden. Darnach begann in den Niederlanden nach Alexander von Parmas Tode das Vordringen Spaniens zu erlahmen; vor Allem aber regte sich, zu je umfassenderer Größe die universale Macht Spaniens emporwuchs, um so mehr doch auch in Frankreich wieder der Gedanke der nationalen Selbständigkeit auch in katholischen Kreisen mit verstärkter Kraft. Diejenige Richtung, welche Heinrich von Navarra auch dann dauernd vom Throne ausschließen wollte, wenn er wieder zum Katholicismus übertrete, hörte auf, die allgemeine im katholischen Frankreich zu sein. Heinrich IV. fand in den inneren Kämpfen, in denen er um die Krone rang, nicht mehr bloß die Unterstützung der französischen Hugenotten und deutscher Protestanten, sondern auch der national gesinnte katholische Adel begann sich in seinem Lager einzufinden. Es gelang ihm eine Reihe von Erfolgen zu erringen, welche es sogar eine Zeit lang möglich erscheinen ließen, daß er als Protestant den französischen Thron besteige. Als er dann 1593 thatsächlich aus Gründen der Staatsraison den Uebertritt vollzog, gelangte er nach kurzer Zeit zur unbestrittenen Herrschaft in ganz Frankreich, die er in großartiger organisatorischer Thätigkeit anwendete, um durch strenge Ordnung der Finanzen und der gesammten Verwaltung, durch eifrige Förderung und Hebung der Landwirthschaft, des Handels und Gewerbfleißes sein Land innerlich zu kräftigen und nach außen widerstandsfähig zu machen. Indem er zugleich seinen früheren Glaubensgenossen eine weitgehende Duldung ihrer religiösen Gemeinschaft verschaffte, stellte er nicht nur den inneren Frieden in der Hauptsache her, sondern vereinigte auch alle die reichen Kräfte seines Landes um das nationale Königthum. Er ist der erste Vertreter der modernen Staatsgewalt, der erste Landesherr, der den sonst bei Protestanten wie Katholiken noch gleich wenig anerkannten Gedanken der religiösen Toleranz zur Grundlage der Staatsverwaltung gemacht hat. Obwohl selbst Katholik, erschien er doch nach kurzer Zeit als der Vorkämpfer der protestantischen Idee gegenüber dem übermächtigen papistisch-katholischen Spanien, welchem er sich, zunächst natürlich aus rein politischen Gründen, entgegenstellte. Durch den Frieden, den er im Jahre 1598, demselben Jahre, welches in seiner inneren Politik durch das Toleranzedict von Nantes bezeichnet wird, mit Spanien zu Vervins abschloß, trat er keineswegs aus seiner gegensätzlichen Stellung zu der spanischen Politik heraus, sondern er wünschte nur die Kraft zu sammeln, um seine Stellung um so nachdrücklicher geltend zu machen. Als Philipp II. in demselben Jahre starb, war das System der spanischen Vorherrschaft in Europa zwar noch nicht zusammengebrochen, aber in seinen Grundfesten erschüttert. An die Stelle der spanischen Oberherrschaft begann der Dualismus zwischen Spanien und Frankreich zu treten, der die nächsten anderthalb Jahrzehnte politisch beherrschte.

Welche Stellung nahm nun innerhalb dieser die Welt bewegenden Gegensätze das deutsche Reich ein, welches doch das ganze Mittelalter hindurch und bis ins sechzehnte Jahrhundert hinein wenigstens in der Theorie und An-



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 1.
Zwölf Radirungen, 1587, von Jakob de Gheyn (1565—1615), nach Heinrich Goltzius (1558—1617).

schauung der Menschen die Vormacht des christlichen Europa gewesen war? Nach dem, was wir früher über den langsamen, aber stetig fortschreitenden Verfall der Reichsverfassung gesagt haben, wird es nicht überraschen, wenn wir wahrnehmen, daß es von jener Vormachtstellung zu fast völliger Bedeutungslosigkeit in den großen europäischen Fragen herabgesunken war. Wenn die Unhaltbarkeit und klägliche Schwäche der reichsrechtlichen Zustände, welche sich unter dem Einflusse der in einem Bundesstaate doppelt verhängnißvollen religiösen Zersplitterung der Nation herausgebildet hatte, in dem Auftreten nach außen hin noch eine Zeit lang verborgen bleiben konnte, solange die gegenüber der ständischen Zersplitterung noch allein vorhandene Centralgewalt in den Händen wenigstens einigermaßen kraftvoller und zielbewußter Herrscher war, so trat die ganze klägliche Ohnmacht und Schwäche dieses Organismus der Desorganisation mit erschreckender Deutlichkeit zu Tage, seitdem die kraftlose Hand eines Rudolf II. die Zügel der Regierung führte. Es war ein tragisches Verhängniß für unser Vaterland, daß in dieser Epoche einer großen europäischen Krisis, in der es sich an den verschiedensten Stellen der vorwaltenden Kämpfe um deutsche Länder und deutsche Interessen handelte, die Geschicke der Nation einem Manne anvertraut waren, der in rathloser Schwäche und Haltlosigkeit zwischen den inneren und äußeren Gegensätzen umherschwankte und in einer Zeit, in der energisches und zielbewußtes Wollen und Handeln die erste aller Herrscherpflichten sein mußte, in stumpfer Thatenlosigkeit verharrte, die sehr erheblich dazu beitragen mußte, jene inneren Gegensätze, welche durch kein centrales Gegengewicht im Zaume gehalten wurden, sich zu voller Schärfe ausreifen zu lassen. Zug um Zug waren im Innern des Reiches die schweren Schläge gegen die letzten Reste einer centralen Reichsgewalt von beiden einander entgegengesetzten Parteien



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 2.

geführt worden, ohne daß der Kaiser auch nur versucht hätte, an irgend einem Punkte entscheidend einzugreifen und einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen. Man erinnere sich nur an die vollständige Haltlosigkeit, die er in der für die Reichsverfassung so wichtigen Grundfrage der Session der protestantischen Stifter an den Tag legte! Es war von vornherein klar, daß diese Frage nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden könne, daß es ein Ding der Unmöglichkeit war, die alte Stimmenvertheilung am Reichstage beizubehalten, die Stimmen derjenigen geistlichen Fürstenthümer aber, die in den Händen von Protestanten waren, ruhen zu lassen und dabei doch zu verlangen, daß die so ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubten Fürsten dennoch die Ausführung der ohne ihre Mitwirkung zu Stande gekommenen Beschlüsse des Reichstags in ihren Ländern auf sich nehmen sollten. Es lag auf der Hand, daß die Protestanten über kurz oder lang, wenn diese Frage nicht in der einen oder andern Form gelöst wurde, naturnothwendig dahin gedrängt werden mußten, die rechtliche Gültigkeit der gesetzgeberischen Handlungen des so verstümmelten Reichstages oder doch deren Verbindlichkeit für die von den Berathungen Ausgeschlossenen anzufechten. Denn es war in der That eine Lebens- und Existenzfrage für die protestantischen Administratoren geistlicher Stifter, daß ihnen ihre reichsrechtlichen Befugnisse nicht dauernd entzogen wurden; selbst die Ordnung und Festigkeit der inneren Verwaltung in diesen Stiftern begann unter dieser Rechtsunsicherheit zu leiden. Hier war ein energisches Durchgreifen von Seiten des Kaisers nach der einen oder der andern Seite eine unbedingte Nothwendigkeit. Statt dessen schwankte Rudolf von einer augenblicklichen Verlegenheitsauskunft zur andern, weil er nicht den Muth und die Kraft hatte, eine ernste Entscheidung zu fällen. Und wie in dieser, so war es in allen

den anderen schwierigen Verfassungs- und kirchenpolitischen Fragen, die gebieterisch eine gesetzliche Lösung verlangten, wenn nicht mit Sicherheit eine gewaltsame erfolgen sollte. Aber völlige Energielosigkeit, die gänzliche Unfähigkeit, einen festen Entschluß in irgend einer wichtigen Frage zu fassen, ist das Charakteristische dieser ganzen, verzweifelt langen Regie ung, nicht bloß in allen politischen, sondern auch in rein persönlichen Angelegenheiten, die dann wieder ihre Rückwirkung auf die Politik hatten. Wie viele Jahre ist nicht zwischen Philipp II. und Rudolf über die Vermählung des letzteren mit der Tochter des ersteren, Isabella, verhandelt worden! Aber es war nicht möglich den Kaiser zu einem Entschlusse zu bringen. Weder that er jemals einen ernstlichen Schritt, um die geplante Heirath zu vollziehen, noch war er dahin zu bringen, nun endgültig auf dieselbe zu verzichten. Und als dann Philipp II., nachdem dieser Zustand der Unentschiedenheit Jahre lang gedauert hatte, dazu schritt, seine allmählich nachgerade alternde Tochter einem andern Bewerber zu vermählen, da empfand das der Kaiser als eine unerhörte Beleidigung, die er dem spanischen Hofe niemals völlig vergeben hat. Der Gegensatz und das Mißtrauen, welches ihn später, im Widerspruch zu seiner kirchlich-politischen Stellung und zu den verwandtschaftlichen Beziehungen zu den spanischen Habsburgern, gegen die spanische Politik erfüllte, ist neben der ihm in der Seele verhaßten Successionsfrage in erster Linie auf dieses Scheitern des Heirathsprojectes mit Isabella zurückzuführen.



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 3.

Wie aber hätte man von einem Herrscher, der selbst in einer solchen ihn persönlich aufs Nächste berührenden Frage unfähig zu jedem Willensacte war, einen solchen in den Fragen der Politik erwarten sollen? Während um ihn her in heftigen Zuckungen ein Glied des Reichsorganismus nach dem

andern abstarb und an Stelle der gemeinsamen Vertretung gemeinsamer Interessen immer mehr ein zügelloser Kampf der Parteien gegen einander trat, stand er inmitten dieser schroffen Gegensätze haltlos und rathlos, wie ein schwankendes Rohr zwischen ihnen umhergetrieben, zu schwach, sich für einen von ihnen zu entscheiden, zu schwach auch, um eine Ausgleichung auch nur zu versuchen.

Man könnte diese absolute Rath- und Thatenlosigkeit seiner Regierung, deren hauptsächlichster Inhalt in den Bestrebungen liegt, ihm schon bei Lebzeiten einen Nachfolger zu geben, nicht eigentlich auf einen Mangel an Intellect zurückführen, der vielmehr erst später im Laufe seiner immer mehr zum Wahnsinn hin sich entwickelnden Krankheit zu Tage trat. Die Gesandten, die einmal das seltene Glück hatten, eine Audienz bei ihm zu erlangen, rühmten vielmehr die Klarheit, mit der er die schwierigsten politischen Fragen erfaßte und den Dingen auf den Grund ging. In der That war er keineswegs geistig unbedeutend. Seine wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigungen und Liebhabereien beschränkten sich keineswegs auf die alchymistischen und astrologischen Träumereien, in denen sich in jenen Tagen auch so hervorragende Männer wie Keppler gefielen, sondern er zeigte in der That eindringendes Verständniß in wissenschaftlichen und künstlerischen Dingen. Es darf ihm ebenso wenig vergessen werden, daß er einem Tycho de Brahe und Keppler eine Zufluchtsstätte und die Mittel zu ihren epochemachenden Forschungen gewährte, als daß er in seiner Königsburg auf dem Hradschin eine herrliche Sammlung von hervorragenden Gemälden und von unvergleichlichen historischen und kunstgewerblichen Schätzen vereinigte. An weitreichenden und umfassenden Kenntnissen hat es ihm nicht gefehlt, auch nicht auf dem Gebiete der Historie und der Politik. Aber ein gewaltiger Unterschied ist doch zwischen vernunftgemäßem Erkennen der Dinge und dem Willen, der die Erkenntniß in die That umsetzt. Beide Gaben sind nur selten in einem Menschen vereinigt. Bei Rudolf trug die eine sogar unzweifelhaft dazu bei, ihm die andere fast völlig zu rauben. Durch seine eifrigen Studien und Arbeiten in seinen Sammlungen und Laboratorien wurde er in einem ihm von Natur eigenen Hange zur Einsamkeit und Abschließung bestärkt, der mit zunehmender Krankheit sich ständig vermehrte und sehr erheblich dazu beitrug, ihn in wachsendem Maße zur Regierung unfähig zu machen. Sehr bald wurde es für Gesandte fremder Staaten, später auch für seine eigenen Räthe immer schwieriger, zuletzt unmöglich, eine Audienz bei ihm zu erlangen. Wochen und Monate lang lebte er in seinem Palaste, ohne sich nur ein einziges Mal in

---

Zu der Abbildung auf Seite 17: Dieser Prunkharnisch Rudolfs II. ist vermöge des Reichthums, der genialen Anordnung und vollendet künstlerischen Durchbildung seiner Ornamentirung, wie auch der vortrefflichen technischen Behandlung der hochgetriebenen und mit Gold tauschirten Darstellungen eine der schönsten überhaupt existirenden Rüstungen. Der Entwurf ist von dem Münchener Maler Christoph Schwarz (1550—1597). Der Harnisch ist von matt-grau gehaltenem Stahl; die nackten Körpertheile der figürlichen Darstellungen sind blank, die Bekleidung und manches Beiwerk aber mit Gold tauschirt. Auf Brust und Rücken sind die Thaten des Herkules dargestellt; in der Mitte der Brust Herkules im goldenen Schuppenrock auf seine Keule gestützt. — Der Panzerschurz ist eine spätere Zugabe. (Nach Q. Leitner.)

der Oeffentlichkeit sehen zu lassen. Da ist dann von Zeit zu Zeit das Gerücht entstanden, er sei überhaupt nicht mehr am Leben, sein Tod aber werde dem Volke, um Verwirrung zu vermeiden, verheimlicht. Wie sollten sich aber in solcher krankhaften Abgeschiedenheit auch nur die gewöhnlichen Geschäfte der Regierung erledigen, geschweige denn der großen Politik Wege und Richtung vorzeichnen lassen! Es gab Zeiten, in denen der Kaiser, in seine Laboratorien eingeschlossen, Wochen lang überhaupt nichts von Geschäften hören wollte. Immer deutlicher traten die Spuren von Melancholie auf, die sehr bald auf unzweifelhafte Geistesstörung schließen ließen. Die weitere Entwickelung dieses Krankheitszustandes erinnert in manchen Einzelheiten an das tragische Geschick des unglücklichen Bayernkönigs Ludwigs II. Seit 1600 wollte man periodisch wiederkehrende Wahnsinns- und Tobsuchtsanfälle an ihm bemerkt haben. Dazwischen aber lagen doch auch wieder Perioden völlig klaren Geistes. Aber in seiner Lebensweise, in seiner Menschenscheu und seiner Abgeschiedenheit von der Oeffentlichkeit änderte sich auch während dieser Zeiten relativer Gesundheit nichts. Die Rath- und Thatlosigkeit blieb dieselbe und äußerte ihren verhängnißvollen Einfluß auf alle Geschäfte. Vielleicht hätten die schroffen Gegensätze, die in den Reichstagen des endenden sechs-



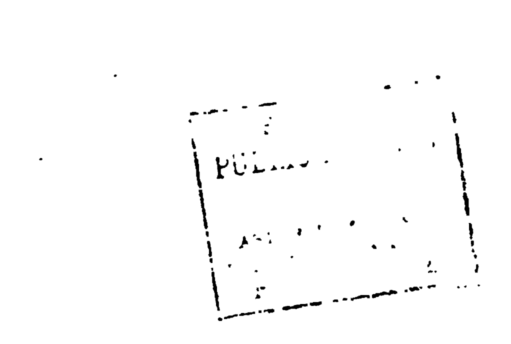
Prunkharnisch Kaiser Rudolfs II.;
Wien, Kais. Artillerie-Arsenal-Museum (s. Anm. S. 16).

zehnten und beginnenden siebzehnten Jahrhunderts immer schärfer zu Tage traten, durch ein persönliches Eingreifen des Kaisers doch wenigstens einigermaßen ausgeglichen werden können. Allein durch keine noch so gewichtigen Gründe konnte der Kaiser mehr bewogen werden, den Verhandlungen persönlich beizuwohnen, vielmehr beauftragte er anfangs seinen Bruder Matthias, später, als er mit diesem in scharfen Conflict gerathen war, den Erzherzog Ferdinand mit seiner Stellvertretung. Wenn nur diese Stellvertretung wenigstens eine unbedingte gewesen wäre! Aber die letzte Entscheidung wollte der Kaiser doch immer sich selbst vorbehalten, so daß dann ein fortwährender schriftlicher Verkehr zwischen dem Reichstage und dem Hofe zu Prag erforderlich wurde. Nimmermehr hätte sich der Kaiser dieser letzten Entscheidung begeben. Daß man ihn, von seiner Unfähigkeit zur Regierung mehr und mehr überzeugt, von Seiten Spaniens, der Kurie und selbst seiner eigenen nächsten Verwandten, der österreichischen Erzherzöge, dazu drängte, bei seinen Lebzeiten einen Nachfolger zu ernennen, der dann sein natürlicher Stellvertreter geworden wäre, hat er als eine schwere Beleidigung aufgefaßt. Die Handlungen seiner Regierung in den späteren Jahren seines Lebens sind sehr entscheidend durch dies Mißtrauen und diesen Argwohn, daß man ihn seiner Würde, von der er eine sehr hohe Vorstellung hatte, berauben wolle, beeinflußt worden. Trotz seiner Thatenlosigkeit und seines Widerwillens gegen die Geschäfte der Regierung, trotzdem oder vielleicht gerade weil er zu Zeiten seine Unfähigkeit zur Regierung wohl erkannte, hat er mit voller Entschiedenheit darauf bestanden, sie unumschränkt in seiner Hand zu behalten. Wenn sie thatsächlich oder nach seiner mißtrauischen Annahme bedroht war, hat er sich, um seine Fähigkeit zur Regierung zu beweisen, hie und da zu selbständigem Handeln aufgerafft, in dieser scheinbaren Energie dann aber oft die verhängnißvollsten und übereiltesten Fehler begangen. Das zeigte sich namentlich in seinem Verhalten in den seiner eigensten Verwaltung unterstehenden Erblanden, in denen ähnliche Gegensätze zu Tage traten und gebieterisch das Eingreifen eines zielbewußten Willens erforderten, wie die Dinge draußen im Reich. Aber durch die Kopflosigkeit und das systemlose Schwanken von einem Extrem zum andern, welches in den Handlungen des Kaisers zu Tage trat, wurde auch hier Alles verdorben. Zu derselben Zeit, wo auf dem Regensburger Reichstage durch die Secession der Protestanten das letzte Reichsinstitut zusammenbrach, welches noch die Einheit über der Vielheit repräsentirte, entfielen den schwachen Händen des Kaisers auch die Zügel der Regierung in seinen eigenen Erblanden. Auch hier entstand ein wirres Chaos, welches die Grundlagen der staatlichen Existenz in Frage stellte. Gerade diese Vorgänge haben nicht unwesentlich auf den Verlauf der Verhandlungen des Regensburger Reichstages von 1608 mit eingewirkt. Daß in diesem einem Falle zum ersten Male seit langer Zeit Kursachsen mit den anderen, von Kurpfalz geleiteten Protestanten zusammenging, war in erster Linie durch die Besorgniß veranlaßt, welche die Entwickelung der Dinge in Österreich, Ungarn und



Kaiser Rudolf II.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1603, von Aegidius Sadeler (1575—1629); Originalgemälde von Johann von Aachen (1552—1615).



Mähren, die gewaltsamen Restaurationsversuche, die dort in unbedachtester Weise gegenüber dem Protestantismus unternommen wurden, in dem Kurfürsten von Sachsen wachriefen. Und auch für den weiteren Verlauf der allgemeinen Entwickelung im Reiche, für die immer feindlichere Zuspitzung der dortigen Gegensätze sind diese Zustände in den Erblanden von so entscheidender Bedeutung geworden, daß wir es nicht länger verschieben dürfen, ihnen eine eingehende Betrachtung zu widmen.



Der Alchymist.
Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Christoph Maurer (1558—1614).

Die Umwälzung in den Erblanden des Kaisers und der Zwist im Kaiserhause.

Trotz der eifrigen Bemühungen der Habsburger, den Protestantismus wenigstens aus ihrem Hausbesitze, den österreichischen, ungarischen, böhmischen, mährischen und steirischen Gebieten grundsätzlich auszuschließen, hatte doch die neue Lehre auch hier bald Eingang und eine immer wachsende Zahl von Anhängern gefunden. Karl V. selbst würde sich wohl diesen evangelischen Elementen gegenüber niemals zu einer wirklichen Nachgiebigkeit verstanden haben, allein er hatte die Regierung der deutschen Besitzungen des Hauses Habsburg schon bei seinen Lebzeiten seinem Bruder Ferdinand, der auch zu seinem Nachfolger im Reiche bestimmt war, überlassen, dieser aber war, obwohl selbst gleichfalls eifriger und gläubiger Katholik, doch minder starr und einseitig als sein mächtiger Bruder, bemühte sich vielmehr aufrichtig, durch vermittelnde Maßregeln und kleinere Zugeständnisse an die Anhänger der neuen Ideen die völlige Auflösung der Einheit der Kirche zu verhindern, wenngleich er sich zu einer vollen Anerkennung der lutherischen Lehre, welche schon 1556 von einem landständischen Ausschuß von ihm erbeten wurde, nicht zu entschließen vermochte. Bekannt sind seine Bestrebungen, die Protestanten dadurch zu beruhigen, daß er vom Papst für seine Länder die Erlaubniß des Gebrauchs des Kelchs beim Abendmahl erwirkte. Ueberhaupt zeigte er sich versöhnlich und entgegenkommend und verschloß sich der Erkenntniß nicht, daß so manche der Beschwerden, welche die Protestanten gegen die katholische Kirche erhoben, berechtigt seien. Er drang in Folge dessen auf dem Trienter Concil eifrig auf eine innere Reform der Kirche und gerieth, als dasselbe darauf nicht einging, vielmehr sich fast ausschließlich mit der Berathung der Dogmen beschäftigte, gar bald in ernstliche Mißhelligkeiten

---

Zu der Abbildung auf Seite 21: Die Turnierharnische der zweiten Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts, in der meist nur noch gefahrlose Gesteche abgehalten wurden, unterscheiden sich wesentlich von denen früherer Zeiten mit ihren gefahrvollen ritterlichen Turnieren. Im Allgemeinen wurden die Feldharnische so eingerichtet, daß sie durch Anbringung von Wechsel- und Verstärkungsstücken auch zu den üblichen Gestechen benutzt werden konnten. So unterscheidet sich der hier abgebildete Turnierharnisch von einer gewöhnlichen Feldrüstung derselben Zeit nur durch den Helm, das Verstärkungsstück am linken Ellbogen und eine Schraube auf der linken Brust zur Befestigung der Tartsche. Der Helm ist ein Stechhelm der jüngsten Form und besteht aus dem Scheitelstück mit steifem an den Rücken anzuschraubendem Genick, dem Visir, welches in einen steifen Bart endet und durch zwei Schrauben mit dem Bruststück verbunden ist, und aus dem auf das Scheitelstück aufgeschraubten Stirnverstärkungsstücke. Die Beinröhren sind an der inneren Seite geschnürt. (Nach Q. Leitner.)

mit dem Papste, die ihn immerhin zeitweilig abhielten, den protestantischen Neuerungen mit voller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Protestanten konnten daher, wenn auch nicht rechtlich anerkannt, so doch thatsächlich in leiblicher Sicherheit ihres Glaubens leben. Noch günstiger wurde diese Lage des protestantischen Theils der Bevölkerung unter Ferdinands Sohne und Nachfolger Maximilian II. Freilich, wenn man in früheren Jahren in protestantischen Kreisen gehofft hatte, daß Maximilian, der in den ersten Regierungsjahren seines Vaters eine ganz unzweifelhafte Hinneigung zu den protestantischen Ideen gezeigt hatte, diese nun auch durch offenen Uebertritt zur neuen Lehre bethätigen werde, so hatte man sich getäuscht. In dem Conflict zwischen seiner religiösen Anschauung und den Gründen der Staatsklugheit, in den er dadurch versetzt wurde, daß sein Vater ihn, wenn er Protestant geworden wäre, niemals zum Nachfolger hätte erheben lassen, entschied er sich schließlich dafür, äußerlich an der alten Kirche festzuhalten. Es war kein Zweifel, daß er andernfalls auf die Nachfolge im Reich und auf die mächtige politische Verbindung mit der spanischen Linie seines Hauses hätte verzichten müssen. Seine Lage war in Folge dessen eine ganz ähnliche wie die Hein-



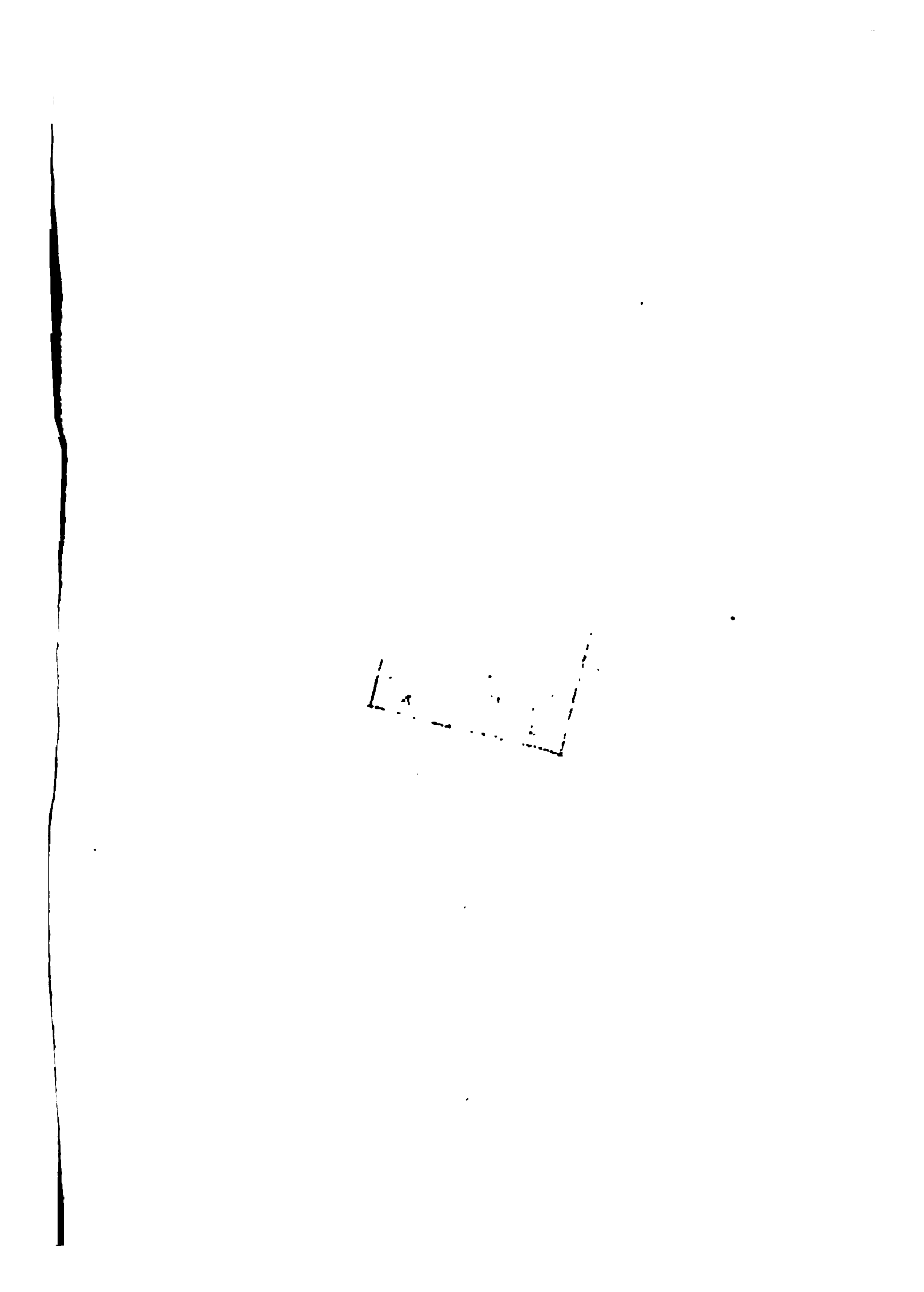
Turnierharnisch Kaiser Maximilians II.;
Wien, Kais. Artillerie-Arsenal-Museum (s. Anm. S. 20).



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 4.
Zwölf Radirungen, 1587, von Jakob de Gheyn (1565—1615), nach Heinrich Goltzius (1558—1617).

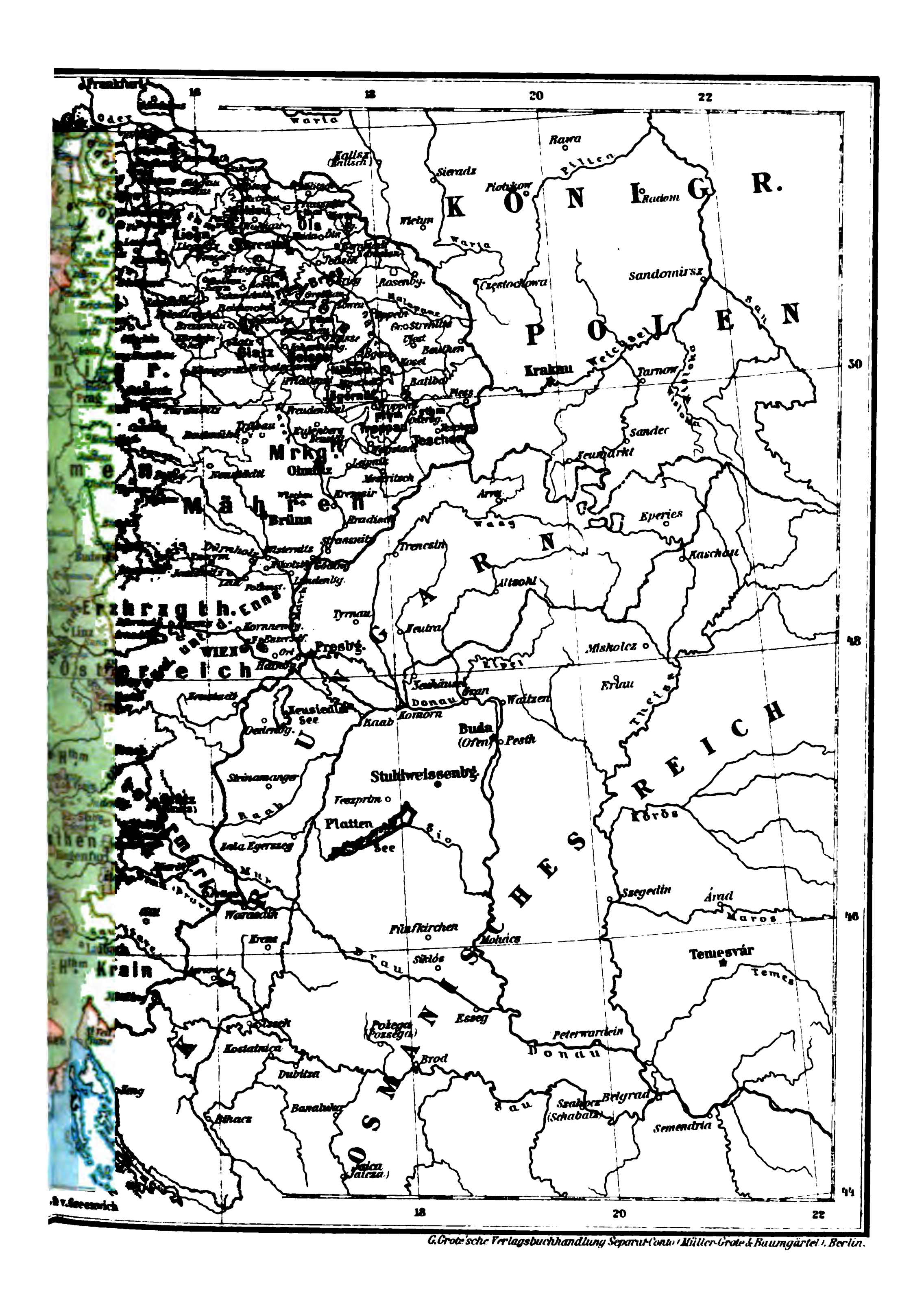
richs IV. von Frankreich vor seinem Regierungswechsel, und ähnlich fiel seine Entscheidung. Im Dezember 1561 nahm er, nachdem die Verhandlungen wegen seiner Nachfolge mit den geistlichen Kurfürsten eröffnet worden waren, statt seines bisherigen lutherischen Hofpredigers Pfauser einen katholischen an, gab den päpstlichen Nuntien Hosius und Commendone beruhigende Versicherungen und leistete endlich im Februar 1562 seinem Vater in Gegenwart sämmtlicher Erzherzöge die feierliche Zusage, er wolle die in der Wahlcapitulation vorgeschriebene Verpflichtung zum Schutze des päpstlichen Stuhles und der christlichen Kirche gleichfalls eingehen. Das schloß nun, streng genommen, eine directe Verleugnung seiner protestantischen Meinungen nicht in sich, aber es legte ihm doch eine äußerlich katholische Haltung auf, welche allerdings die katholischen Fürsten beruhigte, aber doch seinem Charakter eine verhängnißvolle Doppelzüngigkeit verlieh.

Immerhin konnte es doch keinem Zweifel unterliegen, daß er nach seinen bisherigen innersten Ueberzeugungen jedenfalls nicht geneigt sein werde, dem Protestantismus in seinen Erblanden mit besonderer Energie entgegenzutreten; er schlug vielmehr hier wie im Reiche eine zuweilen sogar etwas schwächliche vermittelnde Richtung ein. Wenn die protestantischen Stände dann aber, im Vertrauen auf die von ihnen bereits erlangte Mehrheit in den Landtagen und auf die protestantischen Neigungen Maximilians, nicht allein die Anerkennung der Augsburger Confession verlangten, sondern sogar offen danach strebten, die neue Lehre zur alleinherrschenden zu machen, so war der Kaiser doch keineswegs geneigt darauf einzugehen. Wohl aber entschloß er sich am 18. August 1568 zur Freigabe der Augsburger Confession in den ober- und niederösterreichischen Ländern, allerdings nur für die Herren und Ritter und





Zeichg. u. Ausführung d. Geogr.-artist. Anst. v. C. Opitz, Leipzig N.



Frankfurt
Oder
Warta
Kalisz (Kalisch)
Sieradz
Piotrków
Rawa
Pilica
Radom
Wielun
Warta
Częstochowa
Sandomirsz
K O N I G R.
P O L E N
Krakau
Weichsel
Tarnow
San
Sandec
Neumarkt
Oels
Breslau
Liegnitz
Glatz
Neisse
Rosenberg
Gr. Strehlitz
Beuthen
Ratibor
Pless
Troppau
Teschen
Mrkgr.
Olmütz
Mähren
Brünn
Kremsir
Hradisch
Freudenthal
Trübau
Znaim
Nikolsburg
Lundenburg
Erzhrzgth.
Oesterreich
Wien
Enns
Hainburg
Neustadt
Neusiedler See
Oedenburg
Pressburg
Tyrnau
Trencsin
Waag
Arva
Altsohl
Neutra
Eperies
Kaschau
U N G A R N
Miskolcz
Erlau
Theiss
Eipel
Gran
Waitzen
Donau
Raab
Komorn
Buda (Ofen)
Pesth
Stuhlweissenburg
Veszprim
Steinamanger
Raab
Platten See
Sio
Zala Egerszeg
Mur
Drau
Warasdin
Kreuz
Krain
Laibach
Sissek
Kostainica
Agram
Fünfkirchen
Mohács
Siklós
Drau
Essegg
Pozega (Posséga)
Brod
Dubitza
Banaluka
Bihacz
Jaicza (Jaicza)
Save
Szabácz (Schabatz)
Belgrad
Semendria
Peterwardein
Donau
Körös
Szegedin
Arad
Maros
Temesvár
Temes
O S M A N I S C H E S   R E I C H
16
18
20
22
50
48
46
44
ö. L. v. Greenwich
G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung Separat-Conto (Müller-Grote & Baumgärtel), Berlin.

deren Hintersassen, nicht auch für die Städte, in denen vielmehr die katholische Religion die ausschließliche Geltung behalten sollte. Dieses Zugeständniß wurde dann 1571 nochmals und endgültig bewilligt. Ebenso ertheilte er im Jahre 1575 den Lutheranern und böhmischen Brüdern in seinem Königreiche Böhmen das mündliche Versprechen, sie in ihrer Religion nicht zu hindern.



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 5.

Schon diese, auf eine beschränkte Duldung des Protestantismus hinauslaufenden Zugeständnisse genügten aber vollständig, um diesem in kurzer Zeit das unbedingte Uebergewicht zu verschaffen. Kurz nach dem Regierungsantritte Rudolfs II. lag dies bereits offen zu Tage. Namentlich in Oberösterreich war die neue Lehre fast völlig zur Herrschaft gelangt. Unter dem dortigen Adel befand sich im Jahre 1578 nur noch ein einziger Katholik, und auch die sieben landtagsfähigen Städte waren, entgegen jenen Privilegien Maximilians, fast völlig protestantisch. Der Katholicismus war in Oberösterreich bis auf wenige Reste verschwunden; die größere Zahl der noch vorhandenen Klöster hatte gar keine Prälaten, die wenigen Aebte, welche ihren Klöstern noch vorstanden, waren meist, die Pfarrer fast sämmtlich verheirathet.

Nicht ganz so weit war die Entwickelung in Niederösterreich gediehen; hier war nicht der ganze Adel, wenn auch immerhin ein sehr beträchtlicher Theil desselben, protestantisch, und in vielen Städten war, wenn auch nicht die Mehrzahl der Bürger, so doch eine nicht unbeträchtliche Minderheit bei der alten Kirche verblieben. Vor Allem aber befanden sich in den Städten fast alle Kirchen und damit der officielle Gottesdienst in den Händen der katholischen Geistlichkeit.

Auch in Böhmen und Mähren bildeten die Protestanten, da man die alten Utraquisten und die böhmischen und mährischen Brüder unbedenklich zu ihnen rechnen kann, die unzweifelhafte Mehrheit der Bevölkerung; namentlich



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 6.

war der Adel fast durchweg protestantisch, im mährischen Herrenstande befand sich am Schluß der Regierung Maximilians II. nur noch ein Katholik, dagegen hielten die königlichen Städte mit Ausnahme von Iglau und Znaim, die ganz protestantisch waren, an der alten Kirche fest. Und da nun in Mähren der Adel durchweg slavisch, die Bewohner der Städte aber ebenso durchweg deutsch waren, so fiel hier der religiöse Gegensatz mit dem nationalen in der Weise zusammen, daß die Deutschen das katholische, die Slaven das protestantische Element darstellten.

Etwas stärker als in Mähren hatte sich der Katholicismus in Böhmen behauptet, namentlich hielt sich noch ein nicht unerheblicher Theil des hohen Adels zur alten Lehre. Immerhin war auch hier die Mehrheit des Adels und sämmtliche Städte mit Ausnahme von Pilsen und Budweis den verschiedenen protestantischen oder doch akatholischen Richtungen zugethan. So gut wie völlig protestantisch war Ungarn und zwar hatten sich dort die Städte, welche der Mehrzahl ihrer Bevölkerung nach deutsch waren, dem Lutherthum angeschlossen, während der Adel der energischeren Richtung des Calvinismus angehörte. In Schlesien endlich war der Fürstbischof von Breslau im Grunde genommen die einzige wirklich feste Stütze des Katholicismus.

So lagen die Dinge beim Regierungsantritt Rudolfs II. Wir sahen: im Wesentlichen war die Mehrheit der Stände in allen Erbländern entschieden protestantisch, und dem entsprechend hatten sich auch die verfassungsrechtlichen Zustände entwickelt, da in allen diesen Gebieten die Landstände neben dem Landesherrn eine sehr selbständige Stellung einnahmen. Daher war auch der Widerstand gegen die kurz nach dem Regierungsantritt Rudolfs energisch einsetzenden Restaurationsbestrebungen nicht allein ein religiös-kirchlicher,

sondern zugleich auch ein ständisch-, zum Theil auch, wie in Mähren, national-politischer. Denn nur durch einen Angriff auf die ständische Autonomie konnte man eine Erschütterung der Machtstellung des Protestantismus zu erreichen hoffen.

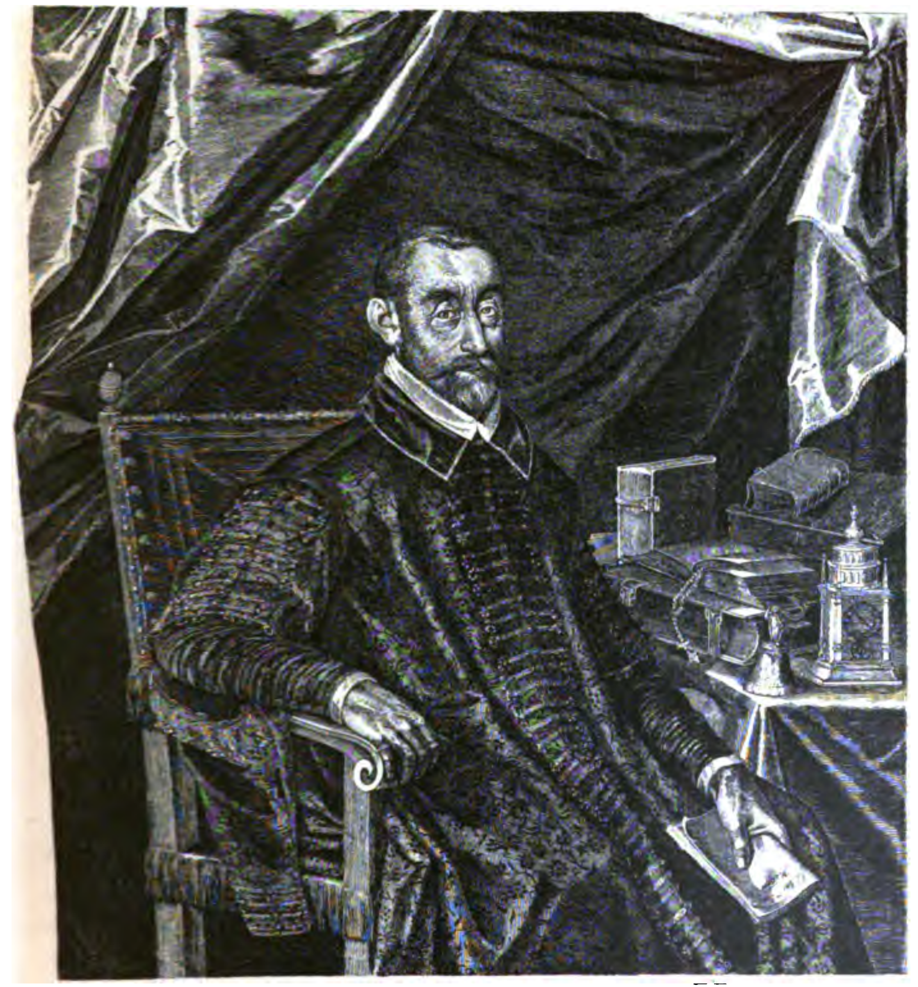


Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 7.

Wie aber war ein solcher Kampf gegen die vorherrschende Richtung in den Erbländern möglich, wie war er vollends von Seiten eines Herrschers möglich, dessen Walten im deutschen Reiche durch jene absolute Rath- und Thatenlosigkeit charakterisirt wird, die wir früher geschildert haben? Es liegt auf der Hand, daß der Entschluß zur Eröffnung des Kampfes schwerlich der persönlichen Initiative des schwachen Kaisers zugeschrieben werden kann. Vielfach ist man geneigt gewesen, ihn dem Einfluß der Kurie oder des spanischen Hofes, welcher als der hauptsächlichste Hort des katholisch-ultramontanen Systems galt, zur Last zu legen. Aber abgesehen davon, daß der Einfluß Spaniens auf den Hof Rudolfs II., wie wir schon hervorhoben, keineswegs so bedeutend war, wie man früher annahm, im Gegentheil namentlich nach der Verheirathung Isabellas mit dem Erzherzoge Albrecht eine unzweifelhafte Spannung obwaltete, ergiebt auch der weitere Verlauf der Ereignisse, daß der spanische Hof entschieden gegen die unbedachten und übereilten Restaurations-Maßregeln Rudolfs Front machte. Im Allgemeinen wird man annehmen dürfen, daß Rudolf die leidenschaftliche Opposition in seinen Erbländern weniger durch das, was er selbst aus eigenem Antriebe that, als vielmehr dadurch veranlaßte, daß er in seiner haltlosen Schwäche eben nichts that, um die zuerst mehr particular auftretenden Conflicte zu beseitigen, daß er, selbst von katholischen Anschauungen durchdrungen und von Widerwillen gegen die große Selbständigkeit der protestantischen Stände erfüllt, den eifrigen Katholiken, die aus eigenem Antriebe den Kampf gegen den Protestantismus aufnahmen, freie Hand ließ und ihren ungestüm vorwärts drängenden Maßregeln

seine kaiserliche Sanction gab. Zudem darf man nicht vergessen, daß wie im ganzen Reiche, so auch in den habsburgischen Erbländern doch trotz des Vorschreitens des Protestantismus in der Stille die Kräfte des Widerstandes innerhalb des Katholicismus herangereift waren.

Vor Allem waren es die Zöglinge der Jesuiten, welche sich eine Wiederaufrichtung des Katholicismus auch hier eifrig angelegen sein ließen und vor Allem dafür sorgten, daß wieder würdigere Geistliche die kirchlichen Stellen einnahmen. Schon im Jahre 1552 hatten die Jesuiten ihren Einzug in Wien gehalten und dort ein Collegium begründet, denen andere in Prag, Innsbruck und Ingolstadt (1556) gefolgt waren. Und wie überall in der Welt, so nahm sich auch hier der neue Orden vor Allem mit größtem Eifer der Erziehung der Jugend an, um diese und mit ihr die Zukunft für seine Bestrebungen zu gewinnen. In der That waren es dann namentlich einige ebenso eifrige, als hochbegabte Zöglinge dieses Ordens, welche den scheinbar aussichtslosen Kampf gegen den Protestantismus mit Eifer und Energie in die Hand nahmen. In Mähren, wo schon um 1550 durch Herrn von Haugwitz Jesuiten ins Land gerufen worden waren, widmete sich mit großem Erfolge der Kardinal von Dietrichstein der katholischen Reaction und wurde für seine Thätigkeit vom Papste mit den Ausdrücken höchster Anerkennung belobt. Vor Allem aber war es die unermüdliche Thätigkeit des Officials des Passauer Bischofs für Niederösterreich, Melchior Klesel, welche für die Wiederherstellung des Katholicismus in diesem Lande von entscheidender und grundlegender Bedeutung geworden ist. Als Sohn eines lutherischen Bäckers in Wien 1553 geboren, trat er 1569 und nach ihm auch seine Eltern zum Katholicismus über und zeichnete sich alsbald durch großen Eifer für das von ihm gewählte Bekenntniß aus. Er trat als päpstlicher Alumnus in das Convict der Jesuiten zu St. Barbara in Wien ein und stieg, 1579 zum Priester gewählt, sehr schnell die Stufen der katholischen Hierarchie empor. Ein weites Gebiet für seine reformirende und restaurirende Thätigkeit wurde ihm eröffnet, als ihn der Bischof Urban von Passau, in richtiger Erkenntniß seiner großen Begabung, zum niederösterreichischen Official für die Diöcese Passau mit der Residenz in Wien ernannte. Mit dieser Würde verband er seit 1590 die Stellung als Generalreformator der niederösterreichischen Lande. Selbst streng in seinem Lebenswandel und ein unerschrockener Vorkämpfer für seine Kirche, auch gegenüber der staatlichen Gewalt, wie er denn mit dem aus geistlichen und weltlichen Elementen gemischten staatlichen Klosterrath sehr bald in heftigen Conflict gerieth, verlangte er ein gleich strenges, sittliches Leben auch von dem ihm unterstellten Clerus und ging überhaupt vorerst daran, den Katholicismus innerlich zu kräftigen und dadurch zum Kampf gegen den Protestantismus fähig zu machen. Er sorgte vor Allem für die Besetzung der erledigten Pfarrstellen mit tüchtigen und sittlich vorwurfsfreien Geistlichen, stellte häufige und strenge Klostervisitationen an und begründete in Wien ein Cleriker-Seminar. Auf diesem Wege brachte



REVERENDISSIMO, ET ILLVSTRISSIMO DOMINO, DNO MELCHIORI
KLESEL DEIGRATIA EPISCOPO VIENNENSI &c. SAC. CÆS. MAI.[tis]
CONSILII ARCANI DIRECTORI &c. RARO, IVSTO, PIO, ET
OPTIMO PRÆSVLI &c. DOMINO SVO GRATIOSISSI[mo]
demissè fecit, et obtulit Sac: Cæs: Mai. Sculptor
Ægidius Sadeler.
ANNO. M. DC. XV.

Cum privil. Sac. Cæs. M.[tis]

Melchior Klesel.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1615, von Aegidius Sadeler (1575—1629).

er es so weit, daß er nach elf Jahren sagen konnte, sämmtliche ihm untergebene Pfarreien, in welchen er bei seinem Amtsantritte kaum fünf

tüchtige Geistliche gefunden habe, seien nunmehr mit wirklichen katholischen Priestern besetzt. Und schon begann er auch zum Angriff auf den Protestantismus überzugehen.

Wir sahen, daß, trotzdem das Edict Maximilians II. die freie Ausübung der Augsburger Confession nur den Herren und Rittern gestattet, den Städten aber untersagt hatte, auch die letzteren protestantischen Gottesdienst bei sich eingeführt hatten. Dagegen waren nun zwar im Jahre 1578 scharfe Edicte ergangen, hatten aber, da es an ausführenden Organen fehlte, wenig Beachtung gefunden. Nunmehr aber drang Klesel auf die stricte Durchführung derselben und wußte es zunächst durchzusetzen, daß im Jahre 1588 die religiösen Angelegenheiten in Wien dem Magistrate entzogen und vom Landesherrn zwei Verordneten übertragen wurden, deren einer Klesel selbst war. Bis zum Jahre 1602 brachte er sämmtliche unterösterreichischen Städte mit Ausnahme von Wien, Krems und Stein zu einem Revers, in welchem sie sich auf die katholische Religion verpflichteten. Ueberall wurden die Protestanten aus den Stadtämtern entfernt.

In Oberösterreich, wo der Protestantismus viel tiefer eingedrungen war, wurde nunmehr gleichwohl ebenfalls versucht, gegen ihn anzukämpfen. Im Jahre 1596 erging ein Edict, welches alle gegen die protestantische Religion bisher ergangenen Maßregeln zusammenfaßte; doch konnte es zunächst wegen des heftigen Unwillens des Adels, unter dem sich Protestanten zu Katholiken wie dreihundert zu achtzig verhielten, nicht durchgeführt werden, um so weniger, als bald darauf (1597) ein zunächst durch wirthschaftliche Bedrückungen hervorgerufener Bauernaufstand ausbrach, der sich zugleich auch gegen jene religiösen Edicte wendete. Trotzdem gelang es, die Protestanten wenigstens aus allen höchsten Landesämtern zu verdrängen. Die Wirksamkeit Klesels fing an, auch in Oberösterreich ihre Früchte zu zeitigen.

Klesel selbst, der nunmehr auch zu einer einflußreichen Vertrauensstellung bei dem vom Kaiser zum Statthalter in Oesterreich ernannten Erzherzoge Matthias gelangte, hielt unentwegt an den Zielen seiner Politik fest, die in erster Linie auf eine energische Bekämpfung der Häresie zu Gunsten der katholischen Kirche, dann aber auch auf eine unermüdliche Unterstützung des österreichischen Kaiserhauses hinausliefen. In welchem Geiste er seine Wirksamkeit auffaßte, ergiebt sich aus mehreren bezeichnenden Aussprüchen, die sich in einigen von ihm erstatteten bezw. entworfenen kirchlich-politischen Gutachten finden. Da heißt es u. A.: „Die von der katholischen Kirche abfallen, fallen von Gott ab.“ „Die Häresie ist die Ursache der Rebellion. Um dem Uebel in der Wurzel abzuhelfen, wäre es das Beste, die für Unter- und Oberösterreich gegebene Concessions-Assecuranz (die Edicte Maximilians II. von 1568 und 1571) aufzuheben.“

Wie hätte sich nun aber gegen eine so schroffe und einseitige katholisch-reactionäre Richtung nicht unter den Anhängern der protestantischen Ideen,

Erläuterung
zu der Abbildung
des großen Siegels von Kaiser Maximilian II.

Auf einem Throne, der in eine reich ornamentirte Nische eingebaut, von einem Baldachin überdacht ist und hinten durch einen Teppich abgeschlossen wird, sitzt der Kaiser im Krönungsornat mit Scepter, Reichsapfel und Kaiserkrone. Ueber ihm halten in einer über den Fransen des Thronhimmels sich aufbauenden Muschelnische zwei Greife den Reichsschild mit dem Doppeladler und der Kaiserkrone darüber. Um den Thron herum sind fünf Schilde gruppirt. Rechts vom Kaiser oben das gespaltene Wappen mit der Königskrone von Alt- und Neu-Ungarn, welches ein Adler, dessen Kopf ein Heiligenschein umgiebt, in den Klauen hält. Darunter vor zwei sich aufrichtenden Löwen das quadrirte, mit der Königskrone bedeckte Wappen von Kastilien, Leon, Arragonien, Sizilien und Granada: letzteres in der unten eingesetzten Spitze des Schildes. Auf dem über die Thronstufen gebreiteten Teppich steht, gehalten von zwei Engelsfigürchen und mit dem Herzogshute bedeckt, der quadrirte Schild von Oesterreich und Burgund. Links vom Kaiser oben trägt ein Adler, dessen Kopf von einem Heiligenschein umgeben ist, das Wappen von Böhmen mit der Königskrone auf dem oberen Schildrand. Darunter halten zwei Löwen das Wappen von Dalmatien, ebenfalls mit der Königskrone. — Die Umschrift ist in zwei Kreise vertheilt und lautet: MAXIMILIANVS II. D(ei). G(ratia). ELEC. ROMA. IMPERA. SEMP. AVG. AC. GER. HVNGARIE. BOHE. DALMA. CROATIE (zweiter Kreis) SCLAVO. RAME. SERVIE. GALLITIE. BOSNI. LODOMERIE. CVMANIE. BVLGARIEQ. REX.

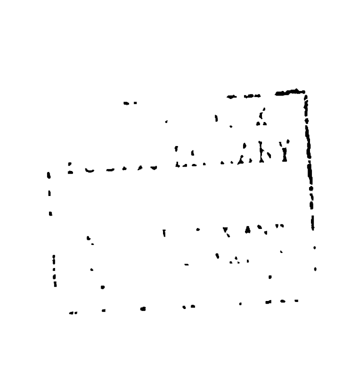
Auf dem Bande zwischen den beiden Umschriftskreisen zu beiden Seiten der Thronstufen steht die Jahreszahl der Ausführung des Stempels: MDLXVII.

Es ist nicht bekannt, von welchem Künstler dieses schöne Siegel ausgeführt worden ist. Diese Arbeit aber ist eines der vorzüglichsten Werke deutscher Kleinkunst in der Renaissancezeit; auch als Porträt ist der Kopf des Kaisers vortrefflich aufgefaßt und ähnlich.



Das große Siegel Kaiser Maximilians II.

Originalgröße. Nach dem Abdruck im königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
Hierzu Erläuterungsblatt.



nachdem sie einmal die Mehrheit in den ständischen Körperschaften erlangt hatten, leidenschaftlicher Widerstand regen sollen? Die Opposition, welche hieraus entsprang, nahm aber alsbald zugleich einen ständischen Charakter an, da durch diese Politik des Landesherrn die Grundlagen der ständischen Verfassung ernstlich in Frage gestellt zu sein schienen. In der That wurden gegen die ständische Autonomie der einzelnen Gebiete ebenso gewaltsame Eingriffe versucht, wie gegen den zur Herrschaft gelangten Protestantismus. In dieser Richtung aber scheint wirklich der Prager Hof die vornehmste Schuld an den Conflicten, die dann entstanden, zu tragen, während, wie wir sahen, die religiös-kirchliche Reaction mehr von den autonomen kirchlichen Gewalten in den einzelnen Gebieten, Klesel in Oesterreich, Dietrichstein in Mähren, ausgegangen ist. Mancherlei verschiedenartige Beschwerden kamen da zusammen, um den Unwillen der Stände zu erregen, und die letzte Veranlassung wies zumeist auf den Prager Hof als den Ausgangspunkt hin. Die ärgerlichen, unüberlegten und daher ergebnißlos verlaufenden Hochverrathsprocesse, welche gegen einige der vornehmsten Führer der ständisch-protestantischen Bewegung, einen Carl von Zierotin in Mähren, einen Illyeshazy in Ungarn u. a. von Prag aus angestrengt wurden, riefen eine unmuthige Bewegung unter dem Adel der Erblande hervor. Inwieweit Rudolf selbst diese Maßregeln des Prager Hofes veranlaßte, läßt sich im Einzelnen mit Bestimmtheit nicht sagen. Unzweifelhaft ist, daß der Kaiser eine sehr lebhafte Abneigung gegen die particulare Selbständigkeit der einzelnen Gebiete seines Erbreiches hatte, und daß er, hierin den Spuren seines Großvaters folgend, das an sich gewiß nicht unberechtigte Bestreben hatte, dieser ständischen Autonomie gegenüber zu einer gewissen Centralisation der Verwaltung zu gelangen, für welche er in Prag eine Anzahl von Centralbehörden neu schuf oder wieder ins Leben rief. Der Geheime Rath namentlich ist unter ihm zur bestimmenden Centralbehörde geworden. Allein während Ferdinand mit der unbedingt gebotenen Vorsicht und Schonung des ständischen Selbstgefühls in dieser Richtung vorging und auf dem Wege der Vereinbarung die centralisirenden Maßregeln nicht ohne Erfolg durchzusetzen suchte, zeigen die Bestrebungen Rudolfs jene unvermittelte, sprunghafte, von einem Extrem ins andere überspringende Art, welche für seine Regierung auch im Reiche charakteristisch ist. Zum Theil wurde er darin durch die ständige Rücksicht auf die verschiedenen Phasen, welche die Successionsfrage durchlief und die ihn bewogen, bald mit dieser, bald mit jener Partei Fühlung zu suchen, bestimmt, zum andern Theil war er in seinen Entschließungen von den Einflüssen seiner Hofumgebung abhängig, die zuweilen und, je älter er wurde, um so mehr, von recht untergeordneten und staatsmännisch wenig einsichtigen Elementen ausgingen. Eben dadurch, daß der Kaiser äußerlich stets darauf bedacht war, in seinen Entschließungen unabhängig zu erscheinen und dadurch seine Regierungsfähigkeit zu beweisen, dadurch, daß er in Folge dessen seine höheren Beamten und die Botschafter der fremden Mächte, um nicht unter ihren Einfluß zu gerathen, fern von sich





Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.

Facsimiles der Kupferstiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

hielt und sich immer mehr von der Außenwelt abschloß, gerieth er, zu wirklich innerlich selbständigem Handeln kaum mehr fähig, immer mehr und mehr in Abhängigkeit von den untergeordneten Personen seiner Umgebung. Während seine eigentlichen Staatsbeamten Mühe hatten, eine Audienz zu erhalten, erlangten seine Kammerdiener eine fast unerhörte Macht in den Staatsgeschäften. Sehr bald kam es dahin, daß Anträge und Gesuche, Bittschriften und alle wichtigen amtlichen Geschäfte eigentlich nur noch durch ihre Vermittelung an den Kaiser gelangten. Namentlich hat der Kammerdiener Philipp Lang, den man neuerdings für bedeutend genug gehalten hat, ihm eine eigene Biographie zu widmen, mehrere Jahre hindurch einen unberechenbaren und nahezu unbegrenzten Einfluß auf den Kaiser gehabt. Der Hochmuth, mit dem Männer so untergeordneter Art ihren Einfluß und ihre Macht mißbrauchten, hat dann natürlich nicht geringen Unwillen unter dem einflußreichen hohen Adel der Erbländer erregt. Dazu kam jene Scheu des Kaisers sich öffentlich zu zeigen. In Ungarn wie in Oesterreich verlangte und erwartete man ebenso wie im Reiche, daß der Kaiser persönlich an den Verhandlungen seiner getreuen Stände theilnehme. Das aber war so gut wie niemals zu erreichen. Wäh-

rend von Prag aus fortwährend in willkürlichster Weise in die altverbrieften Rechte der Stände eingegriffen wurde, war es den letzteren unmöglich gemacht, ihre Beschwerden dem Kaiser persönlich vorzutragen. Versuchte es einmal Jemand, nach Prag zu reisen, um mit dem Kaiser zu verhandeln, so gelang es fast niemals eine Audienz bei ihm zu erlangen. Bei einer der Persönlichkeiten, welche in den späteren Umwälzungen eine hervorragende Rolle spielten, bei Stephan Bocskay, dem späteren Fürsten von Siebenbürgen, läßt es sich mit Bestimmtheit nachweisen, daß seine feindliche Gesinnung gegen den Prager Hof unmittelbar dadurch veranlaßt war, daß er mehrere Monate vergeblich in Prag auf die Bewilligung einer Audienz wartete.

Dieser Zustand wurde aber um so drückender empfunden, als der berechtigten Klagen und Beschwerden, ganz abgesehen von den willkürlichen Eingriffen des Kaisers in die ständischen Gerechtsame, genug und mehr als genug vorhanden waren. Vor Allem hatten die an das türkische Gebiet angrenzenden Lande, Mähren, Ungarn und Oesterreich, sehr durch die fortwährenden Grenzkriege zu leiden, die, obwohl das Reich auf den letzten Reichstagen ansehnliche Summen für den Türkenkrieg bewilligt hatte, doch vornehmlich mit den militärischen Kräften dieser Grenzlande geführt werden





Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facsimiles der Kupferstiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

mußten. Genauere Angaben besitzen wir u. A. über das mährische Armeecontingent, welches von 800 Pferden und 2000 Mann Infanterie, die es im Jahre 1592 zählte, in wenigen Jahren auf 2000 Pferde und 3000 Mann Infanterie gebracht werden mußte. Und das war nur das Contingent, welches unmittelbar auf dem Kriegsschauplatze zur Verwendung kam. Außerdem aber mußte, wenn sich die Türkengefahr, wie das oft genug geschah, den Landesgrenzen näherte, eine Art von Landsturm aufgestellt und unterhalten werden. Alles das konnte natürlich nicht ohne eine erhebliche Erhöhung der Steuern durchgesetzt werden, welche die mährischen Stände unter Zierotins kluger, patriotischer und umsichtiger Führung anstandslos bewilligten und weiter bewilligt hätten, wenn man in Anerkennung dessen ihre verbrieften Rechte und Privilegien geschont hätte. Aber während der zu jeder energischen Handlung unfähige Kaiser die Vertheidigung dieser Länder, so oft er auch von ihnen um Hilfe angegangen wurde, diesen selbst überließ und ihnen geradezu eröffnete, sie möchten sich selbst helfen, wie denn auch die Mähren im Jahre 1599 einen in ihr Land einfallenden Tatarenschwarm allein durch ihre eigenen Landestruppen unter Günther von Goltz und Dionys von Zierotin aus dem Lande hinausjagten, war er doch weit entfernt, im Uebrigen die herkömmliche Selbständigkeit der Stände irgendwie zu schonen. In Mähren, wo von Alters her die Aufnahme in das fast ausschließlich protestantische ständische „Landrecht" nur durch die Abstimmung der Mitglieder selbst erfolgte und stets auf im Lande begüterte Adlige beschränkt war, ernannte der Kaiser, ohne auf diese Rechte Rücksicht zu nehmen, neue Mitglieder und setzte dem Lande im Jahre 1602 in dem gewaltthätigen und schroff willkürlich auftretenden Ladislaus von Berka einen Landeshauptmann, mit dem selbst der eifrig katholische Bischof Dietrichstein von Olmütz (seit 1599) nicht auszukommen vermochte. Dieser bei den mährischen Ständen sehr verhaßte Mann wurde nun am 1. April 1603 auch mit der obersten militärischen Autorität bekleidet, indem er zum Oberbefehlshaber des mährischen Contingents des kaiserlichen Heeres in Ungarn ernannt wurde. Unter der von ihm begründeten, im Gegensatz zu den ständischen Gerechtsamen sich bewegenden Herrschaft traten nun die früher völlig vereinzelten Katholiken in Mähren immer schroffer auf. Der bis dahin in Mähren unbekannte Orden der Kapuziner wurde, um diese Restaurationsbestrebungen zu unterstützen, im Lande eingeführt. Nachdem schon im Jahre 1601 ein kaiserlicher Befehl ergangen war, nach welchem in den Städten nur Katholiken zu Bürgern und Rathsherren aufgenommen werden durften, jagte Berka in vielen Orten, namentlich in Kromau, die protestantischen Pastoren weg und setzte katholische an ihre Stelle. Ebenso ging Berka noch schroffer und unmittelbarer, als früher schon geschehen war, gegen die von der Verfassung gewährleisteten ständischen Privilegien vor. Während beim Regierungsantritte Rudolfs das ganze Landrecht bis auf ein Mitglied protestantisch gewesen war, brachte Berka es durch octroyirte Aufnahmen dahin, daß die Mehrheit desselben katholisch wurde; ja es gelang, einige der vor-

nehmsten Führer der Protestanten, namentlich Karl von Zierotin (1602), geradezu aus dem Landrecht auszuschließen. Nachdem man so weit gelangt war, erließ Berka im Jahre 1604 eine neue Landesordnung, welche die grundlegenden Bestimmungen der alten, des Tobitschauer Buches, geradezu vernichtete. Der Unwille über alle diese Maßregeln wurde aber allmählich so stark, daß der Kaiser, zumal auch in der Verwaltung einige finanzielle Unregelmäßigkeiten zu Tage traten, Berka seines Amtes entsetzen mußte Sein Nachfolger wurde zwar ein angesessener Adliger, der aber convertirter Katholik war und ebenfalls eine sehr schroffe kirchenpolitische Haltung einnahm: Carl von Liechtenstein. Die Zustände wurden immer unerträglicher. Von 1604 bis 1608 wurde in Mähren keine Gerichtssitzung gehalten, weil der Kaiser sich nicht entschließen konnte, einen Oberstlandrichter zu ernennen. Statt dessen wurde der unverzeihliche Fehler begangen, denselben Ladislaus von Berka, der 1604 seinen Posten wegen unzweifelhafter Unterschleife hatte verlassen müssen, 1607 wieder zum provisorischen Landeshauptmann zu ernennen. Immer größerer Gährungsstoff sammelte sich in dem Lande an, das früher treu und loyal zum Hause Habsburg gehalten hatte.

Aehnlich erging es in den anderen Erblanden; die Gegensätze spitzten sich in derselben Weise wie im Reiche immer mehr zu. Im Jahre 1603 schlossen sich die protestantischen Stände vom Lande unter und ob der Enns zu gemeinsamer Betreibung ihrer Ansprüche zu einer Körperschaft zusammen, an deren Spitze der oberösterreichische, eifrig calvinische Freiherr Erasmus von Tschernembel stand; dem gegenüber schlossen dann 1605 auch die Katholiken unter Klesels eigener Führung eine Einung unter einander ab, ähnlich wie sich einige Jahre später Protestanten und Katholiken im Reich in der Union und Liga zu festgeschlossenen Bünden organisirten. An Stelle der einheitlichen Staatsgewalt, die in den entscheidenden Fragen versagte, trat die Organisation der einander schroff entgegengesetzten Parteien, welche den Staatsverband in seinen Grundlagen lockern zu müssen schien. Zündstoff war an allen Punkten in Menge aufgehäuft; es bedurfte nur des Funkens, um ihn zur Explosion zu bringen.

Dieser Funken fiel in Ungarn. Wir sahen schon, daß dort fast die ganze Bevölkerung protestantisch war, der Adel calvinisch, die Städte lutherisch. Gleichwohl wurden auch dort katholische Restaurationsversuche unternommen. Nachdem der Kaiser 1598 und 1602 in Böhmen auf Betrieb des eifrig katholischen Kanzlers Popel von Lobkowitz ein altes Mandat Wladislaus' II. von 1508 gegen die Brüderunität wieder hervorgeholt und feierlich hatte publiciren lassen, glaubte er auch in Ungarn in gleichem Sinne um so mehr vorgehen zu können, als seine Stellung gegenüber den Türken, seitdem Sigmund Battory von Siebenbürgen 1597 sich durch Vertrag eng an ihn angeschlossen hatte, sich ohne Zweifel sehr verbessert hatte, so daß er glaubte, ohne Besorgniß nach dieser Seite auch in Ungarn zu einer größeren Macht gegenüber der ständischen Selbständigkeit gelangen zu können. Denn auf deren





Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facsimiles der Kupferstiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

Niederhaltung kam es ihm im Wesentlichen noch mehr an, als auf die Unterdrückung des Protestantismus. Aus diesem Grunde hatte er auch in den letzten Jahren die Regierung nicht mehr wie früher nach dem Rathe geborener Ungarn geführt, sondern mit „Ausländern" regiert, die althergebrachte Stellung des Palatinats nicht mehr besetzt und auch hier wie in Mähren Hochverrathsprozesse gegen einige Häupter der ständisch-protestantischen Partei, wie Illyeshazy und Homonay, angestrengt. Als er nun im Jahre 1603 mit unzweifelhaften kirchlichen Restaurationsversuchen begann und u. A. dem Capitel der von den Türken zerstörten Stadt Erlau die protestantische Kirche in Kaschau überwies und durch seinen siegreichen General Belgiojoso gewaltsam einräumen wollte, kam die lange verhaltene Opposition der ständisch-protestantischen Bestrebungen offen zum Durchbruch. Der Reichstag von Preßburg forderte am 3. Februar 1604 sehr energisch die Restitution der Kaschauer Kirche und Genugthuung für den gewaltsamen Eingriff. Statt nun auf eine Versöhnung der Gegensätze bedacht zu sein, beging der Kaiser eine neue verhängnißvolle Ungesetzlichkeit. Obwohl er selbst nicht, wie die Ungarn wünschten und erwarteten, auf dem Reichstage erschienen war, griff er sehr persönlich und verfassungswidrig in dessen Beschlüsse ein, indem er

eigenmächtig die einundzwanzig vom Reichstage vereinbarten Artikel um einen zweiundzwanzigsten vermehrte, welcher die protestantische Religion in Ungarn für rechtlos erklärte und alle von den früheren Königen zum Schutz der katholischen Religion erlassenen Gesetze erneuerte. Dagegen erhoben sich nun Magnaten und Volk in einmüthiger Opposition und wandten sich an den soeben noch durch den Kaiser persönlich verletzten siebenbürgischen Edelmann Stephan Bocskay, der den anfangs siegreichen, dann aber aus Mangel an Sold schwankend gewordenen kaiserlichen Truppen eine völlige Niederlage beibrachte. Niemandem konnte dies willkommener sein, als den Türken, die alsbald mit Bocskay und den unzufriedenen Ungarn in nahe Verbindung traten. Bocskay schwang sich unter Zustimmung der Türken und Ungarn zum Herrn von Siebenbürgen auf und versuchte nun die Rebellion auch in die anderen kaiserlichen Erblande zu übertragen. Seine wilden Schaaren ergossen sich über Ungarn nach Mähren. Hier aber waren die Dinge noch nicht so weit gereift, daß man sich sogleich zum Anschlusse an diese offene Revolution entschlossen hätte, zumal die Truppen Bocskays nicht gerade glimpflich in den von ihnen heimgesuchten Gebieten verfuhren. Vielmehr wandten sich die mährischen und mit ihnen die schlesischen Stände um Hilfe





Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facsimiles der Kupferstiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

an den Kaiser, der aber dieser von ihm selbst entfesselten Erhebung wie immer in kritischen Augenblicken völlig rathlos gegenüberstand und die Landesvertheidigung den bedrohten Ständen selbst überließ. Diese brachten dann in der That ein Heer von 20000 Mann zusammen und erwehrten sich, die Mähren unter der umsichtigen Führung von Hodiz, der Bocskay'schen Schaaren, so gut es eben gehen wollte. Die kaiserliche Macht in den Erblanden schien unter diesem ersten Anprall völlig in sich zusammenzubrechen.

In diesem Augenblick schwerer Bedrängniß aber mußten sich naturgemäß vor Allem die habsburgischen Erzherzöge der Gemeinsamkeit ihrer Interessen bewußt werden. Die gänzliche Rath- und Hilflosigkeit des Kaisers, die das Ansehen des Gesammthauses in Frage stellte und den Besitz desselben ernstlich gefährdete, mußte ihnen die schon seit einer Reihe von Jahren von den verschiedensten Seiten aufgeworfene Frage nahe legen, ob denn der Kaiser bei seinem ständig fortschreitenden Krankheitszustande noch fähig sei, die Regierung zu führen, ob es nicht vielmehr an der Zeit sei, ernstlich auf ihn einzuwirken, daß er einen Nachfolger ernenne, der schon bei seinen Lebzeiten seine Stellvertretung in bedrohlichen Augenblicken übernehme. Um über diese Frage und über die damit zusammenhängende Noth des Reiches zu berathen, kamen die Erzherzöge der verschiedenen Linien des Hauses Habsburg, die Brüder des Kaisers, Matthias und Maximilian, und ihre steirischen Vettern Ferdinand und Maximilian Ernst im April 1605 in Linz zusammen und einigten sich dahin, einmal vom Kaiser zu verlangen, daß der von ihm in Prag angesammelte Schatz für Heereszwecke verwendet werde, dann aber, daß Rudolf entweder selbst nach Preßburg oder Wien komme, um sich mit seinen Ständen zu vergleichen, oder die Regierung in Ungarn seinem Bruder Matthias übertrage. Außerdem aber verlangten die Erzherzöge die Ernennung eines römischen Königs, und zwar kamen sie überein, für diese Würde den ältesten von ihnen, Matthias, vorzuschlagen, während bisher die energisch katholische Partei, die Matthias für zu nachgiebig gegenüber den Protestanten hielt, dem sehr eifrigen Erzherzoge Ferdinand von Steiermark, Spanien und der Papst dem Erzherzoge Albrecht, spanischem Statthalter in den Niederlanden, die Protestanten aber dem Erzherzoge Maximilian die Nachfolge im Reiche zugedacht hatten. Um dem Kaiser diese Forderungen vorzulegen, begaben sich die Erzherzöge im Juni 1605 an den Prager Hof, trafen aber in ihren hauptsächlichsten Forderungen bei Rudolf auf leidenschaftlichen Widerstand und vermochten zunächst gar nichts zu erreichen. Dagegen zeigten sich die Ungarn, welche mit der Bundesgenossenschaft der Türken keine sehr angenehmen Erfahrungen gemacht hatten, zu Friedensverhandlungen an sich sehr geneigt. Namentlich war ihnen, wie sich auf dem im Wesentlichen von Stephan Illyeshazy beherrschten Kärpfener Landtage vom December 1605 zeigte, die von den Erzherzögen aufgestellte Forderung, daß der Kaiser seinem Bruder Matthias die Regierung in Ungarn überlassen solle, sehr sympathisch. Aus nichts erhellt deutlicher als aus dieser Thatsache, daß das tiefinnerste Motiv

der ungarischen Erhebung nicht eigentlich die katholische Richtung der Politik des Kaisers im Allgemeinen, sondern seine mit gänzlicher Energielosigkeit im Großen gepaarten willkürlichen Eingriffe in die ständische Verfassung, wie seine beständige Entfernung aus Ungarn war. Denn von dem Erzherzoge Matthias, dessen einflußreichster Rathgeber der eifrig katholische Reformator Klesel war, eine unbedingte Nachgiebigkeit gegenüber dem Protestantismus und eine akatholische Haltung zu erwarten, waren sie nach dem, was bisher über ihn verlautbart war, in keiner Weise berechtigt. Worauf es ihnen ankam, war vor Allem, ihren Landesherrn unter sich zu haben und vor willkürlichen und jeder Kenntniß der Bedürfnisse des Landes entbehrenden Eingriffen des fernen Prager Hofes geschützt zu sein. Natürlich hofften sie daneben auch, von dem in ihrer Mitte weilenden Landesherrn auch auf religiösem Gebiete ein größeres Maß von Entgegenkommen zu finden. Sie ordneten daher eine eigene Botschaft an Matthias ab, um mit diesem weiter zu verhandeln.

Matthias sah sich vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Obwohl durch die Zustimmung der anderen Erzherzöge in der Hauptsache gedeckt, trug er doch Bedenken, sich seinem kaiserlichen Bruder geradezu feindlich gegenüberzustellen. Er beschloß, noch einmal einen Versuch zu machen, ihn umzustimmen. Gemeinschaftlich mit seinem Bruder Maximilian und seinem Vetter Ferdinand begab er sich im December 1605 nochmals nach Prag und erreichte jetzt wenigstens so viel, daß Rudolf ihm Vollmacht zu Verhandlungen mit den Ungarn und den Türken, allerdings vorbehaltlich seiner Genehmigung, ertheilte. Nach seiner Rückkehr aus Prag gelang es ihm dann sehr schnell, zunächst einen Waffenstillstand mit Bocskay bis zum 24. Juli 1606 abzuschließen. Dann wandte er sich zu den Verhandlungen mit den Ungarn, mit denen am 9. Februar 1606 eine Einigung über sechszehn Artikel zu Stande kam, die ein hohes Maß von Zugeständnissen von Seiten Matthias' enthielten. Dem protestantischen Bekenntnisse wurde gesetzliche Freiheit bewilligt, Matthias sollte zum Stellvertreter des Kaisers mit ausgedehntester Vollmacht ernannt, Bocskay im Besitze Siebenbürgens und eines großen Theils von Ungarn bestätigt werden. Von allen diesen Bedingungen des Präliminarvertrages bestätigte der Kaiser zunächst nur eine: er ernannte am 21. März 1606 Matthias in der That zu seinem Stellvertreter in Ungarn, sonst aber gab er nicht nach und wollte den Frieden auf diese Bedingungen hin nicht abschließen. Da entschlossen sich die Erzherzöge noch einmal zu einem sehr eigenmächtigen Schritte gegenüber dem Kaiser. Auf einer Zusammenkunft in Wien schlossen sie am 25. April 1606 einen Vertrag, in welchem sie den Erzherzog Matthias in aller Form als den Erstgeborenen zum Haupt und zur Stütze des Hauses erklärten. Dadurch erhielt dieser einen so starken Rückhalt in seiner Stellung, daß er sich entschloß, am 23. Juni 1606 mit den Ungarn in Wien einen förmlichen Frieden abzuschließen, bei dem freilich die Ratification des Kaisers noch immer vorbehalten wurde. Der Wiener Friede stellte dem Adel, den Städten und den privilegirten, der Krone un-







Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facsimiles der Kupferstiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

mittelbar untergebenen Gemeinden die Uebung des lutherischen und reformirten Bekenntnisses frei, stellte die Wahl eines Palatins in Aussicht und bestätigte Bocskay im Besitze von Siebenbürgen und sieben ungarischen Comitaten, die aber nach seinem Tode an den Kaiser zurückfallen sollten. Allein Rudolf verweigerte anfangs die Ratification vollständig, und als er sie am 6. August endlich vollzog, machte er so viele Vorbehalte, daß Matthias sie den Ungarn gar nicht mitzutheilen wagte, sondern vorgab, der Kaiser habe die volle Ratification ertheilt. Am 11. November kam dann in Zsitwa-Torok auch der Friede mit den Türken auf Grundlage des augenblicklichen Besitzstandes, aber gegen die einmalige Zahlung der sehr beträchtlichen Summe von 200 000 Gulden zu Stande. Bald darauf starb Stephan Bocskay. Da nun, entgegen den Bestimmungen des Friedens, nach denen nach dessen Tode seine Lande an den Kaiser zurückfallen sollten, an seiner Stelle Sigismund Ragoczy zu seinem Nachfolger gewählt wurde, so benutzte dies Rudolf als willkommenen Vorwand, um die Ratification des Zsitwa-Toroker Friedens, nachdem er sie am 9. December 1606 vollzogen hatte, zurückzuhalten. Zugleich verlangte er von Matthias, gegen den er wegen seines eigenmächtigen Vorgehens einen nie mehr völlig überwundenen

Groll gefaßt hatte, die Entlassung seiner vornehmsten Räthe, Klesel, Krenberg und Cavriani, denen er die Initiative zu den Entschlüssen seines Bruders zuschrieb. Matthias aber lehnte diese Forderung in fast verletzender Form ab. Der Conflict zwischen den Brüdern nahm eine immer schärfere Form an. Und schon ging der Kaiser daran, der von seinem Bruder eingeschlagenen Politik nicht bloß seine Ratification zu versagen, sondern direct entgegenzuwirken.

Nicht vollständig hatte Rudolf im März 1606 zu Gunsten seines Bruders auf seine Herrschaft in Ungarn verzichtet; nicht die Königswürde hatte er ihm übertragen, wie das später geschehen ist, sondern er hatte ihn nur zu seinem Statthalter ernannt. In den wichtigsten Fragen, namentlich in Bezug auf die Verhandlungen mit den ungarischen Ständen selbst, behielt er sich die Entscheidung, namentlich das Recht der Berufung des Landtages vor. Aber zur Ausübung dieses Rechtes fehlte es ihm wieder an der Fähigkeit des Entschlusses. Zweimal im Jahre 1607 berief er den Reichstag nach Preßburg, beide Male vertagte er ihn im letzten Augenblicke wieder. Die schon hierüber aufgebrachten Magnaten wurden noch mehr erbittert, als es sich immer deutlicher herausstellte, daß der Kaiser weder den Frieden mit ihnen noch den mit den Türken einzuhalten beabsich-





Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.

Facsimiles der Kupferstiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

tige, vielmehr auf Erneuerung des Krieges sinne. In der That hatte er in unbegreiflicher Verblendung und Ueberschätzung seiner Kräfte im September 1607 mit den Rüstungen gegen die Ungarn und Türken und damit auch gegen seinen Bruder Matthias begonnen, die er aber nach seiner Weise in durchaus ungenügender und unentschlossener Weise betrieb. Die Hauptsache erhoffte er von neuen Bewilligungen des von ihm nach Regensburg ausgeschriebenen Reichstages, von dem er eine neue Türkenhilfe fordern wollte. Er bedachte dabei nicht, daß die deutschen Stände, an sich schon wenig geneigt, nach den beträchtlichen Bewilligungen von 1598 und 1603 noch neue Mittel herzugeben, dazu jetzt, da der Friede mit den Türken in der Hauptsache geschlossen war und nur noch der von den Ständen eifrig gewünschten kaiserlichen Bestätigung harrte, noch weniger bereit sein würden, zumal da die Protestanten in der Erneuerung der Feindseligkeiten gegen die ungarischen und österreichischen Protestanten zugleich eine Gefährdung für sich selbst erblickten. Daß aber die etwa bewilligten Mittel nicht nur gegen die Türken, sondern auch gegen die protestantischen Stände in den kaiserlichen Erblanden Verwendung finden würden, wußten die Protestanten im Reiche sehr genau. Gerade die hierdurch hervorgerufenen sehr ernsten Besorgnisse für das Schicksal des Protestantismus im Reiche führten die verschiedenen Richtungen der deutschen Protestanten enger als je zu einander und veranlaßten, zum ersten Male seit langen Jahren, selbst Kursachsen, mit den Calvinisten unter Kurpfalz's Führung auf dem Reichstage von 1608 zusammenzugehen. Neben dem im engeren Sinne kirchlich-politischen Conflicte, der auf dem Regensburger Reichstage zu Tage trat, waren es auch jene Vorgänge in den kaiserlichen Erblanden, welche die Protestanten zur Sprengung des Reichstages veranlaßten und ihnen lebhafter als je zuvor den Gedanken einer engen Vereinigung unter einander eingaben.

Auf Bewilligungen von Seiten des Reiches hatte also der Kaiser in diesem Kampfe, den er in verhängnißvoller Entschließung auf sich nahm, nicht zu rechnen. Seine eigenen Kräfte aber hätten, selbst wenn er sie mit voller Energie zur Geltung zu bringen verstanden hätte, nicht ausgereicht, der vereinigten Macht seiner im Abfall begriffenen Erbländer und der der Türken erfolgreich entgegenzutreten. Noch bevor Rudolf mit seinen Rüstungen auch nur einigermaßen zum Abschluß gekommen war, kamen ihm die Erblande, vor Allem Ungarn, mit einer tiefgreifenden Bewegung zuvor; sie durften hoffen, daß sich des Kaisers eigener Bruder an ihre Spitze stellen werde. Und nicht minder groß als in Ungarn war jetzt die Gährung in Mähren und Oesterreich; allenthalben fürchtete man, daß die Ergebnisse der letzten Friedensschlüsse durch das Treiben des Prager Hofes wieder rückgängig gemacht werden würden. Noch einmal, zum letzten Male, versuchte Matthias, durch persönliche Einwirkung auf Rudolf diesen zu überzeugen, daß die in den Friedensschlüssen von Wien und Zsitwa-Torok eingeschlagene Richtung der Politik der einzige Weg zur Erhaltung der habsburgischen Herrschaft in diesen Gebieten sei. Als es ihm nicht gelang, den Bruder umzustimmen, that er

den ersten wirklichen Schritt zur Revolution, indem er seinerseits den ungarischen Reichstag nach Preßburg berief und sich damit jetzt an die Spitze der ständischen Opposition gegen den Kaiser stellte. Er that es unter der Einwirkung von Rathgebern, deren katholische Gesinnung über allen Verdacht erhaben ist, die aber gleichwohl die Nothwendigkeit eines gewissen Maßes von Zugeständnissen anerkannten.

Noch bevor der Preßburger Reichstag zusammentrat, war es den ungarischen Magnaten gelungen, Verbindungen mit der gleichgesinnten Opposition in Mähren und Oesterreich anzuknüpfen, in die auch Matthias eingeweiht war. In diesen Verhandlungen hat namentlich der keineswegs fanatisch-protestantische, aber für die ständische Verfassung seines Landes begeisterte mährische Staatsmann Karl von Zierotin, der seine gemäßigte Gesinnung später mehr als einmal deutlich an den Tag legte, eine hervorragende und eifrige Thätigkeit entwickelt. Auch er hatte klar erkannt, daß die unberechenbare Politik des Prager Hofes nur zum Verderben der habsburgischen Erbländer ausschlagen könne. Gleich den weit radikaleren österreichischen und ungarischen Protestanten sah auch er jetzt in der Losreißung von der Herrschaft Rudolfs das einzige Heil. Auf einem seiner Schlösser, in Rositz, hat im December 1607 eine Versammlung der Häupter der Opposition der drei Länder stattgefunden, die sich im Wesentlichen über ein gemeinsames Vorgehen einigte. Zugleich verhandelte Zierotin auf der einen Seite mit Christian von Anhalt, der für den äußersten Fall eine Unterstützung durch die Protestanten im Reiche in Aussicht stellte, auf der andern Seite durch Vermittelung seines Schwagers Albrecht von Waldstein (Wallenstein) mit dem Erzherzoge Matthias, der seinerseits jetzt einen Ausschuß der ober- und niederösterreichischen Stände nach Wien berief, auf deren Anrathen dann aber zunächst nach Preßburg reiste, um dort persönlich den Verhandlungen des ungarischen Reichstages beizuwohnen.

In der That war dort seine Anwesenheit dringend erforderlich. Denn nicht so ganz ohne Widerstand, wie man wohl erwartet hatte, ist dort der Beschluß, förmlich vom Kaiser abzufallen, gefaßt worden. Die wenigen noch vorhandenen katholischen Prälaten und einige weltliche katholische Mitglieder des Reichstages traten nicht ohne Wärme für den Kaiser ein. Wohl waren auch sie in der Hauptsache für Aufrechterhaltung des Wiener Friedens, aber denselben nun auch im Gegensatz zum Kaiser mit Gewalt durchzusetzen waren sie doch nicht geneigt. Nicht ohne scharfe Opposition von ihrer Seite ist dann am 1. Februar 1608 der Beschluß zu Stande gekommen, den Wiener und Zsitwa-Toroker Frieden gegen Jedermann ohne Ausnahme, d. h. auch gegen den Kaiser, aufrecht zu erhalten. Die Ausschüsse der österreichischen Stände, welche ebenfalls nach Preßburg herbeigeeilt waren, traten diesem Beschlusse bei. Am 24. Februar nahm dann ein von Matthias nach Wien einberufener österreichischer Landtag die Preßburger Beschlüsse an, aber auch hier erst nach schweren Kämpfen, in denen selbst Klesel gegen Matthias auftrat.





Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.

Facsimiles der Kupferstiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

So wurden fast in denselben Tagen zu Regensburg und zu Preßburg, dort von den Ständen des Reiches, hier von denen der Erblande, Beschlüsse von weittragendster Bedeutung gefaßt, welche für den Kaiser und die Aufrechterhaltung seiner Macht von den verhängnißvollsten Folgen begleitet sein mußten. Es war nur natürlich, daß die siegreiche Opposition gegen den Kaiser in Preßburg mit der protestantischen Opposition in Regensburg in Verbindung zu treten suchte. In der That richteten die Ungarn mehrere Schreiben an den Kurfürsten von der Pfalz und die übrigen protestantischen Fürsten in Regensburg. Auch Matthias aber fühlte das dringende Bedürfniß, sich vor den deutschen Fürsten zu rechtfertigen, vor Allem wegen seiner Erhebung gegen den Kaiser, vor den katholischen noch besonders wegen seiner Verbindung mit den Protestanten der Erblande. Zu diesem Zwecke sandte er den im April 1606 von den Erzherzögen der verschiedenen Linien geschlossenen Vertrag nach Regensburg, um sich durch die darin enthaltene Zustimmung seiner Brüder und Vettern zu decken. Aber Ferdinand, längst mißtrauisch wegen der allzu großen Nachgiebigkeit seines Bruders gegenüber den Protestanten und auch sonst nicht geneigt, den Gegensatz gegen den Kaiser bis zu offener Rebellion wachsen zu



lassen, sagte sich jetzt förmlich von dem Unternehmen seines Vetters los und sandte die in seine Hände gefallenen Briefe der ungarischen Magnaten nebst der Abschrift des Aprilvertrages von 1606 an den Kaiser ein mit der demüthigen Bitte, ihm die Theilnahme an dem letzteren zu verzeihen.

Inzwischen aber waren die Dinge in Ungarn, Mähren und Oesterreich so weit gediehen, daß nicht mehr daran zu denken war, sie rückgängig zu machen. Auch stand die Sache keineswegs so, daß alle katholischen Elemente in derselben Weise wie Ferdinand das Vorgehen des Erzherzogs Matthias mißbilligt hätten. Zu sehr lag die Regierungsunfähigkeit Rudolfs zu Tage, als daß man nicht auch von katholischer Seite die Nothwendigkeit einer Aenderung dieses Zustandes dringend empfunden hätte. Selbst der spanische Gesandte hat Matthias mit Geld unterstützt. Vor Allem aber rafften sich die vom Kaiser abgefallenen Länder selbst zu energischen Kraftleistungen auf. Der Führer der ungarischen Heiducken, Andreas Nagy, trat mit dem türkischen Pascha von Ofen in Verbindung; ein Heer von 20 000 Mann wurde aufgestellt. In stürmischen Berathungen schlossen sich die mährischen Stände der ungarischen Bewegung an. Eine kaiserliche Gesandtschaft, bestehend aus dem Cardinal von Dietrichstein und Wilhelm von Slawata, welche



Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facsimiles der Kupferstiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 8.
Zwölf Radirungen, 1587, von Jakob de Gheyn (1565—1615), nach Heinrich Goltzius (1558—1617).

die Mähren auffordern sollte, Deputirte zu einem vom Kaiser berufenen Generallandtage von Böhmen, Mähren, Schlesien und Lausitz für den 14. April nach Prag zu entsenden, erhielt eine entschieden abschlägige Antwort. Der von dem mährischen hohen Adel eigenmächtig nach Eibenschitz einberufene mährische Landtag, auf dem die in der Hauptsache kaiserlich gesinnten Städte nicht vertreten waren, schritt zu offen revolutionären Handlungen fort, indem er den kaiserlichen Landeshauptmann Berka förmlich absetzte und eine provisorische Regierung einrichtete, an deren Spitze Karl von Liechtenstein trat (13. April 1608). Am 19. April schloß sich der mährische Landtag dem Preßburger Bündniß an, ja er ging über dasselbe hinaus, da er nicht nur Durchsetzung der Bestätigung der Friedensschlüsse, sondern auch die Vertheidigung der Rechte und Freiheiten der Länder verlangte. Das ständische Princip trat hier, wo Zierotin eine Alles beherrschende Stellung einnahm, fast noch mehr in den Vordergrund als das religiös-protestantische.

Nunmehr betrieb auch Matthias, nachdem im März Klesel noch einmal vergeblich versucht hatte, auf den Kaiser in männlich offener und entschiedener Weise einzuwirken, ernstlich die Rüstungen zum offenen Kampfe; nach kurzer Zeit hatte er durch die opferwillige Unterstützung der Stände der verschiedenen Länder ein Heer von 20 000 Mann zusammen, an dessen Spitze er Sigmund von Herberstein setzte. Ein zweites Heer von 18 000 Mann unter Valentin Hommonays' Führung wurde an der ungarischen Grenze aufgestellt. Vergeblich versuchte jetzt der Kaiser durch eine zweimalige Gesandtschaft Dietrichsteins das über ihn hereinbrechende Unheil zu beschwören; Matthias hätte jetzt auf seine noch immer sehr bescheidenen Anerbietungen nicht mehr eingehen können, selbst wenn er es gewollt hätte. Seitdem er einmal an die

Spitze der ständischen Bewegung getreten war, war er nicht mehr völlig und allein Herr seiner Entschlüsse; er konnte und durfte sich nicht mehr mit der Erreichung seiner persönlichen Forderungen begnügen, sondern mußte auch die der mit ihm verbundenen Stände durchsetzen. Eifersüchtig wachten darüber, daß das geschehe, die Vertreter der verschiedenen Länder, die sich in seiner Umgebung befanden.



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 9.

Am 23. April rückte Matthias, von der Bevölkerung mit Jubel empfangen, in Znaim in Mähren ein und erließ alsbald ein Manifest, in welchem er sein Vorgehen rechtfertigte und die böhmischen Stände auf den 4. Mai nach Czaslau entbot. Allein in Böhmen waren die Dinge zu einem offenen Anschlusse an die Empörung noch nicht gediehen, zum Theil auch deshalb, weil die Böhmen, eifersüchtig auf ihre Vorrechte gegenüber den Kronländern Mähren und Schlesien, von Mißtrauen gegen deren autonome Bewegung erfüllt waren. Als Matthias am 10. Mai in Czaslau eintraf, fand er von den böhmischen Ständen Deputirte nicht vor — selbst der vornehmste Führer der Protestanten, Rosenberg, war nicht erschienen —, wohl aber Gesandte des Kaisers und der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, welche Rosenberg auf Veranlassung Christians von Anhalt zur Vermittelung ausersehen hatte. Dieselben waren angewiesen, wenn möglich in einem Vertrage die Grundsätze für die Regelung sämmtlicher österreichischer Interessen festzusetzen und zugleich das öffentliche Recht in Ungarn, Böhmen und Oesterreich fortan unter die Garantie des deutschen Reiches zu stellen. Aber die Verhandlungen führten zu keinem Ergebniß und konnten zu einem solchen nicht führen, weil sie in einem zu späten Stadium der Entwickelung unternommen wurden. Nur volle Loslösung von der Herrschaft des Kaisers konnte jetzt noch die Wünsche der aufständischen Länder befriedigen. Dringend rieth daher der spanische Gesandte Clemente dem Kaiser, Matthias zu befriedigen, indem er ihm Ungarn



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 10.

und Oesterreich vollständig überlasse und ihm die Anwartschaft auf die böhmische Krone zusage. Am 8. Mai entschloß sich der Kaiser trotz des Einspruchs seines Kanzlers Lobkowitz dazu, auf dieser Grundlage mit Matthias zu verhandeln, da er in der That keine Machtmittel in der Hand hatte, der Bewegung in irgend einer Weise Herr zu werden. Matthias aber ließ sich auch durch die jetzt ernstlich begonnenen Unterhandlungen nicht abhalten, den Kaiser das Uebergewicht seiner Waffen empfinden zu lassen. Unaufgehalten rückte er am 14. Mai bis Kolin, am 19. nach Böhmisch-Brot, wenige Meilen von Prag, vor. Im ersten Schrecken über diese drohende Nähe des feindlichen Heeres beabsichtigte Rudolf alles Ernstes zu fliehen und wurde nur mit Mühe von seiner Umgebung davon abgehalten. Ein weiterer Widerstand war um so mehr unmöglich, als in diesem Augenblicke auch der am 23. Mai von Rudolf persönlich eröffnete böhmische Landtag alsbald mit seinen religiösen und politischen Forderungen hervortrat, die Budowec in fünfundzwanzig Artikeln formulirte. Die Gefahr lag nahe, daß die Böhmen sich mit den aufständischen Ungarn, Mähren und Oesterreichern vereinigen könnten. Es ist bezeichnend für des Kaisers völlig unbedachte Politik, daß er in diesem kritischen Augenblicke sich von seinem Kanzler Lobkowitz bestimmen ließ, die Bewilligung der Forderungen der böhmischen Stände zu verweigern (24. Mai). Als nun aber am 25. Mai die Abgesandten von Matthias und seinen Verbündeten im böhmischen Landtage erschienen und Zierotin in einer meisterhaften Rede die Böhmen zum offenen Anschluß an die Rebellion aufforderte, erkannte Rudolf doch die ganze Größe der Gefahr und entschloß sich zunächst seinen böhmischen Ständen gegenüber zur Nachgiebigkeit, indem er am 29. die fünfundzwanzig Artikel mit Ausnahme des Religionsartikels bewilligte, über den ein besonderer Landtag entscheiden sollte. Da sich die Stände damit zunächst zufrieden gaben, so mußte



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 11.

Matthias nunmehr, wie seine eigene Umgebung einsah, auf die directe Eroberung Böhmens verzichten. Um so energischer bestand er aber gegenüber den Anerbietungen des Kaisers, die sich nur auf die Abtretung von Oesterreich und Ungarn erstreckten, darauf, daß dieselbe auch auf Mähren ausgedehnt werde, welches Rudolf nicht aufgeben wollte, weil es zu den mit der Krone Böhmen vereinigten Kronländern gehöre. Hierüber ist es noch zu ziemlich erregten Verhandlungen, erst in Dubec (11. bis 17. Juni), dann in Lieben (18. bis 24. Juni) gekommen, in denen die Böhmen ebenso energisch die Aufrechterhaltung der alten Verbindung Mährens mit Böhmen forderten, wie die Mähren auf der Trennung bestanden und Matthias zwangen, für dieselbe einzutreten. Am 25. Juni kam es dann doch endlich zum Abschluß des Vertrages, nach welchem Matthias als Gubernator nicht bloß von Oesterreich, sondern auch von Mähren und als König von Ungarn anerkannt wurde. Mähren erhielt ausdrücklich das Recht, falls Matthias vor Rudolf sterbe, sich einen andern Herrn aus dem Hause Habsburg auf die Lebensdauer Rudolfs zu wählen; denn unter des Letzteren Herrschaft auch nur vorübergehend zurückzukehren hätten die Mähren niemals bewilligt. Außerdem wurde Matthias die Nachfolge und für den Fall, daß der Kaiser Leibeserben hinterlasse, die Regentschaft in Böhmen zugesichert. Endlich ertheilte Rudolf nunmehr dem Frieden mit den Türken seine Bestätigung. Die einzige Gegenconcession, die Matthias machte, war der Verzicht auf seine Ansprüche auf Tyrol zu Gunsten des Kaisers. In feierlichem Zuge wurde dann am 27. Juni die ungarische Königskrone in das Lager Matthias' überbracht und dessen Krönung zum Könige von Ungarn vollzogen. Der Kaiser war mit einem Federstriche des größten Theils seiner Erblande beraubt.

Der Erfolg aber kam fast noch mehr als Matthias der siegreichen ständischen Opposition der Erblande zu gute. Sie war die eigentliche Siegerin und ging alsbald auch daran, die Früchte des Sieges auch etwa in Zukunft bevorstehenden Eingriffen ihres neuen Herrn gegenüber sicher zu stellen. Am 29. Juni schlossen die unirten Stände von Oesterreich, Ungarn und Mähren in Sterbohol ein geheimes Bündniß, in welchem sie sich zu gegenseitiger Unterstützung behufs Aufrechterhaltung ihrer Privilegien und Rechte verpflichteten. Die Versuche Rudolfs, die religiösen Freiheiten und die autonomen ständischen Privilegien seiner Erblande zu Gunsten einer centralisirteren Verwaltung zu brechen, hatten, ungeschickt, systemlos und unbedacht, wie sie unternommen worden waren, zu einem den Absichten des Kaisers genau entgegengesetzten Resultate geführt: die ständische Selbständigkeit triumphirte offen über jede Centralgewalt, der Kaiser selbst aber hatte die Herrschaft in dem größten Theile seiner Erbländer ebenso verloren, wie ihm die Zügel der Regierung im Reiche vollständig aus den Händen zu fallen drohten.

Und schon gährte es auch in Böhmen, wo er noch soeben mit Mühe den Sturm beschwichtigt hatte.



Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 12.

Unruhen in Böhmen. Der Majestätsbrief.

Mit den Liebener Verträgen, in denen der Kaiser auf den größten Theil seiner Erblande zu verzichten gezwungen war, schien der tiefste Punkt in der Entwickelung seiner Machtstellung erreicht zu sein. Eine weitere Demüthigung des schwachen Kaisers schien nicht im Interesse irgend eines der betheiligten Factoren zu liegen. Im Gegentheil waren Anzeichen dafür vorhanden, daß schon die bisherige Entwickelung, welche nicht nur die persönliche Stellung Rudolfs, sondern auch seine kaiserliche Würde ernstlich gefährdete, doch von vielen Seiten mit Mißbilligung betrachtet werde. Wir sahen, daß schon während des Verlaufs der Ereignisse selbst von verschiedenen Seiten Vermittelungsversuche gemacht worden waren. Auch unter den Protestanten im Reiche tauchte wiederholt der Gedanke auf, sich des bedrängten Kaisers anzunehmen und ihn dadurch in seiner Reichspolitik zu einer Schwenkung zu ihren Gunsten zu veranlassen. Vor Allem aber glaubte das Kurfürstencollegium, welches mit Recht den Anspruch erhob, in allen entscheidend wichtigen Fragen des Reiches zur Mitwirkung herangezogen zu werden, einer Entwickelung, welche zur Vernichtung der kaiserlichen Centralgewalt zu führen drohte, nicht unthätig zuschauen zu dürfen. Die geistlichen Kurfürsten, welche am 7. Juli 1608 in Andernach zusammenkamen, ließen deutlich eine dem Vorgehen des Erzherzogs Matthias feindliche Gesinnung erkennen und hielten sich geradezu für verpflichtet, den Kaiser in der Wiedergewinnung des Verlorenen zu unterstützen. Sie beschlossen, zunächst eine Gesandtschaft nach Prag zu senden, um mit Rudolf in Unterhandlung zu treten und sich über die wahre Lage der Dinge am Prager Hofe zu unterrichten. Allein eben diese Gesandtschaft, an deren Spitze der kurkölnische Rath Hennot stand, überzeugte sich doch sehr bald davon, daß eine gemeinsame Politik mit dem Kaiser unmöglich sei. Was sie in Prag wahrnahm, rief in ihr die Ueberzeugung wach, daß Rudolf in der That unfähig sei, irgend eine klare und folgerichtige Politik zu verfolgen.

In den Kreisen der weltlichen Kurfürsten war diese Ueberzeugung schon seit längerer Zeit vorhanden. Den Anknüpfungs- und Vermittelungsversuchen

gegenüber, welche von dieser Seite wiederholt unternommen worden waren, hatte der Kaiser eine so schwankende und unsichere Haltung beobachtet, daß man auf jeden weiteren Erfolg zunächst verzichtete. Zudem lag auf der Hand, daß Rudolf's verzweifelte Lage in erster Linie durch seine Bedrückungen der Protestanten in den Erblanden veranlaßt worden war. Wie hätten also die protestantischen Kurfürsten ohne bestimmte Zusicherungen von Rudolfs Seite große Neigung verspüren sollen, sich seiner thatkräftig anzunehmen? Als auch die weltlichen Kurfürsten, wie vorher die geistlichen, sich zu einer Berathung über die Lage des Reiches zusammenfanden (in Hof in Bayern), versuchte Kurpfalz geradezu die Absetzung Rudolfs zu betreiben, stieß dabei aber auf Widerstand bei Kursachsen, welches einer geradezu antikaiserlichen Politik entschieden widerstrebte. Ende Juli 1608 traten dann in Fulda Gesandte der Kurfürsten, der geistlichen wie der weltlichen, zusammen. Auch Abgesandte von Rudolf und Matthias waren zugegen. Von einem ausgesprochenen Plane, darauf hinzuwirken, daß der Kaiser die ihm durch seinen Bruder entrissenen Länder wieder erhalte, ist hier nicht mehr die Rede gewesen. Nach Hennot's Berichten waren auch die geistlichen Kurfürsten von diesem Gedanken zurückgekommen. Immerhin traten namentlich Kurköln und Kursachsen eifrig für Rudolf ein, und ziemlich allgemein mißbilligte man das gewaltsame Vorgehen des Erzherzogs Matthias. Der Gesandte des Kölner Erzbischofs hat Matthias geradezu einen Majestätsverbrecher genannt. Aber zu einer völligen Verwerfung der Liebener Verträge kam es doch nicht. Nach langen Debatten, in denen man über die Verletzung der Reichshoheit und der Rechte der Kurfürsten bitter klagte, wurde doch endlich beschlossen, über den Liebener Vertrag weiter kein Urtheil abzugeben, aber energisch dagegen zu protestiren, daß dergleichen Verträge je wieder ohne Betheiligung des Reiches abgeschlossen würden. Bei diesem papiernen Proteste aber blieb es, dem Kaiser ernstlich zu helfen war Niemand geneigt. Mehr oder minder klar erkannten Alle aus dem bisherigen Gange der Dinge, daß ihm eben nicht zu helfen war. Im Gegentheil wurde seine Lage immer düsterer; das einzige Land, welches er in den Stürmen von 1608 noch gerettet hatte, das Königreich Böhmen, wurde jetzt auch, wiederum nicht ohne Rudolfs eigene Schuld, in die unruhige Bewegung der anderen Erbländer mit fortgerissen.

Wir sahen, wie Rudolf, um einen Anschluß des Prager Mai-Landtages an Matthias zu verhüten, die fünfundzwanzig von Budowec aufgesetzten Artikel der Stände mit Ausnahme des Religionsartikels genehmigt hatte. Die Einigung über diesen letzteren war einem besonderen Landtage vorbehalten, den der Kaiser im November zu berufen versprochen hatte. Aber Rudolf bereute alsbald nach dem Abschluß der Liebener Verträge seine ihm durch die Noth der Umstände abgezwungene Nachgiebigkeit sowohl gegenüber Matthias als gegenüber den böhmischen Ständen. Auf der einen Seite war er eifrig bestrebt, Verbindungen anzuknüpfen, um Matthias die ihm abgetretenen Länder

wieder zu entreißen, auf der andern Seite zeigte er sich wenig geneigt, den böhmischen Ständen ihre Forderungen zu bewilligen. Erst zögerte er lange Zeit, den versprochenen Landtag zu berufen, und als es endlich geschah, enthielt die am 28. Januar 1609 vom Kanzler Popel von Lobkowitz vorgelegte Proposition nicht eine den Religionsartikel betreffende Vorlage, sondern der Kanzler verlangte von den Protestanten zunächst die Auslieferung und Vernichtung einer Urkunde, welche sämmtliche Namensunterschriften jener Personen enthielt, die sich während Matthias' Anwesenheit bei Prag verbunden hatten, vom Kaiser die Freigebung der Religion zu verlangen. Statt eines Vergleichsvorschlags also eine offenbar feindselige Maßregel. Und dennoch zeigten sich die Stände nach einem vergeblichen Protest Budowecs bereit auch darauf einzugehen. Sie übergaben die Urkunde Rudolf persönlich. Um so mehr glaubten sie nun auch auf Entgegenkommen seinerseits rechnen zu dürfen. Schlimm war nun freilich von vornherein für den Gang der Verhandlungen, daß die protestantischen Stände unter einander nicht völlig einig waren. Gleich am Anfange tauchte die Frage auf, wie das Verhältniß zwischen Lutheranern und böhmischen Brüdern, die in der böhmischen Confession von 1575 eine gemeinsame rechtliche Gruudlage erhalten hatten, zu regeln sei. Die Lutheraner waren zweifelhaft, ob sie sich mit der bloßen Anerkennung jener auf gemeinsamer Vereinbarung beruhenden Confession begnügen oder vom Kaiser geradezu die Freigebung der Augsburger Confession verlangen sollten. Die Frage war namentlich für die Kirchenverfassung von Wichtigkeit, da bisher beide Parteien dieselbe Verfassung und dieselben Kirchenhäupter gehabt hatten. In diesen Verhandlungen spielte nun wieder Budowec eine große Rolle; er war es, der ähnlich wie Zierotin in Mähren, eifrig und offen für den Grundsatz religiöser Toleranz eintrat und daher auch die Unterschiede der verschiedenen akatholischen Richtungen nicht in den Vordergrund treten lassen wollte. Seine Bemühungen in dieser Richtung wurden dadurch unterstützt, daß sehr bald das Bestreben des Kaisers, die Städte vom Adel zu trennen und dadurch Uneinigkeit unter den Ständen hervorzubringen, deutlich zu Tage trat. Demgegenüber wurden sich die verschiedenen Richtungen des Protestantismus nur um so deutlicher der Gemeinsamkeit ihrer Interessen bewußt. Die Folge war, daß man sich sehr schnell darüber einigte, in der That die Gewährung der gemeinsamen Confession von 1575 zum Ausgangspunkte der Verhandlungen zu machen. Am 3. Februar trug eine Deputation der Stände unter Führung Stephans von Sternberg diese Bitte dem Kaiser vor. Hätte Rudolf in diesem Augenblicke aus eigener Initiative nachgegeben, so würde er die böhmischen Stände wahrscheinlich dauernd für sich gewonnen haben. Allein wiederum vermochte er zu keinem eigenen Entschlusse zu kommen, sondern unterbreitete die Sache einigen katholischen Theologen zur Entscheidung. Außerdem zog er den päpstlichen Nuntius, den Erzbischof von Prag und seinen eifrig katholischen Kanzler Lobkowitz zu Rathe. Es konnte kein Zweifel sein, daß diese Rathgeber sich gegen jede Nachgiebigkeit gegen-

über dem Protestantismus erklären würden. Ihrem Votum folgend ertheilte der Kaiser eine entschieden ablehnende Antwort und beschwor dadurch auch über Böhmen einen ähnlichen Conflict herauf, wie er früher in den anderen Erblanden ausgebrochen war. Die Stände ließen nun durch ein zu diesem Zwecke niedergesetztes Comité eine schriftliche Antwort abfassen, die nicht mehr bloß Gewährung der Religionsfreiheit, sondern auch Uebergabe des Consistoriums und der Universität in ihre Verwaltung forderte. Der offene Conflict zwischen den gesetzgebenden Gewalten war ausgebrochen und wurde von beiden Seiten, zunächst litterarisch in einer Reihe historischer Deductionen, mit wachsender Erbitterung geführt. Als nun aber der Kaiser auf seiner Verwerfung aller religiösen Forderungen bestand und von den Ständen verlangte, daß sie ausschließlich über Steuerfragen verhandeln sollten, weigerten sich diese energisch und erklärten, als ihnen mit der Auflösung des Landtags gedroht wurde, daß sie beschlossen hätten, mit Aufwendung aller Kraft jedes Unrecht, das sie treffen könnte, abzuwehren. Darauf wurde dann die Auflösung des Landtages durch den Oberstburggrafen ausgesprochen. Nunmehr wandten sich die Häupter der Protestanten durch besondere Gesandtschaften an die protestantischen Kurfürsten, an Matthias sowie an den Herzog von Braunschweig, um sie zu veranlassen, bei Rudolf zu ihren Gunsten zu interveniren.

Auf der andern Seite aber drängte die Umgebung des Kaisers, unter der außer dem Kanzler Lobkowitz namentlich Wilhelm von Slawata, Jaroslaw von Martinitz und Herr von Atems eifrig gegen die Protestanten sprachen, zu immer extremeren Schritten. Sie riethen dem Kaiser die Rüstung eines Heeres von 20 000 Mann und die Berufung des Erzherzogs Leopold, dem der Kaiser auch die Nachfolge im Reiche zusagen möge. In seinem bitteren Groll gegen Matthias und immer noch erfüllt von dem sehnlichen Wunsche, diesem die abgetretenen Erbländer wieder zu entreißen, war der Kaiser nur zu geneigt, auf diese Gedanken einzugehen. Berief er Leopold nach Prag, wozu er sich dann in der That entschloß, und sicherte ihm die Nachfolge im Reiche, so konnte er hoffen, an ihm, der ihm noch nie offen entgegengetreten war, eine kräftige Hilfe zu gewinnen und zugleich die Ansprüche Matthias' zu nichte zu machen. Aber noch weiter gingen seine Gedanken. In der sprunghaften Art und Weise, in der sich seine Politik überhaupt entwickelte, hatte er eine Zeit lang trotz des heftigen Conflictes, in dem er mit den Protestanten seiner eigenen Länder sich befand, ernstlich daran gedacht, sich den Protestanten im Reiche in die Arme zu werfen; wiederholt hatte er zu diesem Zwecke mit dem eifrigsten derselben, dem Herzoge Christian von Anhalt, verhandelt. Jetzt wandte er sich wieder nach der entgegengesetzten Seite und trat mit den geistlichen Kurfürsten und mit dem Kurfürsten von Sachsen, der immer auf seiner Seite gestanden hatte, in Verbindung. Außerdem aber wandte er sich, ohne seinen Räthen etwas davon mitzutheilen, an Herzog Maximilian I. von Bayern, der nach seinem energischen Vorgehen gegen

Donauwörth als der vornehmste Hort des Katholicismus in Deutschland betrachtet wurde. Aber nach Allem, was vorangegangen war, zeigte sich keiner der Angerufenen geneigt, thatkräftig für die unberechenbare Politik des Kaisers einzutreten. Der Kurfürst von Köln, den Rudolf dringend gebeten hatte, persönlich nach Prag zu kommen, lehnte es ab, dieser Einladung Folge zu leisten und sandte nur seinen vertrauten Rath Hennot, der von seiner früheren Mission her allzusehr mit den Schwankungen der kaiserlichen Politik vertraut war, als daß er jetzt seinem Herrn ernstlich hätte rathen sollen, thätig auf die ebenso umfassenden wie aller realen Machtmittel entbehrenden Pläne Rudolfs einzugehen.

Während aber der Kaiser mit diesen vergeblichen Verhandlungen die kostbarsten Augenblicke vergeudete, waren die böhmischen Protestanten nicht müßig gewesen. Bei der Auflösung des Landtags hatten sie sich eidlich unter einander verpflichtet, sich Ende April wieder in Prag einzufinden. In der That versammelten sie sich so stark wie nie zuvor in Prag und traten, nachdem sie den Kaiser vergeblich um Wiedereröffnung des Landtags gebeten hatten, am 5. Mai widerrechtlich im Neustädter Rathhause zusammen. Damit war der Weg der Rebellion beschritten. Unter wachsender Aufregung des über die Haltung des Kaisers erbitterten Volkes gingen die Verhandlungen weiter. Die Stände ließen durch vier Advocaten, zwei Lutheraner und zwei böhmische Brüder, eine eingehende Rechtfertigungsschrift verfassen, in der sie den Kaiser um Freigebung des Bekenntnisses und Wiedereinberufung des Landtages baten. Am 12. Mai nahm der Kaiser die Bittschrift aus den Händen einer Deputation, an deren Spitze wieder Budowec stand, entgegen. Und diesmal gelang es wirklich, trotz des eifrigen Widerspruchs, den namentlich der spanische Gesandte Zuñiga erhob, den Kaiser wenigstens so weit zur Nachgiebigkeit zu bewegen, daß er den aufgelösten Landtag auf den 25. Mai wieder einberief.

Allein die Nachgiebigkeit war wieder nur von kurzer Dauer. Wenige Tage nach der Wiedereröffnung des Landtages traf Erzherzog Leopold in Prag ein, der, von den umfassendsten und phantastischsten Restaurationsplänen erfüllt, alsbald im Verein mit dem Kanzler Lobkowitz dem Kaiser energisch von jeder Concession an die Protestanten abrieth. Das hieß thatsächlich aufs Neue einen von vornherein aussichtslosen Conflict proclamiren; denn der Landtag, auf dem das Verhältniß der Katholiken zu den Protestanten etwa wie eins zu zehn stand, trat mit größter Energie für Freigebung der Confession von 1575 und für Selbstverwaltung der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten ein und hatte die große Mehrheit des tieferregten Volkes hinter sich. Selbst der eifrig katholische kaiserliche Rath Hanewald rieth jetzt dringend die Freigebung sogar der Augsburger Confession an, vermochte aber gegen den Einfluß des Erzherzogs Leopold und des Kanzlers Lobkowitz nicht aufzukommen. Der Kaiser entschloß sich noch einmal zum Widerstand und erklärte sich nur bereit, den Protestanten diejenige Duldung zu verheißen, welche unter Ferdinand I. Gel-

tung gehabt habe. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Stände mit dieser ganz allgemein gehaltenen Zusicherung nicht begnügen würden. Im Gegentheil gewann jetzt, nachdem sie sich bisher sehr gemäßigt in ihren Forderungen gezeigt hatten, die extremere Richtung des Grafen Thurn die Oberhand, der offen für eine Bewaffnung der Stände zum Widerstande gegen den Kaiser eintrat. Die Stände verfaßten drei Protest-Actenstücke, deren eines für den Kaiser, das zweite für die Oeffentlichkeit bestimmt war, während das dritte den förmlichen Entwurf eines Privilegiums enthielt, wie es die Protestanten für die Sicherstellung ihrer religiösen Freiheit und Selbständigkeit wünschten. Dieses letzte Actenstück ist mit Ausnahme eines einzigen Wortes — das Wort „evangelisch“ wurde vom Kaiser in „utraquistisch“ abgeändert — der spätere Majestätsbrief. Als Rudolf nun am 20. Juni noch einmal ausweichend antwortete, nahmen die Stände die Berathungen über die allgemeine Bewaffnung wieder auf und beschlossen, eine provisorische Regierung von dreißig Directoren einzusetzen. Zugleich traten sie mit den Schlesiern in Verbindung und schlossen mit ihnen einen Vertrag, durch welchen sie sich zu gegenseitiger Hilfeleistung verpflichteten. Am 26. Juni erklärten dann die Stände selbst unter tumultarischen Scenen den Landtag für abgebrochen. Viele von ihnen reisten ab; die Vertretung der gemeinsamen Sache wurde dreißig Directoren übertragen, von denen zehn aus dem Herrenstande, zehn aus den Rittern und zehn aus den Städten entnommen waren. Diese begannen am 27. Juni ihre Sitzungen im Altstädter Rathhause.

Jetzt endlich kam Rudolf die ganze Größe der Gefahr zum Bewußtsein, jetzt endlich erkannte er, daß nichts mehr und nichts weniger als der Verlust seiner Herrschaft auch in dem einzigen, ihm bisher noch treu verbliebenen Stammlande auf dem Spiele stand. Hatte er sich bisher ebenso halsstarrig wie machtlos der gegen ihn andringenden Bewegung entgegengestemmt, ohne den Entschluß zur Nachgiebigkeit fassen zu können, aber ebenso wenig zu einem wirklich energischen, auf realen Machtmitteln fußenden Widerstande sich aufzuraffen, so entschied er sich nunmehr doch, rath- und hilflos wie er war, für den völligen Ausgleich mit den Protestanten. Er eröffnete die Verhandlungen zwischen einem Ausschuß der Directorialregierung und den katholischen Kronbeamten, die endlich zu der völligen Bewilligung des Majestätsbriefes mit jener einzigen Aenderung führten (9. Juli 1609). Durch dieses Privileg, welches in der geschichtlichen Entwickelung des nächsten Jahrzehnts eine so hervorragende Rolle spielte, wurde allen Einwohnern Böhmens, also auch den Bauern, das Bekenntniß der katholischen Religion oder des Bekenntnisses von 1575 freigestellt, der Bau der Kirchen dagegen nur den drei Ständen, Herren, Rittern und königlichen Städten, eingeräumt. Das Recht des freien Glaubensbekenntnisses stand also auch den Bewohnern der königlichen beziehungsweise geistlichen Güter frei, nicht aber der Kirchenbau. Daneben aber wurde noch ein Vergleich zwischen den katholischen und pro-

testantischen Ständen geschlossen, durch welchen auch diese Frage geregelt wurde. Der Vertrag erklärte das Kirchenvermögen für unantastbar und bestimmte bezüglich der königlichen Güter, daß es den Protestanten, wenn sie in einem Ort oder einer Stadt keine Kirche oder keinen Friedhof hätten, unverwehrt sein sollte, solche zu bauen beziehungsweise anzulegen. Unter diesen königlichen Gütern verstanden aber die Protestanten auch die geistlichen Güter, welche in Böhmen ebenfalls unmittelbar unter der königlichen Kammer standen, so daß nach ihrer, ohne Zweifel, wie selbst Slawata zugiebt, berechtigten Ansicht ihnen auch die Erbauung protestantischer Kirchen auf geistlichem Gebiete freistand. Daran, daß die Katholiken später in einigen Einzelfällen einen entgegengesetzten Standpunkt geltend machten, haben sich die Streitigkeiten geknüpft, welche zum Ausbruche des dreißigjährigen Krieges führten.

Vorläufig aber wurde durch die Verleihung des Majestätsbriefes die Ruhe im Lande und die Herrschaft Rudolfs über dasselbe noch einmal hergestellt. Aber unter welcher neuen Einbuße des persönlichen Ansehens des Kaisers war dies Ergebniß zu Stande gekommen? Wieder hatte sich die völlige Unfähigkeit Rudolfs, in schwierigen Krisen eine einheitliche, selbständige und folgerichtige Politik einzuschlagen, mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Hätte der Kaiser, was er schließlich doch bewilligen mußte, dem regelmäßigen, von ihm selbst berufenen Landtage bewilligt, so wäre Alles als ein Ausfluß seiner Gnade und seines persönlichen Entschlusses erschienen, während ihm jetzt die Bewilligung durch eine gesetzwidrige, ja offen revolutionäre bewaffnete Organisation seiner Stände abgetrotzt worden war. Wollte er aber den andern Weg einschlagen und die Bewilligung der ständischen Forderungen energisch versagen, dann mußte er sich auch voll und ganz dazu entschließen und die hierfür erforderlichen Mittel der Macht verfügbar machen. Indem er keines von beiden that, sondern unsicher und schwächlich von einem Extrem zum andern schwankte, bald den vermittelnden Rathschlägen Gehör gab, ja sogar mit den Protestanten im Reiche Verbindungen anknüpfte, bald wieder sich den extremen katholischen Restaurationsgedanken des Erzherzogs Leopold und des Kanzlers Lobkowitz zuneigte, büßte er den letzten Rest von Ansehen ein, den seine Regierung in Böhmen noch besessen hatte. Die weitere Entwickelung der Dinge hing jetzt thatsächlich nicht mehr von seinem Willen ab: die Regelung seines Verhältnisses zu seinen Unterthanen hörte auf eine Rechtsfrage zu sein, sie wurde zu einer Frage der Macht, deren Entscheidung zu seinen Ungunsten in dem Augenblicke, in welchem sie von Neuem entrollt wurde, erfolgen mußte.

Wie aber hätte der Kaiser, während er in keiner Weise im Stande war, der Bewegungen in seinen Erblanden Herr zu werden, seines Amtes als Kaiser eines Reiches, welches aus einer Fülle fast selbständiger Einzelstaaten bestand, mit besserem Erfolge warten können? Auch hier hatte seine Regierung oder vielmehr Nichtregierung zu einem so gänzlichen Zerfall der Verfassungs-

einrichtungen geführt, war durch die Sprengung aller Reichsinstitute so sehr jedes gemeinsame Band verloren gegangen, daß die Parteien im Reiche, durch keine innere Gemeinschaft mehr zusammengehalten, daran gegangen waren, sich in sich selbst zu organisiren, um selbst ihre eigenen Interessen vertreten und schützen zu können. Immer mehr und mehr gediehen die Zustände auch im Reiche dahin, daß eine reichsrechtliche Ausgleichung der Gegensätze unmöglich erschien und die Parteien sich wie Macht gegen Macht gegenüberstanden.



St. Georgsthaler des Grafen David von Mansfeld. Silber. Originalgröße.

Umschrift der Vorderseite: DAVID · CO(mes) · E(t) · DO(minus) · I(n) · MANSF · NOB(ilis) · D(ominus) · I(n) · HEL · ET · SCHRAPL · (Heldrungen und Schraplau). Im Felde der heilige Georg, den Drachen bekämpfend. Auf der Rückseite das Wappenschild des Grafen mit der Jahreszahl 1607 und den Buchstaben G M zu den Seiten; darüber der Spruch „Bei Gott ist Rath und That“. Im dreißigjährigen Kriege galten diese Sanct Georgsthaler als Amulette gegen Schuß und Hieb. (Berlin, Königl. Münz-Cabinet.)

Union und Liga.

Es war kein zufälliges Zusammentreffen, sondern stand in nothwendigem innerem Zusammenhange, daß fast unmittelbar nach dem Schlusse des Regensburger Reichstages von 1608 der lange gehegte Plan eines engeren Bündnisses der protestantischen Fürsten unter einander zu gegenseitigem Schutze ihrer Rechte und Interessen zur That wurde. Zu deutlich hatten die Vorgänge auf dem Reichstage selbst und die vorausgegangenen Ereignisse in Donauwörth den Protestanten gezeigt, wohin die Pläne der Katholiken sich richteten. Die Forderung, daß der Religionsfriede nur bestätigt werden solle, wenn alle seit dem Passauer Vertrage von protestantischer Seite eingezogenen geistlichen Güter wieder herausgegeben würden, ließ keinen Zweifel darüber, daß man Recht gehabt hatte, als man den Vierklosterstreit als die Einleitung zu einem allgemeinen Angriffe auf die eingezogenen Kirchengüter bezeichnet hatte. Diese seit Jahrzehnten in ungestörtem Besitze der Protestanten befindlichen Kirchengüter aber bildeten einen integrirenden Bestandtheil der landesherrlichen Finanzen. In manchen Territorien waren sie von vornherein für Kirchen- und Schulzwecke festgelegt, in anderen in die allgemeine Finanzverwaltung eingestellt worden, deren Existenz auf's Aeußerste gefährdet war, wenn der Besitz der Kirchengüter ernstlich in Frage gestellt wurde.

Dazu kamen die allgemeinen, immer schroffer protestantenfeindlichen Theorieen, welche von den Jesuiten und ihren Schülern literarisch vertreten und von den katholischen Fürsten mit begeisterter Zustimmung begrüßt wurden. Eben in den ersten Jahren des siebzehnten Jahrhunderts wurden sie mit besonderem Eifer wieder geltend gemacht. Im Jahre 1603 erschien in Köln ein Buch von Paul Windeck unter dem Titel: Prognosticon futuri status ecclesiae, dessen zweiter Theil die sehr bezeichnende Ueberschrift trug: deliberatio de haeresibus extirpandis. Hier werden, ganz im Sinne der katholischen Ultras, ja in ganz unverkennbarer Hinneigung zu den Maßregeln der Inquisition, die härtesten Strafen gegen die Ketzer empfohlen und die denselben vertragsmäßig eingeräumten Rechte für ebenso unstatthaft wie verderblich erklärt. Ausdrücklich wurde dieser Grundsatz auch auf den Religionsfrieden angewandt, der danach, ganz der von Anfang an in jesuitischen Kreisen vertretenen Theorie entsprechend, nur als eine durch die Noth erzwungene Maßregel erschien, die so bald als möglich rückgängig gemacht werden müsse.

Zugleich wurde mit Eifer und dialectischem Scharfsinn die alte Lehre von der Unterordnung der staatlichen Gewalt unter die päpstliche wieder hervorgeholt. Diese Lehre, welche für protestantische Fürsten überhaupt keinen Raum ließ, ja den Unterthanen geradezu das Recht des Widerstandes gegen den Fürsten, wenn er seine Macht mißbrauche und z. B. vom katholischen Glauben abfalle, zuerkannte, ja welche sogar unter gewissen Umständen den „Tyrannenmord“ gestattete, wurde namentlich von Bellarmin (de membris ecclesiae militantis) und von Mariana (de rege et regis institutione. Toledo 1599) mit voller Schroffheit vertreten. Der letztere lobte u. A. ausdrücklich jenen Mönch, der König Heinrich III. von Frankreich getödtet hatte.

Gegenüber solchen Auffassungen konnte eine rein literarische Vertheidigung, wie sie u. A. der kurpfälzische Rath Michael Lösenius in einer 1600 erschienenen Schrift „Warnung an alle christlichen Potentaten wider des Papsts Practiken“ unternahm, nicht genügen. Man mußte endlich daran denken, sich gegen solche Uebergriffe, wie die dauernde Besetzung Donauwörths durch den Herzog Maximilian von Bayern, mit eigenen Kräften zu wehren, da die Verfassungseinrichtungen des Reiches in immer wachsendem Maße sich als unfähig erwiesen, in solchen kritischen Fragen Abhilfe zu schaffen. Je mehr Kammergericht, Reichshofrath und später auch der Reichstag nicht ohne Schuld der Protestanten verfielen, um so dringender trat an die letzteren die Nothwendigkeit heran, sich selbst vor der practischen Auslegung, welche von katholischer Seite dem Religionsfrieden gegeben wurde, thatkräftig zu schützen. Es war nur natürlich, daß die Protestanten schon in den letzten Jahren des sechzehnten Jahrhunderts gegenüber der wachsenden Noth der Zeit auf jenen Gedanken zurückgriffen, der dereinst den schmalkaldischen Bund ins Leben gerufen hatte. Bis zum Jahre 1608 aber waren alle die zahlreichen Versuche, einen ähnlichen Bund ins Leben zu rufen, welche namentlich von dem thatkräftigsten protestantischen Staate, dem kurpfälzischen, unternommen worden waren, immer wieder an dem unseligen Gegensatze zwischen Lutheranern und Calvinisten gescheitert. Es sei gestattet, die Hauptphasen dieser Entwickelung dem Leser ins Gedächtniß zurückzurufen.

Der Verwirklichung sehr nahe war der Gedanke eines allgemeinen Bündnisses der deutschen Protestanten namentlich in der Zeit gewesen, da auf dem kursächsischen Throne nach Augusts Tode der einer Verständigung mit dem Calvinismus mehr geneigte Kurfürst Christian I. gesessen hatte. Damals war es in der That in Torgau am 13. Februar 1591 zu einem vorläufigen Abschluß gekommen; allein das endgiltige Zustandekommen des Bundes wurde durch den Tod Christians I. und Johann Casimirs von der Pfalz verhindert. Dann hatte die auf die protestantische Einigung gerichtete Bewegung neue Antriebe durch die Vorgänge auf dem Reichstage von 1598 erhalten. Die Protestanten, welche dort erklärt hatten, durch den Mehrheitsbeschluß über die Türkensteuer nur so weit gebunden zu sein, als sie selbst demselben zugestimmt hatten, wurden vom Kaiser, der naturgemäß diese Auffassung nicht

gelten lassen wollte, mit Executionen und Kammergerichtsprocessen bedroht. Damals ließ sich sogar Herzog Heinrich Julius von Braunschweig zu den Correspondirenden herüberziehen. Dazu kam die durch den Einfall spanischer Völker unter Franz Mendoza in das Jülicher Gebiet heraufbeschworene Gefahr, bei der sich die Kreis- und Kriegsverfassung des Reiches wieder in ihrer ganzen Richtigkeit und Hohlheit gezeigt hatte. Aber auch die Rüstungen, welche die Protestanten dann selbständig und unabhängig von der Kreisverfassung betrieben hatten, waren an der Uneinigkeit der Führer gescheitert. Mendoza hatte ruhig auf deutschem Gebiete seine Winterquartiere bezogen, die endlich nach vielen vergeblichen Anläufen gegen ihn ins Werk gesetzte Execution hatte einen kläglichen Ausgang gehabt. Weder die Kreise noch die Protestanten in eigener Organisation waren fähig gewesen, die höhnende Verletzung des Reichsgebiets durch die spanische Soldateska, welche die deutschen Lande auf's grausamste gebrandschatzt und geplündert hatte, auch nur in den bescheidensten Grenzen abzuwehren.

Ebenso wenig vermochten die immer wachsenden Gefahren im Innern die correspondirenden Fürsten zu bewegen, sich von der Rücksicht auf ihre Sonderinteressen und inneren Streitigkeiten frei zu machen. Die Execution in Aachen (1598) und die Belehnung des Cardinals von Lothringen mit dem Bisthum Straßburg (1599) hätten den Protestanten die Gemeinsamkeit ihrer Interessen gewiß klar machen sollen. Allein sie beschränkten sich in beiden Fällen auf Intercessionen beim Kaiser, die natürlich wirkungslos verhallten. Immer wieder versuchte Kurpfalz, die abgerissenen Fäden der Verständigung wieder anzuknüpfen. Während des Speierer Deputationstages versammelte der Pfälzer Kurfürst die dort anwesenden protestantischen Stände zu besonderer Berathung (4. August 1600), um gegen die mit dem Reichskammergerichte concurrirende Justiz des Reichshofraths zu protestiren. Anfangs waren nur Brandenburg, Pfalz und Braunschweig hierzu bereit, während der Administrator von Kursachsen, Herzog Friedrich Wilhelm, wie immer, entschieden gegen eine solche extreme Maßregel eintrat. Kurpfalz zog darauf einige nicht in Speier vertretene Anhänger seiner Auffassung, namentlich den Markgrafen von Baden, den Administrator von Straßburg und den Markgrafen von Ansbach zu den Berathungen zu und suchte die Widerstrebenden, namentlich Kursachsen und Nürnberg, zu entfernen. Allein trotz alledem kam es nicht zu einer strafferen Einigung. Der sonst so energische und eifrig für den Unionsgedanken eintretende Landgraf Moritz von Hessen, der seit 1598 in die Reihe der führenden Fürsten unter den Protestanten eingerückt war, versagte diesmal seine Mitwirkung und rief seine Gesandten ab. Die übrigen kamen nur zu dem vorläufigen Beschluß, ein Schreiben an den Kaiser wegen der Justiz des Reichshofraths abzusenden und kamen überein, wenn sie eine abschlägige Antwort erhielten, die Erklärung abzugeben, daß sie sich den Hofprocessen nicht zu unterwerfen gedächten. Doch sollte die Absendung des Schreibens nicht sogleich erfolgen, vielmehr wollte man vorher versuchen, alle

bedeutenderen Stände, darunter Sachsen, Pfalz-Neuburg und Württemberg, zur Unterschrift desselben einzuladen. Allein nur bei Württemberg hatten die dann eröffneten privaten Verhandlungen einen Erfolg, Kursachsen und Neuburg dagegen wurden nicht gewonnen. Auf einem Convent in Friedberg, auf dem Kurpfalz von Neuem die Begründung eines Vertheidigungsbündnisses vorschlug, aber wiederum vergeblich, wurde dann wirklich die Absendung des Schreibens, welches namentlich die Hofprocesse und den Vierklosterstreit in den Vordergrund stellte, beschlossen (Februar 1601). Eine eigene Gesandtschaft überbrachte das Schreiben nach Prag und überreichte dann, als sie nach monatelangem Warten eine ablehnende Antwort erhielt, jene in Friedberg beschlossene protestirende Erklärung, daß ihre Herren sich den Hofprocessen nicht unterwerfen würden. Weitere Ergebnisse wurden auch auf einem zweiten Convent in Friedberg (März 1602) nicht erzielt. Im Wesentlichen kam man in allen diesen Verhandlungen nicht über das negative Resultat hinaus, daß man erklärte, sich den Entscheidungen der Organe der Reichsverfassung nicht unterwerfen zu wollen.

Aber wäre es für die Dauer möglich gewesen, dabei stehen zu bleiben? Mehrere der deutschen Fürsten, unter denen in den letzten Jahren neben dem Landgrafen Moritz von Hessen namentlich der kühne und unternehmende Fürst Christian von Anhalt in den Vordergrund getreten war, erkannten doch allmählich immer klarer die zwingende Nothwendigkeit und Richtigkeit der auf die Begründung eines protestantischen Bündnisses gerichteten, folgerichtig festgehaltenen kurpfälzischen Politik. Wiederholt war unter ihnen der Gedanke aufgetaucht, daß man, um dem zu begründenden Bunde gegenüber den großen Kräften der katholischen, mit Spanien verbündeten Mächte einen Rückhalt zu sichern, mit dem Könige von Frankreich, Heinrich IV., in Verbindung treten müsse, zumal bei der demnächst zu erwartenden Erledignng der jülich-clevischen Erbschaft ernstere Verwickelungen in Aussicht standen, da man mit Sicherheit annehmen konnte, daß nicht allein der Kaiser, sondern auch Spanien den Erbansprüchen der protestantischen Fürsten nachdrücklich entgegentreten werde.

Und wie hätte Heinrich IV. nicht mit Eifer und Freude auf eine solche Anregung von Seiten der deutschen Protestanten eingehen sollen? Wir sahen, wie er nach wie vor trotz seines Uebertrittes zur katholischen Kirche der damaligen Welt als der vornehmste Hort des Protestantismus gegenüber dem erdrückenden Uebergewicht der spanischen Weltmacht erschien. In der That war er es, wenn nicht direct — denn an eine energische Bekämpfung des Katholicismus zu Gunsten des Protestantismus konnte er natürlich nicht denken —, so doch indirect. Sein ganzes politisches System brachte ihn in einen unbedingten Gegensatz zu Spanien, das die herrschende Vormacht des Katholiscismus war und diese Macht thatsächlich überall zur Bekämpfung des Protestantismus verwendete. Es konnte nicht anders sein, als daß der hauptsächlichste Gegner dieser Macht, obwohl er von rein politischen Beweggründen

geleitet wurde, doch zugleich als der Vorkämpfer des protestantischen Princips in Europa betrachtet wurde. Heinrich IV. ließ es sich angelegen sein, die Protestanten in dieser Auffassung seiner Stellung zu bestärken. Er hat ihnen, um



König Heinrich IV. von Frankreich.
Originalgroßes Facsimile des Kupferstiches von Thomas de Leu.

die Verbindung mit ihnen in Gang zu bringen, einmal geradezu erklären lassen, obgleich er zur katholischen Religion übergetreten sei, so sei doch die Neigung, die er einmal für die reformirte Religion gefaßt habe, nicht vermindert, sondern er gedenke sich der Stände, die sich zu ihr bekennen, alle Zeit anzu-

nehmen. Schon in den Jahren 1599 und 1600 hatte er durch einen an den pfälzischen und hessischen Hof entsandten Bevollmächtigten, Bongars, engere Beziehungen anzuknüpfen versucht. Von deutscher Seite wurden die damals geknüpften Fäden namentlich vom Landgrafen Moritz von Hessen wieder aufgenommen, der im Oktober 1602 zu diesem Zwecke sich einige Zeit in Paris aufhielt. Sehr merkwürdig sind doch in der That die Nachrichten, die uns aus Moritz's eigener Feder über die damaligen Verhandlungen erhalten sind. Als Ziel schwebte König Heinrich neben Schwächung der spanischen Weltmacht namentlich der Ausschluß des Hauses Habsburg von der nächsten Kaiserwahl vor; man sprach davon, dieselbe vielmehr auf den Herzog von Bayern zu lenken. Denn gerade in der Verbindung der spanisch-habsburgischen Weltmacht mit der deutschen Kaiserwürde in habsburgischen Händen sah Heinrich die dringendste Gefahr für das Gleichgewicht Europas, das er zu erhalten bezw. wiederherzustellen strebte. Gleichwohl hatten die Verhandlungen zwischen ihm und den deutschen Protestanten in den nächsten Jahren keinen rechten Fortgang, weil die letzteren in Folge des Zerwürfnisses, in welches Heinrich IV. mit dem Herzoge von Bouillon und dadurch mit vielen Führern der hugenottischen Bewegung in Frankreich gerathen war, mißtrauisch geworden waren. Daß es sich hier doch um eine Angelegenheit handelte, die ebenso wohl einen politischen wie religiösen Charakter zeigte, daß Bouillon den Zorn des Königs durch offenen Ungehorsam gereizt hatte, vermochten die deutschen Protestanten, mit denen Bouillon seinerseits in Verbindung getreten war, nicht völlig klar zu erkennen. Sie haben sich wiederholt beim Könige für Bouillon verwendet, dadurch aber nur diesen in seinem Argwohn bestärkt, daß der aufsässige Herzog wie in den Niederlanden so auch in Deutschland Unterstützung für seine Auflehnung suche. Es war aber natürlich, daß die deutschen Fürsten in Folge dessen wenig geneigt waren, in engere Beziehungen zu dem französischen Könige zu treten, zumal bei mehreren von ihnen doch auch ernstliche prinzipielle Bedenken gegen eine solche Verbindung mit dem Auslande auftauchten, die schon dereinst vor fünfzig Jahren bei der Fürstenverschwörung gegen Karl V. dem Vaterlande schwere Verluste zugefügt hatte.

Auf der andern Seite war doch aber wieder klar, daß ohne eine solche Verbindung ein energischer Widerstand gegen die allenthalben von Spanien unterstützte katholische Restauration nicht möglich war. Es ist das Verhängniß unserer Geschichte, daß der Protestantismus, um seine Existenz zu retten, immer wieder auf auswärtige Hilfe angewiesen war, gerade so wie die Hugenotten in Frankreich unter den früheren Königen wiederholt ihre Rettung der Hilfe der deutschen Protestanten verdankt hatten. Von dem Gedanken der Nothwendigkeit dieser Verbindung mit Heinrich IV. war Niemand lebhafter erfüllt, als Christian von Anhalt, der jetzt von Jahr zu Jahr mehr die Seele der deutschen Unionsbestrebungen wurde und einen bestimmenden Einfluß auf den kurpfälzischen Hof, in dessen Dienste er getreten war, ausübte. In ihm verkörperten sich gleichsam die protestantischen Bestrebungen der Zeit ähnlich wie



Palladis, Imperij, Pacis, Patriæ, populi, Aræ,
Altor, Atlas, columen, pyramis, Ancora, Apex.
Eusebiæ, Eunomiæ, Fidei, Sophiæ, Virtutis,
Ecdicus, Adjutor, Murus, Ocellus, Honos.
W. Kilian. sculp.

Moritz, Landgraf von Hessen.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian (1581—1662).

in den nächsten Jahren die der katholischen Restauration in dem Erzherzoge Leopold. Ohne eigene und selbständige staatliche Macht war Christian doch

von den kühnsten Plänen für die Stärkung der protestantischen Sache, der er mit inniger und echter Frömmigkeit zugethan war, erfüllt. Ueberall hin, wo protestantische Interessen in Frage kamen, waren seine wachsamen Augen gerichtet. Mit gleicher Aufmerksamkeit verfolgte er die verschiedenen Phasen, welche die Frage der Succession im Reiche in jenen Jahren durchmachte, und die Vorgänge in den Erblanden des Hauses Habsburg. Wie er in Böhmen mit dem einflußreichen Adel, namentlich mit Rosenberg, in beständiger Verbindung stand, so dachte er auch an einen Anschluß der Protestanten in Oesterreich, Mähren und Ungarn an ihre Glaubensgenossen in Deutschland. Zugleich aber verlor er die allgemein europäischen Verhältnisse nicht aus dem Auge. Klarer wie viele seiner Standesgenossen erkannte er die von Spanien drohende Gefahr und die Bedeutung, die gerade von diesem Gesichtspunkte der jülich-clevischen Frage innewohnte. Gelang es der spanischen Politik, diese niederrheinischen Gebiete den protestantischen Fürsten, welche Ansprüche auf dieselben erhoben, zu entreißen, so gewann sie einen entscheidenden Einfluß auf Niederdeutschland überhaupt, den sie in ganz anderer Weise als der schwache Kaiser geltend gemacht haben würde. Aus demselben Grunde war Christian für eine energische Unterstützung der Generalstaaten in ihrem Verzweiflungskampfe gegen die spanische Herrschaft. Alle diese Gesichtspunkte wirkten zusammen, um ihm den Gedanken einer näheren Verbindung mit dem Hauptgegner Spaniens, mit Heinrich IV., nahe zu legen. Seit 1605, d. h. gerade seit jener Zeit, da die österreichisch-ungarischen Wirren seine Aufmerksamkeit auf die von jener Seite drohenden Gefahren von Neuem hinlenkten, stand er in fortwährender Verbindung mit dem Könige von Frankreich. Die Verhandlungen wurden von großen Gesichtspunkten aus geführt und betrafen vor Allem die Frage, wer der Nachfolger Rudolfs II. auf dem deutschen Kaiserthrone werden solle. Der Gedanke, der schon früher in den Verhandlungen mit Frankreich erörtert worden war, das Haus Habsburg gänzlich von der Nachfolge auszuschließen, tauchte wieder auf, wurde aber als zur Zeit aussichtslos zunächst verworfen. Man begnügte sich vielmehr vorerst damit, der von Spanien angestrebten Candidatur des Statthalters in den Niederlanden, Erzherzog Albrechts, entgegenzutreten und, um Zwiespalt unter die Habsburger zu bringen, den kinderlosen Erzherzog Maximilian, Statthalter von Tyrol, in Vorschlag zu bringen. Zu diesem Zwecke verhandelte Christian von Anhalt nicht allein mit Maximilian selbst (Februar 1606), sondern auch mit dem Erzbischofe von Mainz, mit dem in der That am 28. März 1607 ein die Nachfolge Maximilians in Aussicht stellender Vertrag zu Stande kam. Daneben verhandelte Christian weiter mit Frankreich, und zwar erst mit dem Agenten Heinrichs IV., Bongars, dann mit dem Könige selbst, den er im Jahre 1606 in Paris aufsuchte. Dabei zeigte sich dann Heinrich IV. in der Nachfolgefrage lauer, als Christian vermuthet hatte, dagegen brachte er sehr ernstlich die Begründung einer protestantischen Union in Deutschland, die zugleich auch die Staaten gegen Spanien unterstützen solle, in Vorschlag.



Nominis eiusdem tecum Regesque, Ducesque,
Ipsiusque tuæ Proceres Celsissime, stirpis,
Currenti est, Princeps, tibi non opus, addere calcar:
A quo nomen habes, aderit tibi ad omnia CHRISTVS.

Lucas Kilian. sculps. et excud. A°. 1615.

Fürst Christian II. von Anhalt.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1615, von Lucas Kilian (1579—1637).

Der König erbot sich, einen sehr erheblichen Geldbeitrag für dieselbe zu leisten, den er auf zwei Fünftel der überhaupt erforderlichen Summe bemaß. Freudig ging Christian von Anhalt auf diese Gedanken ein, die durchaus seinen eigenen Plänen entsprachen. Man nahm zunächst Kurpfalz, Kurbrandenburg, Württemberg und Hessen für die zu gründende Union in Aussicht. Bald nach Christians Rückkehr aus Paris fanden die ersten Verhandlungen zwischen Pfalz und Württemberg statt (17. September 1606), die von pfälzischer Seite durch Christian selbst, von württembergischer durch den Rath Buwinkhausen geführt wurden. Aber Christian stieß doch vorerst sowohl hier, als bei den folgenden Verhandlungen mit dem Landgrafen Moritz in Cassel und dem Kurfürsten von Brandenburg in Berlin, die er wiederum persönlich führte, auf größere Schwierigkeiten, als er erwartet hatte. Namentlich erregte der Gedanke einer thätigen Unterstützung der Niederlande gegen Spanien, auf die Heinrich IV. großen Werth legte, ernstliche Bedenken. Sich zum Schutz der nächsten eigenen Interessen zu vereinigen, war man wohl geneigt, nicht aber sich auf so weitaussehende Unternehmungen einzulassen. Der unermüdliche Fürst Christian aber ließ sich nicht abschrecken, seine Pläne weiter zu verfolgen. Auch die Kaiserwahl des Erzherzogs Maximilian, für die er in Oesterreich durch geheime Verhandlungen mit den protestantischen Ständen Stimmung zu machen suchte, verlor er nicht aus dem Auge. In dieser Frage aber wurden seine Bemühungen durch die Ereignisse und das Auftreten des Erzherzogs Matthias gegen seinen kaiserlichen Bruder hinfällig. Dagegen wirkten dieselben Ereignisse in den österreichischen Erblanden fördernd auf die Unionsbestrebungen ein, für welche es inzwischen gelungen war, wenigstens eine vorläufige Grundlage zu schaffen.

In den Jahren 1604—1606 war es der von Christian von Anhalt geleiteten kurpfälzischen Politik gelungen, eine nähere specielle Verständigung mit Ansbach, Culmbach, Anhalt-Dessau und dem Landgrafen Moritz herzustellen, außerdem aber Württemberg, welches sich bisher, noch auf dem Reichstage von 1603, aus religiösen Gründen von dem calvinistischen Pfälzer ferngehalten hatte, zu der Partei der „Correspondirenden" herüberzuziehen und ein Sonderbündniß mit ihm anzubahnen. Angeknüpft war dieses Verständniß schon auf einer Zusammenkunft des Kurfürsten mit dem Herzoge zu Pfullingen im Jahre 1600. Die Veranlassung zu der Annäherung Württembergs lag vor Allem darin, daß inzwischen der Reichshofrath auch in württembergische kirchliche Verhältnisse eingegriffen hatte.

Ehe es aber noch zu einem Abschlusse des Sonderbündnisses zwischen Pfalz und Württemberg gekommen war, war letzteres in Unionsverhandlungen mit Pfalz-Neuburg und Baden-Hochberg hineingezogen worden, welche ebenfalls die Nothwendigkeit einer Einigung einsahen, diese aber aus Haß gegen den Calvinismus allein auf lutherische Fürsten beschränken wollten. So lag die Gefahr nahe, daß es zu einer gesonderten calvinistischen und lutherischen Union kommen könne, zumal Neuburg und Baden auch den Kurfürsten von

Sachsen zu gewinnen suchten, der dann aber ausweichend antwortete. Wirklich kam es auf einer in Stuttgart im Mai 1605 abgehaltenen Tagung zu einem Sonderbündniß zwischen Württemberg, Neuburg und Baden, bei welchem die Zuziehung anderer aufrichtiger Bekenner der Augsburger Confession vorbehalten wurde. Dasselbe sollte zwölf Jahre dauern; in den ersten vier Jahren sollte die bedeutende Summe von fünfzig Römermonaten, in der folgenden Zeit noch jährlich sechs Römermonate erlegt werden. Die Bundeshilfe sollte nicht allein geleistet werden, wenn ein Unirter in Bezug auf die Lande, die er inne hat, widerrechtlich verletzt werde, sondern auch, wenn ihm Länder oder Rechte, die er innerhalb des Reiches durch Erbschaft oder Kauf in ordentlicher Weise erworben hat, — man dachte dabei vor Allem an Pfalz-Neuburgs Ansprüche auf die Jülicher Erbschaft — gewaltsam vorenthalten werden. Am 9. Mai wurde die dahin gehende Bundesurkunde von den drei Fürsten unterzeichnet. Damit war nun ja eine ziemlich lebensfähige Grundlage eines, allerdings zunächst auf die Lutheraner beschränkten protestantischen Bundes geschaffen, allein der weitere Ausbau wollte wegen verschiedener kleinlicher territorialer Streitigkeiten zwischen Württemberg und Baden nicht recht vorwärts kommen, zumal der Herzog von Württemberg auch sonst seit der Wiederanknüpfung seiner Verbindung mit Kurpfalz nicht mehr mit vollem Herzen zu der Sache dieses lutherischen Sonderbündnisses stand. Herzog Friedrich von Württemberg wurde so der natürliche Vermittler zwischen den beiden im Werden begriffenen Bündnissen, deren Vereinigung zu einer gemeinsamen Union vor Allem das Ziel des Fürsten Christian von Anhalt war. Im August 1606 verhandelte der Herzog von Württemberg zu gleicher Zeit in Geislingen mit Neuburg und Baden, in Bretten mit Kurpfalz. 1607 kam es zu einem Sonderbunde zwischen Kurpfalz und dem Herzoge von Württemberg, welcher nunmehr also thatsächlich beiden Bündnissen angehörte.

Naturgemäß brachte dann der Fortgang der Ereignisse im Reich, die aus dem offenen Zwiespalt im Kaiserhause und den bedenklichen Conflicten auf dem Regensburger Reichstage klar zu Tage tretende Gefahr für alle Protestanten eine weitere Annäherung der beiden Sonderbündnisse zu Stande, für welche Christian von Anhalt, wie wir sahen, inzwischen die thatkräftige Hilfe Heinrichs IV. von Frankreich gewonnen hatte. Auf dem Regensburger Reichstage selbst nahm Christian die Verhandlungen energisch wieder auf; es gelang ihm dort namentlich, den Markgrafen von Ansbach für den Unionsgedanken zu gewinnen. Während der Reichstagsverhandlungen starb der Herzog Friedrich von Württemberg (8. Februar 1608). Zu dessen feierlichem Leichenbegängnisse fand sich dann eine größere Anzahl protestantischer Fürsten in Stuttgart zusammen, mit denen Christian von Anhalt alsbald rührig in doppelter Richtung verhandelte. Auf der einen Seite drang er bei dem neuen Herzoge von Württemberg Johann Friedrich auf die Erneuerung des pfalzwürttembergischen Bündnisses, auf der andern Seite verhandelte er mit den

übrigen anwesenden Fürsten, dem Markgrafen von Baden und dem ältesten Sohne des Herzogs von Pfalz-Neuburg, Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm, über die Verschmelzung der beiden Bündnisse zu einer allgemeinen protestantischen Union. Er hatte gleich eine Unionsakte mitgebracht, welche 1606 auf Grund der Vorschläge Heinrichs IV. entworfen und 1607 bei den Conferenzen zwischen den pfälzischen und württembergischen Räthen vielfach geändert worden war. Hierzu sollten fürs erste die Fürsten von Oberdeutschland, Hessen, Ansbach, Culmbach, Neuburg, Württemberg, Baden, Anhalt und einige vornehme Reichsstädte gewonnen werden.

Da tauchte in letzter Stunde trotz der heftigen und für die Protestanten gefahrdrohenden Conflicte, welche sich gleichzeitig am Regensburger Reichstage abspielten, von Seiten der lutherischen Fürsten, die bisher mit Württemberg verhandelt hatten, noch einmal der Gedanke des lutherischen Sonderbundes, wenn auch in erweiterter Form, auf. Danach sollten im Ganzen drei Bündnisse geschlossen werden: eines von den Lutheranern unter einander, das zweite von den Calvinisten unter einander und an dritter Stelle von den in Norddeutschland wohnenden Ständen; diese drei Einungen sollten dann wieder unter sich ein Bündniß schließen, bei dem jeder einzelnen ihre Selbständigkeit, besonders ihr eigener Vorstand verbleiben sollte. Man sieht, wie trotz der ernsten Gefahr, in der man sich befand, doch das Mißtrauen der Lutheraner gegen den „verdächtigen Calvinismus" noch immer nicht weichen wollte. Schließlich gelang es aber doch, das Ueberwiegen der gemeinsamen Interessen gegenüber allen trennenden Unterschieden allen Versammelten zum Bewußtsein zu bringen. Namentlich war es der nach beiden Seiten hin verpflichtete junge Herzog Johann Friedrich von Württemberg, der schließlich energisch sich zu der Ansicht bekannte, daß eine gemeinsame Union vorzuziehen und der lutherische Sonderbund aufzugeben sei. Da blieb dann Neuburg und Baden nichts anderes übrig als nachzugeben, wenn sie nicht völlig vereinzelt bleiben wollten.

So war man endlich dahin gelangt, an den endgiltigen Abschluß des lange geplanten Bündnisses zu gehen. Zu diesem Zwecke fanden sich in dem Ansbach'schen Dorfe Ahausen am 12. Mai 1608 der Herzog von Württemberg, die Markgrafen von Ansbach, Culmbach und Baden, der Sohn des Herzogs von Neuburg, Wolfgang Wilhelm, und als Vertreter von Kurpfalz die Seele der ganzen Unionsbewegung, Christian von Anhalt, zusammen. Und jetzt, da einmal der Entschluß der Einigung feststand, ging Pfalz-Neuburg sogar noch über den pfälzischen Entwurf hinaus. Dieser sprach nur von kleinen Truppencontingenten, welche die Unirten stellen sollten, der Neuburger aber griff auf die Torgauer Unionsakte von 1591 zurück und schlug, dieser entsprechend, regelmäßige Bundessteuern und Vorbereitungen für die Aufstellung einer einheitlichen Bundesarmee, deren Stärke auf 20000 Mann veranschlagt wurde, vor. Dazu bedurfte es aber noch einer einheitlichen Kriegsverfassung, über die man sich in der That einigte. An die Spitze der



Illustrissimus Princeps ac Dominus D. WOLFGANGUS GUILIELMUS D. G. Comes Palatinus. ad Rhenum, Dux Bavariae, Juliae, Cliviae, et Montium:, Comes Veldentij, Spanhemi, March: Ravensb: et Moersae, Do: in Ravenst:

Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Crispin de Passe (1560—1629).

ganzen Union trat als Bundesdirector der Kurfürst von der Pfalz, dem von den Unirten eine Anzahl von Kriegsräthen an die Seite gestellt wurde. Die Entscheidung, ob die Bundeshilfe nöthig ist, trifft der Director entweder mit seinen Räthen allein oder mit den Unirten insgesammt. Die Führung des zusammengebrachten Heeres übernimmt der Angegriffene, der bei ganz plötzlichen Angriffen selbständig auf gemeinsame Kosten die erforderlichen Truppen aufbringen darf. Außerdem aber soll der Bund auch in Verwickelungen, in denen das Recht oder die Interessen der Unirten oder der protestantischen Stände insgesammt gefährdet erscheinen, sich zum Kampfe bereit zeigen und soll dann auch vor einem größeren, außerhalb der Lande der Unirten zu führenden Kriege nicht zurückschrecken. In diesem Falle soll ein besonderer General die Aufstellung und Führung der Truppen übernehmen. Als Zweck des Bundes wurde zunächst Vertheidigung der Bundesgenossen in allen Fällen, in denen ein Angriff gegen Person und Land eines Verbündeten unternommen wurde, bezeichnet. Außerdem aber beschlossen die Unirten, in Bezug auf alle am letzten Reichstage vorgetragenen Beschwerden fest zusammenzuhalten. Zu allen diesen Zwecken wurde eine Bundeskasse gegründet, zu der die Verbündeten für das erste Jahr dreißig Römermonate, für die folgenden vier Jahre je fünfzehn, für die letzten fünf Jahre — denn auf zehn Jahre wurde der Bund zunächst geschlossen — je zehn Römermonate beizusteuern hatten.

Man sieht, es war eine stramme und weitaussehende Organisation, die hier geschaffen wurde und sich nun neben die verfallenden Einrichtungen des Reiches stellte; ja ohne Frage wohnte ihr von Anfang an eine geradezu gegen die centralen Reichsgewalten gerichtete Tendenz inne. Gerade gegen die Vergewaltigungen, welche die Protestanten von diesen auf Grund einer weitgehenden Auslegung des Religionsfriedens zu besorgen hatten, war der Bund gegründet. Da mußte nun Alles daran liegen, ob es gelingen werde, ihm die zu einer wirksamen Förderung der protestantischen Interessen erforderliche Ausdehnung zu geben. Noch in Ahausen selbst, wo schon am 14. Mai der Abschluß der Union erfolgte, übernahm jeder der Unirten die Verhandlungen mit einigen weiteren Fürsten. Man gedachte dann die Union in zwei Kreise zu zerlegen; der eine sollte aus den ober- und niedersächsischen Ständen gebildet und eventuell unter die Führung von Kursachsen, wenn es gelinge dies zum Beitritt zu bewegen, gestellt werden, während der andere die süddeutschen Stände umfassen und unter kurpfälzischer Leitung stehen sollte. Außerdem faßte man noch eine engere Verständigung mit Heinrich IV. von Frankreich ins Auge, dem der Abschluß des Bundes mitgetheilt wurde. Endlich gab man sich, um einen engeren Anschluß an einander zu ermöglichen und die alten Zwistigkeiten zwischen Calvinisten und Lutheranern nicht wieder aufleben zu lassen, gegenseitig das Versprechen, den Predigern und Schriftstellern Verleumdungen der Gegner und maßlose Angriffe zu untersagen.

Christian von Anhalt brachte außerdem schon in Ahausen zur Sprache, ob es nicht angezeigt erscheine, daß die Union mit den protestantischen Ständen

in den österreichischen Erbländern in Verbindung trete. In der That ist das dann in den Wirren der Jahre 1609 und 1610 wiederholt versucht worden, ohne daß es indeß zu erheblichen Ergebnissen gekommen wäre. Wir kommen darauf noch weiter zurück.

Von günstigerem Erfolge waren die Bemühungen um eine weitere Ausdehnung der Union auf die anderen, in Ahausen nicht vertretenen protestantischen Stände des Reiches begleitet. Zwar lehnte der Kurfürst von Sachsen nach wie vor seinen Beitritt ab. Recht eigentlich im Gegensatz zu den unirten Fürsten sah er in der Aufrechthaltung der kümmerlichen Reste der Reichsverfassung das einzige Heil und ließ sich in seinen darauf gerichteten Bestrebungen auch dadurch nicht irre machen, daß eben diese Reichsinstitute in Folge ihrer unbilligen Zusammensetzung das Meiste dazu beitrugen, den Protestantismus in seiner Existenz zu gefährden. War doch Kursachsen selbst nicht zu einem Vorgehen gegen die mit dem Reichskammergericht concurrirende, den Protestanten ausnahmlos ungünstige Jurisdiction des Reichs-

25. Gegen dem rechten Fuß ewern Spies stellet/vnd die Wehr von Leder ziehet
25. Posez la picque contre le pied droict, & tirez l'espée.



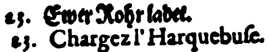
Truppen aus dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts: 1. Spießknecht in Vertheidigungsstellung gegen einen Reiter: den vorgestreckten Spieß gegen den rechten Fuß gestemmt, mit der rechten Hand den Degen ziehend.

(Facsimile aus: Waffenhandlung Von den Roehren, Mußquetten vnd Spiessen. Gestalt nach der Ordnung deß Hochgebornen Fürsten vnd Herrn, Herrn Moritzen, Printzen zu Oranien, u. s. w. Figurlichen abgebildet, durch Jacob de Gheyn. Gedruckt zu Franckfort am Main 1609.)

hofraths zu bewegen. Wie oft hatte Kursachsen nicht dadurch und durch seine stets wiederkehrende Trennung von seinen Glaubensgenossen die Niederlage der letzteren herbeigeführt!

Während aber Kursachsen gleichgiltig oder gar feindlich abseits stand, traten auf einem im Jahre 1609 zu Schwäbisch-Hall abgehaltenen Unionstage die Städte Straßburg, Ulm und Würzburg der Union bei, denen im Laufe des folgenden Jahres Kurbrandenburg, Landgraf Moritz von Hessen und mehrere weitere Reichsstädte folgten.

Auf der andern Seite aber rief diese feste Organisation der protestantischen Kräfte naturgemäß auch eine Reaction von katholischer Seite hervor. Am lebhaftesten empfand seit langer Zeit das Bedürfniß einer Vereinigung der katholischen Stände der Herzog Maximilian von Bayern. Auf der einen Seite flößte ihm die dauernde Feindschaft zwischen Kaiser Rudolf und seinem Bruder Matthias ernste Besorgnisse für die Schicksale des Reiches ein, auf der andern Seite erkannte er ebenso klar wie die Führer der Protestanten, welche entscheidende Bedeutung für die Machtverhältnisse beider Religionsparteien der demnächst zu gewärtigenden Erledigung der Jülicher Erbfolge innewohne. An diesem Punkte stießen die Interessen der entgegengesetzten





Truppen aus dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts: 2. Schütze Pulver ins Rohr schüttend. (Ebd.)

Parteien in der That am schärfsten auf einander. Die Rücksicht auf jenen Conflict im Kaiserhause, der ein entscheidendes Eingreifen der Centralgewalt in die religiös-kirchlichen Händel im Reiche fast unmöglich machte, mußte in der That den Gedanken nahe legen, nachdem die Protestanten sich zu einer festen Organisation zur Vertretung ihrer Interessen unabhängig von der Centralgewalt zusammengeschlossen hatten, den gleichen Schritt nun auch auf katholischer Seite zu unternehmen. Auch diese Verbindung aber mußte, sollte sie nicht von vornherein in die unseligen Zwistigkeiten der Habsburger hineingezogen werden, unabhängig vom Kaiser und dem gesammten Habsburgischen Hause gehalten werden. Zu energischeren Schritten zur Begründung eines solchen katholischen Bündnisses hatte sich Maximilian schon fast gleichzeitig mit den entsprechenden Versuchen der Protestanten auf dem Regensburger Reichstage von 1608 entschlossen; seine Gesandten waren dort auf seine Weisung mit denen der geistlichen Kurfürsten und denen von Salzburg und Würzburg in Verhandlungen getreten, die nach dem Reichstage auf einige weitere bischöfliche Höfe ausgedehnt wurden. Maximilian schickte dann seinen Rath Wensin an die geistlichen Kurfürsten, die in Andernach mit ihm sich besprachen. Da sich aber diese Ver-



Truppen aus dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts: 3. Schütze im Marsch. (Ebd.)

handlungen zu lange hinzogen und der Herzog eine Beschleunigung seines Vorhabens mit Rücksicht auf den inzwischen erfolgten Abschluß der protestantischen Union für dringend wünschenswerth hielt, so entschloß er sich kurz, zunächst einen engeren Bund mit einigen benachbarten geistlichen Fürsten, den Bischöfen von Augsburg und Konstanz und den Aebten von Kempten und Ellwangen abzuschließen (9. März 1609). Dann lud er zu weiteren Verhandlungen die Bischöfe von Würzburg, Passau und Regensburg nach München ein und bewog in der That die beiden letzteren, dem Bündnisse vom 9. März beizutreten. Ein Vertrag vom 10. Juli bildete die Grundlage dieses Bundes, der als ein Defensionsbund bezeichnet wurde. Die Verfassung war so ziemlich der der Union nachgebildet, welcher man auch den Namen entlehnte. Das katholische Bündniß hat anfangs in der That wie das protestantische den Namen „Union“ geführt, an dessen Stelle erst später der Name „Liga“ aufkam. An die Spitze trat ein Bundesoberst und ihm zur Seite drei Adjuncten. Eine gemeinsame Kasse mit genau festgesetzten Beiträgen wurde begründet, mit deren Hilfe ein Bundesheer ausgerüstet werden sollte. Am 30. Aug. traten dann die geistlichen Kurfürsten, nachdem sie sich am 14. Juni auf einer auf Ver-



Truppen aus dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts: 4. Musketier. (Ebd.)

anlassung Schweikharts von Mainz zusammenberufenen Tagung verständigt hatten, der Liga bei, an deren Spitze jetzt zwei Bundesobersten, der Herzog Maximilian von Bayern und der Kurfürst von Mainz, traten. Der erstere wurde außerdem zum Bundesfeldherrn gewählt.

Gleich am Anfange zeigte sich deutlich, einen wie mächtigen Beweggrund für die Begründung der Liga bei vielen katholischen Fürsten die Rücksicht auf die Jülicher Erbfolgefrage gebildet hatte. Die geistlichen Kurfürsten verlangten alsbald, daß ein Drittel der Bundeskasse zur Unterstützung des Erzherzogs Leopold, der sich seit einiger Zeit im Besitz der Festung Jülich befand, verwendet werde. Das war aber keineswegs im Sinne Maximilians, der das Abenteuerliche der Pläne des Erzherzogs sehr wohl erkannte. Wohl aber war Maximilian gleich den geistlichen Kurfürsten dafür, die Hilfe Spaniens für die Liga nachzusuchen und, wenn möglich, dessen Beitritt zu dem Bunde zu erreichen. Zu diesem Zwecke wurde der Kapuziner Fra Lorenzo von Brindisi nach Spanien gesandt. Diesen Schritt, der von dem spanischen Gesandten Zuñiga und dem päpstlichen Nuntius gebilligt wurde, hielt man vor dem Kaiser, der nach wie vor von Mißtrauen gegen den spanischen Hof erfüllt war, geheim; dagegen machte man den Erzherzögen Leopold und Ferdinand von dem-



Truppen aus dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts:
5. Musketier Pulver auf die Pfanne schüttend. (Ebd.)

selben Mittheilung. Der König von Spanien wurde durch Zuñiga und den Papst auf die Sendung Lorenzos vorbereitet nnd für die Liga günstig gestimmt. Aber er verlangte, als ihm Lorenzo nun das Anliegen der Liga vortrug, bestimmtere Angaben über die Ziele derselben und die thätige Theilnahme des Papstes, der an Geld und Truppen ebenso viel leisten müsse wie er, der König. Endlich forderte er, daß die Liga den Erzherzog Ferdinand in den Kreis der Schutzbefohlenen aufnehme; d. h. er suchte sie mit den Geschicken des Hauses Habsburg zu verflechten, während doch Herzog Maximilian gerade dies mit allem Eifer zu verhindern strebte. Diese Bedingungen wurden am 1. November 1609 von den spanischen Staatsräthen Lorenzo schriftlich mitgetheilt. Dieser erkannte sehr wohl, wie bedenklich mehrere dieser Bedingungen für seine Auftraggeber waren, und versuchte den König zum bedingungslosen Eintritt in die Liga zu bewegen. Allein das vermochte er nicht zu erreichen, doch gab man ihm beruhigende Zusicherungen und erklärte, der spanische Gesandte in Prag, Zuñiga, habe Vollmacht zu weiteren Verhandlungen und sei an diese Bedingungen nicht gebunden. Thatsächlich sah der König von der Bedingung, daß der Papst ebenso viel zahlen müsse als er, ab, dagegen bestand er auf seiner Forderung, daß das Interesse des österreichischen Hauses von der Liga gewahrt werden müsse. Die Hilfe, welche der König leisten wollte, wurde dann auf 3000 Infanteristen und 1000 Reiter oder auf jährlich 360 000 Dukaten bemessen, eine Summe, deren Höhe deutlich erkennen läßt, welchen Werth der König auf dieses katholische Bündniß legte, von dem er ein thätiges Eingreifen in die Jülicher Frage, Unterstützung gegen die „rebellischen“ Niederländer und überhaupt eine neue Stütze für sein ganzes umfassendes politisches System erhoffte.

Weit weniger thatkräftig zur Unterstützung der Liga bereit erwies sich Papst Paul V., an dessen Hof sich Lorenzo von Spanien aus begab. Er fürchtete, durch ein offenes Auftreten für die mit Spanien verbündete Liga in ein gespanntes Verhältniß zu Heinrich IV. zu kommen, auf den er damals weitgehende Rücksicht zu nehmen veranlaßt war. Zudem war er, mehr von politischen als von kirchlichen Beweggründen geleitet, überhaupt wenig geneigt, das an sich schon große und auch in Italien sehr fühlbare Uebergewicht der spanischen Politik noch zu verstärken. So kam es, daß er dem Bruder Lorenzo und den Gesandten der geistlichen Kurfürsten, die gleichzeitig mit diesem in Rom anwesend waren, zwar sehr freundliche Erklärungen gab, aber zu deren großer Enttäuschung zu einem positiven Vertrage mit der



Fischerring von Papst Paul V.
Originalgröße.
Nach einem Abdruck im königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.

Liga nicht zu bewegen war. Auch bei den anderen italienischen Fürsten, welche die Gesandten zu gleichem Zwecke noch besuchten, hatten dieselben



Papst Paul V.

Facsimile des Kupferstiches von Crispin de Passe (1560—1629).

keinen Erfolg, weil die meisten von diesen, aus Abneigung gegen die spanische Politik, mehr oder weniger offen zu Frankreich hinneigten.

Die Hauptfrage war nur, in wie weit es gelingen werde, wenigstens mit dem Könige von Spanien in enger Verbindung zu bleiben, d. h. ob es möglich sein werde, dessen Bedingungen zu erfüllen. In dieser Beziehung mußte, wie sich alsbald auf dem nächsten im Februar 1610 in Würzburg zusammentretenden Ligatage zeigte, namentlich die Stellung zum Hause Habsburg Schwierigkeiten bereiten. Darüber war man nicht im Zweifel, daß weder Kaiser Rudolf noch Matthias in die Liga aufzunehmen sei. Dagegen wollten die Geistlichen die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand aufgenommen wissen, und sie konnten sich dabei auf die Forderung König Philipps III. von Spanien berufen, dessen Gesandter Zuñiga, seinen Weisungen entsprechend, verlangte, daß den Erzherzögen, namentlich Ferdinand, eine hervorragende Stellung in der Liga eingeräumt werde. Eben hierzu aber war Herzog Maximilian von Bayern, wie wir sahen, wenig geneigt. Es kam so weit, daß er auf dem Bundestage in München (22. Mai 1610) geradezu erklärte, von der Direction der Liga zurücktreten zu wollen. Es war kein Zweifel, daß dies den Zusammenbruch des vor Allem auf der thatkräftigen Politik Herzog Maximilians beruhenden Bundes bedeutet hätte. Es entstand daher eine große Aufregung unter den Mitgliedern, die Maximilian sämmtlich inständig baten, die Leitung zu behalten. Endlich erklärte er sich bereit, sein Amt noch bis zur nächsten Bundesversammlung zu verwalten. Vor Allem kam es nun auf die Haltung des spanischen Gesandten Zuñiga an. Nach längeren Verhandlungen verlangte dieser nur noch, daß Erzherzog Ferdinand in die Liga nicht als einfaches Mitglied, sondern als Mitdirector und Bundesoberster eintrete, doch solle dies nur ein Titel sein und keine Beschränkung Maximilians in sich schließen. Der letztere war bereit dies zu bewilligen, wenn der Erzherzog sich schriftlich verpflichte, mit dem Titel eines Directors und Obersten sich zu begnügen, ohne die entsprechenden Functionen ausüben zu wollen. Darauf wollte aber Ferdinand nicht eingehen. Nunmehr schlug Zuñiga für Ferdinand den Titel Viceprotector vor und verlangte außerdem für ihn die Vergünstigung, daß er von den Beiträgen zur Liga befreit bleiben solle, da die des Königs von Spanien als die seinigen aufgefaßt werden könnten. Nach einigem Widerstande gegen die letztere Bedingung gab Maximilian endlich nach.

Damit war die Organisation der Liga, nachdem im Februar 1610 in Würzburg die Abgeordneten aller bedeutenden katholischen Reichsstände mit Ausnahme von Oesterreich und Salzburg beschlossen hatten, die Beiträge der einzelnen Bundesglieder gemäß der im Reich gebräuchlichen Matrikel, und zwar für 1610 in Höhe von 42 Römermonaten, zu leisten, vollendet. Am 14. August wurde dann auch der Vertrag zwischen Herzog Maximilian Namens der Liga und Philipp III. auf drei Jahre abgeschlossen. In voller Rüstung standen sich die protestantischen und katholischen Streitkräfte feindlich gegenüber. An Stelle der Reichsverfassung war thatsächlich ein in entgegengesetzten Bündnissen organisirtes System der Selbsthilfe getreten. Ein An-

einanderprallen der feindlichen Parteien war in gefahrdrohende Nähe gerückt, sobald irgend ein Ereigniß eintrat, welches die entgegengesetzten Interessen berührte. Und ein solcher nur zu bedenklicher Anlaß schien sich aus der Jülicher Erbfolgefrage zu ergeben, welche eben damals in die entscheidende Krisis eingetreten war.



Prachtsiegel von Johann Georg, Kurfürst von Sachsen, mit der Jahreszahl seines Regierungsantrittes, 1611.

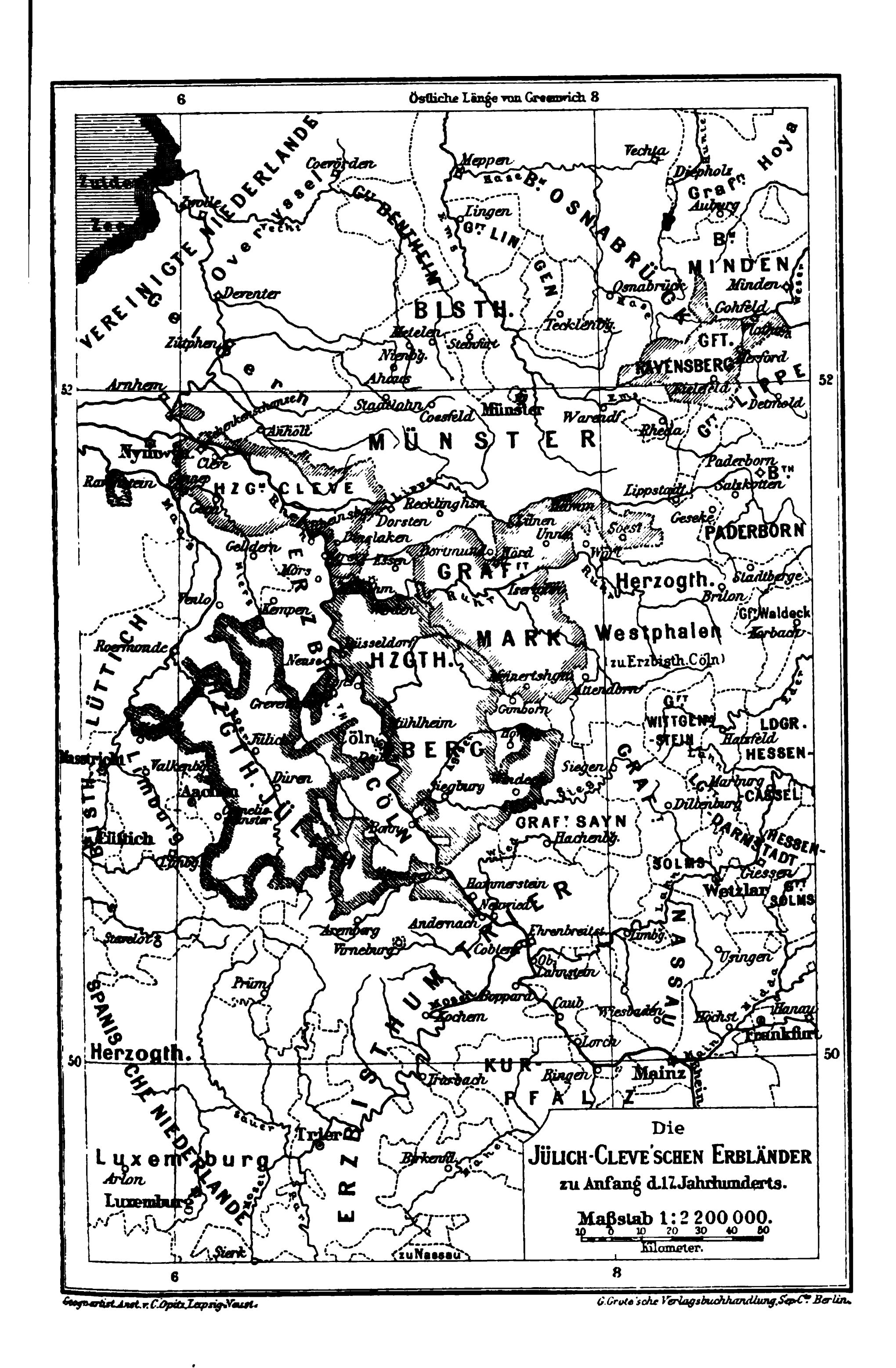
Nach dem Abdruck im königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.

Der Jülich-Clevische Erbfolgestreit.

Seit vielen Jahren schon war die Politik der protestantischen Fürsten durch die beständige Rücksicht auf die Jülicher Erbfrage bestimmt gewesen. Sie hatte auch in den Unionsbestrebungen eine hervorragende Rolle bis zum Moment der thatsächlichen Gründung der Union gespielt. Daß Pfalz-Neuburg endlich auf das lutherische Sonderbündniß verzichtete und der allgemeinen Union beizutreten bereit war, wurde nicht in letzter Linie dadurch herbeigeführt, daß es bei der Geltendmachung seiner Erbschaftsansprüche auf die Unterstützung des protestantischen Bündnisses hoffte.

In der That war diese Frage für die protestantischen Interessen von hervorragender, ja entscheidender Bedeutung. Die reichen niederrheinischen Gebiete, welche aus einer Reihe kleinerer Territorien erst seit 1511 durch Erbgang zu einem einheitlichen Staatswesen vereinigt worden waren, bildeten gleichsam die Brücke zwischen den spanischen Niederlanden und den großen geistlichen Gebieten Nordwestdeutschlands. Das Erzbisthum Köln war von den Herzogthümern Jülich und Berg mit seinen fruchtbaren Landschaften und aufstrebenden Städten Jülich, Düsseldorf, Mühlheim ꝛc. rings umschlossen; das Herzogthum Cleve und die Grafschaft Mark waren wie ein Keil zwischen den westphälischen Bisthümern und den spanisch-niederländischen Gebieten Geldern und Brabant eingeschoben. In ihrer Gesammtheit nahmen sie eine den rein deutschen Niederrhein völlig beherrschende Stellung ein. Wie klar hatte sich nicht ihre Bedeutung in negativer Richtung unter der schwachen Regierung des letzten Herzogs in den spanisch-niederländischen Wirren gezeigt, als dereinst Mendoza mit seinen spanischen Truppen vollkommen willkürlich und, als ob er der Herr dieser Gebiete wäre, in dieselben eingefallen war. Kamen diese Länder nach dem Aussterben des Fürstenhauses in katholische Hände, wonach der Kaiser wie der spanische Hof gleich eifrig strebten, so erlangte der Katholicismus in Niederdeutschland ein noch erdrückenderes Uebergewicht als bisher. Gelang es den Protestanten, ihre Erbansprüche wirksam zur Geltung zu bringen, so war dem siegreichen Vordringen der katholischen Restauration in diesen Gebieten und der Anlehnung derselben an die spanisch-ultramontane Politik ein fester Damm entgegengestellt.

Zum Glück lagen die Dinge rechtlich so, daß, so verschiedenartig, mannigfach begründet und verwickelt auch diese Erbansprüche waren, sie doch alle


Östliche Länge von Greenwich 8
6
Die
Jülich-Cleve'schen Erbländer
zu Anfang d.17.Jahrhunderts.
Maßstab 1:2 200 000.
10 0 10 20 30 40 50
Kilometer.
Vereinigte Niederlande
Overyssel
Coevorden
Zwolle
Deventer
Zütphen
Arnhem
Nymwegen
Ravenstein
Cleve
Hzg. Cleve
Anholt
Geldern
Mörs
Kempen
Venlo
Roermonde
Meppen
Lingen
Gft. Bentheim
Bisth.
Münster
Metelen
Steinfurt
Ahaus
Stadtlohn
Coesfeld
Recklinghsn.
Dorsten
Dinslaken
Essen
Dortmund
Hörd
Graft.
Mark
Unna
Soest
Werl
Lünen
Hamm
Lippstadt
Warendf.
Rheda
Osnabrück
Tecklenbg.
Vechta
Diepholz
Graf. Hoya
Minden
Gft. Ravensberg
Bielefeld
Herford
Detmold
Gft. Lippe
Paderborn
Salzkotten
Geseke
Paderborn
Herzogth.
Westphalen
(zu Erzbisth. Cöln)
Brilon
Stadtberge
Gft. Waldeck
Korbach
Düsseldorf
Hzgth.
Berg
Neuss
Mühlheim
Cöln
Gimborn
Attendorn
Jülich
Düren
Aachen
Valkenbg.
Maastricht
Limburg
Lüttich
Bonn
Siegburg
Siegen
Gft. Wittgenstein
Ldgr. Hessen-Cassel
Marburg
Dillenburg
Graf. Sayn
Hachenbg.
Solms
Wetzlar
Giessen
Hessen-Darmstadt
Hammerstein
Neuwied
Andernach
Arenberg
Virneburg
Coblenz
Ehrenbreitst.
Limbg.
Nassau
Usingen
Stavelot
Prüm
Kochem
Boppard
Caub
Wiesbaden
Höchst
Frankfurt
Hanau
Lorch
Bingen
Mainz
Kur-Pfalz
Trarbach
Trier
Birkenfl.
Erzbisthum Trier
Spanische Niederlande
Herzogth.
Luxemburg
Arlon
Luxemburg
Sierk
zu Nassau
52
50
Geogr.-artist. Anst. v. C. Opitz, Leipzig-Neust.
G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Sep.-Cto. Berlin.

ausnahmslos protestantischen Fürsten zu Gute kamen. Gelang es, unter ihnen oder doch unter den vornehmsten unter ihnen eine Einigung herbeizuführen, so mußte es auch gelingen, den Plänen des Kaisers, die im letzten Grunde auf Einziehung dieser erledigten Lehen an das Reich gerichtet waren, wirksam entgegenzutreten. Aber leicht war eine solche Einigung nicht, weil in der That eine Entscheidung darüber, wessen Ansprüche die rechtlich am besten begründeten seien, nur sehr schwer zu fällen war. Die kaiserlichen Privilegien, welche darüber vorlagen, widersprachen einander auf das schroffste. Suchen wir uns über das Wesen der Rechtsfrage, über die damals eine ganze Unmenge von Deductionen und Streitschriften erschien, wenigstens in den Grundlinien klar zu werden.

Seit 1539 waren die sämmtlichen reichen Gebiete von Jülich, Cleve, Berg, Mark und Ravensberg von Herzog Wilhelm dem Reichen beherrscht gewesen, der gegen Ende seines Lebens, von Alter und Schwachsinn gebrochen, sich den Regierungsgeschäften fast völlig entzogen hatte. Von seinen Söhnen war der ältere, Karl Friedrich, im Jahre 1575 gestorben; darnach ruhte der Mannesstamm des Hauses auf den beiden Augen des zweiten, einem unheilbaren Wahnsinn verfallenen Sohnes Johann Wilhelm, der nach dem Tode seines Vaters 1592 die Regierung übernahm, aber trotz zweimaliger Verheirathung kinderlos blieb. Außer ihm waren nur noch vier Töchter Wilhelms des Reichen, Marie Eleonore, Anna, Magdelene und Sibylla vorhanden. Die grundsätzliche Frage war nun vor Allem, ob die Länder als Mannlehen aufzufassen seien, in welchem Falle sie allerdings nach Reichsrecht dem Kaiser als „erledigte Lehen“ anheimfielen, oder ob eine Erbfolge der Töchter bez. ihrer Nachkommen möglich sei. Schon diese grundsätzliche Frage war schwer zu entscheiden, weil eben die über dieselben vorliegenden kaiserlichen Privilegien einander widersprachen.

Das älteste dieser Privilegien war zu Gunsten Sachsens verliehen. Als Belohnung für im Türkenkriege geleistete treue Dienste hatte Kaiser Friedrich III. dem Herzoge Albrecht von Sachsen und seinen Erben d. h. dem damals noch ungetheilten Gesammthause Sachsen, die Zusage ertheilt, daß er ihnen die Lande Jülich, Berg und Ravensberg, die damals noch nicht mit Cleve und Mark vereinigt waren, falls sie mangels männlicher Erben „dem Reiche ledig würden“, als Lehen verleihen wolle (1483). Dieses Privileg, welches auf der Voraussetzung der Eigenschaft der Länder als Mannlehen beruhte, wurde den Häuptern beider sächsischen Linien, dem Kurfürsten Ernst und dem Herzoge Albrecht, 1486 erneuert und 1495 feierlich bestätigt.

Im Gegensatz zu diesem Privileg hatten 1496 Herzog Wilhelm von Jülich, der nur eine Tochter Marie hatte, und Herzog Johann II. von Cleve einen von ihren Ständen genehmigten Vertrag geschlossen, nach welchem des ersteren Tochter Marie mit dem jungen Herzoge Johann (später III.) von Cleve, dem Sohne Johanns II., vermählt werden und ihrem Gemahl die

Lande Jülich-Berg zubringen sollte. Trotzdem damit das Erbrecht der Tochter des Jülicher Herzogs stipulirt wurde, während die früheren kaiserlichen Privilegien Jülich als Mannlehen bezeichneten, genehmigte Kaiser Maximilian dennoch im Jahre 1508 jenen Heirathsvertrag. Als nun Herzog Wilhelm von Jülich 1511 ohne männliche Erben starb, verlangte Sachsen, auf jene älteren kaiserlichen Privilegien gestützt, den Anfall der Lande, Johann III. von Cleve aber, Gemahl der Maria, nahm, auf die Bestätigung des Ehevertrages gestützt, ohne Weiteres das Land in Besitz. Maximilian gerieth dadurch in arge Verlegenheit. Es entstand ein gerichtliches Verfahren, in welchem der Kaiser anfangs für Sachsen Partei nahm, dann aber versuchte, es zum Verzicht zu bewegen. Johann III. blieb im Besitz und erlangte nach Maximilians Tode von Karl V. am 22. Juni die Belehnung. Damit war also von dem Grundsatze, daß diese Länder Mannlehen seien, thatsächlich und mit ausdrücklicher Genehmigung des Kaisers abgewichen worden. Aber widerspruchsvoll, wie die kaiserliche Politik bisher in dieser Frage gewesen war, blieb sie auch jetzt. Indem der Kaiser Johann III. in dem durch seine Gemahlin ererbten Besitz bestätigte, stellte er doch eine gleichlautende Belehnungsurkunde auch für Sachsen aus, ohne Zweifel, um im gegebenen Augenblick die Entscheidung über die streitigen Ansprüche in der Hand zu haben. Aber die Sache wurde noch verwickelter.

Der Kurfürst von Sachsen hatte schließlich den bestehenden Zustand, d. h. die thatsächliche Nachfolge Johanns III. in den Jülicher Landen, anerkannt. Er ging jetzt darauf aus, seiner Linie, der ernestinischen, das nähere Recht vor der albertinischen zu verschaffen. Zu diesem Zwecke vereinbarte er mit Johann III. von Jülich-Cleve-Berg eine Heirath zwischen dessen ältester Tochter Sibylla und seinem ältesten Sohne Johann Friedrich. Wenn — so hieß es in dem Vertrage — die männlichen Erben des Herzogs von Jülich-Cleve aussterben, so sollen Johann Friedrich und Sibylla bezw. ihre Erben in sämmtlichen Landen, den jülichschen wie den clevischen, nachfolgen (1526). Dieser Vertrag war im Grunde ein Widerspruch in sich selbst. In seinem ersten Theile betrachtete er die Länder als Mannlehen und sah sie für erledigt an, wenn der Herzog ohne männliche Erben sterbe; im zweiten Theile aber begründete er die sächsisch-ernestinischen Ansprüche auf eine Heirath mit einer Tochter Johanns III. Trotzdem fand auch dieser Vertrag die Genehmigung des Kaisers (13. Mai 1544). Auf diese Verleihungen gründete das sächsische Haus und insbesondere die ernestinische Linie ihre Erbansprüche und erklärte die Länder für „rechte Mannlehen“, die jedoch durch das letzte kaiserliche Privileg den männlichen Nachkommen der Kurfürstin Sibylla zuzufallen bestimmt seien.

Zwei Jahre darnach aber, als der Kaiser im Schmalkaldischen Kriege in äußerste Feindseligkeit mit dem sächsischen Kurhause gerathen war, ertheilte Karl V. dem nunmehrigen Herzoge Wilhelm dem Reichen von Jülich-Cleve, der im Schmalkaldischen Kriege treu zu ihm gestanden hatte, ein Privileg,

welches, ohne die sächsischen geradezu und ausdrücklich aufzuheben, thatsächlich im stricten Gegensatz zu der sächsischen Auffassung, nach welcher diese Länder als Mannlehen zu betrachten seien, stand, indem er für den Fall, daß Herzog Wilhelm oder seine Nachfolger ohne männliche Nachkommen stürben, den Töchtern des Herzogs Wilhelm, Schwestern Johann Wilhelms, und ihren männlichen Nachkommen das Successionsrecht zusicherte (19. Juli 1546). Wurde, wie man wohl nicht anders konnte, dieses letzte kaiserliche Privileg als das entscheidende betrachtet, so waren damit die sächsischen Ansprüche ein für allemal hinfällig geworden. Thatsächlich aber hat sie Rudolf II., wie wir sehen werden, um den Ansprüchen der anderen Interessenten entgegenzuarbeiten und dadurch Zwistigkeiten unter ihnen zu säen, später hervorgeholt und als die am besten begründeten bezeichnet.

Auf dem letzten Privileg von 1546, welches im Falle des Mangels männlicher Erben den Töchtern des Herzogs Wilhelm das Nachfolgerecht zuerkannte, beruhten die Ansprüche aller andern Prätendenten, die danach als so gut begründet erschienen, daß Sachsen lange Zeit mit seinen Ansprüchen gar nicht hervorzutreten wagte. Diese Begründung war eine um so unzweifelhaftere, als das Privileg von 1546 im Jahre 1558 von Ferdinand I. ausdrücklich bestätigt und auch von Maximilian II. und Rudolf II. durch Zusicherungen anerkannt wurde.

Durch dieses Privileg war also ausdrücklich den Töchtern Wilhelms des Reichen und ihren männlichen Nachkommen das Successionsrecht zugestanden. Von diesen Töchtern war die älteste, Marie Eleonore, an den blödsinnigen Herzog Albrecht Friedrich von Preußen verheirathet, die zweite, Anna, an den Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg, die dritte, Magdalena, an Johann von Zweibrücken, die vierte, Sibylla, in erster Ehe an den Markgrafen Philipp von Baden, in zweiter an den Markgrafen Karl von Burgau. Ob diesen Töchtern insgesammt oder einer von ihnen und welcher das Erbfolgerecht für sich und ihre Nachkommen zukomme, war im kaiserlichen Privileg von 1546 nicht bestimmt, wohl aber festgesetzt, daß die Länder ungetheilt, wenn auch eventuell von mehreren zu gesammter Hand, regiert werden sollten. Im Namen der ältesten Tochter Marie Eleonore erhob nun Johann Sigismund von Brandenburg, der mit deren Tochter Anna vermählt war, Anspruch auf die ganze Erbschaft; er konnte sich dabei auf den Heirathsvertrag, den sein Schwiegervater mit Marie Eleonore geschlossen hatte, berufen; denn in diesem hatte Wilhelm der Reiche der Marie Eleonore und ihren ehelichen Leibeserben für den Fall, daß ihre Brüder Karl Friedrich († 1575) und Johann Wilhelm ohne Erben sterben sollten, alle seine Lande zugesichert (1572). Dadurch war das kaiserliche Privileg, welches nur das Nachfolgerecht der Töchter im Allgemeinen feststellte, dahin ergänzt, daß dasselbe nur speciell der ältesten Tochter und ihren „ehelichen" Leibeserben, d. h. nicht nur den männlichen, zugesprochen wurde. Nach dieser Bestimmung Herzog Wilhelms des Reichen war also unzweifelhaft das Haus Brandenburg das allein

erbberechtigte. Dem entsprechend hatten in der That die andern Schwestern bei ihrer Verheirathung, Anna mit dem Herzoge von Neuburg (1574), Magdalena mit dem Herzoge von Zweibrücken (1579) nebst ihren Gemahlen ausdrücklich anerkannt, daß sie mit ihren Kindern erst dann erbberechtigt werden sollten, wenn Marie Eleonore ohne eheliche Leibeserben versterben sollte. Denselben Verzicht leistete auch die vierte Schwester Sibylla bei ihrer Verheirathung mit dem Markgrafen Philipp von Baden. Später aber erhoben sie alle doch auf Grund des kaiserlichen Privilegs von 1546, nach welchem nur die Töchter und ihre „männlichen" Nachkommen erbberechtigt sein sollten, Ansprüche auf die Erbschaft, da Marie Eleonore männliche Erben nicht hatte. Nach dieser Auffassung wäre nach dem Tode des letzten Herzogs zunächst die älteste Tochter Marie Eleonore, nach ihr aber, wenn sie keine Söhne hätte, die Herzogin von Neuburg und deren männliche Nachkommen zur Nachfolge berufen gewesen. Dieser Erbanspruch Neuburgs wurde dann um so wirkungsvoller geltend gemacht, da Marie Eleonore schon vor dem letzten Herzoge Johann Wilhelm starb (23. Mai 1608). Demgemäß erschien nach der Neuburgischen Auffassung der Sohn der zweiten Tochter Anna, Wolfgang Wilhelm von Neuburg, näher berechtigt als der brandenburgische Kurprinz, welcher nur der Schwiegersohn Marie Eleonorens war. Beiden Prätendenten gemeinsam war zunächst nur, daß sie, auf das letzte Privileg Karls V. von 1546 gestützt, die auf den früheren Privilegien beruhenden Ansprüche Sachsens für erloschen betrachteten. Ebenso wenig wurden die Ansprüche der jüngeren Schwestern ernstlich berücksichtigt. (Vgl. über diese sehr verwickelten Erbverhältnisse die Tabelle auf Seite 87).

Einstweilen aber trat, solange Herzog Johann Wilhelm noch lebte, die Verschiedenheit dieser Auffassungen neben der Gemeinsamkeit des Interesses zurück, welches vor Allem dahin ging, die reiche Erbschaft den protestantischen Prätendenten zu erhalten und zu sichern. Diese entscheidende Frage aber wurde schon lange vor dem Tode des letzten Herzogs acut, weil die Regierung des schwachsinnigen Fürsten keinerlei Garantie für die Erhaltung der Erbschaft gab. So hatten, wie wir früher berichteten, in den spanisch-niederländischen Kriegen beide kriegführenden Theile Durchzüge durch Jülicher Gebiet unternommen, ja sich zeitweilig völlig in demselben festgesetzt; so die Staaten seit 1586 in der Schenkenschanze, die Spanier seit 1590 in der Stadt Berg. In Folge dessen beanspruchten die unzweifelhaft nächstberechtigten Erben Brandenburg und Pfalz die Curatel über den unglücklichen Herzog. Gegen diese Forderung trat nun namentlich Spanien auf und fand Unterstützung bei den Räthen des Herzogs, welche spanische Besoldungen bezogen. 1590 war die Verwirrung in den Ländern so groß geworden, daß der Herzog selbst den Kaiser um Ordnung seiner zerrütteten Regierung bat. Dieser eröffnete alsbald durch seinen Kanzler Popel von Lobkowitz Unterhandlungen mit den Jülicher Räthen. Demgegenüber beschlossen die Pfalzgrafen von Neuburg und Zweibrücken auf einer Zusammenkunft zu Eßlingen (October

1590), ohne Präjudiz für die beiderseitigen Erbansprüche vereint wie ein Mann zu handeln, und bewogen auch die Herzogin Marie Eleonore von Preußen, sich dem anzuschließen. Im Juli 1591 erschienen ihre Abgesandten zum Entsetzen der Jülicher Räthe in Düsseldorf und verlangten Einberufung der Stände. Die Räthe sahen kein Mittel sich dem zu widersetzen, verständigten aber den Kaiser von der Lage der Dinge. Dieser, der in keinem Falle gestatten wollte, daß die Prätendenten einseitig die Frage zu ihren Gunsten entschieden, sandte Ludwig von Hoyas und Daniel Prinz als Commissare zu dem Landtage. Diese suchten nun, sehr im Gegensatz zu den durch die bisherige Mißregierung aufgebrachten Landständen, die Regierungsgewalt den Jülicher Räthen allein zu übertragen und octroyirten, als die Stände nicht darauf eingingen, am 7. December 1591 einen Abschied über die Form, in welcher die Regierung fortan zu führen sei. Danach sollte der Herzog möglichst mit Regierungsgeschäften verschont, diese vielmehr den Räthen anvertraut werden, welche sie dann in entschieden spanisch-katholischem Sinne geführt haben würden. Alle Proteste der Stände und der interessirten Fürsten waren fruchtlos.

Noch trauriger und schwieriger wurden die Verhältnisse, als nach des alten Herzogs Wilhelm Tode dessen völlig schwachsinniger Sohn Johann Wilhelm die Regierung übernahm (1592). Die protestantischen erbberechtigten Fürsten erkannten jetzt immer deutlicher die zwingende Nothwendigkeit energischen gemeinsamen Vorgehens. Sie einigten sich am 18. Februar 1593 in dem Frankfurter Abschiede dahin, daß die fürstlichen Vertreter der drei Töchter Herzog Wilhelms nebst der vierten Tochter Sibylla und deren Erben gemeinschaftlich, aber ohne Präjudiz ihrer Erbansprüche, sowohl dasjenige durchführen sollten, was für die Vertheidigung und Regierung der Jülicher Lande nothwendig sei, als auch mit vereinten Kräften dahin arbeiten, daß diese Lande dem Reiche und ihren Erben nicht entzogen würden. Keiner der vereinigten Interessenten sollte, wenn die Lande durch den Tod des Herzogs erledigt würden, vor gütlicher oder rechtlicher Entscheidung der Erbfrage durch einseitige Besetzung der Lande oder durch sonstige Thätlichkeiten den anderen vorgreifen. Um dieser Verabredung auch im Lande einen festen Rückhalt zu verschaffen, beriefen sie im September 1593 eigenmächtig die Ausschüsse der Stände, unter denen eine große Anzahl Protestanten waren, die in beständiger Besorgniß vor den spanischen Einmischungen lebten, und schlossen am 7. September mit denselben eine ihre Ansprüche unterstützende Einigung ab, von der sich nur die der Mehrzahl nach katholischen Stände des Jülicher Landes absonderten. Nunmehr verlangten die erbberechtigten Fürsten, von einer großen Zahl anderer protestantischer Fürsten unterstützt, von Rudolf II. Uebertragung der Curatel über den Herzog auf die Vertreter der drei ältesten Töchter. Der Kaiser, der die Sache möglichst hinziehen und schließlich den Heimfall der erledigten Lande ans Reich herbeiführen wollte, gerieth dadurch in arge Verlegenheit. Wie er in kritischen Lagen zu thun pflegte, antwortete

Stammtafel zur Jülich-Clevischen Erbfolge-Frage.

Johann III. von Cleve, Mark und Ravenstein, † 1539, vermählt seit 1510 mit Marie, Erbin von Jülich, Berg und Ravensberg.

- Sibylle, vermählt mit Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen.
- Anna, vermählt mit König Heinrich VIII. von England.
- Wilhelm der Reiche, seit 1539 Herzog von Jülich-Cleve-Berg, † 1592, vermählt mit Anna von Oesterreich.
  1. Marie Eleonore, † 23. Mai 1608, vermählt mit Herzog Albrecht Friedrich von Preußen, † 1618.
     - Anna, vermählt seit 1594 mit Johann Sigismund von Brandenburg.
     - Eleonore, seit 1603 zweite Gemahlin Kurfürst Joachim Friedrichs von Brandenburg, † 1607.
  2. Anna, vermählt mit Philipp Ludwig, Pfalzgrafen von Neuburg.
     - Wolfgang Wilhelm, seit 1614 Pfalzgraf.
  3. Magdalene, verm. mit Johann von Zweibrücken.
  4. Karl Friedrich, † 1575.
  5. Sibylle, verm. mit 1. Markgraf Philipp v. Baden, 2. Markgraf Karl von Burgau.
  6. Johann Wilhelm, seit 1592 Herzog von Jülich-Cleve-Berg, † 25. März 1609.

er zunächst ein volles Jahr gar nicht; dann aber gab er die Antwort, welche gegenüber den thatsächlichen Zuständen nur als eine Ausflucht betrachtet werden konnte: er wolle sich erst durch Commissarien über den Zustand der Länder näher unterrichten. Die kaiserlichen Commissarien, die dann in der That nach Düsseldorf entsandt wurden, begnügten sich damit, den octroyirten Abschied von 1591 zu erneuern. Immer deutlicher schienen diese Maßregeln und andere Anzeichen darauf hinzudeuten, daß sich der Kaiser selbst der Lande als erledigter Reichslehen bemächtigen oder sie mit Hilfe der völlig spanisch gesinnten Räthe in die Hände Spaniens spielen wolle. Namentlich diese letztere Möglichkeit flößte aber den Generalstaaten mit Recht ernste Besorgniß ein, und sie erklärten sich in Folge dessen in den folgenden Jahren wiederholt bereit, die protestantischen Fürsten in ihren Ansprüchen thätig zu unterstützen. Anfangs wagten die Fürsten, welche Bedenken trugen, ihrerseits eine auswärtige Macht in die innerdeutschen Verhältnisse hineinzuziehen, nicht, die dargebotene Hand zu ergreifen, endlich aber entschloß sich doch zuerst die kurpfälzische Politik, mit den Generalstaaten in Verbindung zu treten, zumal inzwischen vom Kaiser wieder mehrere entscheidende Schritte zu Ungunsten der erbberechtigten Fürsten unternommen worden waren. Im Jahre 1600 hatte Rudolf nämlich die zweite Gemahlin des Jülicher Herzogs, Antoinette von Lothringen, zur Mitregentin ernannt, 1601 aber die vierte Tochter Herzog Wilhelms, Sibylla, mit seinem Vetter, dem Markgrafen Karl von Burgau, vermählt. Diese Vermählung wurde als ein neuer Schritt des Kaisers, die Lande an sein Haus zu bringen, um so mehr betrachtet, als Sibylla sich weigerte, den Verzicht zu Gunsten der ältesten Schwester zu unterzeichnen, der Kaiser vielmehr entschied, sie solle nur zu Gunsten der etwa noch zu hoffenden Söhne ihres Bruders Johann Wilhelm verzichten.



Medaillon mit dem Bildniß des Markgrafen Johann Sigismund von Brandenburg.

Das Medaillon ist mit einer in schwarz und weiß emaillirten Einfassung umgeben, mit Perlen und Edelsteinen geschmückt; es hängt an Kettchen von einem Adler herab, welcher vorn schwarz, hinten roth emaillirt ist mit Beziehung auf Preußen und Brandenburg. Originalgröße. Berlin, königl. Münzkabinet.

Demgegenüber gerieth nun auch Markgraf Johann Sigismund von Brandenburg in ernste Besorgniß. Er wandte sich zunächst, da er bei seinem



Fors fati transversa meis est linea rebus,
Mente meum spero tum patiente DEVM.
Forte an hunc, qui nunc fati niger ingruit imber,
Mutabit fato candidiore DEVS

Wolf. Kilian sculp. et exc.

Georg Wilhelm Markgraf von Brandenburg.
Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian (1581—1662)

kurfürstlichen Vater keine Hilfe fand, an Kurpfalz und an den Markgrafen von Ansbach und fand namentlich bei dem letzteren und seinem Rathe Ott'

Heinrich von Reit bereitwillige Unterstützung. Endlich gelang es auch, den Kurfürsten Joachim Friedrich für den Plan zu gewinnen, sich bei den Generalstaaten für den Fall, daß irgend Jemand gegen die Jülicher Lande Gewalt brauche, um Hilfe zu bewerben, um die Uebergabe der Lande an Brandenburg zu erreichen. Dafür sollte dann den Generalstaaten Geldhilfe in ihrem Kampfe gegen Spanien gewährt und hierfür auch Kurpfalz gewonnen werden. Im Jahre 1604 wurde zu diesem Zwecke der Freiherr von Reit, der inzwischen in Brandenburgische Dienste getreten war, nach der Pfalz entsendet, dem es in der That gelang, am 17. Februar 1605 einen Vertrag zwischen Brandenburg und Kurpfalz zum Abschluß zu bringen, nach welchem der älteste Sohn Johann Sigismunds, Georg Wilhelm, mit Elisabeth Charlotte oder einer andern Tochter des Kurfürsten Friedrich verlobt werden sollte. In Bezug auf die Jülicher Lande verpflichteten sich beide Häuser, sich in der Wahrung ihrer Rechte gegenseitig beizustehen; außerdem aber einigte man sich dahin, daß Kurbrandenburg, Kurpfalz und Johann Sigismund Gesandte nach dem Haag schicken sollten, um gegen eine Geldhilfe den Beistand der Staaten für die Jülicher Ansprüche zu gewinnen.

Diese Gesandtschaft kam im April 1605 im Haag an und wurde hier um so freudiger aufgenommen, als durch den inzwischen erfolgten Friedensschluß zwischen Jacob von England und Spanien die Schwierigkeit ihrer Lage noch bedeutend gewachsen war, so daß sie dringend der in Aussicht gestellten Geldhilfe bedurften. Schon am 25. April kam ein Vertrag zu Stande, nach welchem Brandenburg und Pfalz zusammen in den Jahren 1605, 1606 und 1607 den Generalstaaten je 100 000 Gulden zu erlegen versprachen, die Staaten dagegen sich verpflichteten, in der Jülicher Sache oder wenn sich sonst im Reiche eine große Aenderung begebe, auf Ansuchen ein Hilfsheer zu stellen.

Zugleich versuchten die protestantischen Fürsten nun auch König Heinrich IV. von Frankreich, mit welchem Christian von Anhalt eben damals über die Nachfolge Erzherzog Maximilians im Reiche verhandelte, auch für die Jülicher Ansprüche zu gewinnen. Vor Allem erhoffte man eine Geldunterstützung für die Brandenburgischen Ansprüche. Aber hier traf man doch auf größere Schwierigkeiten, als man erwartet hatte. Des Königs eigenes Interesse an dieser Sache war nur ein negatives: ihm lag nur daran, die Lande nicht in den Besitz einer spanisch oder österreichisch gesinnten Macht kommen zu lassen. Die Brandenburger Ansprüche vor denen der andern Prätendenten zu bevorzugen hatte er keine Veranlassung. Er verlangte also, daß sich die Bewerber zunächst unter einander über ihre Ansprüche oder wenigstens über ein gemeinsames Vorgehen gegen ihre gemeinsamen Gegner verständigten. Zu festen Verabredungen mit Frankreich kam es also zunächst nicht.

So lagen die Dinge, als der letzte Herzog von Jülich-Cleve-Berg, Johann Wilhelm, am 25. März 1609 verstarb. Während nun der Kaiser



Johann Wilhelm Herzog von Jülich = Cleve = Berg.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1592, von Crispin de Passe (1560 — 1629).

unmittelbar verfügte, daß die Regierung des Landes unter Oberleitung kaiserlicher Bevollmächtigter von der Herzogin-Wittwe und ihren Räthen bis zur Entscheidung der Erbfolgefrage weitergeführt werden solle, und sämmtliche Bewerber vor den Reichshofrath einlud, ergriffen Brandenburg und Pfalz-

Neuburg, indem sie ihren Streit unter einander zunächst hintansetzten, gemeinsam Besitz von den Ländern und verlangten Entscheidung nicht durch den Reichshofrath, sondern durch ein Schiedsgericht protestantischer Fürsten. Unter einander aber schlossen sie unter Vermittelung des Landgrafen Moritz von Hessen den vorläufigen Vergleich von Dortmund am 10. Juni 1609, in welchem sie, die beiden „possidirenden Fürsten“, verabredeten, die Regierung gemeinschaftlich zu führen, bis weitere Bestimmungen getroffen sein würden, zugleich aber sich verpflichteten, unter einander Frieden zu halten und alle fremden Ansprüche an die Länder, auch die des Kaisers, gemeinsam abzuwehren. Die Frage war nun, wie sich Rudolf hierzu stellen, ob er geneigt sein werde, diese gewaltsame Besitznahme der „erledigten“ Gebiete stillschweigend hinzunehmen.

Erinnern wir uns nun, daß Rudolf eben in diesen Wochen und Monaten, in welchen jene entscheidenden Vorgänge in Jülich sich abspielten, in den heftigen Conflict mit seinen böhmischen Ständen gerathen war, der erst durch die Verleihung des Majestätsbriefes mehrere Wochen nach dem Dortmunder Vertrage in der Hauptsache beigelegt wurde, so wird es, auch völlig abgesehen von der Sinnesart des Kaisers, verständlich, daß er nicht in der Lage war, persönlich thätig einzugreifen. Daß er aber wenigstens indirect den Versuch machte, dem Gange der Dinge in Jülich Einhalt zu thun, wurde in erster Linie durch den Einfluß des Erzherzogs Leopold veranlaßt, der, wie wir sahen, eben während jener böhmischen Conflicte nach Prag geeilt war, um seinem kaiserlichen Bruder mit Rath und That beizustehen. Und weitaussehend genug waren die Pläne, für die er den Kaiser zu gewinnen suchte. Hatte er es schon ungern und nur mit Widerstreben geschehen lassen, daß der Kaiser nach langen Schwankungen in jenem Conflicte mit den böhmischen Ständen schließlich doch nachgab, so war er jetzt um so entschiedener der Meinung, daß in der Jülicher Sache etwas Energisches geschehen müsse; ja er glaubte, daß dieselbe benutzt werden könne, um mittelbar auch dem Kaiser in seinen Erblanden zu einer anderen kräftigeren Stellung zu verhelfen. Nachdem daher Rudolf durch mehrere Erlasse vom 7. und 11. Juli auf die weitere Behauptung des Besitzes der Jülicher Lande die Acht gesetzt hatte, wurde er von dem stürmischen und von kühnen Plänen erfüllten Erzherzoge Leopold auch zu weiteren, extremen Maßregeln fortgerissen. Derselbe erwirkte zunächst, daß er zum kaiserlichen Commissar für die Jülicher Lande ernannt und mit der Besetzung der einzigen von den „possidirenden Fürsten“ noch nicht in Besitz genommenen, vielmehr von ihrem Commandanten für den Kaiser sorgsam verwahrten Festung Jülich betraut wurde. Der Erzherzog, der in der Kühnheit und Verwegenheit seiner Politik in mehr als einer Beziehung an seinen protestantischen Antipoden Christian von Anhalt erinnert, dem er aber an staatsmännischer Einsicht und klarer Erkenntniß des wirklich Erreichbaren bei weitem nicht gewachsen war, hatte sich ein kühnes und umfassendes System der Wiederherstellung der kaiserlichen Macht einerseits, der

Restauration des Katholicismus andrerseits zurechtgelegt, zu dessen Erreichung die Besetzung der Festung Jülich nur ein Schritt unter vielen war. Er war bisher in der geistlichen Laufbahn groß geworden und hatte es bis zum Bischofe von Passau und Straßburg gebracht, war aber von brennendem Ehrgeiz nach einer noch mächtigeren Stellung, wenn möglich der kaiserlichen selbst, erfüllt. Er hielt es um so mehr für möglich, dieses Ziel zu erreichen, als der alte Kaiser im Zorn gegen seinen Bruder Matthias nur zu geneigt war, die Candidatur Leopolds für die Nachfolge im Reich zu unterstützen. Nicht ohne Vorwissen Rudolfs hatte der kühne Passauer Bischof, um sich die für seine Pläne erforderliche Machtstellung zu verschaffen, in seinem Bisthum und ebenso im Elsaß größere Truppenmassen angesammelt, mit denen er im geeigneten Momente entscheidend in die Ereignisse in den kaiserlichen Erblanden einzugreifen und auch den Protestanten überhaupt energisch entgegentreten zu können hoffte. Demselben Zwecke sollte auch die Besetzung Jülichs dienen. Gelang es ihm, dort in weiterem Umfange festen Fuß zu fassen und sich eine Machtstellung zu gründen, so wollte er diese und die in Passau und im Elsaß angesammelten Truppen verwerthen, um in den kaiserlichen Erblanden einen gründlichen Umschwung herbeizuführen und sich eventuell die Nachfolge in der Kaiserwürde zu sichern. Man wollte wissen, daß die Elsässer und Passauer Truppen angewiesen waren, auf erfolgende Weisung von seiner Seite in Böhmen einzurücken. Zugleich suchte er durch eine eigene Gesandtschaft, wie wir gleich sehen werden, den spanischen Hof für seine Pläne zu gewinnen. Man sieht, was für die Protestanten auf dem Spiele stand, wenn das Jülicher Unternehmen des Erzherzogs gelang.

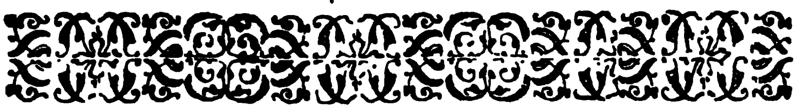
Der Kaiser aber war, nicht nur aus Zorn gegen Matthias, gegen den die weitergehenden Pläne Leopolds gerichtet waren, sondern auch in der Hoffnung, die Jülicher Lande auf diesem Wege für sein Haus zu erwerben, sehr geneigt, den Erzherzog, wenn auch in seiner Weise lässig und ohne eigentliche Thatkraft, zu unterstützen. Leopold wurde in der That von Prag direct nach Jülich als kaiserlicher Commissar entsandt. Verkleidet gelangte er, trotz der Besetzung der Lande durch die „Possidirenden", bis an die Festung Jülich und wurde von dem kaiserlich gesinnten Commandanten mit Freuden aufgenommen (23. Juli 1609). Es mußte sich nun zeigen, in wie weit es ihm gelingen werde, von diesem festen Punkte aus auch das übrige Land für sich zu gewinnen.

Der Kaiser selbst suchte ihm diese Aufgabe und die zu ihrer Erfüllung nothwendige Erschütterung der Stellung der „Possidirenden" auch in anderer Richtung zu erleichtern, indem er jetzt energisch die sächsischen Ansprüche auf die Jülicher Erbschaft, die lange geruht hatten, gegen Brandenburg und Neuburg ausspielte und, wenn möglich, die Uebertragung derselben auf das Haus Habsburg zu erreichen suchte.

Diese sächsischen Ansprüche waren gegenüber den auf das spätere kaiserliche Privileg von 1546 begründeten brandenburgisch-pfälzischen lange Zeit fast

völlig in Vergessenheit gerathen. Auch in Sachsen selbst war das der Fall. Im Jahre 1590 z. B. hatte Christian I. in einem Schreiben an den Markgrafen von Ansbach die Rechte der Marie Eleonore d. h. die des Hauses Brandenburg für die am besten begründeten erklärt. Man entsann sich damals kaum noch der alten, durch das Privileg von 1546 stillschweigend thatsächlich aufgehobenen kaiserlichen Privilegien, auf denen die sächsischen Ansprüche beruhten. Erst seit 1604 hören wir von eigentlichen Verhandlungen Sachsens mit dem Kaiser darüber, die aber damals nicht sehr ernstlich gemeint gewesen waren, weil Sachsen nicht in den mit Wahrscheinlichkeit bevorstehenden Krieg verwickelt werden wollte. Es war daher bereit, seine Ansprüche an den Kaiser abzutreten, wenn dieser dafür ein österreichisches, für Sachsen wohl gelegenes Gebiet abzutreten bereit sei. Dieser Gedanke war es nun, welchen der Kaiser mit Freuden aufgriff, weil er dadurch auch ein formelles Recht erhielt, Ansprüche auf die Erbschaft geltend zu machen, die sich dann zum wenigsten für den Gemahl der vierten Tochter Herzog Wilhelms des Reichen, den kaiserlichen Vetter Karl von Burgau, verwerthen ließen. Darüber sind in den Jahren 1604 und 1605 vielfach Verhandlungen gepflogen worden, in deren Verlauf der kaiserliche Unterhändler sogar einmal ernstlich vorschlug, die erledigten Jülicher Lande an die spanischen Niederlande anzuschließen. Diese sächsischen Ansprüche fing der Kaiser jetzt an ernstlich geltend zu machen und flößte dadurch den „possidirenden" Fürsten ernste Besorgniß ein, die sich auch litterarisch in mannigfachen Flugschriften äußerte. Eine derselben, welche die Pläne des Kaisers mit besonderer Deutlichkeit enthüllte, das sogenannte Stralendorf'sche Gutachten, ist lange Zeit wirklich für ein Erzeugniß der kaiserlichen Kanzlei zur Begründung ihrer Ansprüche gehalten worden, während man neuerdings anzunehmen geneigt ist, daß es eine von einem der possidirenden Fürsten veranlaßte Fälschung ist, die eben bestimmt war, die Protestanten auf die von dieser Seite drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Gerade diese kaiserlichen Pläne trugen dann das Ihrige dazu bei, den „possidirenden Fürsten" die Gemeinsamkeit ihrer Interessen klar zu machen. Jedenfalls aber war diese Streitfrage nicht durch papierne Rechtsdeductionen von dieser oder jener Seite zu lösen, sie war eine eminente Machtfrage. Für den Protestantismus und seine Stellung in dieser wichtigen Sache war es vor Allem von entscheidender Bedeutung, ob es dem Erzherzoge Leopold gelingen werde, in den Jülicher Gebieten festen Fuß zu fassen und eine die der „Possidirenden" überragende Machtstellung zu erringen.

Das aber war nicht der Fall. Leopold fand vielmehr bei den Verhandlungen, die er im Lande selbst anzuknüpfen versuchte, allenthalben eine ungünstige Aufnahme. Er mußte daher daran denken, sich vor Allem auswärtige Hilfe zu sichern. Zunächst wünschte er sich nach der französischen Seite hin zu decken. Wohl kannte er die antispanische Richtung der Politik Heinrichs IV.; aber da vorläufig wenigstens offenkundig ein unmittelbares spanisches Interesse nicht in Frage stand, so mochte er hoffen, zum mindesten die Neutralität



Zeitung auß Cöln / vom 18. Junij. Anno 1609.

AUß dem Hage wirdt mit den letsten Brieffen anders nichts geschrieben / dann daß die Frantzösische vnnd Englische Gesanden daselbst nunmehr bereitschafft machen/erstes tages wider nach Hauß zuziehen. Sonst hett so wol der Ertzhertzog als die Herrn Staden ein gute anzahl Kriegsvolck abgedanckt / vnd sie vollends bezahlen lassen. Es schreiben die von Ambsterdam/daß die Kauffhandlung vnd Nahrung/daselbst vnd ander orten wegen dieses anstands täglich abnemen/ vornemlich / weil sich jetzt so viel Meerräuber auff dem Meer erzeigen/welche immer die Kauffahrende Schiff plundern/vnnd theils gar zu sich nemen / wie dann auch wegen deß jetzigen Kriegswesen zwischen Schweden / Polen vnd Moßkaw die handlung auß Holl: vnd Seeland nach den orten auch nit dann mit grosser gefahr geschehen könne. Brieff auß Londen melden / daß die Flotta mit 8 Schiffen / mit viel Manns vnnd Weibspersohnen sampt anderer *provision,* vmb das Land *Virginia* Volckreich vnd wohnhafft zumachen/dahin abgesegelt sein/mit grossem mißfall der Spannier. Beyde Fürsten von Brandenburg vnd Newburg/ haben sich zu Dortmund vnder einander / durch mittel Landgraff Moritzen dahin verglichen/daß sie gegen alle andere anmassungen/zu erhaltung vnd *defension* der Güllischen Lande zusamen setzen/vnd innerhalb 4 Monaten sich allerdings dahin vergleichen sollen/wer der rechte Erb dieser Landen sein wird/vnnd sollen jhn inmittelst von den Stenden etliche zugeordnet werden / vmb die Regierung / biß zu besserer bestellung zu *continuiren*, auch mit deß Fürsten Begräbnuß fort fahren/ vnnd sonsten weitters zu verordnen/was der sachen zum beste dieser Landen erfordern wird/darauff obgedachte beede Fürsten zu Dusseldorff angelangt sein/ wiewol sich die gewesene Güllische Rähte noch dargegen gesetzt / aber durch die Burger gleichwol eingelassen worden / vnd auffs Schloß ziehen lassen/was nun weitters folgen wird/gibt zeit.

Auß Rom / vom 30. May.

Demnach der *Pater Spinola* ein Jesuiter / so deß Cardinals *Spinola* Bruder ist / auß den Orientalischen Indien/alda er seither Bapsts *Gregorij* deß 13. lebzeiten bey 30. Jahren gewest/ alher kommen/hat er Sontags beym Bapst *Audienz* gehabt/in welcher er demselben *referirt,* wie die Römische Religion der orten stets zunehme / auch viel wunderliche sachen *præsentirt.* Die Maltheßische vnd Neapolitanische Galleren sind mit einander in *Compagnia* außgefahren/ die *reveriren* daß Königreichs Neapoli vmbzuschiffen / es ist auch der Orten den reisigen befehl zukommen/sich mit der Landschafft besatzung in bereitschafft finden zulassen/damit auff 24. Junii jede *Compagnia* an bestimpten ort sich einstellen möge. Weil man *Aviso.* daß die Türckische Galleren vnd Vasellen von *Thunis* außgefahren/ also wirdt besorgt/ sie möchten in *Romagna* einfallen/deßwegen solches zuverhüten / hat man etlich 100. Soldaten zur *Quardia* dahin geschickt / auch dem *Signor Ioan del fale* Obersten vber dieselbe *Provinz* vom General *Fran-*

Facsimile einer Seite aus der ältesten erhaltenen politischen Zeitung Deutschlands vom Jahre 1609.

Die zweite Hälfte des oberen Absatzes enthält Nachrichten über die Jülich-Clevische Erbschafts-Angelegenheit.

Der Titel der Zeitung lautet: „Relation: Aller Fürnemen vnd gedenckwürdigen Historien / so sich hin vnnd wider in Hoch vnnd Nieder Teutschland / auch in Frenckreich / Italien / Schott vnd Engelland / Hisspanien / Hungern / Polen / Siebenbürgen / Wallachey / Moldaw / Türckey / ꝛc In diesem 1609. Jahr verlauffen vnd zutragen möchte Alles auff das trewlichst wie ich solche bekommen vnd zu wegen bringen mag / in Truck verfertigen will." Diese Zeitung wurde von dem Verleger und Buchdrucker Johannes Carolus in Straßburg herausgegeben und erschien regelmäßig in wöchentlichen Nummern. Die Heidelberger Universitäts-Bibliothek besitzt das einzige bekannte Exemplar.

Frankreichs in dem bevorstehenden Kampfe erreichen zu können. Allein sein Gesandter Tennagel erkannte sehr bald, daß auch das nicht zu erreichen sein werde, daß vielmehr Heinrich IV. thatsächlich die Entscheidung der Frage fast völlig in der Hand habe und sie zu Gunsten der „Possidirenden" fällen werde. Der Pariser Hof war in der That der diplomatische Mittelpunkt aller Verhandlungen in diesem entscheidenden Augenblicke der Jülicher Frage. Der Beauftragte Leopolds traf dort Gesandte des Kaisers, des Erzherzogs Albrecht, aller Kurfürsten sowie des Pfalzgrafen von Neuburg an. Die französischen Diplomaten aber, an die Heinrich IV. den Gesandten des Erzherzogs Leopold wies, erklärten diesem offen, daß der König die Ansprüche Brandenburgs und Neuburgs als berechtigt ansehe und diese Fürsten daher nicht im Stich lassen könne. Sie nahmen ohne Rückhalt für ihren König das Recht der Einmischung in diese innerdeutsche Angelegenheit in Anspruch; sie stellten geradezu den Grundsatz auf, dem Könige von Frankreich sei es erlaubt, überall im Interesse der Gerechtigkeit einzugreifen, wo er die Macht dazu habe. Dahin war es in der That in Folge der kläglichen Schwäche und Ohnmacht der Centralgewalt und der ganzen Verfassung im Deutschen Reiche gekommen, daß die Einmischung fremder Staaten in die innerdeutschen Verhältnisse allgemein als etwas Selbstverständliches betrachtet wurde. Von diesem Punkte war nur noch ein Schritt zu der thatsächlichen Lage im dreißigjährigen Kriege und den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts, in welchen Deutschland als der gegebene Tummelplatz für die Kriegsschaaren der europäischen Staaten betrachtet wurde. Zur Herbeiführung dieser traurig-kläglichen Lage hatten beide deutsche Parteien in gleicher Weise beigetragen. Es ist vollkommen unrichtig, wenn neuerdings von katholischer Seite behauptet wird, daß nur die Protestanten stets zur Herbeirufung des Auslandes bereit waren. Wir sahen, wie die Liga sich alsbald der Hilfe Spaniens und italienischer Fürsten zu versichern suchte, und nur zu gern hätten der Kaiser und Erzherzog Leopold außerdem auch Frankreich auf ihre Seite gezogen, wenn es ihnen nur hätte gelingen wollen. Jetzt, nach dem gänzlichen Scheitern der Tennagel'schen Mission nach Paris, begab sich dieser Gesandte sogleich nach Spanien, um dort für seinen Herrn zu wirken. Er traf dort noch den Abgesandten der Liga, Fra Lorenzo de Brindisi, an, mit dem das spanische Cabinet schon zu einem gewissen Einverständniß gelangt war, so daß die Geneigtheit, auf die sehr weitaussehenden Pläne Leopolds, welche Tennagel in einem ausführlichen, aber von Uebertreibungen und Unrichtigkeiten strotzenden Memoire vorlegte, einzugehen nicht sehr groß war. Schließlich einigten sich die spanischen Räthe dahin, die Entscheidung der ganzen Angelegenheit dem spanischen Gesandten in Deutschland, Zuñiga, zu überlassen. Dieser aber, der die ausschweifende Abenteuerlichkeit der auf nur geringe Machtmittel begründeten Pläne Leopolds sehr wohl erkannte, rieth entschieden davon ab, sich mit denselben zu identificiren. Und so erreichte Leopold schließlich nur eine nicht erhebliche Geldhilfe (30000 Scudi) von Spanien, die selbst mit

einer späteren Nachtragsbewilligung bei Weitem nicht ausreichte, auch nur das Jülicher Unternehmen zu halten.

Dagegen nahm sich Heinrich IV. mit großem Eifer der possidirenden Fürsten an und suchte zugleich einen Ausgleich zwischen ihnen und Sachsen herbeizuführen, indem er letzteres mißtrauisch gegen den Kaiser machte und ihm, der Wahrheit entsprechend, vorstellte, daß Rudolfs Endabsicht doch nicht auf die Anerkennung der sächsischen Ansprüche, sondern auf die Einziehung der ganzen Erbschaft für das Haus Habsburg in einer oder der andern Weise gerichtet sei. Sehr geschickt wurden, um die Besorgnisse Sachsens vor diesen und weitergehenden Plänen des Kaisers zu verstärken, einige aufgefangene Briefe des Erzherzogs Leopold verwerthet, in denen dieser den ganzen Umfang seiner Restaurationspläne enthüllt oder doch angedeutet hatte. Zum mindesten wurde dadurch immerhin so viel erreicht, daß Sachsen den Kaiser in dieser Frage nicht energisch unterstützte und seine eigenen Ansprüche nicht mit vollem Nachdruck geltend machte. Damit war aber zunächst schon viel gewonnen. Nunmehr konnte Heinrich IV. daran denken, seine Allianz mit Brandenburg und Pfalz-Neuburg, die inzwischen in der Hauptsache zum Abschluß gekommen war, auch auf die Union auszudehnen. Die Geneigtheit der letzteren, darauf einzugehen, war anfangs nicht sehr groß. Wohl waren auch einige der nicht an der Jülicher Erbschaft direct betheiligten Fürsten an sich geneigt, die Kräfte der Union zur Erwerbung der Jülicher Lande zur Verfügung zu stellen, da sie in dieser mit Recht eine allgemeine protestantische Sache erkannten. Allein namentlich die Städte, auf deren Capitalvorschüsse man angewiesen war, zeigten sich im Allgemeinen nicht geneigt, sich auf ein so weitaussehendes Unternehmen einzulassen, noch viel weniger aber auf die weiteren Pläne Heinrichs IV., der die Union auch in den niederländisch-spanischen Krieg hineinzuziehen trachtete. Auf dem Ende Januar 1610 in Schwäbisch-Hall abgehaltenen Unionstage kam es darüber zu sehr erregten Auseinandersetzungen. Man hatte zu demselben auch Vertreter der übrigen befreundeten Fürsten eingeladen, von denen einer, der Landgraf Moritz von Hessen-Cassel, alsbald als Mitglied in die Union eintrat. Die Städte aber trugen hier nachdrücklich ihre Bedenken gegen eine Betheiligung an der Jülicher Sache vor. Es schien geradezu zu einer Spaltung kommen zu sollen; schließlich aber gelang es dem französischen Gesandten Boissise doch, den Beschluß herbeizuführen, daß die Jülicher Sache als eine gemeinsame der Union behandelt werden solle. Aber auch dann noch ergaben sich mancherlei Schwierigkeiten. Während Boissise dafür eintrat, sich erst Jülichs völlig zu bemächtigen und dann über die Vertheilung der Länder zu beschließen, verlangte Pfalz-Neuburg sofortige Bestimmung über die Vertheilung. Außerdem aber zeigten doch nicht nur die Städte, sondern auch mehrere Fürsten Mißtrauen gegen die weitergehenden Pläne Heinrichs IV., welches sich am offenkundigsten in der Forderung aussprach, daß der König das Unternehmen nur durch Geldunterstützung, nicht aber durch eigene Truppen fördern solle. Darauf aber war

Boissise in keinem Falle einzugehen ermächtigt. Heinrich wollte eben nicht nur die Union unterstützen, sondern mit seiner eigenen Truppenmacht entscheidend in die Dinge eingreifen. Schließlich einigte man sich dann wirklich dahin, daß Frankreich und die Union die possidirenden Fürsten so lange mit Truppen unterstützen sollten, als der zu erwartende Krieg dauere. Am 11. Februar wurde ein dahin gehender Vertrag in Schwäbisch-Hall geschlossen, den nun Boissise nach Paris zur Ratification sandte.

Heinrich IV. schwankte doch eine Zeit lang, ob er den Vertrag in dieser Form bestätigen solle. Da die Fürsten auf seine eigenen weitergehenden Pläne nicht eingegangen waren, so fürchtete er, die Jülicher Streitigkeit, auf welche die Union den Vertrag beschränken wollte, könne beigelegt werden, bevor es noch zu einem Unternehmen komme, welches das Haus Habsburg ernstlich schwächen könne. Dies aber war doch der Endzweck, den er im Auge hatte und dem zu Liebe er die Lasten einer umfassenden Rüstung auf sich nehmen wollte. Schließlich aber unterzeichnete er doch und gestand auch zu, daß Christian von Anhalt nicht allein die Truppen der Union, sondern auch die Frankreichs befehligen sollte.

Sobald der Vertrag einmal unterzeichnet war, betrieb Heinrich IV. mit gewohnter Energie nicht nur seine eigenen Rüstungen, sondern auch die allgemeine politische Sicherstellung des ganzen Unternehmens. Er schloß ein Bündniß mit Karl Emmanuel von Savoyen und suchte auch die Unterstützung der Niederländer zu gewinnen, die sich in der That zu einer Hilfeleistung von 12 000 Mann an die Possidirenden verpflichteten. Endlich verhandelte Heinrich IV. mit England, an das sich auch verschiedene protestantische Fürsten gewandt hatten. Allein König Jakob I. wurde lange Zeit durch die Bemühungen des kursächsischen Gesandten von einer offenen Unterstützung der Possidirenden abgehalten und erbot sich nur, an einem Schiedsgericht theilzunehmen, welches die Interessen Brandenburgs, Neuburgs und Sachsens auf friedlichem Wege wahren sollte. Endlich aber gelang es doch dem französischen Gesandten in London, de la Broderie, den König umzustimmen und zur Theilnahme an dem Bündniß mit Frankreich zu gewinnen. Jakob erbot sich, 4000 Mann durch die Niederlande nach Jülich marschiren zu lassen.

Ende Mai sollten die französischen Truppen mit denen der Unirten am Niederrhein zusammentreffen. Heinrich selbst wollte an der Spitze von 34 000 Mann durch Belgien marschiren. Christian von Anhalt, mit achtundzwanzig Fähnlein von den Niederlanden unterstützt, überfiel das Jülicher Fußvolk des Erzherzogs Leopold und errang einen Sieg über dasselbe. Da dieser nun seinerseits den Statthalter der spanischen Niederlande, Erzherzog Albrecht, zu Hilfe rief und Heinrich IV. selbst sich zum Abmarsche rüstete, so schien ein gefährlicher allgemeiner Krieg bevorzustehen, dessen unabsehbare Folgen sich gar nicht ermessen ließen; denn unberechenbar war es doch, welche Ausdehnung der von den kühnsten Plänen erfüllte französische König in dem mit großer Wahrscheinlichkeit vorauszusehenden Falle eines günstigen Ausganges dem

Unternehmen gegeben haben würde. Ohne alle Frage wären die beiden feindlichen Parteien in Deutschland, Union und Liga, einander schon jetzt in offenem Kampfe gegenübergetreten. Da warf die Ermordung Heinrichs IV. durch Ravaillac (14. Mai 1610) alle die umfassenden Pläne, die von beiden Seiten gehegt wurden, mit einem Schlage über den Haufen. Die Gefahr eines allgemeinen Krieges war noch einmal vermieden; denn die neue Regierung in Frankreich unter der Regentschaft der Königin-Wittwe gerieth zunächst im Innern des Landes in zu große Schwierigkeiten, als daß sie an eine Durchführung des Unternehmens in den von dem ermordeten Könige beabsichtigten Grenzen hätte denken können. Die Königin-Regentin Maria von Medici schwankte unter den verschiedenartigsten Einflüssen hin und her; die specifisch-katholischen Interessen, welche gegen einen Krieg mit Spanien zu Gunsten der deutschen protestantischen Fürsten sprachen, machten sich jetzt, nachdem die von universalen politischen Gesichtspunkten und Beweggründen geleitete, großangelegte Persönlichkeit des Königs nicht mehr war, wieder schärfer geltend. Immerhin hätte es doch gar zu sehr der Ehre und Vertragstreue der französischen Politik widersprochen, von den Verabredungen mit den Possidirenden nun völlig zurückzutreten. Zwar forderte die Königin-Regentin diese auf, einen Ausgleich herbeizuführen, weil sie bald genöthigt sein werde, einen Theil der Truppen zu entlassen, zwar ernannte sie an Stelle des protestantischen Herzogs von Bouillon einen entschiedenen Katholiken, Marschall de la Chastre, zum Commandanten der französischen Truppen; allein schließlich ließ sie sich doch durch den Pfalzgrafen Johann von Zweibrücken, der von Kurpfalz und Württemberg nach Paris entsandt wurde, bestimmen, dem Marschall den Befehl zu geben, auf Jülich zu marschiren. Trotz alledem konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß über kurz oder lang die Union und die Possidirenden auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sein würden. Ihr mächtigster Schirm und Rückhalt war mit Heinrich IV. dahingegangen.

Wenn es ihnen gleichwohl gelang, sich in der Hauptsache zu behaupten, so ist das ein neuer Beweis von der absoluten Ohnmacht der kaiserlichen Politik, die sich im Wesentlichen mit papiernen Protesten und Edicten begnügte. Gerade in den Tagen, in denen die kriegerischen Rüstungen Frankreichs und der Union zum Abschluß gekommen waren, die Truppen Heinrichs IV., der Union und der Niederländer sich zum Einmarsch nach Jülich vorbereiteten und der Markgraf von Ansbach bereits in Würzburg und Bamberg lagerte, tagte in Prag ein Fürstencongreß, der sich, wie wir noch sehen werden, vor Allem damit beschäftigte, eine Aussöhnung zwischen Kaiser Rudolf und seinem Bruder Matthias herbeizuführen. Dort kam nebenher auch die Jülicher Sache zur Sprache, allein von energischen Maßregeln war kaum die Rede. Von den umfassenden Plänen Heinrichs IV. scheint man kaum etwas gewußt zu haben. Man meinte noch immer, daß Alles im Wesentlichen von der rechtlichen Entscheidung des Kaisers abhänge. Deshalb drang Christian II. von Sachsen vor Allem darauf, vom Kaiser mit der ganzen

Erbschaft belehnt zu werden. Der einzige, der die Gefahr der Lage wenigstens einigermaßen erkannte, war der Kurfürst von Köln. Aber auch er trat doch nur mit dem lahmen Vorschlage hervor, der Kaiser solle Mittel zur allgemeinen Entwaffnung ergreifen und einen friedlichen Ausgleich herbeiführen. Zu diesem Zwecke sollten Gesandtschaften an Heinrich IV. und die Possidirenden geschickt werden. Wie wenig man aber über den vollen Umfang der Kriegsgefahr im Klaren war, erhellt daraus, daß die am 25. Mai in Prag eintreffende Nachricht vom Tode Heinrichs IV. gar keinen besonderen Eindruck machte, obwohl dieser Todesfall doch von der einschneidendsten Bedeutung, für den Kaiser ein geradezu unerhörter Glücksfall war. Kein Gedanke daran, jetzt bei der für ihn so günstig veränderten Lage nun doch einen Versuch selbstthätigen Eingreifens zu machen! Im Gegentheil, man blieb bei dem Entschluß einer Gesandtschaft nach Frankreich stehen, die nun nur eben der neuen Regierung dieselben Vorschläge machen sollte wie früher der alten; d. h. sie sollte verlangen, daß Frankreich und die Possidirenden die Waffen niederlegten, dagegen aber versprechen, daß der Kaiser am Besitzstande nichts ändern werde. Recht im Gegensatz zu diesem Versprechen aber entschloß sich Rudolf bald darauf (7. Juli), Sachsen die erbetene Belehnung mit der ganzen Jülicher Erbschaft nunmehr zu ertheilen und — ein geharnischtes Edict gegen die Union zu erlassen, das natürlich nicht den geringsten Eindruck machte.

Vielmehr schien es trotz der Ermordung Heinrichs IV. zu offenem Kriege kommen zu sollen, der nunmehr in erster Linie zwischen den beiden entgegengesetzten innerdeutschen Bündnissen, der Union und der Liga, hätte ausgefochten werden müssen. Während die Possidirenden und die Truppen der Union nach wie vor die Jülicher Lande besetzt hielten und den Erzherzog Leopold auf seinem isolirten Posten in der Festung Jülich in eine immer bedrohlichere Lage brachten, faßte nun auch die Liga den Entschluß zur Kriegsbereitschaft. Am 22. August 1610 wurde auf einem Bundestage in München beschlossen, auf gemeinsame Kosten ein Heer von 15 000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern zu werben, zu dessen Feldmarschall Johann Tserclaes von Tilly ernannt wurde. Allein es zu einem Kriege mit der Liga kommen zu lassen, daran hatte die Union, die ihren hauptsächlichsten Zweck durch die Besetzung der Jülicher Lande erreicht sah — im September 1610 fiel auch Jülich in ihre Hände, Erzherzog Leopold mußte aus den Landen völlig weichen — kein Interesse. Sie erklärte sich bereit, vom Kriege zurückzutreten und die weitere Verfolgung der Jülicher Sache den Possidirenden allein zu überlassen, wenn auch die Liga sich eines kriegerischen Eingreifens in den Erbfolgestreit enthalte. Auf dieser rein negativen Grundlage kam dann in der That am 24. October 1610 noch einmal ein Vertrag zwischen den feindlichen Bünden zu Stande, in dem sich beide zur Abrüstuug verpflichteten. Die Possidirenden waren nunmehr auf ihre eigenen Kräfte angewiesen. Sie blieben zunächst in unbestrittenem Besitz der Länder, ohne jedoch vorerst unter

einander eine endgiltige Regelung oder Theilung der Erbschaft, die allein weiteren Streitigkeiten hätte vorbeugen können, zu vereinbaren. So blieb die Ungewißheit über das zukünftige Schicksal des unglücklichen Landes, welches in den kriegerischen Wirren der letzten Monate von den beiderseitigen Truppen bis aufs Mark ausgesogen worden war, vor der Hand noch bestehen. Alle Theile begnügten sich damit, daß wenigstens ein offener Krieg in der Hauptsache noch vermieden worden war.





Medaille mit dem Bildniß Tilly's. Silber; geprägt. Originalgröße.

Berlin, königl. Münz-Cabinet.

Umschrift der Vorderseite: IO · TS(erclas) C(omes) DE · TYLLI · B(aro) MAR(baiensis) D(ominus) BAL(lastensis) ET · MO(ntigny) CAP(itaneus) GEN(eralis). Auf der Rückseite eine Landschaft, darüber eine geflügelte Erdkugel schwebend, auf dieser ein Kreuz und ein Kranz; Umschrift: SIC SORTEM VINCO FERENDO · CM bedeutet den Namen des Stempelschneiders: Christian Maler aus Nürnberg. Im Abschnitt C(um) PRIVI(legio) CAE(saris). (Nach Friedlaender.)

Uebergang der Herrschaft auf Matthias.

Daß Kaiser Rudolf in den Jülicher Erbfolgestreit in keiner irgendwie thatkräftigen Weise eingriff, daß er nichts that, um seinem am 21. Juni 1610 gegen die Union erlassenen Edicte Wirkung zu verschaffen, lag vor Allem daran, daß der alte Conflict zwischen ihm und seinem Bruder Matthias durch die Liebener Verträge von 1608 wohl vorübergehend beigelegt, keineswegs aber beseitigt war. Gerade in der Zeit, in welcher sich die entscheidenden Vorgänge in Jülich abspielten, trat die Spannung zwischen beiden Brüdern wieder so deutlich und schroff hervor, daß Rudolf sogar die unverkennbare Neigung bekundete, sich der Union, gegen die er jenes geharnischte Edict erlassen hatte, zu nähern. Im October 1610 ließ er den Unirten indirect erklären, er wolle „mit der Union im unguten nichts zu thun haben".

Um diese Lage der Dinge zu verstehen, müssen wir uns die Entwickelung vergegenwärtigen, welche die Zustände in den kaiserlichen Erblanden seit dem Erlasse des Majestätsbriefes genommen hatten.

Wir erwähnten schon, daß Erzherzog Leopold mit der Bewilligung des Majestätsbriefes keineswegs einverstanden war und sich eifrig bemühte, den Kaiser für seine umfassenden Restaurationspläne zu gewinnen. Rudolf war nur zu geneigt, darauf einzugehen. Ihm kam es vor Allem darauf an, Matthias die ihm abgetretenen Länder wieder abzugewinnen. Am 11. Juli 1609, zwei Tage nach der Verleihung des Majestätsbriefes, hat er mit dem Erzherzoge Leopold ein enges Bündniß geschlossen, dessen verhängnißvolle Folgen sich anderthalb Jahre später bei dem Passauer Einfalle nur zu deutlich zeigen sollten.

Zunächst trat die Wirkung der wieder veränderten Haltung des Kaisers nur in seinem Verhältniß zu den böhmischen Ständen zu Tage, die naturgemäß ein immer stärkeres Mißtrauen gegenüber der unberechenbaren Politik Rudolfs an den Tag legten. Als der böhmische Landtag am 21. Juli 1609 wieder eröffnet wurde, verlangten die Stände, bevor sie über die Proposition verhandelten, vor Allem Entlassung des Kanzlers Lobkowitz, dem sie den entscheidenden Einfluß auf den Kaiser zuschrieben und außerdem Bestechlichkeit vorwarfen; ferner forderten sie Bestätigung ihres im Juni mit den Schlesiern geschlossenen Bündnisses. Beides verweigerte der Kaiser, und es schien in Folge dessen schon jetzt wieder zu einem scharfen Conflicte kommen zu sollen,

der dann aber doch durch einige Concessionen des Kaisers vermieden wurde. Auf der einen Seite erließ er für Böhmen das von den Ständen verlangte Amnestiedecret (6. October 1609), welches das bisherige Gebahren derselben für loyal erklärte und jede spätere Untersuchung darüber verbot; auf der andern Seite ertheilte er auch den Schlesiern einen Majestätsbrief, der auch auf die Lausitzen, die Grafschaft Glatz und den Egerer Kreis ausgedehnt wurde und den Bewohnern dieser Länder das freie Bekenntniß der Augsburger Confession zugestand.

Zweierlei war für diese maßvolle und verständige Haltung des Kaisers, die in der That in diesem Augenblicke für ihn eine dringende Nothwendigkeit war, entscheidend; einmal, daß Erzherzog Leopold inzwischen nach Jülich abgegangen war und seinen verderblichen Einfluß auf Rudolf nicht mehr ausüben konnte; dann aber der Wunsch des letzteren, mit seinen böhmischen Ständen wenigstens vorläufig in einem leidlichen Einvernehmen zu bleiben, bis es ihm gelungen sein würde, die an Matthias abgetretenen Erbländer wieder zu gewinnen. Denn inmitten des Wirrsals der widersprechendsten Pläne, welche sich in dem kranken Kopfe des Kaisers kreuzten, war diese Wiedergewinnung des Verlorenen der einzige feste Punkt, den er nie aus dem Auge verlor, den zu erreichen er aber zumeist auf die denkbar verkehrtesten Auswege verfiel.

Eben damals schien ihm in der That eine Möglichkeit aufzugehen, einen Theil der abgetretenen Erbländer wieder von Matthias zu sich herüberzuziehen; denn es war dem letzteren keineswegs gelungen, die Länder, welche von Rudolf zu ihm abgefallen waren und ihn mit Gewalt der Waffen zu ihrem Herrscher gemacht hatten, nun auch völlig durch seine Regierungsweise zufrieden zu stellen. Im Gegentheil war er, noch bevor sie ihm nach seinem Siege über Rudolf gehuldigt hatten, bereits in ernste Streitigkeiten namentlich mit seinen österreichischen Ständen gerathen, wie das von vornherein nicht anders zu erwarten gewesen war. In ihrer Entrüstung über die Mißwirthschaft Rudolfs hatten sich die Erbländer gegen diesen erhoben und sich Matthias in die Arme geworfen, aber nicht, um sich diesem nun willig unterzuordnen, sondern in der Hoffnung, von ihm die Abstellung aller ihrer ständischen und religiösen Beschwerden zu erreichen. Sobald Matthias, der, wie wir sahen, unter dem Einflusse einer streng katholischen Umgebung gehandelt hatte, zögerte, auf die Begehren der protestantischen Stände einzugehen, traten diese zu ihm in ebenso scharfe Opposition wie früher zu Rudolf. Im Herbst 1608 und im Anfang 1609 war der so drohende Conflict zwischen Matthias und den österreichischen Ständen, die eine Secession von Wien nach Horn vorgenommen hatten (daher der Name „Horner Unruhen"), durch die aufopfernde Vermittelungsthätigkeit des wackeren mährischen Landeshauptmanns Zierotin noch einmal beigelegt worden, indem Matthias durch einen Revers vom 19. März 1609 die hauptsächlichsten ständischen Forderungen, namentlich das Recht freier Religionsübung auch für die Städte, bewilligte. Aber durch diese „Resolution" hatte Matthias

wieder seine katholischen Unterthanen, vor Allem aber seinen einflußreichsten Rathgeber Klesel, in solche Aufregung versetzt, daß dieser die kirchliche Censur über ihn verhängte und eine Zeit lang ihm seine weitere Mitwirkung in der Regierung versagen zu wollen schien. Im Gegensatz zu ihm gewannen eine Zeit lang dessen Widersacher Lichtenstein, Breuner und Harrach den entscheidenden Einfluß auf Matthias; schließlich aber erhielt doch Klesel wieder die Oberhand und drängte Matthias dazu, in strenger katholische Bahnen einzulenken. Die „Resolution" vom 19. März wurde von Matthias nicht veröffentlicht, die Freistellung der Religionsübung für die Städte unterblieb. In Folge dessen aber gerieth Matthias im Herbst 1609 wieder in ernstere Differenzen mit seinen Ständen. Die Protestanten, welche durch Unterstützungs-Zusicherungen von Seiten der Fürsten der deutschen Union sehr an Selbstbewußtsein gewonnen hatten, zeigten in der That Neigung, wieder mit Rudolf in Verbindung zu treten; sie meinten, durch ihren Abfall von dem Kaiser um nichts gebessert zu sein und daher diesen Abfall wieder rückgängig machen zu sollen. Mit Mühe wurden sie von Zierotin, der wieder die Vermittelung zwischen Matthias und den Ständen in die Hand genommen hatte, davon zurückgehalten. Vor Allem richtete sich der Haß der Protestanten gegen Klesel, den man mit Recht für die katholisirenden Tendenzen an Matthias' Hofe in erster Linie verantwortlich machte. Dem gegenüber glaubte selbst Zierotin, da Matthias diesmal unbeugsam blieb und die Veröffentlichung der Resolution vom 19. März 1609 nicht zugestehen wollte, in der Bildung eines Centralausschusses der unirten Erbländer die einzige Rettung zu sehen. Die radicaleren Elemente in Oesterreich aber hegten viel weiter gehende Pläne und wünschten mit der deutschen Union, mit deren Führer Christian von Anhalt sie schon längst in Verhandlung standen, in Verbindung zu treten.

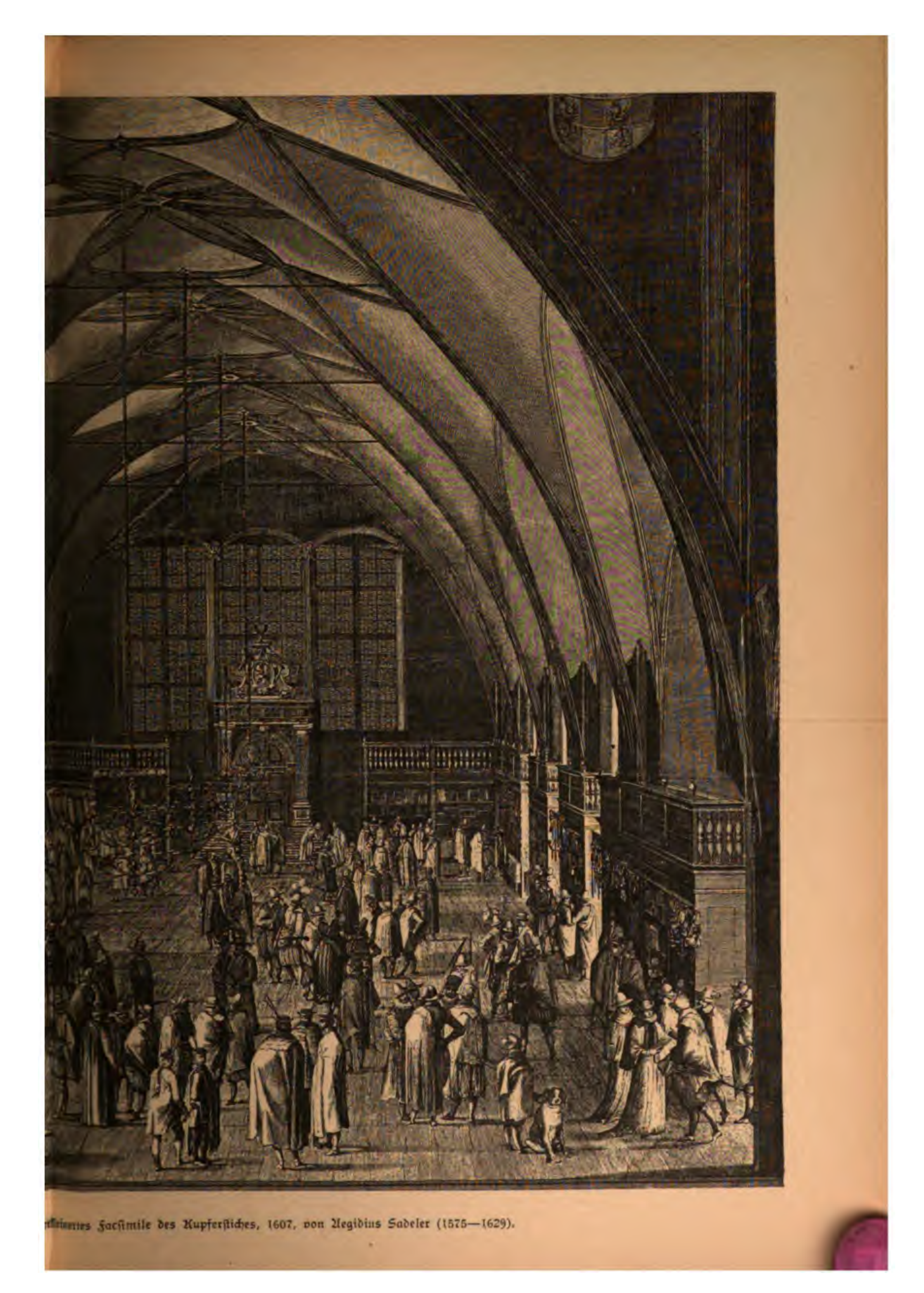
Es braucht kaum gesagt zu werden, daß Christian von Anhalt mit Freuden auf diesen Gedanken einging. Er hatte, wie wir sahen, gleich bei der Begründung der Union die Anknüpfung einer Verbindung mit den Protestanten in den habsburgischen Erbländern in den Kreis seiner Berechnungen gezogen. Welchen Werth er auf diese Verbindung legte, erkennt man namentlich aus einer umfassenden Aeußerung hierüber, welche sich in einer Instruction Christians für einen seiner Gesandten vom September 1608 findet. Er sagt hier wörtlich: „Wenn wir Ungarn, Mähren, Oesterreich und Schlesien für uns haben werden, so könnte sich das Haus Habsburg keiner anderen Kräfte gegen uns bedienen als der Böhmens, Bayerns und einiger Bischöfe, denen gegenüber wir, menschlich gesprochen, nicht bloß stark genug zum Widerstande wären, sondern auch vermöchten den gesammten Clerus zu reformiren und „der Religion" (d. h. der evangelischen) zu unterwerfen; wir würden dann nur noch Italien zu fürchten haben ... Das Spiel würde etwa auf diese Weise beginnen: sobald Bayern rüsten würde, um Oesterreich, wenn es Mitglied der Union wäre, anzugreifen, würden wir rüsten, nach Bayern eilen und Donauwörth wieder gewinnen. Durch dasselbe Mittel könnten wir, koste es, was

es wolle, einige Bisthümer in Besitz nehmen. Es kommt in diesem Falle nur auf Italien an, dem gegenüber man Deckung bei Frankreich suchen muß. Jedenfalls ist klar, daß, wenn wir geschickt vorgehen, wir auf diese Weise mit Gottes Hilfe Allen Gesetze dictiren und diejenigen zu Herren machen könnten, welche wir dazu bestimmen." Man sieht, wie weitgehende und umfassende Combinationen Anhalt an diese Möglichkeit eines Eintritts der österreichischen Erbländer in die Union knüpfte. Deshalb hatte er sich auch schon im Herbst 1608 während der Horner Unruhen in Oesterreich eifrig bei dem Kurfürsten von der Pfalz für eine Intervention zu Gunsten der dortigen Protestanten verwendet und hatte in Wittingau bei Rosenberg mit den Führern der ständischen Bewegung in den Erblanden, namentlich mit Tschernembel, verhandelt, während Zierotin, der den Conflict der Stände mit Matthias unter keinen Umständen verschärfen wollte, der Einladung nach Wittingau nicht Folge geleistet hatte. Anhalt aber gewann damals die Ueberzeugung, daß es für die Union jetzt angezeigt sei, lieber Rudolf gegen Matthias zu unterstützen, da dem ersteren gegenüber die Selbstständigkeit und religiöse Freiheit der protestantischen Stände noch eher zu halten sei als dem stärkeren und energischeren Könige Matthias gegenüber. Natürlich aber hielt er für nothwendig, sich Sicherheiten gegen eine Wiederkehr der Rudolfinischen Politik früherer Jahre zu verschaffen. Er hoffte, daß es gelingen werde, in allen österreichischen Ländern die Regierungsgewalt einem ständischen Ausschusse mit einem Gouverneur an der Spitze in die Hände zu spielen. In der That schienen die österreichischen Stände eine Zeit lang geneigt, wenn Matthias nicht nachgebe, sich Rudolfs Herrschaft wieder gefallen zu lassen, wenn dieser sich zu den gewünschten Concessionen verstehe. Man dachte daran, die Reichsfürsten zu ersuchen, die Garantie des mit Rudolf zu schließenden Vertrages zu übernehmen. Natürlich ging Rudolf mit großem Eifer auf diese Gedanken ein und trat in sehr ernsthafte Unterhandlungen mit Christian von Anhalt. Die Möglichkeit schien nicht ausgeschlossen, daß es noch einmal zu einem wirklichen Kampfe zwischen Rudolf und Matthias über den Besitz der Erbländer käme.

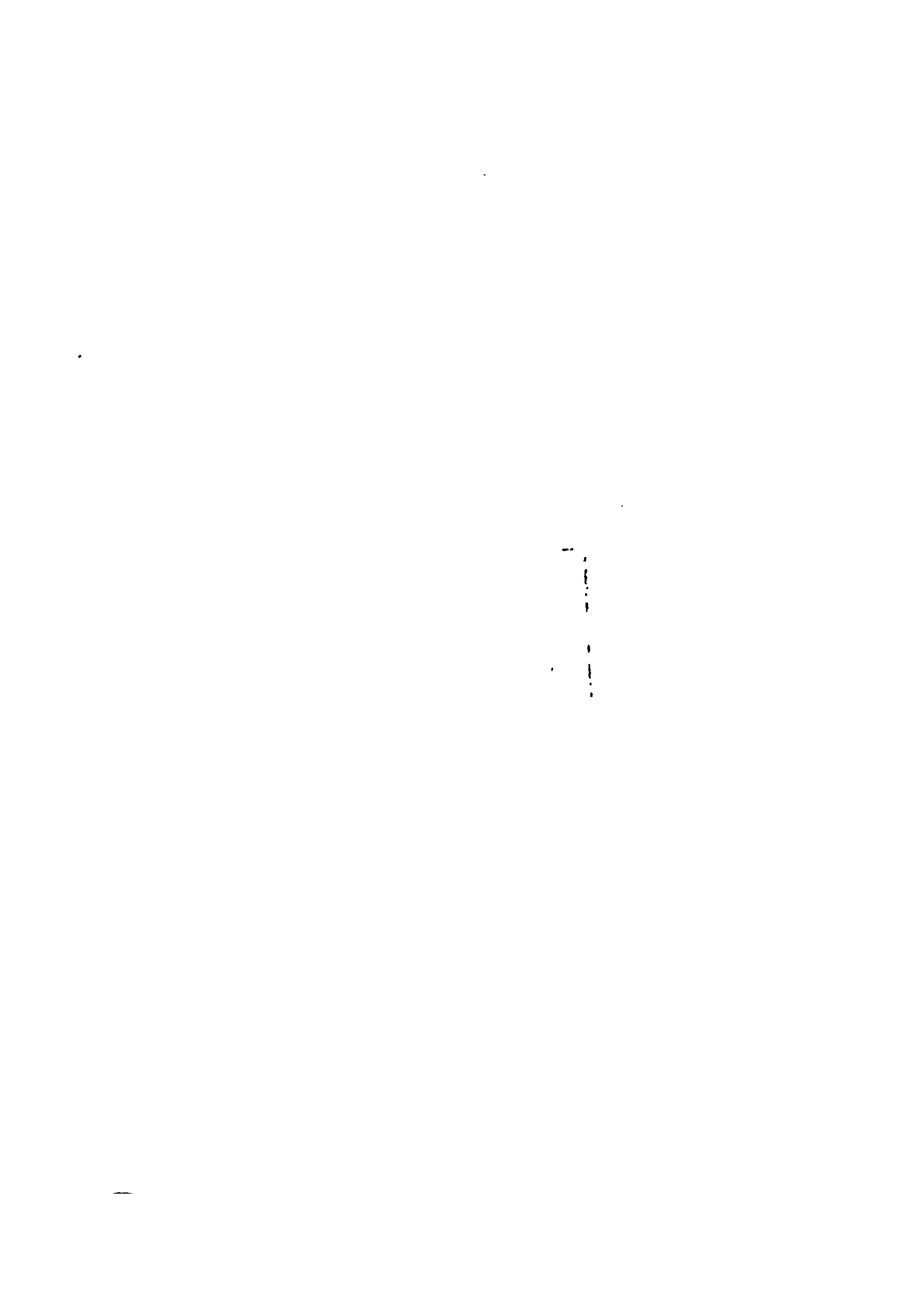
Dahin aber wollte es vor Allem die spanisch-römische Partei unter keinen Umständen kommen lassen; denn dieser Kampf konnte, wer auch immer Sieger blieb, nur mit neuen Concessionen desselben an die Protestanten enden und mußte außerdem dem Ansehen des Hauses Habsburg einen neuen verhängnißvollen Stoß versetzen. Man war daher in diesen Kreisen energisch bestrebt, eine wirkliche Versöhnung zwischen Rudolf und Matthias herbeizuführen. Bei Rudolf fand aber dieses Bestreben zunächst wenig Entgegenkommen. Der Kaiser erging sich, durch seine Beziehungen zur Union und zu den unzufriedenen Unterthanen seines verhaßten Bruders ermuthigt, wieder einmal in den thörichtesten Hoffnungen. Dagegen waren Matthias und Klesel, welche zu gefährlichen Experimenten dieser Art wenig Neigung hatten und ohne Zweifel eine besonnenere Politik verfolgten, in der Hauptsache bereit, auf einen Verständigungsversuch einzugehen; und zwar meinten sie, daß der



Der Wladislaus'sche Huldigungssaal im Schlosse zu Prag. Der



…kleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1607, von Aegidius Sadeler (1575—1629).



einzige erfolgreiche Weg nach diesem Ziele ein Convent der Mitglieder des habsburgischen Hauses sei, der die getroffenen Vereinbarungen unter seine Garantie stelle und es dadurch Rudolf unmöglich mache, von Neuem auf die Rückgängigmachung eines eben geschlossenen Vertrages hinzuarbeiten. Es galt nun, Rudolf für diesen Gedanken eines solchen Convents, den auch die spanisch-römische Partei für die einzige Rettung aus den unaufhörlichen Wirren betrachtete, zu gewinnen. Anfangs, so lange die Verhandlungen mit Anhalt noch Erfolg versprachen, schien jeder Versuch, den Kaiser zur Zustimmung zu bewegen, vergeblich. Als sich aber die Verhandlungen sehr in die Länge zogen, als immer mehr zu Tage trat, daß die Union selbst doch keineswegs ohne weiteres bereit war, den Kaiser durch einen gefährlichen Krieg aus seiner von ihm selbst verschuldeten schwierigen Lage zu befreien, kam Rudolf doch selbst auf den Gedanken eines Fürstencongresses zurück; nur wollte er nicht wie Matthias nur die habsburgischen Erzherzöge, sondern alle befreundeten Kurfürsten und Fürsten nach Prag zusammenrufen; er hoffte noch immer im Stillen, daß es ihm gelingen werde, sich dieses Fürstencongresses gegen seinen Bruder zu bedienen. In diesem Sinne wandte er sich zunächst an den Kurfürsten von Köln und bat ihn, sich bei ihm in Prag einzufinden. Allein als der Kurfürst dieser Einladung bereitwillig Folge leistete und im December 1609 in Prag anlangte, fand er die Stimmung des Kaisers wieder völlig verwandelt und gegen einen Fürstenconvent gerichtet. Wie immer von einem Extrem zum andern schwankend, meinte Rudolf jetzt wieder, den verhaßten Bruder durch Gewalt der Waffen zur Unterwerfung bringen zu können. Er ordnete an, daß in dem Bisthum des Erzherzogs Leopold, Passau, Rüstungen vorgenommen würden und schien wieder ganz in die Bahnen dieses seines Vetters einlenken zu wollen. Nur mit Mühe konnte der Kölner Erzbischof im Januar 1610 einige Audienzen beim Kaiser erlangen. Alle seine Bemühungen, Rudolf für den Fürstenconvent zu gewinnen, waren vergeblich. Der Kaiser befand sich wieder einmal in einer jener Perioden scheinbar ernster Thatkraft; er schien mit Energie auf einen offenen Conflict mit seinem Bruder hinzuarbeiten. Kaum aber war der Erzbischof abgereist, so schlug die Stimmung Rudolfs wieder um, und er ließ nun seinerseits Einladungen an den eben abgereisten Kurfürsten von Köln, ferner an Mainz, Sachsen, die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand, den Herzog Maximilian von Bayern und den Landgrafen von Hessen-Darmstadt ergehen, denen er vier Punkte als Verhandlungsgegenstände bezeichnete: die Successionsfrage, den Ausgleich mit Matthias, die Donauwörther Frage und die Jülicher Erbfolge-Streitigkeit. Kein Zweifel, daß den geladenen Fürsten der zweite Punkt, der Ausgleich mit Matthias, als die Hauptsache erschien. Aber gerade in diese Streitigkeiten innerhalb des Hauses Habsburg wollte sich der mächtigste von ihnen, das Haupt der Liga, Maximilian von Bayern, nicht einmischen. Er lehnte es geradezu ab, zu erscheinen. Die Anderen aber leisteten der Einladung trotz aller widerwärtigen Erfahrungen, die sie mit dem Wankelmuthe des Kaisers

gemacht hatten, wirklich Folge und erschienen um den 20. April 1610 in Prag. Nachträglich zu den Verhandlungen eingeladen wurde noch der wegen einer eigenen territorialen Angelegenheit zufällig in Prag anwesende Herzog Heinrich Julius von Braunschweig, der dann in den Ausgleichsverhandlungen in selbstloser Aufopferung für das Haus Habsburg die vornehmste Rolle spielen sollte.

Matthias, dessen Gedanke auf einen Convent der Mitglieder des Hauses Habsburg gerichtet gewesen war, versprach sich von einem derartig zusammengesetzten Convente nur wenig, suchte sich vielmehr in erster Linie gegen etwaige neue feindliche Anschläge seines kaiserlichen Bruders zu decken und zu seinen österreichischen Unterthanen wieder in ein leidliches Verhältniß zu kommen, indem er am 3. März 1610 die Resolution vom 19. März 1609 nunmehr wirklich ausführte und den Städten gleiche religiöse Freiheit wie dem Adel bewilligte.

Am 1. Mai wurden die zu dem Convente geladenen Fürsten in feierlicher Audienz von Rudolf empfangen. Die Proposition, die er ihnen dann als Grundlage für ihre Verhandlungen übergab, sprach in der That in erster Linie von der Aussöhnung mit Matthias, doch äußerte Rudolf unverhohlen, daß er dabei die Rückgabe der ihm von Matthias entrissenen Länder erwarte. In der That stellten sich die Fürsten anfangs auf Rudolfs Seite und schienen anzunehmen, daß die abgefallenen Länder ohne weiteres unter dessen Herrschaft zurückkehren würden. Man forderte die Erzherzöge Ferdinand und Maximilian auf, ihre Meinung darüber abzugeben. Allein diese lehnten es ab, mit einem Ausgleichsvorschlage hervorzutreten (8. Mai). Alsdann dachte man daran, Matthias selbst einzuladen, in Prag zu erscheinen. Allein dieser war dazu nicht zu bewegen, erbot sich aber Gesandte zu schicken, wenn diesen Sicherheit gewährleistet werde. In der That langte am 31. Mai eine Gesandtschaft von Matthias in Prag an, an deren Spitze Karl von Lichtenstein stand. Aber inzwischen hatte der Kaiser wieder einen eigenmächtigen Schritt unternommen, indem er am 20. Mai die Oesterreicher aufforderte, unter seine Herrschaft zurückzukehren. Die hierüber schon erzürnten Gesandten wurden natürlich noch mehr aufgebracht, als auch der Convent jetzt alles Ernstes Restitution der entrissenen Länder forderte, während Matthias sich nur zu einer „persönlichen Genugthuung" erbieten wollte. Die Verhandlungen schienen schon in diesem Stadium in eine Sackgasse zu gerathen. Da erboten sich der Kurfürst von Köln, Erzherzog Ferdinand und der Herzog von Braunschweig, persönlich nach Wien zu reisen, um mit Matthias zu verhandeln. Sie fanden dort, wo sie am 3. Juli anlangten, bei den leitenden Kreisen allgemeine Erbitterung und das größte Mißtrauen gegen den Kaiser, welches noch dadurch vermehrt wurde, daß inzwischen das Gerücht von den in Passau vorgenommenen und auch jetzt während der Verhandlungen nicht unterbrochenen Rüstungen nach Oesterreich gelangt war. Die Unterhandlung nahm daher einen sehr erregten Verlauf und kam erst in ein einigermaßen ruhigeres Fahr-

wasser, als die Abgesandten des Fürstenconvents von der in der That undurchführbaren Forderung der Restitution der Länder abgingen. Schließlich einigte man sich wirklich dahin, daß Matthias für sein Vorgehen Abbitte leisten und 50 000 Gulden und 2000 Eimer Wein jährlich an Rudolf entrichten, dieser aber sich verpflichten sollte, beim böhmischen Landtage dahin zu wirken, daß er den der Türkengefahr am meisten ausgesetzten Ländern des Königs Matthias eine Türkenhilfe bewillige. Mit diesen Vereinbarungen wurde der Herzog von Braunschweig zu Rudolf geschickt. Dieser aber weigerte sich entschieden, auf diese Bedingungen einzugehen. Er verlangte Anerkennung seiner Lehnshoheit über die Erbländer, das Commando über die ungarischen Grenzfestungen und verschiedene andere kleine Concessionen; darauf aber konnte Matthias nicht eingehen, wenn er die Möglichkeit der Regierung seiner Länder nicht aufs Spiel setzen wollte. Noch mehrmals ist dann der unermüdliche und aufopfernde Herzog von Braunschweig zwischen Wien und Prag hin und her gereist; jedesmal thürmten sich neue Schwierigkeiten auf. Auf der einen Seite wuchs natürlich bei Matthias das Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der versöhnlichen Gesinnung Rudolfs, je mehr neue Einwände dieser erhob; auf der andern Seite schwankte Rudolf in der That auch in den Tagen der entscheidenden Verhandlungen rath- und haltlos hin und her und zeigte so selbst am deutlichsten, wie berechtigt das Mißtrauen seines Bruders war. Er dachte nicht daran, das Passauer Kriegsvolk zu entlassen, ja er knüpfte, während die Verhandlungen mit Matthias mit seiner Zustimmung ihren Fortgang nahmen, gleichzeitig aufs Neue Verbindung mit der Union, namentlich mit Kurpfalz an. Ganz bestimmt formulirte Anträge gelangten an den Kurfürsten von der Pfalz, und Niemand kann sagen, ob sie nicht zu einem förmlichen Abschluß geführt hätten, wenn der Kurfürst nicht eben in diesen Tagen (9. September 1610) gestorben wäre. So mußte sich nun Rudolf wohl oder übel zu einer ernstlichen Annäherung an Matthias entschließen. Der unerschütterlichen Ausdauer des Herzogs von Braunschweig gelang es schließlich, einen Vertragsentwurf mit dem Kaiser zu vereinbaren, dem Matthias seine Zustimmung zu ertheilen vermochte. Danach sollte Matthias den Kaiser durch die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand und den Herzog von Braunschweig nach einer vereinbarten Formel um Verzeihung bitten, außerdem aber ihn wegen der österreichischen Länder als seinen Lehnsherrn und als das Haupt des Hauses Oesterreich und der gesammten Christenheit anerkennen. Die meisten Einzelbestimmungen, über welche früher von beiden Seiten so viel gestritten worden war, mußten einfach fallen gelassen werden, so von Rudolfs Seite die Zahlung einer jährlichen Pension an Geld und Wein, von Matthias' Seite das Verlangen einer Türkenhilfe. Nur ganz allgemein wurde die Versöhnung ausgesprochen. Selbst das Versprechen sofortiger Entlassung des Passauer Kriegsvolks ward nicht officiell und schriftlich, sondern nur mündlich von Rudolf gegeben und dann, wie wir sehen werden, nicht gehalten, obwohl Matthias seinerseits seiner vertrags-

mäßigen Verpflichtung gewissenhaft nachkam und abrüstete. Immerhin schien doch in der Hauptsache ein Ausgleich erreicht zu sein. Am 9. October 1610 leisteten dann die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand — von der Theilnahme des Herzogs von Braunschweig war schließlich abgesehen worden — die vorgeschriebene Abbitte. Sie wurden vom Kaiser in feierlicher Audienz mit dem ganzen Prunke und feierlichen Ceremoniell, welches Rudolf von Spanien mit herüber genommen hatte, empfangen. Als die Erzherzöge nun niederknieen wollten, um die kaiserliche Anweisung zu erbitten, duldete der Kaiser das nicht; denn kein Mitglied seines Hauses sollte vor ihm sein Knie beugen. Er begnügte sich mit der kundgegebenen Absicht und nahm die Abbitte als geschehen an. Maximilian dankte für dieses freundliche Entgegenkommen und zerriß dann vor den Augen des Kaisers jenen Aprilvertrag der Erzherzöge von 1606, der damals Rudolfs Unwillen in so hohem Grade erregt hatte. Nun trat der Kaiser den Erzherzögen wieder als ihr Bruder und Oheim entgegen, unterhielt sich längere Zeit freundlich und leutselig mit ihnen von anderen Dingen und begleitete sie beim Abschied bis in das Vorzimmer. Der Form war in jeder Richtung Genüge geschehen. Aeußerlich war die Aussöhnung zwischen Rudolf und seinem Bruder eine vollständige.

Aber war sie es auch innerlich und in Wahrheit? Wer sich einmal von der Sinnesart und dem Charakter Rudolfs eine deutliche Vorstellung gemacht hat, kann von vornherein nicht zweifelhaft sein, daß es dem Kaiser mit seiner Aussöhnung keineswegs voller Ernst war, daß er sie thatsächlich nur nothgedrungen vollzogen hatte und im Herzen ruhig weiter danach strebte, seinem verhaßten Bruder entgegenzuarbeiten.

Das zeigte sich noch auf demselben Prager Convente, auf dem u. A. auch die Frage der Succession zur Sprache kam. In dieser Frage trat von vornherein deutlich zu Tage, daß Rudolf nach wie vor sehr wenig geneigt war, seinem Bruder Matthias die Nachfolge in Böhmen und im Reiche wirklich zuzugestehen. Auf eine schriftliche Vorstellung der Fürsten hierüber antwortete Rudolf gar nicht, dagegen verhandelte er eifrig mit den Kurfürsten separat und suchte sie zu bestimmen, zu seinem Nachfolger nicht seinen Bruder Matthias, sondern seinen Neffen, Erzherzog Leopold, in Aussicht zu nehmen. In der That fand er bei den geistlichen Kurfürsten, welche Matthias wegen seiner Verbindungen mit den protestantischen Ständen und wegen seiner Waffenerhebung gegen den Kaiser sehr wenig geneigt waren, Gehör und Zustimmung. Sie nahmen die Candidatur Leopolds an und haben darüber später auf einer Zusammenkunft in Koblenz in aller Form eine Verschreibung ausgestellt; ja Erzbischof Schweikhart von Mainz ging auch nach Dresden und suchte sich mit dem Kurfürsten von Sachsen über die Candidatur Leopolds zu einigen. Im December 1610 verständigten die geistlichen Kurfürsten den Kaiser von ihrer Vereinbarung und stellten dabei die Forderung, daß Rudolf dem zu Erwählenden entsprechenden Länderbesitz zuweise. Wirklich verlautete dann, der Kaiser wolle Erzherzog Leopold im Widerspruch mit den Liebener Ver-

trägen zum Könige von Böhmen, außerdem aber zum Grafen von Tyrol und zum Herzoge von Jülich machen. In der That war Rudolf damals enger wie je mit Leopold verbündet und ganz auf seine Gedanken und Pläne eingegangen. Aber die Art und Weise, wie sie es versuchten, diese Pläne zu verwirklichen, war so unbesonnen und von Grund aus verkehrt, daß Leopold vielmehr dadurch die Aussichten auf die Nachfolge im Reiche, die ihm die Kurfürsten soeben sehr ernstlich eröffnet hatten, nicht allein in Frage stellte, sondern ein für alle Mal vernichtete.

Wir erinnern uns, daß der Kaiser schon im December 1609 Rüstungen in dem Bisthum Passau angeordnet hatte, unter dem Vorwande, daß die dort geworbenen Truppen gegebenen Falls in Jülich verwendet werden sollten. Daß dieselben thatsächlich zu einem Angriff gegen Matthias bestimmt waren und nach den umfassenden Plänen Leopolds der Restauration Rudolfs und des Katholicismus in seinen Erblanden dienen sollten, könnte selbst dann keinem Zweifel unterliegen, wenn wir nicht durch jenen Gesandten Tennagel, den Leopold 1609 nach Spanien entsandt hatte, ausdrücklich darüber unterrichtet wären. Wir sahen schon, wie in den Verhandlungen von 1610 die ununterbrochen fortgesetzten Rüstungen in Passau erheblich dazu beitrugen, das Mißtrauen Matthias' gegen Rudolf wach zu erhalten. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Oesterreicher und Mähren Gegenwerbungen anstellten, um sich gegen einen Ueberfall von Seiten des Passauer Kriegsvolks, welches unter der Leitung der mit den Rüstungen von Rudolf bevollmächtigten Grafen von Althan und Sulz, Trautmannsdorfs und Ramés bald auf 12000 Mann anwuchs, zu decken. Es war ein unwürdiges und hinterlistiges Doppelspiel, welches Rudolf dann nach dem Abschluß des Vertrages mit Matthias mit jenen Truppen spielte. Der Kaiser hatte sich, wenn auch nicht schriftlich, so doch sehr ausdrücklich mündlich verpflichtet, die Passauer Truppen binnen Monatsfrist zu entlassen. Die gleiche Verpflichtung der Entlassung seiner angeworbenen Truppen war auch Matthias eingegangen und hatte sie gewissenhaft erfüllt. Allgemein nahm man mit Sicherheit an, daß Rudolf das Gleiche thun werde. In dieser Annahme erbat Herzog Maximilian von Bayern die Ueberlassung der Truppen an die Liga, welche damals gerade rüstete, um eventuell in dem Jülicher Erbfolgestreit der Union entgegenzutreten (oben S. 99). Allein er erhielt eine abschlägige Antwort. War der Kaiser an sich schon entschlossen, trotz jenes Versprechens die Truppen beizubehalten, so wurde er in diesem Vorsatze noch mehr bestärkt, als Erzherzog Leopold, nachdem er die Festung Jülich hatte verlassen müssen, in Prag eintraf und alsbald wieder entscheidenden Einfluß auf Rudolf gewann. Mit aller Energie suchte er den schwachen Kaiser zur Ausführung seiner abenteuerlichen Pläne

zu bestimmen, die nur in einem Kriege mit Matthias durchgeführt werden konnten. Vor Allem suchte sich Leopold hierfür der Beihilfe Spaniens und des Herzogs von Bayern zu versichern, begegnete aber bei beiden einer durchaus ablehnenden Haltung. Wir sahen, wie schon im Jahre 1609 das spanische Cabinet sich äußerst zurückhaltend gegenüber den ausschweifenden Vorschlägen Leopolds verhalten hatte. Noch weniger war es jetzt, da mit vieler Mühe der Ausgleich zwischen Rudolf und Matthias bewerkstelligt worden war, geneigt, das eben Errungene durch ein zum wenigsten äußerst gewagtes Unternehmen wieder in Frage zu stellen. Es wies vielmehr seinen Gesandten Zuñiga an, Leopold entschieden zu warnen und seinen Plänen entgegenzuarbeiten. Ebenso verharrte Herzog Maximilian von Bayern in seiner sehr zurückhaltenden Stellung. Trotzdem ließen sich weder Rudolf noch Leopold abhalten, auf ihrem verhängnißvollen Wege weiter vorzuschreiten. Der erstere entgegnete allen von den verschiedensten Seiten an ihn herantretenden Mahnungen zur Entlassung der Truppen mit der Behauptung, es fehle ihm an den Mitteln, dieselben abzulohnen. In der That hat er lange Zeit mit dieser heuchlerischen Angabe Glauben gefunden, so daß bis vor Kurzem noch in der heutigen Geschichtschreibung die Ansicht vorherrschte, der Passauer Einfall in Oesterreich und Böhmen sei durch eine vom Kaiser nicht verschuldete Meuterei der Truppen herbeigeführt worden. Thatsächlich kann nach den neuesten Forschungen kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß das nicht der Fall war, sondern daß das ganze Unternehmen ein wohlüberlegtes und in hinterlistiger Weise zur Durchführung gebrachtes war. Der Rückstand an Sold betrug nur 400 000 Gulden, nachweislich aber standen dem Kaiser hierfür 300 000 Gulden zur Verfügung, und außerdem brachte der Herzog von Braunschweig, der auch hier die Vermittelung übernahm, aber vom Kaiser und Erzherzog Leopold in schmählicher Weise mißbraucht wurde, durch Verhandlungen mit verschiedenen Privatleuten 148 000 Gulden baar und 312 000 Gulden in Anweisungen auf, so daß die Deckungsmittel in reichstem Maße vorhanden waren. Der Kaiser ließ den Herzog Heinrich Julius, der im besten Glauben, nachdem er diese Geldmittel flüssig gemacht hatte, die Unterhandlung mit den Truppen wegen ihrer Entlassung übernommen hatte, nach Passau reisen und versprach ihm, daß ihm nicht allein die Vollmacht, sondern auch der Zahlmeister mit den erforderlichen Geldmitteln nachgeschickt werden sollte. Am 13. November traf der Herzog in Passau ein, wo er den Erzherzog Leopold antraf, der inzwischen mit dem Führer der Truppen hinter Heinrich Julius' Rücken die letzten Verabredungen über den Einfall in Oesterreich und Böhmen getroffen hatte. Der Herzog vereinbarte mit den Truppen eine Musterung auf den 20. November und versprach ihnen, auf die Zusicherungen Kaiser Rudolfs vertrauend, an diesem Tage ihre Soldrückstände auszuzahlen. Der 20. November nahte heran, aber der Zahlmeister des Kaisers erschien nicht. Der Herzog war rathlos; er gerieth in noch größere Verlegenheit, als nun Erzherzog Leopold mit allen höheren Officieren nach Prag abreiste und ihn

mit den Truppen, unter denen jetzt der Oberst Ramé, der Vertraute der Pläne Leopolds, den ersten Platz einnahm, allein ließ. Er wandte sich in seiner Noth an den Herzog von Bayern, erhielt aber von diesem die offenbar zutreffende Antwort, der Kaiser suche nur unter dem Scheine, die Passauer abzudanken, Geld aufzubringen, um dann erst recht seine Pläne durchzuführen. Vergeblich protestirte der Herzog gegen dieses Verfahren des Kaisers und



Anwerbung und Ausrüstung von Soldaten.

Facsimile eines Kupferstiches in: Defensio patriae oder Landtrettung. Von Joh. Jac. von Wallhausen, derzeit Churf. Maintz. bestelten Obr. Leutenant. Franckfurt a. M. 1621.

seines Hofkriegsraths; er mußte sich endlich entschließen, die Musterung der Truppen abzuhalten, ohne denselben ihren rückständigen Sold auszuzahlen. Er fand sie wirklich geneigt, auf seine Anerbietungen einzugehen, nach denen ihnen am 6. December eine Abschlagszahlung geleistet werden sollte. Noch immer hoffte Heinrich Julius auf das Erscheinen des kaiserlichen Zahlmeisters. Allein derselbe kam nicht, obwohl er bis zum 25. November schon fast 125 000 Thaler baar und 230 000 Thaler in Verschreibungen erhalten hatte. Es kann nach alle dem kein Zweifel sein, daß der Kaiser den gutmüthigen Unterhändler in schändlicher Weise hinterging. In der That beabsichtigte er,

im Einverständniß mit Erzherzog Leopold, die Truppen nach Krumau in Böhmen zu verlegen, dorthin einen Landtag zu berufen und dann den Majestätsbrief zu cassiren, die Wortführer der Protestanten aber durch Anstrengung von Hochverrathsprocessen unschädlich zu machen. Vergeblich versuchte Zuñiga nochmals, den Erzherzog, welcher im Hofkriegsrath und im Geheimen Rath die unbestrittene Herrschaft ausübte, zur Besinnung zu bringen. Das unwürdige Doppelspiel wurde bis zum Schlusse durchgespielt. Es gelang auch ferner, den vertrauensseligen Herzog von Braunschweig hinzuhalten und über die letzten Absichten des Prager Hofes zu täuschen. Heinrich Julius gab sich die größte Mühe, die Truppen mit Anweisungen zufriedenzustellen; Althan und Ramé erklärten ihm, darauf könnten dieselben nicht eingehen; Geld oder Veränderung der Quartiere — denn das Passauer Land war in der That völlig ausgesogen — sei das Einzige, was man ihnen bieten könne. Die Truppenführer brachten es schließlich sogar fertig, den Herzog, der noch immer hoffte, den Prager Hof zur Auszahlung der verfügbaren Gelder zu bringen, dazu zu bestimmen, daß er den Befehl zur Verlegung der Truppen selbst ertheilte, wenn innerhalb zehn Tagen die versprochenen Soldzahlungen nicht einträfen. Um diese doch noch durchzusetzen, reiste der Herzog am 9. December 1610 persönlich nach Prag. Und damit der Tragödie auch das Satyrspiel nicht fehle, verlangten jetzt die Mitglieder der böhmischen Stände, welche das Geld für die Ablohnung der Truppen dem Herzoge von Braunschweig gegeben hatten, von ihm die Rückgabe desselben, da dasselbe nicht für den angegebenen Zweck verwendet worden sei.

Wie wenig man berechtigt ist, das ganze Unternehmen als eine willkürliche und von Rudolf nicht verschuldete Meuterei der Truppen aufzufassen, ergiebt sich aus nichts deutlicher als aus der Thatsache, daß die Truppen noch drei Tage über die vom Herzoge ausbedungene Zeit warteten. Dann erst verließen sie am 21. December 1610 unter Führung ihrer Officiere die Quartiere, nicht in Meuterei, sondern unter Berufung auf die Erlaubniß, die ihnen der Herzog selbst bedingungsweise gegeben hatte.

Ramé richtete seinen Marsch nicht unmittelbar nach Böhmen, sondern gegen Oesterreich, wo er bei der mit Matthias' Regierung unzufriedenen Bevölkerung auf Unterstützung rechnete. Dieser Marsch nach Oesterreich aber war eine offenbare Verletzung des soeben mit Matthias geschlossenen Friedens. Ein Rath des Erzherzogs Leopold hat dem Herzoge Maximilian von Bayern rückhaltlos zugestanden, daß es auf einen Angriff gegen Matthias abgesehen war. Zu diesem verhängnißvollen Entschlusse haben nicht unwesentlich Rudolfs astrologische Träumereien beigetragen. Seine Astrologen hatten ihm prophezeit, Matthias werde in dem bevorstehenden Kriege gestürzt werden; er hatte ihnen für diese erwünschte Auskunft reiche Geschenke zu Theil werden lassen. Aber wie ganz anders kam es, als er und seine Umgebung gehofft und gewünscht hatten! Zunächst zwar standen die österreichischen Länder wehrlos dem Angriffe der Passauer Truppen offen, da Matthias die angeworbenen

Truppen entlassen hatte. Ramé gestattete seinen Truppen die empörendsten Brandschatzungen und Plünderungen, durch welche sie sich für alle Zeiten einen fluchwürdigen Namen erworben haben. Haarsträubende und ohne Frage authentische Schilderungen sind davon auf uns gekommen, wie die entmenschten Truppen, nachdem sie die Ortschaften völlig ausgeplündert hatten, die Bewohner mitten im grimmigen Winter nackt in die Wälder hinaustrieben, wo sie jammervoll zu Hunderten zu Grunde gingen. Khevenhiller schätzt den von den Passauern in Oesterreich angerichteten Schaden auf über zwei Millionen Gulden. Es waren schreckliche Vorspiele des großen Krieges der dreißig Jahre. Aber weder strategisch noch taktisch konnte Ramé auch nur das Geringste erreichen. Wenn er gehofft hatte, der protestantische Adel und ein Theil der Bevölkerung werde sich gegen Matthias erheben, so sah er sich furchtbar getäuscht. Er traf im Gegentheil bei den durch den Einfall und die schrecklichen Plünderungen aufs tiefste empörten Einwohnern auf die feindseligste Gesinnung. Zugleich aber gelang es Matthias, der von seinen Ständen aufs eifrigste unterstützt wurde, mit großer Schnelligkeit wieder ein Heer aufzustellen. Nach wenigen Wochen sah Ramé ein, daß er sich in Oesterreich nicht werde behaupten können. Schon am 26. Januar 1611 kündigte er Rosenberg seine Absicht, nach Böhmen einzumarschieren, an und verlangte von ihm und den böhmischen Ständen eine freundliche Haltung, damit er nicht genöthigt wäre, in ihrem Lande als Feind aufzutreten. Die Antwort war natürlich, daß die böhmischen Stände zu umfassenden Rüstungen schritten und den Kaiser zwangen, einen Landtag zusammenzuberufen, der dann alsbald die feindseligste Haltung gegenüber dem Passauer Einfall zur Schau trug.

Rudolf gerieth in die peinlichste Verlegenheit und in eine von vornherein unhaltbare Lage. Da er bisher stets die Täuschung aufrecht zu halten versucht hatte, als sei der Einbruch der Passauer Truppen in Oesterreich und Böhmen gegen seinen Willen geschehen und auf eine Meuterei zurückzuführen, so konnte er jetzt den auf umfassende Rüstungen gegen die Passauer gerichteten Anträgen seiner getreuen Stände keinen Widerstand entgegensetzen. Er mußte selbst die Beschlüsse sanctioniren, die gegen die Truppen gerichtet waren, deren er sich als Werkzeug gegen seinen Bruder hatte bedienen wollen. Wieder wie im Jahre 1608 fing er jetzt zu spät die Gefahr der Lage, in der er sich befand, zu erkennen an. Er gestattete, daß der noch immer zur Vermittelung bereite Herzog von Braunschweig nach Wien reiste, um Matthias zu beschwichtigen und ihm vorzustellen, daß das ganze Unternehmen gegen Rudolfs Willen erfolgt sei. Aber Matthias wußte jetzt nur zu gut, was er von Rudolf zu halten hatte; er lehnte jede Vermittelung energisch ab, betrieb eifrig seine Rüstungen und setzte sich mit den böhmischen Ständen in Verbindung, um eine weitere Verletzung der geschlossenen Verträge zu hindern. Schon jetzt konnte es kein Zweifel mehr sein, daß das ganze tollkühne Unternehmen Rudolfs und Leopolds als gescheitert zu betrachten sei.

Zunächst freilich machten die Passauer Truppen naturgemäß noch weitere Fortschritte. Am 1. Februar gelang es ihnen, Budweis durch einen Handstreich zu überrumpeln, am 4. Februar fiel Tabor in ihre Hände. In unaufhaltsamem Vormarsche näherten sie sich der böhmischen Hauptstadt.

Dort war nun auf die anfängliche übermüthig-zuversichtliche Stimmung bald, nachdem der Einbruch in Oesterreich gescheitert war und kein Zweifel mehr obwalten konnte, daß Matthias in den Kampf in Böhmen eingreifen werde, ebenso große Niedergeschlagenheit und Muthlosigkeit gefolgt. Nicht nur Rudolf, der wieder völlig in seine Rath- und Thatlosigkeit zurückfiel, sondern auch Leopold verzweifelte an dem Unternehmen und wandte sich jetzt in seiner Noth an den spanischen Gesandten Zuñiga, dessen Warnungen und Rathschlägen er bisher nicht die geringste Beachtung geschenkt hatte. Er bat ihn (am 30. Januar), die Vermittelung zwischen Rudolf und Matthias zu übernehmen. Zuñiga aber lehnte es ab, sich dieser jetzt völlig aussichtslosen Aufgabe zu unterziehen. Da trat Leopold mit einem ebenso abenteuerlichen als unsinnigen Gedanken hervor: er schlug vor, die Truppen Rudolfs und Matthias' zu vereinigen, um mit ihnen die protestantischen Stände der Erbländer gemeinsam niederzuschlagen. Natürlich wies Zuñiga auch diesen Gedanken zurück, indem er den Erzherzog auf die offenkundige Thatsache aufmerksam machte, daß Matthias' Heer zum großen Theile aus Protestanten bestehe.

Noch würde sich der Groll der Böhmen haben besänftigen lassen, wenn die Passauer sich auf die Besetzung der Herrschaft Krumau beschränkt hätten. Sie verlangten von dem Kaiser nur ernstliche Anstalten zu deren Abdankung und, wie nicht anders zu erwarten war, die Entlassung Leopolds, den sie mit Recht für den Urheber des ganzen unheilvollen Unternehmens betrachteten. Im Uebrigen benahmen sie sich, in der Hoffnung, mit diesen bescheidenen Forderungen doch noch durchzudringen, so gemäßigt und besonnen, daß sie sogar an Matthias Gesandte schickten und ihn bitten ließen, zunächst wegen der Passauer die böhmische Grenze nicht zu überschreiten. In diesem Augenblicke stand es noch in Rudolfs Hand, wenigstens das, was er noch besaß, die Herrschaft in Böhmen, sich zu erhalten.

Allein der verblendete Erzherzog Leopold konnte sich nicht entschließen, den Vormarsch Ramés aufzuhalten. Dieses sein Verhalten ist um so unbegreiflicher, als auch die katholischen Böhmen, den Kanzler Lobkowitz nicht ausgeschlossen, gegen das tollkühne Unternehmen waren. Nur Slawata, Martinitz und der frühere mährische Landeshauptmann Berka unterstützten die Pläne Leopolds.

Da Ramé einen Gegenbefehl nicht erhielt, so rückte er unaufhaltsam weiter vor. Am 13. Februar stand er vor Prag. Da schien es den aufs äußerste empörten böhmischen Ständen noch einmal zu gelingen, Rudolf zur Umkehr zu bewegen. Er ließ sich in der That bestimmen, Ramé den Befehl zur Zurückführung seiner Truppen nach Krumau zu senden. Allein es war nur natürlich, daß Ramé und Leopold, welcher sich jetzt ebenfalls bei den

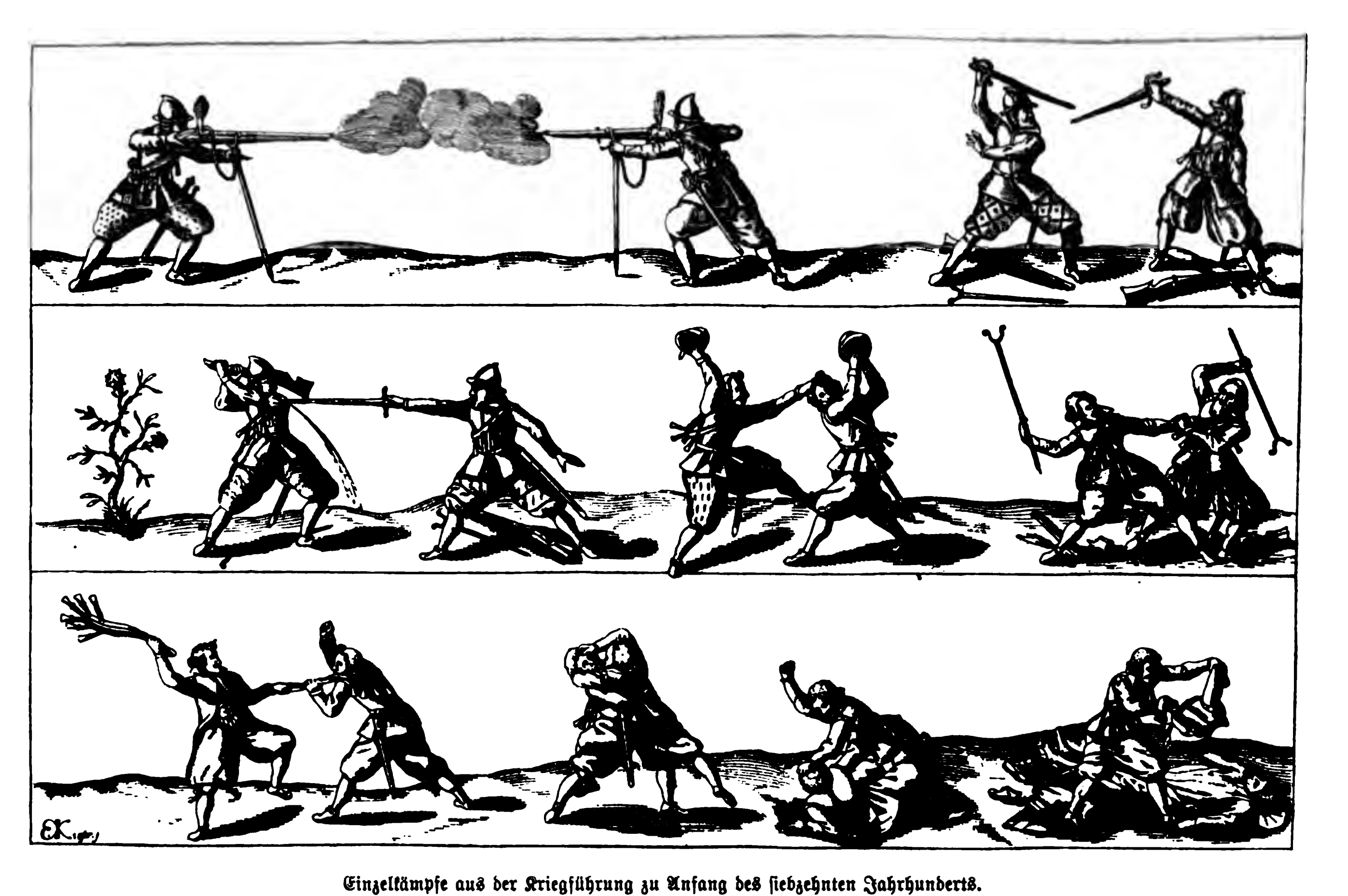
Truppen befand, diesen Befehl für nicht ernst gemeint und für erzwungen hielten und sich nicht danach richteten. Vielmehr rüsteten sie sich ernstlich zum Angriff gegen Prag, welches von den Böhmen in aller Eile nothdürftig befestigt worden war und eine nicht unansehnliche Truppenmacht beherbergte. In der Nacht vom 14. zum 15. Februar wurde der Angriff von einer Seite her, von der man ihn nicht vermuthete, an dem südlichen Aujezder Thore unter persönlicher Anführung Leopolds, der in strahlender Rüstung den Truppen voranging, unternommen. Ohne ernstlichen Widerstand gelang es den Passauern, sich der Kleinseite zu bemächtigen. Dann erst kam es zu ernstlichen Straßenkämpfen, in denen die Passauer die Oberhand behielten. Die böhmischen Truppen zogen sich über die Moldaubrücke nach der Altstadt hinüber und warfen die ihnen nachdrängenden Passauer Truppen vom Brückenkopf aus zurück. Ein Fähnlein Passauer Reiter, welches sich zu weit vorgewagt hatte, wurde völlig aufgerieben. Dem Sturme folgten auf beiden Seiten der Moldau entsetzliche Straßenkämpfe. Während die Passauer auf der Kleinseite in ihrer gewohnten Weise raubten und plünderten, warf sich in der Alt- und Neustadt die nur zu erklärliche Wuth des durchweg protestantischen Volkes auf die katholischen Klöster, von denen man, mit Recht oder Unrecht, annahm, daß sie Mitwisser und Förderer der räuberischen Gegner seien. Die Peterskirche, das Benedictinerkloster Emmaus, das Franciskanerkloster Maria Schnee u. a. m. wurden unter den gräulichsten Gewaltthaten gegen die Geistlichen und Mönche geplündert und verwüstet. Nur mit Mühe gelang es den Ständen, von denen mehrere angesehene Mitglieder in Prag anwesend waren — darunter Kinsky, der sich mit Beihilfe Zuñigas von der Kleinseite nach der Altstadt gerettet hatte —, die Ruhe und Ordnung einigermaßen wiederherzustellen.

Inzwischen hatte sich auf der andern Seite der Moldau Erzherzog Leopold nach der Einnahme der Kleinseite nach der Burg begeben, wo er in feierlicher Audienz vom Kaiser empfangen wurde. Bei Rudolf war der Anflug von Nachgiebigkeit, den er am 13. Februar gezeigt hatte, sehr schnell wieder verflogen. Mit dem ersten Erfolge der Passauer Truppen, der ihn in den Besitz eines eigenen Heeres setzte, waren seine Hoffnungen wieder mächtig emporgeschnellt. Er meinte jetzt wieder, das Ziel seiner Wünsche erreichen zu können und gab seine Zustimmung dazu, daß das Passauer Kriegsvolk versuchen sollte, sich auch der anderen Stadttheile zu bemächtigen. Kurze Zeit schien Alles gut zu gehen. Die böhmischen Truppen in der Burg ließen sich in der That bereit finden, mit dem Kaiser bezw. den Passauern gemeinsame Sache zu machen. Dazu kam als weiterer günstiger Umstand, daß drei der bedeutendsten Führer der Stände, Graf Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz auf der linken Moldauseite zurückgeblieben waren, während die anderen nach der Altstadt geflohen waren.

Gleichwohl aber gelang es dem in der Altstadt versammelten Rumpfparlamente, den Widerstand zu organisiren, der durch Zuzüge aus den ein-

zelnen böhmischen Kreisen verstärkt wurde. Unter den Ständen erlangte, da die eigentlichen Parteiführer nicht anwesend waren, Wilhelm von Kinsky, der jetzt endgiltig auf seine vermittelnde Stellung verzichtete und auf Matthias' Seite trat, die beherrschende Stellung. Er trat offen für die Absetzung Rudolfs und für die Erhebung Matthias' auf den böhmischen Thron ein, während verschiedene andere Mitglieder der Stände noch weiter gingen, von der Herrschaft des Hauses Habsburg gar nichts mehr wissen, sondern ein Mitglied eines andern Hauses auf den Thron erheben wollten. Für Rudolf selbst trat Niemand mehr ein. Als dieser am 16. Februar durch einen Herold die Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung in die Altstadt und die Vereidigung der ständischen Truppen für sich forderte, erhielt er eine rundweg abschlägige Antwort. Dieses Passauer Unternehmen hatte ihn des letzten Restes von Sympathie, den er etwa noch besessen hatte, beraubt. Denn klarer als je zuvor zeigte es sich, daß das Verhalten der Passauer Truppen keineswegs im Gegensatz zu dem Willen Rudolfs erfolgte, sondern durchaus von demselben gebilligt wurde. Man sah den Kaiser selbst in voller Rüstung bei den Kanonen umherreiten, die am linken Moldauufer aufgefahren wurden, um die Altstadt zu beschießen. Immer mehr spitzte sich der Conflict zwischen Kaiser und Ständen zu. Es kam dahin, daß, als Rudolf am 19. Februar ein Patent erließ, welches das anbefohlene Landesaufgebot rückgängig machen sollte, die Stände am 25. ein scharfes Gegenpatent veröffentlichten, welches das des Kaisers als verfassungswidrig bezeichnete.

Die politisch völlig unhaltbare Lage des Kaisers wurde aber auch militärisch von Tag zu Tage schwieriger. In der Altstadt befanden sich an dreißigtausend Bewaffnete; an eine Eroberung von Seiten der Passauer war nicht entfernt zu denken. Dabei aber fingen die kaiserlichen Truppen auf der Kleinseite an, am Nothwendigsten Mangel zu leiden. Rudolf mußte sich dazu verstehen, mit seinen Ständen Verhandlungen anzuknüpfen, wozu er sich des in seinen Händen befindlichen Mitgliedes der Stände Colonna von Fels bediente. Aber zu einem Ergebniß konnten diese Verhandlungen nicht mehr führen; jetzt hätte hierzu selbst die Entlassung der Passauer Truppen nicht mehr genügt. Noch rathloser und verzweifelter als der Kaiser benahm sich Erzherzog Leopold, der doch allein die Schuld an der unseligen Verwickelung trug. Er verfiel auf die verzweifeltsten und unsinnigsten Auswege. Bald wollte er sich Frankreich in die Arme werfen, bald äußerte er den Entschluß, Kapuziner zu werden. Vergeblich ließ der Kaiser in den Tagen vom 22. bis 25. Februar noch einmal durch den Oberstburggrafen Sternberg und den Präsidenten der böhmischen Hofkammer von Dohna mit den Ständen über einen Ausgleich verhandeln. Der Versuch scheiterte an dem Mißtrauen der letzteren gegen die Versprechungen Rudolfs. Vielmehr gingen diese nun daran, eine provisorische Regierung von dreißig Directoren zu ernennen, in welche Thurn, Fels und Lobkowitz, denen es gelungen war, vom linken Moldauufer nach der Altstadt zu entkommen, eintraten. Und schon begannen



Einzelkämpfe aus der Kriegführung zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts.

Aus: Ritterkunst. Darinnen begriffen I. Ein Trewhertziges Warnungschreiben wegen deß Betrübten Zustands jetziger Christenheit. II. Unterricht aller Handgriffen so ein jeder Cauvallirer hochnötig zu wissen bedarff. Von Joh. Jac. von Wallhausen. Franckfurt am Mayn 1616.

die nicht besoldeten und mangelhaft verpflegten Truppen des Kaisers zu den Ständen zu desertiren. Dem Kaiser blieb nichts übrig, als am 2. März ein Patent zu unterzeichnen, durch welches Leopold zur Abdankung der Passauer ermächtigt wurde. Jetzt aber war wirklich das zur Ablohnung der Truppen erforderliche Geld nicht vorhanden; nur einen Theil desselben vermochte der Kaiser Ramé einzuhändigen, der sich alsbald mit demselben in der Nacht vom 7. zum 8. März mit der Mehrzahl der Kavallerie heimlich entfernte. Natürlich aber gerieten hierüber die zurückgebliebenen Truppen, welche gar keinen Sold erhalten hatten, in die äußerste Erregung und bedrohten den Erzherzog Leopold und die Grafen Althan und Sulz persönlich. Endlich gelang es, wenigstens einen dreimonatlichen Sold für sie aufzutreiben, worauf sie dann beschlossen, ihren Rückzug in der Nacht auf den 11. März zu bewerkstelligen. Erzherzog Leopold schloß sich ihnen an. Die Truppen setzten nun, von einigen nachsetzenden böhmischen verfolgt, ihren Marsch ununterbrochen bis Budweis fort, wo vorläufig gerastet wurde. Dann ging ein Theil derselben mit dem Erzherzoge und Ramé nach Passau zurück, während die anderen Truppen abgedankt wurden und zum Theil in den Dienst des Königs Matthias traten.

Der Kaiser aber stand nun wieder allein rath- und hilflos in seiner Prager Burg. Sein so wie so schon äußerst feindseliges Verhältniß zu den Ständen war dadurch noch unhaltbarer geworden, daß es den letzteren gelungen war, einen Convoi Ramés und mit ihm den Vertrauten des Erzherzogs Leopold, Tennagel, abzufangen, der dann in mehreren mit ihm angestellten Verhören (5. und 7. März) Alles, was er über Entstehung und Verlauf des Passauer Unternehmens wußte, aussagen mußte, so daß alle den Kaiser in hohem Maße compromittirenden Thatsachen den Ständen bekannt wurden, die dadurch nur in dem Entschlusse, der Herrschaft Rudolfs ein Ende zu machen, bestärkt werden konnten. Dazu kam nun, daß eben jetzt Matthias sich mit seinem wohlgerüsteten Heere auf den Weg machte, um mit seinem kaiserlichen Bruder Abrechnung über dessen flagranten Friedensbruch zu halten. Es war kein Zweifel, daß diese Abrechnung nur mit dem Sturze Rudolfs enden konnte.

Schon am 10. März, also unmittelbar vor dem Abzuge der Passauer Truppen, hatten die böhmischen Stände eine Einladung an Matthias ergehen lassen, in Böhmen zu erscheinen. Daß man dabei an seine Erhebung zum Könige dachte, war von vornherein nicht zweifelhaft. Noch bevor Matthias selbst erschien, hatte er den Böhmen ein Hilfscorps von fünfzehnhundert Mann zu Fuß, tausend Reitern und sechs Kanonen unter Herbersteins Führung gesandt. Nach deren Eintreffen verlangten die Stände vom Kaiser die Uebergabe der Burg. Bei dieser Gelegenheit mußte Rudolf

die heftigsten Vorwürfe über sein Verhalten von Seiten des Grafen Thurn über sich ergehen lassen. Hilflos, wie er jetzt war, mußte er die Besetzung der Burg durch dreihundert Böhmen und hundertundfünfzig Mähren zugeben. Er wurde mehr und mehr als Gefangener in seinem eigenen Schlosse behandelt.

Inzwischen war Matthias selbst am 8. März von Wien aufgebrochen. Er durfte sich seiner Sache jetzt für ziemlich sicher halten. Hatte er doch bald nach dem Passauer Einfall von Spanien 200 000 Dukaten und damit das Anerkenntniß, daß er mit einem etwaigen Vorgehen gegen Rudolf im Rechte sei, erhalten. Auch die Union, die von den Passauer Werbungen Gefahr für Jülich befürchtet hatte, stand jetzt mehr oder weniger ausgesprochen auf seiner Seite. Als er bis Iglau vorgerückt war, traf er als Gesandten derselben den Obersten Schönberg an, der mit ihm eine nähere Verbindung anknüpfen sollte. Am 17. März hat er dann, bevor er die böhmische Grenze überschritt, einen feierlichen Revers ausgestellt, durch den er sich verpflichtete, daß er die böhmischen Stände „bei ihren Freiheiten und Rechten wollte verbleiben lassen".

Rudolf blieb jetzt nichts Anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiele zu machen und zu versuchen zu retten, was noch zu retten war. Nachdem er vergeblich von Kurmainz und Sachsen Hilfe erbeten hatte, verstand er sich dazu, Matthias eröffnen zu lassen, „daß dessen Reise nach Böhmen ihm nicht zuwider sei". Er schickte den so oft von ihm mißbrauchten Unterhändler, den Herzog von Braunschweig, und den Grafen von Zollern als Bevollmächtigte an Matthias und bewog auch den spanischen Gesandten Zuñiga, noch einmal eine Vermittelung zu versuchen. Alle drei trafen Matthias noch in Iglau. Allein Zuñiga erkannte von vornherein mit voller Deutlichkeit, daß ein wirklicher Ausgleich nicht mehr möglich sei, und beschränkte sich darauf, dahin zu wirken, daß die unvermeidliche Absetzung Rudolfs in möglichst glimpflichen Formen vor sich gehe. Am 24. März zog Matthias, von der Bevölkerung glänzend und mit hellem Jubel empfangen, in Prag ein. In der Form benahm er sich dann in der That dem Kaiser gegenüber höflich und zuvorkommend; sie tauschten einige Begrüßungsgeschenke miteinander aus; sachlich aber ließ er so wenig wie die böhmischen Stände an ihren Endabsichten einen Zweifel. Im Verein mit den Kronbeamten, die auf Zuñigas Veranlassung keinerlei Widerstand versuchten, wurde an den Kaiser die Forderung gestellt, einen Generallandtag zu berufen, der dann auf Rudolf eine Pression zu seiner Abdankung ausüben sollte. Der Kaiser vermochte sich diesem Verlangen nicht zu widersetzen, sondern berief den Landtag auf den 11. April ein.

In der Zwischenzeit bis zum Zusammentritt desselben wurden dann die vertrauten Rathgeber des Kaisers und des Erzherzogs Leopold wiederholten Verhören unterworfen, um weiteres Material zum Erweise der Mitschuld des Kaisers an den Vorgängen der letzten Monate zu sammeln.

Jetzt riethen selbst die Wenigen, die ihm in dieser Krisis noch treu geblieben waren, dem Kaiser an, dem Landtage die Krönung seines Bruders selbst vorzuschlagen; sie hofften dann noch zu erreichen, daß die Uebertragung der Regierung mit dieser Krönung nicht verbunden zu werden brauche. Nach einigem Zögern ließ sich Rudolf in der That bewegen, eine dahin gehende Landtags-Proposition zu unterzeichnen. Aber mit diesem Anerbieten war der am 12. April eröffnete Landtag nicht mehr zufrieden zu stellen. Die Stände hielten vielmehr die Absetzung Rudolfs für selbstverständlich und wollten nur noch über die Bedingungen, unter denen dieselbe erfolgen sollte, verhandeln. Am 14. April erklärte sich der Kaiser in der That bereit, unter folgenden Bedingungen die Regierung von Böhmen niederzulegen: Einmal sollte ihm der Titel eines Königs von Böhmen verbleiben, ferner verlangte er eine jährliche Pension, über deren Höhe dann lange hin und her verhandelt wurde; weiter forderte er, daß die Prager Burg seine Residenz bleibe, daß die Stände seine Schulden bezahlen sollten, daß die Güter, die er in Böhmen angekauft hatte, in seinem Besitze verblieben, daß die rückständigen Steuern von ihm eingezogen werden durften, daß seine gefangenen Diener freigegeben würden, ein Amnestie-Decret erlassen und alle Untersuchungen niedergeschlagen würden. Endlich verlangte er noch, daß nichts geschrieben oder gedruckt werden sollte, was als Schimpf gegen ihn ausgelegt werden könnte.

Diese Forderungen in ihrer Gesammtheit zu bewilligen, waren die Stände keineswegs geneigt. Der Kaiser aber that Alles, was in seinen Kräften stand, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Denn noch einmal glaubte er einen Hoffnungsstern aufgehen zu sehen und eine Möglichkeit zu erblicken, wie seine Abdankung vermieden werden könne.

Während der Verhandlungen trafen nämlich die ebenfalls zum General-Landtage geladenen Deputirten der Böhmen incorporirten Länder, Mähren, Schlesien und der beiden Lausitzen, in Prag ein. Zwischen ihnen und den böhmischen Deputirten kam es aber alsbald zu nicht unerheblichen Streitigkeiten über die beiderseitigen Rechte. In den incorporirten Ländern war nämlich, ähnlich wie heute im österreichischen Kaiserstaate, eine starke autonome Bewegung vorhanden, welche möglichste Lostrennung von Böhmen und möglichste Beschränkung der Privilegien erstrebte, welche Böhmen vor den anderen Ländern voraus hatte. Namentlich behaupteten die Vertreter der anderen Länder, zur Theilnahme an der Königswahl berechtigt zu sein. Dieser Anspruch aber wurde unter Berufung auf die früheren Königswahlen von den Böhmen aufs schroffste zurückgewiesen. Rudolf hoffte aus diesen Streitigkeiten Nutzen für seine verlorene Sache zu ziehen und versuchte zu diesem Zwecke, die Schlesier und Lausitzer durch Versprechungen für sich zu gewinnen. Allein diese Hoffnung erwies sich sehr bald als trügerisch. In der Mißstimmung und Empörung über Rudolfs Regierungsweise waren vielmehr alle Länder so vollkommen einig, daß sie den Streit unter einander neben

diesem gemeinsamen Interesse zunächst in den Hintergrund stellten. Die incorporirten Länder gaben nach und waren erbötig, zur Krönung von Matthias ihre Zustimmung zu geben. Sie begnügten sich, ihre Sonderrechte durch einen Protest zu wahren. Auf eine weitere Hinausschiebung der Krönung wollte man es nicht ankommen lassen. Da aber der Kaiser nach wie vor bestrebt war, die Verhandlungen über die Bedingungen seiner Abdankung möglichst in die Länge zu ziehen, so kam man endlich zu dem Entschlusse, die Krönung vorzunehmen, noch bevor jene Verhandlungen zum Abschluß gediehen waren. Am 13. Mai mußte sich der Kaiser endlich bereit erklären, die Krönung seines Bruders am Pfingstmontage (23. Mai) zu gestatten.

Da entstand noch in letzter Stunde eine Schwierigkeit nach der andern Seite hin. Es war nur natürlich, daß die Stände, durch die unter Rudolf gemachten Erfahrungen gewitzigt, sich nun auch Matthias gegenüber eine Deckung gegen ähnliche Uebergriffe verschaffen wollten. Sie stellten daher eine Reihe von Forderungen an ihn, die nicht nur eine Sicherstellung der bisherigen ständischen Privilegien, sondern eine wesentliche Erweiterung derselben zum Nachtheile der Krone in sich schlossen. Sie forderten nämlich einmal die Freiheit, ihrerseits beliebig Kreisversammlungen berufen zu dürfen, ferner die Vollmacht zur Anstellung von Truppenwerbungen ohne vorhergehende Erlaubniß des Königs, die Bestätigung des im Jahre 1609 mit den Schlesiern zu wechselseitiger Hilfe abgeschlossenen Bündnisses, endlich gar die vorläufige Zustimmung zu dem Bündnisse, welches sie mit Ungarn und Oesterreich zu schließen gedachten. Diese Forderungen, welche in der That eine fast unerträgliche Beschränkung der Prärogative der Krone enthielten, konnte und wollte Matthias nicht bewilligen; er wurde in seinem Widerstande dagegen durch seinen hauptsächlichsten Rathgeber Klesel bestärkt. Aber der Krönungstag stand unmittelbar bevor; ein Ausweg mußte gefunden werden. Unter dem Drucke dieser Lage verstand sich Matthias schließlich dazu, einen Revers auszustellen, in welchem er sich verpflichtete, nach vollzogener Krönung alle Rechte und Privilegien, deren wichtigste insbesondere angeführt wurden, zu bestätigen, außerdem aber dem Bündnisse mit Schlesien seine Zustimmung zu ertheilen. Die drei anderen Forderungen lehnte er ab, versprach aber, den nächsten Landtag darüber verhandeln zu lassen.

Nachdem dieser Revers am 22. Mai unterzeichnet war, fand am 23. die Krönung im Prager Dom mit großem Gepränge und unter ungeheurem Zulaufe des jubelnden Volkes statt. Kaiser Rudolf aber zog sich während des feierlichen Vorganges in die abgelegensten Theile seines Fasanengartens zurück, um das Jubelgeschrei des Volkes, welches die Erhebung seines verhaßten Bruders begleitete, nicht zu hören. Nicht ohne Genugthuung vernahm er, daß an dem auf die feierliche Krönung folgenden Prunkmahle die Gesandten der Kurfürsten von Sachsen und Mainz nicht theilgenommen hatten. Er meinte darin eine Mißbilligung des Geschehenen zu erkennen. Ueberhaupt war er keineswegs geneigt, auf jede Hoffnung der Wiederwinnung des Ver-

lorenen zu verzichten. Er betonte, daß er die Erlaubniß zur Krönung nicht bedingungslos ertheilt hätte, sondern nur für den Fall, daß seine Forderungen eine angemessene Berücksichtigung fänden. Jetzt, nach der Krönung, mußten die Verhandlungen hierüber wieder aufgenommen werden. Er gedachte sie wieder in die Länge zu ziehen und dann jede sich etwa bietende Gelegenheit zu benutzen, um das Geschehene wieder rückgängig zu machen. Um dies zu erreichen, verfiel er auf die abenteuerlichsten Auswege. Er wandte sich zunächst an den Kurfürsten von Sachsen und ließ ihm eröffnen, daß er seine Residenz in einer Reichsstadt aufschlagen wolle; der Kurfürst möge ihm hierbei das Geleite geben. Wiederholt hat er während der weiteren Verhandlungen mit seinem Bruder gedroht, er wolle einen Reichstag nach Regensburg berufen und sich persönlich dorthin begeben, um sich mit den Reichsständen zu vereinbaren. Demgegenüber und bei der unerschütterlichen Passivität, welche Rudolf, der jetzt thatsächlich nichts mehr zu verlieren hatte, bei den Verhandlungen an den Tag legte, gerieth Matthias wirklich in große Verlegenheit. Fast vier Wochen waren seit der Krönung verflossen, und noch war man einander kaum einen Schritt näher gekommen. Am 16. Juni beschloß dann Matthias in einer Berathung mit Klesel, den Oesterreichern, Mähren und den vornehmsten böhmischen Ständen, eine Deputation an Rudolf zu schicken und um rasche Wiederaufnahme der Verhandlungen, sowie um seine Belehnung mit der Krone Böhmen zu bitten. Trotzdem versuchte Rudolf die Verhandlungen weiter in die Länge zu ziehen, bis sich Matthias endlich zu förmlichen Drohungen entschließen mußte. Darauf kamen die Verhandlungen wieder in Fluß, aber Monate vergingen noch, ehe sie zu einem endgiltigen Abschluß gediehen.

In diesen Monaten der Unentschiedenheit aber machte der Kaiser noch immer die verzweifeltsten Anstrengungen, Hilfe gegen seinen Bruder zu erlangen. Er ist jetzt in sehr ernstliche Verhandlungen mit der Union eingetreten und hat unzweifelhaft die Absicht gehabt, sich ihr völlig in die Arme zu werfen und durch eine grundsätzliche Aenderung seiner Reichspolitik die Unterstützung der Protestanten zu gewinnen, ja er hat sich zeitweise mit dem Gedanken getragen, selbst zum Protestantismus überzutreten.

Allein auch diese radicalen Pläne blieben ohne Erfolg. Die Union wäre ja gewiß an sich sehr geneigt gewesen, auf eine derartige enge Verbindung mit dem Reichsoberhaupte einzugehen, und bis zu einer gewissen Grenze ist es in der That gelungen, eine Verständigung anzubahnen. Eine Zeit lang hat einer der protestantischen Unionsfürsten, der Markgraf von Ansbach, eine entscheidende Rolle am kaiserlichen Hofe gespielt. Aber zu oft hatte man doch die Unzuverlässigkeit Rudolfs erfahren, als daß man sich ganz mit seinen Bestrebungen hätte identificiren und in offenen Gegensatz zu Matthias treten wollen. Im Gegentheil suchte auch der letztere in ein leidliches Verhältniß zur Union zu kommen. Auf einer Unionsversammlung zu Rotenburg, die eben in den Tagen, da sich die Verhandlungen zwischen Rudolf und Matthias

ihrem Abschlusse näherten, stattfand, erschienen sowohl Gesandte des Kaisers als auch solche des Königs Matthias. Das Haupt der letzteren, Gundacker von Polheim bat geradezu um Unterstützung durch die Union, falls ein Vertrag mit Rudolf nicht zu Stande kommen sollte. Seinen Zug nach Böhmen ließ Matthias nicht ohne Berechtigung so darstellen, daß er den böhmischen Ständen auf deren Bitte gegen die Passauer zu Hilfe gekommen sei: er ließ, hierin wohl weniger der Wahrheit gemäß, hinzufügen, daß seine Krönung zum Könige von Böhmen ursprünglich von ihm gar nicht beabsichtigt gewesen sei, sondern auf einer Vereinbarung des Kaisers mit seinen Ständen beruht habe. Die Unirten äußerten sich naturgemäß sehr zurückhaltend und drückten vor Allem den Wunsch aus, der König möge in den weiteren Verhandlungen mit dem Kaiser sich allen Respects befleißigen und dafür sorgen, daß Rudolf in Prag bleibe. Dann werde er wohl der erbetenen Beihilfe von Kriegsvolk nicht bedürfen.

Ebenso wenig kam es auf diesem Unionstage zu einer weitergehenden Annäherung zwischen der Union und dem Kaiser, wenngleich nach verschiedenen Richtungen dahin gehende Fäden angeknüpft wurden. Wir kommen darauf später noch zurück.

Fast gleichzeitig mit diesen Verhandlungen kam dann doch der Ausgleich zwischen Rudolf und Matthias endlich am 11. August 1611 zu Stande. Danach wurde dem Kaiser das Schloß zu Prag auch ferner als Residenz angewiesen, doch sollte dem Könige die Benutzung der sogenannten erzherzoglichen Zimmer freigestellt bleiben. Der Schloßhauptmann und die gewöhnliche Thorwache sollte für den Kaiser und den König in Eid und Pflicht genommen werden. Die Jurisdiction des Hofmarschalls über alle zum kaiserlichen Hofe gehörigen Personen einschließlich der Gesandten sollte nicht geschmälert werden. Die Regierung Böhmens führt Matthias im eigenen Namen, doch verpflichtet er sich vom nächsten Landtage zu fordern, daß die Regierungsakte in des Kaisers Namen erlassen werden. Der Kaiser erhält von Matthias jährlich 300 000 Gulden und den Mitgenuß von vier Gütern, darunter Pardubitz, und das Testirungsrecht über 200 000 Gulden. Dagegen verspricht Rudolf, Matthias mit der Krone Böhmen zu belehnen und ihn den Kurfürsten bei dem bevorstehenden Kurfürstentage zu empfehlen.

Damit waren dem Kaiser eine Anzahl von Ehrenrechten reservirt, die Regierung Böhmens aber thatsächlich auf seinen Bruder übergegangen. Die böhmischen Protestanten trugen sich mit der Hoffnung, daß damit eine grundsätzliche Aenderung in der Besetzung der Kronämter zu ihren Gunsten verbunden sein werde. Aber es zeigte sich sehr bald, daß Matthias, der jetzt noch mehr als früher ausschließlich von seinem streng katholischen Rathgeber Klesel geleitet wurde, eine tiefgreifende Aenderung in dieser Richtung nicht beabsichtigte. Zwar erhielt Graf Thurn, der vornehmste Führer der ständischen Opposition, das Burggrafenamt von Karlstein, welches bisher der katholische Eiferer Slawata inne gehabt hatte. Aber nicht einmal die gänzliche Ent-

fernung des Letzteren aus den Aemtern wurde durchgesetzt; vielmehr wurde der bisherige Oberſthoflehnrichter veranlaßt, sein Amt niederzulegen, und dieses Amt wurde dann Slawata verliehen. Sonst blieb Alles beim Alten.

Rudolf aber war nach wie vor keineswegs geneigt, sich mit der ihm belassenen Ehrenstellung in Böhmen und mit der deutschen Kaiserwürde zu begnügen. Er hoffte noch immer, die letztere benutzen zu können, um in seinen Erblanden die verlorene Macht wieder zu erringen. Seine vornehmste Hoffnung hatte er in Bezug hierauf auf den Kurfürstentag gesetzt, der sich im October in Nürnberg versammeln sollte. Aber auch hier blieb ihm eine grausame Enttäuschung nicht erspart.

Der Kaiser strebte naturgemäß danach, seine erschütterte Stellung dadurch wieder neu zu stärken, daß er die Reichsgewalten von der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung seiner Machtstellung überzeugte. Eben hierfür schien ihm der anfangs nach Mühlhausen, später nach Nürnberg berufene Kurfürstentag die geeignete Gelegenheit. Zweierlei wollte er dort vor Allem erreichen: einmal nämlich sollte verhindert werden, daß die Kurfürsten etwa daran gingen, ihm einen Nachfolger im Reiche zu bestellen, dann aber sollte, wenn irgend möglich, eine Abänderung seines Vertrages mit Matthias durchgesetzt werden. Außerdem hegte der Kaiser auch noch die Hoffnung, sich wieder eine wirksamere Stellung in der Reichsverfassung zu verschaffen. Zu diesem Zwecke wollte er, wenn möglich, durch Abstellung der Beschwerden der Protestanten die Organe der Justiz wieder neu kräftigen und beleben; ferner gedachte er, zur Erhaltung der kaiserlichen Regierung eine Reichssteuer vorzuschlagen, endlich aber, um persönlich in die Reichsgeschäfte eingreifen zu können, zugleich aber der ihm jetzt verhaßten Prager Umgebung zu entrinnen, seine Residenz in eine Reichsstadt zu verlegen. Ohne Frage eine Reihe an sich vernünftiger und aussichtsreicher Gedanken. Wenn es nur nicht gar zu klar zu Tage gelegen hätte, daß sie ihm nur durch seine verzweifelte Lage eingegeben und also Ausgeburten einer augenblicklichen Laune waren; wenn man nur nicht gar zu gut gewußt hätte, daß diese Gedanken, wenn sie überhaupt ernst gemeint waren, sich doch nie in entsprechende Thaten umsetzen würden! Wurde durch diese Erwägungen das Mißtrauen der Protestanten nach wie vor lebendig erhalten, so verdarb es Rudolf durch einen Theil dieser Vorschläge von vornherein mit den Katholiken, zumal diese Reformgedanken, soweit sie überhaupt ernst zu nehmen sind, unzweifelhaft auf Anregung von protestantischer Seite im Geiste des Kaisers entstanden sind. Denn die Versuche Rudolfs, in enge Verbindung mit der protestantischen Union zu treten, konnten auch den Katholiken nicht verborgen bleiben, zumal der Kaiser nichts dazu that, sie geheim zu halten, im Gegentheil den Markgrafen von Ansbach immer offenkundiger zum vertrauten Rathgeber seiner Politik machte.

Eben jetzt hatte er ihn eingeladen, wieder nach Prag zu kommen, wo er am 15. October erschien. Jeder Zweifel an seiner Hinneigung zu der Union, deren Mitglied der Markgraf war, mußte schwinden, als Rudolf denselben der Gesandtschaft beigesellte, welche er zum Nürnberger Kurfürstentage entsandte. Ohne Frage war auch dies eine große Unvorsichtigkeit, die gerade in diesem Momente und an dieser Stelle sicher nicht dazu beitragen konnte, Rudolfs Stellung zu heben. Denn eine offene Hinneigung zur Union mußte nicht nur den katholischen geistlichen Kurfürsten höchst bedenklich und gefährlich erscheinen, sie war sicher auch dem einen der weltlichen Kurfürsten, dem von Kursachsen, welcher sich stets von der in der Union vereinigten protestantischen Actionspartei ferngehalten hatte, keineswegs erwünscht.

Weit geschickter wurde die Sache des Königs Matthias auf dem Kurfürstentage durch dessen Gesandten Klesel vertreten, der es vortrefflich verstand, bei keiner der beiden Parteien Anstoß zu erregen. Einmal war er schon dadurch im Vortheil, daß er nicht eine Abänderung, sondern gerade die Bestätigung der mit Rudolf geschlossenen Verträge verlangte; dazu waren aber natürlich die Kurfürsten weit mehr geneigt, als zu einer Wiederaufnahme der soeben nach vielen Mühen abgeschlossenen Unterhandlungen. Außerdem aber suchte Klesel, ohne wie Rudolf eine directe Verbindung mit der Union anzustreben, doch in ein leidliches Verhältniß zu derselben zu kommen, soweit es geschehen konnte, ohne die Katholiken vor den Kopf zu stoßen. Ganz consequent strebte er eine zwischen den Parteien vermittelnde Stellung an, zu welcher schon der Gesandte des Königs Matthias auf dem Rothenburger Unionstage, Gundacker von Polheim, die Grundlage geebnet hatte. Dort war zuerst jener Gedanke der „Composition“, eines wirklichen und dauernden Ausgleichs zwischen den beiden Religionsparteien, zur Sprache gekommen. Namentlich war es dort der Herzog von Württemberg gewesen, welcher ihn mit Nachdruck ausgesprochen und auch bei einigen katholischen Fürsten, unter anderen, wie es scheint, bei Maximilian von Bayern, Verständniß dafür gefunden hatte. Diesen Gedanken hatte sich nun Matthias völlig angeeignet und wiederholt darüber mit Württemberg correspondirt. Auf diesem Grunde baute Klesel weiter. Vor Allem ging er darauf aus, jetzt schon die Kurfürsten für die Wahl Matthias' zum Nachfolger Rudolfs geneigt zu machen, und betonte daher vor Allem immer wieder aufs Neue die Nothwendigkeit der Königswahl. Dabei versäumte er nicht, den Protestanten gegenüber auf das erfolgreiche Streben des Königs, mit den protestantischen Ständen der Erbländer durch Concessionen in ein gutes Verhältniß zu kommen, hinzuweisen, den Katholiken gegenüber aber die persönliche streng katholische Haltung des Königs zu betonen und nachzuweisen, daß die Concessionen, die er den Protestanten in seinen Erbländern gemacht habe, durch den Drang der Umstände gerechtfertigt gewesen seien. Indem Klesel so versuchte, es mit keiner der beiden Parteien zu verderben, erreichte er für seinen Herrn Alles, was nach Lage der Dinge zu erreichen war.

Einfluß. Dagegen schenkte Rudolf ein völlig unbeschränktes Vertrauen dem Markgrafen Joachim Ernst von Ansbach, der auf seine Einladung in den ersten Tagen des Jahres 1612 sich wieder in Prag eingefunden hatte. Mit ihm hat der Kaiser sehr eingehende Berathungen gepflogen, bei denen namentlich sein Herzenswunsch, wieder in den Besitz seiner Erbländer zu gelangen, eine große Rolle spielte: hierfür sollte ihm der Markgraf die Hilfe der Union verschaffen. Ja selbst eine Vermählung des alten Kaisers mit der Wittwe des Kurfürsten von der Pfalz, Louise Juliane, wurde ernstlich in Erwägung gezogen. Vor Allem aber wollte der Kaiser sich dem beengenden Einflusse Prags, wo er sich fortwährend beobachtet wußte, entziehen und seine Residenz in eine Reichsstadt verlegen. Er hat einen furchtbaren Fluch über Prag ausgesprochen, das ihm seine Größe verdanke und ihm nun mit crassem Undanke lohne. Die Vorbereitungen zu seiner Abreise waren getroffen, ein besonders construirter, mit einer Sänfte versehener Reisewagen für den Kaiser angeschafft. Von Tag zu Tage erwartete man in Prag seine Abreise. Da verfiel Rudolf in eine schwere Krankheit, die schließlich mit Wassersucht verbunden war und der er nach wenigen Tagen am 20. Januar 1612 erlag.

Noch einmal hatte er in seinen letzten Tagen eine hervorragende Stellung, wenn auch nicht erreicht, so doch in Gedanken angestrebt. Und wer will sagen, von welcher Bedeutung es hätte werden können, wenn wirklich einmal eine Verbindung der Reichsgewalt mit dem protestantischen Element, wie sie der Kaiser in seinen letzten Lebenstagen erwogen hat, zu Stande gekommen wäre? Trotz der Schwäche und innern Haltlosigkeit Rudolfs hätte dadurch doch noch vielleicht das Uebergewicht des Protestantismus begründet werden können. Auf der andern Seite aber wäre doch das Reich durch diese, von schwachen Händen unternommene grundsätzliche Aenderung der Richtung seiner Politik ganz unberechenbaren Wechselfällen ausgesetzt gewesen. Allen diesen Hoffnungen und Gefahren wurde durch seinen Tod ein jähes Ende bereitet. Die in den letzten Jahren schon so oft verhandelte Frage, wer nun an seiner Statt die Zügel der Reichsregierung in die Hand nehmen und an die durch die Wirren seiner letzten Regierungsjahre arg zerrütteten Zustände die bessernde Hand legen sollte, trat nun in den Vordergrund des allgemeinen Interesses.

Wir wiesen darauf hin, wie schon bei Lebzeiten Rudolfs, je klarer dessen zunehmende Regierungsunfähigkeit zu Tage trat, nicht bloß unter seinen Gegnern, sondern auch und ganz besonders unter den Mitgliedern seines Hauses wiederholt daran gedacht worden war, ihm einen Nachfolger zu geben, der dann zugleich sein Stellvertreter geworden wäre. Anfangs war die

spanische Linie des Hauses Habsburg für den Statthalter der Niederlande, Erzherzog Albrecht, eingetreten, während die entschieden katholisch gesinnten Fürsten Deutschlands Neigung gezeigt hatten, den Erzherzog Ferdinand von Steiermark, der als energischer katholischer Eiferer von den Restaurationsversuchen in seinen Erblanden her bekannt war, auf den deutschen Kaiserthron zu erheben. Als aber die durch die verkehrte Politik Rudolfs herbeigeführten Stürme in Oesterreich, Ungarn und Mähren die Erzherzöge der verschiedenen deutschen Linien des Hauses Habsburg zu gemeinsamem Auftreten veranlaßt hatten, war Matthias, dem die Besänftigung der empörten Erbländer im Gegensatz zu seinem Bruder gelungen war, immer mehr und mehr in den Vordergrund getreten und in den Familienverträgen von 1605 und 1606 officiell als Haupt des Hauses und gewiesener Nachfolger Rudolfs erklärt worden. Schließlich war auch Spanien durch die Bemühungen Zuñigas dieser Candidatur beigetreten, obwohl es eine Zeit lang nicht nur die Erhebung Albrechts befürwortet, sondern auch daran gedacht hatte, für Philipp III. selbst, dessen Mutter eine Tochter Kaiser Maximilians II. war, die deutsche Kaiserwürde zu gewinnen.

Während aber die Mitglieder des Kaiserhauses sich schließlich auf Matthias als Candidaten geeinigt hatten und noch kurz vor dem Tode Rudolfs auf diesen Beschluß zurückgekommen waren, traten unter den Kurfürsten selbst doch auch noch verschiedene andere Möglichkeiten in den Vordergrund. Wir sahen, daß die geistlichen Kurfürsten eine Zeit lang sehr ernstlich an die Erhebung Leopolds gedacht, ja sogar eine dahin gehende schriftliche Vereinbarung getroffen hatten. Allein daß von dieser Candidatur jetzt nicht mehr ernstlich die Rede sein konnte, hatte sich schon auf dem Kurfürstentage zu Nürnberg deutlich gezeigt. Statt dessen kam jetzt namentlich Kurmainz wieder auf die Candidatur des Erzherzogs Albrecht zurück, wiewohl dieser selbst zu Matthias' Gunsten verzichtete. Aber gerade gegen diesen waren die Katholiken wegen der Concessionen, die er den Protestanten in den Erblanden gemacht hatte, sehr mißtrauisch. Zudem billigten sie keineswegs sein Vorgehen gegen seinen kaiserlichen Bruder. Sie hielten daher zunächst noch an Albrecht fest.

Von anderer Seite aber, namentlich von der der Protestanten, wurde doch auch sehr ernstlich daran gedacht, überhaupt von dem Hause Habsburg bei der Neuwahl abzusehen. Eine Zeit lang dachte man an den Herzog von Bayern, der aber jede dahin gehende Andeutung entschieden ablehnte. Die Wahl eines Protestanten aber würde aller Wahrscheinlichkeit nach auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen sein. In den Verhandlungen mit Frankreich über die Begründung der Union war man dann auf den Gedanken gekommen, den alternden und kinderlosen Erzherzog Maximilian für die Nachfolge zu bestimmen. Aber auch diese Candidatur war als aussichtslos fallen gelassen worden. Ernsthaft konnten schließlich nur Matthias und Albrecht in Frage kommen. Von diesen beiden aber war der erstere in Folge der ver-

mittelnden und versöhnlichen Haltung, die er in den Erblanden beobachtet hatte, den Protestanten weit genehmer. Daher war auch der erste Kurfürst, den Klesel für die Wahl des Königs Matthias endgiltig gewann, ein protestantischer: der von Sachsen. Und als es Matthias durch Klesels Bemühungen auf dem Kurfürstentage zu Nürnberg auch gelungen war, mit der Union in ein erträgliches Verhältniß zu kommen, so war auch diese geneigt, seine Wahl zu unterstützen. In der That ist der Markgraf von Ansbach im Frühjahr 1612 im Reiche herumgereist, um für die Wahl des Königs Matthias zu wirken. Am 25. März finden wir ihn am kurpfälzischen Hofe; dann begab sich der Administrator der Kurpfalz, Johann von Zweibrücken, der für den unmündigen Kurfürsten Friedrich V. die Regierung führte, mit Christian von Anhalt nach Mainz.

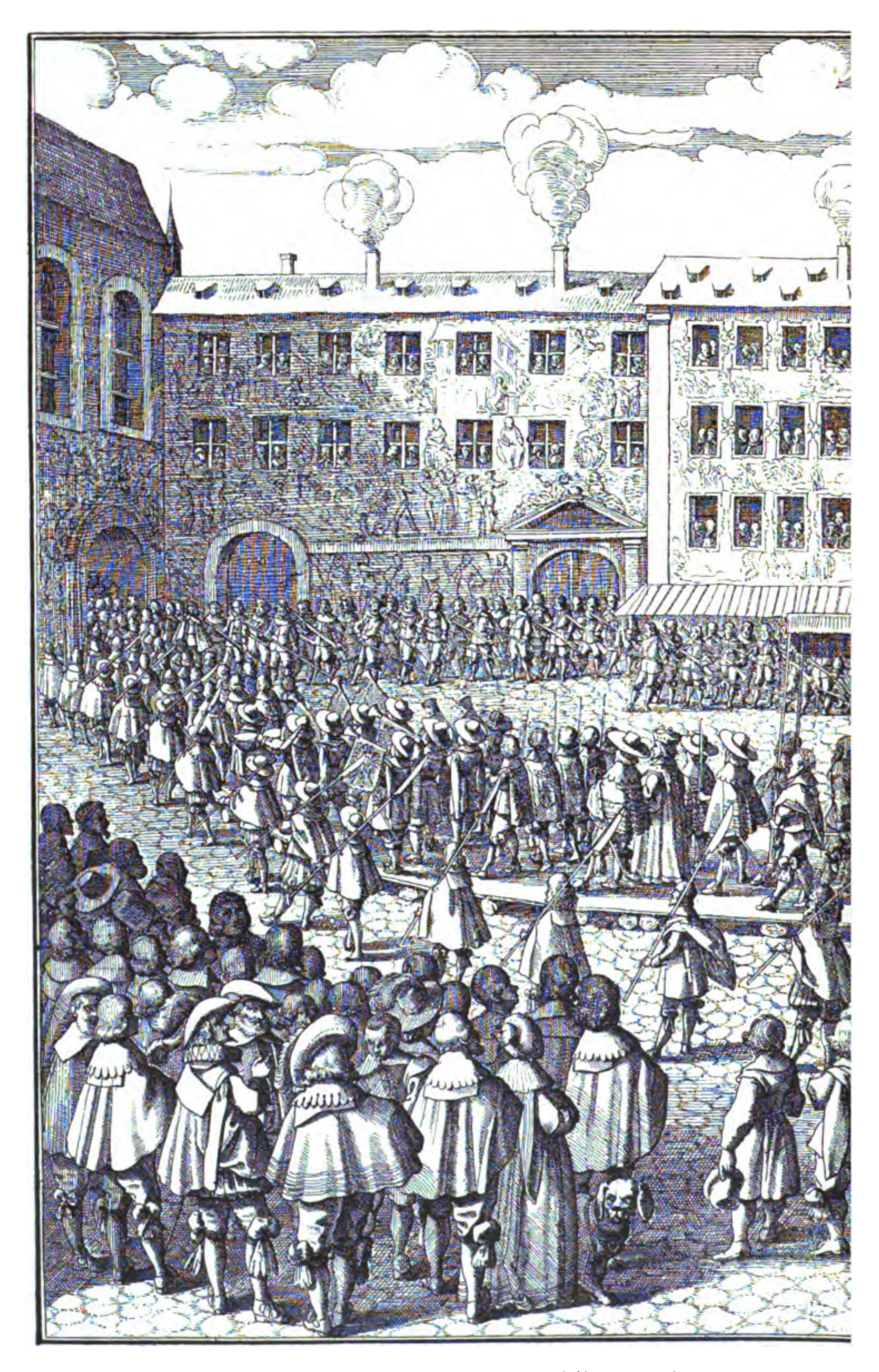
Als daher im Mai 1612 der Wahltag in Frankfurt zusammentrat, waren die weltlichen Kurfürsten im Wesentlichen zur Wahl Matthias' entschlossen; ja sie ließen es sich angelegen sein, auch die geistlichen, die noch immer an Albrecht festhalten wollten, zu gewinnen. Sie wurden dabei durch den spanischen Gesandten, vor Allem aber durch Klesel eifrig unterstützt, der den noch immer mißtrauischen geistlichen Kurfürsten durch eine ausführliche Darlegung klarzumachen suchte, daß durch die Concessionen, die Matthias unter dem Drange der Umstände den Protestanten in seinen Erblanden gemacht habe, doch seine katholische Gesinnung und Ueberzeugung nicht berührt worden sei.

Während man sich aber in dieser Frage der Person des zu Erwählenden sehr bald näher kam, gerieth man bei der Berathung der Bedingungen, die dem zu Erwählenden in einer Wahlcapitulation zu stellen seien, in sehr ernstliche Differenzen, in denen eine Einigung lange Zeit unmöglich erschien. In einer Beziehung zwar waren weltliche wie geistliche Kurfürsten vollkommen einig: alle wünschten eine Sicherstellung des Reiches gegen die zahlreichen Uebergriffe der Behörden, wie sie unter Rudolf vorgekommen waren. Man wollte dem zu wählenden Kaiser eine bessere Besetzung des Reichshofraths und der Reichsregierung zur Pflicht machen. Daß die Reichshofrathsstellen schlechter und unregelmäßiger besoldet waren, als die Rathsstellen bei Kurfürsten und Fürsten, hatte zu den größten Unzuträglichkeiten geführt. Bestechungen waren an der Tagesordnung gewesen. Diesen Mißständen, die sich auch in der Reichsregierung fühlbar machten, energisch abgeholfen zu sehen, war der gemeinsame Wunsch aller Kurfürsten; aber über die Richtung, in der das geschehen sollte, sowie über die Einzelheiten der aufzustellenden Forderungen gingen die Meinungen der beiden Religionsparteien, die im Kurfürstencollegium in gleicher Anzahl vertreten waren, weit auseinander. Die weitestgehenden Forderungen stellte wie bisher immer Kurpfalz. Während Kurbrandenburg nur vorschlug, daß die Reichshofrathsstellen auch Evangelischen zugänglich gemacht und mit besseren Leuten, gelehrteren und unbestechlichen, besetzt werden und daß alle zwei Jahre eine durch Kurmainz und einen weltlichen Kurfürsten

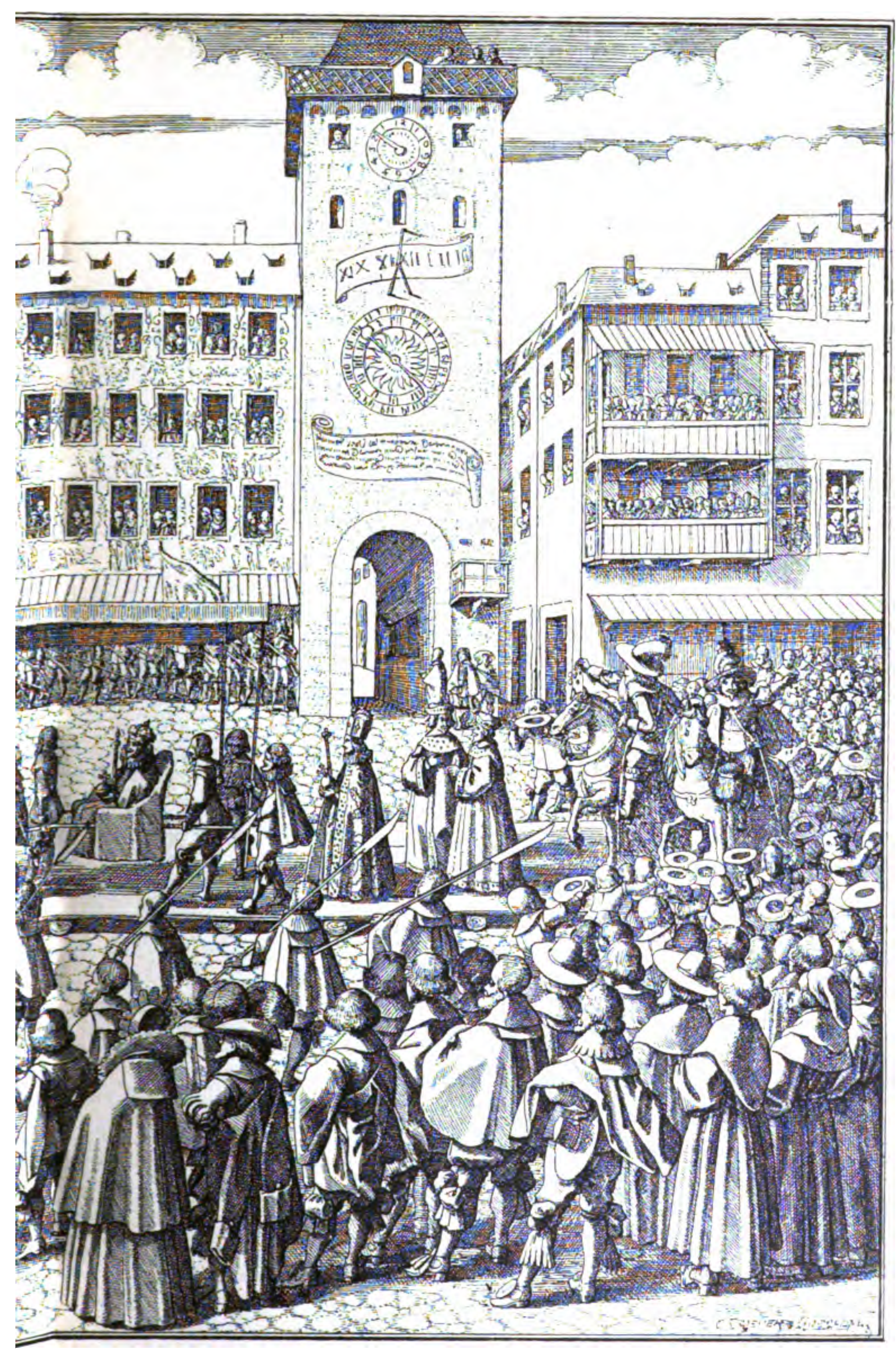
[illegible] I

AND

[illegible]



Krönungszug des Kaisers Matthias zu Frankfurt a.



a. M. 1612. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

vorzunehmende Visitation stattfinden solle, verlangte der Administrator der Kurpfalz eine ganz neue, vollkommen paritätische Verfassung des Reichshofraths und eine nähere Bestimmung seines Verhältnisses zum Reichskammergericht; ja es wurde sogar der Vorschlag laut, wie das Gericht, so auch die Reichsregierung ständisch zu organisiren, den Reichshofrath nicht durch den Kaiser allein, sondern unter Mitwirkung der Reichsstände besetzen und durch Zuschüsse derselben besolden zu lassen. Neben den Reichshofrath, der vorwiegend als juristische Behörde aufgefaßt wird, soll nach den pfälzischen Vorschlägen ein Geheimer Rath treten, in den eine Anzahl von den Kurfürsten präsentirter Räthe aus jeder der beiden Religionsparteien aufgenommen werden sollten. Darin lag ohne Zweifel ein Zurückgreifen auf jene Gedanken einer reichsständischen Organisation, die dereinst unter Maximilian I. durch Berthold von Henneberg verfochten worden waren. Erheblich weniger weit gingen die kursächsischen Vorschläge. Sie forderten vor Allem, im Hinblick auf die unerträglichen Zustände in den letzten Regierungsjahren Rudolfs, schleunige Audienz, unverzögerte Reichung der Lehen, Einholung des Raths der Kurfürsten, verbesserte, aber nicht von den Kurfürsten hergestellte Ordnung des Reichshofraths und geheimen Raths. Aber darauf bestand auch Kursachsen, daß die beiden Räthe aus Angehörigen beider Religionen mit wechselndem Präsidium besetzt werden sollten. Darin glaubten nun einmal die Protestanten die einzige Garantie für eine unparteiische Regierung und Justiz erblicken zu sollen. Wenn nun Kursachsen nur wenigstens auf diesen beschränkten Forderungen fest bestanden hätte! Ohne Frage hätten dann die geistlichen Kurfürsten nach einigem Sträuben darauf eingehen müssen. Allein wie schon so oft, so ging es auch diesmal. Im entscheidenden Augenblicke trennte sich Kursachsen von seinen Glaubensgenossen. Kurmainz hatte ein Gegengutachten gegen das kursächsische aufgestellt, welches in einigen Einzelheiten diesem möglichst angenähert war, in mehreren entscheidenden Fragen aber, so in Bezug auf die Parität der Besetzung des Reichshofraths und des Geheimen Raths und in der wichtigen Frage des Lehnsindults, eine mehr oder weniger schroffe Ablehnung der kursächsischen, geschweige denn der kurpfälzischen Forderungen in sich schloß. Von großer Bedeutung war da namentlich die Frage des Lehnsindults, deren Lösung zugleich die Entscheidung über die seit mehreren Jahrzehnten so heftig bestrittene Frage der Session der protestantischen Stifter in sich geschlossen hätte. Die Protestanten hatten nämlich gefordert, daß das vom Kaiser zu ertheilende Lehnsindult nicht auf die Kurfürsten und die weltlichen Stände beschränkt, sondern auch auf die Stifter ausgedehnt werden sollte. Wurde diese Forderung durchgesetzt, so konnte den protestantischen Bischöfen Sitz und Stimme für ihre Stifter am Reichstage nicht mehr versagt werden. Aber als sich nun die geistlichen Kurfürsten mit aller Entschiedenheit gegen diese Forderung aussprachen, war es wiederum Kursachsen, welches der katholischen Auffassung zum Siege verhalf, indem es sich von seinen Glaubensgenossen trennte. Es kam schließlich nur zu einem jener wenig besagenden unklaren Zusätze zu dem Mainzischen

Entwurfe, nach welchem der Kaiser versprechen sollte, „männiglich" schleunig und unparteiisch Recht widerfahren zu lassen. Die Capitulation, die so zu Stande kam und von Matthias nach seiner dann am 13. Juni 1612 einstimmig erfolgenden Wahl beschworen wurde, gewährte den Protestanten rechtlich nicht erheblich größere Garantieen wie die seiner Vorgänger. Es kam nun Alles darauf an, in wiefern Matthias selbst persönlich geneigt und im Stande sein würde, die schroffen Gegensätze der kirchlichen Parteien durch eine Politik des Ausgleichs mit einander zu versöhnen.

Union und Liga und der Reichstag von 1613.

Nach Einer Richtung hin war ohne Frage durch den Thronwechsel eine Besserung der im Reiche herrschenden Zustände eingetreten: jenes unberechenbare Element in der Politik der Centralgewalt, jenes jähe und unvermittelte Umspringen von einem Extrem zum andern nach den Eingebungen augenblicklicher krankhafter Launen und Neigungen, welches durch die nahe bis zur Unzurechnungsfähigkeit gesteigerte geistige Krankheit Rudolfs herbeigeführt worden war, kam in Fortfall, damit aber auch die äußeren Folgen, welche damit verknüpft gewesen waren. Während Rudolf in Folge seiner krankhaften Disposition eine stets wachsende Menschenscheu an den Tag gelegt hatte, welche die Erledigung der einfachsten Regierungsgeschäfte nicht selten unmöglich gemacht hatte, zeigte sich der neue Herrscher oft und gern in der Oeffentlichkeit; er war leutselig und gesellig, beides Eigenschaften, die man an dem unglücklichen verstorbenen Kaiser schmerzlich vermißt hatte. Der äußere Gegensatz der Hofhaltungen war ein in die Augen fallender. Nach jener völligen Abgeschiedenheit, die zuweilen Zweifel aufkommen ließ, ob der Kaiser überhaupt noch lebe, herrschte jetzt munteres und buntes Leben am Hofe, der nach kurzer Zeit aus der düsteren Prager Burg nach der lebensfrischen Hauptstadt Oesterreichs verlegt wurde. Matthias liebte es, wenn er sich öffentlich zeigte, Glanz und Prunk zu entfalten, die er für nothwendige Attribute seiner kaiserlichen Würde hielt, von deren Ansehen und Bedeutung er eine sehr hohe Vorstellung hatte. Sie zu erhöhen und seinem Stammhause die Stellung innerhalb der deutschen Reichsverfassung wiederzugewinnen, die ihm durch die Schwäche und Kopflosigkeit seines verstorbenen Bruders verloren gegangen war, zeigte er sich eifrig bemüht. War es doch dieses Streben gewesen, welches ihn dereinst veranlaßt hatte, sich gegen seinen kaiserlichen Bruder aufzustellen. Der Erledigung der äußeren Regierungsgeschäfte widmete er sich mit unverkennbarem Eifer; man sah ihn oft und viel an seinem Schreibtische sitzen. Aber zu eigener, durchgreifender und energischer Thätigkeit im großen Stile fehlte es ihm doch an der erforderlichen Energie und Ausdauer. Um die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich ihm in Folge der religiös-kirchlichen und staatlichen Zersplitterung des Reiches entgegenstellten, zu überwinden, dazu gebrach es dem schon alternden Manne doch an der Fähigkeit des großen Entschlusses und an der erforderlichen Thatkraft. In den entscheidenden Fragen zeigte er sich stets von seiner Umgebung abhängig; weiter als bis zu schwäch-

lichen und im letzten Grunde doch vergeblichen Vermittelungsversuchen zwischen den Gegensätzen, die mit einander im Kampfe lagen, hat er es nie gebracht. Selbst durchaus katholisch gesinnt, sah er den Zweck seiner vermittelnden Haltung ausschließlich darin, durch eine, so weit es sich mit seiner kirchlichen Gesinnung vertrug, nachgiebige Haltung gegenüber den Protestanten den Ausbruch eines offenen Krieges nach Möglichkeit zu verhüten. Indem er so weder eine entschlossene katholische Haltung beobachtete, wie das später Ferdinand II. gethan hat, noch auch den Entschluß fand, wenigstens den Forderungen der Protestanten gerecht zu werden, welche er als berechtigt anerkannte, ist er schließlich dem Geschick aller Derer verfallen, welche in großen Krisen zwischen zwei unvereinbar schroff entgegengesetzten Parteien sich keiner von beiden ganz und voll anschließen können und es daher mit beiden verderben. Aber verkennen darf man dabei doch auch nicht, daß es an sich, so lange die kirchlich-religiösen Gesichtspunkte die herrschenden blieben und der Gedanke einer wirklich aufrichtigen Parität nicht zum Durchbruch kam, bei dem dermaligen Zustande der Reichsverfassung für einen katholischen Kaiser in der That unermeßlich schwierig war, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. Den einzigen wirklichen Ausweg, den es gab, konnte er als Katholik nicht wählen; dieser konnte allein darin bestehen, daß den Protestanten eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Repräsentation in den Verfassungsinstituten des Reiches gewährt wurde, daß das Princip der grundsätzlichen, in rechtliche Formen gebrachten Majorisirung der Majorität durch die Minorität der Bevölkerung aufgegeben wurde. Hätte er dies versucht, so würde er den leidenschaftlichsten Widerstand bei seinen eigenen Glaubensgenossen erregt haben. Wir werden sehen, welche Aufregung schon ein einziger Schritt in dieser Richtung, den sein vornehmster Rathgeber Klesel in Vorschlag brachte, hervorrief. Wurde dieser Ausweg, der allein zu einer dauernden Beruhigung der Protestanten hätte führen können, nicht gewählt, weil er nach Lage der Dinge undurchführbar war, so blieben eigentlich nur zwei andere Wege, die in verschiedener Richtung für das Reich als Ganzes gleich verhängnißvoll waren: entweder mußte der Kaiser offen und energisch katholische Politik treiben und die Protestanten nach Kräften unterdrücken, wenn möglich vernichten; dieser Weg konnte natürlich nur zu einem verheerenden Kriege führen und hat dazu geführt; oder er mußte die Dinge eben gehen lassen, wie sie gingen, die Einzelstaaten und Parteien im Wesentlichen sich selbst überlassen, sich auf Vermittelungsversuche von Fall zu Fall beschränken, d. h. im Wesentlichen die Reichsverfassung als solche der unrettbaren Selbstauflösung überlassen; das ist der Gang, den die Dinge nach dem Ende des schrecklichen Krieges der dreißig Jahre genommen haben. Daß Matthias und sein Rathgeber Klesel doch noch einmal den Versuch gemacht haben, diesen beiden traurigen Eventualitäten zu entgehen und einen Mittelweg einzuschlagen, muß ihnen, trotzdem der Versuch gescheitert ist und scheitern mußte, als Verdienst angerechnet werden.



SERENISSIMVS POTENTISSIMVS INVICTISSIMVS PRINCEPS DOMINVS DOMINVS MATTHIAS DEI GRATIA ROMANORVM IMPERATOR SEMPER AVGVSTVS GERMANIAE HVNGARIAE BOHEMIAE DALMATIAE CRO: ATIAE SCLAVONIAE ETC: REX ARCHIDVX AVSTRIAE DVX BVRGVN: DIAE ETC: COMES TYROLIS ETC: P.P.P.F.

Sacræ ejus Cæsareæ Majestatis Sculptor Egidius Sadeler de facie expressit et in devoti animi signum humilis obtulit Pragæ Anno Christiano MDC.XVI.

Kaiser Matthias.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1616, von Aegidius Sadeler (1575 — 1629).

In der That gab es einen solchen Mittelweg, aber er war in dem Deutschen Reiche, wie es damals nun einmal gestaltet war, ungangbar. In Frankreich ist er von Heinrich IV. und später noch einmal von dem Cardinal Richelieu eingeschlagen worden. Er hätte darin bestanden, daß der Kaiser sich über die beiden entgegengesetzten Parteien gestellt und beide in gleicher Weise als seine Unterthanen betrachtet hätte, wie das im Wesentlichen im heutigen Deutschen Reiche der Fall ist. Im siebzehnten Jahrhundert aber war dieser Mittelweg wohl für das straff monarchische und staatlich centralisirte Frankreich, nicht aber für das Deutsche Reich gangbar, in dem der Kaiser den Reichsfürsten beider Parteien eben nicht als Herr und König, sondern als ein auf einige Ehrenrechte beschränkter princeps inter pares gegenüberstand. War die Durchführung jenes Grundsatzes, daß der Monarch über beiden Parteien seiner Unterthanen stehen müsse, Matthias schon in den eigenen Erblanden nur nach vielen vergeblichen Versuchen und auch dann nur auf das Nothdürftigste gelungen, wie hätte er in dem so überaus complicirten Organismus des deutschen Bundesstaates, der allgemach immer mehr und mehr ein lockerer Staatenbund geworden war, gelingen sollen? Aber von großer Merkwürdigkeit sind und bleiben doch die Vorschläge und Anregungen, die nach dieser Richtung hin am kaiserlichen Hofe gemacht worden sind. Sie sind, soweit sie wirklich Gedanken von allgemeinerem Werthe und allgemeinerer Bedeutung enthalten, sämmtlich von dem Director des Geheimen Raths, Melchior Klesel, ausgegangen.

Der katholische Eiferer und „Generalreformator“ von Oesterreich, wie wir ihn früher geschildert haben, war doch, seitdem er auch in die Leitung der weltlichen Geschäfte eingetreten war, weit über seine frühere Stellung hinausgewachsen. Während er früher die kirchlich-hierarchischen Ansprüche als die höchsten angesehen und auch dem katholischen Landesherrn gegenüber mit Nachdruck verfochten hatte, während er noch in Folge jener den österreichischen Protestanten von Matthias ertheilten „Resolution“ vom 19. März 1609 über seinen König die kirchliche Censur ausgesprochen hatte, war ihm allmählich durch seine politische Thätigkeit doch die Erkenntniß von der staatlichen Nothwendigkeit und den unentbehrlichen Vorrechten der weltlichen Fürstenwürde aufgegangen. Er ist hier und da den hierarchischen Ansprüchen gegenüber der weltlichen Gewalt nicht ohne Energie entgegengetreten. Je mehr er praktische Einsicht in die Wirklichkeit der staatlichen Zustände gewann, um so mehr hörten ihm die kirchlichen Fragen auf, die allein maßgebenden zu sein, um so mehr erkannte er, daß es daneben doch auch noch andere Momente gebe, welche das staatliche Leben bedingen. Er sah ein, daß, so wie die Dinge nun einmal lagen, bei dem thatsächlichen Vorherrschen der protestantischen Neigungen selbst in den habsburgischen Erblanden, ein Zustand staatlicher Ordnung doch nur denkbar war, wenn man auch den Protestanten eine rechtlich gesicherte Existenz zugestand. Niemals zwar wäre er geneigt gewesen, die Oberherrschaft des Katholicismus, wie sie nun einmal rechtlich

festgestellt war, aufzugeben; er hielt vielmehr mit aller Entschiedenheit daran fest; aber er hielt sie nicht mehr für unvereinbar mit weitgehenden, nicht nur thatsächlichen, sondern auch rechtlich festgelegten Zugeständnissen an den Protestantismus. Er ist, seiner kirchlichen Gesinnung unbeschadet, rein patriotischen Regungen keineswegs unzugänglich, und er findet, daß die Vaterlandsliebe, die unter Heinrich IV., auf dessen Wirksamkeit er ausdrücklich hinweist, so Großes geleistet habe, in deutschen Landen zu gleicher allgemeiner Verbreitung und Leistungsfähigkeit doch nur kommen könne, wenn man allen Unterthanen, also auch den Protestanten, ihr Vaterland durch eine gesicherte Existenz lieb und werth mache. Von diesem Gesichtspunkte aus ist er zu praktischen Folgerungen vorgeschritten, denen man bei einem aufrichtig katholisch gesinnten Staatsmanne die Anerkennung nicht versagen kann. Es war ein Sichlosreißen von den mit aller Zähigkeit festgehaltenen Anschauungen seiner Glaubensgenossen, wenn er dem Kaiser sehr ernstlich ans Herz legte, die Protestanten in der Frage der Session evangelischer Bisthumsadministratoren zufriedenzustellen. Er hat sich in dieser Frage die Gründe, welche die Protestanten mit Recht geltend machten, fast völlig zu eigen gemacht. Er betonte mit allem Nachdruck, daß es nach Lage der Reichsverfassung ein Unding sei, den von den Capiteln gewählten und von dem Kaiser durch Lehnsindult anerkannten Administratoren die Ausübung ihrer reichsrechtlichen Befugnisse, des Sitz- und Stimmrechts am Reichstage und Reichskammergerichte, zu versagen und dann doch von ihnen zu verlangen, daß sie die ohne ihre Mitwirkung zu Stande gekommenen Beschlüsse für ihre Stifter zur Ausführung brächten. Er war dabei auch rein praktisch-politischen Erwägungen nicht unzugänglich, indem er auf die vornehme fürstliche Verwandtschaft dieser Administratoren hinwies, die ihnen Ansehen und Bedeutung im Reiche verschaffe. Auch darauf machte er aufmerksam, daß thatsächlich gerade durch diese Verweigerung des Sessionsrechts die Institute der Reichsverfassung, namentlich der obersten Jurisdiction, völlig lahmgelegt würden. Dadurch, daß man dem Administrator von Magdeburg seine reichsrechtlichen Befugnisse abgesprochen habe, seien die Visitationen des Kammergerichts unmöglich geworden. Er hat es selbst übernommen, in diesem Sinne auf die geistlichen Kurfürsten einzuwirken.

Aber wie hätte er hier Zustimmung zu finden hoffen können! Wir sahen, daß es schon auf dem Wahltage zu Frankfurt unmöglich gewesen war, einen Passus über dieses Sessionsrecht protestantischer Administratoren in die Wahlcapitulation hineinzubringen. Ja selbst bei denjenigen Kreisen der Umgebung des Kaisers, welche der vermittelnden Richtung angehörten, wie bei dem Reichspfennigmeister Zacharias Geizkofler, stieß Klesel mit der Forderung vollständiger Bewilligung des Sessionsrechts an die protestantischen Administratoren auf Widerstand. Daß in dieser Frage etwas geschehen müsse, wenn man nicht die Wirksamkeit der Reichsinstitute völlig in Frage stellen wolle, erkannte auch Geizkofler an; aber so weit wie Klesel wollte er doch nicht gehen; er meinte, daß der Kaiser den pro=

testantischen Administratoren zwar die Lehnsindulte ertheilen, zugleich aber von ihnen fordern solle, daß sie sich der Ausübung ihres Sessionsrechtes wenigstens bei Matthias' Lebzeiten enthielten. Also dieselbe Verlegenheitsauskunft, mit der man so lange unter Rudolf auszukommen gesucht hatte und die unter ihm gerade zu so heftigen und niemals ausgetragenen Streitigkeiten geführt hatte! Wenn der gemäßigte und zu Zugeständnissen nächst Klesel am meisten geneigte kaiserliche Rathgeber in dieser Frage eine solche Stellung einnahm, was war dann erst von den Räthen streng katholischer Observanz, wie dem Reichsvicekanzler von Ulm, zu erwarten! Es war von vornherein unzweifelhaft, daß sie sich mit Entschiedenheit gegen dieses weitgehende Zugeständniß Klesels aussprechen würden. Dieser aber ließ sich zunächst dadurch nicht beirren. Er trat vielmehr auch in anderen Fragen, in denen die Protestanten offenbar im Rechte waren, wie vor Allem in der der Restitution Donauwörths, für ihre Forderungen ein. Ich glaube nicht, daß man an der Ehrlichkeit seiner den Protestanten ertheilten Versicherung, er strebe danach, die Reichsregierung wieder in die versöhnlichen Bahnen Ferdinands I. und Maximilians II. einzulenken, zweifeln darf.

Wenn aber eine derartige Versöhnung der Gegensätze auch nur entfernt als möglich gedacht werden sollte, so war die nothwendige Voraussetzung dazu die Aussöhnung der beiden militärisch organisirten Bündnisse, in denen sich die entgegengesetzten Parteien gegenüberstanden und die eine einheitliche Richtung der Reichsregierung geradezu undurchführbar erscheinen ließen: der protestantischen Union und der katholischen Liga. In der That ist diese Auflösung beider der Angelpunkt in dem politischen Programm Klesels. Und hierin durfte er von vornherein der Zustimmung des Kaisers gewiß sein, dem, wie wir uns erinnern, eine Theilnahme an dem katholischen Bunde in irgend einer Form von dem auf seine beherrschende Stellung eifersüchtigen Herzoge Maximilian von Bayern nicht eingeräumt worden war. Trotzdem aber scheiterte Klesel mit seinem Vermittelungsprogramm gerade an diesem entscheidenden Punkte. Die Ereignisse der letzten Jahre hatten die beiden Parteien zu sehr mit Mißtrauen erfüllt, zu sehr auf sich selbst angewiesen, ihnen zu deutlich gezeigt, welchen starken Rückhalt für die rücksichtslose Vertretung ihrer Sonderinteressen ihnen diese Organisation verschafft hatte, als daß sie jetzt geneigt gewesen wären, auf dieselbe zu verzichten. Im Gegentheil, gerade jetzt, unmittelbar vor dem Zusammentreten des ersten von Matthias einberufenen Reichstages, hatten sich die beiden Bündnisse enger als früher jedes in sich selbst zusammengeschlossen, machten sie rücksichtsloser als je ihre schroff entgegengesetzten Forderungen geltend. Und zugleich waren beide wie in früheren Jahren eifrig bestrebt, sich Rückhalt für ihre Sonderbestrebungen durch Bündnisse mit auswärtigen Staaten zu verschaffen. Fürwahr, ein schlimmes Prognosticon für Bestrebungen, welche auf die innere Festigung der Reichsverfassung gerichtet waren.



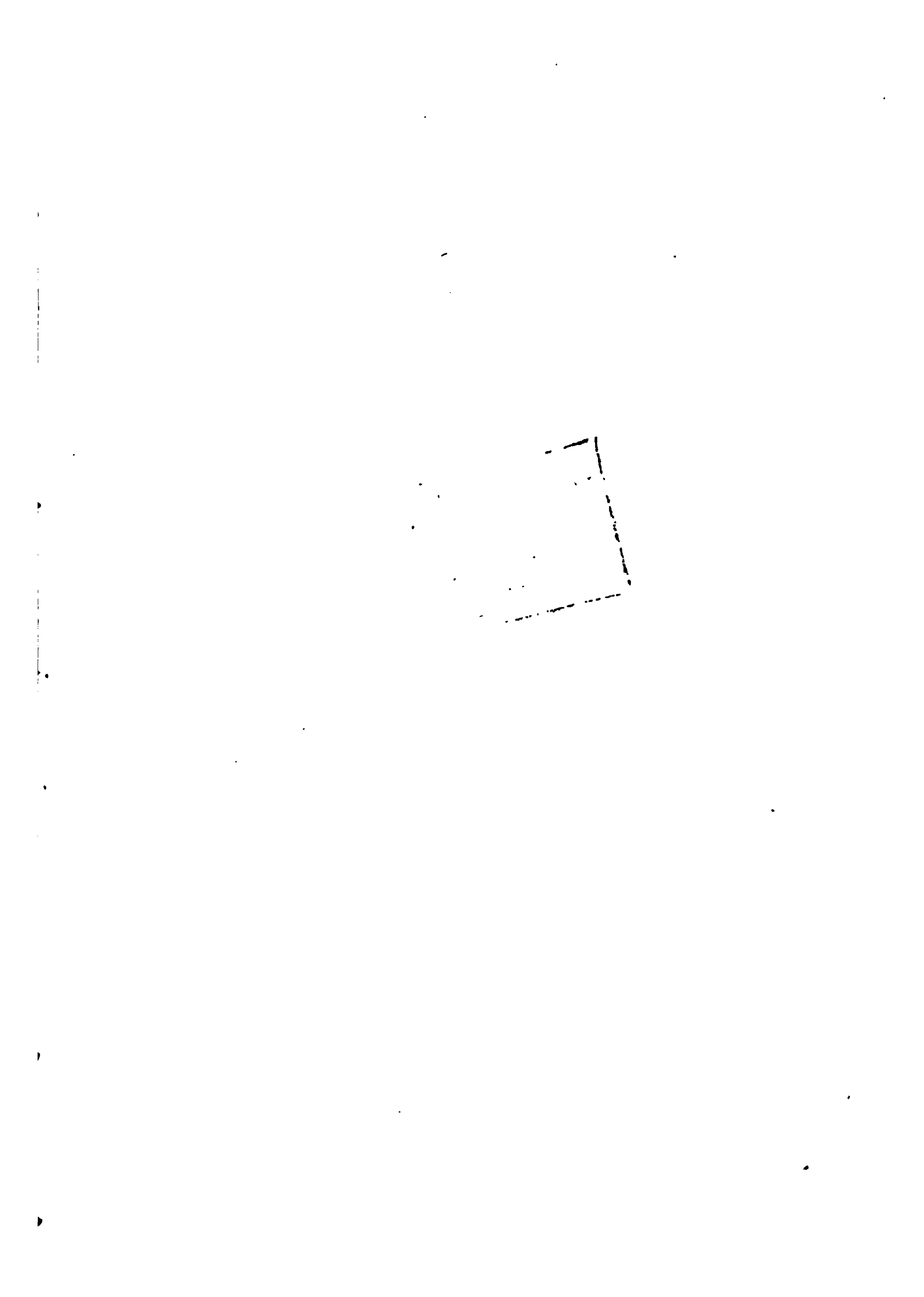
Pfalzgraf Friedrich V.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1615, von Boëtius Bolswert (1580—1634); Originalgemälde von M. de Miereveld (1567—1651).

Union und Liga waren fast gleichzeitig im März 1613, die eine in Rothenburg an der Tauber, die andere in Frankfurt versammelt. Beide fühlten sich innerlich gekräftigt und in ihrer Stellung befestigt.

Die Union hatte im April 1612 einen Vertrag mit England geschlossen, durch welchen sich dieses zu einer Bundeshilfe von 4000 Mann verpflichtete. Im Februar 1613 hatte dieses Bündniß einen äußeren Ausdruck durch die Vermählung des jungen Kurfürsten Friedrichs V. von der Pfalz mit Jacobs I. von England Tochter Elisabeth gefunden. Als sich nun die Mitglieder des Bundes im März 1613 in Rothenburg zusammenfanden, waren sie von vornherein entschlossen, an der Union festzuhalten, ja sie beschlossen ausdrücklich, dies auch dann zu thun, wenn die Katholiken ihnen die Auflösung der Liga als Gegendienst für die Auflösung der Union versprechen sollten. Man machte umfassende Vorschläge zur Verstärkung der Vertheidigungsfähigkeit, vor Allem aber, man hielt mit allem Nachdruck daran fest, die Gesammtheit der Beschwerden, welche die Protestanten gegen die Handhabung der Reichsregierung seit Jahren geltend machten, auf dem bevorstehenden Reichstage aufs Neue vorzulegen, ihre Abstellung zu verlangen und vor der Erörterung derselben an keinen anderen Verhandlungen theilzunehmen, insbesondere keine Steuer zu bewilligen, vielmehr, falls nichts zu erreichen sei, eventuell wieder wie 1608 durch Mehrheitsbeschluß eine Secession vorzunehmen. Für die Beschwerden selbst wurde eine neue Fassung festgestellt, die vor Allem die Ausübung der reichsständischen Rechte durch die protestantischen Bisthumsadministratoren und Zulassung der Protestanten zu Stiftscapiteln, ferner aber Anerkennung der Ferdinandeischen Declaration, Beseitigung der Jurisdiction des Reichshofraths, Verzicht auf die Geltung der Mehrheit im Reichstage in Bezug auf Religionssachen und freiwillige Steuern, paritätische Besetzung des Kammergerichts und der Deputationstage, Zuziehung der Protestanten zum Reichshofrath, Restitution von Donauwörth und eine Reihe einzelner weiterer Forderungen enthielt. Danach wurde der Unionstag am 28. März geschlossen.

In diametralem Gegensatz hierzu standen die Beschlüsse, welche inzwischen in Frankfurt a. M. von der Liga gefaßt worden waren. Hier wurde verlangt, daß in Streitigkeiten, die nach Maßgabe des Religionsfriedens zu entscheiden seien, das Kammergericht zu urtheilen und in allen Revisionssachen ohne Ausschluß der vier Klostersachen die Visitationscommission zu erkennen habe, daß der Reichstag in den Streitfragen zwischen den confessionellen Parteien seine gesetzliche Entscheidung durch Majorität treffen müsse, daß des Kaisers Jurisdiction nicht nur mit der des Kammergerichts concurrire, sondern sie übertreffe, da der Kaiser die Quelle aller Gerichtsbarkeit sei, daß der Besitz der protestantischen Bisthumsadministratoren ein widerrechtlicher sei. Endlich erklärte man, im Hinblick auf die Vorgänge auf dem letzten Reichstage ganz im Allgemeinen mit voller Schroffheit, eine Erneuerung des Augsburger Religionsfriedens in der Form, die er 1566 erhalten habe, sollte





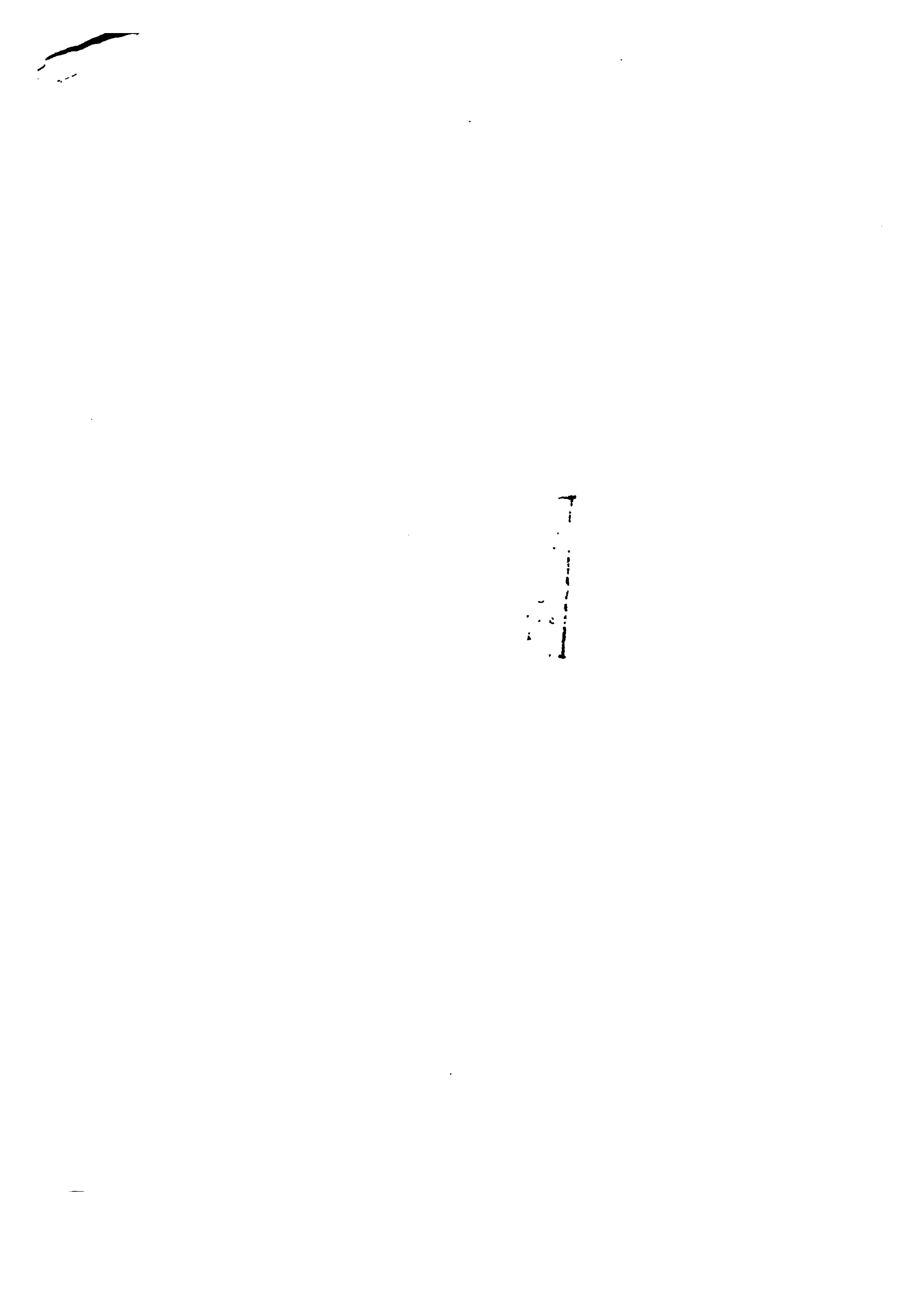
Friedrich V. von Böhmen u[...]

Verkleinerte Facsimiles der Kupferstiche von Willem Jacobszen Delff (1580—[...]



nd seine Gemahlin Elisabeth.

1638); Originalgemälde von Michiel Janszoon van Mierevelt (1567—1661).



nur dann zugegeben werden, wenn diese Wiederholung keinem an einer Klage etwas benehme, noch dadurch irgend eine gegen den Frieden vorgenommene Handlung gutgeheißen werde. Der Sinn der letzteren Erklärungen war klar genug; er wandte sich mit aller Schärfe gegen die Einziehung geistlicher Güter durch die Protestanten, welche nach dem Religionsfrieden erfolgt waren, d. h. er erklärte in jener Frage, welche für die Protestanten ein Lebensinteresse in sich schloß, diesen offen den Krieg.

Es ist kein Zweifel: diese beiderseitigen Beschlüsse waren weit entfernt davon, eine Grundlage für eine Verständigung und Versöhnung darzubieten, vielmehr offene Kriegsmanifeste der einander entgegengesetzten Parteien, welche für einen gedeihlichen Verlauf der in allernächster Zeit bevorstehenden Reichstagsverhandlungen die denkbar ungünstigsten Aussichten eröffneten.

Die durch diese Beschlüsse in Rothenburg und Frankfurt hervorgerufenen Schwierigkeiten konnten aber natürlich dadurch nicht vermindert werden, daß am kaiserlichen Hofe, wie wir sahen, keineswegs völlige Uebereinstimmung über die auf dem Reichstage einzuschlagende Politik herrschte. Für die vermittelnde Richtung Klesels war es schon von übler Vorbedeutung, daß die Abfassung der Proposition nicht ihm, sondern Andreas Hanewald übertragen wurde. Gleichwohl enthielt sie mehrere Gedanken, die dem Programme Klesels entsprachen: so forderte sie offen und rückhaltlos Auflösung der Bündnisse und Vereinigung der beiderseitigen Streitkräfte zum Kampfe gegen die Türken. Sie verlangte statt der Bündnisse Einigkeit unter den Ständen, Wiederbelebung der Reichsverfassung und Wiederaufrichtung der Justiz. Zum Kriege gegen die Türken, welcher durch den Kampf zwischen Bathory und Bethlen Gabor wieder in größere Nähe gerückt erschien, forderte die Proposition die unerhört hohe Summe von zweihundertundsechzig Römermonaten und regte, auf frühere ähnliche Gedanken zurückgreifend, die Errichtung eines stehenden Heeres an. Dagegen enthielt sie nichts von etwaigen Zugeständnissen an die Protestanten, wohl aber wurde hierüber, freilich ohne die Garantie des Namens eines Verfassers, eine Schrift verbreitet, welche die Lösung der Sessionsfrage zu Gunsten der Protestanten in Aussicht stellte. Allgemein glaubte man, dieselbe auf die Initiative Klesels zurückführen zu dürfen. Allein eine wirkliche amtliche Autorität wohnte der Schrift nicht bei. Auf dem Reichstage selbst aber, der am 13. August 1613 eröffnet wurde, trat alsbald die Unvereinbarkeit der Gegensätze wieder offen zu Tage. Die beiden großen entgegengesetzten Parteien waren eigentlich nur in Einem Punkte einig: in ihrer abwehrenden Haltung gegen eine neue Türkensteuer. Wenn der Kaiser die Nothwendigkeit derselben durch den Hinweis auf die Kämpfe zwischen Bathory und Bethlen Gabor in Siebenbürgen, in welche sich auch die Türken einmischten, zu begründen suchte, so fand er damit wenig Anklang. Es gewann sogar, in der Erinnerung an die Vorgänge unter Rudolf, die Meinung an Boden, der Kaiser habe diese Kämpfe selbst veranlaßt, um so Mittel zur Rüstung zu erlangen.

Auch in den Erblanden, die von der Türkengefahr am unmittelbarsten betroffen waren, herrschte diese Ansicht vor. Zierotin hat ihr auf eine von den protestantischen Fürsten in dieser Angelegenheit an ihn gerichtete Anfrage mit rückhaltloser Offenheit Ausdruck verliehen.

Ein schlechtes Vorzeichen für den Gang der Verhandlungen war es schon, daß sich trotz der durch einen besonderen Gesandten, Gundacker von Polheim, den Protestanten vom Kaiser vorgetragenen Bitte keiner der Unirten persönlich in Regensburg eingefunden hatte; ebenso wenig war das Haupt der Liga, Herzog Maximilian von Bayern, erschienen. Die Gesandten der Unirten regten dann alsbald nach der Eröffnung des Reichstages Sonderverhandlungen an, die unter kurpfälzischer Leitung stattfanden und den ausgesprochenen Zweck verfolgten, alle Protestanten zum Beitritt zu den Rothenburger Beschlüssen und zu gemeinsamer abwehrender Haltung zu bestimmen. Allein wie auf allen früheren Reichstagen, so war auch auf diesem Einhelligkeit unter den Protestanten nicht zu erzielen. Kurhessen verweigerte seinen Beitritt, und ihm schloß sich Hessen-Darmstadt an. Dagegen wurden Mecklenburg, Lauenburg, Braunschweig-Lüneburg, Pommern-Stettin, die Wetterauer Grafen und mehrere Städte zum Anschluß an die Beschlüsse der Union gewonnen. Danach stand es fest, daß die Unirten und die eben genannten anderen Protestanten sich bis zur Erledigung ihrer Beschwerden an den Verhandlungen des Reichstages überhaupt nicht betheiligen würden. Die katholische Mehrheit des Fürstenrathes aber nahm darauf keine Rücksicht, sondern stellte, durch Sachsen und Darmstadt verstärkt, die Reihenfolge der Berathungsgegenstände fest, wobei dem Punkte über die Reichsjustiz, der eben der hauptsächlichste streitige war, die erste Stelle angewiesen wurde. In Folge dessen traten am 17. August die Correspondirenden, nach einer vorherigen eingehenden Berathung mit jener Erklärung hervor, nach welcher sie an den Berathungen theilzunehmen verweigerten. Dadurch geriethen die Verhandlungen gleich am Anfang ins Stocken. Eine Aeußerung des kurkölnischen Gesandten, man werde die Restitution der seit dem Passauer Vertrage eingezogenen Güter diesmal durchsetzen, trug natürlich nicht dazu bei, die schon vorwaltende Spannung und Erregung zu beschwichtigen. Die Möglichkeit einer Ausgleichung der Gegensätze schwand vielmehr in noch höherem Grade dadurch dahin, daß die katholische Mehrheit durch die Anwesenheit und energische Wirksamkeit des päpstlichen Legaten Madruzzi auf ihrem streng katholisch-päpstlichen Standpunkte festgehalten wurde. Demgegenüber unterzeichneten nun die Protestanten am 18. August eine eingehende Beschwerdeschrift, welche am folgenden Tage dem Kaiser in aller Form überreicht wurde. Matthias nahm sie verhältnißmäßig freundlich entgegen, aber die Verhandlungen des Reichstages bis zu ihrer Erledigung völlig ruhen zu lassen, war er doch nicht geneigt; er meinte vielmehr, die Erledigung der Beschwerden könne neben den Berathungen über den Justizpunkt hergehen. Es wurden dann noch mehrere Schriften zwischen dem Kaiser und den Correspondirenden gewechselt, in denen

beide Theile auf ihrem Standpunkte verharrten. In der Umgebung des Kaisers machten sich bei diesen Verhandlungen deutlich die beiden Strömungen bemerkbar, welche schon vor dem Reichstage hervorgetreten waren. Klesel, der zu Zugeständnissen an die Protestanten rieth und mit der Schärfe der vom Reichsvicekanzler von Ulm redigirten Antworten des Kaisers unzufrieden war, vermochte diesmal nicht durchzudringen. Der Conflict spitzte sich zu, statt abgeschwächt zu werden. Naturgemäß wurden aber durch dies Verhalten des kaiserlichen Hofes die Protestanten jetzt auch an der Aufrichtigkeit der Vermittelungsbestrebungen Klesels irre. Während er nur mit seiner Meinung am Hofe nicht durchgedrungen war, glaubten sie von ihm betrogen zu sein. Klar war jedenfalls, daß der Kaiser nicht geneigt war, den Protestanten durch wirkliche Zugeständnisse entgegenzukommen. Er verlangte vielmehr mit Entschiedenheit die Erledigung der Proposition vor der der Beschwerden und suchte zugleich die Opposition der Protestanten wirkungslos zu machen, indem er die Mehrheitsbeschlüsse in Reichssachen für entscheidend erklärte. Natürlich trat dem die katholische Mehrheit ohne Weiteres bei; nur Sachsen und Darmstadt fingen jetzt doch an stutzig zu werden. Und auch unter den Katholiken gab es doch gemäßigte Elemente, welche zu einem Ausgleiche auf Grundlage des gegenwärtigen Besitzstandes neigten, d. h. bereit waren, auf die Restitution der seit dem Passauer Vertrage eingezogenen geistlichen Güter zu verzichten, wenn nur in Zukunft jede weitere Einziehung unterbliebe. Aber die Mehrheit verharrte in ihrer schroffen Haltung.

Nun traf Anfang September die Nachricht in Regensburg ein, daß die Türken mit etwa achtzigtausend Mann die kriegerischen Operationen thatsächlich begonnen hätten. Der Krieg, in welchem Bathory fiel und Bethlen Gabor sich mit Hilfe der Türken zum Herrn von Siebenbürgen emporschwang, war ausgebrochen und brachte den Kaiser in die schrecklichste Verlegenheit, da es ihm völlig an Mitteln gebrach, um seine militärische Stellung gegen die Türken zu behaupten. Da fingen die Männer des Ausgleichs, vor Allem Klesel und neben ihm Geizkofler an, bei Matthias wieder Gehör zu finden. Am 11. September versuchte Klesel zum ersten Male eine Verständigung mit den Correspondirenden, die ihm an diesem Tage eine neue Denkschrift an den Kaiser überreichten. Er suchte ihnen in den beweglichsten Ausdrücken klar zu machen, daß man den Kaiser in seiner jetzigen Noth nicht im Stiche lassen dürfe; man solle die Berathungen vielmehr zunächst nur auf die Türkenhilfe beschränken. Geizkofler war es dann, der in einem besonderen, sehr gemäßigt gehaltenen Gutachten Mittel zur Einigung in Vorschlag brachte. Danach sollten die sämmtlichen Beschwerden in der That erörtert werden und zwar auf dem Wege freier Verständigung zwischen den Kurfürsten und einem paritätisch zusammengesetzten Ausschusse der übrigen Stände. Als Vermittler und Leiter dieser Verständigungsverhandlungen schlug Geizkofler den Erzherzog Maximilian vor, der sich in der That bereit erklärte und Ende September in Regensburg eintraf. Aber es zeigte sich doch bald, wie schwierig es sein

würde, den Verhandlungen einen gedeihlichen Verlauf zu sichern, obwohl Erzherzog Maximilian thatsächlich eine versöhnliche Haltung beobachtete und sich die größte Mühe gab, zu einer Verständigung zu gelangen. Gleich am Anfange trat eine nicht unerhebliche Differenz hervor. Während nämlich die Protestanten die Vereinbarungen des Ausschusses nur als vorläufige anerkennen, die definitive Vereinbarung aber dem Reichstage vorbehalten wollten, sollte nach Geizkoflers Vorschlage der Ausgleich des Ausschusses endgiltige Geltung haben und über Alles, was er nicht erledigen und beilegen könne, der Kaiser vorläufig den Ausschlag geben.

Es war danach kein Zweifel, daß diese Ausschuß-Verhandlungen sich sehr in die Länge ziehen würden. Da nun aber dem Kaiser wegen des Türkenkrieges an einer schnellen Geldbewilligung sehr viel gelegen war, so suchte er zugleich auf anderem Wege zum Ziele zu gelangen. Er trat am 1. October mit einer Nebenproposition hervor, nach der zunächst die Verhandlungen auf die dringend nothwendige Bewilligung von vierzig bezw. achtzig Römermonaten beschränkt, alle anderen Angelegenheiten aber und damit der ganze Reichstag, verschoben werden sollten.

An demselben Tage hatte Erzherzog Maximilian die erste Unterredung mit den Correspondirenden. Aber eben weil gleichzeitig mit diesen Sonderverhandlungen die Vorlegung der Nebenproposition erfolgte, wurden die Protestanten mißtrauisch, indem sie zu der Ansicht kamen, der Kaiser wolle den Ausgleichsversuch mit den Protestanten bloß anbahnen, statt ihn zu vollenden; vor Allem komme es ihm auf die Steuerbewilligung an. Demgegenüber warfen sie die Frage auf, bis wie weit der Anfang der Verständigung noch auf dem gegenwärtigen Reichstage gemacht werden solle, um einen gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen zu sichern. Hierüber haben sie dann am 2. October noch einmal eine Sonderberathung gehalten, in der die radicaleren Elemente verlangten, man solle sich auf gar nichts einlassen, die Mehrheit aber doch endlich, den Bitten Erzherzog Maximilians wenigstens einigermaßen entsprechend, beschloß, den Berathungen des Reichstages zwar beizuwohnen, aber die Bewilligung der Türkensteuer an bestimmte Bedingungen zu knüpfen.

Demgemäß erschienen die Protestanten am 3. October in der Sitzung der drei Räthe und ließen im Kurfürstencollegium durch Kurpfalz, im Fürstencollegium durch Pfalz-Lautern, in dem städtischen durch Straßburg diejenigen Forderungen vortragen, von deren Bewilligung sie ihrerseits den Beitritt zu den Beschlüssen des Reichstages in der Türkensteuer-Frage abhängig machten. Sie forderten jetzt nur noch Abstellung der allerdringendsten Beschwerden, deren Erledigung nach ihrer Auffassung in der Hand des Kaisers liege: Durchführung der Parität in der Besetzung des Reichskammergerichts, Abschaffung der Jurisdiction des Reichshofrathes, die Restitution Donauwörths und die Erledigung einer Reihe von Einzelbeschwerden. Die anderen Forderungen sollte ein paritätischer Deputationstag erledigen, dessen Mitglieder sogleich er-

nannt werden sollten. Diesen Deputationstag bezeichneten sie mit dem Namen „Compositionscommission", der dann in den Verhandlungen der nächsten Jahre eine hervorragende Rolle gespielt hat. Die Vierklostersachen sollten, so forderten sie weiter, überhaupt abgesetzt und zu gütlicher Vergleichung zwischen den Parteien oder auf einem neuen Reichstage verwiesen werden. Außerdem bestanden sie, um eine Garantie für das Zustandekommen der „Compositionscommission" zu haben, darauf, daß die Art und Weise des vorbereitenden Verfahrens noch auf dem gegenwärtigen Reichstage festgesetzt werden solle. Wenn diese Forderungen zugestanden würden, wollten sie eine freilich in bescheidenen Grenzen gehaltene Türkensteuer bewilligen, aber unter dem alten Vorbehalt, daß die Minorität nur das zu leisten verpflichtet sei, was sie selber zugestanden habe. Darauf einzugehen war aber die feststehende katholische Mehrheit nicht geneigt, sie überstimmte vielmehr die Correspondirenden und setzte den Beschluß durch, daß die Türkenhilfe nach der Nebenproposition ohne Rücksicht auf die von den Protestanten gestellten Bedingungen zu leisten sei. Danach beschlossen diese dann, sich der Theilnahme an den Sitzungen des Reichstages abermals zu enthalten.

Dagegen nahmen die Verhandlungen der Protestanten allein mit dem Erzherzoge Maximilian ihren Fortgang. Am 4. October überreichten die ersteren dem Erzherzoge eine Denkschrift, welche ihr Votum in der Reichstagssitzung vom 3. rechtfertigte, zugleich aber doch ihre Geneigtheit zu einer Verständigung erkennen ließ, indem sie jetzt von ihren Forderungen die der Parität in der Besetzung des Kammergerichts fallen ließen und nur noch die gesetzliche Regelung der Competenz des Hofraths mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte neue Hofrathsordnung, im Zusammenhange damit aber sofortige Einstellung der schwebenden Hofprocesse und Nichtanstrengung von neuen Processen verlangten. Es kann kein Zweifel sein, daß auf dieser Grundlage bei einigem Entgegenkommen des Kaisers und der katholischen Mehrheit ein Ausgleich möglich gewesen wäre, der dann auch eine einhellige Bewilligung der für das Ansehen des Reiches im Auslande so hochnothwendigen Türkensteuer zur Folge gehabt hätte. Aber der Kaiser konnte sich doch zu rückhaltloser Bewilligung der protestantischen Forderungen nicht entschließen. Auf die gesetzliche Regelung des Reichshofraths, welche die Protestanten in den Vordergrund gestellt hatten, ging er überhaupt nicht ein; das einzige Zugeständniß, welches er machte, bestand in der Erklärung, er werde, ohne sich gerade die Hände binden zu wollen, in der Aachener und wohl auch in den anderen speciellen Streitsachen bis zur Eröffnung des Compositionstages den Protestanten keine Schädigung zufügen. Damit aber konnten und wollten sich diese nicht zufrieden geben. Da entschloß sich Erzherzog Maximilian, der bisher alle Erklärungen an die Protestanten im Namen des Kaisers abgegeben hatte, denselben gleichsam auf eigene Verantwortung einen weiteren Schritt entgegenzukommen, indem er sich erbot, den Correspondirenden eine Bescheinigung auszustellen, daß bis zum Com-

positionstage die Hofprocesse, soweit sie in den. protestantischen Beschwerden angefochten würden, suspendirt sein sollten. Damit wären die Protestanten vorerst sich zu begnügen bereit gewesen. Allein in einer darauf folgenden Audienz beim Kaiser nahm dieser das Anerbieten des Erzherzogs zurück und gab nur die Erklärung ab, er wolle solche Mäßigung zeigen, daß sich Niemand zu beschweren habe.

Aehnlich verliefen die Dinge in der Frage der Restitution Donauwörths, in der doch das Recht ohne alle Frage auf Seiten der Protestanten war. Der Kaiser hatte sich bereit erklärt diese Restitution zu bewilligen, allein er stellte die Bedingung, daß erst die Executionskosten an den Herzog Maximilian von Bayern bezahlt werden müßten. Diese Bedingung ließ der Erzherzog auf Bitten der Protestanten am 13. October fallen, der Kaiser aber nahm sie wieder auf. Ebenso unnachgiebig zeigte er sich in Bezug auf die Bestimmungen über den Compositionstag. Daß ein solcher in paritätischer Besetzung Ostern 1614 in Speier zusammentreten und die Erledigung der Beschwerden der Protestanten in die Hand nehmen sollte, bewilligte er zwar, aber in Bezug auf die Wahl der Personen und die näheren Modalitäten wich er aus.

Nach dem ganzen Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Erzherzoge Maximilian und den Protestanten kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es zwischen ihnen zu einer Verständigung gekommen wäre, wenn Matthias nicht die Zusagen des Erzherzogs immer wieder zurückgezogen hätte. Dadurch wurde ein Erfolg unmöglich. Sobald der Erzherzog dies erkannte, gab er die weiteren Verhandlungen auf und reiste am 16. October von Regensburg ab. Danach verließen auch die Protestanten den Reichstag. Aber diesmal geschah, was 1608 vermieden worden war: ohne Zuthun der Protestanten wurde von der katholischen Mehrheit ein Reichsabschied im Sinne des Kaisers gefaßt, der für den Türkenkrieg dreißig Römermonate bewilligte. An diese Bewilligung aber hielten sich natürlich die Protestanten nicht für gebunden. So versagte wieder im entscheidenden Augenblicke die einzige Institution des Reiches, welche neben dem Kaiser dessen Einheit noch repräsentirte, und zwar in Folge der Unnachgiebigkeit desselben Kaisers, dessen Regierungsprogramm auf der Vermittelung zwischen den entgegengesetzten Parteien beruhte. Woran lag es doch, daß diese sich in derselben Schroffheit gegenüberstanden wie dereinst unter Rudolf?

Einmal natürlich daran, daß sich die Parteien in jenen Bündnissen organisirt hatten, die eine Ausgleichung der bestehenden Gegensätze erheblich erschwerten, dann aber daran, daß der Kaiser gerade in Bezug auf diese Bündnisse inzwischen von dem Kleselschen Programm, welches in der Auflösung derselben die einzige Rettung für das Reich in seiner Gesammtheit erkannte, abgewichen war. Während der Verhandlungen des Reichstags hatte er, als er gleich am Anfange energischen Widerstand von Seiten der protestantischen Unirten fand, den Versuch gemacht, sich als Mitglied in die

Liga aufnehmen zu lassen, und dieser Versuch war ihm gelungen. Von dem Augenblicke an, da er dem einen der beiden Bündnisse angehörte, war er naturgemäß minder als früher geneigt, den Mitgliedern des andern Zugeständnisse zu machen. Damit aber war in der Hauptsache die Vermittelungspolitik Klesels, welcher der Kaiser bisher gefolgt war, zunächst mattgesetzt. Es mußte sich nun zeigen, ob es Klesel gelingen werde, trotzdem seinen Einfluß am kaiserlichen Hofe zu behaupten und den Kaiser wieder in die Bahnen einer versöhnlichen und vermittelnden Politik zurückzudrängen.

Vergebliche Vermittelungsversuche. Die Compositions- und Successionsfrage.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als wenn mit dem Eintritte des Kaisers in das eine der einander entgegengesetzten Bündnisse jeder weitere Versuch einer Versöhnung der Parteien von vornherein aussichtslos, als wenn von dem Augenblicke an, da auf dem Reichstage aufs Neue die beiden religiösen Parteien sich in voller Schroffheit getrennt hatten, eine einheitliche Reichspolitik überhaupt nicht mehr möglich gewesen wäre. Allein ganz so lag die Sache doch nicht. Die Schwierigkeiten der Lage waren allerdings dadurch vermehrt worden; denn naturgemäß wurde Matthias in seiner Politik durch seine Eigenschaft als Mitglied der Liga beeinflußt. Auf der andern Seite gab es doch aber auch wieder wichtige Fragen, in denen der Kaiser auf die Mitwirkung der Protestanten nicht völlig verzichten konnte, in denen ihm vielmehr daran liegen mußte, ihre Unterstützung zu gewinnen. Hier konnte Klesel versuchen einzusetzen, um sich und seinem politischen Programm den Einfluß zu bewahren und zu retten, den er bisher am kaiserlichen Hofe besessen hatte.

Zunächst freilich entwickelten sich die Dinge in den Bahnen weiter, die ihnen durch den Verlauf des Regensburger Reichstages vorgezeichnet waren; d. h. der Gegensatz der Parteien verschärfte sich, indem ihre feste Organisation sich weiter entwickelte. Schon damals, unmittelbar nach dem Schlusse des Regensburger Reichstages, hatten einsichtige Politiker den Eindruck, daß eine Ausgleichung der Gegensätze nicht mehr möglich sei, daß man sich darauf gefaßt machen müsse, durch die großen ungelösten Streitfragen in einen großen inneren Krieg verwickelt zu werden. Daher sehen wir in den nächsten Jahren beide Parteien eifrig bestrebt, ihre Machtmittel zu erweitern und Verbindungen mit auswärtigen Mächten anzuknüpfen, wie das ja leider in den inneren Kämpfen des deutschen Reiches seit vielen Jahrzehnten schon zur Gewohnheit geworden war.

Schon vor dem Regensburger Reichstage war die Union zu dem 1612 mit England abgeschlossenen Bündnisse ein neues mit den Generalstaaten der Niederlande auf fünfzehn Jahre eingegangen; unter Vermittelung König Jacobs von England hatte man sich im Mai 1613 zu gegenseitiger Unterstützung im Falle der Noth verpflichtet. Außerdem aber stand die Union schon seit dem Januar 1613 mit dem Schwedenkönige Gustav Adolf in Verbindung.



Neueu de tant de Rois qui viuent dans les Cieux.
O Trezieme LOVYS! espoir de nos Prouinces!
Que ceste alme liqueur rare present des Dieux
Influe en ton esprit les vertus des grands Princes.

Qu'ainsi le Sainct Esprit
Comme ce diuin Huile en t
Confirme son amour d'
Que jusque au plus haut

Salbung Ludwigs XIII. von Frankreich; unter

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Thomas de

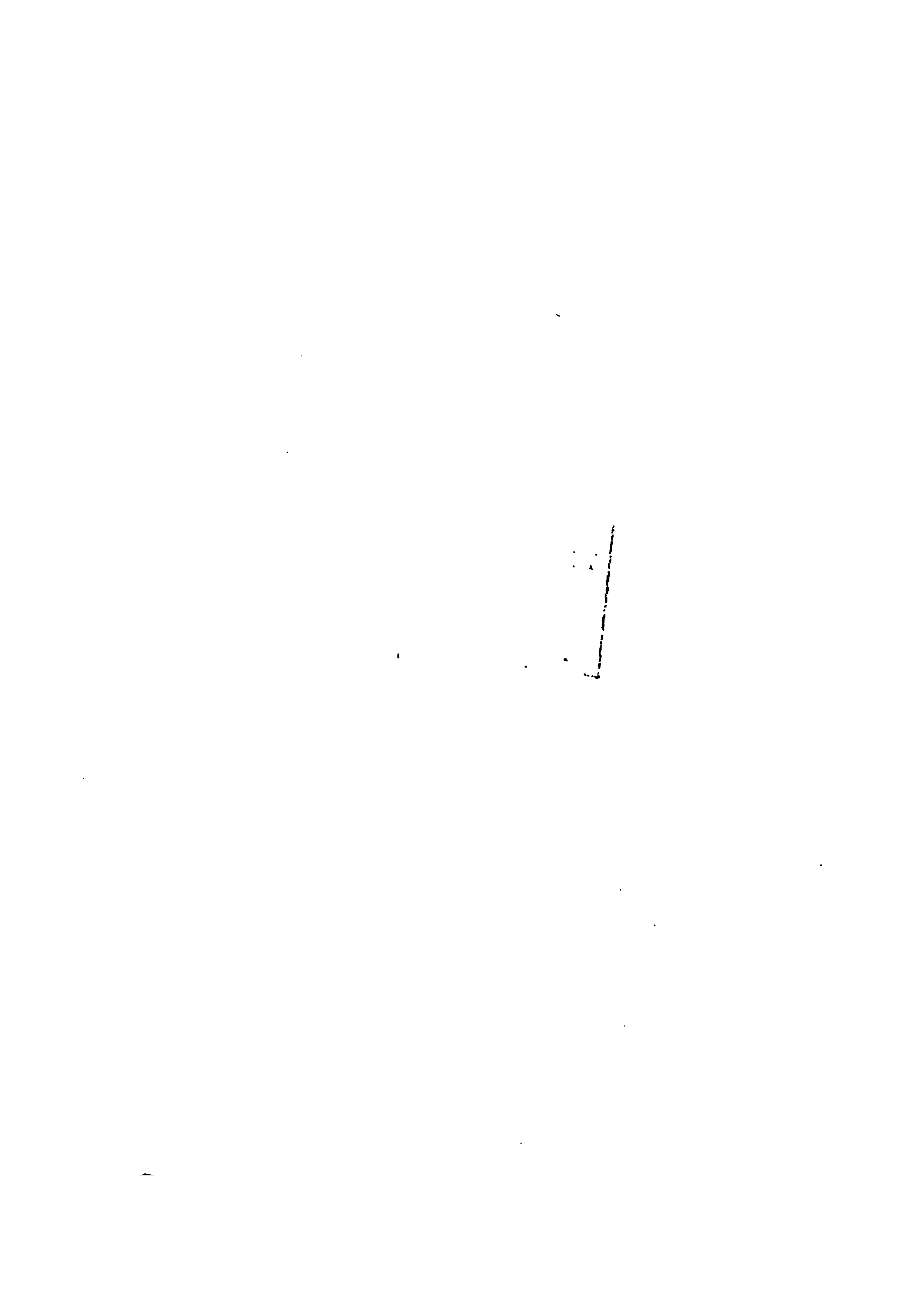


ousiours dedans ton cœur
y montre sa gloire :
n amour si vaincueur
iel en luise la victoire.

Diuin Oinct du Seigneur! ô Fleur de l'Vniuers!
Heritier glorieux du plus grand Roy du Monde!
Que tousiours tes Palmiers et tes Lauriers soient vers.
Et que tousiours ta France à tes souhaicts responde. DD

em Baldachin seine Mutter, Maria von Medici.

su; Originalgemälde von François Quesnel (1542—1619).



Die Energie, welche der König in seinem Kampfe mit Dänemark und Polen sowie in der Ordnung der Verwaltung seines Königreichs entfaltete, ließ schon damals viele deutsche Protestanten in ihm einen Hort und Schützer ihrer Sache erkennen. Namentlich war es der Landgraf Moritz von Hessen, der diese neue Verbindung eifrig pflegte. Er entsendete seinen Geheimen Rath Johann Zobel nach Stockholm, um den König über die Lage des Protestantismus in Deutschland zu unterrichten und sich und seinen Verbündeten im Falle der Noth seine Hilfe zu sichern. Auch diese Verbindung erhielt ihren äußeren Ausdruck durch eine Vermählung. Die Halbschwester Gustav Adolfs wurde die Gemahlin Johann Casimirs, des jüngeren Bruders des Pfalzgrafen von Zweibrücken.

In ähnlicher Weise hatte die Liga schon auf dem Frankfurter Tage vom März 1613 beschlossen, Verbindungen mit Lothringen und Savoyen, dem Papste und Spanien anzuknüpfen; von dem Letzteren hoffte man namentlich auch fernerhin mit Geldmitteln unterstützt zu werden. Dazu kam der für die Liga sehr günstige Umstand, daß seit dem Tode Heinrichs IV. in Frankreich unter der Regierung seiner Gemahlin Maria Medici die katholischen Tendenzen wieder das Uebergewicht erhalten hatten; in Folge dessen begann aber auch alsbald der alte politische Gegensatz zu Spanien zu verblassen. Zwar hielt die Königin, wie wir sahen, in der Jülicher Frage zunächst an der Unterstützung der protestantischen Possidirenden fest; die Eroberung von Jülich durch dieselben geschah noch mit ihrer Unterstützung. Dann aber suchte sie ihrer Verpflichtungen nach dieser Seite hin möglichst schnell ledig zu werden und sich Spanien immer mehr zu nähern. Sehr bald begannen dann jene Unterhandlungen, von denen man an den anderen Höfen zuerst im Anfange des Jahres 1612 Kunde erhielt, über eine Vermählung des jungen Königs von Frankreich, Ludwigs XIII., mit der ältesten Infantin von Spanien, Donna Anna, und der ältesten Schwester des Königs, Elisabeth, mit dem Prinzen von Spanien, Philipp. Damit schien nicht allein eine Aufhebung des alten Dualismus zwischen Spanien und Frankreich, sondern eine enge politische Verbindung der beiden Mächte angebahnt zu sein. Dem entsprechend hatte jetzt auch die Liga von Frankreich keine Feindseligkeiten und keinerlei Unterstützung der Protestanten, wie sie noch in dem Jülicher Erbstreit erfolgt war, mehr zu befürchten, vielmehr dachte sie jetzt ihrerseits sehr ernstlich daran, sich die Hilfe Frankreichs für den Fall eines innerdeutschen Krieges zu sichern.

Und mußte man nicht annehmen, daß ihr Ansehen und ihre Macht vor Allem auch dadurch verstärkt werden würde, daß der Kaiser selbst sich ihr angeschlossen hatte? Das war nun freilich nicht in dem Maße der Fall, wie man erwarten sollte; im Gegentheil, in mancher Hinsicht lag darin vielmehr ein Nachtheil, ein Hemmniß für ihre Entwickelung. Wir sahen schon, daß der bisherige unbestrittene Führer der Liga, Herzog Maximilian von Bayern, dessen energischer und umsichtiger Haltung sie ihr Ansehen von Anfang an in erster Linie verdankt hatte, alle Zeit sehr entschieden gegen die Aufnahme

der Mitglieder des Hauses Habsburg gewesen war, daß er nur unter dem Drucke Spaniens seiner Zeit dem Erzherzoge Ferdinand den Beitritt, aber auch ihm nur unter sehr beschränkenden Bedingungen, gestattet hatte. Er wußte sehr wohl, warum. Einmal nämlich hatte er vermeiden wollen, daß die Streitkräfte der Liga für specifisch Habsburgische Interessen verwendet würden; aus diesem Grunde hat er persönlich wie als Haupt der Liga sich gänzlich ablehnend und vorsichtig zurückhaltend gegenüber den abenteuerlichen Plänen des Erzherzogs Leopold benommen; dann aber erkannte er sehr wohl, daß die Hauptstärke der Liga gegenüber der Union eben auf ihrer einheitlichen Leitung beruhe, die er daher ebenso aus persönlichen wie aus sachlichen Gründen in seiner Hand zu behalten bestrebt war. Jetzt, nachdem der Staatskunst des Kaisers auf dem Regensburger Reichstage gelungen war, in die Liga aufgenommen zu werden, war es mit dieser einheitlichen Leitung und Organisation ein für alle Mal vorüber. Es war nicht zu vermeiden, daß nun für die Liga eine neue Verfassung eingerichtet wurde, welche dem Hause Oesterreich ein Directorium neben Bayern und einen überwiegenden Einfluß verschaffte. Im Falle eines Krieges sollten fortan drei Kriegsdirectorien bestehen, ein bayerisches unter Herzog Maximilian, ein rheinisches unter Erzherzog Albrecht, ein österreichisches unter Erzherzog Maximilian von Tyrol. Außerdem sollte vor jeder Entscheidung zu einer „Thathandlung" die Zustimmung des Kaisers eingeholt werden. So wurden durch diesen Beitritt des Kaisers zwar die Machtmittel der Liga vermehrt, aber die bisherige Einheitlichkeit der Leitung und Schnelligkeit der Entschließungen ging verloren, der bisher Alles beherrschende Einfluß des thatkräftigen Herzogs von Bayern wurde sehr vermindert, außerdem aber wurde die Liga dadurch in alle österreichischen Streitigkeiten mit hineingezogen. Maximilian empfand diese Veränderungen als so drückend, daß er die Annahme des Regensburger Bundesabschiedes verweigerte und im März 1614 mit den Bischöfen von Bamberg, Würzburg, Eichstätt und Augsburg und dem Propste von Ellwangen einen engeren Schutzbund abschloß.

Während sich so die Bündnisse der beiden religiösen Parteien zu verstärken suchten, schien eine der zwischen ihnen streitigen wichtigen Fragen, die der Jülicher Erbschaft, aufs Neue einem Conflicte entgegenzutreiben und die Möglichkeit eines Krieges ebenso wie dereinst im Jahre 1610 in Aussicht zu stellen.

Wir sahen, daß es zu einer endgiltigen Vereinbarung zwischen den beiden possidirenden Fürsten über eine eventuelle Theilung der Erbschaft nicht gekommen war, daß man sich vielmehr dahin geeinigt hatte, daß beide, Brandenburg und Pfalz-Neuburg, die Länder zunächst gemeinsam verwalten sollten. Dieser gemeinsame Besitz aber führte naturgemäß zu fortwährenden Streitigkeiten und Reibereien, unter denen die Länder nicht wenig zu leiden hatten. Beide Possidirende erkannten schließlich, daß dieser Zustand für die Dauer nicht haltbar sei. Man verfiel daher auf den Ausweg, eine Schlichtung des Streites dadurch zu ermöglichen, daß man den einen der Prätendenten, den

Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm, mit der Tochter des anderen, Anna Sophie, vermählte. Aber bei einer zu diesem Zwecke veranstalteten Zusammenkunft der Fürsten in Düsseldorf kam es nicht zu einer Verständigung, sondern zu einer Verschärfung des Conflicts, ja zu persönlichen Beleidigungen. Als der junge Pfalzgraf geradezu die gesammten brandenburgischen Erbansprüche als Mitgift forderte, soll Kurfürst Johann Sigismund aufgesprungen sein und dem jungen Pfalzgrafen eine Ohrfeige versetzt haben. Genug, die erhoffte Verständigung erfolgte nicht, die Ehe kam nicht zu Stande, vielmehr verheirathete sich Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm, nachdem er heimlich zum Katholicismus übergetreten war, mit der Schwester Herzog Maximilians von Bayern, Magdalena, um dadurch die Hilfe der katholischen Partei und der Liga für seine jülichschen Erbansprüche zu erlangen. Dadurch gerieth der Kurfürst von Brandenburg nun in der That in eine sehr schwierige Lage; der Besitz der Jülicher Lande schien aufs äußerste gefährdet. In dieser Lage entschloß er sich, einen Schritt, zu dem er schon seit längerer Zeit hinneigte, nunmehr öffentlich zu thun. Zum nicht geringen Schrecken seiner streng-lutherischen Brandenburger trat er zum Calvinismus über, zu dem er schon seit langer Zeit eine stets wachsende Hinneigung bekundet hatte. Der Schritt erregte auf katholischer wie auf lutherischer Seite ungeheures Aufsehen, und man war allgemein geneigt, ihn nicht auf religiöse, sondern auf politische Beweggründe zurückzuführen. In der That gewann der Kurfürst durch seinen Uebertritt den Beistand der deutschen Calvinistenpartei, die allein eine energische und zielbewußte Politik verfolgte; außerdem aber war anzunehmen, daß die vorwiegend calvinistisch gesinnten holländischen Generalstaaten dadurch in höherem Maße als früher zu seiner Unterstützung geneigt sein würden. Trotzdem wird man kaum behaupten dürfen, daß der Kurfürst den entscheidenden und schwerwiegenden Schritt wirklich nur oder auch nur vorwiegend aus Gründen der Staatsraison gethan habe. Im Gegentheil gab es auch sehr wichtige politische Gründe, welche ihn von dem offenen Uebertritt hätten abhalten können und bisher in der That abgehalten hatten. Einmal wußte er von vornherein, daß er bei seinen Unterthanen auf leidenschaftlichen Widerstand stoßen würde; derselbe machte sich in der That sehr stark geltend, obwohl der Kurfürst in hochherziger und in jener Epoche noch sehr seltener Toleranz keineswegs, wie das früher wiederholt in der Pfalz geschehen war, von seinen Unterthanen verlangte, daß sie den Uebertritt gleichfalls vollzögen, im Gegentheil durch ein Edict vom 24. Februar 1614, welches das Bekenntniß völlig dem Gewissen jedes Einzelnen anheimstellte, den Weg zum wahren Religionsfrieden zeigte. Außerdem aber vermehrte sein Uebertritt die Schwierigkeiten, welche sich seiner demnächst zu erwartenden Nachfolge im Herzogthum Preußen entgegenstellten, da dort unter den der brandenburgischen Herrschaft an sich wenig geneigten Ständen die Gesinnung gegen den Calvinismus noch feindseliger war als in den Marken. Die Gefahr lag daher nahe, daß die preußischen Stände die Belehnung des Kurfürsten mit dem Herzogthum bei

dem Lehnsherrn, dem Könige von Polen, zu hintertreiben suchen würden. Wenn also durch den Uebertritt auf der einen Seite die politische Stellung des Kurfürsten in der Jülicher Frage verbessert wurde, so wurde sie um eben so viel in der preußischen verschlechtert. Dazu kam noch, daß Johann Sigismund dadurch mit Kursachsen, mit dem er in der Jülicher Frage in unausgesetzten Vergleichsverhandlungen stand, aufs Neue in ein gespanntes Verhältniß gerieth. Die politischen Gründe dafür und dagegen werden sich also ungefähr die Waage gehalten haben. Es ist daher doch wohl anzunehmen, daß der entscheidende Beweggrund zu dem Schritte, der dem Kurfürsten zeitweise die Mehrzahl seiner angestammten Unterthanen entfremdete, im letzten Grunde doch religiöser Natur war, d. h. in seiner im Laufe der letzten Jahre langsam herangereiften religiösen Ueberzeugung lag. Er selbst wenigstens hat sich sehr entschieden in diesem Sinne ausgesprochen. Gerade im Hinblick auf die Schwierigkeiten seiner Lage, in die er dadurch gerieth, hat er geäußert, er wolle wenigstens „Ruhe in seinem Gewissen haben".

Natürlich aber wurde durch den doppelten, in entgegengesetzter Richtung erfolgenden Uebertritt der beiden Possidirenden die Spannung unter ihnen immer größer. Beiderseits griff man zu offen feindseligen Maßregeln. Die Brandenburger versuchten sich während der Abwesenheit Wolfgang Wilhelms der Stadt Düsseldorf zu bemächtigen. Der Anschlag gelang nicht. Darauf kam es zu weiteren Conflicten in Jülich. Diese Festung war von Truppen beider possidirender Fürsten besetzt; der Commandant war ausdrücklich verpflichtet worden, keinem der beiden Fürsten Einlaß zu gewähren, wenn nicht auch der andere zugegen sei. Als nun im Widerspruch mit dieser Abmachung im März 1614 der Pfalzgraf mit zahlreicher Begleitung Einlaß forderte, verweigerte ihn der Commandant und wandte sich, um die Festung zu sichern, um Hilfe an die Holländer, die dann in der That Truppen in das Jülicher Gebiet entsandten. Darauf überschritt dann im August auch Spinola mit einem spanischen Heere von 16 000 Mann zu Fuß und sechzehn Compagnien Reiter die Jülichsche Grenze, und es fielen von beiden Seiten mannigfache Feindseligkeiten vor. Die spanischen Truppen bemächtigten sich der Städte Rheinberg und Duisburg und der Festung Wesel, während Moritz von Oranien zu Emmerich und Rees neue Befestigungswerke anlegte und die Besatzung von Jülich noch weiter verstärkte. Inzwischen hatte die Liga, die jetzt natürlich auf Seiten des katholischen Pfalzgrafen stand, auf einem Bundestage zu Ingolstadt (im Juli 1614) beschlossen, Wolfgang Wilhelm zu Hilfe zu kommen. Wiederum wie im Jahre 1610 vor Heinrichs IV. Tode schien der Krieg unvermeidlich.

Da kam es, nachdem im August 1614 der Pfalzgraf Philipp Ludwig gestorben war und Wolfgang Wilhelm selbst die Regierung seines Stammlandes übernommen hatte, noch einmal zu einem gütlichen Ausgleiche, der wenigstens eine vorläufige Entscheidung herbeiführte. Durch den Vertrag von Xanten (10. November 1614) wurde die bisherige Doppelregierung aufgelöst



Ambrosius Spinola.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Hendrik Hondius (1573—1630).

und vereinbart, daß Cleve, Mark, Ravensberg und Ravenstein an Brandenburg, Jülich und Berg aber an Pfalz-Neuburg fallen sollten.

Alle diese für die territoriale Gestaltung Deutschlands so überaus wichtigen Vorgänge hatten sich aber wiederum abgespielt, ohne daß die centrale Reichsgewalt, das Kaiserthum, irgend einen ernstlichen Versuch gemacht hätte einzugreifen, obwohl die Veranlassung dazu nahe genug gelegen hätte, da doch von Seiten des Kaisers keiner der thatsächlich Possidirenden, sondern der Kurfürst von Sachsen die Belehnung mit der Jülich-Clevischen Erbschaft erhalten hatte. Der Grund zu dieser passiven Haltung lag, wie dereinst unter Rudolf im Jahre 1610, auf anderem Gebiete. Matthias war inzwischen im Reiche selbst in ganz ähnliche Schwierigkeiten gerathen, wie er selbst sie früher seinem Bruder bereitet hatte; nur lagen die Ursachen in ganz anderen Dingen als dereinst bei Rudolf. Nur in Einer Beziehung waltete eine unverkennbare Verwandtschaft vor: auch bei Matthias ergab sich die vornehmste Schwierigkeit aus der Frage der Succession.

Wir wiesen schon darauf hin, daß Klesel die Ideen seiner Vermittelungspolitik trotz des Eintritts des Kaisers in die Liga nicht aufgegeben hatte; er war im Gegentheil sehr ernstlich bestrebt, den Compositionstag, der die Streitfragen zwischen Katholiken und Protestanten zur Entscheidung bringen sollte, in der Weise zu Stande kommen zu lassen, wie das auf dem Regensburger Reichstage angeregt worden war. Nach wie vor hielt er an dem Gedanken fest, daß, um zu einer Gesundung der Verhältnisse im Reiche zu gelangen, die beiden entgegengesetzten Bündnisse aufgelöst und der Schwerpunkt der Verfassung wieder in die noch bestehenden einheitlichen Einrichtungen verlegt werden müsse. Die Verbindung des Kaisers mit dem einen dieser Bündnisse sah er nicht als ein absolutes Hemmniß für die Durchführung dieses Programms an. Er meinte im Gegentheil, der Liga dadurch ihren extrem katholischen Charakter, den sie namentlich durch die folgerichtige und einheitliche Leitung Herzog Maximilians von Bayern erhalten hatte, abstreifen zu können. Er hoffte, sie in einen Bund zur Aufrechthaltung des Religions- und Profanfriedens, ähnlich wie es einst das Landsberger Bündniß gewesen war, umwandeln zu können; in diesem Sinne strebte er sogar darnach, auch den Protestanten den Zutritt zu ermöglichen, stieß aber hierbei auf den nachdrücklichen Widerstand Herzog Maximilians.

Dagegen standen sonst die Aussichten für die von ihm verfolgte Vermittelungspolitik doch nicht so ungünstig, wie es wohl scheinen konnte. Sowohl unter den Katholiken wie unter den Protestanten gab es doch neben denjenigen, welche die religiösen Fragen als die einzig entscheidenden und daher nothwendig trennenden auffaßten, auch gemäßigte Elemente, welche die

Rücksichten auf den Frieden des Vaterlandes und das Bestehen der gemeinsamen einheitlichen Einrichtungen desselben in den Vordergrund stellten. Man hat sie deshalb wohl „die Politiker" genannt. Ihr Einfluß war aber darum kein geringer, weil sich jetzt unter den gemäßigten Elementen beider Parteien ernstlich die Besorgniß vor einem verheerenden Kriege geltend machte. Selbst Geizkofler, der früher in den vermittelnden Vorschlägen doch bei weitem nicht so weit gegangen war als Klesel, schloß sich jetzt den Gedanken des Letzteren an. Wir besitzen von ihm ein in diesem versöhnlichen Sinne gehaltenes Gutachten aus dem Jahre 1614, in welchem er sehr energisch davor warnt, durch Unnachgiebigkeit ein verhängnißvolles Blutvergießen herbeizuführen, und offen zugiebt, daß die Forderungen der Protestanten im Wesentlichen doch nur auf gleichmäßiges und unparteiisches Recht und auf die Erhaltung ihrer Freiheiten hinausliefen, die man ihnen wohl gewähren könne, ohne die Existenz und Vorherrschaft der katholischen Kirche zu gefährden. Aehnliche Tendenzen, die mit den Kleselschen Bestrebungen übereinstimmten, regten sich nun aber auch unter den gemäßigten Protestanten, namentlich unter den Bisthums-Administratoren, die durch den bestehenden Zustand der Spannung ihre ganze Existenz, selbst die innere Verwaltung ihrer Stifter in Frage gestellt sahen. Hatten sie doch alle noch immer nicht die Belehnung des Kaisers, auf der im letzten Grunde rechtlich die Ausübung ihrer Herrschaft beruhte, empfangen. In dieser bedrängten Lage hat sich der Vornehmste von ihnen, der Administrator von Magdeburg, sogar zu dem Anerbieten verstanden, er wolle auf die Ausübung seines Sitz- und Stimmrechts auf dem Reichstage verzichten und dennoch die ohne seine Mitwirkung beschlossenen Reichscontributionen leisten, wenn der Kaiser ihm nur die Belehnung ertheilen wolle.

Auf diese gemäßigten „Politiker" beider Parteien suchte sich Klesel in seinen Vermittelungsversuchen zu stützen; allein naturgemäß erregte er dadurch den lebhaften Widerspruch namentlich der schroff-katholischen Elemente, vor Allem den der geistlichen Kurfürsten und des Herzogs Maximilian von Bayern, die von Zugeständnissen an die Protestanten nicht das Mindeste hören wollten und den Gedanken eines paritätischen Compositionstages weit von sich wiesen. Recht eigentlich im Gegensatze hierzu forderte Maximilian von Bayern vielmehr eine vorläufige Versammlung der Katholiken, welche ihrerseits die Bedingungen einer Aussöhnung mit den Protestanten erst festsetzen solle. Daß auf diesem Wege eine annehmbare Grundlage zur Verständigung nicht gewonnen werden könne, mußte Klesel von vornherein klar sein.

Während er so mit seiner Vermittelungspolitik bei den extrem katholischen Fürsten auf den nachdrücklichsten Widerstand stieß, wurde seine Lage noch durch die Schwierigkeiten, welche die Frage der Succession mit sich brachte, verschlimmert.

Matthias war bei seinem Regierungsantritt schon fünfundfünfzig Jahre alt; obgleich er sich in diesem vorgerückten Alter noch mit Anna von Tyrol vermählt hatte, war doch auf Nachkommenschaft nicht mehr zu rechnen. In

Folge dessen war die katholisch-spanische Partei gleich am Anfange seiner Regierung eifrig bestrebt, die Nachfolge zu regeln, damit dieselbe dem Hause Habsburg und dem Katholicismus gesichert bleibe. Unter den deutschen Mitgliedern des Hauses Habsburg drang namentlich der Erzherzog Maximilian, der früher einmal selbst viele Aussicht gehabt hatte, zum Kaiserthum zu gelangen, jetzt mit Eifer auf die Bestimmung der Nachfolge; und zwar trat er energisch für den streng-katholischen, freilich durch seine bis zur Grausamkeit harte Restaurationspolitik in seinen Erblanden bei den Protestanten besonders verhaßten Erzherzog Ferdinand von Steiermark ein. Indem er selbst auf jeden Anspruch auf die Nachfolge verzichtete, suchte er auch den Erzherzog Albrecht, der im Jahre 1612 der einzige ernste Nebenbuhler Matthias' gewesen war, zu dem gleichen Verzicht zu bewegen. Gleich eifrig war für die endgiltige Regelung der Successionsfrage der spanische Gesandte Oñate thätig. Doch war das spanische Cabinet nicht von vornherein für Ferdinand einzutreten bereit, machte vielmehr jetzt sehr ernstlich jenen Anspruch Philipps III. selbst geltend, der sich auf die Abstammung von einer Tochter Maximilians II. stützte. Mit Nachdruck wurde von spanischer Seite geltend gemacht, daß dieser Nachfolgeanspruch der näher berechtigte vor dem der steiermärkischen Seitenlinie sei. Wir werden sehen, welche Opfer es später kostete, Philipp III. zum Verzicht auf seinen Anspruch und zur Zulassung der Candidatur Ferdinands zu bewegen.

Vorerst aber stieß die Regelung der Nachfolge, ähnlich wie früher bei Rudolf, so jetzt bei Matthias selbst auf den entschiedensten Widerstand. Der Kaiser war sich völlig klar darüber, daß die Wahl Ferdinands zu seinem Nachfolger diesem einen bestimmenden Einfluß auf die Regierung schon bei seinen Lebzeiten verschaffen werde. Aus demselben Grunde war auch Klesel gegen die Regelung der Succession, die ihn aller Voraussicht nach sofort seiner beherrschenden Stellung am kaiserlichen Hofe beraubt hätte. Der Kaiser und sein leitender Minister waren in dieser Frage völlig mit einander einverstanden. Wie aber hätte dies nicht auch auf ihr sonstiges Verhältniß zu einander von Einfluß sein sollen? Das Kleselsche Programm trat um so mehr wieder in den Vordergrund, als es vortrefflich dazu dienen konnte, die Erledigung der Successionsfrage auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Denn nicht ohne Berechtigung konnte Klesel behaupten, daß diese nicht eher erledigt werden könne, als bis ein Ausgleich mit den Protestanten herbeigeführt sei; denn sonst würden Kurpfalz und Kurbrandenburg, welche beide Mitglieder der Union seien, nicht auf dem Wahltage erscheinen, so daß es zu einer reichsrechtlich giltigen Wahl eines Nachfolgers gar nicht kommen könne. Composition und Succession erschienen nach dieser Auffassung in untrennbarer Verbindung. In beiden Fragen aber standen die spanischen wie die deutschen Mitglieder des Hauses Habsburg in ausgesprochenem schroffem Gegensatze zu dem leitenden Minister des Kaisers und zu diesem selbst. Ein neuer Conflict im Kaiserhause fing an sich anzubahnen.

Unter diesen Umständen war es Klesel in hohem Maße erwünscht, daß die Unirten, welche sich im Februar 1615 in Nürnberg zu einem Bundestage zusammenfanden, den Kaiser nochmals nachdrücklich um die Einsetzung der auf dem Regensburger Reichstage in Aussicht genommenen Compositionsdeputation ersuchten und diesem Verlangen dadurch Nachdruck zu geben strebten, daß sie beschlossen, auch mit den protestantischen Ständen Böhmens, die in lebhafter Besorgniß vor einer eventuellen Nachfolge Ferdinands lebten, in Verbindung zu treten. Ueberhaupt konnte Klesel, um die Nothwendigkeit der Composition und der Aufschiebung der Regelung der Succession zu erreichen, mit Recht darauf aufmerksam machen, daß die Union sich in letzter Zeit wesentlich verstärkt habe und daher vermehrte Rücksicht verdiene. Es hatte Aufsehen gemacht, daß auf dem Nürnberger Unionstage sich auch französische, englische, dänische und holländische Gesandte eingefunden hatten und in lebhafte Verhandlungen mit den unirten Fürsten getreten waren. Im October 1615 schloß sich dann ein Städtetag zu Eßlingen dem Bunde der Union mit den Generalstaaten an und beschloß, jährlich 45 000 Gulden in die Bundescasse zu zahlen.

Klesel konnte daher nicht ohne Berechtigung behaupten, daß ein Ausgleich mit den Protestanten jetzt mehr denn je geboten erscheine, wenn man nicht den letzten Zusammenhalt des Reiches aufs Spiel setzen wollte. Er nahm in der That die Verhandlungen über die Composition wieder auf, stieß aber wiederum namentlich bei den geistlichen Kurfürsten auf unüberwindlichen Widerstand.

Noch viel heftiger aber war derselbe bei den Erzherzögen, die dadurch die Regelung der Nachfolgefrage aufs Neue vereitelt sahen. In diesen Kreisen fing man jetzt an, sehr ernstlich auf den Sturz des kaiserlichen leitenden Ministers hinzuarbeiten, der mit seiner ränkevollen Politik Alles verderbe. Man dachte daran, ohne Rücksicht auf ihn und den Kaiser einen Kurfürstentag zusammentreten zu lassen, der sich dann nicht mit der Composition, sondern nur mit der Succession zu beschäftigen habe. Aber noch weit radicalere Bestrebungen traten innerhalb der Habsburger Familie hervor; der hauptsächlichste Vertreter derselben war der Erzherzog Maximilian. Ungeheures Aufsehen machte es, als eine Denkschrift bekannt wurde, welche dieser im Februar 1616 dem Kaiser eingereicht hatte. Hier wurde vorgeschlagen, der Kaiser solle, ohne die Liga aufzulösen, unabhängig von ihr ein großes Heer unter Erzherzog Ferdinand aufstellen, wozu Spanien die Kosten bewilligen werde, dadurch alle Ungehorsamen erschrecken und von den Jülichschen Landen aus den Krieg gegen die Niederländer eröffnen, im Reiche selbst aber eine Militärdictatur aufstellen. Es waren Gedanken, die an die Pläne des Erzherzogs Leopold erinnern, die sie aber an Verwegenheit und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Herkommen und der Verfassung des Reiches noch übertreffen. War es schon eine revolutionäre Maßregel, wenn man vorgeschlagen hatte, einen Kurfürstentag ohne Bewilligung des Kaisers abzuhalten, so waren

die leitenden Gedanken des Gutachtens des Erzherzogs ein noch weit schärferer Schlag gegen die gesammte Reichsverfassung, vor dessen Folgen aber Maximilian keineswegs zurückschreckte. Er gab der Meinung Ausdruck, daß Sachsens Stimme für die Wahl Ferdinands schon zu haben sein werde, und daß man dann auf Pfalz und Brandenburg, wenn diese auf ihrem Widerstande verharrten, keine Rücksicht nehmen solle. Vor Allem aber drang er darauf, daß zunächst Ferdinands Nachfolge in den Erblanden, namentlich in Böhmen, sichergestellt werden müsse. Wenn Klesel ihn darauf aufmerksam machte, daß das darum von sehr großen Schwierigkeiten begleitet sein werde, weil die Böhmen, die nachdrücklich auf ihrem Wahlrecht beständen, eine unüberwindliche Abneigung gegen Ferdinand empfänden, von dem sie eine jesuitische Reaction befürchteten, so maß Maximilian diesen Einwürfen keine entscheidende Bedeutung bei. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß das Wahlrecht der Böhmen sehr zweifelhafter Art sei, daß die böhmische Krone vielmehr als erblich im Hause Habsburg zu betrachten sei. Außerdem aber könne man sich ja auf die katholischen Elemente des böhmischen Adels stützen und dann versuchen, auch einige der protestantischen zu gewinnen.

Die Spannung zwischen den Erzherzögen, namentlich Maximilian, und Klesel wurde durch diese Verhandlungen natürlich keineswegs vermindert. Im Gegentheil, Maximilian war mehr als je gegen Klesel aufgebracht, weil er ihm, wohl mit Recht, die Schuld daran beimaß, daß jenes von ihm dem Kaiser erstattete Gutachten bekannt geworden war und so großes Aufsehen bei den Protestanten hervorgerufen hatte. Sein Haß gegen den Minister des Kaisers ging so weit, daß er sehr ernstlich schon jetzt an gewaltsame Mittel dachte, um ihn zu beseitigen. Jedenfalls war er nicht geneigt, sich in seinen Bestrebungen um die Regelung der Nachfolge Ferdinands durch ihn irgendwie behindern zu lassen.

Zu dieser endgiltigen Regelung gehörte aber vor Allem eine Vereinbarung mit dem spanischen Hofe, der seine Ansprüche, die er jetzt für Philipps III. Sohn Karlos geltend machte, bisher keineswegs fallen gelassen hatte. Es kam zu sehr eingehenden Verhandlungen zwischen Ferdinand und dem spanischen Gesandten, in denen sich jedoch bald zeigte, daß es Spanien weniger auf die wirkliche Nachfolge, als auf eine angemessene Entschädigung für den Verzicht auf seine Erbansprüche ankomme. In der That ließ sich Ferdinand, der seinen vornehmsten Rückhalt bei Spanien zu suchen entschlossen und angewiesen war, zu einer solchen Entschädigung bereit finden. Im Juni 1617 unterzeichnete er eine geheime Verschreibung, nach welcher nach Matthias' Tode die Landgrafschaft Elsaß, die Landvogtei Hagenau und die Grafschaft Ortenburg an Spanien übergehen sollte.

Mit Recht hat Ranke diesen Vertag einen verhängnißvollen genannt. Denn an ihn knüpfen sich in der That „die Uebergriffe der Spanier in dem folgenden Jahrzehnt, eigentlich die Wiederaufnahme ihrer alten Territorialpolitik, gegen welche sich dann die Franzosen erhoben. Er bildet überhaupt

einen der vornehmsten Momente des großen Conflicts von Europa, aus dem eine Umgestaltung der Machtverhältnisse hervorging".

Aber zu verkennen ist nicht, daß Ferdinand den Abschluß desselben nicht vermeiden konnte; er war gleichsam die Vorbedingung für das Zustandekommen seiner Nachfolge. Nachdem die Einigung mit Spanien vollzogen war, vermochte aller Widerstand Klesels nicht mehr, die Anerkennung der Nachfolge Ferdinands zu verhindern. Zuerst in Böhmen wurde sie durchgesetzt. Zwar leisteten die Führer der protestantischen Partei, namentlich Graf Heinrich Matthias von Thurn, energischen Widerstand, und eine regelrechte Wahl wäre in der That nicht durchzusetzen gewesen. Aber eine solche lag auch gar nicht in den Intentionen der habsburgischen Erzherzöge. Die Anhänger Ferdinands, die Katholikenführer Lobkowitz, Slawata, Martinitz und Adam von Sternberg, behaupteten mit voller Bestimmtheit, daß Böhmen seit dem Jahre 1526 ein Erbreich sei. Ferdinand wurde dementsprechend nicht gewählt, sondern nur „einstimmig angenommen"; am 29. Juni 1617 wurde die Krönung als König von Böhmen an ihm vollzogen.

Aber gerade diese gegen das Widerstreben des Kaisers und Klesels von den Erzherzögen durchgesetzte Krönung des fanatisch-katholischen Erzherzogs Ferdinand von Steiermark zum Könige von Böhmen sollte dann in ihren weiteren Folgen die Veranlassung werden, daß noch zu Lebzeiten des Kaisers Matthias und bevor die Nachfolge im Reiche endgiltig geregelt war, der verderbliche Krieg ausbrach, der dreißig Jahre lang Deutschland und ganz Europa mit seinem Schrecken erfüllte.



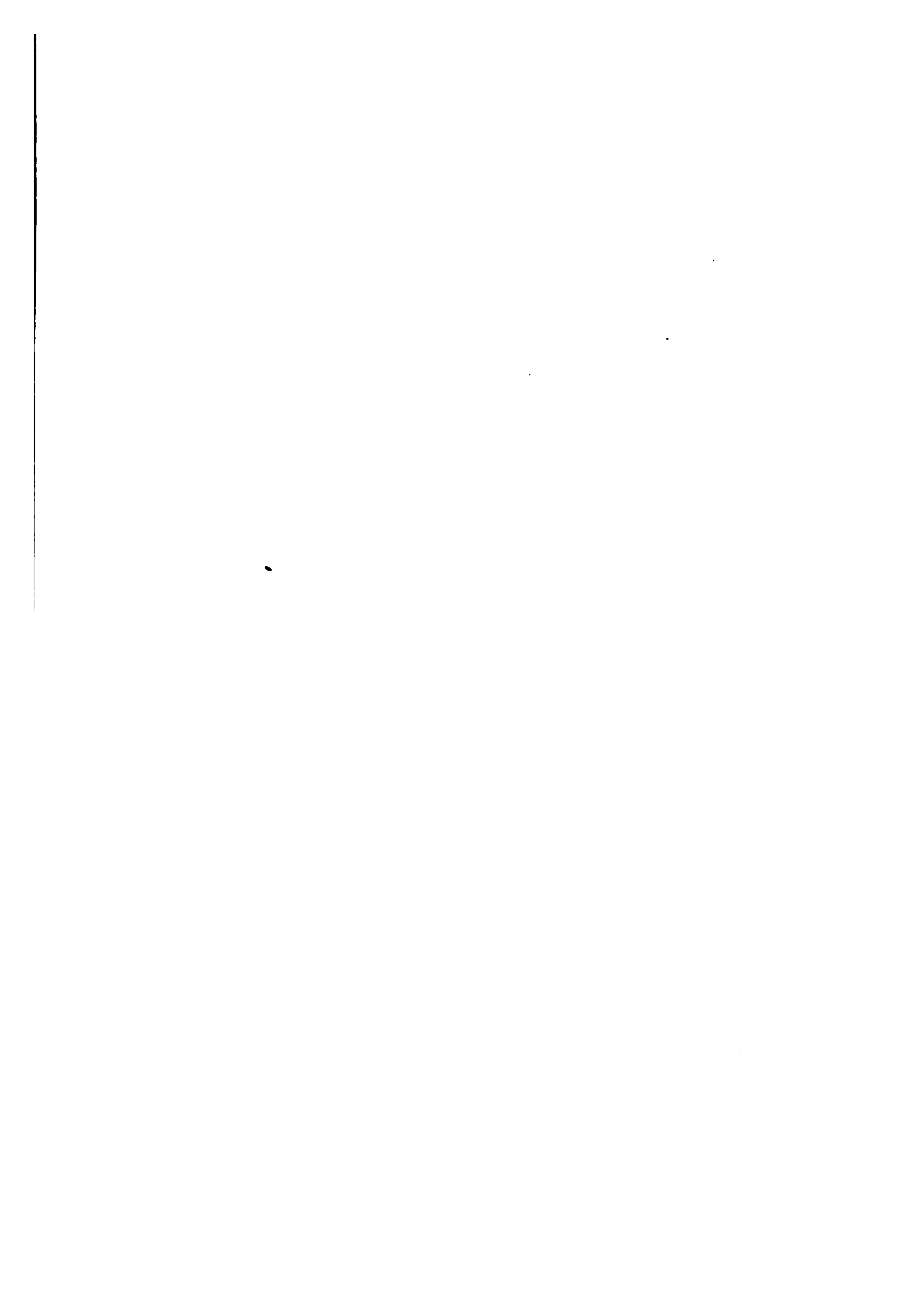
Zweites Buch.

Der dreißigjährige Krieg.

Erste Periode.

Der böhmisch-pfälzische Krieg.

(1618—1623.)



Mit grausamer Folgerichtigkeit hatte die Entwickelung im Deutschen Reiche dahin geführt, daß nur eine Entscheidung durch die Schärfe des Schwertes den schweren, aber unvermeidlichen Ausweg aus einer unhaltbaren und unentwirrbaren Lage eröffnen zu können schien. Seitdem die beiden großen kirchlich-religiösen Parteien, welche innerhalb der reichsgesetzlichen Formen einen Ausgleich ihrer entgegengesetzten Bestrebungen und Interessen nicht mehr finden konnten, sich in militärisch organisirten Bündnissen gegenüberstanden, konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, in welchem Augenblicke der seit lange angehäufte Zündstoff sich mit furchtbarer Heftigkeit entladen werde. Schon hatte es zu wiederholten Malen und an den verschiedensten Stellen im Reiche grell gewetterleuchtet: im Jahre 1610 wurde der Ausbruch eines unabsehbaren Kampfes nur durch den plötzlichen Tod Heinrichs IV. verhütet; 1614 war die Lage in Jülich schon wieder zu einer Höhe der Spannung gediehen, daß man allgemein eine kriegerische Entscheidung erwartete. Noch drohender hatte sich die Lage in den letzten Regierungsjahren Rudolfs und während der Regierung des Kaisers Matthias in den eigentlichen Erblanden des Hauses Habsburg gestaltet, die in dieser ganzen Periode gleichsam einen Mikrokosmus der gleichartigen Bewegungen im gesammten Reiche dargestellt hatten. Union und Liga hatten ihre Vorläuferinnen in den Bündnissen der Katholiken und Protestanten unter einander in den österreichischen Gebieten gefunden. Hier wie dort war es der Widerstand der herrschenden Gewalten gegen die mächtige protestantische Bewegung in den weitesten Kreisen des Volkes, welcher den Conflict heraufbeschwor und seine gewaltsame Lösung unvermeidlich erscheinen ließ. Die Unhaltbarkeit der Lage zeigte sich vor Allem darin, daß dem Protestantismus weder im Reiche noch in den Erbländern eine rechtliche Vertretung seiner Interessen gewährt wurde, welche der Zahl seiner Anhänger auch nur einigermaßen entsprochen hätte. Namentlich war es den Protestanten im Reiche völlig unmöglich gemacht, selbst die unzweifelhaft berechtigten Forderungen, die sie an die Centralgewalt stellten, auf gesetzlichem Wege zur Geltung zu bringen, weil sie von der feststehenden, zumeist aus altkirchlichen geistlichen Fürsten zusammengesetzten Mehrheit des Fürstenrathes stets und in allen Fragen niedergestimmt wurden. Dieser Zustand konnte nur in einigermaßen gerechter Weise geändert werden, wenn den Protestanten wenigstens die eine, selbst von strengen Katholiken als berechtigt

anerkannte Forderung bewilligt worden wäre, daß die protestantischen Administratoren geistlicher Stifter ihr Recht auf Sitz und Stimme im Reichstage ausüben dürften. In der That war es ein Widersinn, diese Administratoren im ruhigen Besitz der Regierung ihrer Länder zu lassen und ihnen dann doch die Ausübung der reichsrechtlichen Befugnisse zu versagen. Mit voller Klarheit und vielem Nachdruck hatte das vor Allem Klesel wiederholt offen zugestanden und auf Bewilligung dieser Forderung gedrungen. Aber seine Mahnungen verhallten ungehört. Die katholische Mehrheit bestand auf ihrem Schein; sie war naiv genug, offen einzugestehen, aus welchem Grunde sie es thue. Herzog Maximilian von Bayern hat es einmal offen ausgesprochen, daß den protestantischen Administratoren Sitz und Stimme im Reichstage unter keinen Umständen gestattet werden dürfe, weil dann die katholische Mehrheit im Fürstenrathe in Frage gestellt würde; und gehe man dieser verlustig, so sei die katholische Kirche in ihrer Existenz bedroht. Darin liegt doch das offene Zugeständniß, daß die katholische Religion und Kirche in sich selbst nicht die Kraft zu selbständiger Existenz habe, daß der Protestantismus die geistig stärkere Bewegung sei, die, sobald man ihr Freiheit der Bewegung und Sprengung der reichsrechtlichen Fesseln, in die man sie gelegt hatte, gewähre, alsbald die katholische Kirche völlig matt setzen werde. Wer aber wollte es dem Protestantismus verdenken, daß er sich diese Freiheit zu schaffen, daß er die Fesseln zu sprengen suchte, die seine Bewegung durch eine ungerechte und in gar keinem Verhältniß zur Bevölkerungszahl der beiden Kirchen stehende Vertheilung der Stimmen einengten? Die einen wollten für den neuen Inhalt eine neue Form, verlangten Berücksichtigung der gänzlich veränderten Verhältnisse, die anderen wollten unter allen Umständen den bestehenden, für ihre Interessen vortheilhaften, aber der Idee der Gerechtigkeit in keiner Weise entsprechenden Zustand mit allen Mitteln aufrecht erhalten oder gar noch zu ihren Gunsten rückwärts revidiren. Zwischen diesen beiden entgegengesetzten Parteien, deren jede starr und fest auf ihrem Standpunkte beharrte, wäre eine Ausgleichung nur möglich gewesen durch eine über beiden stehende starke Centralgewalt. Eine solche aber gab es im Reiche nicht, und wenn sie wirklich die Macht zu einem solchen Ausgleiche besessen hätte, so würde sie sie nicht angewendet haben. Der heute im Großen und Ganzen zu vollem Durchbruch gekommene Gedanke der Parität war in der That dem siebzehnten Jahrhundert unfaßbar. Eine Form für ein gemeinsames Wirken und Schaffen religiös entgegengesetzter Elemente auf allen nicht kirchlichen Gebieten des Staatslebens war nicht etwa nur den Katholiken, sondern ganz ebenso den Protestanten völlig unbekannt. Wo die Protestanten die Macht in der Hand hatten, in den einzelnen protestantischen Territorialstaaten, wandten sie dieselbe ebenso zur Bekämpfung Andersgläubiger an, wie die katholischen Fürsten in ihren Gebieten. Der Versuch einer Vermittelung, wie ihn Klesel anfangs unternommen hatte, war gescheitert und mußte scheitern, weil alle Zugeständnisse, die man dem Gegner formell gemacht hatte, immer nur formell blieben

und als erzwungen galten. Das aufrichtige und rückhaltlose Streben, seine protestantischen Unterthanen wirklich und in vollem Umfange den katholischen gleichzustellen, hat Matthias ganz ebenso fern gelegen wie seinen Vorgängern. Seine religiösen Bewilligungen waren immer nur Verlegenheitsauskünfte in Augenblicken einer gefahrdrohenden Krisis, die nie aufrichtig und mit wahrer Ueberzeugung beobachtet wurden. Eben weil es so war, mußten die Ausgleichsverhandlungen auf dem Regensburger Reichstage scheitern, aus demselben Grunde kamen die dort in Aussicht genommenen Compositionsverhandlungen gar nicht zu Stande. Wollten die Protestanten im Reiche wirklich zu ihrem Rechte und zu einer wirksamen Vertretung ihrer Existenz kommen, so mußten sie diese nicht durch den Reichsverband, sondern trotz desselben und unabhängig von ihm erreichen, wie sie dies in der Union versuchten. Daß der Reichsverband selbst aber auf diese Weise ein immer schattenhafteres Gebilde wurde, daß an die Stelle desselben immer mehr die Einzelstaaten traten, in die sich thatsächlich mehr und mehr die staatenbildende Kraft des Volkes zurückzog, liegt auf der Hand. Es war in der That so weit gekommen, daß ein wirkliches staatliches Leben nur noch möglich war, wenn die Fesseln, welche das alte Reich trotz seiner Schwäche doch noch immer der Entwickelung der Einzelstaaten anlegte, gesprengt wurden. Dann konnten wenigstens in den Einzelstaaten des Reiches, das auf diesem Wege aus einem Bundesstaate ein Staatenbund wurde, neue tüchtige Kräfte emporkommen, die dereinst vielleicht den Weg finden konnten, der Zersplitterung eine Einheit auf neuen Grundlagen folgen zu lassen. Die alten Grundlagen waren morsch und unhaltbar; sie mußten zusammenbrechen, um Raum für neue, festere frei zu machen. Aber daß dieser Zusammenbruch eines auf einer Tradition von fast einem Jahrtausend beruhenden Gebäudes nicht ohne gewaltige, furchtbare Zuckungen vor sich gehen konnte, liegt auf der Hand.

Zunächst aber schien es, als wenn von dem allgemeinen Zusammenbruch in erster Linie nicht das Deutsche Reich, sondern vor Allem die habsburgisch-österreichische Monarchie betroffen werden sollte. Wir sagten schon, daß dieselbe im Großen und Ganzen ein Abbild des Reiches im Kleinen bildete. Hier wie dort ein katholischer Herrscher an der Spitze eines Volkes, welches in seiner überwiegenden Mehrheit dem Protestantismus anhängt; hier wie da unausgesetzte Versuche, die entgegengesetzten Elemente doch in einem einheitlichen staatlichen Verbande zusammenzuhalten, hier wie dort dasselbe unmögliche Bestreben der Monarchie, durch Ausgleichsversuche und Zugeständnisse im Kleinen, die man doch nicht aufrichtig zu halten gesonnen ist, den drohenden Sturm zu beschwören. Daß dieser Sturm zuerst in den österreichischen Erblanden ausbrach, lag vor Allem daran, daß hier die monarchische Gewalt doch eine weit unmittelbarere Einwirkung und weiter reichende Gewalt in den Händen hatte, so daß jeder Fehlgriff, jedes Zuwiderhandeln der staatlichen Autorität gegen die von ihr selbst verliehenen Privilegien sich weit unmittelbarer fühlbar machte. Dazu kam, daß gerade in den Krisen unter der schwachen Regierung

Rudolfs II. den Protestanten weitgehende Privilegien hatten ertheilt werden müssen, die Matthias nicht in vollem Umfange beobachten konnte, ohne sich in Gegensatz zu seinen Glaubensgenossen zu setzen. In dem Augenblicke aber, in welchem er jene Privilegien thatsächlich verletzte, war die Empörung von protestantischer Seite unvermeidlich, wie sie es dereinst unter Rudolf gewesen war. Diesmal aber blieb dann der Funke, der in Böhmen aufflammte, nicht wie in den Jahren 1608 und 1611 auf das Land, in dem er emporgeflogen war, beschränkt, sondern entzündete ein Feuer, welches ganz Europa mit seinen verheerenden Flammen erfüllte.



Lagerscene.

Facsimile der Radierung von Stefano della Bella (1610—1664).

Der Ursprung des böhmischen Aufstandes.

Recht eigentlich durch den Wunsch und Willen der Unterthanen in den verschiedenen Erbländern der habsburgischen Monarchie war dereinst Erzherzog Matthias noch bei Lebzeiten seines Bruders, Kaiser Rudolfs, zum König von Ungarn und Böhmen, zum Herrscher der gesammten österreichischen Monarchie emporgestiegen. Allein es war nicht die Liebe zu ihm, sondern der Unwille über die unerträgliche Mißregierung Rudolfs gewesen, welcher diese Entwickelung veranlaßt hatte. „Los von Rudolf!“ war der allgemeine Ruf gewesen, in den schließlich selbst ein so gemäßigter Mann wie Zierotin in Mähren eingestimmt hatte. Aber man hatte sich nicht von Rudolf losgesagt und Matthias angeschlossen, um sich nun von diesem in derselben oder doch in ähnlicher Weise behandeln zu lassen wie von Rudolf. Von Anfang an hatten die Stände der verschiedenen Erbländer dem neuen Herrscher, ehe sie sich ihm voll und ganz anschlossen, ganz bestimmt formulirte Bedingungen gestellt, die sich vornehmlich auf die Sicherung der religiösen Freiheit der zum überwiegenden Theil protestantischen Bevölkerung bezogen. Matthias war, um der Mißwirthschaft Rudolfs ein Ende zu machen und selbst zur Herrschaft zu gelangen, auf die meisten dieser Bedingungen eingegangen. Aber die Art, wie er sie, eben weil sie seiner innersten Gesinnung nicht entsprachen, zur Durchführung brachte, fand doch keineswegs die Zustimmung seiner Unterthanen. Gleich, nachdem er thatsächlich zur Herrschaft gelangt war, noch bevor dieselbe formell anerkannt war, gerieth er in Oesterreich und Ungarn in ernste Differenzen mit seinen Ständen, die nur mit Mühe durch die unermüdliche Ausgleichsthätigkeit Zierotins beigelegt werden konnten. In Böhmen aber sollte es dann zu einem Conflicte kommen, den friedlich beizulegen selbst einem größeren Staatsmanne, als Zierotin es war, unmöglich gewesen wäre.

Der Ursprung desselben geht auf jenes große Privileg zurück, welches die Stände im Jahre 1609 dem schwachen Kaiser Rudolf abgetrotzt hatten und welches unter dem Namen des Majestätsbriefes bekannt ist. Wir sahen, daß in diesem Privileg den böhmischen Unterthanen Rudolfs in der That die freie Wahl des Bekenntnisses in der Hauptsache freigestellt wurde. Dagegen war das Recht des Kirchenbaus in dem Majestätsbriefe selbst nur den drei landtagsfähigen Ständen, Herren, Rittern und königlichen Städten, zugestanden worden. Daneben aber war gleichzeitig zwischen den katholischen und protestantischen Ständen ein Vergleich abgeschlossen worden, in welchem

dieses wichtige Recht des Kirchenbaues auch auf die Bewohner königlicher Güter ausgedehnt wurde. Nun gehörten nach der bisherigen böhmischen Tradition, welche der Krone das freie Verfügungsrecht über die geistlichen Güter einräumte, diese zur königlichen Kammer. Die Protestanten waren daher unzweifelhaft im Recht, wenn sie behaupteten, daß unter den „königlichen Gütern" die geistlichen Güter mit einbegriffen seien. Ohne alle Frage haben sie die Bestimmung des Vergleichs von vornherein in diesem Sinne aufgefaßt, sonst hätten sie es in jenem Augenblicke, in welchem Rudolf thatsächlich ihre Forderungen bewilligen mußte, mühelos erreichen können, daß die Befugniß des Kirchenbaues ausdrücklich auch auf die Bewohner geistlicher Güter ausgedehnt worden wäre. Daß sie dies nicht thaten, war ohne Frage eine Lässigkeit und ein verhängnißvoller Fehler. Denn eben dadurch haben sie erst die Möglichkeit einer andern, ihnen ungünstigen Auslegung herbeigeführt, die in dem Augenblicke Wirklichkeit werden konnte und geworden ist, in welchem die Katholiken die Gesammtlage als zu ihren Gunsten verschoben betrachten konnten.

Der Versuch einer der protestantischen entgegengesetzten Auslegung jenes Vergleichs, d. h. der Versuch, den Bewohnern geistlicher Güter das Recht des Kirchenbaues zu versagen, wurde schon sehr früh gemacht. Matthias war kaum nach Bestätigung des Majestätsbriefes und des Vergleiches zum Könige von Böhmen gekrönt, als er schon in einem bestimmten Falle sich für eine den Protestanten ungünstige Auslegung jenes Artikels entschied.

Die in ihrer großen Mehrheit protestantischen Bürger der dem dortigen Benedictinerstift gehörigen Stadt Braunau, welche schon seit Jahren in Streitigkeiten mit dem Abte dieses Stifts, Wolfgang Selender, lebten, hatten im Jahre 1611 mit dem Bau einer protestantischen Kirche begonnen. Alsbald beschwerte sich der Abt hierüber als über eine Verletzung der bestehenden Gesetze bei dem eben gekrönten neuen Könige von Böhmen. Matthias täuschte sich nicht über die Wichtigkeit des Vorganges. Er beobachtete ein scheinbar objectives Verfahren, indem er von den obersten Beamten seiner Krone ein Gutachten darüber verlangte, ob den Bewohnern geistlicher Güter der Bau eigener Kirchen ohne Bewilligung der Grundherrschaft gestattet sei. Als darauf, wie er erwartet hatte, ein von einigen katholischen Kronbeamten verfaßtes Gutachten einlief, welches diese Frage verneinte, verbot Matthias am 25. August 1611 den Weiterbau. Natürlich erfolgte sofort von Seiten der protestantischen Stände und der Defensoren ein nachdrücklicher Einspruch gegen diese Entscheidung, weil der geistliche Besitz zur königlichen Kammer gehöre. Die Protestanten konnten sich dabei nicht bloß auf die von vornherein von ihnen beabsichtigte Interpretation jenes Artikels, sondern auch auf die fast ein Jahrhundert lang von den böhmischen Königen geübte Praxis berufen und darauf hinweisen, daß dieselben seit Ferdinand I. vollkommen frei durch Schenkungen und Verkäufe über die geistlichen Güter verfügt hatten. Das Recht dazu hatte selbst der streng katholische Kanzler Lobkowitz

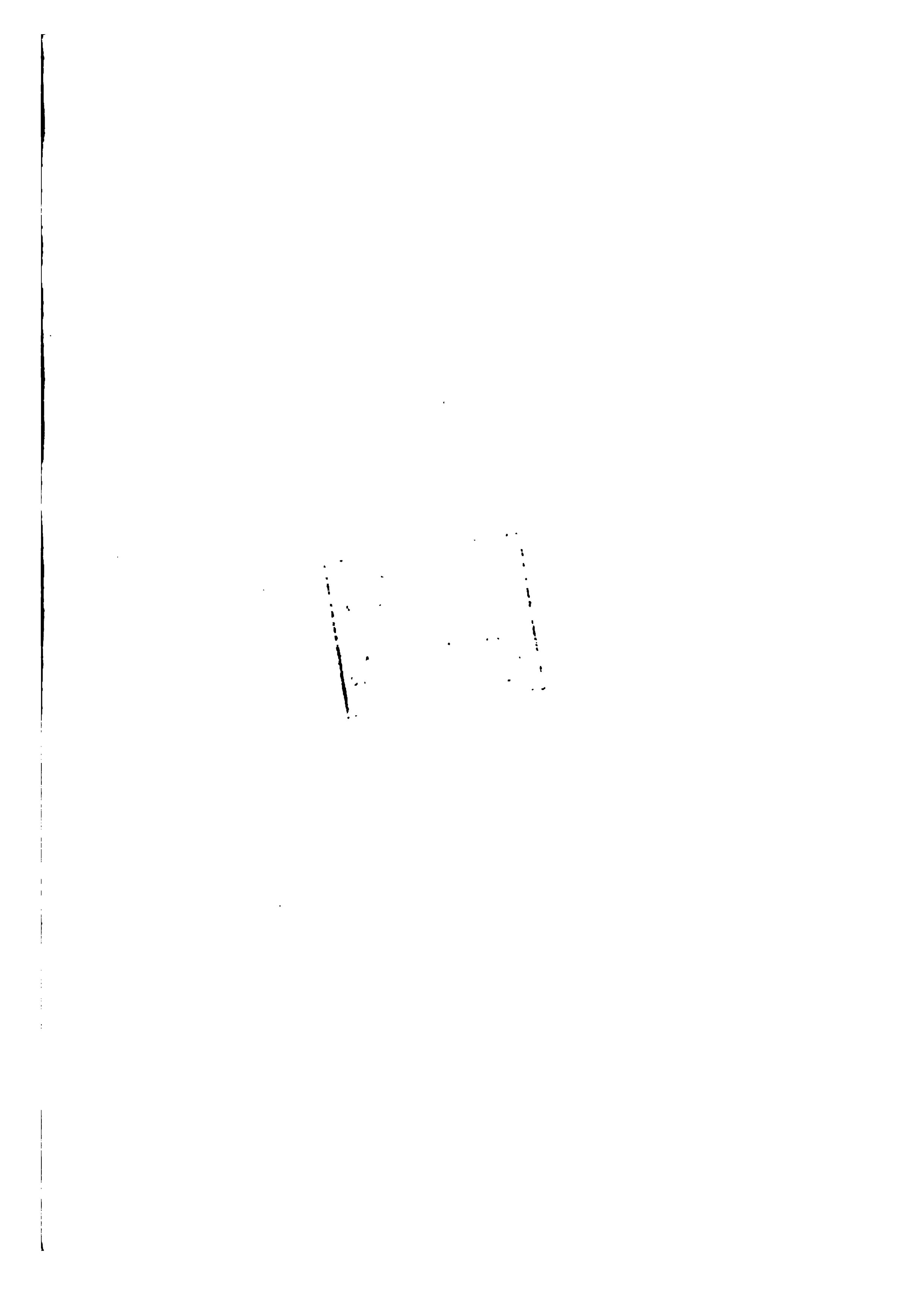
anerkannt. Da der Kaiser bald darauf sich zur Entgegennahme der Huldigung nach Schlesien und der Lausitz begab, so nahmen die Defensoren ihrerseits die Sache in die Hand und beriefen nach dem ihnen ebenfalls im Jahre 1609 zugestandenen Rechte eine Versammlung der protestantischen Landesbeamten und königlichen Räthe, die dann die Braunauer aufforderte, ihre Kirche weiter zu bauen, und den Kaiser von dieser Maßregel in Kenntniß setzte (11. November 1611). Die Bürger von Braunau hielten sich danach für berechtigt, den Bau fortzusetzen und brachten ihn im Jahre 1612 seiner Vollendung nahe. Der Kaiser trug dann seinerseits Bedenken, die extremen Maßregeln, welche ihm von katholischer Seite angerathen wurden, zu ergreifen, und so ruhte die Sache zunächst volle zwei Jahre.

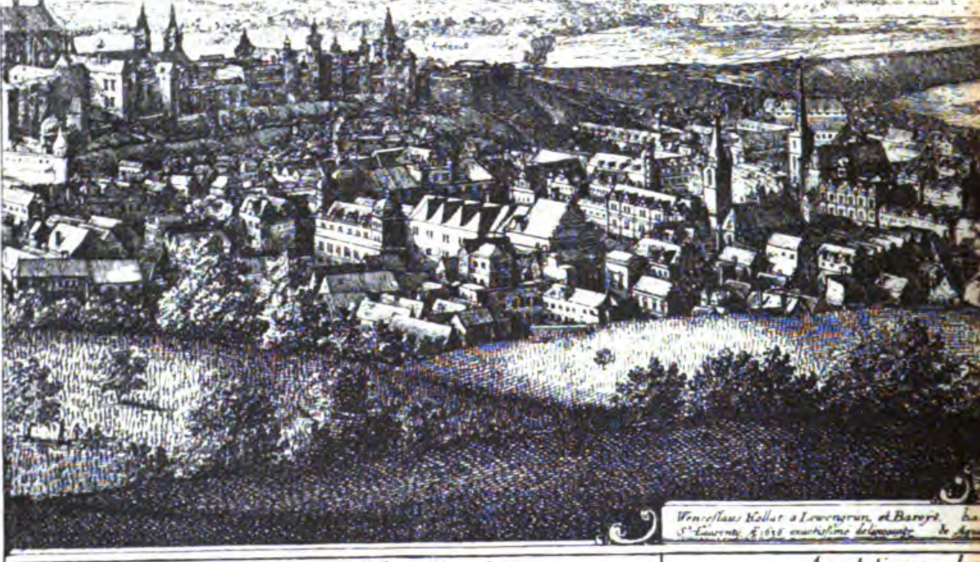
Ganz ähnlich war die Sachlage in Klostergrab, nur war hier die Frage der Gutsherrlichkeit, die von dem benachbarten Kloster Osseg in Anspruch genommen wurde, lange Zeit streitig gewesen, so daß der Kirchenbau zunächst ohne erhebliche Schwierigkeiten zu Ende gediehen war. Dann aber hatte sich der Erzbischof von Prag, Johann Lohelius, ein katholischer Eiferer, der Sache angenommen und hatte die Kirche 1614 schließen lassen und dadurch der weiteren Benutzung entzogen.

Hand in Hand mit diesen Verletzungen des 1609 abgeschlossenen Vergleichs waren eine Reihe von Maßregeln ergangen, welche der Kaiser auf seinen eigenen, unzweifelhaft unter jenen Vergleich fallenden Gütern vorgenommen hatte. Er hatte dem Prager Erzbischof im October 1612 die geistliche Oberaufsicht über seine Güter aufgetragen, um dort den Katholicismus wiederherzustellen. Die Erregung über diese offenkundigen Verletzungen des Majestätsbriefes mußte aber für den Kaiser um so größere Schwierigkeiten im Gefolge haben, als er es nun nicht mehr länger vermeiden konnte, den schon bei seiner Krönung versprochenen Generallandtag zu berufen, dem er die damals unerledigt gebliebenen Forderungen (S. 121) der Stände zur Berathung vorzulegen zugesagt hatte. Er suchte dieser Nothwendigkeit noch einmal aus dem Wege zu gehen, indem er im Jahre 1614 statt eines Generallandtages einen speciell böhmischen Landtag, nicht nach Prag, sondern nach der katholischen Stadt Budweis einberief. Aber die Absicht, die protestantischen Stände dadurch nachgiebiger zu machen, schlug völlig fehl. Ebenso wenig führte die Versammlung von Ausschüssen der Stände aller Erbländer, welche Matthias im August desselben Jahres in Linz veranstaltete und die man wohl als einen ersten Versuch eines gesammtösterreichischen Reichstages bezeichnen kann, zum Ziele. Er mußte sich endlich doch zur Einberufung des Generallandtages entschließen, der dann am 15. Juni 1615 in Prag eröffnet wurde. Derselbe ist in mehr als einer Beziehung beachtenswerth, vor Allem aber dadurch, daß hier von zwei diametral entgegengesetzten Gesichts- und Zielpunkten aus zum ersten Male der Versuch unternommen wurde, das bloße Nebeneinander der verschiedenen Bestandtheile der österreichischen Monarchie, die bisher nur in der Person des Herrschers zu einer Einheit

verbunden waren, zu einer strafferen Centralisation zu organisiren. Aber während die Stände, an die Bestrebungen von 1608 und 1611 anknüpfend, in erster Linie darauf ausgingen, diese straffere Einigung unter sich selbst herbeizuführen, d. h. sich zu gemeinsamer Vertheidigung ihrer Rechte gegenüber dem gemeinsamen Herrscher zusammenzuschließen, suchte Klesel dieser von den Ständen angestrebten Conföderation einen ganz andern, nicht centralständischen, sondern centralstaatlichen Charakter zu verleihen. Er wollte nicht eine Vereinigung der Stände gegenüber dem Herrscher, sondern eine Vereinigung derselben mit dem Herrscher gegenüber dem Auslande, namentlich also zu gemeinsamer Abwehr gemeinsamer Feinde begründen. Es war ein aussichts- und zukunftsreicher Gedanke, den er vertrat, der aber in diesem Stadium der Entwicklung, bei der vorherrschenden Spannung zwischen Herrscher und Ständen, nicht verwirklicht werden konnte. Gleichwohl scheint er der historischen Beachtung in hohem Maße werth. Hat doch Klesel zuerst u. A. den Vorschlag gemacht, ein festorganisirtes stehendes Heer von 40 000 Mann aus allen Erbländern zu organisiren, während es bisher stets den einzelnen Grenzländern überlassen worden war, sich mit ihren eigenen, vereinzelten Kräften der Angriffe äußerer Feinde, wie namentlich der Türken, zu erwehren.

Daneben aber ließ es sich der Generallandtag natürlich vor Allem angelegen sein, seine Beschwerden über die mancherlei Verletzungen des Majestätsbriefes vorzulegen. Allein erst im Mai 1616 entschloß sich der Kaiser dazu, mehreren Defensoren der protestantischen Stände eine Antwort auf diese Beschwerden, die sich namentlich auf die Angelegenheit des Kirchenbaues in Braunau und Klostergrab bezogen, zu geben. Sie lautete durchaus ablehnend; Matthias erklärte geradezu, er könne nicht finden, „daß den geistlichen Unterthanen Kirchen zu bauen zugelassen sei“. Nach dieser schroff zurückweisenden und die schwebende Principienfrage zu ihren Ungunsten entscheidenden Antwort begannen die protestantischen Stände nicht ohne Berechtigung zu fürchten, daß das Ziel der Regierung die Katholisirung des gesammten geistlichen und königlichen Besitzes sei. Die dadurch hervorgerufene Gährung wurde erheblich gesteigert, als nach der Erhebung des fanatisch katholischen Erzherzogs Ferdinand auf den böhmischen Königsthron die religiöse Reaction zu noch weit extremeren Maßregeln griff. Die Bewohner der königlichen Güter, denen im Majestätsbrief Religionsfreiheit zugestanden worden war, sollten jetzt geradezu zur Annahme des katholischen Glaubens oder zur Auswanderung gezwungen werden. Die Ausführung dieses Vorhabens wurde zwar zunächst auf einige, scheinbar zufällig gewählte Orte beschränkt. Allein schon diese vorbereitenden Maßregeln legten die Befürchtung nahe, als wolle die Regierung in Böhmen mit denselben Mitteln wirken, mit denen Ferdinand in seinen Erbländern den Protestantismus bis zur Vernichtung bekämpft hatte. In der That bewegte sich die praktische Politik der Regierung bereits offenkundig in dieser Richtung. In den königlichen Städten wurden Protestanten nicht mehr zur Aufnahme in den Bürger-





Ansicht von Prag. Facsimile eines Teils de



…er Radirung von Wenzel Hollar (1607—1677).

verband zugelassen, zu Hauptleuten der königlichen Herrschaften wurden nur noch Katholiken ernannt. Selbst die durchweg protestantischen Städte, namentlich Prag und Leitmeritz, wurden zur Aufnahme von Katholiken in den Bürgerverband gezwungen, die dann alsbald auch in die Rathsverfassung einzudringen und dort ihre katholischen Bestrebungen zu verfechten suchten. Um dies zu erleichtern, wurde durch die „Instruction" an die Prager Königsrichter vom 4. November 1617 der Stadt Prag eine neue Gemeindeordnung octroyirt, welche die Autonomie der Stadt nahezu aufhob und die Königsrichter zu Herren derselben machte. Danach sollte der Königsrichter bei allen Versammlungen der Gemeinde den Vorsitz führen, Einsicht in alle Acten derselben nehmen; nichts sollte ohne sein Vorwissen berathen und entschieden werden, keine Sitzung des Gemeinderathes ohne seine vorherige Erlaubniß stattfinden; schließlich sollten auch die Rechnungen der Gemeinde ihm zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt werden. Es war nur natürlich, daß in Folge so schroff katholisirender und in die verbrieften Rechte der Stände eingreifender Maßregeln die bisher von der protestantischen Mehrheit in den Hintergrund gedrängten Katholiken anfingen, sehr stolz und zuversichtlich ihr Haupt zu erheben. Selbst im gesellschaftlichen Verkehr fing das an hervorzutreten. Man erzählte sich von mehrfachen Aeußerungen von katholischer Seite, die in einem die Protestanten offen bedrohenden Sinne gehalten waren. Selbst hervorragende katholische Beamte ließen sich vernehmen, bald werde in Böhmen kein anderer Glaube als der katholische geduldet werden; ja bis zu persönlichen Drohungen ließen sich die Katholiken hinreißen. Man vernahm, daß der oberste Münzmeister, Wilhelm von Wresowic, geäußert habe, die Defensoren würden bestraft werden; namentlich müsse den Grafen Thurn und Schlick, ferner Wilhelm von Lobkowitz und dem „Ziegenbart" (Budowec) der Kopf abgeschlagen werden.

Durch alles dies wurde die Erregung der Protestanten erheblich gesteigert. Und da alle Beschwerden nichts fruchteten, der Kaiser vielmehr am 12. December 1617 endgiltig verfügte, die Braunauer hätten ihre protestantische Kirche dem Abte abzutreten, so kam es zu offenen Gewaltsamkeiten. Eine Deputation von fünf Braunauer Bürgern, die in Prag erschien, wurde dort festgehalten und in den weißen Thurm geworfen; nicht anders erging es einer zweiten. Als nun Bürgermeister und Rath sich fügen und die Kirche wirklich sperren wollten, griff die Bevölkerung zu den Waffen und widersetzte sich nachdrücklich der Schließung der Kirche. Als dann im December 1617 der Erzbischof von Prag die Kirche zu Klostergrab gar niederreißen ließ, glaubten die auf Grund des Majestätsbriefes eingesetzten Defensoren, nicht mehr länger unthätig bleiben zu dürfen, beriefen vielmehr, von jenem ihnen von Rudolf zugestandenen Rechte Gebrauch machend, auf den 5. März 1618 eine Versammlung sämmtlicher protestantischen obersten Beamten und Räthe und je sechs Deputirter aus jedem Kreise des Landes zu einer Berathung über diese Vorgänge ein, die dann am 6. März eröffnet wurde. In dieser Versammlung erlangte

alsbald der Graf Heinrich Matthias von Thurn, der eifrigste Vorfechter der protestantischen Sache, den entscheidenden Einfluß. In der am 6. März im Carolinum in Prag abgehaltenen Eröffnungsversammlung hielt er einen zündenden Vortrag über die Bedrückungen der Protestanten in Braunau, Klostergrab und auf den königlichen Gütern. Alsdann versuchten die Defensoren, die sich des Ernstes und der Gefahr der Lage wohl bewußt waren, der Versammlung selbst die Initiative zu dem weiteren Vorgehen zuzuschieben. Allein die Versammelten verlangten vielmehr, daß die Defensoren Mittel zur Abstellung der Beschwerden in Vorschlag bringen sollten. Diese riethen nun zu einer Eingabe an die Statthalter des Kaisers, welche dieser bei seiner Abreise von Prag nach Wien (November 1617), zehn an der Zahl, sieben Katholiken und drei Protestanten, in Prag zurückgelassen hatte und unter denen der Oberstburggraf Adam von Sternberg, der Obersthofmeister Adam von Waldstein und die als katholische Eiferer bekannten Herren von Slawata und Martinitz die ersten Stellen einnahmen. Für den Fall, daß diese Eingabe an die Statthalter keinen Erfolg habe, solle sie an den Kaiser geschickt werden. Die Statthalter, welche von diesen Vorgängen im Carolinum natürlich unterrichtet waren, suchten zunächst der Ueberreichung der Bittschrift aus dem Wege zu gehen und waren zweimal, als die ständische Deputation unter Führung des Grafen Andreas Schlick auf der Kanzlei erschien, nicht anwesend. Endlich aber mußten sie sich doch entschließen, die Eingabe entgegenzunehmen. Ihre Antwort aber lautete in allen Punkten ablehnend. Nunmehr beschlossen die protestantischen Stände, sich nicht nur an den Kaiser zu wenden, sondern auch ein Gesuch an die Stände der böhmischen Nebenländer abzuschicken und diese um ihre Fürbitte bei Matthias zu ersuchen. Nachdem die Schreiben abgegangen waren, wurde die Versammlung bis zum Eintreffen der Antwort des Kaisers, die man nach etwa sechs Wochen erwartete, vertagt und dem entsprechend der Wiederzusammentritt derselben auf den 21. Mai anberaumt.

Diesmal erkannte man am kaiserlichen Hofe mit voller Deutlichkeit die Wichtigkeit der Sache und beschleunigte die Antwort so sehr, daß sie schon am 21. März von Wien abgehen konnte. Sie war nicht an die Defensoren, sondern an die Statthalter gerichtet und lautete schroff ablehnend. Matthias erklärte zunächst, daß er eine Wiederholung bezw. die Wiedereröffnung des Protestantentages nicht dulden, vielmehr die Urheber dieser Vorgänge vor Gericht stellen werde. Er forderte dann die Statthalter auf, die Defensoren vorzuladen und ihnen zu befehlen, sie sollten die für den Mai wieder einberufene Versammlung rückgängig machen. Die Behandlung der Braunauer und Klostergraber Angelegenheit wurde ausdrücklich für rechtmäßig erklärt und behauptet, daß der Majestätsbrief und der Vergleich dadurch nicht verletzt seien.

Es konnte kein Zweifel sein, daß diese Antwort die Erbitterung nur vermehren werde. Man nahm in protestantischen Kreisen an, daß sie nicht von der kaiserlichen Kanzlei, sondern von Slawata und Martinitz verfaßt sei, so daß sich gegen diese beiden Statthalter die Hauptwuth der erregten

Bevölkerung richtete. Thatsächlich ist sie aber von Klesel entworfen, der also in diesem Falle seinen vermittelnden Tendenzen untreu wurde und wieder ganz in das ausschließlich katholische Fahrwasser seiner ersten Jahre zurück gerieth.

Als die Prager Statthalter am 28. März den Defensoren die Antwort mittheilten und sie aufforderten, die Wiedereinberufung des Protestantentages auf den 21. Mai zurückzunehmen, erwiderten diese, das sei unmöglich: sie hätten sich bisher streng innerhalb der Schranken des Gesetzes gehalten; die Abhaltung derartiger Versammlungen sei ihnen durch die Artikel von 1609 ausdrücklich gestattet. Da versuchten die Statthalter ihrerseits der Versammlung entgegenzuwirken, indem sie an die königlichen Beamten in den Städten den gemessenen Befehl erließen, die Bürger von jeder Theilnahme an den protestantischen Zusammenkünften abzuhalten. Einigen besonders geschickten katholischen Agitatoren gelang es sogar, Loyalitätsadressen in einigen Städten, so in der Hauptstadt selbst, zu Stande zu bringen. Der Secretär Michna vor Allem war unermüdlich thätig und suchte dem Protestantismus dadurch Boden abzugewinnen, daß er die alten utraquistischen Bestrebungen ihm gegenüber unterstützte.

Aber von durchgreifender Wirkung waren alle diese Maßregeln doch nicht; die Leiter der protestantischen Bewegung zeigten vielmehr eine ernste und zielbewußte Entschlossenheit. An dem Zustandekommen des Protestantentages konnte kein Zweifel sein, obwohl das Verbot desselben in einem zweiten, in der Form etwas milder und nachgiebiger gehaltenen Schreiben des Kaisers vom 17. April wiederholt wurde. Die protestantischen Stände erschienen zur festgesetzten Zeit in großer Anzahl in Prag, nur einige städtische Deputirte fehlten. Am 21. Mai wurde die Versammlung wieder eröffnet, die in ihrem Verlaufe den verhängnißvollen Conflict zu offenem, nicht wieder rückgängig zu machendem Ausbruche bringen sollte.

In der Eröffnungsversammlung selbst erschienen zwei Beamte der Statthalterei und forderten die Versammlung auf, nach dem Schloß zu kommen. Dort wurde ihnen ein vom 16. Mai datirtes kaiserliches Schreiben vorgelesen, welches das Verbot der Versammlung nochmals wiederholte, im Uebrigen aber mild gehalten war und die Versicherung enthielt, daß an eine Verkürzung der ständischen Freiheit nicht gedacht werde. Darauf fand am 22. Mai eine weitere Berathung der Protestanten statt, in der Graf Thurn die Versammelten zu Vorsichtsmaßregeln gegenüber etwaigen Gewaltsamkeiten der Statthalter warnte. In Folge dessen wurde eine Deputation an diese geschickt, welche die Erlaubniß erbitten sollte, daß die Stände sich bewaffnet in der Burg einfinden dürften, um die Antwort auf das kaiserliche Schreiben zu überbringen. Diese Erlaubniß wurde in der That ertheilt und darf wohl als ein Beweis dafür betrachtet werden, daß die Statthalter eine Gewaltthat gegen die Protestanten nicht im Schilde führten. Wohl aber waren die energischen Führer der letzteren, namentlich Graf Thurn, durch die fortwährenden Verletzungen des Majestätsbriefes und den Mangel an sachlichem Entgegenkommen in den Erlassen des Kaisers aufs Aeußerste gereizt, jetzt fest

entschlossen, den Bruch zu einem unheilbaren zu machen und sich die religiöse Freiheit, die ihnen der Kaiser zu entreißen trachtete, im Kampfe mit demselben zu retten. Es kann in der That kein Zweifel sein, daß die Gewaltthat gegen die Statthalter, welche am folgenden Tage erfolgte und so ungeheures Aufsehen in ganz Europa machte, nicht eine That augenblicklicher Erregung war, sondern von Thurn mit einigen Vertrauten in einer Besprechung in dem Palaste Albrecht Smiricky's förmlich beschlossen wurde. Dunkle Gerüchte davon gingen in der Stadt um und veranlaßten den als katholischen Agitator besonders verhaßten Sekretär Michna, in der Nacht vom 22. zum 23. Mai nach Wien zu entfliehen.

Am Morgen des 23. versammelten sich dann die Mitglieder des Protestantentages im Carolinum und setzten sich in langem bewaffnetem Zuge, der sich unterwegs durch Volksmassen beständig verstärkte, nach der Burg in Bewegung, um dem Statthalter die Antwort auf das kaiserliche Schreiben vom 16. zu überbringen. In der neunten Morgenstunde kam der Zug vor dem Schlosse an, in dessen Landtagslokalitäten den Ständen erst die entworfene Antwort vorgelesen wurde, welche u. A. die directe Frage an die Statthalter enthielt, ob und welchen Antheil sie an der Redaction des kaiserlichen Drohschreibens vom 21. März gehabt hätten. Dann suchte man die Statthalter in ihrem Sitzungssaale auf. Anwesend waren in dem mäßig großen Raume nur vier von den zehn Statthaltern: Der Oberstburggraf Adam von Sternberg mit seinem Schwiegersohne, dem Burggrafen von Karlstein Jaroslaw von Martinitz, der Oberstlandrichter Wilhelm von Slawata und der Grandprior des Maltheserordens Diepold von Lobkowitz; außerdem der bis dahin in den kirchlich-ständischen Kämpfen nie genannte Sekretär M. Philipp Fabricius. Von den Ständen fand nur ein Theil in dem Sitzungszimmer Platz, die anderen mußten auf der Treppe Halt machen. Bald nach dem Eintritt der Stände kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen einem der Deputirten, Paul von Riczan, und dem Oberstburggrafen. Alsdann verlas der erstere die Antwort der Stände und legte dabei namentlich Nachdruck auf jene Frage, ob die Statthalter an der Abfassung des kaiserlichen Drohschreibens vom 21. März betheiligt seien. Als der Oberstburggraf eine Antwort hierauf verweigerte, weil dies eine unter den Begriff der Amtsverschwiegenheit fallende Frage sei, und dann Aufschub verlangte, um sich mit den abwesenden Statthaltern, namentlich mit Adam von Waldstein, zu berathen, bemächtigte sich der Stände, unter denen Thurn, Fels und Lobkowitz die lauteste Opposition machten, eine stets wachsende und von den Führern bewußt geschürte Erregung, die sich namentlich stürmisch Luft machte, als Graf Schlick mit Donnerstimme sich gegen Slawata und Martinitz wandte und diese als die Urheber alles Unglücks bezeichnete. Der Haß gegen diese beiden Männer, die in der That an den gegen den Protestantismus gerichteten Maßregeln der Regierung einen hervorragenden Antheil gehabt hatten, machte sich in immer leidenschaftlicheren Kundgebungen geltend, während dem Oberstburggrafen und dem Grandprior

wiederholt die Versicherung ertheilt wurde, daß man gegen sie nichts habe. Als nun aber Thurn, Fels und Lobkowitz den beiden angegriffenen Statthaltern direct zuriefen, es handle sich um ihr Leben, mit dem sie für all ihr Thun büßen müßten, und dann die Frage an die Versammelten richteten, ob das auch ihre Meinung sei, überkam die Versammlung doch ein plötzliches Grausen, so daß kein bejahender Laut die Stille unterbrach. Von Neuem kam es dann noch einmal zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen namentlich Riczan alle die Handlungen der Angegriffenen, durch die sie den Majestätsbrief verletzt hätten, aufzählte und mit den Worten schloß: „Da die Stände thatsächlich überzeugt sind, daß die beiden Herren als Verletzer des Majestätsbriefes anzusehen sind, so erklären sie dieselben für ihre und des Gemeinwohls Feinde.“ Jetzt, in der aufs Höchste gesteigerten Erregung fand diese Erklärung einstimmigen Beifall. Nach einer kurzen erregten letzten Verhandlung, während deren man die für die Angegriffenen in bewegten Worten Fürbitte einlegenden beiden anderen Statthalter, Sternberg und Lobkowitz, aus der Kanzlei gewaltsam entfernte, zogen Thurn und Wilhelm von Lobkowitz Slawata und Martinitz an die Fenster des Zimmers und stürzten sie, von mehreren anderen unterstützt, in den an dieser Stelle achtundzwanzig Ellen tiefen Graben hinab; dann traf den Geheimschreiber Fabricius, gegen den eigentlich gar keine ernstlichen Beschwerden vorlagen, gegen den sich aber der allgemeine Haß an Stelle des entflohenen Sekretärs Michna kehrte, dasselbe Schicksal. Allein wie durch ein Wunder entkamen alle drei dem scheinbar sicheren Tode und vermochten sich fast unverletzt aus dem Bereich ihrer Feinde zu retten, obwohl ihnen noch eine Anzahl von Kugeln nachgesendet wurden. Die Katholiken säumten nicht, diese wunderbare Rettung dem unmittelbaren Eingreifen Gottes oder der Jungfrau Maria zuzuschreiben, während die Protestanten behaupteten, daß die Betroffenen dadurch dem sonst sicheren Tode entgangen seien, daß sie auf einen an dieser Stelle angesammelten Kehrichthaufen fielen.

Daran aber konnte von vornherein kein Zweifel sein, daß durch diesen an hervorragenden Beamten des Kaisers begangenen Gewaltstreich, der allüberall das ungeheuerste Aufsehen machte, eine Aussöhnung der Stände mit Matthias unendlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht war. Wenn die Führer, namentlich Graf Thurn, wirklich, wie nach vielfachen Anzeichen mit Sicherheit anzunehmen ist, einen solchen unheilbaren Bruch mit dem Kaiser beabsichtigt hatten, so war es nun die höchste Zeit, die Consequenzen aus dieser Handlungsweise zu ziehen und den Aufstand im Großen zu organisiren, die Streitkräfte auszurüsten, welche zu offenem Kampfe mit dem Kaiser erforderlich waren. Hierfür war nun die entscheidende Frage, wie sich die übrigen Erbländer der österreichischen Monarchie, die im Jahre 1611 ein enges Bündniß mit den böhmischen Ständen geschlossen hatten, wie sich außerdem die anderen deutschen Staaten zu dieser offenen Gewaltthat der böhmischen Protestanten stellen würden.

Die Organisation des Aufstandes. Klesels Sturz und der Tod des Kaisers Matthias.

Die erste Handlung, welche die böhmischen Stände nach dem verhängnißvollen Fenstersturze vornahmen und vornehmen mußten, war die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Denn wenn auch zunächst zum Scheine die Fiction aufrecht erhalten wurde, daß sich die gewaltsame Erhebung nicht gegen den Kaiser, sondern gegen dessen böhmische Regierung richte, so konnte es doch keinem Zweifel unterliegen, daß man ernsten und schwierigen Verwickelungen entgegenging, für die man vorbereitet sein mußte. Es wurde also eine provisorische Regierung von dreißig Mitgliedern eingesetzt, deren Präsident Wenzel Wilhelm von Ruppa wurde, während Graf Thurn an die Spitze des von den Ständen in aller Eile angeworbenen Heeres trat. In kurzer Zeit war das ganze, seiner überwiegenden Mehrheit nach protestantische Land in offenem Aufruhr. Von dem in Aussicht genommenen allgemeinen Aufgebot, mit dem man traurige Erfahrungen machte, mußten die Directoren sehr bald absehen und sich mit Werbungen begnügen. Mitte Juni waren 3000 Mann zu Fuß und 1100 Reiter ausgerüstet und gemustert, mit denen sich Thurn am 16. Juni gegen die österreichische Grenze in Bewegung setzte. Allein schon jetzt stießen die weiteren in Aussicht genommenen Werbungen, welche das Heer auf 8000 Mann bringen sollten, auf finanzielle Schwierigkeiten, da die 60000 Gulden monatlicher Steuern, welche in die Kassen fließen sollten, nicht ganz regelmäßig eingingen, jedenfalls aber in keiner Weise zur Bestreitung der sehr erheblichen Heereskosten ausreichten. In Folge dessen sahen sich die Directoren zunächst zur Berufung eines Landtags genöthigt, der am 25. Juni von Ruppa eröffnet wurde und in der That außer den im Jahre 1615 votirten Steuern noch weitere 385000 Thaler für die Rüstungen bewilligte.

Vor Allem aber kam es nun darauf an, welche Stellung die übrigen Erbländer zu dem Aufstande einnehmen würden, ob man von ihrer Seite auf thatkräftige Unterstützung rechnen könne. In dieser Beziehung erfüllten sich die Hoffnungen, welche man gehegt hatte, doch nicht in vollem Maße. Zwar fand das Vorgehen der Böhmen überall die wärmsten Sympathieen, aber zunächst beobachteten die einzelnen Länder doch eine ruhige und zuwartende Haltung, obgleich die böhmischen Stände sogleich durch eigene Agenten auf den offenen Anschluß ihrer Verbündeten von 1611 hinarbeiteten. Am schwierigsten für die Aufständischen war die Lage gerade in dem Lande,

von welchem dereinst unter Rudolf der Anstoß zur allgemeinen Empörung ausgegangen war: in Ungarn, weil dort gerade der Reichstag versammelt war, der Ferdinand zum Könige zu wählen und zu krönen bestimmt war. So wurden die zum Anschlusse an Böhmen geneigten protestantischen Elemente durch Ferdinands Anwesenheit in Schach gehalten; sie konnten es nicht einmal verhindern, daß der Abgesandte der böhmischen Stände, der Rector der Prager Universität Dr. Jessenius, von dem neuernannten katholischen Palatin Forgach gefangen gesetzt und nach Wien gebracht wurde. Auch in Ober- und Niederösterreich, wo die Sympathieen für den Aufstand der Böhmen besonders stark waren, konnte zunächst nichts Ernstliches zu seiner Unterstützung geschehen, weil das Prager Ereigniß gar zu plötzlich und unerwartet eingetreten war. Die Stände begnügten sich zunächst damit, dem Kaiser sehr nachdrücklich einen Ausgleich mit den böhmischen Ständen anzurathen. Am sichersten hatten die Böhmen auf den Anschluß Mährens gerechnet; gerade hier aber wurden ihre Hoffnungen vorerst am grausamsten getäuscht, und zwar gerade durch den Mann, auf den man am bestimmtesten gerechnet hatte, durch Karl von Zierotin. Er, welcher dereinst im Jahre 1608 einer der eifrigsten Organisatoren des Aufstandes gegen Rudolf gewesen war, beobachtete jetzt eine gänzlich veränderte Haltung, deren Gründe wahrscheinlich nie mit voller Sicherheit festzustellen sein werden. Das Wahrscheinlichste ist wohl, daß er über die Berechtigung der böhmischen Beschwerden nicht ausreichend unterrichtet war, außerdem aber den Aufstand in diesem Augenblicke für aussichtslos hielt. Genug, er sah in einem friedlichen Ausgleiche zwischen dem Kaiser und den Ständen die einzige Rettung und stellte sich dem ersteren für die zu diesem Zwecke einzuleitenden Verhandlungen zur Verfügung. Je eifriger er aber sich um diese Vermittelung bemühte, um so nachdrücklicher war er gegen jede thatkräftige Unterstützung des böhmischen Aufstandes. Er ließ sich vom Kaiser geradezu dafür gewinnen, in Mähren auf dem am 26. Juni eröffneten Landtage, auf dem sich auch eine böhmische Gesandtschaft eingefunden hatte, direct gegen den Anschluß an Böhmen zu wirken. Durch seinen Einfluß kam der Beschluß zu Stande, daß nicht, wie die Böhmen gebeten hatten, eine Gesandtschaft nach Prag, sondern eine Deputation nach Wien geschickt werde. Und als dann am 13. August Ferdinand selbst einen mährischen Landtag in Brünn eröffnete und diesem die Forderung vorlegte, Mähren solle den kaiserlichen Truppen den Durchzug gestatten, erreichte er wirklich die Annahme derselben, so daß eines der dann nach Böhmen zur Bewältigung des Aufstandes einrückenden Heere thatsächlich seinen Weg durch Mähren nehmen konnte. Dagegen schlugen die den Böhmen günstiger gesinnten schlesischen Stände dem Kaiser den Durchmarsch der in Polen für ihn gesammelten Truppen ab. Hier war es namentlich der Markgraf Johann Georg von Jägerndorf, der eifrig zum offenen Anschlusse an den böhmischen Aufstand trieb.

Zunächst aber schien Zierotin Recht zu behalten; es schien in der That noch einmal trotz der von den Böhmen begangenen Gewaltthat zu ernstlichen

Ausgleichsversuchen zu kommen. Sehr bezeichnend für die Lage ist es vor Allem, daß selbst die kaiserlichen Statthalter in Böhmen, welche die Gefahr der Lage deutlich erkannten, nachdrücklich zu einer friedlichen Beilegung des Conflictes riethen und der Meinung Ausdruck gaben, daß sich eine solche nur erreichen lassen werde, wenn der Kaiser nach Böhmen kommen und die Behandlung der Protestanten und der Kirchengüter „nach dem Gesetz" regeln wolle. Die Statthalter räumten damit offen ein, daß das bisherige Verhalten der kaiserlichen Regierung mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringen sei.

Der alte Kaiser und sein Hauptrathgeber Klesel, die zu ihrer religiösen Restaurationspolitik in erster Linie durch die Umgebung Ferdinands gedrängt worden waren, wären an sich, um Frieden und Ordnung herzustellen, zu einem gewissen Maße von Nachgiebigkeit bereit gewesen. Dagegen erklärte sich Ferdinand entschieden gegen einen Ausgleich und drängte zu entschlossenem Widerstande. Seine Auffassung aber fand eine kräftige Stütze an dem spanischen Gesandten Oñate, der sich geradezu bereit erklärte, bei seinem Könige auf eine thatkräftige Hilfeleistung, die außer einer erheblichen Geldsumme in einem Hilfsheer von 10—12000 Mann bestehen sollte, hinzuwirken.

Da nun aber der Kaiser auf Klesels Rath zunächst an seinen vermittelnden Bestrebungen festhielt und in mehreren, wesentlich milder als die früheren gehaltenen Manifesten an die böhmischen Stände vom 11., 18. und 23. Juni u. A. offen anerkannte, daß dieselben Grund zu Beschwerden hätten, und die Beobachtung aller Privilegien, also auch des Majestätsbriefes und des Vergleichs, zusagte, ohne freilich zuzugeben, daß dieselben bisher nicht beobachtet worden seien, da der Kaiser außerdem die Rüstungen, welche Ferdinand angerathen hatte, nur sehr lässig betrieb, so bemächtigte sich der Kriegspartei, namentlich Ferdinands selbst und des mit ihm einverstandenen Erzherzogs Maximilian, ein solcher Unwille gegen den verantwortlichen Leiter der kaiserlichen Politik, daß sie den Entschluß faßten, denselben gewaltsam aus der Umgebung des Kaisers zu entfernen. Die Erinnerung an den hartnäckigen Widerstand, welcher von dem Cardinal der Ordnung der Nachfolgefrage Jahre lang entgegengesetzt worden war, wirkte dabei ebenfalls mit. Die Umgebung Ferdinands sah in Klesel den Hauptvertreter und Urheber derjenigen Richtung der kaiserlichen Politik, der sie sich stets entgegengestellt hatte. Auch der spanische Gesandte Oñate theilte diese Auffassung und munterte Ferdinand und Maximilian auf, den Sturz Klesels herbeizuführen. Allein an einer directen Gewaltthat gegen ihn theilzunehmen, lehnte er doch ab. Ferdinand und Maximilian aber schritten alsbald zur Ausführung ihres Vorhabens. Am 20. Juli 1618 wurde Klesel, als er sich auf Grund einer vorherigen Verabredung zu einem Besuche beim Erzherzoge Maximilian in der Hofburg einfand, im Vorzimmer gefangen genommen, in einen sechsspännigen Wagen gesetzt und in achttägiger, fast ununterbrochener Fahrt nach Schloß Ambras in Tyrol gebracht und erst in

Ambras selbst, dann in Innsbruck, später im Kloster St. Georgenberg bei Schwaz in strengem Gewahrsam gehalten, bis er endlich nach Jahren (1622) seine Freiheit wieder erhielt und nach weiteren fünf Jahren in seine Heimath zurückkehren durfte, wo er im Jahre 1637 gestorben ist.

Es war ein Gewaltstreich gegen das Haupt des Hauses Habsburg und das Oberhaupt des Deutschen Reiches, der fast ebenso schlimm war, als das Vorgehen, welches dereinst Matthias seinem Bruder Rudolf gegenüber eingeschlagen hatte. Es war gleichsam die Gerechtigkeit des Schicksals, die sich an ihm erfüllte. Die Gefangennahme seines vertrautesten Ministers hat in der That einen niederschmetternden Eindruck auf den Kaiser gemacht. Er war, als er die Kunde davon erhielt, vor Zorn und Entrüstung keines Wortes mächtig. Er weigerte sich einige Zeit, die Veranstalter dieses Gewaltstreiches auch nur zu sehen. Allmählich gelang es aber doch, seinen Unmuth zu besänftigen, ja sogar in gewissem Sinne ihn zu überzeugen, daß die Wirksamkeit des Ministers dem Reiche und den Erblanden Schaden gestiftet habe, daß seine Entfernung daher ein Gebot der Nothwendigkeit gewesen sei. Daß die von Ferdinand und Maximilian auf den Cardinal gehäuften Vorwürfe auch Matthias selbst trafen, der seiner Politik die kaiserliche Sanction gegeben hatte, schien dem Kaiser nach den ersten Tagen der Entrüstung nicht mehr voll und ganz zum Bewußtsein zu kommen. Als Ferdinand und Maximilian am 29. Juli Abbitte leisten wollten, duldete er das, ebenso wie dereinst Rudolf, nicht, sondern umarmte sie und nahm sie wieder zu Gnaden auf.

Die Hauptsache aber war, daß Ferdinand seinen Zweck vollkommen erreichte. Der Kaiser, der seit Jahren sich gewöhnt hatte, von Klesel fast völlig geleitet zu werden, besaß nicht mehr die zu einer wirklich selbständigen Regierung erforderliche Thatkraft, sondern überließ jetzt, da er seines früheren Berathers beraubt war, die Leitung der so sehr complicirten und schwierigen böhmischen Angelegenheit seinem steirischen Vetter, der dann alsbald die Organisirung des Widerstandes gegen die böhmischen „Ketzer und Rebellen" energisch in die Hand nahm. Mit den Klesel'schen Traditionen wurde gründlich gebrochen; er ist nie mehr zu irgend einem Einfluß auf die politischen Geschäfte gelangt.

Auf den weiteren Verlauf der Ereignisse hatte übrigens Klesels Entfernung doch nicht einen so tiefgreifenden Einfluß, wie man wohl hätte erwarten dürfen. Ein wirklich großer Staatsmann war er nie gewesen, und die Tage einer mit kleinen Mitteln arbeitenden Vermittelungspolitik waren nach dem Ereigniß vom 23. Mai ein für alle Mal vorüber. Das hatte sich am deutlichsten in der vollen Wirkungslosigkeit der unter Klesels Einfluß erlassenen, milderen und versöhnlicheren Manifeste des Kaisers gezeigt. Der Conflict zwischen dem Staatsoberhaupte und seinen von ihm in ihren verbrieften Rechten bedrohten und gekränkten Unterthanen ließ sich auf dem Wege einer mehr oder minder schwächlichen Vermittelung nicht mehr lösen.

Ferdinand war von vornherein entschlossen, mit voller Energie die Waffen in Bereitschaft zu setzen und es auf eine kriegerische Entscheidung ankommen zu lassen.

Die Aussichten für eine solche lagen nun allerdings zunächst für ihn traurig genug. In Ungarn hatte er zwar am 1. Juli vom Preßburger Reichstage seine Wahl und Krönung endlich nach langwierigen Verhandlungen, nicht ohne mancherlei Concessionen von seiner Seite durchgesetzt. Aber auf eine thatkräftige Unterstützung in seinem Kampfe gegen die Böhmen konnte er doch auch dort in keinem Falle rechnen. In Ober- und Niederösterreich aber herrschte eine starke Gährung gegen die kaiserliche Regierung, die über kurz oder lang zu einem Anschlusse an die Böhmen führen zu müssen schien. Gleichwohl zagte und zauderte Ferdinand nicht, sondern betrieb die Rüstungen mit großem Eifer. Im August war das Heer auf 14 000 Mann gebracht. Den Oberbefehl erhielt Buquoy, unter dessen Leitung Khuen und Dampierre standen. Der letztere brach alsbald mit 6000 Mann in Böhmen ein und drang bis Neuhaus vor.

Allein wenn Ferdinand geglaubt hatte, daß die Widerstandsfähigkeit der Böhmen alsbald bei dem Erscheinen eines kaiserlichen Heeres in sich zusammenbrechen werde, und diesen Glauben auch bei seinen Heerführern zu erwecken gesucht hatte, so sah er sich grausam getäuscht. Schon das erste geplante Unternehmen, die Einnahme von Neuhaus, scheiterte; die Besatzung verweigerte die Uebergabe, Dampierre mußte sich auf Bystric zurückziehen. Und auch als Khuen durch Mähren bis nach Polna in Böhmen vordrang und sich hier am 2. September mit Buquoy, vier Tage darauf bei Deutschbrod mit Dampierre vereinigte, trat die erhoffte Auflösung der böhmischen Truppen keineswegs ein; im Gegentheil, das kaiserliche Heerlager gerieth in Folge der leidenschaftlich feindseligen Gesinnung der Bevölkerung alsbald in einen so drückenden Mangel an Verpflegung und Munition, daß dadurch die beabsichtigten Operationen sehr erheblich erschwert wurden. Außerdem aber erkannte Buquoy nach kurzer Zeit mit voller Klarheit, daß auch die militärische Rüstung und Führung der Böhmen keineswegs so unbedeutend war, als man sie in der Umgebung Ferdinands anzusehen gewöhnt war. Vielmehr geboten die böhmischen Stände, welche neben Thurn noch einen zweiten Generallieutenant in dem Grafen von Hohenlohe gewonnen hatten, über ein Heer von 10—12 000 Mann, und ein neuer, gegen Ende August eröffneter böhmischer Landtag hatte weitere umfassende Aushebungen angeordnet. Gleichzeitig aber war es den böhmischen Ständen durch einen ganz unerwarteten Glücksfall gelungen, für ihr Heer eine neue, sehr werthvolle Verstärkung unter einem kühnen Führer zu finden. Der Graf Ernst von Mansfeld trat mit einer Armee von 2000 Mann, die bisher im Dienste des Herzogs Karl Emanuel von Savoyen gestanden hatte, in ihre Dienste.

Graf Ernst von Mansfeld, der in den kriegerischen Verwickelungen der nächsten Jahre eine hervorragende, wenn auch nicht immer rühmliche Rolle



General Graf von Buquoy.

Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

spielen sollte, hatte ein abentheuerliches und bewegtes Leben hinter sich, als er durch einen Zufall in böhmische Dienste verschlagen wurde. Er war als natürlicher Sohn des Fürsten Peter Ernst von Mansfeld im Jahre 1580 geboren. Schon als dreiundzwanzigjähriger junger Mann hatte er sich in den Kämpfen in Ungarn ausgezeichnet und war damals in nähere Beziehungen zu Matthias getreten. Allein seine zügellose Lebensweise hatte ihn dort in eine häßliche Spiel- und Duellgeschichte verwickelt, in deren Folge er seine Stellung niederlegen mußte. Dann hatte er in Belgien ein Reiterregiment befehligt, das sich aber durch Mangel an Disciplin, durch Räubereien und Gewaltsamkeiten aller Art auszeichnete und so gleichsam einen Vorgeschmack der Art der Kriegführung gab, welche Mansfeld später im dreißigjährigen Kriege in ein förmliches System gebracht hat. Später trat er in die Dienste des Erzherzogs Leopold bei dessen Jülicher, gegen die Protestanten gerichteten Werbungen; er fiel dort in die Hände des Grafen von Solms, der für Brandenburg und Kurpfalz das Commando in Düren führte, und trug dann keine Bedenken, aus den Diensten Leopolds in die seiner Gegner überzugehen. Endlich übernahm er die Führung eines von dem Herzoge von Savoyen in seinem Streit mit Spanien über Montferrat angeworbenen Heeres, das dann im Juni 1618 nach Beilegung dieses Streites aufgelöst werden sollte. Da erfuhr der Herzog, der nicht bloß zu der spanischen Linie, sondern zu dem gesammten Hause Habsburg in einem Verhältniß äußerster Feindseligkeit lebte, von dem Ausbruche des böhmischen Aufstandes, in dem er alsbald eine unvergleichliche Gelegenheit, die Machtstellung der Habsburger zu bedrohen und in ernste Gefahr zu bringen, erkannte. Er theilte daher sofort, ohne erst von böhmischer Seite darum angegangen zu werden, dem Grafen Mansfeld seinen Entschluß mit, daß er von den 4000 Mann, die unter dessen Commando standen, die Hälfte weiter erhalten und den Böhmen zu Hilfe schicken wolle, wenn dies Geheimniß — denn offen wollte er noch nicht gegen das Haus Habsburg auftreten — nur drei Personen mitgetheilt werde: dem Kurfürsten von der Pfalz, dem Fürsten Christian von Anhalt und dem Markgrafen von Ansbach. Der Oeffentlichkeit gegenüber sollte also Mansfeld selbständig zu handeln und aus eigenem Entschlusse in die Dienste der Böhmen zu treten scheinen. Den Böhmen gegenüber aber trat der Kurfürst von der Pfalz, der sowohl mit ihnen als mit dem Herzog in sehr intimen Verhandlungen stand und den ersteren alsbald schon im Juli seine Hilfe zusagen ließ, als derjenige auf, dem sie diese Verstärkung ihres Heeres zu verdanken hätten. Der Kurpfälzer übernahm diese Rolle um so lieber, als er sich die Böhmen dadurch, ohne selbst etwas dafür leisten zu müssen, zu Dank verpflichtete und doch dem Kaiser gegenüber behaupten konnte, daß Mansfeld aus eigenem Antriebe handele, indem er in die Dienste der Böhmen trat.

Eben in den Tagen, in denen die kaiserlichen Heerführer von verschiedenen Seiten in Böhmen einrückten, trat nun Mansfeld als General der Artillerie

in das böhmische Heer ein und rückte mit seinen Truppen in die Gegend von Pilsen. Zwischen dieser Stadt und Klattau schlug er seine Quartiere auf. Gleichzeitig eilte Graf Thurn nunmehr nach Czaslau, wo sich seine Truppen inzwischen concentrirt und durch neue Zuzüge verstärkt hatten. Er stand dort in unmittelbarer Nähe der von Deutschbrod heranrückenden kaiserlichen Truppen, wich aber einer von diesen angebotenen Schlacht aus, weil er wußte, daß der große Mangel im kaiserlichen Heere dies auch ohne Kampf zum Rückzuge nöthigen werde. Es kam nur zu einigen kleinen Scharmützeln. In der That hatte Thurn richtig gerechnet; als am 17. September Hohenlohe mit frischen Streitkräften und einem Artillerieparke bei ihm eintraf, blieb Buquoy in Folge des drückenden Mangels an Lebensmitteln nichts anderes übrig, als sich gegen Ledec zurückzuziehen.

Noch bei Weitem günstiger wurde die Lage der Böhmen, als im October der schlesische Fürstentag, der bisher in seinen Berathungen unentschieden hin und her geschwankt hatte, den Beschluß faßte, sich dem böhmischen Aufstande anzuschließen, und den Markgrafen von Jägerndorf mit einem Heere von 3000 Mann den Böhmen zu Hilfe schickte.

Jetzt wurde Buquoys Lage in der That von Tag zu Tage schwieriger, da er weder neue Truppen noch Verpflegung vom kaiserlichen Hofe erhielt; ebenso erging es der kaiserlichen Besatzung von Budweis, deren Commandant Aulner dringend um Hilfe bat.

Vergebens versuchte der Kaiser jetzt, bei verschiedenen katholischen Fürsten, namentlich bei dem Herzoge Maximilian von Bayern und dem Erzbischofe von Salzburg, Hilfe an Geld und Munition zu erlangen. Als diese Versuche scheiterten, beschloß der kaiserliche Hof, die Vorräthe des städtischen Zeughauses in Wien in Anspruch zu nehmen. Allein die Bürgerschaft verweigerte entschlossen ihre Zustimmung. In dieser stetig wachsenden Nothlage, in die man durch die Unterschätzung der böhmischen Streitkräfte gerathen war, gewannen am kaiserlichen Hofe die Anhänger des Friedens wieder an Einfluß. Selbst Buquoy, der die gänzliche Unzulänglichkeit der kaiserlichen Streitkräfte deutlich erkannte, rieth energisch zu einem friedlichen Ausgleiche. Aber zu wirklich ernstlichen Verhandlungen, die in der That durch Vermittelung Zierotins versucht wurden, ließ es der weitere Fortgang der kriegerischen Operationen nicht kommen. Schon hatte Mansfeld mit der Belagerung der katholisch und kaiserlich gesinnten Stadt Pilsen begonnen, Buquoy und Dampierre aber wurden von Thurn mit so überlegenen Streitkräften bedrängt, daß sie sich gegen Ende October zu weiterem Rückzuge entschließen mußten, den der erstere gegen Neuhaus und Budweis nehmen wollte, während der letztere noch eine Zeit lang bei Pilgram stehen blieb, um den Rückzug nach Mähren vorzubereiten. Aber bevor er noch seinen Rückmarsch antreten konnte, wurde Dampierre am 3. November von Thurn in seinem Lager bei Pilgram angegriffen, erlitt starke Verluste und mußte nun den Rückzug mit erheblich geschwächten Kräften ausführen. An diesem Siege Thurns hatten bereits die

schlesischen Hilfstruppen thätigen Antheil genommen. Noch größer als der tactische war aber der moralische Erfolg, den Thurn dadurch gewonnen hatte. Die Niederlage Dampierres steigerte bei den Mähren die Neigung zum Anschlusse an Böhmen in dem Grade, daß sie dem auf dem Rückzuge nach Iglau begriffenen kaiserlichen Heere den Eintritt in diese Stadt verweigerten, so daß dasselbe, durch die Niederlage schon erheblich desorganisirt, nunmehr völliger Auflösung anheimfiel.

Während dieser Kämpfe Dampierres mit Thurn hatte Buquoy am 5. November vergeblich versucht, Neuhaus mit Sturm zu nehmen. Vier Tage darauf erlitt vielmehr auch er unweit Budweis eine Niederlage durch Thurn, in welcher er selbst verwundet wurde. Und um das Unglück des kaiserlichen Heeres voll zu machen, fiel am 21. November auch die hartnäckig vertheidigte Stadt Pilsen durch Sturm in Mansfelds Hände. Hätte sich Thurn in diesem Augenblicke auf das durch seine Niederlage und den beständigen Rückzug stark geschwächte Heer Buquoys geworfen, so wäre der Kaiser in eine im höchsten Maße gefährliche Lage gerathen. Allein statt dessen ließ er gegenüber Buquoy nur ein Beobachtungscorps unter Hohenlohe zurück und unternahm, den zweiten Schritt vor dem ersten versuchend, mit 4000 Mann einen Einfall ins österreichische Gebiet. Dort aber gelang es ihm wohl vorübergehende Vortheile, aber keinen dauernden Erfolg zu erringen. Zwar warf er Dampierre, der inzwischen neue Zuzüge erhalten hatte und mit diesen nach Oesterreich herbeigeeilt war, zurück, so daß man ernstlich für Wien zu fürchten begann, aber seine Hoffnungen auf den sofortigen Anschluß der österreichischen Stände verwirklichten sich zunächst nicht. Zwar erschien Starhemberg in seinem Lager und verhandelte mit ihm über die Dislokation der Truppen, aber den offenen Anschluß an den Aufstand machte er von dem Verhalten Mährens abhängig. Und da es dort Zierotin, der fest bei seiner Friedens- und Vermittelungspolitik stehen blieb und nicht dahin zu bringen war, für eine Unterstützung des Aufstandes zu wirken, trotz der Anwesenheit Thurns und Tschernembls, die schleunigst nach Brünn gereist waren, noch einmal gelang, die stürmisch den Anschluß an Böhmen verlangenden mährischen Protestanten von dieser Absicht abzulenken und zu dem Beschluß zu bestimmen, daß man dem Kaiser nur energisch zu einem Ausgleiche rathen solle, so wurde dadurch auch der Anschluß Oesterreichs und damit Thurns ganzes Unternehmen vereitelt, welches bei einer Vereinigung der österreichischen und mährischen Truppen mit den böhmischen den Kaiser in eine fast rettungslos verlorene Lage versetzt hätte. So aber entging er noch einmal der ihm drohenden Gefahr; Thurn mußte, zumal auch in seinem Heere in Folge der jämmerlichen Schäden der ständischen Heeresverwaltung empfindlicher Mangel an Lebensbedürfnissen ausbrach, Oesterreich wieder verlassen. Da nun während des Winters die weiteren Operationen ruhten, so konnten die von den böhmischen Truppen errungenen Vortheile zu einem dauernden Erfolge nicht führen. Der Winter wurde nun von beiden kämpfenden Parteien eifrig benutzt, um sich neue Hilfs-



General Graf von Dampierre.

Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian (1581 — 1662).

quellen sowohl im eigenen Lande, als durch Verhandlungen mit fremden Staaten zu erschließen.

Den Böhmen kam es vor Allem darauf an, sich der kurpfälzischen Hilfe, welche ihnen schon im Juli angeboten worden war und nach ihrer Meinung ihnen die Verstärkung ihres Heeres durch Mansfeld verschafft hatte, auch für die Zukunft zu versichern. In der That durften sie von dieser Seite mit Bestimmtheit auf Unterstützung rechnen; denn alsbald nach dem Ausbruche des böhmischen Aufstandes hatten die pfälzischen leitenden Staatsmänner mit der Möglichkeit, daß ihr Kurfürst die böhmische Königskrone erlangen könne, zu rechnen begonnen. Sich für dieses ebenso aussichtsvolle wie gefährliche Unternehmen den nothwendigen Rückhalt auswärtiger Hilfe zu verschaffen, war während des Winters ihr eifrigstes Bestreben. Vor Allem wünschten die pfälzischen Räthe, die Verbindung mit dem Herzoge von Savoyen fester zu gestalten, ihn dazu zu vermögen, daß er die Mansfeldschen Truppen weiter besolde, außerdem aber ein wirkliches Bündniß mit ihm abzuschließen und dieses, wenn möglich, auch auf Venedig auszudehnen; sie hofften von dieser reichen Stadt zum wenigsten eine ansehnliche Geldhilfe erlangen zu können.

Um alle diese Ziele zu erreichen, wurde im Oktober 1618 Christoph von Dohna nach Turin geschickt. Er fand bei Karl Emanuel freundliche Aufnahme und volles Verständniß für seine auf eine Schwächung der habsburgischen Monarchie abzielenden Pläne. Allein die Gefahren des weiteren Kampfes allein oder gar ohne irgend einen greifbaren Vortheil für sich selbst auf sich zu nehmen, war der Herzog doch keineswegs geneigt. Er schlug vielmehr den Anschluß einer umfassenden Allianz mit England, Frankreich, Holland und Venedig vor, von denen jeder 25 bis 30000 Dukaten monatlich zahlen sollte. Seine eigenen Hilfeleistungen machte er davon abhängig, daß zum wenigsten Jacob I. von England seine energische Unterstützung zusage. Weiter war vorerst nicht zu gelangen. Venedig schlug jede Hilfeleistung von vornherein ab.

Einer zweiten pfälzischen Gesandtschaft gegenüber, an deren Spitze Mansfeld stand, trat dann der Herzog weit offener und rückhaltloser mit einem umfassenden Plane hervor, der auf nichts mehr und nichts weniger hinauslief als auf eine vollständige Zerstückelung der österreichischen Monarchie. Aber ehe man hierüber zu näheren Abmachungen gelangte, wurde die ganze Lage durch den Tod des alten Kaisers Matthias verwandelt.

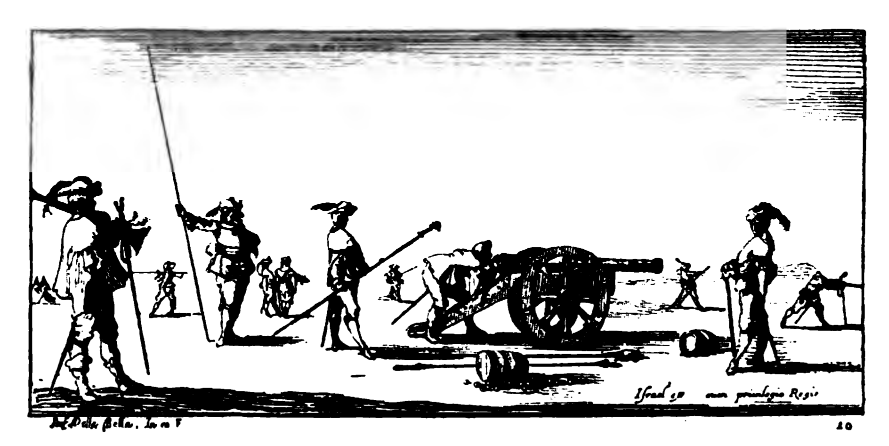
Zu gleicher Zeit war aber von pfälzischer Seite auch unmittelbar mit den Böhmen selbst verhandelt worden. Der dorthin geschickte Gesandte, auch ein Dohna, mit Vornamen Achatius, hatte von Wenzel von Ruppa die bestimmte Erklärung erhalten, daß man, um die Situation zu klären, den Kurfürsten von der Pfalz zum Könige von Böhmen machen wolle. Jetzt also trat dieser Gedanke dem jungen Kurfürsten Friedrich V. zum ersten Male in greifbarer Gestalt entgegen. Wir erfahren von ihm selbst und aus seiner Umgebung, daß er, als der Gedanke nun Wahrheit werden zu wollen schien, doch von

furchtbaren Zweifeln und Seelenkämpfen heimgesucht wurde. Von den Gefahren, die mit einem eventuellen Eingehen auf den Plan verbunden waren, ganz abgesehen, mußte er sich nunmehr doch ernstlich die Frage vorlegen, ob er, ein Fürst von Gottes Gnaden, der von diesem eingeborenen Fürstenrechte eine sehr hohe Vorstellung hatte, die Hand zu einem Unternehmen bieten dürfe, bei dem verbriefte Fürstenrechte angegriffen wurden. Wohl lockte ihn der Glanz der Königskrone, und diese Lockung wurde noch durch die Rathschläge seiner Umgebung, namentlich des Fürsten Christian von Anhalt, verstärkt, aber doch konnte er sich auch den ernsten Bedenken, die dagegen obwalteten, nicht verschließen. Er beschloß zunächst, den Rath seines Schwiegervaters, des Königs Jacob von England, einzuholen, von dessen Entschließung ja auch der Herzog von Savoyen die seinige abhängig gemacht hatte.

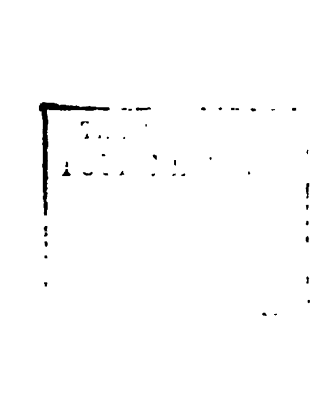
Hier aber fand er keinerlei Aufmunterung zu dem ihm angetragenen Unternehmen. Die Verhandlungen seines Gesandten, wiederum jenes Christoph von Dohna, der vor Kurzem erst in Turin gewesen war, scheiterten vielmehr vollkommen. Jacob I., der an sich wenig zu so weit aussehenden Unternehmungen und zu energischen Entschlüssen neigte, war um so weniger Willens, die pfälzischen Pläne zu unterstützen, als er eben damals in Verhandlungen mit Spanien über eine Heirath zwischen dem Prinzen von Wales und der Infantin Maria stand und in Folge dessen nichts mehr scheute, als einen offenen Conflict mit dem Hause Habsburg. Recht eigentlich im Gegensatz zu jenem pfälzischen Plane erbot er sich vielmehr nur zu vermitteln, und zwar unter der Bedingung, daß die Böhmen unter die Herrschaft des Hauses Habsburg zurückkehrten. Er ließ den Kurfürsten vor jeder Uebereilung warnen und drückte sich sehr vorsichtig dahin aus, er habe gegen die Erhebung seines Schwiegersohnes nach dem Tode des Kaisers nichts einzuwenden, wenn die Wahl eine berechtigte (legitima) sein würde, d. h. wenn den Böhmen wirklich ein Wahlrecht zustehe. Auf Unterstützung von dieser Seite war also in einem hierüber entbrennenden Kampfe nicht zu rechnen.

Auf der andern Seite hatten auch die Verhandlungen zwischen dem Kaiser, der in Folge der Versuche Buquoys den Mahnungen der Friedenspartei wieder mehr als früher sein Ohr öffnete, und den böhmischen Ständen nicht geruht. Allein sie hatten von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg, da Ferdinand gegen jedes weitere Zugeständniß an die böhmischen Protestanten mit Energie eintrat und erklärte, er wolle „eher sterben und verderben, als den Böhmen etwas über den Majestätsbrief hinaus bewilligen". Aber auch auf böhmischer Seite war die Neigung zum Ausgleiche nur sehr gering. Wenn das Streben bei einigen der Führer der Bewegung ab und zu einmal ernstlich zu Tage trat, so wußte die Kriegspartei, an deren Spitze Thurn und Smiricky standen, dem stets rechtzeitig und nachdrücklich entgegen zu treten. Bei ihr war seit langer Zeit die Ueberzeugung vorherrschend, daß eine Sicherung der protestantischen und ständischen Privilegien nur möglich sei, wenn man die Herr-

schaft des Hauses Habsburg endgiltig abschüttele. Schließlich gelang es zwar doch, einen Ausgleichstag auf den 14. April nach Eger anzusetzen; allein ehe derselbe herannahte, starb der alte Kaiser Matthias (20. März 1619), und damit ging die Herrschaft in den österreichischen Erblanden endgiltig auf Ferdinand über. Dadurch aber wurde die Lage der Dinge so von Grund aus verändert, daß an einen ernstlichen Versuch einer friedlichen Beilegung des Conflicts nicht mehr zu denken war. Die Alles beherrschende Frage wurde jetzt vor Allem, ob es Ferdinand gelingen werde, auch im Reiche der Nachfolger seines verstorbenen Vetters zu werden.

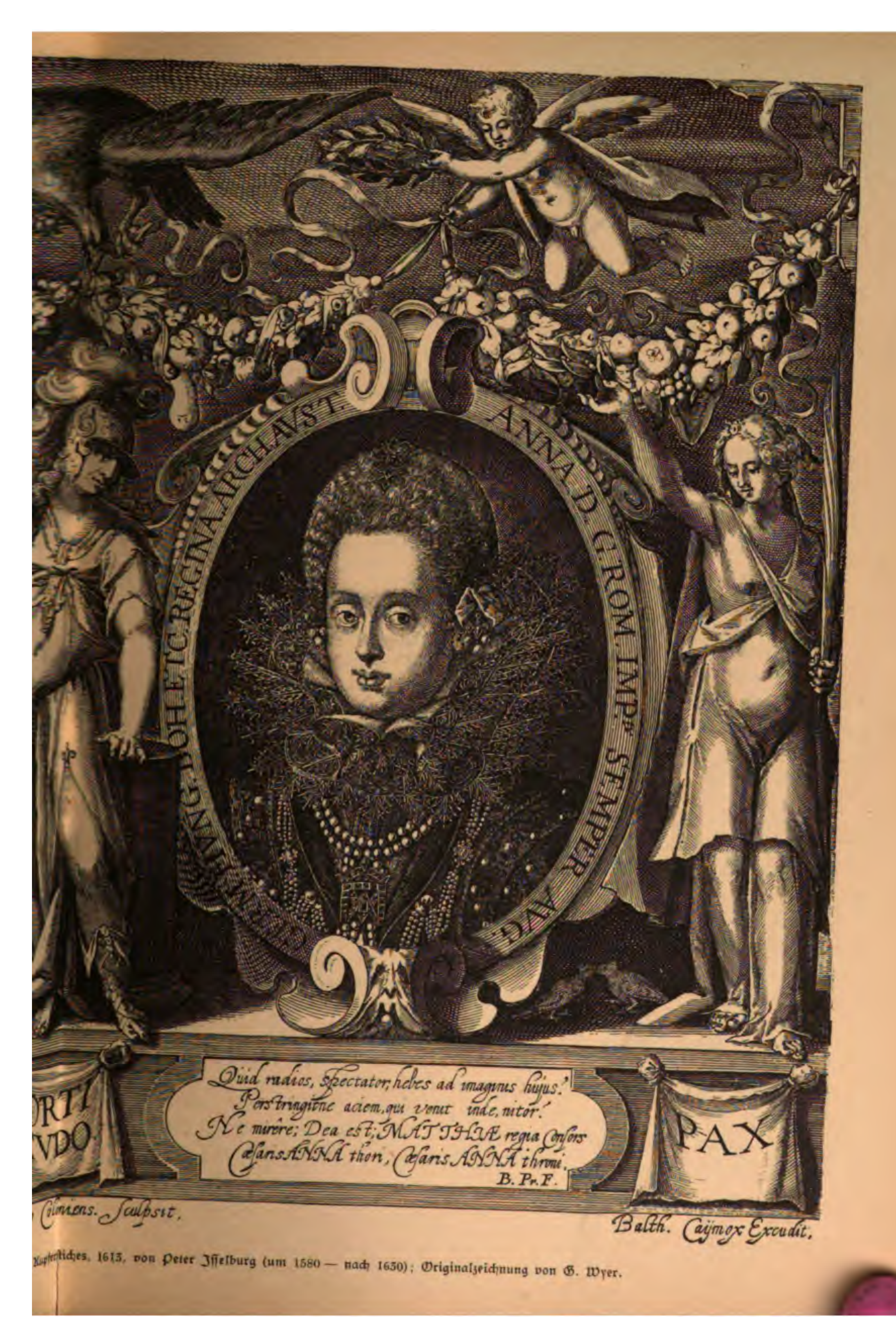


Das Geschütz.
Facsimile der Radierung von Stefano della Bella (1610—1664).

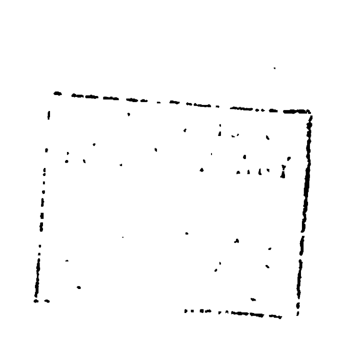




Kaiser Matthias und seine Gemahlin Anna. Verkleinertes Facsimile des Kupfer



Kupferstiches, 1613, von Peter Isselburg (um 1580 — nach 1650); Originalzeichnung von G. Wyer.



Die Wahl Ferdinands zum deutschen Kaiser.

Seit Jahren schon waren die Augen aller Katholiken im Reiche mit großen, hochgespannten Erwartungen, die aller Protestanten mit ernster Besorgniß auf Ferdinand gerichtet gewesen. Beide sahen in ihm den festesten Hort des Katholicismus, den strengsten Eiferer gegen jedes Zugeständniß an die Protestanten. Und gewiß hatten sie Recht darin. Mit welcher durch nichts zu erschütternden Ausdauer, durch keinen Widerstand beirrten Härte hatte er dereinst als ganz junger Herrscher, als er kaum die Zügel der Regierung in die Hand genommen hatte, in seinen steirischen Erblanden den Protestantismus, der auch dort zu einer überwiegenden Stellung gelangt war, nicht allein niedergehalten, sondern so gut wie vernichtet! Was Niemand für möglich gehalten hätte, war ihm gelungen: er hatte ein fast völlig protestantisches Land in kurzer Zeit dem Katholicismus wieder gänzlich unterworfen. Nachdem er zuerst die Lutheraner aus seiner Umgebung verbannt hatte, war er im Lande mit den strengsten Maßregeln vorgegangen. Ohne Weiteres wurden den protestantischen Bauern katholische Pfarrer gegeben. Wer sich nicht fügen wollte, wurde zur Auswanderung gezwungen. Als der protestantische Adel auf die Privilegien hinwies, die ihm von Ferdinands Vater ertheilt worden waren, gab er ohne Zögern die Erklärung ab, daß ein Fürst an Freibriefe, die ihm nachtheilig seien, nicht gebunden sei. Starr und rücksichtslos hielt er an dem fest, was er sich vorgenommen hatte. In dieser Energie auf kirchlich-religiösem Gebiete, die im Grunde mehr eine passive als eine active war, mehr auf einer unbedingten kirchlichen Hingebung, als auf eigenen freien Entschließungen beruhte, lag seine vornehmste Stärke. Es mußte sich jetzt zeigen, wie sie sich größeren Verhältnissen gegenüber bewähren werde. Es stand nicht so ganz, wie die Katholiken wohl annahmen, außer Frage, ob er den großen Schwierigkeiten, die sich ihm im Augenblicke, da der alte Kaiser Matthias starb, entgegenstellten, wirklich in vollem Maße gewachsen sein werde. So groß seine Erfolge in Steiermark gewesen waren, so verdankte er sie doch nicht eigentlich großen staatsmännischen Eigenschaften. Es fehlte ihm im Gegentheil durchaus an dem weiten, von dem Nächstliegenden zum Allgemeinen sich erhebenden Blick, der den wahren Staatsmann ausmacht. Er war mehr Mönch als Politiker; seine Thatkraft mehr die des religiösen Fanatikers, als die des großen Herrschers. Er war ein echter und durch und durch überzeugter Zögling der Jesuiten.

Als Sohn des Erzherzogs Karl von Steiermark und seiner Gemahlin Maria, einer gebornen Herzogin von Bayern, einer eifrigen, von der Wahrheit und Allgemeingiltigkeit ihres Glaubens völlig durchdrungenen Katholikin, im Jahre 1578 geboren, hatte er die entscheidenden Eindrücke seiner Jugend auf der Jesuiten-Universität in Ingolstadt in sich aufgenommen, die er zugleich mit seinem etwas älteren Vetter Maximilian von Bayern besucht hatte. Hier hatte er sich völlig mit dem Gedanken der hohen kirchlichen Aufgabe seines Herrscherberufes erfüllt, der ihn nie wieder verlassen hat, den er vielmehr auch in den kritischsten Augenblicken seines Lebens, in festem Vertrauen darauf, daß ihm die Hilfe der Vorsehung dabei nicht fehlen könne, stets festhielt. Auf einer Reise nach Italien, die er vor dem Antritt seiner Regierung in Steiermark unternahm, hatte er in der Kapelle von Loretto das feierliche Gelübde abgelegt, daß er selbst mit Gefahr seines Lebens alle Sekten und Irrlehren aus den von ihm ererbten Ländern vertreiben werde. Aeußerungen verwandten Inhalts wurden in großer Anzahl von ihm verbreitet. Er sollte einmal erklärt haben, er wolle lieber über eine Wüste herrschen, als über ein Land von Ketzern. Ohne eigentlich grausam zu sein, war er doch keineswegs wählerisch in der Wahl der Mittel, um diesen seinen kirchlichen Zweck zu erreichen. Er selbst trug seine kirchliche Gesinnung, die ohne Zweifel auf wirklicher Ueberzeugung beruhte, überall offen zur Schau. Er konnte sich in kirchlichen Ceremonien, Theilnahme an Processionen und frommen Uebungen aller Art, nie genug thun. Er ging in der Bethätigung dieser Gesinnung, die sich in lobenswerther Weise auch in seiner verschwenderischen Fürsorge für die Armen zeigte, so weit, daß er zuweilen sehr erheblich in der Erfüllung seiner Regentenpflichten dadurch gehindert wurde. In den weltlichen Geschäften zeigte er sich stark abhängig von seiner Umgebung. Sein Günstling, der Freiherr von Eggenberg, gewann einen fast unumschränkt beherrschenden Einfluß auf ihn. Aber auch sonst fehlte ihm, soweit es sich nicht um specifisch kirchliche Dinge handelte, die Fähigkeit eigener großer Entschlüsse. Er ließ sich vielmehr vollkommen von seinen geheimen Räthen leiten. Stets schloß er sich der Meinung der Mehrheit im Geheimen Rathe, dessen Sitzungen er gewissenhaft und regelmäßig beizuwohnen pflegte, an; es ist uns kein einziger Fall überliefert, in welchem er dessen Gutachten entgegen gehandelt oder sich auch nur der Meinung der Minderheit im Geheimen Rathe angeschlossen hätte. Es fehlte ihm durchaus an den großen, schöpferischen Gedanken eines wirklich originalen Kopfes, wohl aber besaß er den Starrsinn und die Ausdauer, die dazu gehört, an einem einmal gefaßten Gedanken mit vollem Nachdruck und unerschütterlich festzuhalten. Er war im Stande, Alles, Leib und Leben, Reich und Unterthanen daran zu setzen. Und dieser Eine Gedanke, für den er Alles, was ihm theuer und werth war auf Erden, preiszugeben bereit war, war eben der der Wiederherstellung des Katholicismus, der Unterdrückung jeglicher Ketzerei. Nur in dieser Einen Richtung bewährte sich seine Energie unter allen Umständen. Sonst war er leutselig und zugänglich gegen Jeder-

mann, gern zu helfen und zu spenden bereit. Die brutale und rücksichtslose, einsam fanatische Grausamkeit eines Philipp II. lag ihm völlig fern. Er verkehrte gern mit Menschen, mit Vorliebe sogar mit solchen niederen Ranges. Selbst im Verkehr mit Gegnern konnte er freundlich und liebenswürdig sein. Aber von den Maßregeln, die er gegen sie plante, ließ er sich darum nicht abbringen. Er vollzog sie ohne Haß und Grausamkeit, aber auch ohne jede persönliche Rücksicht. Es klingt ganz glaubhaft, wenn versichert wird, daß er bei den harten Maßregeln, die er gegen die Ketzer verordnete, oft Thränen vergossen und erklärt habe, er gäbe sein Leben darum, wenn er dadurch alle Ketzer gesund machen könne. Ihre Bekämpfung erschien ihm als eine religiöse Pflicht, gleichsam auch gegen sie selbst. Jede Politik der Nachgiebigkeit und der Vermittelung, wie sie dereinst Klesel eingeschlagen hatte, erschien ihm als frevelhaft; an seinem kirchlichen Standpunkte hielt er mit einer Entschlossenheit fest, die fast mehr Starrsinn als Energie war. Aber waren diese Eigenschaften ausreichend, um ihn der ungewöhnlich schwierigen Aufgabe gewachsen zu machen, die seiner harrte? Gewiß wird man das nicht behaupten wollen. Wenn er trotzdem, wie einst in Steiermark, so jetzt in den gesammten habsburgischen Erblanden und später im Reiche Erfolge errang, so hat er das neben jener passiven Energie, die ihn nie verließ, vor Allem der Schwäche, Uneinigkeit und Unfähigkeit seiner Gegner zu verdanken gehabt. Gleich am Anfange seiner Regierung aber schien es doch, als wenn er den durch den böhmischen Conflict heraufbeschworenen Gefahren erliegen werde.

Alsbald nach Matthias' Tode eilte Ferdinand nach Oesterreich, um auch dort die Regierung in die Hand zu nehmen. Allein sowohl in Ober- als in Niederösterreich wollte man seine Berechtigung dazu durchaus nicht ohne Weiteres anerkennen. Die Stände erklärten ihm, daß mit der Krone Böhmens und Ungarns keineswegs nothwendig die Regierung in Oesterreich verbunden sei. Sie meinten, daß dem Erzherzoge Albrecht, dem jüngeren Bruder des verstorbenen Kaisers Matthias, das nähere Recht zustehe. Ob dies nun wirklich ihre Meinung oder nur ein Vorwand war, um sich der Herrschaft Ferdinands zu entziehen, bleibe dahingestellt. Wahrscheinlicher ist das Letztere; denn sonst würde es haben Eindruck auf sie machen müssen, als Ferdinand ihnen einen Revers Albrechts vorlegte, in welchem dieser auf seine Ansprüche auf Oesterreich zu Gunsten Ferdinands verzichtete. Das hielt die Stände aber durchaus nicht ab, auf ihrem Widerstand gegen Ferdinand zu beharren. Nur die katholischen Mitglieder waren geneigt, ihn anzuerkennen. Dadurch wurde in Ober- und Niederösterreich eine vollständige Trennung der katholischen und der protestantischen Stände zu eigenen Organisationen herbeigeführt. In Oberösterreich wählten die Protestanten sogar geradezu einen Landeshauptmann, Herrn von Pohlheim, und traten durch Gotthard von Starhembergs Vermittelung in enge Beziehungen zu den Führern des böhmischen Aufstandes.

Diesen aber war inzwischen ein neuer schwerer Schlag gegen die Herrschaft Ferdinands in den Erbländern gelungen. Durch einen im Einverständniß

mit einigen eingesessenen Edelleuten von Thurn unternommenen Einfall nach Mähren waren die böhmischen Sympathieen der Bevölkerung, welche bisher durch Zierotins Friedens- und Vermittelungskunst niedergehalten worden waren, so mächtig emporgelodert, daß sich auch dieses Land offen dem Aufstande der Böhmen gegen die habsburgische Herrschaft angeschlossen hatte. Am 23. April hielt Thurn seinen Einzug in Iglau. Vergeblich versuchte Zierotin, der seiner bisherigen Haltung nach wie vor getreu blieb, seine Standesgenossen von dem extremen Schritte zurückzuhalten; er hatte durch seine Haltung in den letzten Jahren jeden Einfluß bei ihnen verloren. Es kam sogar so weit, daß über ihn, den jahrelangen Führer der ständischen Bewegung, ebenso wie über den Cardinal Dietrichstein, von den Ständen ein strenger Hausarrest verhängt wurde. Sowie aber die mährischen Stände den Anschluß an Böhmen beschlossen hatten, wurden auch ihre Truppen von der Bewegung ergriffen und versagten den beiden ferdinandisch gesinnten Obersten Georg von Nachod und Albrecht von Wallenstein, die sie dem Könige erhalten und aus Mähren wegführen wollten, den Gehorsam. Nur Wallenstein, der hier zum ersten Male sich ein großes Verdienst um Ferdinand erwarb, gelang es, wenigstens einen Theil seines Regiments und eine ständische Kasse in Höhe von 90 000 Thalern, deren er sich bemächtigt hatte, dem schwer bedrängten Könige zuzuführen. Die Stände aber gingen nun daran, ähnlich wie es die böhmischen gethan hatten, ihr Land unabhängig vom Könige und im Gegensatze zu ihm zu organisiren. Der Landeshauptmann Ladislaw von Lobkowitz wurde abgesetzt und an seiner Statt eine Regierung von dreißig Directoren gebildet, von denen zwölf aus dem Herren-, zwölf aus dem Ritter- und sechs aus dem Bürgerstande entnommen wurden.

Dieser Erfolg der Böhmen in Mähren aber bildete alsbald auch das Signal zu stürmischen Bewegungen in Oesterreich. Starhemberg richtete geradezu an Thurn die Aufforderung, einen Einfall in Niederösterreich zu unternehmen, wo man seiner wie eines Messias harre. Thurn beeilte sich, dieser Einladung zu entsprechen und rückte von Znaim aus in Oesterreich ein. In diesem Augenblicke hielt selbst der spanische Gesandte Oñate Ferdinand für verloren. Am 31. Mai trat Thurn mit einem Heere von etwa 10 000 Mann den Marsch auf Wien an, überschritt die Donau bei Fischamend und besetzte das eine Meile donauabwärts von Wien gelegene Städtchen Großenzersdorf. Dadurch verlegte er zugleich den in Ungarn für Ferdinand angeworbenen und eben im Anmarsch begriffenen Truppen den Weg; er schlug sie mit Verlust zurück. In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni bemächtigte er sich der Wiener Vorstädte.

In der österreichischen Hauptstadt entstand eine ungeheure Aufregung. Während die Katholiken in die äußerste Angst und Besorgniß geriethen, waren die Protestanten in hohem Maße erfreut über Thurns Erscheinen und beschlossen, die so geschaffene Lage auszunutzen, um die so lange versagten Zugeständnisse auf religiösem Gebiete in diesem Augenblicke der Bedrängniß von Ferdinand doch noch zu erlangen. Die Führer der Stände fanden sich in

großer Anzahl bewaffnet in der Burg ein und begehrten eine Audienz, die ihnen von Ferdinand gewährt wurde. Er empfing sie ganz allein ohne jeden Minister. Es kam zu einer äußerst erregten und stürmischen Scene, in welcher die Stände in drohender Haltung Bewilligung der Religionsfreiheit verlangten. Ihr Wortführer war Paul Jakob von Starhemberg, außerdem aber betheiligten sich mehrere andere Edelleute an der Unterredung, darunter Andreas Thonradl. In diesem Augenblicke größter Bedrängniß aber bewährte sich in vollem Maße jene passive Energie Ferdinands, die ihm seine streng kirchliche Gesinnung und sein festes Gottvertrauen verlieh. Er verlor nicht einen Augenblick seine königliche Haltung und ließ sich kein Zugeständniß erpressen. Eben als die Erregung am höchsten gestiegen war, sprengte Gilbert von Saint-Hilaire mit einigen Schwadronen Dampierrescher Cürassiere in den Hof der Burg hinein und rettete dadurch den Kaiser aus seiner gefährlichen Lage. Die ständischen Deputirten dachten nicht anders, als daß es auf einen Gewaltstreich gegen sie abgesehen sei. Die Audienz wurde abgebrochen, die Deputirten suchten so schnell als möglich aus der Burg zu entkommen. Es wurde ihnen keinerlei Hinderniß bereitet. Ferdinand war froh, der augenscheinlichen Gefahr entgangen zu sein. Nach wenigen Tagen war sie völlig beseitigt. Denn Thurn sah sehr wohl ein, daß er eine wirkliche Belagerung Wiens nicht werde durchführen können. Er hatte darauf gerechnet, daß ihm eines der Thore der Stadt durch die Protestanten werde in die Hände gespielt werden. Als dies nicht geschah, mußte er sich zum Rückzuge entschließen. In der Stadt hatten sich allmählich 6000 Mann königlicher Truppen vereinigt, denen Thurn nur etwa 8000 Mann entgegenzustellen hatte, mit denen er eine Belagerung einer so umfangreichen Stadt um so weniger unternehmen konnte, als es ihm an dem erforderlichen Belagerungsgeschütz mangelte. Dazu kam aber weiter, daß Hohenlohe, der Buquoy gegenüber in Böhmen in eine sehr bedrängte Lage gerathen war, dringende Hilferufe an Thurn gerichtet hatte. Eben in den Tagen, in welchen dieser in Folge dessen den Rückzug nach Böhmen anzutreten beschloß, erlitt die böhmische Sache dort eine schwere Niederlage, indem Mansfeld, der von den Directoren angewiesen worden war, von Pilsen aus Hohenlohe zu Hilfe zu eilen, auf dem Marsche durch Buquoy bei Zablat und Netolitz angegriffen und gänzlich, fast bis zu völliger Vernichtung seines 3000 Mann zählenden Corps geschlagen wurde. Den entscheidenden Stoß in dieser Schlacht führte ein von Wallenstein befehligtes wallonisches Reiterregiment aus. Diese Niederlage aber machte in ganz Böhmen einen niederschmetternden Eindruck; man begann für das Geschick der Hauptstadt zu fürchten, es war in der That die höchste Zeit, daß Thurn nach Böhmen zurückkehrte. Am 14. Juni trat er seinen Rückzug an, Ferdinand war von der drohenden Nähe des Feindes befreit. Er konnte nun daran denken, sich nach Frankfurt zu begeben, wohin für den Juli von dem Kurfürsten von Mainz der Kurfürstentag ausgeschrieben worden war, der dem Deutschen Reiche einen neuen Kaiser geben sollte.

Es war für Ferdinand eine Lebensfrage, daß er auch auf dem Kaiserthrone der Nachfolger seines verstorbenen Vetters werde. Denn so wenig reale Machtmittel die Herrscherwürde im Reiche auch ihrem Träger gewährte, so mußte doch seine Stellung in den Erblanden erheblich gefestigt werden, wenn er sie errang, während im entgegengesetzten Falle, wenn sein Haus dieser seit Jahrhunderten von ihm innegehabten Würde verlustig ging, sein Ansehen einen schweren Stoß erleiden mußte. Wie wichtig der Besitz der Kaiserwürde für ihn war, sollte sich dann bald genug in dem Fortgange des böhmischen Krieges zeigen.

Aber dieselben Gründe, welche ihm die Nachfolge im Reiche in höchstem Maße wünschenswerth erscheinen ließen, hätten die Protestanten und selbst die gemäßigten, zum Frieden geneigten Katholiken im Reiche veranlassen müssen, sich seiner Wahl mit aller Energie entgegenzustellen. Die Existenz des Reiches als Einheit hing doch von dem Nebeneinander der beiden großen kirchlichen Parteien ab. Mußte es nicht zum Verderben gereichen, wenn an die Spitze desselben nicht bloß, wie das ja bisher stets geschehen war, ein Katholik, sondern auch ein Katholik von so extremer Richtung, wie Ferdinand sie bisher eingeschlagen hatte und in seinen Erblanden noch fortgesetzt verfolgte, trat? Die früheren Kaiser waren doch noch immer bestrebt gewesen, den Frieden der Parteien wenigstens innerhalb der durch die Rücksicht auf das Ganze gebotenen Grenzen zu erhalten. Was sollte geschehen, wenn ein Kaiser an die Spitze trat, der es offen als seine Lebensaufgabe bezeichnete, die eine der beiden Parteien bis zur Vernichtung zu bekämpfen? Dazu kam noch ein anderer Gesichtspunkt. Wurde Ferdinand zum Kaiser gewählt, so wurde das Reich dadurch von vornherein mit Nothwendigkeit in die Kämpfe hineingerissen, die er soeben in seinen Erblanden zu bestehen hatte.

Mit voller Klarheit und Erkenntniß der Lage machte aber alle diese Gesichtspunkte eigentlich nur die pfälzische Politik geltend. Sie hatte sich schon bei Lebzeiten des alten Kaisers Matthias bemüht, der schon damals vom Hause Habsburg ernstlich in Aussicht genommenen Nachfolge Ferdinands mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Vor Allem galt es da, einen geeigneten Gegencandidaten zu finden. Aber gerade die in dieser Richtung unternommenen Versuche scheiterten sämmtlich. Zuerst wurde als Candidat der Herzog von Lothringen in Aussicht genommen, über dessen Aufstellung der junge Kurfürst Friedrich V. mit dem Herzoge von Bouillon in Verhandlung getreten war. Allein der Herzog wies alle dahin gehenden Anerbietungen zurück. Da traf am kurpfälzischen Hofe die, freilich, wie sich später herausstellte, nicht zutreffende Nachricht ein, daß der Kurfürst von Köln für seinen Bruder, Herzog Maximilian von Bayern, in Paris um die deutsche Krone werbe. Mit größtem Eifer ging die kurpfälzische Politik alsbald auf den Gedanken von dessen Candidatur ein. Denn wenngleich auch Maximilian sehr energisch katholisch war, so war doch für den Protestantismus nach der nicht unberechtigten

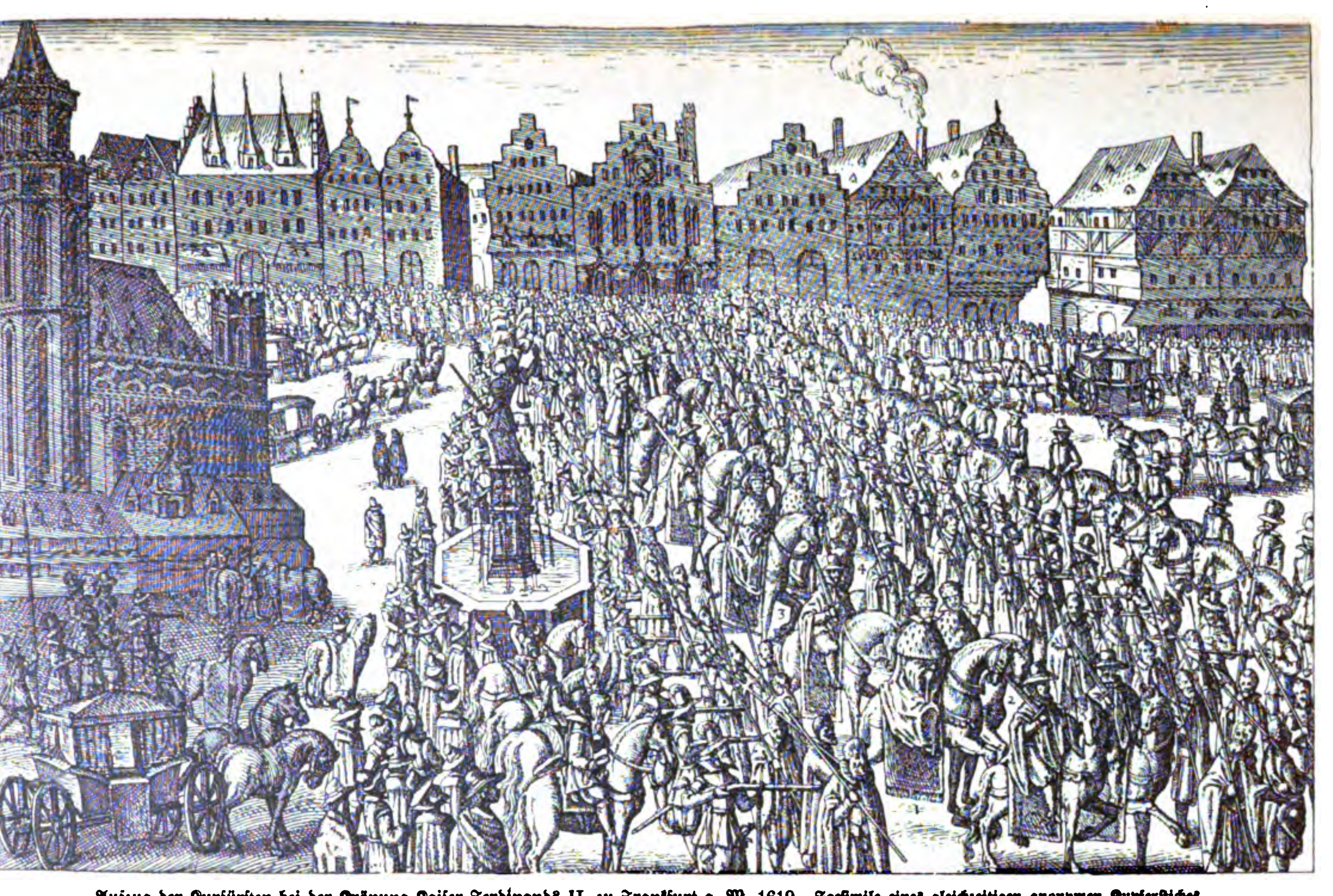
kurpfälzischen Auffassung schon viel gewonnen, wenn durch die Wahl Maximilians ein unheilbarer Zwiespalt zwischen den beiden mächtigsten katholischen Häusern der Habsburger und Wittelsbacher entstand. Eben aus diesem Grunde aber war Maximilian, ganz abgesehen von seiner persönlichen Freundschaft zu Ferdinand, nicht geneigt, sich als Candidat für die Kaiserwürde aufstellen zu lassen. Er erklärte das dem von Kurpfalz an ihn abgesandten Sekretär des Markgrafen Joachim Ernst von Brandenburg, Neu, mit aller Entschiedenheit; ja er ging noch weiter; er theilte, um dem Könige Ferdinand seine Loyalität in dieser Frage deutlich zu zeigen, diesem die Anträge der Pfälzer und ihre Ablehnung durch ihn offen mit (7. November 1617). Kurpfalz aber konnte sich doch noch nicht entschließen, alle Hoffnung, Maximilian für die Candidatur zu gewinnen, aufzugeben. Friedrich V. reiste im Februar 1618 persönlich nach München, um ihn umzustimmen. Aber es war vollkommen vergeblich. Maximilian lehnte mit aller Bestimmtheit ab. So war eigentlich, als Matthias starb, ein anderer, ernst zu nehmender Candidat gar nicht vorhanden als Ferdinand. Die geistlichen Kurfürsten waren von vornherein entschlossen, ihn zu wählen, und von den weltlichen konnte man mit ziemlicher Sicherheit zum wenigsten auf den Kurfürsten von Sachsen zählen, der sich schon zu Lebzeiten Matthias' in einem Ferdinands Wahl keineswegs ungünstigen Sinne geäußert hatte.

So lagen die Dinge, als der Kurfürstentag in Frankfurt zusammentrat und Ferdinand sich von Wien aufmachte, um als Kurfürst und König von Böhmen an demselben theilzunehmen. Er ernannte bei seiner Abreise von Wien, die am 11. Juli erfolgte, den Erzherzog Leopold zu seinem Stellvertreter in den Erblanden. Er selbst umgab sich mit einem stattlichen Gefolge, unter welchem sich neben dem Freiherrn von Eggenberg der Reichshofrathspräsident Graf von Zollern, der böhmische Kanzler Lobkowitz und andere hochgestellte Personen befanden. Unterwegs in Salzburg traf er zu seiner nicht gerade angenehmen Ueberraschung einen Gesandten des Königs Jacob von England, Lord Doncaster, der in diesem dafür wenig geeigneten Momente eine Vermittelung des böhmischen Streites durch seinen Herrn in Vorschlag brachte. Wenige Monate früher hätte sich Ferdinand einen solchen englischen Vermittelungsversuch allenfalls gefallen lassen; jetzt, da aus Böhmen immer zahlreichere, für ihn günstige Nachrichten eintrafen und allenthalben die für ihn geworbenen Truppen zur Hilfe bereit standen, war ihm ein solches Anerbieten nichts weniger als bequem, zumal auch der Wahltag drängte. Er erging sich daher in Höflichkeitsversicherungen und Dankesbezeugungen für die gute Absicht des Königs, aber ein Versprechen, die Vermittelung desselben anzunehmen, ertheilte er nicht, beeilte sich vielmehr, seine Reise fortzusetzen, um noch rechtzeitig in Frankfurt anwesend sein zu können. Am 28. Juli traf er daselbst ein.

Er fand den Kurfürstentag schon versammelt; einige Sitzungen hatten bereits stattgefunden. Vergeblich hatte sich der Kurfürst von der Pfalz bei

dem Erzbischofe von Mainz und durch Verhandlungen mit Sachsen und Brandenburg bemüht, eine Verschiebung des Wahltages herbeizuführen. Auf seinen Vorschlag, vor der Kaiserwahl einen Kurfürstentag zur Berathung über die böhmische Angelegenheit zusammentreten zu lassen, war Niemand einzugehen bereit gewesen. Dagegen hatte sich Brandenburg durch einen eigenen zu Lichtenburg abgeschlossenen Vertrag mit Kurpfalz verpflichtet, seine Stimme nicht Ferdinand zu geben und bei der Wahl überhaupt im Einverständniß mit Kurpfalz vorzugehen.

Persönlich erschienen waren in Frankfurt nur die drei geistlichen Kurfürsten, die drei weltlichen hatten nur Gesandte geschickt. Die erste Sitzung, welche mehr einen vorbereitenden Charakter trug, fand am 26. Juli statt. In der zweiten, die am 28. gehalten wurde, sah sich das Kurfürstencollegium bereits vor eine schwierige, mit dem böhmischen Conflicte zusammenhängende Frage gestellt. Es waren nämlich inzwischen Abgesandte der böhmischen Stände bei Frankfurt erschienen, die Ferdinand die Berechtigung, die Kurstimme Böhmens auszuüben, absprechen und die Rechte der böhmischen Kur für sich in Anspruch nehmen sollten. Sie hatten den Stadtrath um Einlaß gebeten, dieser aber die Sache zur Entscheidung an das Kurcollegium verwiesen. Hier traten nun die weltlichen Kurfürsten nach dem Vorgange von Kurpfalz für die Zulassung der böhmischen Gesandten ein, die man doch zum wenigsten anhören müsse. Die Geistlichen aber waren der Meinung, daß das Wahlrecht Ferdinands als rechtmäßigen Königs von Böhmen gar nicht in Frage gestellt werden könne, eine Zulassung der böhmischen Gesandten also zwecklos und, da sie die Wahlverhandlungen nur stören könne, sogar schädlich sei. Zu einer Abstimmung über diese Frage, welche Stimmengleichheit ergeben haben würde, ließ es der Mainzer Kurfürst in dieser Sitzung nicht kommen, da er wußte, daß Ferdinand noch an demselben Tage in Frankfurt eintreffen werde. Immerhin hätte die ganze Sache für den Fortgang der Verhandlung leicht verhängnißvoll werden können, wenn die drei weltlichen Kurfürsten in gleichem Maße fest geblieben wären. Denn mit voller Deutlichkeit trat dadurch die Gefahr zu Tage, welche mit der Erhebung Ferdinands auf den Kaiserthron verbunden war. Mit Recht konnten die weltlichen Kurfürsten darauf hinweisen, daß sich damit wieder klar gezeigt habe, daß das Reich in die erbländischen Streitigkeiten Ferdinands hineingezogen werden würde, und noch einmal auf den alten kurpfälzischen Gedanken zurückkommen, daß die Beilegung des böhmischen Conflicts der Wahl vorhergehen müsse. In der That, unermeßliches Elend hätte dadurch vermieden werden können. Denn nur dadurch, daß Ferdinand Kaiser wurde und von dieser Stellung Gebrauch machte, um den Pfälzer Kurfürsten, der die böhmische Königskrone angenommen hatte, nach seinem Siege über ihn in des Reiches Acht zu thun, wurde der ursprünglich rein lokale böhmisch-habsburgische Conflict erst zu einem Kriege des Reiches, dann zu einem europäischen. Die Bedenken der protestantischen weltlichen Kurfürsten waren also nur zu berech-



Aufzug der Kurfürsten bei der Krönung Kaiser Ferdinands II. zu Frankfurt a. M. 1619. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

1. Mainz. 2. Trier. 3. Böhmen. 4. Cöln. 5. Pfalz. 6. Sachsen. 7. Brandenburg.

tigt; allein sie verloren an Gewicht, da an der schließlichen Absicht Kursachsens, Ferdinand trotz alledem seine Stimme zu geben, kaum ein Zweifel obwalten konnte, wenngleich der kursächsische Gesandte zunächst mit Pfalz und Brandenburg zusammenhielt.

Am Abend des 28. Juli hielt nun Ferdinand mit einem Gefolge von 800 Personen seinen Einzug in Frankfurt. Es kam dabei an dem Thore der Stadt zu einem ärgerlichen Conflicte zwischen den mainzischen Truppen, die ihm entgegengingen, und den Soldaten der Frankfurter Besatzung. Nachdem derselbe glücklich beigelegt war, zeigte sich doch beim Einritt Ferdinands überall in der Stadt die ihm feindselige Gesinnung der Einwohnerschaft. Und auch die Verhandlungen des Kurfürstencollegiums wollten anfangs nicht recht von der Stelle kommen. In der dritten Sitzung, die am 30. Juli wiederum, da die böhmische Frage noch nicht entschieden war, ohne Ferdinand abgehalten wurde, kam es abermals über diese böhmische Frage zu keinem Mehrheitsbeschluß. Nach wie vor standen die drei geistlichen gegen die drei weltlichen Kurfürsten. Die Schwierigkeit wurde dadurch erhöht, daß Ferdinand als Bedingung jeder Verhandlung verlangte, daß er von vornherein als König von Böhmen und die Stände als seine Unterthanen behandelt würden. Hiermit waren die geistlichen Kurfürsten in der Hauptsache einverstanden; sie erklärten, Ferdinands Anrecht auf die böhmische Königskrone dürfe nicht bestritten werden. Eine „Interposition" des Kurfürstencollegiums im böhmischen Streite schlugen auch sie vor, allein sie verlangten, daß die Kaiserwahl vor dieser Interposition erfolgen solle. Dahin spitzte sich also die Frage endgiltig zu, ob die Interposition vor der Wahl oder nach derselben stattzufinden habe; es war in der That eine nicht bloß für den Protestantismus, sondern für das Reich in seiner Gesammtheit entscheidend wichtige Frage. Die Pfälzer Gesandten verharrten natürlich bei ihrer Meinung, daß die Interposition sofort vorgenommen werden müsse; die Brandenburger schlossen sich ihnen an, während die Sachsen behaupteten, hierüber nicht instruirt zu sein und daher erst zu Hause anfragen zu müssen. Darauf riethen die geistlichen Kurfürsten auch den pfälzischen und brandenburgischen Gesandten, Weisungen von ihren Kurfürsten einzuholen und erklärten sich bereit, mit den weiteren Verhandlungen acht bis zehn Tage bis nach dem Eintreffen der Antwort zu warten. Wieder stand die Entscheidung einer wichtigen Frage bei Johann Georg von Sachsen. Verharrte er in seiner bisherigen Stellung, hielt er auch ferner mit seinen Glaubensgenossen im Kurcollegium zusammen, so war die Wahl Ferdinands zum mindesten ins Ungewisse verschoben, vielleicht für immer in Frage gestellt; in jedem Falle aber wäre damit sein vertrauliches Verhältniß zu der katholischen Partei gelöst worden. Aber dahin wollte es Johann Georg nicht kommen lassen; noch bevor der von Kurpfalz an ihn geschickte Gesandte, Christoph von Dohna, der ihn bewegen sollte, seine bisherige Stellung beizubehalten, in Dresden eingetroffen war, hatte sich der Kurfürst schon entschlossen, seine Gesandten zum Anschluß an die geistlichen Kurfürsten anzuweisen.



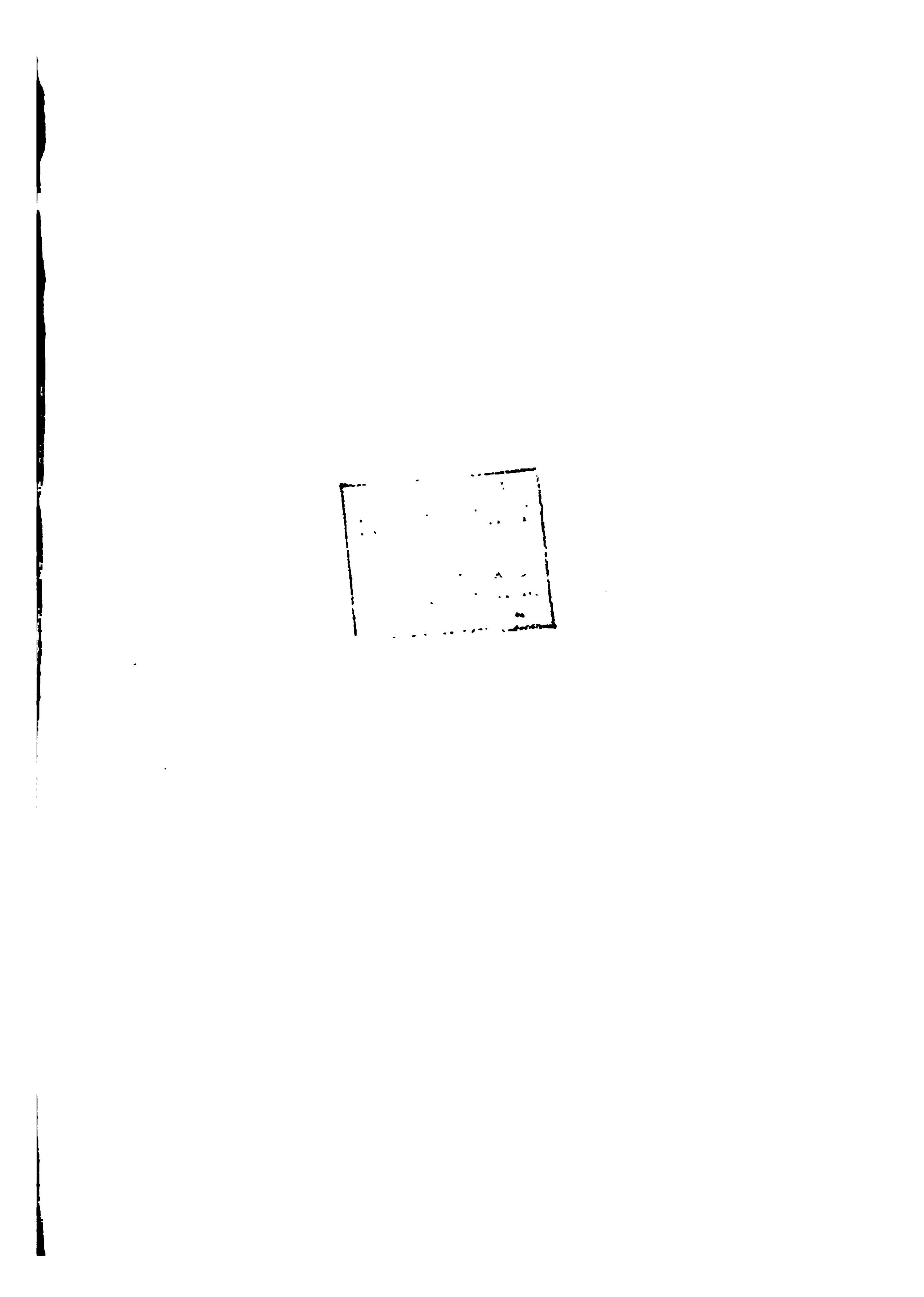
Kaiser Ferdinand II.

Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

Aber noch eine weitere schmerzliche Enttäuschung stand Kurpfalz bevor: Kurbrandenburg gab in diesem entscheidenden Augenblicke ebenfalls seine bisherige Haltung auf und trat von dem Lichtenburger Vertrage zurück, da die pfälzischen Bemühungen, Sachsen, Köln und Trier für Maximilian von Bayern zu gewinnen, gescheitert seien und Ferdinand nunmehr doch außer seiner eigenen noch über vier Stimmen verfüge.

Damit war die Entscheidung über die Wahl im letzten Grunde schon gefallen. Da Sachsen und Brandenburg ihre bisherige Opposition aufgaben, so wurde zunächst beschlossen, den böhmischen Gesandten den Zuzug nach Prag nicht zu gestatten. Um so fester aber bestand man jetzt auch von katholischer Seite darauf, daß wenigstens nach der Wahl ein Ausgleich durch das gesammte Kurcollegium versucht werden müsse. Sie verlangten darüber eine feste Zusage von Ferdinand. Dieser zeigte sich im Allgemeinen zur Annahme geneigt, verlangte aber, daß außer den Kurfürsten auch Herzog Maximilian von Bayern zur Interposition zugezogen werden solle. Das lehnte aber der Kurfürst von Trier, der diese Verhandlungen mit Ferdinand führte, ab, da dann naturgemäß Kurpfalz die Zuziehung noch eines Protestanten verlangen werde. Der Kurfürst verlangte energisch eine rasche Entscheidung, da man darüber vor der Wahl ins Reine kommen müsse. Ferdinand richtete in Folge dessen an Maximilian die Anfrage, ob er damit einverstanden sei, daß er auf seine Theilnahme an der Interposition verzichte, worauf der Herzog, der durchaus nicht gern an den Ausgleichsversuchen sich betheiligt hätte, freudig seine Zustimmung gab. Nunmehr gab dann Ferdinand schriftlich die Erklärung ab, daß er in die Interposition, die am 10. November beginnen sollte, einwillige.

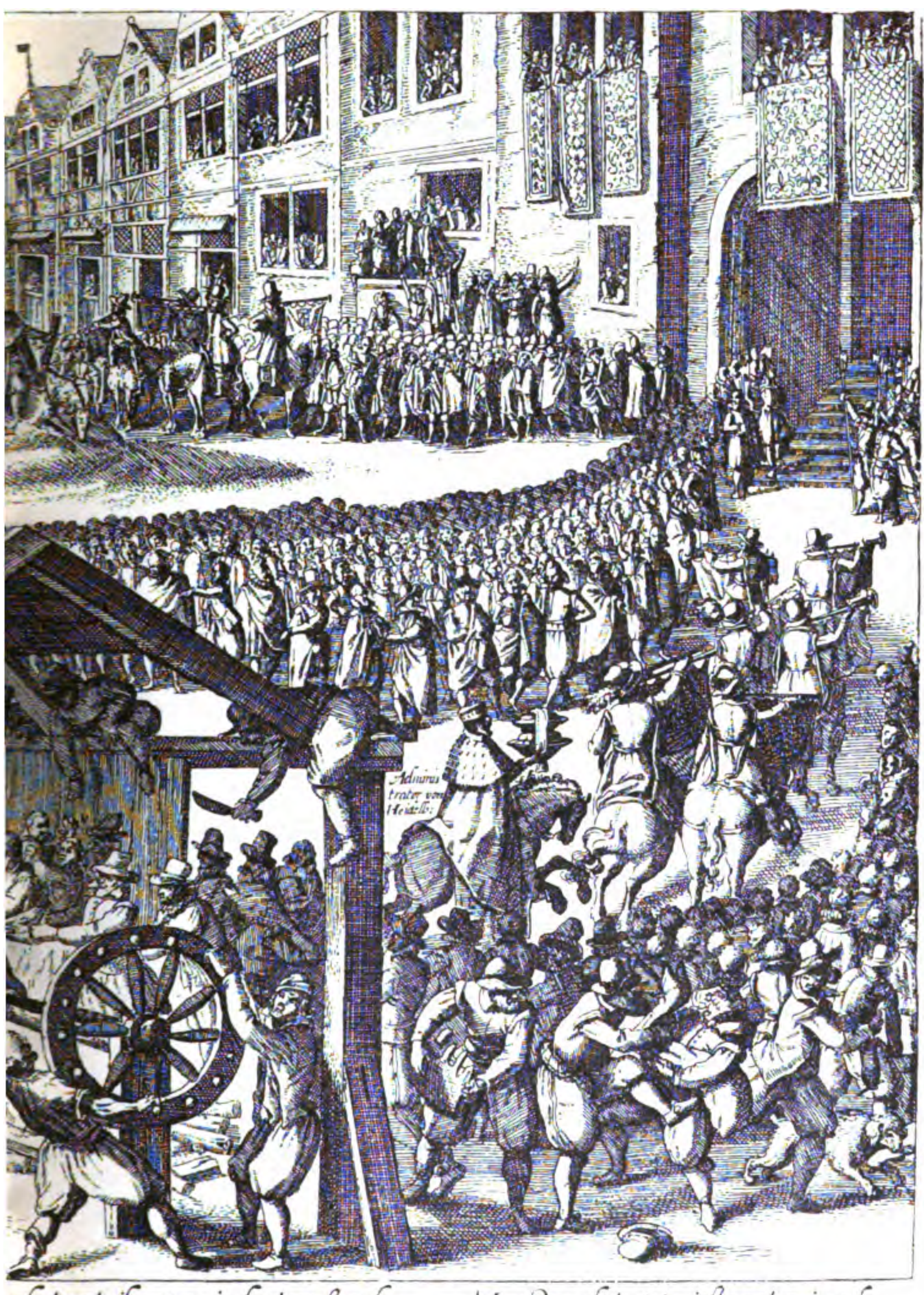
Danach machte die Feststellung der Wahlcapitulation keine erheblichen Schwierigkeiten mehr. Im Allgemeinen wurde die des Kaisers Matthias zu Grunde gelegt, zu der Kurpfalz vergeblich mehrfache Verbesserungen vorschlug. Die Wahl selbst wurde nun auf den 28. August festgesetzt. An diesem Tage begaben sich die Kurfürsten bezw. deren Gesandten und Räthe in festlichem Zuge von dem altehrwürdigen Römer nach der Bartholomäuskirche, wo der Erzbischof ein feierliches Hochamt celebrirte. Dann zogen sich die Wähler in die nebenan liegende Wahlcapelle zurück. Der Kurfürst von Mainz fragte erst den Kurfürsten von Trier, dann den von Köln, wem sie ihre Stimme gäben; beide votirten für Ferdinand. Darauf wäre die Reihe an Ferdinand gewesen, aber der Kurfürst von Mainz wendete sich „gleichsam in Folge eines Versehens“ zuerst an den Vertreter des Kurfürsten von der Pfalz. Dieser erklärte, sein Kurfürst habe ihm sein Votum schriftlich mitgegeben; er entfaltete darauf ein Papier, in welchem der Kurpfälzer seine Stimme in ausführlicher Motivirung in erster Linie für Maximilian von Bayern abgab, aber seinen Gesandten ermächtigte, wenn alle anderen oder die Mehrheit für Ferdinand seien, dieser Mehrheit nicht entgegenzutreten. Da nun die übrigen Kurfürsten der Reihe nach für Ferdinand stimmten, so konnte dessen Wahl





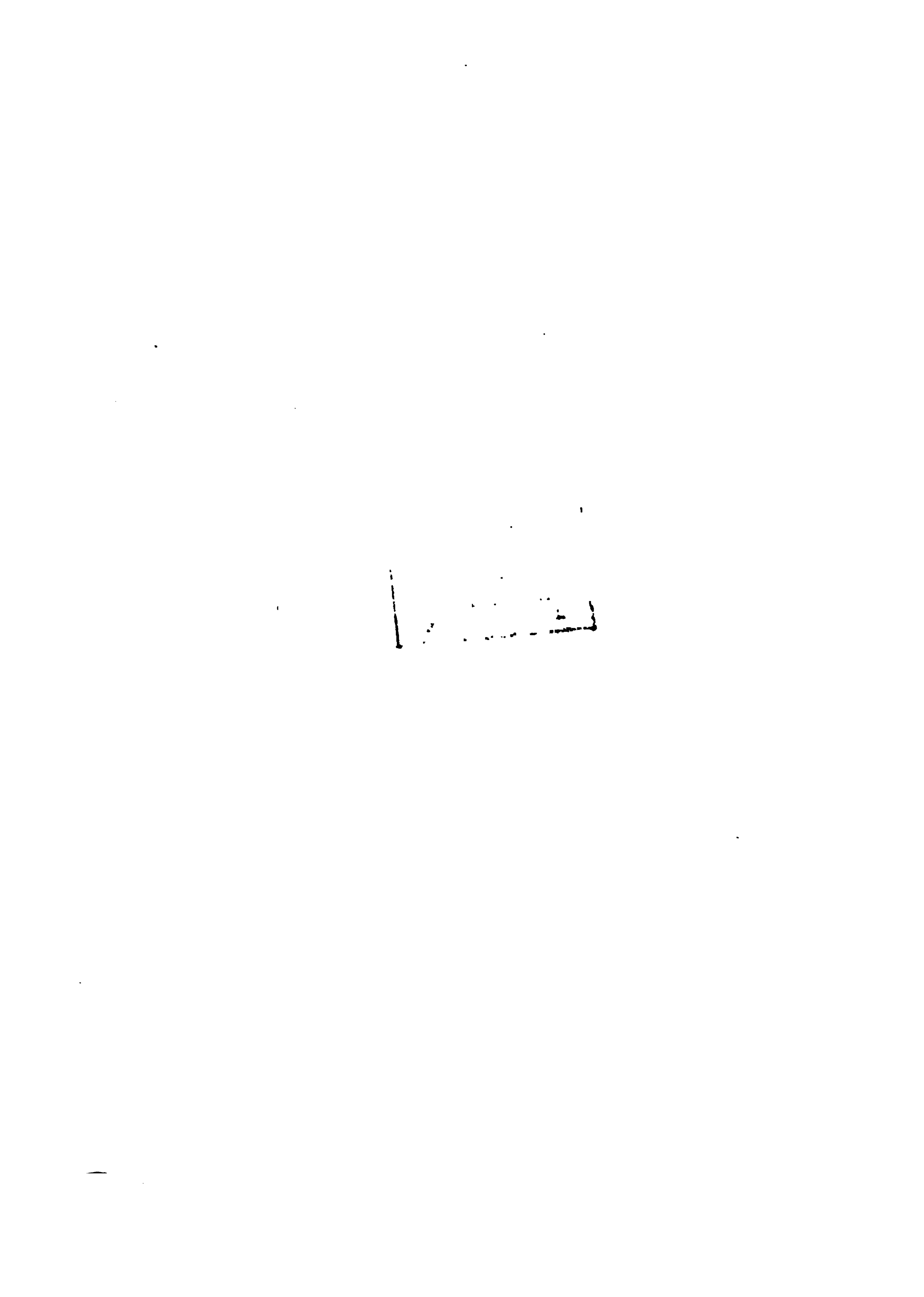
Nachdem Keiserlich Maiestat
Die wahl vnd Kron empfangen hat,
ein gebratnen Ochsen gut
Stuck der Paltzgraf holen thut,
s auffs Keisers Tafel bald,

Wie solchs von alts is eingestelt,
Das ander wird zerrissen geschwind
Von dem vmbstehenden gesind.
Desgleichen der von Sachsen holt
Den haber, drauff maniglich falt,



nd tregt ihm weg in kurtzer stund.
Auff dem Marckt auch ein Brun sich fund.
Darauß lieff roter und weisser wein
Wie muß es da zugangen sein?

Iam Rege electo, tota instauratur in vrbe
Festum ingens, læti concelebrantq; diem
Aduena cum ciui, assatur bos integra, auena
Diripitur, præbet publica vena merum.



nicht ohne Grund als eine einstimmige proclamirt werden. Die Kurpfälzische Politik war auf der ganzen Linie geschlagen; sie mußte schließlich selbst noch dazu mitwirken, dem schlimmsten Gegner des Protestantismus die Kaiserkrone zu verschaffen. Die Würfel waren gefallen, das Geschick des Deutschen Reiches auf Jahrzehnte hinaus entschieden. Die Zügel seiner Regierung lagen in den Händen des Mannes, der sich nicht allein in offenem Kriege mit seinen eigenen protestantischen Unterthanen befand, sondern auch im Allgemeinen die Bekämpfung aller „Ketzerei" für seine wichtigste Lebensaufgabe ansah.

Das Winterkönigthum Friedrichs V. von der Pfalz.

Fast in demselben Augenblicke, in welchem Ferdinand in Frankfurt a. M. die deutsche Kaiserkrone errang, wurde ihm die böhmische Königskrone von seinen aufständischen Unterthanen entrissen. Auf dem Generallandtage der böhmischen Kronländer, der seit dem 8. Juli 1619 in Prag versammelt war, trat von Anfang an die entschlossene Absicht hervor, sich endgiltig von Ferdinand und vom Hause Habsburg loszureißen. Zu oft hatte man im letzten Jahrzehnt die Erfahrung machen müssen, daß die religiöse Freiheit der Protestanten unter habsburgischer Herrschaft trotz aller feierlichen Privilegien nun einmal nicht zu erreichen sei. Nachdem die Stände daher in langen und mühevollen Berathungen eine durchgreifende Revision der gesammten Verfassung, die sich im Wesentlichen in der Richtung einer größeren Selbständigkeit der einzelnen Kronländer bewegte, vorgenommen hatten, wurde alsbald auch von böhmischer Seite der letzte und entscheidende Schritt, die förmliche Absetzung Ferdinands, in Anregung gebracht. Nicht ganz ohne ständischen Widerstand wurde die Absicht durchgesetzt. Denn sobald es sich nun darum handelte, den schon seit längerer Zeit gehegten Plan in Wirklichkeit umzusetzen, wurde doch manchen unter den besonneneren und gemäßigteren Elementen die ganze Größe der Gefahr klar, welche mit dieser extremen Maßregel nothwendig verbunden war. Vielleicht wäre sie überhaupt nicht erfolgt, wenn man in Böhmen mit Sicherheit gewußt hätte, daß in dem Augenblick, als die Berathungen über diese Frage begannen, in Frankfurt die Wahl Ferdinands zum deutschen Kaiser schon so gut wie gesichert war. Allein noch hoffte man, daß es der kurpfälzischen Politik gelingen werde, diese Wahl zu verhüten. So kam es, daß sich die Schlesier und Lausitzer in den Verhandlungen sogleich auf die Seite der die Absetzung betreibenden Böhmen stellten. Nur die mährischen Deputirten erhoben Widerspruch und erklärten, zunächst über diese Frage erst Instructionen von den heimischen Ständen einholen zu müssen. In der That schwankten diese in Folge eines Dampierreschen Einfalles in Mähren und der Wirksamkeit Zierotins und Dietrichsteins eine Weile, erklärten sich aber doch schließlich auf dem am 7. August eröffneten Brünner Landtage bereit, auch in dieser entscheidenden Frage mit den Böhmen zusammen zu stehen. Danach sprach dann in Prag zuerst der böhmische Landtag einstimmig die Absetzung Ferdinands aus (19. August), und in den nächsten Tagen traten die schlesischen, lausitzer und mährischen Deputirten dem Beschlusse der Böhmen bei.

Nunmehr stand man vor der nicht minder wichtigen Frage, wen man an Ferdinands Stelle zum Könige von Böhmen wählen solle. Es stand keineswegs von vornherein fest, daß die Wahl auf den Kurfürsten von der Pfalz, mit dem man schon seit längerer Zeit deswegen in Unterhandlungen gestanden hatte, fallen werde. Im Gegentheil, es gab unter den Ständen eine Partei, welche den Kurfürsten von Sachsen erheblich vorgezogen hätte, wenn dieser sich zur Annahme der Krone hätte bereit finden lassen. Diese Partei hatte sogar in der öffentlichen Meinung trotz der ablehnenden Haltung, welche Johann Georg beobachtete, einen bei weitem stärkeren Rückhalt als die, welche die Wahl des Pfalzgrafen betrieb. Noch am 25. nahm der sächsische Gesandte in Prag mit Bestimmtheit an, daß sein Herr gewählt werden würde. Außerdem aber kam als Candidat noch der Herzog Karl Emanuel von Savoyen in Betracht, der in seinen Verhandlungen mit Kurpfalz eine Zeit lang sehr entschieden die Forderung, daß er zum Könige von Böhmen gewählt werde, aufgestellt hatte. Schließlich gab der große Einfluß Ruppas, Thurns und Hohenlohes, welche an der Spitze der pfälzischen Partei standen, den Ausschlag zu Gunsten des Pfalzgrafen, der dann am 26. August zunächst von dem böhmischen Landtage, dann aber auch von den Deputirten sämmtlicher Kronländer zum Könige von Böhmen gewählt wurde. Nur einige wenige Stimmen fielen auch in der endgiltigen Abstimmung auf den Kurfürsten von Sachsen. Am 27. August wurde dann die vollzogene Wahl durch eine unter Kanonendonner veröffentlichte feierliche Proclamation der Einwohnerschaft von Prag mitgetheilt. Die Frage war nun, ob der Kurfürst von der Pfalz sich entschließen werde, das gefährliche Geschenk anzunehmen.

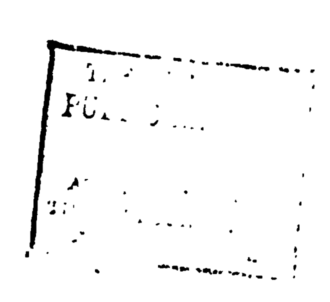
Der junge Kurfürst hielt sich in jenen Tagen bei Christian von Anhalt in Amberg auf und verfolgte dort mit ängstlicher Spannung die Vorgänge auf dem Prager Landtage. Ihm bangte doch vor der Entscheidung. Anfangs hatte er versucht, dieselbe hinauszuschieben, bis er sich noch einmal bei seinem Schwiegervater Raths erholt habe. Er hatte die böhmischen Directoren durch Achaz von Dohna bitten lassen, die Absetzung Ferdinands und die Wahl eines neuen Königs zu verschieben. Allein darauf hatten die Directoren nicht eingehen wollen, weil sie, wie sie offen erklärten, fürchteten, daß, wenn die Kaiserwahl auf Ferdinand falle, die Bevölkerung Prags gegen dessen Absetzung Widerstand leisten werde. Jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen war, wurde Friedrich noch einmal, wie schon in den früheren Stadien der Frage, von heftigen Zweifeln gequält. Fürst Christian von Anhalt mußte alle seine Ueberredungskunst aufbieten, um ihn zur Annahme der Krone zu bewegen. „Euer Liebden“, so rief er ihm zu, „setzen Sich nur in den Stuhl, wer wird dieselben sobald wieder heraustreiben?“ Aber die Bedenken des Pfalzgrafen wollten nicht verstummen. Auch nachdem er sich Christian von Anhalt gegenüber im Grundsatze für die Annahme der Wahl entschieden hatte, wollte er doch die endgiltige Entscheidung noch hinausschieben, bis er

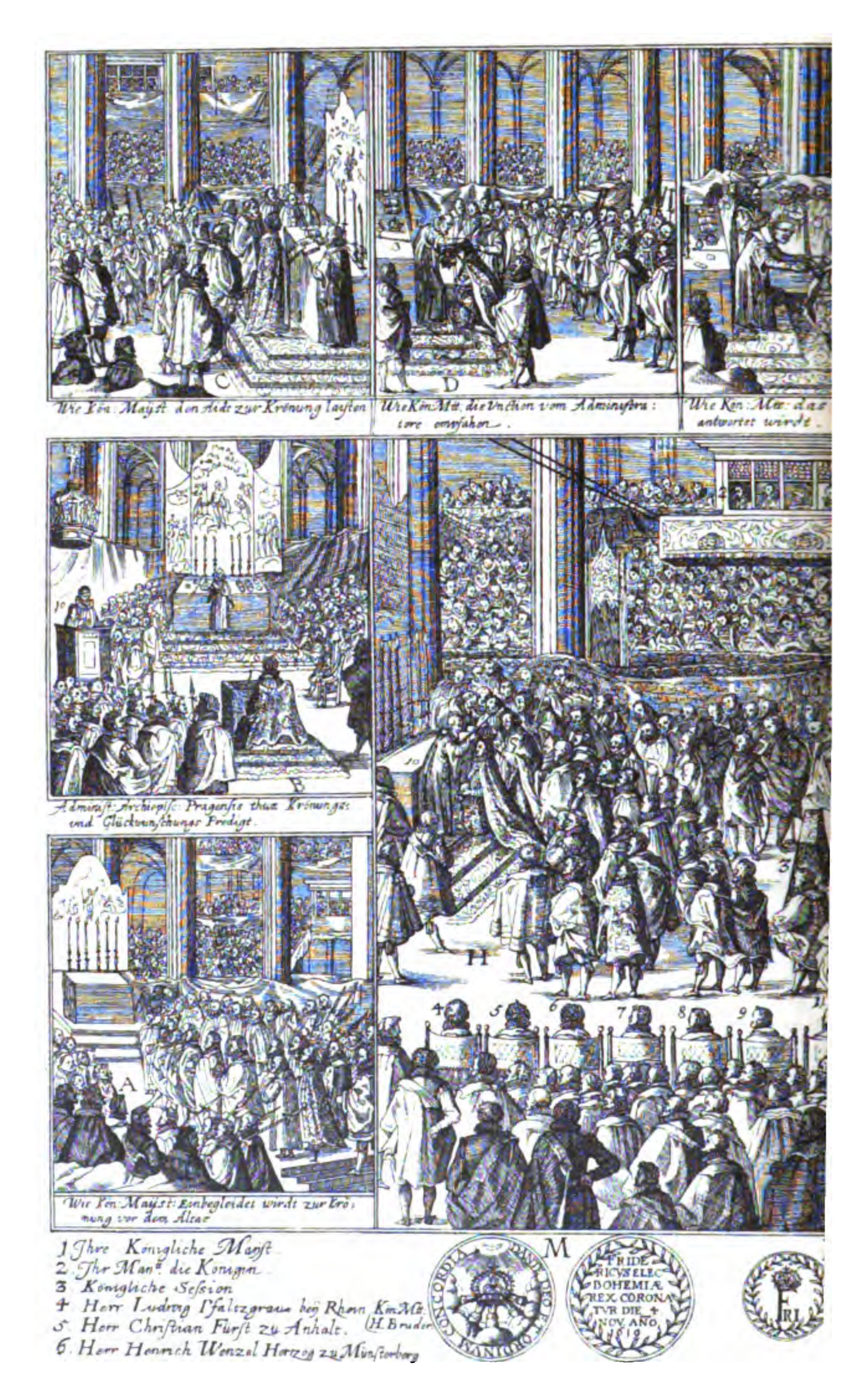
sich, da er von seinem Schwiegervater bisher keinerlei zustimmende Erklärung empfangen hatte, für den Fall der Noth wenigstens des Beistandes der Union versichert habe.

Zu diesem Zwecke lud er die Häupter derselben und auch eine Reihe anderer protestantischer Fürsten zu einer Versammlung nach Rothenburg an der Tauber zusammen. Die Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, waren im Grunde wenig geeignet, ihn zur Annahme der Wahl, durch die er in einen Kampf auf Leben und Tod mit Ferdinand verwickelt werden mußte, zu bestimmen. Zwar riethen ihm die Mitglieder der Union, die Krone anzunehmen, da dadurch der Protestantismus einen großen Vortheil erlangen könne. Allein zu einem Beschlusse, der eine energische Unterstützung des Kurfürsten in Aussicht gestellt hätte, ließen sie sich nicht bewegen. Nur so weit scheinen sie sich, einem Antrage Christians von Anhalt folgend, verpflichtet zu haben, daß sie dem Pfalzgrafen ihren Schutz leihen wollten, falls er wegen der Annahme der Krone in seinen Erbländern angegriffen werde.

Noch einmal gerieth der junge Kurfürst danach ins Schwanken, zumal bei einer erneuten Berathung mit seinen Räthen die Mehrzahl sich für die Aufschiebung der definitiven Annahme der Krone, solange keine sichere Nachricht von Jacob I. von England eingetroffen sei, aussprach. Endlich gelang es aber dem Fürsten Christian, der in seinen Bemühungen von der ehrgeizigen Gemahlin des Fürsten unterstützt wurde, doch, Friedrich zur endgiltigen Annahme der Krone zu bewegen.

Bald darauf aber langte bei ihm von seinem nach London geschickten Gesandten Christoph von Dohna die niederschmetternde Nachricht an, daß Jacob sich mit aller Entschiedenheit und heftig gegen die Annahme der Krone ausgesprochen habe. Ja, er war noch weiter gegangen; er hatte an Philipp III. von Spanien, auf den er die weitgehendste Rücksicht nehmen zu müssen glaubte, geschrieben, um ihn ausdrücklich zu versichern, daß er völlig unschuldig an der Erhebung seines Schwiegersohnes sei. Trotzdem das Vermählungsproject von Spanien offenbar absichtlich hingezogen wurde, verharrte der König doch in seiner fast unwürdigen, jedenfalls aber den Interessen seines Reiches schroff entgegenlaufenden Abhängigkeit von dem Madrider Cabinet, obgleich sich das Parlament wie die öffentliche Meinung in England in seltener Einmüthigkeit bestimmt gegen die spanische Allianz und für die Unterstützung des königlichen Schwiegersohnes aussprach. Und war es nicht natürlich genug, daß der Sache des Pfalzgrafen durch diese unbegreifliche Haltung König Jacobs der größte Schaden zugefügt wurde? Wenn der eigene Schwiegervater sich seiner Erhebung gleichgiltig, ja fast feindselig gegenüberstellte, wer sollte dann Muth und Interesse haben, dem neuen Könige von Böhmen seine Unterstützung zu theil werden zu lassen? Der Herzog von Savoyen und die Generalstaaten waren beide, wenn auch von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus, bereit, große Opfer für Friedrich V. zu bringen, aber wer wollte es ihnen verdenken, wenn sie erklärten, ihre Hilfe





Krönung Kurfürst Friedrichs V. von der Pfalz zum Könige von Böhme

G

Wie Kon: Mayst der Konigliche Ring ange: than wird.

Wie Kon: Mayst den Koniglichen Scepter und den Reichs-Apfel empfahen

Wie Kon Mayst die Herrn Stende glück wunschen und mit anrührung der Cron den Ayd laisten

K

Wie von Kon. Mayst etliche Herren zu Rittern geschlagen werden.

L

7. Herr Magnus Friderich Hertzog zu Würtemb:
8. Herr Christian Fürst zu Anhalt der Jünger.
9. Herr Frantz Carl Hertzog zu Sachsen Lauenburg.
10 Administrator Archiepiscopatus Pragensis.
11. Der dreien Prager Stätten Rath



m Dom zu Prag. Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

davon abhängig machen zu wollen, ob Jacob I. die Sache seines Schwiegersohnes für die seinige erklären werde? Aber vergeblich drangen die englischen Staatsräthe in Jacob, sich für Friedrich zu erklären, vergebens waren dessen eigene Bitten und die seiner Gemahlin, der leiblichen Tochter des Königs. Mit immer wachsendem Unmuthe lehnte Jacob jede thatkräftige Unterstützung seines Schwiegersohnes ab. Damit waren aber auch dessen übrige Allianzen, auf die man bei seiner Wahl in Böhmen in freudiger Zuversicht gerechnet hatte, völlig in Frage gestellt.

Jetzt aber konnte der junge Kurfürst nicht mehr zurück. Mit stattlichem Gefolge, man zählte 569 Personen, machte er sich, von seiner Gemahlin und seinem ältesten Sohne begleitet, auf, um sich nach Prag zu begeben, wo er am 31. October mit allem Glanz und Pomp königlicher Herrlichkeit seinen festlichen Einzug hielt. Am 3. November fand die feierliche Krönung im Prager Dom statt. Fast genau ein Jahr später sollte die kurze Herrlichkeit in Trümmer sinken.

Anfangs aber schien Alles gut zu gehen. Von großer Bedeutung war es vor Allem, daß sich soeben, kurz vor Friedrichs Königskrönung, Ungarn, wo längere Zeit die antihabsburgischen Tendenzen fast völlig geruht hatten, dem böhmischen Aufstande anschloß. Dieser Umschwung zu Ungunsten Ferdinands war durch das Auftreten des mächtigen Fürsten von Siebenbürgen, Bethlen Gabor, hervorgebracht worden, der mit den ungarischen Protestanten, namentlich mit Stanislaus Thurzo, in Verbindung getreten war und dann im Einverständniß mit ihnen unter dem Vorwande, daß es gegen die Türken gelte, eifrig gerüstet hatte. Schon am 18. August hatte er dann die Directoren in Prag benachrichtigt, daß er im September in Mähren einrücken werde. In der That entsandte er, während er selbst, von den ungarischen Protestanten eifrig unterstützt, in Ungarn siegreich vordrang, seinen Unterfeldherrn Rebey mit 10000 Mann nach Mähren. Ferdinand gerieth dadurch, namentlich als im October Preßburg in Bethlen Gabors Hände gefallen war, von Neuem in solche Bedrängniß, daß er sich in Wien nicht mehr sicher fühlte, sondern nach Graz entfloh.

Natürlich aber wirkten diese Erfolge Bethlens auch auf Böhmen ein. Der dortige kaiserliche Oberbefehlshaber Buquoy mußte eiligst nach Oesterreich zurückkehren, um Wien zu schützen. Wäre das böhmische Kriegsheer, welches ihm gegenüberstand, schlagfertig genug gewesen, um sich seinem Rückzuge energisch entgegenzustellen, so wäre die Lage des Kaisers eine verzweifelte geworden. Aber wiederum, wie schon so oft, wurde die kriegerische Action des Heeres durch die immer trauriger zu Tage tretenden Mängel der böhmischen Heeresverwaltung vereitelt. Die Truppen, die seit Monaten keinen Sold erhalten hatten, während in Prag in der unbesonnensten und leichtfertigsten Weise große Summen für minder wichtige Dinge verschleudert wurden, versagten ihrem Feldherrn Hohenlohe offen den Gehorsam. Buquoy konnte ungehindert nach Oesterreich abziehen.

Mit Mühe wurden die Truppen durch eine Abschlagszahlung beruhigt, so daß sich nunmehr Hohenlohes Corps mit der mährisch-ungarischen Armee, welche unter Thurns Commando stand, in der Nähe von Wülfersdorf vereinigen konnte. Beide vereinigt zählten gegen 35 000 Mann, während die Kaiserlichen nur über 20 000 Mann verfügten. In der That gelang es Thurn und Hohenlohe jetzt, dem kaiserlichen Heere bei seinem Rückzuge über die Donau in einem heftigen Gefechte nicht unerhebliche Verluste beizubringen. Im November ging das böhmisch-ungarische Heer bei Preßburg über die Donau, rückte gegen Bruck an der Leitha vor, unternahm dann einen neuen Angriff auf Buquoy und zwang ihn zum Rückzuge nach Wien, wo sich Ferdinand selbst inzwischen wieder eingefunden hatte. In den letzten Tagen des November langte Thurn wiederum, wie im Juni des vorigen Jahres, vor den Thoren von Wien an. Hätten in diesem Augenblick auch die Oesterreicher den muthigen Entschluß gefaßt, sich endgiltig von Ferdinand loszusagen und dem Aufstande voll und ganz anzuschließen, so wäre Ferdinand menschlicher Voraussicht nach verloren gewesen. Aber eben der Mangel an rechtzeitigem Zusammenwirken im Verein mit der elenden Verwaltung, welche unter der Prager Directorialregierung herrschte und auch von dem jungen Könige nicht gebessert wurde, war es, was Ferdinand immer aufs Neue aus seiner bedrängten Lage errettete. Im letzten Grunde ist der böhmische Aufstand gescheitert, weil es dem böhmischen Adel an der entsagungsvollen Opferwilligkeit fehlte, die Alles an Alles zu setzen bereit ist. Trotz des großen Reichthums vieler seiner Mitglieder, trotz der von den Generalstaaten regelmäßig gezahlten monatlichen Subsidien von 50000 Gulden, trotz der gewaltsamsten Confiscationsmaßregeln waren die böhmischen Kassen immer leer, so daß weder den Truppen ihr Sold, noch Bethlen Gabor die mit Recht von ihm für seine energische Unterstützung geforderten Subsidien gezahlt werden konnten. Auch jetzt wieder brachen in der Armee verheerende Krankheiten aus, die nur durch den Mangel und die Noth veranlaßt waren. Schon aus diesem Grunde wäre eine längere Belagerung oder gar eine Eroberung Wiens durch die ermatteten und wenig zuverlässigen Truppen kaum möglich gewesen. Daß aber der Rückzug schon nach wenigen Tagen (am 5. December) angetreten werden mußte, wurde dadurch veranlaßt, daß inzwischen in Ungarn durch den convertirten katholischen Edelmann Georg Drugeth de Homonna eine katholische Gegenbewegung gegen die mit Bethlen Gabor verbündete protestantische ausgebrochen war. Drugeth war nach Polen gegangen und hatte dort mit Einwilligung des Königs ein Kosakenheer geworben, mit dem er am 21. November in Oberungarn eingefallen war und dem ungarischen Befehlshaber Rakoczi eine vernichtende Niederlage beigebracht hatte. Dadurch aber war Bethlen Gabor natürlich genöthigt, seine Truppen von Wien zurückzuziehen, um zunächst der Drugethschen Bewegung Herr zu werden. Dies gelang zwar nach kurzer Zeit, aber — Ferdinand war aufs Neue aus seiner äußerst bedrängten Lage errettet, der Erfolg der böhmischen Waffen aufs



Bethlen Gabor.
Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

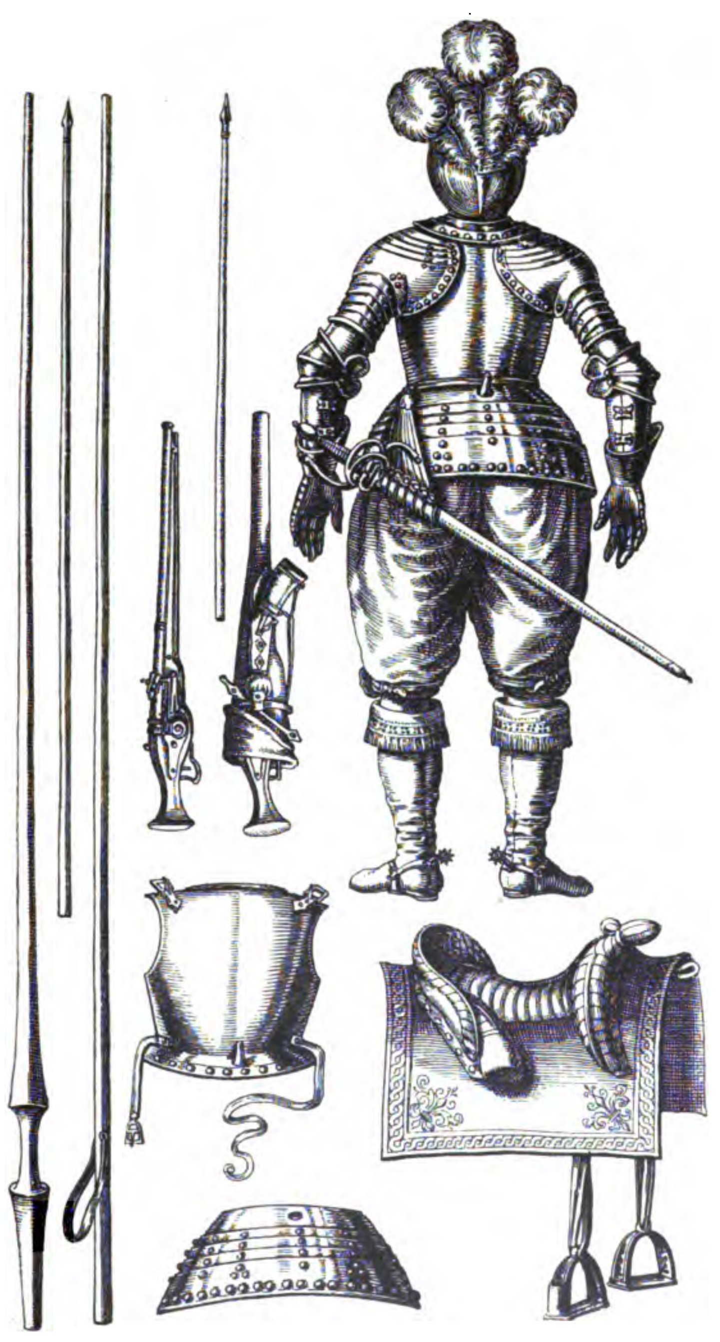
Neue vereitelt. Es war das letzte Mal, daß sie in kühnem Angriff den Kaiser selbst im Mittelpunkte seiner Macht bedroht hatten.

Während der Wintermonate behaupteten sich die böhmischen Truppen, obwohl wiederum Mangel und Noth bei ihnen herrschte, noch leidlich. Ja, im Januar 1620 wurde die allgemeine wie die strategisch-taktische Lage

dadurch noch einmal sehr zu ihren Gunsten verschoben, daß sich jetzt, freilich viel zu spät für einen dauernden Erfolg, die Niederösterreicher endgiltig dem Aufstande anschlossen und das Heer der Böhmen um etwa 9000 Mann vermehrten. Dasselbe lagerte während der nächsten Monate im nördlichen Theile Niederösterreichs zwischen Horn und Langenlois in unmittelbarer Nähe der kaiserlichen Armee unter Buquoy, welche in der Umgegend von Krems stand. Dort kam es dann im Februar, März und April zu einigen größeren und kleineren Gefechten, die für die Böhmen nicht ungünstig verliefen. Die Gelegenheit zu einer Schlacht, die sich für Buquoy nach seiner Vereinigung mit Dampierre wiederholt in sehr günstiger Lage darbot, benutzte dieser zu Dampierres größtem Aerger nicht. Inzwischen gelang es zwar einem Theile der Truppen, welche von Italien her Ferdinand zu Hilfe gekommen waren und den Winter über in Passau standen, unter dem Commando des tüchtigen und umsichtigen Führers Marradas nach Böhmen vorzudringen; aber auf der andern Seite erhielt das böhmische Heer Verstärkung durch das Mansfeldsche Corps, welches in Stärke von 5000 Mann auf Befehl des Königs sich mit dem Hauptheere vereinigte, außerdem aber langten bei dem letzteren auch neue, frische Truppen aus Schlesien, 1500 Musketiere und 1000 Reiter, an, endlich aber schickte auch Bethlen Gabor, der im Januar einen Waffenstillstand mit Ferdinand eingegangen war, bald darauf aber sich doch wieder den Böhmen angeschlossen hatte, am 28. April 3000 Mann gegen die mährische Grenze vor. Die militärisch-taktische Lage der Böhmen war also, trotzdem im Heere aufs Neue in Folge der mangelhaften Soldzahlungen Meutereien ausgebrochen waren, welche Thurn nur mit Mühe zu dämpfen vermochte, bei Beginn des Frühjahrs 1620 eine keineswegs ungünstige. Sie verfügten insgesammt über eine Truppenmasse von 25—30 000 Mann und waren den bisher im Felde stehenden kaiserlichen Truppen zum mindesten gewachsen. Hätte der



Truppen des dreißigjährigen Krieges: 1. Lanzenreiter.
(Facsimile aus: Kriegskunst zu Pferdt. Von Joh. Jac. von Wallhausen; der löblichen Statt Dantzig bestelten Obristen Wachtm: vnd Hauptman. Franckfurt am Mayn 1616.)



Truppen des dreißigjährigen Krieges: 2. Lanzenreiter und Einzelheiten seiner Ausrüstung. (Ebd.)

Krieg nur zwischen diesen beiden Heeren ausgefochten werden müssen, so hätte es den Böhmen wohl gelingen können, sich zu behaupten und ihre Unabhängigkeit von Ferdinand zu erringen. Allein während der eben geschilderten militärisch-kriegerischen Vorgänge hatte sich auf einem andern Felde, auf dem der Diplomatie, die Entscheidung zu ihren Ungunsten vorbereitet. Es war dem von seinen aufständischen Unterthanen schwer bedrängten Kaiser gelungen, eine furchtbare Coalition gegen den jungen Böhmenkönig zu Stande zu bringen, der seine Kräfte für die Dauer selbst bei heldenmüthigster Anspannung derselben um so mehr erliegen mußten, als er selbst diplomatisch völlig vereinsamt und allein auf die Hilfe der verschiedenen Erbländer der österreich-ungarischen Monarchie angewiesen blieb.



Truppen des dreißigjährigen Krieges:
3. Harquebusierer oder Bandelierreuter. (Ebd.)

Wenn Ferdinand in der Bedrängniß, in welche er durch die vereinigte Erhebung aller seiner Erbländer gerathen war, sich nach Unterstützung bei den katholischen Fürsten des Deutschen Reiches und des Auslandes umsah, so konnte er vor Allem nach wie vor der Hilfe seines spanischen Vetters völlig sicher sein. Bisher war ihm dieselbe verhältnißmäßig wenig zu statten gekommen. Die Rüstungen, welche Philipp III. in Italien für ihn unternommen hatte, waren nur langsam vorwärts gediehen; erst am 15. November hielten 7000 Mann italienischer Truppen ihren Einzug in Innsbruck. Sie wurden dann, wie wir sahen, nach Passau verlegt, ein Theil von ihnen unter Marradas nach Böhmen entsandt. Als nun aber im November Thurn wieder vor Wien erschienen war und den Kaiser in die äußerste Bedrängniß gebracht hatte, hatte er an Philipp III. neue Hilfegesuche gerichtet, welche von dem die kaiserlichen Interessen sehr lebhaft vertretenden spanischen Gesandten Oñate energisch unterstützt wurden. Oñate war es, der zuerst bei seinem Könige einen Angriff auf die Erblande des böhmischen Königs, zunächst auf die Niederpfalz, der von Flandern aus erfolgen sollte, in Vorschlag brachte. Anfangs war Philipp III. wenig geneigt, noch größere Opfer als bisher

für Ferdinand zu bringen. Trotz der reichen Hilfsquellen seines Landes, die seinem Vater die Mittel zu seiner großen universalen Politik geboten hatten, befand sich Spanien unter der lässigen und unfähigen Regierung des Sohnes in beständig wachsender Finanznoth, welcher der Staatsrath vergebens abzuhelfen bemüht war. Es bedurfte der energischsten Wirksamkeit des kaiserlichen Gesandten in Madrid, Khevenhiller, ehe man den König endlich am 12. Januar 1620 dahin brachte, daß er dem Statthalter der Niederlande, Erzherzog Albrecht, die Weisung gab, einen Angriff auf die Niederpfalz zu unternehmen und ihm zu diesem Zwecke einen Credit von 230 000 Dukaten monatlich anwies. Außerdem wollte er auch ferner 12 000 Mann Infanterie und 4000 Reiter in Oesterreich unterhalten und den Sold für 3000 polnische Kosaken bestreiten. Es ist begreiflich, daß in Wien heller Jubel herrschte, als diese Nachricht am 13. Februar 1620 daselbst anlangte.



Truppen des dreißigjährigen Krieges: 4. Kürissierer. (Ebd.)

Schon vorher aber war es Ferdinand gelungen, noch eine andere wichtige Allianz zum Abschluß zu bringen, welche thatsächlich noch bei Weitem mehr als die spanische zu einer Entscheidung des böhmischen Krieges zu seinen Gunsten beigetragen hat. Nachdem es durch geschickt geführte Verhandlungen des österreichisch-spanischen Agenten Bruneau gelungen war, die früher unter kaiserlicher Einwirkung vorübergehend aufgelöste Liga wieder ins Leben zu rufen, wurde am 8. October 1619 zwischen Ferdinand und dem Leiter der Liga, Maximilian von Bayern, ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem der letztere mit dem von der Liga anzuwerbenden Heere dem Kaiser zu Hilfe zu kommen versprach, wenn die eigene Vertheidigung und die seiner Bundesgenossen es gestatte. Aber Maximilian war keineswegs geneigt, die Gefahr

dieser Unterstützung auf sich zu nehmen, ohne sich eine ausreichende Entschädigung für die ihm daraus erwachsenden Kosten und für den Schaden, den er selbst dadurch laufen konnte, zu sichern. Er ließ sich durch eben jenen Vertrag nichts mehr und nichts weniger zusichern, als die Verpfändung



Truppen des dreißigjährigen Krieges: 5. Kürissierer und die Einzelheiten seiner Ausrüstung. Als Pappenheimer Kürassiere von besonderem Ruf. (Ebd.)

aller deutschen Besitzungen des habsburgischen Hauses und vollen Ersatz etwaiger Länderverluste. Außerdem aber versprach ihm der Kaiser mündlich die eventuelle Uebertragung der Kur des Pfalzgrafen, dessen Aechtung also schon in Aussicht genommen wurde, ehe er sich noch endgiltig für die Annahme der böhmischen Königskrone entschieden hatte; endlich sollte Maximilian noch

denjenigen Theil des Besitzes seines pfälzischen Verwandten erhalten, dessen er sich im Laufe des Krieges bemächtigen werde. Nach Abschluß dieses Vertrages setzte dann Maximilian bei der Liga auf einer im December 1619 in Würzburg abgehaltenen Versammlung den Beschluß durch, daß eine Armee von 21 000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern angeworben werden solle.

Aber Maximilian war, nachdem er sich einmal der Sache des Kaisers endgiltig und voll angeschlossen hatte, auch ferner bemüht, Ferdinand weitere Hilfsquellen für den Krieg zu eröffnen. Vornehmlich durch seine Bemühungen gelang es, Papst Paul V. zu bewegen, die monatlichen Subsidien von 10 000 Gulden, die er schon bisher dem Kaiser gezahlt hatte, auf 20 000 zu erhöhen und außerdem auch der Liga eine beträchtliche Geldhilfe zuzusichern.

Ferner konnte der Kaiser auf die Hilfe des Königs Sigismund von Polen rechnen; derselbe gestattete nicht nur, daß das Corps des Ungarn Drugeth de Homonna, welches von Bethlen Gabor aus Ungarn wieder verdrängt worden war, nunmehr in Oesterreich verwendet werde, sondern er schickte dem Kaiser Ostern 1620 auch noch einige weitere tausend Mann zu Hilfe.

Das größte Meisterstück diplomatischer Kunst aber gelang doch Maximilian von Bayern, indem er es im März 1620 auf einem Convente in Mühlhausen erreichte, den protestantischen Kurfürsten von Sachsen zu einem Bündnisse mit der Liga zu vermögen. Verstimmt über sein Unterliegen bei der böhmischen Königswahl und besorgt durch die Verbindung seines ernestinischen Vetters mit Böhmen ließ sich Johann Georg endlich nach längeren geschickt geleiteten Verhandlungen bereit finden, das feierliche Versprechen abzugeben, Ferdinand zu unterstützen, ja sich an der Execution in Böhmen und der Lausitz zu betheiligen, wogegen ihm die Versicherung ertheilt wurde, daß die niedersächsischen Stände im Besitze der geistlichen Güter nicht mit Waffengewalt angegriffen werden sollten. Es war ein ähnlicher Verrath an der protestantischen Sache, wie ihn einst im schmalkaldischen Kriege Herzog Moritz von Sachsen begangen hatte.

Aber auch damit begnügte sich Maximilian von Bayern noch nicht. Er wollte, indem er mit den Streitkräften der Liga dem Kaiser seine protestantischen Unterthanen wieder zu unterwerfen ins Feld zog, auch gegen einen Angriff im Rücken gedeckt sein, d. h. die Union mattsetzen bezw. veranlassen, dem böhmischen Kriege fern zu bleiben. Und so unglaublich es erscheint, wenn man bedenkt, daß der Kurfürst von der Pfalz, dessen Existenz in diesem Kriege auf dem Spiele stand, der Führer der Union war: auch das gelang. Um dies zu begreifen, müssen wir uns in wenigen Zügen vergegenwärtigen, welche Stellung die Union bisher gegenüber dem böhmischen Unternehmen ihres Leiters eingenommen hatte.

Schon jener vor der Annahme der böhmischen Königskrone durch Friedrich V. in Rothenburg abgehaltene Unionstag hatte sich sehr reservirt gegenüber dem böhmischen Unternehmen Friedrichs verhalten und sich nur dazu verstanden, die Erbländer des Kurfürsten im Falle eines Angriffs gegen dieselben zu vertheidigen. Eine directe Unterstützung des böhmischen Unternehmens war schon damals von der Union abgelehnt worden. Gleichwohl hatte Friedrich, als er nun nach Böhmen aufbrach, um sich die Königskrone aufs Haupt zu setzen, eine Abtheilung von Truppen, welche von der Union angeworben worden war, mit nach Böhmen genommen. Er hoffte noch immer, daß es gelingen werde, die Union in sein Unternehmen in ähnlicher Weise mit fortzureißen, wie das früher im Jülicher Erbfolgekriege geschehen war. Zu diesem Zwecke hatte er im November 1619 einen neuen Unionstag nach Nürnberg berufen. Am 19. November hielt er selbst seinen feierlichen Einzug daselbst. Aber für die Verhandlungen war es schon von vornherein von verhängnißvoller Bedeutung, daß derjenige Mann, der dem Pfalzgrafen in allen seinen Plänen am meisten zur Seite stand und ihn auch zur Annahme der Königskrone bewogen hatte, daß Fürst Christian von Anhalt durch einen Podagra-Anfall in Amberg zurückgehalten wurde und nicht in der Unionsversammlung erscheinen konnte. Nur zu bald zeigte es sich, daß er thatsächlich außer dem Kurfürsten von der Pfalz selbst der einzige unter den Unionsmitgliedern war, der ernstlich ein enges Bündniß zwischen der Union und den Böhmen anstrebte. Die übrigen waren nicht nur wenig geneigt, den König von Böhmen mit Hilfstruppen zu unterstützen, sondern sie verlangten im Gegentheil Rücksendung jener von der Union geworbenen und bezahlten Truppen, die Friedrich mit nach Böhmen genommen hatte und gerade damals doppelt nothwendig brauchte, um den Anmarsch des von Italien heranrückenden kaiserlichen Heeres zu verhüten. Aber die Unirten, die ein für alle Mal mit dem gefährlichen böhmischen Unternehmen nichts zu thun haben wollten, gingen noch weiter: sie entzogen dem Kurfürsten auch noch das Gehalt von 6000 Gulden, welches er als Unionsgeneral bezog. Das Einzige, wozu sie sich verstanden, war eine Erneuerung jener schon auf dem Rothenburger Tage gegebenen Zusage, daß sie die Erblande Friedrichs gegen einen Angriff schützen und keine kaiserlichen Truppenmärsche durch Unionsgebiet gestatten wollten. Im Uebrigen zeigte sich keine Spur von Erkenntniß der wahren Sachlage. Es schien, als ob die unirten Fürsten in ihrer Zerfahrenheit und Schwäche keine Ahnung von der einfachen Thatsache hätten, daß ein Unterliegen des Pfalzgrafen in Böhmen nicht nur für die Union, sondern auch für das Schicksal des Protestantismus im Reiche von der verhängnißvollsten Bedeutung werden mußte. Man sah thatsächlich nur das Nächstliegende, ein Jeder verfolgte nur seine eigenen Sonderinteressen. Man beschloß zu rüsten, aber nicht um die protestantische Sache an der Stelle zu unterstützen, wo sie in einem Verzweiflungskampfe begriffen war, sondern um einen Einfall in die geistlichen Gebiete zu unternehmen. Und dabei hatten die Unirten die unglaubliche Naivität, eine eigene Gesandtschaft

an Herzog Maximilian von Bayern zu entsenden und ihn gleichsam auf diesen beabsichtigten Angriff gegen die geistlichen Fürsten aufmerksam zu machen, indem sie ihm eine Schrift über die Reichsgravamina und über die katholischen Rüstungen überreichten, in der sie Abrüstung und volle Gleichberechtigung der Protestanten in der Besetzung des Reichshofraths und Reichskammergerichts verlangten und für den Fall, daß man ihnen von katholischer Seite nicht innerhalb zweier Monate eine völlig zufriedenstellende Antwort gäbe, geradezu mit jenem beabsichtigten Angriffe drohten. Natürlich ließ sich Maximilian dadurch in keiner Weise einschüchtern, sondern antwortete ihnen in ähnlich schroffem Tone, daß er einen Angriff auf die Gebiete der geistlichen Fürsten nicht dulden werde.

Die Hoffnung, die Friedrich von der Pfalz auf die Unterstützung der Union gesetzt hatte, wurde also auf dem Unionstage zu Nürnberg gründlich zu Schanden. Aber es sollte noch schlimmer kommen, noch klarer zu Tage treten, daß Ferdinand seine Erfolge in erster Linie der Zerfahrenheit und Uneinigkeit seiner Gegner zu verdanken habe.

Im Laufe des Winters hatte die Liga ihre Rüstungen beendet; im Juni standen ihre Truppen, etwa 24 000 Mann an Zahl, zum Einmarsch in Oesterreich bereit, bei Lauingen und Günzburg. Auch die Union hatte inzwischen ein Heer von 13 000 Mann zusammengebracht, welches bei Ulm versammelt war. In diesem Augenblick, unmittelbar bevor Maximilian von Bayern mit den Streitkräften der Liga activ in den Kampf zu Gunsten Ferdinands eingriff, trat in Ulm ein neuer Unionstag zusammen. Und schon war Maximilians Respect vor der Union so weit geschwunden, daß er es unternehmen konnte, in diesem kritischen Moment zwei Gesandte, die Herren von Donnersperg und Wensin, nach Ulm zu entsenden, um mit der Union zu verhandeln und ihr die Aufrechthaltung des Friedes im Reiche anzubieten, wenn sie dieselbe Verpflichtung eingehe. Es lag auf der Hand, daß er damit nichts Anderes bezweckte, als sich eine Rückendeckung für seinen Zug nach Oesterreich und Böhmen zu verschaffen. Gleichwohl war die Union, auf deren Versammlung auch eine französische Gesandtschaft in vermittelndem Sinne wirksam war, wirklich bereit, auf diese sonderbaren Friedensanerbietungen Maximilians einzugehen. Ein Rest von Schamgefühl veranlaßte sie indeß, wenigstens die eine Bedingung zu stellen, daß von keiner Seite, also nicht nur nicht von Seiten Maximilians, sondern auch von der Erzherzogs Albrecht von den Niederlanden aus, ein Angriff gegen das Unionsgebiet, also auch gegen die pfälzischen Erbländer des böhmischen Königs, unternommen werde, und daß Niemand sich zur Durchführung einer eventuellen Achtserklärung gegen Friedrich hergebe. Aber auch auf dieser Bedingung, deren Aufrechterhaltung doch eine Ehrensache für sie hätte sein müssen, bestanden die Unirten nicht, ließen sich vielmehr nach langen Verhandlungen, an denen die französische Gesandtschaft einen hervorragenden Antheil nahm, endlich doch bereit finden, auf einen Vertrag einzugehen (Juli 1620), nach welchem Union und Liga

die Versicherung abgaben, mit einander in Frieden leben zu wollen. Die Liga verpflichtete sich, die Erbländer des Pfalzgrafen, von denen aber Böhmen ausdrücklich ausgenommen wurde, mit jedem Angriff zu verschonen. Des Erzherzogs Albrecht geschah keine Erwähnung. Ihm blieb es mithin freigestellt, die unter Spinola in Flandern aufgestellte Truppenmasse entweder nach Böhmen oder nach der Pfalz marschieren zu lassen. Damit hatte die Union ihren bisherigen Führer thatsächlich seinem Schicksale preisgegeben. Maximilian konnte sich ungestört an dessen Niederwerfung betheiligen, ohne einen Angriff auf sein bayrisches Herzogthum besorgen zu müssen. Schon jetzt konnte die Union als politisch todt betrachtet werden.

Immer enger und enger zog sich so das Netz über dem Haupte des unglücklichen Böhmenkönigs zusammen, für den schon jetzt seine Feinde den Namen „Winterkönig" aufgebracht hatten. Woher sollte er Mittel und Kräfte nehmen, um der furchtbaren Coalition zwischen dem Kaiser, Spanien, dem Papste und der deutschen Liga erfolgreichen Widerstand zu leisten? Das Schicksal des böhmischen Aufstandes war jetzt schon besiegelt. Er hätte nur gelingen können, wenn sich in Einem mächtigen Anprall alle Erbländer mit den Böhmen vereinigt und die damals schwachen Kräfte des Kaisers in wuchtigem Schlage niedergeworfen hätten. Aber indem sich ganz vereinzelt und allmählich ein Land nach dem andern dem Aufstande anschloß, gewann der Kaiser Zeit, die Kräfte des Widerstandes zu organisiren und einen Bund gegen seine aufständischen Unterthanen zu Stande zu bringen, dem diese in ihrer Vereinzelung nimmermehr gewachsen waren.

Und vereinzelt, völlig vereinzelt waren und blieben sie. Die Union hatte jede Unterstützung abgelehnt, Frankreich und England erschöpften sich in völlig aussichtslosen Vermittelungsversuchen; zu wirklicher Hilfe war selbst der eigene Schwiegervater des jungen Königs trotz aller begeisterten Sympathieen, die demselben von dem englischen Volke entgegengebracht wurden, nicht zu vermögen. Frankreich aber, das sonst traditionell die deutschen Protestanten in ihrem Kampfe gegen das Haus Habsburg unterstützt hatte, beobachtete jetzt eine dem Kaiser freundliche Neutralität. Ja, selbst darauf, daß alle Erbländer des Kaisers in dem Kampfe gegen denselben ausharrten, konnte sich der Pfalzgraf nicht unbedingt verlassen. Namentlich hatte es sich deutlich genug gezeigt, daß man auf Bethlen Gabors Hilfe nicht mit unbedingter Sicherheit zählen könne, zumal es sich für die böhmischen Stände dauernd als unmöglich herausstellte, dessen Geldforderungen zu befriedigen. Schon einmal, im Januar, hatte der tapfere und energische, aber auch sehr unzuverlässige Fürst, den die Ungarn inzwischen zu ihrem Herrn erwählt hatten, mit dem Kaiser verhandelt und endlich einen Waffenstillstand mit ihm geschlossen. Seitdem hatte er sich dann wieder an dem Kriege zu Gunsten der Böhmen



Der Anha

Abriß / wie der Caluinische Geist durch sein

vndconsequenter wider die Catholische Römis

Practicken selb

Was Glerte durch die Schrifft verstahn/

A.

Bäbst: heil:

DJe Christlich Kirch der Römisch stuel
Zertrennt den Ketzern jhre Schuel/
Verdeckte anschleg gehn zu nicht/
Gott selbst fürs Reich vnd Kirchen ficht.

B.

Kayser.

Wañ sonst schon nichts herfür wer komen/
Als diß was Bayren hat außgnommen
Auß Anhalts ghaimer Schrifft so grau/
So hettens schon verdient den Bann.

C.

Spanien.

Zu schutz vnd schirme meines Hauß
Mach ich den Ketzern manchen grauß
Zu erhaltung der Religion
Setz ich Gelt/Guet/vnd Bluet daran.

D.

Bayrn.

Jetzt kombt es nun auf spitz vnd khnopf
Jhr habt zerstossen Euren khopf
Liest zwar gern hinden daß * Königreich
Hett jhr nur Eur Canzley bey Euch.
(* In præfatione.)

E.

Graf Schlick abgsandter zu Sachsē.

Auß Böheim bin ich gsandt so fert
Zu Eur Churfürstlich Gnaden her/
Zu schutzen das gemaine wesen
Waß mehrers wird sie schrifftlich lesen.

F.

Chur Saxen.

Lockt Caluinisten wie jhr wölt/
Eur gsang mir gar mit nichten gfelt/
Der Kayser gilt bey mir vil mehr:
Hinweck mit eurer falschen lehr.

G.

Secretari New zu Venedig.

Wan vnß Venedig allgemach
Wolt helffen zu der gmainen sach
Sie konden vberkommen wol
Das gantz Friaul darzue Tyrol.

H.

Venedig.

Wolt jhr das wir Euch helffen solten
Es kan nit seyn wann wir schon wolten
Wir sorgen jhr möcht nit vil gwinnen
Wir wöllen vns noch drüber bsinnen.

I.

Christoph von Dona.

Dieweil zu Prag Achatz von Don
Dem Pfaltzgraf practiciert die Cron
Thue ich hin zu den Staden raisen
Laß sie vns halten was sie verhaissen.

K.

Staden.

(pag. 44. & 45. & 133.)

An vnser Hilff soll manglen nicht/
Je seyt vns vnd wir euch verpflicht/
Eur Reitten helffen wir versorgen/
Vnd sollen wir daran erworgen.

Pfaltzgraf.

Geht nur fein still sols niemand wissen
Das ich mich vmb die Cron gerissen/
Wil schwören hoch ich wiß nichts drumb
Wie mir die Cron auß Böheimb kumb.

Anhalt.

Wann aber ich den Stadndtrat g
In Böheim zu eim General
Vnrhuewig mach ich die gantz W
Allein so manglets noch am

Facsimile eines Flugblattes gegen den

In der Ueberschrift ist der Zweck der bildlichen Darstellungen dieser streitbaren Flugschriften-Litteratur charakteri

tract
hen Cantzley/
Das ist:
gehaime Räth / wider das Römische Reich/
Kirchen practiciert, doch die Rahtschläger ob jhren
schanden worden.

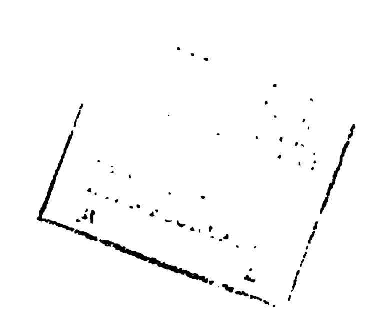
Das lehrt das Gmähl den gmainen Mann.

L.
Camerarius.
(p. 145.)
Die Sachsen wöllen nit daran
Sie habens wol fein gfangen an
Sie wöllens aber nit außsingen
Vor zorn möcht mir mein Kopf zerspring
M
Bleßen.
(p. 14 & p. 11)
Ach liebe Herren wann doch nur
Der Ferdinand nit Kayser war:
Von Ferdinand mögen wir nicht hören/
Man Türck vñ Teuff soll Kayser werden.
N
Caluinistengeist.
Nur wacklich dran jhr guten Räth
Groß lob verdient jhr wans geräth.
O.
Pfaltzgraf.
Ach Cron du machst mir grobe Bossen
Hab mein Kopf hart an dir zerstossen.
P
Caluinistengeist
Ey Fritz such mit der flucht dein hail
Da wirst sonst deinem feind zu thail
Q.
Anhalt.
Last vns zerstöen daß Römisch Reich
So felt die Römisch Kirch zugleich
R.
Caluinistengeist.
Halt an/halt an/ mein lieber Anhalt
Ehe das dein Anschlag sich zerspalt
S.
Anspach.
(p. 51.)
Ey last vnß eylen gschwind im flug,
Die sach die leidet kein verzug.
T.
Cal: Geist.
(p. 61.)
Wer sich mit handlen wil bemisen
Der mueß bey zeit zum Jarmarckt ziehen
V.
Graf von Thurn.
Das ich mich mit dem König vermacht
Hab widern Kayser auffgelaint
Das hat mein Neid vnd Hoffart gmacht
Darumb bin ich billich in der Acht.
W.
Jägerndorf.
(p. 251.)
Auß vollen hab ich mein außs/
Mich bhericht Niclas Wolff gwiß
Der vns ein grosse Hülff verhaist
Darvon auch sein Feldhauptman waist
X.
Hollach.
Zur vnruhe brauch ich guten fleiß
Dem Gabor gib ich vnderweiß.
Y.
Gabor.
Mein Ketten die fangt an zu krachen/
Ich wil mich auß dem staub bald machen
Z.
Caluinisten Geist.
Hui dran Bechl Gabor gib dich nicht!
Auf dich ist all jhr zuuersicht.

Anspach.
Es waiß noch nicht die Vnion
Waß wir drey miteinander hon/
Allein sag ich es dem von Baden
Dem möcht noch ains mit Preysach fraten.
(p. 100. & ...)

…alvinismus; aus der Zeit nach 1621.

…isch ausgesprochen: „Was Gelehrte durch die Schrift verstahn, das lehrt das Gemälde dem gemeinen Mann."



betheiligt. Aber wer bürgte dafür, daß er nicht im ersten kritischen Augenblicke aufs Neue seinen Frieden mit dem Kaiser zu machen versuchen werde?

Vergegenwärtigt man sich alle diese Thatsachen, so erhellt auf den ersten Blick, daß die Lage des Königs von Böhmen schon eine verzweifelte war, ehe die kriegerischen Operationen nach Ablauf der Winterruhe erst ernstlich begonnen hatten. Sie war es um so mehr, als er sich selbst durch eine Reihe verhängnißvoller Fehler die Sympathieen seiner böhmischen Unterthanen verscherzt hatte. Während die böhmischen Protestanten, welche zum großen Theil aus den alten Utraquisten hervorgegangen waren, noch vielfach an den Formen und Gebräuchen der alten Kirche hingen, ging Friedrich, von seiner calvinistischen pfälzischen Umgebung verleitet, mit unverständigem Eifer dagegen, namentlich gegen den Bilderschmuck der Kirchen vor. Es erregte unter den böhmischen Protestanten Unwillen und Entrüstung, als selbst der herrliche Prager Dom mit seiner Fülle kostbarer Kunstschätze dem calvinistischen Vandalismus zum Opfer fiel, aller seiner Pracht entkleidet und in einen kahlen calvinistischen Betraum verwandelt wurde. Dazu kam des Königs mit seinem strengen Calvinismus in schroffem Gegensatz stehende Genuß- und Prunksucht, die nicht selten geradezu den Eindruck des Lächerlichen machte und um so verderblicher wurde, als dadurch Mittel verschwendet wurden, die für die Vertheidigung des Landes ungleich besser hätten verwendet werden können. Trotz der Ueberlegenheit, welche die kaiserlichen Truppen jetzt sehr bald erlangten, hätten die Böhmen in einem geschickt geleiteten Vertheidigungskriege ohne Zweifel erfolgreichen Widerstand leisten können, wenn sie alle Kräfte angespannt und mit den anderen aufständischen Provinzen einmüthig zusammengewirkt hätten. Aber dies wurde eben in erster Linie durch die mangelnde Energie des Königs unmöglich gemacht. Immer deutlicher trat außerdem vor Allem der Mangel an tüchtigen Heerführern hervor; Friedrich selbst fehlte es gänzlich an jeder militärischen Begabung. Die Truppen wurden schlecht oder gar nicht besoldet und verpflegt und versagten in Folge dessen wiederholt in offenen Meutereien ihren Führern den Gehorsam; eine heillose Finanzwirthschaft der unfähigen Regierung, der der König nicht nur nicht abzuhelfen vermochte, sondern durch seine Verschwendungs- und Prunksucht noch Vorschub leistete, beraubte nutzlos das Land der besten Kräfte. Alle diese Gründe wirkten zusammen, um das unglückliche Land an den Abgrund des Verderbens zu bringen. Es bedurfte nur des energischen Eingreifens des zielbewußten Herzogs Maximilian von Bayern, um die ganze böhmische Königsherrlichkeit in Trümmer sinken zu lassen. Mit seinem Einmarsche in Oesterreich beginnt der letzte Akt des verhängnißvollen böhmischen Dramas.

Die ligistischen Streitkräfte, welche sich im Juni und Juli um Lauingen und Günzburg concentrirt hatten, zählten 24 500 Mann zu Fuß

wie das bisher stets, nicht selten zum großen Nachtheil für die kriegerischen Operationen, geschehen war. Den entscheidenden Einfluß in diesem Kriegsrathe erlangte einer der flüchtigen Führer der Oberösterreicher, der energische und umsichtige Freiherr von Tschernembl. Unter seiner Leitung machte die Regierung jetzt wirklich, nur leider zu spät, um einen wirklichen Erfolg zu erzielen, die verzweifeltsten Anstrengungen. Tschernembl war es auch, der den König veranlaßte, sich persönlich zur Armee zu begeben (28. September).

Während dieser Vorgänge in Prag aber waren Maximilian und Buquoy nach Budweis vorgerückt und hatten Wodnian und Prachatitz eingenommen. Im südlichen Zipfel von Böhmen befand sich jetzt nur noch Wittingan in den Händen der Aufständischen.

Schon jetzt begann man in den Kreisen der böhmischen Regierung einen Angriff auf die Hauptstadt selbst zu fürchten. Aber Maximilian wollte sich, ehe er diesen unternahm, erst völlig des südwestlichen Böhmens bemächtigen, außerdem aber seine Verbindung mit Bayern sichern. Das kaiserlich-ligistische Heer wandte sich in Folge dessen, nachdem es am 30. September Pisek mit Sturm genommen und furchtbar ausgeplündert hatte, nicht nach Prag, wohin ihm der Weg jetzt völlig offen stand, sondern gegen Pilsen, wohin Mansfeld von Tabor aus marschirt war, um das Nachrücken eines Theils der ligistischen Truppen, welche Maximilian bei seinem Einmarsch in Oesterreich in Furth und Taus aufgestellt hatte, zu verhindern. Ihm hatte Maximilian schon von Budweis aus ein kleineres Corps unter Marradas nachgesandt, jetzt rückte das Hauptheer von Pisek über Strakonitz und Horazdowitz nach. Jetzt endlich rührte sich auch die böhmische Hauptarmee unter Anhalt. Sie folgte dem Marsche der kaiserlich-ligistischen Armee und griff die Nachhut des Buquoyschen Heeres, welches etwa eine Meile getrennt von dem Maximilians marschirte, an; aber einen erheblichen Erfolg errang Anhalt nicht, da Buquoy sehr wachsam gewesen war und Maximilian rechtzeitig von der Nähe des böhmischen Heeres benachrichtigt hatte, so daß sich beide glücklich wieder vereinigten und gemeinsam gegen Blowitz marschirten. Inzwischen war es Marradas gelungen, sich mit den ligistischen Truppen in Taus und Furth, welche 6000 Mann zu Fuß und 1700 Reiter zählten, zu vereinigen. Maximilian zog dann auch diesen Heerestheil an sich und rückte nun mit Buquoy direct gegen Pilsen vor. Am 12. October schlug er sein Hauptquartier in dem Dorfe Lititz bei Pilsen auf. Da hat es dann Mansfeld in diesem für Böhmen kritischen Augenblicke über sich gewonnen, die Sache, die er bisher vertreten hatte, zu verrathen, indem er an Buquoy directe Anerbietungen gelangen ließ, in denen er in Aussicht stellte, seine Sache von der der Böhmen zu trennen. Ueber die Bedingungen dieses Verraths haben dann in der That Verhandlungen mit den kaiserlichen Vertrauensmännern, welche Buquoy auf Mansfelds Bitten an ihn entsandte, stattgefunden. Mansfeld schlug seinen eigenen Werth nicht gering an. Er verlangte Zahlung von 400 000 Gulden, außerdem aber, daß ihn der Kaiser in Gnaden aufnehme, zum Reichsgrafen erhebe und ihm das von seinem

Wir Ferdinand der Dritte

Röm. Käyser/ zu allen Zeiten Mehrer deß Reichs/
Sclavonien/ rc. König/ Ertzhertzog zu Oesterreich/ Hertzog zu B
Marggraff zu Mähren/ in Ober: und Nieder Laußnitz/ Graff zu Habspurg/
gantzen *Soldatesca* zu Roß und Fuß/ Wie auch Jedermänniglichen Unsere
dert/ daß zu verhütung aller Unordnungen/ ein gewisse Ordinantz gesetzt werde/ vermög deren das in
solle/ und ein Jeglicher wissen könne/ was/ und wie viel man dem Einquartiertem Kriegsvolck zureichen
meiner Wissenschafft Publiciren lassen.

UNd ist anfänglich denen Ständen frey gestelt/ auff die Officier und Soldaten/ welche sich *effective* bey Ihren Regimentern und *Compagnien* befinden/ oder nach und nach darzu kommen möchten/ entweder die hernach beschriebene Verpflegung/ völlig in bahrem Geldt/ oder denen Officiern Zway drittl in Geldt/ und ein Drittl inn Brodt/ Fleisch und Wein/ oder wo kein Wein/ in Bier/ Denen gemeinen Soldaten aber/ halb in Geldt/ und halb in vorbemelten Proviant Sorten zureichen/ ausser der *Servitien*/ von Holtz/ Liecht/ Saltz/ Ligerstadt/ und für die Reutter die Notturfft von rauchem Futter/ welches den Hohen und Nidern Officiern/ so wol auch denen gemeinen Soldaten/ absonderlich gebühret.

Vorbemelt Proviandt Sorten/ sollen denen Soldaten nicht höher angeschlagen werden/ Als das Pfundt

Brodt/ p.	1. Kreutzer.
Das Pfundt Fleisch/ p.	3. Kreutzer.
Und die Maß Wein/ p.	6. Kreutzer.
Die Maß Bier aber/ p.	3. Kreutzer.

Obrister zu Roß.

Soll das Monat für 30. Tag gerechnet/ und auff eines Obristen Stab zu Roß/ so Zehen/ biß in 7. *Compagnien* hat/ für alles und Jedes/ und für alle Stabs Personen geraicht werden/ Monatlich/ Zwölffhundert Gulden.

Deme aber/ so Sechß/ oder weniger *Compagnien* hat/ Monatlich/ Siebenhundert und Zwantzig Gulden.

Dann so werden passiert auff den gantzen Stab 63. Pferdt und 24. *Bagagy* Roß/ und auff Jedes Pferdt nur das rauche Futter/ als täglich 6. Pfundt Hew/ und Wochentlich 2. Bundt Stroh.

Auff eine Compagnia Khürasser Monatlich.

Dem Rittmaister/	150. fl
Leuthenant/ . . . . :	60. fl
Cornet/	50. fl
Auff 4 Corporaln Trometer/ und andere Officier/	180. fl
Einem gemainen Reutter/ 30. Krz. deß Tags/ thut Monatlich/	15. fl

Denen unberittenen R
pflegung/ als 15. Krz deß T
sonsten gebührete/ wann e
legenheit gemacht werden/
Dem Rittmaister w
Futter auff 6. Pferdt/ Leu
poral/ Furier/ Musterschr
und einem gemeinen Reut
des Pferdt Täglich geben
und Woche misch Zwey B
Dann werden passiert
12. Bagagy Pferdt/ Herge
Bagagy Pferdt alsobalden
Auff ein Compagnie
in allem passiert/ wie auff d

Einem Ob

Auff den Obristen St
Compagnien hat/ für alle
Stabspersonen/ wird das
Deme aber so Sechß
hat/ wird das Monat pass
Dann die Notthurfft
Pferdt/ und 16. Bagagy R
täglich zugeben Sechs Pf
Zway Bund Stroh.

Auff eine Co
Mo

Einem Hauptman/	.
Fendrich/	.
Leuthenanten/	.

Locus Sigi

Ferdinand.

Questenberg.

von Gottes Gnaden / Erwöhlter

Bermanien/ zu Hungarn / Böhaimb / Dalmatien/ Croatien vnd
und/ Steyr/ Kärndten / Crain / vnd Würtemberg / in Ober : vnd Nider Schlesien /
l/ vnd Görtz/ rc. Entbieten N allen vnd Jeden Vnsern Hohen vnd Niedern Officiern (so wol der
vnd alles Guts / vnd geben denselben hiemit gnädigst zuvernehmen. Demnach die Nothdurfft erfor
r Quartieren/ vnd Guarnisonen sich befindende Kriegsvolck/ diesen Winter hindurch verpflegt werden
ngeben schuldig seye. Als haben Wir nachgesetzte Verpfleg vnd Vnderhaltungs Ordinanz zu allge

tern gebühret nur halbe Ver-
/ mit dem vbrigen/ so jhme
ttern wehre/ soll Jedem ge-
iner remontirung.
darbey passirt / das rauche
iten auff 4. Cornet 3 Cor-
r/ Veldscherer/ jedem zwey/
. Pferde/ vnd soll auff Je-
den Sechs Pfundt Hew/
d Stroh.
ff die gantze Compagnien
folle der vbrige Troß vnnd
geschafft werden.
Musier/ wird der Vnterhalt
Compagnia Khüraßier.

ften zu Fueß.

zu Fueß/ so von 10. biß in 7.
vnd Jedes / vnnd für alle
Monat passiert/ 1102. fl
oder weniger Compagnien
t/ . . 700. fl
s rauchem Futter auff 40.
ß/ vnd ist auff jedes Pferdt
dt Hew / vnd Wochentlich

pagnia zu Fueß.

tlich.

. . .	150. fl
. . .	50. fl
. . .	35 fl

Auff ein Veldtwäbel/ . . .	25. fl
Veldtschreiber /	20. fl
Veldtscherer /	16. fl
Furier /	18 fl
Führer /	18. fl
Auff Zween Trummelschleger/ Jedem 8. fl. thuet	16. fl
Auff Zween Pfeiffer/ Jedem Acht gülden/ thuet	16. fl
Vnd einem gemeinen Knecht deß Tags 12. Kreutzer/ thuet Monatlich /	6. fl

Auff eine Compagnia zu Fuß werden passiert Bagagy vnd andere Pferdt in allem Achtzehen / vnd darauff die Nothdurfft deß rauchen Fuetters/ als Täglich 6. Pfundt Hew / vnd Wochentlich 2. Bundt Stroh / der vbrige Troß soll alsobalden abgeschafft werden.

Wider diese Verordnete Verpflegung sollen die Ständ/ vnd deren Vnderthanen weder von Officiern/ noch gemeinen Soldaten / keines wegs gravirt / noch beschweret werden / auch ein mehrers zugeben nicht schuldig seyn / Sondern die Soldaten mit demselbigen / was Jhnen / vermög deren verwilligt würd/ sich allerdings vergnügen lassen / vnd darüber bey vnaußbleiblicher Leibs : vnd Lebens Straff / im geringsten nicht *exorbi*tiren / wie Wir Vns dann gegen einem/ vnd anderm Gnädigst versehen. Widrigen fals aber gegen die Verbrecher obbemelte Bestraffung für die Hand zunehmen / vnd dardurch andere mehr hierauß entstehende Vngelegenheiten zuverhüten / nicht vnterlassen werden solle : Wornach sich Jedermänniglich zurichten / vnd für Schaden zuhüten wissen wird. Geben in Vnserer Stadt Wien / den ersten Januarij / Anno Sechzehenhundert Neun vnd Dreyssig/ Vnserer Reiche/ deß Römischen im Dritten / deß Hungarischen im Vierzehenden / vnnd deß Böhaimbischen im Zwölfften Jahr.

Ad Mandatum Sac. Cæs.
Majestatis proprium.

Joh. Friderich Vischer.

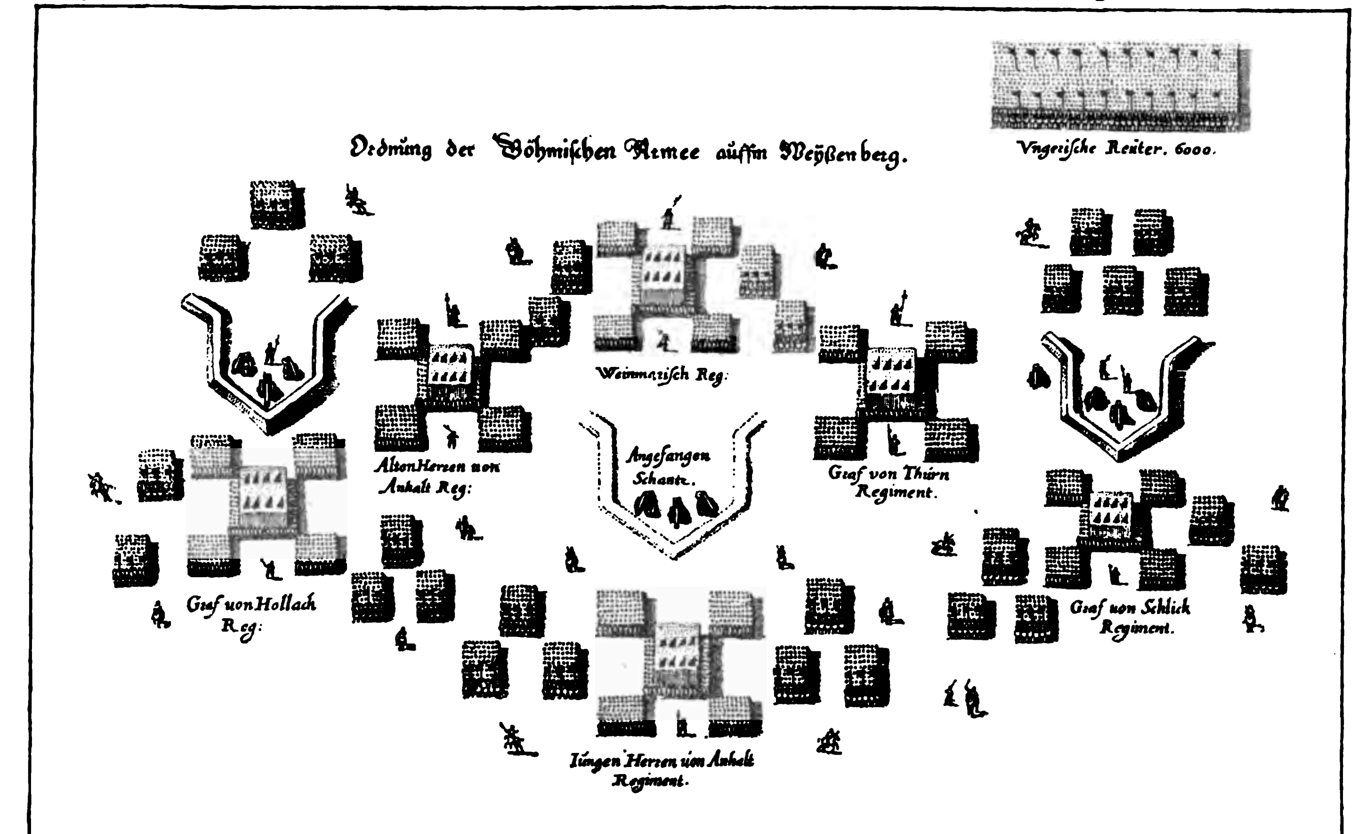


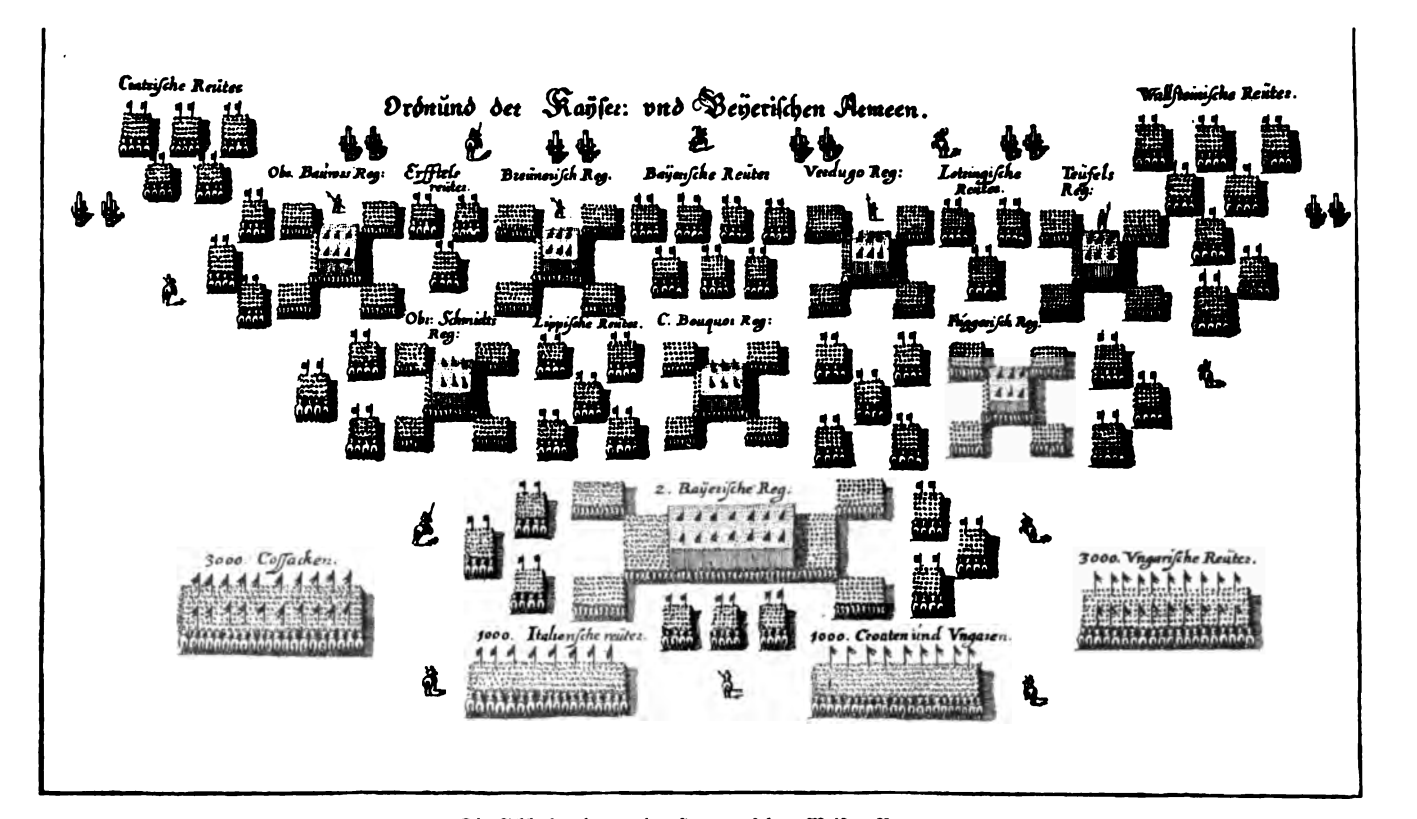
Vater innegehabte Amt eines Statthalters im Herzogthum Luxemburg übertrage. Dafür erbot sich Mansfeld, Pilsen an die Kaiserlichen auszuliefern. Die Verhandlungen gediehen indeß nicht zum Abschlusse, da Maximilian und Buquoy sich nicht für berechtigt hielten, diese Bedingungen selbständig zu bewilligen. Sie erboten sich wohl, 100 000 Gulden gleich zu zahlen — eine größere Summe meinten sie aus ihrer Kriegskasse nicht entbehren zu können —, außerdem wollte Maximilian für weitere 100 000 Gulden die Bürgschaft übernehmen. Wegen der übrigen 200 000 Gulden und der anderen Forderungen aber fragte er durch einen eigens entsandten Boten erst beim Kaiser an. Bis zum Eintreffen der Antwort versprach Mansfeld, mit den Kaiserlichen Frieden zu halten, sowie auch diese sich jedes Angriffs auf ihn enthalten wollten.

Wenn also auch die Uebergabe Pilsens und der directe Uebertritt Mansfelds nicht erfolgte, so war doch durch diese Verhandlungen so viel erreicht worden, daß sich Mansfeld mit seinem Corps an der Entscheidung, die nunmehr unmittelbar bevorstand, nicht betheiligte. Das Gerücht von diesen Verhandlungen war übrigens auch zu den Böhmen und zu dem Führer ihres Heeres, Christian von Anhalt, gedrungen. Mansfeld schickte daher einen Boten an den letzteren und ließ ihm sagen, seine Verhandlungen seien nur auf die Täuschung des Feindes berechnet. Wenn man aber in Betracht zieht, daß Maximilian und Buquoy mit Vernachlässigung der Festung Pilsen und ihrer starken Besatzung den Marsch auf Prag fortsetzten, und daß Mansfeld nach ihrem Abzuge sich weigerte, Pilsen bloß mit einer kleinen Besatzung zu versehen und mit der Mehrzahl seiner Truppen zu Anhalt zu stoßen, so gewinnt doch die Annahme große Wahrscheinlichkeit, daß es Mansfeld mit seinen verrätherischen Anerbietungen, die übrigens mit seinem Vorleben keineswegs im Widerspruch stehen, voller Ernst gewesen ist.

Nunmehr wandte sich das kaiserlich-ligistische Heer gegen Prag. Da der kürzeste Weg durch das böhmische Heer, welches bei Rokitzan stand, verlegt war, so bogen Maximilian und Buquoy zunächst gegen Norden aus und wandten sich dann erst gegen Osten. Aber Anhalt, der ihnen eilig gefolgt war, stellte sich ihnen auch jetzt wieder in einer vortrefflich gewählten Stellung bei Rakonitz entgegen. Hier haben sich die beiden Heere mehrere Tage gegenübergestanden. Es kam zu einigen kleineren Gefechten, in denen sich die Böhmen behaupteten. Einen wirklichen Sturmangriff auf ihre Stellung zu unternehmen, hielt man im Hauptquartier der Gegner für unmöglich. Man beschloß daher am 5. November, die böhmische Stellung zu umgehen und direct in Eilmärschen gegen Prag zu marschieren, um die Hauptstadt, wenn möglich, noch vor dem böhmischen Heere zu erreichen. Aber auch dies gelang nicht. Anhalt hatte den Grafen Thurn mit einem Regiment Fußvolk und einiger Reiterei vorausgeschickt, er selbst war am 6. gefolgt und am 7. bei Unhoscht angelangt. Von hier aus konnte er die Umgebung Prags übersehen und entdeckte zu seiner Freude, daß ihm der Feind noch nicht zuvorgekommen sei. Er ersuchte nun den König, der nach der Stadt eilte, um

Eigentliche Delineation der Kaÿs: vnd Böhmischen Schlacht ordnung auf dem Weiße berg bei Prag, Anno 1620.





Die Schlachtordnung der Heere auf dem Weißen Berge.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum“ von Matth. Merian; Frankfurt a. M. 1635.

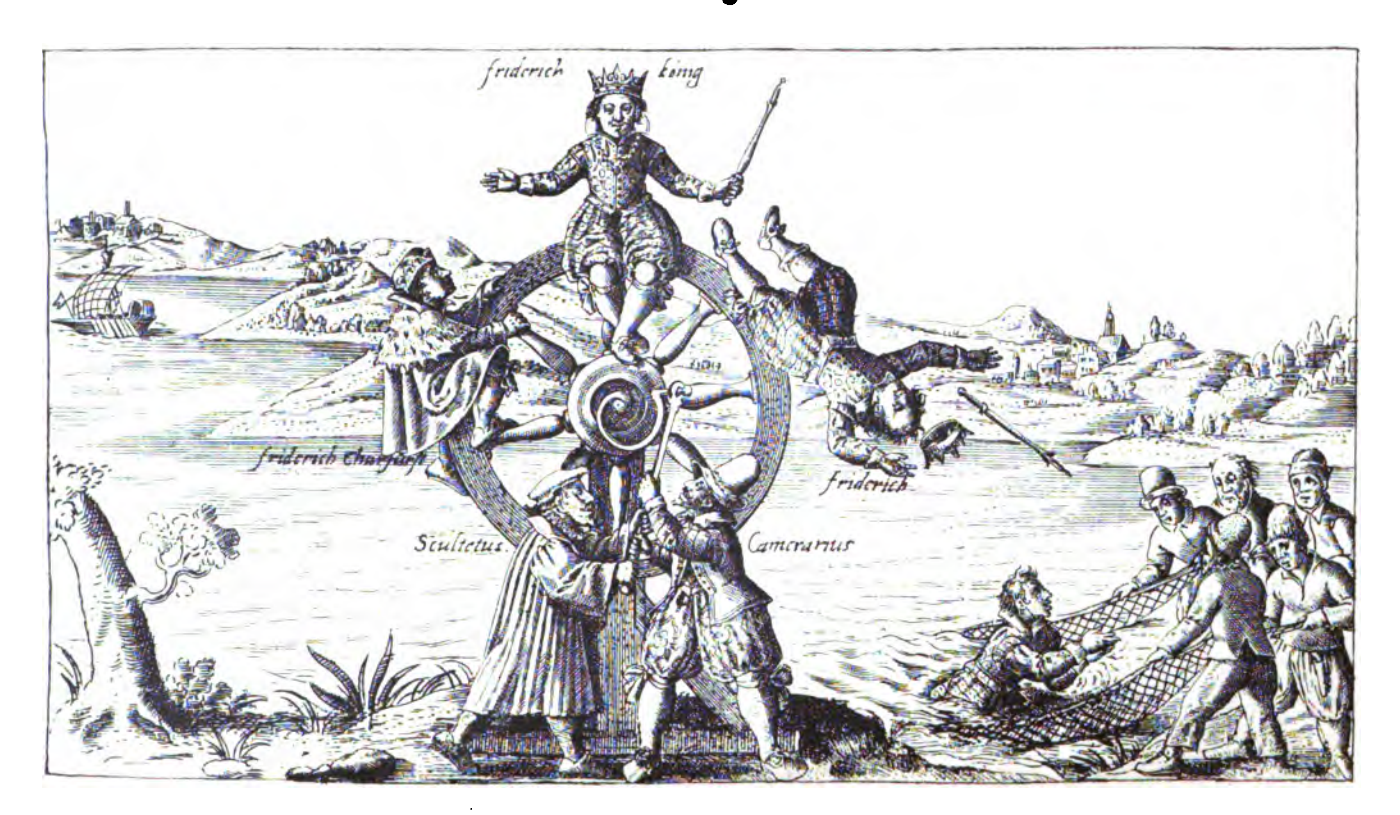
deren Vertheidigung zu leiten, für Errichtung von Schanzen auf dem Weißen Berge Sorge zu tragen. Auf diesem, dicht vor den Mauern der Hauptstadt gelegenen Hügel ordneten Anhalt und Hohenlohe am Morgen des 8. November die Stellung des böhmischen Heeres, dessen rechter Flügel an den mit einer Mauer umgebenen Sternthiergarten angelehnt war, während der äußerste linke Flügel gegen Motol zu etwas gesenkt stand. Von den Schanzen, deren Aufwerfung der König angeordnet hatte, waren nur zwei, eine am äußersten linken, die andere am äußersten rechten Flügel, fertig geworden, während die im Centrum der Stellung liegende nicht mehr hatte vollendet werden können. Immerhin war die Stellung des Heeres eine sehr günstige und starke, und auch der Zahl nach war das böhmische Heer (etwa 21 000 Mann) dem kaiserlich-ligistischen, welches zusammen etwa 25 000 Mann zählte, nur wenig unterlegen.

Trotzdem währte die ganze Schlacht, die dann hier an dem nebeligen Vormittage des 8. November geschlagen wurde und über das Schicksal des böhmischen Königreichs entschied, nur wenig über eine Stunde. Die Unfähigkeit einiger der Führer und die jämmerliche Feigheit eines Theils der Truppen führten trotz rühmlicher Anstrengungen Einzelner jene klägliche Niederlage des böhmischen Heeres herbei, die fast einzig in ihrer Art dasteht.

Der Kampf begann mit einem kühnen Reiterangriff der Kaiserlichen gegen das Regiment Thurn am äußersten linken Flügel der Böhmen. Graf Thurn selbst sprengte mit einer Reiterabtheilung herbei, um seinem Regimente zu Hilfe zu kommen. Wirklich gelang es ihm die Kaiserlichen zurückzudrängen und einen Erfolg zu erringen, der leicht für die Kaiserlichen hätte verhängnißvoll werden können. Allein er konnte ihn nicht verfolgen, da sich inzwischen die sechs Fähnlein seines Infanterie-Regiments zur Flucht gewandt hatten. Wie Thurn, so legte auch der Fürst von Anhalt und namentlich sein jugendlicher Sohn Proben großen persönlichen Muthes und unerschrockener Tapferkeit ab. Der letztere, der sich hier seine Sporen verdiente, unternahm gegen den linken Flügel der Kaiserlichen einen kühnen Reiterangriff, der nicht bloß die kaiserliche Reiterei, sondern auch zwei Infanterie-Regimenter zum Weichen brachte. Aber er wagte sich dann im freudigen Gefühl seines Erfolges zu weit vor, stieß auf zwei weitere Regimenter, denen von Tilly eine Reiterabtheilung zu Hilfe geschickt wurde, und wurde nun in einen neuen Kampf verwickelt, in welchem seine Reiterschaar fast völlig aufgerieben, er selbst aber gefangen genommen wurde.

Aehnlich erging es bei der ligistischen Armee, die anfangs so mörderisch beschossen wurde, daß sie den Angriff aufgeben wollte, bis Tilly selbst herbeiritt und die Ordnung schnell wieder herstellte. Und als nun die kaiserliche wie die ligistische Armee zu geschlossenem Angriffe übergingen, da war es mit der Widerstandskraft des böhmischen Heeres, die an und für sich nicht groß war und nur durch den Heldenmuth der genannten Führer zeitweise zu größeren Anstrengungen hingerissen werden konnte, vorüber. Vergeblich bot Christian von Anhalt Alles auf, um den Muth der Truppen neu zu entflammen. Die beim

Deß gwesten Pfaltzgrafen Glück vnd Vnglück.



WEr Glück vnd Vnglück wissen wil/
Der seh an deß Pfaltzgrafen spil.
Sehr glücklich war er in dem Reich/
So bald hett er nit seines gleich/
Jhm manglet nit an Leit vnd Land
Regieret weißlich mit Verstand
Ein Fraw von Königlichem Stam̃/
Die mehret jhm sein hohen Nam/
War glückhafftig mit jungen Erben
Sein Stam̃ so bald nit solt absterben.
Von reich vnd arm von jung vnd alten
Ward er in grosser Ehr gehalten.
Wie solches dann auch billich gschach
Weil er die höchste Chur versach
Auß Weltlichen Churfürsten vier
Dem Römischn Reich war er ein zier.
In Summ jhm war wol allermassen
Wann er sich nur hett gnügen lassen.
O Ehrgeitz du verfluchte sucht:
Hie sicht man dein vergiffte frucht/
Die Ehr vnd Würd machst manchem süß
Biß er kompt andern vnder dFüß.

Wie anschlich wie zierlich wol
Wie dapffer alles Glücks so vol
War Pfaltzgraf Friderich zuuor/
Ehe das jhn Hoffart hebt empor.
Die besten Maister in dem Rath
Die waren da sein höchster schad
Der Blessen/ Camerarins/
Kein Müh kein Arbeit sie verdruß/
Biß sie jhn in die höch gebracht
Vnd auß jhm einen König gmacht
Das hett doch in die läng kein bstand
Weil er sich brauchet frembder Land
Sein Reich war nit von diser Welt
Darumb er bald zu boden felt.
Wo felt er hin? Ins tieffe Möhr/
Verlassen von seim gantzen Heer/
Die Staden haben jhn auffgfangen
Thun mit dem newen Fisch jetzt prangen
Vnd halten jhn für ein Gschauessen
Das Glück hat seiner gar vergessen
Hat jhn zu spott gmacht vor der Welt
Vnd wie ein Spiegel fürgestellt

Daß sich ein jeder hin fürbaß
Am seinigen genügen laß
Wie gern wolten jhn seine Räth
(Die das Rath zu starck vmbgedräht)
Jetzt wider in die höch auffschwingen
Es wil jhn aber alls mißlingen
Er ist zu tieff hinab gesuncken
Er wer villeicht gar wol ertruncken
Wann nit Holland geholffen hett
Da es vmb jhn noch mißlich steht
Dann als er auß dem Netz gekrochen
Hand sie jhm weiter nichts versprochen
Als daß er mög bey jhnen wohnen
Jetzt seynd hindurch vil gute Kronen.
Der hett zuuor vil Leit vnd Land
Der hat jetzund ein läre Hand
Der vor hett auff dem Haupt ein Kron
Hat jetzt kaum ein gantz Hemet an
Helff Gott dem armen Friderich
Er kompt doch nimmer vbersich.

Getruckt im Jahr/ 1621.

Flugblatt vom Jahre 1621 auf den Sturz des Winterkönigs. Verkleinertes Facsimile.

ersten Angriff in ungeordneter Flucht zurückweichenden ungarischen Regimenter, welche bisher wohl in muthigen Streifereien Tüchtiges geleistet, aber eine geordnete Feldschlacht noch nicht mitgemacht hatten, rissen einen großen Theil des böhmischen Fußvolks mit in die Flucht. Trotz des mannhaften Widerstandes, welchen namentlich das mährische Infanterie-Regiment leistete, wurde die Niederlage bald eine allgemeine: in regelloser Flucht wälzten sich die geschlagenen Truppen nach den Thoren der Hauptstadt zu, die sie in namenloser Verwirrung und Auflösung erreichten.

Während hier in dem kurzen Zeitraum einer Stunde das Geschick Böhmens entschieden wurde, ergötzte sich der, für den der Kampf in erster Linie geschlagen wurde, in Prag an den Freuden der Tafel. Als er nun nach Tisch hinausreiten wollte, um sich über den Stand der Dinge zu unterrichten, stieß er in der Nähe des Thores schon auf seine fliehenden Truppen, deren Führer ihm über den ganzen Umfang der Niederlage, die er erlitten hatte, die volle Wahrheit berichteten. Mit einem Schlage sah er den ganzen Traum seiner Königsherrlichkeit über den Haufen geworfen. Fassungslos dachte er jetzt nur noch an schleunige Flucht, während seine Gemahlin eine ruhigere und würdigere Haltung beobachtete. In dem Kriegsrathe, der alsbald berufen wurde, war man keineswegs einstimmig der Ansicht, daß Alles verloren sei und der König sein Heil in der Flucht suchen müsse. Die Hauptstadt selbst war gut befestigt, außerdem aber wußte man, daß ein 8000 Mann starkes Hilfscorps Bethlen Gabors unterwegs war. In der That war dieses am Tage der Schlacht nur noch vier Meilen von der Stadt entfernt. Namentlich traten der jüngere Graf Thurn, Tschernembl und der Oberst Schlammersdorf dafür ein, daß der König in Prag verbleiben und versuchen sollte, die Stadt zu halten. Allein selbst Anhalt und der ältere Graf Thurn waren doch der Meinung, daß das nicht möglich sein werde, und daß der König vor Allem sich selbst in Sicherheit bringen müsse. So verließen denn der König und seine Gemahlin und mit ihnen Thurn, Hohenlohe, Anhalt und die höchsten Landesbeamten in langem Wagenzuge, in dem sie in der Eile ihre hauptsächlichsten Kostbarkeiten geborgen hatten, die Stadt. Mit bangen, verzweifelten Mienen sahen die Bürger Prags ihren König die Hauptstadt verlassen. In eiliger Flucht wandte sich Friedrich zunächst nach Schlesien. Der Traum des Winterkönigthums war zu Ende geträumt.

Die Reaction in den kaiserlichen Erblanden.

Mit der eiligen Flucht des protestantischen Gegenkönigs von Böhmen war die Sache des Aufstandes und damit bei der Gesinnung und Gemüthsart des Kaisers auch die des Protestantismus nicht allein in Böhmen, sondern auch in den übrigen habsburgischen Erblanden verloren. Die Nachricht von der vernichtenden Niederlage, welche die böhmischen Protestanten auf dem Weißen Berge erlitten hatten, verbreitete überall panischen Schrecken und lähmte die Kräfte des Widerstandes, die noch in gar nicht geringer Stärke vorhanden waren. Die Hauptstadt Böhmens öffnete ohne nennenswerthen Widerstand den siegreichen Kaiserlichen und Ligisten die Thore und wurde nun von den Siegern mit einer unmenschlichen Plünderung heimgesucht, an der sich selbst die Mitglieder angesehenster Familien ungescheut betheiligten. Wieder, wie damals nach dem schmalkaldischen Kriege, sollte es sich mit großer Deutlichkeit zeigen, daß die Protestanten mit denselben Geldmitteln, die ihnen jetzt und in den folgenden Monaten theils geraubt theils durch Confiscationen weggenommen wurden, sehr wohl im Stande gewesen wären, einen erfolgreicheren Widerstand zu organisiren. Aber man hatte sich eben in den Kreisen des böhmischen Adels nicht in ausreichender Weise klar gemacht, daß es ein Kampf um die Existenz war, den man kämpfte, und daß man an diesen Kampf sein Alles hätte einsetzen müssen. Auch jetzt noch, nach der vernichtenden Niederlage, die man erlitten hatte, waren sich die meisten Führer des Aufstandes der Tragweite derselben in keiner Weise bewußt. Sie glaubten, daß nach dem Mißlingen ihrer Erhebung im Wesentlichen der Zustand vor dem Beginn derselben wiederkehren werde. Daß Ferdinand, dessen Sinnesart ihnen doch aus seinem Auftreten in seinen steirischen Erblanden zur Genüge hätte bekannt sein müssen, jetzt ganz andere Maßregeln ergreifen werde, wie etwa ein Rudolf oder Matthias, daß er die Ausrottung des Protestantismus mit System und Folgerichtigkeit in die Hand nehmen werde, daran scheint unter den Führern der Bewegung kaum einer gedacht zu haben. Rechnete doch selbst Graf Thurn auf Vergebung des Kaisers, und die Mehrzahl der Directoren und der anderen am Aufstande hervorragend betheiligten Persönlichkeiten dachte gar nicht an Flucht, die ihnen in den ersten Tagen der Verwirrung sehr wohl möglich gewesen wäre. Daß sie dadurch nicht allein ihr Eigenthum, sondern ihr Leben aufs Spiel setzten, ist ihnen offenbar gar nicht in den

Sinn gekommen. Hätten sie, hätten die gesammten Protestanten des Landes geahnt, welche namenlosen Leiden ihnen nach ihrer Niederlage auferlegt werden würden: sie hätten auch jetzt noch den Muth und die Aufopferung gefunden, den Aufstand fortzusetzen. Denn mehr als Alles verlieren, wie ihnen das jetzt, da sie sich in ihr Schicksal ergaben, widerfuhr, konnten sie auch nicht, wenn sie noch ferner das Glück der Waffen versuchten. Und so aussichtslos, wie ihnen das in den ersten Tagen jähen Schreckens erschien, wäre die Fortsetzung des Aufstandes keineswegs gewesen, wenn sie nur jetzt noch den Entschluß äußerster Opferwilligkeit gefunden hätten. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß in den nächsten Jahren Bethlen Gabor, der Markgraf von Jägerndorf und Mansfeld auch nach der völligen Niederwerfung Böhmens und der böhmischen Kronländer den Widerstand gegen Ferdinand nicht nur erfolgreich fortsetzen, sondern den Kaiser zeitweise in sehr ernste Bedrängniß bringen konnten. Hätte sich zu diesen jetzt vereinzelten Gegnern die gesammte, mit Aufgebot aller Kräfte gewaffnete Macht Böhmens in neuem, muthigem Aufschwunge gesellt, so wäre ein Erfolg durchaus nicht ausgeschlossen gewesen, in keinem Falle aber wäre eine so klägliche und jämmerliche Vernichtung alles dessen, um was man seit einem Jahrzehnt gekämpft hatte, erfolgt.

Ebenso wenig wie Ferdinands Unterthanen war sich auch der von ihnen zum König erhobene Pfalzgraf des vollen Umfangs und der Bedeutung seiner Niederlage bewußt. Auch nicht der leiseste Gedanke daran stieg in ihm auf, daß sich der Kaiser etwa nicht damit begnügen würde, ihm Böhmen wieder zu entreißen, sondern gar versuchen würde, ihn auch seiner Erblande zu berauben. Als Friedrich erst aus dem Bereich der gegnerischen Waffen heraus war und in Breslau einen zunächst sicheren Aufenthalt gefunden hatte, faßte er seine Lage keineswegs mehr als so verzweifelt auf, wie sie ihm im ersten Schrecken im Augenblicke seiner Flucht erschienen war. In den Verhandlungen, die er erst durch Vermittelung des Kurfürsten von Sachsen, später durch die seines Schwiegervaters mit seinem siegreichen Gegner Ferdinand anzuknüpfen suchte, wollte er anfangs nicht einmal von einem endgiltigen Verzicht auf Böhmen etwas wissen; und als ihm allmählich klar wurde, daß dieser doch am Ende nicht zu vermeiden sein werde, suchte er ihn an Bedingungen zu knüpfen, die im Hinblick auf die Lage, in der er sich befand, geradezu lächerlich erscheinen müssen. Er war naiv genug, vom Kaiser eine Geldentschädigung für seine Resignation, ja sogar eine jährliche Pension und Ersatz der in Böhmen aufgewandten Kosten zu verlangen, d. h. an den Sieger das Ansinnen zu stellen, daß er dem besiegten Angreifer die Kosten des Angriffs ersetze. Sein ganzes Verhalten war ebenso unüberlegt und politisch unklug als unmännlich und schwächlich. Zwei Wege konnte es für ihn doch nur geben, nachdem er in einer entscheidenden Schlacht geschlagen war. Entweder mußte er alle Kraft zusammennehmen, den Widerstand aufs Neue zu organisiren, die Länder seiner böhmischen Krone zu den äußersten Anstrengungen fortzureißen und dann die Niederlage wieder wett zu machen. Das wäre um so eher möglich

gewesen, als Bethlen Gabor noch in offenem Kriege mit Ferdinand begriffen und die Kräfte Mährens, Schlesiens und der Lausitzen noch keineswegs erschöpft oder gar vernichtet waren. Fehlte es ihm aber zu diesem Wege an Muth und Entschlossenheit, so mußte er sich wenigstens resignirt in das Unvermeidliche fügen, kurz entschlossen dem Kaiser seine Unterwerfung als König von Böhmen und seinen Verzicht auf diese Krone anzeigen und sich dadurch wenigstens seinen erblichen Besitz sichern. Auch durch diese Maßregel hätte er den Kaiser, der schon im Octobervertrage von 1619 dem Herzoge Maximilian von Bayern die pfälzische Kur versprochen hatte, in arge Verlegenheit gebracht. Denn hätte sich der Pfalzgraf zur Unterwerfung und zum Verzicht auf Böhmen sofort entschlossen, so wäre es dem Kaiser schwerlich gelungen, ihn auch seiner Erblande und der Kurwürde zu berauben. Der Widerstand, der sich gegen diese Maßregel alsdann erhoben hätte, wäre noch weit energischer gewesen, als er selbst bei diesem unklugen Verhalten Friedrichs war. Indem der Kurfürst keinen der beiden ihm durch die Lage vorgezeichneten Wege einschlug, weder sich zu weiterem energischem Kampfe entschloß, vielmehr von Breslau erst nach Brandenburg, dann nach Wolfenbüttel, endlich nach dem Haag entfloh, noch auch sich zu einem bedingungslosen Verzichte auf Böhmen oder zu einer Demüthigung irgend einer Art vor dem Kaiser verstehen wollte, gab er diesem ein gewisses Recht, ihn auch ferner als seinen Feind zu betrachten, und den Vorwand, um ihn zu ächten und seiner pfälzischen Erblande zu berauben.

Während so der König von Böhmen sein persönliches Geschick besiegelte, brach über die Länder, die er ein kurzes Jahr lang beherrscht hatte, unsagbares Elend und Leiden herein. Ferdinand war fest entschlossen, seinen Sieg aufs Aeußerste auszubeuten und jetzt jenes Gelübde einzulösen, welches er dereinst in Loretto abgelegt hatte, lieber Leib und Leben zu lassen, als ferner Ketzer in seinen Erblanden zu dulden. Was er einst in Steiermark glücklich erreicht hatte, das sollte jetzt mit denselben oder mit noch schärferen Mitteln in Böhmen und den anderen Kronländern unternommen werden. Der Anfang wurde mit der unerhört harten Bestrafung der „Rädelsführer“ des Aufstandes gemacht. Indem man die Führer vernichtete, hoffte man am gründlichsten eine Wiederkehr ähnlicher Bewegungen, wie der soeben niedergeschlagenen, unmöglich machen zu können. Am 6. Februar 1621 übersandte Ferdinand dem Fürsten von Lichtenstein, den er zum Statthalter von Böhmen ernannt hatte, ein Verzeichniß aller der Persönlichkeiten, welche er verhaften lassen sollte; es waren außer den Directoren noch zweiunddreißig, von denen sich indeß einige rechtzeitig geflüchtet hatten. Lichtenstein lud sie sämmtlich zu einer bestimmten Stunde vor sich, „um ihnen einen Erlaß des Kaisers mitzutheilen.“ Obwohl mehrere von ihnen gewarnt wurden — eine solche Warnung soll sogar von Tilly ausgegangen sein — erschienen sie doch sämmtlich, soweit sie in Prag anwesend waren. Der tödtliche Schrecken, den sie bekamen, als sie nun sämmtlich in Haft genommen wurden, zeigt deutlich, daß sie an eine gegen ihr Leben und



ihre Freiheit gerichtete Maßregel auch jetzt noch nicht geglaubt hatten. Von den Abwesenden gelang es nur, den alten Grafen Schlick in seinem Zufluchtsort auf Schloß Friedland zu erreichen. Den Weisungen Ferdinands entsprechend setzte nun Lichtenstein für die Untersuchungsprocesse gegen die Verhafteten einen besonderen Gerichtshof ein, da von vornherein klar war, daß die bestehenden böhmischen Gerichtshöfe solche Urtheile, wie man sie haben wollte und brauchte, nicht fällen würden. Natürlich wichen auch die Normen des gerichtlichen Verfahrens sehr erheblich von dem regelmäßigen ab. Der Ankläger war angewiesen, keine Beweise zu bringen, sondern von vornherein die Notorietät des Factums festzustellen, die Richter aber sollten sich einer „schnellen Procedur befleißigen." Einhundertachtunddreißig Fragen wurden zusammengestellt, die jedem der Angeklagten vorgelegt werden sollten. Am 15. März constituirte sich der Gerichtshof unter dem Vorsitze Lichtensteins. In wenigen Tagen waren die Urtheile gefällt. Die Vorschrift „schneller Procedur" wurde pünktlich erfüllt. Sämmtliche Angeklagten wurden zur Confiscation aller ihrer Güter, siebenundzwanzig zum Tode, zum Theil mit gräßlichen verschärfenden Zusatzstrafen in Bezug auf die Art ihrer Hinrichtung, verurtheilt. Die Urtheile wurden dann nach Wien zur Bestätigung durch den Kaiser geschickt und von diesem dem Staatsrathe zur Begutachtung vorgelegt. Hier erhob sich doch selbst unter den sonst streng und schroff gesinnten kaiserlichen Räthen manche warnende Stimme, welche zur Mäßigung rieth, damit die böhmische Bevölkerung nicht zur äußersten Verzweiflung gebracht werde. Die Vierteilung bei lebendigem Leibe, die nach den Urtheilen an mehreren der Angeklagten vorgenommen werden sollte, scheint im Staatsrathe wirklich abgelehnt worden zu sein; wenigstens wurde sie an Niemand vollzogen. Aber sonst wurden die Urtheile doch von der Mehrheit des Staatsraths gebilligt und dann auch vom Kaiser am 26. Mai bestätigt. Nur fünf Personen, darunter Wilhelm von Lobkowitz, wurde die Todesstrafe erlassen. Alle übrigen mußten am 21. Juni in Prag das Blutgerüst besteigen; sie starben sämmtlich muthig und gefaßt.

Nachdem so die Rache an den vornehmsten Führern vollzogen war, schritt man zu umfassenden Güterconfiscationen gegen die übrigen hervorragenden Theilnehmer des Aufstandes. Für diese war schon vor der Schlacht bei Prag ein förmliches System in Aussicht genommen, welches entworfen zu haben der frühere böhmische Statthalter Wilhelm von Slawata den traurigen Ruhm hat. Wenn man sich streng nach diesem System richtete, so war in der That von allen irgendwie hervorragenden und wohlhabenderen Bewohnern Böhmens kein einziger seines Eigenthums sicher. Slawata hatte in seinem Gutachten drei Kategorieen aufgestellt: 1) alle diejenigen, welche nur gehuldigt hatten, d. h. so gut wie sämmtliche Einwohner des Landes, sollten einen Theil ihres Besitzes hergeben; 2) allen denjenigen, welche bei Beginn des Aufstandes irgend ein Amt oder eine Würde bekleidet und sich trotzdem dem Aufstande angeschlossen hatten, sollte ihr ganzer Besitz confiscirt werden; 3) die hervor-

ragenden Theilnehmer sollten mit dem Tode und dem Verlust aller Güter bestraft werden. Mit grausamer Folgerichtigkeit wurde dann nach diesen Normen verfahren, obwohl selbst der Statthalter Lichtenstein zur Mäßigung rieth. Die Confiscationen liegender Güter umfaßten dann thatsächlich zwei Drittel des gesammten Grundbesitzes im Werthe von etwa 30—35 Millionen Thaler. Es war die umfassendste Eigenthumsberaubung, die wohl je in unserer nationalen Geschichte vorgekommen ist. Die Anhänger des Kaisers häuften dabei die ungeheuersten Reichthümer auf, theils durch directe Beraubung, theils durch Ankäufe von Gütern zu Schleuderpreisen. Auf dem letzteren Wege hat namentlich Wallenstein den Grund zu seinem ungeheuren Vermögen gelegt.

Aber mit diesen Güterconfiscationen war dem Kaiser keineswegs genug geschehen. Das Hauptziel, welches ihm vor Augen schwebte, war die Vernichtung des Protestantismus und, im engsten Zusammenhange damit, der ständischen Privilegien in Böhmen. Auch bei den hierauf gerichteten Maßregeln konnte er auf jenes Gutachten Slawatas zurückgehen, das er durch ein weiteres der sämmtlichen kaiserlichen Räthe ergänzen ließ. Eine Reihe der hier vorgeschlagenen Maßregeln, welche in erster Linie bestimmt waren, den Zustand vor Ausbruch des Aufstandes wiederherzustellen und die Wiederkehr eines solchen zu verhüten, wird man als berechtigt anerkennen dürfen, so wenn der Kaiser, nachdem aus dem Wahlrecht der Stände ihm so große Schwierigkeiten und Bedrängnisse erwachsen waren, dies ohnehin seit langer Zeit streitige Recht aufhob und die böhmische Königskrone für erblich in seinem Hause erklärte, wenn er die Macht der obersten Landesofficiere einschränkte und ihre Unverletzbarkeit beseitigte. Auch von den Maßregeln der religiösen Reaction kann man denjenigen, welche auf Zurückführung des früheren Zustandes und Beseitigung der während des Aufstandes den Katholiken im Lande zugefügten Benachtheiligungen gerichtet waren, ihre Berechtigung nicht absprechen. Dahin gehört die Wiedereinsetzung der katholischen Geistlichen, Domherren und Mönche der verschiedenen Orden in ihren früheren Besitz. Bedenklicher für den religiösen Frieden im Lande war es schon, daß alsbald nach der Niederwerfung des Aufstandes die Jesuiten ins Land zurückgerufen wurden (20. December 1620), die dann natürlich unter der zum Tode erschrockenen Bevölkerung alsbald eine eifrige, aber im Anfange sehr wenig erfolgreiche Bekehrungsthätigkeit entfalteten. Immerhin läßt sich auch dies als eine bloße Zurückführung auf den Standpunkt vor dem Ausbruche des Aufstandes auffassen. Ganz von selbst verstand es sich, daß der von dem Winterkönige all seines Schmuckes beraubte Dom zu Prag alsbald wieder für den katholischen Gottesdienst hergerichtet wurde.

Hätte sich Ferdinand mit diesen, auf eine volle Gleichberechtigung der verschwindenden katholischen Minderheit mit der protestantischen Mehrheit gerichteten Maßregeln begnügt und den Zustand, wie er etwa nach der Verleihung des Majestätsbriefes gewesen war, wiederhergestellt, so wäre nach kurzer Zeit Ruhe und Frieden ins Land zurückgekehrt, so wäre vor Allem

menschlicher Voraussicht nach der Krieg auf Böhmen beschränkt geblieben. Indem er aber jetzt im Widerspruch zu allen verbrieften Privilegien an einen systematischen Vernichtungskampf gegen den gesammten Protestantismus in Böhmen ging, indem er das hauptsächlichste böhmische Privileg, um das dereinst so schwere Kämpfe durchgefochten worden waren, den Majestätsbrief, mit eigener Hand durchschnitt, erregte er Mißtrauen und ernste Besorgniß selbst bei so gemäßigten Protestanten wie dem Kurfürsten von Sachsen, der ihn soeben noch in seinem Kampfe gegen seine aufständischen Unterthanen unterstützt hatte. Im Lande selbst aber, das durch seine Restaurationsmaßregeln namenlosen Leiden preisgegeben wurde, stellte er allerdings nach jahrelangen Anstrengungen Ruhe und Ordnung wieder her, aber es war die Ruhe des Friedhofs, in der Böhmen völlig verödete, Tausende von angesehenen Familien zur Auswanderung getrieben, die Blüthe des Landes vernichtet wurde. Nach neueren zuverlässigen Berechnungen sank die Bevölkerung Böhmens, welche vor dem Kriege vier Millionen zählte, auf 7—800 000, die der ansässigen Bauern in Böhmen von 150 000 auf 50 000, in Mähren von 90 000 auf 30 000 herunter. Der größte Theil der Einwohner, welche treu an ihrem Glauben hingen, versank in dumpfe Verzweiflung oder wandte der Heimath den Rücken, darunter eine große Anzahl des alteingesessenen Adels, dessen Mitglieder dann in den Kämpfen der nächsten fünfundzwanzig Jahre in allen Heeren der Gegner des Kaisers anzutreffen waren. Diejenigen Protestanten aber, welche im Lande blieben, mußten den Kelch des Leidens bis zur Neige leeren. In ununterbrochener Steigerung wurde ihnen eines ihrer Rechte nach dem andern entrissen, bis ihnen zuletzt nur die Wahl zwischen Auswanderung und Uebertritt zum Katholicismus blieb. Den Anfang der Reaction bildeten Maßregeln gegen die protestantischen Geistlichen, welche der Reihe nach von dem Schicksal der Ausweisung betroffen wurden. Anfangs ging man nur gegen die calvinistischen Geistlichen und gegen die, welche in hervorragender Weise, durch Theilnahme an der Krönung Friedrichs ꝛc., in dem Aufstande hervorgetreten waren, vor. Zu einem solchen schrittweisen Vorgehen war man schon dadurch genöthigt, daß man zunächst keinen Ersatz für die ausgewiesenen Prediger hatte, weil die katholische Geistlichkeit Böhmens auf ein Minimum reducirt war. Man versuchte daher anfangs wenigstens die gemäßigten utraquistischen Geistlichen zur Unterwerfung unter die katholische Kirche zu bewegen und stellte ihnen in Aussicht, sie dann in ihrem Amte zu belassen. Aber von den Prager Geistlichen, an die man sich zunächst wandte (April 1621), schenkte auch nicht ein einziger diesen Lockungen Gehör. Man mußte daher vor Allem für Ausbildung katholischer Geistlicher sorgen. Dieser Aufgabe unterzogen sich namentlich die Jesuiten mit größtem Eifer. Je mehr Ersatz man auf diesem Wege gewann, desto rücksichtsloser ging man gegen die protestantischen Geistlichen vor. Nachdem drei von den protestantischen Kirchen Prags mit Beschlag belegt und rekatholisirt waren und nun auch die Ausweisungen gegen die Geistlichen der böhmischen Confession begannen,

flüchteten viele protestantische Prediger freiwillig, bevor sie von dieser Maßregel betroffen wurden. Andere aber wollten doch ihre Gemeinden nicht ohne Seelsorger lassen und harrten in ihrem Amte aus. Diese sowie die protestantischen Professoren der Prager Universität wandten sich an den Kurfürsten von Sachsen mit der Bitte um Rath und Fürbitte beim Kaiser. In der That beschwerte sich Johann Georg, dem jetzt doch die Erkenntniß aufzugehen begann, welcher Sache er gedient hatte, als er dem Kaiser in seinem Kampfe beigestanden hatte, wiederholt bei Ferdinand über die Verfolgung seiner Glaubensgenossen, ohne daß der von dem päpstlichen Nuntius Caraffa immer aufs Neue angestachelte Kaiser darauf irgend welche Rücksicht genommen hätte. Seit dem Frühjahr 1622 war in Prag mit Ausnahme der den deutschen Protestanten gehörigen Kirchen, gegen die man doch aus Rücksicht auf den Kurfürsten von Sachsen zunächst nicht vorzugehen wagte, nur noch der katholische Gottesdienst gestattet, ebenso auf allen königlichen Gütern, so daß die Protestanten nur noch einigen Rückhalt an den Privatgütern hatten. Aber auch dieser verblieb ihnen nicht lange. Ein besonderes Edict verbot allen Priestern den Gebrauch des Laienkelchs. Den Laien, die sich gegen diese Neuerung widerspenstig zeigen sollten, durften keine Sacramente gereicht, sie durften nicht kirchlich getraut und beerdigt werden. Aber so viele Gewaltmaßregeln man auch anwandte — nach einiger Zeit begann man auch mit Zwangseinquartirungen Lichtensteinscher Dragoner, der sogenannten „Seligmacher“ —, der Protestantismus wollte und wollte nicht weichen. Vertrieb man die Prediger aus ihren Pfarren, so wandten sich die Einwohner heimlich in Massen an die protestantischen Prädicanten, die zahlreich im Lande von Ort zu Ort zogen. Wirkliche Uebertritte zur katholischen Kirche, die man mit allen Machtmitteln zu erzwingen suchte, waren äußerst selten, und wenn sie geschahen, waren sie rein äußerlich; im Stillen hielten die Leute zäh und unerschütterlich an ihrem Glauben fest. Wer es aber irgend durchsetzen konnte, wandte der jetzt so ungastlich gewordenen Heimath den Rücken.

Neben diesen Maßregeln kirchlicher Reaction, welche jede selbständige geistige Regung ertödteten und unsagbares Elend im ganzen Lande verbreiteten, wurde nun auch die „Revision“ der Verfassung in Angriff genommen, um auch auf politischem Gebiete jedes eigene Leben zu vernichten und den Kaiser zum unumschränkten Herrn zu machen. Auch hier ging man zunächst Schritt für Schritt vor. Vor Allem suchte man den Rath der böhmischen Hauptstadt von verdächtigen Elementen zu säubern. Am 21. und 22. October 1621 nahm Lichtenstein eine Erneuerung der Rathsmitglieder in der Alt- und Neustadt vor, bei der er alle Anhänger der böhmischen Confession ausschied. Der Königliche Stadthauptmann und der Königsrichter sollten fortan die Aufsicht über die Gemeinde führen. Man besetzte alle hohen Landesämter nur noch mit Katholiken und beschränkte selbst die erwerbende Thätigkeit der Protestanten. Kein Protestant durfte mehr Bürger werden, keiner ein Gewerbe treiben, eine Ehe schließen oder ein Testament machen. Schwerer

Strafe verfiel, wer einem protestantischen Prediger Aufenthalt gewährte oder protestantischen Unterricht duldete. Es war nur der letzte Schritt auf dieser Bahn, wenn endlich ein Termin bestimmt wurde, bis zu dem jeder Protestant entweder zur katholischen Kirche übertreten oder auswandern mußte. Auf diesem Wege wurde nun, wenigstens äußerlich, die völlige Vernichtung des Protestantismus in Böhmen erreicht. Freilich wurde dies Resultat nicht bloß mit einer beispiellosen Entvölkerung, sondern auch mit einer völligen geistigen Verödung des Landes erkauft.

In ganz ähnlicher Weise, wie in Böhmen selbst, ging Ferdinand in den übrigen Erbländern, in Mähren und Oesterreich, zu Werke, die kurze Zeit nach der Prager Schlacht nach vergeblichem Sträuben und ebenso vergeblichen Versuchen, ihre Unterwerfung von der Bestätigung ihrer religiösen und politischen Privilegien abhängig zu machen, endlich bedingungslos in den Gehorsam des Kaisers zurückkehrten. Wie in Böhmen der Statthalter Lichtenstein, so verfuhr in Mähren der dort zum kaiserlichen Commissar ernannte Cardinal Dietrichstein. Güterconfiscationen und planmäßige Unterdrückung des Protestantismus mit allen Mitteln der Gewalt gingen Hand in Hand mit einander. Nur Schlesien und die Lausitzen, wo der Kurfürst von Sachsen im Auftrage des Kaisers die Execution übernommen und ohne nennenswerthen Widerstand durchgeführt hatte, erlangten erheblich mildere Bedingungen. Obwohl Ferdinand mehrfach energische Einwände dagegen erhob, so verbürgte sich der Kurfürst doch, unter Berufung auf seine Vollmacht, allenthalben gegenüber den Ständen, welche sich freiwillig unterwarfen, für die Bestätigung ihrer kirchlichen und religiösen Freiheiten. Und er hielt darauf, daß der Kaiser, so unangenehm es ihm auch war, dieses sein Versprechen respectirte. In der Lausitz konnte er dafür um so leichter sorgen, als diese ihm als Ersatz für seine Kriegskosten zunächst als Pfandbesitz überlassen wurde.

So waren die Länder der böhmischen Krone in der Hauptsache sämmtlich dem Kaiser wieder unterworfen. Nur Bethlen Gabor von Siebenbürgen und mit ihm Ungarn stand noch gegen ihn unter den Waffen; doch auch mit ihm wurde über den Frieden unterhandelt. In Böhmen selbst hielten sich noch eine Anzahl von befestigten Plätzen eine Zeit lang, namentlich Pilsen, welches von Mansfelds Corps vertheidigt wurde. Allein die Uebergabe derselben konnte nur eine Frage der Zeit sein, zumal Mansfeld, wie wir sahen, schon vorher zu Verhandlungen bereit war und auf dieselben ohne Weiteres hätte eingehen müssen, wenn er in seinem Widerstande vereinzelt geblieben wäre. Der Krieg konnte in der Hauptsache als beendigt betrachtet werden, wenn sich Ferdinand mit der Niederwerfung der empörten Erbländer begnügt hätte.

Allein schon bald nach der Schlacht am Weißen Berge hatte er einen Schritt gethan, der deutlich zeigte, daß er bei dem errungenen Erfolge nicht stehen zu bleiben gewillt sei. Wir sahen, wie er schon in dem im October 1619 mit Maximilian von Bayern geschlossenen Vertrage diesem die Aussicht

Spinola in die Unterpfalz einrücken lassen. Das Verhalten der Union gegenüber diesem Vorgehen entsprach durchaus der kläglichen Schwäche, welche sie auf diplomatischem Gebiete bei den Verhandlungen mit Maximilian an den Tag gelegt hatte. Das Unionsheer unter dem Markgrafen von Ansbach machte kaum einen nennenswerthen Versuch, sich dem Einmarsche Spinolas zu widersetzen, sondern verblieb im Wesentlichen ruhig in seinem Lager bei Worms, wo es die holländischen und englischen Hilfstruppen erwartete und ruhig zusah, wie Spinola Oppenheim eroberte und dann stark befestigte, während dessen Unterbefehlshaber Cordova mit einem Corps von 1800 Mann einen Angriff auf Bacharach unternahm und es am 1. October 1620 einnahm. Auch als dann am 4. October die von dem Prinzen Heinrich von Oranien befehligten holländischen und englischen Truppen, 5000 Mann stark, bei dem Unionsheere angelangt waren, entfaltete dieses keine irgendwie lebhaftere Thätigkeit. Der letzte Rest von Energie aber, der bei der Union noch vorhanden war, schwand, als die Schlacht am Weißen Berge geschlagen war; immer deutlicher trat die volle Auflösung in ihren Reihen zu Tage. Zuerst begann der Abfall bei den Reichsstädten, die schon seit langer Zeit der fürstlichen Leitung des Bundes mißtrauisch gegenübergestanden hatten. Nachdem im März 1621 Straßburg förmlich seinen Austritt aus der Union erklärt hatte, folgten eine Reihe von anderen Reichsstädten diesem Beispiele. Unter den noch ausharrenden Mitgliedern wirkte Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt, der sich noch gründlicher als der Kurfürst von Sachsen von seinen Glaubensgenossen getrennt und dem Kaiser angeschlossen hatte, mit nur zu gutem Erfolge auf völlige Preisgebung des Kurfürsten von der Pfalz hin. In der That trat die Union in Verhandlungen mit Spinola ein, die am 12. April 1621 zum Abschluß des Mainzer Accordes führten, in welchem die erstere sich so gut wie völlig von der Sache des Pfalzgrafen trennte, indem sie sich verpflichtete, die Pfalz zu räumen und neutral zu bleiben. Es war die thatsächliche Banquerotterklärung des Bundes, der allgemach zum Gespött der ganzen Welt geworden war. Unmittelbar darauf löste er sich auch formell völlig auf. Die Pfalz schien schutzlos den Angriffen des Kaisers und der Spanier preisgegeben zu sein.

Vergebens hoffte der Kurfürst von der Pfalz, daß Ferdinand, nachdem in Böhmen die Entscheidung gefallen war, weitere Angriffe auf die Pfalz unterlassen werde. In der That wäre das, wenn der Kaiser den Frieden erhalten wollte, jetzt unbedingt ein Gebot der Klugheit gewesen. König Jacob von England gab sich ununterbrochen Mühe, in diesem Sinne auf ihn einzuwirken. Und wirklich wäre Ferdinand in arge Verlegenheit gerathen, wenn der flüchtige Kurfürst von der Pfalz den Rathschlägen seines Schwiegervaters Gehör gegeben und seine bedingungslose Resignation auf Böhmen ausgesprochen hätte. Ferdinand hätte dann trotz der Achtserklärung mit Rücksicht auf den König von England kaum vermeiden können, in wirkliche Friedensverhandlungen einzutreten, in denen er sich zum mindesten dazu hätte ver-



1.

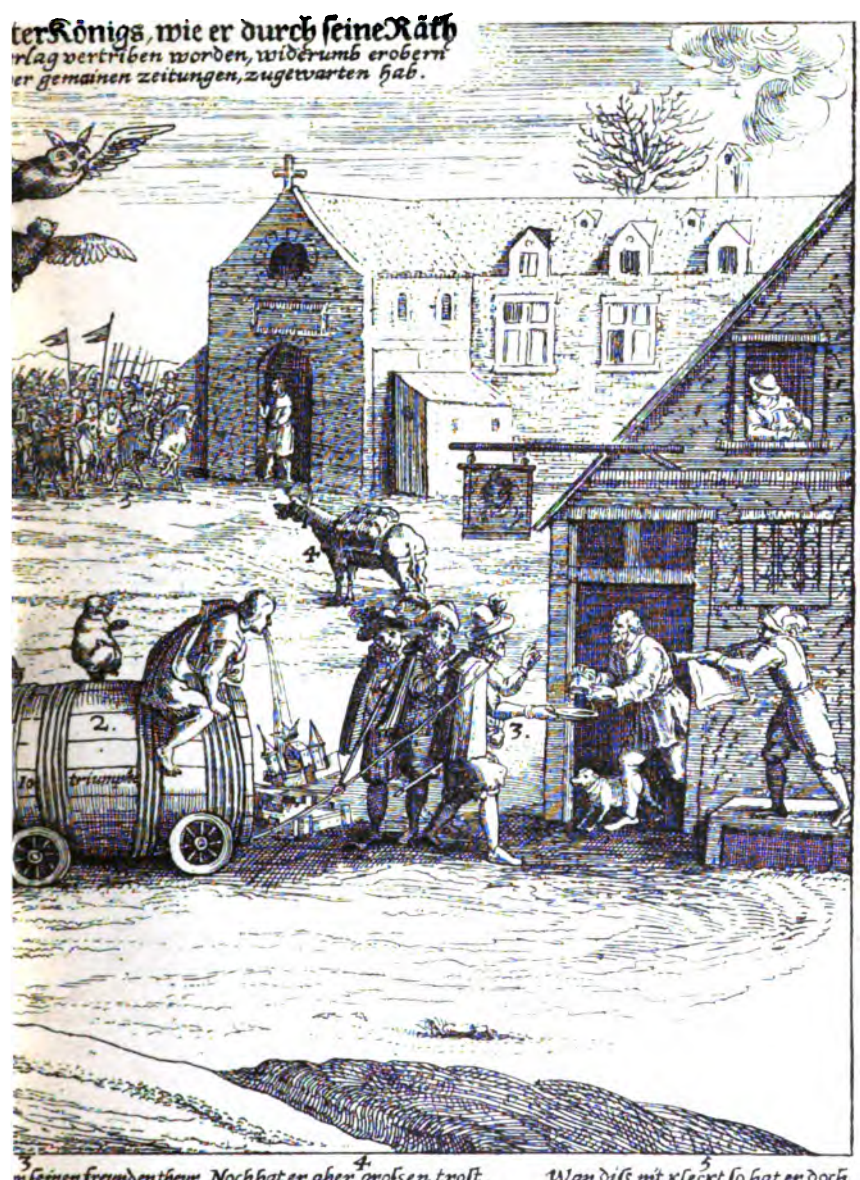
Der Kronte Adler hie auswefst,
Wie der Kaiser mit recht abreist,
Vom haubt des Pfaltzgrafs Friderich,
Die Cron so er anmasset sich.
Die Fursten in dem Reich getreu,
Den Adler ziern mit federn neu.
Vmbhengen ihm das Gartier band,
Drauf steht, wers vbel meint hab Schand.

2.

Das Haidelberger fass gar gross,
Vorzeit vol wein ietzt bodenloss.
Das mag der winter König sparn,
Das er drauff mit seim Aff mög farn.
Er sitzt dar auf, sehr schwach vnd kranck
Vom böhemischen biergetranck.
Sein magen nit mehr dewen kon,
Wirfft herauss lender, stett vnd Cron.

Drei gspann
Ihn fuhrn vnd
Vmb hilf von
Doch ziehens
Die Klag so
Seind seine
Die Predican
Fliegen dar

Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen Spottblattes auf die Ver



3
n seinen freunden theur;
amblen ihm ein steur.
lt thon sie aufblasen,
b mit langer nasen.
dan nach gsetzt wird,
t so ihn verfurt.
n mit geheul,
von wie Kautz und Eül.

4
Noch hat er aber grossen trost.
Dan taglich kommen frische post.
Ein Schlesing Esel, bringt guet sold,
Wol vierundzwentzig thonnen gold.
Vil tausent man England in gschwind
Berait, die warten nur auf wind.
Es lassen ihn die Staden nit,
Bethlem kombt, bringt Turcken mit.

5
Wan diss nit kleckt, so hat er doch,
Vil freund die ihme helffen noch.
Ohn zweiffel, Sweden und Denemarck,
Schicken im geld, und kriegsleut starck,
Marxen im Kong in Lapland machen,
Da ist lang winter, merck die sachen.
Entzwischen sein knecht an zörung sma;
Suechen herberg im Hospital.

2

...suche des Winterkönigs in seine verlorene Herrschaft zurückzukehren.



stehen müssen, Friedrich einen Theil seiner Erblande zurückzuerstatten. Aber Friedrich that ihm den Gefallen, bei seiner thörichten Haltung zu verharren und nicht allein die unbedingte Verzichtleistung auf Böhmen, sondern auch jede persönliche Demüthigung, die nach der Achtserklärung nun einmal nicht zu vermeiden war, abzulehnen. So schuf er für Ferdinand die Möglichkeit, den Vermittelungsversuchen Jacobs aus dem Wege zu gehen und in seiner feindlichen Haltung gegen die erblichen Besitzungen des Kurfürsten zu verharren. Es schien, als ob dieselben widerstandslos in seine Hände fallen sollten. Da war es Mansfeld, der sich von Neuem zum Vertreter der Sache des Kurfürsten machte und die Vertheidigung der Pfalz in die Hand nahm.

Die Unterhandlungen, welche Mansfeld vor der Schlacht am Weißen Berge mit Maximilian und Buquoy angeknüpft hatte, waren nach dieser für die Böhmen vernichtenden Entscheidung von kaiserlicher Seite natürlich mit geringerem Eifer weiter geführt worden, da man jetzt auch ohne die Bewilligung seiner Forderungen zum Ziele kommen zu können meinte. In Folge dessen bot Mansfeld dem Pfalzgrafen seine weiteren Dienste an (Ende Januar 1621) und wurde von ihm mit dem Commando über alle Streitkräfte in Böhmen und seinen incorporirten Ländern, nicht aber, wie er gewünscht hatte, auch in der Pfalz betraut. Er versuchte dann in der That zunächst noch, der Sache Friedrichs in Böhmen selbst zu dienen, indem er von Pilsen aus verschiedene Streifzüge in das benachbarte Gebiet unternahm und sich durch Contributionen und Brandschatzungen die für den Unterhalt der Truppen erforderlichen Geldmittel zu verschaffen suchte. Dann ging er Anfang Februar nach Heilbronn, wo er den allerdings aussichtslosen Versuch machte, die in den letzten Zügen liegende Union zu weiteren Opfern für die Sache Friedrichs zu bewegen. Als er von dort zurückkehren wollte, war ihm der Zugang nach Pilsen durch sächsische und bayrische Truppen verlegt. Er mußte daher nach der Pfalz zurückkehren und konnte es nicht verhindern, daß die Garnison von Pilsen jetzt selbständig in Unterhandlungen mit den Kaiserlichen trat, die dann nach nicht langer Zeit zur Uebergabe der Stadt gegen Zahlung von 150 000 Gulden rückständigen Soldes führten. Die Garnison durfte frei nach Klattau abziehen. Am 3. April hielten die Ligisten ihren Einzug in Pilsen.

Mansfeld aber ging nun daran, zunächst auf seinen eigenen Namen zwei Regimenter Fußvolk zu werben; außerdem erboten sich die ernestinischen Herzöge Wilhelm und Friedrich von Sachsen-Weimar, die auch nach der Niederlage des Winterkönigs treu an seiner Sache festhielten, sowie die Grafen von Löwenstein und Lippe zur Anwerbung von Truppen. Bis Ende April 1621 hatte Mansfeld 9—10 000 Mann um sich, unter denen sich viele von der Union entlassene Truppen befanden. Die Mittel zum Unterhalte derselben mußte die bis dahin vom Kriege verschonte Oberpfalz hergeben. Im Juni, nach völliger Auflösung der Union, wuchs sein Heer bis auf 14 000 Mann an, so daß trotz des rücksichtslosen Contributions- und Plünderungs-

Systems, dem Mansfeld nach wie vor huldigte, die Schwierigkeiten der Verpflegung immer größer wurden. Dadurch wurde er genöthigt, zum Angriff vorzugehen, obwohl er von dem Kurfürsten von der Pfalz mit Rücksicht auf die damals von Neuem von englischer Seite durch Lord Digby angeknüpften Verhandlungen angewiesen worden war, sich ruhig zu verhalten. Er wollte den Kriegsschauplatz nach Böhmen verlegen, um von dort aus Bethlen Gabor, der ebenfalls wieder zu den Waffen gegriffen hatte, die Hand zu reichen. Zu diesem Zwecke wollte er gegen Tilly, der mit 15 000 Mann ligistischer Truppen ihm gegenüber stand — denn jetzt hielt sich die Liga an ihr Versprechen, die Pfalz nicht anzugreifen, nicht mehr für gebunden — zur Offensive übergehen, bevor Maximilian von Bayern, der noch 10 000 Mann auf eigene Kosten gerüstet und von Ferdinand am 6. Juli die Erlaubniß zum Angriff auf die Oberpfalz erhalten hatte, selbst heran käme. Am 14. Juli rückte Mansfeld von Waidhausen aus, wo er eine feste Schanze angelegt hatte, nach Hesselsdorf vor, überfiel das dortige Lager der kroatischen Hilfstruppen Tillys und brachte den zu Hilfe heranrückenden Ligisten nicht unerhebliche Verluste bei. Am 16. Juli wurde er dann seinerseits von Tilly angegriffen; es kam zu einem heftigen Gefechte, welches von Morgens sieben bis Abends acht Uhr dauerte und in dem sich beide Theile den Sieg zuschrieben. Mansfeld behauptete sich dann trotz der in seinem Heere ausbrechenden epidemischen Krankheiten und trotz einer Niederlage, die er am 8. August durch Tilly erlitt, noch fast zwei Monate in seiner Schanze bei Waidhausen. Als aber nun im September Maximilian selbst heranrückte, um sich mit Tilly zu vereinigen, zog sich Mansfeld in die Unterpfalz zurück und ließ nur eine Besatzung in den Schanzen von Waidhausen und Cham stehen. Die letztere Schanze nahm Maximilian nach mehrtägiger Belagerung am 25. September ein und vereinigte sich dann Ende September oder Anfang October mit Tilly bei Schwarzenfeld; ihr gemeinsames Heer zählte jetzt etwa 25 000 Mann.

Wieder wie im Jahre vorher hat dann Mansfeld neue Verhandlungen mit seinen Gegnern angeknüpft und die Niederlegung der Waffen angeboten, wenn der Pfalzgraf eine angemessene Entschädigung, er selbst aber Ersatz der Soldrückstände erhalte. Allein zum Abschluß gediehen diese Verhandlungen, die anfangs mit dem Erzherzoge Albrecht, dann nach dessen am 13. Juli 1621 erfolgten Tode mit dessen Wittwe Isabella einerseits, mit Maximilian von Bayern andrerseits gepflogen wurden, auch diesmal nicht. Der tüchtige und militärisch reich begabte, aber characterlose Mann stellte so hohe Forderungen, daß die Gegner nur zögernd auf dieselben eingingen. Zudem traf der englische Gesandte Digby, dessen Vermittelungsversuche wieder einmal gescheitert waren, eben jetzt im Heerlager Mansfelds ein und wirkte bestimmend auf diesen dahin ein, daß er beim Pfalzgrafen auszuharren beschloß.

In der Unterpfalz war die militärische Lage der Dinge in dem Augenblicke, als Mansfeld mit seinem Heere daselbst anlangte, für den Pfalzgrafen wenig günstig. Zwar war Spinola, dessen tüchtiger Kraft die Statthalterin



Ernesto Principi et Comiti Mansfeldiae Marchioni Castelli-novi et Butiglieri Baroni ab Heldrungen, Generali etc. hanc ipsius Prosopographiam ... Mich. Joh. Mierevelt ... depictam, et Guilielmo Jacobi Delphio caelo hac forma expressam, dedicant consecrantque ... pictor ac sculptor.
Cum privilegio Illus. Pr. D.D. Ordinum Generalium ad annos octo Anno Dom. CIↃ IↃC XXIV.

Graf Ernst von Mansfeld.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Willem Jacobzen Delff (1580—1638); Originalgemälde von Michiel Janszoon van Mierevelt (1567—1651).

Isabella in den Niederlanden dringend bedurfte, aus der Pfalz abberufen worden, allein der General Cordova, der jetzt an die leitende Stelle aufrückte, hatte doch nicht ohne Erfolge den Kampf weitergeführt. Er hatte das feste Schloß Stein am Rhein in seine Gewalt gebracht und trotz der wiederholten Versuche des wackeren pfälzischen Obersten Obentraut, es wieder zu gewinnen, behauptet. Am 3. October hatte er Kaiserslautern eingenommen und sich dann zur Belagerung Frankenthals gewendet (8. October). Hier aber hatte er bei der Besatzung und der dem Kurfürsten treu ergebenen Bürgerschaft energischen Widerstand gefunden. Als nun jetzt Mansfeld heranrückte, mußte sich Cordova entschließen, die Belagerung Frankenthals aufzuheben und bei Oppenheim ein Lager zu beziehen. Er vermochte es nicht zu hindern, daß sich Mansfeld mit den etwa 8000 Mann zählenden Truppen des Kurfürsten vereinigte. Zu einem eigentlichen Kampfe kam es nicht, aber die Sache des Pfalzgrafen, die so wie so schon eifrige Unterstützung bei der Bevölkerung fand, hatte doch auch militärisch wieder einen festen Stützpunkt in der Unterpfalz erhalten.

Allein Maximilian von Bayern, der immer offenkundiger darauf hinarbeitete, die pfälzischen Lande dauernd in seinen Besitz zu bringen, war mit der Vertreibung Mansfelds aus der Oberpfalz keineswegs zufriedengestellt, er wollte ihn auch aus der Unterpfalz verdrängen und so die letzte Grundlage der Macht seines pfälzischen Vetters untergraben. Er befahl daher Tilly, mit 12000 Mann Infanterie, 26 Reitercornetten und der erforderlichen Artillerie in die Unterpfalz einzurücken und im Verein mit Cordova den Kampf mit Mansfeld energisch in die Hand zu nehmen. Allein zwischen Tilly und Cordova wollte es zu keinem rechten Einvernehmen über die vorzunehmenden Operationen kommen, da der letztere, um sich nicht zu weit von seiner Operationsbasis zu entfernen, jedem weiter aussehenden Unternehmen, welches von Tilly vorgeschlagen wurde, widerstrebte und namentlich den Neckar nicht überschreiten wollte. Als daher Mansfeld, der einer Schlacht geflissentlich auswich, in die linksrheinischen Theile des Bisthums Speier einfiel, um dort zu brandschatzen, benützte Cordova freudig die Gelegenheit, um auch seinerseits auf das linke Ufer des Stromes zurückzukehren, wo er dann einen Angriff auf das Lager, welches Mansfeld bei Deidesheim aufgeschlagen hatte, unternahm. Zu ernsteren Kämpfen kam es indeß auch hier nicht, da Mansfeld sich nach Germersheim zurückzog und sich bald darauf nach dem Elsaß wandte, um in diesem vom Kriege noch unberührten Lande seine an allen Nothwendigkeiten Mangel leidenden Truppen zu befriedigen. Tilly aber nahm inzwischen die Neckarstädte mit Ausnahme Heidelbergs ein, während Cordova, nachdem Worms sich entschieden gegen die Aufnahme einer Besatzung gewehrt hatte, die Winterquartiere bei Oppenheim bezog. Entscheidende Erfolge gegen Mansfeld zu erringen war ihnen also nicht gelungen. Dieser blieb vielmehr nach wie vor mit seinen Streifzügen, Plünderungen und Contributionen der Schrecken des südwestlichen Deutschlands.

Der Kaiser, der mit Sicherheit auf einen schnellen Erfolg des pfälzischen Unternehmens gehofft hatte, empfand das Scheitern dieser Hoffnung um so schmerzlicher, als er selbst gleichzeitig im Osten durch Bethlen Gabor in wachsende Bedrängniß gerathen war.

Bethlen Gabor hatte alsbald nach der Schlacht am Weißen Berge Verhandlungen mit Ferdinand angeknüpft, die dann unter hervorragender Betheiligung der französischen Gesandten, namentlich des Herzogs von Angoulême, in Hainburg weiter geführt wurden, aber zu keinem Ergebnisse führten, da der Kaiser fast bedingungslose Unterwerfung forderte und deutlich die Absicht erkennen ließ, in Ungarn ähnlich vorzugehen, wie in Böhmen, Mähren und Oesterreich.

Bethlen Gabor zog es daher vor, die Verhandlungen am 17. April 1621 abbrechen zu lassen und wieder zu den Waffen zu greifen. Der Kaiser berief alsbald, um Oesterreich zu decken, Buquoy aus Böhmen herbei, der dann anfangs den Kampf nicht ohne Erfolg führte. Es gelang ihm, am 6. Mai nach längerem Widerstande Preßburg und dann auch Tyrnau zu nehmen. Bethlen Gabor mußte sich nach Kaschau zurückziehen, wo er eifrig bestrebt war, die Lücken in seinem Heere auszufüllen. Gleichwohl gerieth er eine Zeit lang in eine sehr bedrängte Lage, da auch in den Reihen der Ungarn selbst sich Opposition gegen ihn und die Neigung, unter Ferdinands Herrschaft zurückzukehren, regte, zumal der Kaiser in einem Patent allen denen, welche bis zu einer bestimmten Frist zum Gehorsam zurückkehren würden, Amnestie versprach. Allein an der Belagerung der von Stanislaus Thurzo glänzend vertheidigten Stadt Neuhäusel brachen sich Buquoys Kräfte. Sieben Wochen lag er vergeblich vor der Stadt und fand vor derselben in einem kleinen Gefecht, welches sich um eine einziehende Proviantcolonne entspann, am 10. Juli seinen Tod.

Während dieser langwierigen Belagerung aber war es Bethlen Gabor gelungen, neue Kräfte zu sammeln. Er konnte jetzt daran denken, die belagerte Stadt zu entsetzen. Nachdem er zu diesem Zwecke von Kaschau aus erst ein Corps von 6000 Mann entsandt hatte, rückte er selbst um die Mitte des Juli, zu derselben Zeit, da Mansfeld in der Pfalz zum Angriff auf Tilly überging, gegen Neuhäusel heran und brachte der kaiserlichen Armee, welche in Folge dessen die Belagerung aufheben mußte, auf ihrem Rückzuge empfindliche Verluste bei. Da nun Bethlen Gabor jetzt auch noch durch den Markgrafen Johann Georg von Jägerndorf eine Verstärkung von 8000 Mann zugeführt erhielt, so erlangte er bald wieder das Uebergewicht gegenüber den kaiserlichen Truppen. Als er nun auch einen Einfall in Mähren, wo ein für den Kaiser bedrohlicher Aufstand unter der Landbevölkerung ausgebrochen war, unternahm und der Markgraf von Jägerndorf von hier aus einen

Aufruf an seine schlesischen Landsleute erließ, in dem er sie zum Anschluß aufforderte, gerieth Ferdinand doch um so mehr in ernste Besorgniß, als er seine Streitkräfte dringend für den Kampf in der Pfalz brauchte, von wo wiederholt Hilferufe an ihn ergangen waren. Er entschloß sich daher trotz der oft erfahrenen Unzuverlässigkeit Bethlen Gabors, aufs Neue Verhandlungen mit diesem anzuknüpfen, die im October in Nikolsburg ihren Anfang nahmen und am 6. Januar 1622 zum Abschluß des Friedens führten, in welchem Bethlen Gabor zwar dem Titel eines Königs von Ungarn entsagte und Krone und Reichskleinodien auslieferte, dafür aber sieben ungarische Comitate auf Lebenszeit und die Fürstenthümer Oppeln und Ratibor erblich, außerdem aber den Titel eines Reichsfürsten und eine beträchtliche Geldentschädigung erhielt. Dagegen übernahm er die Verpflichtung, alle den Anhängern des Kaisers und den katholischen Geistlichen entrissenen Güter in ganz Ungarn, also auch in dem ihm abgetretenen Theile, wiederherzustellen, und gab nicht nur die Böhmen, sondern auch den Markgrafen von Jägerndorf, der sich noch soeben als treuer Bundesgenosse erwiesen hatte und sicher darauf rechnete, in den Frieden mit eingeschlossen zu werden, völlig preis. Der Kaiser aber konnte jetzt alle seine Kraft auf den Kampf im Westen verwenden.

Zwei Tage vor dem Nikolsburger Frieden (4. Januar 1622) sprach Ferdinand die Reichsacht über Mansfeld aus und entsandte alsdann ein Hilfsheer in die Pfalz.

Inzwischen war aber auch der Kurfürst von der Pfalz eifrig für den Schutz seines ererbten Besitzes thätig gewesen. Schon im August 1621 hatte er durch einen eigenen Gesandten den König Christian IV. von Dänemark um Ueberlassung eines für seinen Dienst geworbenen Truppencorps von 6000 Mann bitten lassen. Der König war anfangs nicht abgeneigt, Friedrich zu unterstützen, machte aber seinen endgiltigen Entschluß von der Haltung König Jacobs von England abhängig. Und da dieser nach wie vor trotz des leidenschaftlich kundgegebenen Wunsches seines Volks und Parlaments zu einer thatkräftigen Unterstützung seines Schwiegersohnes nicht zu bewegen war, so lehnte der König von Dänemark das Hilfsgesuch des Pfalzgrafen ab. Dagegen fand der letztere einen eifrigen Helfer in der Noth in dem ritterlichen Vetter seiner Gemahlin, dem Administrator des Bisthums Halberstadt, Christian von Braunschweig, der trotz aller Abmahnungen seiner Mutter und seines Bruders, des regierenden Herzogs von Braunschweig, sich bereit erklärte, für die unglückliche Böhmenkönigin, deren Handschuh er in ritterlicher Galanterie auf seinem Helm befestigt trug, und für ihren Gemahl in die Schanze zu treten. Er war dabei nicht bloß von diesen ritterlichen Gefühlen geleitet. Die Vertheidigung des Pfalzgrafen im Besitz seiner Erblande war keineswegs



CHRISTIANVS QVARTVS DEI GRATIA DANIÆ, NORWEGIÆ.
VANDALORVM GOTHORVMQVE REX, DVX SCHLESVICI, HOLSATIÆ,
STORMARIÆ ET DITHMARSIÆ; COMES IN OLDENBORCH ET DELMENHORST
Amstelodami, ex officina Iudoci Hondii Cum privilegio.

Christian IV., König von Dänemark.
Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Jodocus Hondius (1563—1611).

der einzige Grund, der ihn zu seinem kriegerischen Vorgehen, was ihm dann den Beinamen des „tollen Christian“ verschaffte, antrieb; es kam vielmehr

die lebhafte Besorgniß hinzu, welche ihm die kaiserliche Restaurationspolitik, die in Böhmen immer schroffer zu Tage trat, einflößte. Er fürchtete Gefahr für sein geistliches Fürstenthum, in dessen Besitz er noch nicht vom Kaiser bestätigt war. Es lebte in ihm eine lebendige Vorstellung von der bedrohlichen Lage, in welche nicht allein er selbst, sondern der gesammte protestantische Fürstenstand gerathen mußte, wenn der Kaiser der alleinige Herr in Deutschland wurde. Die Art, wie sich Christian dann zum Vorkämpfer des Pfalzgrafen und des Protestantismus in Deutschland aufwarf, entsprach allerdings nur wenig seiner geistlichen Würde. In barbarischer Ausplünderung der Landschaften, die er heimsuchte, und in der ganzen Art und Weise seiner Kriegführung erinnert er in bedenklicher Weise an seinen Kampfgenossen Mansfeld.

Am Anfange seiner kriegerischen Laufbahn aber schien es, als wolle es ihm mit dem Kriegshandwerke nicht recht gelingen. Schon die Werbungen gingen sehr langsam von Statten, da es an den erforderlichen Geldmitteln gebrach. Es dauerte lange Zeit, bis er ein einziges Reiterregiment zusammen hätte, und auch später war sein Heer bei Weitem nicht so stark, als man früher allgemein angenommen hat. Dazu kam, daß der Hof seines Bruders in Wolfenbüttel ihm nach Möglichkeit Hindernisse in den Weg legte, um nicht in das Verderben, das man ihm prophezeite, mit hineingezogen zu werden. Als er endlich ein Heer von etwa 4000 Mann zusammen hatte und demselben das Gebiet von Hessen-Cassel als Vereinigungspunkt angewiesen hatte, begegnete es ihm, daß das von Achaz von Dohna geführte Fußvolk schon auf dem Marsche völliger Auflösung anheimfiel. Darauf schlug er selbst sein Hauptquartier in Hildesheim auf und stellte neue Werbungen an. Er wurde dabei von dem Landgrafen Moritz von Hessen-Cassel, an dem er sehr bald einen treuen, wenn auch sehr vorsichtigen Freund gewann, mit Geld und Kriegsbedürfnissen aller Art unterstützt. Von Bielefeld aus unternahm dann Christian nach den verschiedensten Richtungen hin Raub- und Streifzüge, deren einer sich bis in das kurmainzische Amt Amöneburg erstreckte. Jetzt fühlte sich Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt veranlaßt, ihn energisch zur Umkehr zu mahnen, allein als Antwort kündigte er ihm die Ausraubung seines eigenen Landes an, bewirkte aber dadurch nur, daß sich der Landgraf jetzt völlig dem Kaiser in die Arme warf und Tilly um Hilfe bat. Dieser entsandte dann in der That ein Corps von zwölf Reitercompagnien und 1000 Musketieren unter Führung des Freiherrn von Anholt gegen Christian, der dadurch am Schluß des Jahres 1621 gezwungen wurde, sich in das Gebiet des damals mit Kurköln vereinigten Bisthums Paderborn zurückzuziehen, wo er alsbald, namentlich in Soest und Lippstadt, hohe Contributionen erhob und das Land auf alle Weise brandschatzte, um Unterhalt für seine Truppen zu gewinnen. In Paderborn selbst zog er am 31. Januar 1622 ein und machte dort reiche Beute, wobei auch die Heiligthümer der Kirche nicht verschont wurden. Während seine übermüthigen Reiter mit den



Tali Brunonis claro de stemmate Princeps
Vultu Barbaricos acer consurgit in hostes;
Nec Patriæ tristes fert mens generosa ruinas.

Simon Passæus sculpsit.

Pa. Morelse pinx.　　Crisp. de Pas excudit.

Herzog Christian von Braunschweig, Administrator von Halberstadt.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Simon de Passe (1591—1644): Originalgemälde von Paulus Moreelse (1571—1638).

Meßgewändern und Mitren ihren Spott trieben, ließ er selbst silberne Statuen von Aposteln und Heiligen einschmelzen und davon Münzen prägen mit der Umschrift „Gottes Freund und der Pfaffen Feind!“



Thaler Christians von Braunschweig. Silber.
Soll aus silbernen Kirchengeräthen oder aus Heiligenfiguren in Paderborn geprägt sein.
Originalgröße. Berlin, Kgl. Münz-Cabinet.

Anfang März verfügte Christian über 3000 Reiter und 4000 Mann zu Fuß; er beschloß jetzt seinen ziellosen Streifzügen ein Ende zu machen und ernstlich eine Vereinigung mit Mansfeld in der Pfalz anzustreben. War es doch unzweifelhaft, daß dort die endgiltige Entscheidung über das Schicksal des Pfalzgrafen fallen werde.

Während dieser Streifzüge Christians hatte nun Mansfeld in der Pfalz einen neuen Helfer, Kurfürst Friedrich einen neuen Bundesgenossen in dem Markgrafen Georg Friedrich von Baden-Durlach gefunden, dem einzigen Mitgliede der Union, welches die Sache des Pfalzgrafen nicht preisgab. Unter verschiedenen Vorwänden hatte er ein Heer gesammelt, welches auf 20 000 Mann angegeben wird, und hatte dann, um sein Land der eventuellen Rache und Strafe des Kaisers zu entziehen, am 25. April 1622 in Gegenwart seiner Söhne und seiner Räthe feierlich auf alle seine Besitzungen zu Gunsten seines ältesten Sohnes resignirt, um fortan nur als Kriegsmann zu leben und ritterlich die Sache seines pfälzischen Freundes zu vertreten. Mit Mansfelds und Christians Truppen zusammen mochte das für den Pfalzgrafen im Felde stehende Heer jetzt etwa 50 000 Mann betragen. Gleichwohl war es dem kaiserlich-ligistischen, welches inzwischen nach dem Nikolsburger Frieden Zuzüge aus Ungarn und auch durch neue Werbungen des bayrischen und fränkischen Kreises Verstärkungen erhalten hatte, nicht völlig gewachsen. Immerhin war es eine stattliche Macht, die ohne Frage noch erheblich größer geworden wäre, wenn durch große und dauernde Erfolge die übrigen protestantischen Fürsten zum Anschluß vermocht worden wären. Schon begannen in den Kreisen des Pfalzgrafen die Hoffnungen gewaltig in die Höhe zu schnellen. Er selbst glaubte es jetzt wagen zu dürfen, sich persönlich zu seinem Heere zu verfügen und dadurch

bei diesem und bei der Bevölkerung seiner Stammlande die Begeisterung für seine Sache zu beleben bezw. zu erhalten. Am 7. April reiste er im tiefsten Geheimniß vom Haag ab und langte nach einer abenteuerlichen, in Verkleidung ausgeführten Reise über Paris und Lothringen bei dem Heere Mansfelds an, der sich eben wieder in verrätherische Verhandlungen mit der Erzherzogin Isabella eingelassen hatte, die jetzt zum Erstaunen der spanischen Unterhändler durch die Ankunft des Pfalzgrafen jäh abgebrochen wurden. Der Pfalzgraf versuchte dann von Germersheim aus, den Herzog von Württemberg zum Anschluß zu bewegen, der aber, in vorsichtiger Erwägung seiner Lage, seine lebhafte Neigung, den Wünschen des Pfalzgrafen zu entsprechen, niederkämpfte und sein Unterstützungsgesuch ablehnte.

Ohne alle Frage aber kam durch die bloße Anwesenheit des Landesherrn in die ganze Kriegführung, die bis jetzt im Wesentlichen in Raubzügen und Brandschatzungen bestanden hatte, ein höherer Schwung. Bei Wiesloch kam es am 27. April 1622 zum ersten Male seit langer Zeit zu einer wirklichen Schlacht, in welcher Tilly eine schwere Niederlage erlitt, in der er nach den geringsten Angaben 2000 Mann einbüßte. Dann aber trennten sich die Heere Mansfelds und des Markgrafen von Baden bald nach ihrer Vereinigung wieder, weil die Verpflegung eines so großen Heeres Schwierigkeiten bereitete, außerdem aber weil zwischen den beiden Heerführern Eifersucht herrschte, da jeder von ihnen den Oberbefehl für sich in Anspruch nahm.

Da kam es dann am 6. Mai bei Wimpfen zu einer neuen Schlacht zwischen Tilly, der sein Heer durch seine Vereinigung mit Cordova auf 18000 Mann gebracht hatte, und dem Markgraf von Baden, dessen Heer nach der Trennung von Mansfeld nur noch 15000 Mann zählte. Trotz dieser Ueberlegenheit der Gegner herrschte im Lager der Markgräflichen Muth und Selbstvertrauen. Obwohl Tilly sich am Abend vor der Schlacht einer die Ebene dominirenden Anhöhe bemächtigt hatte, ging der Markgraf doch seinerseits zum Angriff über, und zwar schon am frühen Morgen zwischen drei und vier Uhr. Er hatte sein Heer, ganz abweichend von der damaligen Sitte, etwa nach Art der Heere der Hussitenzeit, so aufgestellt, daß der Fuhrpark eine große Wagenburg bildete, innerhalb welcher der größte Theil des Fußvolkes postirt war. Die Schlacht begann mit einem sehr heftigen Geschützfeuer. Der Markgraf versuchte dann auf alle Weise, den Gegner aus der günstigen Stellung, die er einnahm, hervorzulocken; allein das gelang nicht. Im Laufe des Vormittags kam es zu keiner Entscheidung, ja eigentlich nicht einmal zu einer regulären Schlacht; denn sonst wäre es kaum möglich gewesen — wie es thatsächlich geschah —, den Kampf um Mittag abzubrechen und wegen der großen Hitze einige Stunden ruhen zu lassen. Auch am Nachmittage eröffnete der Markgraf seinerseits den Kampf von Neuem, dann aber gingen Tilly und Cordova zu geschlossenem Angriff über. Ersterer sprengte den rechten Flügel der badischen Truppen. Noch einmal gelang es dann der badischen Reiterei, Tilly zurückzuwerfen. Dann aber erfolgte die für den

Markgrafen verhängnißvolle Wendung der Schlacht, die theils durch einen ungestümen Angriff der spanischen Truppen unter Cordova, theils durch die Explosion mehrerer Pulverwagen in der badischen Wagenburg herbeigeführt wurde und nach tapferer Gegenwehr, bei der einige Truppentheile, namentlich das sogenannte weiße Regiment, sehr Hervorragendes leisteten, mit einer völligen Niederlage des Markgrafen endete.

Aber es war nicht eine so klägliche und schmähliche Niederlage, wie vor anderthalb Jahren die am Weißen Berge. Viele Stunden lang hatten sich die Truppen behauptet und auch nach der ungünstigen Wendung der Schlacht sich so mannhaft gewehrt, daß diese Niederlage dem geschlagenen Heere bei den Zeitgenossen eher Ehre als Schande eintrug. Sie ist bekanntlich später durch die Sage von jenen vierhundert Pforzheimer Bürgern, welche als Leibgarde des Markgrafen sich bis zum letzten Mann hätten niederhauen lassen, um die Flucht ihres Landesherrn zu ermöglichen, verherrlicht worden. Die neuere Forschung hat die in ihren Einzelzügen sehr heroisch ausgeschmückte Sage als eine Erfindung weit späterer Zeit erwiesen, aber bezeichnend bleibt es doch, daß sie entstehen konnte, daß das Gedächtniß auch späterer Tage mit einer gewissen Vorliebe an dieser Schlacht haftete.

Für den Augenblick aber war sie trotz aller rühmlichen Gegenwehr, die die Badenser geleistet hatten, doch ein sehr schwerer Verlust für ihren Markgrafen. 5000 Mann blieben todt oder verwundet auf dem Schlachtfelde, weitere 1000 geriethen in Gefangenschaft. Noch schlimmer fast war es, daß der größte Theil der Kriegsausrüstung des Markgrafen, fast alle Geschütze, die Wagenburg, die Bagage, alle Mundvorräthe und die Kriegskasse im Betrage von 100 000 Thalern dem Feinde in die Hände fielen. Der Markgraf war von diesem Verluste anfangs so betäubt und niedergeschlagen, daß er seinem Sohne rieth, unter jeder Bedingung seinen Frieden mit dem Kaiser zu machen. Bald aber raffte er sich wieder auf und schloß sich mit dem Reste seines Heeres Mansfeld an, der sich nach der Schlacht bei Wimpfen auf das linke Rheinufer zurückgezogen hatte. Tilly ließ ihm gegenüber Cordova zurück und zog seinerseits Christian von Braunschweig entgegen, der sich inzwischen dem Main genähert hatte, um sich mit Mansfeld zu vereinigen. Natürlich versuchten dann auf der andern Seite Mansfeld und der Pfalzgraf, dem Administrator die Hand zu reichen. Sie überschritten den Rhein wieder und rückten in Eilmärschen nach Norden vor. Am 2. Juni erreichten sie Darmstadt; der Landgraf Ludwig, der sich durch seine kaiserfreundliche Politik die Protestanten nicht gerade zu Freunden gemacht hatte, versuchte zu entfliehen, fiel aber auf der Flucht in die Hände des Markgrafen von Baden und wurde fortan als Gefangener behandelt.

Währenddem hatte Christian von Halberstadt, der Mitte Mai von Paderborn nach dem Eichsfelde marschiert und dann nach Westen, nach dem Hessen-

Casselschen Gebiete abgeschwenkt war, versucht, den Landgrafen Moritz zum Anschluß zu bewegen. Allein dieser hatte, so sehr er mit seinen Sympathieen auf Seiten Christians stand, doch nicht den Muth eines thatkräftigen Entschlusses gefunden. Hätte dann Christian nicht zu viel Zeit mit Contributionen und Streifzügen vergeudet, so hätte er in den ersten Junitagen in Darmstadt eintreffen und sich mit Mansfeld vereinigen können. So aber ließ er den Ligisten und Spaniern Zeit, sich zwischen ihn und Mansfeld zu werfen. Am 8. Juni stand Anholt bei Ostheim, Tilly zog am 13. ins Amt Dieburg, Cordova lagerte in Zwingenberg, die eben jetzt angekommenen neuen kaiserlichen Hilfstruppen unter Cariaccioli (ca. 6000 Mann) in Miltenberg. Alle vereinigten sich dann in einer Gesammtstärke von 20 000 Mann am rechten Mainufer bei Dettingen. Christian traf am 17. Juni bei Höchst ein. Noch hätte er durch rechtzeitiges Ueberschreiten des Mains die Schlacht vermeiden können; allein seine Kampf- und Ruhmbegier trieb ihn sie anzunehmen. Er erlitt am 20. Juni eine mörderische Niederlage; mit Mühe gelang es ihm, den Rest seiner Truppen über den Main zu retten und sich mit Mansfeld zu vereinigen.

Der Feldzug durfte noch keineswegs als verloren gelten, noch viel weniger war die Pfalz in vollem Umfange im Besitze der Kaiserlichen und Ligisten. Mansfeld und Christian unternahmen einen gemeinsamen Einfall in das Elsaß. Dort aber erhielten sie plötzlich und völlig unerwartet die Nachricht, daß der Pfalzgraf sie aus seinem Dienste entlassen habe. Was den Waffen nicht gelungen war, gelang den diplomatischen Verhandlungen, mit denen man den unerfahrenen Pfalzgrafen von kaiserlicher Seite nicht ohne Beihilfe seines eigenen Schwiegervaters umgarnt hatte.

Jacob von England war, statt auf die kriegerischen Wünsche seines Parlaments einzugehen, während der Kämpfe in der Pfalz unablässig bemüht gewesen, durch diplomatische Einwirkungen in Brüssel, Madrid und Wien die Wiedereinsetzung seines Schwiegersohnes in seinen erblichen Besitz zu erlangen. Der Kaiser schien eine Zeit lang nicht ganz abgeneigt darauf einzugehen; wenigstens gab er sich den Anschein, als thue er es. Er verlangte aber, bevor er sich zur Weiterführung der Verhandlungen bereit erklärte, daß Friedrich vorher die Waffen niederlege und Mansfeld und Christian von Braunschweig entlasse. Friedrich ließ sich von seinem Schwiegervater in der That bestimmen, diesem Ansinnen stattzugeben und nach Holland zurückzukehren. Die Folge davon war aber nicht der ihm in Aussicht gestellte Friede, sondern die völlige Unterwerfung der Pfalz durch seine Gegner.

Mansfeld unternahm, seines Dienstes vom Pfalzgrafen entlassen, zunächst einen ziemlich plan- und ziellosen Einfall in Lothringen, durch welchen er die beiden wieder in lebhaftem Conflict begriffenen Parteien in Frankreich in nicht geringe Aufregung versetzte, trat dann aber auf die dringenden Bitten der von Spinola bedrängten Holländer in deren Dienste. Auf dem Marsche nach Holland lieferte er am 29. August den Spaniern unter Cordova, der ihm

gefolgt war, eine Schlacht, in der sich beide Theile den Sieg zuschrieben, Mansfeld insofern mit größerem Rechte, als er durch die Schlacht die Möglichkeit gewann, seinen Marsch fortzusetzen. Christian von Braunschweig verlor durch eine in dieser Schlacht davongetragene Verwundung seinen linken Arm, ließ sich aber dadurch weder entmuthigen noch von der weiteren Theilnahme am Kriege abhalten. Er ließ Spinola melden, er habe zwar den einen Arm verloren, aber den andern behalten, um sich zu rächen, und schlug von erbeutetem Silber Münzen mit der Umschrift „altera restat“.

Tilly, der nun in der Pfalz keinen Feind mehr sich gegenüber sah, nahm dann im September die pfälzische Hauptstadt Heidelberg, welche er seit dem 1. Juli belagerte, durch Sturm ein. Die Stadt wurde von den Soldaten, obwohl sich ihnen Tilly persönlich mit gezogenem Degen entgegenstellte, auf das Grausamste geplündert. Einen unersetzlichen Verlust aber fügte ihr Maximilian von Bayern zu, indem er die herrliche Bibliothek, die „Palatina“, dem Papste schenkte und nach Rom schaffen ließ. Nachdem im November auch Mannheim gefallen war, befand sich thatsächlich die ganze Pfalz in bayrischem Besitz. Jetzt galt es, diesen thatsächlichen Besitz in einen rechtlichen zu verwandeln, d. h. das Gegentheil von dem zu thun, was man dem leichtgläubigen Pfalzgrafen in Aussicht gestellt hatte, um ihn zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Das im Octobervertrage von 1619 Maximilian von Bayern gegebene Versprechen sollte jetzt eingelöst werden. Zu diesem Zwecke berief der Kaiser für den Dezember 1622 einen Deputationstag nach Regensburg, der die Uebertragung der pfälzischen Kur auf Maximilian sanctioniren sollte.

Wahre Contrafactur der Churfürstlichen Statt Heidelberg vnd wie dieselbige vo[n]



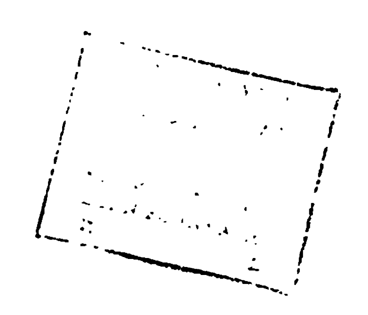
Designation der Ziffern. 1. Das Schloß. 2. de Newe Garten. 3. Heylig Gerst kirch. 4. Barfüßer Clo[ster]
10. Speiser thor. 11. der Trük Keiser. 12. der Trük Beyer. 13. der Geißberg. 14. der Königstul. 15.
Stürm. 20. Croaten setzen durch den Neccar, vnd da geht die Statt über.

Ansicht von Heidelberg im Jahre 1622 während der Belagerung durch Tilly. I

General Tilly Belägert vnd eingenohmen worden Anno 1622.



rkleinertes Facsimile der Radirung von Matthaeus Merian (1593—1650) im „Theatrum Europaeum“.



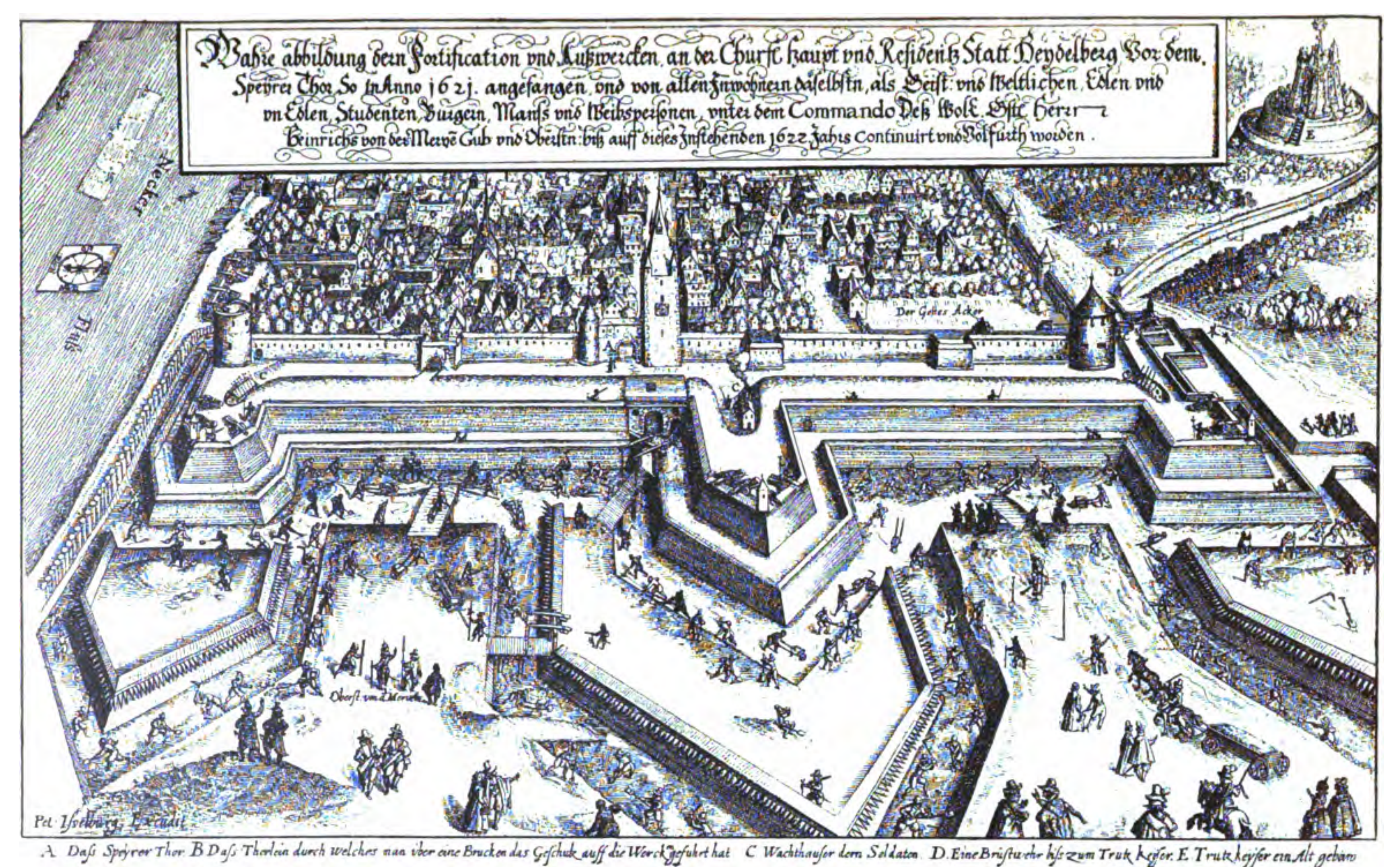
Der Deputationstag zu Regensburg.

Von Anfang an hatte sich Ferdinand darüber keiner Täuschung hingegeben, daß die Uebertragung der bisher protestantischen pfälzischen Kur auf einen Katholiken den lebhaftesten Widerspruch in der ganzen protestantischen Welt erregen werde. Aber wenn ihm hie und da wohl einmal der Gedanke kam, ob es nicht zweckmäßiger sei, einen Ausgleich mit dem Kurfürsten von der Pfalz zu schließen, wie das namentlich der König von England immer und immer wieder, nicht ohne selbst bei dem Madrider Hofe Unterstützung zu finden, in Vorschlag brachte, so leuchtete ihm doch alsbald wieder die Unmöglichkeit ein, eine anderweite Entschädigung für die hochgespannten Forderungen, welche Maximilian von Bayern für seine Kriegshilfe erhob, ausfindig zu machen. Der Herzog von Bayern bestand mit aller Energie auf seinem Scheine, auf jenem October-Vertrage von 1619, durch den ihm der Kaiser als Ersatz für seine Kriegskosten alle seine Länder verpfändet und die Kur in Aussicht gestellt hatte. Das letztere Versprechen war von Ferdinand am 22. September 1621 auf des Herzogs Drängen schriftlich wiederholt worden. Der Kaiser ist dann mit ihm über die Art der Ausführung, namentlich über die Frage, ob und welcher Theil der pfälzischen Besitzungen neben der Kur auf Maximilian zu übertragen sei, zuweilen in sehr ernste Differenzen gerathen, aus denen es aber einen andern Ausweg, als den, welchen der Herzog forderte, nicht gab. Als der letztere nach langem Sträuben auf wiederholtes Ansuchen des Kaisers diesem die Gesammtsumme seiner Entschädigungsansprüche nannte, war dieselbe so hoch, daß der Kaiser in den äußersten Schrecken gerieth und einsah, daß eine Abzahlung derselben für ihn völlig unmöglich sei. Nicht weniger als zwanzig Millionen forderte der Herzog. Vielleicht nannte er absichtlich diese hohe Summe, um dem Kaiser deutlich zu zeigen, daß eine Abtragung derselben auf anderem Wege als auf dem der endgiltigen Uebertragung der Kur nicht möglich sei. Die Haltung des Herzogs war unerbittlich und unerschütterlich. Selbst auf einen Austausch der Oberpfalz, die er schon 1621 erobert hatte, gegen Oberösterreich, welches er noch immer im Pfandbesitz festhielt, wollte er nicht eingehen, da er nicht einen sicheren Besitz gegen einen noch unsicheren eintauschen könne. Er verlangte nicht bloß die Uebertragung der Kur, sondern auch die der gesammten Kurlande, während der Kaiser ihm nur die Oberpfalz zugedacht hatte, die Unterpfalz aber entweder dem Könige von Spanien oder den Agnaten des Kurfürsten von der Pfalz

übertragen wollte. Wie oft ist nicht der Graf von Hohenzollern Ende 1621 und Anfang 1622 von dem kaiserlichen Hoflager nach München gereist, um den Herzog zu größerer Nachgiebigkeit zu bewegen. Es war Alles vergeblich. Maximilian bestand nur mit erhöhter Energie darauf, daß das mündlich und schriftlich ertheilte Versprechen nunmehr endlich ausgeführt werde.

Er fand dabei die lebhafteste Unterstützung bei dem Papste, welcher seit dem 9. Februar 1621 den Stuhl Petri inne hatte, bei Gregor XV., der, von seinem umsichtigen und glänzend beanlagten Nepoten Ludovico Ludovisio unterstützt, in weit höherem Maße als sein Vorgänger Pius V. für die Erhöhung der Macht der katholischen Kirche thätig war. Zu diesem Zwecke hatte er schon die Subsidien an den Kaiser und die Liga auf das Doppelte des bisherigen Betrages erhöht, zu demselben Zwecke trat er eifrig und unerschütterlich für die Uebertragung der Kur auf Maximilian ein, weil er darin mit Recht einen gewaltigen Vortheil für die Entwickelung und reichsrechtliche Stellung des Katholicismus in Deutschland erkannte. Schon seit dem Juni 1621 war er in diesem Sinne thätig, indem er Philipp IV. von Spanien — Philipp III. war am 31. März 1621 gestorben — aufforderte, sich dieser Uebertragung nicht zu widersetzen. In seinem Auftrage wirkte namentlich der Kapuzinerpater Hyacinth de Casale am Kaiserhofe, der dann in dieser ganzen Angelegenheit eine hervorragende Thätigkeit entfaltet und es namentlich bewirkt hat, daß Ferdinand dem Herzoge von Bayern jene schriftliche Zusicherung der Uebertragung der Kur vom 22. September 1621 ausstellte.

Trotz dieser energischen Stellungnahme des Papstes erfolgte aber energischer Widerspruch gegen die beabsichtigte Maßregel gerade von der Seite, von der man es am wenigsten erwartet hatte, von dem Hofe zu Madrid. In Spanien hatte nach dem Tode Philipps III. dessen gleichnamiger Sohn als Philipp IV. den Thron bestiegen, der sich der Geschäfte der Regierung, obwohl er erst vierzehn Jahre alt war, anfangs mit großem Eifer annahm und den Anschein erweckte, als wenn er mit der kläglichen Mißwirthschaft, die unter seinem schwachen und unfähigen Vater geherrscht hatte, gründlich aufräumen werde. Er hatte den bisherigen leitenden Minister, den Herzog von Uzeda, entlassen und eine große Anzahl seiner Geschöpfe aus ihren Stellen entfernt. Den bestimmenden Einfluß auf die Geschäfte erhielt jetzt der Graf Olivares, der aufrichtig bestrebt war, Spanien aus seinem tiefen Verfall zu heben. Dies konnte aber nicht ohne eine gewissenhafte Regelung der sehr im Argen liegenden Finanzen geschehen. So wenig man daher auch am Madrider Hofe eine grundsätzliche Aenderung der auswärtigen Politik beabsichtigte, so sehr man vielmehr an dem Grundgedanken derselben, der Unterstützung des Kaisers, festhielt, so wenig war man doch geneigt, die spanischen Geldmittel in derselben Weise wie bisher für eine unabsehbare weitere Ausdehnung des deutschen Krieges zu verwenden. Darüber aber, daß die völlige Entsetzung Friedrichs von der Pfalz und die Uebertragung der Kur auf Maximilian den Krieg ins Ungemessene verlängern werde, und daß dies wieder nur auf



Die Einwohner von Heidelberg das Speyrer Thor gegen die heranrückenden Spanier befestigend. Facsimile des Kupferstiches, 1622, von Peter Isselburg (um 1580 bis nach 1630).

Kosten des spanischen Staatsschatzes geschehen könne, war man im Madrider Geheimen Rath keinen Augenblick in Zweifel. Dazu kam, daß der spanische Hof eifrig wünschte, sich die Freundschaft Englands, zu dem man bisher in sehr günstigen Beziehungen gestanden hatte, zu erhalten. Daher wollte man, obgleich man die von Jacob I. angestrebte Vermählung des Prinzen von Wales mit der spanischen Infantin aufzugeben beabsichtigte, weil die letztere trotz der sehr versöhnlichen Haltung Jacobs gegenüber dem Katholicismus einen unbezwinglichen Widerwillen gegen die Vermählung mit einem Protestanten an den Tag legte, doch unter keinen Umständen den Unwillen Jacobs dadurch reizen, daß man seinen Schwiegersohn völlig der Rache Ferdinands bezw. des Herzogs Maximilian preisgab. Denn so jämmerlich schwächlich auch die Haltung des englischen Königs gegenüber den böhmisch-pfälzischen Verwickelungen in Deutschland war, daran ließen doch weder er selbst noch seine Gesandten in Madrid, namentlich Lord Digby, einen Zweifel, daß er seine Beziehungen zu Spanien abbrechen werde, wenn dieses in die Beraubung seines Schwiegersohnes und in die Uebertragung der Kur auf Maximilian willigen werde. Daher vermochten weder der Pater Hyacinth, der eigens nach Spanien entsandt wurde, um den Widerstand des Königs gegen die beabsichtigte Uebertragung der Kur zu brechen, noch auch der kaiserliche Gesandte in Madrid, Graf Khevenhiller, eine dauernde Wandlung in der Haltung des spanischen Cabinets zuwege zu bringen. Hyacinth glaubte in großer Ueberschätzung seiner Wirksamkeit einen solchen Erfolg erzielt zu haben, aber sehr bald stellte es sich doch heraus, daß die Nachgiebigkeit der spanischen Geheimen Räthe nur eine scheinbare oder doch eine sehr vorübergehende gewesen war. Die Ankunft Lord Digbys im Juni 1622 genügte vollkommen, um die Geneigtheit des Madrider Cabinets für die Restitution des Pfalzgrafen wieder wachzurufen, und zwar um so mehr, als der einzige unter den Geheimen Räthen, der sich endlich für die Ansprüche Maximilians hatte gewinnen lassen, Zuñiga, schon am 7. October 1622 starb, wie man sagte aus Aerger über eine Desavouirung, die ihm in dieser Frage von den anderen Geheimen Räthen widerfahren war. In der That konnte das spanische Cabinet eine andere Politik nicht verfolgen, wenn es die Freundschaft mit England, die ihm in vielen anderen Beziehungen sehr erwünscht war, nicht aufs Spiel setzen wollte. Denn Jacob schien damals wirklich einen Anlauf zu einer energischeren Haltung in der Frage der Restitution seines Schwiegersohnes zu nehmen. Er verlangte kategorisch, daß Philipp IV. die Restitution der eben eroberten Hauptstadt Heidelberg an den Pfalzgrafen beim Kaiser innerhalb siebzig Tagen erwirke. Man sprach in London mit hellem Jubel davon, daß der König ein Heer von 30—40 000 Mann aufstellen wollte, um seinem in seiner Existenz bedrohten Schwiegersohne zu Hilfe zu kommen. Sein Unwille war namentlich auch dadurch in besonders hohem Maße erregt worden, daß er Kenntniß von einigen Briefen des Kaisers an den König von Spanien erhalten hatte, in welchen Ferdinand ganz offen seine Absicht, die Kur auf



Herzog von Olivares.

Nach dem Kupferstich von Paul du Pont (1603—1658); Originalgemälde des Porträts von Diego Velazquez de Silva (1599—1660), der Ornamente von Peter Paul Rubens (1577—1640).

Maximilian zu übertragen, ausgesprochen hatte. Diese Briefe waren durch einen unglücklichen Zufall in Mansfelds Hände gefallen, der sie alsbald dem Pfalzgrafen übermittelte, von dem sie dann schleunigst der Oeffentlichkeit übergeben wurden. Sie haben nicht wenig dazu beigetragen, um die Opposition der deutschen Protestanten gegen Ferdinand zu verstärken.

Das offenbarte sich dann deutlich genug, als der Deputationstag, dessen Einberufung Ferdinand schon 1621 beabsichtigt hatte, der aber immer wieder wegen der sich aufhäufenden diplomatischen Schwierigkeiten verschoben worden war, nun endlich im Dezember 1622 eröffnet wurde. Nach den vom sechszehnten Jahrhundert her geltenden Bestimmungen über diese Deputationstage, welche in einzelnen wichtigen Fragen an die Stelle der Reichstage traten, waren die Einladungen zu demselben an die Kurfürsten, die Herzöge von Bayern, Braunschweig, Pommern und Mecklenburg, den Landgrafen von Hessen-Darmstadt, den Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Würzburg, Bamberg und Speier ergangen. Allein von den eingeladenen protestantischen Fürsten erschien nur ein einziger, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, persönlich. Diesmal lehnte selbst Johann Georg von Sachsen ab, der Einladung des Kaisers Folge zu leisten. Er war nicht nur durch die Veröffentlichung jener nach Spanien gesandten Briefe stutzig geworden, sondern auch lebhaft erzürnt über die zunehmende Härte der religiösen Reaction in Böhmen, die sich nunmehr trotz seiner Abmahnungen und Gegenvorstellungen auch gegen die deutschen Lutheraner in Prag gewandt hatte. Selbst mit der Absendung von Gesandten beeilte er sich nicht allzu sehr; dieselben trafen erst nach der nach längerem Warten am 5. Dezember erfolgten Eröffnung des Conventes ein. Sie waren von vornherein angewiesen, nicht allein gegen die Beschlagnahme der lutherischen Kirchen in Böhmen zu protestiren, sondern auch und vor Allem in die Uebertragung der Kur an Maximilian nicht einzuwilligen; nur dazu waren sie im äußersten Falle ermächtigt, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die Kur und die Kurlande nicht dem Pfalzgrafen selbst, sondern seinen Kindern übertragen würden.

Konnte der Kaiser also selbst von Seiten dieses seines Verbündeten im Kampfe gegen seine aufständischen Unterthanen auf Zustimmung zu der Uebertragung der Kur nicht rechnen, so war dies noch viel weniger bei den anderen protestantischen Fürsten der Fall. Die Gesandten von Brandenburg, Braunschweig, Pommern und Mecklenburg waren, auch als die sächsischen in Regensburg eintrafen, noch immer gar nicht erschienen. Die beiden ersteren trafen dann noch im Laufe der Verhandlungen ein, Braunschweig und Mecklenburg aber blieben der Versammlung bis zum Schlusse fern. Ja selbst der Kurfürst von Mainz zeigte anfangs unzweifelhafte Neigung, sich gegen die Uebertragung der Kur an Maximilian zu erklären; er ließ sich dabei in erster Linie durch die Rücksicht auf den Kurfürsten von Sachsen leiten, mit dem er in einem freundschaftlichen Verhältnisse stand. Vor Allem trat auch nach wie vor der spanische Gesandte Oñate euergisch gegen die bayrischen Ansprüche auf.

Unter so ungünstigen Aussichten überreichte Ferdinand am 17. Januar 1623 in feierlicher Sitzung dem Kurfürsten von Mainz die Proposition, welche den Verhandlungen zu Grunde gelegt werden sollte und deren erster Punkt die Absicht des Kaisers aussprach, den Pfalzgrafen seiner Kur zu entkleiden und dieselbe auf Maximilian zu übertragen. Die anderen Punkte, über die eigentlich nur ein voller Reichstag hätte berathen können, bezogen sich auf die Mittel zur Herstellung des Friedens, die Abwehr der Angriffe der Holländer auf das Reichsgebiet, Abstellung der Reichsgravamina im Sinne der Verhandlungen des Reichstages von 1613, endlich auf das Justiz- und das Münzwesen. Natürlich aber traten alle diese Fragen neben der Alles beherrschenden der Uebertragung der Kur völlig in den Hintergrund. Es war nach der Haltung, welche die Protestanten bisher beobachtet hatten, kein Zweifel, daß es darüber zu offenem Zwiespalt kommen werde und müsse. Das war eben der Grund, aus welchem Spanien mit solcher Energie gegen die geplante Maßregel protestirt hatte. In der ersten Sitzung, die in dieser Frage abgehalten wurde, am 24. Januar, sprachen nur die Bischöfe einschließlich des Kurfürsten von Mainz, der inzwischen bewogen worden war seinen Widerspruch fallen zu lassen, ihre Zustimmung zum ersten Punkte der Proposition aus, Ludwig von Hessen-Darmstadt und die Vertreter von Sachsen und Brandenburg aber erklärten sich mit aller Entschiedenheit dagegen. Ohne endgiltigen Beschluß ging man aus einander. Um Sachsens Widerstand zu brechen, wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, diesmal aber vergeblich. Am 26. Januar mußte sich der Kurfürst von Mainz entschließen, der kaiserlichen Kanzlei die entgegengesetzten Erklärungen der beiden Parteien zu übersenden. Er that es in einer Weise, aus der zu erkennen war, daß er bestrebt war, dem Kaiser noch einmal die ernsten Bedenken gegen die Maßregel darzulegen, obwohl er selbst mit schwerem Herzen dafür gestimmt hatte. Der Kaiser antwortete am 30. Januar mit einer Gegenschrift gegen die Verwahrung der Protestanten, in welcher er sich sehr entschieden das Recht, über die Kur frei zu verfügen, vindicirte, während die Protestanten auf Grund der §§ 26 und 39 der Wahlcapitulation ihm dieses Recht bestritten hatten. Es kann kein Zweifel sein, daß das Reichsrecht auf Seiten der letzteren stand. Die von ihnen angeführten Paragraphen enthielten die Bestimmungen, daß der Kaiser in keiner wichtigen Sache Entscheidung ohne den Rath der Kurfürsten treffen und keine Execution gegen einen Reichsstand vornehmen dürfe, ehe die Acht über ihn zu Recht erkannt sei. Gegen beide Bestimmungen hatte der Kaiser gefehlt, indem er die Acht über Friedrich ohne vorher eingeholte Zustimmung der Kurfürsten verhängt hatte. Mit voller Energie harrten die Protestanten auf ihrem Standpunkte aus, auch Sachsen stand diesmal unbeirrt und fest zu ihnen. Der Kaiser, der auch außerdem durch die Rüstungen, welche eben jetzt der niedersächsische Kreis vornahm, und durch die neuen Werbungen Mansfelds und Christians von Halberstadt in Besorgniß versetzt wurde, begann nunmehr einzusehen, daß sich die Uebertragung der Kur in vollem Umfange gegenüber

dem einmüthigen Widerstande der Protestanten nicht werde durchführen lassen. Am 17. oder 18. Februar entschloß er sich, Bayern und Kurköln die Unmöglichkeit einer erblichen Uebertragung der Kur an Maximilian vorzustellen und ihnen die Nothwendigkeit einer wenigstens theilweisen Nachgibigkeit gegen die protestantische Opposition klar zu machen. Beide Theile einigten sich dann über einen Mittelweg, dem Hessen-Darmstadt zustimmen zu können erklärte. Am 21. Februar schlugen die Kurtrierer Gesandten auf Weisung des Kaisers vor, daß die kurfürstliche Würde dem Herzoge von Bayern zwar jetzt zu übertragen sei, daß aber mit dem Pfalzgrafen über seine Aussöhnung verhandelt und zu diesem Zwecke ein neuer Convent berufen werden solle. Sollte der Friede auch dann nicht zu Stande kommen, so sollte das kurfürstliche Collegium darüber urtheilen, ob der Kaiser über die Kur frei verfügen oder sie den Kindern und Agnaten des Pfalzgrafen zuerkennen solle. Der Herzog von Bayern aber solle sich schriftlich verpflichten, diesem Urtheile des Kurfürstencollegiums Folge zu leisten und eventuell auf die kurfürstliche Würde zu verzichten. Diesem Vorschlage stimmte dann in der That wenigstens der eine der Protestanten, Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt, unter der Bedingung zu, daß der Kaiser in der Reformation der lutherischen Kirchen Prags innehalten solle. Dem entsprechend schickte dann Ferdinand am 23. Februar dem Deputationstage seine letzte Entscheidung zu, in welcher er den Pfalzgrafen wegen der „großen und unverantwortlichen Verbrechen", die er begangen habe, mit der Entziehung der Kur bestrafte, aber seine Begnadigung in Aussicht stellte, wenn er sich zur „schuldigen Humiliation und Deprecation verstehen und von allen Machinationen ablassen" werde. Die Ansprüche der Kinder und Agnaten versprach der Kaiser zu untersuchen und zu diesem Zwecke entweder mit dem Könige von England zu verhandeln oder einen Kurfürstentag zu berufen; dann übertrug er die Kur auf Maximilian auf Lebenszeit. Danach erfolgte dann am 25. Februar in feierlicher Weise die Investitur Maximilians im Sinne dieses Vermittelungsvorschlages, obwohl die Protestanten außer Darmstadt auch jetzt bei ihrem Widerstande verharrten. Wie sehr sie damit im Rechte waren, wie wenig es dem Kaiser mit jener ihm abgedrungenen Concession gegenüber den Protestanten Ernst war, ergiebt sich aus einer, in schroffem Widerspruche mit jenem Vermittelungsvorschlage stehenden schriftlichen Versicherung, welche der Kaiser dem Herzoge Maximilian am Tage vor der Investitur ertheilte, nach der derselbe zum Wenigsten im lebenslänglichen Besitze der Kur bleiben sollte, der Kaiser aber weiter versprach, falls sich der neue Convent für die Rechte der Kinder des Pfalzgrafen entscheide, darauf keine Rücksicht zu nehmen. Man sieht, es war ein häßliches, abgekartetes Gaukelspiel, durch welches man die Protestanten zu umgarnen und zu fangen gesucht hatte. Der Hauptzweck, die Beseitigung der protestantischen Opposition, war zwar dadurch nicht erreicht worden. Immerhin war schon damit viel gewonnen, daß sich der Landgraf von Hessen-Darmstadt durch diese scheinbare Nachgiebig-

keit des Kaisers hatte bethören lassen. Ferdinand verfehlte nicht, ihm seinen Dank dafür durch eine für ihn günstige Rechtsentscheidung abzustatten. Zwischen dem Landgrafen Ludwig und seinem Kasseler Vetter Moritz schwebte seit längeren Jahren ein Proceß beim Reichshofrathe über die Erbschaft des 1601 verstorbenen Landgrafen Ludwig von Hessen-Marburg. Dieser hatte in seinem Testamente seine Länder unter die Kasseler und Darmstädter Linie so getheilt, daß Marburg selbst an Hessen-Kassel gefallen war; aber er hatte beiden Erben die Bedingung gestellt, daß die lutherische Religion in seinen Landen erhalten werden solle. Diese Bedingung hatte Moritz von Hessen-Kassel nicht erfüllt, sondern in seinem Antheile den Calvinismus eingeführt. Aus diesem Grunde hatte dann Landgraf Ludwig von Darmstadt Anspruch auf die ganze Erbschaft erhoben und die Sache beim Reichshofrath anhängig gemacht. Mit Freuden ergriff jetzt Ferdinand die Gelegenheit, demselben eine Gefälligkeit zu erweisen und zugleich den Landgrafen Moritz für die heimliche Unterstützung, die er Christian von Braunschweig hatte zu Theil werden lassen, zu bestrafen. Er sprach nicht allein dem Landgrafen Ludwig die ganze Erbschaft zu, sondern verurtheilte den Landgrafen Moritz auch zum Ersatz der sämmtlichen Einkünfte, die er aus seinem Theile der Erbschaft erhoben hatte, seitdem er im Widerspruche mit jenem Testamente Ludwigs von Marburg in den erworbenen Besitzungen die Augsburger Confession zu Gunsten des Calvinismus unterdrückt hatte. Dadurch erhielt der seit Jahren zwischen den beiden Linien des hessischen Fürstenhauses geführte Streit um die Marburger Erbschaft einen Abschluß, der für den Landgrafen Moritz einen äußerst empfindlichen Nachtheil in sich schloß. Es war vorauszusehen, daß es zu weiteren Kämpfen zwischen den beiden Vettern in dieser Frage kommen werde, welche dem Kaiser Gelegenheit zu neuen Eingriffen geben konnten. Vorerst aber war dadurch Landgraf Ludwig nicht allein für seine Dienste auf dem Regensburger Deputationstage belohnt, sondern auch für die Zukunft an die Sache des Kaisers gefesselt.

Wirklich hatten Ferdinand und Maximilian alle Veranlassung, dem Landgrafen von Darmstadt dankbar zu sein. Ohne seine Zustimmung hätten sie gegenüber dem geschlossenen Widerstande der Protestanten die Uebertragung der Kur kaum durchzuführen wagen können. So aber konnten sie sich darauf berufen, daß auch einer der protestantischen Fürsten der Maßregel zugestimmt hatte.

Das nun glücklich erreichte Resultat wurde in der katholischen Welt mit hellem Jubel begrüßt; vor Allem gab Papst Gregor XV., der einen sehr wesentlichen Antheil an dem Gelingen desselben hatte, seiner Freude sehr unverhohlenen Ausdruck. Maximilian hatte ihn alsbald von der Uebertragung der Kur in einem von Dankesbezeugungen überströmenden Schreiben benachrichtigt. „Euere Heiligkeit“, so hatte er ihm geschrieben, „hat diese Sache nicht allein befördert, sondern durch ihre Erinnerungen, ihr Ansehen, ihre eifrigen Bemühungen geradezu bewirkt. Ganz und gar muß sie der Gunst



Papst Gregor XV.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Peter Isselburg (1580 bis nach 1630).

und Wachsamkeit Euerer Heiligkeit zugeschrieben werden.“ Darauf antwortete dann Gregor XV. in nicht minder überschwänglichen Worten: „Dein Schreiben, o Sohn, hat unsere Brust mit einem Strome von Wonne wie mit himmlischem Manna erfüllt; endlich darf die Tochter Sion die Asche der Trauer von ihrem Haupte schütteln und sich in festliche Gewande kleiden.“

In der That war es der größte Sieg, den der Katholicismus im Reiche seit langer Zeit davongetragen hatte. Allein die Sache hatte doch auch noch eine andere Seite, die namentlich der doch gewiß eifrig katholische spanische Gesandte bis zum letzten Augenblicke nachdrücklich betont hatte. Er hatte immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß dieser Sieg nur durch schwere, neue Kämpfe werde behauptet werden können. Es mußte sich nun zeigen, wer Recht behalten würde, diejenigen, welche über den Triumph des Katholicismus frohlockten, oder der, welchem vor den Folgen dieses Triumphes bangte.



Scene in einem Heerlager des dreißigjährigen Krieges.
Facsimile aus Jacques Callots (1594—1635) Radirung „Die Belagerung von Breda“, 1624.

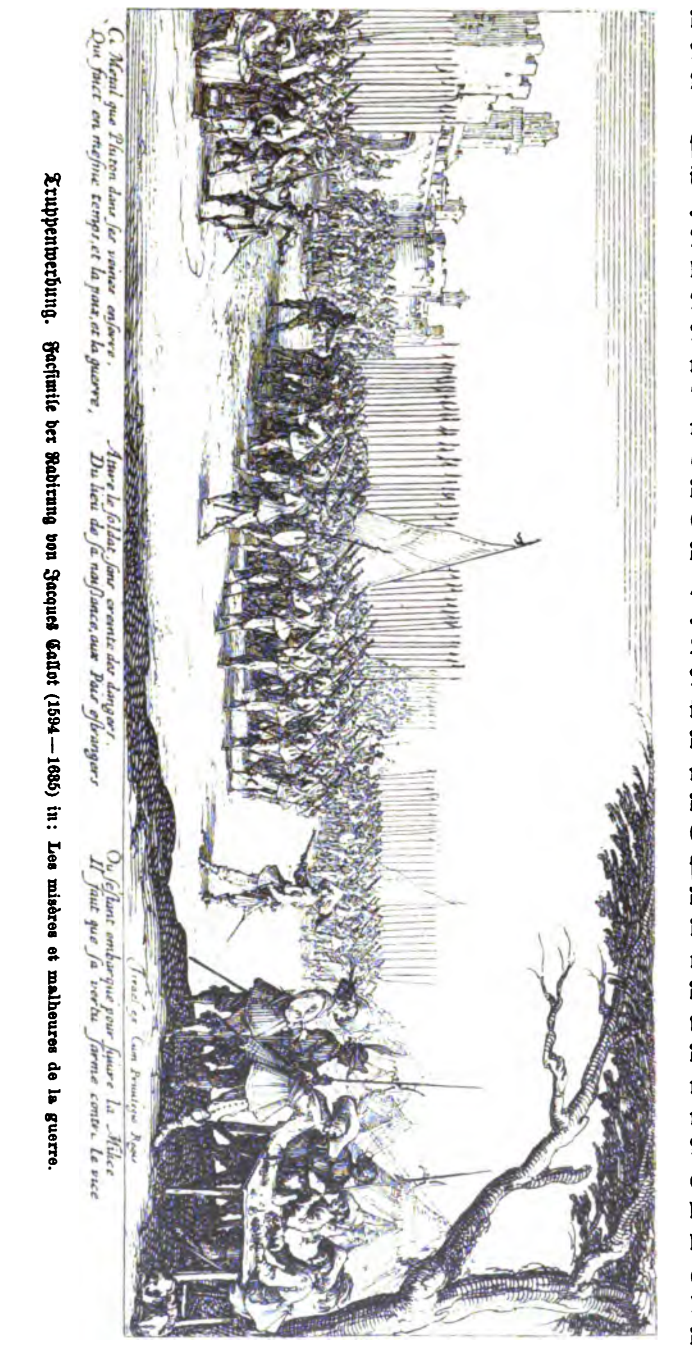
Zweite Periode.

Der niederdeutsch-dänische Krieg.
Wallensteins erstes Generalat.

(1623—1630.)

Wandlungen der allgemeinen Weltlage in den Jahren 1623 bis 1625.

Die Uebertragung der pfälzischen Kur auf Maximilian von Bayern war im letzten Grunde doch mehr ein Erfolg für diesen als für den Kaiser, der sie gegen den Widerstand der protestantischen Fürsten mit großer Mühe durchgesetzt hatte. Ferdinand war dabei thatsächlich mehr der Getriebene als der Treibende gewesen; er hatte mehr dem Drängen Maximilians nachgegeben als aus eigenem Antriebe gehandelt. Denn er gab sich darüber ebenso wenig wie die spanische Regierung einer Täuschung hin, daß durch diesen extremen Schritt die Kräfte des Widerstandes unter den Protestanten eine neue Stärkung erfahren würden. In der That zeigte sich das schon aus den Nachrichten, die noch während des Deputationstages selbst in Regensburg einliefen. Nicht bloß in dem beharrlichen Widerstande, welchen Kursachsen und Kurbrandenburg der Maßregel des Kaisers entgegensetzten, trat die Gefahr, die dieser dadurch über sich heraufbeschwor, zu Tage; man vernahm, daß die Holländer, durch die bedrohliche Verstärkung der habsburgischen Uebermacht erschreckt, dem Grafen Mansfeld Geldmittel zu neuen Rüstungen gewährten. Mit ihrer Zustimmung war er nach Ostfriesland gegangen und hatte dort umfassende Werbungen angestellt, welche angeblich für die Generalstaaten selbst bestimmt waren, thatsächlich aber — woran Niemand zweifelte — der Wiederaufnahme des Kampfes zu Gunsten des aus seinem erbländischen Besitze vertriebenen Pfalzgrafen dienen sollten. Zugleich erfuhr man in Regensburg, daß sich jetzt auch unter den protestantischen Fürsten Niederdeutschlands ernste Besorgnisse vor einer weiteren durchgreifenden religiösen Reaction regten, daß auch hier die Neigung, sich activ am Kampfe gegen diese katholisirenden Tendenzen zu betheiligen, überhandnahm. Der Erste, welcher offen mit dieser Absicht hervortrat und alsbald selbst zur Anwerbung von Truppen schritt, war Herzog Wilhelm von Weimar. Vor Allem aber gerieth jetzt doch auch der gesammte niedersächsische Kreis in Aufregung und Bewegung. Zwar war man hier noch nicht geneigt, sich in einen offenen Kampf mit dem Kaiser einzulassen, aber man dachte doch jetzt zum ersten Male ernstlich daran, sich für alle Fälle ernstlich zu rüsten, zunächst unter dem Vorwande, daß man sich dadurch die Beobachtung einer festen Neutralität zwischen den kämpfenden Parteien ermöglichen wolle. In diesem Sinne beschloß ein gleichzeitig mit



Truppenwerbung. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheurs de la guerre.

dem Regensburger Deputationstage in Braunschweig versammelter niedersächsischer Kreistag im Februar 1623, Herzog Wilhelm von Weimar mit seinen bisher geworbenen Truppen in seine Dienste zu nehmen und noch weitere 7000 Mann zu Fuß und 3000 Reiter anzuwerben, durch die man sich gegen Gewalt und Plünderung schützen wolle. Zum Obersten wurde Herzog Georg von Lüneburg gewählt. Dem Kaiser gegenüber suchte man diesen Schritt damit zu rechtfertigen, daß aus der Nähe Christians von Braunschweig und Tillys, der zur Bekämpfung des Ersteren herannahte, Gefahren für das Kreisgebiet erwüchsen. Der Kaiser, der diese Rüstungen nicht zu hindern vermochte, gab sich den Anschein, als glaube er wirklich an die beabsichtigte Neutralität, und gestattete ausdrücklich die Werbungen, angeblich in der Erwartung, daß

die Kreisstände mit den geworbenen Truppen Mansfeld und Christian vom Eintritt in ihr Gebiet abhalten würden. Wirklich forderten die niedersächsischen Kreisstände den Ersteren auf, seine Truppen aus dem Kreisgebiet zurückzuziehen. Eine Zeit lang konnte es scheinen, als sei damit die dem Kaiser drohende Gefahr beseitigt. War doch sogar Christian von Halberstadt scheinbar geneigt, sich von der Sache des Pfalzgrafen loszusagen. Er war in ein Zerwürfniß mit Mansfeld gerathen und hatte vorübergehend seine Stellung als Generallieutenant desselben aufgegeben, ja er hatte auf einer Zusammenkunft mit seinem Bruder Friedrich Ulrich in Kalenberg (24. Februar 1623) diesem in der That in Aussicht gestellt, von seinem Bündnisse mit „König Friedrich" und Mansfeld zurückzutreten und bei dem niedersächsischen Kreise Dienste zu nehmen, dessen Kreisoberstem er treuliche Assistenz zu leisten versprach. Aber nachdem er auf Grund dieser Abmachungen von dem niedersächsischen Kreise die Erlaubniß zum Eintritt in dessen Gebiet erlangt hatte, ging er alsbald zum nicht geringen Schrecken seines Bruders und des Kreises dazu über, seine Truppen aufs Neue durch Werbungen zu verstärken. Dann rückte er ins Stift Hildesheim ein und stand so mitten im niedersächsischen Kreise.

Von großem Werthe für den vertriebenen Kurfürsten von der Pfalz wäre es nun gewesen, wenn in diesem Augenblicke der niedersächsische Kreis den Entschluß gefunden hätte, sich im Verein mit Christian von Halberstadt offen an ihn anzuschließen. In der That wäre dies vielleicht geschehen, wenn Kursachsen, welches dem Kaiser in Regensburg so energisch opponirt hatte, auch jetzt eine feste Haltung bewahrt hätte. Der Kurfürst von Brandenburg, der jetzt sehr lebhafte Theilnahme an dem Geschick des unglücklichen Böhmenkönigs zeigte, gab sich alle erdenkliche Mühe, den Kurfürsten von Sachsen zu offener Bekämpfung des Kaisers zu bewegen. Allein auf einer Zusammenkunft Beider, die am 21. März 1623 in Annaberg stattfand, lehnte Johann Georg einen dahin gehenden Antrag Georg Wilhelms schließlich doch ab. Einen so schroffen Systemwechsel gegen sein Verhalten in den letzten Jahren vorzunehmen, trug er doch Bedenken. In Folge dessen aber beobachtete auch der niedersächsische Kreis zunächst eine zuwartende Haltung. So sahen sich Christian von Halberstadt und Wilhelm von Weimar auf sich selbst angewiesen; ja der niedersächsische Kreis war schwächlich genug, Tilly, der jetzt gegen Christian heranrückte, den Durchzug durch sein Gebiet zu gestatten. Darauf blieb dem Letzteren nichts Anderes übrig, als den Versuch zu machen, sich wieder mit Mansfeld zu vereinigen. Auf dem Marsche zu ihm aber wurde er von dem eilig heranrückenden ligistischen Heere unter Tilly zwischen Nienburg und Stadtlohn angegriffen und völlig geschlagen (6. August 1623). Seine ganze Armee wurde zersprengt, die Herzöge Friedrich und Wilhelm von Weimar fielen in die Gefangenschaft der Feinde, Christian selbst entkam nach Holland. Danach stand den ligistisch-katholischen Fürsten in Norddeutschland kein organisirtes gegnerisches Heer mehr gegenüber. Gleichwohl



Brandschatzung. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheurs de la guerre.

blieb Tilly in Niederdeutschland stehen und erfüllte das Land mit Brandschatzungen und Gewaltsamkeiten. Schon begann er auch Maßregeln zu ergreifen, welche auf energische katholische Restaurationsbestrebungen in den vorwiegend oder ausschließlich protestantischen niederdeutschen Territorien hindeuteten. Die unerhörten Bedrückungen, die er ausübte und die zu einer Militärherrschaft schlimmster Art zu führen drohten, hatten in Braunschweig und Hessen-Kassel offene Empörungen der Bevölkerung zur Folge. Die Machtfülle, die der Kaiser oder vielmehr die Liga nunmehr in Norddeutschland erlangte, war um so größer, als einige der protestantischen Fürsten, namentlich Hessen-Darmstadt und Braunschweig-Lüneburg, durch territoriale Vortheile, die ihnen der Kaiser verschaffte, veranlaßt, zu Ferdinand hielten. Immer deutlicher trat jetzt die Absicht des

Kaisers hervor, den Besitzstand der norddeutschen Protestanten anzugreifen, indem er die geistlichen Güter, welche sich in ihren Händen befanden, wieder an Katholiken zu bringen suchte. So hegte er den Plan, an die Stelle Christians von Braunschweig seinen eigenen Sohn Leopold Wilhelm zum Bischof von Halberstadt wählen zu lassen. Es zeigte sich jetzt deutlich, daß die Niederlage des Protestantismus in Böhmen und der Pfalz eine Niederlage für den Protestantismus in ganz Deutschland bedeutete. Allenthalben erhob der Katholicismus kühner als je sein Haupt. Der Kurfürst von Mainz begann jetzt energische Maßregeln der Gegenreformation an der Bergstraße, die süddeutschen Bischöfe folgten seinem Beispiele, die kaiserliche Justiz aber unterstützte diese Bestrebungen, indem sie in den Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten, welche in den reichsrechtlichen Verwickelungen vor Ausbruch des Krieges eine so große Rolle gespielt hatten, Urtheile zu Gunsten der Ersteren fällte. Der Katholicismus und mit ihm das habsburgische Kaiserhaus schien ein erdrückendes Uebergewicht in Deutschland erlangen zu sollen.

Aber nicht bloß für Deutschland war diese Gefahr eine nahe liegende und offen zu Tage tretende. Wie hätte dieser Erfolg der Habsburger in Deutschland nicht auch auf die allgemeine Weltlage seine Rückwirkung äußern sollen? Auch hier schien die habsburgische Weltmacht zu neuem Leben zu erwachen und das Gleichgewicht der europäischen Mächte ernstlich zu gefährden. Wohl war Spanien gegen die Uebertragung der Kur auf Maximilian eingetreten. Aber sobald diese Frage einmal entschieden war, stellte sich die alte Interessengemeinschaft zwischen der spanischen und deutschen Linie des Hauses Habsburg alsbald wieder her. Beide vereinigt schienen wieder die vorwaltende Weltmacht in Europa zu bilden. Spanien hatte soeben den längeren Waffenstillstand mit den Holländern wieder gekündigt; auch die Selbständigkeit dieser durch und durch protestantischen Macht schien dem Uebergewichte Habsburgs erliegen zu müssen. Und da das Elsaß durch jenen Vertrag Ferdinands mit Philipp III. bereits an Spanien abgetreten war, die Abtretung der Unterpfalz an diese Macht aber noch immer im Bereiche der Möglichkeit lag, so schien sich hier in den alten lothringischen Grenzgebieten zwischen Deutschland und Frankreich eine ununterbrochene spanische Machtsphäre herzustellen. Gelang es, diese auch mit den italienischen Besitzungen des Hauses Habsburg in Verbindung zu bringen, so erlangte Spanien hier neben der deutschen habsburgischen Herrschaft einen bedrohlichen unmittelbaren Machtbereich.

Eben hierauf aber war das Augenmerk des Hauses Habsburg unausgesetzt gerichtet. Jene Verbindung zwischen den deutschen und italienischen Gebieten herzustellen, bot sich damals eine vortreffliche Gelegenheit durch den sogenannten Veltliner Handel. Zwischen den vorwiegend protestantischen drei Bünden in dem an Tyrol angrenzenden Theile der östlichen Schweiz und einigen dazu gehörigen südlichen Landschaften, dem Veltlin und den Grafschaften Bormio und Chiavenna, deren Bevölkerung dem alten Glauben anhing, war es 1620 zu einem gräßlichen und blutigen Religionskriege

gekommen. Mehrere exilirte Katholikenhäupter aus dem Veltlin hatten sich mit einigen Banditen aus dem mailändischen und venezianischen Gebiete vereinigt, um der Herrschaft der Graubündener in ihrer Heimath ein Ende zu machen. Von einem fanatischen Capuzinerpater angefeuert, waren sie in der Nacht zum 19. Juli 1620 in Tirano eingedrungen und hatten dort ein schreckliches Blutbad unter den Protestanten angerichtet. Der gräßliche Vorgang hatte im ganzen Veltlin Nachahmung gefunden. Aus Furcht vor der Rache der Graubündener hatten sich die Veltliner dann an die Spanier gewendet, die mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, um sich dieser wichtigen Alpenpässe zu bemächtigen. Von Mailand aus hatte der Herzog von Feria, nachdem die Graubündener mehrmals vergeblich versucht hatten, das Veltlin wieder zu unterwerfen und für jene Gewaltthaten zu züchtigen, spanische Truppen ins Veltlin entsandt, während von Tyrol aus eine Anzahl flüchtiger Bündner, von österreichischen Truppen unter Rudolf von Planta unterstützt, ins Münsterthal einfielen. Der Statthalter von Tyrol, Erzherzog Leopold, faßte den Plan, bei dieser Gelegenheit das untere Engadin zu erobern. Wirklich wurden dann nicht allein die so heiß begehrten Alpenpässe, sondern das ganze Veltliner Land von den spanischen Truppen in Besitz genommen. Vergebens suchten die protestantischen Schweizer den Graubündenern Hilfe zu bringen; sie wurden gleich jenen zurückgeschlagen. Das Veltlin blieb zunächst in spanischen Händen.

Wie hätte aber dieser neuen gewaltsamen Machterweiterung Spaniens der alte Rivale dieser Macht, Frankreich, unthätig zusehen sollen? Das vertrauliche Verhältniß, welches unter der Königin-Regentin zwischen Frankreich und Spanien geherrscht hatte, erlitt durch dieses Vorgehen Spaniens im Veltlin zum ersten Male eine ernstere Erschütterung. Es kam in Paris wie in Madrid zu mancherlei erregten Verhandlungen und Verträgen, in denen man wohl einmal daran dachte, die Entscheidung des ganzen Handels dem Papste zu übertragen; allein die bereits geschlossene Abkunft wurde nicht innegehalten, angeblich weil sie durch eine neue Waffenerhebung der Bündner ungiltig geworden sei. Vielmehr gelang es den Spaniern, in dem Tractat von Mailand (10. Januar 1622) die Bündner dazu zu vermögen, daß sie auf ihre Ansprüche auf das Veltlin und die Grafschaft Bormio Verzicht leisteten und zugleich versprachen, dem Kriegsvolk des Königs von Spanien freien und ungehinderten Zugang durch ihr Gebiet zu gestatten. Damit war dann der Zusammenhang zwischen den italienischen und deutschen Besitzungen des Hauses Habsburg hergestellt.

Dem gegenüber schlossen am 7. Februar 1623 Frankreich, Venedig und Savoyen ein Offensiv- und Defensivbündniß gegen Spanien zur Wiederherstellung der Bünde in ihre Herrschaft über das Veltlin. Zwar suchte dann der Papst, dem an der Erhaltung der Einigkeit unter den katholischen Mächten in diesem kritischen Augenblicke viel gelegen war, zu vermitteln und erreichte es in der That, daß es zu einem eigentlichen Kriege zwischen Spanien und Frankreich nicht kam. Aber der alte politische Gegensatz war doch

wieder erwacht. Langsam und allmählich lenkte die französische Politik, namentlich nachdem an Stelle der bisherigen schwachen Minister Frankreichs



König Philipp III. von Spanien.

Verkleinertes Facsimile der Radirung von Francisco José de Goya y Lucientes (1746—1828); Originalgemälde von Diego Velazquez de Silva (1599—1660).

größter Staatsmann jener Epoche, der Cardinal Richelieu, die Leitung der Geschäfte in die Hand genommen hatte, wieder in die Bahnen und Anschauungen Heinrichs IV. ein, die Frankreich im Gegensatz zu Spanien ein vorwaltendes Ansehen in Europa verschafft hatten.

Naturgemäß hatte das aber auch seine Rückwirkung auf die Haltung Frankreichs gegenüber den kriegerischen Vorgängen in Deutschland. Während es in den Jahren 1619 und 1620 im Großen und Ganzen eine dem Kaiser freundliche Neutralität beobachtet hatte, vollzog sich jetzt ein langsamer Wandel zu Gunsten der deutschen protestantischen Opposition gegen den Kaiser. Es war keineswegs ein so schroffer Widerspruch, wie man zumeist behauptet hat, daß Richelieu auf der einen Seite die französischen Hugenotten ihrer Sonderstellung zu berauben und der königlichen Gewalt zu unterwerfen strebte, auf der anderen Seite aber die deutschen Protestanten in ihrem Existenzkampfe gegen den Kaiser unterstützte. Er handelte in beiden Fällen nicht aus religiösen, sondern aus politischen Beweggründen. Obwohl er ein frommer und überzeugungstreuer Katholik war, hat er die Hugenotten doch nicht eigentlich ihrer religiösen Ueberzeugung wegen bekämpft, der er vielmehr freie Bewegung zu gestatten geneigt und in mehreren Fällen erbötig war. Was er an ihnen bekämpfte, war die politische Sonderstellung, die sie einnahmen; er sah in derselben gleichsam einen Staat im Staate, den zu dulden er mit seiner politischen Auffassung, deren A und O die Machtvollkommenheit der französischen Krone im Innern und ihr Ansehen nach Außen war, nicht vereinbaren konnte. Wie er in dem Kampfe gegen die Factionen, unter denen die hugenottische eine hervorragende Stelle einnahm, auf eine Stärkung der königlichen Gewalt im Innern ausging, so suchte er in der äußeren Politik das Ansehen Frankreichs dadurch wieder herzustellen, daß er bewußt und absichtlich in die habsburgfeindlichen Bahnen Heinrichs IV. wieder einlenkte; nicht als ob er es nun sogleich auf einen offenen Krieg hätte ankommen lassen wollen; wohl aber war er bestrebt, die oppositionellen Kräfte gegen die habsburgische Machtstellung des Hauses Habsburg sowohl in Spanien wie in Deutschland zunächst wenigstens durch Subsidienzahlungen und durch diplomatische Unterstützung zu fördern. Zu diesem Zwecke suchte er nicht nur die abgerissenen Fäden der Verhandlungen mit den deutschen Protestanten wieder aufzunehmen, unterstützte er nicht nur die Holländer in ihrem von Neuem ausgebrochenen Kampfe gegen Spanien, sondern er suchte auch vor Allem Verbindung mit England anzuknüpfen und dieses von dem seinen politischen Lebensinteressen widersprechenden Bunde mit Spanien abzuziehen.

Da war es nun von entscheidender Bedeutung, daß jenes von Jacob I. Jahre lang mit größter Hartnäckigkeit verfolgte Project einer Vermählung des Prinzen von Wales mit der spanischen Infantin, welches am meisten zu der bisherigen spanienfreundlichen und in den deutschen Kämpfen passiven Haltung des Königs beigetragen hatte, jetzt endlich, nachdem man dicht am Ziele zu sein geglaubt hatte, endgiltig scheiterte. Jene romantische Brautfahrt, welche der junge Prinz von Wales mit seinem Vertrauten Buckingham in strengstem Incognito nach Spanien unternommen hatte, um die Braut persönlich abzuholen, hatte ihren Endzweck nicht nur nicht erreicht, sondern zum endgiltigen Abbruch der Verhandlungen geführt. Der junge Prinz aber



En tibi, Rex; suprá, cum Pallade doctus Apollo,
In laudes meritò, Magne Iacobe, tuas:
Infrâ te posita est Pax alma et Copia rerum,
Quam felix populus, Magne Iacobe, tuus!

König Jacob I. von England.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian (1581—1662).

brachte von dieser Fahrt zur nicht geringen Freude der Engländer statt der spanischen Braut eine sehr energische Abneigung gegen das Madrider Cabinet mit nach Hause, die dann alsbald auch auf die Politik seines Vaters, der nunmehr sich aus der jahrelangen spanischen Umgarnung befreite und sich seiner Pflichten gegen seinen unglücklichen Schwiegersohn bewußt wurde, eingewirkt hat. Die veränderte Richtung der englischen Politik fand alsbald ihren Ausdruck darin, daß Jacob sowohl an Mansfeld wie an Christian von Braunschweig nicht unerhebliche Subsidienzahlungen gelangen ließ, welche diesen weitere Werbungen ermöglichten. Außerdem war die englische Regierung unter diesen Umständen natürlich in hohem Maße geneigt, nunmehr statt bei Spanien fortan bei Frankreich Anlehnung zu suchen. Henriette von Frankreich, Ludwigs XIII. Schwester, wurde des Prinzen von Wales Gemahlin. Vor Allem aber trat der König nunmehr mit den Holländern, welche von jeher zur Unterstützung seines Schwiegersohnes, des vertriebenen Pfalzgrafen, geneigt gewesen waren, in Verbindung, um im Verein mit ihnen die Restitution des Letzteren in seine Erblande ins Werk zu setzen. Für diese Aufgabe galt es nun vor Allem, die ausführende Kraft zu gewinnen, da die Streitkräfte Mansfelds und Christians von Braunschweig selbst im Verein mit denen Bethlen Gabors dazu nicht ausreichten. Zu diesem Zwecke trat man zunächst mit dem Könige Christian IV. von Dänemark in Verhandlungen, der aber bei der ersten an ihn gelangenden Anregung eine ablehnende Antwort gab. Dagegen ging der junge Schwedenkönig Gustav Adolf, der durch seine Erfolge im Innern seines Reiches wie nach Außen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, mit Feuereifer darauf ein, sich an einer in größtem Stile unternommenen Bekämpfung der habsburgischen Uebermacht zu betheiligen und das alleinige Directorium in diesem Kampfe zu übernehmen. Er entwarf einen umfassenden und großartigen Plan, wie das Unternehmen im Einzelnen zu gestalten sei. Allein gerade die Großartigkeit und die dadurch bedingte Höhe der finanziellen Opfer machten den englischen Hof stutzig. Als daher Christian IV., der von den Verhandlungen mit Schweden Kenntniß erhalten hatte und in seiner Eifersucht gegen diese Macht dem nordischen Nebenbuhler das Directorium nicht zugestehen wollte, nunmehr sich zur Uebernahme des Oberbefehls, freilich in weit beschränkterem Maße, bereit erklärte, entschloß sich England, in einem Augenblicke, in welchem Gustav Adolf vor dem unmittelbaren Abschlusse der Verhandlungen zu stehen glaubte, doch dem Dänenkönige, der minder hohe finanzielle Anforderungen stellte, den Vorzug zu geben. Dieser, ein Oheim der unglücklichen Böhmenkönigin, schien zur Ausführung des Unternehmens um so mehr geeignet zu sein, weil er als Herzog von Holstein zugleich Fürst des Deutschen Reiches war und schon wiederholt mit den niedersächsischen Ständen in Verbindung getreten war. Mit ihm, der sich in seiner dänischen Heimath unter sehr schwierigen Verhältnissen als ein sehr einsichtiger Staatsmann und tüchtiger Organisator erwiesen hatte, der zugleich ein energischer und unentwegter Anhänger des Protestantismus war.



König Karl I. von England.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Benoit Audran (1661—1721);
Originalgemälde von Adriaan van der Werff (1659—1722).

brachte von dieser Fahrt zur nicht geringen Freude der Engländer statt der spanischen Braut eine sehr energische Abneigung gegen das Madrider Cabinet mit nach Hause, die dann alsbald auch auf die Politik seines Vaters, der nunmehr sich aus der jahrelangen spanischen Umgarnung befreite und sich seiner Pflichten gegen seinen unglücklichen Schwiegersohn bewußt wurde, eingewirkt hat. Die veränderte Richtung der englischen Politik fand alsbald ihren Ausdruck darin, daß Jacob sowohl an Mansfeld wie an Christian von Braunschweig nicht unerhebliche Subsidienzahlungen gelangen ließ, welche diesen weitere Werbungen ermöglichten. Außerdem war die englische Regierung unter diesen Umständen natürlich in hohem Maße geneigt, nunmehr statt bei Spanien fortan bei Frankreich Anlehnung zu suchen. Henriette von Frankreich, Ludwigs XIII. Schwester, wurde des Prinzen von Wales Gemahlin. Vor Allem aber trat der König nunmehr mit den Holländern, welche von jeher zur Unterstützung seines Schwiegersohnes, des vertriebenen Pfalzgrafen, geneigt gewesen waren, in Verbindung, um im Verein mit ihnen die Restitution des Letzteren in seine Erblande ins Werk zu setzen. Für diese Aufgabe galt es nun vor Allem, die ausführende Kraft zu gewinnen, da die Streitkräfte Mansfelds und Christians von Braunschweig selbst im Verein mit denen Bethlen Gabors dazu nicht ausreichten. Zu diesem Zwecke trat man zunächst mit dem Könige Christian IV. von Dänemark in Verhandlungen, der aber bei der ersten an ihn gelangenden Anregung eine ablehnende Antwort gab. Dagegen ging der junge Schwedenkönig Gustav Adolf, der durch seine Erfolge im Innern seines Reiches wie nach Außen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, mit Feuereifer darauf ein, sich an einer in größtem Stile unternommenen Bekämpfung der habsburgischen Uebermacht zu betheiligen und das alleinige Directorium in diesem Kampfe zu übernehmen. Er entwarf einen umfassenden und großartigen Plan, wie das Unternehmen im Einzelnen zu gestalten sei. Allein gerade die Großartigkeit und die dadurch bedingte Höhe der finanziellen Opfer machten den englischen Hof stutzig. Als daher Christian IV., der von den Verhandlungen mit Schweden Kenntniß erhalten hatte und in seiner Eifersucht gegen diese Macht dem nordischen Nebenbuhler das Directorium nicht zugestehen wollte, nunmehr sich zur Uebernahme des Oberbefehls, freilich in weit beschränkterem Maße, bereit erklärte, entschloß sich England, in einem Augenblicke, in welchem Gustav Adolf vor dem unmittelbaren Abschlusse der Verhandlungen zu stehen glaubte, doch dem Dänenkönige, der minder hohe finanzielle Anforderungen stellte, den Vorzug zu geben. Dieser, ein Oheim der unglücklichen Böhmenkönigin, schien zur Ausführung des Unternehmens um so mehr geeignet zu sein, weil er als Herzog von Holstein zugleich Fürst des Deutschen Reiches war und schon wiederholt mit den niedersächsischen Ständen in Verbindung getreten war. Mit ihm, der sich in seiner dänischen Heimath unter sehr schwierigen Verhältnissen als ein sehr einsichtiger Staatsmann und tüchtiger Organisator erwiesen hatte, der zugleich ein energischer und unentwegter Anhänger des Protestantismus war,

Führung des Kampfes so gut wie allein in die Hand genommen hatte, nicht noch mächtiger werden lassen, da er sich bereits in fast völliger Abhängigkeit von deren ehrgeizigem Führer Maximilian befand.

Aus dieser Noth befreite ihn ein einfacher böhmischer Edelmann: der Oberst Albrecht von Wallenstein.





Thaler Albrechts von Wallenstein. Silber. Originalgröße. Berlin, Kgl. Münz-Cabinet.

Auf der Vorderseite das Brustbild des Herzogs, unter demselben eine Sonne, als Zeichen der Münzstätte Gitschin. Umschrift: ALBERTVS · D · G · DVX FRIDLANDIAE. Im Felde der Rückseite, mit dem Herzogshute bedeckt, ein Schild mit dem Friedländischen Adler, welcher auf der Brust das Wallensteinsche Wappen trägt. Umschrift: SAC · ROM · IMPERII PRINCEPS · 1627.

Emporkommen Wallensteins.

Es gibt Erscheinungen in der Weltgeschichte, welche dem belebenden Lichte der Sonne vergleichbar ein ganzes Zeitalter erleuchten und erwärmen, deren Schöpfungen gleich denen des Weltenraums unvergänglich zu sein und das Leben der Menschheit in neue Bahnen zu lenken scheinen. Solche Erscheinungen bewundern wir vor Allem in dem Stifter der christlichen Religion, dann in Männern wie Luther, Newton, Kepler, Karl dem Großen, Friedrich dem Großen und in unseren Tagen einem Fürsten von Bismarck. Neben ihnen aber zeitigt das vielgestaltige und proteusartige Leben der Völker andere Gestalten, welche meteorartig plötzlich aus dem Nichts entstehen, die Welt mit ihrem übernatürlichen und doch nicht wohlthätigen Glanze erfüllen, um dann ebenso schnell wieder in dem Nichts zu verschwinden, aus dem sie hervorgegangen. Es sind Persönlichkeiten wie Attila und Napoleon I., an die wir denken.

Wallenstein nimmt zwischen ihnen gleichsam die Mitte ein, auch er tauchte aus dem Dunkel der Unbedeutendheit plötzlich hervor und wurde bald, glänzend in seiner Erscheinung, bedeutend in seinen Schöpfungen, ein Gegenstand allgemeiner Bewunderung auf der einen, allgemeinen Schreckens auf der anderen Seite; auch ihm ist es begegnet, daß er von der schwindelerregenden Höhe, welche er erstiegen, jäh herabstürzte in den Abgrund, der sich unsichtbar und unbemerkt vor ihm eröffnet hatte. Ist diese Katastrophe von ihm selbst verschuldet gewesen? Ist er, dem Meteor ähnlich, an seinem eigenen verzehrenden Glanze zu Grunde gegangen? Das sind Fragen, welche schon die Zeitgenossen in dem Augenblicke, da die unerwartete Katastrophe eintrat, auf das Lebhafteste bewegten und die dann von der historischen Forschung immer und immer wieder mit erneutem Eifer und unter sorgfältigster Prüfung aller gleichzeitigen Zeugnisse aufgeworfen wurden, ohne daß es doch lange Zeit recht gelingen wollte, eine definitive Antwort zu finden, bis dann in unseren Tagen der Altmeister der deutschen Geschichtschreibung, Leopold von Ranke, der Nachwelt mit genialer Klarheit und vollem Nachdruck zum Bewußtsein brachte, daß es bei der Lösung dieses historischen Problems nicht so sehr auf die Frage ankomme, ob Wallenstein nach den Gesetzen der Moral und des Rechtes „schuldig" gewesen sei, daß es vielmehr Aufgabe der Geschichtschreibung sein müsse, die eigenthümliche Combination historischer und politischer Thatsachen und Beziehungen klar zu

legen, denen der wunderbare Mann erlegen ist. Gewiß haben namentlich die neuesten archivalischen Entdeckungen, die wir dem Stockholmer Archive verdanken, über allen Zweifel klar gestellt, daß die Verhandlungen Wallensteins mit Schweden mit seiner Eigenschaft als Feldherr des Kaisers in keinem Falle in Einklang zu bringen und in gewissem Sinne als hochverrätherisch zu bezeichnen sind. Aber wenn man das ganze Verhalten Wallensteins vom Anfange seiner Laufbahn an auch nur begreifen will, so muß man sich stets gegenwärtig halten, daß er eben nicht nur Feldherr war und sich in Folge der außerordentlichen Art, wie er zu seiner Stellung gelangte, niemals nur als dem Kaiser untergebenem Feldherrn gefühlt hat, daß er vielmehr von vornherein den Ehrgeiz hatte, unbeschadet seiner Feldherrneigenschaft eine selbständige politische Rolle als deutscher Landesfürst zu spielen, wobei er dann freilich nicht ausreichend in Betracht zog, daß er diese Stellung eines Landesfürsten ausschließlich der Verleihung und Gnade seines Kaisers zu verdanken hatte. Das stolze Bewußtsein, daß er allein es war, der dem Kaiser in einer überaus schwierigen Lage zu einer herrschenden Stellung neben und über dem deutschen Fürstenthum verhalf, in Verbindung mit den ganz außergewöhnlichen, mit seiner Stellung als Unterthan des Kaisers kaum zu vereinbarenden Vollmachten, die er in Folge dessen von seinem kaiserlichen Herrn erhielt, mußte über kurz oder lang zu einem inneren Conflicte führen, dem der ehrgeizige und selbstsüchtige Mann nicht gewachsen war. Wir werden sehen, daß diese Vollmachten, welche ihm auch auf politischem Gebiete ertheilt wurden, so allumfassende waren, daß die Grenze, bis an welche ihm diese zu gehen gestatteten und an welcher er sie überschritt, nur sehr schwer zu ziehen ist. Vor Allem aber darf bei der gesammten Beurtheilung des überaus merkwürdigen Mannes niemals vergessen werden, daß die Kühnheit seiner politischen Entwürfe, die er mit dem geheimnißvollen mystischen Schleier des Unerklärbaren zu umgeben liebte, noch weit größer war als seine eigentlich militärisch-strategische Begabung. Auch auf militärischem Gebiete aber war er größer als Organisator wie als Meister der Feldschlacht. Die Art, wie er aus den verschiedenartigsten und zum Theil nicht eben lautersten Elementen ein einheitliches und von festem Corpsgeist erfülltes Heer zu bilden, wie er dieses Heer mit rücksichtsloser Energie und doch mit vorsichtiger Schonung der erhaltenden Kräfte des Landes zu verpflegen verstand, ist ebenso staunenswerth, wie die Umsicht und Sorgfalt, mit der er die Verwaltung und Organisation seiner ausgedehnten Ländergebiete regelte und für seine politischen Zwecke nutzbar machte. Während er in der hochfliegenden und oft alles Maß übersteigenden Kühnheit und Verwegenheit, in der unvermittelten und sprunghaften Entwickelung seiner umfassenden politischen Entwürfe und Pläne bei aller Genialität doch die Art des rücksichtslosen Emporkömmlings nicht verleugnet, ist er als Organisator und Verwalter ein Meister allerersten Ranges von einer Sicherheit und Schärfe des Blicks, von einer auf das Größte wie auf das Kleinste gerichteten Umsicht, die Jeden, der dieser Seite seiner Thätigkeit

im Einzelnen nachgeht, immer von Neuem mit Bewunderung erfüllen muß. Trotz alles Glanzes, den er, wo es ihm darauf ankam, in königlicher Weise zu entfalten verstand, war er ein ausgezeichneter Haushalter. Die Summen, welche er in sparsamer Verwaltung gesammelt hatte, wußte er dann, wenn er am Hofe erschien, in scheinbar zweckloser Verschwendung doch sehr wohl zu verwerthen. Alles mußte den wohldurchdachten Zwecken dienen, die ihm sein unermeßlicher Ehrgeiz vorzeichnete. Dieser Ehrgeiz war es, der ihn zu Großem befähigte, er war es aber auch, der ihn alles überlieferte Herkommen, alle geschichtlichen Mächte verachten und ihn dadurch in seinem Kampfe gegen das „ewig Gestrige“ zu Grunde gehen ließ. Immer aber wird es ein im höchsten Maße anziehender Gegenstand historischer Betrachtung sein und bleiben, den eigenthümlichen Lebenswegen des außerordentlichen Mannes in ihren Einzelheiten nachzugehen, zu sehen, wie er zu dem geworden, was er war, welches die Ideen und Pläne waren, die er auf dem Zenith seiner Macht verfolgte, welches die Mächte und Kräfte, denen er erlag. Wenn irgend eine Erscheinung der Weltgeschichte, so ist er nur durch ein liebevolles Versenken in die Eigenart seines Seins und Denkens und durch eine klare Erkenntniß der umgebenden Weltkräfte, von denen er beeinflußt wurde und auf die er seinerseits Einfluß zu gewinnen suchte, wirklich und voll zu verstehen. Wer in ihm nichts Anderes als einen General des Kaisers sieht, der wird ihn allerdings aufs Schärfste verurtheilen müssen, aber er wird ihm nie völlig gerecht werden, sein ganzes Thun und Denken nie verstehen lernen. Suchen wir uns nun zu vergegenwärtigen, wie dieser Mann unscheinbarer Herkunft zu jener Stellung emporstieg, in welcher er Jahre lang als eines der bestimmenden Elemente der europäischen Politik betrachtet werden konnte.

Albrecht Wenzel Eusebius von Wallenstein (eigentlich Waldstein) gehörte nicht zu der hohen böhmischen Aristokratie, sondern entstammte dem Kreise einfacher Edelleute. Seine Familie war in mehrere Linien gespalten, deren Mehrzahl, wie das in Böhmen natürlich war, einem der protestantischen Bekenntnisse angehörte. Seine Eltern hielten sich zur Brüderunität. Auf der Burg Hermanic im Kreise Königingrätz am 24. September 1583 geboren, wurde er zunächst von seinen Eltern in streng protestantischen Traditionen erzogen. Aber diese starben ihm, ehe er zwölf Jahre alt war. Seine weitere Erziehung übernahm zunächst sein ebenfalls protestantisch gesinnter Oheim Heinrich Slawata von Chlum und Koschumberg. Als ihm aber auch dieser nach kurzer Zeit entrissen wurde, kam er unter die Vormundschaft eines zweiten, streng katholischen Oheims, Kawka von Riczans; dieser übergab ihn dem Jesuitencolleg in Olmütz, in welchem er trotz anfänglicher unbändiger Wildheit so tiefe Eindrücke empfing, daß er zum Katholicismus übertrat. Doch ist er weder damals noch später je ein Eiferer für den neugewählten Glauben geworden, vielmehr auf religiösem Gebiete, zum Theil in Folge einer gewissen Gleichgiltigkeit gegenüber den spitzfindigen dogmatischen Fragen, immer zu einer weitgehenden Duldung geneigt gewesen. Immerhin

ist sein Uebertritt für sein späteres Leben von entscheidender Bedeutung geworden, da ihm sein katholisches Bekenntniß von vornherein seine Stellung an der Seite des Kaisers anwies, während fast alle übrigen Mitglieder seiner Familie sich zu den protestantischen Aufständischen hielten.

Aber in seinem persönlichen Leben ließ er sich sonst durch die Rücksicht auf seinen katholischen Glauben wenig beeinflussen. Derselbe hielt ihn nicht ab, seine weitere Ausbildung auf der protestantischen Universität in Altorf



Ein deutsches Universitäts-Auditorium im Anfange des 17. Jahrhunderts.
Originalgroßes Facsimile des Kupferstiches von Crispin de Passe (1560 bis nach 1629) in:
„Academia sive speculum vitae scholasticae. 1612.

zu suchen. Später ging er dann noch nach Padua, wo er sich u. A. auch mit astrologischen Studien beschäftigte, denen er bekanntlich auch später mit Eifer sich hingab. Die astrologischen Träumereien, die selbst ein Kepler theilte, haben in seinem ferneren Leben eine hervorragende Rolle gespielt. Viele seiner Handlungen sind durch die Rathschläge der Astrologen bestimmend beeinflußt worden. Er selbst bekennt, welchen tiefen Eindruck es auf ihn machte, als Kepler, von dem er sich im Jahre 1609 das Horoskop stellen ließ, prophezeite, „er sei zu hohen Dingen berufen; unter der Conjunctur des Jupiter und Saturnus geboren, habe er ein unruhiges Gemüth, trachte nach Neuerungen durch außergewöhnliche Mittel. Viele und große Feinde werde er sich zuziehen, aber ihnen meistens obsiegen.“ Diese Horoskopstellung war

einer der hauptsächlichsten Gründe, aus denen Wallenstein so fest an seinen Stern glaubte und so furchtlos und unerschrocken seine verwegenen Entwürfe verfolgte. Es ist das eine jener dunkeln, geheimnißvollen und mystischen Neigungen und Eigenschaften, die in ihm mit seiner im Allgemeinen nüchternen und kalt berechnenden Natur auch sonst in höchst eigenthümlicher Weise vermischt sind.

Nachdem er nach vollendeten Studien in seine Heimath zurückgekehrt war, vermählte er sich mit einer schon alternden, aber sehr begüterten Wittwe, Lucrezia Nekyssowa von Landeck, und gelangte, als diese nach kurzer Zeit starb, in den Besitz sehr beträchtlicher Geldmittel und einigen Landbesitzes in Mähren. Er benutzte diese Mittel bald, um dem habsburgischen Hause in dem Kriege gegen die Ungarn und später im venetianischen Kriege (1617) wichtige Dienste zu leisten. Schon damals hat er aus eigenen Mitteln ein ganzes Regiment angeworben und dem jungen Erzherzoge Ferdinand, dem späteren Kaiser, zur Verfügung gestellt. Mit demselben hat er sich namentlich bei der Belagerung von Gradisca hervorragend ausgezeichnet. Dann kamen die böhmisch-mährischen Unruhen, in denen er sich ohne Besinnen sofort auf die Seite des Kaisers stellte und in unentwegter Treue fest zu ihm hielt. Wir erwähnten, wie er erst in Mähren inmitten des allgemeinen Abfalls dem Kaiser sehr wesentliche Dienste leistete und wie er sich auch später in dem böhmisch-ungarischen Kriege wiederholt, z. B. in dem Siege über Mansfeld bei Netolitz (10. Juni 1619), rühmlich hervorthat. Er hatte dabei nicht gezögert, eigene erhebliche pecuniäre Opfer zu bringen. Dann aber nahte für ihn die Zeit der Ernte. Als nach der Niederwerfung des böhmischen Aufstandes jene massenhaften Güterconfiscationen erfolgten, die wir früher schilderten, bot sich für Jedermann, der erhebliche Geldmittel zur Verfügung hatte, bei den zu Schleuderpreisen erfolgenden Güterverkäufen eine unvergleichliche Gelegenheit, großen Landbesitz zu erwerben. Wallenstein hat diese Gelegenheit in rücksichtsloser Weise ausgebeutet und nicht weniger als sechzig Landbesitzungen, darunter die Herrschaften Friedland und Reichenberg, insgesammt für $7^1/_3$ Millionen Gulden, an sich gebracht, zum Theil auch dadurch, daß er dem stets um Geld verlegenen Kaiser erhebliche Darlehen bewilligte und sich dafür große böhmische Herrschaften pfandweise verschreiben ließ. Nach dem frühen Tode seiner ersten Frau vermählte er sich dann mit der Tochter des kaiserlichen Günstlings, Grafen Karl von Harrach, und stieg durch diese einflußreiche Verbindung immer höher empor. Er wurde Oberst zweier Regimenter, wurde zum Herzog von Friedland und am 7. September 1623 in den Reichsfürstenstand erhoben.

Dieser ehrgeizige und organisatorisch hochbedeutende Mann war es nun, der in dem Augenblicke, da durch das Eingreifen des Königs Christian IV. von Dänemark der Krieg aufs Neue größere Dimensionen annahm, der Kaiser aber eines eigenen, und ihm zur Verfügung stehenden Heeres dringend bedurfte, diesem seine Dienste für die Anwerbung eines solchen anbot. Die



Albrecht von Wallenstein.

Nach dem Gemälde von Anthonie van Dyck (1599—1641). (München, Königl. Pinakothek.)

Erzählung, daß er auf die Anfrage, ob er sich 20000 Mann zu werben und zu erhalten getraue, geantwortet habe, nicht 20000, wohl aber 50000, ist nicht verbürgt, sondern wohl eine spätere, aus seinem thatsächlichen Verhalten abstrahirte Ueberlieferung. Genug, er versprach, aus eigenen Mitteln ein Heer von 20000 Mann anzuwerben, das nur dem Kaiser zur Verfügung stehen, im Uebrigen aber seinem alleinigen Oberbefehl unterstellt werden sollte. Zu diesem Zwecke erhielt er vom Kaiser, der anfangs zweifelte, ob er auf das immerhin nicht unbedenkliche und eine gefährliche Neuerung in sich schließende Anerbieten eingehen sollte, aber endlich doch durch die Macht der Umstände gezwungen wurde es anzunehmen, am 7. April 1625 das Patent zur Werbung und wurde zum „Capo über alles Ihro Volk, so dieser Zeit im heiligen römischen Reich und Niederland vorhanden, oder noch dahinwärts geschickt und abgeordnet werden möchte“, ernannt. Noch erschien es Vielen, selbst in der Umgebung des Kaisers, zweifelhaft, ob es Wallenstein möglich sein werde, sein Versprechen zu halten. Aber zu sehr hatten die bisherigen Kriegsjahre mit ihren mannigfachen Wechselfällen dafür gesorgt, daß an unbeschäftigten und nach reichem Solde lüsternen Landsknechten und solchen, die es werden wollten, kein Mangel war, zumal Wallenstein von vornherein in der Auswahl nicht allzu scrupulös war, vor Allem aber keinen Unterschied unter den Nationalitäten und Confessionen machte. Zum nicht geringen Schrecken der streng katholischen Fürsten der Liga, die in der Wiederaufrichtung des Katholicismus den Endzweck des ganzen Krieges sahen, verlieh Wallenstein sogar zahlreiche Oberstenstellen an Protestanten. Er war weit entfernt, seine militärische Aufgabe in erster Linie als eine kirchlich-religiöse zu fassen und in der Weise, wie etwa Tilly es that, auf die Restauration des Katholicismus in protestantischen Gebieten hinzuarbeiten. Worauf es ihm von vornherein ankam, das war, der kaiserlichen Autorität im Reiche gegenüber dem Fürstenthum, protestantischem wie katholischem, zu einer festen militärischen Stütze zu verhelfen. In diesem Streben aber begegnete er sich mit dem sonst streng katholischen Kaiser, dem sein Anerbieten ja gerade darum so willkommen gewesen war, weil er die Abhängigkeit von der Uebermacht der katholischen Liga so drückend empfunden hatte. So ließ er dem Kriegsmanne, der ihn aus dieser Abhängigkeit befreien wollte, freie Hand. Unter den Landsknechten aber, die sich anwerben ließen, war schon längst jedes Bewußtsein nationaler oder religiöser Zusammengehörigkeit verschwunden und die Rücksicht auf den zu erhoffenden Gewinn die Hauptsache geworden. Wer am besten zahlte, dem liefen sie in Schaaren zu. Wie die Mansfeldschen Truppen dereinst aus den Diensten des Erzherzogs Leopold scrupellos in die der Union übergetreten waren und später wieder sich bereit zeigten, mit ihrem Führer zu den Kaiserlichen überzugehen, so war es unter den Landsknechten überhaupt Herkommen, der Fahne zu folgen, welche den größten Sold und die reichste Beute verhieß. Nur wenige Elitetruppen in den beiderseitigen Heeren waren es, welche mit voller Ueberzeugung der Sache dienten, für die sie stritten. Zu den

eigentlichen Landsknechten aber gesellten sich die zahllosen durch den Krieg vernichteten Existenzen, die nichts mehr zu verlieren hatten und aus einer Art von Verzweiflung dem Rufe der Werbetrommel um so lieber folgten, wenn er durch so reiche Geldmittel unterstützt wurde, wie sie Wallenstein zu Gebote standen. So gelang es diesem wirklich, in kurzer Zeit ein Heer von der versprochenen Zahl zusammenzubringen. Im Mai begannen die Werbungen und schon im nächsten Monate war eine ansehnliche Truppenzahl vorhanden. Der Kaiser kargte nicht mit Anerkennungen für den kühnen Condottiere, der ihm in der Noth beigesprungen war. Am 13. Juni wurde ihm der Herzogtitel verliehen, am 27. Juni erhielt er eine eingehende Instruction, welche, da sein am 25. Juli ausgestelltes Patent nicht mehr vorhanden ist, die Hauptquelle für die Kenntniß der ihm ertheilten Vollmachten bildet. Danach wurde ihm in militärischer wie politischer Beziehung eine weitgehende Machtfülle eingeräumt. Auf militärischem Gebiete legte ihm der Kaiser vor Allem Aufrechthaltung einer strengen Disciplin ans Herz, die freilich bei einem so bunt zusammengewürfelten Haufen von vornherein große Schwierigkeiten hatte. Es wurde ihm befohlen, außer der gewöhnlichen Verpflegung für den Soldaten der Bevölkerung der Länder, in die sich seine Unternehmungen erstrecken würden, keine übermäßigen Lasten aufzuerlegen. Die Behandlung der Kriegsgefangenen und deren Entlassung gegen Lösegeld wird ihm anheimgegeben mit Ausnahme der vornehmsten Befehlshaber, Standesherren u. s. w., die er nicht ohne besondere kaiserliche Erlaubniß freigeben darf. Von der Beute soll Geschütz und Munition dem Kaiser gehören, die Hälfte der übrigen Beute zur Bezahlung der Soldaten verwendet werden, die andere Hälfte diesen und den Befehlshabern über ihre Besoldung hinaus verbleiben. Brandschatzungen ohne besonderen Specialbefehl werden ihm verboten, dagegen die Erhebung von Contributionen „zur Erhaltung der Soldatesca" in der Weise, daß dieselben auf die Besoldung angerechnet werden, gestattet. Diese Erlaubniß war im Grunde selbstverständlich, da dem Kaiser Geldmittel zur regelmäßigen Besoldung einer so großen Armee nicht zur Verfügung standen. Sehr wichtig für den Fortgang der militärischen Operationen war es dann vor Allem, daß zwischen dem obersten Leiter der kaiserlichen und dem der ligistischen Armee volles Einverständniß herrsche. Dem entsprechend ward Wallenstein in der Instruction ausdrücklich angewiesen, sich mit Tilly in Verbindung zu setzen, mit welchem er „guten Raths gebrauchen und sich demselben in Allem, was er gemeinnützlich befinden wird, accommodiren" soll. Die Musterplätze sollen, um übermäßige Belastungen der davon betroffenen Länder zu verhüten, nicht über fünfzehn Tage offen gehalten und dabei gute Disciplin gehalten werden. Für die Heeresverwaltung wird ihm Johann Aldringer als Quartiercommissarius beigegeben.

Aber mit diesen auf die Führung und Verwaltung des Heerwesens bezüglichen Bestimmungen war der Inhalt jener Instruction noch nicht erschöpft. Vielmehr wurden dem Feldherrn auch wichtige politische Befugnisse



Quartiercommissarius Johann Aldringer.

Facsimile des gleichzeitigen Kupferstiches von Godf. Muller.

eingeräumt, auf die er großen Werth legte, die aber doch für sein Unterthanenverhältniß zum Kaiser von vornherein schwerwiegende Bedenken und Gefahren in sich schlossen, obgleich er bei deren Handhabung auf den Rath und das Gutachten des ihm beigegebenen Reichshofsraths Johann Freiherrn von Beck ausdrücklich hingewiesen wurde. Unter diesen politischen Befugnissen, in denen der Keim zu späteren Conflicten verborgen lag, steht obenan das Recht der Verhandlung mit den Landesherren, deren Gebiete er bei seinen strategischen Operationen berührt. Es entspricht durchaus seinen eigenen Intentionen, die überhaupt bei der Abfassung der Instruction sehr ins Gewicht fielen, wenn ihm empfohlen wird, in Norddeutschland, wohin er zunächst entsandt wird, stets zu versuchen, „durch sanfte politische Mittel und Tractamente" die Gemüther zu gewinnen, die Waffen aber nur gegen halsstarrige Feinde zu gebrauchen, wenn er weiter namentlich angewiesen wird, den protestantischen Fürsten „den praetextum der Religion, welches Unsere Feind bishero am allermeisten zu Bedeckung ihrer rebellischen Anschläg und Interessen sich meisterlich gebraucht, so viel möglich zu benehmen" und den kaiserlichen Patenten gemäß, die er darüber besonders erhalten hat, denjenigen, die dem Kaiser gehorsam sein wollen, in seinem Namen zuzusagen und zu versprechen „in ihrer Religion und Ceremonien der Augsburgischen Confession keinen Eintrag zu thun, auch ihrer innehabenden Stifter halber" ihnen ihre Besorgnisse zu nehmen. Wir werden in diesen politischen Bestimmungen, die dem Verfahren, welches der Kaiser in seinen Erblanden eingeschlagen und auch im Reiche einzuschlagen versucht hatte, zum Theil direct entgegengesetzt waren, bereits ein Eingehen Ferdinands auf das später immer klarer hervortretende politische Programm Wallensteins zu erkennen haben. War der Kaiser entschlossen, diese Zusagen zu halten, so verzichtete er damit darauf, die Maßnahmen extrem religiöser Reaction, welche er in seinen Erblanden durchgeführt hatte, auch im Reiche in Anwendung zu bringen; er stellte sich dann gleichsam als Oberhaupt über die Parteien und suchte alle Fürsten, katholische wie protestantische, unter die Oberhoheit der kaiserlichen Gewalt zurückzubringen. Je größere Fortschritte Wallenstein auf militärischem Gebiete machte, um so klarer treten die Grundzüge dieses einfachen politischen Programms zu Tage, das die Billigung Ferdinands II. fand. Dadurch wird es aber auch erklärlich, daß die Fürsten der Liga, daß überhaupt alle eifrig particularistisch-territorial gesinnten Kräfte in Deutschland dieser Politik, die noch dazu von Wallenstein mit rücksichtslosen Mitteln der Gewalt und Willkür zur Geltung gebracht wurde, von vornherein feindlich gegenüber standen. Es mußte zweifelhaft erscheinen, ob ein einträchtiges Zusammenwirken unter diesen Umständen möglich sein werde, zumal die beiden Heerführer Wallenstein und Tilly die denkbar verschiedensten waren, der eine mehr Politiker als Feldherr, immer von kühnen und abenteuerlichen Plänen von umfassendster Aussicht erfüllt, gleichgiltig gegen die confessionellen Unterschiede, fast völlig indifferent auf religiösem Gebiete, prachtliebend und großartig in seiner ganzen Erscheinung, der andere ein gegen

sich und andere strenger Soldat von einfachster Lebensweise, strenger und glaubenseifriger Katholik, erfüllt von den Ideen der katholischen Restauration, aller eigenen politischen Ideen baar, geistig beschränkt, aber ein unerschrockener und umsichtiger Feldherr, durch und durch Soldat und nichts Anderes, gewöhnt, Gehorsam zu leisten und von seinen Untergebenen zu verlangen. Ein Nebeneinander dieser beiden fast antagonistisch gearteten Naturen war in der That schwer auszudenken. Und doch schien gerade auf ihrem Zusammenwirken die Möglichkeit eines militärisch-strategischen Erfolges zu beruhen.



Ite procul curæ cum spes longinqua vagatur,
Auraus apparet sæpius ille deus.

Trawr wer da will: botz, Wie gar offt
Komet der Pecs Both unverhofft.

Aus dem Studentenleben im Anfang des 17. Jahrhunderts.

Originalgroßes Facsimile eines anonymen Kupferstiches in: Pugillus Facetiarum Iconographicarũ in Studiosorum pottssimum grattam ex proprijs eorundem Albis desumptarum. Um 1600.

Die Feldzüge von 1626 und 1627.
Wallenstein und Tilly gegen Christian IV. und Mansfeld.

Als in den Jahren 1623 bis 1625 jene große europäische Combination zwischen England, Holland und Dänemark, in gewissem Sinne auch Frankreich gegen das Haus Habsburg sich anbahnte und der wackere und umsichtige Dänenkönig Christian IV. sich entschloß, an die Spitze des von derselben aufzustellenden Heeres zu treten, da rechnete man u. A. auch auf eine Mitwirkung jenes unruhigen, wenig zuverlässigen, aber in letzter Stunde immer zum Kampfe gegen Oesterreich geneigten Fürsten von Siebenbürgen, der schon so oft der Sache der Protestanten im Reiche durch seine Mitwirkung in den östlichen Grenzgebieten erfolgreiche Unterstützung geleistet hatte. In der That hatte derselbe kurz nach dem Nikolsburger Frieden in Folge von Streitigkeiten, die über dessen Ausführung ausgebrochen waren, im Jahre 1623 schon wieder zu den Waffen gegriffen und der unter dem Grafen von Schwarzenberg ihm gegenüberstehenden kaiserlichen Armee empfindliche Verluste beigebracht. Als aber inzwischen der Widerstand gegen den Kaiser in Norddeutschland durch Tilly unterdrückt worden war, hatte Bethlen Gabor alsbald wieder einen Waffenstillstand geschlossen, dem am 8. Mai 1624 ein neuer Friede auf der Grundlage des Nikolsburgers gefolgt war. Gleichwohl glaubten die Haager Verbündeten nach wie vor auf den unruhigen Siebenbürger rechnen zu dürfen, da er ihnen gegenüber von vornherein kein Hehl daraus machte, daß er bei nächster Gelegenheit wieder loszuschlagen beabsichtige, um noch günstigere Bedingungen und eine größere Ausdehnung seines auf den Grenzgebieten orientalischer und occidentalischer Cultur gelegenen Landes zu erlangen. In dem Augenblicke aber, da Christian IV. mit seinem dänischen Heere in den niedersächsischen Kreis einrückte (Mai 1625), war zunächst auf Bethlens Mitwirkung nicht zu rechnen. Von den anderen treuen Anhängern des Pfalzgrafen Friedrich war der eine, der Markgraf von Jägerndorf, der noch zuletzt treu an der Seite Bethlens ausgeharrt hatte, am 2. März 1624 gestorben, zwei andere aber, der Fürst Christian von Anhalt, recht eigentlich der Urheber der böhmischen Politik Friedrichs, und der Graf von Hohenlohe, einer der Anführer der böhmischen Truppen, hatten sich jetzt förmlich von der Sache des Pfalzgrafen losgesagt und durch Demüthigung und Abbitte vor dem Kaiser dessen Verzeihung und die Aufhebung der Acht erlangt. Die niedersächsischen Kreisstände aber, welche Christian IV. zu ihrem Kreisobersten

gewählt und herbeigerufen hatten, unterstützten ihn jetzt keineswegs in der nachdrücklichen Weise, die er erwarten zu können glaubte. Ueberall herrschte bei den durch die Erfolge der ligistischen Waffen erschreckten Ständen Verwirrung und Zerfahrenheit. Trotzdem man die dem Protestantismus von dem wachsenden Uebergewicht der Liga drohende Gefahr klar erkannte, trat man doch noch immer nicht mit vollem Nachdruck für seine Sache ein, sondern meinte durch schwächliche Neutralität dem drohenden Verderben entgehen zu können. So stand es in Kursachsen, so auch in Kurbrandenburg, wo der schwache Kurfürst Georg Wilhelm durch seinen katholischen Minister, den Grafen Schwarzenberg, von einer irgendwie lebhafteren Theilnahme an der protestantischen Sache abgehalten wurde. Der dänische König erlebte gleich am Anfang seiner kriegerischen Wirksamkeit nichts als Enttäuschungen. Die Hansestädte schlossen ihm ihre Thore, thatkräftige Mitwirkung fand er fast nirgendwo. Im Wesentlichen blieb er auf die Kräfte Mansfelds und Christians von Halberstadt, die Beide durch die englisch-holländischen Subsidien in den Stand gesetzt worden waren, ihre Truppen zu ergänzen, angewiesen.

Zunächst aber schien es zu offenem Kriege noch gar nicht kommen zu sollen. Wir haben gesehen, daß die Rüstungen des niedersächsischen Kreises formell mit Zustimmung des Kaisers erfolgt waren, angeblich um die Neutralität des Kreises aufrecht zu erhalten. Die Aufstellung dieses Heeres schloß also an und für sich noch nicht die Nothwendigkeit eines Kampfes zwischen diesem und dem ligistischen Heere in sich, der vielmehr zunächst von beiden Theilen geflissentlich vermieden wurde. Christian IV. hielt sich am rechten Weserufer innerhalb der Grenzen des niedersächsischen Kreises, während Tilly am linken Weserufer stehen blieb, dort aber bald in Verpflegungsschwierigkeiten gerieth, so daß er eine Klärung der an sich unhaltbaren Lage und die Erlaubniß zum Angriff gegen das niedersächsische Kriegsheer zu wünschen begann. Er wandte sich daher an den Kaiser, um diese Erlaubniß zu erhalten, erhielt sie aber zunächst nicht, da Ferdinand noch hoffte, den Frieden mit dem niedersächsischen Kreise erhalten zu können. Der Wiener Hof schien in jenen Tagen, durch die Schwierigkeiten, welche die Uebertragung der Kur an Maximilian hervorgerufen hatte, erschreckt, immer mehr einer planlosen Unentschlossenheit zu verfallen. Vergeblich drang Maximilian von Bayern, der an der Durchführung des einmal begonnenen Unternehmens am unmittelbarsten interessirt war, auf Beschleunigung der Rüstungen und auf die Ertheilung der von Tilly erbetenen Erlaubniß zum Angriff, ohne daß er auf den Zuzug des in der Bildung begriffenen Wallensteinschen Heeres warten müsse. Als Ferdinand noch immer zögerte, entschloß sich Maximilian, den entscheidenden Schritt aus eigener Machtvollkommenheit zu thun: er ertheilte Tilly den Befehl, in den niedersächsischen Kreis einzurücken. Die Ausführung dieses Befehls (Ende Juli 1625) wurde mit Recht von Christian IV. als Kriegsfall betrachtet. Der Kaiser, der wohl Ursache gehabt hätte, Maximilian wegen seiner Eigenmächtigkeit zu zürnen, schien schließlich doch froh zu sein, der bisherigen



Deutsche Rüstung aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges.
(Museum Czarskoe-Selo.)

Unentschiedenheit der Lage zu entrinnen, und belobte den Herzog sogar wegen seines mannhaften Entschlusses.

Inzwischen war nun Wallenstein das Unglaubliche gelungen: in wenigen Monaten hatte er ein Heer von 30 000 Mann zusammengebracht, dem es freilich in vieler Hinsicht noch an der einheitlichen Ausbildung und Disciplin gebrach, das er aber in bewundernswerther Weise sehr schnell zu einer wirklichen Einheit zu gestalten verstand. Nachdem er seine Truppen in Eger zusammengezogen hatte, setzte er sich gegen Niederdeutschland in Bewegung, und zwar beschloß er, seinen Weg, unbekümmert darum, ob er durch freundliches oder feindliches Gebiet gehe, durch Franken und Hessen zu nehmen. In einem eingehenden Schreiben vom 24. August kündigte er dem Landgrafen Moritz von Hessen den bevorstehenden Durchzug an. Gleich hier wie später immer verlangte er Verpflegung der Truppen durch die Einwohner des Landes, durch das er zog, und wußte mit rücksichtsloser Energie und Umsicht dafür zu sorgen, daß es seinem Heere nie an den

nothwendigen Bedürfnissen fehlte. Nachdem er bis Göttingen vorgerückt war, traf er am 12. October mit Tilly, der in Hameln lagerte, in der Nähe von Koppenburg zusammen und verglich sich mit ihm über die weitere Richtung seines Zuges. Am 16. October schickte er den Grafen Schlick mit 10 000 Mann gegen Halberstadt vor, um die Hilfsquellen dieses reichen Stiftes, dessen Administrator in den Reihen der Gegner focht, auszubeuten, da der unmittelbare Kriegsschauplatz nicht die nöthigen Contributionen in Aussicht stellte. Dann besetzte er außerdem auch das Stift Magdeburg und schlug zunächst hier dauernd seine Quartiere auf. Das Land mußte nicht allein seine Truppen mit Proviant und allen Lebensmitteln versehen, sondern auch starke Contributionen zahlen, die schonungslos eingetrieben wurden und den Bewohnern fast unerträgliche Lasten auferlegten. Aber das war nun einmal die Lage der Dinge. Ein von der Gesammtheit des Reiches aufgestelltes und durch regelmäßige Steuern besoldetes Heer gab es nicht und konnte es jetzt bei dem inneren Zwiespalt



Rüstung aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges.
Schwarze Reiterrüstung des kaiserlichen Generals der Cavallerie Johann Graf Sporck. (Wien, Artillerie-Museum.)

noch weniger als früher geben. So blieb nichts Anderes übrig als das Heer von den Landschaften, die es auf seinem Zuge berührte, ernähren zu lassen. Und nicht gering waren die Anforderungen, welche der kaiserliche Generalissimus stellte. Wir besitzen zahlreiche Verpflegungsordonnanzen von ihm, welche die Höhe der für jedes Regiment geforderten Lasten deutlich erkennen lassen und es begreiflich machen, daß wahrhaft verzweifelte Nothschreie aus den betroffenen Gegenden an den Kaiser gelangten. Aber so stark der Druck war, er war doch verhältnißmäßig gerecht vertheilt. Wallenstein verstand es, auch diese mit dem Kriege der damaligen Zeit naturnothwendig verbundenen Gewaltsamkeiten in ein festes System zu bringen. Indem er unerbittlich auf den nothwendigen Lieferungen bestand, suchte er doch auch dafür zu sorgen, daß Bürger und Bauer dabei wenigstens einigermaßen bestehen konnten. Er selbst wirkte darauf hin, daß Vorsorge für Aussaat und Ernte getroffen wurde.

Alsbald aber kam er auch in die Lage, von seinen politischen Befugnissen Gebrauch zu machen. Die durch das Erscheinen des starken kaiserlichen Heeres erschreckten niedersächsischen Stände erboten sich noch einmal zu Friedensverhandlungen, an denen sich auch der König von Dänemark, der durch einen Sturz vom Pferde sich eine schwere Verletzung zugezogen hatte und augenblicklich außer Stande war, zu Felde zu ziehen, betheiligte. Allein zu einer Verständigung kam es doch nicht: in voller Schroffheit traten sich die durch den General repräsentirte kaiserliche Hoheit und die in den Ständen vertretene kirchliche und politische Autonomie der Kreise gegenüber. Beide Theile bestanden auf ihren Forderungen, die in einer Form auftraten, als betrachte sich jeder der Verhandelnden von vornherein als den Sieger im Kampfe. Die Kreisstände verlangten vom Kaiser, der General von den Kreisständen vollen Ersatz der Kriegskosten und der Truppenwerbungen. Während dann die Stände weiter forderten, daß die den Katholiken seit 1555 entrissenen Stifter ein für alle Mal in ihrem Besitz bleiben sollten, stellten die Generale zwar im Allgemeinen eine Bestätigung des Religionsfriedens in Aussicht, wollten aber dabei die Jurisdiction des Kaisers vorbehalten wissen, die doch in den Jahren vor dem Kriege die Quelle aller Streitigkeiten gewesen war. Es waren dieselben Differenzpunkte, die dereinst die letzten Reichstage hatten scheitern lassen. Eine Vereinigung darüber erschien unmöglich. Die Generale forderten erst die volle Entwaffnung des Kreises, der Kreis erst die Entfernung der Generale. Trotz aller Vermittelungsversuche, welche die anwesenden Gesandten Brandenburgs und Sachsens unternahmen, kam man einander nicht näher. Schließlich erbot sich der niedersächsische Kreis zwar zu einer Kriegsentschädigung, verlangte aber dafür die Auflösung der Liga, welche die „Ursache aller Zerwürfnisse“ sei. Daß Tilly wohl erbötig war, das ligistische Volk zurückzuziehen, aber die Abdankung desselben ablehnte, gab den Ausschlag. Am 8. März 1626 wurden die Verhandlungen abgebrochen: die Waffen mußten entscheiden.

Für diese waren nun aber die politischen Verhältnisse in Niederdeutschland für den Kaiser insofern günstig, als mehrere der hervorragenden Territorialfürstenhäuser in ernste Streitigkeiten unter einander gerathen waren, so namentlich die beiden Linien Braunschweig-Lüneburg und Braunschweig-Wolfenbüttel über das Fürstenthum Grubenhagen. Indem der Kaiser hier zu Gunsten Lüneburgs entschied, gewann er den Herzog Georg völlig für seine Sache. Derselbe löste sein Verhältniß zum niedersächsischen Kreise und kündigte dem Könige von Dänemark seinen Dienst. So hatte der Kaiser hier, wie dereinst in dem Streit zwischen den Linien des hessischen Fürstenhauses die Darmstädtische, so jetzt in Niederdeutschland ein protestantisches Fürstenhaus von der Sache seiner Glaubensgenossen getrennt. Dazu kam, daß ihm auch im Osten ein großer Erfolg gelungen war: die ungarischen Stände hatten sich bereit finden lassen, am 8. December 1625 seinem Sohne Ferdinand die ungarische Krone, welche Bethlen Gabor endgiltig zu erringen gestrebt hatte, aufzusetzen. Das Schlimmste für die bevorstehende Entscheidung aber war und blieb es, daß die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen nicht zu einem activen Eintreten für die Sache des Protestantismus zu bewegen waren. Der Kurfürst von Sachsen weigerte sich dessen geradezu, der Brandenburger aber unterstützte zwar heimlich den Dänenkönig, war aber zu offenem Anschlusse nicht zu vermögen. Er hat durch jene heimliche Unterstützung trotzdem, ohne der Sache des Protestantismus etwas zu nützen, die Rache des kaiserlichen Generals über sich heraufbeschworen.

Auf der andern Seite aber schien es doch der Sache der norddeutschen Protestanten zu Statten kommen zu müssen, daß das von dem Kaiser seinem Feldherrn so dringend anempfohlene gute Einvernehmen zwischen diesem und dem General der Liga thatsächlich nicht zu erreichen war. Keiner von Beiden wollte sich der Autorität des Andern unterordnen. Wallenstein, der an der Elbe stand und schon im December 1625 den Verdacht hegte, daß Mansfeld mit seinem Truppencorps durch Brandenburg nach Schlesien rücken und den Krieg in die österreichischen Erbländer hinüberspielen wolle, verlangte von Tilly, daß dieser von der Weser heranrücke und sich mit ihm verbinde. Darauf wollte Tilly indeß nicht eingehen, weil alsdann dem dänischen Könige der Zugang zu den Ländern der ligistischen Truppen offen gestanden hätte. Das Zerwürfniß, welches darüber zwischen den beiden Generalen entstand, ging so weit, daß Wallenstein drohte, aus dem niedersächsischen Kreise wegzuziehen, und nur durch das Einschreiten Maximilians beim Wiener Hofe davon abgehalten wurde. Tilly seinerseits vermuthete, daß sich der Hauptangriff des dänischen Königs gegen ihn wenden werde, und verlangte daher von Wallenstein, und als dieser sie ihm verweigerte, von seinem Herzoge, Maximilian von Bayern, Hilfe. Dieser aber vermochte sie nicht zu gewähren, weil inzwischen in Oberösterreich, das er immer noch in Pfandbesitz inne hatte, ein bedrohlicher Bauernaufstand ausgebrochen war, der alle verfügbaren Streitkräfte dort fesselte. Zudem begann sich jetzt auch Bethlen Gabor, der

Ausplünderung eines Hauses; Qualen seiner Bewohner. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheurs de la guerre.

inzwischen mit den Holländern im Haag in Verhandlungen getreten war, wieder zu rühren. Er erklärte sich im Januar 1626 dem Pfalzgrafen gegenüber bereit, wieder loszuschlagen, wenn ihm monatliche Subsidien von 40 000 Thalern gezahlt würden und Mansfeld mit etwa 10 000 Mann zu ihm stoße.

So war die Lage der Dinge, als sich König Christian nunmehr in der That entschloß, zu einem umfassenden Angriff gegen die kaiserlich-ligistischen Streitkräfte vorzugehen. Auf seinem rechten Flügel sollte Herzog Johann Ernst von Sachsen-Weimar nach Westphalen marschiren, um den Holländern die Hand zu bieten, im Centrum wollte er selbst vorgehen, auf dem linken Flügel aber Mansfeld, wie Wallenstein richtig gemuthmaßt hatte, durch Brandenburg nach Schlesien vorrücken, um jenen Haager Verabredungen ge-

mäß mit Bethlen Gabor Fühlung zu gewinnen. Das Letztere zu verhüten, hatte Wallenstein an dem wichtigsten Elbpaß, der Dessauer Brücke, starke Verschanzungen aufwerfen lassen. In der That kam es hier zum ersten Zusammenstoß. Christian IV. hatte seinen Obersten Fuchs entsandt, um längs dem linken Elbufer vorzurücken, sich mit Mansfeld zu verbinden und mit ihm vereinigt sich auf Wallenstein zu werfen. Aber der letztere eilte schnell nach Tangermünde herbei und schlug dort den Obersten Fuchs aufs Haupt, bevor dieser seine Vereinigung mit Mansfeld bewerkstelligt hatte. Fuchs warf sich nach Tangermünde und bat von hier aus Mansfeld um Hilfe, der dann am 12. April 1626 aus seinem Lager aufbrach und auf Tangermünde zu marschirte. Um dies zu ermöglichen, mußte er die Wallensteinschen Truppen aus ihren Ver-



Erhebung der Bauern gegen die Soldatesca. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheurs de la guerre.

schanzungen an der Dessauer Brücke vertreiben. Allein der Angriff, den er hier unternahm, wurde am 25. April 1626 von Wallenstein glänzend abgeschlagen und endigte mit einer völligen Niederlage Mansfelds, in deren Folge er sich mit seinem Heere nach Brandenburg flüchtete und dasselbe dort durch neue Werbungen zu verstärken suchte. Daß der schwache Kurfürst Georg Wilhelm keinen ernstlichen Versuch machte, dies zu verhindern, war die Veranlassung dazu, daß sein Land in den folgenden Jahren von Wallenstein mit furchtbaren Einquartierungen und Brandschatzungen heimgesucht wurde.

Wallenstein that, zum großen Aerger Herzog Maximilians, zunächst nichts, um seinen Sieg auszubeuten, wohl aber erklärte er sich jetzt bereit, Tilly 16 000 Mann zu Hilfe zu schicken, damit er sich einiger wichtiger Plätze, darunter Mindens, Nordheims und Göttingens, bemächtigen könne. Er selbst wollte nach Holstein und Mecklenburg vordringen, um dadurch den König von Dänemark im Rücken zu bedrohen. Bald aber kam es zu neuen Differenzen zwischen Tilly und Wallenstein, da der Letztere zu ausgedehnte Quartiere

Facsimile der Namensunterschrift Tillys auf einem Schriftstück vom 17. Januar 1627.
Originalgröße. (Berlin, Königl. Geh. Staatsarchiv.)

für sich in Anspruch nahm und dadurch die Ernährung der ligistischen Armee erschwerte. Schon jetzt versuchte Maximilian, dem das selbständige und eigenmächtige Verfahren des kaiserlichen Feldherrn ein Dorn im Auge war, das Mißtrauen des Kaisers gegen ihn wachzurufen, so daß sich Wallenstein veranlaßt sah, selbst um die Entsendung des Grafen Trautmannsdorf in sein Lager zu bitten, um sein strategisches Verhalten vor ihm zu rechtfertigen. Ende Juni kamen dann Wallenstein und Tilly in Duderstadt zusammen, um einen gemeinsamen Angriff gegen Christian IV. zu verabreden, der inzwischen durch den plötzlichen Tod des Administrators Christian von Halberstadt (16. Juni) einen schweren Verlust erlitten hatte. Die Generale verabredeten, daß Wallenstein auf dem rechten, Tilly auf dem linken Elbufer gegen die Dänen vorgehen solle. Tilly war also jetzt, seinen früheren, gegen Wallenstein so nachdrücklich geltend gemachten Anschauungen entgegen, bereit, seine Position an der Weser aufzugeben. Die Ausführung dieser Verabredungen aber scheiterte daran, daß Mansfeld mit seinem inzwischen durch Werbungen ansehnlich verstärkten Heere sich von Brandenburg gegen Schlesien hin in Bewegung setzte und Wallenstein nöthigte, ihm zu folgen, um die kaiserlichen Erblande zu decken. Er unternahm aber die Verfolgung Mansfelds

nicht mit seiner ganzen Armee, sondern ließ einen großen Theil derselben in Norddeutschland zurück. Tilly wünschte natürlich, daß diese Truppen ihm unterstellt würden. Allein darauf wollte Wallenstein, der mit Eifer darüber wachte, den Oberbefehl über seine ganze Truppenmacht allein in der Hand zu behalten, nicht eingehen, wies vielmehr seine Truppen an, sich nicht aus ihren Quartieren zu entfernen. Mit Mühe erreichte Tilly auf einer neuen Zusammenkunft mit Wallenstein in Ellrich, daß ihm dieser wenigstens 8000 Mann überließ, wodurch er dann den Streitkräften Christians ungefähr gewachsen wurde.

Wallenstein selbst machte sich mit einem Heere von 30 000 Mann und 43 Geschützen auf, um Mansfeld zu folgen. Ohne sich an die Neutralität des Kurfürsten von Sachsen zu kehren, zog er dabei durch kursächsisches Gebiet, nachdem er, der Form wegen, die Erlaubniß dazu vom Kurfürsten erbeten hatte, erlaubte sich aber auf dem Marsche gegenüber den sächsischen Verpflegungscommissaren so viele Gewaltthätigkeiten und Uebergriffe, daß diese sich mit einer geharnischten Beschwerde an ihren Kurfürsten wandten, die indeß natürlich nicht die geringste Wirkung hatte. Wallenstein schickte dann seinen Obersten Pechmann mit einer Reiterabtheilung nach Schlesien voraus, der dem Grafen Mansfeld eine Schlappe beibrachte. Wallenstein folgte ihm langsam und betrieb die Verfolgung scheinbar lässiger, als man in Wien, wo man auf schnelle Erfolge der weit überlegenen Armee rechnete, erwartet hatte. Er blieb vierzehn Tage ruhig in Neiße stehen, so daß Mansfeld unbehelligt nach Mähren gelangte und dort ungehindert brandschatzen konnte. Vergeblich ermahnte der Kaiser Wallenstein durch zwei auf einander folgende Gesandtschaften zu größerer Eile. Als er endlich Neiße verließ, war Mansfeld schon bis an die Grenze Ungarns gelangt und hatte sich mit den Truppen Bethlens vereinigt, fand aber bei demselben nicht die nachdrückliche Unterstützung, die er gehofft hatte, da er statt mit den von Bethlen verlangten Subsidien mit leeren Händen kam. Wallenstein seinerseits hatte, wie er wiederholt klagte, gerade hier in den kaiserlichen Erblanden Mangel an Zufuhr von Proviant, die er vergeblich wiederholt vom ungarischen Palatin erbat. Dadurch erklärt sich wenigstens zum Theil die Langsamkeit seiner Bewegungen, wie er den aufs Neue bei ihm eintreffenden kaiserlichen Gesandten Trautmannsdorf und Questenberg darzuthun sich bemühte. Doch sagte er ihnen zugleich zu, gegen Neuhäusel vorzumarschiren, welches die vereinigten Truppen Mansfelds und Bethlens, denen noch einige türkische Hilfstruppen zur Seite standen, zu belagern sich anschickten. Wirklich kam es dann, nachdem sich die beiden Heere mehrere Wochen fast völlig unthätig gegenübergestanden hatten, am 30. September zu einem für Wallenstein siegreichen, aber wenig entscheidenden Treffen bei Neuhäusel. Statt dem Feinde zu folgen und sich jetzt energisch gegen Bethlen zu wenden, trat Wallenstein dann, angeblich wegen Mangels an Proviant, den Rückzug an, wahrscheinlich auch aus dem Grunde, weil Bethlen sich inzwischen aufs Neue zu Verhandlungen

entschloß, die zuerst zu einem Waffenstillstande (November), dann aber am 28. December 1626 zum Frieden von Preßburg führten. Dadurch völlig isolirt, sah sich Mansfeld genöthigt, seine Truppen zu entlassen und sich durch Bosnien nach Venedig zu begeben, um dort Mittel zu neuen Kriegszügen flüssig zu machen. Auf dem Wege dahin wurde er von einem Fieber dahingerafft. Er starb, wie er gelebt hatte, als unerschrockener, echter Kriegsmann. Als er sein Ende nahen fühlte, ließ er sich seine beste Kriegsrüstung anlegen und erwartete aufrecht stehend, mit dem Schwerte umgürtet, auf zwei seiner Diener gestützt, den Tod, dem er so oft muthig ins Auge geblickt hatte.

Während hier der Krieg ohne ernstere Entscheidungen beigelegt wurde, hatte in Niederdeutschland Tilly gegen den Dänenkönig mit Energie und Glück gekämpft. Nachdem Christian IV. einige vorübergehende Erfolge errungen und die Bisthümer Münster und Osnabrück besetzt hatte, war er, als er der belagerten Stadt Nordheim zu Hilfe ziehen wollte, von Tilly auf dem Marsche ereilt und bei Lutter am Barenberge vollständig geschlagen worden (27. August 1626). Tilly hatte sich dann der Weser und der braunschweigischen Lande bemächtigt und den Dänenkönig bis ins Gebiet von Bremen verfolgt, wo derselbe bei Stade eine gut gewählte defensive Stellung bezog. Ganz Niederdeutschland befand sich in Tillys Händen.

Wenn man den Verlauf des ganzes Feldzuges von 1626 überblickt, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß Tilly trotz der geringeren Stärke seines Heeres rein militärisch bei Weitem mehr geleistet hatte, als Wallenstein. Gerade in der Zeit, in welcher der Letztere völlig unthätig in Neiße gesessen und nichts gethan hatte, um dem Vordringen Mansfelds nach Mähren entgegenzutreten, hatte Tilly allein den Dänenkönig entscheidend geschlagen und aus fast ganz Norddeutschland verdrängt. Es war nicht wunderbar, daß von den offenen und heimlichen Gegnern Wallensteins Vergleiche zwischen ihm und Tilly angestellt wurden, die nur zu Ungunsten des Ersteren ausfallen konnten. Schon waren in Folge der lässigen Art, mit der Wallenstein scheinbar den Krieg geführt hatte, am Wiener Hofe und in den ligistisch gesinnten Kreisen Stimmen laut geworden, welche den kaiserlichen Feldherrn offen der Feigheit oder Unfähigkeit, den Krieg in großem Stile zu führen, anklagten. Was habe er denn, so fragte man, mit seinem ungeheuren Heere thatsächlich geleistet? Wir sahen, daß selbst der Kaiser sich wiederholt entschloß, Gesandtschaften an ihn abzuschicken, um ihn zu größerer Eile und Energie anzufeuern. Immer lauter waren die Klagen und Beschwerden über ihn erschollen, die doch schließlich auf den Kaiser nicht ohne Eindruck geblieben waren. Alle diplomatischen Berichte der Zeit sind voll davon. Seit Ende 1626 aber verstummen diese Vorwürfe gegen Wallenstein in der Umgebung des Kaisers plötzlich, und in höherem Grade noch als früher tritt uns volles Einvernehmen zwischen dem Kaiser und seinem Generale entgegen. Diese Wandlung war die Folge einer Unterredung, welche der

Freündtliche hertzliebe Schwester, bei disser gelegenheit ha-
be ich nicht hinterlassen können dich mit dissem schreiben zu be-
suchen, zu erfahren, wie es dihr gehet, dan es dihr nimer wie so
woll ergehen kan, ich wünsche es dihr, ie besser, sehe meinem hertzliche
kan ich nicht genugsam, den lieben Gott dancken, derselbige
hilfft hinfüro, mit genaaden, Nach dem willen, des Aller
hegsten, habe ich mein quartier, in disser hochberühmbte festung,
[illegible] genommen, nachdem Tilly, dissen ordt, verlauffen,
der liebe gott hilfft hinfüro, das alles geraaden müge, seinem
heiligen Nahmen zu Ehren, derselbige Tilly, war ihm
anfangs, treflich zornig, aber gott lob, nach gewa[illegible] n. am
ab, [illegible] verstandt, diss [illegible] ist ihm darin [illegible] ~~langen [illegible]~~.
nehmen, Wan er aber, ihn [illegible] suchen, darnach gelegen,
ist er darvon, befehle dich hiemit den lieben Gott, undt
verbleibe dir zeit meines lebens

Dein getreuer Bruder

Datum Nyenburch den
19 Septem: Anno 1.6.2.5

Christian

Facsimile eines Briefes von Christian IV. von Dänemark an seine Schwester Elisabeth, Gemahlin des Herzogs Heinrich Julius von Braunschweig
Datirt Nyenburch (Nyborg auf Fünen) den 19. September 1625. Originalgröße.

Umschreibung: Freundliche herdtzliebe Schuester, beii disser gelegenheiit, habe ich nicht untherlassen konnen dich mit dissem schreiiben zu bezuchen, zu erfharen, wii es diihr geheer, dan eß dihr nimmer so woll ergehen kan, ich wunske es dihr, to besser, fuhr meiine Persohn kann ich nicht genunckſam, den lieben Godt dancken, derselbige helffe hiinfuhro, mit genaaden. Nach dem Wyllen, des Allerhogsten, habe ich mein kuartiihr in disser hochberiihmthe festung, wiideruhm genommen, nachdem tillj, dissen ordt, verlauffen. Der liebe godt helffe hiinfuhro, das alles geraaden müge, seiinem heilligen Nahmen zuu Ehren. Derselbiger tillj, waar ihm ahnfange, trefflich hydtzig, aber godtlob, nach geraade, nahm ab, Er untherstandt, diß hundeneſt ihn dreien Stunden Eiinzunehmen, daa er aber, ihn drey wochen, daaruohr geleegen, lyff er daaruon, Besheele dich hiemit den lieben Godt vndt verbleiibe dii Zeiit meiineß lebenß

Datum Nyenburch den
19. Septem: Anno 1.6.2.5

Deiin getrewer Bruder
Christian.

Freundliche Handschriften Schriften, bei dieser Gelegenheit, [illegible]

leitende Minister des Kaisers, Fürst von Eggenberg, am 25. November 1626 in Bruck an der Leitha mit dem Feldherrn gehabt hatte und in der es diesem gelungen war, sein militärisches Verhalten von politischen Gesichtspunkten aus völlig zu rechtfertigen.

Leider sind wir über diese wichtige Unterredung, die ein helles Licht auf das ganze politische System Wallensteins wirft, nicht mit voller authentischer Sicherheit und mit erschöpfender Ausführlichkeit unterrichtet, da Berichte von keinem der beiden Betheiligten vorliegen, sondern nur solche, welche mittelbar von Ohrenzeugen herrühren. So viel aber erhellt doch mit voller Bestimmtheit daraus, daß es dem Feldherrn gelang, den Minister von der politischen Nothwendigkeit seiner Art der Strategie zu überzeugen. Wallenstein ging davon aus, daß es für den Kaiser weniger darauf ankommen könne, schnelle taktische Erfolge mit seinem Heere zu erringen, durch welche dieses großen Gefahren ausgesetzt werden könne, sondern daß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein müsse, eben durch eine sorgfältige Erhaltung dieses Heeres dem kaiserlichen Ansehen zu einer festen Stütze gegenüber den selbständigen Neigungen des Fürstenthums, zunächst des protestantischen, aber, wenn nothwendig, auch des katholischen, zu verhelfen. Das Heer erscheint danach weniger als Mittel zum Zweck, wie als Selbstzweck. Dazu kamen nach Wallensteins Anschauung zwei weitere rein politische Erwägungen, nämlich, daß bei der Menge, Macht und den Anschlägen der Feinde, zu denen fast alle Fürsten Europas gehören, und bei der Geldnoth des Kaisers und seiner Erbländer vor Allem darauf gesehen werden müsse, das große Heer, welches zur Aufrechterhaltung der kaiserlichen Oberhoheit erforderlich sei, auf Kosten des Gesammtreichs zu erhalten, d. h. den Krieg möglichst von den Erblanden fern zu halten, also auch auf einen Angriffskrieg gegen Ungarn und die Türkei zu verzichten, vielmehr das Heer in das Herz des Reiches zu verlegen, um dieses dahin zu bringen, dasselbe so lange zu erhalten und zu besolden, bis der eine oder andere Theil die Waffen niederlege. Dies könne aber auf keinem anderen Wege erreicht werden, als indem man das Heer so stark und mächtig mache, daß es der Schrecken von ganz Europa wäre. Dabei müsse aber darauf gesehen werden, daß dasselbe keinem anderen Zwecke diene, als eben der Aufrechthaltung der kaiserlichen Oberhoheit, es dürfe also nicht zu Landerwerbungen für das Haus Oesterreich verwendet werden. Für den letzteren Zweck würde es auch, wie Wallenstein weiter ausführte, gar nicht zusammenzuhalten sein, da es zum großen Theil aus Protestanten bestehe und sogar von protestantischen Führern befehligt werde. Gerade um nicht den Anschein zu erwecken, als sei es auf eine Vergrößerung Oesterreichs oder auf die Unterdrückung des Protestantismus abgesehen, habe er dem protestantischen Element einen so großen Raum im Heere verstattet. Handle es sich aber bloß um eine starke Repräsentation der kaiserlichen Gewalt, so sei der Kaiser vollauf berechtigt, das Heer, welches ohne Schwierigkeiten auf 70 000 Mann und 70 Geschütze zu bringen sei, in ganz Deutschland einzuquartieren und nicht allein die feindlichen Gebiete,

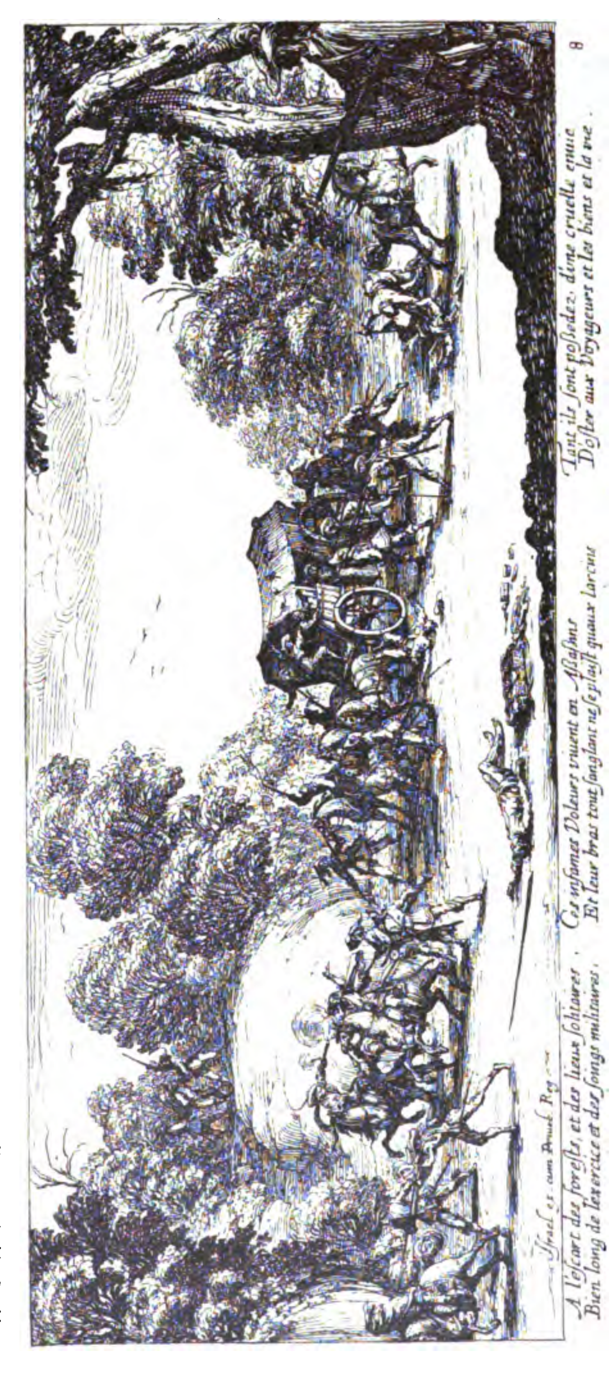
sondern das ganze Reich zur Unterhaltung desselben zu nöthigen. Das müsse dann so lange fortgesetzt werden, bis entweder die Feinde um einen vernünftigen Frieden bitten oder, gänzlich aufgerieben, außer Stande sind, die Waffen gegen ihren Herrn zu erheben.

Faßt man diese Erörterungen Wallensteins, mit denen er den vollen Beifall Eggenbergs und auch des Kaisers fand, zusammen, so sind sie nur eine weitere Ausführung der Gesichtspunkte, welche 1625 in seiner unter seinem Einfluß zu Stande gekommenen Instruction enthalten sind. Es ist eine Art von Militärdictatur, die der Feldherr anstrebt und die er in rein staatlich-imperialistischem Sinne durchführen will, d. h. er will dem Kaiserthum zu einer überwiegenden Vormachtstellung gegenüber dem nach einer größeren Selbständigkeit strebenden Fürstenthum, katholischem wie protestantischem, verhelfen. Diesem Zwecke soll das große Heer dienen, das er, wiederum im Einverständniß mit dem Kaiser, noch weiter zu vermehren gedachte. Auf diese Weise sollte die Selbständigkeit der kaiserlichen Macht nicht allein gegenüber den Gegnern, sondern auch gegenüber der Liga, die der Kaiser durch die Aufstellung eines eigenen Heeres hatte erreichen wollen, zur vollen Durchführung gelangen, freilich unter Verzicht auf die Anwendung der kirchlichen Reactionsmaßregeln im Reiche. Indem der Kaiser auf diese Gedanken einging und u. A. auf Einwendungen gegen die Anstellung zahlreicher Protestanten im Heere, die bei den Ligisten so großen Anstoß erregte, Verzicht leistete, lenkte er wirklich in die Bahnen einer imperialistischen Politik im großen Stile ein. In den nächsten Jahren finden wir dann volles Einverständniß zwischen dem Kaiser und seinem Feldherrn. Die Anklagen gegen die Art seiner Kriegführung verstummen vollständig. Man hatte am kaiserlichen Hofe erkennen gelernt, daß dieselbe eben nicht aus rein militärischen, sondern vorwiegend aus politischen Gesichtspunkten zu verstehen sei.

Wie aber hätte eine solche politisch-militärische Tendenz des Kaiserthums, wie sie Wallenstein vor Augen schwebte, nicht auch eine starke Gegenstrebung im deutschen Fürstenthum wachrufen sollen? Sie trat am deutlichsten zunächst nicht bei den protestantischen Gegnern, sondern bei den bisherigen katholischen Freunden hervor, die vor dem Auftreten Wallensteins den Krieg, den sie vorwiegend als einen religiösen auffaßten, aus eigenen Mitteln geführt hatten, jetzt aber sich nicht nur in die zweite Stelle zurückgedrängt fühlten, sondern auch mit wachsender Besorgniß die gegen die Selbständigkeit des Fürstenthums gerichtete Tendenz der Politik des Kaisers und seines Generals wahrnahmen. Erst unter diesem Gesichtspunkte versteht man voll und ganz die Schärfe der an sich nicht unberechtigten Klagen, welche in ligistischen Kreisen gegen die Bedrückungen der kaiserlichen Soldatesca und gegen die Werbungen, welche Wallenstein mit Zustimmung des Kaisers vornahm, erhoben wurden.

Diese Klagen und Beschwerden wurden in der That immer dringender. Nicht nur die Protestanten, sondern auch die Katholiken empfanden dies sich stets vergrößernde Heer als eine Last, da Wallenstein auch die katholischen

Gebiete und die befreundeter protestantischer Fürsten, wie des Kurfürsten von Sachsen, mit Einquartierungen und unerschwinglichen Contributionen heimsuchte. Dazu kam, wie erwähnt, das Mißtrauen der Katholiken gegen Wallenstein, weil derselbe in seinem Heere und in seiner Umgebung ruhig eine Masse von Protestanten duldete, ja die wichtigsten Oberstenstellen aus den in Bruck an der Leitha von ihm entwickelten Gründen an Protestanten vergab. Wallenstein war, wie wir sahen, völlig frei von jedem religiösen Fanatismus und allein auf die Hebung der kaiserlichen und seiner eigenen Macht bedacht. Seine gewaltige Stellung, die ihn mit Stolz und hochfahrendem Wesen gegenüber den deutschen Fürsten erfüllte, machte die Letzteren naturgemäß eifersüchtig auf den stolzen Emporkömmling, der an Glanz und Pracht alle geborenen Fürsten zu überstrahlen begann.



Raubende Soldaten überfallen einen Reisewagen. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheurs de la guerre.

Am lautesten und schroffsten wurden alle diese Anklagen und Beschwerden auf einer Versammlung laut, welche die Liga am 20. Februar 1627 in Würzburg veranstaltete. Nachdem man daselbst zur Stärkung der eigenen Macht eine Vermehrung der ligistischen Armee beschlossen hatte, einigte man sich auf Drängen Bayerns dahin, sich schriftlich und durch eine besondere Gesandtschaft beim Kaiser über die Gewaltthätigkeiten Wallensteins zu beschweren und um Einstellung der weiteren Werbungen zu bitten. Bei den Berathungen wurden zuweilen so extreme Vorschläge ausgesprochen wie der, man solle mit Dänemark Frieden schließen, Tilly zurückberufen und sich eventuell den Bedrückungen Wallensteins mit bewaffneter Hand widersetzen. Mit der Ausführung der Gesandtschaft wurden Mainz und Bayern betraut, die dann den Mainzer Domcantor Reinhard Metternich und den Freiherrn Kurz von Senftenau nach Wien schickten. Dieselben sollten die Wünsche der Liga dem Kaiser persönlich vortragen, außerdem aber eine vom 20. April 1627 datirte Klageschrift der katholischen Kurfürsten überreichen. Der Kaiser gerieth dem gegenüber in nicht geringe Verlegenheit. Unzweifelhaft war er den Fürsten der Liga für die Hilfe, die sie ihm im böhmischen Kriege geleistet hatten, zu Dank verpflichtet, ebenso unzweifelhaft war ein großer Theil der Klagen, die vorgebracht wurden, durchaus berechtigt. Auf der anderen Seite wußte der Kaiser genau, daß sein eigenstes Interesse von Niemand eifriger vertreten wurde als von dem angeklagten Feldherrn. Er suchte die Gesandten durch Ausflüchte und Versprechungen hinzuhalten. Die Antwort, die er ihnen am 17. Mai ertheilte, ging nur auf die Klagen über willkürliche Uebergriffe einzelner Unterbefehlshaber ein und versprach, für Ordnung zu sorgen und alle Ausschreitungen zu bestrafen. Dagegen wurde die Einstellung der weiteren Werbungen, den Verabredungen mit Wallenstein entsprechend, rundweg abgelehnt, ja die Nothwendigkeit betont, daß die Fürsten des rheinischen Kreises, dem von Holland und Frankreich Gefahr drohe, in ihrem Gebiete mehrere Regimenter Fußvolk und Reiterei der Wallensteinschen Armee unterhalten müßten. Auch mit Wallenstein selbst verhandelten die Gesandten. Hier kam es dann zu recht erregten Erörterungen, die das Wesen der Dinge deutlich erkennen ließen. Wallenstein platzte in einer dieser Unterredungen mit der Bemerkung hervor, ob die Fürsten denn vermeinten, der Kaiser wäre nur eine Bildsäule, das will sagen eine äußere Decoration der Reichsverfassung, worauf die Gesandten entgegneten, daß der Kaiser dem Reiche sowohl als das Reich dem Kaiser gelobt und geschworen sei. Einen wirklichen Erfolg vermochten die Gesandten beim Kaiser nicht zu erreichen.

Wie hätte das auch der Fall sein können, da Wallenstein sehr bald aufs Neue große Erfolge für den Kaiser errang? In einem kurzen, aber glänzenden Feldzuge befreite er ganz Schlesien und damit die ganzen kaiserlichen Erbländer von den Feinden, die sie besetzt hatten. Auch hier freilich verfuhr er ganz anders, als der Führer der Liga, Kurfürst Maximilian, wünschte und erwartete. Dieser hatte nämlich schon im Frühjahr 1627 darauf gedrungen,

daß Wallenstein einen Theil seines Heeres Tilly zum Kriege gegen Dänemark überlassen solle. Wallenstein aber wollte diesen nicht ohne seine Mitwirkung beendigen und daher seine Truppen so lange in den Winterquartieren stehen lassen, bis er die aus Ungarn nach Schlesien geflüchteten Mansfeldschen Truppen, die nach Mansfelds Tode von dem sächsischen Herzoge Johann Ernst und, als auch dieser kurz nach Mansfeld starb, von Carpezon geführt wurden, besiegt habe und dann selbst ins Reich vorrücken könne. Dagegen ließ es ihm sein politischer Scharfblick angezeigt erscheinen, den polnischen König in seinem Kriege mit Schweden durch ein Hilfscorps von einigen tausend Mann zu unterstützen, um Gustav Adolf an einem Eingreifen in den deutschen Krieg zu verhindern. Er selbst wandte sich, nachdem ihm der Kaiser für die von ihm geleisteten Vorschüsse auf Eggenbergs Rath das Herzogthum Sagan verliehen hatte, gegen die Mansfeldschen Truppen in Schlesien, die in der Gegend von Cosel, Troppau und Jägerndorf standen. Am 19. Juni 1627 brach er von Neiße auf, nahm in schnellem Siegeslaufe Leobschütz und Jägerndorf ein und brachte am 9. Juli dem Rest der Mansfeldschen Truppen bei Cosel eine vernichtende Niederlage bei. Am 29. Juli ergab sich auch Troppau. Das ganze Land war vom Feinde gesäubert.

Nunmehr wandte sich Wallenstein, nachdem er in Schlesien 15 000 Mann zurückgelassen hatte, mit seiner Hauptmacht nach Niedersachsen. Er wurde dazu vom Kaiser mit neuen außerordentlichen Vollmachten versehen, welche denjenigen entsprachen, mit denen einst Maximilian von Bayern die Execution gegen Böhmen durchgeführt hatte. Am 1. September traf er mit Tilly in Lauenburg zusammen und scheint sich vorübergehend mit ihm über die weiteren Operationen verständigt zu haben. Er überfiel dann die festländischen Besitzungen Christians IV. und schlug dessen Truppen völlig aus dem deutschen Gebiete hinaus, ja sein Unterfeldherr Graf Schlick drang bis tief ins Innere Jütlands vor.

Alsbald aber gerieth er wieder in Zerwürfnisse mit der ligistischen Heeresleitung, da er die weiten, durch seine kriegerischen Operationen gewonnenen Gebiete für sich allein in Anspruch nahm und Tilly wieder auf die schon lange von ihm ausgesogenen Gebiete für seine Winterquartiere beschränken wollte.

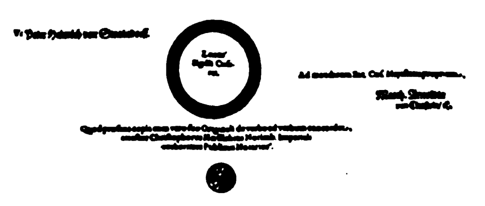
Hierdurch und durch die furchtbaren Bedrückungen, welche Wallenstein über die occupirten Gebiete verhängte, erregt, schrieben die Ligisten, einem schon im Februar in Würzburg gefaßten Beschlusse entsprechend, einen Kurfürstentag nach Mühlhausen aus, zu dem auch Kursachsen und Kurbrandenburg eingeladen wurden und in der That erschienen, da auch sie, namentlich Georg Wilhelm von Brandenburg, unter den Einquartierungen und Contributionen des Wallensteinschen Heeres furchtbar zu leiden hatten. Es war also offenbar auf eine gemeinsame Demonstration des von Wallenstein bedrängten Fürstenthums in seinen vornehmsten Vertretern gegen die in dem General repräsentirte kaiserliche Uebermacht abgesehen, die sich aber in loyale

Formen kleidete und zunächst nicht gegen den Kaiser, sondern nur gegen den kaiserlichen Feldherrn richtete. Nur mit saurer Miene gab daher der Kaiser die erforderliche Zustimmung zur Abhaltung des Kurfürstentages. Gerade deswegen aber, weil der Kaiser jetzt fester denn je zu seinem Generale stand, hielt man in den Kreisen der Liga ein gemeinsames Vorgehen für um so nothwendiger, zumal da immer bestimmter verlautete, daß man sich in Wien mit dem Plane trage, die monarchische Gewalt in Deutschland zu verstärken und „den Kurfürsten des Reichs ihre Präeminenz und Gewalt zu restringiren".

Auf dem Kurfürstentage waren dann Kurmainz und Kursachsen persönlich, alle anderen Kurfürsten durch Gesandte vertreten. Der Kaiser hatte, um über die Vorgänge genau unterrichtet zu sein, den Reichsvicekanzler Freiherrn von Strahlendorf entsandt. Man trat alsbald in Berathung darüber ein, wie den gegenwärtigen Uebelständen, den Durchzügen und Einlagerungen zu steuern, den „Insolentien der undisciplinirten Soldatesca" entgegenzutreten und allem Widerwillen im heiligen römischen Reich zu remediren sei. Das Material, welches darüber den Verhandlungen zu Grunde gelegt werden konnte und in Beschwerdeschriften bestand, welche von den verschiedensten Seiten eingelaufen waren, war in der That mehr als reich genug. So beklagten sich die Reichsstädte in einer eingehenden Eingabe, daß sie trotz aller kaiserlichen Assecurationen und Salvaguardien mit Durchzügen und Gewaltsamkeiten aller Art heimgesucht und um viele Millionen geschädigt worden seien; kleine Communen, die in der Reichsmatrikel nur mit wenigen Gulden belegt seien, hätten Hunderttausende bezahlen, außerdem aber Proviant und andere Bedürfnisse der Armee liefern müssen. Aehnliche Eingaben lagen von Seiten des fränkischen Kreises und von den Stiftern Halberstadt und Magdeburg vor. Sie sind in der That ein Beweis dafür, welche fast unerschwinglichen Opfer den von dem kaiserlichen Heere heimgesuchten Ländern zugemuthet worden sind. Das Stift Magdeburg berechnete die ihm durch die Wallensteinschen Einlagerungen in der Zeit vom October 1626 bis zum September 1627 erwachsenen Kosten auf insgesammt 687233 Thaler; einzelne größere Dörfer hatten bis zu 80000 Thalern aufbringen müssen. Die Stadt Halle wies nach, daß sie 430000 Gulden habe bezahlen müssen und den Heerführern trotzdem auf ihre Forderungen noch 117000 Gulden schuldig sei. Am allerschlimmsten war der Kurfürst von Brandenburg heimgesucht und für seine schwächliche neutrale Haltung gestraft worden. Trotz aller Gesandtschaften, die er an Wallenstein und den Kaiser geschickt hatte, waren seine Länder von den Truppen des Ersteren auf das Fürchterlichste ausgesogen worden. Die Klagen, welche dort von der Bevölkerung erhoben wurden, sind wahrhaft herzzerreißend. Als symptomatisch wurde u. A. angeführt, daß in Stendal 560, in Gardelegen 200 Häuser leer standen, deren Einwohner sich, um den Bedrückungen zu entgehen, geflüchtet hatten.



Wir Ferdinandt der Ander / von Gottes Gnaden / Erwöhlter Römischer Kaiser / zu allen zeiten Mehrer deß Reichs / in Germanien / zu Hungern / Böheim / Dalmatien / Croatien und Sclavonien ꝛc. König / Ertzhertzog zu Osterreich / Hertzog zu Burgundt / zu Braband / zu Steyr / zu Kärndten / zu Crain / [illegible]



Verkleinertes Facsimile eines kaiserlichen Schutzbriefes für Nürnberg, vom Jahre 1626.

Derartige Salvaguardien wurden an den Thoren angeschlagen.



Ausraubung eines Klosters durch Soldaten. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

Es kann daher bei dieser Lage der Dinge nicht Wunder nehmen, daß die am 3. November 1627 vom Mühlhäuser Convente an den Kaiser geschickte Klageschrift in sehr scharfem Tone gehalten war und daß ein an Wallenstein selbst gerichtetes Schreiben die versteckte Drohung enthielt, man werde sich selbst zu helfen wissen, wenn keine Aenderung erfolge. In diesen Klagen und Beschwerden waren katholische und protestantische Kurfürsten völlig einig. Aber es war nur naturgemäß, daß daneben auch Besprechungen unter den jetzt die entschiedene Mehrheit bildenden katholischen Kurfürsten allein stattfanden. Da ist dann auf diesem Convente zum ersten Male der verhängnißvolle Gedanke aufgetaucht, jetzt nach der Niederwerfung der Protestanten die seit Jahrzehnten schwebende Streitfrage wegen der in protestantischen Händen befindlichen geistlichen Stifter jetzt

endgiltig im katholischen Sinne zu entscheiden. Damit war die Frage der nächsten Zukunft gestellt, nicht bloß die zwischen Protestantismus und Katholicismus, sondern auch die zwischen der Politik der Liga, die auf eine entschiedene kirchliche Reaction hinauslief, und der des kaiserlichen Feldherrn, welche jetzt zugleich die des Kaisers war und auf die Aufrichtung einer von kirchlichen Gesichtspunkten zunächst absehenden kaiserlichen Autorität gerichtet war. In dieser doppelten Richtung mußte der weitere Gang der Dinge eine überaus wichtige Entscheidung bringen.



Lagerscene aus dem dreißigjährigen Kriege; links vorn das Gefängniß.
Facsimile aus Jacques Callots (1594—1635) Radirung „Belagerung von Breda", 1624.

Wallenstein auf dem Höhepunkte seiner Macht. Der Friede mit Dänemark.

Die vollständige Niederlage, welche der umsichtige und organisatorisch hochbeanlagte König Christian IV. von Dänemark in den Feldzügen der Jahre 1626 und 1627 erlitten hatte, war nicht allein durch die militärische Ueberlegenheit Tillys und Wallensteins, sondern zu einem großen Theil auch durch eine allgemeine Veränderung der europäischen Lage herbeigeführt worden, welche thatsächlich auch die Ursache des militärischen Uebergewichts seiner Gegner geworden war.

Als Christian sich im Jahre 1625 entschlossen hatte, die Führung in dem niederdeutschen Kriege in die Hand zu nehmen, hatte er es nicht als einzelner Fürst, sondern gewissermaßen als der Beauftragte einer europäischen Coalition gethan. Nicht allein seine Haager Verbündeten, England und Holland, hatten ihn auf alle Weise zu unterstützen versprochen, sondern auch der Cardinal Richelieu, der am Anfange seiner Regierung mit Eifer die antispanische Politik Heinrichs IV. wieder aufgenommen, hatte ihm Subsidien zugesagt. Außerdem hatte man auf einen combinirten Angriff gegen die habsburgische Macht vom Norden und vom Osten her gehofft; man hatte nicht allein mit Bethlen Gabor von Siebenbürgen, sondern auch mit der Pforte in Verbindung gestanden und gehofft, daß ein von dieser Seite gegen die österreichischen Erbländer unternommener Angriff die Streitkräfte des kaiserlichen Heeres in jenen Gebieten fesseln und dadurch ein Zusammenwirken desselben mit dem Heere der Liga unmöglich machen werde. Zu diesem Zwecke war Mansfeld durch Schlesien nach Mähren und Ungarn entsandt worden. Und in der That, wäre diese Combination in vollem Umfange eingetreten, so würde Christian IV., von Holland, England und Frankreich unterstützt, in Niederdeutschland nur das ligistische Heer Tillys gegen sich gehabt und sich vielleicht behauptet haben. Das Verhängniß für Christian war, daß diese europäische Combination in den Jahren 1626 und 1627 an beiden Stellen versagte.

Wir sahen schon, daß Mansfeld bei Bethlen Gabor nicht die Unterstützung fand, die er gehofft hatte. Zum großen Theile lag das daran, daß der Letztere den Rückhalt, den er von den Türken gehofft hatte, verlor, weil diese im Osten ihres Reiches in einen Krieg mit Persien verwickelt wurden, welcher es ihnen wünschenswerth erscheinen ließ, im Westen freie Hand zu bekommen. Wie sie im Osten gegen ihre Glaubensgenossen ab-

weichender Richtung kämpfen mußten, so war Kaiser Ferdinand in einen Krieg mit den andersgläubigen Fürsten des Reiches verwickelt. Beide Theile waren deshalb geneigt, die Differenzen, die zwischen ihnen vorwalteten, auf friedlichem Wege auszugleichen. Auf kaiserlicher Seite war von dieser Nothwendigkeit Niemand in höherem Grade überzeugt als Wallenstein. Er war davon durchdrungen, daß man den Krieg mit Ungarn und der Pforte unter allen Umständen beendigen müsse, um die Hände für den deutschen Krieg frei zu bekommen. Aus diesem Grunde hatte er, wie er dem Fürsten von Eggenberg in jener Unterredung in Bruck an der Leitha erklärte, den Krieg gegen Bethlen Gabor und die Türken nur mit Vorsicht und nicht angriffsweise geführt; er hatte sich auch hier in erster Linie nicht als Feldherr, sondern als Politiker von weitem Blick benommen. So war es dann gelungen, erst mit Bethlen ein neues Abkommen zu treffen, dem dann im September 1627 der Friede mit den Türken auf Grundlage desjenigen von Zsitwa-Torok gefolgt war. Dadurch wurde der Kaiser nach dieser Seite hin völlig von jeder Gefahr befreit, und Wallenstein konnte sich mit voller Kraft erst gegen die Reste des Mansfeldschen Heeres in Schlesien und, als er diese in einem kurzen glänzenden Feldzuge zersprengt hatte, nach Norddeutschland wenden und dort im Verein mit Tilly den Dänenkönig völlig niederwerfen.

Dieser vereinigten Macht des kaiserlichen und ligistischen Heeres war aber Christian IV. um so weniger gewachsen, als auch die Coalition mit seinen westeuropäischen Verbündeten nicht Stich hielt. Zunächst blieben die französischen Subsidien aus, da Richelieu, zum Theil wider seinen eigenen Willen, eine Schwenkung in seiner auswärtigen Politik vollzogen hatte.

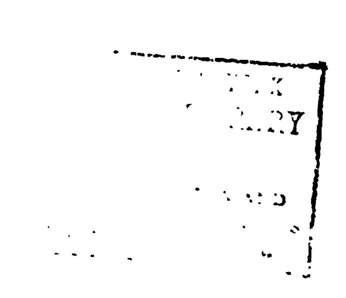
Im Jahre 1625, als sich jene Annäherung zwischen Frankreich, England und Holland vollzog, hatte man erwartet, daß Richelieu, wenn er nur erst im Inneren seines Landes aller Schwierigkeiten Herr geworden sein würde, sich activ an dem Kampfe gegen Oesterreich-Spanien betheiligen würde. Um ihm das zu ermöglichen, hatten sich die protestantischen Mächte England und Holland sogar dazu verstanden, Richelieu in seinem Kampfe mit den Hugenotten, der eben im Jahre 1625 aufs Neue entbrannt war, zu unterstützen: man setzte sich über das Bedenken, die eigenen Glaubensgenossen in Frankreich zu bekämpfen, durch die doppelte Erwägung hinweg, daß einmal Richelieus Kampf nicht der Religion, sondern der politischen Sonderstellung der Hugenotten gelte, und daß ferner die Letzteren das einzige Hemmniß des Zustandekommens des Bündnisses mit Frankreich seien. Wie war man daher erstaunt, als Frankreich, nachdem es der Hugenotten Herr geworden war, ohne sie darum ihrer religiösen Freiheit zu berauben, im Jahre 1626 mit Spanien den Frieden von Barcellona abschloß, der jenes System eines Bundes gegen Oesterreich-Spanien völlig über den Haufen warf. Man hat dies Richelieu nicht ohne Berechtigung als eine directe Treulosigkeit vorgeworfen; er selbst aber hat stets behauptet, daß jener Friede mit Spanien von einer extrem-katholischen Partei, der er nicht angehörte und die seine

kirchliche Haltung nicht billigte, ohne sein Wissen und gegen seinen Willen zu Stande gebracht worden sei. Wie dem auch sei, jedenfalls wurde Richelieu zunächst in den Bahnen der durch jenen Frieden von Barcellona eingeschlagenen Politik festgehalten und mußte vorerst auf seine antihabsburgischen Ziele verzichten.

Es war nur natürlich, daß nach diesem schroffen Systemwechsel Frankreichs sich das Verhältniß desselben zu seinen bisherigen Verbündeten bald geradezu feindselig gestaltete. Während vor dem Frieden von Barcellona von einem gemeinsamen Angriffe Englands und Frankreichs auf Spanien die Rede gewesen war, verbündeten sich jetzt Frankreich und Spanien gegen England. Verschiedene Momente trugen dazu bei, die Spannung zwischen England und Frankreich zu vermehren. Einmal bekam Buckingham in den inneren Wirren, welche damals in England zwischen Königthum und Parlament entsprangen, deutlich den Unwillen zu empfinden, den das englische Volk gegen jene Unterstützung, die er Richelieu gegen die französischen Hugenotten hatte zu Theil werden lassen, empfand. Und da nun die französische Regierung die Bedingungen, die den Hugenotten unter englischer Vermittelung zugestanden worden waren, nicht innehielt, so ergriff Buckingham mit Freuden die Gelegenheit, um sich durch eine Intervention zu Gunsten der französischen Hugenotten die Gunst des englischen Volkes wieder zu gewinnen. Dieser Zweck wurde zwar nicht erreicht, da die von ihm zur Unterstützung La Rochelles unternommene Expedition kläglich scheiterte, aber der alte Gegensatz zwischen England und Frankreich war damit zunächst aufs Neue in voller Schärfe erwacht, England mit Spanien und Frankreich zugleich in Krieg verwickelt. Unter diesen Umständen konnte es dem unter seiner Mitwirkung begonnenen Unternehmen in Deutschland keine Unterstützung zu Theil werden lassen; noch viel weniger aber war das bei Frankreich der Fall, welches jetzt mit Spanien verbündet war und unmöglich an dem Kampfe gegen die deutschen Habsburger theilnehmen konnte. So kam es, daß der aus seinem Stifte vertriebene Administrator Christian Wilhelm von Magdeburg, der sich im Auftrage des Dänenkönigs nach England und Frankreich begab, um Unterstützung für diesen zu erbitten, bei beiden Staaten kein Gehör für seine Bitte fand. Christian IV. blieb in seinem ungleichen Kampfe gegen Tilly und Wallenstein, in welchem er bis tief in sein eigenes Königreich hinein zurückgedrängt worden war, völlig isolirt.

Welche imposante Stellung aber nahm nunmehr in Deutschland der siegreiche kaiserliche Generalissimus ein, der zugleich den Krieg im Osten und den mit Dänemark mit einem für den Kaiser so glücklichen Erfolge geführt hatte! Immer höher flog jetzt sein Ehrgeiz. Seine schroffe und rücksichtslose Natur hatte sich nie durch eine allzu große Achtung vor dem Herkömmlichen, durch die Tradition Geheiligten ausgezeichnet. Schon früher hatten die Fürsten der Liga heftige Klage gegen ihn wegen seines hochfahrenden Wesens erhoben. Jetzt meinte er noch mehr als früher sich über jede Rücksicht auf





sie hinwegsetzen zu dürfen. Indem er die Macht des Kaisers hoch über die aller deutschen Fürsten erhob, meinte er doch zugleich auch die seinige noch weiter steigern und das, was die anderen Fürsten Deutschlands durch das Recht der Geburt besaßen, durch den glücklichen Erfolg seiner Waffen erreichen zu können. Zunächst wünschte er, nachdem er längst in den deutschen Reichsfürstenstand eingetreten war, auch wirklicher Landesfürst zu werden. Er setzte es in der That beim Kaiser durch, daß derselbe, nachdem er über eine Reihe kleinerer Anhänger des Dänenkönigs umfassende Güterconfiscationen verhängt hatte, die mecklenburgischen Herzöge, welche sich ebenfalls Christian angeschlossen hatten, in des Reiches Acht that und ihre Länder ihm, dem glücklichen Feldherrn, verlieh. Nicht ganz ohne Widerstand gelang das. Als Wallenstein zuerst mit diesem Verlangen hervortrat, waren im kaiserlichen Geheimen Rath, dem Ferdinand die Sache zur Begutachtung vorlegte, die Meinungen sehr getheilt; mehrere der Räthe erhoben gewichtige Bedenken gegen die Maßregel, welche allgemeines Aufsehen erregen und Unmuth und Verzweiflung der protestantischen Fürsten wie des Fürstenthums überhaupt noch steigern werde. Den Ausschlag zu Gunsten Wallensteins gab schließlich ein Mann, der später zu seinen schlimmsten Gegnern gehörte: der kaiserliche Beichtvater Lamormain, den der Feldherr, wie allgemein angenommen wurde, durch ein erhebliches Geldgeschenk und das Versprechen, einige Jesuitencollegia zu begründen, für sich gewonnen hatte. In einer Audienz, die der Kaiser im Dezember 1627 seinem Feldherrn in Brandeis an der Elbe bewilligte, setzte er ihn persönlich von der Gewährung seines Gesuchs in Kenntniß. Am 26. Januar 1628 wurde dann die feierliche Urkunde ausgefertigt, durch welche Ferdinand Wallenstein die Herzogthümer Mecklenburg mit allen Hoheiten und Präeminentien, welche die früheren Besitzer gehabt hatten, zu „einem wahren und beständigen Kauf" überließ. Im Juni 1629 folgte die erbliche Uebertragung.

Dadurch aber wurden ihm nun die weitesten Aussichten eröffnet. Im Besitze eines Theils der Ostseeküste dachte er alsbald daran, diese Herrschaft nach Pommern hin auszudehnen und dem Kaiser bezw. sich selbst auch die Herrschaft über die ganze Ostsee zu erringen. Zu diesem Zwecke ließ er sich von Ferdinand am 21. April 1628 auch zum deutschen Admiral, oder, wie es ausgedrückt wurde, zum „General der ganzen kaiserlichen Schiffsarmada zu Meer, wie auch des oceanischen und baltischen Meeres General" ernennen. An demselben Tage aber wurden auch seine Vollmachten als oberster Commandirender der Landarmee durch ein neues Patent noch erweitert. Jetzt erst erhielt er officiell den Titel „General-Oberst-Feldhauptmann", dessen er sich thatsächlich schon seit 1626 bediente. Außerdem erhielt er das Recht, „alles Kriegsvolk zu mustern, abzuzahlen, zu revidiren und der Contrasegnien dabei sich zu gebrauchen". Selbst die Ernennung der Obersten, die sich der Kaiser 1625 formell noch vorbehalten hatte, wurde ihm überlassen; nur die der Generale blieb auch jetzt in den Händen des Kaisers. Alle Officiere und Gemeine wurden ausschließlich an Wallensteins Befehle gewiesen.

Man hat wohl gemeint und dieser Ansicht noch neuerdings Ausdruck gegeben, daß Wallenstein diese ungeheuren Zugeständnisse dem Kaiser sehr gegen dessen Willen abgetrotzt habe, daß es mehr die Furcht vor seinem eigenen Feldherrn, als der Dank gegen ihn gewesen sei, der Ferdinand dazu veranlaßt habe. Allein, sieht man näher zu und prüft man die weitumfassenden Pläne und Entwürfe, die damals vom Kaiser und seinem Feldherrn erwogen wurden, so erscheint die Sachlage doch in einem ganz andern Lichte. Man wird sagen dürfen, daß im Großen und Ganzen in den großen Zielen der Politik noch völlige Uebereinstimmung zwischen dem Kaiser und seinem Feldherrn herrschte, ja daß dieselben im Wesentlichen auch von der maßgebenden Autorität der occidentalen Christenheit, dem Papste, gebilligt wurden. Der päpstliche Nuntius Caraffa hat sich damals noch mit den universalen Gedanken Wallensteins in der Hauptsache einverstanden erklärt. In der innerdeutschen Politik zwar gingen die Pläne Wallensteins weiter, als der Kaiser zu gehen beabsichtigte. Jene gegen die Selbständigkeit des deutschen Fürstenthums und die Vorrechte des Kurfürstencollegiums gerichteten Tendenzen, welche man Wallenstein nicht ohne Berechtigung zuschrieb, hat der Kaiser, wie er den darüber beunruhigten katholischen Kurfürsten wiederholt versicherte, weit von sich gewiesen. Um so mehr war er mit den Grundzügen der universalen Gedanken der europäischen Politik, zu denen sich Wallensteins kühner Geist damals erhob, durchaus einverstanden. In der That waren dieselben weltumfassend im eigentlichen Sinne des Wortes. Es war nichts weniger und nichts mehr als jene seit Jahrhunderten in den Hintergrund getretene Idee einer abendländischen einheitlichen Christenheit unter der universalen Oberhoheit des Kaisers, die alte imperialistische Idee, welche Wallenstein vorschwebte. Er gedachte den Kaiser wieder zum Schiedsherrn, ja in gewissem Sinne zum Oberherrn der europäischen Staatenwelt zu machen. Wie er mit den Hansestädten in Verhandlungen trat, um eine directe Verbindung zwischen ihnen und Spanien mit Umgehung des holländischen und englischen Zwischenhandels herzustellen, so meinte er auch einen Ausgleich zwischen Polen und Schweden erreichen zu können, etwa auf der Grundlage, daß König Sigismund die Herrschaft Gustav Adolfs in Schweden anerkenne, was bisher noch immer nicht geschehen war, Schweden aber die Bekämpfung Polens auf dem Festlande aufgebe. Wallenstein hoffte so, selbst Gustav Adolf, der bereits mehrfach mit dem Gedanken umgegangen war, in den deutschen Krieg als Gegner des Kaisers einzugreifen, auf seine Seite hinüberzuziehen. Er rechnete dabei vor Allem auf die alte Eifersucht zwischen Dänemark und Schweden, die bei Gustav Adolf um so größer war, als der letzte Friede zwischen beiden Mächten zu Ungunsten Schwedens ausgefallen war. Er stellte Gustav Adolf die Herrschaft über Norwegen, ja selbst über Dänemark, die letztere unter kaiserlicher Lehnshoheit, in Aussicht. Wenn auf diese Weise der Friede zwischen den christlichen Mächten des Ostens und Nordens hergestellt sei, dachte Wallenstein unter Mitwirkung des Papstes den Krieg gegen den

alten Erbfeind der Christenheit, den Türken, in großem Stile wieder aufzunehmen. Eben hierüber ist er mit dem Papste bereits in Gedankenaustausch getreten und hat die volle Billigung des päpstlichen Nuntius Caraffa gefunden.

Man sieht, zu welchen weitaussehenden Entwürfen das universale Kaiserthum in der Form, in der es durch seinen Feldherrn hergestellt war, sich noch einmal erheben konnte. Aber freilich war es in erster Linie nicht der Kaiser selbst, sondern der Feldherr, der es zu dieser universalen Höhe erhoben hatte und der nun dadurch auch selbst eine Machtstellung errang, die über kurz oder lang, wenn die Uebereinstimmung in den Zielen einmal nicht mehr vorhanden war, dem Kaiser in hohem Maße gefährlich werden konnte. Unter diesem Gesichtspunkte und dem ihrer fürstlichen Machtvollkommenheit betrachteten die Fürsten der Liga, betrachtete vor Allem Maximilian von Bayern die Lage der Dinge; der persönliche Gegensatz zwischen ihm und Wallenstein, der immer schärfer zu Tage trat, war zugleich auch ein sachlicher. Es war die Frage, welcher Seite sich der Kaiser, zwischen diese beiden Gegensätze gestellt, zuneigen werde. Stand doch selbst der spanische Gesandte, dessen Herrscher von den universalen Plänen Wallensteins neben der deutschen Habsburger Linie den größten Machtzuwachs erwarten durfte, im Wesentlichen auf Seiten Maximilians, weil auch ihm die Machtvollkommenheit des kaiserlichen Feldherrn unheimlich und gefahrdrohend erschien. Eben in diesen Tagen berichtete er hierüber an den Hof in Madrid: „Wallenstein ist jetzt der alleinige Gebieter und läßt dem Kaiser kaum etwas Anderes als den Titel. Bei dem geringsten Widerspruch gegen seine Pläne gibt es keine Sicherheit wider ihn, denn seine Naturanlage ist ebenso furchtbar wie unbeständig, da er nicht einmal sich selbst zu beherrschen weiß."

In noch schrofferem Gegensatz zu Wallenstein aber stand, wie erwähnt, der Kurfürst Maximilian. Dieser Gegensatz wurde gesteigert durch allerlei verwegene Reden Wallensteins, die im Reiche verbreitet wurden; er sollte, wie Maximilian an den Kurfürsten von Köln schreibt, geäußert haben, er wolle die Kurfürsten Mores lehren; sie müßten von dem Kaiser und nicht der Kaiser von ihnen dependiren; die Succession im römischen Reich, über die Ferdinand eben damals zu verhandeln begann, gebühre dem Sohne des Kaisers ohne Weiteres, ohne daß es einer Wahl bedürfe. Gedanken, wie sie Wallenstein wohl gehegt und in der Erregung des Augenblicks hingeworfen haben mag, die aber schon darum weit von aller Verwirklichung waren, weil der Kaiser sie ausdrücklich weit von sich wies. Für die Kurfürsten aber bildeten sie naturgemäß einen Gegenstand ernster Besorgniß. Man traute dem kaiserlichen Feldherrn die verwegensten Pläne zu und wurde darin durch die Berichte bestärkt, welche der Kapuziner Alexander de Hales, der dereinst 1623 von Maximilian zu einer diplomatischen Mission nach London benutzt worden war, im April 1628 auf Grund der Aussage einer einflußreichen Persönlichkeit (personnagio grande) aus Prag über die Pläne und die ganze Sinnesart Wallensteins erstattete (die sogenannten Kapuzinerrelationen). In diesen

Berichten wird Wallenstein geradezu die Absicht zugeschrieben, die aristokratische Verfassung Deutschlands in eine absolute Monarchie umzuwandeln und dann zu zeigen, „welche große Macht Deutschland innewohne, wenn es unter einem einzigen Oberhaupte vereinigt sei". Ja die Relationen gehen noch weiter, sie behaupten geradezu, daß Wallenstein für den Fall, daß dem Kaiser plötzlich etwas zustoße, die Absicht habe, sich selbst um die Kaiserkrone zu bewerben, sich von seinem Heere zum Kaiser ausrufen zu lassen. Nun hat zwar selbst derjenige unter den neueren Historikern, der am schärfsten den Standpunkt der Anklage gegen Wallenstein vertritt, zugeben müssen, daß nicht die leiseste Andeutung von Wallensteins Seite selbst sich entdecken lasse, welche auf einen solchen verwegenen Gedanken hindeute; auf der andern Seite aber hat derselbe doch nachgewiesen, daß die einflußreiche Persönlichkeit, welche der Gewährsmann des Kapuziners war, doch nicht der Einzige gewesen ist, der dem kaiserlichen Feldherrn solche Pläne zutraute.

Dem gegenüber meinten nun die katholischen Kurfürsten, aufs Neue gemeinsam gegen Wallenstein vorgehen zu müssen. Sie glaubten, daß das nur Erfolg haben werde, wenn sie sich in Person zum Kaiser verfügten. Und je mehr Wallenstein die kaiserliche Machtvollkommenheit zu steigern strebte, um so mächtiger mußten naturgemäß auf der andern Seite die particularistischen Tendenzen emporschnellen. Maximilian gab seinen Mitkurfürsten zur Erwägung anheim, ob man nicht dahin streben müsse, daß das kurfürstliche Collegium die Leitung der Reichspolitik in die Hand nehme, da man am kaiserlichen Hofe keine Lust zu haben scheine, den tausendfachen Schwierigkeiten, die durch die immer erneuten Werbungen Wallensteins entstanden seien, abzuhelfen. Außerdem gab Maximilian und ihm folgend der ebenfalls durch Einquartierungen ꝛc. beleidigte sächsische Kurfürst schon jetzt der Meinung Ausdruck, daß man die römische Königswahl von der Abstellung der Beschwerden gegen Wallenstein abhängig machen solle. Obwohl dann wirklich auf erneutes Bitten von kurmainzischer Seite der Kaiser sich bereit erklärte, bei Wallenstein auf eine Reduction der Truppen hinzuwirken, nahm dennoch ein im Juni in Bingen zusammentretender Convent eine sehr schroffe Haltung an und erneuerte in schärfster Weise die alten Anklagen gegen Wallenstein; ja der bayrische Gesandte Wolkenstein stellte hier schon den Antrag, man solle auf Wallensteins Absetzung dringen, fand aber doch selbst bei Kurmainz zunächst noch keine directe Zustimmung. Wohl aber wurde am 7. Juli beschlossen, die Bundesarmee zur Abwehr weiterer Bedrückungen zu verwenden. Sollten aber die Zusagen des Kaisers wegen der Verminderung der Truppen nicht erfüllt werden, so solle eine Gesandtschaft an den Kaiser mit der Bitte um die Absetzung Wallensteins geschickt werden, da der Kaiser — so sollten die Gesandten erklären — seines Feldhauptmanns zum Gehorsam nicht mehr mächtig genug wäre. Wie ernst man es mit diesen Beschlüssen meinte, geht daraus hervor, daß man thatsächlich bei Kursachsen und Kurbrandenburg anfragte, ob sie bereit seien, sich eventuell an dem Defensionswerk gegen Wallenstein zu betheiligen.

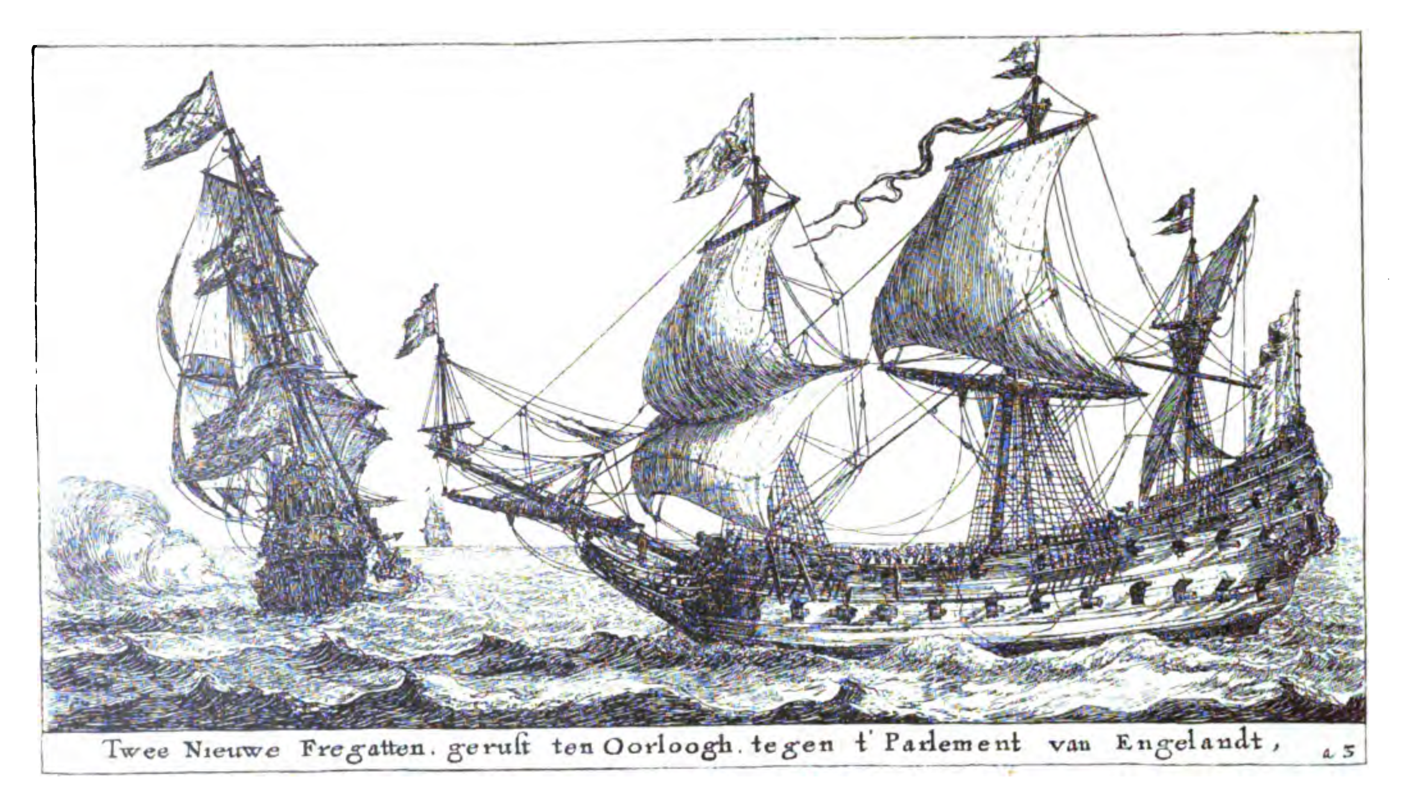
Während sich so im Innern Deutschlands von Seiten der eigentlichen Verbündeten des Kaisers drohende Wolken über dem Haupte des siegreichen Feldherrn zusammenthürmten, trat ihm an anderer Stelle auf militärischem Gebiete zum ersten Male ein Widerstand entgegen, den er nicht zu bewältigen vermochte.

Wir erwähnten schon die umfassenden, auf eine Oberherrschaft über die Ostsee gerichteten Pläne, welche Wallenstein als Reichsadmiral hegte. Sie fanden noch einen besonderen Rückhalt in seinen Interessen als Landesfürst, seitdem er als Herzog von Mecklenburg in den Besitz eines Theiles der Ostseeküste gelangt war. Sein Bestreben ging jetzt vor Allem dahin, sich einiger wichtiger Küstenplätze zu bemächtigen. Schon hatte er den Herzog von Pommern dazu vermocht, kaiserliche Besatzungen in einigen seiner Städte aufzunehmen. Ein ähnliches Ansuchen wurde jetzt auch an die Stadt Stralsund gestellt, welche zwar eine landesherrliche Stadt, aber mit so großen Privilegien ausgestattet war, daß sie sich einer gewissen Autonomie erfreute. Der Herzog von Pommern hatte ihr zudem noch kürzlich zugesagt, sich dafür verwenden zu wollen, daß sie von kaiserlicher Besatzung verschont bleibe. Gleichwohl rückten nun die kaiserlichen Obersten heran und besetzten ein kleines Eiland, den Dänenholm, welches dem Hafen von Stralsund vorgelagert ist. Aber die muthige, für ihre kirchliche und politische Freiheit besorgte Bürgerschaft faßte trotz der Gefahren, die sie dadurch über sich heraufbeschwor, den mannhaften Entschluß, die Kaiserlichen aus dieser Stellung wieder zu vertreiben. Als das gelungen war, erschien der jetzt zum Feldmarschall erhobene Wallensteinsche General Arnim vor der Stadt und stellte in Wallensteins Auftrage die Forderung an dieselbe, eine kaiserliche Besatzung aufzunehmen. Als die Stadt sowohl dies als auch die Aufnahme einer herzoglich pommerschen Besatzung ablehnte, begann im Mai die Belagerung. Allein wie Wallenstein mit Recht auf den Besitz dieser Stadt den allergrößten Werth legte, so erkannten auch die nordischen Mächte die entscheidende Bedeutung derselben. Der Widerstand aller Gegner des Katholicismus und der kaiserlichen Allgewalt sammelte sich in diesem letzten Bollwerke des Protestantismus. Die Bürgerschaft, welche unter der Führung ihrer Bürgermeister und Worthalter Steinwig, Gosen, Hasert und Koch einen heldenhaften Widerstand leistete, fand nicht allein bei Dänemark, sondern auch bei Schweden, welches durch die maritimen Pläne Wallensteins fast am meisten bedroht wurde, eifrige und energische Hilfe. Gustav Adolf war weit entfernt, auf die Anerbietungen, die ihm Wallenstein gemacht hatte, einzugehen. Er vereinigte sich vielmehr auf das Engste mit dem schwer bedrängten Dänenkönige. Hier vor Stralsund fand diese Einigung zum ersten Male ihren Ausdruck. Auch mit Stralsund selbst schloß Gustav Adolf ein Bündniß auf zwanzig Jahre. Die Hilfe, die der bedrängten Stadt von den beiden nordischen, über eine stattliche Seemacht gebietenden Königen in aufopferndster Weise geleistet wurde, gab ihr eine Widerstandskraft, die Wallenstein um so weniger

zu brechen vermochte, als er selbst nicht über eine genügende Anzahl von Schiffen verfügte, um sie auch von der Seeseite einzuschließen. Die Rhede der Stadt blieb daher stets frei, so daß die muthigen Vertheidiger immer aufs Neue mit Verstärkungen und Zufuhr versehen werden konnten. Trotz aller neuen Truppen, die Wallenstein selbst im Juni heranführte, machte die Belagerung keine nennenswerthen Fortschritte, obwohl Wallenstein, wie man sich erzählte, geäußert hatte, er wolle die Stadt einnehmen, und wenn sie mit Ketten an den Himmel angeschlossen wäre. Schließlich ließ er sich sogar herbei, der Stadt einige Zugeständnisse zu machen, wenn sie den ferneren Widerstand aufgebe. Er wollte nicht mehr auf einer kaiserlichen Besatzung bestehen, sondern sich mit einer herzoglich pommerschen begnügen; außerdem sollte die Stadt Abbitte leisten, dem auf Rügen stationirten kaiserlichen Volk stets den Paß gönnen, das dänische, schwedische und eigene Volk entlassen, die neuen Außenwerke niederreißen und eine erhebliche Geldsumme (80000 Thaler) zahlen. Auf dieser Grundlage war der Rath der Stadt in der That am 14. Juli bereit, einen Accord zu schließen, allein die Bürgerschaft verwarf denselben und widerstand auch ferner in hehrer Begeisterung für ihren Glauben, für den sie durch Nachgiebigkeit Gefahr fürchtete, allen Angriffen. Als nun am 20. Juli der König von Dänemark mit einer starken Flotte auf Rügen landete, entschloß sich Wallenstein endlich doch, die mit Aufbietung aller Kräfte begonnene Belagerung aufzuheben. Er fürchtete mit Recht, daß, wenn er dieselbe fortsetze, ein feindliches Heer an einer andern Stelle der Küste landen und ihn im Rücken bedrohen könne. Zum unendlichen Jubel der Belagerten räumten die Kaiserlichen in den ersten Augusttagen die Schanzen und zogen ab.

Wie begründet jene Besorgniß Wallensteins vor einer feindlichen Landung war, zeigte sich sehr bald. Der König von Dänemark segelte sofort von Rügen nach Usedom und nahm die Schanzen von Peenemünde und das Schloß in Wolgast ein. Mit größter Schnelligkeit raffte nun Wallenstein ein größeres Truppencorps zusammen und wandte sich in Eilmärschen gegen das dänische Heer, welches er bei Wolgast so entscheidend aufs Haupt schlug, daß sich Christian mit dem Reste seines Heeres schleunigst zu Schiff retten mußte.

Beide Theile waren jetzt zum Frieden geneigt; denn auch von kaiserlicher Seite konnte man bei dem Mangel einer Flotte auf eine erfolgreiche Fortsetzung des Krieges gegen die Inselbesitzungen des Königs nicht rechnen. Außerdem aber hegte Wallenstein die Besorgniß, daß sich bei einer weiteren Fortsetzung des Krieges der König von Schweden in denselben einmischen werde, dessen Einvernehmen mit dem Könige von Dänemark er noch für weit enger hielt, als es thatsächlich war. Eben um Dänemark von Schweden loszureißen und, wenn möglich, mit dem Kaiser zu verbinden, hielt Wallenstein den Frieden für dringend wünschenswerth; eben deswegen war er auch dafür, dem Könige möglichst milde Bedingungen zu gewähren. Die Landabtretungen von Schleswig, Holstein und selbst Jütland, die von kaiserlicher Seite anfangs



Kriegsmarine in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Facsimile der Radirung von Reinier Zeeman (Nooms, geb. 1612).

verlangt worden waren, ließ Wallenstein während der im Januar 1629 auf einem Congreß zu Lübeck begonnenen Unterhandlungen fallen, ebenso die Kriegskostenentschädigung. Die Hauptsache war ihm, daß der König auf jede Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse verzichte und sich endgiltig von Schweden lossage, dessen Gesandten Wallenstein sogar den erbetenen Zutritt zu dem Friedenscongresse verweigerte. So kam man sich allmählich näher. Christian IV. hatte seinerseits, obwohl völlig besiegt, doch ebenfalls einige Bedingungen gestellt, die dem Kaiser sehr unbequem waren; namentlich verlangte er, daß Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises bei freier Religionsübung und freier Wahl der Stifter verbleiben und daß eine Generalamnestie für alle Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises erlassen werden solle. Schließlich aber beschied er sich doch, auf jede Einwirkung in die Regelung der deutschen Angelegenheiten zu verzichten, wogegen ihm alle während der Kriegsjahre entrissenen Länder wiedergegeben wurden. Außerdem verzichtete er für sich und seine Söhne auf alle Ansprüche auf niederdeutsche Stifter, erkannte die Kurwürde Maximilians von Bayern und, nach einigem Sträuben, auch die Absetzung der mecklenburgischen Herzöge und die Uebertragung ihrer Länder auf Wallenstein als zu Recht bestehend an. Auf dieser Grundlage wurde am 22. Mai 1629 der Friede zu Lübeck abgeschlossen.

Der dänische Krieg war beendigt, der Kaiser hatte völlig freie Hand für die Regelung der Verhältnisse in Deutschland erhalten. Es mußte sich nun zeigen, welchen Gebrauch er davon machen werde, ob er auch in dieser Beziehung auf die politischen Ideen seines Feldherrn einzugehen geneigt sein werde. Sehr bald trat es zu Tage, daß das nicht der Fall war. Schon war im Entwurfe eine Maßregel in Aussicht genommen, welche dem Kriege in Deutschland eine ausgesprochen religiös-kirchliche Färbung geben mußte, die den Intentionen des kaiserlichen Feldherrn in keiner Weise entsprach. Der Keim zu einem neuen Conflicte war gelegt.



Der Wippgalgen. Militärstrafe im dreißigjährigen Kriege.

Facsimile aus Jacques Callots (1594—1635) Radirung „Belagerung von Breda“, 1624.

Das Restitutionsedict und die Absetzung Wallensteins.

Wenn man nach den Ursachen der von Jahr zu Jahr schroffer gewordenen feindseligen Spannung zwischen Wallenstein und den Fürsten der Liga, namentlich deren Führer und Haupte Maximilian von Bayern, forscht, so lagen dieselben doch nicht ausschließlich oder auch nur vornehmlich in den Gewaltthätigkeiten und Bedrückungen der Wallensteinschen Armee, über welche sich die Liga in allen ihren Eingaben an den Kaiser in so beweglichen Worten beschwerte: vielmehr war es ein tiefgreifender Gegensatz der politischen Grundsätze und Ziele, welcher zwischen Beiden vorwaltete. Man mag der Herrschsucht und dem schrankenlosen persönlichen Ehrgeize des kaiserlichen Feldherrn einen noch so großen Einfluß auf seine Handlungen zuschreiben: am Tage liegt doch, daß er in erster Linie den Fürsten deshalb verhaßt war, weil er nach jeder Richtung hin die alte, durch das Territorialfürstenthum seit Jahrhunderten erfolgreich niedergehaltene imperialistische Idee zu neuem Leben zu erwecken unternahm. Und eben weil unter Karl V. der gleiche Versuch an dem Gegensatze der confessionellen Parteien gescheitert war, glaubte ihn Wallenstein nur verwirklichen zu können, indem er von jenem Gegensatze zunächst völlig absah und das Kaiserthum gleichsam über denselben zu stellen trachtete, in ähnlicher Weise wie das Richelieu in Frankreich gethan hat; nicht eigentlich, als ob er dadurch den katholischen Charakter der monarchischen Centralgewalt hätte verwischen wollen — das hat auch Richelieu in Frankreich nicht gethan —, wohl aber meinte er es erreichen zu können, daß auch den Andersgläubigen eine gesetzlich gesicherte Existenz im Reiche gewährleistet würde, bei der sie bestehen könnten. Dann würde sich das Kaiserthum gegenüber dem Fürstenthum beider Religionsparteien als überlegene Obergewalt aufgebaut haben. Es waren keineswegs bloß militärische Rücksichten, welche ihn veranlaßten, bei der Anstellung der höheren Offiziere nur auf deren militärische Eigenschaften, nicht aber auf ihr Glaubensbekenntniß zu sehen. Er wollte vielmehr durch diesen gemischt protestantisch-katholischen Charakter seines Heeres es unmöglich machen, daß dessen Siege etwa im Sinne einer einseitig katholischen Reaction verwerthet würden. Er erkannte mit voller Klarheit, daß das Kaiserthum nach innen wie nach außen zu einem bestimmenden Machteinfluß nur gelangen könne, wenn es ihm gelänge, über die Kräfte beider Religionsparteien zu verfügen. Denn gerade durch den Gegensatz zwischen ihnen war seit Karl V. noch jede Action des Kaiserthums nach

damals zu der Einsicht gekommen, daß durch diese von ihm gebilligten Ziele auch die auf den ersten Blick unverständliche Art der Kriegführung Wallensteins gerechtfertigt erscheine. Niemals war das Verhältniß zwischen Kaiser und Feldherr ein engeres gewesen als eben damals. Auch die Aufnahme zahlreicher Protestanten in das kaiserliche Heer war aus politischen Rücksichten vom Kaiser zunächst gebilligt worden. Ferdinand war also in der Hauptsache auf die damals ziemlich offen ausgesprochenen imperialistischen Gedanken Wallensteins eingegangen und hatte zunächst auf die seiner innersten Neigung entsprechenden Pläne kirchlicher Reaction, durch deren Durchführung in den kaiserlichen Erblanden und in der Pfalz der Krieg erst seine gefahrdrohende Ausdehnung gewonnen hatte, verzichtet. Als nun aber jene imperialistischen, gegen die Selbständigkeit des Fürstenthums gerichteten Pläne bei seinen katholischen Verbündeten dem nachdrücklichsten Widerstande begegneten, wich der Kaiser zunächst auf diesem Gebiete einen Schritt von der Politik, welche sein Feldherr verfolgte, zurück. Die Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung derselben sich entgegenstellten, veranlaßten ihn zu der Meinung, daß Wallenstein doch zu weit gegangen sei, daß sich seine Ideen nicht würden verwirklichen lassen. Er gab den Fürsten wiederholt die feierliche Versicherung, daß er an eine Beschränkung ihrer Rechte, insbesondere der Privilegien des kurfürstlichen Collegiums, nicht denke. Damit war das Mißtrauen der Fürsten der Liga gegen den Kaiser selbst nach dieser Richtung hin beschwichtigt; sie unterschieden fortan sehr scharf zwischen ihrem Verhalten gegen den Feldherrn, den sie aufs Heftigste angriffen, und gegen den Kaiser, dem sie die loyalsten Versicherungen, freilich unter der Voraussetzung gaben, daß er von seiner kaiserlichen Gewalt keinen zu ausgedehnten Gebrauch machen werde. Wenn aber der Kaiser zunächst auf diesem Gebiete sich von der Politik seines Feldherrn mehr oder weniger ausgesprochener Maßen lossagte und sich den mit ihm verbündeten Kurfürsten näherte, so war es nur natürlich, daß diese Annäherung sich auch auf das kirchliche Gebiet erstreckte, auf welchem er im letzten Grunde mit ihnen grundsätzlich einverstanden war. Die kirchliche Haltung seines Feldherrn hatte er eigentlich stets mehr aus politischen Gründen geduldet, als geradezu gebilligt. Wenn diese politischen Gründe nach jener Annäherung an die Kurfürsten wegfielen, so kam er naturgemäß auf seine, mit der der Kurfürsten übereinstimmende kirchliche Auffassung zurück. Während der Feldherr den Krieg ganz folgerichtig nur von politischen Gesichtspunkten aus führte, so dachte der Kaiser jetzt, die dadurch errungenen Erfolge auch auf kirchenpolitischem Gebiete in der rücksichtslosesten Weise auszubeuten. Er ließ sich durch das Drängen der Liga und der schroff katholisch gesinnten Kreise seiner Umgebung, namentlich des päpstlichen Nuntius, zu einem Schritte verleiten, der, wenn durchgeführt, die Existenz des Protestantismus in Frage stellen mußte, dessen Durchführung aber, wenn überhaupt möglich, nur durch eine Erneuerung des Krieges von unabsehbarer Tragweite möglich war. Am 6. März 1629 veröffentlichte er ein schon während der großen Waffenerfolge

des Jahres 1628 im Entwurfe fertig gestelltes Edict, welches mit einem Federstriche den protestantischen Fürsten den gesammten Besitz an geistlichen Gütern, welchen sie seit dem Passauer Vertrage erworben und seit Jahrzehnten unbestritten innehatten, entreißen sollte.

Wir erinnern uns, welche große Bedeutung in den verfassungsrechtlichen Streitigkeiten vor dem Ausbruche des Krieges eben jene Frage des Besitzes der geistlichen Güter gehabt hatte. Recht eigentlich an ihr war der letzte Reichstag von 1613 gescheitert, weil dort zum ersten Male die Katholiken offen mit dem Anspruch der Restitution aller von den Protestanten eingezogenen geistlichen Güter aufgetreten waren. Sie hatten sich dabei auf jenen, von den Protestanten niemals als rechtsgiltig anerkannten geistlichen Vorbehalt des Augsburger Religionsfriedens gestützt, nach welchem die geistlichen Güter eines zum Protestantismus übertretenden Kirchenfürsten ipso iure an die Kirche zurückfallen sollten. Danach wäre allerdings ein protestantischer Fürst eines kirchlichen Territoriums eine Unmöglichkeit gewesen. Allein dieser geistliche Vorbehalt war nicht nur, wie erwähnt, niemals von den Protestanten rechtlich anerkannt worden — er war nicht in den Reichsabschied aufgenommen, sondern aus kaiserlicher Machtvollkommenheit veröffentlicht —, sondern es waren auch eine ganze Reihe von Erzstiftern und Stiftern thatsächlich in den Besitz von Protestanten übergegangen. Diese protestantischen „Administratoren" waren dann allerdings nicht zur Ausübung ihrer reichsrechtlichen Befugnisse, des Sitz- und Stimmrechts auf den Reichstagen und bei den anderen ständischen Instituten, zugelassen worden, allein sie in dem Besitz ihrer Stifter selbst anzugreifen, war bis 1613 doch niemals auch nur theoretisch versucht worden. Noch weniger war von einem solchen Versuche jemals in Bezug auf die mittelbaren geistlichen Güter ernstlich die Rede gewesen, vielmehr waren diese, die zahlreichen Klöster, in den protestantischen Territorien ohne Weiteres und ohne erheblichen Widerstand von katholischer Seite von den Landesfürsten eingezogen worden und bildeten seit dreiviertel Jahrhunderten einen integrirenden Bestandtheil der landesherrlichen Finanzen. Wenn nun jetzt durch das Restitutionsedict verfügt wurde, daß alle reichsunmittelbaren Stifter ohne Weiteres nur durch katholische Prälaten besetzt werden, von den mittelbaren Stiftern aber alle diejenigen, welche nach dem Passauer Vertrage eingezogen worden waren, von den protestantischen Landesherren der katholischen Kirche zurückgegeben werden sollten, so wurde damit ein großer Theil des bisher unbestrittenen Besitzes der protestantischen Landesfürsten in Frage gestellt. Was das aber zu sagen hatte, erkennt man sofort, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich außer der fast unübersehbaren Anzahl von Klöstern um nicht weniger als zwei Erzbisthümer und zwölf Bisthümer handelte, welche nicht allein in bisher unbestrittenem Besitz der Protestanten, sondern auch von einer ausschließlich protestantischen Bevölkerung bewohnt waren. Es waren die Erzbisthümer Magdeburg und Bremen, die Bisthümer Halberstadt, Brandenburg, Havelberg, Lebus, Camin, Meißen, Merseburg, Naumburg=

Zeitz, Minden, Verden, Lübeck und Ratzeburg, die nun mit einem Schlage aus protestantischen Händen in katholische übergehen sollten. Formell mochte man sich zu dieser Maßregel für berechtigt halten, wenngleich es immerhin zweifelhaft erscheinen konnte, ob der Kaiser ohne Zustimmung des Reichstages zu einer solchen „Interpretation“ des Augsburger Religionsfriedens, wie man es nannte, die Befugniß hatte; sachlich schloß die Durchführung dieser Maßregel eine vollständige Revolution aller Besitzverhältnisse im Reiche, eine geradezu ungeheure Schädigung des Protestantismus in sich. Aber selbst die Berufung auf das formelle Recht wurde dadurch hinfällig, daß man nach einer anderen Richtung demselben formellen Rechte direct entgegenhandelte. In ganz denselben Formen wie jener geistliche Vorbehalt, auf den man sich berief, war noch eine andere Zusatzclausel zu dem Reichstagsabschiede von 1555 veröffentlicht worden, jene Ferdinandeische Declaration, welche als ausgleichende Maßregel gegenüber dem „Vorbehalt“ die Verfügung traf, daß die protestantischen Unterthanen geistlicher Fürsten das Recht freier Wahl des Religionsbekenntnisses haben sollten. War der geistliche Vorbehalt giltiges Recht, so war es auch die Declaration; jener aber wurde bestätigt, diese geradezu aufgehoben, indem in dem Restitutionsedict ausdrücklich verfügt wurde, die katholischen Reichsstände, also auch die geistlichen, sollten das Recht haben, ihre Unterthanen zu ihrer Religion zu zwingen und, falls sie sich nicht fügen, sie gegen gebührendes Abzugsgeld aus dem Lande zu schaffen. Durch diesen Rechtsbruch wurde das ganze Edict ohne Frage zu einer offenen brutalen Gewaltthat. Aber auch damit war die „Interpretation“ des Religionsfriedens noch nicht erschöpft; vielmehr wurde derselbe jetzt ausdrücklich auf die Katholiken und die Anhänger der unveränderten Augsburger Confession beschränkt, während die anderen „Secten“, Calvinisten, Zwinglianer, von demselben ausgeschlossen, d. h. außerhalb des Friedens des Reiches gestellt wurden. Diese letztere Maßregel aber betraf mehrere der mächtigsten deutschen Fürstenhäuser, Kurbrandenburg, die alte Kurpfälzer Linie, Hessen-Cassel, Zweibrücken u. s. w. Diese großen Gebiete wurden durch diesen letzten Artikel ihres factischen Rechtszustandes beraubt und der schrankenlosen Willkür katholischer Reaction preisgegeben. Es konnte kein Zweifel sein, daß sie sich mit allen Kräften um ihrer Selbsterhaltung willen gegen die Durchführung des Restitutionsedicts wehren und daß dadurch der Krieg, der bisher immer noch als ein Kampf gegen rebellische Unterthanen des Kaisers und deren Helfer aufgefaßt werden konnte, zu einem ausgesprochenen Religionskriege werden würde.

Nicht minder unzweifelhaft aber war es, daß die Protestanten Deutschlands gegen diese Vergewaltigung die Hilfe der außerdeutschen Protestanten finden würden. Der Krieg mußte zu einer Angelegenheit des gesammten Protestantismus werden. Gerade dies zu vermeiden, war aber Wallenstein bisher stets aufrichtig bestrebt gewesen. Er hatte die Fürsten zwingen wollen, sich der Macht des Kaisers unterzuordnen, niemals aber hatte er daran gedacht,

sie in ihrem religiösen Bekenntniß anzugreifen. Er war daher ein sehr entschiedener Gegner des Restitutionsedicts und machte durchaus kein Hehl daraus. Wie Recht er hatte, sollte sich sehr bald zeigen. Nur zu schnell bekam er die Wirkung der verhängnißvollen Maßregel zu spüren. Er bemerkte allenthalben die verzweiflungsvolle Entschlossenheit, welche sich der norddeutschen Protestanten bemächtigte, er sah mit immer wachsender Klarheit, mit welcher Spannung sie den Gerüchten von einer bevorstehenden Landung des Schwedenkönigs Gustav Adolf lauschten; es war ihm keinen Augenblick zweifelhaft, daß in diesem Falle die deutschen Protestanten in Folge dieses Edicts dem nordischen Retter in die Arme getrieben werden würden. Und schon begann er die Wirkung auch ganz unmittelbar auf militärischem Gebiete zu fühlen in dem mannhaften Widerstande, welchen ihm wie ein Jahr vorher Stralsund, so jetzt die Stadt Magdeburg entgegensetzte.

In Halberstadt und Magdeburg war der Kaiser, nachdem er zur Durchführung des Restitutionsedicts eine aus einem Reichshofrath und dem Bischof von Osnabrück bestehende Commission eingesetzt hatte, alsbald praktisch in dieser Richtung vorgegangen, indem er seinen vorlängst gehegten Plan, seinem Sohne, dem Erzherzoge Leopold Wilhelm, das Bisthum Halberstadt, welches durch Christians von Braunschweig Tod erledigt war, zu verschaffen, jetzt endgiltig durchsetzte. Das Domcapitel wurde gezwungen, den Erzherzog zu wählen. Weniger gefügig erwies sich das Magdeburger Capitel; es entschloß sich zwar, den brandenburgischen Administrator Christian Wilhelm zu entsetzen, postulirte aber an seiner Stelle den Sohn des sächsischen Kurfürsten, August, zum Administrator. Johann Georg aber, so gefügig er sich bisher dem Kaiser erwiesen hatte, gab jetzt, durch das Restitutionsedict zugleich beleidigt und beunruhigt, unzweideutig zu erkennen, daß er diese Wahl des Capitels unter allen Umständen zu behaupten gesonnen sei, auch gegen die Ansprüche des Kaisers.

Die Sache wurde noch verwickelter dadurch, daß nun Wallenstein von der Hauptstadt des Stiftes, wohl nicht ohne Billigung des Kaisers, verlangte, daß sie eine kaiserliche Besatzung aufnehmen solle. Er selbst stellte diese Forderung gewiß nicht, um das Restitutionsedict durchzusetzen; im Gegentheil, er machte gegen Niemand, auch gegen den Kurfürsten von Sachsen nicht, ein Hehl daraus, daß er es auf das Entschiedenste mißbillige. Er wollte sich vielmehr in erster Linie für den Fall eines Krieges mit Schweden, der in immer drohendere Aussicht trat, des wichtigen Elbpasses versichern. Er war, um das zu erreichen, sogar zu Concessionen bereit. Er stellte der Stadt in Aussicht, daß die Verpflegung der einzuquartierenden Truppen aus dem Erzstift, d. h. aus den ländlichen Besitzungen desselben bestritten werden solle. Die Stadt hatte bisher wohl oder übel ein correctes Verhalten gegenüber dem kaiserlichen Heere beobachtet. Sie hatte nicht allein eine Contribution von 100 000 Thalern gezahlt, sondern auch Proviant und Kriegsbedürfnisse aller Art geliefert. Aber eine Besatzung aufzunehmen, verweigerte sie mit

aller Bestimmtheit. Trotz aller beruhigenden Versicherungen des kaiserlichen Feldherrn war die streng protestantische Bürgerschaft in Folge des Restitutionsedicts doch zu sehr für ihren Glauben besorgt, als daß sie sich wehrlos dem Heere des Kaisers hätte preisgeben sollen. Sie blieb unerschütterlich bei ihrem Widerstande, auch als ihr Wallenstein mit Blockirung drohte, keine Zufuhr von Lebensmitteln gestattete und jede Unbill an den Einwohnern, deren er habhaft werden konnte, verübte. Aber alsbald gewahrte Wallenstein, daß sich Magdeburg wieder wie dereinst Stralsund zu einem Bollwerk für den gesammten Protestantismus gestalten werde. Die Hansestädte schickten eine eigene Gesandtschaft an ihn, um für die Stadt zu intercediren, immer bestimmter trat das Gerücht von der bevorstehenden Landung Gustav Adolfs auf. Wallenstein entschloß sich doch, lieber nachzugeben und die Belagerung der Stadt aufzuheben. Ja, er ging noch weiter. Um den sich immer deutlicher fühlbar machenden Wirkungen des Restitutionsedicts an seinem Theile entgegenzutreten, versicherte er die Stadt ausdrücklich wegen ihrer Religion und erklärte den Gesandten der Hansestädte, das Restitutionsedict könne nicht Bestand haben, er verspreche ihnen, daß ihnen deswegen nicht das Geringste zugemuthet werden solle. In diesem Punkte trat also ein offener Zwiespalt zwischen der von der Liga inspirirten Politik des Kaisers und der seines Feldherrn klar zu Tage.

Aber jene schroffe Maßregel katholischer Reaction war nur die eine Seite der Forderungen gewesen, welche die Liga dem Kaiser gestellt hatte. Noch bei weitem stürmischer war die Forderung erhoben worden, Ordnung mit dem Kriegswesen zu schaffen; immer unverhüllter trat auf dieser Seite das Verlangen hervor, daß der Kaiser sich nicht nur von der Politik seines Generals lossagen, sondern diesen selbst aus seiner übermächtigen Stellung entfernen solle. Den Grund oder Vorwand dazu gab wiederum nicht die politische Richtung Wallensteins, sondern sein militärisches Verfahren. Schon im Spätherbst 1628, eben in jenen Tagen, da der Entwurf des Restitutionsedicts hergestellt wurde, hatte die Liga aufs Neue auf eine Reduction der Truppen, jedenfalls aber auf eine Einstellung der neuen Werbungen gedrungen, die, wie sie behauptete, gegen den äußeren Feind gar nicht nöthig seien, sondern Wallenstein nur zur Durchführung seiner abenteuerlichen und ausschweifenden innerpolitischen Pläne dienen sollten. Dem gegenüber konnte Wallenstein mit Recht auf die von Schweden, Holland und Frankreich drohenden Gefahren hinweisen, welche die Erhaltung der kaiserlichen Armee in ihrer bisherigen Höhe unbedingt erforderlich machten. Noch einmal gelang es ihm, den Kaiser zu überzeugen. Ferdinand kehrte der Liga gegenüber den Spieß um und forderte sie seinerseits zur Entlassung ihres überflüssigen Volkes auf. Vor Allem verlangte er, daß sie die in protestantischem Gebiete im schwäbischen und fränkischen Kreise stationirten Truppen von da entfernen solle. Diese Forderung, so naturgemäß und berechtigt sie war, rief bei der Liga große Erregung hervor und brachte sie in der That in große Verlegenheit.

Auf der einen Seite hatte sie selbst fortwährend betont, daß für den äußeren Krieg eine so große Truppenzahl, wie sie gegenwärtig unter den Waffen stehe, nicht erforderlich sei, und konnte sich daher eigentlich nicht weigern, auch ihrerseits auf eine Reduction der Truppen einzugehen, die sie aber nicht vorzunehmen gedachte, um nicht den kaiserlichen Feldherrn zu einer noch größeren Ueberlegenheit gelangen zu lassen. Auf der anderen Seite aber mußte die Ablehnung der Forderung des Kaisers, die ligistischen Truppen aus den protestantischen Gebieten wegzuführen, den Unwillen der Protestanten gegen die Liga wachrufen. An einer Einigung mit dem Kaiser mußte daher der Liga viel gelegen sein; sie wurde dann in der That dadurch erzielt, daß beide Theile Reductionen der Armeen, freilich in sehr beschränktem Umfange, vornahmen. Der Unwille der Liga gegen Wallenstein aber, den sie mit Recht als den Veranlasser der kaiserlichen Forderungen ansah, wurde dadurch natürlich nicht vermindert. Auf einem im Februar 1629 in Heidelberg veranstalteten Ligatage kam diese feindliche Gesinnung gegen den kaiserlichen Feldherrn aufs Neue zu scharfem Ausdruck. Es kam so weit, daß Maximilian, um sich für alle Fälle gegen Wallenstein zu sichern, in Verbindung mit Frankreich trat, obwohl dies eben damals in der mantuanischen Erbfolgefrage in offenen Conflict mit dem Kaiser gerathen war. Eine Erklärung der vier katholischen Kurfürsten vom 10. März 1629, welche dem Kaiser wiederum durch eine besondere Gesandtschaft überbracht werden sollte, wandte sich in den schärfsten Ausdrücken gegen Wallenstein. Das Streben, ihn aus seiner Stellung zu verdrängen, wurde kaum noch verheimlicht. Und um dies zu erreichen, hatten die katholischen Kurfürsten eine gefährliche Waffe in der Hand. Sie erklärten dem kaiserlichen Abgesandten, der in Heidelberg erschienen war, dem Grafen Stadion, daß die römische Königswahl, auf die er im Auftrage des Kaisers dringen sollte, nicht vorgenommen werden könne, bevor die Beschwerden gegen Wallenstein abgestellt seien, da z. B. der sächsische Kurfürst zu einem zu diesem Zwecke zu berufenden Convente nicht kommen zu können erklärt habe, solange die Lausitz von Wallensteinschen Truppen besetzt sei. Immer klarer spitzte sich die Situation dahin zu, daß der Kaiser zwischen den Kurfürsten, von denen die Wahl seines Sohnes zum römischen Könige abhing, und dem Feldherrn, dem er seine ganze große Stellung im Reiche verdankte, endgiltig wählen müsse, daß er die Ersteren nur gewinnen könne, wenn er den Letzteren opfere. Sollte und konnte er sich dazu entschließen?

Ohne Zweifel war dem Kaiser selbst die Gefahr, die in der außerordentlichen Machtvollkommenheit seines Generals lag, klar geworden. Kaum wagten die Wiener Räthe noch, Wallenstein Befehle zu ertheilen, das Verhältniß des Herrn zum Diener hatte sich fast in sein Gegentheil verkehrt. Auf der andern Seite aber verkannte der Kaiser doch nicht, daß seine Macht gegenüber dem Territorialfürstenthum doch in erster Linie nicht allein von dem General erworben sei, sondern auch auf ihm beruhe, daß er, sobald er nicht mehr über eine eigene Armee verfüge, in die alte Abhängigkeit von den Kur-

fürsten zurücksinken werde. Insofern war der Kampf um die Entsetzung Wallensteins zugleich ein Kampf zwischen den Territorialgewalten und der Centralgewalt. Mußte schon die Rücksicht auf diese innerdeutschen Verhältnisse und die durch das Restitutionsedict hervorgerufene feindliche Gesinnung der Protestanten dem Kaiser die Entsetzung seines Generals, ganz abgesehen von dem Danke, den er ihm schuldete, als bedenklich, ja gefährlich erscheinen lassen, so war das in noch höherem Maße der Fall, wenn er sein Augenmerk auf die augenblickliche Lage der allgemeinen europäischen Politik richtete.

Zwar war der Krieg mit Dänemark endgiltig beigelegt und bald darauf auch die Gefahr, die so lange Zeit vom Osten her stets gedroht hatte, durch den am 15. November 1629 erfolgten Tod des stets unruhigen und unzuverlässigen Siebenbürgenfürsten Bethlen Gabor in der Hauptsache beseitigt. Dagegen war es keinem Zweifel mehr unterworfen, daß der König von Schweden die ernste Absicht hegte, in den deutschen Krieg einzugreifen, namentlich nachdem unter französischer Vermittelung am 29. September 1629 der Krieg zwischen Schweden und Polen, in welchem letzteres noch soeben durch ein ansehnliches Hilfscorps unter Arnim von Wallenstein unterstützt worden war, durch einen sechsjährigen Waffenstillstand ein vorläufiges Ende gefunden hatte. Gustav Adolf hatte der Gründe genug, einen offenen Kampf gegen die deutschen Habsburger zu eröffnen. Bei dem Kampfe um Stralsund war der Gegensatz, der durch die beiderseitigen Bestrebungen nach der Herrschaft über die Ostsee bedingt war, klar genug hervorgetreten; vor Allem aber, der Kaiser hatte den polnischen Gegner des Königs direct durch Truppenhilfe unterstützt. Vergebens versuchte der Kaiser die alte Eifersucht zwischen Dänemark und Schweden wachzurufen, vergebens trug Wallenstein dem ersteren ein enges Bündniß gegen Schweden an; Christian IV. entgegnete ihm, er gestatte außer sich und Schweden Niemand die Herrschaft auf dem baltischen Meere; ebenso vergebens aber waren die Versuche, eine Verständigung mit Gustav Adolf herbeizuführen, obwohl Wallenstein vorübergehend sich bereit erklärte, auf den Besitz von Mecklenburg zu verzichten und die von Gustav Adolf verlangte Wiedereinsetzung der dortigen Herzöge zu gestatten. Vielleicht wäre eine gütliche Beilegung der Differenzen möglich gewesen, wenn nicht durch das Restitutionsedict zu den politischen Streitigkeiten der große religiöse Gegensatz in voller Schärfe sich gesellt hätte. Auch in der äußern Politik zeitigte die Abweichung des Kaisers von der Politik seines Feldherrn verhängnißvolle Folgen. Während so von Norden her ein neuer Krieg drohte, war er an einer andern Stelle bereits ausgebrochen: durch den Streit über die mantuanische Erbfolge war Ferdinand in offenen Krieg mit Frankreich verwickelt worden.

Im Jahre 1627 war der Herzog Vincenz II. von Mantua und Montferrat aus dem Hause Gonzaga ohne Leibeserben gestorben. Der nächste Agnat, der unzweifelhaft berechtigte Ansprüche auf die erledigten Herzogthümer erheben konnte, war Herzog Karl I. von Nevers, der Sohn eines Großoheims Vincenz' II., der die Erbin der Herzogthümer Nevers und Rethel



VRBANVS VIII. BARBERINVS PONT. MAX.

Papst Urban VIII.

Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

geheirathet und so seinem Sohne eine glänzende Stellung in Frankreich verschafft hatte. Der verstorbene Herzog hatte seine Ansprüche ausdrücklich anerkannt und Nevers' Sohn Karl II. mit seiner Nichte, der Tochter seines ältesten Bruders, vermählt. Neben ihm aber wurden Ansprüche auf Theile der Erbschaft von den Herzögen von Savoyen und Guastalla geltend gemacht, welche von Spanien, das die Errichtung einer französischen Herrschaft in Italien nicht dulden wollte, unterstützt wurden. Auf der andern Seite fand Nevers einen mächtigen Förderer seiner ohne Frage rechtlich besser begründeten Ansprüche an dem Papste Urban VIII., der aus Gründen des Rechtes und der Politik den spanischen Ansprüchen energisch entgegentrat, wie er denn überhaupt eine Frankreich freundliche, Spanien feindliche Politik verfolgte. Der Kaiser hätte nun an sich keine Veranlassung gehabt, activ in diesen Erbschaftsstreit einzugreifen, zumal seine Gemahlin, ebenfalls eine mantuanische Prinzessin, die Erbansprüche Nevers' als berechtigt anerkannte und auf seiner Seite stand. In der That hätte er auch sachlich nichts gegen dessen Nachfolge einzuwenden gehabt, wohl aber erhob er gewichtige formelle Bedenken gegen die Art, wie die Erbschaftsangelegenheit von Nevers' Seite durchgeführt worden war. Einmal war er unmuthig darüber, daß jene Heirath Karls II. mit der Nichte Vincenz' II., welche bisher in einem Kloster gelebt hatte, ohne Einwilligung der Verwandten, zu denen er selbst als Gemahl einer mantuanischen Prinzessin gehörte, abgeschlossen worden war; außerdem aber hatte der Herzog von Nevers sogleich Besitz von der Erbschaft ergriffen, ohne die Belehnung bei Ferdinand nachzusuchen. In Folge dessen ließ sich der Kaiser von König Philipp IV. von Spanien bewegen, Mantua als Reichslehen mit Sequester zu belegen, bis der Reichshofrath entschieden haben werde, wem die Erbschaft zukomme. Er ließ dem Herzoge von Nevers den Befehl zukommen, in Mantua seine Herrschaft nicht auszuüben und für seinen Gewaltstreich um Verzeihung zu bitten, stellte ihm aber zugleich, wenn er sich füge, eine günstige Entscheidung in Aussicht. Man sieht, daß er sachlich zunächst noch nicht gegen den rechtmäßigen Erben vorging; er scheute dies auch darum, weil er nicht mit dem Papste, der Nevers' Ansprüche unterstützte, in Conflict gerathen wollte.

Inzwischen aber war Spanien activ gegen Nevers vorgegangen und hatte die Belagerung von Casale unternommen. Der Papst aber, der sich in erster Linie als italienischer Landesfürst fühlte und gleich den andern italienischen Fürsten eine weitere Ausdehnung der spanischen Herrschaft in Italien nicht wünschte, wandte sich an Richelieu und bat ihn um Hilfe für Nevers. Richelieu, welcher froh war, auf diese Weise zugleich den französischen Interessen dienen und zu dem Papste in ein nahes Verhältniß treten zu können, war sehr geneigt, auf die Bitte des Letzteren einzugehen, nur wollte er zunächst die Belagerung von Rochelle, mit der er eben beschäftigt war, zu Ende führen. Sobald er dies Ziel erreicht hatte, nahm er sich der Sache Nevers' mit Eifer an und veranlaßte 1629 König Ludwig XIII. selbst, sich mit einem Heere



König Ludwig XIII. von Frankreich.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Jeremias Falck (um 1619 bis um 1663); Originalgemälde von Justus van Egmont (1602—1672).

durch die Alpenpässe, die der Herzog von Savoyen vergeblich zu sperren suchte, nach Italien zu begeben.

Auf der andern Seite aber gelang es dem Könige von Spanien, Kaiser Ferdinand zu bestimmen, die Execution gegen Nevers, der sich jenem kaiserlichen Befehle nicht gefügt hatte, durchzuführen. Zu diesem Zwecke sollte ein Theil der unter Wallensteins Oberbefehl stehenden Armee durch die Pässe von Graubündten und Veltlin, welche erst vor wenigen Jahren den Anlaß zu einer Entzweiung zwischen Spanien und Frankreich gegeben hatten, nach Italien geworfen werden. Wallenstein, mit dem der Kaiser deswegen in Berathung trat, war anfangs dagegen, weil er der Ansicht war, daß man alle Streitkräfte für den deutschen und den in drohende Nähe gerückten schwedischen Krieg zur Verfügung behalten müsse. Auch die Minister des Kaisers waren aus diesem Grunde anfangs gegen den italienischen Krieg. Endlich aber fügten sie sich ebenso wie Wallenstein: ein kaiserliches Heer von fünf Regimentern, welches in Schwaben und im Elsaß stand, ging unter Colaltos Führung nach Italien. Der offene Krieg mit Frankreich war ausgebrochen und wurde mit wechselndem Glück geführt. Während die Franzosen am 30. März 1630 die Festung Pinerolo einnahmen, belagerten die Spanier Casale in Montferrat, die Kaiserlichen aber nahmen Mantua mit Sturm. Wallenstein war jetzt, wo es zum offenen Kampfe mit Frankreich gekommen war, mit Eifer bei der Sache; er hat sogar die Absicht geäußert, selbst nach Italien zu gehen. Er scheute dabei auch den Kampf gegen den Papst, der fest zu Frankreich stand, nicht. Im Gegentheil, in seiner barschen Weise äußerte er, Rom sei schon vor hundert Jahren einmal erobert worden; jetzt sei es noch viel reicher als damals; warum sollte es nicht noch einmal erobert werden?

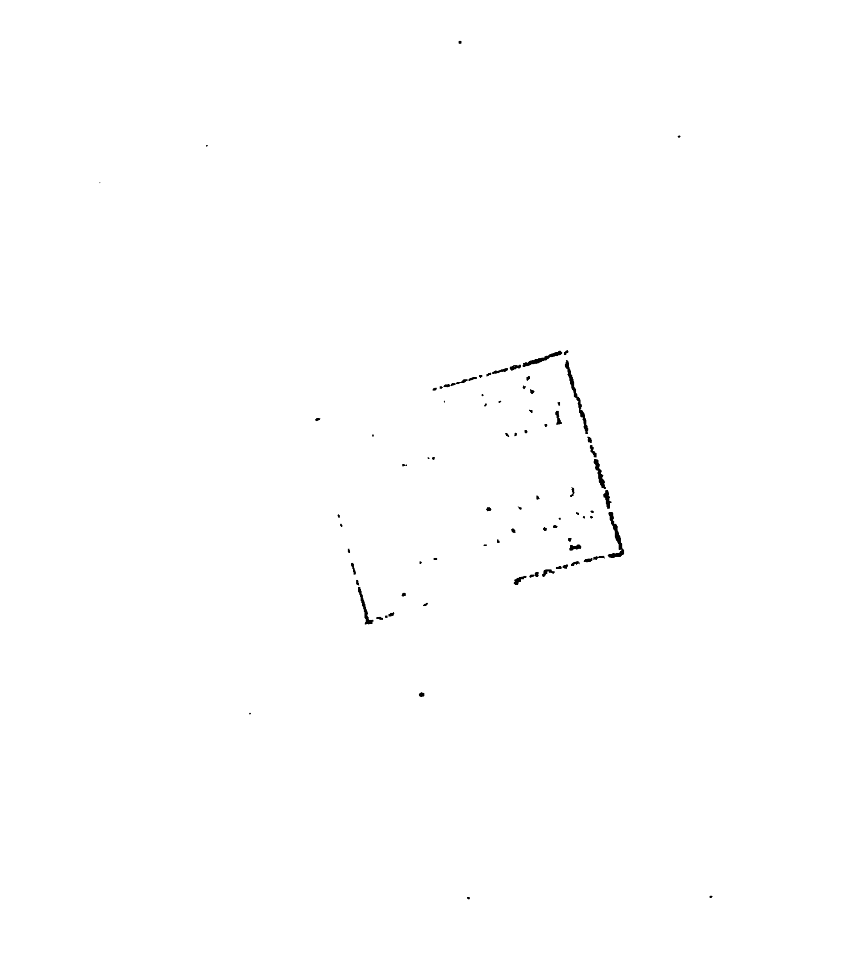
Und in diesem Augenblick, in dem die Landung Gustav Adolfs auf deutschem Boden unmittelbar bevorstand, mit Frankreich aber ein offener Krieg entbrannt war, drangen nun die Fürsten der Liga, allen voran Maximilian von Bayern, mit verstärkter Energie auf die Entlassung des kaiserlichen Feldherrn. Im December 1629 hatten sie auf einer Versammlung zu Mergentheim den Beschluß gefaßt, die Confiscation Mecklenburgs nicht anzuerkennen, sondern die endgiltige Entscheidung auf den zukünftigen Kurfürstentag zu verschieben, auf dem dann auch die Haupt- und Staatsaction gegen Wallenstein selbst in Scene gesetzt werden sollte.

In der That, zu Combinationen der sonderbarsten Art hatte der doppelte Gegensatz zwischen dem Kaiser und den deutschen Protestanten einerseits, zwischen dem kaiserlichen Feldherrn und den katholischen Verbündeten des Kaisers andrerseits geführt. Der erstere hatte das Eingreifen Schwedens zur Folge, welches nur durch die Bemühungen Frankreichs ermöglicht und durch dessen italienischen Krieg gegen die Habsburger in hohem Maße gefördert wurde. Insofern waren die Franzosen nicht allein Verbündete der Schweden, sondern auch der deutschen Protestanten. Mit denselben Franzosen aber



König Philipp IV. von Spanien.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von J. Louys; Originalgemälde von Peter Paul Rubens (1577—1640).



standen in ihrem blinden Haß gegen Wallenstein die Fürsten der Liga, die heftigsten Gegner der Protestanten, in den nächsten Beziehungen; sie waren ein Glied in der Kette, zu welcher Richelieu die verschiedenen antihabsburgischen Mächte zusammengeschmiedet hatte; insofern richtete sich ihre Opposition nicht bloß gegen Wallenstein, sondern auch gegen den Kaiser selbst, dessen überwiegende Macht eben in dem Feldherrn am unzweideutigsten repräsentirt war. Die französischen Gesandten, die auf dem Regensburger Kurfürstentage erschienen, namentlich der Pater Joseph, waren von Richelieu angewiesen, die Forderungen Maximilians von Bayern in jeder Beziehung zu unterstützen, sowohl die, welche auf die strenge Durchführung des Restitutionsedictes, als die, welche auf die Entfernung Wallensteins gerichtet war. Diese beiden Forderungen der Liga aber waren, vom höheren Standpunkte der Politik und der allgemeinen Historie aus betrachtet, eigentlich im Wesen einander entgegengesetzt; durch das Restitutionsedict wurde der Krieg in Deutschland ins Unabsehbare verlängert, für dessen Führung doch eben Wallenstein vom Kaiser auserlesen worden war. Daher ist auch die Politik der Liga in dieser Zeit voll der größten Widersprüche. Während sie auf der einen Seite den Krieg in Deutschland durch die Aufrechterhaltung des Restitutionsedicts verlängerte und sich bereit erklärte, den Krieg mit Schweden aufzunehmen, stand sie auf der andern Seite mit dem Verbündeten Schwedens und der deutschen Protestanten, mit Richelieu, in Verbindung. Nur in einem Punkte hatten ihre entgegengesetzten Forderungen etwas Gemeinsames, und eben deswegen wurden sie von Richelieu aufs Eifrigste unterstützt; sie mußten dazu beitragen, die Macht des Kaisers in Deutschland und die europäische Stellung des Hauses Habsburg zu untergraben. Gewiß haben die Fürsten der Liga wenigstens das letztere Ziel nicht bewußt verfolgt, und in Deutschland wollten sie nur der imperialistischen Form der Macht Ferdinands, welche Wallenstein verwirklichen wollte, entgegentreten. Thatsächlich aber wurden sie dadurch ein Werkzeug in der Hand Richelieus und förderten dessen antihabsburgische Pläne. Er allein auf der einen, Wallenstein auf der andern Seite vertraten eine klare und folgerichtige Politik. Richelieus Hauptstreben war eine Schmälerung der habsburgischen Macht in Deutschland und Spanien. Diese konnte auf keinem andern Wege leichter und gründlicher erreicht werden, als wenn sich der Kaiser auf der einen Seite unversöhnlich mit den Protestanten verfeindete, wie das durch das Restitutionsedict geschah, auf der andern Seite aber seinen siegreichen Feldherrn, dem er seine ganze Macht verdankte, von seiner Seite stieß. Von diesem Standpunkte, aber auch von ihm allein, standen jene beiden Forderungen der Liga nicht im Gegensatz, sondern in unverkennbarem Zusammenhange mit einander, dienten sie beide dem gleichen Zwecke, dem die Liga thatsächlich gar nicht dienen wollte. Von diesem Standpunkte aus erkennt man aber auch erst klar, daß die wahren Interessen des Kaisers mit denen Wallensteins zusammenfielen, daß der Letztere eben voll und ganz der Repräsentant der kaiserlichen Macht im Innern und nach außen

war. Nichts ist so geeignet, dies über allen Zweifel erhaben zu stellen, als die Thatsache, daß eben der in heftigem Gegensatze zu Oesterreich-Spanien stehende französische Staatsmann es war, der die auf die Absetzung Wallensteins gerichteten Bestrebungen thatkräftig unterstützte. Er war es, der die Fäden der Politik nicht allein auf dem Regensburger Kurfürstentage, sondern in ganz Europa in der Hand hielt. Der Kaiser aber sägte, indem er Wallenstein entließ, selbst den Ast ab, auf dem er saß. Daß er es dennoch über sich gewann, es zu thun, lag in erster Linie daran, daß er der Mitwirkung der Kurfürsten nicht entrathen konnte, wenn er seinem ältesten Sohne die deutsche Königskrone verschaffen wollte. Er genehmigte die Entlassung Wallensteins, den gewollten Zweck aber erreichte er trotzdem nicht. Diese ungeheure, für den ganzen weiteren Verlauf der Dinge verhängnißvolle Entscheidung vollzog sich auf dem Kurfürstentage, welchen der Kaiser auf Anfang Juni 1630 nach Regensburg ausgeschrieben hatte.

Vergebens hatte der Kaiser versucht, vor dem Zusammentritt des Convents in bessere Beziehungen zu Maximilian von Bayern, dem Führer der kurfürstlichen Opposition, zu kommen. Er hatte den Abt von Kremsmünster zu ihm geschickt und durch ihn versprechen lassen, daß die neuen Werbungen Wallensteins aufhören sollten, vergebens hatte auch Wallenstein eine Annäherung an die Liga versucht und selbst Tilly für eine solche gewonnen. Als am 3. Juli der Convent vom Kaiser in feierlicher Sitzung durch Ueberreichung der Proposition an den Kurfürsten von Mainz eröffnet wurde, begann alsbald der Sturm gegen den kaiserlichen Feldherrn. Wieder ging er zunächst nur von den katholischen Fürsten aus; die protestantischen, welche durch das Restitutionsedict von tiefstem Mißtrauen gegen die kirchlichen Reactionspläne der Liga erfüllt waren, hielten anfangs vorsichtig zurück; ja, sie machten kein Hehl daraus, daß sie vor den Plänen der Liga mehr Besorgniß hegten als vor Wallenstein. Der Kurfürst von Brandenburg z. B. hatte seine Gesandten angewiesen, sich an Beschwerden, die nur gegen Wallenstein gerichtet seien, nicht zu betheiligen, sondern über die Kriegsbedrückungen *beider* Heere zu klagen. Weiter hieß es in seiner Instruction: „Sollten unsere Gesandten vermerken, daß die katholischen Kurfürsten auf die Abschaffung des Herzogen zu Friedland zielen und die Direction des Krieges an sich bringen wollten, so sollen sie sich dessen nicht theilhaftig machen.“ Voll und ganz unterstützt wurden dagegen die Fürsten der Liga durch die französische Gesandtschaft, deren ostensibler Auftrag auf die Beilegung der mantuanischen Erbfolgestreitigkeit lautete. Sie bestand aus dem eigentlichen Gesandten Mr. Leon de Bruslart und jenem Capuziner Pater Joseph Le Clerk du Tremblay, nächst Richelieu dem bedeutendsten diplomatischen Talente, über welches Frankreich damals verfügte. Er war es namentlich, der direct gegen Wallenstein wirkte. Richelieu ließ durch ihn erklären, sein König sei bereit, wenn der Kaiser nicht nachgebe, sich den Kurfürsten anzuschließen. Dagegen fand der Kaiser Unterstützung bei dem spanischen Ge-

sandten, Herzog von Doria, der consequent den antifranzösischen Standpunkt vertrat, energisch auf einen Angriff gegen Frankreich und Holland drang und aus diesem Grunde auch die Beibehaltung Wallensteins befürwortete. Dieser selbst weilte in Memmingen, wo er, unbeirrt durch die Verhandlungen des Kurfürstentages, eifrig Vorbereitungen zu einem Angriff gegen Frankreich, sowohl in Italien als vom Elsaß her, traf.

Den Verhandlungen in Regensburg selbst wurde wie herkömmlich die Proposition des Kaisers zu Grunde gelegt. Sie umfaßte fünf Punkte, die dem Convente in Form von Fragen vorgelegt wurden. Es waren die folgenden: 1., was mit dem geächteten Kurfürsten von der Pfalz endgiltig geschehen solle? 2., wie man den Holländern begegnen solle, um ihnen die auf dem Reichsboden occupirten Plätze zu entwinden und überhaupt ihrer Beschützung des Pfälzers ein Ende zu machen? 3., wie man dem Könige von Schweden Widerstand leisten wolle, im Falle er sich in die Reichssachen einmengen würde? 4., wie man dem Könige von Frankreich entgegentreten solle, wenn er sich noch weiter unbefugter Weise in die italienischen Angelegenheiten mischen würde? 5., wie endlich das Kriegswesen in Ordnung gebracht werden könne?

Von diesen Fragen waren die Kurfürsten zunächst nur die dritte, auf den König von Schweden bezügliche, im Sinne des Kaisers zu beantworten geneigt. Sie erklärten sich in der That bereit, sich an dem Kriege gegen Schweden zu betheiligen. Den vierten Punkt der Proposition beantworteten sie dadurch, daß sie dem Kaiser energisch zu einem Abkommen mit Frankreich riethen, welches dann in der That dahin zu Stande kam, daß Ferdinand trotz der inzwischen in Italien errungenen Erfolge den Herzog von Nevers im Besitz von Mantua und Montferrat anerkannte, dieser aber eine formelle Abbitte leistete. Die Berathung über den Krieg mit Holland wurde auf den nächsten Reichstag verschoben. Dagegen warf man sich nun mit vollem Eifer auf die Berathung des entscheidenden fünften Punktes, und zwar begnügte man sich von vornherein nicht mit den alten herkömmlichen Klagen und Beschwerden, sondern beschloß, zunächst allerdings gegen die Stimmen der Protestanten, sogleich direct auf die Absetzung Wallensteins zu dringen und den Kaiser zu bitten, „daß der Armee ein solches Capo vorgesetzt werden möchte, das selbst im Reiche angesessen und wohl angesehen und zu dem die anderen Stände ein desto besseres Vertrauen trügen“. Bis zum 15. Juli gelang es dann auch, die bisherige Opposition der Protestanten gegen einen gemeinsamen Schritt gegen Wallenstein zum Schweigen zu bringen. Am 16. Juni einigten sich alle Kurfürsten über eine Zuschrift an den Kaiser, in der sie sich beklagten, daß sie alles Ansehens beraubt seien und sich den kaiserlichen Commandanten, die sich mit ihnen dem Stande nach gar nicht vergleichen könnten, unterwerfen und unzählige Drangsale stillschweigend über sich ergehen lassen müßten. Nachdem sie dann diese Beschwerden im Einzelnen, namentlich an dem Beispiele von Brandenburg, welches bis jetzt allein vierzig

Millionen Thaler habe aufwenden müssen, begründet hatten, verlangten sie ausdrücklich einen Wechsel im Generalat. In einer zweiten Zuschrift vom 19. Juli wurde der Kaiser ersucht, fortan auf den Rath der Kurfürsten zu hören und ohne ihr Wissen keine wichtige Regierungshandlung vorzunehmen; im Besonderen verlangten sie dann noch, daß gegen die vertriebenen Herzöge von Mecklenburg ein förmlicher Prozeß eröffnet werde. Der Kaiser schwankte. Die Zuschrift der Kurfürsten rundweg ablehnend zu beantworten, trug er natürlich Bedenken, ebenso wenig aber konnte er sich entschließen, seinen Feldherrn preiszugeben. Er antwortete mit einer im Wesentlichen aufschiebenden Wendung: wenn wider seinen jetzigen Feldhauptmann etwas in specie geklagt werden sollte, so wolle er solches willig anhören und sich darüber der Gebühr nach resolviren.

Auf solche specielle Einzelanklagen aber, welche die Entscheidung nur ins Unabsehbare verlängern, vor Allem aber eine eingehende Rechtfertigung Wallensteins zur Folge haben konnten, wollten sich die Kurfürsten nicht mehr einlassen. Am 1. August fuhren die drei geistlichen Kurfürsten und Maximilian von Bayern persönlich zum Kaiser und überreichten ihm eine neue scharfe Klageschrift gegen Wallenstein. Ferdinand widerstand eine Zeit lang eifrig der Forderung der Kurfürsten, das Verhältniß zwischen ihm und den Kurfürsten wurde ein sichtlich gespanntes. Dadurch aber wurde die Besorgniß der kaiserlichen Geheimen Räthe, denen Ferdinand die Sache zur Begutachtung übergab, erregt. Zwar vertheidigten sie in ihrem Gutachten Wallenstein, dem sich bisher ein bestimmter Vorwurf nicht machen lasse. Daß aber auch sie von dem hochfliegenden Ehrgeiz des Generalissimus Gefahr fürchteten, geht daraus hervor, daß sie in ihrem Gutachten der Besorgniß Ausdruck gaben, daß Wallenstein im Falle seiner Entlassung „sich seines Volks und in Händen habenden exercitus, welchen er erstmals auf seinen Credit auf den Fuß gebracht, dessen Obristen auch von ihm fast alle zu solchen Ehren und Würden, wie auch Geld und Gütern promoviert worden, sich gebrauchen und anderer dergleichen offendirter, in Historien vielfältig sich befindender Feldobristen Exempel nach selbst vindicirен möchte". Sie riethen dem Kaiser, für diesen Fall sich des Beistandes der Kurfürsten ausdrücklich zu vergewissern. Schließlich aber empfahlen sie ihm doch, sich mit den Kurfürsten nicht zu veruneinigen, sondern lieber seinen General zu entfernen, da er sonst auf ein Bündniß der katholischen und protestantischen Reichsstände gefaßt sein müsse. In der That arbeiteten die katholischen Kurfürsten auf ein solches mit allem Eifer hin, um auf diese Weise den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Sie suchten mit den evangelischen Kurfürsten in ein enges Verständniß zu kommen und entschlossen sich sogar, um dies zu erreichen, denselben in Aussicht zu stellen, daß das Restitutionsedict in ihren Staaten nicht zur Ausführung kommen solle. Auch hier offenbarte sich wieder die eigenthümlich widerspruchsvolle Politik der Liga. Während sie den protestantischen Kurfürsten Aufhebung des Edicts für ihre Länder versprachen,

machten sie Wallenstein einen schweren Vorwurf daraus, daß er, ganz im Rahmen seiner bisherigen Politik, dasselbe Edict in Württemberg nicht zur Durchführung bringen wollte.

Trotz dieses energischen Vorgehens der katholischen Kurfürsten gegen Wallenstein ließ der Kaiser seinen Feldherrn auch in der schriftlichen Antwort, die er ihnen am 7. August ertheilte, nicht fallen, ja er vertheidigte ihn im Hinblick auf jene Forderung der Eröffnung eines Prozesses wegen Mecklenburg auch im Besitz dieses Herzogthums.

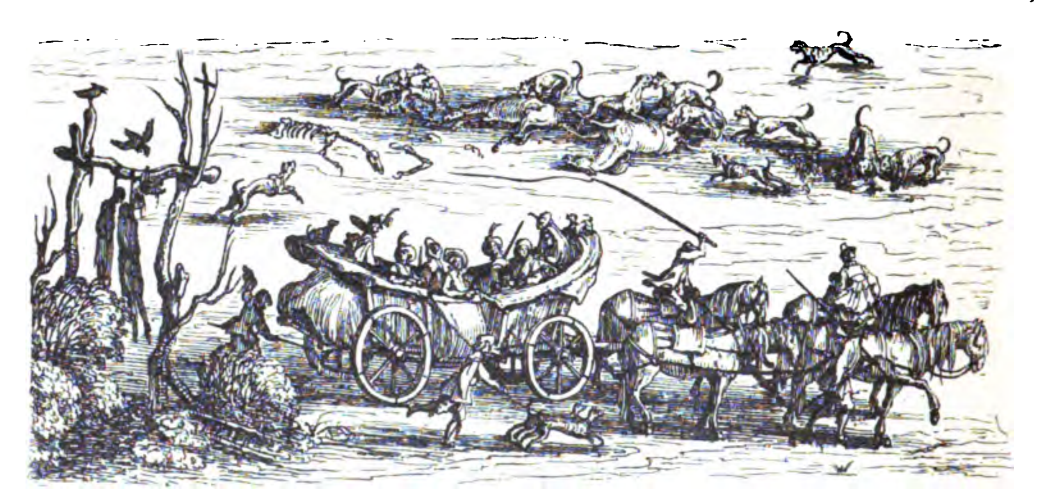
Die entgegengesetztesten Einflüsse kämpften in diesen entscheidungsvollen Tagen am Hofe des Kaisers mit einander. Der leitende Minister, Fürst von Eggenberg, war noch immer für Wallenstein. Den Ausschlag gab



Facsimile der Unterschrift Wallensteins, Albrecht Herzog zu Friedland, unter einem Schriftstück vom 23. März 1628. Originalgröße. (Berlin, Königl. Geh. Staatsarchiv.)

schließlich der Papst, der, durchaus im Fahrwasser der französischen Politik, mit allen Kräften auf die Beseitigung des Feldherrn hinarbeitete und sich zu diesem Zwecke des kaiserlichen Beichtvaters Lamormain bediente. Als die Kurfürsten jetzt am 12. August eine nochmalige Eingabe an den Kaiser richteten, entschloß er sich nachzugeben, nur stellte er die Bedingung, daß Wallenstein weder in seiner Ehre noch in seinem Besitz eine Schädigung erfahren solle. In der schonendsten Form sollte dieser Beschluß Wallenstein mitgetheilt werden. Zu Gesandten an ihn erwählte der Kaiser zwei der besten Freunde des Feldherrn, Werdenberg und Questenberg. Sie sollten ihm klar zu machen suchen, daß der Entschluß des Kaisers dem Drängen der Kurfürsten gegenüber nicht zu vermeiden gewesen sei. Wider alles Erwarten empfing Wallenstein, der sich über die Vorgänge in Regensburg stets auf dem Laufenden erhalten hatte, die kaiserlichen Abgesandten durchaus freundlich. Er erklärte ihnen, auf die astrologischen Hilfsmittel, von denen er in seinem Arbeitszimmer

umgeben war, hindeutend, er habe es schon längst in den Sternen gelesen, daß der Geist des Kurfürsten von Bayern den des Kaisers regiere. Deswegen könne er diesem keinen Vorwurf machen. Nur darüber beschwerte er sich, daß sich der Kaiser seiner nicht warm genug angenommen habe. Er entließ die Gesandten mit fürstlichen Geschenken und fügte sich scheinbar willig der Entscheidung, die ihn mit einem Schlage von seiner stolzen Höhe herabstürzte. Er zog sich auf seine böhmischen Besitzungen, nach Gitschin, zurück, wo er mit königlicher Pracht Hof hielt. Er wußte, daß ein neuer schwerer Krieg mit Schweden bevorstehe oder vielmehr schon begonnen habe, und beschloß, im Innersten ergrimmt, aber äußerlich ruhig, des Moments zu harren, da man seiner wieder bedürfen würde.

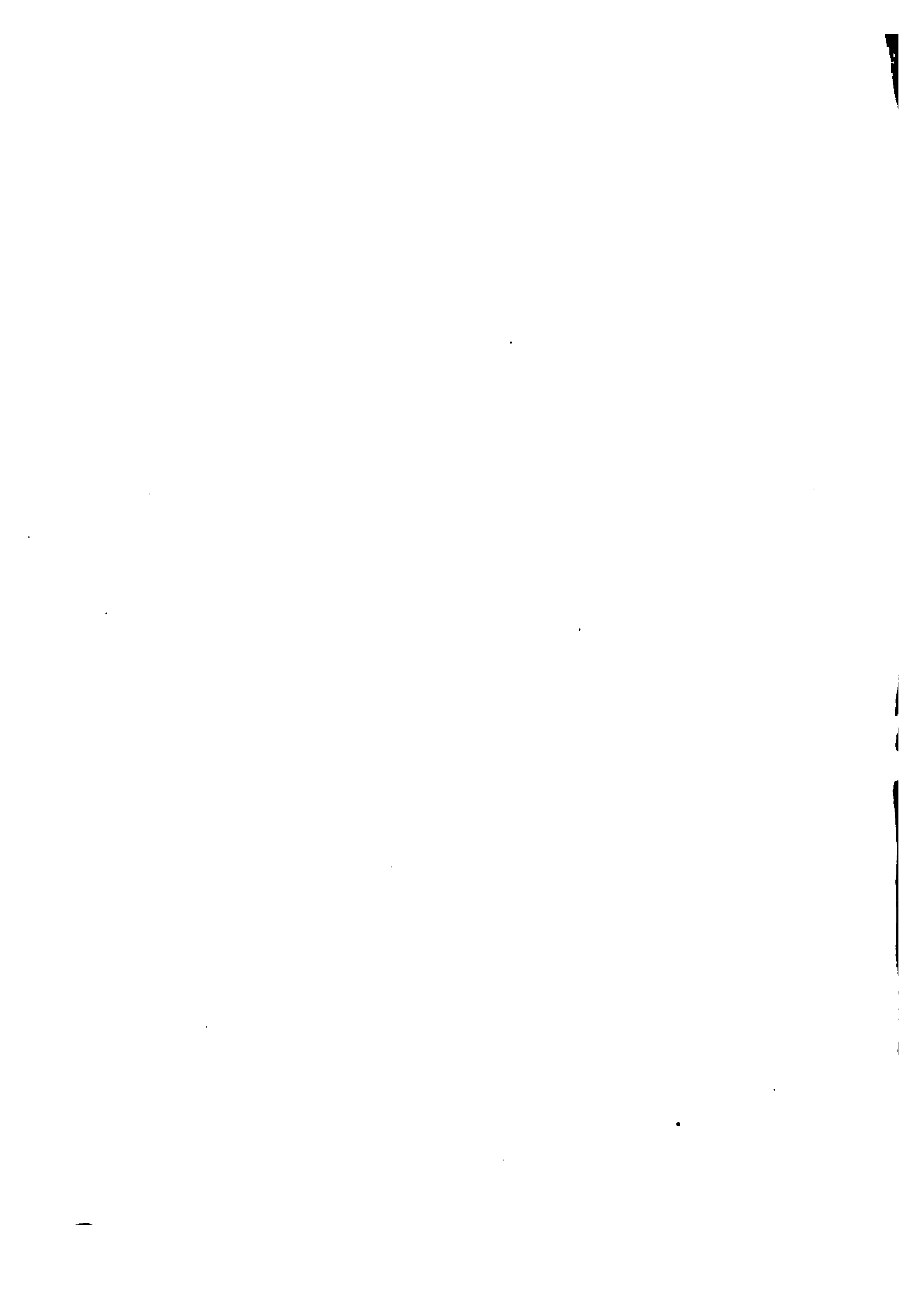


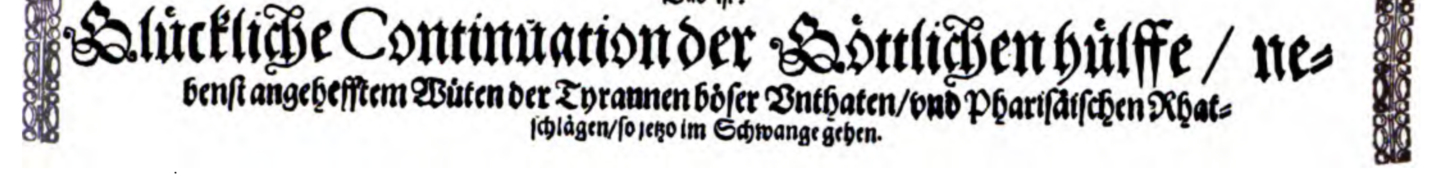
Reisewagen während des dreißigjährigen Krieges.
Facsimile aus Jacques Callots (1594—1635) Radirung „Belagerung von Breda", 1624.

Dritte Periode.

Gustav Adolf und Wallenstein.
Der Prager Friede.

(1630—1635.)





Schwedischer Ankunfft vnd Fortgang im Reich/
Das ist:

Glückliche Continuation der Göttlichen hülffe / nebenst angehefftem Wüten der Tyrannen böser Vnthaten/vnd Pharisäischen Rhatschlägen/so jetzo im Schwange gehen.

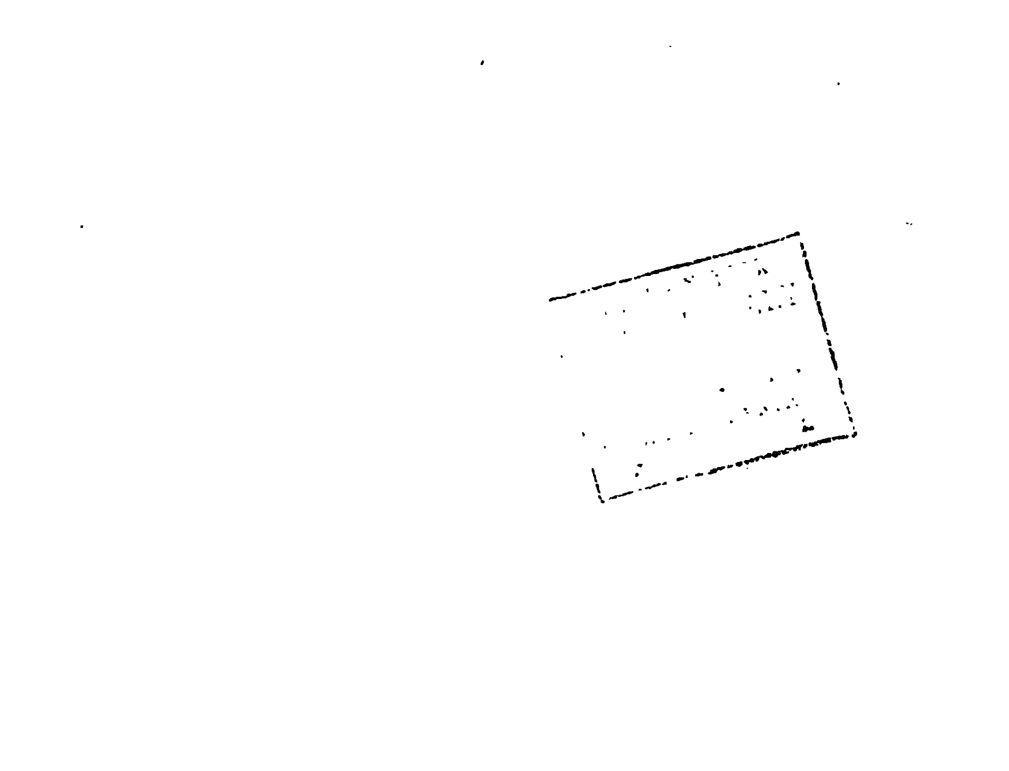


SO lang sah ich ihm nach/ biß ich bin jnnen worden /
Das Gott durch jhn das A. Weib einführt zur nechsten
Pforten/
So weit das er wieder beym erst B. Engel wurd bracht:
Ein C. Mann wolt jhn zu rück halten mit groser Macht/
Den er doch nach sich zog/ gleich als mit einer Kette/
Dem Vogel D. baldt sein Beut wiederumb gerewen thäte.
Der Held vermahnet E. die/ so begehrten sein Beystand
Für vnd mit jhm zu Gott zu flehen vmb hülffreich Handt/
Auch kehrten die selbst vmb/ die jhrs E. thun nur abwarten/
Weil vnverhoffte G. Thier möchten suchen im Garten.
In dem sie treffen/ kömpt eben dasselb H. Vrteil/
Welches jhre Brüder bracht in all dieß groß Vnheil.

Darauff saget zum Held das Weib wenn du nicht wirst ansehen
Waß dir begegnen mag/ sondern recht lahn recht gehen/
Den fernen so wol/ als den nähern Beystandt thu.
Dem Klein wie dem Grossen/ alles I. Vbels anthun.
So weiß ich/ Gott wird dich mit seiner Hülffe segnen/
Gnad/ Sieg vnd all Ehr/ auff dich stets lassen Regenen/
Waß du vornimbst/ wird dir glücklich gehen von stadt/
Weil du nicht dir/ Sondern Gott zuschreibest all That.
Du wirst mit Fried vnd Ruhm wieder anheim kommen/
Darzu ein gewünschten Erb deinr Cron bekommen.
Gesund in guter Ruhe leben zu aller friest/
Biß dir sterben wird seyn/ nützer denn Leben ist.

E N D E.

Facsimile eines Flugblattes auf Gustav Adolfs Landung in Deutschland; 1631.



Die Landung Gustav Adolfs in Pommern.

Als auf dem Regensburger Reichstage jene ungeheure Entscheidung erfolgte, die Entlassung des sieggekrönten Feldherrn, der seit langer Zeit zum ersten Male dem Kaiser zu einer wirklich kaiserlichen Machtvollkommenheit im Reiche verholfen hatte, da war im Norden Deutschlands bereits der Held gelandet, der den Kaiser von seiner stolzen Höhe wieder herabstürzen, den Protestantismus in Deutschland retten und das Gleichgewicht der Kräfte in Europa wieder herstellen sollte. Es ist bezeichnend und verdient hervorgehoben zu werden, daß die Landung Gustav Adolfs schon erfolgt und in Regensburg bekannt war, als der eigentliche Sturm der Liga gegen Wallenstein begann. Am 26. Juni legten die ersten schwedischen Schiffe an der Insel Usedom an, am 16. Juli erfolgte in Regensburg die erste gemeinsame Eingabe der Kurfürsten gegen Wallenstein. Daß das möglich war, daß katholische Fürsten, welche mit Energie auf die Durchführung des Restitutionsedicts drangen und dadurch den gesammten Protestantismus in Deutschland zu leidenschaftlichem Widerstande veranlaßten, dem Kaiser in diesem Momente höchster Gefahr, da dem in seiner Existenz bedrohten Protestantismus ein neuer Helfer und Retter erstand, die Entlassung des Feldherrn abtrotzten, der allein im Stande gewesen wäre, den neuen Feind zu bestehen, das ist ein sprechender Beweis dafür, wie blind der Haß dieser Fürsten gegen Wallenstein war, zugleich aber auch dafür, wie sehr sie den neuen Gegner unterschätzten. Auch der Kaiser selbst scheint von der Größe der Gefahr, die ihm drohte, keine Vorstellung gehabt zu haben. In der Wienerisch gemüthlichen Art, welche er zuweilen an der ungeeignetsten Stelle hervorkehrte, äußerte er, da habe er „halt a Kriegel mehr". Die katholischen Fürsten aber waren durch die bisherigen Erfolge der kaiserlichen und ligistischen Waffen und durch den ungeheuren Aufschwung, den dadurch die Tendenzen der katholischen Reaction genommen hatten, so übermüthig und siegesgewiß geworden, daß sie offen ihre Freude über die Landung des „Schneekönigs" äußerten; denn dadurch werde sich reiche Gelegenheit zu neuen Confiscationen der Besitzthümer derer, die sich ihm anschlössen, darbieten. In Wien aber schlug die kaiserliche Kanzlei, als die Nachricht von der Landung Gustav Adolfs anlangte, im Staatskalender nach, um zu sehen, wo denn eigentlich das Ländchen des kleinen Gothenkönigs liege.

Diese kurzsichtige Verblendung war um so unbegreiflicher, als der kaiserliche Feldherr, den man soeben zu entfernen im Begriff war, schon seit Jahren mit völlig klarer Erkenntniß der Sachlage und der Persönlichkeit Gustav Adolfs immer und immer wieder auf die von dieser Seite drohende Gefahr hingewiesen hatte. Man kann sagen, daß die Politik Wallensteins in den letzten drei Jahren, seitdem er den Gedanken einer kaiserlichen Ostseeherrschaft ernstlich in Betracht gezogen hatte, in jedem einzelnen Augenblick von der Rücksicht auf den Schwedenkönig bestimmend beeinflußt worden war, dessen umsichtige Thatkraft er zuerst bei der Belagerung von Stralsund in empfindlichster Weise gespürt hatte. Aus zahlreichen brieflichen Aeußerungen Wallensteins an seine Vertrauten geht unzweifelhaft hervor, daß er dem Dänenkönige in Lübeck trotz der großen über ihn errungenen Erfolge so außergewöhnlich milde Bedingungen nur deshalb gewährte, weil er die Besorgniß hegte, daß bei einer Fortführung des Krieges der König von Schweden sich in denselben einmischen werde. Von demselben Gesichtspunkte aus hatte Wallenstein, der sonst so eifersüchtig darüber wachte, sein ganzes Heer unter seinem unmittelbaren Oberbefehl zu behalten, bei dem Kriege Schwedens mit Polen eine Ausnahme gemacht, obwohl doch der Kaiser gar nicht unmittelbar an demselben betheiligt war. Noch im Jahre 1629 hatte er einen seiner tüchtigsten Officiere, den General von Arnim, mit einem Heere von über 10 000 Mann dem Könige von Polen zu Hilfe gesandt, um ihn zu weiterem Widerstande gegen Gustav Adolf zu stärken und diesen dadurch von einer Einmischung in den deutschen Krieg abzuhalten. Deshalb hatte ihn dann der trotzdem erfolgte Abschluß jenes sechsjährigen Waffenstillstandes zwischen Schweden und Polen im September 1629 aufs Neue mit ernster Besorgniß erfüllt und ihn veranlaßt, sich anfangs gegen den italienischen Krieg wegen der mantuanischen Erbfolge zu erklären, damit man zu dem jetzt in drohende Nähe gerückten schwedischen Kriege freie Hand behalte. Auch hier hatte er bewiesen, daß er im Grunde eigentlich der einzige Mann in Deutschland war, der mit voller Klarheit die politische Weltlage übersah.

In der That waren der Anzeichen, daß Gustav Adolf die ernstliche Absicht hegte, den Krieg gegen den Kaiser, mit dem er schon wiederholt mittelbar in politischen Gegensatz gerathen war, unmittelbar nach Deutschland selbst zu übertragen, in den letzten Jahren mehr als genug vorhanden gewesen. War doch schon in den Jahren 1624 und 1625 ernstlich darüber verhandelt worden, ihm und nicht dem Könige von Dänemark das Directorium des niederdeutschen Krieges zu übertragen, war doch dann in dem ganzen dänischen Kriege immer und immer wieder der Einfluß Gustav Adolfs dem kaiserlichen Feldherrn trotz aller Erfolge, die er errang, hemmend in den Weg getreten. Vollends seitdem Wallenstein immer klarer mit der Absicht hervorgetreten war, dem zu einem früher ungeahnten Ansehen erhobenen Kaiserthum auch die Herrschaft über die Ostsee zu verschaffen, hätte es keinem Einsichtigen mehr verborgen bleiben sollen, daß über diese Frage ein Krieg zwischen dem Kaiser



Gustav I. Wasa von Schweden.

Facsimile des Kupferstiches von Martin Rota (um 1558—1586).

und dem schwedischen Reiche gar nicht mehr zu vermeiden war. Der diametrale politische Gegensatz zwischen Beiden trat mit voller Klarheit zu Tage. Die Macht, welche das junge schwedische Königthum in den letzten hundert Jahren in mühevollem Ringen mit den Nachbarstaaten sich erworben hatte, beruhte auf zwei Grundlagen: einmal auf seinem durchaus protestantischen Charakter, den es in schwerem, innerem Kampfe doppelt gefestigt hatte, dann aber auf der Herrschaft über die Ostsee und ihren Handel, der das consequent festgehaltene Ziel der Politik Gustav Adolfs in allen seinen Kämpfen gegen Dänemark, Rußland und Polen gewesen war. Diese beiden Grundgedanken der schwedischen Politik, der protestantische und der des Dominium maris Baltici, waren in der That untrennbar mit einander verbunden. In beiden Richtungen aber war der Kaiser der Antipode des schwedischen Staates. Wollte sich Gustav Adolf nicht von dem Kaiser und seinem Feldherrn entreißen lassen, was er in jahrelanger schwerer Arbeit errungen hatte, so mußte er den Krieg gegen den Kaiser aufnehmen, zu dem ihm dieser durch die militärische Hilfe, die er dem Könige von Polen geleistet hatte, mehr als genügende politische Veranlassung gegeben hatte. Es war der alte große Gegensatz aus den Tagen Philipps II., der hier in neuer Gestalt noch einmal in die Erscheinung trat. Und wenn es wahr ist, daß ein Staat nur mit den Kräften erhalten werden kann, durch die er begründet worden ist, so war Gustav Adolf die Richtung seiner Politik gegen die habsburgische Weltmacht aus religiösen wie politischen Gründen als unbedingte Nothwendigkeit vorgezeichnet. Die Existenz seiner eigenen Königswürde war damit untrennbar verbunden.

Schweden verdankte seine Existenz als selbständiger Staat dem Großvater Gustav Adolfs, Gustav Wasa. Er war es, der jene sicheren Grundlagen der weiteren staatlichen Entwickelung legte, auf denen die Bedeutung dieses Staates für die nordische Welt Europas beruhte: das streng protestantische Wesen im Innern, durch welches es gelungen war, auf den Bürger- und Bauernstand gestützt, dem Königthume zu einer selbständigen Bedeutung gegenüber dem mächtigen Adel zu verhelfen, das consequente Streben nach Einfluß und Macht auf der Ostsee, der wichtigsten Handelsstraße in jenem Theile Europas, nach Außen. Auf diesen Grundlagen hatte der älteste der Söhne Gustav Wasas, Erich, weitergebaut, freilich in einer so gewaltsamen und übereilten Art und Weise, daß er schließlich in Kampf mit seinem eigenen Bruder verwickelt und von diesem gefangen genommen wurde. Dieser Bruder, Johann, ein hochbegabter, aber wankelmüthiger Mann, war von den von seinem Vater gelegten Grundlagen in jeder Richtung abgewichen, indem er den streng protestantischen Charakter seines Staats in Frage stellte und immer deutlichere Hinneigung zum Katholicismus bekundete. Hatte er schon dadurch heftige Opposition bei seinem fest am evangelischen Glauben hängenden Volke

erregt, so wuchs diese noch erheblich, als er seinen Sohn Sigismund auf den Thron des streng katholischen polnischen Königreiches erheben ließ und offen danach strebte, an die Stelle der mit Mühe abgeschüttelten schwedisch-dänischen eine schwedisch-polnische Union zu setzen und dadurch dem Katholicismus auch in Schweden zum Uebergewichte zu verhelfen. Diese Opposition gegen König Johanns katholisirende Tendenzen war es, welcher der Zweig des Hauses Wasa, dem Gustav Adolf angehörte, sein Emporsteigen zum Königthum verdankte. Als nämlich nach Johanns Tode dessen Sohn, jener polnische König Sigismund, den schwedischen Thron besteigen sollte, suchte sich anfangs das schwedische Volk gegen dessen katholisirende Tendenzen, die zugleich, dem polnischen Vorbilde entsprechend, zur Wiederherstellung der alten Adelsherrschaft geführt haben würden, dadurch zu schützen, daß es den neuen König einen Eid schwören ließ, durch den er sich verpflichtete, des Landes Glauben und Gerechtsame unangetastet zu lassen. Da aber trotz dieses Eides die katholische Gesinnung Sigismunds immer deutlicher zu Tage trat, wuchs der Widerstand gegen sein Regiment so, daß man den jüngeren Bruder des verstorbenen Königs Johann, Oheim Sigismunds, Karl von Südermannland, der mit Eifer am evangelischen Glauben festhielt, erst zum Reichsverweser, dann (1604) an Stelle Sigismunds zum Könige von Schweden erhob. Dieser vortreffliche, scharfsinnige und kühl berechnende, aber auch nüchterne Fürst lenkte mit bewußter Folgerichtigkeit in die Bahnen seines Vaters Gustav Wasa wieder ein, d. h. er hielt den protestantischen Charakter seiner Würde ebenso fest wie den politischen Grundgedanken, auf dem die Bedeutung seines Staates beruhte.

Der Sohn dieses Königs Karl, der durch seine streng protestantische Gesinnung den näher berechtigten, aber katholischen Neffen vom schwedischen Königsthron verdrängt hatte, war nun Gustav Adolf, der nach seines Vaters Tode (1611) als siebzehnjähriger Jüngling den schwedischen Thron bestieg. Man sieht auf den ersten Blick, was das bedeutete. Daß er überhaupt König wurde, verdankte er seinem protestantischen Bekenntnisse; die Erhaltung seiner Würde, welcher der katholische polnische Vetter fortgesetzt die Anerkennung versagte, war mit seinem religiösen Bekenntnisse untrennbar verbunden.

Die Aufgabe, die der Jüngling übernahm, war eine außerordentlich schwierige. Sein Vater hatte ihm als Erbtheil drei auswärtige Kriege, mit Dänemark, mit Polen und Rußland, hinterlassen, in denen er sich nicht allein seine Weltstellung, sondern sogar die volle Unabhängigkeit seines Königthums erst erringen mußte. Dazu waren die inneren Zustände des Reiches keineswegs gesichert und erfreulich. Die Wirren, durch welche Sigismund den Thron verloren hatte und Gustav Adolfs Vater zur Königswürde emporgestiegen war, hatten verderbliche Spuren genug hinterlassen. Der von König Johann begünstigte und wieder zu großem Einfluß gelangte Adel war von Karl noch keineswegs in jeder Beziehung in die alten Schranken zurückgewiesen worden. Das war aber um so gefährlicher, als derselbe offene Hinneigung



Sigismund III., König von Polen.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1632, von Friedrich Hulsius.

zu König Sigismund von Polen bekundete, der noch immer seinen Rechten auf den schwedischen Königsthron keineswegs entsagt hatte. Es konnte daher nicht unbedenklich erscheinen, seine privilegirte Stellung anzugreifen, die nicht bloß in seinem weitreichenden Einflusse auf die Staatsgeschäfte, sondern auch in seiner völligen Befreiung von allen Steuern ihren Ausdruck fand. Und doch mußte der Versuch gemacht werden, wenn der junge König die Kräfte seines kleinen Königreichs in ausreichendem Maße für seine groß angelegte auswärtige Politik zur Verfügung haben wollte. Und das Staunenswerthe gelang! In zwanzigjähriger unausgesetzter Arbeit verschaffte Gustav Adolf dem im Inneren gespaltenen, nach Außen wenig bedeutenden Reiche eine Weltmachtstellung, die es befähigte, als bestimmender Factor in den großen Weltkrieg des Jahrhunderts einzugreifen. Fürwahr eine Leistung, die seiner Befähigung für sein hohes Amt ein glänzendes Zeugniß ausstellt! Diese Befähigung, die er schon sehr früh an den Tag gelegt hatte, war durch eine umsichtige und vielseitige Erziehung von seinem Vater mit Eifer und Verständniß gepflegt und gefördert worden.

Gustav Adolf war inmitten der inneren Kämpfe, in denen sein Vater zur Königswürde emporstieg, am 19. November 1594 geboren worden und in unruhigen und bewegten Zeiten herangewachsen. Als sein Vater zum Throne gelangte, war der Sohn zehn Jahre alt. Er hatte schon damals eine für seine Zeit an Fürstenhöfen nicht gewöhnliche allseitige Bildung erworben und früh ein reifes und gesundes Urtheil an den Tag gelegt. Mit besonderem Eifer wandte er sich schon als Knabe kriegswissenschaftlichen Studien zu und vertiefte sich namentlich mit Eifer in die Geschichte der niederländischen Freiheitskämpfe. Wilhelm von Oranien war sein Lieblingsheld; an dem Muster der niederländischen Feldherrn und der niederländischen Kriegs- und Befestigungskunst hat er sich herangebildet. Daneben wurde die allgemeine geistige Ausbildung nicht versäumt. Vor Allem war es das Studium der Sprachen, für das der junge Königssohn Eifer und reiche Begabung zeigte. Er beherrschte später nicht weniger als fünf Sprachen außer der schwedischen: holländisch, deutsch, französisch, lateinisch und italienisch. Auch in die Anfänge des Griechischen war er eingedrungen, so daß er Xenophon zu lesen vermochte. Von den Neueren las er mit Eifer die völkerrechtlichen Arbeiten von Hugo Grotius. Er blieb dabei nicht bei der Freude an der äußeren schönen Form stehen, sondern drang in das Wesen der Dinge ein, so daß er sich in sehr jungen Jahren schon ein gesundes und treffendes Urtheil aneignete, welches das Erstaunen der am schwedischen Hofe verweilenden Gesandten erregte. Als elfjähriger Knabe schon war er von seinem Vater in die Sitzungen des Staatsrathes mitgenommen und in den Mechanismus der Geschäfte eingeführt worden. Der Vater war stolz auf die reiche Begabung seines Sohnes, die er mit scharfem Blick erkannte und in geeigneter Weise zu fördern verstand. Aehnlich wie später Friedrich Wilhelm I. von Friedrich dem Großen, so hat damals Karl IX. von

Gustav Adolf gesagt, der sei größer als er, der werde glücklich hinausführen, was er mühsam begonnen habe; er werde ein zweiter Gustav Wasa werden. Und sehr bald bekam die Welt zu spüren, wie richtig der Vater geweissagt hatte.

Als Gustav Adolf im Jahre 1611 den Thron bestieg, übernahm er das Reich, wie die Leichenrede es ausdrückt, „mit zwei leeren Händen". Wollte er es befähigen, eine wirklich bedeutende Stellung inmitten der mit einander ringenden Mächte des Nordens einzunehmen und zu behaupten, so mußte er zunächst versuchen, Ordnung im Innern zu schaffen und vor Allem die Ausnahmestellung des privilegirten Adels zu brechen, dessen reichen Besitz an Land und Leuten den Zwecken des Staates dienstbar zu machen. Mit bewundernswerther Umsicht löste er diese schwierige Aufgabe, ohne mit dem Adel in directen Conflict zu kommen. Er wußte die alten militärischen Traditionen, durch die derselbe dereinst in der Führung des Heeres emporgekommen war, wieder zu beleben. Er erinnerte ihn geradezu daran, daß seine Privilegien eben auf der alten Leistung des „Roßdienstes" beruhten, daß derjenige, der dem Staate nicht mit allen Kräften diene, auch seiner Privilegien verlustig gehen müsse. Er wußte militärischen Geist und Wetteifer wieder in ihm zu wecken. Während er seinen ersten Krieg mit Dänemark im Jahre 1613 durch den wenig günstigen Frieden von Knaröd beendigen mußte, weil er beim Adel nicht die erforderliche Unterstützung fand, wurde das in den späteren Kriegen ganz anders. Und als erst der staatliche Sinn im Adel gegenüber den egoistischen Standesinteressen wieder erwacht war, gelang es auch, denselben nicht bloß zu militärischem Dienste, sondern auch zu finanziellen Leistungen heranzuziehen. Auch das geschah in umsichtiger und vorsichtiger Weise, anfangs nur mittelbar, indem der König eine Mühlensteuer einführte, die von allem zur Mühle gelangenden Korn erhoben wurde und so naturgemäß auch das Korn des reichen grundbesitzenden Adels traf. Später konnte der König geradezu daran gehen, eine Kopfsteuer auch vom Adel zu erheben und dadurch die Steuerlast des Bürgers und Bauern, welche durch die langdauernden Kriege geradezu unerträglich geworden wäre, erheblich zu erleichtern.

Nachdem er, auf diesem Wege langsam, aber sicher weitergehend, die finanziellen Kräfte seines kleinen, nur anderthalb Millionen Einwohner zählenden Staates gehoben und für die Durchführung einer von großen Gesichtspunkten ausgehenden europäischen Politik fähig gemacht hatte, ging er mit der gleichen Umsicht an die Neuorganisation seines Heeres, welches bisher trotz seiner inneren Tüchtigkeit doch mehr eine Art Landwehr als ein regelrechtes Kriegsheer gewesen war. Dem vorwiegend bäuerlichen Charakter des Landes entsprechend, war bisher nicht allein die Aushebung districtsweise erfolgt, sondern das ganze Heer war gleichsam landsmannschaftlich organisirt gewesen. Die einzelnen „Fahnen", die sich in den Districten versammelten, waren gar nicht zu größeren Verbänden, zu Regimentern, zusammengeschlossen

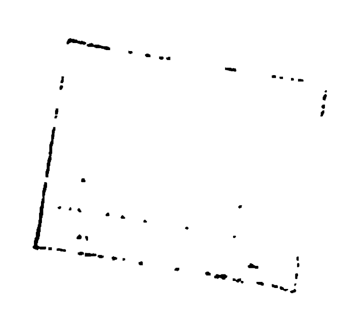
worden. Diese Organisation zu einem wirklich stehenden Heere hat erst Gustav Adolf geschaffen; er hat zugleich den Truppen eine größere Beweglichkeit verschafft, indem er im Gegensatz zu den bisher herrschenden Waffen, Harnisch, Speer und Pike, die Muskete zur Hauptwaffe machte. Auch mit der Uniformirung, die bisher völlig unbekannt in Schweden gewesen war, hat er einen Anfang wenigstens mit den Elitetruppen gemacht. Auch Aeußerlichkeiten waren hier von entscheidender Bedeutung. Indem er den Truppen im Winter Pelze und Pelzhandschuhe gab, erreichte er es, daß er zum nicht geringen Schrecken seiner Gegner in Deutschland auch Winterfeldzüge zu führen vermochte. Mit einem Worte, er hat sein Heer, ohne ihm seinen bäuerlichen Charakter, auf dem seine Stärke beruhte, zu nehmen, zu einem leicht beweglichen und einheitlichen Organismus umgeschaffen und ihm die Grundlage aller militärischen Erfolge, den Corpsgeist und die straffe Disciplin, in eifriger unermüdlicher Arbeit anerzogen.

Was das zu bedeuten hatte, zeigte sich dann in den weiteren Kriegen, die er zu führen hatte und die alle dem einen großen, consequent festgehaltenen Ziele, der Begründung einer Herrschaft über die Ostsee, dienten. Selbst der dänische Krieg, obwohl er nur mit geringem Erfolge geführt wurde, bezeichnet einen Anfang auf dieser Bahn. Es gelang ihm, im Frieden wenigstens die festen Punkte an der schwedischen Küste, welche Dänemark noch im Besitz hatte, wenn auch zunächst nur in der Form eines Kaufs, dessen Kaufsumme erst noch aufgebracht werden mußte, zu erringen. Auf diese Weise kam er in den Besitz von Calmar, Oeland und Elfsborg. Bei weitem günstiger schon verlief der Krieg mit Rußland. Mit Geschick und Scharfblick hatte er die Gelegenheit benutzt, welche ihm die mit dem Emporkommen des Hauses Romanow verbundenen Wirren boten, um auch hier seinen Einfluß geltend zu machen. Während mehrere Prätendenten, darunter eine Zeit lang auch sein polnischer Vetter Sigismund, um den russischen Thron stritten, hatte er in den Ostseeküstenländern Livland, Karelien, Ingermanland festen Fuß zu fassen gesucht. In dem Vertrage zu Stolbowa (Februar 1617) trat ihm die russische Regierung, um für die Ueberwindung der inneren Schwierigkeiten freie Hand zu gewinnen, diese Lande ab: der Grund zur Herrschaft über die Ostsee war gelegt. Mit Stolz und Genugthuung konnte Gustav Adolf seinen Ständen verkündigen, ohne seinen Willen könne der Russe fortan mit keinem Boote mehr in die Ostsee fahren; Rußland sei von der Ostsee ausgeschlossen, es werde ihm künftig schwer werden, „über diesen Bach zu springen".

Zur Sicherung des Errungenen aber gehörte nun vor Allem eine Auseinandersetzung mit dem polnischen Vetter, der ihm nicht allein den Besitz jener Lande, namentlich Livlands, streitig machte, sondern auch noch immer Ansprüche auf den schwedischen Thron erhob, die Herrschaft Gustav Adolfs in seinem eigenen Stammlande nicht anerkennen wollte. Kein Zweifel, daß der König von Polen dabei Unterstützung nicht allein bei Kaiser Ferdinand,



König Gustav Adolf von Schweden.
Nach dem Gemälde von Anthonie van Dyck (1599—1641). (München, Königl. Pinakothek.)



sondern auch bei Spanien und der gesammten katholischen Combination der Kräfte, an deren Spitze das Haus Habsburg stand, gefunden hat. Polen war ein Glied in jener Kette der universalen Machtbestrebungen, mit denen damals wieder wie dereinst unter Philipp II. der Katholicismus dem Protestantismus den Untergang zu bereiten dachte. Eine feste Verbindung zwischen Spanien und Polen auf dem Seewege mit Umgehung Dänemarks und Schwedens herzustellen, war ein Lieblingsgedanke der habsburgischen Politik. Deswegen hatte sie bei den Friedensverhandlungen mit Dänemark zu Lübeck anfangs darauf bestanden, daß zum Mindesten ein fester Platz an der Ostseeküste an das Haus Habsburg abgetreten werden müsse. Demselben Ziele hatte die Ernennung Wallensteins zum Reichsadmiral, hatte die Belagerung von Stralsund dienen sollen. Hat doch Wallenstein sogar ernstlich daran gedacht, die Ost- und Nordsee durch einen Kanal zu verbinden, ein Gedanke, dessen Durchführung unseren Tagen vorbehalten geblieben ist. Der Zweck war auch hier, den in den Händen Dänemarks befindlichen und von diesem mit einem hohen Zolle belasteten Sund zu umgehen und dem Handel eine von Dänemark und Schweden unabhängige Bahn zu eröffnen. Man sieht, wie sehr in dieser Beziehung die Interessen Dänemarks und Schwedens identisch waren. Und doch sind die spanisch-österreichischen Bestrebungen durch nichts mehr gefördert worden als durch die zwischen diesen beiden Staaten vorwaltende Spannung, deren Beseitigung als eines der Hauptziele der protestantischen Mächte der Zeit, namentlich Englands, erscheint. Unter diesem Gesichtspunkte aber gewinnt der polnisch-schwedische Krieg der zwanziger Jahre des 17. Jahrhunderts eine über seine lokale Ausdehnung weit hinausragende Bedeutung. Die protestantische, aufstrebende Macht Schwedens von der Ostsee auszuschließen, Polen nicht allein im Besitz der preußischen Häfen zu erhalten, sondern auch ihm die Ostseeprovinzen im Kampfe mit Schweden zu erringen, wenn möglich gar dem katholischen Könige von Polen den schwedischen Thron zurückzugewinnen und danach Schweden zu rekatholisiren, das Alles waren Ziele, die für den Grundgedanken der katholisch-habsburgischen Politik jener Tage vortrefflich paßten, die durchzuführen man es schon über sich nehmen konnte, den König von Polen in seinem schweren Kampfe mit Schweden zu unterstützen. Man sieht, was hier für Schweden auf dem Spiele stand, wie es gezwungen war, alle seine Kräfte zunächst auf diesen polnischen Krieg zu concentriren, zugleich aber auch, wie sehr sich Gustav Adolf durch die Unterstützung, welche sein polnischer Gegner durch den Kaiser und seinen Feldherrn erhielt, in seinen Existenzbedingungen bedroht fühlen mußte. Kein Wunder, wenn er sich schon 1625, selbst nachdem sein dänischer Nebenbuhler die Oberleitung des deutschen Krieges im Gegensatz zu ihm erhalten hatte, gleichwohl erbot, von Preußen aus, das er im Kampfe mit Polen besetzt hielt, durch Polen hindurch eine Diversion in die schlesischen Erbländer des Kaisers zu unternehmen; kein Wunder, daß er dann 1628 der von Wallenstein hart bedrängten Stadt Stralsund trotz seines gespannten Ver-

hältnisses zu Dänemark im Verein mit diesem nachdrücklichste Hilfe leistete; kein Wunder aber auch, daß sich mehr und mehr die Ueberzeugung in ihm befestigte, daß er die errungene Stellung an der Ostsee nur durch einen unmittelbaren Kampf mit dem Kaiser werde behaupten können. Schon 1628, als Wallenstein immer offener mit seinen maritimen Plänen hervortrat, fing Gustav Adolf an zu besorgen, daß derselbe, wenn es ihm erst gelungen sei, an der mecklenburgisch-pommerschen Küste festen Fuß zu fassen, ihn nicht mehr bloß mittelbar in seiner Stellung an der Ostsee zu bedrohen und zu bekämpfen, daß er bezw. der Kaiser vielmehr über kurz oder lang ihn in seinem schwedischen Stammlande anzugreifen versuchen werde. Die Unterstützung, die der Kaiser Polen durch jenes ansehnliche Heer unter Arnim zu Theil werden ließ, mußte ihn in dieser Besorgniß bestärken. Er befand sich in einer ähnlichen Lage wie Friedrich der Große vor dem Ausbruche des siebenjährigen Krieges. Die Coalition der Gegner war offenkundig vorhanden; im polnischen Kriege war sie ihm offen entgegengetreten. Sollte er warten, bis der Angriff ihn selbst vernichte? Schon 1629 war er entschlossen, ihm durch eine Landung in Deutschland zuvorzukommen; schon damals sprach sich der schwedische Reichsrath, in richtiger Erkenntniß des wahren Wesens der Sachlage, einstimmig für den Offensivkrieg gegen den Kaiser aus und erklärte offen, die vornehmste Ursache dieser deutschen Expedition sei das Streben des Kaisers, Schweden und die Ostsee zu erobern.

Ueberblickt man diese Lage der allgemeinen europäischen Politik, so begreift man, was es zu bedeuten hatte, daß sich Polen im September 1629 trotz der Unterstützung des Kaisers zu jenem sechsjährigen Waffenstillstande mit Schweden entschließen mußte, in welchem es Elbing, Braunsberg, Pillau und Memel, d. h. die wichtigsten Ostseehäfen Preußens, vorläufig an Schweden abtrat und dessen Ansprüche auf die Rußland abgerungenen Ostseeprovinzen anerkannte. Zugleich aber löst sich dadurch auch die alte Streitfrage, ob Gustav Adolf den deutschen Krieg nur aus religiösen oder nur aus politischen Beweggründen unternommen hat, d. h. ob er damit den Zweck verfolgte, die deutschen Protestanten vor den Bedrückungen des Kaisers zu retten, oder nur den Zweck, die Machtstellung seines Reiches zu heben. Thatsächlich waren beide Zwecke, waren Religion und Politik im Geiste des Königs untrennbar mit einander verbunden. Gewiß veranlaßten ihn zunächst rein politische Gründe, den gefährlichen Krieg zu wagen. Aber dieselben standen im engsten Zusammenhange mit den religiös-kirchlichen Gedanken, welche die Welt bewegten. Seine politischen Gegner waren zugleich seine religiösen; der religiöse Gegensatz gab dem politischen erst seine Schärfe und seine tiefere Bedeutung. Je mehr es dem Kaiser gelang, den Protestantismus in Deutschland zu unterdrücken, desto mehr gewann er die Möglichkeit, sich auch gegen die außerdeutschen Protestanten, namentlich aber gegen Schweden, zu wenden. Die deutschen Protestanten waren unzweifelhaft die Verbündeten Gustav Adolfs,

noch ehe er in offenen Krieg mit dem Kaiser gerathen war. Erinnern wir uns außerdem, daß selbst seine Königswürde auf seiner unerschütterlich protestantischen Ueberzeugung beruhte, so erkennen wir mit voller Klarheit, daß politische und religiöse Beweggründe bei Gustav Adolf überhaupt nicht zu trennen sind. Indem er seine politischen Interessen vertrat, vertrat er zugleich die des Protestantismus überhaupt, der deutschen Protestanten insbesondere. Man kann zugeben, daß Gustav Adolf wahrscheinlich nicht nach Deutschland gekommen wäre, wenn es sich nur darum gehandelt hätte, die deutschen Protestanten vor den religiösen Bedrückungen des Kaisers zu schützen;



Gravirte Medaille mit dem Brustbild Gustav Adolfs im Panzer mit Kragen und Feldbinde.

Umschrift der Vorderseite: GVSTAVVS ADOLPHVS SVECORVM GOTHORVM ET VANDALORVM REX. Auf der Rückseite der Spruch: EIN RITTER WERTH, VON GOTT BESCHERT. VON GOTT ERWELT, VND DAR ZV BSTELT, FIIERE ICH KRIEG. GOTT GIBT DEN SIG, DVRCH IESVM CHRIST, DER MACHT MICH GRIST (gerüstet). VND WOLGEMVETH, DEN EVANGELISHE ZV GVT.

Gravirt von Lucas Kilian (1579—1637). Originalgröße. Berlin, Königl. Münz-Cabinet.

ebenso gewiß aber ist, daß der politische Gegensatz zwischen dem Kaiser und dem schwedischen Könige im letzten Grunde auf den religiösen zurückgeht. Außerdem aber kann daran gar kein Zweifel sein, daß neben diesen rein politischen Interessen doch das Eingreifen Gustav Adolfs in den deutschen Krieg auch durch das Mitgefühl mit seinen deutschen Glaubensgenossen, die sich wiederholt hilfesuchend an ihn gewandt hatten, bestimmt wurde. Und in jedem Falle erscheint in Gustav Adolf zum ersten Male ein Held auf dem Schauplatze dieses furchtbaren Krieges, der, von höheren, idealen Impulsen getrieben, sein ganzes Heer mit diesen höheren Impulsen zu erfüllen und in den Dienst einer großen Sache zu stellen weiß. Die bisher im deutschen Kriege aufgetretenen Heere eines Mansfeld, Christian von Braunschweig,

Wallenstein waren ungezügelte Söldnerhaufen, von keiner höheren Idee zusammengehalten, ein Gemisch aus allen Nationalitäten und Bekenntnissen, allein auf Gewinn, Sold und Beute bedacht. Gustav Adolfs Heer war eine von religiöser und nationaler Begeisterung erfüllte, von ihrem heldenhaften Könige in strenger Disciplin gehaltene, einheitlich aus einem streng protestantischen Bauernvolke zusammengesetzte Truppe, welche nicht in Brandschatzungen und Plündern Zweck und Aufgabe des Krieges sah, sondern in strenger Zucht die Bewohner der besetzten Landschaften nie ohne Noth bedrückte und daher von der von den kaiserlichen Truppen aufs Aeußerste ausgesogenen Bevölkerung bald überall mit Jubel als Retterin begrüßt wurde.

Trotz der hervorragenden Eigenschaften seines Heeres, trotz der großen Kriegserfahrung, die der König und seine Feldherrn sich in den Kämpfen mit Dänemark, Polen und Rußland erworben hatten, war das Unternehmen, zu dem sich Gustav Adolf im Mai 1630 anschickte, ein äußerst gewagtes. Ein einziger Fehlschlag hätte ihm unfehlbar seinen polnischen Gegner, ja selbst den König von Dänemark, der in eifersüchtiger, fast feindseliger Gesinnung ihm gegenüberstand, auf den Hals gezogen. Dabei stand er diplomatisch völlig vereinsamt. Die mit dem französischen Gesandten Charnacé gepflogenen Verhandlungen über ein Bündniß mit Frankreich, welches ja den Stillstand mit Polen vermittelt hatte, waren bisher ebenso wenig zu einem greifbaren Resultate gediehen wie die mit Holland, welches Bedenken trug, durch ein Bündniß mit Schweden mit dem Kaiser, mit dem es wenigstens formell noch in Frieden lebte, in offenen Conflict zu gerathen. Es fürchtete nicht ohne Berechtigung, alsdann von den vereinigten Kräften Spaniens und des Kaisers erdrückt zu werden. Mit Mühe verstand sich Holland dazu, wenigstens Subsidiengelder in Aussicht zu stellen.

Trotzdem wagte Gustav Adolf, von festem Gottvertrauen erfüllt, den entscheidenden Schritt. Im Mai waren alle die umfassenden Vorbereitungen für die Expedition vollendet. Am 26. Juni landete der König mit einem nicht sehr großen, aber ausgezeichnet geschulten und taktisch ausgebildeten Heere in Pommern, und zwar auf der Insel Usedom. Aber wenn er darauf gehofft hatte, von seinen in ihrer Existenz bedrohten Glaubensgenossen, denen er als Retter in der äußersten Noth erscheinen mußte, begeistert aufgenommen und eifrig unterstützt zu werden, so erfuhr er in dieser Beziehung anfangs nichts als große Enttäuschungen. Ein schlechtes Vorzeichen war es schon gewesen, daß kurz vor seiner Abfahrt aus Schweden eine Gesandtschaft des Herzogs Bogislav von Pommern bei ihm erschienen war, die ihn dringend gebeten hatte, von seiner Expedition abzustehen oder doch wenigstens nicht in Pommern zu landen, da er dadurch gegenüber dem Kaiser und dessen in seinem Lande stehenden Truppen in die größte Verlegenheit gerathen werde. Gustav Adolf ließ sich natürlich dadurch in seinem einmal beschlossenen Unternehmen nicht stören. Auch als er nun in Pommern erschien, verharrte

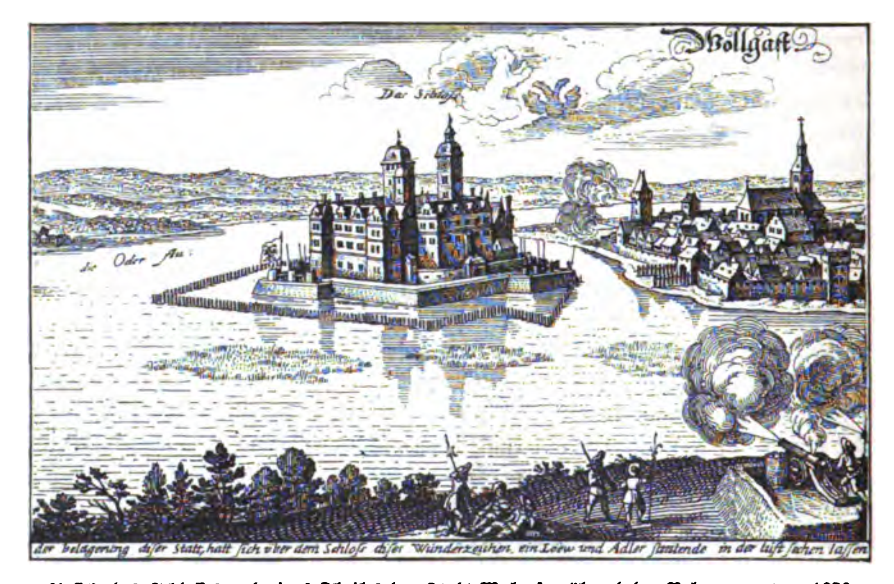
Schwedische Rettung der Christlichen Kirchen / Anno 1630.

Bogislav in seiner abwehrenden oder zum Mindesten sehr vorsichtig reservirten Haltung. Gustav Adolf beschloß daher, sich selbst zu helfen. Er marschirte, nachdem er den Platz, wo er gelandet war, nothdürftig befestigt und gegen einen feindlichen Ueberfall gesichert hatte, alsbald direct gegen Stettin und forderte die Stadt auf, ihm die Thore zu öffnen. Der pommersche Oberst, welcher sie vertheidigte, machte Schwierigkeiten; da erklärte Gustav Adolf, nur mit dem Herzoge selbst verhandeln zu wollen. Derselbe mußte sich entschließen, persönlich im Heerlager Gustav Adolfs zu erscheinen und, von ihm gedrängt, die Oeffnung der Thore anzuordnen. Zugleich verstand er sich jetzt endlich doch zu einem Bündniß mit dem Schwedenkönige, durch welches ihm der Besitz seines Landes zugesichert, aber zugleich für den Fall seines Todes Bestimmungen getroffen wurden, die Schwedens Rechte in Bezug auf die Regelung der Nachfolgefrage sicherstellten. Dadurch war dem Könige dann eine wichtige Waffe gegen Brandenburg in die Hand gegeben, welches einen Erbvertrag mit Pommern geschlossen hatte, der ihm Anspruch auf die Erbfolge eröffnete.

Als seine nächste Aufgabe mußte es der König dann betrachten, sich eine sichere Operationsbasis zu schaffen und sich den Besitz der pommerschen Küste zu sichern. Mit bewundernswerther Vorsicht und auch zugleich mit größter Energie verfolgte er dieses Ziel. Es gelang ihm, Schritt für Schritt vordringend, eine Reihe pommerscher Plätze, namentlich Stolpe und Anclam, welches die Kaiserlichen in voller Kopflosigkeit ohne Widerstand preisgaben, einzunehmen und sich der wichtigen Grenzpässe nach Mecklenburg zu versichern. Die kaiserlichen Truppen, welche ihres organisirenden Feldherrn beraubt waren und unter der Leitung eines wenig bedeutenden Führers, Torquato Contis, standen, legten eine Schlaffheit und Rathlosigkeit an den Tag, welche die Erfolge des Königs nicht unwesentlich erleichterte. An Zahl waren sie dem schwedischen Heere völlig gewachsen, allein sie verzettelten ihre Kräfte und leisteten nirgends einen energischen Widerstand. Sehr häufig kam es sogar vor, daß kleinere oder größere Söldnerabtheilungen zu dem Schwedenkönige, dessen aufgehendes Gestirn ihnen bessere Aussichten für die Zukunft zu eröffnen schien, übergingen. Als Gustav Adolf am Weihnachtstage des Jahres 1630, um sich seiner Gegner mit einem entscheidenden Schlage zu entledigen, dieselben in ihrem Hauptlager zwischen Greifenhagen und Garz angriff, errang er nach kurzem Kampfe einen entscheidenden Sieg, der die kaiserlichen Truppen nöthigte, Pommern gänzlich zu verlassen. Die Schweden folgten dem geschlagenen Feinde in die Neumark hinein; bis Landsberg an der Warthe sind sie schon in diesen Tagen vorgedrungen. Die pommersche Bevölkerung jubelte auf, als sie sich von ihren Peinigern befreit sah. Ganz Pommern mit Ausnahme von Colberg und Greifswald und ein Theil der Neumark waren am Schlusse des Jahres 1630 in Gustav Adolfs Hand. Jetzt erst begann man am kaiserlichen Hofe und in den Kreisen der katholischen Fürsten einzusehen, welche ernste Gefahr man hier zu bestehen haben werde. Die Nachricht von dem Siege

Gustav Adolfs bei Garz und Greifenhagen wirkte in diesen Kreisen völlig niederschmetternd.

Für den weiteren Erfolg des kühnen Unternehmens aber war vor Allem die Frage von entscheidender Bedeutung, welche Stellung nach diesen ersten, aber noch nichts entscheidenden Erfolgen die deutschen protestantischen Fürsten gegenüber dem Retter, der ihnen in der höchsten Noth erschienen war, beobachten würden.



Ansicht des Schlosses und eines Theiles der Stadt Wolgast während der Belagerung von 1630. In den Wolken ein durch die Unterschrift des Stiches erklärtes „Wunderzeichen“.

Facsimile aus einem anonymen Kupferstiche in Matthaeus Merians (1593—1650) „Theatrum Europaeum“ vom Jahre 1637.

Der Leipziger Convent und die Zerstörung Magdeburgs.

Welcher Art auch die Beweggründe gewesen sein mögen, die Gustav Adolf zu seinem Eingreifen in den deutschen Krieg veranlaßten: objectiv kann daran kein Zweifel sein, daß der Protestantismus in Deutschland seinem bloßen Erscheinen auf deutschem Boden die Errettung aus schwerer und drohender Gefahr verdankte. Die Maßregeln schroffer katholischer Restauration, mit denen man auf kaiserlicher Seite im Norden wie im Süden Deutschlands auf Grund des Restitutionsedicts bereits eifrigst begonnen hatte, konnten zunächst keinen Fortgang mehr nehmen, da man sich eines neuen, anfangs geringgeschätzten, aber bald sehr gefürchteten Gegners zu erwehren hatte. Das bisherige Auftreten Gustav Adolfs hatte gezeigt, daß man es hier mit einem strategisch wie taktisch hochbedeutenden Feldherrn zu thun hatte. Napoleon hat den König gerade wegen dieser äußerlich unscheinbaren, aber um so meisterhafter geleiteten Operationen am Anfange des deutschen Krieges für einen der größten Feldherrn aller Zeiten erklärt. Gerade in der Art, wie er, ohne je sein ganzes Heer aufs Spiel zu setzen, sich unter den schwierigsten Verhältnissen mit größter Vorsicht seine Operationsbasis sicherte und nur vordrang, wenn er seiner Rückzugslinie und seiner rückwärtigen Verbindungen völlig sicher war, und wie er trotz dieser Vorsicht an der richtigen Stelle mit voller Energie und Kühnheit angriff und die nördlichen Küstenländer, auf deren Besitz es ihm vor Allem ankommen mußte, völlig vom Feinde säuberte, offenbart sich seine strategische Begabung auf das Glänzendste.

Wenn der König nun schon in Schweden im Hinblick auf die im höchsten Maße bedrohte Lage der deutschen Protestanten mit Sicherheit darauf gerechnet hatte, von denselben mit offenen Armen als Retter in der Noth empfangen zu werden, so glaubte er jetzt nach seinen ersten Erfolgen in Pommern und Mecklenburg, die den Kaiserlichen einen sehr heilsamen Schrecken eingejagt hatten, bei den Protestanten sich einen unzweifelhaften Anspruch auf Vertrauen und entgegenkommende Haltung erworben zu haben. Allein, wie sehr sah er sich auch jetzt noch in dieser Hoffnung getäuscht! Das deutsche Fürstenthum war durch die Leiden der letzten Jahre, durch die über alle Gegner des Kaisers verhängten Confiscationen, durch die Absetzung des Kurfürsten von der Pfalz und der mecklenburgischen Herzöge dermaßen in Angst und Kleinmuth verfallen, daß es die Energie eines entscheidenden Entschlusses nicht

Ebenso wenig Glück hatten Gustav Adolfs Bemühungen in dieser Richtung bei dem schwachen Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg, obwohl dieser durch die unerhörten Bedrückungen, die ihm trotz seiner „neutralen" Haltung durch die Wallensteinschen Truppen zu Theil geworden waren, alle Ursache gehabt hätte, sich des Erscheinens des nordischen Retters aus der Noth zu freuen. Statt dessen hatte er denselben durch verschiedene Gesandtschaften geradezu bitten lassen, ihn nicht ins Spiel einzumischen, sondern bei Seite liegen zu lassen. Mit Recht hatte Gustav Adolf einem dieser brandenburgischen Gesandten entgegnet, der Kurfürst werde durch seine Scheu vor dem Kriege nichts weiter erreichen, als daß er, stillsitzend, in größte Noth



Medaille mit dem Brustbild Georg Wilhelms, Kurfürsten von Brandenburg.

Umschrift der Vorderseite: GEORG · WILH · D · G · MAR · BR · S(ancti) · R(omani) · I(mperii) · ARCHIC · ET · ELEC. Auf der Rückseite das Wappen mit der Umschrift: BORVS · IVL · CL · MON · POM · ET · SIL · DVX · BV · NO (Burggraf von Nürnberg) PRI · R (Fürst von Rügen) · COME · RAVEN · D · RA und die Jahreszahl 1636.

Gold. Originalgröße. Berlin, Königl. Münz-Cabinet.

und um all das Seine gebracht werden würde; er müsse daher mascula consilia fassen; denn wer sich selbst zum Schafe mache, den fresse der Wolf. Aber mascula consilia zu fassen, das war nun eben nicht die Sache dieses schwachen Fürsten, der noch dazu völlig unter dem Einflusse seines katholischen und kaiserlich gesinnten Ministers, des Grafen Adam Schwarzenberg, stand, nebem dem die energischer gesinnten protestantischen Geheimen Räthe nicht zu rechter Geltung zu kommen vermochten. Alle Erfahrungen, die der Kurfürst in den letzten Jahren mit seiner neutralen Haltung gemacht, hatten ihn nicht darüber belehren können, daß es in einem Existenzkampfe wie dem, den man jetzt führte, nichts Bedenklicheres geben könne, als gar nichts zu thun. Wollte man sich nicht den Folgen des Restitutionsedicts widerstandslos unterwerfen — und das wollten weder der Brandenburger noch der Sachse —, so

gab es nur zwei Wege: entweder Anschluß an Schweden gegen den Kaiser oder eine feste bewaffnete Neutralität nach beiden Seiten, d. h. dem Kaiser gegenüber entschlossene, nöthigenfalls bewaffnete Abwehr jedes Versuchs, das Restitutionsedict in den evangelischen Gebieten durchzuführen, Gustav Adolf gegenüber entschlossene bewaffnete Zurückweisung seiner Einmischung in die deutschen Verhältnisse. Der letztere Weg, der nicht geringere, sondern höhere militärische Anstrengungen als der erstere erforderte, war es, den Arnim den beiden Kurfürsten vorschlug, der aber dann auf dem Leipziger Convente eine durchaus ungenügende und klägliche Durchführung fand. Zunächst blieb man bei dem bloßen Stillsitzen und Nichtsthun, bei einer durch keine Macht gestützten Neutralität, die natürlich keine der beiden kämpfenden Parteien anzuerkennen geneigt war. Gustav Adolf wenigstens, der nach dem Siege von Garz-Greifenhagen bereits in das kurfürstlich-brandenburgische Gebiet eingerückt war, ließ nicht einen Augenblick Zweifel daran bestehen, daß ihm mit einer Neutralität des Kurfürsten gar nicht gedient sei. Derselbe müsse, so ließ er ihm erklären, sein Freund oder sein Feind sein. Aber Georg Wilhelm blieb bei seiner kläglichen Haltung, die seine ganze Ohnmacht beiden Theilen offenbarte. Oder mußte er nicht zu ihrem Spielball werden, wenn er in seiner Noth dem Commandanten von Küstrin befahl, den Kaiserlichen Paß und Repaß zu gestatten, aber auch die Schweden, wenn sie mit Schiffen die Oder heraufkämen, passiren zu lassen, da das nur geschehen könne, wenn Gustav Adolf die Pässe bei Garz und Greifenhagen eingenommen habe? Um der Nothwendigkeit, ein eigenes Heer zu halten und mit demselben eine selbständige Haltung in dem großen Conflicte einzunehmen, überhoben zu sein, wollte also der schwache Fürst beiden Heeren den Durchzug durch sein Land gestatten, dem dadurch unendlich größere Opfer auferlegt werden mußten als durch die Erhaltung eines eigenen Heeres.

Natürlich aber war auch der Kaiser keineswegs gemeint, diese Neutralität der Kurfürsten, ihren Nichtanschluß an Schweden ihnen zum Verdienste anzurechnen. Das Gegentheil sollte der Kurfürst von Sachsen bald genug erfahren. Als derselbe unter Hinweis auf die von dem Könige von Schweden drohende Gefahr den Kaiser von Neuem um Aufhebung des Restitutionsedicts bat, antwortete dieser mit der Forderung, Johann Georg habe sich mit Geld, Waffen und Truppen dem Kampfe gegen Schweden anzuschließen; von Aufhebung des Edicts könne keine Rede sein. Das ging doch selbst dem sächsischen Kurfürsten zu weit. Unter dem Eindrucke dieses kaiserlichen Schreibens ist er auf jenen Gedanken Arnims eingegangen, einen Convent der evangelischen Fürsten zusammenzuberufen, um sich über eine gemeinsame Haltung gegenüber dem Restitutionsedict zu verständigen. Von dem Gedanken eines Anschlusses an Gustav Adolf aber war auch jetzt noch keine Rede.

Auf eine Hilfe von Seiten der deutschen protestantischen Fürsten hatte also der schwedische König vorerst nicht zu rechnen. Eher geneigt dazu zeigten sich einige der norddeutschen Städte. Vor Allem war es Stralsund,

das die Unterstützung, die es 1628 von ihm erhalten hatte, jetzt durch treues Festhalten an seiner Sache vergalt. Außerdem aber schloß sich ihm, freilich in etwas regelloser und übereilter Weise, die Stadt Magdeburg an. Dieselbe schien jetzt berufen zu sein, dieselbe ruhmvolle Rolle als fester Schutzwall protestantischer Gesinnung, die sie dereinst unter Karl V. gegenüber dem Augsburger Interim gespielt hatte, neuerdings unter Ferdinand II. gegenüber dem Restitutionsedict zu spielen. Wir haben schon erzählt, wie sie sich der Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung selbst einem Wallenstein gegenüber zu erwehren verstand. Gleichwohl vermochte sie es nicht zu verhindern, daß der Kaiser dem Domcapitel seinen Sohn Leopold Wilhelm zum Erzbischof octroyirte und dann daran ging, in einzelnen Kirchen der Stadt zu „reformiren", d. h. den Katholicismus gewaltsam wieder herzustellen. Wohl entstand darüber in der durch und durch protestantisch gesinnten Bürgerschaft eine immer wachsende Entrüstung und Erbitterung, allein der Rath, in dem die vorsichtigeren Elemente einen directen Bruch mit dem Kaiser doch scheuten, andere sogar entschieden kaiserlich gesinnt waren, wagte doch nichts Ernstliches dagegen zu thun. Darüber kam es unter den radicaleren Elementen der Bürgerschaft, unter denen sich namentlich die Gesellschaft der „Dingebankbrüder" hervorthat und an deren Spitze der Oberst Schneidewin stand, zu aufrührerischen Bewegungen gegen den Rath, denen dieser energisch entgegentrat, indem er Schneidewin ohne Weiteres gefangen setzte. Allein dadurch wurde die Erbitterung nur vermehrt: es kam schließlich dahin, daß die erregte Bevölkerung den alten, ihr zu „kaiserlich" gesinnten Rath, an dessen Spitze der Bürgermeister Aleman stand, stürzte und einen neuen Rath einsetzte, von dem man eine energischere Vertretung der protestantischen Interessen erhoffte. Als aber auch dieser den Führer der Radicalen, jenen Obersten Schneidewin, nicht freigeben wollte, griff die radicale Partei zu einer sehr extremen Maßregel. Sie trat mit dem vertriebenen Administrator von Magdeburg, Christian Wilhelm, in Verbindung, der sich damals bereits mit Hilfegesuchen an Gustav Adolf gewandt hatte. Der Administrator ging mit Freude auf die Anerbietungen der Radicalen in Magdeburg ein und begab sich, zunächst unerkannt, in Begleitung des schwedischen Agenten Stalmann, nach Magdeburg, wo er am 1. August 1630 eintraf. Nach kurzer Zeit trat er, auf seinen Anhang gestützt, offen hervor; der neue Rath wagte nicht, sich dieser Entwickelung der Dinge entgegenzustellen. Es gelang Christian Wilhelm sehr bald, eine, freilich für ernstliche Unternehmungen viel zu kleine Truppenmacht zusammenzubringen, mit welcher er, im Vertrauen auf die bald zu erwartende Hilfe Gustav Adolfs, sich auch in das ländliche Gebiet des Erzstifts hinauswagte und in der That einige kleinere Abtheilungen der kaiserlichen Truppen verjagte. Allein sehr bald zeigte sich doch, daß das ganze Unternehmen verfrüht gewesen war. Als die kaiserlichen Truppen in etwas größerer Anzahl wiederkehrten, mußte Christian Wilhelm seine ländlichen Positionen wieder aufgeben und sich auf die Stadt zurück-



Er Königl. Mayest. zue Schweden rc. Verhalt vnd Verp
GENERAL Statthaltere in den Staaten / bey der Newgen
[illegible] verordnen vn

Vff die Cavallerie alle 10. Tag.

1.	Einem Regiment zu Pferd / von 12. Compagnien / Vff den Obristen vnd seinen gantzen Staab.	80 Reichsthaler.
2.	Einem Obristen vber 8. Compagnien ebener gestalt für sich vnd die Staabs Personen.	60. Reichsthaler.
3.	Also auch einem Obristen vber 4. Compagnien.	50. Reichsthaler.
4.	Einem Rittmeister über 125. Pferd / für sich vnd das erste blat.	38. Reichsthaler.
5.	Vff jedes Servis Pferd / so dem Obristen vnd Officiren in der bestallung ausser der Compagnie bewilliget.	1. Fl.
6.	Vnd dann einem jeden Reutter vnder der Compagnie / so persönl. / gleichsfalls alle zehen Tag / vber deß Haußmans Kost / oder die verordnete Proviant.	1. Fl.

Vff die Infanterie alle 10. Tag.

Einem Obristen vber ein Regiment zu Fuß / vff Ihn vnd seinen gantzen Staab.	80. Reichsthaler.

Belangend die Kost / Proviant / oder vivers vnd geträncke / für die Soldat
auß Kön: Gn: zu der *Soldatesca* besserer *Mundirung* / vnd keiner Schuldigkeit / die [illegible]
Rettirens vnd Vberfluß durchauß abgestelt / allein auff die Notturfft gesehen / vnd der arme [illegible]
dero *sub dato* Franckfurt / den 13. Febr: instehenden 1632. Jahrs / vnd hierbey gelegten *Ordon*
gleiche vnterschiedliche Maß beym Getränck / wie auch bey den Habern / der vngleichen Jah[illegible]
vnd klagen bey der *Soldatesca* vorgefallen. Als wollen vnd bevehlen Ihre Kön: Majest: [illegible]
halten / vnd im Getränck derd verordnete Feldmaß gebraucht / im Weinlandt der *Soldatesca* [illegible]
ein maaß Wein / geliefert werde.

Jngleichen soll auch in außtheilung deß Habers nicht dem Gewicht / sondern dem [illegible]
so viel deren in bestallung zugelassen / halb so viel / vnd an den Orten / wo der Haber nicht [illegible]

An Hew / vff jedes in der bestallung zugelassene *Servus* vnd *Pagagi* Roß [illegible]

An Strohe / vff jedliches *Servi* Roß / alle 10. tag vier Büschel / vnd da es beschwerlich [illegible]

Wider diese verordnete Verpflegung / haben die Soldaten vnd deren Vnderthanen [illegible]
walt / oder vff einigerley weiß noch weg treiben zulassen / da dergleichen auch durch Officirer [illegible]
ret werden wolte / haben sie gute Macht vnd erlaubnuß / wie nicht wenigers auch diese [illegible]
andere wider den Articulsbrieff lauffende vnbefügnussen anfangen / so gut sie können vnd [illegible]
ben / oder andern zur abstraffung zuliefern. Wie dann hiermit vnd zu desto füglicher ab[illegible]
hiemit ernstlich vnd anbefohlen wird / zu Roß oder Fuß keine Soldaten ohne Paßzettel auß ihrem [illegible]
schicht / einer oder der andere dergestalt ohn richtigen Paßzettel / vnd sonderlich [illegible]
befelch / in sein *assignirtes* Quartir gefallen / geplündert / Viehe oder *fourrage* abgenommen [illegible]
seyndt / nicht allein die abnahen vnd den schaden den nechsten *restituiren*, sondern auch nach [illegible]
werden. Wornach man sich zurichten / vnd vor vnaußbleibenden bestraffung zuhüten [illegible]

Gustaff Adolph.

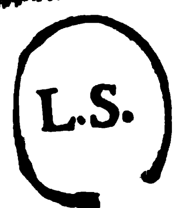
Facsimile einer Ordonnanz Gustav Adolfs von Schweden betreff

...flegungs ORDONNANZ, Wie es hinfüro dero Verordnete ...worbenen Soldatesca, auff den Lauff: Sammel vnd Musterplätzen an... vnd zuverhalten.

	Einem Capitain.					4½ Reichsth.	24	Kr.
	Einem Leutenant.					3½ Reichsth.	8	
	Einem Fendrich.					3½ Reichsth.	8	
2	Sergeanten/einem	à	1½ Reichsth.	17 Kr.	thut	3½ Reichsth.	4	Kr.
4	Vnder Befelchshabern		1	49		6	16	
6	Corporalen	à	1	7		6	42	
3	Spilleüth	à	—	54		2½	42	
	Vff nachfolgende/ so schon geworben vnd präsent.							
25	Rottmeister	à	—	77		32½	25	
21	Vnder Rottmeistern	à	—	63		24½	0	
90	Gemeine Soldaten	à	—	56		56		
4	Muster Jungen	à	—	42		2½	48	
24	Passevolanten	à	—	42		6	48	

...datesca zu Roß vnd Fuß/ soll hierinnen diese ohnfehlbare verordnung geschehen/ weiln ... tägliche Gelder bewilligt/ daß hierinnen/ sonderlich bey den Officirern/ aller Mißbrauch/ Pan... ...Mann zur *ruin*, oder vermögen nicht getrieben werde/ zu dem Ende dann Ihr Kön: Mayest: es bey ...*ordonnanz*, biß vff anderwertliche Verordnung/ bewenden lassen wollen. Vnd nach deme so gar vn... ...pflegung/ da solcher theils Orten nach/ bald leicht oder schwer befunden worden/ allerhand *difficultäten* ... hinfüro/ welcher Orten dero *Soldatesca* sich befinden / hierinnen ein durchgehende gleichheit ge... ...Wein/ vnd im Bierlande/ oder da der Weinschier [illegible] vnd [illegible] zubekommen/ zwo maß Bier von

...verordneten maaß nachgegangen/ vff ein *Servis* Pferdt tag vnd nacht ein Metz/ vff ein *Pagagi* Pferdt/ ...bekommen/ halb so viel Gersten geliefert werden.
...zehen Pfunde.
...bekommen// vff das zugelassene Wagen oder *Pagagi* Pferdt halb so viel.
...weder von dem Obristen / noch von deren Officirn/ oder vntergebener *Soldatesca*, durch Ge... ...oder gemeine Soldaten jhnen zugeordnet/ oder durch betrohung vnd würckliche thätigkeiten behar... ...muthige Gesellen/ so inn oder ausserhalb der Quartiren/ vnd vff den Strassen rauben/ plündern/ vnd ...zeigen/ in verhafft zunehmen/ vnd solche dem *General*-Statthalter nach gelegenheit an Leib vnnd Le... ...hütung aller *exorbitantien* dem Obristen / vnd dero nachgesetzten hohen vnd nidern Officirn ernstlich ...Quartiren mit Ober oder Vntergewehr außreissen oder außlauffen zulassen/ dann da dergleichen be... ...befunden/ wie auch nicht weniger/ davon eines Regiments oder *Compagnia* Volck einem andern ohne ...oder in andere wege *ruinirt* vnd geschwächt/ da soll der jenige Officirer vnter welchem solche Soldaten ...gestalt der Sachen die Thäter am Leib vnd Leben / oder in andere weg *Exemplariter* abgestrafft ...werden wird. *Datum* im Haupt-Quartier Wolffsburg/ den 2. Maij / Anno 1632.



...ls des Verhaltens seiner Truppen und ihrer Verpflegung; vom Jahre 1632.

ziehen, die jetzt vom Kaiser in einem sehr scharfen Schreiben aufgefordert wurde, den Administrator zu entfernen. Allein obwohl unter dem Rathe viele besonnene Männer geneigt waren, dies zu thun, da sie einsahen, daß die gegenwärtigen Streitkräfte der Stadt zu einem ernstlichen Widerstande gegen das kaiserliche Heer nicht ausreichen würden, so war doch der Einfluß der radicalen, von dem schwedischen Agenten unterstützten Partei zu groß, als daß dieselben mit ihrer Ansicht hätten durchdringen können. Je mehr sich die kaiserlichen Truppen der Stadt näherten, um so bedenklicher wurde jetzt deren Lage. Da entschloß sich Gustav Adolf, dem an dem wichtigen Elbpaß natürlich außerordentlich viel gelegen sein mußte, seinen Obrist-Hofmarschall Dietrich von Falkenberg nach Magdeburg zu entsenden, um den Muth der erschreckten Stadt zu beleben und den Widerstand zu organisiren. Am 19. October 1630 traf dieser energische und militärisch hochbegabte Mann in Magdeburg ein und ging sofort eifrig an eine umfassende Befestigung der Stadt, durch die sie zunächst gegen einen plötzlichen Angriff der Kaiserlichen gesichert war. In richtiger Erkenntniß der großen Bedeutung der Elbinseln legte Falkenberg auf dem Theile des Werders, welcher „das rothe Horn" genannt wird, eine starke Redoute an und versah außerdem die Strombrücke mit einem festen Brückenkopf, um so dem Versuche einer Landung feindlicher Truppen auf dem Marsch entgegenzuwirken. Er konnte alle diese Arbeiten ungestört beendigen, da Tilly, der jetzt nicht mehr die frühere Energie entwickelte, unbegreiflicher Weise trotz aller Erfolge, welche Gustav Adolf in Pommern und Mecklenburg gegen die kaiserlichen Truppen errang, Monate lang unbeweglich in seinen Quartieren an der Weser stehen blieb und erst Ende November Pappenheim mit 2000 Mann zu Fuß und einigen hundert Reitern gegen Magdeburg entsandte. Dieser geringen Macht waren die Streitkräfte Falkenbergs und die Befestigungen der Stadt zunächst völlig gewachsen. Allein so viel erhellt doch auf den ersten Blick, daß dieser übereilte und in sehr unregelmäßigen, fast revolutionären Formen erfolgte Anschluß Magdeburgs zunächst einen großen Gewinn für die Operationen Gustav Adolfs nicht in sich schloß. Im Gegentheil, hier erwuchs ihm nicht die Möglichkeit, Hilfe zu gewinnen, sondern nur die Nothwendigkeit, solche zu bringen. Gerade das verfrühte Vorgehen Magdeburgs mußte es ihm doppelt störend erscheinen lassen, daß er den Anschluß der beiden protestantischen Kurfürsten, ohne den er an einen Entsatz Magdeburgs nicht denken konnte, immer noch vergeblich anstrebte.

Wohl aber gelang es ihm jetzt, da er die ersten Proben seines Feldherrntalentes auf deutschem Boden abgelegt hatte, bei dem hauptsächlichsten außerdeutschen Gegner des Hauses Habsburg, bei Frankreich, Unterstützung zu finden. Richelieu, der in der Schwächung Oesterreich-Spaniens die nothwendige Vorbedingung für die Größe seines eigenen Vaterlandes sah, hatte, wie wir berichteten, energisch zu dem Abschlusse jenes polnisch-schwedischen Vertrages mitgeholfen, der Gustav Adolfs Eingreifen in den deutschen Krieg erst ermöglicht hatte. Aber zu directer Unterstützung des Schwedenkönigs, den er als bequemen

Sturmbock gegen die habsburgische Uebermacht benutzen zu können meinte, hatte er sich damals noch nicht entschließen können. Jetzt hatten ihm die ersten Erfolge des Schwedenkönigs gezeigt, wie nützlich ihm dieser für seine europäischen Combinationen werden könne. Trotz der lauten Aeußerungen des Mißfallens von streng katholischer Seite, die dagegen laut wurden, beschloß er, mit Gustav Adolf in directe Verbindung zu treten. Aber wenn er gemeint hatte, den schwedischen König, der gar kein „König von Gottes Gnaden" sei, weil sein Vater durch den Willen des Volkes auf den Thron gelangt sei, als ein bloßes Werkzeug seiner Politik benutzen zu können, so hatte er sich gewaltig getäuscht. Gustav Adolf zeigte sich auf diplomatischem Gebiet ebenso bewandert wie auf strategischem. Schritt für Schritt mußte der große französische Staatsmann, um zum Ziele zu gelangen, von seinen ursprünglichen Forderungen zurückweichen. Ueber eine Aeußerlichkeit entstand die erste diplomatische Schwierigkeit bei den Verhandlungen über den von beiden Theilen gewünschten Bündnißvertrag. Richelieu wollte Gustav Adolf aus dem oben bezeichneten Grunde die Prädicate der königlichen Würde im diplomatischen Verkehr nicht voll und ganz einräumen. Gustav Adolf aber erklärte, die Verhandlungen nur auf dem Standpunkte absoluter Gleichheit führen zu können. Dann forderte Richelieu, daß zum Wenigsten in dem Friedensinstrument der König von Frankreich stets vor dem Könige von Schweden genannt werden solle. Auch das verweigerte Gustav Adolf ohne Weiteres; nicht ein Titelchen von dem Rechte und der Würde seiner Stellung wollte er sich nehmen lassen; er erreichte es in der That, daß in dem einen der beiden Exemplare des Vertrages der Name des schwedischen, in dem anderen der des französischen Königs zuerst genannt werde. Das waren Kleinigkeiten, aber sie sind bezeichnend für die Lage und symptomatisch für die weiteren Verhandlungen, in denen Richelieu auch die meisten seiner weiteren Forderungen aufgeben mußte. Vor Allem hatte er verlangt, daß dem Könige von Frankreich ein entscheidender Einfluß auf die kriegerischen Operationen Gustav Adolfs eingeräumt werde. Nimmermehr hätte sich dieser dazu verstanden; er allein wollte die Leitung, das „Directorium" des Krieges in der Hand behalten. Frankreich mußte sich mit den mittelbaren Vortheilen, die ihm die Erfolge der schwedischen Waffen in Aussicht stellten, begnügen; auch seine Ansprüche auf Landerwerb auf deutschem Boden wurden ohne Weiteres zurückgewiesen. Danach erst kam im Januar 1631 der Vertrag von Bärwalde zu Stande, in welchem Frankreich und Schweden ein Bündniß auf fünf Jahre „zum Schutze der gemeinschaftlichen Freunde, zur Sicherung der Ostsee, zur Freiheit des Handels, zur Restitution der unterdrückten und bedrängten Stände" abschlossen. Nur das eine Zugeständniß, auf welchem Richelieu den Anfeindungen seiner katholischen Gegner gegenüber bestehen zu müssen glaubte, machte ihm Gustav Adolf: er verpflichtete sich, die katholische Religion in den eroberten Orten unangefochten zu lassen und nach den Reichssatzungen zu verfahren. Sehr bezeichnend war weiter die Bestimmung, daß mit Bayern und der Liga, mit der Richelieu seit

dem Regensburger Convent gleichfalls in Verbindung stand, Freundschaft gehalten werden solle, wenn sie das Gleiche thäten. Man sieht: das Bündniß war in erster Linie gegen den Kaiser, ja gegen ihn allein gerichtet. Mit der Liga, die noch soeben in schroffer Opposition zum Kaiser gestanden hatte, dachte man Frieden bewahren zu können. Gustav Adolf bedachte dabei nicht, daß eben sie es gewesen war, die den Kaiser zum Erlaß des Restitutionsedicts gedrängt hatte, welches anzuerkennen er doch weit entfernt war. Zur Erreichung des Bündnißzweckes, d. h. zur erfolgreichen Bekämpfung der kaiserlichen Uebermacht in Deutschland, verpflichtete sich Gustav Adolf, 30 000 Mann zu Fuß und 6000 Mann zu Pferde zu unterhalten; zu den daraus erwachsenden Kosten verpflichtete sich Frankreich jährlich 400 000 Thaler Subsidien



Ansicht von Stettin.

Verkleinertes Facsimile eines Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae (1632).

zu zahlen; für das bereits abgelaufene Jahr erhielt Gustav Adolf außerdem 120 000 Thaler.

Damit war für den König, der bisher fast ausschließlich auf die finanziellen Kräfte seines kleinen und armen Landes angewiesen gewesen war, schon viel gewonnen. Er konnte sich jetzt mit erneuter Kraft den kriegerischen Operationen zuwenden. Für diese hatte er anfangs einen umfassenden und großartigen Offensivplan entworfen, den er aber auf dringendes Anrathen seines Kanzlers Oxenstierna zunächst und so lange der Anschluß der protestantischen Kurfürsten noch nicht erfolgt war, fallen ließ, um den Krieg langsamer, aber sicherer in der bisherigen vorsichtigen Weise fortzuführen, d. h. erst an der mecklenburgischen und pommerschen Küste Platz für Platz einzunehmen und sich so eine sichere Operationsbasis und Rückzugslinie zu verschaffen. Er selbst ging gegen Mecklenburg vor, während er den Haupttheil seines Heeres unter Horn in der Gegend von Stettin und Landsberg stehen

ließ, um die Oder, die Neumark und Hinterpommern zu decken. Während er dann Neubrandenburg und Demmin, den vornehmsten Paß zwischen Mecklenburg und Pommern, nahm, gelang es in Hinterpommern seinem dortigen General Boëtius, Kolberg einzunehmen (12. März 1631).

Jetzt endlich erschien auch Tilly auf dem Kriegsschauplatze. Er war bis zum December an der Weser unthätig stehen geblieben und dann langsam nach Osten marschirt. Am 29. December war er bei Pappenheim im Lager vor Magdeburg eingetroffen. Die Stadt glaubte schon damals, daß ihr jetzt eine regelrechte Belagerung durch die sehr überlegene kaiserlich-ligistische Armee drohe. Ihr Bürgermeister Kühlewein begab sich an der Spitze einer Deputation ins Lager zu Tilly, um mit ihm über einen Ausgleich zu verhandeln. Tilly forderte, daß die Stadt den Administrator sammt seinen Truppen aus der Stadt entfernen und „in kaiserlicher Devotion bleiben" solle, dann werde sie Pardon erhalten. Die „Vornehmsten" in der Stadt, d. h. die Anhänger des alten kaiserlich gesinnten Rathes scheint Tilly damals in der That auf seine Seite gezogen zu haben, die allgemeine, von den protestantischen Predigern in Erregung gehaltene Stimmung aber war entschieden gegen eine Aussöhnung und geneigt, eher alle Gefahren einer Belagerung auf sich zu nehmen, als sich dem Restitutionsedict zu fügen. Für diesmal aber ging die Gefahr noch glücklich vorüber, da Tilly sich zunächst wieder von der Stadt entfernte, um dem weiteren Vordringen Gustav Adolfs in Mecklenburg entgegenzutreten. Er ließ Pappenheim mit einem Theile seines Heeres vor Magdeburg zurück und überschritt am 5. Januar 1631 die Elbe bei Dessau, um sich langsam durch die Mark der mecklenburgischen Grenze zu nähern. In der That gelang es ihm dort, im März Neubrandenburg mit Sturm zu nehmen; er verhängte eine furchtbare, vernichtende Plünderung über die Stadt. Aber während Gustav Adolf nun fürchtete, er werde sich gegen Stralsund oder das von den Schweden belagerte Greifswald wenden, zog sich Tilly nach wenigen Tagen wieder zurück. Es schien, als wolle er es auf einen entscheidenden Waffengang mit Gustav Adolf, auf den dieser sich völlig gefaßt gemacht hatte, nicht ankommen lassen. Auf Pappenheims Drängen wandte sich Tilly nunmehr wieder gegen Magdeburg, um mit allen Kräften die Eroberung dieses entscheidend wichtigen Elbpasses zu betreiben.

Sofort ergriff Gustav Adolf wieder die Offensive; direct zum Entsatze Magdeburgs heranzurücken, konnte er allerdings nicht wagen, so lange sein Verhältniß zu Brandenburg und Sachsen nicht geklärt war, da er sonst Gefahr lief, daß diese im Falle irgend eines Mißgeschickes, das ihn betraf, sich in seinem Rücken feindlich erheben und seine Verbindung mit der Oder und Ostsee abschneiden könnten. Aber er meinte, durch einen Angriff auf Frankfurt a. O. Tilly von Magdeburg abzuziehen und zugleich auf diesem Wege energischen Vorgehens den Kurfürsten von Brandenburg zum endlichen Anschluß zu bewegen. Am 12. April langte er mit einem Heere von 14000 Mann vor Frankfurt an, nachdem er von dem Commandanten von Küstrin

den Paß zu Wasser und zu Lande für seine Truppen und die Lieferung von Zufuhr energisch verlangt und endlich auch zugesichert erhalten hatte. Am 13. April wurde Frankfurt mit Sturm genommen; die kaiserliche Besatzung, welche zwischen 4000 und 6000 Mann zählte, verlor 1700 Todte, darunter den Obristzeugmeister Schaumburg selbst; 1000 Gefangene, darunter eine große Anzahl hoher Offiziere, fielen in die Hände der Schweden. In seiner Erregung über die furchtbare Plünderung von Neubrandenburg ließ sich der König hinreißen, seiner sonstigen strengen Zucht zuwider, den Soldaten die Plünderung der unglücklichen Stadt zu gestatten. Tilly war, um Frankfurt zu entsetzen, bis in die Gegend von Brandenburg herangerückt, blieb aber, als er die Einnahme der Stadt erfuhr, unthätig zwischen Brandenburg und Berlin stehen und wandte sich bald wieder nach Magdeburg zurück. Gustav Adolf aber rückte in schnellen Märschen gegen Landsberg an der Warthe vor und nahm auch dieses ein.

Auf die Anhänger des Kaisers in Deutschland machten die Nachrichten von diesen neuen großen Erfolgen des anfangs so geringgeschätzten „Schneekönigs" einen geradezu überwältigenden, niederschmetternden Eindruck, der sich auch auf das Heerlager übertrug und seine unmittelbaren Wirkungen bis in die kaiserlichen Erbländer hin erstreckte, für die man jetzt einen schwedischen Angriff zu fürchten begann. Selbst in Prag packten viele Vornehme ihre Kostbarkeiten zusammen, um sich mit ihnen bei einem plötzlichen Angriffe Gustav Adolfs in Sicherheit zu bringen. Dagegen blieb die gegentheilige Wirkung auf die führenden protestantischen Fürsten noch immer aus. Ja, eben in den Tagen, in denen Gustav Adolf diese neuen, für die Sache des deutschen Protestantismus so vielversprechenden Erfolge errang, waren auf einem Convente aller Evangelischen zu Leipzig Beschlüsse gefaßt worden, welche die Erfüllung der Hoffnungen Gustav Adolfs wiederum in eine ungewisse Ferne verschoben.

Im Februar 1631 war jener auf Anregung des Feldmarschalls Arnim vom Kurfürsten Johann Georg nach Leipzig berufene Convent evangelischer Fürsten in Leipzig zusammengetreten. Aber schon die Worte des Einladungsschreibens zeigten zur Genüge, daß man sich von diesem Convente großer und mannhafter Entschlüsse nicht zu versehen haben werde; er wurde berufen, „um sich zu Beförderniß gütlicher Tractaten mit den Katholischen vorher in friedliebendem Vertrauen mit einander zu unterreden". Den vornehmsten Gegenstand der Verhandlungen sollten die Religionsgravamina, d. h. in erster Linie das Restitutionsedict, bilden. Also statt der von Arnim vorgeschlagenen Begründung einer bewaffneten Neutralitätspartei zwischen dem Kaiser und dem Könige von Schweden, die vielleicht wirklich bei energischem Auftreten einen nationalen Frieden ohne fremde Einmischung herbeiführen konnte, wiederum der schwächliche Versuch, durch gütliche Verhandlungen mit den Katholiken eine Aufhebung oder Milderung des Restitutionsedicts zu erreichen! Auf diesem Wege war allerdings irgend ein Erfolg nicht zu erzielen. Zu allem Ueber-

fluß hob Johann Georg gleich in der Eröffnungsverhandlung (20. Februar) ausdrücklich hervor, man müsse in unterthäniger Devotion gegen den Kaiser verharren. Und in diesem Tone bewegten sich die ganzen monatelangen Verhandlungen, deren Hauptmittelpunkt endlose Schmausereien, Banketts und Zechgelage zu bilden schienen. Die einzigen Fürsten, welche mit der ehrlichen Absicht, einen mannhaften Beschluß zu Stande zu bringen, erschienen waren, der Landgraf Wilhelm von Hessen und der junge, damals siebenundzwanzigjährige Herzog Bernhard von Weimar, verließen sehr bald in hellem Unmuth den Convent, weil sie einsahen, daß bei dieser Art von Verhandlungen wenig oder nichts herauskommen werde. Schließlich aber sah man doch ein, daß man sich gar zu lächerlich machen werde, wenn als das einzige Ergebniß dieses „evangelischen Convents“ eine neue Eingabe an den Kaiser um Aufhebung des Restitutionsedicts zu Tage kommen werde, von der man doch von vornherein wußte, daß sie ergebnißlos sein werde. Schon begann man im Reiche in katholischen Kreisen über diese Carrikatur eines Convents zu spötteln, über das ein katholisches Flugblatt folgende höhnischen Verse verbreitete:

Ach, die armen lutherischen Hündlein
Halten zu Leipzig ein Conventlein!
Wer war dabei?
Anderthalb Fürstlein.
Was wollten sie machen?
Ein kleines Krieglein.
Wer soll ihn führen?
Das schwedische Königlein.
Wer soll Geld dazu geben?
Das sächsische Jägerlein.
Wer wird sich dieses freuen?
Das pfälzische Fürstlein.
Worum ist es ihm zu thun?
Um sein Heidelberger Nestlein.

Ganz so kläglich wollte man nun doch den Convent nicht endigen lassen; man kam vielmehr wirklich auf die Nothwendigkeit einer Kriegsverfassung zu sprechen und setzte fest, was ein Jeder im Falle der Noth an Truppen stellen solle. Brandenburg sagte 5000 Mann, die übrigen Stände den zwölffachen Betrag des Matrikelanschlags zu. Johann Georg selbst erbot sich, 11000 Mann zu stellen, er versprach, bei Bedrängungen der Augsburger Confessionsverwandten für diese einzutreten, versäumte aber nicht hinzuzufügen, dem Kaiser wolle er gehorsam bleiben. Also nichts von dem kühnen Gedanken, sich als dritte selbständige Partei neben dem Kaiser und dem Könige von Schweden aufzustellen, nicht einmal der Abschluß irgend eines irgend wie festorganisirten Bundes, wie viel weniger ein Beschluß eines Anschlusses an Schweden: vielmehr nur ganz unbestimmte und auf gar keinen bestimmten „Kriegsfall“ zugeschnittene Verabredungen, die in keiner Weise geeignet waren, irgend einen bestimmenden Einfluß auf den weiteren Gang der Dinge auszuüben: das war das klägliche Ergebniß des Convents, der am 12. April, einen Tag vor der Eroberung Frankfurts durch Gustav Adolf, geschlossen wurde.

In welch schwierige Lage aber gerieth nun Gustav Adolf durch diese ohnmächtige Haltung derer, auf deren Hilfe er in erster Linie angewiesen war! Immer dringender erschollen von Magdeburg her die Hilferufe der von Tilly und Pappenheim jetzt ernstlich belagerten und in die höchste Noth versetzten

Stadt! Aber durfte Gustav Adolf dem Hilferufe Folge leisten, ehe er sich im Rücken gedeckt wußte? Er konnte dadurch in die größte Gefahr gerathen; denn das Heer, welches ihm nach Zurücklassung der unbedingt nothwendigen Occupationstruppen in Pommern und Mecklenburg zur Verfügung stand, war der vereinigten Macht Tillys und Pappenheims bei weitem nicht gewachsen. Wollte er den Entsatz versuchen, so mußte er nicht allein im Besitz der entscheidenden, den Rückzug deckenden brandenburgischen Festungen Küstrin und Spandau, er mußte auch im Besitz der in kursächsischem Gebiete gelegenen Elbpässe sein. Es war für ihn eine zwingende Nothwendigkeit, mit allen Mitteln zum Wenigsten eine Einigung mit dem Kurfürsten von Brandenburg zu erzwingen. Als sein Verlangen, daß ihm die Festungen Spandau und Küstrin eingeräumt würden, noch immer auf Schwierigkeiten stieß, rückte er mit seinem Heere vor Berlin. Nach längeren Verhandlungen zwischen beiderseitigen Bevollmächtigten erreichte er es endlich am 13. Mai durch eine persönliche Unterredung mit dem Kurfürsten, daß seinem Verlangen Folge gegeben wurde. Aber es bedurfte der Drohung, er werde den Kurfürsten als Feind behandeln, wenn er nicht in die „Totalconjunction" willige, um Georg Wilhelm zur Nachgiebigkeit zu bringen. Dann suchte er sofort dasselbe bei dem Kurfürsten von Sachsen zu erreichen. Aber dieser, an dessen Hofe eben damals der kaiserliche Rath Hegenmüller gegen die schwedischen Forderungen eifrig wirkte, zögerte mit der Antwort. Und als dann endlich die vom 20. Mai datirte abschlägige Antwort bei Gustav Adolf eintraf, war Magdeburg bereits von seinem schrecklichen Schicksale ereilt worden. Mit Recht konnte Gustav Adolf Johann Georg sagen lassen, die Schuld an dem Falle Magdeburgs treffe nicht ihn, sondern den Kurfürsten.

In der That, furchtbar mußte die unglückliche Stadt für die klägliche Haltung der protestantischen Kurfürsten, die den Entsatz verhindert hatten, büßen. Seit Anfang April war sie von Tilly und Pappenheim gemeinschaftlich belagert worden. Mit heldenhaftem Muthe hatte sich Falkenberg mit seiner kaum 3000 Mann starken Besatzung der zehnfachen Uebermacht der Belagerer erwehrt. Einer der mühsam von ihm auf dem rechten Elbufer errichteten Außenwerke nach dem anderen war gefallen, zuletzt auch die außerordentlich starke Zollschanze. Enger und enger schloß sich der verderbenbringende Kreis der Belagerer um die Stadt selbst. Falkenberg mußte sich entschließen, die Vorstädte niederzubrennen und sich auf die Vertheidigung der eigentlichen Stadt zu beschränken. Aber die Vertheidiger ließen den Muth nicht sinken, durften sie doch täglich den Entsatz durch den König von Schweden erwarten. Noch am 14. Mai scheiterten die von Tilly eröffneten Verhandlungen an der Widerstandskraft der muthigen Bürgerschaft. Am 17. Mai eröffnete Tilly das Bombardement auf die Stadt. Aber noch immer hielt sie sich. Fast schien es, als werde sich Tilly entschließen müssen, die Belagerung aufzuheben. War doch Gustav Adolf schon bis Potsdam herangerückt. Einen Augenblick scheint Tilly in der That an eine Aufhebung

der Belagerung gedacht zu haben. Dann aber entschloß er sich, sie mit allen Kräften zu Ende zu führen, ehe der schwedische Entsatz heranrücke. Am 18. Mai stellte er der Stadt sein Ultimatum, welches ihr nur die Wahl zwischen völliger Unterwerfung und Erstürmung ließ. Darüber wurde nun am 19. in der Stadt verhandelt und auf den Morgen des 20. eine neue Rathssitzung anberaumt, in welcher endgiltig Beschluß gefaßt werden sollte. Aber Tilly wartete das Ergebniß dieser Berathung nicht ab. Noch bevor er eine Antwort auf sein Ultimatum erhalten hatte, beschloß er, durch Personen, die in verrätherischer Verbindung mit ihm standen, über die Vorgänge innerhalb der Stadt aufs Genaueste unterrichtet, in einem Kriegsrath am 19. Mai, am folgenden Morgen zum Generalsturm zu schreiten. Der Rath der Stadt war in der Frühe des 20. noch in der Berathung begriffen, als ein Bote in die Sitzung hereinstürmte und meldete, daß der Feind von allen Seiten heranrücke. Falkenberg, der die Belagerten noch in letzter Stunde zum äußersten Widerstande mit fortreißen wollte, fuhr, da er sich auf seiner nächtlichen Runde überzeugt hatte, daß auf den Wällen Alles in Ordnung war, ruhig in seiner feurigen Rede fort, durch die er den Rath zum Aeußersten zu bewegen versuchte. Da wurde auf dem Thurme der Johanniskirche Sturm geläutet und die weiße Kriegsfahne herausgesteckt. Es war dem Feinde in der That gelungen, in die Stadt einzudringen. Von der Neustadt aus hatten sich seine Truppen unter Pappenheims Führung Morgens fünf Uhr, da sich wie gewöhnlich ein Theil der Besatzung von den Posten entfernt hatte, bis an den Wall herangeschlichen und waren dann durch eine kleine Pforte, die in der Nähe des Stückthores durch den Wall führte, in die Stadt eingedrungen. Ob auch hierbei Verrath im Spiele war, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Genug, Falkenberg fand, als er sich nun schleunigst auf sein Pferd warf und heraneilte, den Feind schon in der Stadt. Noch einmal gelang es ihm vorübergehend, die schon Eingedrungenen zurückzuwerfen. In dem Kampfe, der sich dann in der Nähe des Walles entspann, wurde er von einer feindlichen Kugel niedergestreckt. Auch dann noch aber machten die Vertheidiger den eindringenden Feinden jeden Fußbreit Erde streitig und setzten den Kampf mit dem Muthe der Verzweiflung fort. Während dieses mörderischen Straßenkampfes, der sich dann entspann, scheint es gewesen zu sein, daß Pappenheim den Befehl gab, einige Häuser anzuzünden; er wollte dadurch die Vertheidiger in Angst und Schrecken setzen und veranlassen, vom Kampfe abzustehen und sich zum Löschen des Feuers zu wenden. Einige Zeit später brach an verschiedenen Stellen der Stadt zu gleicher Zeit ein neuer Brand aus, der mit dem von Pappenheims Soldaten angelegten nicht im Zusammenhange gestanden zu haben scheint. Durch diesen Brand wurde dann die ganze Stadt, nachdem sie von den durch die lange Belagerung erbitterten Soldaten auf das Gründlichste ausgeplündert worden war, vollends in einen Trümmerhaufen verwandelt. Wie dieses große Feuer, welches nach und nach die ganze Stadt erfaßte und zerstörte, entstanden ist, darüber wird es

CAPITVLATIONES.

Was gestalt Herrn General Grafen von Tylli den 20. May 1631. die alte Jungfraw zu Magdeburg verheirat worden / vnd seyndt folgende Heyraths Nottel.



1. Soll Vlm das Heyrat gut geben.
2. Straßburg die Morgengab darlegen.
3. Wirdt Nürenberg die Hochzeit halten /
4. Augspurg vnd Regenspurg als Brautführer walten.
5. König in Schweden Ehrvatter sein /
6. Schenckt Würtenberg den Wein.
7. All vngehorsame Statt zusamen /
   Folgen der Braut in Gottes namen.
   Da wirdt bey dieser Hochzeit eben /
   Gantz schön blutfarbe Kräntzel außgeben.

Facsimile eines satirischen Blattes auf die Eroberung Magdeburgs durch Tilly.

bei den einander auf das Schroffste widersprechenden Angaben der gleichzeitigen Quellen wohl nie gelingen, volle Klarheit zu erlangen. Auf kaiserlicher Seite war man gleich nach dem Ereigniß eifrig bemüht, die Schuld von der kaiserlichen Armee und ihren Führern abzuwälzen. Und in der That ist kaum anzunehmen, daß Tilly den Befehl gegeben haben sollte, die Stadt zu zerstören. Ihm kam es doch vor Allem darauf an, in Besitz der strategisch außerordentlich wichtigen Elbfeste zu gelangen. Gelang es ihm, die Stadt zu nehmen, ohne sie zu zerstören, so war seinen strategischen Zwecken damit weit besser gedient. Weit wahrscheinlicher schon ist es, daß die Pappenheimschen Soldaten in der Erbitterung des Kampfes, wie anfangs das vereinzelte, so später auch das größere, an verschiedenen Stellen aufflammende Feuer angelegt haben. Es wäre an sich bei dem Charakter der damaligen Soldatesca durchaus begreiflich, wenn dies auch ohne höheren Befehl geschehen wäre. Aber auch noch eine andere Erklärung, die ebenfalls schon bald nach dem Ereignisse auftauchte, ist durchaus möglich, nämlich die, daß der schwedische Commandant der Stadt, Dietrich Falkenberg, der voll und ganz tapferer Soldat war und nur militärische Rücksichten kannte, im Einverständniß mit der radical-protestantischen Partei der Stadt selbst die Anordnung getroffen hätte, im Falle eines siegreichen Eindringens des Feindes die Stadt lieber in Brand zu stecken, als sie unversehrt in die Hände der Kaiserlichen fallen zu lassen. Magdeburg wäre dann ein früheres Moskau gewesen. Aber welches auch die Ursachen der furchtbaren Katastrophe gewesen sein mögen: die ganze schwere Bedeutung derselben bleibt in allen Fällen dieselbe. Die stolze Stadt, das vornehmste Bollwerk des Protestantismus in Deutschland, war in einen Trümmerhaufen verwandelt. Als der Brand gelöscht war, standen außer dem Dome und der Liebfrauenkirche nur noch einige elende Fischerhütten als unversehrte Reste der stolzen Stadt. 30 000 Menschen sollen bei der Erstürmung umgekommen sein. Hochauf jauchzten die Katholiken über diesen Sieg der kaiserlichen Sache.

„Vor Jahren hat die alte Magd
Dem Kaiser einen Tanz versagt,
Jetzt tanzt sie mit dem alten Knecht,
So geschieht dem stolzen Mädchen recht —

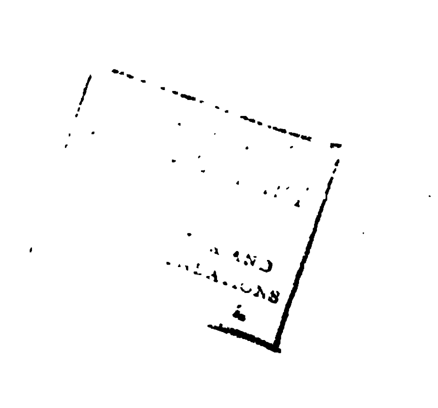
so sang man höhnend in ihren Kreisen. Die Protestanten aber ergriff Schrecken und namenlose Erbitterung über diese grauenvolle Zerstörung der uralten stolzen Stadt. Noch mehr als früher blickten sie jetzt auf Gustav Adolf als auf den Einzigen, der noch Rettung aus der schweren Noth bringen könne. Die Frage war, ob endlich auch die protestantischen Fürsten sich auf ihre Pflicht, auf die einfache Pflicht der Selbsterhaltung, besinnen würden.



Magdeburg von



Tilly belagert, 1631. Facsimil



Bündniß mit Brandenburg und Sachsen. Die Schlacht bei Breitenfeld.

Es war nicht wunderbar, daß unter den Protestanten, so sehr auch namentlich die breiten Volksmassen in Gustav Adolf ihren Retter zu sehen begannen, doch auch wieder Stimmen laut wurden, welche ihm einen Vorwurf daraus machten, daß er die Stadt Magdeburg, das alte Bollwerk des Protestantismus, fast unter seinen Augen hatte erstürmen und in einen Trümmerhaufen verwandeln lassen. Er hielt es für nothwendig, sich in einer eigenen „Apologie", die er veröffentlichte, gegen diesen Vorwurf zu vertheidigen und die Schuld an dem verhängnißvollen Untergange der Stadt auf die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen zu werfen, die es ihm durch ihre zweifelhafte Haltung unmöglich gemacht hätten, zum Entsatze der belagerten Stadt heranzueilen. Ohne Zweifel hatte er vollkommen Recht. Seine kaiserlich gesinnten Gegner haben offen eingeräumt, daß es strategisch im höchsten Maße gewagt, ja leichtfertig gewesen wäre, wenn er die Elbe, um Magdeburg zu entsetzen, überschritten hätte, ohne sich über die Haltung der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen ausreichend vergewissert zu haben. Wie nothwendig seine Vorsicht gewesen war, zeigte sich alsbald nach dem Falle der Stadt. Georg Wilhelm begann alsbald auf Wiedereinräumung der von Gustav Adolf besetzten Festungen Spandau und Küstrin zu dringen, die nach dem im Mai geschlossenen Accord dem Könige nur so lange zur Verfügung gestellt worden waren, bis die Magdeburger Angelegenheit entschieden sei. Jetzt mußte also von Neuem das alte langwierige Spiel der Verhandlungen beginnen. Durch den Fall Magdeburgs war der Kurfürst wieder ängstlicher und schwankender geworden als vorher. Was hätte Gustav Adolf gar von Brandenburg zu erwarten gehabt, wenn ihm selbst bei dem Entsatz von Magdeburg ein ernsterer Unfall begegnet wäre! In der That, er hatte nicht anders handeln können, als er gehandelt hatte.

Natürlich wurde aber jetzt seine Lage durch den Fall Magdeburgs keineswegs weniger schwierig; ja sie wäre vielleicht bei der Unentschiedenheit seines Verhältnisses zu Brandenburg geradezu gefährlich geworden, wenn Tilly sich entschlossen hätte, seinen Sieg auszunutzen und mit aller Kraft gegen Gustav Adolfs verhältnißmäßig kleines, dem kaiserlich-ligistischen bei weitem nicht gewachsenes Heer vorzugehen. Aber dieser Angriff, den Gustav Adolf mit Bestimmtheit erwartete, erfolgte nicht. Es kann nicht zweifelhaft

sein, daß Tilly, sei es in Folge seines hohen Lebensalters, sei es aus unbewußter Scheu vor der militärischen Ueberlegenheit Gustav Adolfs, die alte Rührigkeit und Energie nicht mehr an den Tag legte. Die fast ängstlichen Briefe, welche er nach seinem Siege über Magdeburg an den Kurfürsten von Bayern richtete, sind eher im Tone des Besiegten als des Siegers gehalten. Der Gedanke, daß er einen umfassenden Angriff auf die Schweden machen könne, ist ihm offenbar gar nicht ernstlich gekommen. Im Gegentheil, er behauptete in bitter klagendem Tone, daß er sich aus Mangel an Lebensmitteln nicht bei Magdeburg werde halten können, und beantragte bei Kurfürst Maximilian, sich gegen das protestantische Hessen und Thüringen wenden zu dürfen. Trotzdem der Kaiser sein Heer durch Truppen, welche er aus den Niederlanden und nach Beendigung des mantuanischen Erbfolgekrieges aus Italien heranzog, sehr erheblich verstärkte, vermochte sich Tilly nicht zu irgend wie energischem Vorgehen aufzuraffen. Pappenheim gerieth über sein Zaudern und seine Unthätigkeit in volle Verzweiflung. Statt sich unmittelbar gegen den Hauptgegner zu wenden, marschirte er, nachdem er bei Magdeburg nur ein Corps von 6000 Mann unter Wolf von Mansfelds Befehl zurückgelassen hatte, mit dem Haupttheile seines Heeres an die Weser, um namentlich den Landgrafen von Hessen für seinen Anschluß an Schweden zu züchtigen. Mitte Juni war er in Mühlhausen in Thüringen. Dadurch erhielt nun Gustav Adolf im Osten und Norden Deutschlands freie Hand und gewann auch, wie Tilly von den Kaiserlichen mit Recht vorgeworfen wurde, politisch die Möglichkeit, auf Brandenburg und Sachsen einen heilsamen Druck auszuüben, um sie zum Abschluß eines Bündnisses zu bewegen. Er benutzte zunächst den militärischen Vortheil, den ihm Tillys Abzug gewährte. Während seine in Pommern zurückgelassenen Truppen unter Atte Trotts Führung am 26. Juni Greifswald einnahmen und dann die vertriebenen Herzöge von Mecklenburg wieder in ihr Land zurückführten, sicherte sich Gustav Adolf selbst seine Stellungen an der Havel noch besser als bisher und schlug dann bei Werben ein befestigtes Lager auf.

Aber weitere durchgreifende Erfolge zu erringen, war nur möglich, wenn es ihm endlich gelang, Georg Wilhelm zu einem mannhaften Entschluß fortzureißen. Das aber schien noch immer nicht gelingen zu wollen. Wer wollte es dem Könige verdenken, daß ihn bei dieser kläglichen Haltung derer, die von seinem Erscheinen in Deutschland den größten Gewinn hätten haben können, der Unmuth erfaßte? Er hat in der That in jenen Wochen zwischen dem Falle Magdeburgs und dem endlichen Anschlusse Georg Wilhelms sehr ernstlich den Gedanken erwogen, sich mit der bereits errungenen Defensivstellung an der Ostsee zu begnügen und die deutschen protestantischen Fürsten, die ihm so wenig Entgegenkommen zeigten, ihrem Schicksale zu überlassen. Denn von Woche zu Woche wurde seine Lage schwieriger. Dänemark nahm eine immer bedrohlichere Haltung an, die französischen Subsidien blieben aus oder wurden doch sehr unregelmäßig gezahlt, so daß er auch finanziell in

Verlegenheit gerieth. Es wurde zweifelhaft, ob er den Krieg gegen den Kaiser unter diesen Umständen werde weiterführen können.

In dieser Stimmung traf ihn eine Gesandtschaft des Herzogs von Weimar und des Landgrafen Wilhelm von Hessen, die sich kurz vorher (22. April 1631) über ein Schutzbündniß unter einander geeinigt hatten und nun dem Schwedenkönige ihr Bündniß antragen wollten. Schon im November 1630 war über ein solches zwischen dem Landgrafen von Hessen und dem Könige verhandelt worden; es war der Entwurf einer Eventualconföderation zu Stande gekommen, in welcher nicht allein der Landgraf, sondern auch andere benachbarte Fürsten, namentlich die Herzöge von Weimar, Wilhelm und Bernhard, aufgenommen werden sollten. Diese sollten dann im Westen Deutschlands ein Heer von 10000 Mann aufstellen, zu dessen Oberbefehlshaber Herzog Wilhelm ernannt werden sollte. Auf dieser Grundlage wollten jetzt die Gesandten Weimars und Hessens, die Hofräthe Heusner und Wolf, das Bündniß mit Gustav Adolf endgiltig abschließen. Allein der König war in diesem Augenblicke nicht mehr geneigt, sich darauf einzulassen. So sehr er sich über den hochherzigen und mannhaften Entschluß der beiden Fürsten freute und dieser Freude anerkennenden Ausdruck gab, so mußte er sich doch sagen, daß ihm diese Verbindung mit einigen entfernten, zwar kühnen, aber doch nicht sehr mächtigen Fürsten, in der schwierigen Lage, in der er sich befand, wenig nützen konnte. Hier hätte er wieder, wie bei dem Anschluß Magdeburgs, nur Hilfe bringen, aber kaum solche erwarten können. So schwer es ihm wurde, er mußte den Bündnißantrag ablehnen, weil er für den Fall, daß Sachsen und Brandenburg bei ihrer zweifelhaften Haltung beharrten, entschlossen war, an die Seeküste zurückzukehren. Er versprach den beiden Fürsten nur, wenn sie von den Feinden ihres Glaubens von Land und Leuten vertrieben werden sollten, Schutz und Zuflucht in seinem Lande. Dem Landgrafen von Hessen aber muß es immer zur Ehre gereichen, daß er trotz dieser Abweisung und trotzdem in Folge derselben Herzog Wilhelm von Weimar von jenem Bündniß vom 22. April zurücktrat, dennoch der einmal von ihm erwählten Sache treu blieb und, in festem Bunde mit dem jungen Bernhard von Weimar, sich allein mit wahrem Heldenmuthe der kaiserlich-ligistischen Truppen, welche wiederholt in seine Lande einfielen, erwehrte, so gut es gehen wollte. Einige Monate später, als sich Gustav Adolfs Lage wesentlich verbessert hatte, war er dann doch der Erste, welcher von den Fürsten im Westen und Süden Deutschlands in engen Bund mit Gustav Adolf trat.

In derselben Zeit, in welcher Gustav Adolf sich gedrungen fühlte, das Bündniß mit Hessen und Weimar vorerst noch zurückzuweisen, eröffnete sich ihm noch eine andere Aussicht auf Hilfe von einer Seite, von der man es am wenigsten erwarten sollte. Wallenstein, der seit seiner schimpflichen Entlassung gegen den Kaiser, namentlich aber gegen die Fürsten der Liga aufs Aeußerste erbittert war, erbot sich, an dem Kampfe gegen den Kaiser theilzunehmen, wenn ihm Gustav Adolf ein Heer von 10000 bis 12000 Mann

unter der Führung des alten Grafen von Thurn zur Verfügung stellen wolle. Wir kommen auf diese Unterhandlungen noch zurück, für jetzt genügt es, sie kurz zu erwähnen. Sie eröffneten eine große, freilich vom Könige nur mit großem Mißtrauen aufgenommene Aussicht, die aber zunächst noch in weitem Felde lag und jedenfalls nicht geeignet war, Ersatz für den näherliegenden und unbedingt nothwendigen Anschluß von Brandenburg und Sachsen zu gewähren. Auf diesen mußte nach wie vor die Hauptaufmerksamkeit des Königs gerichtet sein.



Medaille von Kurfürst Georg Wilhelm mit seinem Sohne, dem späteren Großen Kurfürsten, als Kurprinz. Silber. Originalgröße. Kgl. Münz=Cabinet Berlin.

Vorderseite: Umschrift in Majuskeln in zwei konzentrischen Kreisen: **Numen quod stupeat vel prisca Georgius aetas sanguinis et Brenni spes Fridericus habent, et miremur adhuc hos Rhenus et Odera nec non Bregela si famulis noster adoret aquis.** Im Felde der Kurfürst und der Kurprinz, gepanzert in einer offenen Halle vor einem Tische stehend.

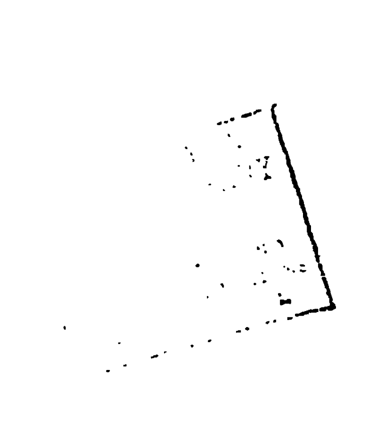
Mit Brandenburg waren die Verhandlungen alsbald nach der Einnahme Magdeburgs von Neuem eröffnet worden. Aber sie wollten noch immer nicht recht von der Stelle kommen. Zwar konnte daran kein Zweifel sein, daß es dem Kurfürsten Georg Wilhelm nichts weniger als angenehm gewesen wäre, wenn Gustav Adolf seinen Gedanken, sich an die Ostseeküste zurückzuziehen, wirklich ausgeführt hätte. Ganz gewiß wäre es Brandenburg dann so ergangen, wie nach jenem Einfall Mansfelds in sein Gebiet im Jahre 1626. Der Kurfürst hatte Gustav Adolf, wenn auch nach langem Sträuben, seine hauptsächlichsten Pässe und Festungen eingeräumt gehabt. Wäre Gustav Adolf jetzt wirklich aus seinem Lande abgezogen, so würden die Kaiserlichen jetzt ebenso



Schlacht bei Leipzig; 1631. Im Vordergrunde Gustav Adolf m



nit den Obersten seines Heeres. Facsimile eines gleichzeitigen Kupferstiches.



in dieselben eingerückt sein, wie Wallenstein nach dem Abzuge Mansfelds. Und welcher Unterschied zwischen einer schwedischen Besetzung des Landes und einer kaiserlichen obwaltete, das hatte Georg Wilhelm in den letzten Jahren nur zu wohl erfahren. Während die schwedischen Truppen musterhafte Mannszucht beobachteten und sich streng an die umsichtige und schonende Quartierordnung ihres Königs halten mußten, wären die brandenburgischen Lande durch eine erneute kaiserliche Besetzung wiederum den furchtbaren Bedrückungen und Aussaugungen rettungslos preisgegeben worden, welche sie in



Rückseite der Medaille von Kurfürst Georg Wilhelm mit seinem Sohne als Kurprinz.

Umschrift: Talis ego aureolam tranquilla Borussia pacem raro divorum munere nacta color. Im Felde: Landkartenartige Darstellung eines Theiles von Ostpreußen, das Frische Haff mit Königsberg und anderen Städten. Vorn sitzt auf Waffen die Friedensgöttin. Auf einem Kanonenrohr steht 1639, auf einem andern S D, Name des Stempelschneiders S. Dadler.

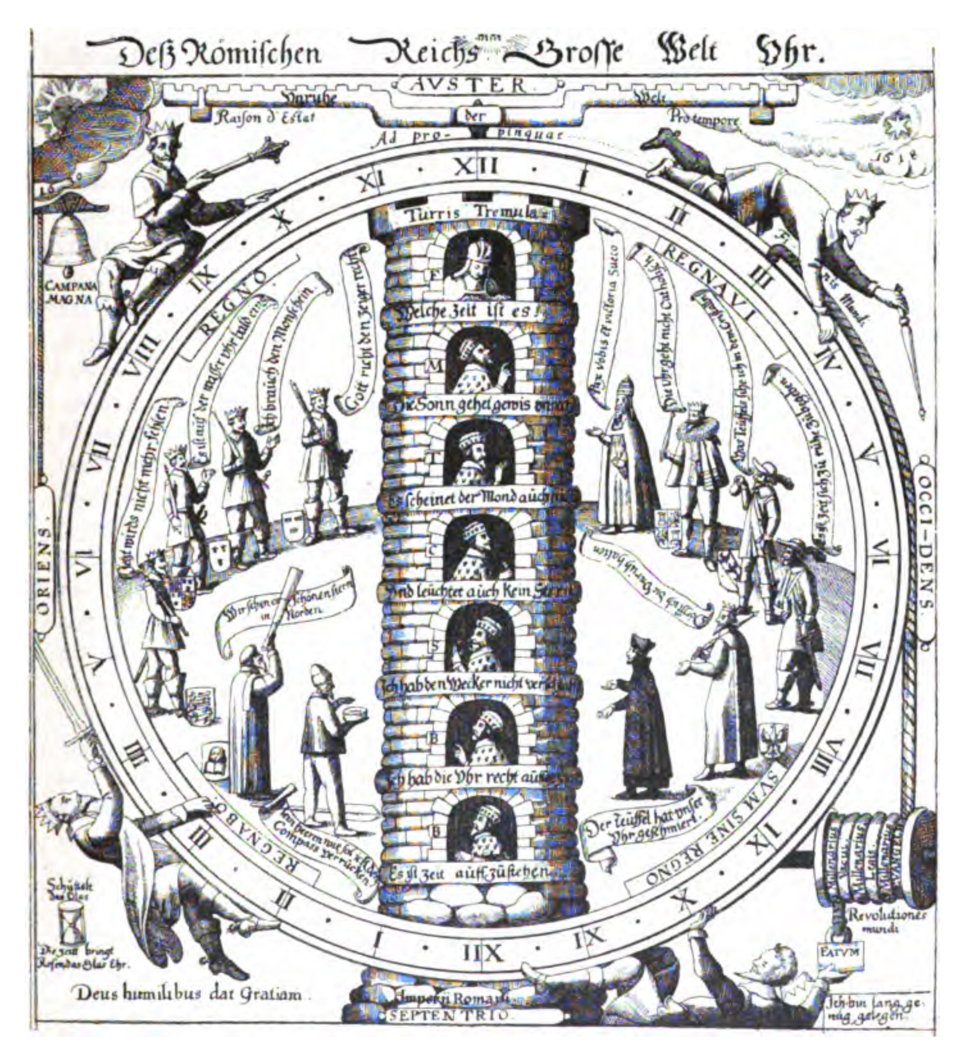
den Jahren 1627—1629 durchgemacht hatten. Trotz alledem vermochte sich Georg Wilhelm, als nun Gustav Adolf energisch den endlichen Abschluß einer wirklichen Allianz forderte, doch zu einem so entscheidenden Schritte nicht zu entschließen. Noch immer meinte er vielmehr, seine so gut wie völlig unbewaffnete Neutralität aufrecht erhalten zu können; ja, er glaubte, es werde ihm gelingen, von Tilly eine Garantie derselben zu erlangen, wenn er sich dem Anschlusse an Schweden nach wie vor widersetze. Wohl verstand er sich in einer persönlichen Unterredung mit Gustav Adolf, die am 30. Mai in dessen Lager stattfand, dazu, dem Könige einstweilen Spandau und Küstrin noch zu überlassen, aber weiter wollte er nicht gehen. Er schlug vielmehr

Gustav Adolf vor, er möge sich nach Schlesien wenden, wo er seine kriegerischen Absichten gegen den Kaiser weit besser verwirklichen könne, als in den ausgesogenen brandenburgischen Ländern. Jetzt aber war Gustav Adolfs Geduld erschöpft; er verlangte kategorisch eine endgiltige Antwort bis zum 17. Juni. Sei dieselbe bis dahin nicht eingetroffen, so sollte es so viel gelten, als wenn er sich feindlich gegen ihn erklärt habe. Um seiner Forderung noch mehr Nachdruck zu verleihen, marschirte Gustav Adolf am 19. Juni von Spandau nach Berlin und ließ seine Artillerie gegen die Stadt aufpflanzen. Das wirkte. Am 23. Juni kam der Kurfürst in das Heerlager Gustav Adolfs heraus, am 24. wurde endlich zu großer Freude des Königs der Vergleich unterzeichnet, durch welchen den Schweden das Besatzungsrecht von Spandau während des ganzen Krieges und freier Paß durch Küstrin, im Nothfall auch hier das Recht, Truppen einzulegen, versprochen wurde. Dagegen verpflichtete sich Gustav Adolf, die Festungen dem Kurfürsten gut zu vertheidigen und nach dem Friedensschluß ungeschmälert wieder abzutreten. Bei dem Gelage, welches dann zur Feier des endlich glücklich abgeschlossenen Bündnisses veranstaltet wurde und in ausgelassener Fröhlichkeit verlief, sprach man sogar davon, den brandenburgischen Kurprinzen Friedrich Wilhelm mit der schwedischen Prinzessin Christine zu vermählen. Allein diese scheinbar enge Freundschaft mit dem Schwedenkönige hielt den Kurfürsten nicht ab, seinen vollzogenen Anschluß an Schweden bei dem Kaiser in einem demüthigen Schreiben als einen erzwungenen zu entschuldigen.

Für Gustav Adolf aber war durch diesen Vertrag doch unendlich viel gewonnen. Er konnte sich freier bewegen, es war, als wenn ein auf ihm lastender Bann von ihm genommen wäre. Auch militärisch machte sich das sehr bald fühlbar. Als Tilly von Hessen aus sich wieder der Elbe näherte, um sich mit Pappenheim zu vereinigen, zog Gustav Adolf alle disponiblen Kräfte an sich, um ihm entgegenzutreten. In den letzten Julitagen errang er bei Burgstall einen erheblichen Vortheil über die Gegner: ein Angriff auf das schwedische Lager, welchen Tilly versuchte, wurde glänzend und mit großem Verlust für die Kaiserlichen zurückgeschlagen. Es war keine große Entscheidung, aber es trug doch dazu bei, das Ansehen und den militärischen Ruf des Königs, der zum ersten Male dem „unbesiegbaren“ Tilly eine Niederlage beigebracht hatte, zu erhöhen beziehungsweise neu zu stärken. Bald darauf fiel auch Tangermünde in schwedischen Besitz; Gustav Adolf begann sich an der Elbe festzusetzen. In denselben Tagen landete die Königin, seine Gemahlin, mit frischen schwedischen Truppen in Pommern, und Hamilton, der in England für den König 6000 Mann angeworben hatte, erschien auf dem deutschen Kriegsschauplatze. Das Gestirn des Königs bewegte sich wieder in aufsteigender Linie. Alles Weitere hing davon ab, ob es nun gelingen werde, den Kurfürsten von Sachsen auf seine Seite zu ziehen.

Derselbe war nach dem Falle Magdeburgs, der ihn doch in großen Schrecken versetzt hatte, zunächst mehr noch als früher geneigt gewesen,

in „kaiserlicher Devotion“ zu verharren. Der Kaiser selbst war es dann, der ihn Gustav Adolf in die Arme trieb, indem er in der rücksichtslosesten Form darauf drang, daß sich Johann Georg am Kampfe gegen Schweden betheilige.



Verkleinertes Facsimile eines politischen Flugblattes vom Jahre 1630.

Anfangs forderte Ferdinand in erster Linie Auflösung des Leipziger Bundes, von dem sich loszusagen dem Kurfürsten wider seine Ehre zu gehen schien; dann aber verlangte Tilly im Auftrage des Kaisers immer schroffer directen Anschluß an diesen. Er eröffnete dem Kurfürsten, er werde gut thun, seine

Stifter freiwillig herauszugeben, da der Kaiser unter allen Umständen am Restitutionsedict festzuhalten gedenke. Schon am 23. Mai hatte Ferdinand dem Feldmarschall Vollmacht gegeben, direct gegen den Kurfürsten vorzugehen, wenn dieser die Waffen nicht niederlege. Nicht Tilly war es, der aus eigenem Antriebe das schroffe Vorgehen gegen Kursachsen einschlug; im Gegentheil, sein Verfahren war dem Kaiser zu vorsichtig und zu schonend; namentlich war es Pappenheim, der zu offenem kriegerischen Vorgehen gegen Kursachsen rieth, um es so zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Endlich gegen Ende August entschloß sich Tilly dann, von Eisleben aus, wo er seine Truppen concentrirt hatte, sich mit aller Macht gegen Johann Georg zu wenden.

Mit ungeheuerer Spannung, die sich in einer großen Anzahl von Flugschriften Luft machte, erwartete das evangelische Volk, wie sich Sachsen entscheiden werde. Noch immer versuchte der sächsische Feldmarschall von Arnim, den Kurfürsten bei jenem Gedanken einer dritten Partei, der dem Leipziger Convente vorgeschwebt hatte, festzuhalten. Da wurde allen Schwankungen durch das Einrücken des Tillyschen Heeres, das alsbald die kursächsischen Gebiete mit Brandschatzungen und Contributionen heimsuchte, ein Ende gemacht. Der Kurfürst hielt ein Rendezvous über seine Truppen und führte dieselben dann über Eilenburg nach Torgau, um den Stellungen des Schwedenkönigs näher zu sein und den Kaiserlichen den Vormarsch nach Dresden zu verlegen. Gustav Adolf beeilte sich, ihm zur Hilfe entgegenzurücken. Am 2. September stand er in Wittenberg, am 8. bei Coswig, in unmittelbarer Nähe des kursächsischen Heeres. Am 11. September wurde das Bündniß zwischen Gustav Adolf und Johann Georg abgeschlossen, Düben den beiderseitigen Truppen zum Sammelpunkte bestimmt, wo am 15. September auch Johann Georg selbst in Begleitung des brandenburgischen Kurfürsten eintraf. Die sächsische Armee zählte etwa 18000, die schwedische 28000 Mann, vereint waren sie der kaiserlich-ligistischen nicht allein gewachsen, sondern um ein Geringes überlegen. Freilich bestanden die sächsischen Truppen zum großen Theil aus neugeworbenen und ungeübten Truppen. Im Kriegsrathe war man zweifelhaft, ob man es sogleich auf eine Entscheidung in offener Feldschlacht ankommen lassen oder den Feind durch Diversionen schwächen und ermüden solle. Gustav Adolf sprach sich zunächst im letzteren Sinne aus, stimmte aber freudig zu, als sich Johann Georg, der vor Allem sein Land von den kaiserlichen Truppen befreien wollte, für die Feldschlacht erklärte. Am 16. September setzten sich die Heere gegen Leipzig in Bewegung.

Auf diese reiche Stadt hatte Tilly seit seinem Einmarsch in kurfürstliches Gebiet sein hauptsächlichstes Augenmerk gerichtet. Er hoffte hier eine reiche Contribution erlangen zu können und forderte außerdem Aufnahme einer Besatzung. Die Stadt weigerte sich erst und wollte mit ihrer wenig zahlreichen Besatzung Widerstand versuchen. Als aber Tilly sie erst umlagerte, dann auch zu beschießen begann, konnte die offene Stadt an ernstlichen Widerstand nicht mehr denken und mußte sich zu der ungeheueren Contribution von

400000 Gulden verstehen. Kaum aber war Tilly in Leipzig eingezogen, so erhielt er Kunde von dem Herannahen des vereinigten schwedisch-sächsischen Heeres. Er bezog darauf mit seiner Armee eine feste, nach Norden gerichtete Stellung, in welcher er die Stadt, die er gegen den herannahenden Feind decken wollte, im Süden hatte. Nach der herrschenden Kriegsweise bildete die Kavallerie die beiden Flügel des kaiserlichen Heeres, der rechte unter Fürstenberg, der linke unter Pappenheim, während im Centrum in compacter, sehr tief aufgestellter Masse das gesammte Fußvolk stand, vor welchem die „Batterie“ aufgepflanzt war. In dieser Aufstellung, auf den Höhen bei den Dörfern Podelwitz und Göbschelwitz, erwartete Tilly die heranziehende feindliche Armee. Er meinte noch, eine Feldschlacht vermeiden und durch die bloße, feste und gutgewählte Stellung selbst den Feind von Leipzig abhalten zu können. Nur Pappenheim drang energisch auf eine Feldschlacht.

Nach ganz entgegengesetzten taktischen Grundsätzen als Tilly hatte Gustav Adolf seine Armee aufgestellt. Während bei den Kaiserlichen Alles auf die compacte Massenwirkung der Infanterie bei Angriff und Abwehr ankam, war das oberste Princip der schwedischen Taktik größte Beweglichkeit und Manövrirfähigkeit der einzelnen Truppentheile, die nicht in starrer Sonderung, sondern in Kampfesgruppen gegliedert aufgestellt waren. Die „spanischen“ Bataillone Tillys standen zehn Glieder tief und waren darauf berechnet, durch die Wucht ihres Stoßes den Gegner zu erschüttern und zu durchbrechen; allein auf diese Weise war die Ausdehnung in die Breite gering, und nur ein kleiner, der zehnte Theil der Bataillone konnte zugleich feuern; diejenigen, die geschossen hatten, konnten dann nur schwer hinter die anderen Glieder wieder zurücktreten. Dagegen wechselten bei Gustav Adolf Kavallerie- mit Musketierabtheilungen ab und wirkten zusammen in einer Weise, die man in Deutschland bisher nicht gekannt hatte. Den anstürmenden Feind empfingen die Salven der Infanterie, dann brach die Cavallerie los; wurde sie zurückgeschlagen, so wurden die nachfolgenden Feinde wieder von den Musketieren beschossen. Auch die Hauptmasse der Infanterie, welche auch auf schwedischer Seite im Centrum vereinigt war, war weit beweglicher und mehr gegliedert aufgestellt als auf kaiserlicher Seite; vor Allem, sie stand nur drei Glieder tief, so daß alle gleichzeitig feuern konnten, die beiden ersten Reihen knieend, die dritte stehend. Dadurch konnte mit viel weniger Truppen eine ebenso große Ausdehnung der Front erreicht werden, so daß Gustav Adolf die Möglichkeit gewann, ein zweites Treffen und eine starke Reserve zu bilden, durch die thatsächlich die Schlacht entschieden worden ist. Es waren zwei grundverschiedene taktische Systeme, die hier zum ersten Male auf einander trafen. Bisher hatten sich alle Schlachten im Wesentlichen in derselben Weise abgespielt: die beiderseitigen compacten Heeresmassen waren auf einander geplatzt und dann ein wildes Handgemenge entstanden, durch welches ohne complicirtere taktische Manöver die Schlacht entschieden war. Bei Breitenfeld war es recht eigentlich die größere Manövrirfähigkeit der Schweden, welche den Sieg entschied.

Die Aufstellung der schwedisch-sächsischen Armee, welche in zwei Treffen gegliedert war, war folgende: den rechten Flügel und das Centrum bildete die schwedische, den linken Flügel die sächsische Armee. In der schwedischen Armee befehligte Banér den rechten, Horn den linken, die Verbindung mit den Sachsen herstellenden Flügel. Zwischen den beiden Treffen stand die Reserve des ersten.

Tilly verließ sich zunächst auf den Vortheil seiner Stellung; er hatte die Höhen inne, seine Truppen hatten die Sonne im Rücken. Außerdem trieb der Wind den Schweden den Staub ins Gesicht. Den letzteren Nachtheil wußte Gustav Adolf alsbald wenigstens zum Theil dadurch auszugleichen, daß er die Armee so viel als möglich rechtsab zog und so ihre Front ein wenig veränderte. Unter diesen vorbereitenden Maßregeln war der Vormittag des 17. September verstrichen, ohne daß es zu einem ernstlichen Angriff kam. Es schien, als werde es Tilly wirklich gelingen, einer Feldschlacht auszuweichen. Da begann Mittags zwischen ein und zwei Uhr Pappenheim, den sein Ungestüm fortriß, den Kampf, indem er mit seiner Reiterei einen Angriff auf den rechten schwedischen Flügel unter Banér eröffnete. Da er aber bei demselben in Folge des Rechtsabmarsches der Schweden halblinks vorgehen mußte, so verlor er die Verbindung mit dem auf den Höhen verbleibenden Centrum der kaiserlichen Armee. Diesen Vortheil benutzte Gustav Adolf sofort, er verstärkte seinen rechten Flügel und brach den Widerstand der Pappenheimschen Reiter, die nach kurzer Zeit zum Rückzuge gezwungen wurden. Jetzt aber war einmal die Schlacht im Gange und konnte nicht mehr abgebrochen werden. Tilly ließ daher die compacten Infanteriemassen seines Centrums zum Angriff gegen das ungeübte, neugeworbene sächsische Volk vorgehen, welches in der That sehr bald in die Flucht geschlagen wurde und in wilder Auflösung den Kampfplatz verließ. Der Kurfürst selbst floh ohne Aufenthalt bis Eilenburg. Im Fliehen sprengten die Sachsen aus, man sei geschlagen und Alles verloren, und brachten dadurch auch die schwedischen Truppen des zweiten Treffens in Verwirrung. Es war der kritische Moment der Schlacht. Durch die Flucht der Sachsen war die linke Flanke des schwedischen Heeres entblößt und, wie Tilly meinte, fast schutzlos den Angriffen seiner siegreichen Infanterie preisgegeben. Jetzt aber offenbarte sich die taktische Schulung der Schweden in glänzendstem Lichte. Wie auf dem Exercirplatze machte der linke schwedische Flügel unter Horns Führung eine volle Schwenkung, durch welche er Front gegen den Feind bekam, Gustav Adolf aber führte aus dem zweiten Treffen zwei Brigaden heran. Hier entbrannte nun ein langer furchtbarer Kampf, der nach einiger Zeit zum Stehen kam. Die kaiserliche Infanterie stand wie eine Mauer. Da wurde die Entscheidung dadurch herbeigeführt, daß von dem rechten Flügel, welcher den Angriff Pappenheims siegreich zurückgeschlagen hatte, eine größere Abtheilung ostgothischer Reiter heransprengte, an deren Spitze sich alsbald Horn stellte, der nun eine wuchtige Attacke gegen das kaiserliche Fußvolk unternahm, dessen Reihen durchbrach und die spanischen



Feldmarschall Banér.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Lucas Schnitzer.

Bataillone zersprengte. Am Abend des blutigen Tages waren die Schweden Sieger, die Kaiserlichen bis auf vier Regimenter, die noch rechtzeitig entkommen waren, so gut wie völlig vernichtet. Tilly selbst war mehrfach verwundet und wäre auf der Flucht fast von einem ihm nachfolgenden Officier des Regiments „Rheingraf“, dem „langen Fritz“, gefangen genommen worden. Die Kaiserlichen hatten 10 000 — 12 000 Mann Todte und Verwundete und gegen 7000 Gefangene verloren, außerdem fast ihre sämmtliche Artillerie und 90 Fahnen und Cornets. Mit Mühe rettete Tilly die Trümmer der geschlagenen Armee, der einzigen, die dem Kaiser im Augenblicke zu Gebote stand. Die kaiserlichen Erblande und ganz Deutschland standen dem Sieger wehrlos offen.

Der Eindruck, den diese erste entscheidende Schlacht, in der Gustav Adolf gesiegt hatte, auf beiden Seiten hervorbrachte, war ein ungeheuerer. Bei den Kaiserlichen herrschte ein an Verzweiflung grenzender Schrecken: in Wien und Prag zitterte man vor einem sofortigen Einfall in die kaiserlichen Erbländer. Durch das protestantische Deutschland aber erscholl ein Jubelruf der Befreiung und Erlösung. Man prägte Münzen und Medaillen auf Gustav Adolf, begann seine Person nach allen Richtungen hin zu verherrlichen. Mit einem Schlage war er, der Besieger des bisher für unbesiegbar gehaltenen Tilly, der populärste Mann im ganzen evangelischen Deutschland.



Medaille mit dem Bildniß Gustav Adolfs von Schweden.
Silber. Originalgröße. Berlin, Königl. Münz-Cabinet.

Sächsisch Confect.



Es war ein starcker Tisch in einem Breiten-felde
Und stunden hart darbey zwey fromme Tapfre Helde/
Confect war drauff gesetzt so Edel zugericht/
Daß man fast weit und breit dergleichen findet nicht.
Nemlich *Religio*, und *Regio* darneben/
Freyheit und *Dignitet*, Guth/Bluth/ja Leib und Leben/
Da kam ein frecher Mann/und wolte diß Confect
Aus lauter Geitz und Haß vom Tische nehmen weg.
Die Helden schaweten/wie mit raubrischen Händen
Er in geschwinder eyll zugrieff an allen enden/
Darumb der eine kam sehr eyffrig und geschwind/
Nahm' eine Schal'.und schlug dem Räuber auff dem Feind.
Der Ander sahe/daß Er billich war geschmissen/
Und schlug ingleichen zu frewdig mit gutem Gewissen/
Biß daß der Rauber ward erschrocken und verzagt/
Und endlich Ritterlich ins freye Feld verjagt.
Nu höre liebe Welt/kom her von allen Enden/
Und laß dein' Augen sich hieher zur Tafel wenden/
Sih! Was doch GOttes Rath und unbefleckter Muth/
Sih! Was Gerechtigkeit und gute Sache thut.
Sih/die Confect begehrn/die wurden zu Confecten
Den wilden Thieren selbst/Ihr Bluth die Hunde leckten/
Den Vogeln haben Sie sich zum Confect gemest/
Die tragens zum Confect den jungen in ihr Nest.
Ihr hoher *General* der Mann von grossen Thaten/
Die Welschen *Cavaliers*, *Signori*, und Crabaten/
Viel grosse Teutsche Herrn hochGräfflich vom Pappier/
Theils lieffen gar davon/theils liegen todt allhier.

Mich deucht/ich könte wohl itzt Sprichworts weise sagen:
Es kan sich beym Confect zu letzte viel zutragen/
Und: Es bekömmet dir das oder jenes Ding
Wie es mit sein Confect vor Leipzig Tyllen gieng.
Ich glaub' es hat dem Herrn gefählet an Vorschneiden/
Die Zinnen sind darzu zu grob und unbescheiden/
Sie schnitten zwar genug/Sie schnitten gar zu viel/
Bald Arm bald Köpffe weg/und endlich strumpff und stiel.
Ihr weret lieber dort zu Magdeburg gesessen/
Und hettet vors Confect Keß' und Brod mögen essen/
Alß daß Ihr kommen seyd zukosten Marcepan/
Davon ihr seyd versagt und meistentheils erschlahn.
Es wundert mich nichts mehr/alß von den alten Narren/
Daß Er so näschig ist/und wil darnach nicht harren/
Wenn Er nun essen sol/denn sonsten pflegt ein Kind
Zu naschen/und was nur die jungen Leute sind.
Von alten Weibern ists gesaget/daß Sie lecken
Wie Ziegen gerne Saltz/und nicht von alten Böcken/
Den Näschern gehets so/Ach *Reputation*
Ist auff einmal vernascht sambt der *Munition*.
O GOtt/der du nu hast Ihnn diß Confect vergifftet/
Und dir ein ewig Lob in aller Welt gestifftet/
Dir sey die Ehr' und Preiß/dir sey der Rhum und Danck/
Von Morgen bis hienein zur Sonnen Untergang.
Ach fahre ferner fort so unsern Feind zustraffen/
Regiere immerzu so deiner Diener Waffen/
Auff daß Wir gantz und gar erlöst aus unser Noth/
Hier und dort ewiglich dich preisen unsern GOTT.
Amen

Im Jahr/ M. DC. XXXI.

Facsimile eines Flugblattes auf Tillys Niederlage bei Leipzig-Breitenfeld.



Triumphzug Gustav Adolfs nach Mainz. Pläne und Entwürfe im Mainzer Winterquartier.

Den vollen Umfang und die ganze Tragweite seines Sieges über Tilly scheint Gustav Adolf anfangs kaum gewahr geworden zu sein. Er überschätzte die Widerstandskraft der Liga und wußte nicht, daß dieselbe mit der Vernichtung der Tillyschen Armee so gut wie völlig gebrochen war. Das katholische Deutschland lag thatsächlich wehrlos zu seinen Füßen. Der Kaiser selbst gab sich über die furchtbare Gefahr, in die er durch den noch vor Kurzem verachteten „Schneekönig" gerathen war, keiner Täuschung hin. In Wien herrschte eine Muthlosigkeit, welche dicht an Verzweiflung grenzte. Wie war doch Ferdinand so schnell und jäh von der Höhe herabgestürzt, zu der ihn in den Jahren 1626—1630 sein siegreicher Feldherr emporgehoben hatte! Es war nur natürlich, daß er jetzt bitter bereute, damals auf dem Regensburger Kurfürstentage dem Drängen der Liga nachgegeben und den Mann von seiner Seite gestoßen zu haben, dem er alle die großen Erfolge seiner bisherigen Politik verdankt hatte. Aber sollte es nicht möglich sein, den schwer Verletzten auszusöhnen und zum zweiten Male zum Retter aus schwerer Noth zu gewinnen? Dieser Gedanke war es, der sich dem Kaiser mit Naturnothwendigkeit aufdrängte. Und so ganz unmöglich schien die Sache doch keineswegs zu sein. Zwar konnte daran kein Zweifel obwalten, daß Wallenstein im Innersten tief ergrimmt darüber war, daß er vom Kaiser der feindseligen Eifersucht seiner Gegner preisgegeben worden war, aber auf der anderen Seite hatte doch Ferdinand bei der Absetzung selbst und auch nach derselben den Feldherrn wiederholt seiner fortdauernden Gunst versichert und sich alle erdenkliche Mühe gegeben, ihm klar zu machen, daß er durch politische Rücksichten auf die Kurfürsten zu seiner Absetzung sehr wider Willen gezwungen worden sei. Wiederholt hatte der Kaiser von dem entlassenen Feldherrn militärische Gutachten erbeten und erhalten; ja, er hatte auf Wallensteins Rath den strategischen Antipoden Tillys, Pappenheim, zum Feldmarschall befördert. Jedenfalls glaubte Ferdinand nach der furchtbaren Niederlage von Breitenfeld einen Versuch machen zu müssen, seinen bewährten Feldherrn wiederzugewinnen, zumal auch in der Armee unverhohlen der Wunsch nach Wallensteins Rückkehr ausgesprochen wurde. Namentlich war es Pappenheim, der, schon lange über die zaudernde und bis zum Uebermaß vorsichtige Kriegführung Tillys im Innersten ergrimmt, zu wiederholten Malen offen erklärte, der Einzige, der Rettung aus dieser

schweren Bedrängniß bringen und dem Kaiser wieder zu einem widerstandsfähigen Heere verhelfen könne, sei Wallenstein. Aber auch politische Erwägungen veranlaßten den Kaiser, wieder mit Wallenstein in Verbindung zu treten. Er erkannte jetzt, ein wie schwerer Fehler es gewesen sei, durch jenes schroffe Vorgehen gegen den Kurfürsten von Sachsen diesen dem Schwedenkönige in die Arme getrieben zu haben. Jetzt galt es, auch diesen verhängnißvollen Fehler wieder rückgängig zu machen und, wenn irgend möglich, den Kurfürsten Johann Georg, der so lange Zeit im Gegensatz zu seinen Glaubensgenossen fest zu dem Kaiser gestanden hatte, wieder von der Verbindung mit dem Schwedenkönige zu lösen und zu einem Separatfrieden zu vermögen. Auch hierfür war Niemand mehr geeignet als Wallenstein, der ja nie ein Hehl daraus gemacht hatte, daß er den religiösen Charakter, den der Krieg durch das Restitutionsedict angenommen hatte, nicht billige, und der außerdem mit dem Feldherrn des Kurfürsten von Sachsen, dem Feldmarschall Arnim, der lange Zeit in seinem Heere gedient hatte, in Beziehungen stand, die für Friedensverhandlungen mit Sachsen zum Anhaltspunkte dienen konnten. Der Kaiser beauftragte also Fürstenberg, sich mit Wallenstein in Verbindung zu setzen, um zunächst zu versuchen, ob man nicht mit seiner Hilfe Arnim und durch ihn Kursachsen für den Frieden gewinnen könne.

Allein Wallenstein verhielt sich diesen ersten Annäherungsversuchen von kaiserlicher Seite gegenüber durchaus abweisend, und zwar aus keinem anderen Grunde, als weil er in lebhaften Verhandlungen begriffen war, die nichts Geringeres bezweckten als seinen Anschluß an den gefährlichsten Gegner des Kaisers, an Gustav Adolf.

An der früher oft bezweifelten und geradezu geleugneten, aber schon von Ranke in der Hauptsache richtig dargestellten Thatsache, daß in der Zeit zwischen der Absetzung Wallensteins und seinem Wiedereintritt solche Verhandlungen zwischen ihm und Gustav Adolf wirklich stattgefunden haben, kann nach den neuesten archivalischen Entdeckungen aus schwedischen Papieren nicht der geringste Zweifel mehr obwalten. Wir besitzen darüber einen eingehenden Bericht eines der Unterhändler selbst, des böhmischen Emigranten Sesyma Raschin, dessen vielbestrittene Angaben eben durch jene neuesten archivalischen Veröffentlichungen zwar nicht in allen Einzelheiten, aber doch in der Hauptsache eine überraschende Bestätigung erfahren haben.

Ohne Zweifel hat Wallenstein mit diesem Versuch einer Anknüpfung mit Gustav Adolf eine hochverrätherische Handlung nicht zu begehen geglaubt. Seit seiner Absetzung befand er sich zu dem Kaiser in keinem unmittelbaren dienstlichen Verhältniß, vielmehr stand er ihm als Herzog von Mecklenburg ebenso gegenüber wie jeder andere Reichsfürst. Wie diese, so glaubte auch er das Recht zu haben, wenn es seine politischen Ziele, die, von der ihm widerfahrenen persönlichen Kränkung ganz abgesehen, nicht mehr voll und ganz mit denen des Kaisers übereinstimmten, erforderten, mit dem Schwedenkönige in Verbindung zu treten und im Gegensatz zum Kaiser seine eigene

Politik zu verfolgen. Freilich bestand zwischen ihm und den Kurfürsten und anderen Reichsfürsten der gewichtige Unterschied, daß die Letzteren ihre Würde



Gottfried Heinrich Graf zu Pappenheim.
Facsimile des Kupferstiches von Wenceslaus Hollar (1607—1677).

von den Vorfahren überkommen hatten, während er sie ausschließlich der Gnade des Kaisers verdankte. Aber dadurch hielt er sich nach der empfindlichen Kränkung, die ihm durch seine Absetzung widerfahren war, nicht mehr für gebunden. Er meinte, ohne jede Rücksicht seinen eigenen Weg gehen zu

können, auch wenn er ihn in einen offenen Gegensatz zu dem Kaiser brachte. Ohne Frage ein freventlich kühnes, ein ungeheueres Beginnen! Es ist nicht wunderbar, daß der König von Schweden in äußerstes Erstaunen gerieth, als die ersten unzweifelhaften Schritte in dieser Richtung von Wallensteins Seite erfolgten, ebenso natürlich aber ist es, daß er sich durch diese Verwunderung nicht abhalten ließ, auf diese höchst eigenthümlichen Verhandlungen einzugehen.

Hatte doch an sich dem Könige von Schweden bei seiner Landung auf deutschem Boden kaum etwas Erwünschteres begegnen können, als jene fast gleichzeitig mit derselben erfolgende Entlassung des kaiserlichen Feldherrn, den er mit Recht als seinen vornehmsten Gegner betrachtet hatte. Er sah dadurch das hauptsächlichste feindliche Hinderniß seines Unternehmens aus dem Wege geräumt. Man versteht es, daß er als großmüthiger Gegner dem entlassenen kaiserlichen Feldherrn seine Theilnahme mit seinem Geschick durch den Grafen Thurn versichern ließ. Aber daß Wallenstein durch den Wunsch, sich an dem Kaiser und den Fürsten der Liga zu rächen, sich so weit hinreißen lassen werde, direct gegen den Kaiser, in dessen Diensten er bis vor Kurzem gestanden hatte, vorzugehen, das hatte Gustav Adolf doch kaum anzunehmen gewagt. Eher traute man dem ergrimmten und von dämonischem Ehrgeiz getriebenen Manne auf katholischer Seite solche Absichten und Pläne zu. Schon im Winter von 1630—1631 fand ein Gerücht, nach welchem die Könige von England und Schweden sich an Wallenstein mit weitgehenden Anerbietungen gewandt haben sollten, bei Tilly Glauben. In der That datiren die frühesten sicheren Nachrichten von directen Verhandlungen Wallensteins mit Gustav Adolf aus dem Anfange des Jahres 1631. Da war es, daß sich der Graf Matthias von Thurn zuerst durch Vermittelung jenes Zwischenträgers Raschin, nicht zwar mit Wallenstein selbst, wohl aber mit dem Schwager desselben, dem Grafen Trzka, und dessen Gemahlin in Verbindung setzte. Raschin begab sich von Regensburg aus auf Trzkas Besitzung Opotschna, wo sich Wallenstein in jenen Tagen aufhielt. Schon damals und noch deutlicher einige Zeit später, in der Mitte des Mai, äußerte Trzka zu Raschin, Gustav Adolf könne Wallenstein leicht gewinnen, wenn er auf seine Bedingungen eingehe. Freilich ist weder jetzt noch später — und das erschwert eine erschöpfende Beurtheilung dieser Verhandlungen in hohem Grade — mit voller Klarheit zu erkennen, inwieweit die Aeußerungen Trzkas im Auftrage Wallensteins erfolgten oder auch nur sich mit dessen Ansichten völlig deckten. Sehr erklärlicher Weise scheute sich Wallenstein, jemals eine schriftliche Aeußerung seiner Gedanken und Entwürfe aus der Hand zu geben. Aber an der Hauptsache kann doch ein Zweifel nicht obwalten. Mit größtem Eifer nahmen sich dann namentlich die böhmischen Emigranten, an ihrer Spitze Graf Thurn, dieser für ihre Sache so aussichtsreichen Verhandlungen an. Thurn und Raschin hatten eine gemeinsame Audienz bei Gustav Adolf, der sich damals in Spandau aufhielt — es waren die Tage, da er den Abschluß des Bündnisses mit Brandenburg erzwang — und trugen diesem die verwunderliche Kunde von

den Trzkaschen Aeußerungen zu. Dann kehrte Raschin zum Grafen Trzka zurück, um im Auftrage des Königs weiter mit ihm zu verhandeln. Diesmal sprach er Wallenstein selbst, der ihm mit voller Bestimmtheit erklärte, er werde der Wiederübernahme des kaiserlichen Commandos die Hölle vorziehen; sobald sich Zeit und Gelegenheit biete, werde er dem Könige Alles zu Gefallen thun. Allein er fügte doch vorsichtig hinzu, so plump könne er nicht hineintappen, zumal der König sich noch nicht mit dem Kurfürsten von Sachsen geeinigt habe. In dieser vorsichtig behutsamen Weise wurden die Verhandlungen im tiefsten Geheimniß, an dessen Bewahrung beiden Theilen in gleicher Weise gelegen war, weitergeführt. Aber allmählich nahmen sie doch auch inhaltlich eine greifbarere Gestalt an. Von welchem der beiden Theile ein bestimmt formulirter Vorschlag ausgegangen ist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, da in diesem Punkte der Bericht Raschins mit den anderen vorliegenden Zeugnissen nicht völlig übereinstimmt; genug, es wurde schließlich als Grundlage der Verhandlung der Plan in Aussicht genommen, daß Gustav Adolf Wallenstein von seinem schwedischen Heere 10000—12000 Mann unter Führung des Grafen Thurn überlassen solle; dann wollte Wallenstein versuchen, eine Anzahl von Officieren der kaiserlichen Armee in Schlesien zu sich herüberzuziehen und einen Angriff ins Herz der kaiserlichen Erbstaaten, gegen Wien selbst, zu unternehmen. Raschin ist dann noch wiederholt zwischen dem Heerlager des Königs und des Feldherrn hin- und hergegangen. Gustav Adolf hat in diesen Verhandlungen einmal die Aeußerung fallen lassen, er wolle Wallenstein zum Vicekönig von Böhmen machen.

Zu dem sonderbarsten Ausdruck sind diese Verhandlungen auf einer Conferenz gekommen, welche nach der Breitenfelder Schlacht in einem Gartenhause des Grafen Maximilian Wallenstein bei Prag zwischen Raschin, Trzka und Wallenstein stattgefunden hat. Wallenstein verhehlte seine Genugthuung über die Niederlage seines alten Nebenbuhlers Tilly nicht und äußerte: „Wenn mir das begegnete, ich nähme mir selbst das Leben; aber es ist gut für uns.“ Mehr als sonst ging er diesmal aus sich heraus. In schroffem Gegensatz zu der Parteistellung, die er selbst früher in den böhmischen Wirren eingenommen hatte, äußerte er jetzt, die größte Thorheit der Böhmen sei es gewesen, daß sie Slawata und Martinitz nur aus dem Fenster geworfen haben: man hätte ihnen den Degen durch den Leib rennen sollen. Er lebte und webte, wie es schien, in den umfassendsten Entwürfen gegen den Kaiser und vermaß sich, das Haus Oesterreich-Spanien von Grund aus verderben zu wollen.

Ob das nun wirklich im vollen Maße seine Meinung gewesen ist, ob der Unterhändler sie völlig zutreffend wiedergegeben hat, wer wollte das mit Bestimmtheit zu sagen wagen? Möglich ist es doch sehr, daß wir es in diesen Aeußerungen mit einem jener Ausbrüche einer lange verhaltenen Leidenschaft zu thun haben, wie sie hier und da bei Wallenstein hervortraten. So viel ist aber unzweifelhaft, daß er damals wirklich sehr ernstlich geneigt war, im Bunde mit Gustav Adolf dem Kaiser die Bedingungen des Friedens mit den

Waffen in der Hand zu dictiren. Da ist es nun sehr bezeichnend, daß eben in denselben Tagen, in welchen Raschin als schwedischer Unterhändler bei Wallenstein weilte, auch der Kaiser, der von diesen Beziehungen seines früheren Feldherrn zu Gustav Adolf keine Ahnung hatte, sich durch Questenbergs Vermittelung schriftlich an ihn wandte, um ihn zu bewegen, das Generalat wieder zu übernehmen und eine Friedensverhandlung mit Sachsen zu versuchen; und nicht minder bezeichnend ist es, wie Wallenstein sich dem gegenüber verhielt. Es schmeichelte seinem Ehrgeize, sich von den beiden im Kampfe begriffenen Mächten umworben zu sehen. Er meinte, zwischen ihnen eine selbständige politische Stellung einnehmen und sich frei entscheiden zu können, wem von Beiden er sich anschließen solle. Er antwortete Questenberg auf dessen Schreiben (vom 8. October 1631), den Oberbefehl übernehmen könne er nicht, er habe sich dagegen bei Seele und Gewissen verschworen. Zugleich aber erklärte er sich doch bereit, einen Versuch zu machen, mit Arnim über einen Separatfrieden mit den Sachsen zu verhandeln. Mit anderen Worten, er wollte nach beiden Seiten hin freie Hand behalten: auf der einen Seite abwarten, welche Antwort Raschin, dem er geradezu von dem Auftrage Questenbergs Mittheilung machte, von Gustav Adolf zurückbringen werde, auf der anderen Seite aber im Falle einer ihn nicht befriedigenden Antwort doch auch die Brücke zu einer Verständigung mit dem Kaiser nicht abbrechen. Er gefiel sich in dem Gefühle der Macht, zu zeigen, was er durch seine Entscheidung in der einen oder anderen Richtung vermöge. So lange er zu dem Kaiser in keinem dienstlichen Verhältniß stand, mochte das noch als Doppelzüngigkeit betrachtet werden können, und sicher kann man es nicht als Hochverrath bezeichnen; aber klar ist doch, daß der Weg, auf dem er sich jetzt befand, ein im höchsten Maße bedenklicher war und seinem ganzen Wesen den Stempel der größten Unzuverlässigkeit aufdrückte, den es früher nicht gehabt hatte. In der That, er war seit jener Absetzung ein Anderer geworden. In dem berechtigten Ingrimm über die ihm widerfahrene Zurücksetzung verlor er die einheitliche Größe und Geschlossenheit seiner politischen Ziele, die in seinem ersten Generalate allen seinen Handlungen etwas Großes und Bewundernswerthes verliehen hatte, auch wenn die von ihm gewählten Mittel noch so gewaltsam waren. Auf dem Wege, den er jetzt einschlug, war er in Gefahr, ein großangelegter und hochbegabter Abenteurer, aber doch eben ein Abenteurer zu werden.

Fassen wir die Lage der Dinge, wie sie sich im October 1631 gestaltet hatte, noch einmal kurz zusammen, so kann daran kein Zweifel sein, daß Wallenstein unmittelbar vor dem Abschlusse eines Uebereinkommens mit Gustav Adolf zu stehen glaubte und nur für den Fall eines unerwarteten Scheiterns dieser Verhandlungen sich noch die Möglichkeit einer Wiederannäherung an den Kaiser offenhalten wollte. Alles hing davon ab, wie sich nun der König von Schweden endgiltig zu jener Forderung Wallensteins, ihm ein schwedisches Heer von 10000—12000 Mann zu überlassen, stellen werde.

So lange Gustav Adolf noch keine Klarheit über die Stellung hatte, welche Brandenburg und Sachsen zu ihm einnehmen würden, war er erklärlicher Weise zwar mit einem gewissen Mißtrauen, aber doch eifrig auf die Anerbietungen Wallensteins eingegangen. Nach der Vereinigung mit den beiden Kurfürsten und nach dem großen Breitenfelder Siege war aber die Sachlage eine von Grund aus veränderte, so daß die Anträge Wallensteins bei den weiteren Entschlüssen des Königs nur ein Moment unter vielen bilden konnten. Er stand in der That in Bezug auf den ganzen weiteren Fortgang seines Unternehmens vor einer großen Entscheidung, als er nach dem Siege von Breitenfeld in Halle mit Johann Georg von Sachsen zu einer Berathung über den Plan der weiteren Operationen zusammentraf.

Den eigentlichen Zweck seines Heereszuges nach Deutschland, soweit er ihn nur in seiner Eigenschaft als König von Schweden unternommen hatte, hatte Gustav Adolf erreicht. Die auf die Herrschaft auf der Ostsee gerichteten Pläne des Kaisers waren, menschlichem Ermessen nach, gründlich zu Nichte gemacht; dagegen hatte Gustav Adolf selbst auf der deutschen Küste der Ostsee festen Fuß gefaßt; hielt er jetzt inne und zog sich, wie er im Frühjahr 1631 in Folge des mangelhaften Entgegenkommens der protestantischen Kurfürsten beabsichtigt hatte, an die Ostseeküste zurück, so konnte ihm der dauernde Erwerb einiger fester Plätze an dieser Küste nicht verweigert werden. Aber ein solches Zurück, welches ihm im Mai Niemand hätte verargen können, wäre jetzt ein Preisgeben der Fürsten gewesen, welche sich, theils halb wider Willen, wie die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, theils freiwillig und in hingebendem Vertrauen, wie der Landgraf von Hessen, ihm angeschlossen hatten. Diese mit ihm verbündeten Fürsten jetzt der Rache des Kaisers und der Katholiken preiszugeben, das wäre ein Vertrauensbruch schlimmster Art gewesen. Er mußte vorwärts, mußte den Kaiser zwingen, einen Frieden zu schließen, der den Bundesgenossen Schwedens eine völlig gesicherte Existenz gewährleistete. Hatte er den Krieg bis jetzt vorwiegend für schwedische Interessen geführt: jetzt mußte er ihn im wahren Sinne des Wortes ausschließlich für den deutschen Protestantismus fortsetzen.

In der That einigte er sich auf jener Conferenz zu Halle, der auf seine Einladung auch Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar beiwohnte, sehr bald mit Kurfürst Johann Georg darüber, daß der Sieg auf dem breiten Felde in doppelter Richtung ausgenützt werden müsse, einmal durch eine Bekämpfung der Liga in ihren eigenen Gebieten im Westen und Süden Deutschlands, außerdem aber durch einen Einfall in die kaiserlichen Erblande, und zwar zunächst in Schlesien, wo das Tiefenbach'sche Corps stand. Der König konnte dabei nach dem damaligen Stande der Verhandlungen mit Wallenstein auf dessen Mitwirkung rechnen, wenn er auf seine Bedingungen einging. Danach hätte er einen Theil seines schwedischen Heeres für den Einfall in Böhmen bestimmen müssen. Diese wären dann unter Wallensteins Oberbefehl getreten und direct gegen Wien marschirt; oder der König konnte den Einfall in die

Erblande des Kaisers selbst unternehmen, einen Theil seines Heeres Wallenstein zur Verfügung stellen und dann in gemeinsamer Operation mit ihm die wehrlosen Erblande des Kaisers in Besitz nehmen und vor den Thoren von Wien den Frieden dictiren.

Wirklich haben ihm bewährte Kriegsmänner jener und auch späterer Zeit einen Vorwurf daraus gemacht, daß er das nicht that; selbst Oxenstierna hat sich nach dem Tode des Königs denen angeschlossen, welche das für den größten Fehler erklärten, den Gustav Adolf begangen habe. Dieser Fehler aber erschien um so unverständlicher, als der Kurfürst von Sachsen selbst ebenfalls ihm diese Vertheilung der strategischen Aufgaben vorschlug, d. h. beantragte, der König solle in die kaiserlichen Erblande, er selbst aber, der Kurfürst, mit seinem sächsischen Heere nach dem Westen Deutschlands vordringen.

Wahrscheinlich aber war gerade der Umstand, daß der Kurfürst das vorschlug, ein Grund dafür, daß der König nicht darauf einging. Er traute dem Bundesgenossen, der sich ihm nur sehr widerwillig und unter dem Drucke der außerordentlichsten Umstände angeschlossen hatte, nicht recht und befürchtete, daß, wenn derselbe nach Westen vorrücken und dabei in den Bereich seiner Leipziger Schlußverwandten kommen werde, er sofort auf jene Pläne einer neutralen dritten Partei zurückkommen, d. h. von der Allianz mit Schweden zurücktreten werde. Dazu kam noch eine Reihe anderer Gründe, deren hauptsächlichsten erst die rückschauende spätere Betrachtung als nicht stichhaltig erkennen konnte. Der König war nämlich der Meinung, daß der stärkere Feind — für diesen hielt er die Liga — im Reiche zu besiegen sei, und wollte diesen, wie er meinte, noch immer gefährlichen Kampf den sächsischen Truppen, die bei Breitenfeld ihre Feuerprobe recht schlecht bestanden hatten, nicht überlassen; daß er bei seinem Zuge an den Rhein so gut wie gar keinen Widerstand von ligistischer Seite werde zu bestehen haben, ahnte er nicht. Den Kurfürsten von Sachsen aber meinte er weit leichter auf seiner Seite festhalten zu können, wenn er ihm den Einfall in die österreichischen Erbländer, der ihn mit dem Kaiser in ein unheilbares Zerwürfniß bringen zu müssen schien, übertrage. Aus diesen Gründen entschied er sich, nach dem Westen zu ziehen, aus denselben Gründen, namentlich in Folge seiner Ueberschätzung der ligistischen Streitkräfte, meinte er bei seinem Zuge in das Reich ein so zahlreiches Corps, wie es Wallenstein beanspruchte, nicht entbehren zu können. Er lehnte also in dem Augenblick, da der Letztere den Abschluß der Vereinbarung mit Schweden für unmittelbar bevorstehend hielt, dessen Forderung der Ueberlassung eines schwedischen Corps von 12 000 Mann ab und erklärte, er könne ihm nicht mehr als drei Regimenter, die zusammen 1500 Mann zählten, zur Verfügung stellen. Wallenstein aber war über diese Ablehnung seines Antrages — denn als solche faßte er es auf — im höchsten Maße erbittert und äußerte, als er die Nachricht davon empfing, jetzt werde es also auf anderem Wege gehen müssen. Er begann, die Fäden, die er mit Gustav

Der arme Pilgrimirende Nimmer-Till.



Ich armer Nimmer-Till! ach was nenn ich mich Tillen?
Ach daß mein Nam vnd Ruhm/ mit meiner Geister willen
In tieffsten Lethe Fluß schon were diese Stund
Versencket / wo nicht gar in tieffsten Hellen grund.
Ach leb ich / oder nicht? O du verlognes Glücke!
Beweisest du mir so ein tückisch Meisterstücke?
Das hett ich nicht gedacht / daß mir es solte thun
Zuvor / an Tapfferkeit / ein kaltes Wasser-Hun.
Ich armer Nimmer-Gott! ich ließ mich heilig preisen!
Ich wolte meinen Arm der gantzen Welt beweisen!
Ich war ein JOSUA vnd GEDEON der Welt!
Da liget Arm vnd Gott im breiten Lerchen Feld.
Ich weis nicht / wie ich es noch endlich sol verstehen?
Es wil kein Heiliger mehr hören auff mein flehen!
Der Teutschen Ketzer Gott der stehet langsam auff/
Vnd kömmet doch noch wol zum besten Jahrmarckts Kauff!
Ich armer Nimmer-Fürst! ich wolte Fürsten pochen!
So haben sie ,uletzt das welsche Fett gerochen/
Jetzt pochen mich die Knecht vnd Bawren hinderm Pflug/
Vnd wischet' ihrer mir nicht einer einen Schuch.
Ich armer Nimmer-Starck! Ich wolt die Welt vmbkehren/
Jetzt kan ich mich der Leuß vnd Wörme nicht erwehren!
Doch schreib ich billich mich noch hundert tausent starck
An Knechten / die mir auß-gefressen Bein vnd Marck.
Ich armer Nimmer-Trew! O hett ich lassen wachsen
Den frommen Rauten-Stock vnd Lindenbaum in Sachsen!
So hett auch meine Till vnd Kimmel baß-gefrucht/
Die nun bekommen gar/die Schwind-vnd Schwindel-sucht.
Ich armer Nimmer-Reich! ach was hab ich verlohren/
Daß ich so arm geleist / was ich so reich geschworen!
O Meindyd! Meindyd du! du hast die Pestilentz!
Dein Nordwind treibet mich aus einer fetten Grentz.
Ich armer Nimmer-Gast / ich wolte mich bezecken/
Vnd auch ein liebes Mahl Confect vnd Zucker lecken!
Vnd kauffen ohne Geld; so kom ich gleich zum Bad
Daß mir gekrawet wird mein altes Rückgerad.
Ich armer Nimmer-Mann / ließ mich die VENUS reiten/
Vnd auff gezwungne Nöth vnd Ketzer-Liebe leiten/
O Magd! O werthe Magd! der Mägde Kron vnd Blum!
[illegible] deinem Dienst hab ich verlohren Glück vnd Ruhm.
Da David auff Befehl Philister-Blut vergossen/
Ward Er zum Tempel-Baw vntüchtig außgeschlossen:
Vnd ich vergieß ohn noth / aus lauter Frevelmuth
Getauffs vnd vngetaufft vnschuldig Christenblut.
Ich armer Nimmerklug / hett ich gefolgt vor dessen
Dem seine Weißheit ich zum Schiefer zugemessen/
Vnd mich bey zeiten auch gemachet aus dem Staub!
So wer ich vnbestaubt vnd worden nicht zum Raub!
Ich armer Nimmerfromm! ich kunte meine Sachen
Mein Glück vnd meinen Sieg vnd mich selbst feste machen/
Durch meiner Geister Krafft vnd schönsten Engel-Glantz/.
Jetzt liget Glantz vnd Glück vnd feste machen gantz.
Sag ich / mein alter Krumpff sey Jebusiter-Feste?
So schreyet Luthers Volck: sind das die frommen Gäste?
Ist das der beste Kern der Welschen Clerisey?
So sind sie hochgelehrt in Babels Zauberey.
Ich armer Nimmer-Fest / ich halte meine Schande/
So fest ich jmmer halt / an vnserm Ligæ-Bande!
Das Ligen-Band zerreist; die Union ist ohn:
Des Luthers Teutsche Trew behelt die Ehren-Kron.
Vnd warlich / wenn ich sol die Teutsche Warheit sagen/
Hat mich zum Lutherthumb mein Hertze nie getragen/.
Als seit dem ich befind / daß es Gott vnd der Welt/
Was es gleubt vnd verspricht / so Teutsch vnd redlich helt.
Ich armer Nimmerstreng / ach was sol ich nur sagen?
Daß man den Glauben doch den Leuten wil einschlagen!
Ich gleub es selber nicht / daß einer gleub ein Ding/
Daß er vor Lügen helt / wenn ich dazu jhn zwing.
Ich armer Nimmer-werth! wo sol ich mich hinkehren?
Die Teutschen lassen sich von mir nicht mehr bethören!
Die Welschen schreyen schon / weil ich nicht siege mehr/
Ich sey genommen ein mit Teutscher Ketzer-Lehr.
Die Knechte mahnen mich! die Jesuiter fliehen
Die Freunde lassen mich! die Feinde mir nachziehen!
Die Garen speyen mir ins vntrew Angesicht!
Die Todten schleppen mich vor Gottes Halsgericht!
Ich armer Nimmer-Till! vnd was nenn ich mich Tillen?
Ach daß mein Nam vnd Ruhm / mit meiner Geister willen/
In tieffsten Lethe Fluß schon were diese Stund
Versencket! oder gar in tieffsten Hellen grund.

Gedruckt zu Heidelberg / Anno 1632.

Verkleinertes Facsimile eines Spottblattes auf Tilly vom Jahre 1632.

Adolf angeknüpft hatte, zu lösen und den Anerbietungen der Abgesandten des Kaisers Gehör zu schenken.

Gustav Adolf aber setzte sich nunmehr nach Westen hin in Bewegung. Wie sehr er die Widerstandskraft der Liga überschätzte, erkennt man daraus, daß er zunächst nur sehr tastend und unsicher vorging und als Ziel seines Marsches zunächst nur Erfurt ins Auge faßte; dort dachte er sein Winterquartier aufzuschlagen. In Erfurt, wo er Anfang October eintraf, schloß er dann zunächst das Bündniß mit dem Herzoge von Sachsen-Weimar endgiltig ab. Als er dann aber gewahrte, daß sich nirgends ein Heer der Liga sehen ließ, machte er sich schon am 6. October von Erfurt auf und überschritt den Thüringer Wald. In ungeahnt schnellem Siegeslaufe nahm er die Bisthümer am Main, deren der Liga angehörige Kirchenfürsten schleunigst die Flucht ergriffen; nach wenigen Tagen war er Herr der würzburgischen Festung Königshofen und der Hauptstadt des Bisthums selbst. Am 18. October ergab sich nach einigem Widerstande auch das Würzburg gegenüberliegende feste Schloß Marienburg, auf welchem seine Truppen unermeßliche Beute machten, da die Bewohner der Umgegend alle Kostbarkeiten hierher in Sicherheit gebracht hatten. Die bischöfliche Bücher- und Handschriftensammlung sowie die Bibliothek der Universität und des Jesuitencollegiums ließ er nach Upsala schaffen.

Nach diesen unerhörten, schnellen Erfolgen begann nun auch die Zurückhaltung zu schwinden, welche die deutschen evangelischen Fürsten bisher Gustav Adolf gegenüber an den Tag gelegt hatten. In Würzburg erschien der Herzog Georg von Lüneburg bei Gustav Adolf, um einen Bund mit ihm einzugehen; der Herzog von Württemberg erbot sich gleichfalls zum Anschluß an den König, wenn er ihm nur etwas näher käme; wichtig war außerdem, daß jetzt auch die seit längerer Zeit durch Chemnitz mit der Stadt Nürnberg angeknüpften Verhandlungen ebenso wie die mit den brandenburgischen Herzögen von Ansbach und Bayreuth und mehreren anderen Fürsten und Ständen des fränkischen Kreises zum Abschluß gediehen. In noch weit höherem Maße und in wirklich ehrlicher Begeisterung aber flogen ihm vor Allem die Herzen der evangelischen Bevölkerung entgegen. Dem Volke, das unter den katholischen Bedrückungen der letzten Jahre unendlich viel gelitten hatte, erschien er wirklich als der Retter seines Glaubens, dem es trotz aller Drangsale mit größtem Opfermuthe treu geblieben war. Hier gewann er sich durch sein leutseliges Wesen und seine aufrichtige Frömmigkeit alle Herzen. Schon in jenen Tagen ließ ihm die Stadt Nürnberg erklären, wenn jetzt eine römische Königswahl vorzunehmen wäre, so wüßte sie Keinen, dem sie dieses hohe Amt lieber anvertrauen möchte als eben ihm.

Man sieht, daß mit dieser stürmischen Begeisterung der Evangelischen für den schwedischen König, die jetzt mit elementarer Gewalt zu Tage trat, doch auch eine ernste Gefahr in nationalem Sinne verbunden war. Die Möglichkeit einer Fremdherrschaft auf deutschem Boden trat in greifbare

Nähe. Und wie hätten dem Könige, der jetzt in einem ununterbrochenen Triumphzuge die gesegneten Gefilde des Maingaues, die reiche „Pfaffengasse“ durchzog, nicht Gedanken aufsteigen sollen, welche über seine ursprünglichen



Das Würzburger Schloß.

Verkleinertes Facsimile aus der Ansicht von Würzburg im „Theatrum Europaeum“, 1687; Radirung von Matthaeus Merian (1593—1650).

1. Das Schloß. 2. S. Burckhart Stifft. 3. Teutschhaus. 4. S. Jacob Cl. 5. Hof Spital. 31. Bleicher Thor. 33. Lazareth. 34. Zollerthor.

Pläne einer bloßen Abwehr der kaiserlichen Oberherrschaft über die Ostsee weit hinausgingen? Seine Truppen genossen nach den harten Entbehrungen, die sie im livländisch-polnischen Kriege und in den armen und ausgesogenen



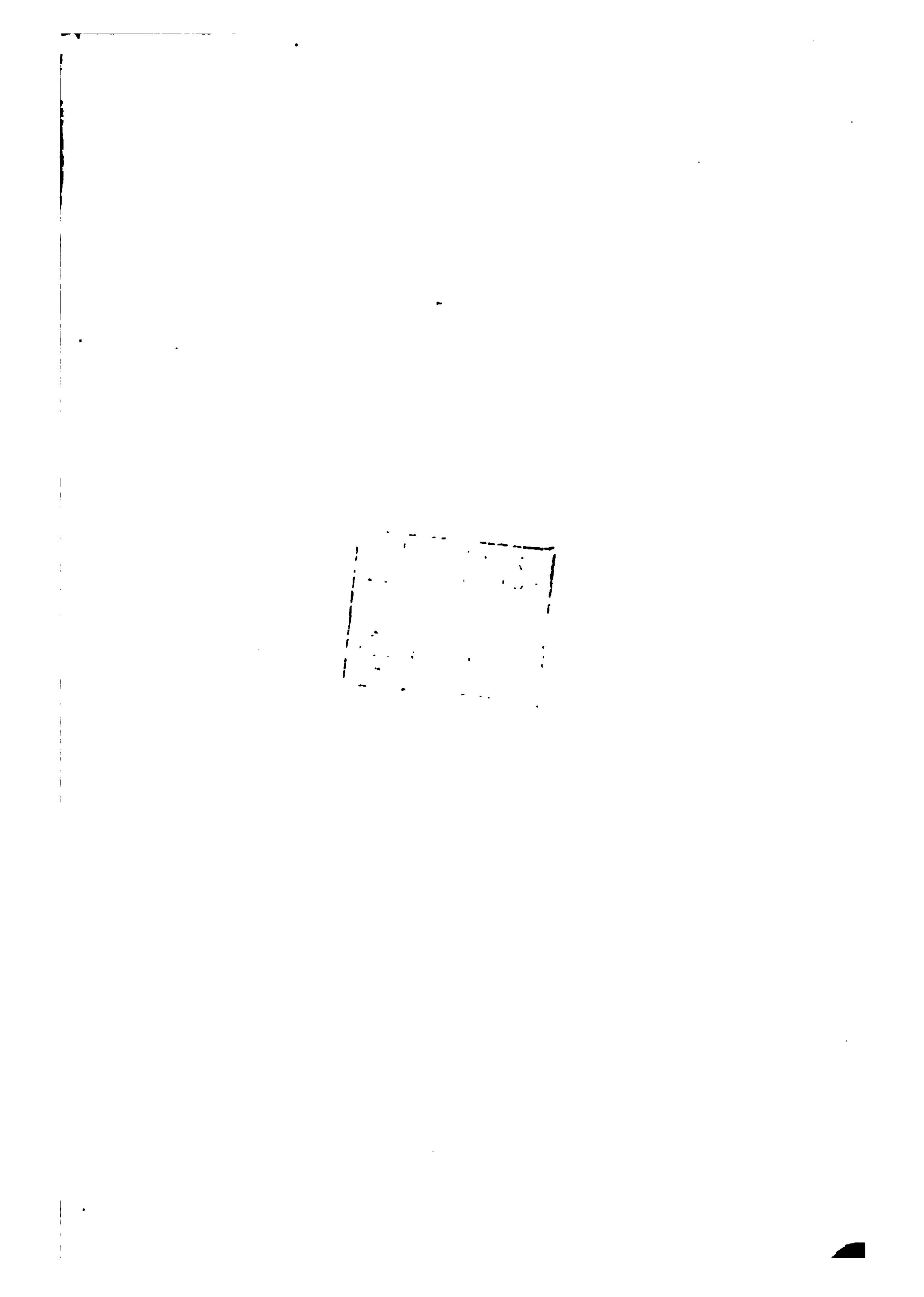
Karte von Franken.



Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum“, 1637.

Gegenden des östlichen Deutschlands erduldet hatten, in vollen Zügen die Freuden des Wohllebens in diesen fruchtbaren Landstrichen, schwelgten in den feurigen Weinen und begannen sich nur zu sehr hier heimathlich zu fühlen. Die dadurch auch in dem Herzen manches Bundesgenossen des Königs wachwerdende Besorgniß wurde erhöht, als er nun von den Ständen des fränkischen Kreises sich als Landesherrn huldigen ließ und eine neue Kriegs- und Civilverwaltung daselbst einsetzte. Zwar erklärte er dabei ausdrücklich, er wolle das von seinen Fürsten verlassene Land nur so lange in Besitz nehmen und verwalten, „bis der allweise Gott nach seinem allein guten Walten die Sachen durch einen erwünschten Frieden anders verordnen möchte". Aber schon diese Besitzergreifung bis zu dem noch in weitem Felde stehenden Frieden war geeignet, ernste Besorgnisse bei den deutschen Fürsten wachzurufen.

Immer weiter ging unaufhaltsam der stolze Siegeslauf. Zwar versuchte jetzt Tilly, der die Trümmer seiner geschlagenen Armee inzwischen wieder gesammelt und in weitem Bogen über Halberstadt, Hildesheim durch Hessen hindurch an den Main geführt und durch Zuzüge des mit dem Kaiser verbundenen Herzogs von Lothringen vermehrt hatte, dem Könige am Main entgegenzutreten; allein Gustav Adolf überfiel zur Nachtzeit seine Quartiere und zwang ihn, die Mainlinie aufzugeben und sich südwärts zurückzuziehen. Dann setzte der König seinen mainabwärts gerichteten Marsch fort und nahm im November in schneller Folge Hanau, Gelnhausen, Friedberg und Höchst ein. Frankfurt schloß sich ihm freiwillig an. Im December fiel endlich auch das „goldene Mainz" in seine Hände. Hier, im Herzen Deutschlands, nicht, wie er anfangs gedacht hatte, in Erfurt, schlug er jetzt seine Winterquartiere auf, hier hielt er als stolzer Sieger Hof, so mächtig und prächtig wie nur je ein deutscher Kaiser der alten Zeit. Von allen Seiten trafen Gesandtschaften der deutschen Fürsten und der europäischen Mächte bei ihm ein. Eifrige diplomatische Verhandlungen wurden nach allen Richtungen gepflogen. Mit stattlichem Gefolge hielt der unglückliche vertriebene Böhmenkönig, Pfalzgraf Friedrich, seinen Einzug in Mainz, der bisher noch immer seine Wiedereinsetzung von der Gnade des Kaisers erhofft hatte, jetzt aber, von dem englischen Könige, freilich wie immer nur diplomatisch, eifrig unterstützt, sich an den mächtigen Protector des evangelischen Deutschlands wandte, um unter seinem Schutze in seine alten Stammlande zurückzukehren. Allein Gustav Adolf ließ sich auf bestimmte Versprechungen ihm gegenüber nicht ein, sondern versicherte nur im Allgemeinen, bei Friedensverhandlungen auf des Pfalzgrafen „Heil und Wohlfahrt" bedacht zu sein. Er behielt den Pfalzgrafen in seiner Umgebung, aber an eine Wiedereinsetzung in seine Länder dachte er auch dann nicht, als er die Unterpfalz den Spaniern und Ligisten abgenommen hatte. Gleichwohl kann es keinem Zweifel unterliegen, daß er die Wiederherstellung Friedrichs V. in seine Erbländer und in die Kur ernstlich ins Auge faßte. Er hat sie in den Friedensverhandlungen, die unter Richelieus Vermittelung im Winter 1631 auf 1632 in Mainz mit



der Liga gepflogen wurden, ausdrücklich als eine der Bedingungen eines wirklichen und dauernden Friedens bezeichnet. Daß er aber den Kurfürsten nicht vor dem Abschlusse dieses Friedens in seine von den Schweden wiedereroberten Länder einsetzen wollte, ist ihm nicht zu verargen; er brauchte sie gleichsam als Pfand, um bei den Verhandlungen seiner eigenen Entschädigung, auf die er begründeten Anspruch hatte, sicher zu sein.

Diese Verhandlungen über einen Frieden oder vielmehr über die Neutralität der Liga in dem weiteren Kampfe zwischen Gustav Adolf und dem Kaiser sind in mehr als einer Beziehung von Interesse. Einmal sind sie ein deutlicher Beweis für die widerspruchsvolle politische Stellung der Liga, welche sich schon auf dem Regensburger Kurfürstentage so deutlich gezeigt hatte; dann aber treten in ihnen die politischen Pläne und Entwürfe Gustav Adolfs mit besonderer Klarheit hervor. Bei diesen beiden Seiten der vielverschlungenen und in ihrem Verlaufe oft sonderbar verworrenen Verhandlungen müssen wir noch einen Augenblick verweilen, um dem Leser ein wirklich zutreffendes Bild der politischen Lage in jener merkwürdigen Epoche zu verschaffen.

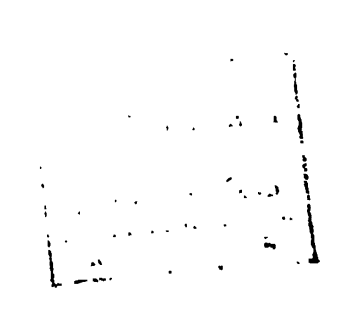
In jenem Vertrage von Bärwalde, in welchem Richelieu sich endlich zu Subsidienzahlungen an Gustav Adolf verstanden hatte, war u. A. auch die auf den ersten Blick höchst sonderbare Bedingung festgestellt worden, daß Gustav Adolf mit der Liga Frieden halten solle, wenn diese auch ihrerseits sich dazu bereit erkläre. So klar und folgerichtig diese Forderung vom Standpunkte Richelieus aus war, der seit dem Regensburger Kurfürstentage in nahen Beziehungen zur Liga stand und diese in ihrer damaligen Opposition gegen den Kaiser bestärkt hatte, so unerfüllbar war sie von vornherein für Gustav Adolf. Die Verbindung Richelieus mit der Liga stammte eben aus jener Zeit, in der die letztere mit dem Kaiser wegen seines Feldherrn in sehr ernstliche Spannung gerathen war. Richelieu hatte den Bund mit ihr geschlossen, weil er sie als eine der österreich-feindlichen Mächte anzusehen damals ausreichende Veranlassung hatte. Seit Wallensteins Entlassung aber war das anders geworden. Die Ziele, deren Erreichung der Kaiser auf kirchenpolitischem Gebiete anstrebte und die in erster Linie den neuen Krieg mit veranlaßt hatten, waren ihm mit der Liga durchaus gemeinsam. Kaiser und Liga waren zunächst, so sehr auch Ferdinand seine erneute Abhängigkeit von Maximilian drückend empfinden mochte, wieder nahe vereinigt. Die Liga hatte sich ausdrücklich bereit erklärt, an dem Kriege gegen Schweden theilzunehmen und hatte es von Anfang an nachdrücklich gethan. Ihr Feldherr Tilly war vom Kaiser auch zum Oberbefehlshaber des kaiserlichen Heeres ernannt worden. Die Truppen, welche Gustav Adolf bei Breitenfeld besiegt hatte, waren die vereinigten Truppen des Kaisers und der Liga. Es war daher ein sehr eigenthümliches Verlangen, wenn jetzt Richelieu, dem Gustav Adolfs Erfolge anfingen unheimlich zu werden, an diesen auf Grund jenes Vertrages von Bärwalde das Ansinnen stellte, er solle die Neutralität der Liga anerkennen und nicht weiter in deren Gebiet einrücken. Richelieu hatte

alle Veranlassung, diese Forderung zu stellen. Denn er hatte erst noch im Mai 1631, also zu einer Zeit, da der Vertrag mit Gustav Adolf längst abgeschlossen war, ein Defensivbündniß auf acht Jahre mit der Liga geschlossen, auf welches sich diese jetzt berief. Aber Maximilian verlangte von Richelieu nicht, daß er für die Liga Neutralität erwirke, weil er sich scheute, den Kaiser dadurch, daß er sich von seiner Sache trennte, preiszugeben, sondern er verlangte die Eröffnung von Verhandlungen über einen Generalfrieden, den wieder Richelieu nicht bewilligen wollte, weil er eine Fortsetzung des Krieges gegen den Kaiser wünschte und eben nur die Liga von diesem trennen wollte. So war Richelieu eigentlich mit keinem seiner beiden Bundesgenossen, zwischen denen er vermitteln wollte, einverstanden, als er für die Liga Neutralität forderte. Schließlich aber entschloß sich Maximilian unter dem Drange der Umstände doch, darauf einzugehen, trotzdem der Kaiser mit Recht Abweisung der Neutralität und Fortsetzung des Krieges forderte. Er war in der That nicht in letzter Linie durch die Forderungen der Liga in den weiteren Krieg gedrängt worden und war jetzt im höchsten Maße entrüstet darüber, daß die Liga auf die Neutralität einzugehen, d. h. die Last des Krieges ihm allein aufzubürden bereit war. Allein der Liga blieb kein anderer Ausweg. Auf der anderen Seite aber war Gustav Adolf natürlich keineswegs geneigt, die Neutralität derselben ohne Weiteres, d. h. ohne eine genügende Sicherung, zu bewilligen. Zum Wenigsten wollte er als Pfand für die gewissenhafte Beobachtung der Neutralität von Seiten der Liga die Länder im Besitz behalten, welche er den einzelnen Fürsten derselben abgenommen hatte. Maximilian aber war naiv genug, die sofortige volle Restitution aller dieser Gebiete zu verlangen. Man begreift es, wenn Gustav Adolf auf diese Bedingung unter keinen Umständen eingehen wollte, vielmehr außer der vorläufig fortdauernden Besetzung des schon jetzt eroberten Landes noch weitere Garantien forderte, namentlich verlangte, daß die Liga sofort ihre Streitkräfte von denen des Kaisers trenne, ihre eigenen Truppen entlasse und dem Könige von Frankreich gegen Spanien zur Verfügung stelle. Wir brauchen den sehr wechselvollen Einzelheiten dieser Verhandlungen nicht weiter nachzugehen; sie nahmen zeitweilig einen so erregten Charakter an, daß es zu einem Bruche zwischen Frankreich und Schweden darüber kommen zu müssen schien. Aber hier wie vor einem Jahr in Bärwalde siegte endlich Gustav Adolf auch auf dem Gebiete der Diplomatie. Die französischen Gesandten mußten schließlich die zum Theil sehr harten Specialbedingungen, welche Gustav Adolf für die Bewilligung der Neutralität stellte, acceptiren und ihrerseits der Liga gegenüber vertreten. Für diese Verhandlungen mit Bayern wurde dann ein vierzehntägiger Waffenstillstand vereinbart. Da aber Maximilian von Bayern des Königs Bedingungen nicht annehmen zu können erklärte, da außerdem Gustav Adolf ein Brief desselben in die Hände fiel, in welchem er noch vor Ablauf des Waffenstillstandes Pappenheim den Befehl ertheilte, eine Diversion ins niedersächsische Gebiet zu unternehmen, so brach

Schwedischer Zug/

Das ist:

Guter Anfang vnder instehenden Göttlichen Hülffe...



der König diese Neutralitätsverhandlungen ab und begann die Feindseligkeiten wieder, die alsbald zu einer völligen Zersprengung der Liga führten.

Diesen Sonderverhandlungen zwischen Gustav Adolf und der Liga waren auch Versuche einer allgemeinen Friedensvermittelung mit Einschluß des Kaisers zur Seite gegangen, für welche sich namentlich der Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt eifrig bemühte, die aber auch zu keinem Ergebniß führten, zumal inzwischen, wie wir noch sehen werden, die anfangs vergeblichen Annäherungsversuche des Kaisers an Wallenstein einen günstigeren Fortgang genommen hatten.

Das Merkwürdigste an allen diesen diplomatischen Verhandlungen, die so verwickelt sind, daß ihr Zusammenhang oft kaum mit Klarheit zu erkennen ist, liegt jedenfalls darin, daß sich im Laufe derselben mit ziemlich großer Klarheit die Forderungen offenbarten, deren Erfüllung Gustav Adolf von dem Frieden erwartete und verlangte. Sehr bemerkenswerth ist es dabei doch, eine wie große Rolle unter denselben die Sicherung der religiösen Freiheiten seiner Glaubensgenossen spielt. Gewiß war der König auch darauf bedacht, für sich selbst eine ausreichende Entschädigung und Sicherung vor Angriffsgelüsten des Kaisers zu erlangen; man wird es ihm nicht verargen können, wenn er diese Sicherung nur durch den Erwerb eines Theils der pommerschen Küste, die er seit lange in Besitz hatte, erlangen zu können meinte und erklärte, mit Sold für einige Monate könne er sich nicht wie ein hergelaufener Soldat abfinden lassen. Das war traurig für das deutsche Reich, aber kaum vermeidbar. Daneben schwebte ihm in nicht völlig klaren Umrissen der Gedanke vor, daß er in irgend einer Form als Protector an die Spitze des protestantischen Deutschlands treten könne. Dagegen ist die Angabe, er habe verlangt, zum römischen Könige gewählt zu werden, nicht glaubhaft genug überliefert, als daß sie angenommen werden könnte. Während aber über das, was er für sich selbst forderte, völlige Klarheit nicht herrscht, sind wir mit voller Sicherheit darüber unterrichtet, daß er mit großer Entschiedenheit für eine Veränderung oder vielmehr Wiederherstellung der Verfassung des Reiches zu Gunsten seiner Glaubensgenossen eintrat. Er forderte ausdrücklich die Aufhebung des Restitutionsedicts, volle Duldung für beide Religionen in Stadt und Land, die Herstellung Böhmens, Mährens und Schlesiens in den Zustand vor 1618, Rückkehr der dortigen Verbannten, Wiederherstellung des Kurfürsten von der Pfalz in seine Kur und seine Länder und eine Reihe von Specialbestimmungen, unter denen besonders die Forderungen hervorgehoben zu werden verdienen, daß alle Jesuiten als Störer des allgemeinen Friedens aus Deutschland ausgewiesen werden und daß in allen Stiftskirchen ebenso viel katholische wie evangelische Stiftsherren aufgenommen werden sollten. Mit einem Worte, das Endziel des Königs ging dahin, nicht allein die Wirkungen des Restitutionsedicts rückgängig zu machen, sondern die Dinge im Wesentlichen auf jenen Stand zurückzuführen, den sie vor dem Ausbruch des böhmischen Aufruhrs gehabt hatten.

Da nun trotz der großen militärischen Erfolge des Königs die auf dieser Grundlage geführten Verhandlungen mit der Liga zu einem Ergebniß nicht geführt hatten, so galt es zunächst, deren Widerstandskraft durch einen Vorstoß in das Herz ihrer Länder, nach Bayern, völlig zu brechen. Nur auf diesem Wege konnte die Liga und nach ihrem Erliegen auch der Kaiser selbst zur Nachgiebigkeit gezwungen werden. Gustav Adolf entschloß sich daher um so mehr, die Feindseligkeiten in umfassender Weise wieder zu eröffnen, als sein im Maingebiet zurückgelassener General Horn inzwischen von Tilly mit überlegenen Streitkräften angegriffen und aus Bamberg vertrieben worden war. Es galt, ihm nicht allein Hilfe zu bringen, sondern dann der Abwehr den Angriff folgen zu lassen.

Nachdem er seine Hauptstellung in Mainz durch starke Befestigungen gesichert und den Spaniern noch einige feste Plätze, darunter Kreuznach, abgenommen hatte, übergab er das Commando über die am Rhein zurückbleibenden Truppen dem Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld und dem Herzoge Bernhard von Weimar; er selbst brach um Mitte März mit einer Armee von 20000 Mann von Höchst auf und vereinigte sich bei Schweinfurt mit dem ungefähr gleich starken Heere Horns. Er war entschlossen, direct an die Donau zu marschiren. Sofort bei seiner Annäherung hatte Tilly, der sich zu schwach fühlte, um es auf eine Entscheidung mit dem ganzen schwedischen Heere ankommen zu lassen, den Rückzug angetreten. Maximilian forderte ihn in seiner Verzweiflung auf, Bayern gänzlich aufzugeben, um sich mit seinem Heere nach Böhmen und Oesterreich zu wenden und sich mit dem soeben von Wallenstein angeworbenen kaiserlichen Heere zu vereinigen; er nahm an, daß Gustav Adolf alsdann, um es zu einer wirklichen Entscheidung zu bringen, dem Heere Tillys folgen werde. Schließlich aber wurde doch beschlossen, daß das Heer in Bayern bleiben, sich an die Donau zurückziehen und dem Könige, wenn möglich, den Uebergang über diesen Fluß verwehren solle. Beide feindlichen Heere setzten sich also, das schwedische dem ligistischen folgend, gegen die Donau hin in Bewegung. Am 31. März hielt Gustav Adolf unter dem Jubel der protestantischen Bevölkerung seinen Einzug in Nürnberg. Freudig versprach die Stadt, fest und standhaft zu ihm zu stehen.

Dann ging der Zug weiter, unaufhaltsam vorwärts. Am 4. April langte der König vor Donauwörth an, das nach zweitägiger Beschießung in seine Hände fiel. Nach langer gewaltsamer Unterbrechung konnte zur Freude der noch immer treu protestantisch gesinnten Mehrheit der Bürger an den Osterfeiertagen in der alten Reichsstadt wieder evangelisch gepredigt werden.

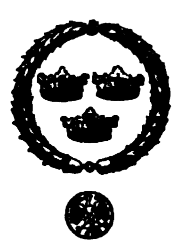
Jetzt endlich stellte sich Tilly nach einem in Ingolstadt im Beisein des Kurfürsten Maximilian gehaltenen Kriegsrathe dem weiteren Vordringen des Königs entgegen, indem er am Lech ein stark befestigtes Lager errichtete, durch welches er dem schwedischen Heere den Uebergang über den Fluß versperren zu können meinte. In der That riethen selbst ergraute Krieger dem

Könige ab, den Uebergang zu wagen. Trotzdem entschloß er sich dazu, nachdem er unter eigener Lebensgefahr persönlich eine Recognoscirung der feindlichen Stellung vorgenommen hatte, bei der er sich unerkannt in eine tollkühne Unterredung mit einer feindlichen Schildwache eingelassen hatte. Unter dem Schutze dreier gut aufgestellter Batterien ließ er in der Nacht vom 14.



Ir Gustaff Adolph von Gottes Gnaden / der Schweden / Gothen vnd Wenden König / Groß Fürst in Finland / Hertzog zu Ehesten vnd Carelen / Herr über Ingermanland / etc. Gebieten hiemit vnd in Krafft diß / Allen vnd Jeden Vnsern / wie auch Vnserer Confœderirten, Hohen vnnd Nidern Kriegs Officiern, als Generaln, Obristen / Obrist Leutenanten / Obrist Wacht: vnd Quartiermeistern / Rittmeistern / Capitainen / Leutenanten / Fendrichen / Quartirmeistern / Furiern / auch gemeinen Soldaten vnd angehörigen / zu Roß vnd Fuß / daß Sie die Ehrnveste / Fürsichtige vnd Weise / Burgermeister vnd Rath deß Heiligen Römischen Reichs Stadt Nürnberg / Vnsere besonders Liebe / dero Stadt vnd Landschafft / Städtlein / Märckte / Flecken / Dörffer / Schlösser vnd Häuser / so Ihnen oder den Ihrigen zugehören / wie auch alle vnd jede dero Bürger / Vnterthanen vnd Verwandten / in der Stadt vnd auff dem Land / von allen eigenthätlichen Einquartirungen / Musterplätzen / Durchzügen / Brandschatzungen / Geld Exactionen / Raub / Plünderung / Abnahm / vnd allen andern Kriegs Pressuren / wie die Namen haben mögen / nichts außgenommen / nicht allein gäntzlich befreyen / sondern auch auff allen Fall bedörffens / wider alle Feindliche Vergwaltigung / defendiren vnd schützen / die Commercia, Handlungen vnd Gewerb / von vnd zu der Stadt / aller vnd jeder Orten vngehindert vnd vnauffgehalten fortgehen / die Bürger / Inwohner / Vnterthanen vnd Verwandten / auff der Strassen von vnd zu der Stadt / jederzeit vnd an was Orten es seyn mag / frey / sicher vnd ohne Gefahr passirn vnd repassirn / vnd Sie also dieser Vnserer Salvæ Guardiæ, welche Wir Ihnen auff ihr vnterthänigstes anlangen / auß gewissen beweglichen Vrsachen / gnädigst ertheilt / würcklich geniessen lassen sollen / bey ernstlicher Straff Leibs vnd Lebens / so der oder die jenige / welche hierwider handeln würden / vnaußbleiblich sollen zu gewarten haben. Zu Vrkund vnd Bekräfftigung / haben Wir diese Salvam Guardiam, deren Vidimus nicht weniger / als das Original selbst gelten vnd in Acht genommen werden soll / mit eigner Hand vnterschrieben / vnd Vnserm Königlichen Insiegel beglaubigen lassen. Geschehen in Vnserm Haupt Quartier zu Würtzburg / den 20. Octobris deß 1631. Jahrs.

Gustavus Adolphus.



Verkleinertes Facsimile eines für Nürnberg von Gustav Adolf von Schweden ausgestellten Schutzbriefes, Salva guardia. Ertheilt in Würzburg am 20. October 1631.

auf den 15. April im Angesicht des Feindes eine Brücke zum Uebergang über den Fluß schlagen. In dem mörderischen Kampfe, der bei dem Uebergange der schwedischen Truppen entbrannte, wurde Tilly selbst tödtlich verwundet. Maximilian aber, der ebenfalls im Lager anwesend war, gab nunmehr, an jedem weiteren Widerstande verzweifelnd, Befehl zum Rückzuge auf Neuburg und Ingolstadt. Ganz Bayern stand den Schweden offen.

Zunächst wandte sich Gustav Adolf gegen die nur mit einer schwachen Garnison versehene Stadt Augsburg. Mit der Besatzung, die an ernstlichen Widerstand nicht denken konnte, wurde ein Accord geschlossen, der ihr freien Abzug gestattete. Dann ließ es sich der König angelegen sein, die gewaltsame katholische Reaction, die über die Stadt verhängt worden war, rückgängig zu machen. Der katholische Rath wurde beseitigt, an seine Stelle trat ein nur aus evangelischen Mitgliedern zusammengesetzter. Um die Stadt dauernd an seine Seite zu fesseln, mußte sich die Bürgerschaft, katholische wie evangelische, dem Könige durch einen körperlichen Eid verpflichten, der aber, wie Gustav Adolf ausdrücklich versicherte, ihrer Reichsfreiheit keinen Eintrag thun, also in keinem Falle, wie man es wohl aufgefaßt hat, eine Einverleibung der Stadt in die schwedische Monarchie bedeuten sollte. Darauf hielt dann Gustav Adolf am 24. April seinen feierlichen Einzug in die Stadt.

Gerade die Einnahme dieser mächtigen Reichsstadt, in welcher dereinst die lutherische Confession überreicht worden war, die dann lange Zeit für einen der Vororte des Protestantismus gegolten hatte, in den letzten Jahren aber den nachdrücklichsten katholischen Reactionsversuchen ausgesetzt gewesen war, erregte bei den Protestanten aufs Neue lauten Jubel. Vor Allem aber, der Marsch nach München konnte dem Könige jetzt kaum noch streitig gemacht werden. Bevor er aber gegen die Hauptstadt selbst sich wandte, wollte Gustav Adolf sich erst der vornehmsten bayrischen Festung, Ingolstadts, bemächtigen. Die bayrische Armee, die bei der Festung lagerte, wich donauabwärts in der Richtung auf Regensburg aus. Soeben war in Ingolstadt ihr bisheriger Führer, dem von dem Schwedenkönig am Schluß seines thatenreichen Lebens all sein Kriegsruhm geraubt worden war, den am Lech erhaltenen Wunden erlegen. Noch mehr als früher herrschte jetzt vollständige Muth- und Kopflosigkeit bei dem bayrischen Heere. Gleichwohl beschloß Gustav Adolf, die schon begonnene Belagerung Ingolstadts aufzuheben, als er die Nachricht erhielt, daß sich die bayrische Armee mit der Wallensteins vereinigen wolle. Um sie davon zurückzuhalten, beschloß er vielmehr, in das Innere Bayerns aufzubrechen. In wenigen Tagen waren die wichtigen Isarstädte Mosburg, Landshut und Freisingen eingenommen, Mitte Mai, fast genau ein Jahr nach der Zerstörung Magdeburgs, hielt Gustav Adolf seinen Einzug in München, dessen Bürgerschaft, von ihrem Kurfürsten völlig im Stich gelassen, nicht daran denken konnte, ihm ernstlichen Widerstand zu leisten. In seinem Gefolge befand sich der Kurfürst Friedrich von der Pfalz, der voll stolzer Hoffnungen in die Hauptstadt des nahe verwandten Gegners, der ihn seiner Kur und seines Länderbesitzes beraubt hatte, einritt.

Wohl lag für Gustav Adolf die Versuchung nahe, und es fehlte nicht an solchen, die dazu riethen, das Schicksal Magdeburgs an der Hauptstadt des Gegners zu rächen Aber der König ließ Milde und Mäßigung walten und verschonte die Stadt mit jeder Plünderung, zufrieden mit dem Erfolge, der ihm den Weg in die kaiserlichen Erblande eröffnete. Eine große Anzahl



König Gustav Adolf von Schweden empfängt, 1632, in Augsburg die Huldigung der Sta



Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1634, von Jacob Custos (Sohn des Dominicus Custos, 1560—1612).

verborgen gehaltener trefflicher Geschütze war die Hauptbeute, die er aus der Hauptstadt seines Gegners mit sich führte.

Die Liga lag vollständig am Boden; von dieser Seite konnte der Kaiser weitere Hilfe nicht mehr erwarten. Er wäre verloren gewesen, wenn ihm nicht inzwischen noch einmal Hilfe von Seiten jenes Feldherrn, den er dereinst in Regensburg eben dem bayrischen Kurfürsten und der Liga geopfert hatte, gekommen wäre: von Wallenstein.



Die Dessauer Brücke, an der 1626 Mansfeld von Wallenstein geschlagen wurde.

Verkleinertes Facsimile eines Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae (1632).

Der Wiedereintritt Wallensteins in das Generalat.

Während Gustav Adolf in schnellem Siegeslaufe von der Elbe bis an den Rhein vorgedrungen war, hatte sich sein sächsischer Bundesgenosse mit der Lösung des ihm zugefallenen Theiles der kriegerischen Aufgabe mehr Zeit und Muße gelassen. Nach den Verabredungen von Halle sollte das sächsische Heer unter Arnims Führung seinen Angriff gegen die österreichischen Erbländer und zwar insbesondere gegen Schlesien richten, wo die einzige noch unberührte kaiserliche Armee unter Tiefenbachs Oberbefehl stand. Dem entsprechend marschirte Arnim zunächst von Leipzig nach Torgau und rückte dann in die Lausitz ein, wohin Tiefenbach einen Vorstoß unternommen hatte (Anfang October 1631). Allein er sah die Lage im Allgemeinen und die seines Heeres insbesondere nicht gerade als eine sehr rosige an, dachte mit Schrecken daran, was aus ihm und seinem Kurfürsten werden sollte, wenn Gustav Adolf, der in immer weitere Ferne vorrückte, ein Unfall zustieße. Er überschätzte die Zahl der ihm gegenüberstehenden Feinde und drang vor Allem bei Johann Georg, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein, auf Vermehrung der Truppen, die in der That dringend wünschenswerth war, wenn das sächsische Heer eine selbständige strategische Aufgabe lösen sollte. Fürs Erste freilich ging noch Alles gut. Arnim war den ihm zunächst gegenüberstehenden feindlichen Truppen überlegen; dieselben zogen sich vor ihm zurück. Bald aber erschienen sie wieder in der Oberlausitz, und Arnim sah sich gezwungen, ihnen hierhin zu folgen, um die kurfürstlichen Länder vor einem feindlichen Einbruche zu schützen.

Während Arnim in den Lausitzen den feindlichen Truppen ohne ernstere Entscheidungen gegenüberstand, war in Dresden die Partei der böhmischen Emigranten in fieberhafter Thätigkeit, um dem erwarteten Einmarsch der sächsischen Truppen in Schlesien zur Seite ein anderes Unternehmen ins Werk zu setzen, welches neben der Bekämpfung des Kaisers auch ihren besonderen Eigeninteressen dienen sollte. Sie wollten unter Leitung Thurns, der nach wie vor mit Gustav Adolf in naher Verbindung stand, ein Heer ausrüsten und einen Einfall in Böhmen unternehmen, um dort einen Aufstand gegen den Kaiser zu erregen und die alten Zustände, wie sie vor der Unterdrückung des böhmischen Aufstandes gewesen waren, wiederherzustellen. Ohne Zweifel hatte Gustav Adolf selbst diesen Plan gebilligt und sich bereit erklärt, den Emigranten jene drei Regimenter schwedischer Truppen zu Hilfe zu schicken,

die er Wallenstein statt der von diesem verlangten 10 000 bis 12 000 Mann angeboten hatte. Aber während man inmitten der Vorbereitungen zu diesem weitaussehenden Unternehmen begriffen war, traf plötzlich, für die Emigranten wie für Gustav Adolf gleich unerwartet, die Nachricht ein, daß Arnim seinen auf einen Vormarsch gegen Schlesien gerichteten Plan aufgegeben und sich seinerseits gegen Böhmen gewendet habe. Die Emigranten, deren ganzes Vorhaben dadurch zu Nichte wurde, schäumten vor Entrüstung; denn sie wußten sehr wohl, daß das sächsische Heer gar nicht daran denken werde, jene umfassenden Restaurationen in Böhmen durchzuführen, welche sie durch ihren Einfall hatten erreichen wollen.

Es wird wohl niemals völlig aufgeklärt werden, aus welchen Gründen sich Arnim plötzlich zu dieser grundsätzlichen Aenderung in der Richtung seines mili-



Militärstrafen im dreißigjährigen Kriege: Der Wippgalgen.

Der Verurtheilte ist am Wippgalgen emporgezogen. Die Execution findet vor dem mit enthüllten Fahnen aufgestellten Regimente statt, dessen erstes Glied fertig zum Feuern ist. Rechts wird noch ein Verurtheilter herbeigebracht; links sitzen vier bestrafte Soldaten mit auf den Rücken gebundenen Händen auf einem hölzernen Pferd als Zuschauer des Strafvollzuges. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.



Militärstrafen im dreißigjährigen Kriege: Execution durch Erschießen.
Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

tärischen Vorgehens entschloß. Sehr erklärlich, daß schon viele von den Zeitgenossen an eine Einwirkung Wallensteins auf diesen Entschluß dachten. Denn in der That mußte diesem, der in jenem Augenblicke noch zwischen den entgegengesetztesten Entschlüssen schwankte, viel daran gelegen sein, einen Einbruch der Emigranten in Böhmen zu verhindern, weil mit Sicherheit zu erwarten war, daß dieselben sobald als möglich sich wieder in den Besitz der ihnen confiscirten Güter setzen würden, von denen Wallenstein einen großen Theil an sich gebracht hatte. Kein Zweifel, daß er einen Einmarsch des sächsischen Heeres dem der Emigranten bei weitem vorzog. Zudem bot sich ihm dadurch die Gelegenheit zu Verhandlungen mit seinem alten Schüler Arnim. Eine solche Gelegenheit war ihm aber in seiner kritischen Stellung zwischen dem Kaiser, der jetzt immer dringendere Annähe-

rungsversuche machte, auf der einen und den Schweden und Sachsen, mit denen er die Beziehungen noch nicht völlig abgebrochen hatte, auf der anderen Seite um so erwünschter, als ja eben der Kaiser selbst ihn dringend gebeten hatte, mit Arnim über einen Separatfrieden mit Kursachsen zu verhandeln. Er konnte also, ohne die Brücken zu einer Verständigung mit dem Kaiser abzubrechen, in selbständige Verhandlungen mit Sachsen eintreten.

Trotz alledem ist es keineswegs mit Sicherheit erwiesen, daß Wallenstein in irgend einer Form die directe Aufforderung zum Einmarsch des sächsischen Heeres nach Böhmen an Arnim gerichtet hat. Es ist vielmehr sehr möglich, daß Arnim denselben allein aus Rücksicht auf specifisch sächsische Interessen und auf seine eigenen, auf einen Generalfrieden gerichteten Pläne unternommen hat. Auch diese Rück-



Militärstrafen im dreißigjährigen Kriege: Tod durch den Strang.

Die Verurtheilten, auf der Leiter, links unter der Eiche und rechts im Vordergrunde, werden von Mönchen geleitet; rechts unter der Eiche würfeln zwei auf einer Trommel. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

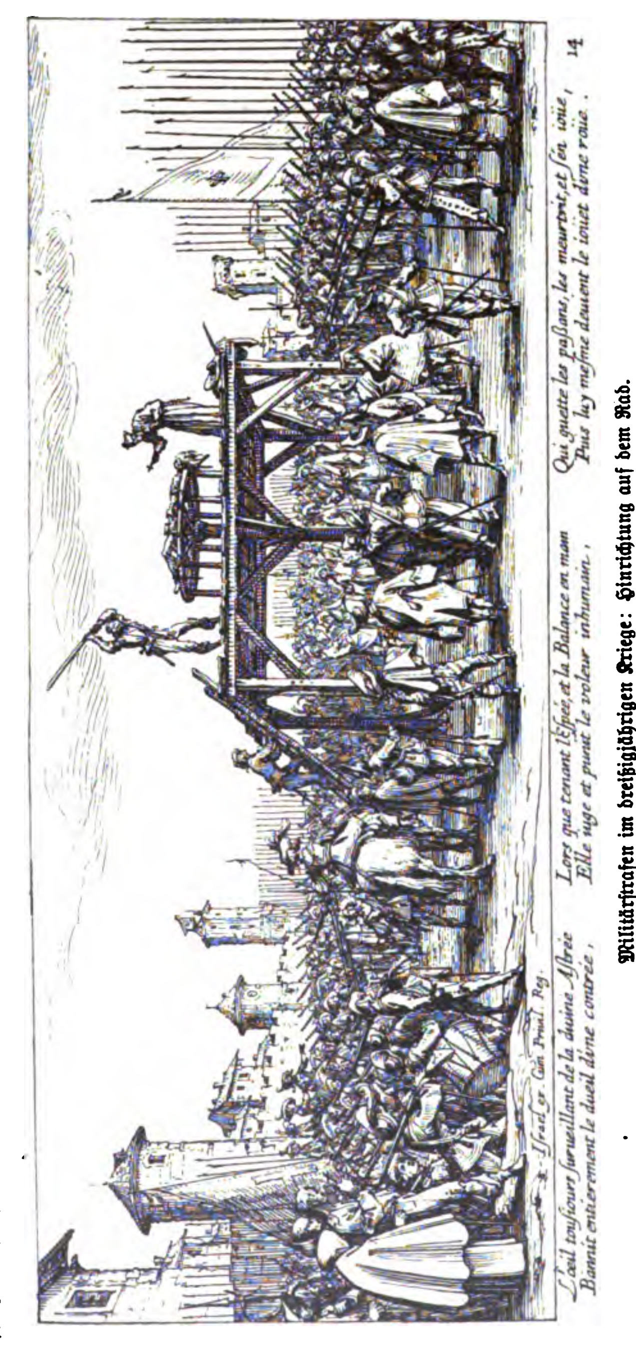
sicht mußte das von den Emigranten geplante Unternehmen als eine ernste Gefahr erscheinen lassen. Denn wenn diese ihre Wiederherstellungspläne in Böhmen zur Durchführung brachten, so war die Aussicht auf einen wirklich ernstgemeinten Frieden so gut wie vernichtet.

Wie dem aber auch sein mag, ob Wallenstein den Einmarsch Arnims in Böhmen gerathen hat, ob ihn Arnim mit oder ohne Bewilligung seines Kurfürsten aus eigener Entschließung unternommen hat, genug: Arnim wandte sich Anfang November plötzlich von der Lausitz aus nach der Elbe und marschirte über Kreibitz nach Tetschen, wo er am 4. November eintraf und sich alsbald anschickte, weiter stromaufwärts vorzurücken. Am 15. November war die böhmische Hauptstadt in seinen Händen. Er traf dabei Vorsorge, daß die Besitzungen Wallensteins möglichst von seinen Truppen verschont wurden.

Militärstrafen im dreißigjährigen Kriege: Der Scheiterhaufen.

Verbrecher, welche Kirchen oder Häuser in Brand gesteckt hatten, wurden mit dem Feuertode bestraft. Die Vollziehung findet zwischen zwei mit enthüllten Fahnen aufmarschirten Truppenabtheilungen statt. Als Andeutung des begangenen Verbrechens im Hintergrunde eine Kirche und ein Haus in Flammen. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

Wir haben früher berichtet, wie in denselben Tagen, in denen Raschin im Auftrage Gustav Adolfs nach der Breitenfelder Schlacht sich bei Wallenstein aufhielt, durch Questenbergs Vermittelung von Seiten des Kaisers der Versuch gemacht worden war, ihn zur Uebernahme des Commandos und zur Vermittelung mit Kursachsen zum Zweck von Verhandlungen über einen Separatfrieden zu vermögen. Damals hatte Wallenstein jenen ersten Auftrag noch abgelehnt, dagegen sich zur Uebernahme der Verhandlungen mit Arnim bereit erklärt. Allein die Eröffnung derselben hatte er noch hinzuzögern gesucht, bis er von Gustav Adolf endgiltige Antwort erhielte. Der entscheidende Brief Questenbergs, der jene kaiserlichen Aufträge enthielt, war vom 8. October datirt gewesen; Wallenstein hatte darauf einen Paß für Arnim erbeten, der bereits am 14. October an



Militärstrafen im dreißigjährigen Kriege: Hinrichtung auf dem Rad.

Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

ihn abging. Wallenstein aber fand den Paß, wie er sich ausdrückte, zu „kaltsinnig“ und förmlich und schickte ihn, offenbar in der Absicht, Zeit zu gewinnen, mit einem neuen von ihm gemachten Entwurfe an Arnim, der sich dann mit demselben einverstanden erklärte. Darauf wurde derselbe noch einmal nach Wien zur Genehmigung und Unterschrift geschickt. Als nun Raschin mit der Nachricht von der veränderten Entschließung Gustav Adolfs zurückkam, war Wallenstein — wir erwähnten es früher schon — aufs Aeußerste entrüstet und beschloß nun, eine völlig veränderte Richtung einzuschlagen; er äußerte: „Jetzt muß es in anderer Weise gehen.“ An der Verbindung mit den Schweden an sich hatte ihm nie besonders viel gelegen; er hatte sie nur für seine Interessen benutzen wollen. Jetzt, da Gustav Adolf ihm so großes Mißtrauen zeigte, stand sein Entschluß fest, sich von den Schweden vollends zu trennen und auf jenen Antrag des Kaisers einzugehen, d. h. zu versuchen, ob es ihm gelinge, Sachsen zu einem Separatfrieden ohne Rücksicht auf Schweden zu veranlassen. Wenn er aber diese Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg führen wollte, so mußte er zu erreichen suchen, daß die kaiserliche Politik wieder in die Bahnen einlenke, die sie unter seiner Einwirkung bis zu dem Erlaß des Restitutionsedicts eingeschlagen, seitdem aber verlassen hatte. Nur durch die Aufhebung dieses Edicts konnte es vielleicht gelingen, Sachsen und Brandenburg von den Schweden zu trennen und zum Frieden mit dem Kaiser zu bewegen.

In dieser Richtung bewegten sich die Verhandlungen, welche Wallenstein auf Grund jener kaiserlichen Ermächtigung am 30. November in Kaunitz mit Arnim gepflogen hat. Zu einer wirklichen Verständigung kam es jedoch nicht, da Arnim zunächst auf das Anerbieten eines Friedens ohne Zuziehung Gustav Adolfs nicht eingehen wollte. Aber hier schon hat Wallenstein dem sächsischen Feldmarschall mitgetheilt, daß er das Generalat, welches ihm der Kaiser angeboten habe, wieder übernehmen werde. Er stellte die Sache so dar, als sei er zu diesem Schritte gezwungen, weil er durch einen von den Kaiserlichen aufgefangenen Brief Thurns stark compromittirt sei und das Mißtrauen des Kaisers beseitigen müsse. Wenn er aber Arnim zugleich, wie dieser an den schwedischen Residenten Nicolai schrieb, erklärte, er bleibe trotzdem des Schwedenkönigs Freund, und der Kaiser solle es noch erfahren, daß er einen Cavalier beleidigt habe, so darf man wohl mit Sicherheit annehmen, daß diese Aeußerungen nur auf eine Täuschung Gustav Adolfs berechnet waren. Thatsächlich ist er seit dieser Zusammenkunft zunächst von der Verbindung mit Schweden gänzlich zurückgetreten. Der Unterhändler Raschin selbst, dessen Angaben Wallenstein am meisten belasten, stellt doch ausdrücklich fest, daß er von da an zunächst keine weiteren Aufträge für den König von Wallenstein erhalten habe. Vielmehr nahm dessen Politik jetzt wieder eine Richtung, welche in mancher Beziehung an die großen Tage des ersten Generalats anknüpft. Vor Allem ist er aufs Neue bestrebt, dem Kriege seinen Charakter als Religionskrieg zu nehmen und dadurch die Protestanten zum

Frieden zu bewegen, wie das der Kaiser selbst sehnlichst wünschte. Ohne Frage schwebte ihm dabei, nachdem er sich von seiner vorübergehenden Verbindung mit den Schweden einmal losgemacht hatte, als Ziel vor, unter den deutschen Reichsständen einen allgemeinen Frieden herzustellen und dann gemeinsam die auswärtigen „Interponenten", d. h. Schweden und Franzosen, aus dem Reiche zu verjagen. Dieser Gedanke taucht in den späteren Verhandlungen mit Sachsen immer wieder auf, auch in der Zeit, da er mit den Schweden doch wieder in Verhandlungen getreten war. So viel aber steht fest, daß Wallenstein in den nächsten Monaten, ja vielleicht in dem ganzen nächsten Jahre nach der Kaunitzer Zusammenkunft beziehungsweise nach der Uebernahme des Generalats dem Kaiser gegenüber eine völlig loyale Haltung beobachtet hat. Freilich, von der früheren Hingabe an Ferdinand und die imperialistische Idee, von der er trotz alles rücksichtslosen Egoismus im ersten Generalat erfüllt war, ist jetzt nach der Regensburger Entlassung nichts mehr zu spüren. Wenn er die Gefühle der Pietät und selbstlosen Hingebung überhaupt jemals gekannt hat: seit dem Regensburger Tage war es damit ein für alle Mal vorbei. Mehr als jemals ließ er sich jetzt politisch wie militärisch in erster Linie von seinem eigenen Interesse leiten. Diesem glaubte er aber jetzt, nachdem die Verhandlungen mit Schweden zu keinem ihn befriedigenden Ergebnisse geführt hatten, am besten dienen zu können, wenn er auf die Anträge des Kaisers einging. Immerhin beschloß er, sehr vorsichtig zu Werke zu gehen und sich nach jeder Richtung hin gegen eine Wiederkehr eines ähnlichen Vorganges wie desjenigen auf dem Regensburger Kurfürstentage zu sichern.

Als daher im December 1631 der Fürst Eggenberg, der vornehmste Anhänger und Freund Wallensteins am Wiener Hofe, der unablässig auf dessen Wiederberufung gedrungen hatte, nach Znaim kam, um mit ihm über die Wiederübernahme des Generalats zu verhandeln, verpflichtete er sich zunächst nur, innerhalb dreier Monate ein Heer von 40 000 Mann auszurüsten, die Führung desselben zu übernehmen weigerte er sich noch. Und nun offenbarte er wiederum in höchstem Maße jene bewundernswerthe organisatorische Kraft, welche schon in seinem ersten Generalat das allgemeinste Erstaunen erregt hatte. Dem Zauber seines Namens gelang, was keinem Anderen bei der damaligen Lage des Kaisers gelungen wäre. In Schaaren strömten von allen Richtungen der Windrose kriegs- und beutelustige Kriegsknechte herbei; er erreichte es wirklich, innerhalb der gesetzten kurzen Frist ein aus allen Glaubensbekenntnissen und Nationen zusammengesetztes Heer von der bedungenen Stärke zusammenzubringen. Aber sein Name, das Vertrauen auf seinen Credit und auf seine organisatorische Kraft, auf seine Fürsorge für seine Truppen und Officiere war es, was diese Leute dem Schall der Werbetrommel folgen ließ. Es war kein Zweifel, daß das ganze Heer sofort wieder auseinandergelaufen wäre, wenn Wallenstein nicht die Führung übernahm. Als dieser daher nach Ablauf der drei Monate erklärte, sein Auf-

trag sei nun erfüllt, er bitte ihm anzugeben, wem er den Oberbefehl über das Heer zu übergeben habe, mußte man sich in Wien entschließen, noch einmal durch den Fürstbischof Anton von Wien und dann wieder durch den Fürsten von Eggenberg mit ihm in Verhandlungen zu treten, die dann am 12. und 13. April in Göllersdorf zwischen Znaim und Wien stattgefunden haben. Wirklich kam dann hier die endgiltige Einigung über den Wiedereintritt Wallensteins zu Stande. Leider aber sind die Bedingungen, unter denen er erfolgte, nicht in authentischer Form bekannt geworden. Das Original der Capitulation scheint verschwunden zu sein; wir kennen dieselbe nur aus den wenig zuverlässigen, vielleicht sogar völlig erdichteten Fassungen in Khevenhillers Geschichtswerk und in mehreren gleichzeitigen Flugschriften, die aber keinesfalls die wirklich abgeschlossene Capitulation, sondern wahrscheinlich nur die Forderungen Wallensteins darstellen. Glücklicher Weise aber liegen uns eine Reihe von Urkunden vor, welche einige specielle Bewilligungen, die Wallenstein zu Theil wurden, betreffen und vielleicht das Einzige darstellen, was überhaupt neben den mündlichen Zusicherungen Eggenbergs schriftlich fixirt wurde. Sie weisen zum Theil nicht erst auf die Göllersdorfer Verhandlungen im April 1632, sondern schon auf die im December 1631 in Znaim getroffenen Vereinbarungen hin. Namentlich die für Wallenstein entscheidenden politischen Befugnisse sind ihm sicher schon in Znaim eingeräumt worden. Wir werden in ihnen die von Wallenstein in erster Linie gestellte Bedingung seines Wiedereintritts zu erkennen haben.

Zu Verhandlungen mit Sachsen war Wallenstein ja schon in jenem Schreiben Questenbergs vom 8. October aufgefordert und ermächtigt worden. Es kann kein Zweifel sein, daß ihm diese Vollmacht zu Friedensverhandlungen in Znaim von Eggenberg bestätigt worden ist. Auf Grund derselben hat am 18. Januar 1632, also schon vor der endgiltigen Göllersdorfer Abmachung, eine neue Verhandlung mit den Sachsen in Außig stattgefunden, und zwar, weil Wallenstein erkrankt war, zwischen dessen Schwager Trzka und dem Feldmarschall Arnim. Sie ist für die vorliegende Frage insofern von entscheidender Bedeutung, weil Trzka dort mit voller Bestimmtheit erklärte, daß der Kaiser, um den Frieden mit Sachsen zu erreichen, zur Aufhebung des Restitutionsedicts bereit sei. Dieses Zugeständniß, ohne das Wallenstein auf politischem Gebiete Erfolge nicht erreichen zu können meinte, muß ihm also schon in Znaim gemacht worden sein. Der Kaiser lenkte damit wieder in die Bahnen jener Politik ein, die Wallenstein unter seiner Zustimmung bis 1629 verfolgt hatte.

Aber auch die Selbständigkeit des militärischen Commandos und die Sicherung dieser Selbständigkeit gegen alle Versuche von feindlicher Seite, auf welche Wallenstein nach den Regensburger Erfahrungen mit Recht das größte Gewicht legte, ist ihm schon in Znaim in ausreichender Weise gewährleistet worden, wie sich klar aus der Instruction ergiebt, welche Eggenberg für seine Verhandlungen mit Wallenstein vom Kaiser ertheilt wurde. Indem Ferdinand

den General in den stärksten Ausdrücken seines Vertrauens, daß er das nämliche Verhalten, mit dem er in der Vergangenheit seine Zufriedenheit erworben habe, auch in Zukunft beobachten werde, versichert, verspricht er ihm zugleich auf das Bestimmteste, daß er weder durch den Beichtvater Lamormain noch durch irgend einen Anderen in seinem Dienste und in seinen Handlungen gestört und gehindert werden solle. Werde dies trotzdem versucht, so solle er sich nur stets an den Kaiser direct wenden, der ihm dann schon Genugthuung verschaffen werde.

Das waren ohne Zweifel schon bedeutende Zugeständnisse, welche Wallenstein ein großes Maß von Selbständigkeit einräumten. Sie wurden dann in Göllersdorf noch näher bestimmt und erweitert. Von selbst versteht es sich hier zunächst, daß ihm die Ernennung der Obersten in dem Heere, welche ihm schon 1628 zugestanden worden war, von Neuem überlassen wurde; dagegen behielt sich der Kaiser, wie sich aus der späteren Handhabung der Sache ergiebt, die Ernennung der Generale, für die Wallenstein nur Vorschläge zu machen hatte, vor. Außerdem ist ihm ganz unzweifelhaft das Zugeständniß gemacht worden, daß kein unabhängiger Heerführer neben ihm im Reiche ernannt werden und einen selbständigen Heerbefehl führen dürfe. Dieser Punkt, der die strategische Führung dem Generalissimus ganz allein in die Hand gab, findet sich nicht bloß in jenen apokryphen Fassungen der Capitulation, sondern er wird dadurch unzweifelhaft bestätigt, daß im Sommer 1633 Trautmannsdorf dem spanischen Gesandten ausdrücklich erklärte, Wallenstein sei durch seine Capitulation ermächtigt, keinen anderen Führer neben sich zu dulden. Aber man scheint auf das Verlangen Wallensteins noch weiter gegangen zu sein. Es war davon die Rede gewesen, daß der junge Thronfolger, König Ferdinand von Ungarn, angeblich um das Kriegshandwerk unter Wallensteins Leitung zu lernen, sich beim Heere aufhalten solle. Wallenstein verlangte aber ausdrücklich und scheint es, wie der Verlauf der Dinge zeigt, erreicht zu haben, daß das nicht geschehen dürfe, der junge König vielmehr in Prag Hof halten solle.

Mit diesen Zugeständnissen war ihm nicht allein die militärische Führung, sondern auch die Direction der Politik in der Hauptsache in die Hände gegeben. Aber auch finanziell, auch in seinen persönlichen Ansprüchen wurde er in bestimmtester Form zufriedengestellt. Auch hierüber werden wir nicht durch jene angebliche Capitulation, sondern durch besondere Urkunden, welche ihm unmittelbar nach der Rückkehr Eggenbergs aus Göllersdorf ausgestellt wurden, unterrichtet. Am 15. April, am Tage dieser Rückkehr selbst, erwies der Kaiser Wallenstein in der Freude seines Herzens über die erfolgte Einigung eine rein persönliche Gnadenbezeugung, indem er ihm 400 000 Thaler, die er der böhmischen Kammer aus den erkauften Confiscationsgütern noch schuldete, erließ. Am folgenden Tage bestätigte er ihm das im Jahre 1628 verliehene Herzogthum Mecklenburg, in dessen Besitz ihn die Kurfürsten niemals hatten anerkennen wollen, ausdrücklich nochmals. Dies aber war

gegenwärtig von den Schweden besetzt, und es stand keineswegs fest, ob und wann es gelingen werde, es ihnen wieder zu entreißen. Der Kaiser verlieh Wallenstein infolge dessen das Fürstenthum Glogau, welches aber in seinem alten Verhältniß zu Schlesien bleiben sollte. Als vollständiger Ersatz für Mecklenburg konnte es also nicht betrachtet werden, da es kein reichsunmittelbares Fürstenthum war. Gerade seine Würde als deutscher Landesfürst aber wollte sich Wallenstein um so weniger entreißen lassen, als sie es gerade war, durch die er auch nach der eventuellen Beendigung des Krieges eine Stellung gewann, in welcher er seine unabhängigen und selbständigen Pläne weiterführen konnte. Der Kaiser versprach ihm daher ausdrücklich ein vollkommenes Aequivalent für Mecklenburg, falls es nicht wiedergewonnen werden sollte, also ein Reichsfürstenthum. Dagegen ist die Angabe der angeblichen Capitulation, der Kaiser habe ihm die Verwaltung eines Erblandes oder gar die Oberlehnsherrschaft in den wiedereroberten Reichslanden zugesagt, entschieden als nicht begründet anzusehen. Der Kaiser würde damit wirklich sich seines Rechtes als oberster Lehnsherr im Deutschen Reiche begeben, zu Wallensteins Gunsten gleichsam abgedankt haben. In einer anderen beglaubigteren Fassung ist nur von einer aus den Erblanden zu beschaffenden Belohnung und der Ueberlassung eines der Regale, etwa des Berg- oder Salzregals, die Rede; das würde dann dahin zu verstehen sein, daß ihm auf diese Weise finanzielle Quellen für den Unterhalt seines Heeres bewilligt werden sollten. Noch weiter in dieser Richtung ging eine andere Bestimmung, die, so unerhört sie erscheint, doch dadurch beglaubigt wird, daß Wallenstein sich dem Kaiser selbst gegenüber im Sommer 1633 darauf berufen hat. Nach derselben stand ihm in den eroberten Gebieten wirklich das Recht der Confiscation und der Begnadigung zu. Wallenstein wollte über die zu confiscirenden Güter frei zu Gunsten seiner Officiere verfügen können und erreichte es in der That, daß der Kaiser, um die in dieser Richtung getroffenen Verfügungen seines Feldherrn nicht zu durchkreuzen, auf das höchste und schönste Recht der Souveränetät, auf das der Begnadigung, verzichtete.

Faßt man alle diese Bedingungen, wie sie uns aus den unzweifelhaft authentischen Urkunden entgegentreten, zusammen, so gaben sie, auch wenn man die noch weitergehenden Bestimmungen der in gleichzeitigen Flugschriften verbreiteten Capitulationspunkte als unglaubwürdig zurückweist, Wallenstein eine Macht in die Hand, neben der in der That die souveräne Obergewalt kaum bestehen konnte. Mußte es für diese schon in hohem Maße bedenklich sein, sich jeder Einwirkung auf die gesammte strategische Führung des Heeres so weit zu entäußern, daß selbst dem Sohne des Kaisers der Aufenthalt im Heerlager nicht gestattet war und daß der Feldherr sich ausdrücklich vorbehielt, das Heer des Kaisers dahin zu führen, wohin es ihm gut schien, so mußte die monarchische Gewalt vollends illusorisch werden, wenn sie auch das Recht der Verhandlung mit fremden Mächten in die Hände des allmächtigen Generals legte und ihm sogar gestattete, nach freiem Ermessen die Besitzungen der Gegner zu confis-

ciren und über dieselben zu verfügen. Eine solche absolute Feldherrngewalt, deren Gewährung nur durch die äußerste Noth, in der sich der Kaiser befand, zu erklären ist, konnte in der That mit der Souveränetät des Staatsoberhaupts nicht vereinigt werden. In diesen Bedingungen, welche zwischen dem Kaiser und dem Feldherrn gleichsam vertragsmäßig vereinbart wurden, lag der Keim des künftigen Conflictes schon verborgen. Der Feldherr war nicht der Diener des Kaisers. Zu dieser Stellung würde sich der souveräne „Reichsfürst“ Wallenstein nicht mehr bequemt haben; eher könnte man das Verhältniß so auffassen, daß der Feldherr sein Heer vertragsmäßig dem Kaiser zur Verfügung stelle. Das mochte angehen, so lange Beide in der politischen Grundrichtung einverstanden waren. In dem Augenblicke, in welchem das nicht mehr der Fall war und der Feldherr dennoch von diesen ihm verliehenen unerhörten Befugnissen vollen Gebrauch machte, war ein unheilbares Zerwürfniß unvermeidlich.

Trotzdem fühlte sich der Kaiser unmittelbar nach dem Abschluß der Vereinbarung dem Feldherrn zu Dank verpflichtet und hat ihm diesen Dank in bewegtester Weise ausgesprochen. Denn zunächst — und nur auf das Nächste war sein Blick dabei gerichtet — war er durch den Wiedereintritt Wallensteins der furchtbaren Gefahr überhoben, in die er durch den Schwedenkönig versetzt worden war. In wenigen Wochen war das kaiserliche Erbland Böhmen wieder vom Feinde befreit. Dann erst entschloß sich Wallenstein, den immer dringender werdenden Hilferufen Folge zu leisten, welche Maximilian von Bayern von dem Augenblicke an, in welchem er das Generalat wieder übernommen hatte, an ihn richtete. Jetzt mußte die Gewalt der Waffen zwischen den beiden größten Heerführern der Epoche entscheiden.

— — —

Gustav Adolf und Wallenstein.

Genau in denselben Tagen, in welchen zu Göllersdorf die endgiltige Einigung über den Wiedereintritt Wallensteins erfolgte, wurde Tilly von Gustav Adolf endgiltig geschlagen, stieg die Noth und Bedrängniß des bayerischen Kurfürsten auf das Höchste. Bis nach Regensburg hatte er mit seinem Heere zurückweichen müssen, seine Hauptstadt war in die Hände des Feindes gefallen. Es war nur natürlich, daß er mit Bestimmtheit erwartete und immer und immer wieder darum bat, Wallenstein möge ihm mit dem neugeworbenen Heere zu Hilfe kommen. Allein dieser war keineswegs geneigt, sich durch die Hilferufe des Fürsten, dem er die schwerste Kränkung seines Lebens verdankte, in seinen zugleich militärischen und politischen Entschließungen beirren zu lassen. Diese aber wiesen ihn darauf hin, sich zunächst gegen die Sachsen zu wenden und auf diese Weise auf der einen Seite das kaiserliche Erbland Böhmen vom Feinde zu befreien, auf der anderen Seite aber unter dem kräftigen Drucke seiner kriegerischen Ueberlegenheit den schon schwankenden Kurfürsten von Sachsen endgiltig von Gustav Adolf abzuziehen und zu einem Separatfrieden mit dem Kaiser zu bewegen. Beides, militärische Bekämpfung und diplomatische Verhandlung, hier in vollem Einverständniß mit dem Kaiser, ging bei ihm unaufhörlich Hand in Hand.

In der That schien die Aussicht, daß Kurfürst Johann Georg auf solche Verhandlungen eingehen werde, an sich nicht gering zu sein. Schon seit einiger Zeit war er wieder in das Geleise jener Politik einer unabhängigen dritten Partei gerathen, ohne auf das soeben geschlossene enge Bündniß mit Schweden erhebliche Rücksicht zu nehmen. Im Februar 1632 hatte er in Torgau eine Zusammenkunft mit Georg Wilhelm von Brandenburg, auf welcher er mit dieser Idee offen hervortrat. Er dachte wirklich daran, den Frieden mit den Katholischen ohne Mitwirkung Schwedens zu schließen und dem Könige als Entschädigung für sein Eingreifen in den deutschen Krieg eine Geldsumme anzubieten. In diesem Sinne wünschte er zunächst ein Separatbündniß mit Brandenburg ohne Hinzuziehung Schwedens zu schließen. Die brandenburgischen Räthe aber waren doch weit entfernt, auf ein solches Ansinnen, welches von einem Verrath an Schweden nicht allzu weit entfernt war, einzugehen. Die Haltung Johann Georgs aber zeigte mit voller Deutlichkeit, wie Recht Gustav Adolf gehabt hatte, indem er ihm die Führung des Krieges „im Reiche“ nicht überlassen wollte. Er hätte diese Gelegenheit

sicher ergriffen, um die Leipziger Schlußverwandten im Westen Deutschlands zu Sonderbündnissen mit Ausschluß Schwedens zu bewegen.

Obwohl aber die Absicht Johann Georgs, dies Ziel im Osten im Verein mit Brandenburg zu erreichen, an der ehrlichen Weigerung des letzteren gescheitert war, so bereitete dennoch die schwankende Haltung des Kurfürsten von Sachsen dem räumlich weit entfernten Schwedenkönige der Schwierigkeiten genug. Gustav Adolf gewahrte sehr bald, daß sein sächsischer Bundesgenosse den Krieg in Böhmen, seitdem Wallenstein den Oberbefehl über das kaiserliche Heer wieder übernommen hatte, nur sehr lässig führte und sich nur zu geneigt zeigte, auf die von dem kaiserlichen Feldherrn wiederholt durch den Obristen Sparre angetragenen Friedensverhandlungen einzugehen. Wallenstein seinerseits aber wußte in sehr nachdrücklicher Weise seinen Friedensanerbietungen durch rücksichtsloses militärisches Vorgehen den nöthigen Nachdruck zu geben.

Dem gegenüber bot nun Gustav Adolf Alles auf, um Sachsens Abfall von dem Bündniß mit ihm zu verhindern. Er schickte den Grafen Philipp Reinhard von Solms an den Kurfürsten, um ihm die Nothwendigkeit seines Vormarsches an die Donau darzulegen, mit welchem Johann Georg sich wenig zufrieden zeigte, weil er dadurch den Angriffen der Wallensteinschen Armee allein ausgesetzt sei. Graf Solms gab sich alle Mühe, Johann Georg klar zu machen, daß Gustav Adolf durch sein entschiedenes Vordringen im Süden, welches ihn bereits bis dicht an die Grenze der österreichischen Erbländer geführt habe, beabsichtige Wallenstein nach Süden abzulenken. Sollte sich derselbe aber wider Erwarten mit voller Macht auf Sachsen werfen, so möge der Kurfürst nur seine Truppen an einem sicheren Orte concentriren und den König dort erwarten, der dann sofort zur Hilfe heraneilen werde.

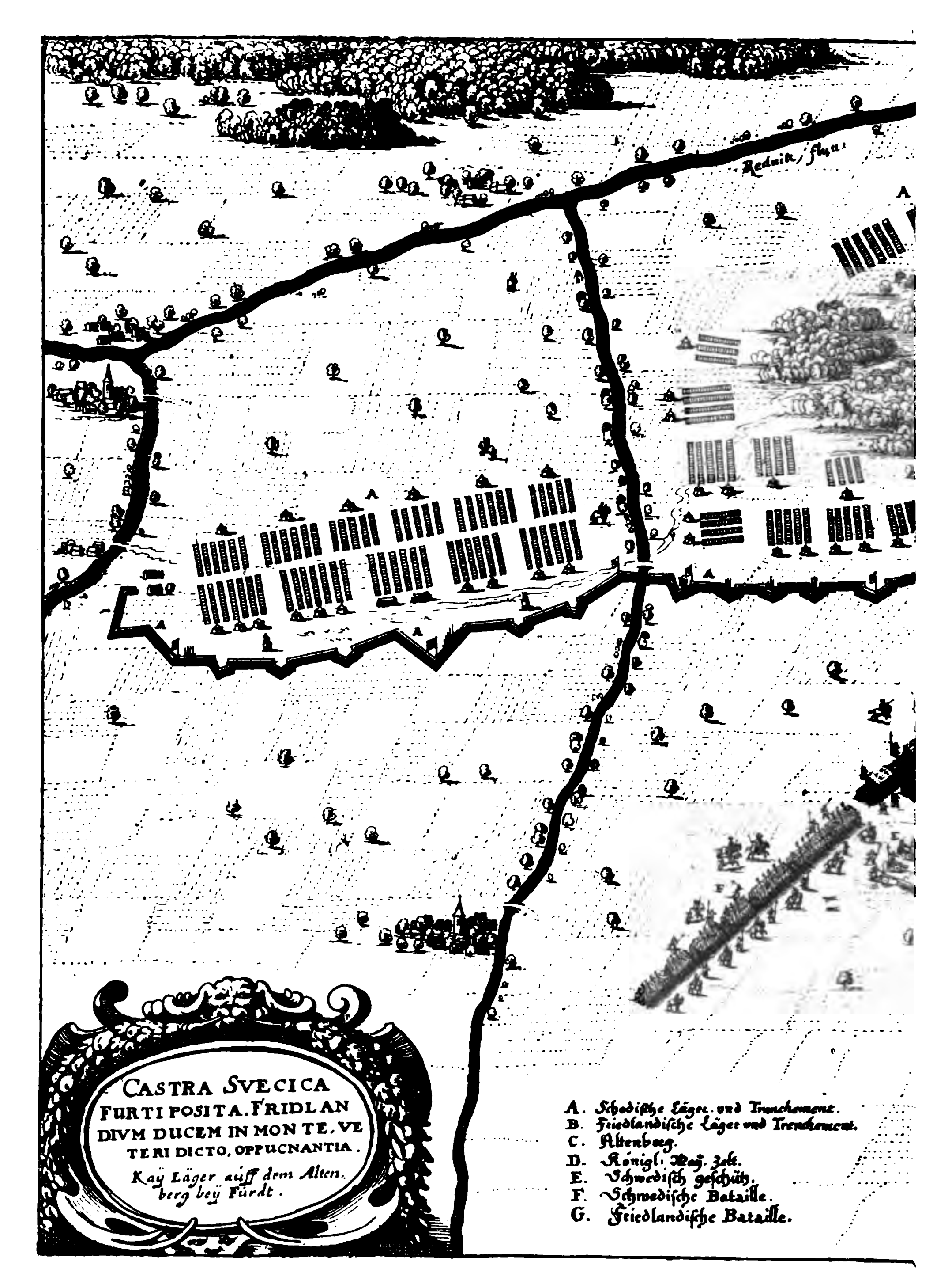
Allein sehr bald merkte Graf Solms, daß es nicht so leicht sein werde, den Kurfürsten von den einseitigen Verhandlungen mit Wallenstein zurückzuhalten. Mehrere zwischen Arnim und dem kaiserlichen Obersten Sparre gewechselte Briefe, welche dem Hauptgegner Arnims in Sachsen, dem Obersten Hofkirch, in die Hände gefallen waren, wurden von diesem dem Grafen Solms mitgetheilt. Als dieser sich über diese Vorgänge beschwerte, suchte sich Arnim zu entschuldigen und erklärte, er strebe nach nichts weiter als nach Herstellung eines allgemeinen Friedens. Mit ausdrücklicher Genehmigung des Kurfürsten setzte er seine Verhandlungen mit Wallenstein fort, der auf einer am 21. Mai in Rackonitz abgehaltenen Conferenz als Preis des Separatfriedens versprach, Sachsen solle bei Possession der geistlichen Güter und Freiheit der Religion belassen werden. Allein zu einem förmlichen Abschlusse, den Gustav Adolf nach den Nachrichten, die er von Solms erhielt, für nahe bevorstehend hielt, kam es dann doch nicht, da Johann Georg sich durch das während der Unterhandlungen ununterbrochen fortgesetzte kriegerische Vorgehen Wallensteins zurückgestoßen und verletzt fühlte. Mußten sich doch seine Truppen, nachdem Wallenstein ohne große Mühe am 22. Mai Prag wieder eingenommen hatte, bis nach Pirna zurückziehen.

Für Gustav Adolf aber mußte Alles darauf ankommen, den Kurfürsten endgiltig von seinem Lieblingsgedanken einer dritten Partei beziehungsweise eines Separatfriedens abzubringen und ihn zu überzeugen, daß diese Bestrebungen nicht allein im Widerspruch mit dem sächsisch-schwedischen Bündniß, sondern auch mit dem wahren und bleibenden Interesse der evangelischen Fürsten ständen, welches dauernd nur dadurch gewahrt werden könne, daß diese sich unter einander und mit ihm eng zusammenschlössen und dann auf Aufrichtung eines allgemeinen Friedens hinarbeiteten.

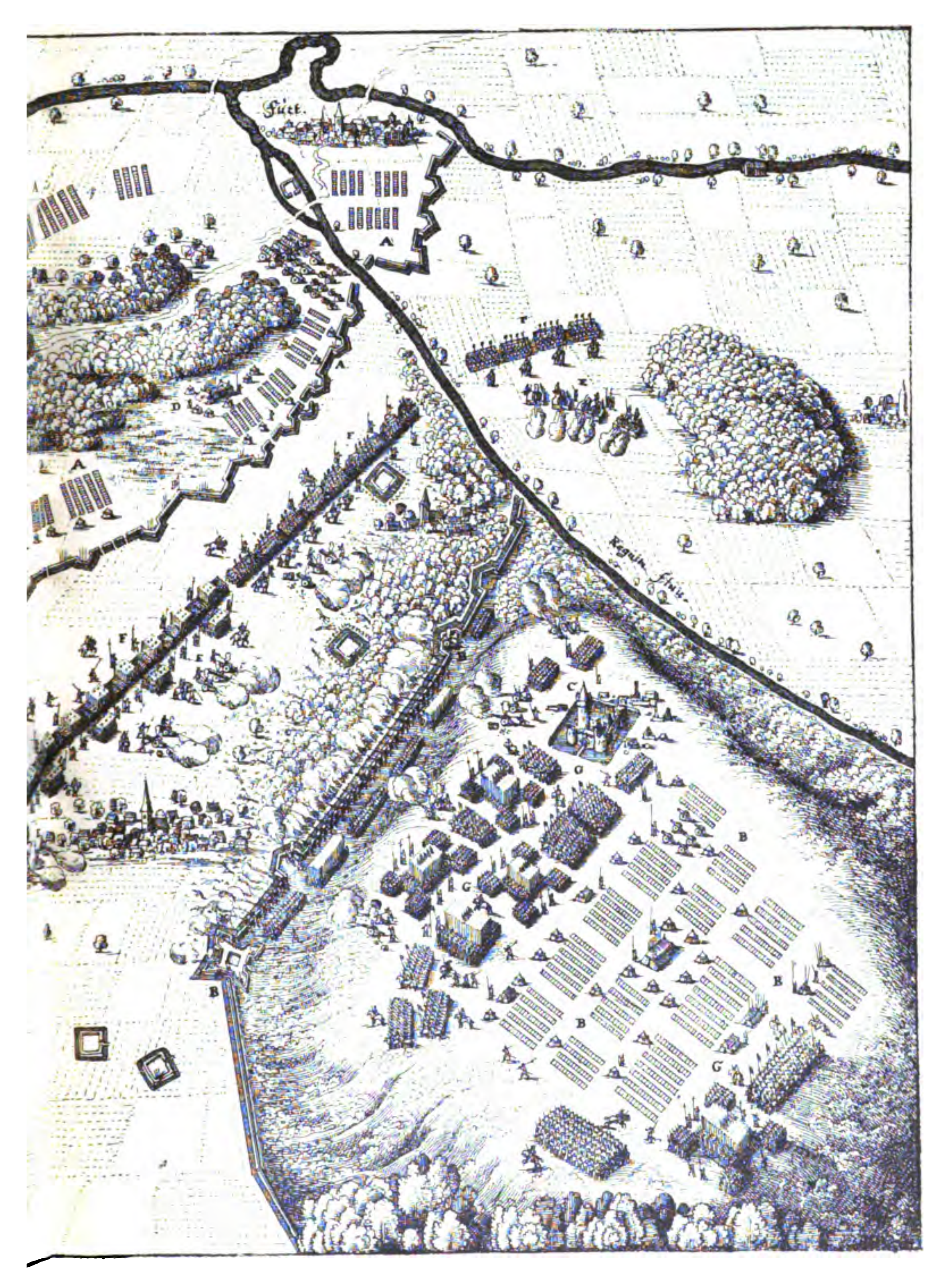
Um über die Grundlagen zu einem solchen allgemeinen Frieden vor Allem auch mit seinen eigenen schwedischen Räthen völlig ins Klare zu kommen, hatte Gustav Adolf von dem Stockholmer Reichsrath ein Gutachten über diese Frage erbeten, welches eben jetzt, im Mai 1632, bei ihm einlief. Es bewegte sich im Wesentlichen auf derselben Grundlage, von der der König in den Friedensverhandlungen im letzten Winter ausgegangen war. In Bezug auf die deutschen Verhältnisse verlangte es vor Allem, daß die „reine Religion" überall, wo sie vor dem Kriege bestanden habe, freie Uebung haben und daß alle aus ihrem Besitz vertriebenen deutschen Stände restituirt werden sollten. Als Grundbedingung eines abzuschließenden Friedens bezeichnete das Gutachten mit vollem Recht, daß sowohl die Liga als der Kaiser direct mit Gustav Adolf verhandeln sollten. Für Schweden speciell forderte es Abtretung von Pommern mit den Seestädten und Häfen sowie von Wismar. Brandenburg, welches Erbansprüche auf Pommern hatte, sollte mit einem Theile Schlesiens entschädigt werden, Kursachsen Böhmen oder die Lausitzen erhalten. Ganz besonderen Werth aber legte das Gutachten — und auch hier traf es sich mit den Anschauungen des Königs — auf eine dauernde, feste Verbindung der evangelischen Fürsten Deutschlands unter einander und mit dem Könige von Schweden, durch die allein eine Garantie für die Dauer des Friedens erreicht werden könne. Es war der Gedanke des corpus evangelicorum, den der Reichsrath hier in den Grundzügen entwickelte und den Gustav Adolf dann den weiteren Verhandlungen in der That zu Grunde legte.

Um für diese weiteren Verhandlungen ebensowohl als für die Art und Weise der Fortführung des Krieges doch endlich zu einem endgiltigen Einvernehmen mit dem wenig zuverlässigen sächsischen Bundesgenossen zu kommen, schickte Gustav Adolf noch einmal eine besondere Gesandtschaft an ihn ab, die aus dem Pfalzgrafen August von Sulzbach und dem württembergischen Kanzler Löffler bestand. Allein inzwischen hatte sich die militärische Lage so sehr verändert, daß an eine ernstliche Aufnahme von Friedensverhandlungen zunächst überhaupt nicht mehr gedacht werden konnte.

Wallenstein hatte sich, nachdem er Böhmen den Sachsen wieder völlig entrissen hatte, doch endlich entschließen müssen, den unausgesetzten Hilferufen des Kurfürsten Maximilian Folge zu leisten und sich in Bewegung zu setzen, um sich mit dessen Truppen, die auf Weiden zu marschirten, zu vereinigen. Gustav Adolf, der inzwischen, um dem Kurfürsten von Sachsen die erbetene



Gustav Adolfs Sturm auf Wallensteins Lager bei Nürnbe



…rg; 1632. Facsimile der Radierung von Wenzel Hollar (1607—1677).



Hilfe zu bringen, von Bayern sich nordwärts gewendet hatte und auf dem beabsichtigten Marsche nach Sachsen schon bis Nürnberg gelangt war, erfuhr hier von jener Absicht Maximilians, sich mit Wallenstein zu vereinigen. Vergeblich versuchte der König, durch einen Eilmarsch nach Weiden diese Vereinigung zu verhindern. Als er in Vilseck anlangte, hatten die Spitzen der bayerischen Armee Weiden schon erreicht, wo die Avantgarde Wallensteins lag.

Zum ersten Male sehen wir jetzt den König in seinen Entschließungen unsicher werden. Er verzichtet auf das stolze Recht der Initiative, das er sich bisher immer gewahrt hatte, und läßt sich sein Verhalten gleichsam durch das der Feinde vorschreiben. Er war sich nicht völlig klar darüber, ob sich die vereinigten feindlichen Heere nun mit voller Macht auf den Kurfürsten von Sachsen werfen oder gegen ihn wenden würden. Er stellte die verschiedensten Pläne auf und ertheilte seinen Generalen dementsprechende Weisungen, verwarf sie aber immer wieder und entschloß sich dann endlich, Nürnberg seinen Truppen als allgemeinen Sammelpunkt anzugeben und dort abzuwarten, wohin sich der Feind wenden werde. In den ersten Tagen des Juli sammelte sich das schwedische Heer um Nürnberg und legte dort unter Gustav Adolfs und seines Ingenieurs, Hans Olphs, Leitung eine große Zahl von Befestigungen an, die mit über 300 Geschützen vertheidigt wurden. Von der Bürgerschaft Nürnbergs wurde der König wiederum mit größter Begeisterung aufgenommen und in allen seinen militärischen Maßnahmen auf das Wirksamste unterstützt. Die Stadt erklärte sich entschlossen, das Aeußerste für Gustav Adolf einzusetzen, sie rüstete selbst neben den geworbenen Truppen aus der waffenfähigen städtischen Jugend 24 Fähnlein in der Gesammtstärke von über 3000 Mann aus.

Der König brauchte nicht lange abzuwarten, wohin sich der Feind wenden werde. Wallenstein zog ihm mit dem vereinigten Heere von Eger aus nach und kam wenige Tage nach Gustav Adolf vor Nürnberg an. Aber nicht auf eine Feldschlacht hatte er es abgesehen, obwohl Maximilian von Bayern auf eine solche drang. Nicht ohne Berechtigung erklärte der kaiserliche Feldherr, daß er das eben neu angeworbene und noch nicht genügend eingeschulte Heer einer solchen Probe noch nicht aussetzen könne. Vielmehr ließ er zehn Regimenter und neun Compagnieen unausgesetzt an einem fest verschanzten Lager arbeiten, welches innerhalb dreier Tage hergestellt war. Es erstreckte sich am linken Ufer der Rednitz im Umkreise von zweieinhalb Meilen von Stein bis Fürth. Es war eine Befestigung, deren gleichen man in Deutschland noch nicht gesehen hatte. Den Hauptstützpunkt derselben bildete der sogenannte alte Burgstall oder „die alte Veste“, bei welcher ein Forsthaus lag. In diesem festen Lager verharrte nun Wallenstein mit seinem 60 000—80 000 Mann zählenden Heere starr und unbeweglich, in der unzweifelhaften Absicht, die Schweden hier auszuhungern. Er erklärte, er wolle den König von Schweden, der bisher stets in kühnem und unaufgehaltenem Vordringen geblieben war, eine andere Art der Kriegführung lehren; er solle sich an diesen unnahbaren Verschanzungen den Kopf gehörig einrennen. Ver-

geblich versuchte Gustav Adolf nochmals, den Gegner aus seinem festen Bau hervorzulocken und zu einer offenen Feldschlacht zu bewegen. Wochen- und monatelang standen sich die beiden größten Feldherren ihrer Zeit vor den Mauern der alten Reichsstadt gegenüber, ohne daß es zu einem irgend wie erheblichen Zusammentreffen gekommen wäre. Nur um neuankommende Proviantcolonnen schlug man sich ab und zu in kleineren Gefechten, in deren einem es den Schweden gelang, jenen inzwischen zum Generalwachtmeister beförderten Obersten Sparre, dessen sich Wallenstein in seinen Verhandlungen mit Sachsen wiederholt bedient hatte, gefangen zu nehmen.

Bei der ungeheuren Truppenzahl, die hier auf verhältnißmäßig engem Raume vereinigt war, konnte es nicht ausbleiben, daß nach einiger Zeit, zuerst innerhalb der Stadt, dann aber auch in beiden Lagern empfindlicher Mangel an Lebensmitteln zu herrschen begann. Bald war das ganze Land meilenweit in der Runde völlig ausgesogen. Die Sterblichkeit, namentlich in der Stadt selbst, nahm reißend zu; in den Lagern fielen die Pferde massenhaft und verpesteten die Luft durch ihren Verwesungsgeruch. Für Gustav Adolf wurde die Lage um so schwieriger, als seine Generale in Bayern und am Rhein, während er hier zu völliger Unthätigkeit verurtheilt war, durch die feindlichen Truppen in immer ernstere Bedrängniß geriethen. Um diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen, beschloß Gustav Adolf, das von den meisten Kriegssachverständigen für unmöglich gehaltene Unternehmen eines Angriffs auf das befestigte Lager Wallensteins dennoch zu wagen. Von allen Seiten zog er seine detachirten Corps zusammen und an das Hauptheer heran, ohne daß Wallenstein irgend etwas gethan hätte, es zu hindern. Nachdem er dann nochmals vergeblich versucht hatte, die Kaiserlichen zu einer Schlacht zu bewegen, befahl er am 3. September den Angriff. „Mit unerschütterlichem Muthe warfen sich seine bisher unbesiegten schwedischen Truppen auf die furchtbaren Verschanzungen. Der mörderischste Kampf entbrannte um die „alte Veste“. Dreimal erstiegen die wackeren Schweden die Wälle, dreimal wurden sie von den Truppen Colaltos wieder heruntergeworfen. Wohl gelang es Bernhard von Weimar, eine benachbarte Anhöhe einzunehmen, von der aus die Veste mit Geschütz hätte beschossen werden können. Aber da ein heftiger Regen eingetreten war, der den Boden sehr durchweicht hatte, so erwies es sich als unmöglich, Geschütze hinaufzubringen. Trotz der bewundernswerthesten Tapferkeit gelang der Sturm nicht. Am Abend mußte sich Gustav Adolf entschließen, seine Truppen zurückzuziehen.

Es war keine eigentliche Niederlage, die er erlitten hatte. Aber zum ersten Male hatte er ein militärisches Unternehmen nicht durchzuführen vermocht. Wallenstein schrieb über den glücklich abgeschlagenen Sturm einen triumphirenden Brief nach Wien. Er durfte stolz sein, denn er war der Erste, der dem „Unbesiegbaren“ erfolgreichen Widerstand geleistet hatte.

Gustav Adolf entschloß sich darnach, noch einmal den Versuch zu machen, die früher abgebrochenen Verhandlungen mit Wallenstein wieder anzuknüpfen.

Er bediente sich dazu jenes gefangenen Generalwachtmeisters Sparre, der zunächst wegen der Auswechselung der Gefangenen eine Vereinbarung herbeiführen, dann aber neue Friedensbedingungen vorschlagen sollte, über die Bevollmächtigte beider Theile zusammentreten sollten. Eventuell erbot sich der König auch zu einer persönlichen Zusammenkunft mit Wallenstein. Gewiß ein verlockendes Anerbieten. Allein Wallenstein verharrte jetzt in einer festen und durchaus correcten Haltung gegenüber dem Kaiser. Er theilte Gustav Adolfs Anerbieten dem Kurfürsten Maximilian mit und ließ dem Könige erklären, er könne sich auf nichts einlassen, ehe er von Wien Instruction erhalten habe. Man ersieht hieraus zugleich, daß sich die Vollmacht zu Friedensverhandlungen, welche Wallenstein bei der Wiederübernahme des Generalats erhalten hatte, doch zunächst nur auf Sachsen erstreckte, nicht aber ohne weiteres auch für Schweden Geltung hatte. Wallenstein theilte die Anträge Gustav Adolfs am 10. September dem Kaiser mit. Allein damit waren, da der Kaiser mit der Antwort zögerte, die Verhandlungen zunächst abgebrochen.

Wenige Tage später, am 18. September, entschloß sich Gustav Adolf endlich, nachdem er dem Gegner am Tage vorher noch einmal vergeblich eine Feldschlacht angeboten hatte, von Nürnberg abzuziehen, da ein ferneres Verweilen in der völlig ausgesogenen Gegend so gut wie unmöglich erschien. Der ungestüme Muth des Königs war hier zum ersten Male an der unerschütterlichen Ruhe eines sehr verschieden gearteten, aber ebenbürtigen Gegners abgeprallt.

Der König schwankte jetzt eine Zeit lang, wohin er sich wenden sollte. Anfangs faßte er den kühnen, der bisherigen Art seiner Kriegführung durchaus entsprechenden Gedanken, direct einen Angriff gegen Oesterreich zu unternehmen, wo die durch die katholischen Reactionsmaßregeln bedrückten Bauern in unruhiger Bewegung und bereit waren, sich ihm sofort anzuschließen. Er durfte hoffen, daß Wallenstein ihm dorthin folgen werde, um die Erblande des Kaisers zu schützen. Er wurde in diesem großangelegten Plane durch seinen Kanzler Oxenstierna eifrig bestärkt. Allein als sich dann Wallenstein, trotzdem sich der König mit seinem Heere nach Süden gewandt und am 5. October die Donau bei Donauwörth überschritten hatte, unbeirrt davon nordwärts nach Bamberg wandte und immer bedrohlichere Nachrichten aus Sachsen eintrafen, als es immer unzweifelhafter wurde, daß Wallenstein, nachdem er Anfangs Holck und dann auch Gallas in sächsisches Gebiet hatte einrücken und dasselbe auf das Grausamste plündern und brandschatzen lassen, auch selbst mit seinem Hauptheere sich gegen den bedrängten Kurfürsten wenden werde, als er von diesem immer dringender und dringender um Hilfe gebeten wurde, da entschloß sich Gustav Adolf doch, jenen kühnen Plan eines Einfalls in Oesterreich aufzugeben und seinem sächsischen Bundesgenossen, so unzuverlässig derselbe sich auch bisher erwiesen hatte, die dringend erbetene Hilfe nicht zu versagen. Er wurde darin außerdem auch durch andere, politische Rücksichten bestärkt. Er glaubte aus dem Verhalten der auswärtigen Mächte entnehmen zu dürfen, daß sein Mißerfolg vor Nürnberg seinem durch die

früheren Erfolge hochgesteigertem Ansehen nicht unerheblich geschadet habe. Frankreich zögerte mit der Zahlung der Subsidien, der stets eifersüchtig, fast feindlich gesinnte König von Dänemark, der seit dem Lübecker Frieden vom Kaiserhofe mit ausgesuchter Rücksicht behandelt wurde, rüstete eifrig, offenbar in feindlicher Absicht gegen Schweden, die Niederlande schienen zu einem neuen Vertrage mit Spanien geneigt, und selbst das Verhältniß zu England begann lauer zu werden. Gustav Adolf sah sich aufs Neue fast völlig isolirt und glaubte den ihm von allen Seiten drohenden Gefahren inmitten Deutschlands nicht mehr gewachsen zu sein. Er erkannte, daß trotz aller seiner Siege seine Lage geradezu bedenklich werden mußte, wenn er seiner protestantischen deutschen Bundesgenossen nicht mehr sicher war. Aus diesem Grunde mußte Kurfürst Johann Georg trotz seiner mehr als lauen Freundschaft unter allen Umständen unterstützt und bei Schweden festgehalten werden. Andernfalls war mit Sicherheit vorauszusehen, daß er in seiner Bedrängniß seinen Frieden mit dem Kaiser schließen werde.

Und in der That war diese Bedrängniß groß und gefährlich genug. Johann Georg hatte, als Wallenstein aus Böhmen abzog, um sich mit Maximilian von Bayern zu verbinden, seinen Feldmarschall Arnim nun doch noch jenen vor einem Jahre in Halle mit Gustav Adolf verabredeten Einfall nach Schlesien ausführen lassen. Als Antwort hatte Wallenstein, um das sächsische Heer zum Wiederabzug von dort zu nöthigen, erst Holck, dann auch Gallas in Sachsen einmarschiren lassen, die in furchtbarer Weise im Lande hausten. Jetzt wälzten sich auch die Schaaren des Wallensteinschen Hauptheeres gegen das unglückliche Land heran, nachdem sich Maximilian von Bayern von demselben getrennt hatte, um Bayern zu vertheidigen. In kurzer Zeit nahm Wallenstein Leipzig und das ganze Kurfürstenthum in Besitz und zog nun auch den Feldmarschall Pappenheim, der inzwischen in Norddeutschland mit vielem Geschick und Erfolg den Krieg gegen Baudissin und den Herzog Georg von Lüneburg geführt hatte, an sich heran. In der schlachtenreichen Leipziger Ebene, wo vor einem Jahre Tillys Heer dem schwedischen Könige erlegen war, sammelte sich jetzt das ganze gewaltige Heer, welches Wallenstein dem Kaiser geschaffen hatte.

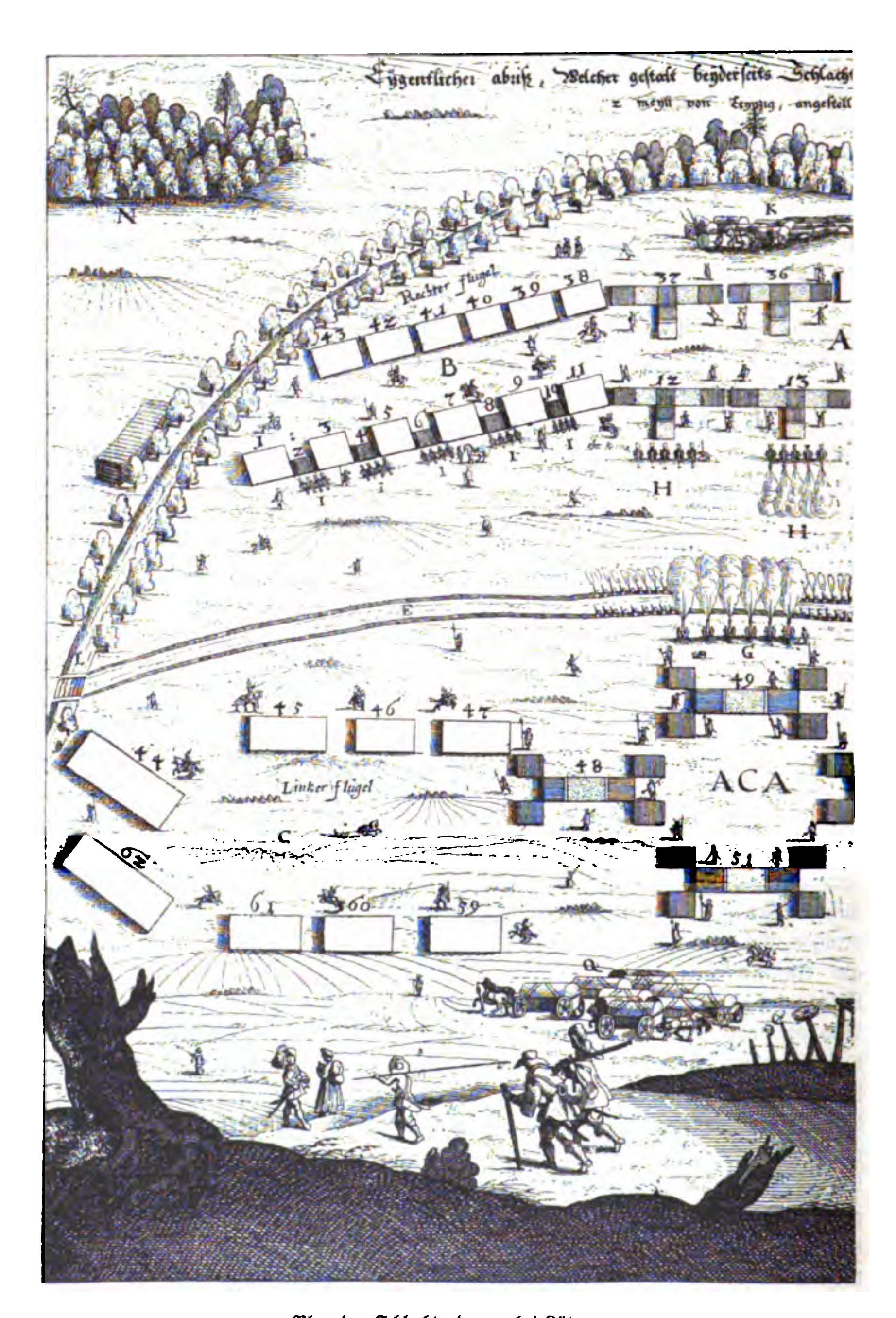
Gustav Adolf säumte nicht, ihm nachzufolgen. Er brannte vor Begier, die Scharte vom 3. September auszuwetzen, sein im Sinken begriffenes Ansehen wiederherzustellen und dem größten seiner Gegner in entscheidender Feldschlacht, die er ihm bei Nürnberg versagt hatte, entgegenzutreten. Er ließ an der Donau nur Besatzungen zurück und setzte sich dann am 18. October nordwärts in Bewegung. Als Ziel seines Marsches setzte er sich zunächst Erfurt; dorthin zu kommen, wies er auch den Landgrafen Wilhelm von Hessen an, während Herzog Bernhard von Weimar Befehl erhielt, am Main stehen zu bleiben und sich ihm auf dem Marsche anzuschließen. In Nürnberg traf er noch einmal mit seinem Reichskanzler zusammen und gab ihm die erforderlichen Weisungen für sein Verhalten in Süddeutschland. Es war, als ob er eine Ahnung von seinem nahe bevorstehenden Tode hätte; denn er theilte dem

gegenwärtig von den Schweden besetzt, und es stand keineswegs fest, ob und wann es gelingen werde, es ihnen wieder zu entreißen. Der Kaiser verlieh Wallenstein infolge dessen das Fürstenthum Glogau, welches aber in seinem alten Verhältniß zu Schlesien bleiben sollte. Als vollständiger Ersatz für Mecklenburg konnte es also nicht betrachtet werden, da es kein reichsunmittelbares Fürstenthum war. Gerade seine Würde als deutscher Landesfürst aber wollte sich Wallenstein um so weniger entreißen lassen, als sie es gerade war, durch die er auch nach der eventuellen Beendigung des Krieges eine Stellung gewann, in welcher er seine unabhängigen und selbständigen Pläne weiterführen konnte. Der Kaiser versprach ihm daher ausdrücklich ein vollkommenes Aequivalent für Mecklenburg, falls es nicht wiedergewonnen werden sollte, also ein Reichsfürstenthum. Dagegen ist die Angabe der angeblichen Capitulation, der Kaiser habe ihm die Verwaltung eines Erblandes oder gar die Oberlehnsherrschaft in den wiedereroberten Reichslanden zugesagt, entschieden als nicht begründet anzusehen. Der Kaiser würde damit wirklich sich seines Rechtes als oberster Lehnsherr im Deutschen Reiche begeben, zu Wallensteins Gunsten gleichsam abgedankt haben. In einer anderen beglaubigteren Fassung ist nur von einer aus den Erblanden zu beschaffenden Belohnung und der Ueberlassung eines der Regale, etwa des Berg- oder Salzregals, die Rede; das würde dann dahin zu verstehen sein, daß ihm auf diese Weise finanzielle Quellen für den Unterhalt seines Heeres bewilligt werden sollten. Noch weiter in dieser Richtung ging eine andere Bestimmung, die, so unerhört sie erscheint, doch dadurch beglaubigt wird, daß Wallenstein sich dem Kaiser selbst gegenüber im Sommer 1633 darauf berufen hat. Nach derselben stand ihm in den eroberten Gebieten wirklich das Recht der Confiscation und der Begnadigung zu. Wallenstein wollte über die zu confiscirenden Güter frei zu Gunsten seiner Officiere verfügen können und erreichte es in der That, daß der Kaiser, um die in dieser Richtung getroffenen Verfügungen seines Feldherrn nicht zu durchkreuzen, auf das höchste und schönste Recht der Souveränetät, auf das der Begnadigung, verzichtete.

Faßt man alle diese Bedingungen, wie sie uns aus den unzweifelhaft authentischen Urkunden entgegentreten, zusammen, so gaben sie, auch wenn man die noch weitergehenden Bestimmungen der in gleichzeitigen Flugschriften verbreiteten Capitulationspunkte als unglaubwürdig zurückweist, Wallenstein eine Macht in die Hand, neben der in der That die souveräne Obergewalt kaum bestehen konnte. Mußte es für diese schon in hohem Maße bedenklich sein, sich jeder Einwirkung auf die gesammte strategische Führung des Heeres so weit zu entäußern, daß selbst dem Sohne des Kaisers der Aufenthalt im Heerlager nicht gestattet war und daß der Feldherr sich ausdrücklich vorbehielt, das Heer des Kaisers dahin zu führen, wohin es ihm gut schien, so mußte die monarchische Gewalt vollends illusorisch werden, wenn sie auch das Recht der Verhandlung mit fremden Mächten in die Hände des allmächtigen Generals legte und ihm sogar gestattete, nach freiem Ermessen die Besitzungen der Gegner zu confis-

ciren und über dieselben zu verfügen. Eine solche absolute Feldherrngewalt, deren Gewährung nur durch die äußerste Noth, in der sich der Kaiser befand, zu erklären ist, konnte in der That mit der Souveränetät des Staatsoberhaupts nicht vereinigt werden. In diesen Bedingungen, welche zwischen dem Kaiser und dem Feldherrn gleichsam vertragsmäßig vereinbart wurden, lag der Keim des künftigen Conflictes schon verborgen. Der Feldherr war nicht der Diener des Kaisers. Zu dieser Stellung würde sich der souveräne „Reichsfürst" Wallenstein nicht mehr bequemt haben; eher könnte man das Verhältniß so auffassen, daß der Feldherr sein Heer vertragsmäßig dem Kaiser zur Verfügung stelle. Das mochte angehen, so lange Beide in der politischen Grundrichtung einverstanden waren. In dem Augenblicke, in welchem das nicht mehr der Fall war und der Feldherr dennoch von diesen ihm verliehenen unerhörten Befugnissen vollen Gebrauch machte, war ein unheilbares Zerwürfniß unvermeidlich.

Trotzdem fühlte sich der Kaiser unmittelbar nach dem Abschluß der Vereinbarung dem Feldherrn zu Dank verpflichtet und hat ihm diesen Dank in bewegtester Weise ausgesprochen. Denn zunächst — und nur auf das Nächste war sein Blick dabei gerichtet — war er durch den Wiedereintritt Wallensteins der furchtbaren Gefahr überhoben, in die er durch den Schwedenkönig versetzt worden war. In wenigen Wochen war das kaiserliche Erbland Böhmen wieder vom Feinde befreit. Dann erst entschloß sich Wallenstein, den immer dringender werdenden Hilferufen Folge zu leisten, welche Maximilian von Bayern von dem Augenblicke an, in welchem er das Generalat wieder übernommen hatte, an ihn richtete. Jetzt mußte die Gewalt der Waffen zwischen den beiden größten Heerführern der Epoche entscheiden.



Plan der Schlachtordnung bei Lützen.



Verkleinertes Facsimile aus J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

übernahm nach dem Falle des Königs der Herzog Bernhard von Weimar die Führung. Es gelang ihm, die in Verwirrung gekommenen schwedischen Reihen wieder zu ordnen und die Kaiserlichen zurückzudrängen. Immer neue Schaaren warf ihm Wallenstein, der ebenfalls von einer Kugel gestreift wurde, entgegen. Aber er konnte es nicht verhindern, daß sich Bernhard von Weimar einer der beherrschenden Positionen, aus der er die Kaiserlichen herausgeworfen hatte, dauernd bemächtigte. Ohne eine eigentliche Niederlage erlitten zu haben, entschloß sich Wallenstein doch, den Befehl zum Rückzuge zu geben. Die Schweden behaupteten das Schlachtfeld. Trotzdem aber jubelten alle Anhänger des Kaisers, als wenn Wallenstein den Sieg errungen hätte. Sie alle, nicht am wenigsten Wallenstein selbst, wußten sehr wohl, was die protestantische Sache an diesem Einen Mann verloren hatte.



Das Koller Gustav Adolfs von Schweden, in welchem er bei Lützen fiel.
Wien, Kaiserl. Artillerie-Arsenal-Museum.

Der Heilbronner Bund und der Feldzug in Süddeutschland 1633.

Der Schlacht bei Lützen kommt in mehr als einer Beziehung eine weltgeschichtliche Bedeutung zu: einmal beraubte sie die deutschen Protestanten des heldenmüthigen und sieggewohnten Führers, der sie von dem erdrückenden Uebergewicht der katholisirenden Bestrebungen des Kaisers befreit hatte, und schien sie von Neuem trotz des errungenen Sieges in ihrer Existenz zu gefährden, dann aber bewahrte sie doch auch wieder Deutschland vor der nicht zu unterschätzenden Gefahr der dauernden Festsetzung einer fremden Macht auf deutschem Boden. Denn wenn auch Gustav Adolf bisher noch keine bestimmten und klar erkennbaren Pläne gefaßt haben mochte, welche eine nationale Gefahr in diesem Sinne in sich schlossen, so würde er bei weiteren Erfolgen dieser Versuchung doch wahrscheinlich um so weniger widerstanden haben, als er nach seinen großen Siegen im Jahre 1631 namentlich in Süddeutschland als der Befreier vom Joch der Liga allenthalben in den protestantischen Territorien mit einer Begeisterung aufgenommen worden war, die ihn förmlich herausforderte, sie zu selbstsüchtigen Zwecken zu verwerthen. Er selbst hat einmal geäußert, daß ihm die Verehrung, welche ihm entgegengebracht werde, fast zu groß erscheine. Wir erwähnten, daß die Nürnberger ihm geradezu erklärten, sie wüßten für den Fall einer römischen Königswahl keinen besseren für diese Würde als ihn. Und so ganz unmöglich wäre das doch nicht gewesen. Wenn es dem Könige gelungen wäre, den Pfalzgrafen nicht nur in den Besitz seiner Kur in der Pfalz, sondern auch in die böhmische Königswürde wieder einzusetzen, so war die Mehrheit des Kurcollegiums protestantisch. Nun ist es so gut wie sicher, daß er einen solchen Gedanken vorläufig mit Entschiedenheit von sich gewiesen hatte. Aber hätte er es auch gethan, wenn er länger gelebt, wenn er im weiteren Verlaufe des Krieges noch mehr als bisher das anerkannte Haupt des Protestantismus geworden wäre? Von diesem Standpunkte aus kann man wohl sagen, daß es für den weltgeschichtlichen Ruhm des heldenmüthigen Königs ein Glück gewesen ist, daß er eben jetzt einen ehrenvollen Tod fand. Noch stand und steht sein Bild ungetrübt und rein vor den Augen der Mit- und Nachwelt, noch konnte und kann man ihn als den edlen und ritterlichen Retter der protestantischen und antihabsburgischen Ideen in Deutschland und in Europa bewundern und verehren. Vielleicht hätte er sich, wenn ihm länger zu leben und zu siegen beschieden gewesen wäre, eines Theils dieses Nimbus, der ihn umgiebt, beraubt, vielleicht

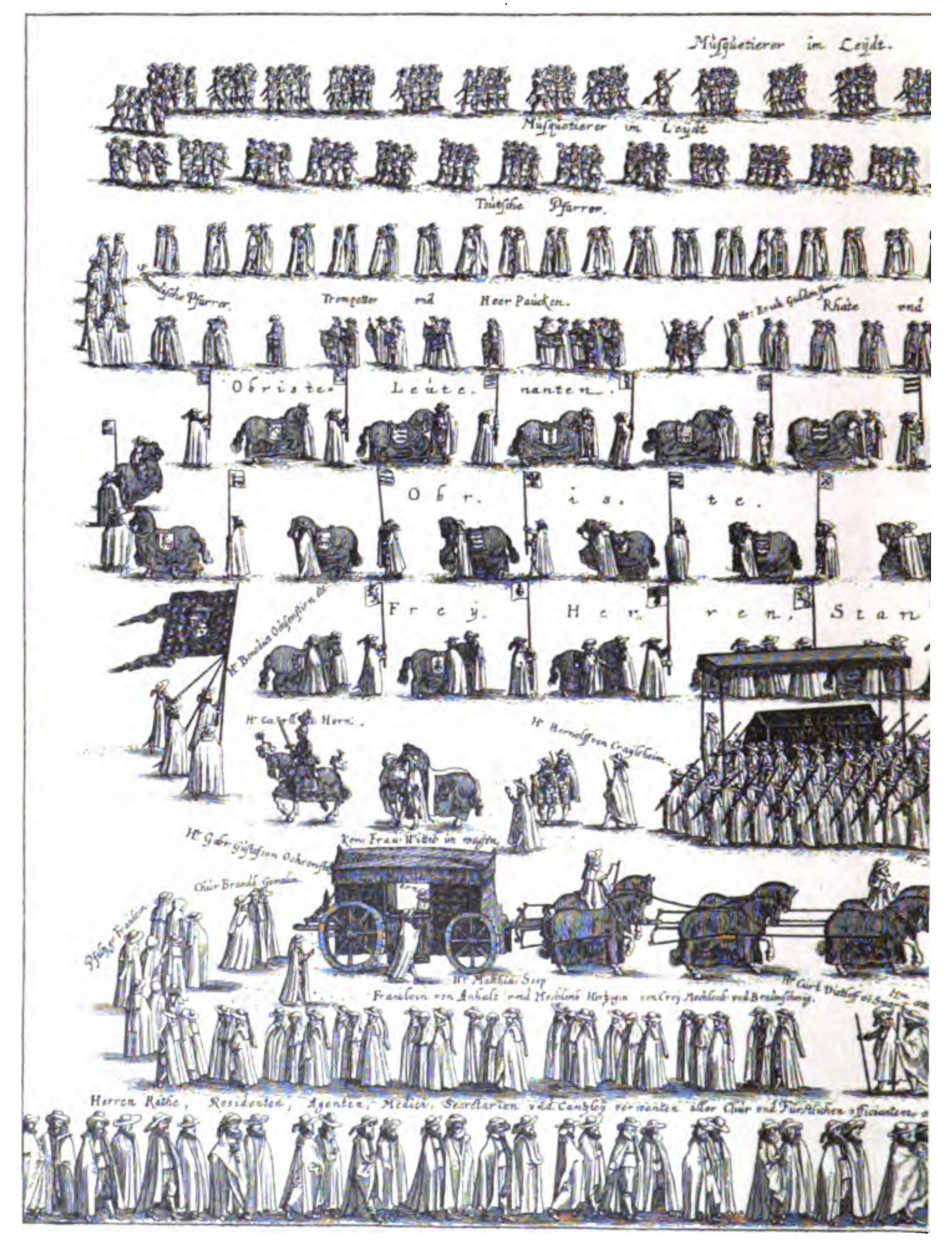
wäre er aus einem Retter der protestantischen Religion in Deutschland ein nationaler Feind Deutschlands geworden. Zunächst aber machte sich doch die Bedeutung seines Ablebens in entscheidender Weise auf beiden Seiten bemerkbar. Die katholisch-habsburgische Partei fühlte sich wie von einem drückenden Alp befreit und jubelte unverhohlen und laut auf über seinen Tod. Wie sehr er aber nicht bloß als Vorkämpfer des Protestantismus, sondern vor Allem auch als Haupt der antihabsburgischen Mächte betrachtet wurde, zeigt nichts deutlicher als die Thatsache, daß der Papst, der als Oberhaupt der katholischen Kirche über seinen Untergang hätte frohlocken müssen, eine Trauermesse für ihn lesen ließ, weil er dadurch eine Wiederkehr der erdrückenden habsburgischen Uebermacht fürchtete, die er noch im mantuanischen Erbfolgekriege so bitter empfunden hatte.

Am allerempfindlichsten aber traf sein Tod vor Allem sein schwedisches Vaterland, für dessen Größe und universale Stellung in Europa er doch in erster Linie gekämpft hatte. Von allen den großen Gedanken und Entwürfen, die er gehegt und deren Erfüllung er angestrebt hat, tritt doch keiner so deutlich und faßbar immer und immer wieder in seinem ganzen Leben und Wirken hervor, als der, sein schwedisches Königreich zur beherrschenden Macht im europäischen Norden, zu einer baltischen Großmacht mit der unumschränkten Herrschaft über die Ostsee zu erheben. Diesem großen Ziele hatte er im letzten Grunde auch in seinem deutschen Kriege nachgestrebt, die Erwerbung der pommerschen Ostseeküste ist das A und O, welches in seinen Friedensbedingungen und Entschädigungsforderungen immer wiederkehrt. Diesem Ziele zu Liebe hatte das arme schwedische Land die ungeheuren Opfer getragen, welche die großartige europäische Politik des Königs erfordert hatte. Mit seinem Tode wurde es im höchsten Maße zweifelhaft, ob diese Opfer nicht völlig vergeblich gebracht seien, ob es überhaupt möglich sein würde, den deutschen Krieg fortzusetzen.

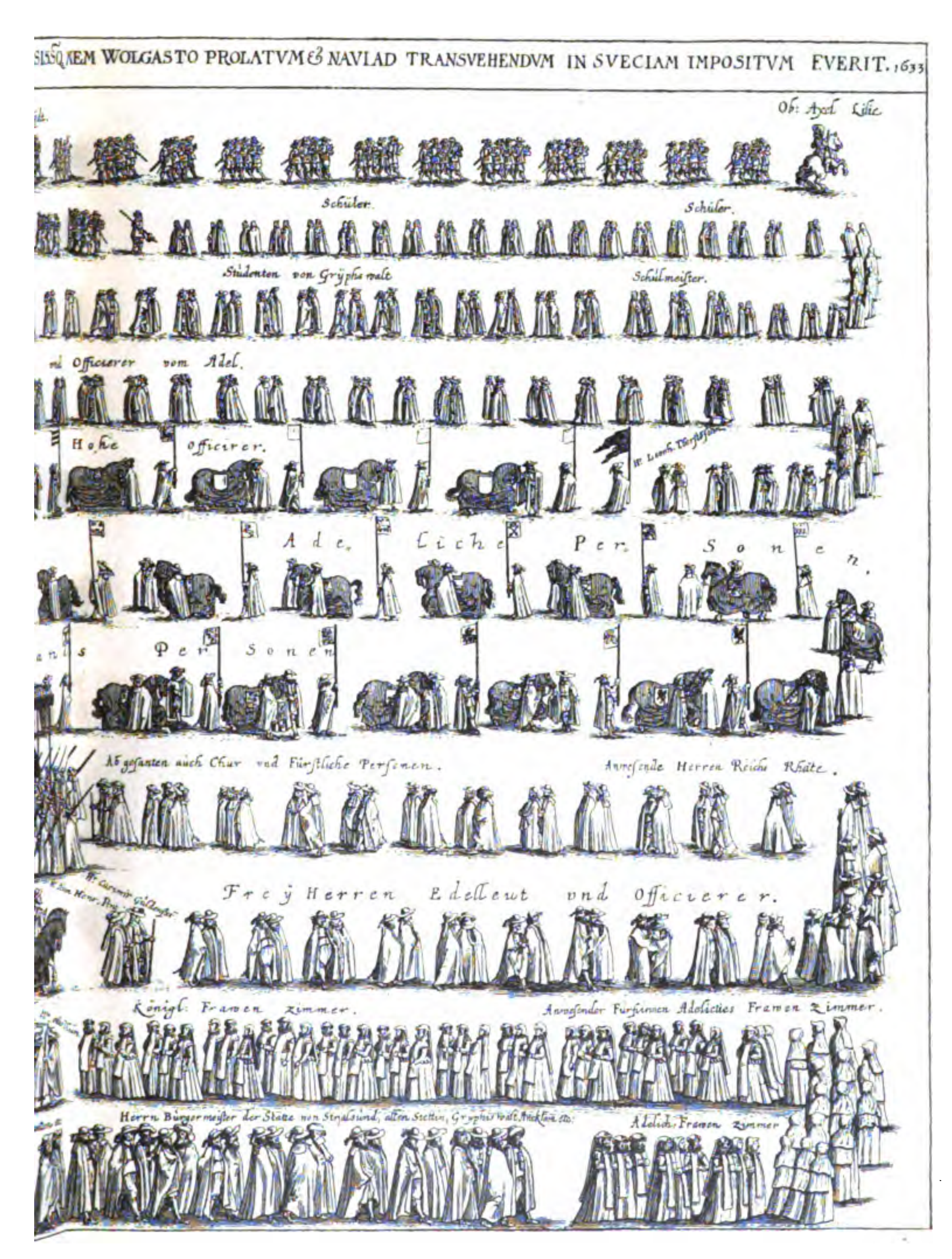
Für diese Frage war es vor Allem von entscheidender Bedeutung, ob die protestantischen Fürsten Deutschlands, die mit dem Könige Bündnisse geschlossen hatten, geneigt sein würden, dieselben auch nach seinem Tode aufrecht zu erhalten. Das konnte mehr als zweifelhaft erscheinen, da es allgemein bekannt war, daß die mächtigsten dieser Fürsten, die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, sich nur gezwungen dem Könige angeschlossen, der letztere aber schon bei des Königs Lebzeiten deutlich hatte erkennen lassen, daß ihm das schwedische Bündniß anfange drückend zu erscheinen. Alle diese schweren Sorgen erhöhten den Schmerz, den des Königs treue Schweden und deren feste Anhänger über den Tod desselben empfanden.

Wohl geschahen alsbald nach der Schlacht bei Lützen die erforderlichen Schritte, um wenigstens provisorisch ein Zusammenhalten der Schöpfung des Königs zu ermöglichen. Als das schwedische Heer am 17. November den Leichnam Gustav Adolfs in düsterem Trauerzuge nach Weißenfels überführt hatte, rief es, einer unwillkürlichen Eingebung folgend, den jungen Herzog

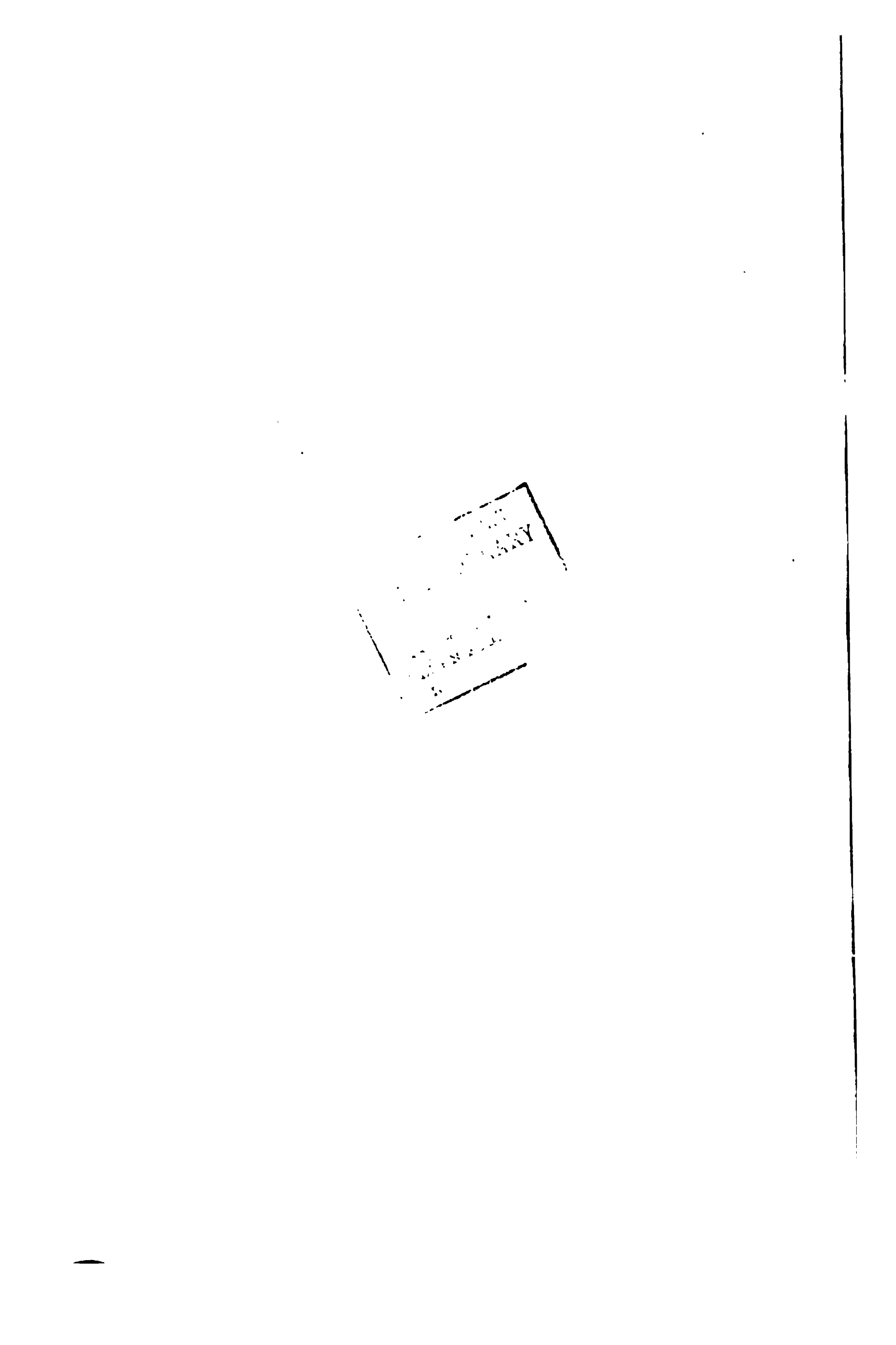
VERA REPRÆSENTATIO, QVO RITV LVGVBRI FVNVS GUSTAVI MAGNI, BEATISS: GLORIOSISSQ.



Leichenzug Gustav Adolfs von Schweden in Wolgast;



ſt; 1633. **Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.**



Erläuterungsblatt

zu dem

Merian'schen Kupferstich: Schlacht bei Lützen.

(Erklärung der Ziffern in wörtlichem Abdruck aus Theatrum Europaeum, II. Theil; 1637.)

A. Königl. May. in Schweden Bataglia oder Schlacht-Ordnung.
B. General Friedländers Bataglia.
C. Stättlein Lützen.
D. Weg nach Leypzig / allda die beyde Gräben / da die Musquetirer innen gelegen.
E. Die Windmühlen.
F. Kayserl. Stück 14. bey der Windmühlen / vnd 7. bey den Gräben.
L. Dorff Chursitz.
M. Schöltzinger Höltzlein.
N. Müllers Häußlein.
O. Galgen.
P. Kayserl. Munition Wagen.

Schwedische Bataglia.

1. Finnische, 3. West Gotische, 5. Sörmanländerische, 7. Upländerische, 9. Ost Gothische, 11. Schmaländerische † — Cavallerie an der Fronte deß rechten Flügels.

2., 4., 6., 8., 10. — Commandirte Musquetiers zu der Cavallerie an der Fronte deß rechten Flügels.

12. Schweden. 13. Die Guardie oder gelb Leib-Regiment. 14. Ob. Winckels oder blaw Regiment. 15. Hertzog Bernhards grün Regiment / mit Obr. Wildensteins. — 4. Brigaden.

16. Hertzog Bernhards, 18. Hertzog Bernhards, 20. Kalbergische, 22. Wrangels Churländer, 24. Diesenhausens, 26. Courvillische — Reuter an der Fronte deß lincken Flügels.

17., 19., 21., 23., 25. — Commandirte Musquetirer bey der Reutterey deß lincken Flügels.

27. Stechnitz vnd Frantzosen, 28. Steinbachische, 29. Brandensteinische, 30. Graff von Löwensteins, 31. Anhaltische, 32. Hofkirchische — Reutter zum Hinderhalt deß lincken Flügels.

G. Schwedische Stücke; je 5. vor einer Brigada.
H. Schwedische Regiment-Stücklein / so vor den commandirten Musquetirern bey der Cavallerie / an der Zahl 40. gestanden.
I. Königl. Munition Wägen.
K. Der Floßgraben.

33. Obrist. Mitzlaf / Obr. Rossow vnd Obr. Geißdorffs, 34. Gr. von Thurn / vnd Hessisch — 2. Brigaden zu Fuß.

35. Eine Squadron Reutter / Obr. Oehmens.
36. Kniphausens.

37. Obr. Vooffe vnnd Hertzog Wilhelms — 2. Brigaden zu Fuß.

38. Obr. Ißlers, 39. Hessische, 40. Beckermans, 41. Bulachers, 42. Goldsteins, 43. Hertzog Wilhelms — Reutter / zum Hinderhalt am rechten Flügel.

Friedländische Bataglia.

44. Ein Truppe Crabaten.

45., 46., 47. — 3. Squadronen Kürisſirer.

48., 49., 50., 51. — 4. Brigaden zu Fuß.

52., 53. — 2. Squadronen Reutter.

54. Ein Truppe commandirter Musquetirer.
55. Ein Squadron Reutter.
56. Eine Brigada zu Fuß.
57. Truppe Crabaten.

58., 59., 60., 61. — 4. Squadron Reutter.

62. Truppe Crabaten.

riger wurde, die deutschen Bundesgenossen auch ferner auf seiner Seite festzuhalten.

Wie schwer das aber sein würde, zeigte sich nur zu schnell bei den Verhandlungen, welche alsbald im December 1632 von Oxenstierna und Bernhard von Weimar mit dem Kurfürsten von Sachsen eröffnet wurden. Johann Georg erklärte von vornherein unverhohlen, daß sein Bündniß mit Gustav Adolf rein persönlicher Art gewesen und mit dessen Tode erloschen sei. Daraus zog er nun allerdings noch nicht die Folgerung, sich von dem schwedischen Bündnisse loszusagen, aber in keinem Falle war er geneigt, sich dem einfachen schwedischen Edelmanne, d. h. dem Reichskanzler, in derselben Weise unterzuordnen wie dem verstorbenen Könige. Er kam vielmehr jetzt mit doppelter Lebhaftigkeit auf jenen alten Gedanken einer dritten, ihm unterstellten Partei zurück, von dessen Ausführung ihn Gustav Adolf schon nur mit vieler Mühe abgehalten hatte. Er betrachtete sich nunmehr als das Haupt des evangelischen Deutschlands und beanspruchte für sich das Directorium, wenn nicht des ganzen Krieges, so doch über die Contingente der deutschen Protestanten. Der schwedische Kanzler sah sich daher sehr bald genöthigt, von seinem ursprünglichen Gedanken, nach welchem das ganze evangelische Deutschland als corpus evangelicorum im Sinne des Königs mit Schweden unter dessen alleinigem Directorium einen auf straffe Organisation begründeten Bund bilden sollte, zurückzukommen. Zwar schlug er einen solchen, den er ohne Zweifel mit Recht für das Beste hielt, noch vor, allein er ließ sich doch gleich von vornherein herbei, noch zwei andere Wege zu bezeichnen, die man einschlagen könne, nämlich entweder statt eines zwei corpora zu bilden, deren eines dem schwedischen, das andere dem sächsischen Directorium unterstehen sollte, oder, als äußerste Eventualität, ein evangelisch-deutsches corpus ohne Schweden zu bilden, so daß dieses den deutschen Krieg, natürlich gegen eine angemessene Entschädigung, ganz aufgegeben und die Fortsetzung desselben den deutschen Fürsten allein überlassen hätte. Am liebsten hätte Johann Georg den letzteren Weg gewählt, wenn er nur gangbar gewesen wäre. Allein er mußte sich sagen, daß einmal die Kräfte der deutschen Fürsten für ein solches Unternehmen nicht ausreichen würden, und daß auf der anderen Seite die Friedensanerbietungen, die ihm der Kaiser gemacht hatte und zu machen fortfuhr, sofort weit weniger günstig ausfallen würden, wenn die Unterstützung der deutschen Protestanten durch Schweden nicht mehr zur Nachgiebigkeit gedrängt hätte. So entschloß er sich zunächst, zumal der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg bei einer Zusammenkunft in Dresden sich im Wesentlichen für Festhalten an Schweden aussprach, den zweiten jener Wege zu wählen, d. h. sich für die Bildung zweier corpora, deren eines unter Oxenstierna, das andere unter ihm selbst stehen sollte, zu erklären. Nur wünschte er, daß sein Directorium sich nicht bloß, wie der schwedische Kanzler forderte, auf sein eigenes kursächsisches Heer erstreckte. Für Oxenstierna kam daher zunächst Alles darauf an, wenigstens die west-



Axel Oxenstierna.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Hendrik Hondius d. J. (1588—1658).

deutschen Fürsten zu einem festen Bunde mit Schweden zu veranlassen; dann konnte er leichter die Führung des Krieges auf dem östlichen Kriegsschauplatze dem sächsischen Directorium überlassen.

Er wandte sich daher jetzt an die oberdeutschen Reichskreise, die er im März in Heilbronn um sich versammelte, um mit ihnen ein Separatbündniß abzuschließen. Allein schon jetzt bekam er die Gegenwirkungen der französischen Politik zu spüren. Richelieu wünschte zwar naturgemäß, daß Schweden auch ferner am deutschen Kriege sich betheilige und daß ein Bund mit den deutschen Fürsten zu Stande komme. Allein er wollte Schweden in demselben nicht zu mächtig werden lassen, sondern in eine gewisse Abhängigkeit von dem Bunde und damit auch von Frankreich bringen. Denn schon längst waren ihm die großartigen Erfolge des „Gothenkönigs“ unheimlich vorgekommen, so daß ihm sein Tod in manchem Betracht nicht unwillkommen war. Er hatte sofort das richige Gefühl, daß dadurch Frankreichs Macht und Einfluß im deutschen Kriege sehr erheblich wachsen werde. Jetzt konnte es gelingen, das alte Ziel der französischen Vergrößerungspolitik, das linke Rheinufer, zu gewinnen, für dessen Erreichung in dem Kriege mit dem aufsässigen Herzoge von Lothringen schon ein vielversprechender Anfang gemacht worden war. Der Gesandte, den Richelieu nach Heilbronn gehen ließ, Feuquières, erhielt daher die Weisung, zwar für das Zustandekommen eines Bundes mit den oberdeutschen Ständen zu wirken, aber auch dafür zu sorgen, daß die Stellung Schwedens in demselben nicht eine allzu vorherrschende werde. In Folge dieser Einwirkung konnte es Oxenstierna in Heilbronn nur mit großer Mühe erreichen, daß ihm die oberdeutschen und die beiden rheinischen Kreise das Directorium und die oberste Entscheidung in allen Kriegssachen einräumten. Aber er mußte es sich gefallen lassen, daß ihm ein Bundesrath (consilium formatum) zur Seite trat, in welchem neben sieben ständischen Mitgliedern nur drei schwedische saßen und durch welchen er in allen seinen Maßnahmen behindert wurde. Zugleich wurde auf dem Heilbronner Convente beschlossen, die Pfalz den Erben des bald nach dem Könige (am 27. November 1632) verstorbenen Pfalzgrafen Friedrichs V. zurückzugeben. Da der älteste Sohn Karl Ludwig noch unmündig war, übernahm der Bruder des Verstorbenen, Ludwig Philipp, die Administration der Pfalz. So wurde jetzt unter schwedischer Mitwirkung endlich das auf dem Regensburger Deputationstage begangene Unrecht wieder gut gemacht.

Während dieser Verhandlungen war auch das jetzt unter Bernhard von Weimar stehende Hauptheer nicht müßig gewesen. Zwar der sehr geschwächten kaiserlichen Armee, welche Wallenstein nach der Schlacht bei Lützen nach Böhmen zurückgeführt hatte, zu folgen, wie Johann Georg dringend wünschte und verlangte, glaubte Bernhard zunächst nicht wagen zu dürfen. Dagegen



SERENISSIMUS, FORTISSIMUSQ; PRINCEPS AC DOMINUS D. BERNHARDVS DVX SAXONIÆ. IULLÆ. CLIVORUM. MONTIUMQ; LANTGRAVIUS THURINGIÆ, BURGGRAVIUS MAGDE-BURGENSIS COMES MARCÆ ET RAVENSPERGÆ, DOMINUS IN RAVENSTEIN, REGLÆ MAIESTATIS REGNORUMQ SUECIÆ, UT ET PRINCIPUM AC STATUUM EVANGELICORUM SUPREMUS MILITIÆ DUX.

Bernhard von Weimar.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Wilhelm Hondius (geb. 1600).

gelang es ihm in kurzer Zeit, das Meißener Gebiet von den dort noch stehenden kaiserlichen Besatzungen in Chemnitz und Freiberg zu befreien und am 27. December 1632 auch Zwickau zu nehmen. Danach aber wurde in einem in Altenburg abgehaltenen Kriegsrathe beschlossen, das Heer zu theilen. Die größere, etwa 14 000 Mann zählende Hälfte, erhielt Herzog Georg von Lüneburg, um im Verein mit dem tapferen Landgrafen Wilhelm von Hessen den Kampf in Norddeutschland zu übernehmen und dem kaiserlichen General Gronsfeld entgegenzutreten. Bernhard selbst bezog mit der kleineren Hälfte Winterquartiere im Bambergischen, um im Verein mit dem Feldmarschall Horn, der im Herbst 1632 von Gustav Adolf mit dem Oberbefehl in Schwaben und Bayern betraut worden war, den Krieg in Süddeutschland zu führen. Die kurfürstlich sächsische Armee aber, die unter dem Commando des Feldmarschalls Arnim stand, verblieb in Schlesien und vereinigte sich im Januar mit dem dort stehenden schwedischen Heere unter Duvall und erhielt später noch Verstärkung durch einige brandenburgische Regimenter.

Sobald Bernhard in Bamberg angekommen war, entwarf er alsbald einen umfassenden Kriegsplan, der es deutlich zeigte, daß er nicht vergeblich in Gustav Adolfs Schule gegangen, daß er ein nicht unwürdiger Nachfolger des großen Königs war. Während Horn und Banér in Schwaben dem Kurfürsten Maximilian und dem Wallensteinschen General Aldringer gegenüber sich erfolgreich behaupteten, gedachte Bernhard im Frühjahr zunächst eine Demonstration gegen Böhmen zu unternehmen, um den in Schlesien stehenden sächsischen Truppen Actionsfreiheit zu verschaffen. Sein unter mannigfachen Kreuz- und Querzügen stets festgehaltener Hauptgedanke aber war die Einnahme der alten Reichsstadt Regensburg, welche die Stellung der schwedischen Truppen in Bayern sichern und ihnen zugleich den Zugang zu den österreichischen Erbländern eröffnen sollte. Dieses Ziel aber konnte nur erreicht werden, wenn es gelang, Wallenstein mit seinem in den Winterquartieren noch erheblich vermehrten Heere vom westlichen Kriegsschauplatze fern- und in Böhmen und Schlesien festzuhalten. Zu diesem Ende forderte Bernhard die sächsischen Truppen auf, Wallenstein in Böhmen aufzusuchen und nach dieser Seite hin abzulenken. Um aber während seines Zuges nach Süddeutschland Franken zu decken, verlangte er, daß sein Bruder Wilhelm, der in Saalfeld in Thüringen ein kleineres Heer gesammelt hatte, nach Schweinfurt ziehe, von wo aus er auch das bei Eger stehende Holcksche Corps beobachten und von einem Einfall in die Oberpfalz abhalten konnte. Aber nur mit Mühe und nach langem Zögern war Wilhelm zu bewegen, dieser Anordnung Folge zu leisten. Er konnte es noch immer nicht verwinden, daß er als früherer Generallieutenant des Königs seinem jüngeren Bruder untergeordnet werden sollte, und hatte, um selbst einen selbständigen Oberbefehl zu erhalten, einen von dem Bernhards nicht unerheblich abweichenden Feldzugsplan entworfen, bei dem ihm selbst die Hauptrolle zufallen sollte. Es bedurfte der energischen Mahnungen Oxenstiernas, um ihn zu veranlassen, sich zu fügen.

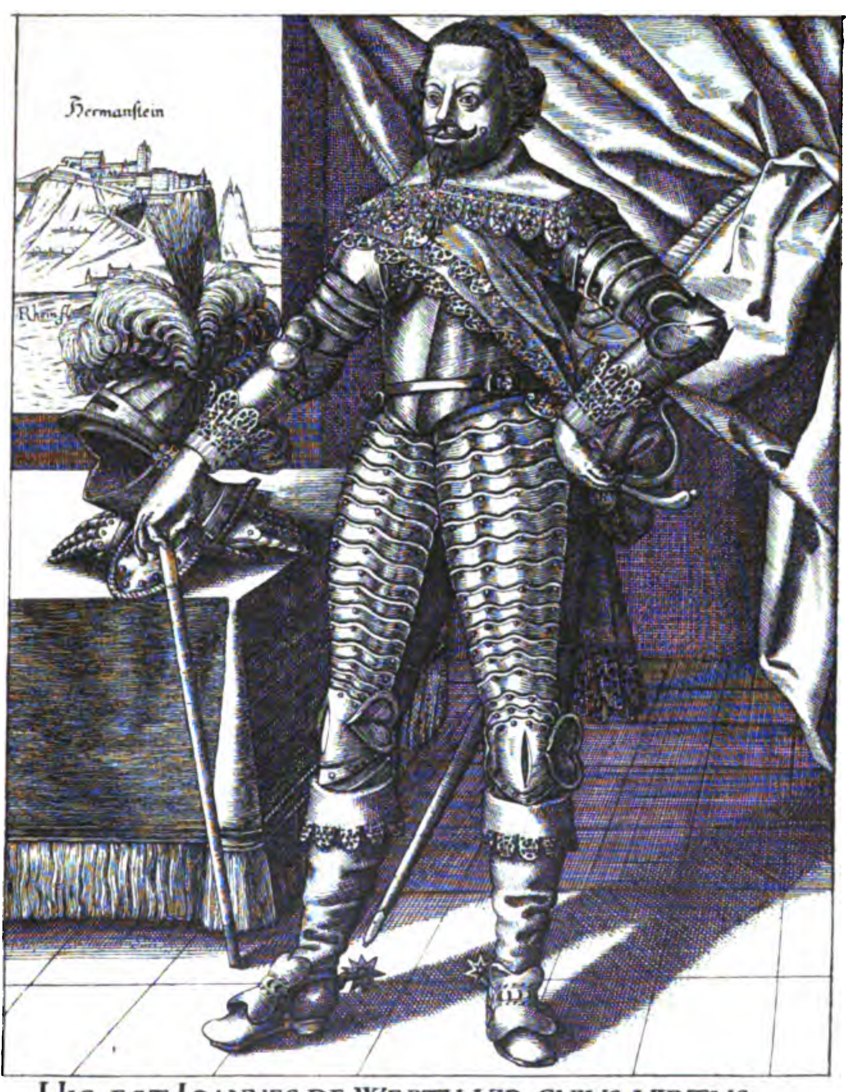
Als nun im März Horn durch Aldringer in Bayern in Bedrängniß gerieth und sich um Hilfe an Bernhard wandte, beschloß dieser, alsbald an die Ausführung seines Planes zu gehen. Er marschirte über Nürnberg nach Ansbach und wollte, nachdem er hier die Regat erreicht hatte, den weiteren Vormarsch durch das Thal der Altmühl nehmen. Hier stellte sich ihm der kühne bayrische Reiterführer Johann von Werth, der vom einfachen Reitersmanne zu seiner Stellung emporgestiegen und einer der populärsten Helden Bayerns war, entgegen, wurde aber in mehreren Gefechten, bei Altenried und Ohrnbau, von Bernhard zurückgeschlagen, dem jetzt der Weg zur Donau offenstand. Am 8. April vereinigte er sich zwischen Augsburg und Donauwörth mit dem Feldmarschall Horn. Dadurch gerieth Bayern von Neuem wie vor einem Jahre in große Gefahr, und Maximilian verfehlte nicht, sich mit dringenden Hilfsgesuchen an Wallenstein zu wenden.

Allein dieser glaubte es nicht verantworten zu können, mit seinem ganzen Heere dem bedrängten Bayernfürsten zu Hilfe zu kommen und in Folge dessen die schlesischen und böhmischen Erblande des Kaisers dem sächsischen Heere preiszugeben. Dort im Südwesten konnte nach seiner Ansicht durch eine geschickt geleitete Defensive des unter Aldringer stehenden, wiederholt von ihm durch Succurs verstärkten Heerestheils jede ernstliche Gefahr eines Einbruchs der Schweden in Oesterreich vermieden werden. Dazu kam, daß er bei Bernhard und Horn eine solche Absicht gar nicht voraussetzte, ja nicht einmal annahm, daß dieselben überhaupt Bayern mit ernsteren Kriegsunternehmungen heimsuchen würden. Er war vielmehr fest überzeugt, daß Bernhard, wie er ja in der That im Frühjahr beabsichtigte, einen Vorstoß gegen Böhmen, wahrscheinlich im Einverständniß und gleichzeitig mit den Sachsen unternehmen werde. Er blieb daher ziemlich tief in das Frühjahr hinein (bis Mai) in Böhmen stehen, um sich im entscheidenden Augenblicke gegen den einen oder andern der Feinde zu wenden, mochte er nun von Osten oder von Westen kommen. Entscheidend aber war für ihn vor Allem der Gesichtspunkt, daß mit den Sachsen schon im März durch kaiserliche Commissare Friedensverhandlungen angeknüpft worden waren, deren Erfolg und weiteren Verlauf er abwarten wollte. Führten sie zum Ziele, dann konnte er sich mit voller Kraft nach Westen, nach „dem Reiche“ wenden und dort dem Kriege eine entscheidende Wendung geben. Nach seinem alten Grundsatze, daß Friedensverhandlungen und Kriegführung sich gegenseitig unterstützen müßten, beschloß er darum endlich, den Hauptnachdruck des Krieges gegen denjenigen Feind zu wenden, welchen zu sich herüberzuziehen ihm am meisten am Herzen lag, d. h. gegen die Sachsen. Danach war es ganz folgerichtig, wenn er den Krieg „im Reiche“ vorläufig ohne größere Entscheidungen rein vertheidigungsweise geführt wissen wollte und dementsprechend Aldringer anwies, sich nach Ingolstadt zurückzuziehen und dort stets für seine Verbindung mit dem Hauptheer Sorge zu tragen. Natürlich war das wenig nach dem Sinne Maximilians, der vielmehr wünschte, daß Aldringer vor Allem sein Bayernland

decke. Er entschloß sich daher zu einem sehr bedenklichen Schritte, der nach der ganzen Sinnesart Wallensteins leicht zu einem ernsten Conflicte mit diesem führen konnte. Er forderte Aldringer auf, an die Isar und nach München zu marschiren, unter dem Vorgeben, Wallenstein habe erklärt, daß es ihm gleichgiltig sei, ob sich Aldringer dorthin oder nach Ingolstadt wende. In Folge dessen kam dieser der Aufforderung nach, vereinigte sich bei Aichach mit Johann von Werth und ging dann, als Bernhard und Horn am 9. April bei Augsburg den Lech überschritten, nach München.

Das hätte für Ingolstadt und Regensburg, auf welches nach wie vor Bernhard sein Hauptaugenmerk gerichtet hatte, sowie für die Verbindung Aldringers mit dem böhmischen Hauptheere verhängnißvoll werden können, wenn nicht eben jetzt Bernhard und Horn durch eine unter den nicht bezahlten deutschen Obersten ihres Heeres ausbrechende Gährung, die alsbald sehr gefährliche Dimensionen annahm, an jeder größeren Unternehmung gehindert worden wären. Dadurch war erst Horn, dann Bernhard selbst genöthigt, sich vom Heere weg zu Oxenstierna zu begeben, um bei diesem wenigstens eine theilweise Befriedigung der Soldforderungen, welche von jenen Officieren am 20. April in einem großen an den Reichskanzler gerichteten Schriftstücke zusammengefaßt worden waren, zu erwirken. So war das schwedische Heer in Bayern zunächst zur Unthätigkeit gezwungen; die kriegerischen Operationen geriethen ins Stocken, Aldringer vermochte sich in der Hauptsache zu behaupten.

Die Verhandlungen über jene Soldforderungen aber zogen sich sehr in die Länge, da die Stände des Heilbronner Bundes, welcher soeben erst begründet wurde, wenig geneigt und wahrscheinlich auch nicht im Stande waren, die großen Summen, welche hierzu erforderlich waren, da manche Obersten seit fast einem Jahre keine Zahlungen erhalten hatten, zur Verfügung zu stellen. Mit Mühe wurde es erreicht, daß wenigstens ein Monatssold zur Auszahlung gelangen konnte. Im Uebrigen verfiel Oxenstierna in seiner Verlegenheit auf den Ausweg, den Herzog Bernhard selbst und die Obersten des Heeres durch Verleihung eroberter oder säcularisirter Güter zufriedenzustellen. Es machte allenthalben großes Aufsehen, daß Bernhard von Weimar, ohne Zweifel der begabteste und am meisten national gesinnte der deutschen Fürstensöhne, welche im schwedischen Heere dienten, es über sich gewann, sich das aus den Bisthümern Bamberg und Würzburg gebildete Herzogthum Franken, dessen Errichtung schon Gustav Adolf beabsichtigt hatte, als schwedisches Lehen von Oxenstierna übertragen zu lassen (Juni 1633). Wohl war es an sich erklärlich, daß in einer Zeit, in welcher gewaltsame Besitzveränderungen in den deutschen Fürstenthümern nachgerade eine häufige Erscheinung geworden waren, ein junger länderloser Fürst, der von hohem Ehrgeiz erfüllt war und dadurch die Mittel und die Möglichkeit zu einer nationalen Politik in größerem Maßstabe zu erlangen hoffte, danach strebte, in den Besitz eines eigenen Fürstenthums zu gelangen. Und auch der Gedanke, dieses Ziel auf dem Wege einer umfassenden Säcularisation geistlicher Güter zu erlangen, lag



HIC EST IOANNES DE WERTH VIR CVIVS VIRTVS
NVLLOS TITVLOS AMBIT, OMNES MERETVR. MAR.
TI MILES, HOSTI TERROR, EXEMPLVM MAGNIS DVCIBVS.

Pulchrior est miles duro in Certamine cæsus,
Quàm salvus, Voluit qui dare terga fugæ.

Paulus Furst Excudit. A°. 1637.

General Johann von Werth.

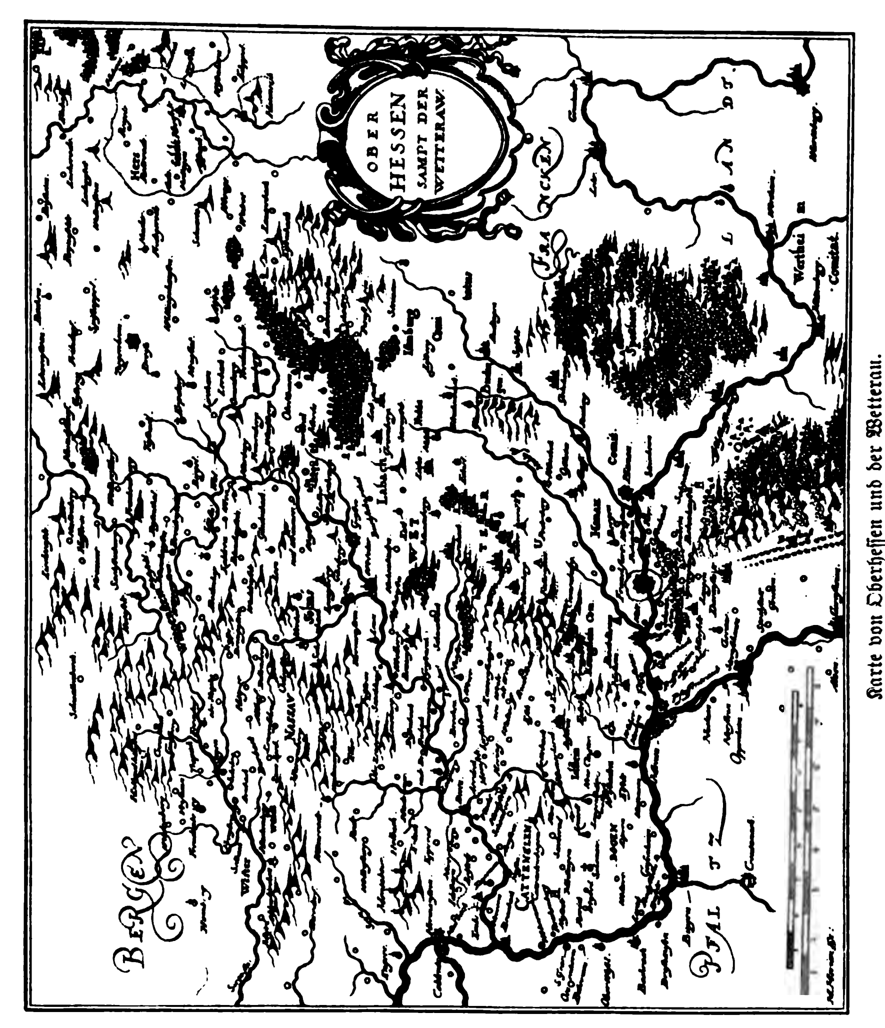
Verkleinertes Facsimile eines Kupferstiches, 1637, von Paulus Fürst.

gleichsam in der Luft und ist in den Friedensverhandlungen bis zum westfälischen Frieden hin immer wieder aufgetaucht. Das Bedenkliche dabei aber war in diesem Falle, daß Bernhard dieses Fürstenthum aus den Händen einer fremden Macht entgegennahm und dadurch im vollen Sinne des Wortes Vasall von Schweden wurde, an das bei einem Aussterben seines Geschlechts das ihm übergebene Fürstenthum als erledigtes Lehen heimfallen mußte. Und in ähnlicher Weise wurde mit den anderen Officieren verfahren; sie alle erhielten ihre Güterentschädigungen für die Soldrückstände in der Form schwedischer Kronlehen.

Nachdem Bernhard von seinem neuen Herzogthum Besitz ergriffen hatte, dachte er noch einmal an eine umfassende Diversion gegen Böhmen. Er wurde dazu durch die Hilferufe veranlaßt, die von Sachsen her an ihn ergingen, wo ein größeres kaiserliches Corps unter Holck einen verheerenden Einfall in das Meißener Gebiet gemacht hatte. Aber als nun Bernhard über Hof und Kulmbach heranzog, empfing er die Nachricht, daß die Sachsen inzwischen einen Waffenstillstand mit Wallenstein geschlossen hatten (August). Trotzdem dachte Bernhard sein Unternehmen gegen Holck ins Werk zu setzen, so sehr er auch über die Haltung seines albertinischen Vetters erbittert war. Allein Oxenstierna drang nunmehr darauf, daß Bernhard nach Süddeutschland zurückkehre, um dort im Verein mit Horn den Kampf gegen Aldringer wieder aufzunehmen. Dort aber waren während seiner Abwesenheit am Rhein und Main mancherlei tiefgreifende Veränderungen der allgemeinen Lage vor sich gegangen.

Die kriegerischen Operationen im Frühjahr und Sommer 1633 hatten bis jetzt einen für Schweden und seine Verbündeten nicht ungünstigen Verlauf genommen. Für den Kaiser wie für das habsburgische Gesammthaus war es vor Allem von schwerster Bedeutung, daß die ganze Rheinlinie fast völlig in den Händen der aus Schweden, Frankreich und Holland bestehenden antihabsburgischen Coalition war. Die oberrheinischen Gebiete waren bis auf Hagenau, Philippsburg und Breisach von den Schweden eingenommen worden. In der Pfalz hatte Pfalzgraf Christian von Birkenfeld Heidelberg erobert und im August den mit dem Kaiser verbündeten Herzog von Lothringen bei Pfaffenhofen geschlagen, am Niederrhein hatten die Holländer in ihrem Kriege gegen Spanien die clevische Festung Rheinfelden eingenommen. Der Sieg, welchen die niederdeutsche Armee unter Herzog Georg von Lüneburg über den kaiserlichen General Gronsfeld am 8. Juli bei Hessisch-Oldendorf errungen hatte, machte auch in Holland seine Wirkung geltend. Rechnet man hinzu, daß Bernhard und Horn durch ihr Vorrücken nach Bayern die Tyroler Alpenpässe bedrohten, so erkennt man, in wie großer Gefahr namentlich Spanien schwebte, die mit so großer Mühe errungene Verbindung zwischen seinen italienischen und niederländischen Besitzungen völlig zu verlieren. Aus diesem Grunde hatte Philipp IV.

schon im Frühjahr 1633 den Gedanken gefaßt, seinem Gouverneur in Mailand, Herzoge von Feria, den Befehl zu geben, ein Heer im Elsaß aufzustellen, welches den Krieg in Oberdeutschland selbständig, d. h. von Wallenstein unabhängig, führen sollte. Er sprach den Wunsch aus, das Wallensteinsche Corps



Karte von Oberhessen und der Wetterau.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum", 1670

unter Aldringer möge dem Oberbefehle Ferias unterstellt werden. Wir wissen aber, daß dies der mit Wallenstein geschlossenen Capitulation widersprach. Aber nicht bloß aus diesem Grunde, sondern auch weil thatsächlich sein strategischer Grundgedanke, nach welchem er nach Beendigung des Krieges in Schlesien selbst nach dem Reiche kommen und dort die Entscheidung bringen

wollte, dadurch völlig durchkreuzt wurde, protestirte Wallenstein energisch gegen Ferias Erscheinen auf deutschem Boden. Allein die damals schon sehr eifrig thätige, Wallenstein feindlich gesinnte Partei im Bunde mit dem spanischen Gesandten Castañeda wußte es durchzusetzen, daß Ferdinand, zwar nicht das Verlangen, Aldringer sollte Feria unterstellt werden, erfüllte, wohl aber den Anzug Ferias gestattete. Wir werden sehen, wie diese Thatsache zur Verschärfung des Conflictes zwischen dem Kaiser und seinem Feldherrn sehr erheblich beigetragen hat.

Für die Lage der schwedischen Armee in Süddeutschland aber wurde dieser Einmarsch Ferias, der über Klausen und Füßen im September erfolgte, von um so schwererer Bedeutung, als Horn sich in der Abwesenheit Bernhards mit allen seinen, etwa 6000 Mann zählenden Truppen von dem Bernhardschen Hauptheere, das er demnach ohne Führer zurückließ, getrennt hatte, um eine unter diesen Umständen ziemlich zwecklose Belagerung von Constanz zu unternehmen. So vermochte Bernhard, als er nun zum Heere zurückkehrte, die Vereinigung Ferias mit Aldringer, der inzwischen die Erlaubniß dazu doch noch erhalten hatte, nicht zu verhindern, ebenso wenig aber den Entsatz von Constanz und Breisach durch die vereinigten Heere der Gegner zu vereiteln. Mit Mühe gelang es ihm, die Verbindung mit Horn wiederherzustellen. Allein an ein Zusammenwirken mit demselben war jetzt nach diesem eigenmächtigen Vorgehen Horns nicht mehr zu denken. Bernhard erhielt vielmehr dann von Oxenstierna die Erlaubniß, selbständig vorzugehen, und kam nunmehr alsbald auf seinen alten Gedanken zurück, die alte Reichsstadt Regensburg zu erobern. Und so ungünstig die Verhältnisse jetzt hier zu liegen schienen, der kühne Streich gelang. Während Aldringer und Feria vor Breisach lagen, während Wallenstein aufs Neue fest davon überzeugt war, Bernhard habe es auf einen Einfall in Böhmen abgesehen, erschien dieser plötzlich am 4. November vor Regensburg und eroberte die überaus wichtige Stadt nach nur zehntägiger Belagerung. Das ganze protestantische Deutschland jubelte über die kühne That und begann in Bernhard von Weimar den ebenbürtigen Nachfolger Gustav Adolfs zu sehen.

Im wahrsten Sinne verhängnißvoll aber mußte dieser neue große Erfolg der schwedischen Waffen, der ihnen den Weg in die österreichischen Erblande zu eröffnen schien, für den Mann werden, der durch seine Unthätigkeit diesen schweren Verlust der Kaiserlichen herbeigeführt hatte: für Wallenstein.

Die Katastrophe Wallensteins.

Nach der Schlacht bei Lützen hatte Wallenstein sein Heer, welches durch die furchtbaren Anstrengungen und die blutigen Schlachten schwer gelitten hatte, in das durch den Krieg schon völlig ausgesogene Böhmerland zurückgeführt und dort die Winterquartiere beziehen lassen. Daß ihm hieraus ein begründeter Vorwurf nicht gemacht werden kann, ersieht man aus dem Berichte, den der kaiserliche Abgesandte Questenberg am 20. December 1632 aus Prag nach Wien erstattete. Hier heißt es: „Die campagna hat dies Jahr lang gewährt, die Soldateska ist mit der Profiant über die Maßen schlecht gehalten und bei den zweien fürgegangenen Treffen übel zugerichtet, wie in dem letzten in wehrender Schlacht von Freund und Feinden der bagaglio, darin des Soldaten ganze Subsistenz consistirt, spoliirt worden." Deshalb habe der General beschlossen, den Winter über den Krieg mit Practiken zu führen, d. h. von Neuem Verhandlungen mit dem Feinde, namentlich mit Sachsen, das er nach Gustav Adolfs Tode auf seine Seite zu bringen hoffe, anzuknüpfen und erst im Sommer wieder den Krieg mit voller Kraft zu eröffnen. In demselben Sinne berichtete Wallenstein selbst an den Wiener Hof, so äußerte er sich auch zu dem Grafen von Wartensleben, der von dem Dänenkönige als Friedensvermittler nach Wien geschickt war und auf dem Rückwege von dort Wallensteins Lager in Prag berührte: er fühle jetzt, daß er alt werde; er sei von Krankheiten geplagt, der Ruhe bedürftig. Niemals habe er größere Vorbereitungen zum Kriege gemacht, aber doch niemals größere Begierde gehabt, Frieden zu schließen.

Vorerst aber mußte die Armee wieder in Stand gesetzt, die Lücken, die der Krieg in ihre Reihen gerissen hatte, wieder ausgefüllt werden. Von Neuem wurden die Werbetrommeln des Friedländers gerührt, und von Neuem strömten Schaaren Kriegslustiger zu den wohlbekannten Fahnen. Wie ein Fürst erschien Wallenstein in seinem Heerlager. Trotz der Disciplin und Unterordnung, welche er im Heere zu erhalten wußte, war er der Abgott der Soldaten: denn nie ging wahres Verdienst und wahre Tapferkeit ohne Belohnung aus, und so Manchem war es gelungen, aus der niedrigsten Stellung zu den höchsten Ehren emporzusteigen. So sehr Wallenstein es liebte, inmitten des wilden Geräusches und Lärmens des Kriegslagers, inmitten der königlichen Pracht seiner Hofhaltung sich in stolze und unnahbare Abgeschiedenheit zurückzuziehen, so verstand er es doch, im rechten Augenblicke dem Soldaten auch persönlich nahezutreten. Höher fast als alle materiellen Be-

lohnungen, mit denen er dem Verdienst gegenüber nicht kargte, galt es dann wohl, wenn er bei einem Rundgange im Lager den Einen oder Anderen freundlich anredete, auf die Schulter klopfte und wegen seines Verhaltens belobte. Und wie die Soldaten, so wußte er auch die höheren und niederen Officiere an sich zu fesseln, ja sie waren fast in noch höherem Grade abhängig von ihm. Die Obersten, denen die Anwerbung der Regimenter auf eigene Rechnung übergeben wurde, hielten sich für ihre Vorschüsse, die sie zu diesem Zwecke leisteten, wie für die Auszahlung des Soldes nicht an den Wiener Hof, der fast niemals Geld für das Heer zur Verfügung hatte, sondern an den Feldherrn, auf dessen reicher Freigebigkeit zugleich ihre materielle Existenz beruhte. Wie oft hat Wallenstein nicht Manchem von ihnen alte Schulden bezahlt und die pecuniäre Existenz gesichert! Bei Vielen von ihnen war daher die Hingebung an seine Person eine unbedingte. Und das Alles trotz der unnahbaren Verschlossenheit, die er meist selbst seiner nächsten Umgebung gegenüber beobachtete und die ihn auch den Vertrautesten oft als ein unheimliches, unlösbares Räthsel erscheinen ließ. Vollends der gemeine Mann vermochte bei aller Liebe und anhänglichen Verehrung, die er dem Feldherrn zollte, aus seinem Wesen nie recht klug zu werden. Seine außerordentliche, von dem Gewohnten und Hergebrachten so sehr abweichende Erscheinung hatte etwas Geheimnißvolles, fast Unheimliches an sich. Mit einem aus Verehrung und scheuer Verwunderung gemischten Gefühle sah der Soldat zu ihm empor, wenn der ernste und schweigsame Mann mit seinem Scharlachmantel und der rothen Feder auf dem Hute durch das Lager schritt. Man erzählte sich die wundersamsten Geschichten von den mancherlei Sonderbarkeiten seiner Lebensweise, wie er mit höheren, räthselhaften Mächten im Bunde stehe und seine und anderer Menschen Geschicke in den Sternen lese; mit neugieriger Scheu blickte man auf die Astrologen, mit denen der Fürst in stetem Verkehr war. Es erregte Staunen, wenn man beobachtete, wie er inmitten seines fürstlichen Luxus doch persönlich auf das Einfachste und Mäßigste lebte. Er hielt darauf, daß seine Tafel mit den besten Gerichten reichlich versehen war, daß seine Gäste auf das Stattlichste bewirthet wurden; er selbst ließ die meisten Speisen an sich vorübergehen. Prachtentfaltung und königliche Freigebigkeit hielt er für die nothwendigen Erfordernisse seiner Stellung als Feldherr und Landesfürst. Aber so sehr er für seine Soldaten sorgte und stets eine offene Hand für sie hatte, so unbedingt hielt er auch auf strengste Subordination und pünktlichsten Gehorsam gegen jeden seiner Befehle. Wehe dem, der sich in dieser Richtung etwas zu Schulden kommen ließ. Er konnte dann in einen solchen Zorn gerathen, daß er sich selbst nicht mehr kannte und die sonst so meisterhaft bewahrte Herrschaft über sich völlig verlor. In seiner Umgebung hieß es dann, er habe seinen „Schiefer". Dann vermied es Jeder, ihm zu nahen, dann heischte er unbedingte Ruhe. Er selbst kannte diesen Zustand und suchte alles zu vermeiden, was ihn herbeiführen konnte.

Aber auch im Heerlager war er nie bloß Feldherr, sondern auch Staatsmann und Landesfürst. Mitten in den Wirren des Krieges und den mancherlei Gefahren des Augenblicks hatte er noch Zeit und Muße zu einer detaillirten Obsorge für sein Fürstenthum Friedland; denn nicht nur als Feldherr, sondern vor Allem als souveräner Landesfürst, dessen Dienstverhältniß zu dem Kaiser nur ein vorübergehendes sei, hat er sich stets gefühlt. Fortwährend dachte er an die Hebung seiner Hauptstadt Gitschin, an die wirthschaftliche und geistige Wohlfahrt seiner Unterthanen. Er wollte das Herzogthum Friedland in jeder Beziehung von Böhmen unabhängig machen: selbst die Begründung einer Universität in demselben hat er ernstlich ins Auge gefaßt.

Vor Allem aber lebte und webte er in den umfassendsten und kühnsten politischen Entwürfen. Wie als Feldherr, so war er auch als Politiker keineswegs gemeint, sich als ein bloßes Werkzeug in den Händen des Kaisers zu betrachten. Nicht ohne Grund und Zweck hatte er sich seine Selbständigkeit in beiden Richtungen bei seinem Wiedereintritt gewahrt.

Wie nun aber, wenn die Grundrichtung dieser seiner Politik in directen Widerspruch mit der des Kaisers gerieth? Dann mußte der Feldherr nachgeben oder — den Kaiser zwingen, sich seiner politischen Richtung anzuschließen. In der letzteren Möglichkeit lag die ganze Gefahr inbegriffen, welche für den Kaiser damit verknüpft war, daß er eine solche Machtvollkommenheit in die Hand eines so unermeßlich ehrgeizigen und des Gehorsams ungewohnten Mannes gelegt hatte. In der That lag in der Stellung des Kaisers zu seinem Feldherrn ein innerer Widersinn. Nicht der Hof in Wien, sondern das Feldlager des Generals war der Mittelpunkt, in welchem die Fäden der europäischen Politik zusammenliefen. In seinem mit großartiger Pracht ausgestatteten „Friedländer Hause“ in Prag empfing Wallenstein Abgesandte aus aller Herren Ländern. Und er war der Mann dazu, diese diplomatischen Verhandlungen so zu leiten, daß er sich im Nothfall auch dem Kaiser gegenüber seine Unabhängigkeit wahren zu können meinte.

Zunächst zwar waren Kaiser und Feldherr in dem Grundgedanken, von dem die Verhandlungen auszugehen hatten, einig. Ferdinand wie Wallenstein wünschten zu einer Verständigung mit Kursachsen zu gelangen und dieses von den Schweden zu trennen. Aber schon in den Bedingungen, die für eine Vereinbarung zu stellen seien, traten bald gewichtige Differenzen hervor, in denen dann Wallenstein die Gegenwirkung des kaiserlichen Hofes zu spüren bekam und dadurch immer mehr in einen politischen Gegensatz zu dem Kaiser gedrängt wurde, in welchem er kein Bedenken trug, sich in den Verhandlungen mit den Gegnern des Kaisers, die er zunächst als Beauftragter desselben führte, zugleich eine Deckung gegen die feindliche Richtung am Kaiserhofe selbst zu verschaffen. Dadurch aber gerieth er naturgemäß in eine immer zweideutigere Haltung, die endlich im Verein mit der wenig energischen Art seiner Kriegführung, welche allein die Erfolge der Schweden im Westen Deutschlands er-

möglichte, zu einem immer unzweifelhafteren Gegensatz zu der spanisch-katholischen Partei am kaiserlichen Hofe, schließlich aber zu dem Kaiser selbst führte. Dieser Conflict aber mußte ein tragisches Ende nehmen, da der mit unerhörten Vollmachten ausgestattete Feldherr immer entschiedener mit der Absicht hervortrat, den von ihm erstrebten Frieden auch im Gegensatz zum Kaiser durchzuführen. Dadurch wurde seine militärische Macht zu einer Gefahr für den Kaiser, die, von der Wallenstein feindlich gesinnten Partei am Hofe geschickt verwerthet, endlich zu dem Beschluß führte, den General wieder wie dereinst im Jahre 1630 seines Kommandos zu entheben. Diese erneute Schmach über sich ergehen zu lassen, war aber Wallenstein nicht gewillt. Mit schimpflicher Absetzung bedroht, dachte er ernstlich daran, das, was er im Laufe seiner bisherigen Verhandlungen nur ab und zu als möglich erwogen, womit er gleichsam ein gefährliches Spiel getrieben hatte, zur That werden zu lassen, sich mit den Protestanten gegen den Kaiser zu verbinden. Dieser Versuch aber endete mit seinem Untergange.

Suchen wir uns diese stufenweise, ebenso historisch wichtige wie psychologisch das höchste Interesse erweckende Entwickelung, welche die historische Forschung immer und immer wieder unwiderstehlich angezogen hat, wenigstens in den Hauptphasen zu vergegenwärtigen. Volle Klarheit wird über manche dabei auftauchende Frage wohl trotz alles darauf seit zweihundert Jahren verwandten Forscherfleißes niemals erreicht werden, aber über die Grundzüge des Bildes kann nach den in jüngster Zeit aus den schwedischen und sächsischen Archiven veröffentlichten neuen Quellen unserer Kunde ein Zweifel nicht mehr obwalten.

Das wechselnde und complicirte Spiel der Verhandlungen, welche das ganze Jahr 1633 und die ersten Monate des Jahres 1634 erfüllten, begann zunächst sogar ohne directe Theilnahme Wallensteins. Wie schon in dem Augenblicke, da dieser das Generalat wieder übernommen hatte, so war auch jetzt der Kaiser selbst eifrig bestrebt, den Kurfürsten von Sachsen von der Sache Schwedens loszureißen und zu einem Separatfrieden zu bewegen. Als Vermittler bot sich der stets eifrige Friedensstifter Landgraf Georg von Hessen, der schon zu Gustav Adolfs Lebzeiten eine ähnliche Rolle gespielt hatte, an. Er war es, der im März 1633 in Leitmeritz mit den kaiserlichen Abgesandten, an deren Spitze der Bischof Anton von Wien stand, verhandelte. Die kaiserlichen Abgesandten erwiesen sich noch nachgiebiger als früher: nicht nur die Aufhebung des Restitutionsedikts, sondern selbst die völlige Gleichberechtigung der Confessionen, eine paritätische Besetzung des Reichskammergerichts, auch die Herstellung eines Theiles der Pfalz waren sie, wenn auch mit einigen Einschränkungen, zuzugestehen nicht abgeneigt. Auch in Bezug auf die erforderliche Entschädigung Schwedens verhielten sie sich wenigstens nicht völlig ablehnend. Unerbittlich aber zeigten sie sich den Anforderungen gegenüber, welche an den Kaiser persönlich gestellt wurden. Die Herstellung der früheren Zustände in

Böhmen und dessen incorporirten Ländern wollten sie nimmermehr zugestehen. Mit einer gewissen Berechtigung führten sie aus, daß dem Kaiser in Bezug auf das Verhältniß der beiden Confessionen in seinen Erblanden kraft des Grundsatzes cuius regio, eius religio dasselbe Recht zustehe, wie den Fürsten in ihren Territorien. Ebenso wenig wollten sie auf die paritätische Besetzung des geheimen Rathes des Kaisers eingehen. Noch aber schien eine Vereinbarung möglich. Indem man ohne definitive Abmachungen von einander schied, nahm man doch für den Sommer einen gemeinsamen Friedenscongreß in Breslau oder Prag in Aussicht.

Die Frage, über die in diesen Verhandlungen eine tiefgreifende Differenz besonders klar hervorgetreten war, ist also in erster Linie die, ob die katholische Reaction, welche der Kaiser nach der Niederwerfung des böhmischen Aufstandes in seinen Erbländern durchgeführt hatte, Bestand haben sollte oder nicht. Es ist derselbe Gegensatz, der später in den von Wallenstein geleiteten Verhandlungen in der Frage, ob das Normaljahr 1618 oder 1622 anzunehmen sei, wiederkehrt. Eben dadurch, daß Wallenstein in diesem Punkte, in dem der Kaiser nimmermehr nachgeben wollte, dem Begehren der Protestanten beitrat, ist er zuerst über die Linie der kaiserlichen Politik hinausgegangen.

Auf den ersten Blick erhellt aber, für wen gerade diese Frage von durchgreifender und entscheidender Bedeutung war. Es waren die böhmischen Emigranten unter Thurns Führung, um deren Existenz es sich dabei handelte. Sie waren es gewesen, welche schon im Herbst 1631 ihre Zwecke durch einen von ihnen selbst auszuführenden Einfall in Böhmen hatten erreichen wollen. Sie hatten für diese Absicht damals die Zustimmung Gustav Adolfs gefunden, und nur daran, daß Arnim mit dem sächsischen Heere ganz unerwartet in Böhmen eingerückt war, war ihr Unternehmen gescheitert. Aber sie waren in beständiger naher Beziehung zu Schweden geblieben. Eben jetzt, im Frühjahr 1633, entsandte Oxenstierna den alten Grafen von Thurn nach Schlesien, um dort das Commando über die schwedischen Truppen zu übernehmen. Erinnern wir uns aber, daß dieser selbe Graf Thurn es gewesen war, der an den Verhandlungen zwischen Gustav Adolf und Wallenstein im Jahre 1631 einen sehr hervorragenden Antheil genommen hatte, so begreift man, was es zu bedeuten hatte, daß diese Emigranten jetzt aufs Neue mit Wallenstein in Verbindung traten, um durch ihn ihre alten Forderungen der Herstellung der früheren Zustände in Böhmen auf dem einen oder dem andern Wege durchzusetzen. Die Verbindung mit ihnen war es vor Allem, die für Wallenstein verderblich wurde, sie waren es, die ihn auf eine verhängnißvolle Bahn zu ziehen und auf derselben festzuhalten suchten. Sie wußten, daß Wallenstein auf religiös-kirchlichem Gebiete stets zu größeren Concessionen geneigt gewesen war als der Kaiser. Hier suchten sie einzusetzen. Sie meinten ihren Zweck am besten erreichen zu können, wenn sie auf den alten, schon zu Gustav Adolfs Zeit gefaßten Gedanken, Wallenstein zum Könige von Böhmen

zu erheben, zurückkämen, der jetzt um so leichter durchführbar erschien, als Friedrich V. inzwischen gestorben war. Gerade hierüber haben die jüngsten Aktenveröffentlichungen ganz neues, überraschendes Licht verbreitet und gezeigt, daß in dieser Frage der Bericht Raschins, der Wallenstein die Initiative in dieser Frage zuschreibt, bewußt zu Ungunsten Wallensteins die Thatsachen genau auf den Kopf stellt. Nicht von dem Feldherrn, sondern von den Emigranten ist der Vorschlag, Wallenstein auf den böhmischen Königsthron zu erheben, ausgegangen, und Raschin, der in diesen Verhandlungen gleich anfangs die Mittelsperson zwischen Schweden und Emigranten einerseits und Wallenstein andrerseits gespielt hat, ist es selbst gewesen, der einen dahingehenden schriftlichen Vorschlag in Wallensteins Heerlager überbracht hat.

Noch ehe das kaiserliche Heer aus seinen Winterquartieren aufgebrochen war, erschien am 26. April, von Thurn entsandt, Sesyma Raschin in Prag und hatte eine eingehende Unterredung mit Wallenstein. Dieser befand sich gerade in jenen Tagen unzweifelhaft in einer dem Wiener Hofe feindseligen Stimmung, weil er soeben erfahren hatte, daß der Madrider Hof beabsichtige, eine spanische Armee unter Ferias Oberbefehl im Elsaß aufzustellen, während doch in der Znaimer Capitulation ausdrücklich festgesetzt war, daß kein anderer Feldherr neben Wallenstein ein selbständiges Commando im Reich haben dürfe. In der hierdurch hervorgerufenen erbitterten Stimmung war Wallenstein nur zu geneigt, auf Verhandlungen mit den unzufriedenen böhmischen Emigranten einzugehen. Er kam im Gespräch mit Raschin auf seine früheren Beziehungen zu Gustav Adolf, den er sehr rühmte, zurück, erklärte aber zugleich, daß es doch ein Glück sei, daß er gefallen sei, da, wie er sich drastisch ausdrückte, sich zwei Hähne auf einem Miste doch nicht vertragen haben würden. Jetzt sei es vielleicht eher möglich, mit den Schweden zu einer Vereinbarung über den Frieden zu gelangen. Er sprach den Wunsch aus, der Generalmajor Bubna möge zu ihm kommen; durch seine Vermittelung gedenke er mit dem schwedischen Reichskanzler Verhandlungen anzuknüpfen.

Darin hätte an sich nichts Verwerfliches gelegen; so wie der Kaiser selbst, so suchte auch Wallenstein Verhandlungen über den Frieden anzuknüpfen. Davon, in welchen Bahnen sich diese Verhandlungen bewegen würden, mußte alles Weitere abhängen. Aber eine äußerst gefährliche Versuchung lag doch schon in dieser selbständigen und ohne Wissen des Kaisers angeknüpften Verbindung.

Raschin kehrte nach dieser Unterredung zu Thurn nach Liegnitz zurück, Wallenstein selbst aber verließ nunmehr am 3. Mai das Friedländer Haus in Prag, um sich zu seiner Armee zu begeben und mit dieser in Schlesien einzurücken.

Ueber die Maßen prächtig war nach zeitgenössischer Schilderung sein Auszug aus Prag. „Er hatte vierzehn Kutschen bei sich, jede von sechs Pferden, vierzig Cavaliere und vornehme Hofofficiere warteten ihm auf, neben zehn Trompetern mit silbernen und vergüldeten Trompeten und zwölf



Karte von Böhmen. Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum", 1637.

Lakaien, welche allesammt sammt dem ganzen Hofgesind in roth und blau von Neuem bekleidet waren. Die Bagagewagen waren auch alle mit rothem Leder bedeckt und auf das Allerstattlichste und Köstlichste gerüstet. Er, Herr Generalissimus selbst, in einem ledernen Koller und rothem Mantel aufgezogen und führet in seiner Armada mit sich neunzig Compagnien zu Pferd und siebzig Compagnien zu Fuß.“ Es war das letzte Mal, daß die Hauptstadt Böhmens den Feldherrn in aller seiner Pracht schaute, er hat sie nie wieder betreten.

Noch ehe er die schlesische Grenze erreicht hatte, in Gitschin, traf ihn Raschin, der auf seinen Wunsch mit Bubna zugleich sich einfand. In der Unterredung, die dann folgte, schlug Wallenstein doch schon eine sehr bedenkliche Richtung ein, deutete er zum ersten Male klar seine Absicht an, den Frieden eventuell durch eine Vereinigung der einander gegenüberstehenden Armeen dem Kaiser abzutrotzen, aber freilich noch immer so, daß es zweifelhaft sein konnte — und Bubna und Oxenstierna selbst erschien es zweifelhaft —, ob man es nur mit einer unwillkürlichen Aufwallung, die ihm der Zorn über die Feriasche Angelegenheit eingegeben haben mochte, oder mit einer feststehenden Absicht zu thun habe. Immerhin wurde doch der Gedanke einer Vereinigung der Armeen offen ausgesprochen: „Sind wir nicht Erzlappen“, so giebt Bubna selbst die Aeußerung Wallensteins wieder, „daß wir einander die Köpfe zerschmeißen um Anderer willen, wo wir uns doch den gewünschten Frieden machen könnten?“ Aber so weit, wie der Emigrant — denn auch Bubna war ein solcher — es wünschte, ging Wallenstein doch keineswegs. Den Gedanken, sich zum Könige von Böhmen krönen zu lassen, da nur dann die Verhandlungen einen ersprießlichen Gang nehmen könnten, erklärte er zunächst für „ein Schelmenstück“. Bubna hatte gehofft, er werde sich direct bereit erklären, als Feind gegen den Kaiser aufzutreten. Allein Wallenstein sprach nur davon, daß man den Kaiser, „der sich von Bärenhäutern und Pfaffen anführen und verleiten lasse“, zur Annahme der Friedensbedingungen zwingen müsse. Als Grundlage des Friedens bezeichnete er volle Religionsfreiheit. Oxenstierna sollte, so trug Wallenstein Bubna auf, diesem zu melden, dahin mitwirken, daß „die Religion an beiden Theilen frei, auch die alten Freiheiten und Gerechtigkeiten restituirt würden“. Man sieht, es kommt auch hier wieder auf die Frage der Restitutionen in Böhmen hinaus. Bubna aber war doch mit den Erklärungen Wallensteins keineswegs völlig zufrieden. Er wollte grundsätzliche Feindschaft gegen den Kaiser und hatte gehofft, daß Wallenstein eine völlige Verjagung desselben, zum wenigsten aus Böhmen, in Aussicht stellen würde, wie dereinst Gustav Adolf gegenüber. Bubna gab dieser Meinung im Gespräch mit Trzka offen Ausdruck; Wallenstein nahm ihm viel zu viel Rücksicht auf den Kaiser. Schon hier sehen wir aus Bubnas eigener Relation, wie die Emigranten es waren, die Wallenstein von vornherein weiter mit fortreißen wollten, als er ursprünglich zu gehen beabsichtigte. Auf den Gedanken der böhmischen Krone, über den zu derselben

Zeit ein anderer böhmischer Emigrant, Kinsky, in Dresden mit dem französischen Gesandten Feuquières verhandelte, scheint Wallenstein in der That in der Unterredung mit Bubna nicht eingegangen zu sein, wie er denn auch Feuquières, als dieser sich mit einer dahin gehenden Anfrage direct an ihn wandte, Monate lang gar keine Antwort ertheilt hat.

Während nun Bubna erst zu Thurn zurückreiste und sich dann auf den Weg zum schwedischen Reichskanzler machte, rückte Wallenstein Ende Mai in Schlesien ein und erschien in den ersten Tagen des Juni in der Nähe von Münsterberg dem von Arnim und Thurn geführten feindlichen Heere gegenüber. Während Illow Nimptsch einnahm und man allgemein einen feindlichen Zusammenstoß der Heere erwartete, sandte Wallenstein schon am Abend des 3. Juni einen Vermittler zu Arnim, der ihn zu einer Zusammenkunft einladen sollte. Wie durch Bubna mit den Schweden, so wollte er jetzt, wie er es schon im Winter 1632/33 durch Sparres Vermittelung gethan hatte, durch Arnim mit den Sachsen Verhandlungen anknüpfen, und zwar das Eine unabhängig, in gewissem Sinne sogar im Gegensatz zu dem Andern.

Denn um sich über das ganze Wesen der vielverschlungenen und verwickelten Verhandlungen Wallensteins klar zu werden, muß man sich vor Allem gegenwärtig halten, daß die Gegner, mit denen Wallenstein verhandelte, unter einander keineswegs einig waren. Seit den Tagen, da Arnim durch seinen Einmarsch in Böhmen das beabsichtigte Unternehmen der Emigranten vereitelt hatte, war zwischen ihnen und der sächsischen Heeresleitung eine ernstliche Spannung bemerkbar, die namentlich das Verhältniß zwischen Arnim und Thurn zu einem wenig erquicklichen machte, zumal nachdem der Letztere zum Oberbefehlshaber der schwedischen Truppen in Schlesien ernannt worden war. Daß das Bündniß zwischen Schweden und Sachsen ebenfalls nicht gerade ein sehr festes war, haben wir im Laufe unserer Darstellung wiederholt hervorzuheben Gelegenheit gehabt. Es ist hierfür bezeichnend, daß Arnim bisher von den Verhandlungen Thurns und der Schweden mit Wallenstein keine Mittheilung erhalten hatte, und daß Thurn sehr beunruhigt war, als er erfuhr, daß Wallenstein nun auch eine Verbindung mit Arnim anknüpfte. Kein Zweifel, daß Wallenstein ein doppeltes Spiel spielte, daß er bestrebt war, stets zwei Pfeile auf seinem Bogen zu haben. Während er in den Verhandlungen mit Bubna sich sehr abfällig über den Kurfürsten von Sachsen äußerte, sprach er Arnim gegenüber wieder in erster Linie von einer Verbindung mit ihm. Und sehr möglich ist es, daß diejenigen Recht hatten, welche meinten, daß Wallenstein mit diesen Verhandlungen kein anderes Ziel verfolge, als die Gegner von einander zu trennen und dann einen nach dem andern zu ruiniren. Die Art, wie er die Verhandlungen wiederholt in einem Augenblicke abbrach, da man unmittelbar vor dem Abschlusse derselben zu stehen schien, könnte in der That dafür sprechen. Daher kam es dann, daß allmählich Alle, mit denen er verhandelte, das Vertrauen, daß er es ernst meine, verloren.

Wie dem aber auch sei: genug, es kam jetzt, noch ehe Bubna von Oxenstierna zurückkehrte, in Heidersdorf zu einer sehr eingehenden Unterhandlung mit Arnim, die zunächst am 6. Juni mündlich zwischen den beiden Feldherrn gleichsam im Angesicht der einander gegenüberstehenden Heere stattfand, deren Inhalt dann aber Arnim aufzeichnete, um sich von Wallenstein bestätigen zu lassen, daß das in der That seine Meinung sei. Diese Erklärung hat dann Wallenstein in der That vor Zeugen abgegeben. Diese Aufzeichnung Arnims, welche in Abschrift dem sächsischen Kurfürsten übersandt wurde und noch vorliegt, ist also als die wirklich authentische Quelle für den Inhalt der Verhandlungen anzusehen. Danach waren diese vorläufigen Abmachungen doch keineswegs so unerhört, wie man wohl angenommen hat. Zunächst wurde ein Waffenstillstand auf vierzehn Tage verabredet, der dann später noch um einige Tage verlängert worden ist. Als Grundlage des Friedens wurde, ähnlich wie in den Verhandlungen mit Bubna, die Freiheit der Religion bezeichnet, und zwar wurde — und das ist das Entscheidende — als Normaljahr nicht, wie der Kaiser wollte, 1622, sondern 1618 angenommen. Das will sagen: Wallenstein bewilligte im Gegensatz zum Kaiser den Protestanten, insbesondere den Emigranten ihre Forderung, daß, wie Arnim schreibt, „Alles im heiligen Römischen Reiche zum vorigen Stande, wie es vor diesem unglückseligen Krieg Anno 1618 gewesen, gebracht, ein jeder bei Ehren, Würden, Privilegien, Immunitäten und Libertät, bevorab die Religion bei freiem Lauf und also das ganze Römische Reich bei vorigen löblichen Verfassungen unveränderlich sollte gehalten werden". Also, was die kaiserlichen Gesandten noch in Leitmeritz unbedingt verweigert hatten, Herstellung des Zustandes, wie er vor dem böhmischen Aufstande gewesen war, das war Wallenstein zu bewilligen geneigt. Kann man trotzdem die Verhandlungen so weit in der Hauptsache noch als innerhalb der Grenzen der Loyalität gegen den Kaiser sich haltend bezeichnen, wenngleich freilich Wallenstein in seinen Zugeständnissen weiter ging, als mit den politischen Intentionen des Kaisers sich vertrug, so zeigte sich doch in ihnen schon ein sehr bedenkliches Element, wenn weiter vereinbart werden sollte, daß die Armeen, deren Führer hier mit einander verhandelten, die Waffen coniunctis viribus „ohne Respect einiger Person" gegen diejenigen kehren sollten, welche sich unterfangen würden, den statum Imperii noch weiter zu turbiren und die Freiheit der Religion zu hemmen. Das konnte noch gegen die Schweden gedeutet werden, in welchem Falle sich Wallenstein nur einer Doppelzüngigkeit gegen diese schuldig machte, es konnte und sollte vielleicht aber auch so ausgelegt werden, daß auch der Kaiser mit vereinigten Kräften zur Nachgiebigkeit gezwungen werden sollte. Man sieht, daß damit die Verhandlungen, auch wenn man die viel weiter gehenden minder beglaubigten Nachrichten von anderer Seite völlig bei Seite läßt, einen sehr bedenklichen Charakter angenommen hatten. Die Frage war nur, ob und inwieweit die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg geneigt sein würden, auf so geartete Verhandlungen mit Wallenstein sich einzulassen.



Jr Philips Adolph

burg vnd Hertzog zu Francken / rc.
feiten / zwar ohne das sonst vieler mühesamer obli
auch so viel andere Vnthaten nach sich zeucht / deren ein
lauter Augenschein gibt / auß sonderlicher Göttlicher Fürseh
bels nicht nachsehen würden / wir nicht allein vor Vns / in
das gantze Land ins gemein / die jenige Straffen / welche dies
zu viel befürdert / vnnd so viel desto mehr verhengen möchte /
in heyliger Göttlicher Schrifft so ernstlich gebotten / angel

Haben derohalben vff wunderbarliche / vnd allen V
an hand gegebenen Weg nachzusehen / vnd nun ein geraum
sen hinrichten zu lassen verordnet / dann wir etwa vor dessen v

Es hat sich aber dabey dieses ereuget / daß je mehr
mit solcher manier entdecket / daß wir dabey spüren vnd mercken müssen / daß Gott der Allmächtig den
keit / dero zu solchem Ende das Schwerdt von Gott dem Allmächtigen vertrawt vnd anbefohlen / nic
vber vns ergangene Straffen / deren so vielfaltigen Kriege / Hunger / Pestilentz vnd anderer Vnfäll /

Dann wann Gott der Allmächtig solche fünff Stadt / vnd alle deroselben Einwohner (den
mitischen Lasters willen also erschrecklich gestrafft / so ist leichtlich zu vermuhten / was die mit der H
Laster der verletzten Göttlichen Majestät / deren sie nicht allein würcklich absagen / vnd dardurch sich d
von der heyligen Christlichen Catholischen Kirchen verdampten Meinungen deß Widertauffs / de
Vnthaten / Verschwerung aller guter Werck / verbinden / mit dem Teuffel in vielfaltigem Ehebruc
fäll / vnd andere vielmehr erschröckliche Vnthaten begehen / welche an diesem Ort ihrer abschewligkei

Vnter welchen dann zumal keine ist / deren Verbrechung nicht Leibs vnd Lebensstraff vff sic
sich bringen / daß wir also derogleichen straffbar befundene Personen nicht allein an Leib vnd Leben /

Dieweil wir aber vnter vorgenommener Inquisition dieses Lasters / vnd daruff angestellter
ten Vnderthanen Seelen Heyl vnd Seligkeit / auch dieselbe widerumb in die Göttliche Huld vnd G
seiner schwer: vnd weitleufftigkeit willen / weil ein mehrers / dann vff bestraffung anderer Laster / wo
men / verscheidenen Centen angehöriger Vnderthanen / in welchen derogleichen Maleficanten begrif
bunden / nicht vffzuladen wissen. Als haben wir nach deßwegen eingeholtem vielfaltigem vnd weit
di, vnd der schuldig befundenen Güter einzuziehen / so fern zu remittiren vnd nachzusehen.

Daß nemlich von deren Personen / welche Kinder hinderlassen / Haab vnd Gütern / densel
ten vermögens / wie solches gemeiner geschriebener Rechten Wegen / deducto scilicet ære alieno,

Bey den jenigen aber welche keine Kinder / aber in vffsteigender / auch beyseit Linien / biß an
wandte vnd Zugethane haben / auch mit obbesagter Condition am gebührenden theils liquidirlicher

Von den jenigen aber / welche weder in ab: oder vffsteigender / oder auch beyseits Linien /
mögen / jedoch in allweg mit vorangeregtem Vorbehalt der Creditorn Rechten / eingezogen / vnd na

Nemlich soll davon zum vordersten der Inquisition vnd Execution Kosten abgetragen / da
chen milden vnd Gott gefelligen Stifftungen angelegt werden: Dannenhero sich ins künfftig
denselbigen zuvorderst die Ehre Gottes in obacht genommen werden.

Innmassen wir dann allbereit in dem Werck / in allen Aemptern vnd Orten / da derogleiche
den vorerleuterter massen anfallenden Gütern / daselbst gedachte obligen verordnen / vnd an Ort
setzter Zeit ablegen sollen.

Hierauff befehlen wir nun allen vnsern Ampleuten / Vögten / Kellern / Schultheissen /
nen so zu Einbringung vorgemeldter Verlassenschafften verordnet / vberall / vnd in allen Puncten
nennt werden möchte / abhalten zu lassen.

Das versehen Wir vns also ohne alle Ein: oder Widerrede ohnfehlbarlich zu geschehen.
10. Iunij, Anno 1627.

Facsimile des Hexen-Mandats von Philipp Adol

Arnim versuchte sie dazu zu bestimmen, weil er die verfügbaren sächsisch-brandenburgisch-schwedischen Streitkräfte für zu schwach hielt, um Wallenstein ernstlichen Widerstand zu leisten. Auf Schloß Chmelen bei Ortrand hatte er am 19. Juni eine Zusammenkunft mit seinem Kurfürsten und dessen Geheimen Räthen, in der er sich für die Wallensteinschen Vorschläge erklärte. Allein der Kurfürst wie seine Räthe verhielten sich vorsichtig-zurückhaltend, obgleich Arnim nicht ohne Berechtigung erklärte, Wallenstein werde, wenn man auf seine Vorschläge nicht eingehe, um allen Verdacht, der sich am kaiserlichen Hofe etwa regen würde, zu zerstreuen, das sächsische Heer mit allen Kräften angreifen und es ruiniren, oder er werde sich mit der stärksten Partei, d. h. mit Schweden und Frankreich, verbinden. So berechtigt diese Meinung auch war, die sächsischen Räthe verharrten in ihrer vorsichtigen Zurückhaltung und schlugen in unbegreiflicher Verblendung vor, Wallenstein weiter hinzuhalten und „zu penetriren, wie weit er zu gehen gedenke". Von Chmelen begab sich dann Arnim nach Peitz zum Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg, um dessen Meinung einzuholen (23. Juni). Dieser zeigte sich etwas mehr geneigt, auf Wallensteins Vorschläge einzugehen, allein bei der ablehnenden Haltung des Kurfürsten von Sachsen war damit doch wenig erreicht.

Während der durch diese Verhandlungen in Chmelen und Peitz bedingten Abwesenheit Arnims aus dem schlesischen Hauptquartier hatte Wallenstein die Verbindung mit den Schweden und Emigranten wieder aufgenommen und zunächst am 12. Juni eine Zusammenkunft mit Thurn gehabt, über deren Verlauf sich dieser sehr befriedigt dahin äußerte, es bleibe Alles unverwandelt, „was Herr von Bubna referirt hat, steht alles in guten terminis". Mit größter Ungeduld erwartete Thurn die Rückkehr Bubnas von Oxenstierna; sein sehnlichster Wunsch wäre dahin gegangen, daß die Verhandlungen mit Schweden allein in der Abwesenheit Arnims, dem er gar nicht traute, zum Abschlusse kämen.

In der That traf Bubna am 18. Juni, noch vor Arnims Rückkehr, bei Thurn wieder ein und begab sich am 19. in Wallensteins Lager. Er hatte am 1. Juni bei Oxenstierna in Frankfurt Audienz gehabt und diesem schriftlich wie mündlich über Wallensteins Anerbietungen Bericht erstattet. Der schwedische Reichskanzler hatte ihm dann am 7. Juni eine schriftliche Antwort ertheilt, die ein Muster von staatsmännischer Klarheit und Präcision war, zugleich aber zeigt, daß Oxenstierna die Vorschläge Wallensteins noch keineswegs als einen directen Beweis seiner Absicht, vom Kaiser abzufallen, betrachtete. Im Gegentheil, seine ganze Antwort verfolgte in erster Linie den Zweck, eine deutliche Erklärung darüber zu erlangen, ob Wallenstein „in ordentlicher Weise", d. h. als Bevollmächtigter des Kaisers, die beiden streitenden Parteien vergleichen oder selbst „in particulari, auf die Armee gestützt, dem Kaiser und der Liga seinerseits die Bedingungen des Friedens vorschreiben wolle"; mit anderen Worten, er hielt nach den bisherigen Verhandlungen noch durchaus

für möglich, daß Wallenstein auf einen im Einverständniß mit dem Kaiser zu schließenden Frieden abziele. Einen solchen aber hielt Oxenstierna, wie er weiter erklärte, an sich für sehr wünschenswerth, aber für so gut wie unmöglich, weil der Kaiser eben auf eine Restitution der Zustände von 1618 freiwillig niemals eingehen werde; dazu komme noch, daß es sich nicht bloß um zwei, sondern um eine ganze Reihe streitender Häupter handele, mit denen allen verhandelt werden müsse. Aus diesen Gründen erklärt sich Oxenstierna mit klaren Worten für den zweiten Weg, d. h. er spricht sich dafür aus, daß Wallenstein aus eigener Machtvollkommenheit abschließe; nur dies sei der rechte Weg zum Frieden. Und da der Kaiser, wie er richtig annimmt, gerade in Bezug auf die Wiederherstellung der Zustände in Böhmen unüberwindliche Schwierigkeiten machen werde, so sei es das Beste, denselben nicht allein von den Verhandlungen auszuschließen, sondern auch die Krone von Böhmen und seinen incorporirten Ländern Wallenstein zu übertragen. In diesem Falle sei er, Oxenstierna, bereit, sich mit Wallenstein zu vereinigen, der sich dann seinerseits verpflichten müsse, sich die Wohlfahrt Schwedens, insbesondere dessen „Satisfaction“ d. h. die Schweden zuzugestehenden Landabtretungen, angelegen sein zu lassen.

Verkleinertes Facsimile einer Unterschrift von Axel Oxenstierna; von einem Schriftstück datirt Stockholm, 15. März 1625.
(Axelius Oxenstierna m(anu) p(ropria). Berlin, Königl. Geh. Staatsarchiv.

Das war klar und deutlich gesprochen: Verhandlungen mit dem Kaiser sind zwecklos, weil dieser die Bedingungen, auf die es in erster Linie ankommt, nicht bewilligen wird; also offener Abfall Wallensteins vom Kaiser, Krönung desselben zum Könige von Böhmen und dann Verhandlungen zwischen ihm und Schweden, deren Ergebniß anzunehmen der Kaiser durch die Armeen gezwungen werden soll. Was Wallenstein in einem Augenblicke der Erregung über die Feriasche Angelegenheit als entfernte Möglichkeit vielleicht erwogen und Bubna in sehr unbestimmter und von diesem vielleicht übertrieben wiedergegebener Form angedeutet hatte, das verlangte jetzt klar und bestimmt Oxenstierna von ihm; er machte seine Hilfe von einem offenen Abfall Wallen-

steins vom Kaiser abhängig; er wollte völlig klar sehen, wie weit es Wallenstein mit seinen Anerbietungen Ernst sei.

Wallenstein stand am Scheidewege. Sollte er darauf eingehen, offen von seinem Kaiser abfallen? Man erwartete es mit Bestimmtheit und wurde in dieser Erwartung dadurch bestärkt, daß Wallenstein, als er die Antwort des Kanzlers durch Bubna erhalten hatte, dieselbe gerühmt und erklärt hatte, daß kein besserer und sicherer Weg zum Frieden gefunden werden könne. Am 21. Juni, noch vor Arnims Rückkehr, hatte noch einmal eine Zusammenkunft zwischen Thurn, Bubna und Trzka stattgefunden, in der man sich über eine Verlängerung des Waffenstillstandes geeinigt hatte. Kurz darauf kam Bubna mit der für Alle gleich überraschenden Nachricht zurück, daß Wallenstein sich weigere abzuschließen, weil ihm der richtige Moment noch nicht gekommen scheine. Thurn und Bubna waren außer sich und erklärten, sie wünschten, sich niemals auf die Sache eingelassen zu haben, durch die sie jetzt nur compromittirt und blamirt seien. Allein so war es einmal: in dem Augenblicke, da man am Ziele zu sein geglaubt hatte, trat Wallenstein förmlich und entschieden von den Verhandlungen zurück. Eben damals hat er auch Kinsky verboten, die Verhandlungen mit Feuquières fortzusetzen. Welches waren die Gründe, welche Wallenstein zu diesem plötzlichen Wechsel seiner Haltung vermochten?

Vor Allem mag wohl in Betracht kommen, daß ihm die ganze Tragweite dessen, was er zu unternehmen im Begriff war, in der harten und rückhaltslos offenen Antwort Oxenstiernas erst völlig zum Bewußtsein kam Sehr möglich, daß er es von Anfang an nur auf eine Täuschung der Gegner und auf eine Trennung derselben von einander abgesehen, daß er an einen ernstlichen Abfall vom Kaiser noch gar nicht gedacht, sondern eben nur die Möglichkeit erwogen hatte, ihn zur Annahme der von ihm bewilligten Bedingungen zu zwingen. Auch hatte er noch keineswegs die Brücken hinter sich abgebrochen; im Gegentheil, er hatte den kaiserlichen Hof zum Wenigsten über den Waffenstillstand und die Verhandlungen mit den Sachsen, die man bis zu einer gewissen Grenze recht wohl als eine Fortsetzung der Leitmeritzer auffassen konnte, unterrichtet und auch dem Kurfürsten von Bayern Mittheilung davon gemacht; freilich nicht ganz genau und rückhaltlos, wie sich bei den mancherlei bedenklichen Abmachungen von selbst versteht. Er hatte z. B. dem Kaiser nicht mitgetheilt, daß er auf das Normaljahr 1618 eingegangen sei, sondern behauptet, die Sachsen hätten es vorgeschlagen, er aber es „categorisch abgeschlagen". Jedenfalls ergab sich schon hieraus, daß er noch entfernt davon war, einen wirklichen und vollen Abfall vom Kaiser zu beabsichtigen, daß er vielmehr bestrebt war, zum Mindesten den Schein voller Loyalität noch zu wahren. Ueberhaupt aber war ihm aus dem Schreiben Oxenstiernas und dem Verhalten Thurns klar geworden, daß diese ihn doch erheblich weiter zu ziehen bestrebt waren, als er ursprünglich zu gehen beabsichtigt hatte. Dazu kam, daß gerade in dieser Zeit Nachrichten bei ihm ein-

liefen, nach welchen der Herzog von Feria, durch dessen drohendes Erscheinen in Deutschland sein persönlicher Unmuth in erster Linie hervorgerufen war, angewiesen werden sollte, sich ihm unterzuordnen. Weit mehr noch aber wirkte die Erwägung bestimmend auf ihn ein, daß doch thatsächlich weder Schweden, noch die protestantischen Kurfürsten mit dem Eifer auf seine Anträge eingegangen waren, den er erwartet hatte. Von den Letzteren kehrte jetzt Arnim, wenn auch nicht mit einer direct ablehnenden, so doch sehr vorsichtigen und zurückhaltenden Antwort zurück, Oxenstierna aber hatte sich in einer Weise geäußert, die deutlich erkennen ließ, daß er doch nicht geneigt sei, genau denselben Weg einzuschlagen, den Wallenstein vorgeschlagen hatte. Während der Letztere erst eine Vereinbarung über den Frieden und dann Durchführung desselben durch die vereinigten Armeen angestrebt hatte, hatte der schwedische Kanzler klar und bestimmt erst vollen Abfall vom Kaiser und erst nach vollzogener Thatsache gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen. Selbst wenn Wallenstein wirklich die ernste Absicht gehabt hätte, dies zu thun, was doch keineswegs unzweifelhaft war, so hätte er doch keinesfalls geglaubt, den gewagten Schritt jetzt schon ausführen zu können. Dazu war er seines Heeres nicht sicher genug. Eben in der Zeit, in der die Verhandlungen zunächst wieder abgebrochen wurden, entfernte Wallenstein eine Anzahl von Officieren, denen er nicht völlig traute, aus seinem Heere und behandelte andere so schlecht, daß sie sich von selbst entfernten. Wollte er aber jetzt einen entscheidenden Schritt noch nicht thun, so mußte er, um dem in Wien bereits, wie er wohl wußte, aufsteigenden Verdachte entgegenzutreten, schnell abbrechen. War doch ein unvorsichtig abgefaßtes Schreiben Thurns an ihn abgefangen worden. Als daher Arnim nach seiner Rückkehr aus Peitz eine Verlängerung des Stillstandes beantragte, stellte Wallenstein bei der zu diesem Zwecke in Strehlen veranstalteten neuen Besprechung die für die Sachsen unannehmbare Forderung, daß dieselben ihm alle Orte diesseits der Oder zum Quartier einräumen sollten, und als Arnim darauf nicht einging, forderte er zum Wenigsten die Fürstenthümer Schweidnitz und Jauer. Als dies Arnim ebenfalls ablehnte, wurde endlich der Waffenstillstand am 2. Juli endgiltig gekündigt. Wallenstein trat von den bisherigen Verhandlungen völlig zurück.

Noch an demselben Abend setzte er sich nunmehr gegen die Festung Schweidnitz, welche er durch einen Handstreich zu nehmen gedachte, in Bewegung. Allein dieses Unternehmen scheiterte an der tapferen Vertheidigung der von dem Oberstlieutenant Schönfelser befehligten Besatzung, der ein Regen, welcher das Pulver der Kaiserlichen durchnäßte, zu Hilfe kam. Nunmehr rückte auch Arnim von Brieg her zum Entsatz der Festung heran; es kam zu einem Gefechte vor den Mauern der Stadt, in welchem die Kaiserlichen nicht unerhebliche Verluste erlitten, ohne daß aber eine wirkliche Entscheidung erfolgte. Dann lagerten sich die Heere in der Nähe von Schweidnitz, wo Wallenstein ein befestigtes Lager bezog, einander gegenüber. Gleichzeitig unternahm Holck auf einen ihm von Wallenstein ertheilten Befehl von Böhmen

aus einen Einfall in Sachsen und verwüstete die Länder des Kurfürsten. Es schien wirklich zu einer ernsten Erneuerung der Feindseligkeiten zu kommen.

Aber inzwischen waren nun immer bedrohlichere Nachrichten über die Machinationen einer ihm feindlichen Partei am Wiener Hofe zu Wallensteins Kunde gekommen, die ihn veranlaßten, aufs Neue Verhandlungen anzuknüpfen, diesmal wohl in der unzweifelhaften Absicht, sich gegen diese Umtriebe der jesuitisch-katholischen Partei, die ihm schon lange im Stillen entgegenarbeitete, für alle Fälle durch eine wirkliche Vereinigung mit den Gegnern des Kaisers zu sichern.

Die, wenn nicht geradezu feindselige, so doch zum Mindesten sehr unzufriedene und mißgünstige Stimmung, die am Wiener Hofe gegen Wallenstein herrschte und ihn Schritt für Schritt auf der einmal betretenen Bahn vorwärts trieb, war nicht erst durch seine zweideutige Haltung und lässige Kriegführung in Schlesien veranlaßt, sie hatte tiefere und weiter zurückliegende Ursachen. Vor Allem war Maximilian von Bayern, ehe noch Wallenstein irgendwie ernstlich daran dachte, die Bahnen der Loyalität zu verlassen, von Neuem sehr aufgebracht gegen ihn und eifrig thätig, sein Ansehen am Kaiserhofe zu untergraben. Er war, wie wir früher berührten, schon im Frühjahr 1633, als Bernhard von Weimar und Horn sein Land ernstlich zu bedrohen anfingen, in hohem Maße aufgebracht darüber, daß Wallenstein weder selbst zu seiner Hilfe herbeieilte, noch Aldringe unter seinen Oberbefehl stellen wollte, denselben vielmehr anwies, sich im Wesentlichen defensiv zu verhalten, „nichts zu hazardiren“, sondern vielmehr sein Hauptaugenmerk auf Böhmen zu richten. Dieser Befehl, wie ein ähnlicher, der an Holck ergangen war, beruhten auf der Meinung Wallensteins, daß Bernhard den Vorstoß gegen Bayern nur als eine Diversion unternommen habe, seine Endabsicht aber auf einen Angriff auf Böhmen von Westen her gerichtet sei. Maximilian aber glaubte annehmen zu müssen — und der Verlauf der Dinge hat ihm Recht gegeben —, daß die vornehmste Absicht des Feindes auf Bayern gerichtet sei, und daß Wallenstein jenen Befehl an Aldringer nur ertheilt habe, um ihm, dem er wegen seines feindseligen Auftretens auf dem Regensburger Tage zürnte, zu schaden. Unaufhörlich drängte der bayrische Kurfürst den Kaiser, er möge Aldringer an ihn weisen, ihn seinem Oberbefehl unterstellen. Natürlich konnte und wollte Wallenstein hierauf nicht eingehen; denn eben auf seinem einheitlichen Oberbefehle beruhte die ganze Stärke seiner Stellung. Auch der Kaiser selbst war anfangs nicht geneigt gewesen, dem Drängen Maximilians nachzugeben. Er erklärte Questenberg gegenüber ausdrücklich, daß er Wallenstein hierüber keine Vorschriften machen wolle, von dem er damals noch versichert, daß er's mit ihm nicht anders denn gut und wohl vermeine. Um völlige Klarheit zu erlangen, wandte sich Ferdinand an den zunächst betheiligten General Aldringer selbst. Dieser aber erklärte sein volles

Einverständniß mit den nur auf die Defensive abzielenden Anordnungen des Generalissimus. Denn wie zweifelhaft erscheine es, ob man bei einem Angriffe auf den Feind den Sieg davontragen werde; und doch könne eine Niederlage alle Berechnungen des Oberfeldherrn vernichten.

Dadurch war das Ansehen Wallensteins zunächst vollkommen wieder hergestellt, der Kurfürst Maximilian aber aufs Neue sein unversöhnlicher Gegner geworden, der immer und immer wieder Eingriffe gegen die Anordnungen Wallensteins versuchte, die dieser nothwendig zurückweisen mußte, wollte er anders sein Ansehen als alleiniger Oberfeldherr des Kaisers aufrecht erhalten. Maximilian aber fand nun einen mächtigen Bundesgenossen gegen Wallenstein am Wiener Hofe in der Person des spanischen Gesandten Castañeda, der erbittert darüber war, daß Wallenstein gegen die spanische Absicht, ein Heer unter dem Herzoge von Feria im Elsaß aufzustellen, energisch protestirt hatte. Und doch hatte Wallenstein zu diesem Protest nicht bloß die persönliche Veranlassung, daß er unter Berufung auf die Znaimer Verabredungen einen zweiten Feldherrn neben sich nicht dulden wollte, sondern er konnte dafür auch wirklich gewichtige politische Gründe anführen. Er betonte mit Recht, daß dadurch die protestantischen und selbst die katholischen Stände gereizt, vor Allem aber, daß durch das Erscheinen einer neuen fremden Heeresmacht Frankreich zum Eingreifen veranlaßt und die schon begonnenen Friedensverhandlungen vereitelt werden würden. Er sprach es in einem Schreiben an den Kaiser offen aus, „daß die, welche ein solches gerathen, entweder das Werk nicht verstehen oder die Beförderung Ihrer Kaiserlichen Majestät Dienst in keine Consideration ziehen". Keinesfalls aber, so erklärte er, könne er dem Herzoge von Feria auch noch Truppen zu Hilfe schicken, da er deren zur Deckung Böhmens dringend bedürfe. In der That konnte es ihm keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß seine Gegner mit der Forderung eines Hilfscorps für Spanien in erster Linie eine Schwächung seiner militärischen Mittel bezweckten.

Diesen Erwägungen Wallensteins verschloß sich anfangs auch der Kaiser nicht; er erklärte wiederholt, daß der Einmarsch spanischer Truppen nach Deutschland unthunlich sei. Endlich aber gab er doch dem fortwährenden Drängen Castañedas und seiner Bundesgenossen am Wiener Hofe nach und ertheilte dem Cardinal-Infanten Don Fernando, dem Herzoge von Feria und dessen spanischen und italienischen Truppen den gewünschten Paß zum Einmarsch. Zwar suchte man dann Wallenstein wieder zu beruhigen, indem man ihm mittheilte, daß Feria Anweisung habe, sich seinen Anordnungen zu fügen. Aber der erste Schritt zu einer Verletzung der Wallenstein in Znaim und Göllersdorf ertheilten Zusicherungen war doch geschehen.

Auch nach einer anderen Richtung hin war das der Fall. Unter den Gegnern Wallensteins, von deren Intriguen gegen ihn er durch seine Anhänger stets unterrichtet wurde, fing jetzt auch der Todfeind des Feldherrn, der kaiserliche Beichtvater Lamormain, an eine hervorragende Rolle zu spielen

und sich, den Abmachungen mit dem Feldherrn direct entgegen, in die politischen Geschäfte einzumischen. Dem gegenüber vermochten schon im Hochsommer 1633 die Freunde Wallensteins, der Fürst Eggenberg, Questenberg u. A. m. nicht mehr recht durchzudringen. Alles das wußte Wallenstein und fing an ernstlich für seine Stellung zu fürchten. Wie sehr die Mißstimmung, welche sich seiner in Folge dessen bemächtigte und die auf den Verlauf seiner Verhandlungen mit Schweden und Sachsen von entscheidendem Einfluß gewesen ist, berechtigt war, sieht man aus einem Schreiben, welches Questenberg am 1. August an Wallenstein richtete. Er schreibt: „Ich trinke den Sauerbrunnen und schlägt darzu alle Unlust, daß man so stark negociiren muß und dennoch nicht fortkommen kann!“ Niemand wollte recht Hand anlegen; Alles werde nur oberflächlich betrieben. Er sei die Stimme eines Rufenden, aber in der Wüste. Niemand wolle ihn hören. Deutlicher kann sich wohl ein kaiserlicher Rath nicht ausdrücken. Es war eben klar, daß von Neuem, wie im Jahre 1630, dem Feldherrn von einer einflußreichen Partei am Hofe entgegengearbeitet wurde; Wallenstein vernahm, daß diese es durchgesetzt hatte, daß der ihm ebenfalls feindlich gesinnte Präsident des Hofkriegsraths, Graf Schlick, zu ihm ins Lager entsandt werden solle, um von Neuem die Forderungen des Kurfürsten Maximilian bei ihm zu vertreten und zugleich die Zustände im Heere einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen.

Unter dem Eindrucke dieser Nachrichten ist es geschehen, daß Wallenstein im Feldlager vor Schweidnitz sich von Neuem zu Verhandlungen mit den Sachsen entschloß. Man sieht jetzt förmlich den Conflict herrannahen; beide, die jesuitisch-bayrisch-spanische Partei am Hofe wie Wallenstein selbst steuerten demselben immer offenbarer entgegen. Schon auf die Verhandlungen Wallensteins im Mai und Juni hatte, wie wir hervorhoben, jene Feria'sche Angelegenheit, von der Wallenstein schon im April Kenntniß hatte, mitgewirkt. Während er im Verlaufe des ganzen Jahres 1632 in einer durchaus loyalen Haltung gegenüber dem Kaiser verharrt hatte, war er damals, im Frühjahr 1633, zwar noch nicht mit ganz bestimmten Vorschlägen, aber doch in seinen zum Theil verwegen kühnen Aeußerungen über diese Linie der Loyalität weit hinaus gegangen. Es hatte schon damals den Anschein, als denke er an offenen Abfall vom Kaiser. Aber als dann Oxenstierna eben diesen Gedanken als den entscheidenden, seine Ausführung als die Vorbedingung seiner Unterstützung bezeichnet hatte, war Wallenstein ganz plötzlich und unvermittelt von den Verhandlungen zurückgetreten, so daß bei denen, mit denen er verhandelt hatte, der Gedanke entstehen konnte, er habe im letzten Grunde nichts weiter beabsichtigt, als die Gegner an der Nase herumzuführen und von einander zu trennen. In der That ist diese Deutung für jene Verhandlungen noch durchaus möglich. Wallenstein bewegte sich fortwährend in außergewöhnlichen

Aeußerungen und Entwürfen und, so vorsichtig er in Bezug auf schriftliche Aeußerungen war, so aufbrausend und rücksichtslos konnte er in persönlicher Erörterung sein. Er gefiel sich in der Rolle einer gleichsam über den Parteien stehenden Macht, die er benutzen könne, um den ihm als Ziel vorschwebenden Frieden gegen Jedermann, nöthigenfalls auch gegen den Kaiser, durchzusetzen. „Die Freiheit reizte ihn und das Vermögen.“ Wie oft ist es nicht in der Weltgeschichte vorgekommen, namentlich im Orient, daß Heerführer an der Spitze ihrer Armeen sich der Summe der politischen Gewalt bemächtigt und eine ihnen feindliche Partei am Hofe bekämpft haben! Eine solche Stellung mag ihm als Ziel vorgeschwebt haben. Die Armeen sollten im Gegensatz zu den Schreibern und Pfaffen aus eigener Machtvollkommenheit den Krieg nach ihren Endabsichten beendigen. Als ihm aber die scharfe und präcise Antwort Oxenstiernas deutlich zum Bewußtsein brachte, daß diese Absicht nur erreicht werden könne, wenn er vorher offen und rückhaltlos seinen Abfall vom Kaiser vollziehe, da zog er es doch vor, von dem bedenklichen Wege, auf dem er sich befand, zurückzutreten.

Als aber jetzt immer bedrohlichere Nachrichten aus Wien einliefen, die ihm die Gefahr einer neuen Absetzung in sich zu schließen schienen, da dachte er doch nunmehr ernstlich daran, sich gegen die Intriguen seiner Gegner am Wiener Hofe durch eine Vereinbarung mit seinen Gegnern im Felde zu sichern. Das war der Zweck der neuen Verhandlungen, die er am 16. August mit Arnim anknüpfte. Leider sind aber die Nachrichten, welche uns über dieselben erhalten sind, so widersprechend, daß es kaum möglich ist, mit Sicherheit anzugeben, wohin eigentlich seine wahre Endabsicht dabei gegangen ist. Wahrscheinlich sind diese Widersprüche der Quellen, die sogar auch in den verschiedenen Briefen eines und desselben Mannes, des Grafen Thurn, zu Tage treten, darauf zurückzuführen, daß Wallenstein in der That von einander sehr verschiedene Vorschläge machte, je nachdem er mit dem einen oder dem anderen der Betheiligten verhandelte. Wir werden dabei im Ganzen drei Arten von Verhandlungen von einander zu unterscheiden haben: einmal die ostensiblen, in denen es sich zunächst nur um eine Wiedereröffnung des Waffenstillstandes handelte, die dann am 22. August in der That zu Stande kam; zu diesen ist sogar der Präsident des Hofkriegsraths, Graf Schlick, der vom 18. bis 20. August im Lager verweilte, mit herangezogen worden; sie waren also durchaus harmloser Natur; dann aber die Verhandlungen mit Thurn und Arnim gemeinsam, endlich die mit Arnim allein. In welcher dieser beiden letzteren Wallenstein, der fast unerreichte Meister diplomatischer Verschlagenheit, seine wahre Meinung gesagt hat, läßt sich nicht mit voller Sicherheit feststellen. Jedenfalls treten uns aus den Nachrichten, die darüber vorhanden sind, zwei durchaus verschiedene Projecte entgegen. Das eine derselben, das er nur mit Arnim allein besprochen haben kann und auf das er später in einer für Alle unerwarteten Weise zurückkam, ging dahin, sich nur mit Sachsen und Brandenburg zu verständigen, deren Armeen mit der seinigen

zu verbinden und sich dann gegen denjenigen zu wenden, der den zwischen ihnen vereinbarten Frieden nicht anerkennen wolle, sei es nun Schweden und Frankreich, sei es der Kaiser. Das will sagen: nach diesem Project wollte er den Frieden in Deutschland durch Vereinbarungen mit den deutschen Fürsten allein ohne die auswärtigen „Interponenten" herbeiführen und dann den Kaiser, wenn nöthig, zur Annahme desselben zwingen, eventuell aber auch sich gemeinsam mit den protestantischen Kurfürsten gegen Schweden wenden. Nach seinem späteren Verhalten möchte ich fast vermuthen, daß dieses Projekt, welches nicht nothwendig zu einem unheilbaren Bruch mit dem Kaiser führen mußte, seiner wahren und innersten Neigung entsprach. Allein dasselbe scheiterte daran, daß Arnim an der Ausschließung Schwedens und der sogar eventuell gegen diese Macht gerichteten Tendenz desselben Anstoß nahm und deswegen nicht darauf einging. Daß aber ein solches Project einer Vereinigung Wallensteins nur mit Brandenburg und Sachsen mit Ausschluß Schwedens ernstlich discutirt worden ist, hat Arnim selbst Oxenstierna zugestanden.

Ganz anders lautete das zweite Project, welches, nachdem das erste an der ehrlichen Haltung Arnims Schweden gegenüber gescheitert war, zunächst den weiteren Verhandlungen zu Grunde gelegt wurde. Nach diesem sollte die Vereinigung der Armeen sich nicht auf Brandenburg und Sachsen beschränken, sondern auch auf Schweden erstrecken; ja es sollte ein Bund mit allen antihabsburgischen Mächten, mit Frankreich, Holland und dem Fürsten Georg Rakóczy von Siebenbürgen geschlossen und dann mit vereinigter Macht gegen das Haus Oesterreich vorgegangen werden. Für dieses umfassende Vorgehen wurden sogar schon die Rollen vertheilt: Herzog Bernhard und Holck sollten sich gegen den Kurfürsten von Bayern, Horn gegen Feria wenden; die Franzosen sollten den Kampf gegen Spanien in Italien aufnehmen. Wallenstein selbst wollte sich nach Böhmen zurückziehen und dann von dort aus gegen Oesterreich und Steiermark hervorbrechen. Kein Wunder, daß Thurn, der an den Besprechungen über dieses Project theilnahm, darüber in helles Entzücken gerieth. Er schrieb in seiner optimistisch-übertriebenen Weise am 27. August an Oxenstierna: „Euer Excellenz setzen die wenigsten Zweifel nit, es ist geschlossen, den Kayser nach Spania zu jagen." Ohne Zweifel glaubte Thurn, daß dann auch die Erhebung Wallensteins auf den böhmischen Thron sich mit Nothwendigkeit ergeben müsse.

Mag sich nun aber auch Thurn zu weit gehenden Hoffnungen hingegeben und manche Aeußerung Wallensteins mißverstanden und übertrieben haben, daran kann jedenfalls kein Zweifel sein, daß der kaiserliche Generalissimus diesmal Arnim gegenüber viel weiter aus sich herausgegangen ist, als jemals früher. So vorsichtig und unbestimmt sich Arnim auch nach den bisherigen Erfahrungen über die Projecte Wallensteins dem schwedischen Kanzler gegenüber geäußert hat, den einen Eindruck hatte er doch aus den Verhandlungen mit Sicherheit gewonnen, daß der kaiserliche Feldherr diesmal in weit höherem Grade als früher gegen den Kaiser „disgustirt", daß es ihm

diesmal wirklich Ernst mit seinen Anerbietungen war. Im Einzelnen freilich war Alles noch immer unbestimmt genug und in weitem Felde. Arnim brauchte sich, um dies zu erkennen, nur des grellen Widerspruchs zwischen den beiden Projecten, über die verhandelt worden war, zu erinnern. Wer bürgte dafür, daß der wetterwendische und in den Eingebungen seiner Laune unberechenbare Mann nicht sehr bald wieder auf jenes erste, an Arnims Widerstande gescheiterte Project zurückkam? Wichtig aber war für Arnim vor Allem, daß ihm Wallenstein diesmal doch eine Art von Garantie geboten hatte, indem er sich doch endlich auch über die entscheidend wichtige Frage, ob er denn seiner Armee für den Fall eines offenen Abfalls vom Kaiser völlig sicher sei, offen ausgesprochen hatte. Er hatte kein Hehl daraus gemacht, daß er jene Frage doch nicht in Bezug auf alle Regimenter in vollem Umfange bejahen könne; ja er hatte mehrere Regimenter, sechs an der Zahl, namentlich als solche bezeichnet, deren Zuverlässigkeit er nicht für sicher hielt, und sich erboten, diese dem Oberbefehl Arnims zu unterstellen. Danach schien es ihm in der That mit der Vereinigung der Armeen zur Durchführung des gemeinsamen Endziels voller Ernst zu sein.

Welches aber war nun dieses Endziel? Nach Arnims Aeußerungen ging Wallensteins Anerbieten dahin, daß Alles im römischen Reiche wieder aufgerichtet und sowohl in weltlichen wie geistlichen Angelegenheiten auf den früheren Stand gebracht und so erhalten werden sollte; dabei habe er sich „hochbetheuerlich“ erboten, „wider alle diejenigen, so sich dem entgegen setzen sollten, ohne einigen Unterscheid seine Waffen zu wenden, auch nicht eher nachzulassen, bis solcher gewünschter Zweck erreichet“. Dieser Vorschlag aber, der im Wesentlichen auf die im Juni ausgesprochenen Pläne herauskommt, erhielt doch diesmal eine weit festere Grundlage durch jenes Anerbieten, einige kaiserliche Regimenter Arnim zu unterstellen. Daneben war jetzt außer der Wiederherstellung der Zustände im Königreich Böhmen einschließlich seines Charakters als Wahlreich auch insbesondere von der Verbannung der Jesuiten, die Wallenstein nicht minder haßte, als sie von den Protestanten gehaßt wurden, die Rede.

Mit diesen Vorschlägen Wallensteins reiste nun Arnim in den letzten Augusttagen aus dem Lager ab, um sich erst zu seinem Kurfürsten, dann aber zu dem schwedischen Reichskanzler zu begeben.

Schon vor ihm hatte auch der Hofkriegsrathspräsident Schlick das Lager verlassen. Sein ostensibler Auftrag hatte dahin gelautet, Wallenstein zu veranlassen, daß er Aldringer mit seinem durch 4000 Mann von Holcks Truppen zu verstärkenden Corps dem schwer bedrängten Kurfürsten Maximilian überlassen möge. Nach dem Berichte, welchen Schlick nach Wien erstattete, hat Wallenstein in der That, wenigstens bedingt, nachgegeben und Aldringer den Befehl ertheilt, „sich Ihrer kurfürstlichen Durchlaucht Ordinanzen begehrtermaßen in Allem zu accomodiren und zu bequemen, allein mit diesem Vorbehalt, daß er sich in keine Hauptbelagerung einiges Ortes einlassen oder impugnieren

sollte“. Man sieht: ein unbedingtes Aufgehen des Aldringerschen Corps in dem spanischen wollte und konnte Wallenstein nicht bewilligen: soweit er nachgeben konnte, gab er nach.

Ob Wallenstein auch von der geheimen Mission Schlicks eine Ahnung hatte, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Dieser geheime und nicht ohne Erfolg versuchte Auftrag Schlicks ging dahin, Gallas, Piccolomini und andere hohe Befehlshaber so zu stimmen, daß der Kaiser für den Fall, „daß Sie mit dem Herzoge von Friedland seiner Krankheit halber oder sonst eine Veränderung vornehmen wollten“, ihrer standhaften Treue versichert sein dürfte.

Einstweilen ruhten dann die Verhandlungen in Schlesien, bis Arnim von seiner Reise zu Oxenstierna zurückgekehrt sein würde.

Der schwedische Kanzler war von den Vorgängen im Schweidnitzer Lager schon durch die freilich übertriebenen optimistischen Briefe Thurns unterrichtet, die hauptsächlich den Zweck verfolgt hatten, sein Mißtrauen gegen Wallenstein, das seit dem Abbruch der Verhandlungen im Juli noch größer geworden war, zu zerstreuen. Das war ihm aber doch nicht völlig gelungen. Immerhin hatte er sich, nachdem er erfahren hatte, daß Wallenstein wirklich ernstlich mit dem Wiener Hofe gespannt sei, bereit erklärt, auf die neuen Verhandlungen einzugehen. Am 10. September traf er mit Arnim, der unterwegs in Großenhain eine Unterredung mit seinem Kurfürsten gehabt hatte, in Gelnhausen zusammen. Obwohl der Reichskanzler aus Arnims Eröffnungen den Eindruck gewann, daß die Anerbietungen Wallensteins „für einen bloßen Scherz doch zu grob“ seien, trat er doch aus seiner Zurückhaltung nur wenig heraus. Er hatte mit der Arglist und Doppelzüngigkeit Wallensteins doch schon zu schlimme Erfahrungen gemacht. Vor Allem hegte er die Besorgniß, daß derselbe schließlich wieder auf den Gedanken zurückkommen könne, sich nur mit Sachsen und Brandenburg ohne Zuziehung Schwedens zu verbinden, und Arnim, der selbst doch auch kein volles Vertrauen zu der Sache hatte, mußte ihm zugeben, daß davon im Schweidnitzer Lager auch die Rede gewesen sei. Natürlich aber wollte Oxenstierna die Sache, die, wenn sie Ernst war, von der größten Bedeutung war, doch auch nicht ganz von der Hand weisen. Er begnügte sich schließlich mit ziemlich allgemein gehaltenen und unbestimmten Erklärungen, die im Wesentlichen wieder darauf hinausliefen, daß Wallenstein erst durch die That zeigen müsse, daß es ihm Ernst sei, ehe an eine wirkliche Unterstützung gedacht werden könne. Er ersuchte Arnim, „den Herzog von Friedland nur fortzutreiben und ihm zu versichern, daß, wenn er seine Desseins nur fortsetze, er von ihm und seinen Freunden nicht im Stich gelassen werden solle“. Er ertheilte ferner Herzog Bernhard den Auftrag, dem Feldmarschall

Holck, dem Vertrauten Wallensteins — der übrigens gerade in diesen Tagen eines plötzlichen Todes verstarb — beizuspringen, sobald er seiner Hilfe bedürfe. Im Uebrigen beschloß der Kanzler doppelt vorsichtig zu sein und alle seine militärischen Maßregeln so zu treffen, daß er für den Fall, daß sich die Verhandlungen abermals zerschlügen, gegen jeden Angriff Wallensteins gedeckt wäre.

Dagegen war der Kurfürst Johann Georg, den Arnim auf der Rückreise am 16. September auf der Moritzburg sprach, jetzt mehr als früher geneigt, auf die Anerbietungen Wallensteins einzugehen. So unbestimmt die Antwort, die er Arnim ertheilte, auch war, so sehr sie den conservativen, nur auf eine Herstellung des Friedens im Allgemeinen gerichteten Charakter der sächsischen Politik auch betonte, so enthielt sie doch die Ermächtigung, daß die Armeen sich zur Erreichung „der Tranquillirung des heyligen Römischen Reichs und Reducirung desselben Fundamentalgesetze, auch teutschen Libertät" nicht allein mit einander verglichen, sondern auch „treulich cooperirten". Johann Georg bewilligte also jetzt, was er in Chmelen im Juni trotz Arnims Zureden verweigert hatte. Und in etwa gleichem Sinne erklärte sich auch der Kurfürst von Brandenburg, den Arnim am 19. September in Beeskow aufsuchte, beide aber, ohne der Mitwirkung Schwedens zu gedenken. Man nahm an, daß man unmittelbar vor dem Abschluß der Vereinbarung mit Wallenstein stehe. In dieser Erwartung traf Arnim wieder im Heerlager vor Schweidnitz ein.

Da trat Wallenstein am 26. September plötzlich wieder mit jenem schon während der Verhandlungen im August anfangs von ihm ausgesprochenen Gedanken hervor, in Gemeinschaft mit Sachsen und Brandenburg die Schweden vom deutschen Boden zu vertreiben. Sei es nun, daß ihn die unbestimmten Erklärungen Oxenstiernas nicht befriedigten, vielmehr in lebhaften Unwillen gegen dessen zögernde Haltung versetzten, sei es, daß es einigen ihm freundlicher gesinnten kaiserlichen Commissaren, die im September in seinem Lager erschienen waren, gelungen war, ihn zu beruhigen, kurzum, er wollte von der Verbindung mit Schweden, auf die er wahrscheinlich in den Verhandlungen mit Arnim nur zögernd eingegangen war, wieder völlig zurücktreten und sogar Sachsen und Brandenburg veranlassen, sich mit ihm vereint gegen Schweden zu wenden.

Es ist erklärlich, daß vor Allem die böhmischen Emigranten über diese neue Treulosigkeit des Friedländers im Innersten empört waren. Ebenso war der Kurfürst von Sachsen, noch mehr aber der von Brandenburg im Innersten entrüstet über Wallensteins Verhalten. Georg Wilhelm erklärte, man dürfe sich auf weitere Verhandlungen mit ihm unter keinen Umständen einlassen. Weniger nachhaltig scheint die Entrüstung auf der Seite der Sachsen gewesen zu sein; denn wir hören bald darauf von neuen Verhandlungen, die sie mit Wallenstein auf der alten Grundlage der Herstellung der früheren Zustände im Reiche, wie sie unter Rudolf und Matthias gewesen, anknüpfen.



Karte von Schlesien. Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum", 1637.

Nach seiner alten Verfahrensweise suchte aber Wallenstein diesen Verhandlungen auf völlig veränderter Grundlage, auf die die Sachsen doch nicht sogleich einzugehen bereit gewesen waren, durch kriegerische Erfolge den nöthigen Nachdruck zu verleihen. Er befahl Gallas, der an des soeben verstorbenen Generals Holck Stelle getreten war, von Neuem einen Einfall in Sachsen zu unternehmen, vornehmlich zu dem Zwecke, um die sächsischen Truppen zu zwingen, sich zur Vertheidigung ihres Landes in dieses zu begeben, d. h. von den Schweden in Schlesien zu trennen. Nachdem er diesen Zweck in der That erreicht hatte, wandte sich Wallenstein mit voller Macht gegen die unter Thurn und Duvall in Schlesien zurückgebliebenen Schweden und griff dieselben in ihrer isolirten Stellung bei Steinau a. O. an. Nach einem von Schaffgotsch geleiteten glücklichen Reitergefechte mußte das ganze, etwa 6000 Mann zählende schwedische Corps capituliren (10. October). Die gemeinen Soldaten wurden in das kaiserliche Heer eingereiht, den Officieren aber, also auch Duvall und dem Todfeinde des Kaisers, dem Grafen Thurn, abzuziehen gestattet, jedoch mit der Bedingung, daß alle noch von ihnen besetzten schlesischen Plätze an die Kaiserlichen ausgeliefert werden sollten. In kurzer Zeit war ganz Schlesien in Wallensteins Händen.

Dieser neue, ebenso glänzende als überraschende Erfolg hatte zunächst eine vorübergehende Umstimmung der leitenden Kreise in Wien zur Folge. Die Briefe, welche von dort aus an Wallenstein nach diesem Siege gerichtet wurden, sind in den überschwänglichsten Ausdrücken der Freude und des Dankes abgefaßt. Selbst der spanische Resident im Lager Wallensteins ergeht sich in unbegrenzten Lobeserhebungen. „Nun wird", so schreibt er dem Kaiser, „sich der Feind zum Frieden genöthigt sehen, und die Angelegenheiten der Religion, Eurer kaiserlichen Majestät und des Hauses Oesterreich werden zu einer Höhe emporgehoben werden, welche sie bisher noch nie erreicht haben."

Der Reihe nach öffneten nun die schlesischen Städte, zuletzt auch Breslau, Wallenstein die Thore. Seine Truppen drangen ins brandenburgische Gebiet vor. Frankfurt a. O. ergab sich ihnen ohne Schwertstreich. Wallenstein dachte an einen Einfall in Sachsen direct, um Johann Georg zum Abschluß der aufs Neue angeknüpften Verhandlungen zu nöthigen. Er rückte in der That nach Görlitz vor. Der kaiserliche Generalissimus nahm noch einmal eine grandiose Stellung ein, er schien die Geschicke der Welt in seiner Hand zu haben: nur kurze drei Monate, und er lag ermordet im Palaste von Eger.

Der Historiker geräth in Verlegenheit, wenn er angeben soll, in welchem Momente der unlösbare Conflict zwischen dem Kaiser und seinem Heerführer ausgebrochen ist. Die Friedensverhandlungen, welche Wallenstein unausgesetzt mit Sachsen und Brandenburg gepflogen hat, würden ihn allein nicht hervorgerufen haben. Von dem, was an diesen Verhandlungen Bedenkliches war, hatte der Kaiser, wenn überhaupt, nur sehr unbestimmte Kunde. In den-



MATTHIAS CONTE DE GALLAS CONSEILLER ET CHAMBELAN DV ROY D'HONGRIE ET GENERAL DANS SES ARMEES.

B. Moncornet excu Cum Priuilegio Regis

Graf Gallas.

Facsimile des Kupferstiches von B. Moncornet.

jenigen Theilen der Vereinbarungen aber, welche Wallenstein ihm mittheilte, war zwar nicht volles Einverständniß, aber doch eine gemeinsame Grundlage vorhanden. Ist doch selbst der Gedanke einer theilweisen Wiederherstellung des

Pfälzischen Hauses, wenigstens nach dem Ableben Maximilians, selbst dem Pater Quiroga keineswegs unannehmbar erschienen. Es gab sogar einen Moment, in welchem der kaiserliche Hof unter der Einwirkung Eggenbergs zum nicht geringen Entsetzen der katholisch-jesuitischen Partei geneigt war, nicht zwar für die Erblande, aber doch für das Reich das Normaljahr 1618 zuzugestehen." Bis zu dieser Grenze etwa sind die Commissare des Kaisers in Leitmeritz gegangen. Gegenüber den Vorwürfen, welche die Jesuiten und der kaiserliche Beichtvater Lamormain dagegen erhoben, hat Eggenberg darauf hingewiesen, daß auch der Kaiser seine Theologen habe und daß diese der Meinung seien, daß es ihm sehr wohl erlaubt sei, mit den Andersgläubigen im Reiche Verträge dieser Art abzuschließen. Selbst nach Schlicks Sendung ist der Kaiser den erneuten Verhandlungen Wallensteins mit den Sachsen — von denen mit den Schweden hat er wohl überhaupt keine Kunde gehabt — nicht entgegengetreten. Dies ergiebt sich namentlich aus einem Schreiben, welches er am 18. September an Trautmannsdorf gerichtet hat, in welchem er diesem mittheilt, Wallenstein habe bei ihm angefragt, wie er sich Arnim gegenüber zu verhalten habe. Darauf habe er, der Kaiser, nach reiflicher Ueberlegung befunden, daß Alles davon abhängig sei, ob in der That mit Sachsen und Brandenburg zu einem beständigen Frieden zu gelangen sei: das aber müsse Niemandem besser bekannt sein als dem Herzoge von Friedland.

Dagegen trat in Bezug auf das Verhalten Wallensteins gegenüber Spanien und namentlich gegenüber Maximilian von Bayern die Differenz zwischen der Souveränität des Kaisers und der Selbständigkeit seines Feldherrn immer deutlicher zu Tage. Wir hoben hervor, daß Wallenstein in dieser Hinsicht sich dem Grafen Schlick gegenüber zu der Concession verstanden hatte, Aldringer anzuweisen, daß er sich Maximilian „accommodire", und nur den Vorbehalt gemacht hatte, er solle sich in keine Hauptbelagerung einlassen. Maximilian aber forderte mehr: der Kaiser sollte Aldringer von Wien aus direct anweisen, sich unbedingt den Befehlen des Kurfürsten zu fügen und den Ordonnanzen Wallensteins nicht zu gehorchen. In der That ließ der Kaiser mit einem derartigen Befehl Walmerode, ebenfalls einen erklärten Gegner Wallensteins, an Aldringer abgehen, ohne Wallenstein Mittheilung hiervon zu machen. Darin lag aber ohne Frage eine wirkliche Verletzung der mit Wallenstein abgeschlossenen Capitulation.

So war nun einmal die Lage der Dinge. In einem Momente der höchsten Gefahr hatte der Kaiser den Einzigen, der ihn erretten konnte, mit einer fast souveränen Gewalt ausgestattet, die ihn eigentlich seiner eigenen Verfügung entzog. Er hatte es gethan in der Erwartung, daß sich der Feldherr gleichwohl stets seinen Ansichten und Absichten unterordnen werde. In dem Augenblicke aber, in welchem sich zwischen seinen Zielen und denen des Feldherrn eine tiefgreifende Differenz herausstellte, mußte dem Kaiser die Macht, die er seinem Unterthanen anvertraut hatte, gefährlich und unheimlich erscheinen.

Der Jesuiten Monarchi.



Ich meynt'/es hetten nur vier Monarchien Zünffte
Auff Erden sollen seyn? Wo kömt denn her die
Fünffte?
Die fünffte/die nun gleich so hoch gestiegen ist/
Daß man der andern Macht vnd Grosseyn gar
vergist/
In dem sie stärcker viel vnd höher noch ist worden.
Vnd zwar jhr Vrsprung ist aus einem solchen Orden/
Der schlecht gnug kunte seyn. Jetzt/weil das Glücke lacht
So haben sies so hoch/als wol am Tag ist/bracht.
Ihr ist die Monarchi. Der Keyser ist nicht Keyser/
Im fall von jhnen Er die werthen KeyserReuser
Erflehn vnd heischen mus. Er hat die meiste Macht
In ReichesSachen nicht. Er ist vor nichts geacht
Nur jhr Vasall ist er. Hat er wol ehe doch müssen
Von einem stoltzen Pabst sich treten lan mit Füssen/
Vnd mehr als hündisch seyn. Den Namen führt er zwar/
Was aber der jhn hilfft/das ist ja offenbar.
Kein König ist so hoch/Er mus sich jhnen beugen/
Vnd vor dem hohen Rom sein Knechtlichs Scepter neigen.
Dis Gantze wollen sie zu eigen haben gantz/
Vnd lies so mancher Printz sein Häupt vor jhrer Schantz.
Ihr Reich sol ewig seyn. Doch siht man wie es gangen/
Seyd diese Monarchi zu herrschen angefangen/
Wie mehr als Heydnisch noch. So mancher frommer
Fürst/
Hat müssen halten her/nach dem sie hat gedürst.
Venedig weis es wol/wie es die Herren karten/
Drümb heissen sie sie noch von jhnen seyn/vnd warten/
Bis gar nichts werde draus. Wie wenig Oerter seyn/
Da sich das lose Volck nicht hat gedrungen ein.
Wir solten auch nun dran. Die Chur war schon verredet/
Ehe sie sie kriegten noch. Es ward vns auch verödet
So manches schönes Feld. Doch schickte Gott es so/
Daß sie geflohen sind/vnd wir noch frey vnd fro/
Ihr Stifft in Augen/wir sind doch/Gott Lob/geblieben/
Wie nichtig man vns hielt/jhr wüten ist vertrieben.
Sie stürtzen Tag für Tag. Ihr Scepter neiget sich.
Die Monarchi geht ein/gedencket nur an mich/
Vnd trawt auff vnsern Gott. Wie wird/wiewol zu späte/
Der fromme Keyser doch beseufftzen jhre Räthe/
Wie sies so falsch gemeynt. Wie wird er wündschen doch/
Daß er die nie gesehn/den'n er doch folget noch.

Gedruckt im Jahr M DC XXXII

Verkleinertes Facsimile eines den Kaiser vor den Jesuiten warnenden Flugblattes.

Immer mehr näherten sich inzwischen die Bestrebungen der Gegner Wallensteins ihrem eigentlichen Ziele. Das Corps Aldringers erhielt von Maximilian unter kaiserlicher Zustimmung die Weisung, sich mit dem Herzoge von Feria zu vereinigen. Aber auch die Verfügung über die ihm direct

unterstehenden kaiserlichen Truppen sollte Wallenstein entzogen werden. Gallas erhielt von Wien direct den Befehl, mit 1000 Pferden und allen Dragonern von Böhmen aus nach Nürnberg zu marschiren, während ihm Wallenstein ausdrücklich geboten hatte, mit seinen Truppen Böhmen, auf das das Hauptaugenmerk des Feindes gerichtet sei, zu decken. Die Unterfeldherren des Generalissimus kamen in eine immer bedenklichere Lage. Sollten sie dem Befehl ihres Oberfeldherrn oder dem des Staatsoberhauptes gehorchen? Gallas that mit schwerem Herzen das letztere. Er wußte, daß der kaiserliche Befehl eben von Wien aus, d. h. ohne eigentliche Kenntniß der Lage des Heeres, gegeben war. Er trug kein Bedenken, seine Ansicht dem Kaiser mitzutheilen; er schrieb ihm, daß durch seinen Abmarsch nach Nürnberg des Kaisers Länder dem Feinde offen stehen würden.

Diese Gegensätze in der Auffassung der strategischen Lage waren dann, wie wir sehen, durch Wallensteins Sieg bei Steinau einen Augenblick wieder in den Hintergrund getreten. Bald aber wurden die alten Verdächtigungen wieder laut, namentlich machte man es Wallenstein zum schweren Vorwurf, daß er Thurn wieder entlassen hatte. Daß er hierzu triftige Gründe hatte — erlangte er doch eben dadurch die Uebergabe mehrerer noch im Besitz des Gegners befindlicher Festungen — wurde am Wiener Hofe nicht gewürdigt. Die entscheidende Wendung trat aber dort durch den Fall Regensburgs ein.

„Ich will meinen Kopf zum Pfande setzen, daß der von Weimar nach Eger wird gehen", erklärte Wallenstein noch im November, als auf Veranlassung des Kurfürsten von Bayern ein reitender Bote nach dem andern vom Kaiser an ihn geschickt wurde, um ihm das Begehren Maximilians, Hilfe von ihm zu erhalten, kundzuthun. Es war ein verhängnißvoller Irrthum, in dem sich der Feldherr Wallenstein befand. Die Folgen dieses Irrthums haben recht eigentlich dem Fasse den Boden ausgeschlagen.

Allerdings hatten noch im October, wie Oxenstierna am 27. October Johann Georg mittheilte, die Schweden die bestimmte Absicht, eine energische Diversion gegen Böhmen zu unternehmen, um dadurch den Kurfürsten von Sachsen aus der ihm drohenden Gefahr zu erretten. Bernhard von Weimar hat das direct als die Hauptaufgabe des Feldzugs bezeichnet. Aber er meinte eben, dieses Endziel besser durch einen Angriff auf Regensburg zu erreichen, die Kaiserlichen von Böhmen, Sachsen und Schlesien auf diese Weise nach Bayern heranzuziehen. Das für Wallenstein völlig Unerwartete geschah. Am 14. November fiel Regensburg, der außerordentlich wichtige Donaupaß, in die Hände des Feindes. Damit war allerdings die Gefahr unmittelbar an die kaiserlichen Erblande herangetreten.

Wallenstein aber hatte den immer wiederholten Hilfegesuchen Maximilians von Bayern gegenüber dem Kaiser immer aufs Neue seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß Bernhard gar nicht an einen Ueberfall Regensburgs denke, vielmehr einen Einfall in Böhmen plane. Gegen einen solchen hatte er durch Befehle an Aldringer und Gallas alle erforderlichen Vorkehrungen

getroffen. Noch an dem Tage, an welchem Regensburg fiel, am 14. November, hatte er nochmals an den Kaiser berichtet: „daß der Herzog von Weimar seine Intention gegen Regensburg gerichtet, hat auf der Welt keine Apparenz.“ Gleichzeitig mit diesem Briefe traf in Wien die Nachricht von dem Falle Regensburgs ein. Maximilian von Bayern hatte Recht behalten, Wallenstein aber geirrt.

Wallenstein erhielt die niederschmetternde Nachricht am 18. November. Sofort, schon am darauffolgenden Tage machte er sich, indem er einen Theil seines Heeres zum Schutze Schlesiens dort zurückließ, auf, um dem Herzoge von Weimar entgegenzugehen und ihn an weiterem Vordringen zu hindern. In zehn Tagen legte er den Weg von Enzowar in der Nähe von Leitmeritz, also an der Nordgrenze Böhmens, bis nach Neumark an der Südwestgrenze zurück; am 30. November stand er bei Fürth in Niederbayern.

Aber inzwischen hatte er bereits die Nachricht von der völligen Umwandlung, die sich in der Stimmung des Wiener Hofes gegen ihn in Folge des Falles von Regensburg vollzogen hatte, erhalten. Er erfuhr, daß man damit umginge, sich seiner durch eine zweite Absetzung zu entledigen. Das wollte er nicht über sich ergehen lassen. Mißmuthig erklärte er dem Grafen Trautmannsdorf, mit dem er in der Nähe von Pilsen zusammengetroffen war, er wolle resigniren.

Inzwischen war auch in den böhmischen Grenzgebirgen der Winter eingetreten. Die Frage war, ob es unter diesen Umständen möglich sein werde, weiter vorzudringen oder gar Regensburg zurückzuerobern. Wallenstein war nicht dieser Meinung. Er glaubte, gerade in diesem Augenblicke sein Heer, auf welchem der Schutz der kaiserlichen Erblande beruhte, nicht unberechenbaren Unfällen aussetzen zu dürfen. Hatte er doch schon dem Grafen Trautmannsdorf gegenüber, seiner ganzen Auffassung von diesem Kriege entsprechend, geäußert, wenn der Kaiser noch zehn Siege erfechte, werde er dennoch nichts erreichen, eine einzige Niederlage aber werde ihn vernichten. Auch glaubte er annehmen zu dürfen, daß Bernhard einen Angriff gegen Oesterreich, während er in Böhmen stehe, nicht wagen werde. Obwohl daher seine Obersten dafür waren, wenigstens eine Belagerung von Cham, das von den Schweden mit einer Besatzung belegt war, zu versuchen, entschloß sich Wallenstein, der für eine solche nicht genügend mit Geschütz versehen zu sein glaubte, doch sich nach Böhmen zurückzuziehen und dort wieder, wie im vorigen Jahre, die Winterquartiere aufzuschlagen, nachdem er den Kaiser kurz von seiner Lage verständigt hatte. Der Kaiser antwortete in ziemlich ungnädigem Tone — zum ersten Male in seiner ganzen Correspondenz mit Wallenstein —, er habe ungern vernommen, daß er den Beschluß gefaßt habe, nach Böhmen zurückzugehen, während es doch seine Hauptaufgabe sein müsse, die kaiserlichen Erblande zu vertheidigen. Daß aber Wallenstein mit seiner Ansicht über die Unmöglichkeit eines Winterfeldzugs nicht allein stand, sieht man am besten aus dem Urtheil seines Gegners, des Herzogs Bernhard von Weimar, der

ebenfalls der Ansicht war, daß „Wallenstein wegen des eingefallenen Frostwetters in dem böhmischen Gebirge nicht so wohl fortkommen können".

Da der Kaiser mehrfach den Befehl an Wallenstein wiederholte, noch in diesem Winter den Feldzug gegen Bernhard zu eröffnen, Wallenstein aber dies für unmöglich hielt, bat der Letztere, ihm Questenberg ins Lager zu senden, da er „wegen vieler Ihrer Majestät Dienst und das bonum publicum betreffenden Sachen nothwendig mit dem Herrn zu reden habe". In der That traf dieser im Verein mit Trautmannsdorf im December 1633 in Pilsen ein, wohin sich Wallenstein von Fürth aus begeben hatte. Der Feldherr wollte die kaiserlichen Abgesandten durch eigenen Augenschein von der Unmöglichkeit, den Feldzug in diesem Winter noch zu eröffnen und die Winterquartiere außerhalb Böhmens zu nehmen, überzeugen; deshalb legte er deren Instruction den Obersten seines Heeres zur Begutachtung vor. Es war ein außergewöhnlicher Schritt, den er damit unternahm, aber er hielt ihn durch die Lage der Dinge für geboten. Die Heerführer sprachen sich einstimmig dahin aus, „daß jetziger Zeit die Execution höchstgedachter kaiserlicher Ordonnanzen eine pur lautere Unmöglichkeit sei". Sie meinten, man dürfe den Vorschlag gar nicht dem gemeinen Mann bekannt werden lassen, da sonst ein allgemeiner Aufruhr entstehen könne. In diesem Sinne berichtete Trautmannsdorf auch an den Wiener Hof. Questenberg, von dem man sich nach Schillers meisterhafter Darstellung dieser Vorgänge doch ein richtiges Bild nicht macht, war ohnehin einer der eifrigsten Verfechter der Wallensteinschen Politik am kaiserlichen Hofe. Er schrieb dem Kaiser noch von Pilsen aus, obwohl ihm die veränderte Stimmung, die in Wien herrschte, nicht unbekannt war: „Eure kaiserliche Majestät sollten allerdings versichert sein, da Etwas daran wäre oder seyn könnte (nämlich an den Gerüchten, daß der Feind in die kaiserlichen Erblande vordringen wollte), daß der Generalissimus Eurer Majestät Dienst in Acht zu nehmen, eher zu Fuß selbst hinlaufen und die Nothdurft in Acht nehmen würde." Aber einen nachhaltigen Eindruck vermochten Aeußerungen dieser Art in Wien nicht mehr zu machen. Der Conflict zwischen dem Hofkriegsrath und dem Generalissimus wurde demungeachtet immer schärfer. Der Fall, der früher bei Gallas vorgekommen war, wiederholte sich bei Suys: er erhielt vom Kaiser und von Wallenstein Befehle, die einander diametral widersprachen. Im Gegensatz zu dem Verhalten, welches Gallas eingeschlagen hatte, gehorchte Suys nicht dem Kaiser, sondern dem General. Das hatte nun aber wieder ein sehr scharfes Schreiben Ferdinands an Wallenstein zur Folge, in welchem ihm in einer unbestimmten Wendung mit Absetzung gedroht wurde.

Daß es so weit inzwischen in Wien gekommen war, liegt indeß nicht allein an dem Mißfallen des Hofes an Wallensteins strategischem Verfahren: es hatte auch tiefer liegende politische Gründe, die namentlich von spanischer Seite mit Nachdruck geltend gemacht wurden.

Zwischen den Fürsten der Liga, namentlich dem Kurfürsten von Bayern, und Wallenstein bestand ein ausgeprägter politischer Gegensatz schon von dem Augenblicke an, da Wallenstein einen bestimmenden Einfluß auf die kaiserliche Politik gewonnen hatte. Während des ersten Generalats Wallensteins hatte er vornehmlich darin seinen Ausdruck gefunden, daß der kaiserliche Feldherr dem Kaiserthum eine universalmonarchische Stellung verschaffen wollte, welche das katholische Fürstenthum ihm ebenso wenig einzuräumen geneigt war, wie das protestantische. In diesem Zwiespalt war Wallenstein zunächst unterlegen, die Fürsten der Liga hatten seine Absetzung durchgesetzt. Im zweiten Generalate knüpfte der Gegensatz vornehmlich an das Restitutionsedict und die damit zusammenhängenden kirchlich-politischen Fragen an, in denen Wallenstein zu Zugeständnissen an die Protestanten geneigt war, welche die Katholiken nimmermehr bewilligen wollten. Wir hören daher schon sehr früh im Jahre 1633 von Versuchen der ligistischen und der mit ihnen verbündeten jesuitisch-kirchlichen Kreise, auf den Kaiser dahin einzuwirken, daß er dem Feldherrn die Friedensverhandlungen, die ihr äußerstes Mißtrauen und Mißfallen erregten, nicht ferner überlassen möge. Einen gewaltigen Rückhalt aber hatten diese Wallenstein feindlichen Bestrebungen, wie wir schon hervorhoben, vor Allem an dem spanischen Gesandten Castañeda gefunden, dem sich im October noch der Graf Oñate, der damals nach Deutschland kam, zugesellte. Während auf dem Regensburger Kurfürstentage von 1630 gerade die spanische Politik sich für Wallenstein und gegen die auf seine Absetzung gerichteten Bestrebungen erklärt hatte, während der Wiedereintritt des Feldherrn in das Generalat unter freudiger Mitwirkung der Spanier angeregt und durchgeführt worden war, hatte sich seit Gustav Adolfs Tode ein stets wachsender Gegensatz zwischen ihnen und dem kaiserlichen Feldherrn herausgestellt. Derselbe beruhte nicht bloß auf der von Seiten des Gesandten wiederholt geäußerten Besorgniß vor den Eigenmächtigkeiten des Generals, auch nicht bloß auf jener seiner Weigerung, den Herzog von Feria neben sich zu dulden, sondern er erstreckte sich auch auf das ganz allgemein politische Gebiet. Ohne Frage hatte Ferdinand II. von Anfang an, schon bei den Verhandlungen über seine Succession, in denen er den Spaniern die Abtretung des Elsasses in Aussicht gestellt hatte, der spanischen Politik einen Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten eingeräumt, der den Interessen des Reiches keineswegs überall völlig entsprach. Auch in den mantuanischen Erbfolgekrieg, der gar kein unmittelbares deutsches Interesse berührte, war Ferdinand wesentlich durch spanische Einwirkung hineingezogen worden. Eben dadurch aber war das Reich auch im Allgemeinen in den Conflict zwischen Frankreich und Spanien verwickelt worden, in dem es sich wiederum wesentlich um spanische Interessen handelte. In dem inneren Kampfe, in den Richelieu mit der Königin-Mutter und dem Thronfolger sowie mit dem Herzoge von Lothringen gerathen war, hatte Spanien mehr oder minder offen die dem leitenden Minister feindliche Partei unterstützt; der Herzog von Lothringen war geradezu in einen Bund mit den Kaiser ge-

treten. Als sein Kampf mit der französischen Staatsgewalt aber eine ungünstige Wendung genommen hatte, war es Frankreich gelungen, in Lothringen sich einer Reihe fester Plätze zu bemächtigen; seitdem empfand man im deutschen Kriege fortwährend die Rückwirkung dieses spanisch-französischen Gegensatzes; Frankreich trat immer offener und erfolgreicher mit seinen Ansprüchen auf das linke Rheinufer hervor. Schon hatte sich ihm, von Gustav Adolf bedrängt, der Kurfürst von Trier in die Arme geworfen und ihm seine starken Festungen Philippsburg und Ehrenbreitstein eingeräumt. Wie durch die Protestanten Schweden, so schien jetzt durch die spanische Richtung der Wiener Politik auch Frankreich in die innerdeutschen Kämpfe hineingezogen zu werden.

Die Spanier hatten in der Zeit, in der ihr Verhältniß zu Wallenstein noch ein ungetrübtes war, diesen zu bewegen versucht, sie in ihrem Kampfe mit Frankreich und Holland zu unterstützen und namentlich jener Richelieu feindlichen Faction directe militärische Hilfe zu gewähren. Außerdem aber hatten sie, wie wir sahen, an ihn das Ansinnen gestellt, nicht allein die Aufstellung des Herzogs von Feria in Oberdeutschland und dem Elsaß zu genehmigen, sondern ihm auch einen Theil seiner Truppen zu unterstellen. In der ersteren Beziehung war Wallenstein in der That eine Zeit lang geneigt gewesen, den Wünschen der Spanier zu willfahren, d. h. den Herzog von Lothringen und die Königin-Mutter in ihrem Kampfe gegen Richelieu zu unterstützen. Je mehr dann aber seine Friedensverhandlungen mit Sachsen und Brandenburg in Gang kamen, für um so dringender nothwendig hielt er es, ein directes Eingreifen Frankreichs in den deutschen Krieg zu verhüten. Dieser Gesichtspunkt war in hohem Grade mitbestimmend für den Widerstand, den er erst dem Einrücken Ferias in Deutschland und später der Unterstellung Aldringers unter dessen Commando entgegenstellte.

Die hierdurch entstandene Spannung zwischen Wallenstein und Spanien und dessen Vertretern am Wiener Hofe erhielt noch durch ein anderes, auf den persönlichen Interessen Wallensteins beruhendes Moment eine erhebliche Verschärfung. Wir wissen, daß in Znaim-Göllersdorf der Kaiser seinem Feldherrn bei dessen Wiedereintritt ins Generalat eine „äquivalente“ Entschädigung für Mecklenburg in Aussicht gestellt hatte. Die böhmischen Emigranten hatten ihn dann zu veranlassen gesucht, sich diese Entschädigung dadurch selbst zu verschaffen, daß er sich zum Könige von Böhmen erheben lasse. Daß dies nur

Ziffernerklärung zum gegenüberstehenden Plane von Philippsburg (Abdruck aus dem „Theatrum Europaeum“): 1. Vestung Philipsburg. 2. Das Schloß. 3. Der rothe Thurn. 4. Der weisse Thurn. 5. Pallisaten. 6. Zollhauß fortificirt. 7. Fischer-Häuser. 8. Neugemachter halber Mond. 9. Herrn Obr. Schmidbergers Läger. 10. Und dessen Zelt. 11. Herrn Capitän Wimpffling Zelt. 12. Herrn Obr. Leutenants Sängers Zelt. 13. Marcketenter Platz. 14. Reuter Quartier. 15. Batterey auff dem Mühl-Platz. 16. Kalckofen Schantz. 17. Abgegraben Wasser. 18. Weg naher Graben. 19. Demolirt Schantz am Morast. 20. Neuer Weg von Oberhausen. 21. Läger vor Oberhausen. 22. Dorff Oberhausen. 23. Dorff Knautenheim. 24. Kirchhof zur Retirada. 25. Land-Wehr. 26. Brücke auff dem Damm. 27. Halber Mond an der Überfahrt. 28. Meberscheimer Hof. 29. Dritte Läger auff der Meberscheimer Aue. 30. Herrn Obr. Leutenant Bilau Zelt. 31. Umbgefällte Bäum zur Brustwehr. 32. Laufgräben am Rhein. 33. Halber Mond zur Flancquir.



Plan von Philippsburg. **Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum", 1670.**

in schroffem Gegensatze zum Kaiser geschehen konnte, lag auf der Hand. Thatsächlich liegt aber aus der Zeit der Verhandlungen während des Frühjahrs und Sommers 1633 kein irgendwie sicherer Beweis dafür vor, daß Wallenstein auf diesen Gedanken, der ihm auch von französischer Seite nahe gelegt worden war, damals ernstlich eingegangen ist. Wohl aber wissen wir aus Arnims Munde, daß Wallenstein in den Verhandlungen mit Sachsen als die Entschädigung, die er statt der mecklenburgischen Herzogthümer erstrebe, die Unterpfalz bezeichnet hat, die er durch Theile von Baden und Württemberg erweitert und nach Maximilians Tode auch mit der Kurwürde ausgestattet zu sehen wünschte. Auf diese Weise hoffte er in den Kreis der höchsten Fürsten des Reiches einzutreten. Durch diesen Wunsch aber stieß er mit den specifisch spanischen Interessen unmittelbar zusammen, da Philipp IV. von Anfang an ebenfalls auf die durch seine Truppen eroberte Unterpfalz, deren Besitz für jene von Spanien seit lange angestrebte Verbindung seiner italienischen mit den niederländischen Besitzungen von größter Bedeutung war, Ansprüche erhob. Ob dieser Anspruch jemals verwirklicht werden könne, war damals allerdings noch nicht mit Sicherheit zu sagen. Aber auch wenn er nicht verwirklicht werden konnte, war Spanien in keinem Falle geneigt, die Unterpfalz Wallenstein einzuräumen. In diesem Falle dachte es vielmehr sein Verhältniß zu England dadurch freundlicher zu gestalten, daß die Unterpfalz den Erben Friedrichs V. wieder eingeräumt werde.

Also sowohl in den allgemeinen europäischen, wie in den territorialen Angelegenheiten und Ansprüchen bestand ein unzweifelhafter scharfer Gegensatz zwischen Wallenstein und den Spaniern, der diese zu furchtbaren Bundesgenossen des Kurfürsten von Bayern und der Wallenstein feindlichen Partei am Wiener Hofe machte, und zwar um so mehr, als der junge Thronfolger, Ferdinand III., völlig vom spanischen Einflusse abhängig war und durchaus im Fahrwasser der spanischen Politik segelte. In Bezug auf die Gegnerschaft gegen Wallenstein stimmte der Thronfolger um so mehr mit Spanien überein, als er sich auch persönlich durch Wallenstein verletzt fühlte. Er hatte den dringenden Wunsch geäußert, in Wallensteins Heere an dem Kriege theilzunehmen, und dementsprechend neben ihm den Oberbefehl beansprucht. Wallenstein hatte das unter Berufung auf seine Capitulation, die das ausdrücklich ausschloß, in entschiedener Weise abgelehnt und erklärt, der König von Ungarn — das war der Thronfolger seit 1625 — sei sein geborener Herr, ihm wolle er gern das Commando abtreten, aber weder neben noch unter ihm dienen. Kein Zweifel, daß Wallenstein dazu berechtigt war, aber ebenso unzweifelhaft, daß der Thronfolger sich nun um so eifriger der dem Feldherrn feindlichen Partei zugesellte.

Wallenstein seinerseits aber hatte dieser Partei durch sein zweideutiges Verhalten während des ganzen Jahres 1633 nur zu viele Waffen in die Hand gegeben, die sie benutzen konnte, um den Kaiser gegen ihn aufzureizen. Nach dem Falle Regensburgs gewannen diese Bestrebungen um so mehr die

Oberhand, als sich Wallenstein unter Berufung auf das Urtheil seiner Obersten geradezu geweigert hatte, die ihm vom Wiener Hofe ertheilten Befehle auszuführen. Am Ende des Jahres 1633, als Questenberg und Trautmannsdorf aus dem Wallensteinschen Heerlager mit diesem negativen Bescheide zurückkehrten, war die Spannung zu einem Grade gediehen, der eine gewaltsame Lösung in der einen oder anderen Weise mit Sicherheit erwarten ließ. Wallenstein aber war über diese Stimmungen und Bestrebungen am Wiener Hofe durch die Anhänger, die er dort noch immer hatte, auf das Genaueste unterrichtet. Er war entschlossen, eine Wiederholung der Schmach von Regensburg nicht über sich ergehen zu lassen. Er beschloß, aufs Neue Verhandlungen mit den Gegnern des Kaisers zu eröffnen und zu versuchen, ob er die ihm drohende Gefahr nicht durch schleunigen Abschluß eines Friedens beschwören könne.

Die entscheidenden Schritte, mit denen Wallenstein die im September abgerissenen Fäden der Verhandlung wieder anknüpfte, begannen in den letzten Tagen des Jahres 1633. Diesmal wandte sich Trzka in directem, unzweifelhaftem Auftrage Wallensteins durch seine Schwester an Kinsky und bat ihn, nach Böhmen zu kommen. Ohne Zögern entsprach dieser der Bitte. Unterwegs erhielt er dann einen zweiten vom 26. December datirten Brief Trzkas, in welchem dieser darum bat, daß auch Herzog Franz Albrecht von Sachsen zu Wallenstein komme, falls Arnim nicht kommen könne. Trzka schrieb jetzt rückhaltlos offen, Wallenstein sei entschlossen, sich nicht nur mit den Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, sondern auch mit Schweden und Frankreich zu vereinigen; er wolle sein Heer in vierzehn Tagen concentriren und dann die Maske abwerfen; des französischen Volkes werde man dabei nicht bedürfen, wohl aber französischen Geldes.

Nach diesem Schreiben Trzkas nahm Kinsky an und mußte es annehmen, daß Wallenstein ernstlich an die Verbindung nicht allein mit den protestantischen Kurfürsten, sondern auch mit Schweden und Frankreich denke, d. h. auf den Plan jener großen antihabsburgischen Coalition zurückkomme, den er im Herbste des Jahres 1633 plötzlich verworfen hatte. Von dieser Auffassung der Dinge aus schrieb Kinsky wiederholt Briefe an den Grafen Thurn, in denen er diesem die Versicherung gab, er zweifle jetzt keinen Augenblick mehr daran, daß Wallenstein ausführen werde, was man im Herbst gewünscht habe. Im gleichen Sinne schrieb er auch an den französischen Gesandten Feuquières, mit dem er früher wegen der Erhebung Wallensteins zum Könige von Böhmen verhandelt hatte. Man sieht, daß, durch Trzkas Brief veranlaßt, die alten Hoffnungen der böhmischen Emigranten sofort wieder lebendig wurden.

Als nun aber Kinsky am 8. Januar, von seiner Gemahlin begleitet, zugleich mit dem sächsischen Obersten Schlieff, den der Kurfürst Johann Georg

zunächst statt Arnims und des Herzogs Franz Albrecht von Lauenburg entsandt hatte, in Pilsen eintraf und alsbald von Wallenstein empfangen wurde, merkte er aus dessen Eröffnungen sehr bald, daß Trzka in jenen Briefen die Farben doch zu stark aufgetragen habe, daß der kaiserliche Generalissimus in erster Linie, gerade wie im September, an eine Vereinigung mit den deutschen protestantischen Fürsten allein denke, mit ihnen einen sicheren Frieden schließen und diesen dann unter allen Umständen sowohl gegen Schweden, als gegen den Kaiser durchsetzen wolle.

In der That gingen dahin Wallensteins Gedanken. Zwar war seine Wiederannäherung an Sachsen, die durch Trzka und auch durch einen eigenhändigen Brief von ihm selbst eingeleitet worden war, zunächst eben durch seinen Conflict mit dem kaiserlichen Hofe veranlaßt; der erste Brief Trzkas ist unmittelbar nach jener Sendung Questenbergs und Trautmannsdorfs abgeschickt worden. Wallenstein war also diesmal sicher entschlossen, es auf einen bewaffneten Conflict mit dem Kaiser ankommen zu lassen. Aber er hielt doch auch noch immer nicht für unmöglich, ihn zu vermeiden, wenn es ihm gelinge, mit Sachsen und Brandenburg zu dem stets und unter allen veränderten Verhältnissen von ihm angestrebten Separatfrieden zu gelangen, sich dann mit den sächsischen und brandenburgischen Truppen zu vereinigen und im Besitze dieser erdrückenden militärischen Uebermacht vom Kaiser ebenso wie von Schweden die Anerkennung dieses Friedens zu verlangen. Erfolgte diese Anerkennung, so war sein hauptsächlichster Zweck erreicht; denn die Befriedigung seiner persönlichen Interessen wäre ein integrirender Bestandtheil des Friedens gewesen; dann konnte er also ohne Verletzung seines Ansehens vom Commando zurücktreten. Versagte der Kaiser seine Zustimmung, dann allerdings war Wallenstein entschlossen, sie ihm mit den Waffen in der Hand abzunöthigen. Dieser seiner Auffassung entsprach es durchaus, daß Wallenstein den kaiserlichen Hof sofort nach dem Eintreffen Kinskys und Schlieffs hiervon und von der Wiederanknüpfung der Friedensverhandlungen in Kenntniß setzte und sogar ausdrücklich die Entsendung eines kaiserlichen Commissars — er nannte Dr. Justus Gebhardt, der auch an den Leitmeritzer Verhandlungen theilgenommen hatte — zu diesen Verhandlungen beantragte. Dieser Auffassung entsprachen auch durchaus die Eröffnungen, die er erst Kinsky und am 9. Januar dem Obersten Schlieff gemacht hat. Wallenstein litt in jenen Tagen gerade wieder an einem besonders schlimmen Anfall von Podagra; er mußte Schlieff im Bett liegend empfangen und hat ihm so seine Erbietungen in die Feder dictirt. Dieselben betrafen sowohl die allgemeine europäische Lage, als die speciell deutschen Anliegen, um deren Erfüllung es sich handelte. Wallenstein ging davon aus, daß er vor Allem den Dominat, welchen die Spanier jetzt im Reiche aufrichten wollten, so lange er lebe, nicht dulden werde. Er berührte damit den tiefinnersten Grund seines Conflicts mit dem Wiener Hofe. Dann fuhr er fort, man dürfe aber auch Frankreich nicht über den Rhein kommen lassen, und ebenso zeigte er sich

nicht geneigt, sich auf Vereinbarungen mit Schweden einzulassen. Er ging im Allgemeinen von der Auffassung aus, daß die Festsetzung der Friedensbedingungen in der Hauptsache eine innerdeutsche Angelegenheit sei, daß man den auswärtigen Staaten eine angemessene Entschädigung gewähren, sie sonst aber vom deutschen Reichsboden nach Möglichkeit fernhalten müsse. Er sprach davon, die Spanier aus Italien, Artois und Hennegau zu vertreiben. Schweden könne man mit einigen pommerschen Seehäfen zufriedenstellen, für die dann Brandenburg, welches Anspruch auf Pommern habe, auf andere Weise entschädigt werden könne; Bernhard von Weimar dachte er einigen Landbesitz in Bayern oder dem Elsaß einzuräumen. Sachsen sollte die Lausitzen, Magdeburg und Halberstadt erhalten. Was er für sich selbst beanspruchte, scheint er nicht mit Bestimmtheit gesagt zu haben; nur so viel erhellt deutlich, daß er den früher Arnim gegenüber geäußerten Wunsch, durch die Unterpfalz für Mecklenburg entschädigt zu werden, fallen ließ. Denn er erklärte sich jetzt in Uebereinstimmung mit den ihm wohlbekannten Bestrebungen der beiden Kurfürsten, namentlich des brandenburgischen, dafür, daß die Pfalz in vollem Umfange wieder hergestellt werde; denn auf Maximilian von Bayern meinte er keine Rücksicht nehmen zu sollen.

Es war ein umfassendes und in allen Grundgedanken richtiges Friedensprogramm, mit dem Wallenstein so hervortrat. Der unendliche Jammer weiterer vierzehn Kriegsjahre wäre dem Vaterlande erspart geblieben, wenn ein Friede auf dieser Grundlage zu Stande gekommen wäre. Wäre ein protestantischer, vom Kaiser unabhängiger Reichsfürst mit diesem Programm und mit der militärischen Macht, es durchzuführen, hervorgetreten, es hätte von größtem Segen werden können. Der Leipziger Convent von 1631 hätte diese Aufgabe vielleicht lösen können, wenn er es mit der erforderlichen Energie unternommen hätte. Das Friedensprogramm enthielt richtige Grundgedanken, aber es hatte einen Mangel, wodurch es leicht illusorisch werden konnte und geworden ist. Dieser Mangel lag darin, daß es der kaiserliche Generalissimus war, der es, nicht in Uebereinstimmung mit dem Kaiser, sondern im Gegensatz zu demselben, aufstellte. Denn daß der Kaiser auf diese, theils gegen Spanien, theils gegen ihn selbst gerichteten Bedingungen nicht eingehen würde, lag auf der Hand. Die nothwendige Ergänzung war also die den sächsischen Unterhändlern ertheilte Versicherung, daß Wallenstein den Frieden auf diese Bedingungen auch gegen den Widerspruch des Kaisers durchsetzen werde. Daran ließ er in der That nicht den geringsten Zweifel; sowohl Kinsky als Schlieff waren von dieser Ueberzeugung durchdrungen. Am 12. Januar reiste der Letztere mit diesen Erbietungen Wallensteins nach Dresden zurück; er hatte zugleich das Ersuchen des Generalissimus zu überbringen, der Kurfürst möge zu weiteren Verhandlungen entweder Arnim oder den Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg nach Pilsen schicken.

Für Wallenstein selbst kam es nun aber vor Allem darauf an, endgiltig klar darüber zu werden, welche Haltung sein Heer, auf dessen Ergebenheit er

im Allgemeinen mit Sicherheit rechnen zu können glaubte, einnehmen werde, wenn es wirklich zu offenem Conflicte mit dem Kaiser käme. Darüber mußte er Gewißheit haben, ehe die Verhandlungen mit Sachsen weiter geführt werden konnten. Ein weiterer Beweggrund dafür, sich hierüber volle Klarheit zu verschaffen, lag darin, daß in denselben Tagen, in denen Kinsky und Schlieff in seinem Lager eingetroffen waren, sich auch ein kaiserlicher Abgesandter, Pater Quiroga, bei ihm aufhielt, der ihm eine neue Forderung des kaiserlichen Hofes überbringen sollte.

Im November 1633 war die Regentin der spanischen Niederlande, Infantin Isabella, gestorben. Der zu ihrem Nachfolger bestimmte Cardinal-Infant, der sich im Heerlager des Herzogs von Feria aufhielt, wollte in Folge dessen jetzt alsbald mit dem spanischen Heere von Oberdeutschland nach den Niederlanden marschiren und verlangte zu diesem Zwecke vom Kaiser ein Hilfscorps von 6000 Reitern, welches von Wallenstein hergegeben werden sollte. Dieses Verlangen wurde nun von Quiroga an Wallenstein gestellt, der sich mit aller Entschiedenheit dagegen erklärte, weil er meinte, daß damit beabsichtigt werde, ihm aufs Neue die Disposition über einen Theil seiner Truppen zu nehmen. Klar aber war ihm doch, daß durch diese Weigerung der Conflict mit dem Kaiser nur verschärft werden würde. Er mußte wissen, wie die Armee sich dazu stellen werde.

Zu diesem Zwecke beschied er die Obersten seines Heeres nach Pilsen, die dann in den Tagen vom 9. bis 11. Januar in der That im Hauptquartier eintrafen. Sie alle waren überzeugt, daß ihnen die Entfernung des Generalissimus von seinem Posten, die, wie sie wußten, in Wien beabsichtigt wurde, zum äußersten Schaden gereichen würde, nicht allein, weil sich der Oberfeldherr persönlich für die Zahlung des schon seit lange rückständigen Soldes verbürgt hatte, sondern auch, weil vor Allem die protestantischen Elemente des Heeres bei einer Aenderung des Obercommandos in eine sehr bedenkliche Lage gerathen mußten.

Wallenstein erklärte nun in der That, er sei entschlossen, abzudanken. Dem aber setzten sich die Obersten mit aller Entschiedenheit entgegen. Fast schien es, als wollten sie ihm das Recht hierzu bestreiten. Eine Deputation wurde an den Feldherrn abgeordnet, um ihn von diesem Entschluß abzubringen. Es bedurfte mehr als eines Ansuchens, ehe er nachgab. Endlich erklärte er sich bereit, auszuharren, aber nur unter der Bedingung, daß auch sie ihm ihre Hilfe zusagten, falls ihm von Wien aus eine Schmach zugedacht sei. In der Erregung des Moments gingen die Heerführer in der That darauf ein. Sie unterzeichneten einen Revers, in welchem sie gelobten, an dem Generalissimus „ehrbar und getreu zu halten, auf keinerlei Weise von demselben sich zu separiren, zu trennen, noch trennen zu lassen", hierbei mit ihm und für ihn den letzten Blutstropfen einzusetzen (12. Januar 1634). Bei einem von Illow gegebenen, aus des Dichters Meisterschilderung bekannten Bankett wurde die Unterzeichnung abgeschlossen. Die Tradition, nach welcher vor dem Bankett

ein Revers verlesen worden sei, in welchem durch eine Clausel der Dienst des Kaisers vorbehalten worden sei, und daß dieser Revers dann nach dem Bankett mit einem andern vertauscht worden sei, in welchem jene Clausel fehlte, ist durch die neuere Forschung als unrichtig erwiesen. Jene Clausel ist vielmehr in dem Concepte des Reverses, welches Wallenstein vorgelegt wurde, von diesem selbst gestrichen worden, noch bevor der Revers den Offizieren vorgelegt wurde. Doch gab Wallenstein, als mehrere der Obersten doch nachträglich stutzig wurden, in einer neuen Berathung die ausdrückliche Erklärung ab, er habe nichts gegen den Dienst des Kaisers oder die katholische Religion im Sinne, er wolle nur, trotz des Widerspruchs, den er erfahre, den Frieden mit den beiden Kurfürsten zu Stande bringen. Aber auf der Hand lag doch die Gefahr, in welche durch diese eigenmächtige Handlungsweise des obersten Heerführers der Kaiser selbst und seine Politik geriethen.

Während sich diese entscheidenden Vorgänge im Lager abspielten, hatten die Verhandlungen mit Sachsen ihren Fortgang genommen. Arnim selbst freilich, auf dessen Ankunft Wallenstein sehnsüchtig wartete, verhielt sich anfangs sehr vorsichtig zurückhaltend. Zwar erklärte er sich dem Kurfürsten gegenüber dafür, die Verhandlungen weiter zu führen; wenn man Wallensteins Anbringen anhöre, so könne man ja „unbetrogen bleiben"; allein von sich selbst sagte er doch zunächst, wenn er nicht Zeichen und Wunder sehe, so glaube er nicht.

Weit weniger bedenklich erwies sich Herzog Franz Albrecht von Lauenburg; er war vielmehr überzeugt davon, daß sich Wallenstein am Kaiser rächen wolle, und wurde in dieser Ueberzeugung durch die Nachrichten, welche Schlieff am 14. Januar aus Pilsen zurückbrachte, noch bestärkt. Er erklärte, die Sachen ständen so „fix", wie nur irgend zu wünschen sei; es komme jetzt nur noch darauf an, Wallenstein Andeutung zu geben, wie dem Faß der Boden auszuschlagen sei. Derselbe stecke jetzt so tief darin, daß er nicht mehr herauskönne. Dagegen giebt auch er auf Grund von Schlieffs Aussagen der Ueberzeugung Ausdruck, daß Wallenstein „sich nur an die Kurfürsten halten", mit Schweden und Frankreich nicht verhandeln wolle. Es scheint in der That, daß die Verhandlungen, welche Thurn auf Grund jenes Kinskyschen Briefes seinerseits mit Oxenstierna anknüpfte, in keiner Weise auf eine directe Anregung Wallensteins, vielmehr nur auf jene übertriebenen Aeußerungen Trzkas in seinem Briefe an Kinsky zurückgehen. Das große Mißtrauen, welches Oxenstierna sowohl als Bubna den Eröffnungen Thurns und Raschins entgegenbrachten, war also ohne Zweifel durchaus berechtigt.

Dagegen kamen die sächsischen Verhandlungen, deren Weiterführung zunächst Franz Albrecht von Lauenburg übernahm, jetzt wirklich in Fluß. An demselben Tage, an welchem Schlieff von Pilsen zurückkehrte, reiste Franz

Albrecht dahin ab. Am 17. war er in Schlackenwerth und erhielt dort bereits eine Abschrift des Pilsener Reverses, die er alsbald nach Dresden übermittelte. Am 20. Januar traf er in Pilsen ein und wurde alsbald von Wallenstein empfangen. Dieser wiederholte ihm im Wesentlichen, was er Schlieff mitgetheilt hatte, „daß er zum Frieden thun wolle, der Kaiser möge wollen oder nicht". Er fragte den Herzog, wie sich Brandenburg zu seinen Anerbietungen stelle, worauf Franz Albrecht versichern zu können glaubte, daß auch Kurfürst Georg Wilhelm bereit sei, auf dieselben einzugehen. Vor Allem aber wünschte Wallenstein, daß Arnim selbst zu ihm komme, um das Werk, bei dem jetzt Eile dringend geboten war, zum Abschluß zu bringen.

Allein eben darin lag sein Verhängniß, daß in Folge der früheren, stets von ihm in der unerwartetsten Weise abgebrochenen Verhandlungen bei denen, mit denen er verhandelt hatte, ein fast unüberwindliches Mißtrauen gegen ihn vorwaltete. Arnim handelte in Folge dessen nicht mit der Energie und Schnelligkeit, welche jetzt allein zum Ziele führen konnte. Während Wallenstein, den eine quälende Unruhe ergriffen hatte, immer dringender Arnims Ankunft erbat, meinte dieser erst mit dem Kurfürsten von Brandenburg zu einer endgiltigen Einigung über das weitere Verhalten gelangen zu müssen.

Statt des von Wallenstein so sehr ersehnten Feldmarschalls Arnim, mit dem allein er die Verhandlungen zu endgiltigem Abschlusse bringen zu können meinte, kamen also in den letzten Tagen des Januar und am 1. Februar nach einander erst der Oberst Schlieff, dann Herzog Franz Albrecht wieder in das Pilsener Lager. Durch ihre Ankunft aber wurden die Verhandlungen nicht erheblich gefördert. Wallenstein gab ihnen nur die Versicherung, daß er fest bei seinem Vornehmen, einen guten und sicheren Frieden herzustellen, verharre, und forderte sie immer dringender auf, Arnim zu größerer Beschleunigung seiner Reise nach Pilsen zu ermahnen. Allein dieser war inzwischen in so angelegentliche Verhandlungen mit seinem eigenen Kurfürsten und mit dem von Brandenburg verwickelt, daß er dem dringenden Mahnrufe nach Pilsen nicht Folge leisten konnte.

Nach der Rückkehr Franz Albrechts von seiner ersten Reise nach Pilsen war am 27. Januar in Dresden der Kurfürst mit seinen Geheimen Räthen und mit Arnim, der soeben eingetroffen war, zu einer Berathung zusammengetreten. Es handelte sich um die Form der Verhandlungen, d. h. um die Frage, ob man auf die Anerbietungen Wallensteins eingehen oder sich durch Vermittelung Dänemarks und des Herzogs Franz Julius von Braunschweig, des Bruders Franz Albrechts, mit dem Kaiser selbst in Verbindung setzen wolle. Wie wenig Ferdinand noch in diesem Augenblicke in Wallensteins Verbindung mit den Sachsen etwas Hochverrätherisches sah, erkennt man vor Allem

daraus, daß er dem Kurfürsten von Sachsen durch Franz Julius die Wahl zwischen diesen beiden Wegen ausdrücklich freigestellt hatte. Nicht die Thatsache, daß Wallenstein mit den Sachsen verhandelte, die vielmehr durchaus im Einklange mit seiner Capitulation stand, erregte am Wiener Hofe Anstoß und Bedenken, sondern die Bedingungen, die er den evangelischen Kurfürsten zu bewilligen geneigt war. Da nun die Wahl des Weges Kursachsen freigestellt war, so entschied sich der Geheime Rath dafür, nicht mit dem Kaiser direct, sondern mit Wallenstein zu verhandeln. Freilich trat dabei noch immer ein gewisses Mißtrauen zu Tage, wie denn der Kurfürst Arnim ausdrücklich instruirte, wenn in den Verhandlungen die Absicht Wallensteins, vom Kaiser abzufallen, hervortrete, so solle er sein Möglichstes thun, ihn davon abzubringen. Schließlich war man aber doch der Meinung, daß eine Verhandlung mit Wallenstein schneller zum Ziele führen werde. Der Kurfürst ermächtigte dem entsprechend Arnim, erforderlichenfalls auch auf eine Vereinigung der sächsischen Armee mit der Wallensteins einzugehen, wenn nur so der vereinbarte Friede durchgesetzt werden könne, d. h. er ging auf die Ansicht Wallensteins, daß der Friede eventuell auch im Gegensatz zum Kaiser geschlossen werden solle, ein.

Danach wandte man sich in jener Berathung vom 27. Januar zu der Frage, welche Bedingungen den Friedensverhandlungen zu Grunde gelegt werden sollten. Wallenstein selbst hatte durch den Herzog Franz Albrecht auf die Leitmeritzer Verhandlungen von 1633, die er noch sehr wohl im Kopfe habe, hingewiesen und sich im Wesentlichen mit denselben einverstanden erklärt. Diesen Leitmeritzer Verhandlungen, die zu einer Annäherung, aber nicht zu einer wirklichen Verständigung geführt hatten, lagen nun aber wieder die zwischen Brandenburg und Sachsen in der Hauptsache vereinbarten Torgauer Artikel von 1632 zu Grunde, welche im Wesentlichen eine Wiederherstellung der Zustände von 1618 und eine Beilegung der vor dem Kriege von protestantischer Seite immer und immer wieder geltend gemachten Reichsgravamina anstrebten. Erinnern wir uns, daß jene Leitmeritzer Verhandlungen in erster Linie an dem Widerstand der kaiserlichen Commissare gegen die Feststellung des Jahres 1618 als Normaljahr gescheitert waren, so erhellt auf den ersten Blick die tiefgreifende Differenz zwischen der Politik des Kaisers und der Wallensteins in diesen Friedensverhandlungen.

Um diesen Gegensatz ganz und voll zu verstehen, müssen wir uns die Forderungen, welche die sächsischen Geheimen Räthe auf Grund jener Torgauer Artikel auch jetzt den Verhandlungen zu Grunde gelegt wissen wollten und die Wallenstein ohne Zweifel in der Hauptsache gut hieß, wenigstens in den Hauptpunkten vergegenwärtigen. Man unterschied dabei kirchlich-religiöse und politische Forderungen. Unter den ersteren stand in erster Reihe natürlich die Aufhebung jenes Edicts, welches den ganzen Kampf erst voll und ganz zu einem religiösen gemacht hatte, des Restitutionsedicts von 1629; im Gegensatz zu demselben verlangte man, daß alle bis 1618

von den Evangelischen eingezogenen geistlichen Güter in deren Besitz verbleiben sollten; ferner bestand man auf der Durchführung jenes alten, in den Kämpfen des 16. Jahrhunderts festgestellten Grundsatzes, daß jeder Reichsstand, einschließlich der Reichsstädte, in seinem Gebiete das ius reformandi aut de religione disponendi haben, d. h. daß der Satz cuius regio, eius religio wieder volle Geltung erhalten solle. Die Anerkennung des Besitzes der geistlichen Güter aber konnte nur Bestand haben, wenn der auf dem Augsburger Reichstage von 1555 vom Kaiser octroyirte geistliche Vorbehalt cassirt oder doch wesentlich gemildert wurde. Diese Forderung wurde daher in der That gestellt. Außerdem verlangte man eine Bestätigung der Ferdinandeischen Declaration, d. h. der Bestimmung, daß die evangelischen Unterthanen geistlicher Stifter Religionsfreiheit haben sollten, und forderte überhaupt volle Gleichstellung der beiden Religionen, Suspension der geistlichen Jurisdiction in den evangelischen Territorien, neue Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens, Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten nicht durch den Kaiser, sondern durch Vergleichung der Stände unter einander und Genehmigung aller dieser Bestimmungen durch einen Reichstag; kurzum, man nahm alle die Forderungen wieder auf, über die es vor dem Ausbruche des Krieges zu jenen Streitigkeiten gekommen war, welche die Sprengung der Reichstage veranlaßt hatten und ohne deren Beilegung in der That ein dauernder, auf gesunden Grundlagen beruhender Friede nicht möglich war. Unter den politischen Bedingungen, welche geltend gemacht werden sollten, nimmt die erste Stelle die ein, daß in Zukunft kein Krieg mit auswärtigen Staaten ohne Zustimmung der Stände geführt werden dürfe; ferner verlangte man die Auflösung der Liga und Entlassung aller Heere, Aufhebung aller Confiscationen im Gebiete des Reichs (nicht derer in den Erblanden des Kaisers), paritätische Besetzung des Reichshofraths und Reichskammergerichts, Restitution der Pfalz und Wiedereinsetzung der Herzöge von Mecklenburg. Dazu wären dann noch jene Bestimmungen über die Entschädigung Schwedens, Frankreichs und Herzog Bernhards, welche Wallenstein in seiner Unterredung mit dem Obersten Schlieff vorgeschlagen hatte, und eine Festsetzung über die Entschädigung Wallensteins selbst für Mecklenburg gekommen.

Hält man diese Forderungen Kursachsens mit den Anerbietungen Wallensteins zusammen, so sieht man, daß wir es hier mit einem umfassenden Programm der Bedingungen zu thun haben, welche von den Protestanten für die nothwendige Grundlage eines dauernden Friedens gehalten wurden. Nun konnte ja nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen kein Zweifel daran sein, daß der Kaiser selbst nicht geneigt sein werde, dieses Programm in vollem Umfange anzuerkennen. Arnim machte das in der Sitzung des Geheimen Raths auch geltend und wies darauf hin, daß man in einigen Punkten mit Rücksicht darauf, daß man es eben nicht mit Wallenstein allein zu thun habe, sondern auch mit einem kaiserlichen Abgesandten, den Wallenstein von Wien für die Verhandlungen erbeten habe, Zugeständnisse werde machen

müssen. Als solche bezeichnete er einmal die Besetzung des kaiserlichen Raths mit Protestanten, ferner die Bestätigung der Ferdinandeischen Declaration und endlich die Aufhebung oder Milderung des geistlichen Vorbehalts. Man kam darüber zu keinem endgiltigen Beschlusse, aber der Verlauf der Berathung zeigte doch, daß eine Verständigung an diesen Punkten nicht scheitern werde. Vor Allem aber konnte daran kein Zweifel sein, daß Wallenstein im Großen und Ganzen bereit sein werde, diese Bedingungen anzunehmen. Kam es aber mit ihm zu einer endgiltigen Verständigung, war man entschlossen, diese unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, so hätte es schließlich auch gelingen müssen, den Kaiser, der außer der Wallensteinschen Armee über keine andere zu verfügen hatte, zur Genehmigung zu zwingen. Das war, wie wir sahen, der Gedanke, der Wallenstein vorschwebte, durch dessen schnelle Durchführung er den ihm von Wien aus drohenden Gefahren entgehen zu können meinte. Er hätte dann als der große Friedenbringer in einer unvergleichlichen Stellung an der Seite Sachsens und Brandenburgs dagestanden.

Diesen letzteren Staat für diesen Plan zu gewinnen, mußte daher Arnims nächste Aufgabe sein; er hielt sie für dringender als die von Wallenstein so sehnlichst gewünschte Reise nach Pilsen. Am 3. Februar reiste er, mit einer eingehenden Instruction versehen, nach Berlin. Dort aber traf er doch auf mehr Widerstand, als er erwartet hatte. Georg Wilhelm war an sich mehr geneigt, mit dem Kaiser selbst als mit Wallenstein zu verhandeln, zu dessen Zuverlässigkeit er nach den bisherigen Erfahrungen kein sehr großes Zutrauen hatte, vor Allem aber, er wollte nicht allein Schweden, sondern auch die übrigen evangelischen Kurfürsten, Fürsten und Stände zu den Verhandlungen herangezogen wissen und verwies auf den von dem schwedischen Reichskanzler nach Frankfurt ausgeschriebenen Convent. So lautete die schriftliche „Resolution“, die Arnim am 8. Februar erhielt, wenig tröstlich. Am folgenden Tage aber gelang es ihm doch, in einer Audienz, die ihm gewährt wurde, einen etwas günstigeren mündlichen Bescheid zu erlangen, in welchem der Kurfürst erklärte, er wolle sich nicht von Sachsen trennen, sondern in Gottes Namen zugleich mit ihm den Frieden schließen.

Allein mit diesen Verhandlungen waren kostbare Tage und Wochen versäumt worden. Arnim hatte bei seinen an sich gewiß löblichen Bestrebungen doch zu wenig in Betracht gezogen, daß die Vereinbarung mit Wallenstein nur gelingen konnte, wenn sie schnell bewerkstelligt würde. Während er in Dresden und Berlin die Grundlagen zu einer Verständigung nach allen Richtungen hin eingehend festzustellen versuchte, war der Conflikt zwischen Wallenstein und dem Kaiser schon in voller Schärfe ausgebrochen, während doch gerade Alles darauf ankam, den Frieden zu vereinbaren, ehe es zu einem offenen und unheilbaren Zwiespalt zwischen Kaiser und Heerführer kam.

Vergegenwärtigt man sich den ganzen bisherigen Gang der Dinge und fragt alsdann, wodurch denn im letzten Grunde die entscheidenden Beschlüsse gegen Wallenstein am Wiener Hofe veranlaßt worden sind, so sind es doch weder die Verhandlungen mit den Sachsen, von denen der Kaiser in der Hauptsache unterrichtet war, noch der Pilsener Revers vom 12. Januar, die das zu Wege gebracht haben. Der Kaiser erhob keine Schwierigkeiten, zu den ersteren, Wallensteins Bitte entsprechend, den Hofrath Dr. Gebhardt nach Pilsen zu entsenden, der in der That am 4. Februar von Wien abreiste, um an den Verhandlungen theilzunehmen; und auch der Pilsener Revers wurde in Wien keineswegs als der Anfang einer wirklichen Rebellion aufgefaßt; man erklärte ihn vielmehr für einen Schachzug, um sich in Vortheil zu setzen, vor Allem einer erneuten Absetzung Wallensteins entgegenzuwirken. Viel größere Bedeutung maß man der eigenmächtigen Haltung des Generals im Allgemeinen, die eine Gefahr für den Kaiser in sich schließe, zu. Vor Allem sah man in der Handlungsweise, welche er den von Questenberg und Trautmannsdorff überbrachten Forderungen des Wiener Hofes gegenüber beobachtet hatte, eine offene Widersetzlichkeit des Feldherrn; man wies darauf hin, daß dieses Verfahren, die Forderungen des Kaisers den Obersten des Heeres zur Begutachtung vorzulegen, ein unerhörtes, mit der Stellung eines Unterthans zu seinem Herrn nicht zu vereinbarendes sei. Dazu kam der allgemeine politische Gegensatz zwischen Wallenstein einerseits, Spanien und dem Kurfürsten von Bayern andererseits. Wohin sollte es führen, so argumentirten die Gegner Wallensteins am Wiener Hofe, wenn ein Mann der allmächtige Befehlshaber der Armee sei, der nicht nur in militärischen Dingen dem Kaiser offen den Gehorsam verweigere, sondern auch politisch eine andere Direction verfolge als der Kaiser? In diesem Zusammenhange aber gewann auch der Pilsener Revers eine andere, für den Kaiser bedrohliche Bedeutung. Immer dringender trat die Umgebung des Kaisers mit dem Verlangen hervor, der Feldherr müsse seines Amtes entsetzt werden. Anfangs dachte man noch daran, ob es nicht möglich sei, die Gefahr durch eine Beschränkung seiner unbedingten Machtvollkommenheit zu beschwören. Aber dem gegenüber wurde darauf hingewiesen, daß das bei dem Naturell Wallensteins unmöglich sein werde. Die volle Absetzung des Allgewaltigen erschien als das einzige Mittel, das Haus Oesterreich von der ihm von seiner eigenen Armee drohenden Gefahr zu befreien.

Die Frage war jetzt — etwa seit der Mitte des Januar — nur noch, ob es möglich sein werde, dem Mächtigen in seinem Heerlager beizukommen. In dieser Beziehung waren die Befürchtungen des Wiener Hofes durch den Pilsener Schluß aufs Höchste gestiegen. Aber auch der Kaiser hatte sich einiger einflußreicher Führer der Armee zu versichern gewußt. Vor Allem hatte man Gallas, der noch im Januar an Wallenstein festgehalten und z. B. an den Verhandlungen mit den Sachsen theilgenommen hatte, gewonnen. Von Bedeutung war es ferner auch, daß man sich eines der vertrautesten



INVICTISSIMO COMITI OCTAVIO PICCOLOMINEO DE ARAGONA
Cæsarei Exercitus in Belgicum Præfecto.
Quod non Barbarico quassata est Belgica ferro
Debuimus gladio Piccolomine tuo.
Officium refero: gladium stylus impiger æquat.
Viximus ære tuo: viuis in ære meo.
G. Segers pinxit. Cum priuilegio Regum. Vorsterman sculpsit

Graf Octavio Piccolomini.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Lucas Vorsterman (1578—1656); Originalgemälde von Gérard Seghers (1591—1651).

Freunde Wallensteins, den dieser durch ewige Dankbarkeit an sich gefesselt glaubte, des Generals Piccolomini, versichert hatte. Auch Aldringer zeigte sich geneigt, sich von Wallenstein loszusagen.

Daß es für den Kaiser selbst ein schwerer Entschluß war, zum Aeußersten zu schreiten, ist kein Zweifel. Er ist mehr von seiner spanisch-jesuitischen Umgebung dazu getrieben worden, als aus eigenem Antriebe vorgegangen. Er hat gesagt, diese Sache lege sich mit ihm schlafen und stehe mit ihm auf. Aber immer dringender wurde seine Umgebung. Noch im Januar oder in den ersten Tagen des Februar — denn wahrscheinlich ist die Urkunde, welche das Datum des 24. Januar trägt, zurückdatirt — sah sich der Kaiser veranlaßt, in einem Patente, das man vorerst noch geheim hielt, den Oberfeldherrn für abgesetzt zu erklären; des Kaisers Sohn wurde zum Generalhaupt des Heeres ernannt, die Heerführer von dem Gehorsam gegen Wallenstein los und ledig gesprochen, Piccolomini und Coloredo wurden zu Feldmarschällen, Gallas und Aldringer zu selbständigen Heerführern befördert.

Aber dem Mächtigen selbst wurde von seiner Absetzung keine Mittheilung gemacht; im Gegentheil, der Kaiser stand bis zum letzten Augenblick in vertraulicher Correspondenz mit seinem „Oberstfeldhauptmann", den zu vernichten er beschlossen hatte; er wollte ihn sicher machen, um ihn desto unfehlbarer zu treffen.

Gleichwohl war eine Kunde von diesen Vorgängen auch zu Wallenstein gedrungen, er wußte, daß Alles, daß seine Existenz auf dem Spiele stand. Noch war eine Möglichkeit, der Gefahr zu entgehen, wenn jetzt endlich Arnim eingetroffen und der Friede mit Sachsen und Brandenburg zum Abschluß gekommen wäre. Die Situation wäre dann von Grund aus verändert worden. Allein — Arnim kam noch immer nicht.

Trotzdem wollte sich Wallenstein die Möglichkeit einer Verständigung mit dem Kaiser noch immer offen halten. Am 19. und 20. Februar hielt er noch einmal eine Berathung mit seinen Oberoffizieren, obwohl er wußte, daß ein Theil derselben im Begriff war, von ihm abzufallen. In der That erschienen diesmal nur noch dreißig von ihnen; Piccolomini, Suys, Isolano, Butler u. v. a. fehlten. Eine Erklärung ward von Allen, Wallenstein an der Spitze, unterzeichnet, in welcher ausdrücklich gegen die Auffassung, als wäre jener Revers vom 12. Januar gegen den Kaiser oder die katholische Religion gerichtet gewesen, protestirt wurde. Man habe sich nur gegen die Machinationen der Feinde der Armee sichern wollen. Ausdrücklich sprach man für den Fall, daß „das Geringste wider Ihre Kaiserliche Majestät und Dero Hoheit" oder gegen die Religion unternommen werden sollte, Jedweden von der in jenem Reverse eingegangenen Verpflichtung los. In Prag, so wurde beschlossen, sollten sich nunmehr die Regimenter sammeln. Mit diesem Revers wurde Mohr vom Waldt nach Wien gesandt, um ihn dem Kaiser mitzutheilen.

Aber schon waren in Wien die Würfel gefallen. Am 18. Februar war ein neues Patent erschienen, in welchem Wallenstein geradezu meineidiger Treulosigkeit, barbarischer Tyrannei und der Conspiration gegen den Kaiser für schuldig erklärt, die Absetzung von Neuem über ihn verhängt wurde.

Und schon zwei Tage darauf wurde ein Commissarius ernannt, um die Besitzungen Friedlands, Illows und Trzkas zu confisciren. Die völlige Vernichtung des Feldherrn war beschlossene Sache.

Erst in diesem Augenblicke höchster Gefahr ist Wallenstein über die bisherigen Verhandlungen mit den Sachsen hinausgegangen und hat sich, wenn auch nicht an die Schweden direct, so doch an den Herzog Bernhard von Weimar gewendet. Gewiß waren auch seine Verhandlungen mit den Sachsen weit entfernt davon gewesen, sich innerhalb der Grenzen der Loyalität gegen den Kaiser zu halten. Aber ihr Endzweck war doch im letzten Grunde die Herbeiführung eines haltbaren Friedens gewesen; die Vereinigung mit den Sachsen sollte nur dazu dienen, den etwaigen Widerstand des Kaisers gegen diesen vereinbarten Frieden zu brechen. Jetzt aber handelte es sich vor Allem um die Existenz Wallensteins. Arnim war noch immer nicht gekommen, Prag, wohin Wallenstein mit seinen noch treuen Regimentern hatte rücken wollen, hatte sich, als endlich dort das Absetzungsdecret unter Trommelschlag verkündigt worden war, für den Kaiser erklärt, die höchste Gefahr war im Verzuge. Da hat dann Wallenstein am 19. Februar dem Herzoge Franz Albrecht von Lauenburg, der noch bei ihm in Pilsen weilte, den Auftrag ertheilt, sich nach Regensburg zu Herzog Bernhard zu begeben und ihn zu bitten, mit einem größeren Reitercorps gegen Eger hin vorzurücken und sich mit ihm zu vereinigen.

In der That war dies der erste Schritt zu einer Verbindung mit den Schweden, den Wallenstein selbst in dieser letzten Entwickelungsphase seines Lebens unternommen hat. Jene früheren Verhandlungen Thurns und Bubnas mit Oxenstierna, welche durch die Decemberbriefe Trzkas veranlaßt worden sind, gehen ebenso, wie ein Schreiben Kinskys an Bernhard von Weimar vom 14. Januar nicht auf Wallenstein selbst, sondern auf die böhmischen Emigranten seiner Umgebung zurück. Daß diese aber diesmal nicht nur ohne jede Autorisation von Wallensteins Seite, sondern im Gegensatz zu seinen wirklichen Absichten gehandelt haben, ergiebt sich aus der ganzen Natur der Verhandlungen mit Sachsen seit dem December 1633, welche ja gerade auf einen Separatfrieden ohne Zuziehung Schwedens, in der Tendenz sogar im Gegensatz zu dieser Macht, abzielten. Erst als diese Verhandlungen durch das Zögern Arnims nicht vorwärts kamen, auf der andern Seite aber seiner Existenz von Wien aus die äußerste Gefahr drohte, hat sich Wallenstein nun doch zu einer Verbindung auch mit Schweden entschlossen.

Nachdem Franz Albrecht mit seiner Botschaft an Herzog Bernhard abgereist war, brach Wallenstein selbst am 21. Februar nach Eger auf, wo er Bernhard von Weimar näher war. Den Regimentern, die ihm noch treu geblieben waren, wurde Laun als Vereinigungspunkt bezeichnet, während die Obersten nach Eger selbst beschieden wurden. Wallenstein war jetzt in der That zu einer autonomen Erhebung gegen den Kaiser entschlossen. Nach glaubwürdigen, zeitgenössischen Berichten hat er in jenen kritischen Tagen ge-

äußert: wolle der Kaiser ihn nicht mehr als seinen General erkennen, so wolle er ihn auch nicht mehr zu seinem Herrn haben; er würde leicht einen andern Fürsten finden, dem er sich anschließen könnte, aber er wolle überhaupt keinen Herrn mehr über sich haben; er wolle selbst Herr sein und habe Mittel genug, um sich als solcher zu behaupten.

Am Nachmittage des 24. Februar zog Wallenstein in Eger ein: er meinte hier ganz sicher zu sein, da die Besatzung unter dem Befehl zweier protestantischer Schotten, Gordon und Leßley, stand, deren Ersteren er erst vor drei Tagen zum Obersten ernannt hatte. Außer seinen nächsten Vertrauten befand sich in seiner Umgebung der Oberst Walter Butler, den er eben auf dem Wege nach Eger getroffen und aufgefordert hatte, ihn dorthin zu begleiten. Er hatte seinen Mörder selbst zu seiner Begleitung aufgefordert.

Am 25. Februar haben dann Illow und Trzka jene beiden Schotten Gordon und Leßley zu sich entboten und ihnen, in ausgesprochenem Gegensatze gegen die kaiserlichen Patente, angemuthet, nur den Befehlen des Friedländers zu gehorchen. Aber in Beiden lebte ein tiefes Gefühl ihrer Pflicht gegen den Kaiser, sie trugen kein Bedenken, dieses den beiden Wallensteinschen Vertrauten zu äußern. Ohne Vereinbarung, aber auch ohne eigentlichen Haß schied man von einander.

Wenn nun aber an die beiden Schotten die entscheidende Frage herantrat, ob sie sich in offenen Gegensatz zu den Kaiser stellen sollten — denn Wallenstein hatte Leßley von seiner beabsichtigten Verbindung mit Bernhard von Weimar gesprochen — so waren sie doch dazu nicht gemeint. Sie näherten sich dem Iren Butler, von dem sie wußten, daß er an der Sache des Kaisers unbedingt festhalte. Anfangs haben sie wohl daran gedacht, Wallenstein nur gefangen zu nehmen; als sie aber zu der Ueberzeugung gekommen waren, daß das Gelingen dieses Versuchs bei dem in drohender Aussicht stehenden Heranrücken des Herzogs Bernhard doch sehr zweifelhaft sei, einigten sie sich dahin, nicht nur den General selbst, sondern auch dessen vertraute Anhänger, Illow und Trzka, zu ermorden. Gordon gewann es über sich, seine Einwilligung dazu zu geben, daß die Ermordung der Letzteren bei einem Gastmahle in seinem eigenen Hause vollzogen werde.

Die Gäste fanden sich in der That ein. Fröhlich und munter wurde gezecht und wiederholt die Gesundheit des Generalissimus, der nun Selbstherr werden würde, ausgebracht. Als man beim Nachtisch war, brachen auf einen heimlichen Befehl Leßleys sechs handfeste Iren unter Anführung eines Oberwachtmeisters in den Saal ein; mit dem Rufe: „Es lebe Kaiser Ferdinand“ stürzten sie sich auf die erschrockenen und sprachlosen Generale. Der Einzige, der einen Widerstand versuchte, war Illow. In wenigen gräßlichen Minuten war Alles vollbracht.

Es wäre jetzt möglich gewesen, das Leben des Generalissimus selbst zu schonen, ihn, nachdem man sich seiner vornehmsten Anhänger entledigt hatte nur gefangen zu nehmen. Aber schon standen die Schweden in der Nähe,

Eigentliche Vorbildung vnd Bericht, welcher gestalt de
anderen Obristen vnd Officieeren zu Eger Hin



ALBERTI DVCIS FRIDLANDINI, MILITIÆ CÆSAREANÆ GENERALI
cædes. Egræ die 15 Febru



Ermordung Wallensteins. Verkleinertes Facsimi

er Keyserische General, Hertzog von Friedland, beneben etlich
gerichtet worden, den 15. Febr: 1634.



SIMI, ET ALIORVM QVORVNDAM DVCVM ET OFFICIARIORVM
ar anni 1.634. patrata.



es Kupferstiches von Matthaeus Merian d. Ä. (1593—1650).

man fürchtete, daß im letzten Augenblicke noch Alles scheitern könne, und beharrte bei dem einmal gefaßten Beschlusse. Der irische Capitän Devereux stieg mit einigen irländischen Soldaten die Wendeltreppe, welche von der Straße aus zu den Zimmern, die Wallenstein im Hause des Bürgermeisters Pachhälbel bewohnte, hinaufführte, empor. Wallenstein hatte eben ein Bad genommen; von dem Lärm aufgeschreckt, trat er ans Fenster, um die Wache zu rufen. Aber schon hatte Devereux das Zimmer aufgestoßen und schrie ihm die Worte „Schelm und Verräther" entgegen. Wallenstein war keines Wortes mächtig; an einen Tisch angelehnt, bewegte er die Lippen, ohne jedoch sprechen zu können. Mit ausgebreiteten Armen empfing er den Todesstoß.

„Eine große Gnade, die Gott dem Hause Oesterreich erwiesen hat", rief der spanische Gesandte Oñate aus, als die Nachricht von der Ermordung Wallensteins nach Wien gelangte.

In der That, dahin war es gekommen, daß der Mann, welcher zweimal den Kaiser und das ganze Haus Habsburg aus der dringendsten Noth errettet hatte, der durch einige stolze Jahre hindurch der mächtigste und erfolgreichste Vertreter eines groß und universal angelegten Kaiserthums gewesen war, schließlich zu einer großen Gefahr, nicht zwar für das deutsche Reich, wohl aber für denselben Kaiser, den er gerettet hatte, und für das Kaiserthum in der Gestalt, in der dieser es auffaßte, geworden war. Die Entwickelung, welche die Laufbahn des großen Feldherrn und Staatsmannes in seinem letzten Lebensjahre genommen hatte, war ein deutlicher Beweis dafür, daß eine so absolute Feldherrgewalt, wie Ferdinand sie Wallenstein eingeräumt hatte, neben der souveränen Staatsgewalt nicht bestehen kann. Die Punctationen von Znaim hatten den Feldherrn seinem kaiserlichen Herrn nicht untergeordnet, sondern ihn als gleichberechtigte Macht anerkannt; der Kaiser hatte sich so gut wie jeder Einwirkung auf militärischem wie politischem Gebiete begeben. Diese Stellung hätte auch einem minder ehrgeizigen und minder geistig hervorragenden Mann zum Verderben gereichen können, bei Wallenstein führte sie mit innerer Nothwendigkeit zu einem Conflicte, der auf regelmäßigem Wege nicht zu lösen war. Dieser Conflict mußte in dem Augenblicke eintreten, wo sich auf strategischem oder politischem Gebiete eine tiefer greifende Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und dem Feldherrn ergab. Dann war eine nicht gewaltsame Lösung nur möglich, indem der nicht durch die Geburt, sondern durch seine kriegerischen Leistungen zur höchsten Macht emporgekommene Feldherr sich dem geborenen Herrn unterordnete oder freiwillig von seinem Posten zurücktrat. Indem Wallenstein weder das Eine noch das Andere that, sondern seine von der des Kaisers abweichende Politik auch im Gegensatze zu ihm durchzuführen unternahm, gerieth er in einen unheilbaren Gegensatz zu der historisch gewordenen, durch die Tradition der Jahrhunderte geheiligten staatlichen Autorität. Diesem Kampfe gegen das „ewig Gestrige", den er frevlen Muthes aufnahm, ist er erlegen, aber erlegen in einer Weise, welche dem Kaiser und dem Hause Habsburg nicht zur Ehre gereicht. Denn

mag es auch wahr sein, daß Ferdinand selbst den Befehl zur Ermordung des Feldherrn nicht gegeben hat, von der Schuld, zum Wenigsten der Partei der Action in seiner Umgebung freie Hand gelassen zu haben, ist er nicht freizusprechen. Die Mörder wurden reich belohnt, der Wiener Hof ließ gleichsam eine Rechtfertigungsschrift für die Ermordung unter dem Titel „perduellionis chaos" veröffentlichen, er ließ die Güter des Ermordeten einziehen und stempelte damit selbst die Ermordung zu einer gleichsam officiösen Execution. Gewiß befand sich der Kaiser in einer Art von Nothwehr, seitdem er zu der Ueberzeugung gekommen zu sein glaubte, daß Wallenstein offenen Verrath und Abfall plane. Aber Beweise dafür hatte er nicht in der Hand, der Angeschuldigte war nicht einmal gehört worden; im Gegentheil, man hatte Alles gethan, um ihn in Sicherheit zu wiegen; noch in dem Augenblicke, da die Absetzungsdecrete unterzeichnet waren, ohne daß ihm von denselben Mittheilung gemacht, ohne daß auch nur versucht wurde, ob er sich fügen werde, hat der Kaiser noch immer in alter vertraulicher Weise mit ihm correspondirt, während es in seiner Umgebung schon beschlossene Sache war, ihn „lebend oder todt" in die Gewalt des Kaisers zu bringen.

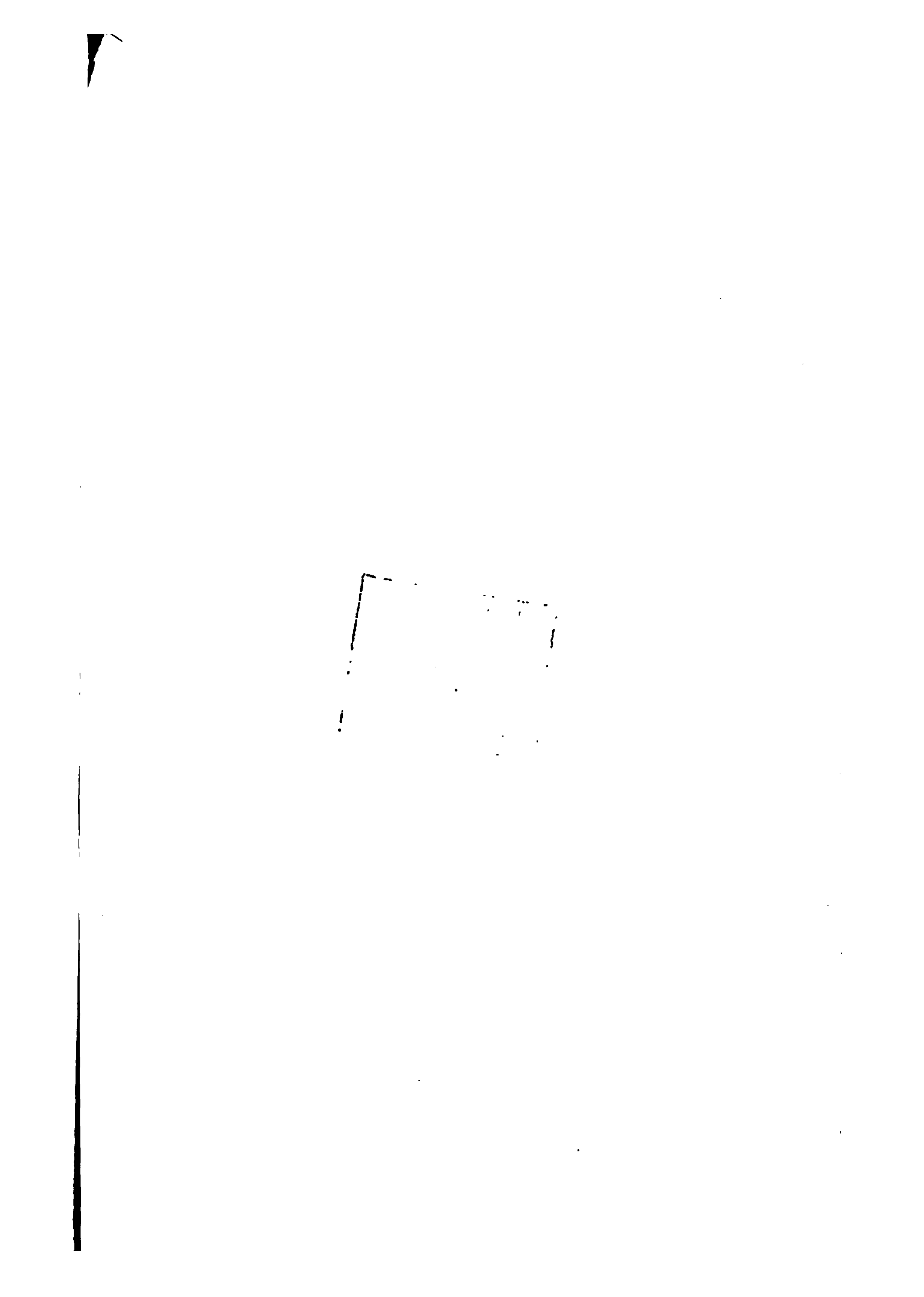
Erheben wir uns aber von dem Gesichtspunkte der rein menschlichen Theilnahme an dem tragischen persönlichen Geschicke des merkwürdigen Mannes zu dem Standpunkte allgemeiner historischer Betrachtung über die Stellung, welche er inmitten der Weltkräfte seiner Zeit eingenommen hat, so erhellt doch auf den ersten Blick die weltgeschichtliche Bedeutung, die ihm zukommt. Er hätte für Deutschland das werden können, was Richelieu für Frankreich war, wenn es ihm wie diesem gelungen wäre, den Monarchen in den von ihm vorgezeichneten Bahnen der Politik festzuhalten. Welcher Art diese Bahnen waren, auf denen er das deutsche Kaiserthum zu einer seit Jahrhunderten nicht mehr gekannten Höhe emporführen wollte, ist klarer als aus seinem zweiten aus der Zeit des ersten Generalats zu erkennen. Mit voller Deutlichkeit tritt da zu Tage, daß ihm als Ziel die Aufrichtung einer starken Centralgewalt über dem nach voller Selbständigkeit ringenden Fürstenthume vorschwebte. Daß dieses Ziel aber nur auf der Grundlage religiöser Gleichberechtigung der Confessionen zu erreichen war, hat keiner von den Zeitgenossen so klar und scharf erkannt, wie er. Aus diesem Grunde hat er sich gegen das Restitutionsedict erklärt, von demselben Gesichtspunkte ging er auch während seines zweiten Generalats in den Verhandlungen mit den Sachsen aus. Wäre der Kaiser darauf eingegangen, so wäre nicht allein der Friede in seiner Hand, sondern es wäre auch möglich gewesen, die Einmischung der fremden Mächte in die innerdeutschen Angelegenheiten ein- für allemal abzuwehren. Dieser fremdländische Einfluß im Reiche, von welcher Seite er auch kommen mochte, war es, dem sich Wallenstein mit Energie entgegensetzte. Aus seinem Widerstande gegen die spanischen Einflüsse am Kaiserhofe ist sein ganzer Conflict hervorgegangen. Wohl hat er dann in diesem Conflicte vorübergehend auch an eine Verbindung mit Schweden gedacht, aber er ist doch immer

und immer wieder auf den Gedanken zurückgekommen, vielmehr eine Vereinbarung mit den protestantischen Kurfürsten anzustreben und dadurch die schwedische und französische und die spanische Einwirkung auf die deutschen Geschicke zurückzudrängen. Die Verhandlungen, die er mit den Schweden geführt hat, machen im Großen und Ganzen doch den Eindruck, daß es bei ihnen auf eine Täuschung des Gegners abgesehen war. In dem Augenblicke, da die Verbindung mit ihnen unmittelbar bevorzustehen schien, trat er doch wieder mit dem ganz entgegengesetzten Gedanken hervor, vielmehr in Verbindung mit Sachsen und Brandenburg die Schweden aus Deutschland „herauszuschmeißen“. Die Vereinbarung mit den deutschen protestantischen Kurfürsten war ihm die Hauptsache. Mit ihnen vereinigt glaubte er die Macht in der Hand zu haben, die mit einander ringenden Weltkräfte als vermittelnde bewaffnete Macht zum Frieden zu zwingen. Diese Politik von einem gleich hochbegabten deutschen Fürsten verfolgt, hätte ihr Ziel erreichen, Deutschland vor dem unermeßlichen Jammer weiterer vierzehn Kriegsjahre bewahren können. Das Verhängniß für Deutschland lag darin, daß es der kaiserliche Feldherr war, der das im Gegensatz zum Kaiser versuchte. Darin, daß er mit bewaffneter Hand seinen Kaiser, von dem ihm diese Macht übertragen war, zwingen wollte, den von ihm erstrebten Frieden anzunehmen, liegt seine historische Schuld.

— — — —

Anerbietungen, die alsbald nach Wallensteins Tode von kaiserlicher Seite durch Vermittelung des Herzogs Franz Julius von Braunschweig an ihn herantraten, einzugehen. Ebenso wenig Verlaß aber war auf die Heilbronner Verbündeten selbst, die sich Anfang April, von Oxenstierna berufen, auf dem Frankfurter Convente zusammenfanden. Vergeblich drang Bernhard, der persönlich herbeigekommen war, auf eine endliche Auszahlung des rückständigen Soldes an die Truppen. Ein Theil der Verbündeten hatte noch gar nichts, ein Theil nur Anweisungen statt baaren Geldes an die Bundeskasse gezahlt, nirgends trat wirklich energischer Eifer für die gemeinsame Sache zu Tage. Eifersüchtig auf die herrschende Stellung des schwedischen Kanzlers zeigten sich die meisten Stände den Einflüsterungen der französischen Gesandten, welche den schwedischen Einfluß zu Gunsten des französischen zu verdrängen suchten, nur allzu zugänglich. Sie wurden in ihrer dem Kanzler wenig günstigen Haltung durch Kursachsen unterstützt, dessen Gesandte mehr oder weniger direct auf eine Sprengung des Heilbronner Bundes hinarbeiteten, um ihrem Kurfürsten wieder die Vorortstellung unter den deutschen Protestanten zu verschaffen, aus der er durch Schweden verdrängt worden war, freilich aus keinem anderen Grunde, als weil er sich gänzlich unfähig gezeigt hatte, diese Stellung erfolgreich und wirksam auszufüllen. Oxenstiernas „Directorium“ wurde namentlich den Gegenwirkungen der französischen Gesandten gegenüber, auf die wir noch zurückkommen, immer schwieriger. Er war nahe daran, auf dieses „Directorium“ über diesen unheilbar zerfahrenen Bund zu verzichten, den deutschen Protestanten den Kampf um ihre Existenz allein zu überlassen und sich mit der Wahrnng der schwedischen Eroberungen an der Ostseeküste zu begnügen. Um das Maß der Schwierigkeiten voll zu machen, machte sich auch noch eine zunehmende Spaltung zwischen dem schwedischen Kanzler und dem Herzoge Bernhard von Weimar geltend, durch die der Letztere in seinen strategischen Dispositionen nicht wenig gehemmt wurde. An ein Zusammenwirken der verschiedenen gegen die Kaiserlichen im Felde stehenden Heere war unter diesen Umständen nicht zu denken.

Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß die Kaiserlichen, welche unter des jungen Ferdinand Führung den Krieg alsbald nach dem entscheidenden Punkte des Kriegsschauplatzes, nach Bayern, verlegten, dort sehr bald große Vortheile errangen. Der König von Ungarn brannte vor Allem darauf, den entscheidenden Schlag, welchen Herzog Bernhard im vorigen Jahre der kaiserlich-ligistischen Partei versetzt hatte, wieder wett zu machen, d. h. Regensburg wieder zu erobern. Dieser Aufgabe gegenüber schien ihm die Deckung der östlichen Erblande, namentlich Schlesiens, auf welche Wallenstein den Hauptnachdruck gelegt hatte, in den Hintergrund treten zu müssen. Er kannte die Kriegführung und die schwankende Haltung der Sachsen zu genau, als daß er eine ernste Gefährdung der österreichischen Kronlande von ihrer Seite besorgen zu müssen glaubte. Viel näher lag die Gefahr, in welche diese durch die Eroberung Regensburgs gerathen waren, welches einen festen Stütz-



punkt zum Einmarsch über Passau nach Oesterreich bot. Er ließ sich in dieser Auffassung auch dadurch nicht beirren, daß es den Sachsen wirklich gelang, nachdem das kaiserliche Hauptheer nach der Oberpfalz abgezogen war, in Schlesien erhebliche Fortschritte zu machen und die nicht sehr zahlreich dort zurückgebliebenen kaiserlichen Truppen am 13. Mai bei Liegnitz siegreich zurückzuschlagen. Wußte er doch, daß die Friedensverhandlungen mit Sachsen bereits wieder im Gange waren. Mit voller Wucht wandte er sich, nachdem er mehrere Plätze in der Oberpfalz eingenommen hatte, der Donaulinie zu, wo inzwischen die Bayern im Verein mit Aldringers Corps Straubing eingenommen hatten. Gegen Ende Mai setzten sich dann beide Heere gegen Regensburg in Bewegung. Alsbald eilte auch Bernhard von Weimar mit seinem Heere herbei, um die bedrohte Stadt zu decken. Fast gleichzeitig mit den Kaiserlichen langte er vor derselben an. Aber auf eine offene Feldschlacht konnte er es nicht ankommen lassen, da Horn trotz aller Bitten von seiner Seite, gemeinschaftlich mit ihm zu operiren, im südlichen Schwaben und am Bodensee stehen blieb. Er mußte sich daher damit begnügen, einige Verstärkungen nach Regensburg zu werfen, welche die dortige Besatzung auf 3800 Mann brachten, uud dann mit seinem Heere wieder abziehen. Um aber die Kaiserlichen durch eine Diversion an einem anderen Punkte des Kriegsschauplatzes wenn möglich von Regensburg abzuziehen, erwirkte er von Oxenstierna einen Befehl an Banér, einen Einfall in Böhmen zu unternehmen. Allein auch dadurch ließ sich Ferdinand in der Belagerung Regensburgs nicht stören. Als die Stadt, deren Besatzung sich in mannhafter Weise vertheidigte, in immer schwerere Bedrängniß gerieth, namentlich, nachdem am 26. Juni Kehlheim gefallen war, setzte es Bernhard von Weimar endlich doch durch, daß sich Horn zu einem gemeinsamen Entsatzversuche bereit erklärte. Am 12. Juli vereinigten sich ihre Armeen bei Augsburg. Sie zählten zusammen 30 000 Mann und hätten es wohl auf eine Entscheidung in der Schlacht ankommen lassen können. In der That setzten sie sich alsbald in der Richtung auf Regensburg in Bewegung. Bernhard theilte der belagerten Stadt mit, daß der Entsatz am 17. zur Stelle sein werde. Allein seine Boten wurden abgefangen. Am 20. Juli eroberten die beiden Heere Landshut. Der weitere Vormarsch wurde aber durch Horn bis zum 30. Juli verzögert. Als man sich dann endlich wieder in Bewegung setzte, erhielt man die Nachricht, daß der so unendlich wichtige Donaupaß, dessen Eroberung das hauptsächlichste Ergebniß des vorigen Feldzuges gewesen war, am 26. Juli nach zweimonatlicher tapferster Vertheidigung von Lars Kagge, dem eine sehr milde Capitulation bewilligt worden war, den Kaiserlichen hatte übergeben werden müssen.

Nach diesem großen Erfolge, der das Selbstgefühl des kaiserlichen Heeres und ihres jugendlichen Führers gewaltig steigerte, war sehr bald die ganze Donaulinie bis nach Donauwörth hin in den Händen derselben. Darauf wälzte sich, während der bayerische Reiterführer Johann vom Werth tief nach Franken hinein streifte und am 18. August Ansbach nahm, die Hauptmasse

des kaiserlichen Heeres gegen Nördlingen heran, um sich den Weg nach Württemberg und den dortigen guten Quartieren zu bahnen. Am 18. August begann die Belagerung der Stadt.

Jetzt drang Bernhard, der sich angesichts dieser Erfolge der Gegner am 16. August bei Günzburg aufs Neue mit dem Heere Horns vereinigt hatte, auf eine Schlacht, um nicht auch diesen wichtigen Posten ebenso wie Regensburg in die Hände der Feinde fallen zu lassen. Wäre seine Ansicht sofort, nachdem die vereinigten Heere bei Nördlingen eingetroffen waren, durchgedrungen, so wäre ein Erfolg trotz der schlechten Beschaffenheit der schwedischen Armee, über die Bernhard vergeblich wiederholt bei Oxenstierna Klage führte, möglich gewesen. Allein Horn und die Mehrheit des Kriegsraths war der Meinung, daß man erst Verstärkungen an sich ziehen müsse. Dem entsprechend ergingen die erforderlichen Befehle an den General Cratz, der mit der Belagerung Forchheims beschäftigt war, und an den Rheingrafen Otto Ludwig, der vor Breisach stand, schleunigst zum Hauptheere zu stoßen. Allein ehe diese dem Befehle nachkommen konnten, traf am 3. September der spanische Cardinal-Infant mit seinem aus Italien heranziehenden Heere im kaiserlichen Lager ein und veränderte das Stärkeverhältniß der Heere sehr erheblich zu Ungunsten der Schweden. Gleichwohl entschlossen sich diese jetzt auf Bernhards Drängen zur Schlacht, noch ehe die herangerufenen Verstärkungen vollzählig eingetroffen waren, weil die Besatzung von Nördlingen, obwohl es ihr noch am 4. September gelungen war, einen Sturmangriff der Kaiserlichen glänzend abzuschlagen, mit Bestimmtheit erklärte, die Stadt nicht länger halten zu können. Wirklich gelang es am 5. September dem schwedischen Heere, sich in den Besitz einer guten Höhenstellung bei Nördlingen zu bringen. Allein auch die Kaiserlichen hatten eine stark verschanzte Stellung inne, welche genommen werden mußte, wenn die belagerte Stadt entsetzt werden sollte. Am 6. September wurde der Angriff unternommen. Die Lösung der entscheidenden Aufgabe fiel dem von Horn befehligten rechten Flügel des schwedischen Heeres zu. Wiederholt griffen seine Truppen tapfer an und nahmen in der That die eine oder andere der feindlichen Verschanzungen. Aber den Kaiserlichen kam ihre numerische Ueberlegenheit zu Statten. Immer neue Truppen wurden auf die bedrohten Punkte geworfen, während Horn sehr bald über weitere Reserven nicht mehr zu verfügen hatte. Um Mittag erklärte er, daß er den Kampf nicht weiterzuführen vermöge, und schlug vor, die Schlacht abzubrechen. Bernhard mußte sich entschließen zuzustimmen. Horn suchte dann seinen Rückzug durch eine Cavallerie-Attacke zu verdecken, allein es erwies sich als unmöglich, den jetzt auf der ganzen Linie vordringenden Feind zurückzuhalten. Er brach in die im Rückzuge befindlichen schwedischen Linien ein, ohne daß Bernhard es mit dem linken Flügel zu hindern vermochte. Die schon in Unordnung gerathenen Reihen des schwedischen Heeres verfielen jetzt gänzlicher Auflösung. Die Niederlage, welche sie erlitten, war eine völlig vernichtende. Nur wirre Trümmer des Heeres



Feldmarschall Gustav Horn.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1651, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).

konnten gerettet werden; allein an Gefangenen büßte man 6000 Mann ein, unter denen sich der Feldmarschall Horn selbst befand. Bernhard wurde verwundet und entrann seinerseits nur mit Mühe dem gleichen Schicksal der Gefangenschaft. Alle Artillerie und Bagage, sowie der ganze Hofstaat Bernhards fielen in die Hände des Feindes, so daß dieser, „mehr nicht, denn was er auf dem Leibe gehabt, davon gebracht". Das einzige größere Heer, welches Schweden unter den Waffen hatte, war so gut wie vernichtet. Bernhard selbst, der sich nach Canstatt rettete und dort mit dem Rheingrafen Otto Ludwig vereinte, machte kein Hehl daraus. Er meldete dem schwedischen Kanzler „das große Unglück, so unsere beiden Armeen betroffen, welches so arg, daß es nicht ärger sein kann".

Die Wirkungen dieser vernichtenden Niederlage waren entscheidend; Jahre lang vermochten sich die Schweden nicht völlig von denselben zu erholen. Die nächste unmittelbare Folge war die Einnahme Nördlingens, durch die dann der Weg nach Württemberg offen stand. Hätten die Kaiserlichen das geschlagene Heer Bernhards energisch verfolgt, so wäre es aller menschlichen Voraussicht nach verloren gewesen. Allein der Cardinal-Infant wollte nicht länger bei dem kaiserlichen Heere verbleiben, sondern strebte jetzt seinem Endziele, den Niederlanden, zu, die er, ohne die Trümmer des feindlichen Heeres, welche sich um Frankfurt a. M. gesammelt hatten, anzugreifen, erreichte. Ferdinand aber wandte sich mit dem Hauptheere gegen Württemberg, dessen Herzog eiligst nach Straßburg flüchtete und sich Frankreich in die Arme warf. Andere Abtheilungen der Kaiserlichen wandten sich gegen Franken und Hessen, nahmen die Hauptstadt von Bernhards Herzogthum, Würzburg, ein und streiften bis Fulda und Hersfeld. Daß es gelang, Heidelberg, welches ebenfalls zweimal hinter einander von den Kaiserlichen belagert wurde, zweimal zu entsetzen, war der einzige Lichtblick in dieser für die schwedisch-protestantische Sache so trüben Zeit und wurde außerdem noch dadurch von Bedeutung, daß sich an diesen Unternehmungen zum Entsatz Heidelbergs auch französische Truppen betheiligten, die zu diesem Zwecke den Rhein überschritten und so zum ersten Male offen an dem Kampfe gegen den Kaiser theilnahmen. Im Uebrigen war die strategische Lage Bernhards von Weimar, der jetzt nach einigem Widerstreben zum alleinigen Oberbefehlshaber der Truppen Schwedens und des Heilbronner Bundes ernannt wurde, eine überaus traurige, fast verzweifelte. Süddeutschland war zunächst völlig verloren, schon aber war auch die Verbindung Schwedens mit der Ostsee ernstlich bedroht, und zwar nicht durch militärische Erfolge der Gegner, sondern durch den Abfall des verbündeten Kurfürsten von Sachsen, der das Maß der durch die Nördlinger Schlacht hervorgerufenen verhängnißvollen Folgen voll machte.

Noch im Juli, als Herzog Bernhard, um Regensburg zu retten, bei Oxenstierna einen Befehl zum Einmarsch Banérs in Böhmen erwirkt hatte, schien es, als würden die Sachsen an der Seite Schwedens ausharren. Sie hatten sich dem Unternehmen Banérs angeschlossen und waren, mit ihm vereinigt, bis zum Weißen Berge bei Prag vorgedrungen. Als aber von Ferdinands Hauptheer Verstärkungen bei den Kaiserlichen in Böhmen eingetroffen waren, hatten sich die Schweden und Sachsen doch wieder bis Leitmeritz und Melnik zurückziehen müssen. Je größere Fortschritte dann die Kaiserlichen in Süddeutschland wie in Böhmen machten, um so mehr wuchs die Neigung des Kurfürsten Johann Georg, sich aus dem lästigen Kriege zurückzuziehen und die Fortführung desselben Schweden allein zu überlassen. Aber wenn er gehofft hatte, jetzt, wenn auch nicht ganz, so doch wenigstens in der Hauptsache auf der Grundlage der von Wallenstein angebotenen Bedingungen den Frieden erlangen zu können, so wurde er sehr bald gewahr, daß er sich in einer argen Täuschung befand. Trautmannsdorff, der die im Herbst in Pirna eröffneten Verhandlungen im Auftrage des Kaisers führte, wußte dieselben geschickt hinzuziehen, bis die Entscheidung zu Ungunsten der Schweden in Süddeutschland erfolgt war. Dann aber konnte er die Zugeständnisse, die man Sachsen für den Fall eines Separatfriedens machen mußte, erheblich zurückschrauben. Immerhin hielt der Kaiser nach wie vor an dem Wunsche nach dem Abschluß dieses Separatfriedens fest, weil er nur dann auf entscheidende Erfolge gegen die übrigen deutschen Protestanten und gegen Schweden hoffen konnte. Er war daher geneigt, auf die Privatanliegen Sachsens einzugehen, und rechnete darauf, daß der Kurfürst dann auf die allgemeine Sache des deutschen Protestantismus nicht allzu viel Rücksicht nehmen werde. Trautmannsdorff gestand daher in den Pirnaer Verhandlungen Kursachsen den erblichen Besitz der beiden Lausitzen, die Rückgabe Magdeburgs an den kursächsischen Prinzen August und die Einverleibung von vier erzstiftischen Aemtern in das Kurfürstenthum zu. Und die Rechnung trog nicht. Nach dieser Seite seiner territorialen Ansprüche hin sicher gestellt, trug Johann Georg kein Bedenken, die allgemeinen kirchlichen und politischen Forderungen seiner protestantischen Glaubensgenossen, die noch in den letzten Verhandlungen mit Wallenstein eine so große Rolle gespielt hatten, völlig preiszugeben. Während damals die Aufhebung des Restitutionsedicts und die Freiheit und Gleichheit der Religionsbekenntnisse für ganz Deutschland die Grundlage des Friedens bilden sollte, während man damals noch sehr ernstlich auf eine Abstellung der alten Reichsgravamina der Protestanten aus den Zeiten vor dem Kriege gedrungen hatte, war von alledem, war überhaupt von dem Verlangen einer Bewilligung völliger Religionsfreiheit für alle deutschen Protestanten, die Wallenstein zu bewilligen geneigt gewesen war, nicht mehr die Rede. Sachsen begnügte sich damit, sich selbst die Erfüllung der kirchlichen Forderungen zu sichern. Allein auch das gelang keineswegs vollkommen. Auch für Sachsen wurden die Zugeständnisse, welche Wallenstein in Aussicht gestellt hatte, nicht in vollem Um-

fange, vor Allem aber überhaupt nicht endgiltig bewilligt. Zwar wurde ihm (nicht allen deutschen Protestanten) der Passauer und Augsburger Religionsfriede im Allgemeinen bestätigt, aber gerade die nach jenem streitige Frage der geistlichen Güter, welche nachher eingezogen und den Protestanten durch das Restitutionsedict abgesprochen worden waren, wurde weder vollständig noch endgiltig geregelt. In Bezug auf die mittelbaren, noch vor dem Passauer Vertrage eingezogenen geistlichen Güter allerdings sollte es bei dem Augsburger Religionsfrieden verbleiben. Aber das war gar kein Zugeständniß, sondern es war immer als selbstverständlich betrachtet worden. Selbst das Restitutionsedict hatte den Besitz dieser geistlichen Güter nicht anzutasten gewagt. Dagegen wurde in Bezug auf alle unmittelbaren und auf diejenigen mittelbaren Stifter und geistlichen Güter, die nach dem Passauer Vertrage eingezogen worden waren, nicht etwa der Besitz anerkannt, d. h. das Restitutionsedict aufgehoben, sondern bestimmt, daß es bei ihnen vierzig Jahre lang so bleiben sollte, wie es, wiederum nicht etwa im Jahre 1618, sondern im Jahre 1627 gewesen sei, nur solle deren Sitz und Stimme im Reichstage ruhen. Innerhalb dieser vierzig Jahre sollte dann eine endgiltige Vergleichung vorgenommen werden: also statt der vollen Aufhebung des Restitutionsedicts für ganz Deutschland eine Suspension desselben auf vierzig Jahre zunächst nur für Sachsen und dann für diejenigen, die dem mit ihm vereinbarten Frieden beitreten würden! Ganz ähnlich wurde in der Frage der Amnestie verfahren. Von derselben sollten alle die, welche diesen Vertrag nicht annähmen, vor Allem die Mitglieder des Heilbronner Bundes, die Pfälzer und die Unterthanen Ferdinands in den Erbländern ausgeschlossen sein. Dadurch wurde also auf der einen Seite auf eine Wiederherstellung der Pfalz, auf die man in den Verhandlungen mit Wallenstein so großen Nachdruck gelegt hatte, verzichtet, auf der andern Seite aber wurden die Schlesier, welche sich noch soeben vertrauensvoll wieder unter den Schutz des Kurfürsten von Sachsen begeben hatten, wehrlos dem Kaiser preisgegeben. Alle Unionen und Bündnisse wurden für aufgehoben erklärt, Sachsen selbst aber verzichtete so gut wie vollständig auf seine politisch-militärische Selbständigkeit, indem es auch in die Bedingung willigte, daß es nur eine Armee im Reiche geben solle, die vom Kaiser als einzigem Kriegsherrn befehligt werde. Die Fürsten und Stände sollen kein Kriegsvolk halten, außer was sie zur Besatzung ihrer Festungen brauchen. Jeder Fürst und Stand soll zur Erhaltung dieses Heeres 120 Monate nach der Matrikel zahlen. Zugleich verpflichtete sich Sachsen, zur Wiederherstellung des Herzogs von Lothringen mitzuwirken, das will sagen, sich in einen unabsehbaren Krieg mit Frankreich zu verwickeln, ferner aber im Verein mit dem Kaiser die Schweden, seine bisherigen Verbündeten, aus Deutschland zu jagen. Im Ganzen also lief der Friede darauf hinaus, daß sich Sachsen von der protestantischen Sache völlig lossagte, in den Krieg gegen seine bisherigen Bundesgenossen eintrat, dafür aber außer der Lausitz, die es thatsächlich seit 1618 besaß, nur das Zugeständniß einer vierzigjährigen

Suspension der Entscheidung über die geistlichen Güter erreichte. Auf dieser Grundlage wurde am 24. November 1634 der Präliminarfriede zu Pirna geschlossen, dem am 30. Mai 1635 der endgiltige Friede zu Prag folgte.

Selten wohl ist in der Weltgeschichte um einen so billigen Preis ein so vollständiger Systemwechsel vollzogen worden. Welch ein Unterschied zwischen diesem Frieden, der thatsächlich geschlossen worden war, und dem, über welchen man mit Wallenstein vor einem Jahre verhandelt hatte! Der letztere hätte die volle Gleichberechtigung aller deutschen Protestanten mit den Katholiken zur Folge gehabt, der jetzt geschlossene war ein Verrath an der protestantischen Sache. Ließ es sich Sachsen doch gefallen, daß auch diese beschränkten Zugeständnisse nicht allen Protestanten, die sich anschließen würden, sondern nur den Augsburgischen Confessionsverwandten angeboten wurden. Trotzdem also der Prager Friede in gewissem Sinne geradezu gegen die Calvinisten gerichtet war, hoffte der Kaiser doch, auch den calvinistischen Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg zur Annahme desselben zu bewegen, indem ihm die Anerkennung seiner Anwartschaft auf Pommern, die er sich dann freilich erst im Kriege mit Schweden erkämpfen mußte, in Aussicht gestellt wurde. Der Kaiser wollte auch diesen zweiten mächtigen protestantischen Fürsten des Reichs von seinen Glaubensgenossen trennen.

Sollte und konnte dieser darauf eingehen? Das war die Frage, von der die nächste Zukunft des brandenburgischen Staates abhing. Monate lang rangen am Berliner Hofe die beiden entgegengesetzten Richtungen mit einander, deren eine durch die eifrig protestantisch und schwedisch gesinnten Geheimen Räthe, die andere durch den Grafen Schwarzenberg vertreten war. Ohne Zweifel sprachen nicht allein die allgemein protestantischen, sondern auch die speciell brandenburgischen Interessen dafür, bei Schweden auszuharren. Oxenstierna bot Alles auf, den Kurfürsten zum Ausharren zu bewegen; er erklärte sogar, Schweden sei nicht gemeint, auf seiner Forderung wegen Pommerns zum Nachtheil des Kurfürsten zu bestehen. Nun hatte zwar auch der Kaiser sich erboten, Brandenburgs Ansprüche auf Pommern anzuerkennen. Aber wenn der Kurfürst dem Prager Frieden beitrat, so mußte er sich den Besitz Pommerns erst von den Schweden erkämpfen, während es ihm im andern Falle von Schweden freiwillig abgetreten wurde. Dazu aber kam die Rücksicht auf Preußen einerseits, auf die rheinischen Besitzungen Brandenburgs andrerseits, die, wenn man sich dem Frieden anschloß, den Angriffen der Holländer fast wehrlos preisgegeben waren. Eine Garantie für dieselben zu bieten, war aber weder der Kaiser noch Sachsen geneigt, ja das letztere schien jetzt seine alten Erbansprüche auf die jülich-clevischen Länder wieder geltend machen zu wollen. Alle diese Gesichtspunkte der großen brandenburgischen Politik im Verein mit der Rücksicht auf Schweden, welches sich um die Rettung des Evangeliums so große Verdienste erworben habe, wurden mit Nachdruck von dem Kanzler Götze geltend gemacht, dem sich Rumelian Leuchtmar, dessen Bruder Erzieher des Kurprinzen war, voll und ganz anschloß. Denen

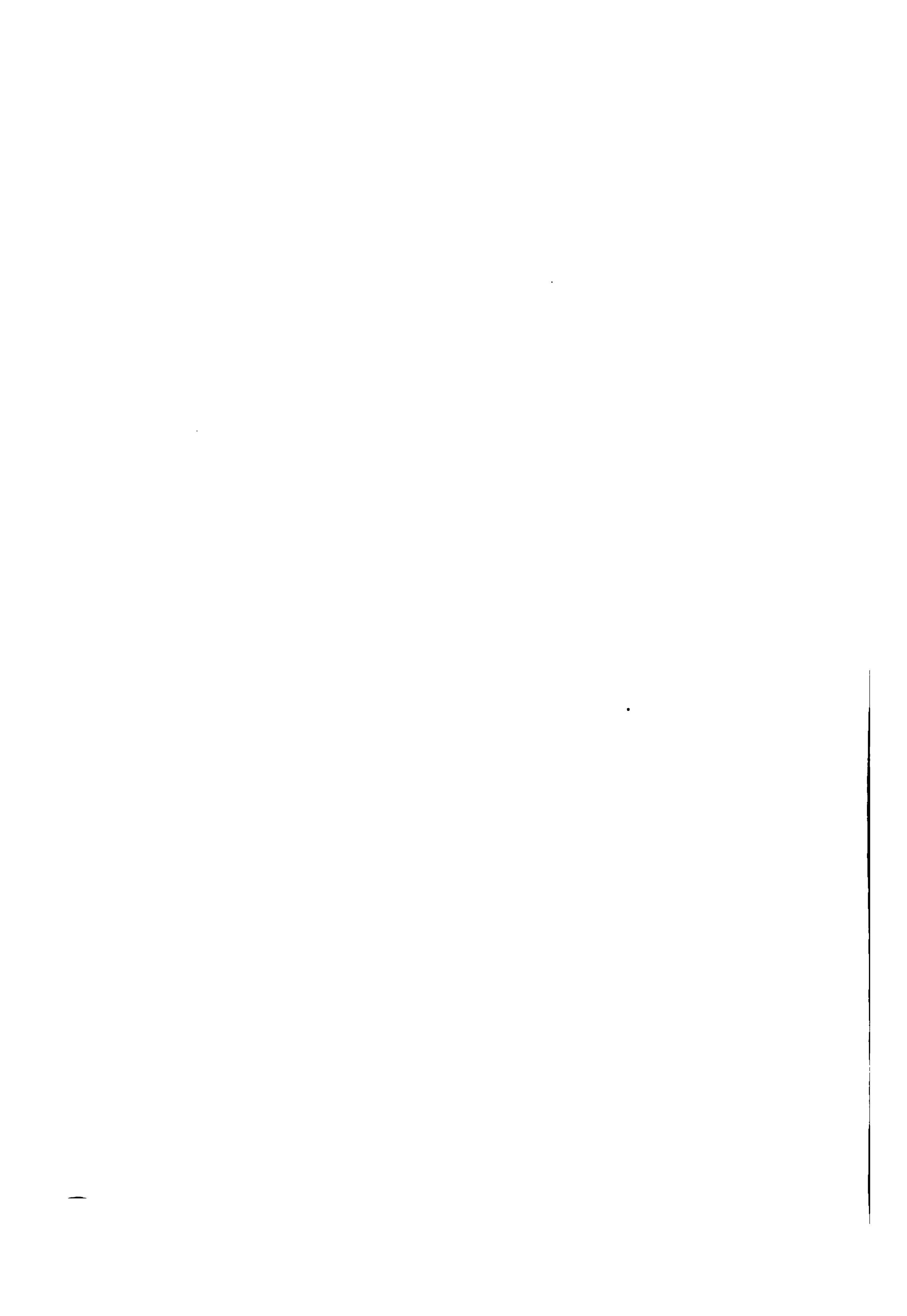
gegenüber aber entwickelte Schwarzenberg alle seine Geschicklichkeit, um den schwachen Kurfürsten zum Anschluß an den Frieden zu bewegen. Er stellte ihm vor, daß er, wenn er bei Schweden ausharre, vielleicht Pommern gewinnen könne, daß ihm aber der Kaiser, wenn er Sieger bleibe, alsdann sein ganzes Land nehmen könne und werde. Er wußte den Kurfürsten mit diesen Vorstellungen so einzuschüchtern und zu umgarnen, daß er ihn nach Leipzig entsandte, um über den Beitritt zum Frieden zu verhandeln. Aber Georg Wilhelm wollte doch sein Gewissen salviren und noch einige weitere Zugeständnisse zu erringen suchen und wies Schwarzenberg an, auf eine Auseinandersetzung mit Schweden, die Restitution der Pfalz, eine allgemeine Amnestie und eine Vergleichung in der Jülicher Frage zu dringen. Nur wenn er sehe, daß diese Bedingungen absolut nicht zu erreichen seien, sollte er trotzdem abschließen. Und Schwarzenberg schloß ab, und zwar, ohne auch nur ernstlich versucht zu haben, jene Zugeständnisse zu erlangen.

Dieses Verhalten Kursachsens und Brandenburgs aber war das Signal zu einem allgemeinen Abfall der protestantischen Fürsten Deutschlands von der Sache Schwedens, die, wie die Dinge nun einmal lagen, mit der des deutschen Protestantismus untrennbar verbunden war. Noch im Laufe des Jahres 1635 traten Frankfurt a. M., Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar, die Herzöge von Mecklenburg, der gesammte niedersächsische Kreis, ja sogar der Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg, der bisher ein schwedisches Heer in Norddeutschland befehligt hatte, dem Prager Frieden bei. Im Wesentlichen harrten nur der wackere Landgraf Wilhelm von Hessen und Herzog Bernhard von Weimar bei den Schweden aus. Diese schienen dem Uebergewicht der kaiserlichen Waffen um so mehr erliegen zu müssen, als eben jetzt der sechsjährige Waffenstillstand mit Polen ablief und eine Erneuerung des Krieges mit dieser Macht drohte. Da endlich entschloß sich Richelieu, der bei einem völligen Erliegen Schwedens das ganze System seiner europäischen Politik gefährdet sah, thätig in den deutschen Krieg einzugreifen.

Vierte Periode.

Offenes Eingreifen Frankreichs in den deutschen Krieg. Richelieu und Bernhard von Weimar.

(1635—1639.)



Die europäische Lage im Jahre 1635.
Richelieus auswärtige Politik.

Während in Deutschland in blutigem Ringen und unter den schroffsten Wechselfällen von den einander entgegengesetzten Weltkräften gekämpft wurde, hatte Richelieu ohne eigentliche directe Theilnahme an diesem entscheidenden Kriege Erfolg auf Erfolg in seiner consequent festgehaltenen Politik errungen. Wie er im Inneren Frankreichs gegenüber den immer wieder sich aufbäumenden Factionen des Adels, katholischen wie hugenottischen, dem Königthume zu einer früher ungekannten Machtfülle verholfen hatte, so war es ihm in seiner äußeren Politik Schritt für Schritt gelungen, ohne selbst zu den Waffen zu greifen, die erdrückende Uebermacht des habsburgischen Hauses niederzuhalten und mehr und mehr selbst an die Stelle zu treten, die Spanien-Oesterreich bisher eingenommen hatte. Nachdem er am Anfange seiner Laufbahn durch die Besetzung der Veltliner Alpenpässe und die Erwerbung Pinerolos im mantuanischen Erbfolgekriege mit einigen kühnen und geschickt geleiteten Waffenunternehmungen den Grund zu seiner antihabsburgischen Politik gelegt, einen Keil zwischen die italienischen und niederländischen Besitzungen Spaniens eingetrieben hatte, war es ihm gelungen, die Fortsetzung seiner auf die Schwächung der habsburgischen Macht gerichteten Politik auf andere Schultern abzuwälzen. Wie er es auf jenem Regensburger Kurfürstentage von 1630 vortrefflich verstanden hatte, die zwischen dem Kaiser und der Liga bestehende Spannung für seine Zwecke zu verwerthen, wie er dort die auf die Absetzung Wallensteins gerichteten Bestrebungen wirksam unterstützt und dazu beigetragen hatte, daß der Kaiser in dem Augenblicke, da er, nicht ohne Frankreichs Zuthun, in einen neuen Krieg verwickelt wurde, sich selbst des einzigen Feldherrn beraubt hatte, der diesen Krieg zu bestehen fähig gewesen wäre, so hatte er im weiteren Fortgange des Kampfes aus den Niederlagen des Kaisers Vortheil über Vortheil für Frankreich davongetragen. Freilich wurden ihm dann die Erfolge, welche der heldenmüthige Schwedenkönig errang, allmählich doch unheimlich, weil sie den schwedischen Einfluß in Deutschland zu dem alleinherrschenden werden zu lassen drohten. Allein von dieser Besorgniß vor dem „Gothenkönige“, den er nicht zu mächtig werden lassen wollte, wurde er durch dessen frühzeitigen Tod befreit. Die naturgemäße Folge der Schwierigkeiten, in welche Schweden danach gegenüber seinen deutschen Bundesgenossen gerieth, war, daß diese eine stets wachsende

Hinneigung zu Frankreich bekundeten, welche Richelieu auf das Geschickteste für die Hebung des französischen Einflusses auf die deutschen Angelegenheiten verwerthete. Schon auf dem Heilbronner Convente von 1633 sahen wir seine Gesandten erfolgreich thätig, um zwei für Frankreich gleich wichtige Ziele zu erreichen: einmal, die deutschen Bundesgenossen zum weiteren Widerstande gegen den Kaiser, d. h. zum Ausharren bei Schweden, zu vermögen, damit die ihm feindliche habsburgische Macht nicht allzu sehr erstarke, dann aber den Einfluß des schwedischen Kanzlers in diesem neubegründeten Heilbronner Bunde nicht allzu groß werden zu lassen, damit er immer genöthigt sei, auf Frankreich, von dem er seine Subsidien bezog, Rücksicht zu nehmen. Nur so konnte Richelieu hoffen, ohne directe Theilnahme am Kriege, die er zu vermeiden wünschte, nur durch Subsidienzahlungen an seine Verbündeten dem Kaiser immer neue Schwierigkeiten zu bereiten, ihn und Spanien nach wie vor im Schach zu halten. Demselben Zwecke diente es, wenn er die Generalstaaten, welche an sich zu einem Abkommen mit Spanien geneigt gewesen wären, zu weiterem Widerstande zu bewegen versuchte, indem er ihnen in einem im April 1634 geschlossenen Vertrage eine Million Livres jährlicher Subsidien versprach, wogegen sich die Holländer dann in der That verpflichteten, den Krieg mit Spanien fortzusetzen. So gelang es ihm Jahre lang, mittelbar, gleichsam hinter den Coulissen an der Bekämpfung der habsburgischen Machtstellung in Europa theilzunehmen. Ja, er erntete dabei, ohne gesät zu haben, auch einige directe Früchte, welche als die ersten Erfolge auf dem Wege zu dem seit lange erstrebten Ziele, der Erwerbung des linken Rheinufers, gelten konnten. Wir hoben hervor, wie der Kurfürst von Trier, von Gustav Adolf bedrängt, sich in Frankreichs Schutz begab und diesem seine Festungen Philippsburg und Ehrenbreitstein einzuräumen sich bereit erklärte. Im Mai 1632 hatten die Franzosen in der That den Ehrenbreitstein besetzt, am 7. October 1634 wurde ihnen auch Philippsburg, nachdem es den Kaiserlichen abgenommen war, eingeräumt.

Aber sehr bald zeigte sich doch, daß sich diese Stellung Frankreichs, diese mittelbare Theilnahme am Kriege, während es formell mit dem Kaiser und mit Spanien in Frieden lebte, für die Dauer doch nicht werde aufrecht halten lassen. Es fehlte natürlich nicht an ebenso mittelbaren, aber darum nicht minder empfindlichen Gegenwirkungen von der andern Seite, die Richelieu in seiner herrschenden Stellung im Innern Frankreichs gefährlich werden konnten.

Wir gedachten schon des gespannten Verhältnisses, in welches der Cardinal in Folge der rücksichtslosen Art seiner inneren Regierung wie durch die Richtung seiner äußeren Politik mit der Königin-Mutter und dem präsumtiven Thronfolger, dem Bruder des Königs, Herzoge von Orléans, gerathen war. Diese Spannung war allmählich zu einem Grade gediehen, welche es der Königin-Mutter angezeigt erscheinen ließ, mit ihrem jüngeren Sohne Frankreich zu verlassen und sich zu dessen ausgesprochenen Feinden,



LE GRAND ARMAND CARD DVC DE RICHELIEV

Cardinal Richelieu.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Claude Mellan (1598—1688).

nach den spanischen Niederlanden, zu begeben. Hier aber fand sie, welche immer der antispanischen Richtung der Politik Richelieus entgegengearbeitet hatte, bereitwillige Aufnahme und Unterstützung. Es kam noch einmal zu einem bewaffneten Unternehmen ihrer Partei, welche bei dem von Richelieu wenig rücksichtsvoll behandelten hohen Adel Frankreichs vielen Anhang fand, gegen das durch Richelieu repräsentirte System des französischen Königthums. An diesem inneren Kampfe, in dem der letzte der Montmorencys seinen Untergang fand, hatte dann, ebenfalls mit spanischer Unterstützung, auch der Herzog von Lothringen als Gegner Richelieus theilgenommen. Wohl war der Letztere, der den König voll und ganz auf seiner Seite hatte, dieser Regungen inneren Widerstandes völlig Meister geworden, ja es war ihm gelungen, eben in diesem Kampfe sich eines großen Theils des Herzogthums Lothringen zu bemächtigen und dadurch seinen Machtbereich noch weiter gegen den Rhein hin auszudehnen — im Herbst 1632 war mit der Eroberung Nancys die des Herzogthums so gut wie vollendet —, aber natürlich trugen alle diese Vorgänge dazu bei, die Feindschaft zwischen Frankreich und Spanien-Oesterreich zu einem Grade zu steigern, der den Ausbruch des offenen Krieges in immer nähere Aussicht stellte. Namentlich war es Spanien, welches offen und unverhüllt auf einen solchen hinarbeitete. Die Aufstellung eines Heeres unter Feria in Oberdeutschland und im Elsaß war nicht bloß gegen die Niederlande, sondern auch und noch mehr gegen Frankreich und dessen Annexionsgelüste gerichtet. Im Sommer 1633 machte Spanien die eifrigsten Anstrengungen, eine große antifranzösische Liga zu begründen, von den Niederlanden wie vom Elsaß her geradezu zum Angriff gegen Frankreich überzugehen, welchen Wallenstein mit einem Theile seines Heeres unterstützen sollte. Aber Wallenstein war, wenn auch aus ganz anderen Gründen, entschieden gegen einen directen Krieg mit Frankreich, weil er sehr wohl erkannte, daß dieser im Wesentlichen nur den spanischen Interessen dienen sollte. Es war das einer der Gesichtspunkte, unter denen er sich überhaupt gegen die Aufstellung des Feriaschen Corps erklärt hatte. Er wollte nicht nun neben Schweden auch noch Frankreich in den deutschen Krieg hineingezogen wissen, sondern hielt stets an der Hoffnung fest, denselben durch einen Frieden mit den deutschen protestantischen Fürsten zu beendigen und so eine Einmischung Frankreichs unmöglich zu machen. Allein der Abschluß dieses Friedens wurde durch seine Ermordung verhindert, und inzwischen gelang es den Franzosen im Winter 1633/34, ebenfalls ohne kriegerische Action, auch im Elsaß festen Fuß zu fassen, indem bald die eine, bald die andere der mit einander kämpfenden Parteien einen Platz, den sie nicht mehr zu vertheidigen vermochte, unter französischen Schutz stellte. Auf diese Weise gelangten der Reihe nach Bischweiler, Neuweiler, Hagenau und Zabern in den Besitz der Franzosen.

Dieses Streben, gegenüber der wachsenden Uebermacht des Kaisers sich unter französischen Schutz zu begeben, trat nun aber auch unter den mit



Herzog Karl IV. von Lothringen.

Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

Schweden verbündeten evangelischen Ständen Deutschlands immer mehr und mehr zu Tage, je größere Fortschritte die kaiserlichen Waffen während des Jahres 1634 machten. Natürlich verfehlte Richelieu nicht, dieser Hinneigung verständnißvoll entgegenzukommen. Allein wenn die Heilbronner Verbündeten den dringenden Wunsch hegten, daß Frankreich sich offen den Gegnern des Hauses Habsburg zugesellen solle, so war Richelieu doch zunächst keineswegs geneigt, darauf einzugehen; er hoffte vielmehr, immer noch seine zuwartende Stellung behaupten zu können, und wollte nach wie vor versuchen, durch ermuthigende Worte und Geldunterstützungen die besiegten Gegner Habsburgs zur Fortsetzung des Kampfes zu vermögen.

In dieser Richtung bewegten sich die Bemühungen der beiden Gesandten de la Grange aux Ormes und Feuquières, welche Richelieu zu jenem Convente der Heilbronner Verbündeten entsandt hatte, der im April 1634 in Frankfurt zusammengetreten war. Hier war es, wo sie gegen den anfänglich sehr starken Widerspruch Oxenstiernas und des Herzogs Bernhard von Weimar die Einräumung von Philippsburg an die Franzosen durchsetzten, hier war es auch, wo sie die ersten, zunächst aber noch vergeblichen Versuche machten, Herzog Bernhard für Frankreich durch eine Pension, die sie ihm anboten, zu gewinnen. Schritt für Schritt wurden dann Oxenstierna und Bernhard, so sehr sie ihre Unabhängigkeit von Frankreich zu behaupten bestrebt waren, durch die klägliche Haltung der deutschen Verbündeten dazu gedrängt, sich Frankreich in die Arme zu werfen. Die Stände verharrten auch dem beständigen Vordringen der Kaiserlichen gegenüber in ihrer von Frankreich unterstützten oppositionellen Haltung gegenüber Oxenstierna, so daß dieser sich zu der Aeußerung veranlaßt sah, wenn es nicht gegen sein Gewissen wäre, seinen Posten zu verlassen, so würde er sich lieber als Sauhirt gebrauchen lassen, als zusehen, daß die Stände Mittel genug in Händen hätten zu helfen, aber dazu weder zu bereden noch zu zwingen wären.

Als nun gar die Nachricht von der Nördlinger Schlacht eintraf, war es mit der Haltung der Heilbronner Stände vollends zu Ende. Dringender als je verlangten sie jetzt von Frankreich, daß es offen mit dem Kaiser breche. Allein noch immer wollte sich Richelieu nur dazu verstehen, die Verbündeten mit Geld und Truppen — es war von einem Hilfscorps von 6000 Mann, welches von einem dem Bunde angehörigen Fürsten befehligt werden sollte, die Rede — zu unterstützen. Auch dafür aber stellte er schon sehr hohe Bedingungen. Er verlangte Garantie der katholischen Religion in allen occupirten Gebieten, Aufnahme aller katholischen Fürsten, die sich vom Kaiser trennen würden, in den Bund, zum Wenigsten aber Bewilligung der Neutralität für dieselben, Anweisung geeigneter Uebergänge über den Rhein für die französischen Truppen u. A. m.

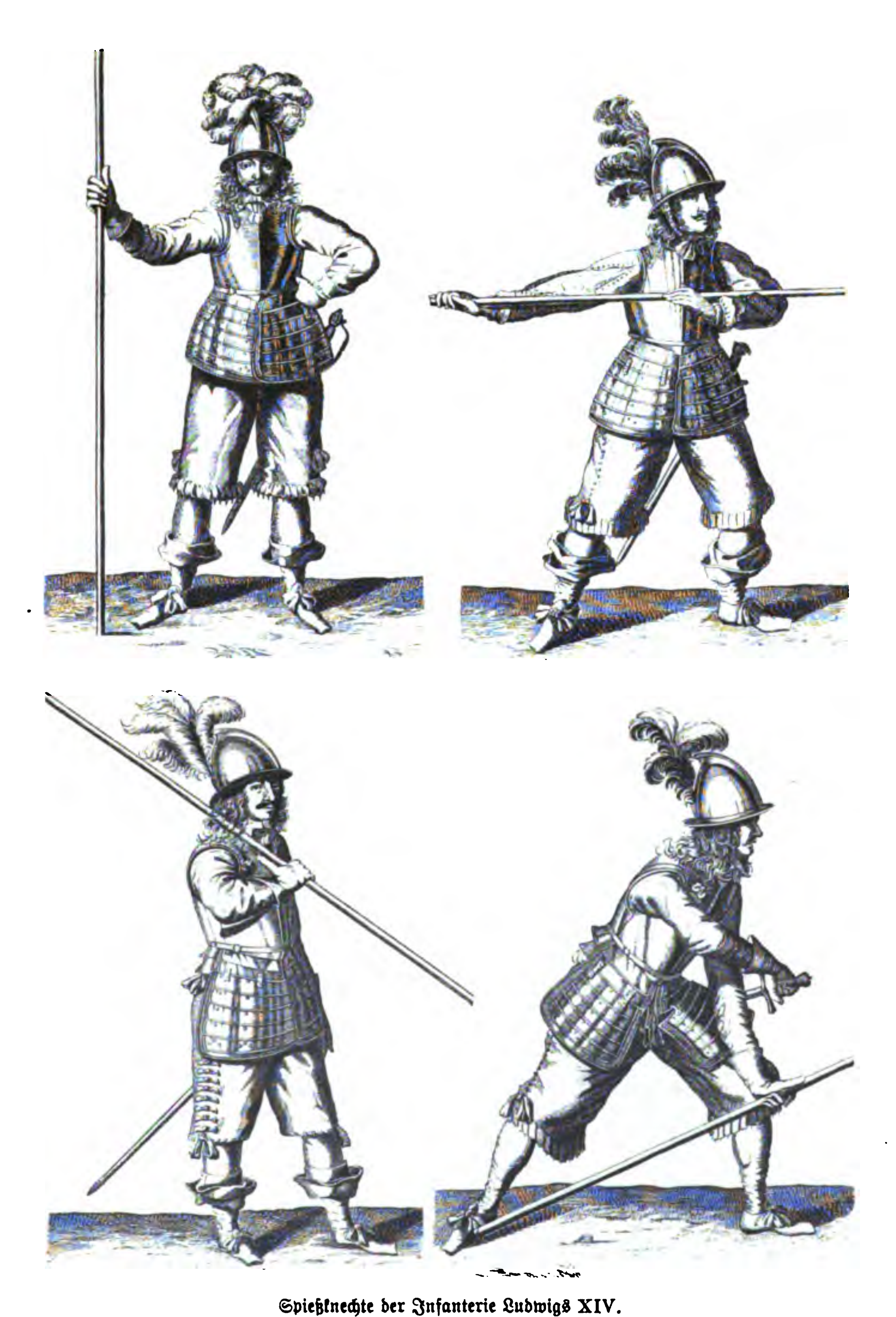
Um Frankreich zu günstigeren Bedingungen, vor Allem aber zu offener Theilnahme am Kriege zu bewegen, wurden Dr. Löffler und Geheimer Rath Streiff Ende September von Oxenstierna und den Heilbronner Verbündeten

nach Paris geschickt, um einen endgiltigen Vertrag abzuschließen, in dem selbst Oxenstierna die Einräumung des Elsasses an Frankreich zuzugestehen bereit war. Allein inzwischen war der größte Theil dieses Landes bereits durch den von den Kaiserlichen schwer bedrängten Rheingrafen den Franzosen eingeräumt worden. Die Gesandten sahen sich daher zu den nachtheiligsten Bedingungen genöthigt. Die Franzosen wollten sich gegen Einräumung des ganzen Elsasses nur dazu verpflichten, durch Feuquières ein Heer von 14000 Mann in Deutschland anzuwerben, welches unter französischem Commando in den Dienst des Heilbronner Bundes treten, d. h. nicht als ein französisches Heer betrachtet werden sollte. Mit anderen Worten: den offenen Krieg an den Kaiser zu erklären, verweigerte Richelieu nach wie vor. Nur für diesen Fall hatte aber Oxenstierna die ausdrückliche Einräumung des Elsasses zugestehen wollen. Er war daher aufgebracht darüber, daß die Gesandten, ihre Instruction überschreitend, auch ohne diese Voraussetzung des offenen Bruches Frankreichs mit dem Kaiser abgeschlossen hatten, und weigerte sich, als nun auf dem im December 1634 zusammentretenden Fürstenconvente zu Worms dieser Vertragsentwurf vom 1. November zur Verhandlung kam, ihn anzunehmen, namentlich auch deswegen, weil derselbe dem zwischen Frankreich und Schweden bestehenden besonderen Bündnisse in vielen seiner Bestimmungen widersprach. Vor Allem war der Kanzler über die Regelung der Subsidienfrage aufgebracht, weil nach diesem neuen Pariser Vertrage die Subsidien nicht, wie bisher nach dem in Heilbronn erneuerten Vertrage von Bärwalde an Schweden, sondern an den Bund gezahlt werden sollten. Kurzum, er verweigerte auf das Entschiedenste seine Zustimmung und vertagte, als ein großer Theil der Heilbronner Verbündeten sich dennoch zur Annahme des Vertrages bereit erklärte, den Convent auf den Januar des folgenden Jahres. Aber als derselbe nun wieder eröffnet werden sollte, war außer den wenigen Ständen, die ihre Zuflucht in Worms gefunden hatten, Niemand erschienen. Erst am 17. Februar konnte die Versammlung eröffnet werden, auf der dann alsbald wieder Feuquières, der am 18. eintraf, entscheidenden Einfluß gewann. Wenigstens über einen wichtigen Punkt aber gelang es dann hier, nach mancherlei Schwierigkeiten eine Einigung herbeizuführen: Bernhard von Weimar erhielt das oberste Commando der Bundesarmee, freilich bei weitem nicht mit der Selbständigkeit der Kriegsleitung, die er erstrebt hatte, aber immerhin doch unter Bedingungen, die er annehmen zu können meinte und am 12. März auch thatsächlich annahm. Danach sollten Directorium und Bundesrath das Recht haben, Deputirte ins Heerlager zu entsenden, um die Rechte der Stände zu wahren. Auch sonst wurde die Disposition in Militärangelegenheiten Bernhard wesentlich verkürzt. Dagegen übernahmen die Stände Besoldung und Unterhalt des Heeres und die Bezahlung eines persönlichen Gehalts von 3000 Thalern monatlich und von 1000 Thalern für außerordentliche Bedürfnisse an Bernhard selbst. Nur war es allerdings in hohem Maße zweifelhaft, ob diese Geldbewilligungen nicht wie die früheren nur auf dem Papier stehen bleiben

würden, ob die Stände überhaupt im Stande sein würden, sie zu erfüllen. Viele von ihnen, fast alle rechtsrheinischen, waren durch die Kaiserlichen von Land und Leuten vertrieben, die linksrheinischen aber hatten sehr unter den Einquartierungen der Franzosen und der eigenen Bundesgenossen zu leiden. Die meisten von ihnen sahen nach wie vor die einzige Rettung darin, daß Frankreich offen am Kriege theilnehme.

In der That drängte auch die allgemeine politische Lage immer mehr zu diesem Ziele hin. Wollte Richelieu nicht seine ganze bisherige äußere Politik verleugnen, so mußte er sich über kurz oder lang zu dem entscheidenden Schritte entschließen, und zwar um so mehr, als Oxenstierna nach wie vor sich energisch weigerte, jenen Novembervertrag anzunehmen, obwohl die Heilbronner Verbündeten denselben unterzeichnet und in die Schlußacte des Wormser Congresses vom 30. März 1635 aufgenommen hatten. Dadurch stieg die Spannung zwischen Oxenstierna und seinen so wie so zu großen Opfern wenig geneigten deutschen Verbündeten immer mehr, und es wurde immer unzweifelhafter, daß unter diesen Umständen eine Fortführung des Kampfes unmöglich sein werde. Schon sprach man davon, daß Oxenstierna nach Lage der Dinge nichts Anderes übrig bleiben werde, als seinen Frieden mit dem Kaiser zu machen, und auch unter den Ständen wuchs von Tag zu Tage die Neigung, den Prager Frieden anzunehmen. Bemühten sich doch die Kaiserlichen offenkundig, selbst den Herzog Bernhard von Weimar, den entschlossensten und überzeugtesten Verfechter der protestantischen Sache, zum Anschluß an den Prager Frieden zu bewegen, freilich völlig vergeblich.

Mittlerweile aber erlangten die Kaiserlichen im Felde immer mehr die Oberhand durch eine Reihe von Erfolgen, die für Frankreich selbst unmittelbar bedrohlich und beschämend zugleich waren. Im Januar 1635 wurde gleichsam unter den Augen der Franzosen Philippsburg von den Kaiserlichen zurückerobert; bald darauf erschienen der Herzog von Lothringen und Johann von Werth auf dem linken Rheinufer. Der Erstere, vom Kaiser nachdrücklich unterstützt, führte die verwegensten Reden; er werde nach Paris vorrücken und dort den Doppeladler an die Stelle der Lilien setzen. Ja es ging das Gerücht, die antifranzösische Liga, als deren Vertreter der Herzog von Lothringen betrachtet werden konnte, beabsichtige, denselben auf den französischen Thron zu erheben. Und kein Zweifel war daran, daß Spanien unausgesetzt auf einen umfassenden Angriff gegen Frankreich bringe. Schon waren die Generalstaaten durch den Cardinal-Infanten in immer wachsende Bedrängniß gerathen. Wie, wenn dieser am Niederrhein, wie der Herzog von Lothringen am Oberrhein, sich zugleich und gemeinsam gegen Frankreich wendeten? Richelieu gab sich über die unversöhnliche Feindschaft der Spanier gegen ihn keiner Täuschung hin. Mit ihnen offen zu brechen entschloß er sich zuerst. Er gedachte es in der umfassendsten Weise zu thun und eine große antispanische Liga zu Stande zu bringen, in welche er auch England und die italienischen Staaten hineinziehen wollte. Hierüber verhandelten seine Gesandten im Frühjahr 1635



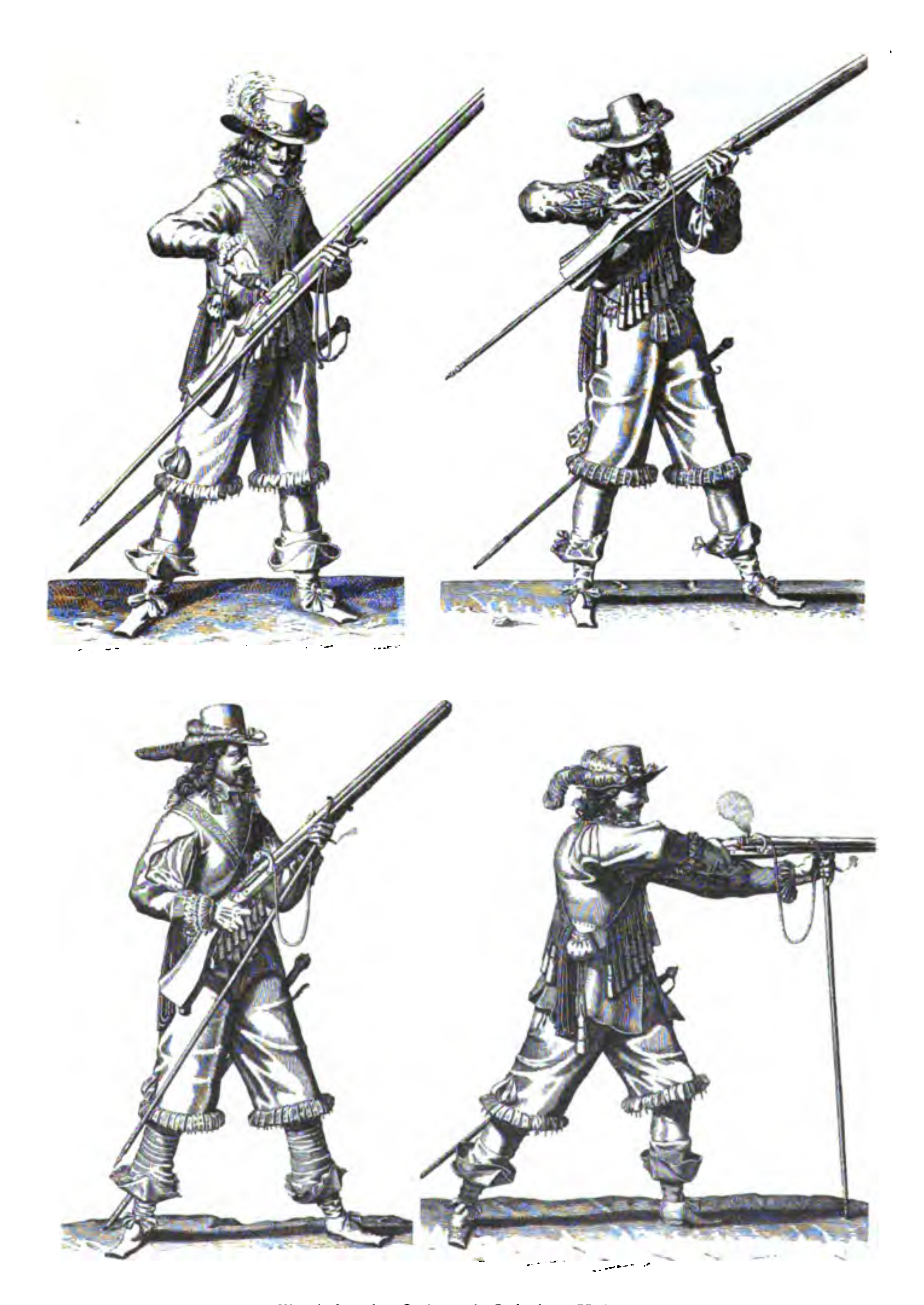
Spießknechte der Infanterie Ludwigs XIV.

Der vierte in Vertheidigungsstellung gegen den Angriff eines Reiters.

(Facsimiles aus: Le Marechal de Bataille, contenant le maniment des armes, les evolvtions etc. Par de Lostelneau, Marechal de bataille des camps et armées de sa Majesté, sergent major de ses gardes françoises. Paris MDCXLVII.)



Musketiere der Infanterie Ludwigs XIV.
1. Im Marsch. 2. 3. 4. Das Laden.



Musketiere der Infanterie Ludwigs XIV.

5. Pulver auf die Pfanne. 6. Anblasen der Lunte. 7. Fertig. 8. Feuer.

mit dem größten Eifer. Vor Allem aber mußte die Verbindung mit den Generalstaaten enger geknüpft, mußten diese zu fernerem Kampfe gegen Spanien in den Stand gesetzt werden. Schon im Februar einigte man sich in der Hauptsache über eine Offensivallianz mit ihnen, die, am 23. April 1635 von Ludwig XIII. ratificirt, beide Staaten verpflichtete, den Krieg gegen Spanien gemeinsam mit je 30 000 Mann zu führen. Danach folgte am 19. Mai die feierliche Kriegserklärung Frankreichs an Spanien.

Dagegen zögerte Richelieu auch jetzt noch, sich auch mit dem Kaiser in offenen Kampf einzulassen; er hoffte noch immer, seinen Zweck durch den von den Heilbronner Verbündeten angenommenen Vertrag, d. h. durch Unterstützung derselben mit Geld und einem französischen Hilfscorps zu erreichen. Lange Zeit blieben alle Bemühungen, welche der von Oxenstierna nach Paris geschickte Gesandte, kein Geringerer als Hugo Grotius, aufwandte, um Milderungen des Pariser Vertrages zu erreichen oder vielmehr die Erneuerung der alten Allianz zwischen Schweden und Frankreich an dessen Stelle zu setzen, völlig vergeblich. Endlich entschloß sich Oxenstierna selbst nach Paris zu reisen. Am 20. April kam er in Compiègne, wo sich damals der Hof aufhielt, an, und zwar in einem Augenblick, der zwar für die Sache der Gegner Habsburgs im Allgemeinen sehr ungünstig, gerade deswegen aber für den augenblicklich von dem Kanzler angestrebten Zweck sehr günstig war.

Kurz vor seiner Ankunft war nämlich in Paris die Nachricht eingetroffen, daß die Kaiserlichen an der von den Franzosen stark besetzten Mosellinie Erfolg über Erfolg errungen und am 26. März sich Triers bemächtigt, den Kurfürsten von Trier, der sich in Frankreichs Schutz begeben hatte, gefangen genommen hatten. Nunmehr war kein Zweifel mehr, daß sich der Kampf mit dem Kaiser nicht mehr vermeiden lassen werde. Ebenso klar aber war, daß man in diesem Kampfe der Hilfe Schwedens nicht entrathen könne. Jetzt war demnach Richelieu sofort bereit, die bisherige Allianz mit Schweden zu erneuern. Von dem Pariser Novembervertrage war nicht mehr die Rede, vielmehr einigte man sich sehr schnell über eine Erneuerung der Bärwalde-Heilbronner Allianz, die schon acht Tage nach Oxenstiernas Ankunft abgeschlossen wurde (28. April). Beide Staaten verpflichteten sich, mit dem Hause Oesterreich, „mit dem sie sich jetzt in Krieg befänden", nur in Gemeinschaft Friede zu schließen, beide erklärten, die evangelischen Stände Deutschlands ihren Verpflichtungen gemäß unterstützen zu wollen. Schweden machte das Zugeständniß, die katholische Religion in den Gebieten, wo sie seit 1618 bestand, nicht zu unterdrücken, Frankreich aber versprach, Schweden bei den von Gustav Adolf eroberten und von den deutschen Ständen ihm als Pfand für seine Ansprüche überlassenen Gebieten zu schützen und ihm die verlorenen wieder erobern zu helfen.

Trotzdem so der Vertrag allen Wünschen, welche Oxenstierna gehegt hatte, durchaus entsprach, machte derselbe die Giltigkeit dieses Abkommens dennoch von der Ratification seiner Königin abhängig, weil er dadurch einen

heilsamen Druck auf Frankreich ausüben konnte, indem er diese Ratification nicht eher vollziehen ließ, als bis der offene Bruch Frankreichs mit dem Kaiser erfolgt wäre.

In der That trat Richelieu jetzt offen in den Krieg ein und machte die umfassendsten Rüstungen, um ihn im großartigsten Maßstabe zu führen. Nicht weniger als vier große Heere wurden aufgestellt: das eine unter Chatillon und de Brèze sollte in den Niederlanden, ein zweites unter Crequi in Italien operiren; ein drittes unter Rohan wurde nach der Schweiz entsandt, um die Alpenpässe im Veltlin zu besetzen und die Spanier zu verhindern, neue Truppenmassen aus Italien nach dem deutschen Kriegsschauplatze zu werfen. Das vierte Heer unter La Force endlich sollte in Deutschland verwendet werden und im Verein mit Herzog Bernhard von Weimar zunächst in Lothringen Aufstellung nehmen.

So wurde, fast zu derselben Zeit, da Sachsen durch den Abschluß des Prager Friedens seinen Abfall von der protestantischen Sache vollzog und dadurch dem Kaiser das unbedingte Uebergewicht zu verschaffen schien, durch den offenen Beitritt Frankreichs zu dem evangelischen Bunde das Gleichgewicht der Kräfte wieder hergestellt, freilich aber auch eine neue auswärtige Macht in den deutschen Krieg hineingezogen. Was Wallenstein zu vermeiden gesucht hatte, wurde durch die spanische Richtung der Politik des kaiserlichen Hofes nun doch herbeigeführt.

Die Feldzüge von 1635 und 1636. Tod Kaiser Ferdinands II.

Die neue Allianz zwischen Frankreich und Schweden konnte für den Krieg und damit für die Zwecke Richelieus ihre volle Bedeutung erst erhalten, wenn es gelang, den Schweden nach der polnischen Seite hin freie Hand zu verschaffen. Im September 1635 lief der im Jahre 1629 durch Frankreichs Vermittelung geschlossene Waffenstillstand ab. Ihn zu erneuern und zu einem dauernden Frieden auszugestalten, mußte die nächste Aufgabe der französischen Politik sein, da bei einem Wiederausbruch dieses Krieges Schweden seine Streitkräfte aus Deutschland so gut wie völlig hätte zurückziehen müssen. Dies zu verhindern war aber um so nothweniger, als die französischen Heere trotz aller großen und umfassenden Kriegsrüstungen bisher nicht viele Lorbeeren davongetragen, weder in den Niederlanden, noch im Herzogthum Lothringen die erwarteten Erfolge errungen hatten, vielmehr ohne die kräftige Hilfe des Herzogs Bernhard von Weimar die empfindlichsten Verluste erlitten haben würden.

Richelieu entsandte daher einen seiner gewandtesten Diplomaten, den Grafen d'Avaux, nach Stuhmsdorf, wo seit dem Frühling des Jahres die Gesandten der verschiedenen europäischen Staaten zwischen Polen und Schweden zu vermitteln beziehungsweise diese Vermittlung zu hintertreiben thätig waren. Denn natürlich wünschte die spanisch-katholische Partei ebenso eifrig die Erneuerung des Krieges, die sie von den schwedischen Gegnern befreit haben würde, wie die protestantischen Mächte, vor Allem England, Holland und Frankreich, die Verhütung desselben anstrebten, um den Schweden für den deutschen Krieg freie Hand zu schaffen. Sehr merkwürdig war in diesen Verhandlungen die Stellung Kurbrandenburgs; sie zeigte recht deutlich, in welchen Widerspruch mit seinen eigenen Interessen es sich gesetzt hatte, indem es sich durch Schwarzenberg zum Beitritt zum Prager Frieden verleiten ließ. Danach hätte es, da es jetzt auf der Seite der kaiserlichen Partei stand, mit dieser die Erneuerung des Krieges betreiben müssen. Dem widersprach aber auf das Schrofffste sein preußisches Interesse, welches nur gewahrt werden konnte, wenn der Friede zu Stande kam und Schweden in Folge dessen die von ihm besetzten preußischen Plätze wieder herausgeben mußte. In der That sehen wir denn auch den Vertreter Brandenburgs, den Markgrafen Sigismund, recht eigentlich im Gegensatz zu der Politik des Prager Friedens, eifrig die auf die Herstellung des Friedens zwischen Polen und Schweden gerichteten Bemühungen d'Avaux' unterstützen, die dann in Folge der meisterhaften Geschick-

lichkeit dieses Diplomaten von Erfolg gekrönt waren. Am 12. September 1635 kam in Stuhmsdorf ein Waffenstillstand auf weitere zwanzig Jahre zu Stande. Brandenburg bekam seine preußischen Besitzungen wieder zurück, gerieth aber dadurch in um so größere Gefahr, von den Schweden in seinen brandenburgischen Gebieten für seinen Abfall schwer heimgesucht zu werden.

Für die allgemeine Sache des Protestantismus aber war mit diesem Stuhmsdorfer Waffenstillstande ein neuer Erfolg errungen. Die in Preußen und Livland aufgestellten schwedischen Truppen unter Torstensons Führung, welche für den polnischen Krieg bestimmt gewesen waren, wurden jetzt für den deutschen Kriegsschauplatz frei. Es war die höchste Zeit, daß das geschah; denn Banér, in dessen Heere nach dem Prager Frieden die deutschen Truppen in Folge der kaiserlichen Abberufungsmandate und der sächsischen Lockungen und Versprechungen große Neigung auseinanderzulaufen bekundeten, gerieth gegenüber den durch kaiserliche Truppen verstärkten Sachsen und Brandenburgern, welche jetzt in den Krieg gegen Schweden eintraten, in große Bedrängniß. Die Sachsen suchten ihn in seiner Flanke zu umgehen und von Pommern, zugleich aber von dem von Preußen heranrückenden Heere Torstensons abzuschneiden. Allein der Letztere kam ihnen zuvor; am 23. October erreichte er Wollin, als die Sachsen und Kaiserlichen erst bis Stargard gelangt waren. Banér aber warf die Sachsen am 1. November in einem heftigen Gefechte bei Dömitz zurück, durch das er sich diesen wichtigen Elbpaß öffnete. Mecklenburg und Pommern fielen wieder in die Hände der Schweden. Als die Sachsen nunmehr gegen sie heranrückten, wurden sie am 8. December bei Goldberg geschlagen. Banér eroberte danach hinter einander Havelberg, die Werbener Schanze und den Paß von Fehrbellin. Torstenson aber brachte am 17. December den Sachsen bei Kyritz eine schwere Niederlage bei. Es war nach langer trüber Zeit das erste Wiederaufleben des alten schwedischen Kriegsruhms und zugleich ein Gegengewicht gegen den wenig erfreulichen Gang, den die kriegerischen Operationen auf dem westdeutschen Kriegsschauplatze genommen hatten.

Dort hatte sich bald bei Beginn des Feldzuges gezeigt, daß die französischen Truppen zu hervorragenden kriegerischen Leistungen wenig befähigt waren. Frankreich hatte seit langer Zeit keinen auswärtigen Krieg geführt, die Truppen hatten nur in den inneren Bürgerkriegen Verwendung gefunden, die für ihre taktische Ausbildung keine sehr vortheilhafte Schule gebildet hatten. Sie sollten sich diese Schulung jetzt erst auf dem deutschen Kriegsschauplatze aneignen. Herzog Bernhard gerieth in Verzweiflung über die Unthätigkeit des alten Marschalls La Force, mit dem gemeinsam zu operiren er angewiesen war. Er wünschte sehnlichst, daß dessen Heer, welches sich nach Lothringen zurückgezogen hatte, an den Rhein vorrücke, um dessen Deckung zu übernehmen, während er selbst darauf brannte, auf das rechte Rheinufer hinüberzugehen und dort mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen gemeinsam zu operiren. Sein kühn angelegter Offensivplan fand die volle Zustimmung Feuquières',

der ihm als Generallieutenant eines kleinen französischen Hilfscorps zur Seite stand. Allein La Force war nicht zum Vorgehen zu bewegen, sondern sah seine einzige Aufgabe darin, Lothringen, wo ein Aufstand zu Gunsten des vertriebenen Herzogs ausgebrochen war, zu decken. Bernhard, der zunächst in seiner Stellung in der Nähe von Speier ausharren mußte, gerieth dort in immer steigende Bedrängniß, da er allein den sehr viel stärkeren Heeren der Kaiserlichen unter Gallas und Wolf von Mansfeld gegenüberstand. Vergeblich versuchte er sich durch vereinzelte Vorstöße nach dem rechten Rheinufer Luft zu verschaffen und die hauptsächlichsten dortigen Punkte, welche noch nicht von den Kaiserlichen erobert waren, zu halten. Schließlich mußte er sich, als der ersehnte französische Succurs von Woche zu Woche sich verzögerte, selbst zum Rückzug entschließen. Damit war das rechte Rheinufer zunächst gänzlich von den evangelischen Waffen aufgegeben (Ende Juni). Es währte nur kurze Zeit, so gingen die verschiedenen kaiserlichen Heerestheile ihrerseits zum Angriff auf das linke Rheinufer über. Bingen, Oppenheim, Bacharach, Caub, Boppard wurden von ihnen eingenommen. Bei Breisach überschritt der Herzog von Lothringen, bei Speier Gallas den Strom. Bernhard war nicht im Stande, das zu verhindern. Weiter und weiter mußte er nach Westen zurückweichen. Am 1. Juli hatte er in Saarbrücken eine Unterredung mit Feuquières, dem er die verzweifelte Lage offen schilderte und erklärte, daß er verloren sei, wenn der versprochene französische Succurs nicht bald eintreffe. Werde er aber durch ein starkes französisches Heer unterstützt, so wolle er sofort die Offensive gegen Gallas ergreifen, den Rhein überschreiten und im Rücken der Kaiserlichen die Gegend zwischen Frankfurt und Heilbronn besetzen.

Feuquières, der, je länger er mit Bernhard in Berührung kam, ein um so eifrigerer Bewunderer seiner strategischen Begabung wurde, vertrat dessen Forderungen mit Energie am französischen Hofe und bei Richelieu, der sich dann in der That endlich entschloß, den Cardinal La Valette mit der bei Langres gebildeten Armee auf den östlichen Kriegsschauplatz zu werfen, während La Force in Lothringen den Kampf gegen dessen Herzog fortsetzen sollte. Allein auch La Valette beeilte sich nicht allzu sehr, der Weisung, sich mit Bernhard von Weimar zu vereinigen, Folge zu leisten. Mit steigender Ungeduld wartete dieser auf seine Ankunft, da die Kaiserlichen bereits einen großen Theil der Rheinpfalz in Händen hatten und Kaiserslautern, welches die Verbindung mit Mainz und Worms sicherte, ernstlich bedrohten. Mit ingrimmiger Entrüstung mußte Bernhard es mit ansehen, daß der so wichtige Platz am 17. Juli von Hatzfeld eingenommen wurde. Jetzt endlich erschien La Valette; am 27. Juli fand die Vereinigung seines Heeres mit dem Bernhards statt. Mit Eifer drang der Letztere jetzt auf den Vormarsch gegen den Rhein; vor Allem lag ihm Alles daran, Mainz, das seit einiger Zeit aufs Höchste gefährdet war, zu entsetzen. Nur mit Mühe konnte La Valette bewogen werden, bis an den Rhein mit vorzugehen. Er meinte, daß die Hauptaufgabe der französischen Truppen sei, die französische Grenze zu decken. Endlich gab er

nach; und als nun die vereinigten Heere sich gegen Mainz, gegen welches am 22. Juli das Bombardement von den Kaiserlichen eröffnet worden war, in Bewegung setzten und bis Kreuznach vordrangen, entschlossen sich die Kaiserlichen in der That, die Belagerung von Mainz aufzuheben. Am 8. August zog Bernhard in die Stadt ein.

Nachdem es ihm gelungen war, den französischen Marschall so weit mit fortzureißen, hoffte er auch, daß er ihn zu einem Vorstoß auf das rechte Rheinufer bewegen werde. Dem aber schien sich ein Theil des französischen Heeres widersetzen zu wollen. Namentlich war der französische Adel, dessen Blüthe sich in diesem Heere La Valettes befand, entschieden dagegen, sich so weit von den französischen Grenzen zu entfernen. Es bedurfte energischer Strenge und entschiedener Drohungen, ehe die Widerstrebenden sich fügten. Und auch in Bernhards Heere, welches seit langer Zeit wenig oder gar keinen Sold erhalten hatte, regte sich energischer Widerstand, da man auf dem rechten Rheinufer völlig isolirt den überlegenen Kräften der Kaiserlichen gegenüberstehen werde. Bernhard wußte auch diesen Widerstand zu beseitigen und die Truppen zu beruhigen, indem er ihnen versicherte, drüben stehe der Landgraf von Hessen, mit dem vereint werde man operiren. Wirklich wurde dann der Rhein überschritten, allein es gelang nicht, Frankfurt zu halten, welches soeben in den Besitz der Kaiserlichen überging, und Landgraf Wilhelm, der mit der Deckung seines eigenen Landes mehr als genug zu thun hatte, erschien nicht. So blieb der Uebergang über den Rhein in der That ein Stoß ins Blaue. So schwer es ihm wurde: der Herzog mußte sich entschließen wieder zurückzuweichen. Und nun begann der schwierigste Theil der Aufgabe: der Rückzug durch ein allenthalben vom Feinde besetztes Gebiet, der mit unendlichen Schwierigkeiten verbunden war. Aber das wichtige Unternehmen gelang. Man hat diesen Rückzug mit Recht stets als ein Meisterwerk strategischer Kunst angesehen. Und unzweifelhaft wäre das französische Heer völliger Auflösung anheimgefallen, wenn nicht die überlegene strategische Begabung Bernhards das Schlimmste abgewendet hätte. Ende September langte das Heer ohne nennenswerthe Verluste in Lothringen an.

Dieser Rückzug hatte selbst dem Feinde, der ihn vergeblich zu hindern versucht hatte, Achtung eingeflößt und imponirt. Und als nun die vereinigten Heere Bernhards und La Valettes Lothringen völlig in Besitz nahmen, in Gallas' Heere aber empfindlicher Mangel ausbrach, so sah dieser sich nunmehr zum Rückzuge genöthigt. Bald darauf trafen von Osten die Nachrichten über die siegreichen Kämpfe der Schweden ein und zwangen die Kaiserlichen, einen Theil ihres in Hessen und Thüringen stehenden Heeres den Sachsen zu Hilfe zu schicken. Dadurch aber bekam der Landgraf Wilhelm von Hessen, der in der letzten Zeit doch ernstlich in Versuchung gerathen war, dem Prager Frieden beizutreten, wieder Luft und entschloß sich, von seiner hochherzigen Gemahlin Amalie Elisabeth in seiner muthigen Haltung bestärkt, endgiltig auf der Seite Schwedens und der protestantischen Sache auszuharren. So war gegen Ende

des Jahres 1635 doch wenigstens einigermaßen das Gleichgewicht wieder hergestellt, aber — darüber konnte sich Richelieu selbst keiner Täuschung hingeben — nicht durch die französischen Heere, die im Gegentheil so gut wie nichts geleistet hatten, sondern durch Banér und Torstenson auf der einen, durch Herzog Bernhard auf der andern Seite. Diesen Letzteren endgiltig an die Seite Frankreichs zu fesseln, betrachtete Richelieu daher jetzt als seine vornehmste Aufgabe.

Verhandlungen mit dem Herzoge Bernhard waren schon seit langer Zeit im Gange; im Februar hatte sie Feuquières im Auftrage Richelieus geführt und war mit Versprechungen und verlockenden Aussichten nicht sparsam gewesen. Der König von Frankreich wollte dem Herzoge als dem Oberfeldherrn des Heilbronner Bundes schon damals auch das Commando über das französische Hilfsheer von 12000 Mann übertragen. Die Bedingungen des Vertragsentwurfs, welche im März 1635 von Feuquières aufgestellt und von Ludwig XIII. angenommen wurden, waren für den Herzog persönlich sehr vortheilhaft. Frankreich wollte ihn nicht nur im Besitz seines, ihm von Schweden übertragenen Herzogthums Franken schützen, sondern ihm auch, freilich unter der Oberhoheit und obersten Autorität des Königs von Frankreich, die Revenuen aus den österreichischen Besitzungen im Elsaß und der Vogtei Hagenau überlassen. Damit aber und durch den Einfluß, welcher in dem Entwurf einem dem Herzoge zur Seite zu stellenden französischen Generallieutenant eingeräumt wurde, wäre Bernhard in eine Abhängigkeit von Frankreich gerathen, die er in Folge seiner nationaldeutschen Gesinnung damals nicht auf sich zu nehmen geneigt war. Er legte den Entwurf erst Oxenstierna zur Entscheidung vor, und als dieser sie seinem Ermessen anheimstellte, verweigerte er schließlich doch seine Zustimmung, um das Heer des Bundes von französischer Beeinflussung frei zu halten. Er wollte nicht als Diener der Franzosen, sondern als deren Verbündeter an ihrer Seite fechten und hoffte damals noch, seine Unabhängigkeit als Feldherr des Heilbronner Bundes wahren zu können.

Dann aber folgten die niederdrückenden Erfahrungen des Feldzuges von 1635, die beiden Theilen nur zu deutlich klar machten, daß sie auf einander angewiesen seien. Der Heilbronner Bund erwies sich als völlig unfähig zu einer selbständigen Haltung neben Frankreich, namentlich aber war er völlig außer Stande, für den Sold und Unterhalt des Bernhardschen Heeres zu sorgen, welches daher in immer steigendem Grade schwierig und aufsässig wurde, ja sich völlig aufzulösen drohte. Wollte Bernhard die Sache des Protestantismus, die er zugleich für die nationale hielt, gegenüber den Reactionsgelüsten des Kaisers aufrecht halten, so konnte er das nur, wenn er von Frankreich durch ausgiebige Subsidien unterstützt wurde, die wieder nicht zu erreichen waren, ohne daß er in ein gewisses Maß von Abhängigkeit zu Frankreich trat. Auf der andern Seite aber hatte auch Richelieu durch die Mißerfolge der französischen Truppen deutlich erkannt, daß er ohne die

überlegene organisatorische und strategische Kraft Bernhards schwerlich etwas erreichen werde, daß eine Vereinbarung mit demselben sogar mit Rücksicht auf die eigene Sicherheit der französischen Grenzen eine absolute Nothwendigkeit sei. So waren schließlich beide Theile durch ihr eigenstes Interesse darauf angewiesen, sich zu einigen. Am 27. October 1635 kam endlich nach mancherlei Verhandlungen hinüber und herüber der Vertrag zu Stande, in welchem Bernhard in den Sold Frankreichs trat, dabei aber in den freilich mehrfach ziemlich dunkeln und vieldeutigen Einzelbestimmungen des Vertrages sich dasjenige Maß von Unabhängigkeit zu wahren suchte, das er für die Fortführung des Krieges in seinem Sinne für unerläßlich hielt. Vor Allem gestand ihm Richelieu jetzt nicht mehr bloß die Revenuen aus dem Elsaß und der Vogtei Hagenau zu, sondern er trat ihm diese, freilich vorläufig nur factisch in Frankreichs Besitz befindlichen Gebiete mit allen Rechten, die das Haus Oesterreich darin besessen hatte, förmlich ab, ohne die Oberhoheit Frankreichs vorzubehalten, d. h. ohne zu verlangen, daß Bernhard französischer Vasall werde. Dagegen gerieth der Herzog von Weimar durch diesen Vertrag in seinem militärischen Verhältnisse, welches er allerdings nur für ein vorübergehendes ansah, in unverkennbare, starke Abhängigkeit von Frankreich. Einer der geheimen Artikel des Vertrages setzte ausdrücklich fest, daß er den Oberbefehl des Bundes nicht mehr nach den Weisungen des Heilbronner Bundesraths und eines von Frankreich ernannten Kriegsraths, sondern allein nach denen des Königs von Frankreich zu führen habe, von dem er persönlich eine Jahresgage von 200 000 Livres und nach der Beendigung des Krieges eine Pension von 150 000 Livres zugesichert erhielt. Außerdem sollte er zur Fortsetzung des Krieges, als dessen Zweck die „Herstellung der Libertät Deutschlands" bezeichnet wurde, jährlich vier Millionen Livres Subsidien erhalten, allerdings nur unter der Bedingung, daß er das „Bundesheer", als dessen General er in den offenen Artikeln des Vertrages nach wie vor bezeichnet wird, bis zum 20. Januar 1636 auf 12 000 Mann zu Fuß und 6000 Reiter bringe. Ausdrücklich wurde ihm die Zusicherung gemacht, daß, wenn er durch einen unglücklichen Zufall sein Heer, auf dem seine ganze Existenz beruhte, verliere, ihm der König zu einem neuen verhelfen und daß im Fall der Gefangennahme des Herzogs Frankreich keinen Frieden schließen solle, ohne daß seine Befreiung in demselben stipulirt werde. In gleicher Weise verpflichtete sich dann auch Bernhard, ohne Wissen und Zustimmung Frankreichs keinen Vergleich mit dem Kaiser zu schließen.

Dies der Vertrag, durch welchen Herzog Bernhard, der einzige unter den Heerführern der nächsten Jahre, dem es noch um einen höheren Zweck und ein allgemein vaterländisches Ziel zu thun war, in ein Verhältniß zu Frankreich trat, dessen bedenkliche Seiten ihm selbst keineswegs verborgen blieben. Er gerieth dadurch Richelieu gegenüber in eine Lage, welche ein verhängnißvolles Mittelding zwischen der Stellung eines französischen Söldners und eines selbständigen Verbündeten Frankreichs war. Er meinte das Ver-

hältniß aber nur als ein vorübergehendes, zu einem bestimmten Zweck begründetes ansehen zu dürfen, bei dem er seine Selbständigkeit doch behaupten zu können hoffte. Dem entsprechend suchte er seine Würde als deutscher Landesfürst auch dem französischen Hofe gegenüber zu wahren, als dieser bei einem Besuche, den Bernhard nach dem Abschlusse des Vertrages in Paris machte, die Miene annahm, als betrachte er ihn nur als einen Söldner Frankreichs. Selbst in den Aeußerlichkeiten des Empfanges, in denen man ihn hinter den gerade anwesenden Herzog von Parma zurückstellen wollte, vergab er sich nichts. Als der König dem italienischen Fürsten gestattete, in seiner Gegenwart das Haupt zu bedecken, und von Bernhard verlangte, daß er sich entblößten Hauptes nahe, ließ dieser sich das nicht gefallen, sondern behauptete mit Energie seine Gleichberechtigung auch in diesen äußeren Formen. Ebenso wenig als Söldner wie als Vasall Frankreichs wollte er sich betrachtet wissen. Er wollte in aller und jeder Beziehung sein eigener Herr sein und bleiben, der nur mit französischem Gelde den Krieg führe. Freilich konnte es von vornherein doch einigermaßen zweifelhaft erscheinen, ob es ihm bei den zum Mindesten sehr zweideutigen Bestimmungen des Vertrages gelingen werde, diese selbständige Stellung für die Dauer zu wahren. In jedem Falle lag in diesem Vertrage in ähnlicher Weise der Keim zu einem Conflicte mit Frankreich, wie dereinst in der Capitulation von Znaim, welche Wallenstein mit dem Kaiser abgeschlossen hatte. In welcher Weise sich dieses Verhältniß weiter entwickeln würde, mußte in erster Linie von dem Verlaufe der Kriegsereignisse abhängen.

Diese aber gestalteten sich zunächst in Folge der mangelnden Kriegserfahrung der französischen Heerführer ungünstig genug. Die Kaiserlichen und die Spanier gingen im Jahre 1636, durch Sachsen und Brandenburg gegen Schweden wenigstens einigermaßen gedeckt, Frankreich gegenüber zu einer umfassenden Offensive vor. Von den Niederlanden her drang der Cardinal-Infant in die Picardie ein und bis zur Somme vor; Piccolomini und Johann von Werth überschwemmten das ganze Gebiet zwischen Somme und Oise, so daß Paris selbst vor ihnen zu zittern begann. Namentlich war es Johann von Werth, der mit seinen kecken Streifzügen den Franzosen einen solchen Schrecken einflößte, daß sein Name schon bange Furcht erzeugte, wie dereinst der Ruf „Hannibal ante portas“ im alten Rom. Richelieu gerieth in eine außerordentlich bedenkliche Lage; Bernhard und La Valette waren in ernste Kämpfe im Elsaß und in Lothringen verwickelt, in denen sie sich zwar in der Hauptsache siegreich behaupteten, ja sogar eine Reihe von Erfolgen, wie z. B. die Eroberung der lange belagerten Stadt Zabern (14. Juli) errangen, die es ihnen aber zunächst unmöglich machten, dem bedrohten Norden Frankreichs zu Hilfe zu kommen. Anfangs schien es, als werde durch dieses siegreiche Vordringen der Feinde in das Innere des geheiligten Bodens Frankreichs die ganze Machtstellung Richelieus ernstlich erschüttert werden. Die alten Stimmen der Opposition gegen die gesammte innere und äußere Politik

des Cardinals wurden noch einmal laut; namentlich waren es die katholischen Intransigenten, welche ihre alten Angriffe gegen die Verbindung Richelieus mit den „Ketzern“, durch die jetzt dieses Unheil über Frankreich hereinbreche, erneuerten. Schließlich aber gewann doch die allgemeine nationale Gesinnung die Oberhand, welche in diesem Einbruch der Feinde in Frankreich eine Beleidigung des Vaterlandes sah. Richelieu, der in dieser schwierigen und gefahrvollen Lage die volle Ruhe seines Geistes bewahrte, verstand es vortrefflich, diese Gesinnung der Bevölkerung zu verwerthen und zu einer Begeisterung zu erhöhen, welche sich zu allen Opfern bereit erklärte, um den Angriff des Feindes abzuwehren. Wetteifernd trugen alle Stände und Bevölkerungsklassen der Hauptstadt wie des Landes zu den Kosten der Aufstellung eines Vertheidigungsheeres bei oder ergriffen selbst die Waffen, um sich in dessen Glieder einzureihen. Auf diese Weise wurde die schlimmste Gefahr überwunden und der Feind allmählich wieder zurückgedrängt.

Was aber wäre geschehen, wenn nach dem ursprünglichen Plane gleichzeitig mit diesem Angriff von den Niederlanden her ein zweiter von Lothringen aus von dem Herzoge dieses Landes unternommen worden wäre? Daß dies nicht geschah, ist das Verdienst des Herzogs Bernhard von Weimar und La Valettes. Schon hatte Condé, dessen Heer in der Franche Comté stand, die lange Monate vergeblich fortgesetzte Belagerung von Dôle aufgeben müssen und sich nach Burgund zurückgezogen, schon war ihm der Herzog von Lothringen, der sich in Besitz seines ganzen Landes gesetzt hatte, dicht auf den Fersen, um ihn nach Frankreich hinein zu verfolgen, da erschienen Bernhard und La Valette aus dem Elsaß, wo sie sich bisher mit großem Erfolge Gallas gegenüber behauptet hatten, in Burgund, um sich mit Condé zu vereinigen. Zwar kam nun auch Gallas in Eilmärschen dem Herzoge von Lothringen zu Hilfe, so daß hier von beiden Seiten gewaltige Truppenmassen concentrirt wurden. Allein Bernhard und die französischen Heerführer, unter denen sich namentlich Rantzau durch umsichtige Kühnheit hervorthat, operirten so geschickt, daß Gallas sich, ähnlich wie im Jahre zuvor, im November zu einem äußerst verlustreichen Rückzuge aus den französischen Grenzgebieten gezwungen sah.

So war auf dieser Seite des Kriegsschauplatzes wenigstens die dringendste Gefahr eines Einmarsches der Kaiserlichen und Spanier in die Kernlande der französischen Monarchie in der Hauptsache überwunden. Von einem eigentlichen Erfolge war man freilich noch weit entfernt. Vor Allem war der dringende Wunsch Bernhards, auch in die Kämpfe auf dem rechten Rheinufer einzugreifen, die von den Evangelischen völlig verlorene Stellung in Süddeutschland wieder zu erringen, durch das siegreiche Vordringen der Gegner auf dem linken Rheinufer völlig vereitelt worden. Und auch in Norddeutschland gewannen die Kaiserlichen in Folge des Abfalls der meisten dortigen deutschen Fürsten von der evangelischen Sache immer mehr an Boden. Zwar gelang es dem Landgrafen Wilhelm, der von Lamboy belagerten, von dem Befehlshaber der Be-

satzung, Ramsay, mit äußerstem Heldenmuth vertheidigten Stadt Hanau noch rechtzeitig Entsatz zu bringen, aber von seinen eigenen Ländern vermochte er die verheerenden Einfälle der Kaiserlichen unter Götz, die sich über ganz Niederhessen weit nach Westfalen hinein erstreckten und namenlose Leiden über die heimgesuchten Gebiete verhängten, nicht abzuwehren. Man hat berechnet, daß die Götzsche Soldatesca auf diesem einen Raubzuge achtzehn Städte verwüstet, siebenundvierzig Schlösser verbrannt und dreihundert Dörfer vom Erdboden



Raubende Soldatesca.

Facsimile der Radirung von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

habe verschwinden lassen, daß in einzelnen dieser Landschaften die Bevölkerung auf ein Drittel ihres früheren Bestandes herabgesunken sei. Immer mehr nahm dieser unselige Krieg auf beiden Seiten den Charakter eines brutalen Vernichtungskampfes an. Längst waren, mit einziger Ausnahme des Herzogs von Weimar und des Landgrafen von Hessen, aus den Reihen der Kriegsführer und der Truppen alle edler angelegten Charaktere verschwunden. Auch die schwedischen Truppen sammt ihrem äußerst tüchtigen, aber jeder höheren Regung unzugänglichen Führer Banér waren aus den wohl disciplinirten und organisirten, frommen und für höhere Ziele fechtenden Soldaten, die

sie unter Gustav Adolf gewesen waren, zu der Art jenes Raubgesindels herabgesunken, das von Jahr zu Jahr mehr den Heeren dieser traurigen Zeit ihr Gepräge gab. Auch Brandenburg und Sachsen, die durch ihren Uebertritt zum Kaiser ihre Rettung erkauft zu haben meinten, mußten jetzt den Kelch der Kriegsleiden erst recht und bis zur Neige leeren. Sie durften, wenn es den Schweden gelang, siegreich gegen sie vorzudringen, ganz gewiß keine Schonung erwarten, da diese naturgemäß über ihren Abfall im höchsten



Raubende Soldatesca.

Facsimile der Radirung von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

Maße erbittert waren. Die beiden Kurfürsten wurden für diesen Abfall jetzt bitter bestraft.

Schon im Januar und Februar 1636 hatte Banér einen Einfall in Sachsen unternommen und dort in brutalster Weise geplündert und gebrandschatzt. Aber da er zu weiterem Vordringen, welches ihn nicht bloß mit den Sachsen, sondern auch mit den Kaiserlichen in Kampf verwickelt haben würde, zu schwach war, wich er zunächst wieder zurück und bezog ein befestigtes Lager bei Werben, wo er eifrig bestrebt war, mit Hilfe der französischen Subsidien sein Heer zu ergänzen und zu verstärken. Ende September fühlte

er sich stark genug, wieder zum Angriff überzugehen. Am 4. October errang er bei Wittstock über den Kurfürsten von Sachsen und den kaiserlichen General Hatzfeld nach langem blutigen Kampfe einen entscheidenden Sieg, bei dem die Gegner 6000 Mann, alles Gepäck und Geschütz verloren.

Das Feldherrntalent Banérs, des ohne Zweifel befähigtsten der schwedischen Generale, hatte sich wieder im hellsten Lichte gezeigt. Auf allen Punkten des Kriegsschauplatzes machten sich die Folgen dieses glänzenden Sieges bemerkbar. Während Banér selbst siegreich nach Thüringen und Hessen vordrang und Wrangel in die Mark Brandenburg entsandte, gewann der Landgraf von Hessen wieder Luft, und auch die bisher schwer bedrängten Franzosen konnten wieder aufathmen, da ein großer Theil der kaiserlichen Truppen vom linken Rheinufer zurückgezogen werden mußte, um Banérs weiterem Vordringen entgegenzutreten. Wirklich wandte sich dieser im December nochmals gegen Kursachsen zurück, nahm Erfurt und zog dann über Naumburg a/S. nach Meißen. Schon begann er auch die andern norddeutschen Fürsten, die dem Prager Frieden beigetreten waren, zu bedrohen. Die Erfolge, welche die Kaiserlichen bisher errungen hatten, waren dadurch zum großen Theil wieder wettgemacht.

Dagegen gelang es dem Kaiser, am Ende des Jahres auf politischem Gebiete noch einen großen Erfolg zu erringen. Am 22. December 1636 wählte das Kurfürstencollegium seinen Sohn Ferdinand III. zum römischen Könige. Freilich konnte die rechtliche Geltung dieser einstimmigen Wahl einigermaßen zweifelhaft erscheinen. Maximilian von Bayern, der sich eben jetzt im Alter von zweiundsechzig Jahren mit der vierundzwanzigjährigen Tochter des Kaisers, Maria Anna, vermählte, war keineswegs allgemein als Inhaber der pfälzischen Kur anerkannt, der Erzbischof von Trier aber befand sich in kaiserlicher Gefangenschaft. Aber wer hätte, da die übrigen Kurfürsten wohl oder übel zustimmten, in der Erregung und Verwirrung der Zeit die Wahl anzufechten unternommen? Es war und blieb ein großer Triumph der kaiserlichen Politik, um so mehr, als eine Zeit lang mit Zustimmung des Papstes Urbans VIII. eifrig das Project, vielmehr den Kurfürsten Maximilian von Bayern zum römischen Könige zu wählen, discutirt worden war.

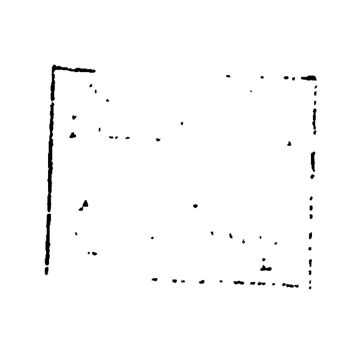
Es war der letzte Erfolg, den Kaiser Ferdinand II. errang. Wenige Wochen später, am 15. Februar 1637, ist er gestorben, ohne das Ende des schrecklichen Krieges gesehen zu haben, der durch seine starre Unnachgiebigkeit und Bekehrungssucht entfesselt worden und zu solcher Ausdehnung gediehen war. Wohl hatte er eine Zeit lang, in der Glanzperiode Wallensteins, eine universale Weltstellung erlangt, welche die Karls V. noch bei weitem zu überragen schien. Aber mit dem Feldherrn war sie dahingegangen. Ferdinand selbst war nicht der Charakter, sie sich zu erringen und zu erhalten. Starr und unbeugsam in seinen kirchlich-orthodoxen Anschauungen, war er doch weit entfernt, ein selbständiger, sich selbst getreuer Herrscher zu sein, vielmehr ständig abhängig von seiner spanisch-jesuitischen Umgebung, die ihn in den



Ferdinand II. im Krönungsornat der deutschen Kaiser.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1622, von Wolfgang Kilian (1581—1662).

Bahnen ihrer Politik festzuhalten verstand, zum unermeßlichen Schaden seiner selbst und des deutschen Vaterlandes. Mit Karl V. kann er als Persönlichkeit nicht entfernt verglichen werden; wohl aber sind die Wirkungen, welche beide auf die Entwickelung der deutschen Geschichte ausgeübt haben, in ihrer innersten Natur mit einander verwandt. Aber wenn es einem Karl V. nicht gelungen war, die „neue Lehre" niederzukämpfen und auszurotten, so war Ferdinand noch viel weniger der Mann dazu. Zwar war der Mißerfolg seines Strebens bei seinem Lebensende nicht ein so offenkundiger, wie bei seinem so viel größeren Ahnen, der in Verzweiflung darüber, seinen Lebenszweck verfehlt zu haben, allen seinen Würden entsagt und in der Einsamkeit des Klosters geendet hatte. Allein von einem wirklichen Erfolge war doch auch Ferdinand weit entfernt. Noch hielten sich die einander entgegengesetzten Weltkräfte, die er hatte meistern wollen, das Gleichgewicht. Sein Nachfolger aber mußte zugestehen, was er stets verweigert hatte und dessentwegen er den ganzen furchtbaren Krieg heraufbeschworen hatte. Er selbst hat diesen Zusammenbruch seiner ganzen Politik nicht mehr erlebt: inmitten des Kampflärmens ist er dahingegangen.





Jn Ersamer Rath thut hiem
von der Röm. Kays. May. FERDINANDO secundo
HErrn Bischoffens zu Augspurg Fürstl. Gna. ein absonderlich Erin
nit allein das vilfältig raisen an benachbarte Vncatholische Oerther
vnd Anhörung deß Gottsdienst durch zimbliche Mittel anzuweisen
welche zu besserer Nachrichtung meniglichens hierbey gesetzt werden /

Ferdinand der Ander / von Gottes Gnaden / erwöhlter



Ehrsame / liebe / getrewe / wir seyn glaubwürdig in Erfahrung kom
Catholischen Religion nit zugethan / nach Abschaffung der vncatholischen Predi
als in das Vlmische vnd Oettingische Gebiet / Predig zuhören / Kinder zutauffen
Einbildungen / vnd Geschöpfften Wohn / als ob wir wegen vorberierter Abschaf
Demnach wir aber von vnserer / auff reyffe der Sachen Erwögung / erst angedeuter Absch
vnsern dessentwegen an euch abgangnen Befelch vnd Verordnungen / obligender Schuldigkeit na
zukommen / euch alles fleisses angelegen seyn lassen werdet / vnd diß Orths gantz vnbillich / daß dur
libus, einiger Eintrag vnd Schmälerung geschehe / oder verstattet werde.
Hierumben / so befelhen wir euch hiemit gnädigst / daß jhr auff Anhalten jetzgedachtes Bis
allein ab- vnd einstellet / sonder auch dieselbige zu Hörung der Catholischen Predig vnd Catechis
Solches / wie es ein sehr nutzliches / vnd Gott wolgefälliges Werck: Als erstattet jhr auch h
in vnserer Statt Wien / den achzehenden Februarij / Anno sechzehenhundert vnnd dreyssig / vnse
dreyzehenden.

Ferdinand.

V T

P. H. zu S

Von Gottes Gnaden H

Vnsern günstigen Gruß zuvor / Ehrsame / Veste liebe besondere.
Ewerer vncatholischen Burgerschafft halben / vnd daß wir neumblich sie in dem
billiches betauren vorkombt / vnd euch selbst zum besten wissent ist / daß sie solche vn
diß Orths geschöpffte bessere hoffnung vnd zuversicht / nit allein kein Catholische
Christenleuth von allen Sünd vnd Lastern / ab- vnd zu den Tugenten / auch allen
tholischen Aegernus / vnd zu Schmäler- vnd Hindertreibung vnserer Pfarrlich
chen / Gutschen- vnd Hauffenweiß sich begeben thun / wie wir diß von den Churbayrischen / vnd
ein- für allemahl nit zu leyden / vnnd daß gemaine Volck letztlich / bey Vnderlassung der Predi
Derowegen / vnd ob wir zwar Ewerer / vnd Jhrer selbst / mit gegenwärtigem Ansinnen / ge
Gefahr / wie nit weniger der Keyserliche / in nechst verschinem Augusto, euch Communicierte /
timieren / daß wir neumblich (wie die Formalia lauten) die nunmehr diser Gestalt habende Geistli
die Handt zunemmen / vnd ehister Möglichkeit fortzusetzen haben / so dann das jetzig weiters von
vnd angetriben / nach Außweysung erst verstandner Key: Rechtmässiger Intention in allweg da
cutoribus nachgesetzt / vnd weiters Vnheil / so sonst in widrigem Fahl zubefahren / verhüttet / a
euch vnser G: vnd billichs Begehren vnd Ansuchen ist / jhr wöllen diß Orths / Jhrer Key: Ma
was in jeder Christlichen Gemain / von selbsten rechtbillich vnd nothwendig ist. Wie aber nur obm
rechter Erwögnus sich darab zubeschwären / eintzigen Fug nicht haben / also sollen vnd werden sie
So wir euch der Erhalschung nach nit wöllen vorhalten / vnd habt vns euch darneben mit G:
Martij Anno 1630.

Hainrich.

HJerauff erinnern / ermahnen / vnd gebieten wir allen Burgern / Burgerin / Innwohnern / v
Befelchen / in einem vnd anderm gehorsamblich nachsetzen / vnd darwider nit handlen / damit
den Ampts / auch auffgetragner Execution halben / andere vnbeliebte Mittel an die Hand

Facsimile eines Mandats von Kaiser Ferdinand II., in welchem den Nichtkatho
zu besuchen. Wien

t kundt vnd zuwissen menigklichen/ wie daß

vnserm allergnädigsten Herrn ein ernstliches Mandatum, so dann vonn deß
rungsschreiben/eingelangt/darinn allergnädigest befolhen/ vnd respectiuè gnädig begehrt wird/
verhindern/ sondern auch die hiessige Burgerschaff zu Besuchung der Catholischen Kirchen/
vnd anzuhalten/ alles mehreren Innhalts obangedeutter Kays. vnnd Bischöfflichen Schreiben/
vnd lauten dieselb von Wort zu Wort also.

ömischer Keyser zu allen Zeiten/ Mehrer deß Reichs/rc.

ten/ waßmassen ewre vndergebene Burger/ so vnserer allein seeligmachenden
neen/vnd eingestelltem Exercitio ihrer Confession/an die nechstangrentzende Benachtbare Oerter/
Hochzeiten einzusegnen/ vnd was deme mehreres anhengig/ vnder aller Hand gefaßten vngleichen
vnd Einstellung/eine Verenderung vorneme̅n wollen/ außzulassen sich vnderstehen vnd anmassen.
vnd Einstellung halber/genommener resolution keines wegs außzusetzen entschlossen/ ihr auch
(wie von euch biß dato gantz rühmblich/ vnd zu vnserm gnädigsten Wolgefallen beschehen) nach-
obberiertes/ vnbefugtes außlauffen/ deß Bischoffs zu Augspurg A. an seinen Iuribus Parochia-

ffs zu Augspurg And. bey gedachter Burgerschafft/mehrangezognes vnbefugtes außlauffen/ nit
vnd Abwartung deß Gottsdiensts/ durch geziemmende Mittel anweiset vnd anhaltet.
tan vnsern gnädigst gefälligen Willen/ vnd seynd euch mit Kays. Gnaden wolgewogen. Geben
Reiche deß Römischen im eylfften/ deß Hungarischen im zwölfften/ vnnd deß Böhaimischen im

alendorff

. Ad Mandatum Sac. Cæs. Mayst. proprium.

Johan. Söldner. D.

rich Bischoffe zu Augspurg/rc.

r erinneren vns zu benügen/ was wir euch vor disem in guter wolmainung/
ligion vnd Glaubenswesen nit gedencken zu vbereylen/ zugeschriben: Sintemal vns aber nit ohne
e gutwilligkeit/ gar mißverstendig/ vnnd so weit gantz vngleich arripiert, daß sie wider all vnser
Kirch/ zu anhörung der Predigen/ warin das Wort Gottes vortragen würdet/ vnd darneben die
uten ermahnt werden/ besuchen/ sonder auch anderer Orthen/ mit grosser der benachbarten Ca-
Rechten vnd Gerechtigkeiten zu Augspurg/ an vnCatholische Orth/ vnd in vnCatholische Kir-
dern benachbarten Fürsten vnd Ständen/ Klagweiß hören vnd vernemmen müssen / welches
n/ in einen Atheismum vnd Ruhloß Wesen vnd Leben gerathen wurde.
verschonten/ hat vns vnser tragent Ampt vnd Obligenheit/ auch ob verstandne Aergernus vnd
dan vns abgangne Befelch/ darinn ihre Key: Meyst: vns bewöglich adhortieren, vnnd in-
Iurisdiction, in acht, auch die Wolbefugte vnd längst gewünschte Reformation alßbald für
r Kays. May. deßhalben an euch erfolgte Schreiben/ daruon vns Copiæ zukommen/ instigiert
zusein/ vnd zuverfügen/ damit derselben Innhalt von euch/ als hierinn verordneten Key: Exe-
vnsers Theyls an aller gebürender Schuldigkeit nichts vnderlassen werde. Innmassen hiemit an
ergangne Befelch/ vneingestellet in das Werck setzen/ wardurch das jenig volbracht würdet/
gedachte ewere vnCatholische Burgerschafft/ bey sollicher der Sachen Beschaffenheit/ vnnd
offentlich vnd billich disem Key: Befelch der Schuldigkeit nach/ gehorsambisten volg laisten.
Willen vnd zu allem Guten forderist wol bewogen. Datum in vnser Statt Dillingen den 4.

Innwohnerin/ Jung vnd Alt/ niemandt außgenommen/ daß sie obeinverleibten Keyserlichen
llerhöchstgedachte Röm: Key: Mey: nit zu schärpfferen Mandaten bewogen/vnd wir obligen-
ammen genöttiget werden. Darnach wisse sich Meniglich zurichten.

Decretum in Senatu 12. Martij Anno 1630.

iken Augsburgs untersagt wird, außerhalb der Stadt abgehaltenen Gottesdienst
18. Februar, 1630.

Bernhards von Weimar Siege und Ausgang.

Eine Zeit lang konnte es scheinen, als werde die Schlacht von Wittstock (4. October 1636) eine ähnliche Bedeutung zu Gunsten Schwedens erlangen, wie vor zwei Jahren die von Nördlingen zu ihren Ungunsten. Nicht allein hatte Banér selbst den Sieg zu einem kühnen Streifzuge durch ganz Mitteldeutschland verwerthet, sondern er hatte auch einen Theil seines Heeres unter Wrangel nach der Mark entsendet, dem es gelingen zu sollen schien, Kurbrandenburg von der Politik des Prager Friedens wieder ab- und zu Schweden herüberzuziehen. Wrangel war vor Berlin erschienen; er hatte streng darauf gehalten, daß seine Truppen in den kurfürstlichen Gebieten gute Mannszucht hielten. Dadurch waren dann die in der Bevölkerung so wie so vorhandenen Sympathieen für Schweden mächtig gestärkt worden, die schwedische Partei unter den kurfürstlichen Räthen, an ihrer Spitze der Kanzler Götze, konnte wieder wagen hervorzutreten. Markgraf Sigismund, der als Vertreter des nach Peitz geflüchteten Kurfürsten in Berlin zurückgeblieben war, stand in lebhaften Verhandlungen über einen mit den Schweden zu schließenden Vertrag. Es schien, als werde der Kurfürst gezwungen sein, denselben anzunehmen, da die versprochenen kaiserlichen Hilfsvölker, welche den Schweden hätten entgegentreten können, nicht erschienen. Eine Einigung mit Schweden schien aber den brandenburgischen Interessen um so besser zu entsprechen, als der Herzog Boguslav XIV. von Pommern auf den Tod erkrankt war, die Erledigung seines Landes, auf welches der Kurfürst Erbansprüche hatte, unmittelbar bevorzustehen schien. Ein erneuter Uebertritt Brandenburgs zu den Schweden aber wäre für viele norddeutsche Fürsten, vielleicht für den ganzen niedersächsischen Kreis, von entscheidendem Einfluß gewesen.

Da war es wiederum Schwarzenberg, der den im Werden begriffenen Umschwung der brandenburgischen Politik, der Niemandem erwünschter gewesen wäre, als dem in Holland bei dem Prinzen von Oranien sich aufhaltenden Kurprinzen, verhinderte und den Kurfürsten, als im December 1636 endlich kaiserliche Hilfsvölker unter Morzin erschienen, veranlaßte, den mit Wrangel vereinbarten Vertrag zu verwerfen und wieder ganz auf die Seite des Kaisers zurückzutreten. Der Umschwung, den er herbeiführte, war ein so gründlicher, daß der Kurfürst auf seine Veranlassung die schwedisch gesinnten Räthe, darunter den wackeren Kanzler Götze, aus seinen Diensten entließ. Bald

darauf (20. März 1637) starb der letzte Pommernherzog. Der Kurfürst erließ ein Besitzergreifungspatent und verlangte von den pommerschen Ständen die Huldigung, welche diese aber nicht zu leisten vermochten, da der größte Theil des Landes sich in den Händen der Schweden befand. Wollte er seine Erbschaft thatsächlich antreten, so mußte er sich selbst erst das Land erobern. Er mußte also aus allen Kräften in den Kampf gegen Schweden eintreten, sich ganz dem Kaiser in die Arme werfen. Zu diesem Zwecke schloß er, auf den von Schwarzenberg vorgezeichneten Bahnen weiter schreitend, am 22. Juni mit dem Kaiser den Vertrag zu Prag, durch welchen er das Recht erhielt, zu dem Zweck der Erwerbung Pommerns 6000 Mann zu Fuß und 1000 Reiter zu werben, die dem Kaiser und dem Kurfürsten zugleich den Eid der Treue schwuren und dadurch in eine Zwitterstellung geriethen, die für das Kurfürstentum sehr bald verhängnißvoll wurde, da die zumeist zuchtlosen und durchaus habsburgisch gesinnten Officiere, vor Allem General Klitzing selbst, sich dem Kurfürsten gegenüber auf ihren dem Kaiser geleisteten Eid beriefen und in den Marken, ohne daß Schwarzenberg etwas dagegen that, eine militärische Anarchie begründeten, welche das Land vollends an den Rand des Abgrundes brachte. Brandenburg war endgiltig in das seinen territorialen wie religiösen Interessen gleich nachtheilige habsburgische Fahrwasser zurückgekehrt. Die Aussicht, Niederdeutschland für die Sache Schwedens und des Evangeliums zurückzugewinnen, war völlig gescheitert. Banér stand wieder gänzlich isolirt da.

Trotzdem wäre es ihm wahrscheinlich gelungen, die durch den Sieg von Wittstock errungenen Vortheile, die beherrschende Stellung an der Niederelbe, zu behaupten, wenn es möglich gewesen wäre, mit Bernhard von Weimar, wie dieser selbst sehnlichst wünschte, Hand in Hand zu arbeiten, d. h. wenn Bernhard dauernd auf das rechte Rheinufer hätte zurückkehren und die dort stehenden kaiserlichen Truppen im Westen festhalten können. Dadurch aber, daß er von den Franzosen gezwungen wurde, zunächst im Verein mit dem Herzoge von Longueville die Franche Comté vom Feinde zu säubern, so daß er erst im August, und auch dann nur vorübergehend, auf dem rechten Rheinufer erscheinen konnte, wurde es Gallas möglich, vom Rhein her gegen Banér heranzumarschiren, gegen den dann auch Hatzfeld und Götz aus Westfalen und Hessen vorrückten, so daß derselbe sich sehr bald in Torgau von einer mehr als doppelten Uebermacht enger und enger eingeschlossen sah und keinen anderen Ausweg wußte, als sich nach Pommern zurückzuziehen und mit den dort stehenden Truppen Wrangels zu vereinigen. Schon aber war auch dies in hohem Maße schwierig. Es gelang nur durch eine meisterhaft durchgeführte, auf Täuschung des Feindes angelegte Operation. Geschickt wußte Banér das Gerücht zu verbreiten, daß er einen Durchbruch nach Erfurt hin plane. Während dadurch die Aufmerksamkeit des Feindes nach dieser Seite abgelenkt, ein Theil seines Heeres auf dem linken Elbufer festgehalten wurde, wandte sich Banér plötzlich ostwärts und rückte durch die Lausitz in Eilmärschen an



General Karl Gustav Wrangel.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Matthäus Merian d. J. (1621 — 1687).

die Oder, die er bei Fürstenberg an einer seichten Stelle überschritt, um dann nach Landsberg an der Warthe zu marschiren und durch diesen wichtigen Warthepaß die Vereinigung mit Wrangel, der auf dem rechten Oderufer gegen Küstrin vordringen wollte, zu gewinnen. Allein als er bei Landsberg ankam (4. Juli), fand er dort den Feind, der alsbald nach ihm abmarschirt und auf einer kürzeren Linie über Jüterbog, Baruth, Küstrin ihm zuvorgekommen war, in voller Schlachtordnung auf den Höhen hinter der Stadt vor. Zu schwach, sich mit ihm in offener Feldschlacht zu messen, wandte er sich eiligst zur Oder zurück und überschritt dieselbe nochmals bei dem Flecken Göritz, drängte nach einem hartnäckigen Gefechte die brandenburgischen Truppen unter Klitzing zurück und vereinigte sich am 13. Juli hinter der Finow mit Wrangel. Er war durch diesen strategisch meisterhaften Rückzug dem überlegenen Feinde entgangen, allein er mußte vor dessen Uebermacht immer weiter weichen und sich auf das feste Stettin zurückziehen. Der größte Theil von Pommern fiel den Kaiserlichen in die Hände.

Was wollte es jetzt dem gegenüber noch besagen, daß es Bernhard endlich doch gegen die Intriguen und trotz der lauen Unterstützung der Franzosen durchsetzte, daß er nach einigen über den Herzog von Lothringen errungenen Erfolgen am 6. August bei Rheinau, genau in der Mitte zwischen Breisach und Straßburg, den Rhein überschreiten konnte? An ein Zusammenwirken mit den bis an die Ostseeküste zurückgedrängten Schweden, das ihm vor Allem am Herzen gelegen hatte, war jetzt nicht mehr zu denken; dagegen sah er sich, ebenfalls isolirt, bald von überlegenen feindlichen Truppenmassen unter Johann von Werth so bedroht, daß er, trotzdem es ihm gelang, mehrere Angriffe derselben auf seine Verschanzungen am Rhein zurückzuschlagen, trotzdem schließlich gezwungen war, wieder auf das linke Rheinufer zurückzuweichen (September) und seine Winterquartiere im Bisthum Basel aufzuschlagen, wobei es dann zu mancherlei ärgerlichen und feindseligen Auseinandersetzungen mit den Schweizer Eidgenossen kam.

Im Großen und Ganzen waren so die Kaiserlichen am Ende des Jahres 1637 trotz des vor einem Jahre von den Schweden errungenen Sieges sehr entschieden im Vortheile. Bisher hatte das Eingreifen der Franzosen in den Krieg irgend wie erhebliche Erfolge nicht gezeitigt. Zwar war es den Marschällen La Valette und La Meillerave gelungen, am Niederrhein eine Reihe von Plätzen einzunehmen, zwar hatte Prinz Friedrich Heinrich von Oranien Ende September nach langer Belagerung Breda erobert, zwar hatte ferner der Herzog von Schomberg die Spanier im Languedoc bei Leucate geschlagen. Allein alle diese gegenüber den Spaniern errungenen Vortheile konnten die ungünstige Lage der Dinge auf dem hauptsächlichsten Kriegsschauplatze, dem deutschen, nicht ausgleichen. Hier schienen die Kaiserlichen vielmehr endgiltig ein erdrückendes Uebergewicht zu erlangen. War es ihnen doch sogar gelungen, den tapferen Landgrafen Wilhelm von Hessen, neben Bernhard von Weimar den einzigen deutschen Fürsten, der noch mannhaft im Kampfe gegen den Kaiser ausgeharrt



Prinz Friedrich Heinrich von Oranien.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1630, von Crispin de Passe d. J. (1585—1645).

hatte, vollständig aus seinem Lande zu vertreiben und zur Flucht nach Ostfriesland zu nöthigen, wo er den Aufregungen und Anstrengungen eines aufreibenden Kriegslebens noch im Jahre 1637 erlag. Es konnte kein Zweifel sein, daß es bedeutender Anstrengungen der gegen den Kaiser noch unter den Waffen stehenden Mächte bedürfen werde, um noch ferner erfolgreichen Widerstand leisten zu können.

Dieser Erkenntniß verschlossen sich die beiden auswärtigen Mächte, die an dem Kriege betheiligt waren, keineswegs. Am 6. März 1638 schlossen sie, nachdem Oxenstierna im vergangenen Jahre schon wiederholt in Hamburg mit den Kaiserlichen in Friedensverhandlungen gestanden hatte, jetzt, da beide der Gefahr des Erliegens nahe waren, einen neuen Allianztractat, der sie verpflichtete, gemeinsam auszuharren und nur gemeinsam mit dem Kaiser Frieden zu schließen.

In denselben Tagen aber, in welchen durch diesen Vertrag die Widerstandskräfte gegen die Uebermacht des Kaisers sich politisch aufs Neue zusammenschlossen, vollzog sich auch auf militärischem Gebiete ein völliger Umschwung zu Gunsten der protestantischen und antihabsburgischen Sache durch den Fürsten, der allein in diesem Kriege noch von höheren, idealen und nationalen Gesichtspunkten aus die Fahne dieser Sache unter den schwierigsten Verhältnissen hochhielt, durch den Herzog Bernhard von Weimar.

Wie hatte der wackere, sein Vaterland wie seine Religion gleich warm liebende Herzog doch im vorigen Jahre es so bitter empfunden, daß er so wenig dazu beitragen konnte, die mannhaften Anstrengungen Banérs zu unterstützen! Seine treue Anhänglichkeit an das gesammte liebe deutsche Vaterland sei, wie er bei Gott bezeuge, jederzeit der Zweck und die Regel aller seiner Unternehmungen, so hatte er schon im November 1636 an Straßburg geschrieben. Aber dieser durchaus deutsch empfindende Fürst war, um den Widerstand gegen die nach seiner Auffassung dem Interesse des Vaterlandes schädliche Politik des Kaisers fortzusetzen, gezwungen, in den Sold des Auslandes zu treten. In dieser Thatsache offenbart sich der ganze Widersinn der Zustände, welche der unselige Krieg gezeitigt hatte. Und Frankreich, das ihn und sein Heer besoldete, bestand darauf, daß er in erster Linie die französischen Grenzen schütze, that nichts oder doch nur wenig dazu, um ihm ein energisches Eingreifen in den Krieg im Reiche zu ermöglichen. Nur langsam und nicht annähernd vollständig erfüllte es auch nur die vertragsmäßigen Verpflichtungen, die es im October 1635 dem Herzoge gegenüber übernommen hatte. Die versprochenen französischen Hilfstruppen kamen nur sehr zögernd an und bei weitem nicht in der versprochenen Stärke, vor Allem aber, sie waren nur widerwillig dazu zu bringen, den Krieg auf das rechte Rheinufer zu übertragen. Was ging Frankreich, was ging Richelieu der Krieg drüben im Reiche an? Die von ihm besoldete Armee sollte vor Allem zur Erhaltung der Positionen auf dem linken Rheinufer dienen, die er für Frankreich zu erwerben hoffte. Daran änderte auch das neue Bündniß mit Schweden

nichts. Es sollte nur dazu dienen, den Krieg gegen den Kaiser im Gange zu erhalten, weil nur dadurch die speciell französischen Zwecke erreicht werden konnten. Während Schweden den Krieg im Reiche führte, wollte Richelieu Frankreichs Besitz auf dem linken Rheinufer vergrößern. Französische Truppen zum rechtsrheinischen Kriege abzugeben, war er nur schwer zu bewegen, und wenn es geschah, dann sollten dieselben nicht, wie Herzog Bernhard wünschte, dessen Oberbefehl unterstehen, sondern selbständig bleiben und von französischen Marschällen befehligt werden. Da beschloß endlich Bernhard, der in seinen Baseler Winterquartieren vergeblich des französischen Succurses geharrt hatte, sich selbst zu helfen. Mitten im Winter, am 28. Januar 1638, brach er mit seinem kleinen, kaum 8000 Mann zählenden Heere von Zwingen auf, rückte den Oberrhein hinauf bei der wichtigen Festung Rheinfelden vorbei bis an den Säckingen gegenüber am linken Rheinufer liegenden Ort Stein und überschritt dort am 30. Januar auf ein paar kleinen Kähnen den Strom. Unbegreiflicher Weise hatten die Kaiserlichen, die mit der Festung Rheinfelden den oberen Lauf des Rheines zu beherrschen glaubten, Säckingen ohne Besatzung gelassen. Die Stadt öffnete daher sofort Bernhard die Thore, am 31. wurde Laufenburg durch einen Handstreich genommen, wodurch man eine schöne bedeckte Brücke gewann. Nachdem auch Waldshut gefallen war, beschloß Bernhard den Angriff auf Rheinfelden selbst, das stark befestigt und von einem wackeren Commandanten, dem Oberstwachtmeister Röbel, befehligt war. Am 2. Februar begann die Belagerung, am 10. das Bombardement. Aber trotz aller Fortschritte, welche die Belagerer mit ihren Minen und Approchen machten, hielt sich die tapfere Besatzung. Da entschloß sich Bernhard zum Generalsturm, der auf den 28. Februar angesetzt wurde.

Gerade an diesem Tage aber nahte ein feindliches Heer zum Entsatz der Festung, deren Wichtigkeit und Bedeutung für den oberen Lauf des Rheins von den Kaiserlichen sehr wohl erkannt wurde. Der Kaiser hatte daher Savello aus Lothringen herbeigerufen und den Kurfürsten von Bayern gebeten, auch den wackeren Reiterführer Johann von Werth zur Unterstützung des Entsatzunternehmens zu entsenden. Beide vereinigt kamen am 28. Februar vor Rheinfelden an. Es kam zu einem heftigen Gefechte, in welchem Bernhard, dessen Truppen weit schwächer und noch dazu durch den Rhein in zwei Theile getrennt waren, zwar nicht geschlagen wurde, aber doch so viele Verluste erlitt, daß er sich zurückziehen und den Feinden den Zugang zur Festung eröffnen mußte. Während er nach Laufenburg zurückwich, versorgten diese die Festung mit Proviant und Munition; sie hielten Bernhard für gänzlich unschädlich gemacht und stellten in voller Sorglosigkeit ihr Heer in völlig zerstreuten Stellungen auf. Dazu kam, daß unter den beiden Heerführern keine rechte Einigkeit herrschte. Diese Umstände machte sich Bernhard zu Nutze; er wagte es, nach zwei Tagen schon wieder von Laufenburg aufzubrechen und gegen das kaiserlich-bayrische Heer heranzurücken. Es gelang

WJR Friderich / Hertzog von Savello rc.

Römischer Baro, Röm: Kays: May: Hoff Kriegß Rath / Cämmerer / General Veldt Marschall vnd bestellter Obrister / geben hiemit zuvernehmen: Demnach mit sonderbahrem schaden / der Röm: Kays: May: vnsers Allergnädigsten Herrns rc. vnd deß gantzen H. Röm: Reichs diensten / im Werck leyder nur zuviel erfahren müssen / daß von vnterschiedlichen Regimentern deß Herrn General Veldt Marschall / Graven von Götz rc. vnterhabender Armada, an vielen Orten vff deß H. Reichs boden starcke partiten sich vernehmen lassen / die Strassen vnsicher machen / berauben / vnd die Leuth / zwar ohne ansehen plündern / die nothwendigen Commercien, gentzlich verhindern vnd vffheben / Auch sonsten alle abschäuliche insolentien, wider alle ware Kriegßdisciplin, in dem schwang treiben:

Wird derowegen hiemit diesem / allen deß H. Röm: Reichß / vnd andern Stätten / Märckthen / Schlössern / Dörffern / vnd dergleichen / wie die Namen haben / Auch derselben Commendanten vnd Soldatesca vnter vnserm Commando, im Schwaben / Francken vnd Würtenberg / auch andern Orten vnd Landen / zu einer Nachrichtung angefügt / vnd zwar alles ernstes anbefohlen / andere aber gebührlich hiemit ermahnet / Alle die Jenige / von obbesagter Armada, so vff der Strassen / oder sonsten andern Orten betretten würden / vnd von den Herrn General Veldt Marschall / Graven von Götz rc. von den Herrn Gen: Wachtmeistern / Horst / vnd Schnetter / oder von Vns keinen frischen Paß / Als nach dem Achten diß Monats datirt, fürzuweisen haben / verarrestirt, eingezogen / Die Widerspänstige aber hierinnen abgestrafft / vnd sonsten für Vogelfrey gehalten vnd tractirt werden. Warnach man sich zu richten. Sig: Hellbronn / den Zwölfften Junij, Anno 1638.

Friderich / Hertzog von Savello L. S.

Ernst Constantin Sa[illegible].

Facsimile eines Mandats des kaiserlichen Feldmarschalls Herzog von Savello gegen marodirende Soldaten, 1638.

ihm, dasselbe am 3. März völlig zu überraschen und vernichtend zu schlagen. Am längsten leistete Johann von Werth Widerstand, schließlich aber fiel er ebenso wie Savello und alle andern Generale und die meisten Obersten des Heeres in Bernhards Gefangenschaft. Das Heer selbst war völlig vernichtet, nur verstreute Trümmer vermochten sich nach Basel zu retten. Trotzdem hielt sich die wackere Besatzung von Rheinfelden noch volle drei Wochen, bis sie endlich am 23. März gegen freien Abzug nach Breisach capitulirte.

Damit war Bernhard Herr des Oberrheins bis nach Breisach hin. Schon konnte er es wagen, Taupadel mit dem Gros der Cavallerie nach der oberen Donau zu entsenden, um dem sich dort ansammelnden neuen kaiserlichen Heere entgegenzutreten und es davon abzuhalten, zum Entsatze Breisachs über den Schwarzwald ins Rheinthal herabzusteigen. Denn diese sehr stark befestigte Stadt, welche für die stärkste und wichtigste Festung im ganzen Reiche angesehen wurde und für die Kaiserlichen von der entscheidendsten Bedeutung war, zu erobern, war die Aufgabe, die sich Bernhard nunmehr gestellt hatte.

Breisach mit seiner festen Rheinbrücke war in der That derjenige Platz des Rheinthales, dessen Besitz namentlich gerade für den Krieg zwischen Frankreich und den Kaiser von der größten Tragweite war. Es bildete das vornehmste Bollwerk für die vorderösterreichischen Lande, das Einfallsthor nach Lothringen für den Kaiser, den besten Uebergangspunkt zum Angriff gegen das Reich für die Franzosen. Der Kaiser erklärte die Behauptung Breisachs für das wichtigste Unternehmen des ganzen Krieges und befahl dem Commandanten derselben, Reinach, die Festung bis zum letzten Blutstropfen zu vertheidigen. Seine Feldherren wurden angewiesen, den Entsatz im Falle einer Belagerung zu versuchen, selbst wenn das ganze Heer dabei zu Grunde gehen sollte. Selbst Götz, der in Westfalen stand, erhielt Befehl, hierher heranzueilen. Es war von vornherein anzunehmen, daß es um diese Festung zu den hartnäckigsten Kämpfen kommen werde. Bernhard wandte sich daher, als er nach der Eroberung von Rheinfelden rheinabwärts vorrückte, an Richelieu mit der dringenden Bitte, ihm ein Hilfsheer unter Guébriant zu schicken und ihm wenigstens einen Theil der fälligen Subsidiengelder zu zahlen. Denn mit seinem kleinen Heere, das er noch theilen mußte, um zugleich die Belagerung zu unternehmen und die von den verschiedensten Seiten zu erwartenden Entsatzversuche zurückzuweisen, konnte er diese ungemein schwierige Aufgabe zu lösen nicht hoffen.

In Erwartung des französischen Succurses versuchte Bernhard zunächst Breisach zu isoliren, indem er alle umliegenden Plätze in seinen Besitz brachte. In den ersten Tagen des April nahm er das feste Schloß Rötteln, ferner Neuenburg und Freiburg. Aber schon begann sich um Nördlingen ein starkes kaiserliches Entsatzheer zu sammeln, durch welches Taupadel, der sich in Württemberg in dem oberen Neckarthal festgesetzt hatte, in Bedrängniß gerieth, so daß er sich mit der Bitte um Hilfe an Bernhard wandte. Dieser aber vermochte darauf nicht einzugehen, ehe er den versprochenen Succurs

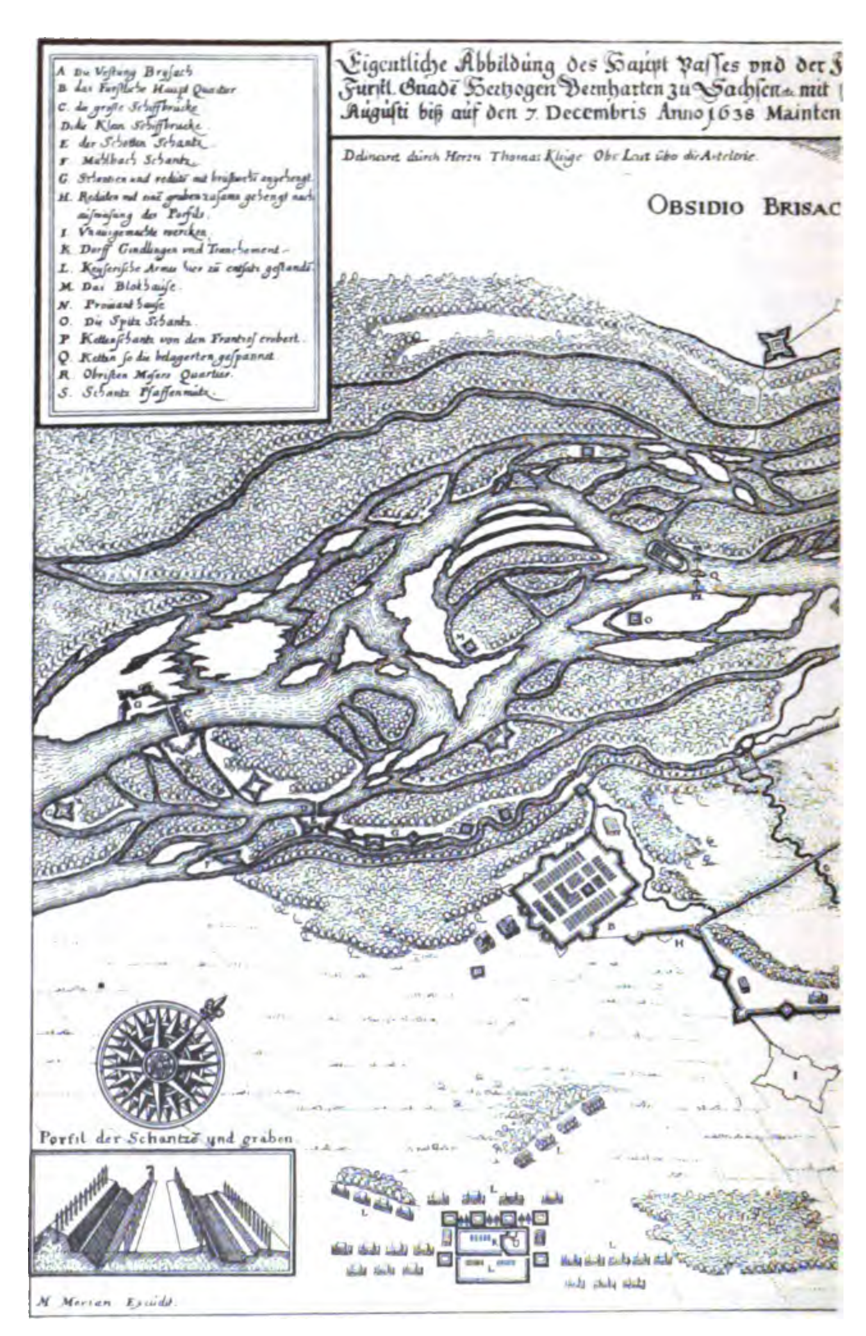


Generalmajor Johann Ludwig von Erlach.

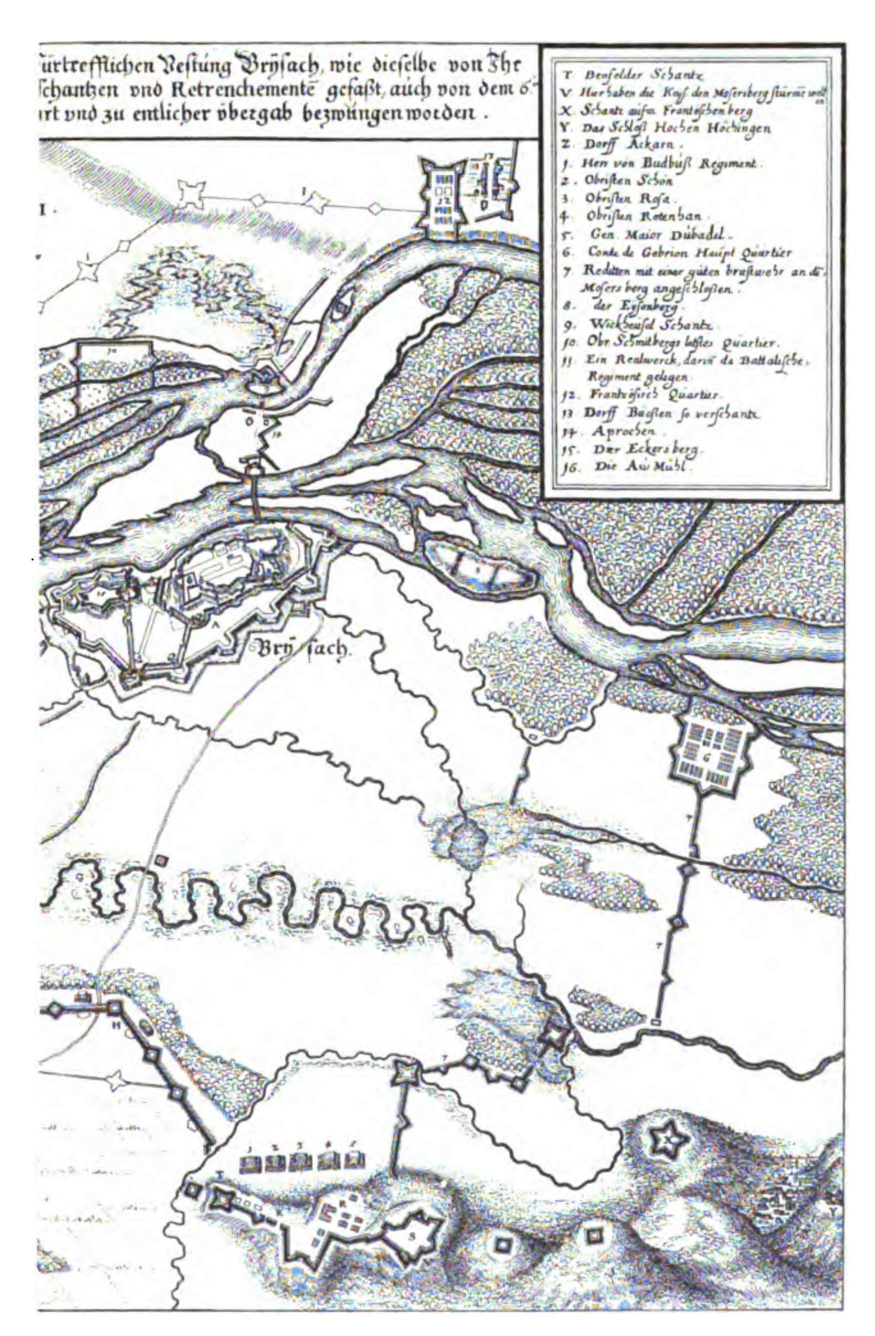
Facsimile des Kupferstiches von Peter Aubry (1596—1660).

von Frankreich erhalten hatte. Als dieser, freilich bei weitem nicht in der erwarteten Stärke, vielmehr nur 3000 Mann an Zahl, am 2. Mai unter Guébriant am Rhein in Neuenburg eintraf, eilte Bernhard in die Berge des Schwarzwaldes hinein, um sich mit Taupadel zu vereinigen und die kaiserliche Armee unter Götz zurückzuwerfen. Allein dieser wich auf weiten Umwegen aus, um durch das Kinzigthal an den Rhein zu gelangen. Es glückte ihm in der That, obwohl auch Bernhard eiligst wieder an den Rhein zurückkehrte, Offenburg zu erreichen und Breisach neu zu verproviantiren. Dadurch war die Situation sehr zu Ungunsten Bernhards verändert; er mußte zugleich gegen das kaiserliche Entsatzheer Front machen und die Festung, vor der er Anfang Juni erschien, blockiren. Dazu reichten seine Kräfte bei weitem nicht aus. Am 18. Juni mußte er die Blockade zunächst wieder aufheben und weitere Hilfe von Frankreich erbitten. Es bedurfte einer besonderen Gesandtschaft an Richelieu, die er dem Schweizer Obersten Hans Ludwig von Erlach, der als Generalmajor in seine Dienste getreten war, übertrug, ehe er es erreichte, daß Turenne mit nur 2000 Mann ihm zu Hilfe geschickt wurde, der dann am 27. Juli in Colmar eintraf.

Sowie dieser Succurs bei ihm angelangt war, setzte sich Bernhard sofort in Bewegung, um Götz, der inzwischen durch den aus der Gefangenschaft entwichenen General Savello Verstärkungen zugeführt erhalten hatte und nun eine neue Proviantcolonne nach Breisach hineinwerfen wollte, anzugreifen. Bei Wittenweier kam es am 9. August zu einer blutigen Schlacht, in welcher die Kaiserlichen, obwohl sie von Bernhard mitten im Marsch durch ein schwieriges Défilé überrascht wurden, lebhaftesten Widerstand leisteten, schließlich aber völlig geschlagen wurden. Nur 2000—3000 Mann retteten sich vom Schlachtfelde. Nun erst (Mitte August) konnte sich Bernhard ernstlich an die Belagerung von Breisach machen. Durch seinen Ingenieur Thomas Kluge ließ er die Festung mit einer Reihe fester Verschanzungen umgeben. In der Nacht vom 6. auf den 7. October gelang es dann, die erste Verschanzung der Festung, die Inselschanze, einzunehmen. Breisach war jetzt von der Außenwelt völlig abgesperrt. Es galt nun, die Besatzung, die auf Capitulationsverhandlungen nicht einging, auszuhungern. Aber die ungeheure Bedeutung, welche ihrem Besitz auch von kaiserlicher Seite beigemessen wurde, veranlaßte trotz der bisherigen Niederlagen noch neue Entsatzversuche. Mitte October sollten sie von Westen durch den Herzog von Lothringen, von Osten durch Götz gleichzeitig unternommen werden. Bernhard wäre alsdann in die schwerste Bedrängniß gerathen. Aber Götz, dessen Unfähigkeit immer klarer zu Tage trat, zögerte zu lange, so daß es Bernhard gelang, dem zuerst herannahenden Herzoge von Lothringen bei Sennheim im Elsaß am 15. October eine schwere Niederlage beizubringen und dann eiligst wieder auf das rechte Rheinufer zurückzukehren, wo am 22. October Götz vor Breisach erschienen war. In den Linien um die Festung kam es dann am 24. October zu einem ungemein heftigen Kampfe, in dem Götz schließlich zurückgeschlagen



Plan von Breisach während der Belagerung von 1638.



Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum" III. Theil, Druck von 1670.

wurde. Damit war das Schicksal der Festung, die nun auf weiteren Entsatz nicht mehr zu rechnen hatte, besiegelt. Anfang November gingen die letzten Außenwerke verloren, immer enger und enger schloß sich der Ring der Belagerer um sie. Es war völlig unmöglich, irgend welchen Proviant in sie hineinzuschaffen. Unter der Besatzung und der Einwohnerschaft brach eine Hungersnoth aus, die allmählich immer entsetzlichere Dimensionen annahm. Nachdem alle Vorräthe völlig aufgezehrt waren, nahm man seine Zuflucht zu den unnatürlichsten und ekelerregendsten Nahrungsmitteln. Ratten und Mäuse wurden zu hochbezahlten Leckerbissen. Bis zur Hefe leerte man den Kelch der mit einer Belagerung verbundenen Leiden, und noch immer zeigte sich der Commandant nicht geneigt, auf die von Bernhard ihm angebotenen Capitulationsverhandlungen einzugehen. Er hielt seinen Posten mit allen menschenmöglichen Mitteln, selbst bis über die Grenze des nach den Geboten der Menschlichkeit Erlaubten hinaus. Erst als das Entsetzlichste eintrat, als unter den vom Hunger bis zum Wahnsinn und zur Verzweiflung gebrachten Leuten wiederholte Fälle von Kannibalismus vorkamen, entschloß sich Reinach am 17. December zur Capitulation, die der Besatzung freien Abzug gewährte. Aber es waren nur noch Schatten von Menschen, welche, an Seele und Leib gebrochen, die Festung verließen. Nicht ohne Berechtigung machte Herzog Bernhard dem Commandanten zornige Vorwürfe, daß er es so weit hatte kommen lassen.

Bernhard selbst aber erschien nunmehr auf der Höhe seines kriegerischen Ruhmes dem evangelischen deutschen Volke als der Retter und Helfer aus tiefster Noth; in den überschwenglichsten Lobeserhebungen wurde er als der zweite Gustav Adolf gepriesen. Überall regten sich wieder die Widerstandskräfte gegen den Kaiser, die durch die staunenswerthen Erfolge des Weimaraner Helden neues Leben und neuen Muth bekamen. Schon die Siege bei Rheinfelden und Wittenweier hatten bis nach dem Norden hin ihre entscheidende Wirkung ausgeübt. Dadurch, daß die kaiserlichen Heeresmassen aus Westfalen, Hessen und Thüringen zum Entsatze Breisachs hatten herangezogen werden müssen, hatte Banér wieder freie Bahn bekommen und die Kaiserlichen aus Pommern und Mecklenburg zurückgedrängt, die Mark Brandenburg aufs Neue bedroht. Bis nach Böhmen und Schlesien hin hatten die wenig zahlreichen Truppen der Kaiserlichen zurückweichen müssen. Im neuen Jahre 1639 konnte es Banér, nachdem er bei Chemnitz einen Sieg über die Kaiserlichen errungen hatte, wagen, bis tief nach Böhmen hinein vorzudringen. Er wie Bernhard erhoben sich zu den kühnsten Entwürfen für den Feldzug von 1639, in welchem sie nun endlich gemeinsam zu operiren, den Kaiser in wuchtigen Schlägen von Norden und Westen her niederwerfen und ihn endlich zu dem ersehnten allgemeinen, auf der Grundlage wirklicher Religionsfreiheit beruhenden Frieden zwingen zu können hofften.

Nur von einer Seite wurden Bernhard Schwierigkeiten bereitet, wurde es versucht, ihm die Früchte seiner Siege vorzuenthalten, und zwar gerade

von der Macht, in deren Dienst und Sold er sie errungen hatte: von Frankreich. In dem Octobervertrage von 1635 hatte sich Richelieu verpflichtet, ihm den Elsaß und die Vogtei Hanau mit allen den Rechten, welche das Haus Oesterreich in diesen Gebieten besessen hatte, zu überlassen. Jetzt erhob er unter den nichtigsten Vorwänden immer neue Schwierigkeiten gegen die Ausführung dieses Vertrages, namentlich gegen die Ueberlassung der soeben mit so großen Schwierigkeiten eroberten Festung Breisach. Richelieu behauptete, nachdem er den ursprünglichen Einwand, daß Breisach nicht zum Elsaß gehöre, als gar zu widersinnig und den Thatsachen widersprechend fallen gelassen hatte, daß die wichtige Festung durch eine so kleine Macht, wie sie Bernhard als Landgraf des Elsasses besitzen werde, nicht behauptet werden könne. Wie Bernhard die Truppen im Dienste des Königs von Frankreich befehligt, wie dieser sie besoldet habe, so müsse er nun auch an den Früchten des Krieges theilnehmen. Vergebens bemühte sich Bernhard, der alsbald daran gegangen war, eine wohlorganisirte Regierung in den eroberten elsässischen Gebieten einzurichten, durch verschiedene Gesandtschaften die Franzosen zur Anerkennung des Vertrages von 1635 zu bewegen. Selbst nach Paris zu gehen, unterließ er in Folge der Warnungen seiner dortigen Freunde. Als aber nun Guébriant im Auftrage Richelieus ihm das Ansinnen stellte, er sollte den Elsaß „unter der Oberhoheit des Königs von Frankreich" erhalten, d. h. dessen Vasall werden, da brauste er in hellem Zorn auf und erklärte, er wollte nicht der Erste sein, sein Vaterland zu zerstückeln. Immer schroffer und gespannter wurde sein Verhältniß zu Frankreich, dessen ganze Widernatürlichkeit jetzt klar zu Tage trat. Was hätte der militärisch so hochbeanlagte und so deutsch gesinnte Fürst erreichen können, wenn er seine Siege nicht durch die Subsidien Frankreichs, sondern durch die Unterstützung seiner deutschen Glaubensgenossen erfochten hätte! Er wäre dann dem deutschen Volke das geworden, was ihm Wallenstein hätte werden können, wenn er nicht der General des Kaisers gewesen wäre.

Es fehlte jetzt nicht an den glänzendsten Anerbietungen von kaiserlicher Seite, ihn auf diese herüberzuziehen und zum Anschluß an den Prager Frieden zu veranlassen. Aber trotz aller trüber Erfahrungen, die er mit den Franzosen machte, wies er alle solche Verlockungen, die ihn in Widerspruch mit seiner ganzen Vergangenheit gebracht hätten, mit Entrüstung zurück. Den Kaiser zu einem wirklich dauernden, auf gesunden Grundlagen beruhenden, die berechtigten Forderungen seiner Glaubensgenossen erfüllenden Frieden zu bewegen, das erschien ihm nach wie vor als die Hauptaufgabe seines Lebens. Mit dem ganzen feurigen Optimismus seines Wesens klammerte er sich an die Hoffnung, jetzt, da ihm so Großes gelungen war, Anschluß und Unterstützung bei seinen evangelischen deutschen Glaubensgenossen zu finden. Schon war er mit der hochherzigen Landgräfin von Hessen, Amalie Elisabeth, in Verbindung getreten und hatte versucht, sie für die Erneuerung des Krieges zu gewinnen, aus dem sie als Vormünderin ihres unmündigen Sohnes

Wilhelms VI. auf Drängen ihrer Stände durch den Mainzer Vergleich vom August 1638 zurückgetreten war; schon traf er Vorbereitungen, um den Krieg wiederum auf das rechte Rheinufer zu verlegen und Banér zu gemeinsamen Operationen die Hand zu reichen, schon hatten seine Truppen bei Neuenburg den Rhein wieder überschritten: da erlag der tapfere Herzog am 18. Juli 1639 eben in Neuenburg einer pestartigen Krankheit. Sein Tod kam den Franzosen, die längst auf seine stolze Selbständigkeit eifersüchtig waren, so gelegen, daß bei den Zeitgenossen das völlig grundlose Gerücht entstehen konnte, er sei auf Veranlassung Frankreichs vergiftet worden.



Facsimile der Radirung von Stefano della Bella (1610—1664).

Fünfte Periode.

Ausgang des Krieges und Beginn der Friedensverhandlungen.

(1640—1648.)





Kaiser Ferdinand III.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1644, von Elias Wideman.

Die Veränderungen der europäischen Lage und der Regensburger Reichstag von 1640.

Der Tod Bernhards von Weimar in dem Augenblicke, da er auf dem Höhepunkte seines kriegerischen Ruhmes angelangt war, hatte den Kaiser aufs Neue aus drückender Bedrängniß befreit; es war für ihn einer jener völlig unerwarteten Glücksfälle, wie man sie in diesem unseligen Kriege schon wiederholt erlebt hatte. Jetzt konnte es in der That scheinen, als werde Ferdinand III. erreichen, was sein Vater durch den Prager Frieden vergeblich zu erreichen versucht hatte: die völlige Unterwerfung der Protestanten unter seinen Machtspruch, ihren Verzicht auf volle Gleichberechtigung. Der Prager Friede hatte an die Stelle des altgeheiligten Reichsrechts ein bloßes Vertragsverhältniß zwischen dem Kaiser und denjenigen Fürsten, welche sich diesem Frieden anschlossen, begründet. Nur sie bildeten das officielle Deutschland; die, welche damals bei Schweden ausgeharrt hatten, in erster Linie die Heilbronner Verbündeten, waren ausdrücklich von der bewilligten Amnestie ausgeschlossen, ebenso ausdrücklich waren die „Segnungen" dieses Friedens auf die Anhänger der Augsburger Confession beschränkt, auf die reformirten Fürsten nicht ausgedehnt worden. Und selbst diejenigen, mit denen der Friede geschlossen war, hatten nicht Aufhebung, sondern nur Suspension des Restitutionsedicts, nur eine zeitlich beschränkte Anerkennung ihres Besitzes an geistlichen Gütern erlangt. Von der Restitution der Pfalz, welche der Heilbronner Bund inzwischen beschlossen hatte, war im Prager Frieden vollends keine Rede gewesen. Mit andern Worten: der Protestantismus insgesammt hatte in jenem Frieden keinerlei Rechte, sondern nur eine ganz beschränkte Duldung für diejenigen, die sich ihm unterwarfen, erhalten. Das war es, was den heldenmüthigen Weimaraner Herzog, in welchem der ganze Glaubenseifer und die Ueberzeugungstreue seiner ernestinischen Ahnen wieder aufgelebt war, zum äußersten Widerstande veranlaßt, was ihn vermocht hatte, selbst ein Soldverhältniß zu Frankreich auf sich zu nehmen, um den Protestantismus vor dem Schicksale, welches ihm bei allgemeiner Annahme des Prager Friedens drohte, zu bewahren. Wie vor ihm von anderen Gesichtspunkten aus Wallenstein, so war er von der festen Ueberzeugung durchdrungen, daß ein wirklich dauernder Friede und eine gedeihliche Entwickelung seines Vaterlandes nur möglich sei, wenn mit dem Princip des Prager Friedens grundsätzlich gebrochen, wenn der Grundsatz der Parität beider Religionen voll und ganz anerkannt werde und in einer allgemeinen, unbeschränkten Amnestie seinen zu-

treffenden Ausdruck finde. In diesem Sinne war er, obwohl ein Söldling des Auslandes, zugleich ein nationaler Held gewesen, in welchem das ganze evangelische Deutschland den Mann gesehen hatte, der es aus seiner unerträglich gewordenen Lage befreien werde.

Was aber sollte nun werden, da er in der Blüthe der Jahre dahingegangen war? Er war der einzige deutsche protestantische Fürst gewesen, der noch neben den auswärtigen Mächten in Waffen gegen den Kaiser gestanden hatte. Derjenige Fürst, der neben ihm noch am längsten ausgeharrt hatte, der Landgraf Wilhelm V. von Hessen, war zwei Jahre vor ihm dahingerafft worden, und seine heldenmüthige Gemahlin, Amalie Elisabeth, die an seines unmündigen Sohnes Stelle die Regierung übernommen hatte, war bei ihrem Regierungsantritt in einer so schwierigen Lage, daß sie, so ungern sie es that, doch zunächst wohl oder übel einen Ausgleich mit dem Kaiser eingehen mußte. Allein dazu, den Prager Frieden nun schlechthin und ohne Einschränkungen anzunehmen, hatte sie doch nicht gebracht werden können, vielmehr hatte sie die Bedingung gestellt, daß in denselben und in die darin für die Protestanten ausbedungenen Zugeständnisse auch die Reformirten aufgenommen werden müßten. Allein eben darauf wollte der Kaiser nicht eingehen; er versagte aus diesem Grunde dem von seinen Commissaren mit der hessischen Landgräfin geschlossenen Mainzer Vergleiche seine Zustimmung. In diesem Augenblicke, da sie durch dies Verhalten des Kaisers wieder freie Hand bekommen hatte, war ein Abgesandter Herzog Bernhards, Wicquefort, bei ihr erschienen, um sie zu erneutem Anschluß an ihn beziehungsweise an Schweden zu bewegen. Allein zu einem so entscheidenden Schritte hatte sie sich doch nicht entschließen können, zumal ihr militärischer Berather, General Melander, ihr einen ganz anderen politischen Weg vorschlug, für den er auch Herzog Bernhard von Weimar gewinnen zu können hoffte.

Melander war nämlich auf jenen alten Lieblingsgedanken Arnims, den sich eine Zeit lang auch der Kurfürst von Sachsen zu eigen gemacht hatte, zurückgekommen, den Gedanken einer zwischen dem Kaiser und den auswärtigen Mächten selbständig aufzustellenden „dritten Partei“ deutscher Fürsten, der auch bei dem Herzoge Georg von Braunschweig-Lüneburg und bei dem ganzen niedersächsischen Kreise Anklang zu finden schien. Dem Herzoge Bernhard von Weimar hatte Melander die Rolle des Höchstcommandirenden dieser habsburgisirenden Friedensliga zugedacht; dieser aber hatte ein solches Ansinnen weit von sich gewiesen, weil er eben nur in einem mit bewaffneter Hand dem Kaiser abzuringenden Universalfrieden das Heil erblickte.

Das war kurz vor Bernhards Tode gewesen. Eine wirkliche Entscheidung, eine Erneuerung des Krieges mit dem Kaiser, wie sie Bernhard gewünscht hatte, war also von Seiten der Landgräfin von Hessen nicht erfolgt. Augenblicklich stand kein deutscher Fürst gegen den Kaiser unter den Waffen. Ferdinand schien am Ziele seiner Wünsche, ein fernerer Widerstand von Seiten des deutschen Protestantismus schien unmöglich zu sein.

Man begreift es, von welcher Bedeutung unter diesen Umständen die Frage sein mußte, was denn aus der Erbschaft Bernhards, aus seinen Eroberungen, vor Allem aus seinem Heere werden würde. Bernhard selbst hatte in seinem Testamente den dringenden Wunsch ausgesprochen, beides seinem deutschen Vaterlande erhalten zu sehen. Er hatte die Bestimmung getroffen, daß seine elsässischen Besitzungen einem seiner Brüder — er dachte vor Allem an Herzog Ernst — angeboten werden sollten. Nur für den Fall, daß er sie nicht annahm, hatte er Frankreich als den zunächst Berechtigten anerkannt.

Es war aber nur natürlich, daß die kriegführenden Mächte auf dieses Testament keine Rücksicht nahmen. Schweden, welches Herzog Bernhard noch immer als den Feldherrn des Heilbronner Bundes angesehen hatte, ebenso wie Frankreich erhoben in gleicher Weise Anspruch auf seine Erbschaft, suchten sein Heer für sich zu gewinnen. Denselben Zweck verfolgte aber auch der Kaiser. Gewann er dieses sieggewohnte Heer für sich, so meinte er vollends jeden weiteren Widerstand niederschlagen zu können. Allein dieses Heer hatte im Solde Frankreichs gestanden, hatte an dieses noch erhebliche Geldforderungen. Diesen Umstand wußte der Abgesandte Richelieus, d'Oissonville, der schon am 28. Juli 1639 im Heerlager erschien, vortrefflich zu benutzen. Er hatte gleich Anweisungen auf die erforderlichen Geldmittel mitgebracht und verhandelte nun eifrig und mit Erfolg mit den Officieren und den Truppen. In der That kam es dann im October zu einem Vertrage, in welchem das Heer, das als Ganzes zusammenblieb, in französische Dienste trat. Die eroberten Plätze nahm Richelieu ohne Weiteres in Beschlag.

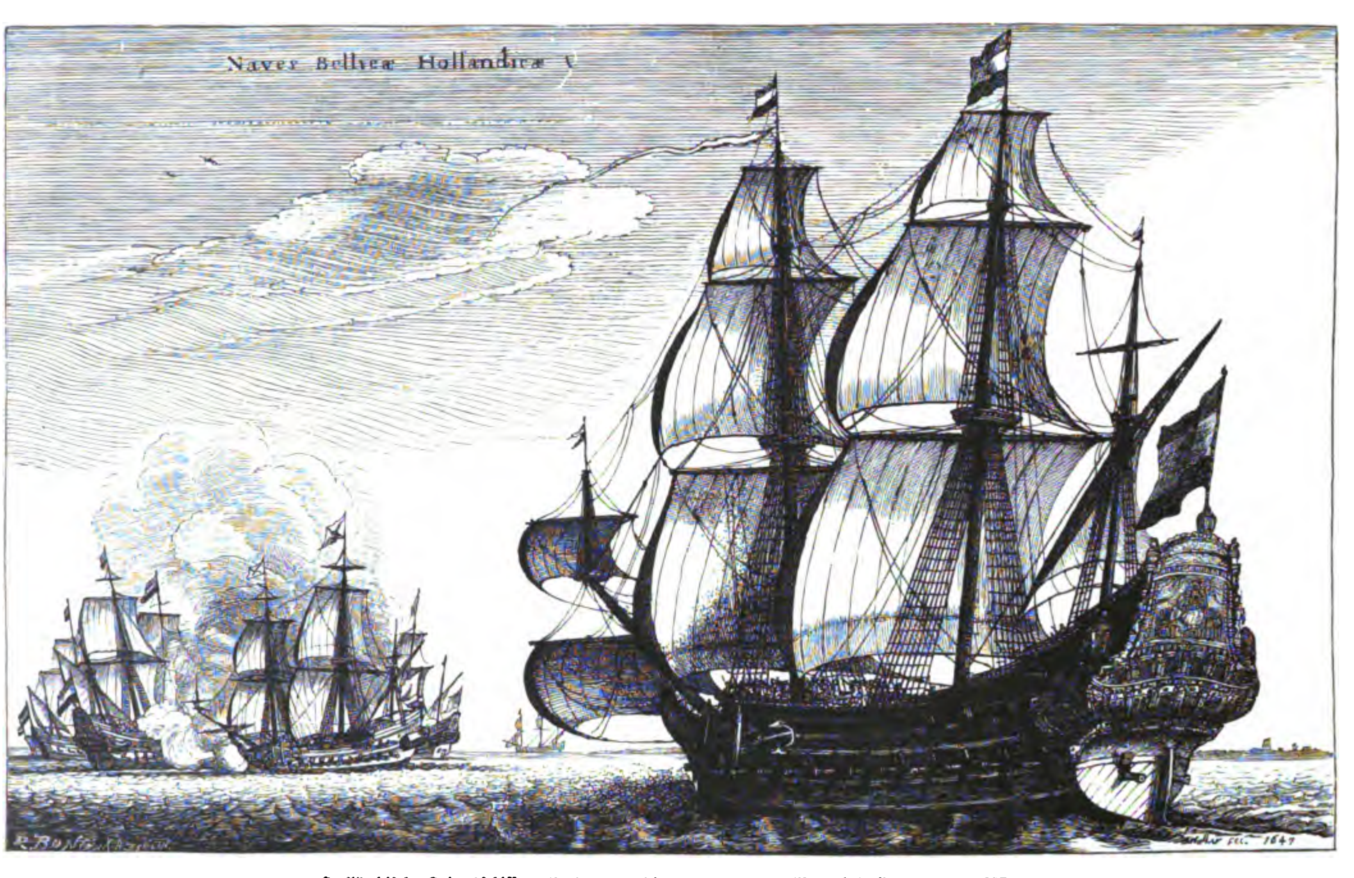
Dadurch aber gewann Frankreich noch weit mehr als bisher das Uebergewicht in dem allgemeinen Kriege. Seine eigenen Heere hatten sich, obwohl in ihnen seine späteren berühmten Generale, die hier ihre Schule durchmachten, die Turenne, Guiche, Guébriant, dienten, bisher nicht eben hervorragend bewährt. Jetzt zum ersten Male kam Richelieu in den Besitz eines wohlorganisirten, mit frischen Siegeslorbeeren bedeckten Heeres. Und dieses Heer zögerte dann nicht, nach Mitteldeutschland vorzurücken und dadurch die dortigen schwankenden Fürsten, welche mit der Begründung einer dritten Partei umgingen, zum Anschluß an Frankreich zu veranlassen. Sowohl die Landgräfin von Hessen als der Herzog von Braunschweig-Lüneburg traten, wie früher mit Schweden, so jetzt mit Frankreich in ein auf Subsidien dieser Macht beruhendes Bündniß. Dadurch war die Fortsetzung des Krieges unter Theilnahme deutscher Fürsten an demselben gesichert, ebenso gesichert aber der entscheidende Einfluß Frankreichs auf diesen Krieg, der den Schwedens immer mehr in den Hintergrund zu drängen schien, und zwar in um so höherem Grade, als damals auch außerhalb des deutschen Kriegsschauplatzes die Machtstellung Frankreichs in unverkennbarem Aufschwunge und die seines alten Rivalen Spanien zusehends zu überholen im Begriff war.

Um dies zu erreichen, hatte Richelieu mit unermüdlichem Eifer neben seinen Anstrengungen für den deutschen Krieg an einer Hebung der französischen

Marine gearbeitet, um auch hier Spanien die Spitze bieten zu können. Seine Kriegsschiffe hatten sich in der That im Mittelmeer eine achtunggebietende Stellung errungen und an den Kämpfen, welche Frankreich mit Spanien in Italien führte, einen hervorragenden Antheil genommen. Um dieser rapiden Entwickelung der französischen Marine entgegenzuwirken, hatte Spanien mit Aufbietung aller Kräfte in Corunna eine gewaltige Flotte ausgerüstet, die, nicht ohne Unterstützung und Förderung des in gespanntem Verhältniß zu Frankreich stehenden Königs Carls I. von England, nach Flandern und Holland gehen und dort das Uebergewicht Spaniens wieder herstellen sollte. Diese gewaltige Armada aber wurde von dem holländischen Seehelden Tromp in den englischen Gewässern angegriffen und nahezu völlig vernichtet. Es war der härteste Schlag, der Spanien und damit auch den auf das Engste mit ihm verbundenen Kaiser treffen konnte. Das Uebergewicht Frankreichs auch in dem deutschen Kriege wurde dadurch noch erheblich erhöht.

Aber auch damit war Richelieu noch nicht zufrieden. Er wollte die spanische Macht in ihrer sichersten Grundlage erschüttern. Nachdem es ihm gelungen war, den Turiner Hof völlig zu Frankreich herüberzuziehen, ging er daran, unter geschickter Benutzung der Regungen provinzieller Selbständigkeit, die Herrschaft Spaniens auf der Pyrenäischen Halbinsel selbst zu untergraben. In Catalonien wie in Portugal entstanden höchst bedenkliche Bewegungen, die schließlich zu vollem Abfall führten. Nachdem sich Catalonien von der spanischen Monarchie losgerissen und auf das Engste an Frankreich angeschlossen hatte, geschah das Gleiche in Portugal, wo in diesen Wirren das Haus Braganza zur königlichen Würde emporstieg (1640).

Durch alle diese Vorgänge und Verluste wurde die Thatkraft Spaniens in Holland wie in Deutschland völlig gelähmt, Frankreich aber in die Möglichkeit versetzt, mit doppelter Macht am Rhein zu erscheinen. Der Kaiser, der nach dem Tode Bernhards sich in den kühnsten Hoffnungen gewiegt hatte, gerieth dadurch in Gefahr, von Schweden und Frankreich in die Mitte genommen und erdrückt zu werden. Vergeblich hatte er noch im Sommer 1639 versucht, wenigstens der einen dieser Mächte ledig zu werden, indem er, um die Schweden von Böhmen abzuziehen, den Obersten Booth mit einigen tausend Mann, die er in Preußen geworben hatte, einen Einfall in Livland machen ließ. Aber dieser Versuch, durch den der Kurfürst von Brandenburg, in dessen Gebiet die Werbungen stattgefunden hatten, arg compromittirt wurde, scheiterte kläglich. Nun hatte Ferdinand durch den Grafen Kurz in Hamburg wieder Separatverhandlungen mit Schweden versucht, in welchen er es trotz seines Bundesverhältnisses zu Brandenburg über sich gewonnen hatte, Schweden die Abtretung von Stralsund und Rügen anzubieten. In der That schien es auf dieser Grundlage zu einer Vereinbarung kommen zu sollen; der Graf Kurz hatte die Naivität, den Kurfürsten Georg Wilhelm, den er in Königsberg aufsuchte, zu fragen, ob er in die Abtretung dieser wichtigen, zu Pommern gehörigen Landestheile willige, worauf dieser sehr richtig entgegnete,



Holländische Kriegsschiffe. Nach der Radirung, 1647, von Wenzel Hollar (1607—1677).

wenn er Stralsund und Rügen hätte abtreten wollen, hätte er schon längst Frieden mit Schweden haben können. Aber auch der schwedische Reichsrath zeigte sich durch die Anerbietungen des Kaisers nicht befriedigt, und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Schweden verharrte bei seinem Bunde mit Frankreich. Und da sich an dieses letztere, wie erwähnt, mehrere deutsche Fürsten wieder angeschlossen hatten, so konnte kein Zweifel daran sein, daß die Politik des Prager Friedens endgiltig gescheitert sei, daß eine Erneuerung des Krieges in vollem Umfange bevorstehe. Die Heere Schwedens und Frankreichs fanden sich eben jetzt zum ersten Male zu gemeinsamem Vorgehen zusammen. Banér, der sich außer Stande sah, sich den Winter über in Böhmen zu halten, war über das Erzgebirge nach Thüringen zurückgewichen und hatte sich im April 1640 mit der ehemals weimarischen, jetzt unter Guébriants Oberbefehl stehenden Armee bei Saalfeld vereinigt. Auch die hessischen und lüneburgischen Truppen hatten sich ihnen angeschlossen. Allein zu entscheidenden kriegerischen Thaten kam es zunächst nicht, da die Führer der Heere nicht einig unter einander waren. Man trennte sich wieder, und der Mangel an Lebensmitteln in den völlig ausgesogenen mitteldeutschen Gebieten nöthigte Banér, im Herbste nach Lüneburg zurückzuweichen und dort seine Winterquartiere aufzuschlagen. Einig waren er und die Franzosen nur in der brutalen Rücksichtslosigkeit, mit der sie die unglücklichen Länder, die sie auf ihren Hin- und Herzügen berührten, brandschatzten und ausplünderten.

Bei den Fürsten des Reiches aber, deren Länder unter diesen endlosen Raubzügen an den Rand der Vernichtung gebracht wurden, begann jetzt immer lauter und lauter der Ruf nach Frieden um jeden Preis zu erschallen. Aber wie sollte dieses Verlangen jetzt, da die auswärtigen Staaten seit Jahren den lebhaftesten Antheil an diesem Kriege genommen hatten, noch verwirklicht werden? Das Reich war unter diesen seit mehr als zwei Jahrzehnten fortgesetzten Kämpfen seiner Glieder gegen einander zu dem Schatten eines Staatswesens herabgesunken. Sich der äußeren Feinde zu erwehren wäre es nur im Stande gewesen, wenn der Kaiser sich hätte entschließen können, seine Interessen endgiltig von denen Spaniens zu trennen und eine wirklich nationale Politik zu verfolgen, eine Einigung der deutschen Stände unter sich herbeizuführen und dann sich mit den fremden Staaten auseinanderzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, waren jetzt selbst katholische Stände geneigt, eine allgemeine Amnestie zu gewähren. Um aber zu einer Einigung wenigstens innerhalb des Reiches zu gelangen, welche durch den Prager Frieden nicht erreicht worden war und nicht erreicht werden konnte, gab es nur Einen Weg: die Berufung eines Reichstages. Das war es dann auch, was die deutschen Fürsten, welche im Februar 1640 auf einem in Nürnberg gehaltenen Collegialtage versammelt waren, vom Kaiser forderten. Unter dem Eindrucke der erneuten Erfolge, welche die französische Politik in Deutschland wie in dem Kriege mit Spanien errungen hatte, entschloß sich der Kaiser, diesem Verlangen stattzugeben. Aber wie wenig er geneigt war, von der Politik des

Erläuterungsblatt

zur

Darstellung einer Sitzung des Regensburger Reichstages vom Jahre 1640.

(Wörtlicher Abdruck aus dem „Theatrum Europaeum", IV. Theil, zweiter Druck, 1648.)

Von gehaltener Reichs-Session.

Solchem nach ist von Käy. Mayest. den 3. 13. Septemb. eine Ordentliche Reichs Session gehalten / vnd dieses Reichstags Proposition von Marggrafen Wilhelms zu Baden F. Gn. erstlich mündlich gethan / darnach durch D. Johann Söldnern Reichshofrahts Secretarium abgelesen / vnnd dann durch den Chur-Mäyntzischen Rath Herrn D. Georg Niclausen Reigersbergern der Actus durch eine Dancksagung vnnd Vermahnung beschlossen worden / dessen allen Solennität vnd Ordnung auß beygefügtē Abriß zu sehen / vnnd verhelt sich deren Außlegung / wie die Buchstaben vnd die Ziffern außweisen:

A. Wegen Chur-Mäyntz ist gesessen.
Ih. Hochw. vnd Gn. Herr Graf Hugo Eberhard Cratz von Scharffenstein.

B. Wegen Chur-Cölln.
J. Hochw. vnd Gn. Herr Berchthold Graf zu Königseck vnd Rotenfelß.

C. Wegen Chur-Trier hat vacirt.

D. Wegen Chur-Bayern.
J. Gn. Herr Wolff Dieterich Graf vnd Herr von Töring zum Stein.

E. Wegen Chur-Sachsen.
Herr Friederich Metsch vff Reichenbach vnd Friessen.

F. Wegen Chur-Brandenburg.
Herr Johann Friederich von Löwen.

1. Wegen deß Ertzstiffts Oesterreich.
J. Gn. Herr Georg Acharius Graf vnd Herr zu Losenstein.

2. Wegen deß Ertzstiffts Saltzburg.
Ih. Hochw. vnd Gn. Herr Johann Dieterich von Muckenthal Freyherr.

3. Wegen deß Ertzstiffts Bisantz.
Herr Hieronymus de Lisola Canonicus.

4. Wegen D. F. Gn. Herr Stadion Hochmeisters in Preussen.
J. Gn. Herr Wilhelm von Eckershausen genant Klippel Land Commentur.

5. J. F. Gn. H. Bischof zu Eichstatt in Person.

6. Ih. F. Gn. Herr Bischof zu Regenspurg in Person.

7. Ih. F. Gn. Herr Abbt zu Kempten in Person.

Wegen Bamberg.

8. Ihr. Hochw. Herr Melchior Otto Voit von Saltzburg Dumbprobst.

Wegen Würtzburg.

9. Herr Johann Philipp von Vorburg.

Wegen Wormbs.

10. Herr Johann Christoph Metzger Hochfürstl. Saltzburg. Hof-Vice-Cantzler D.

Wegen Straßburg.

11. Herr Johann von Gisen.

Wegen Costnitz.

12. Herr Leonhard Pappus D. vnd DombHerr.

Wegen Augspurg.

13. J. Hochw. Herr Eberhard Lorentz Schlitterer von Lochen.

Wegen deß Stiffts Hildesheim.

14. Herr Johann Adolph Wolff genant Metternich.

Wegen Paderborn.

15. Herr Peter Puschmann D. vnd Cantzler.

Wegen deß Hochstiffts Freysing.

16. Ih. Hochw. Herr Johann Georg Bucher zu Walckers auch Dombdechant.

Wegen deß Hochstiffts Passaw.

17. Ihr. Hochw. Herr Johann Hector Schad Freyherr vnd Dombherr.

Wegen deß Hochstiffts Brixen.

18. Herr Jos. Perckhofer D. vnd Dumbherr.

Wegen deß Hochstiffts Chur.

19. Herr Peter Hilger D.

Wegen Ellwangen.

20. J. Hochw. Herr Johann Rudolph Freyherr von Rechberg Dombdechant.

Wegen Corphon.

21. Herr Heinrich Wilhelm Freyherr von vnd zu Leroht.

22. J. Hochw. Herr Dominicus Abbt zu Weingarten.

23. Ih. Hochw. vnd Gn. Abbt vnd Herr zu Sigberg.

24. Ihr F. Gn. Marggraf Wilhelm zu Baden vnd Hochberg in Person.

Wegen Bayern.

25. J. Gn. Herr Georg Christoph Freyherr von Haßlang.

Wegen Sachsen Weinmar.

26. Herr Georg Frantzke der Rechten D.

Wegen Sachsen Eisenach.

27. Herr Hans Caspar von Miltitz.

Wegen Marggraffthumb Culmbach.

28. Herr Vrban Caspar von Feilitsch Cantzler.

Wegen Onoltzbach.

29. Herr Jacob Hüffel.

Wegen Pommern Stettin.

30. Herr Peter Fritz D. vnd Præsident.

Wegen Pommern Wolgast.

31. Herr Matthæus Wesenbecius, Chur Brandeburg. Rath.

Wegen Würtenberg.

32. Herr Ludwig Friderich von Jannowitz.

Wegen Hessen Darmbstatt.

33. Herr Johann Jacob Wolff von Todtenwarth.

Wegen Mechelnburg Gustrow.

34. Herr Zacharias Luetz / Rath.

Wegen Leuchtenberg.

35. Herr Ludwig Federl D. vnd Cantzler.

Wegen Anhalt.

36. Herr Martinus Milagius D. vnd Cantzler.

Wegen Henneberg.

37. Herr Henrich von Friesen d' Junger zu Rothaw.

Wegen Hohen Zollern.

38. Herr Georg Köberlin D.

39. Wegen der Schwäbischen Grafen.
H. Friderich Rudolph Graf zu Fürstenberg Gen. Wachtmeister.
Wegen der Wetterawischen Grafen.
H. Heinrich Kran D. Chur-Cöllnischer Rath.

40. H. Caspar Gottfried ältister Reichs-Marschall / vnd Herr zu Pappenheimb.

41. H. Heinrich Wilhelm / Herr von Stahrnberg Obr. Hof-Marschall.

42. Herr Maximilian Graf von Trautmansdorff / Obr. Hofmeister.

43. Herr Graff von Buchheimb Obrister Cammerer.

44. vnd 45. Herr Ernst Gottlieb vnnd Herr Lebrecht Gebrüder / Fürsten zu Anhalt, Fürsten Augusti zu Pletzgaw junge Printzen.

46. Ihr. F. Gn. Marggraf Wilhelm zu Baden / so im Namen Ihr. Käys. May. den Vortrag thut.

47. Graf Kurtz Reichs Vice-Cantzler.

48. Eltist Reichs Herold.

49. Vngerisch Herold.

50. Reichs Herold.

51. Böhmisch Herold.

52. Oesterreichischer Herold.

53. Tisch / darbey der Chur-Mäyntz Vice-Cantzler Herr Niclaus Georg Rengersperger gestanden / so hernach im Namen aller Ständ: geantwortet.

54. Herr Reichs-Hof-Rahts Secretari Doctor Söldner so die Proposition abgelesen.

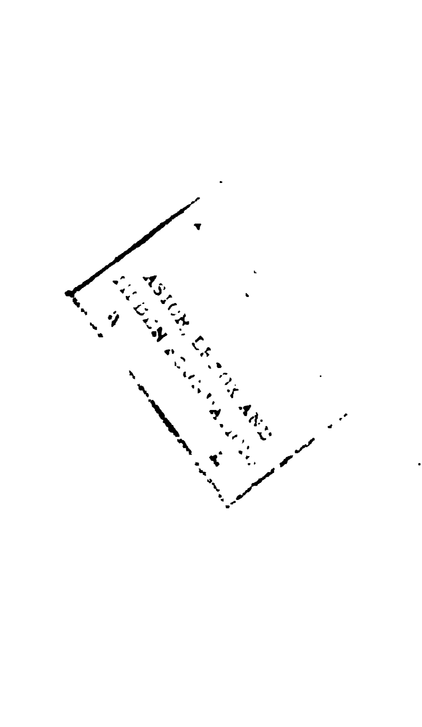
55. Banck darauff die geheime Räht gesessen.

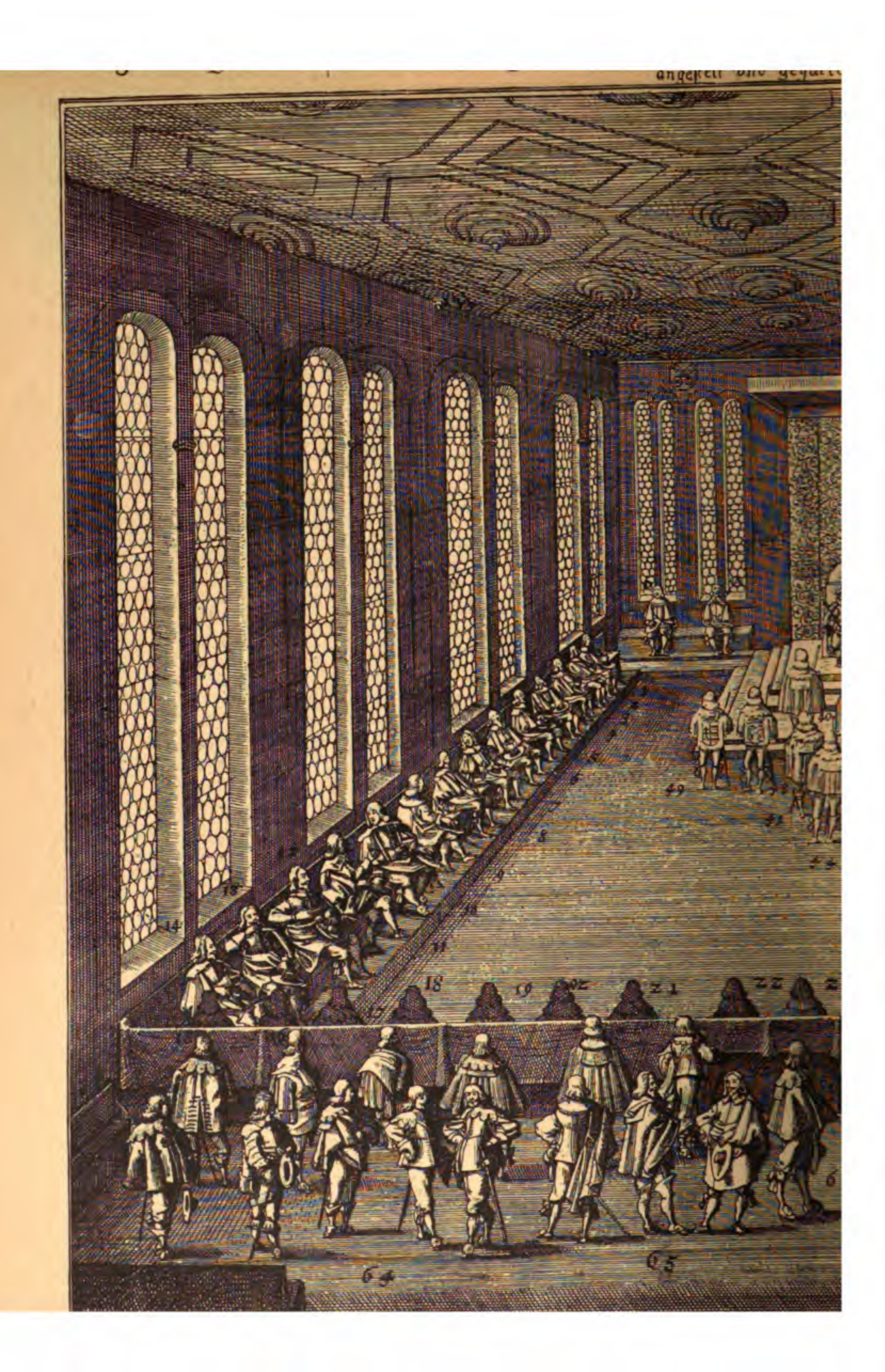
56. 57. 58. 59. Prælaten / Grafen vnd dero Abgeordnete / auch Käys. Officiri promiscuè.

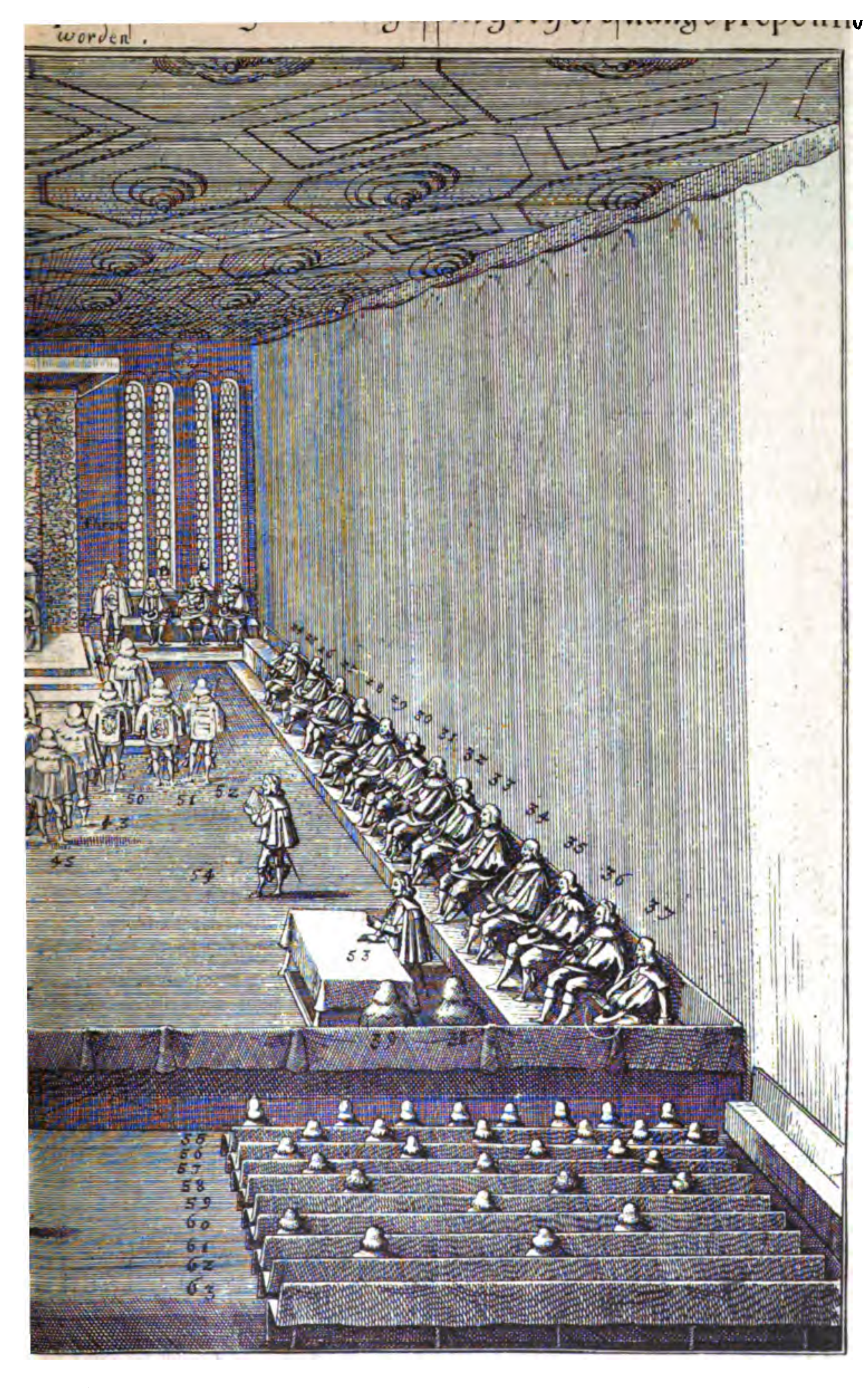
60. 61. 62. 63. Die Reichs-Stätt.

64. 65. 66. Käys. Officiri, Prælaten vnd Grafen Abgeordnete gestanden.









0. Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum“.

Prager Friedens abzuweichen und die einzig mögliche Grundlage einer Vereinbarung, die Gleichberechtigung der deutschen Stände, anzuerkennen, ergab sich schon daraus, daß er die Einladungsschreiben nur an diejenigen Fürsten ergehen ließ, welche dem Prager Frieden beigetreten waren, unter denen also eine Friedensvereinbarung eigentlich nicht mehr nöthig war. Weder Braunschweig-Lüneburg, noch Hessen erhielten eine Einladung; allein ihre Gesandten fanden sich dennoch ein, und der Kaiser mußte sich schließlich bequemen, sie zuzulassen. Persönlich erschien außer dem Kaiser selbst kein Stand des Reiches; alle ließen sich nur durch Gesandte vertreten.

Aber die großen Schwierigkeiten der Verhandlung offenbarten sich gleich am Anfange bei einer Formfrage, die aber das Wesen der Dinge berührte. Die Proposition forderte den Rath der Stände darüber, wie man den Frieden mit den fremden Mächten herstellen und bis dahin den Krieg mit einmüthiger Macht, ungetrennter Zusammensetzung und guter Ordnung fortsetzen könne; d. h. sie ging von der Fiction aus, daß die deutschen Stände allesammt bereit seien, mit dem Kaiser gegen die fremden Mächte aufzutreten, während doch ein Theil derselben eben mit diesen fremden Mächten verbündet war. Dem entsprechend verlangte der Kaiser von vornherein, daß er allein Namens des Reiches und der Stände die Verhandlungen mit den fremden Mächten führen müsse. Dem widersprachen aber nicht allein die mit Frankreich und Schweden verbündeten deutschen Stände, sondern auch diese Staaten selbst, welche naturgemäß für den in Aussicht genommenen Friedenscongreß freies Geleit auch für ihre Verbündeten verlangten. Der schwedische Gesandte Adler Salvius motivirte das mit dem bezeichnenden Ausspruche: „Das Gleichgewicht Europas ist unmöglich, so lange nicht das Gleichgewicht in Deutschland hergestellt ist!“ Dieses Gleichgewicht in Deutschland herzustellen, mußte also die erste Aufgabe sein, und wer anders konnte sie lösen als der deutsche Reichstag? auf welchem andern Wege konnte man hoffen, sie zu lösen, als auf dem der Bewilligung einer allgemeinen Amnestie und der Herstellung der Dinge in Deutschland auf den Stand, den sie vor Ausbruch des Krieges gehabt hatten? In der That war es diese Forderung der allgemeinen Amnestie, welche alsbald in den Vordergrund der Berathungen trat. Von den protestantischen Fürsten vertraten sie anfangs namentlich die, für die diese Frage von entscheidender Bedeutung war, Braunschweig und Hessen, während Sachsen, welches die Amnestie für sich selbst im Prager Frieden erreicht hatte, in seiner alten unthätigen Haltung verharrte. Dagegen empfahlen selbst einige katholische Fürsten die Gewährung der allgemeinen Amnestie, weil sie einsahen, daß nur auf dieser Grundlage der ersehnte Friede zu Stande kommen könne. Es war also immerhin auf dem Reichstage eine aus Katholiken und Protestanten gemischte Friedenspartei vorhanden, die dann am Anfange des Jahres 1641 eine ungemein bedeutungsvolle Verstärkung durch den jungen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der im December 1640 seinem Vater Georg Wilhelm gefolgt war, erhielt. Sehr bald bekam der Kaiser zu spüren, daß

jetzt in Berlin ein ganz anderer, bei weitem kräftigerer Wind wehe als unter dem schwachen, gänzlich von Schwarzenberg geleiteten Kurfürsten Georg Wilhelm. Der allmächtige Minister entging nur durch seinen, bald nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms erfolgten Tod dem Schicksale, in volle Ungnade zu fallen, deren beginnende Anzeichen schon zu Tage getreten waren. Der junge Kurfürst, welcher alsbald statt der bisherigen Unterstützung des Kaisers eine kräftige bewaffnete Neutralität wählte und zunächst mit Schweden über eine Waffenruhe verhandelte, wies sogleich seine Reichstagsgesandten an, Hessen und Braunschweig in ihren auf eine allgemeine Amnestie und Herstellung in den Zustand vor 1618 gerichteten Bestrebungen thatkräftig zu unterstützen. Allein die allgemeine Amnestie hätte zugleich eine Aufhebung der Vertreibung der Kurfürsten von Kurpfalz und Trier und des Herzogs von Württemberg in sich geschlossen. Aus diesem Grunde vor Allem war der Kaiser energisch dagegen. Sein Minister Trautmannsdorff erklärte, ehe er das zugebe, werde er dem Kaiser rathen, nach Madrid ins Exil zu gehen. Und da Kursachsen, welches anfangs die verderblichen Wirkungen des Prager Friedens zugab, schließlich doch sich wieder von seinen Glaubensgenossen trennte und mit Köln und Bayern zum Kaiser hielt, so blieb das muthige Auftreten Brandenburgs zunächst erfolglos. Aber seine Wirkung auf den Gang der Verhandlungen hatte es doch, zumal die von ihm vertretenen Ansichten eben während dieses Reichstags eine sehr gewichtige Unterstützung durch eine litterarische Erscheinung erhielten, welche das allergrößte Aufsehen in der politischen Welt machte. Unter dem Pseudonym Hippolytus a Lapide erschien im Jahre 1640 ein von dem schwedischen Diplomaten und Geschichtschreiber Chemnitz verfaßtes Buch unter dem Titel: Dissertatio de ratione status in imperio nostro Romano-Germanico, welches dem Kaiser ebenso schwere wie berechtigte Vorwürfe wegen seiner ganzen bisherigen Politik machte, zugleich aber eine Reihe von Vorschlägen zur Neuorganisirung der Verfassung des Reichs enthielt, welche noch weit über die von Brandenburg, Hessen und Lüneburg aufgestellten Forderungen hinausgingen und geradezu die Verdrängung des Hauses Oesterreich aus dem Reiche als das einzige Mittel zur Rettung des verfallenden deutschen Reiches bezeichneten. Zum ersten Male wird hier mit ähnlicher Motivirung, wie sie zwei und ein halb Jahrzehnte später Samuel Pufendorf in seinem Buche über die Monstrosität der Reichsverfassung mit übrigens nicht ganz zutreffenden Gründen verfocht, offen die Meinung ausgesprochen, daß das Reich als solches aufgehört habe und aufhören müsse, ein Staat zu sein, daß an seine Stelle ein deutscher Staatenbund treten müsse, in welchem Chemnitz dann freilich Schweden und Frankreich die Rolle einer beständigen Schutzherrschaft eingeräumt wissen will.

Nun war ja zunächst keine unmittelbare Gefahr vorhanden, daß solche Theorien etwa in Wahrheit umgesetzt werden könnten. Aber das Buch zeigte doch deutlich, welche Möglichkeiten unter den radicaleren Gegnern des habsburgischen Kaiserthums erwogen wurden, welchen Gefahren sich der Kaiser

aussetzte, wenn er es aufs Aeußerste ankommen ließ. Und welchen Wechselfällen das Kriegsglück unterworfen ist, davon bekamen eben jetzt der Kaiser und die in Regensburg versammelten Stände eine sehr deutliche Vorstellung. Mitten während der sich langhinziehenden Berathungen des Reichstages erschien ganz plötzlich und unerwartet das vereinigte schwedisch-französische Heer vor den Mauern von Regensburg und machte Miene, den Berathungen ein höchst unerwartetes Ende zu bereiten.

Banér hatte sich in der That zu dem kecken Versuche entschlossen, aus seinen Winterquartieren in Lüneburg plötzlich gegen Regensburg vorzugehen, um den Reichstag und den Kaiser aufzuheben. Mitten im Winter, im December, war er aufgebrochen, hatte sich mit Guébriant vereinigt und war dann durch Bayern bis dicht vor Regensburg, nach Regenstauf, herangerückt, von wo er einige Geschützkugeln in die Stadt hineinschickte (26. Januar 1641). Aber durch plötzlich eintretendes Thauwetter und den dadurch verursachten Eisgang auf der Donau wurde der Uebergang über diesen Fluß und damit der ganze Handstreich vereitelt. Banér und Guébriant mußten, von den Kaiserlichen verfolgt, bis nach Norddeutschland zurückweichen.

In Regensburg aber hatte das Erscheinen des schwedisch-französischen Heeres einen namenlosen Schrecken hervorgerufen. Viele von den Ständen hatten abreisen wollen. Nur der Kaiser hatte eine muthige und ruhige Haltung bewahrt und dadurch auch die Anderen beruhigt. Einen unmittelbaren Einfluß übte der Kriegsschrecken auf die Berathungen nicht aus. Der Kaiser verharrte, trotzdem er jetzt auch von Seiten der katholischen Fürsten, selbst von der seines treuesten Verbündeten Maximilian von Bayern, Opposition erfuhr, bei seinem Widerstande gegen die Bewilligung der allgemeinen Amnestie und bewilligte schließlich nur eine sehr beschränkte, welche ihm, „bis die wirkliche Vereinigung aller Stände mit dem Reichsoberhaupte erfolgt sei", freie Hand gegen diejenigen, die sich nicht fügten, gab.

Immerhin war doch der Gedanke einer allgemeinen Pacification in Regensburg zum ersten Male so nachdrücklich ausgesprochen worden, daß er nicht völlig überhört werden konnte, und ebenso unzweifelhaft war es zu Tage getreten, daß es vor Allem der Kaiser selbst war, dessen starre Haltung den Frieden erschwerte und verhinderte. Vor Allem aber, es war hier auch unter den Katholiken eine lebhafte Opposition gegen die kaiserliche Politik zu Tage getreten, welche sich dann namentlich auch gegen die Verquickung der spanischen Interessen mit denen des Reiches gerichtet hatte. Der Kaiser konnte und wollte sich noch immer nicht von der Interessengemeinschaft mit Spanien losreißen; er machte den allgemeinen Frieden u. A. auch von der gleichzeitigen Beilegung des französisch-spanischen Krieges abhängig, der augenblicklich für Spanien so ungünstig wie möglich stand. Gegen diese Auffassung des Kaisers aber, die den Krieg im Reiche zu verewigen drohte, hatte dann doch auch Maximilian von Bayern energisch Front gemacht. So konnte der Kaiser schließlich nicht umhin, auf Verhandlungen über den Frieden einzugehen, die

endlich zu dem Beschlusse führten, daß demnächst in Münster und Osnabrück ein Friedenscongreß zusammentreten, diesem aber ein Deputationstag in Frankfurt a/M. zur Seite gehen solle.

Es war von vornherein klar, daß das Resultat der Verhandlungen dieses Congresses in erster Linie von dem weiteren Gange der Kriegsereignisse, die zunächst dadurch keineswegs gehemmt wurden, vielmehr ihrerseits die Friedensbestrebungen unausgesetzt nach der einen oder anderen Richtung hin beeinflußten, abhängen werde.



Ansicht von Stockholm.

Facsimile des Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

Banérs Ausgang und Torstensons Siege. Der dänisch-schwedische Krieg.

Banér und Guébriant hatten sich nach dem gescheiterten Anschlag auf Regensburg vor den überlegenen kaiserlichen und bayrischen Truppen nach dem Norden zurückziehen müssen. Dann hatten sich die Heere wieder getrennt. Während die Franzosen sich gegen den Rhein hin wandten, warf sich Banér von Neuem auf Böhmen, mußte aber bald wieder nach Sachsen zurückweichen. Ende März stand er in und um Zwickau und wurde von einem überlegenen kaiserlichen Heere unter Piccolomini in arge Bedrängniß gebracht. Er wandte sich mit dringenden Hilfsgesuchen an Guébriant, der dann auch in der That wieder heranzog und sich mit ihm vereinigte. Gemeinsam bestanden sie einen ernsten und verlustreichen, aber unentschiedenen Kampf gegen Piccolomini. Kurze Zeit darauf, am 21. Mai 1641, starb Banér an den Folgen eines ausschweifenden und unmäßigen Lebens.

Dadurch gerieth nun das schwedische Heer in eine äußerst bedenkliche Lage, die an diejenige des weimarischen Heeres nach dem Tode Bernhards erinnert. Die deutschen Obersten wie ihre Untergebenen, welche seit langer Zeit schon die große Mehrheit der schwedischen Armee bildeten, hatten nicht übel Lust, auseinanderzulaufen. Auch aus den wenig zahlreichen Truppen, die wirklich noch Schweden waren, war längst jener straffe Geist militärischer Zucht und Ordnung, wie jene Begeisterung für eine große nationale und religiöse Sache gewichen, welche dieses Heer unter Gustav Adolf so unwiderstehlich gemacht hatte. Wohl war Banér ein tüchtiger und militärisch begabter Führer gewesen, aber er war in seinen Fehlern wie in seinen Vorzügen ein echter Typus der Kriegsmänner dieser wildesten letzten Jahre des verderblichen Krieges: fähig, Entbehrungen aller Art zu ertragen, dann aber wieder zügellos und ausschweifend; jedes höheren idealen Gedankens baar, hatte er in dem Kriege eigentlich nur noch ein Geschäft, eine Gelegenheit zu wüstem und ungebundenem Leben gesehen. Und wie der Führer, so die Truppen, nur daß sich bei ihnen die Wirkungen einer solchen einem organisirten Raubzuge ähnlichen Kriegführung in noch brutalerer und abstoßenderer Weise zeigten. In den schlimmsten Erpressungen und Brandschatzungen, durch welche die deutschen Gaue weithin in der furchtbarsten Weise verödet und verwüstet wurden, konnten es diese „Schweden“ mit jeder anderen Soldatesca

getrost aufnehmen. Haben doch Wildheiten und Grausamkeiten wie der berüchtigte „Schwedentrunk" selbst in dieser an das Entsetzliche gewöhnten Zeit eine traurige Berühmtheit erlangt. Alle höheren Empfindungen für Vaterland, Religion, Recht und Sitte, welche dereinst das schwedische Heer Gustav Adolfs erfüllt hatten, schienen in dieser verwilderten Soldatesca spurlos untergegangen zu sein, von der selbst Banér einmal gesagt haben soll, es wäre kein Wunder, wenn die Erde sich aufthäte und durch ein gerechtes Verhängniß alle diese ehrvergessenen Frevler verschlänge.

Was sollte nun gar aus so gearteten Truppen werden, nachdem der Feldherr, der sie wenigstens durch seine kriegerische Tüchtigkeit noch immer in einer gewissen militärischen Disciplin gehalten hatte, nicht mehr war? Sie schienen der vollen Auflösung oder der Verwandlung in organisirte Räuberbanden verfallen zu sein. Da erschien im November 1641 Linnard Torstenson bei dem Heere, der Letzte aus Gustav Adolfs Feldherrnschule und strategisch wie organisatorisch der bei weitem begabteste unter den schwedischen Feldherren der späteren Jahre. Er war seit des Königs Tode der Erste, der wieder in schnell auf einander folgenden taktischen Entscheidungen und nicht in der Eroberung des einen oder anderen festen Platzes, in der Behauptung „strategischer Punkte" Zweck und Aufgabe der Heerführung sah, der aber zugleich auch die organisatorische Kraft besaß, selbst bei einer so verwilderten Truppe, wie es das Heer Banérs gewesen war, Mannszucht und Ordnung wieder herzustellen und sie zu Kriegsthaten zu befähigen, welche durch die unerhörte Schnelligkeit der Bewegung die ganze Welt in Erstaunen versetzten. Er war in der That trotz eines von Podagra heimgesuchten und sehr gebrechlichen Körpers, der ihn nöthigte, sich stets in einer Sänfte tragen zu lassen, ein geborener Feldherr von unvergleichlicher Umsicht und Thatkraft. In drei kurzen Monaten, welche er der Ruhe und Herstellung der Ordnung widmete, machte er aus dem Banérschen Soldhaufen eine im höchsten Maße schlagfertige und zu den größten Anstrengungen willige Truppe, drang dann an der niederen Elbe in die Altmark vor und stellte in wenigen, wuchtigen Schlägen das Uebergewicht der schwedischen Waffen wieder her. Im April 1642 überschritt er bei Werben die Elbe und rückte durch brandenburgisches Gebiet in die schlesischen Erblande des Kaisers ein, erstürmte Glogau (4. Mai), schlug den Herzog Franz Albert von Lauenburg vernichtend aufs Haupt und drang bis nach Mähren vor. Und während hier im Osten die unmittelbarste Kriegsgefahr die Stammländer der österreichischen Monarchie bedrohte, gelang es im Westen auch den französischen Waffen, einen entscheidenden Erfolg über die Kaiserlichen zu erringen. Am 2. Januar errang Guébriant am Niederrhein bei Kempten unweit Krefeld einen blutigen Sieg. Torstenson aber wandte sich, nachdem er den Schrecken seiner Waffen bis dicht an das Herz der kaiserlichen Erblande getragen hatte, ebenso schnell und plötzlich wieder nordwärts, vereinigte sich mit den schwedischen Corps unter Königsmarck und Wrangel und erschien am 30. October 1642 vor Leipzig. Die Kaiserlichen,



Linnard Torstenson.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1649, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).

die unter Piccolomini zum Entsatz der Stadt heranrückten, wurden in den schlachtenreichen Gefilden, wo vor nunmehr elf Jahren Gustav Adolf seinen ersten entscheidenden Sieg erfochten hatte, am 2. November 1642 in einer äußerst verlustreichen Schlacht völlig geschlagen. Alsbald aber unternahm dann Torstenson einen neuen Einfall in Böhmen, Schlesien und Mähren.

Es bedurfte dieser gewaltigen Erfolge seiner Gegner, um den Kaiser zu veranlassen, das auf dem Regensburger Reichstage von den Ständen so warm befürwortete und zum Beschluß erhobene Friedenswerk einigermaßen in Fluß kommen zu lassen. Bisher hatte sich Ferdinand damit begnügt, die schon in früheren Jahren in Hamburg gepflogenen Verhandlungen mit den Vertretern von Frankreich und Schweden im December 1641 wieder aufzunehmen. Man hatte sich dort wenigstens über die unerläßlichen Formfragen und Präliminarien in der Hauptsache dahin verständigt, daß sich in Münster die katholischen, in Osnabrück die evangelischen Staaten, dort Frankreich, hier Schweden einfinden und daß diese Congreßorte Neutralität genießen sollten. Es dauerte bis zum September 1642, ehe der Kaiser sich entschloß, diese Abmachungen zu bestätigen und nun unter dem Eindruck der Torstensonschen Siege auch dem Deputationstage, welcher sich auf Grund der Regensburger Beschlüsse in Frankfurt versammelte, seine Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße zuzuwenden.

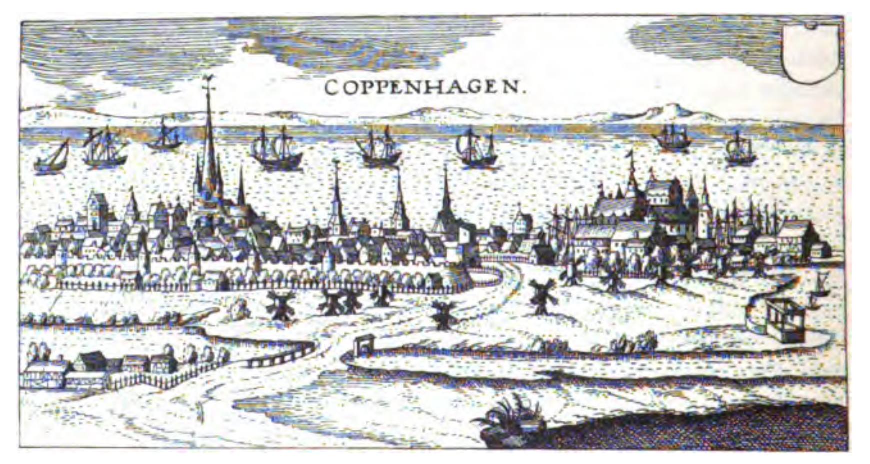
Auf diesem Deputationstage aber, der im Frühjahr 1643 eröffnet wurde, kam es aufs Neue zu sehr erregten Erörterungen, in denen doch deutlich zu Tage trat, daß auch die katholischen Stände mit der kaiserlichen Politik nicht mehr einverstanden waren. Der alte Gegensatz zwischen Kaiser und Liga, der seit dem Kurfürstentage von 1630 geschlummert hatte, trat in neuen Formen zu Tage. Während der Kaiser, unbekümmert um alle die Ereignisse, welche inzwischen die alte Reichsverfassung gründlich über den Haufen geworfen hatten, nach den alten reichsrechtlichen Bestimmungen in erster Linie eine Reform der Reichsjustiz auf die Tagesordnung stellen wollte, betonten jetzt doch auch die katholischen Stände die Nothwendigkeit, erst über das Friedenswerk zu verhandeln. Und schon hoben dabei gerade die vornehmsten katholischen Kurfürsten, Mainz, Köln und Bayern, nachdrücklich hervor, daß bei diesem Friedenswerk das spanische Interesse, das will sagen das Hausinteresse des Kaisers, von dem des Reiches getrennt werden müsse. Sie waren entschlossen, sich nicht mehr in den spanischen Krieg zu mischen, für denselben keine Contributionen mehr zu leisten. Noch erregter wurden die Verhandlungen, als nun aufs Neue die Form der Friedensverhandlungen, die Frage der Theilnahme der Reichsstände an denselben, berührt wurde. Der Kaiser fand bei dem Versuch, die in Regensburg ertheilte Zusage wieder rückgängig zu machen und sich allein das Recht der Verhandlung mit den fremden Mächten zu vindiciren, nahezu einmüthige Opposition. Im weiteren Fortgange der Erörterungen theilte sich nun freilich diese Opposition wieder, indem die Kurfürsten den Anspruch erhoben, daß nur ihre Vertreter zu den Generaltractaten zugelassen würden,

während die anderen Fürsten und Stände darauf bestanden, daß auch sie an den Friedensverhandlungen theilnehmen müßten. Die letztere Partei aber fand sehr wirksame Unterstützung auch bei einem der Kurfürsten, dem von Brandenburg, dessen Vertreter Wesenbeck der Einzige war, der eine klare und consequente Politik verfolgte, die ausschließlich und allein darauf gerichtet war, unter allen Umständen den Frieden zu Stande zu bringen, und zwar so, daß er sich nicht bloß auf das politische Gebiet beziehe, sondern auch auf die streitigen kirchlichen Fragen, aus denen der Krieg hervorgegangen war. Aus diesem Grunde erhob Wesenbeck sofort die schroffste Opposition, als der Vorschlag gemacht wurde, die Religionsbeschwerden erst nach dem allgemeinen Frieden vorzunehmen und auf einen sechs Monate nach Abschluß desselben zusammenzuberufenden Deputationstag zu verweisen, in dem dann natürlich in alter Weise die Katholiken die überwiegende Mehrheit gehabt hätten. Die Consequenz, mit welcher der brandenburgische Vertreter dieses System verfocht, verfehlte ihre Wirkung nicht. Indem er das Recht der Theilnahme aller Stände an dem Congresse mit der Forderung, die religiösen Verhältnisse in die Friedensverhandlungen einzubeziehen, verband, hatte er die Genugthuung, nach einiger Zeit sich trotz des religiösen Gegensatzes als Mittelpunkt einer aus Katholiken uud Protestanten gemischten Partei zu sehen. Schon fielen von katholischer Seite, von dem Vertreter von Würzburg, Aeußerungen wie die, daß der angebliche „Religionskrieg“, von dem der Kaiser und Bayern immer sprächen, ein „eitler Privatkrieg“ dieser Mächte sei, darunter die anderen Stände mit leiden und zu Grunde gehen müßten. Der Kaiser gerieth gegenüber dieser Opposition gegen seine spanische Politik in eine immer schwierigere Lage.

Mitten in diese Verhandlungen, welche sich dann schleppend und fast völlig ergebnißlos bis zum Jahre 1645 hinzogen, fiel im Sommer 1643 die Nachricht, daß Dänemark in den Krieg gegen Schweden eingetreten sei. Der Kaiser durfte hoffen, daß dadurch um so mehr eine völlige Umwandlung der allgemeinen Lage zu seinen Gunsten eintreten werde, als kurz vorher, im December 1642, Frankreichs größter Staatsmann Richelieu und kurz nach ihm im Mai 1643 auch sein König Ludwig XIII. gestorben war, so daß die Möglichkeit in Aussicht trat, daß Frankreich unter der vormundschaftlichen Regierung über den fünfjährigen königlichen Knaben Ludwig XIV. seine Hand zunächst vom deutschen Kriege abziehen werde. Allein diese Hoffnung erwies sich sehr bald als trügerisch. Nach einigen Schwankungen lenkte die neue Regierung, an deren Spitze der von Richelieu selbst zu seinem Nachfolger ausersehene Cardinal Mazarin trat, bewußt und folgerichtig in die Bahnen ein, die Richelieu der französischen Politik mit so großem Erfolge vorgezeichnet hatte. Ja der Beginn der neuen Regierung wurde alsbald durch einige militärische Erfolge bezeichnet. Am 19. Mai 1643 errang der junge Prinz Condé einen blutigen Sieg über die Spanier unter Don Francisco de Melho und De la Fuente bei Rocroy, im August gelang es ihm, die Festung Thionville einzunehmen. Und sehr bald sollte sich herausstellen, daß auch das Eingreifen Dänemarks

in den Krieg keineswegs im Stande sein werde, den Siegeslauf Torstensons aufzuhalten oder gar dessen Erfolge rückgängig zu machen.

Torstenson war eben im Begriff gewesen, sich von Neuem den Weg in die kaiserlichen Erblande zu bahnen, als er die Nachricht empfing, daß Christian IV., der längst schon auf die Erfolge seiner schwedischen Nachbarn eifersüchtig war, sich von dem Kaiser habe bestimmen lassen, die Waffen gegen Schweden zu ergreifen. Alsbald rückte Torstenson, der schon im Anmarsch gegen Wien begriffen war, Ende October 1643 mit gewohnter Schnelligkeit gegen Dänemark heran, errang eine Reihe von blutigen Erfolgen, eroberte ganz Schleswig-Holstein und drang bis nach Jütland vor. Der König von Dänemark, welcher den Krieg mit der stolzen Hoffnung, Schweden die Herrschaft



Ansicht von Kopenhagen.
Facsimile des Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

auf der Ostsee streitig zu machen, begonnen hatte, welcher daher die Feindseligkeiten mit der Wegnahme einiger schwedischer Schiffe im Sund und mit der Aufstellung eines Zollschiffes vor der Insel Ruden begonnen hatte, sah sich in allen seinen Erwartungen getäuscht. Er hatte bestimmt gehofft, daß der alte Rivale Schwedens, Polen, den Waffenstillstand kündigen und ihn thatkräftig unterstützen werde. Die ganze europäische Combination gegen Schweden, auf welche auch der Kaiser gerechnet, in die er selbst den Kurfürsten von Brandenburg hatte hineinziehen wollen, war durch die kriegerischen Erfolge Torstensons völlig zusammengebrochen. Dieser konnte die Fortsetzung des für Schweden nun nicht mehr gefährlichen dänischen Krieges Wrangel und Horn überlassen und sich gegen Gallas wenden, der mit einem vom Kaiser den Dänen zu Hilfe geschickten Heere herannahte und schon bis an die Niederelbe vorgedrungen war. Und auch hier blieb Torstenson das Kriegsglück treu; in zwei fast gleichzeitigen Treffen bei Jüterbog und Magdeburg





König Christian IV. von Dänemark.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Hendrik Hondius (1588—1658).

rieb er im October 1644 das kaiserliche Heer fast völlig auf. Kaum 2000 Mann vermochte Gallas nach Böhmen zu retten. Torstenson aber zögerte keinen Augenblick, ihm mit der größten Schnelligkeit nachzufolgen. Schon war er auch mit dem Fürsten von Siebenbürgen, Georg Rakoczy, dem Nachfolger Bethlen Gabors, in Verbindung getreten, der dann von Ungarn aus wie Torstenson von Böhmen her die Residenz des Kaisers selbst in größte Gefahr brachte. Mit Aufbietung aller Kräfte stellte der Kaiser ein neues Heer auf und warf es Torstenson entgegen. Allein es erlitt dasselbe Schicksal, wie das den Dänen zu Hilfe gesandte. Am 6. März 1645 wurde es bei Jankowitz, drei Meilen von Tabor, völlig vernichtend geschlagen. Es war einer der glänzendsten Siege, welche die schwedischen Waffen jemals errungen hatten. Torstenson eroberte danach ganz Mähren und drang bis tief ins Erzherzogthum Oesterreich vor, während gleichzeitig Rakoczy von Ungarn her gegen Wien heranrückte. Der Kaiser wäre verloren gewesen, wenn die Ereignisse auf dem westlichen Kriegsschauplatze einen ähnlichen Verlauf genommen hätten und dann auch die Franzosen von Westen her in die kaiserlichen Erblande eingerückt wären, wie eine solche Combination der schwedischen und französischen Waffen von Westen und Norden her namentlich von Bernhard von Weimar und Banér stets angestrebt worden war. Jetzt aber wurde sie dadurch unmöglich, daß die Franzosen, welche in den letzten beiden Jahren mit wechselndem Erfolge gegen die Kaiserlichen gefochten hatten, eben in dem Augenblicke, da dem Kaiser die höchste Gefahr drohte, eine schwere Niederlage erlitten, die es Ferdinand ermöglichte, einen Theil der bisher auf dem westlichen Kriegsschauplatze verwendeten Truppen nach seinen bedrängten Erblanden heranzuholen.

Als der Kaiser sich ernstlich und erfolgreich bemühte, den ihm so unbequemen Schweden in ihren dänischen Nachbarn einen neuen Feind zu erwecken, hatte er nicht bloß auf die Theilnahme Polens, auf die Wiederbelebung jener nordosteuropäischen Coalition gegen Schweden gerechnet, die dereinst Gustav Adolf vor seiner Landung auf deutschem Boden so große Schwierigkeiten bereitet hatte, sondern er hatte auch die Hoffnung gehegt, daß Frankreich nach dem Tode Richelieus in innere Schwierigkeiten verwickelt werden würde, welche es an einer thatkräftigen Fortsetzung des deutschen Krieges hindern würden.

Eine kurze Zeit lang hatte es scheinen können, als werde diese Combination zutreffen. Der gewaltige Staatsmann, der in einer unvergleichlich folgerichtigen und erfolgreichen Politik die große absolute Machtstellung des französischen Königthums im Innern und zugleich die umfassende und universale Politik nach Außen hin so fest und scheinbar unerschütterlich begründet hatte, war doch selbst bei Lebzeiten in Folge der Gewaltsamkeiten, mit denen

sein ganzes Verfahren nothwendig verbunden war, in mannigfache Conflicte mit den politischen Factionen gerathen, welche bis dahin in Frankreich einen bestimmenden Einfluß besaßen und eben durch ihn verloren hatten. Es war nur naturgemäß, daß sie sich nach seinem Tode mit verdoppelter Kraft regten. Ludwig XIII. hatte, den Rathschlägen seines genialen Ministers auch noch nach dessen Tode getreu, für den Fall seines eigenen Ablebens, das bei seiner Kränklichkeit in naher Aussicht zu stehen schien, Anordnungen getroffen, welche die Fortsetzung der bisherigen Politik auch während der Minderjährigkeit seines erst fünf Jahre alten Sohnes sicher stellen sollten. Vor Allem hatte er es verhüten wollen, daß seine Gemahlin Anna von Oesterreich, welche mit der antispanischen Politik Richelieus vornehmlich aus verwandtschaftlichen Rücksichten niemals einverstanden gewesen war, die vormundschaftliche Regierung, welche ihr nach dem Herkommen zufallen mußte, etwa dazu benutzte, in dem System dieser europäischen Politik, auf welcher die Machtstellung Frankreichs in erster Linie beruhte, eine grundsätzliche Aenderung eintreten zu lassen. Aus diesem Grunde hatte er die Verfügung getroffen, daß der Königin während ihrer Regentschaft ein Rath an die Seite gestellt werden sollte, in dem Mazarin, der mit Recht als der Fortsetzer des Richelieuschen Systems betrachtet wurde, die entscheidende Rolle zu spielen bestimmt war. Allein als dann kurz darauf der König starb (14. Mai 1643), gelang es doch der Richelieu entgegengesetzten Faction, welche sich mit der Königin-Regentin eng verbunden wähnte, diese Anordnungen bei Seite zu setzen und die Regentschaft der Königin allein anzuvertrauen. Die von Richelieu niedergehaltenen Parteien hofften jetzt auf einen grundsätzlichen Wandel des Systems, der ihnen wieder die Macht in die Hände spielen werde. Namentlich trat die extreme katholische Partei, die der Politik Richelieus wegen ihrer Verbindung mit den Ketzern stets Opposition gemacht hatte, nunmehr sehr zuversichtlich auf. Allein wie sehr sah sie sich bald in ihren Erwartungen getäuscht! Die Ueberlieferungen der Politik, welche in den letzten Jahrzehnten geherrscht und Frankreich zu seiner universalen Machtstellung verholfen hatten, erwiesen sich doch bei der Königin, als sie einmal die Geschäfte selbstthätig in die Hand genommen hatte, mächtiger als die persönlichen Sympathien und Antipathien; sie hielt an dem Gegensatz gegen Spanien trotz aller verwandtschaftlichen Rücksichten fest. Sehr bald vollzog sich eine immer zunehmende, zuletzt sich zu einem innigen persönlichen Vertrauensverhältniß gestaltende Annäherung an Mazarin. Damit aber war die Beibehaltung der Grundrichtung der Richelieuschen Politik um so mehr gesichert, als bald nach dem Tode Ludwigs XIII. der junge Prinz von Condé eben im Kriege gegen Spanien jene großen kriegerischen Erfolge von Rocroy und Thionville errang, die wir früher berührt haben (S. 561).

Alsbald nahmen dann auch die Franzosen den Krieg in Deutschland wieder auf. Allein sie fanden an den bayrisch-kaiserlichen Truppen, die unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Mercy und des aus seiner Gefangenschaft



Cardinal Mazarin.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Pieter van Schuppen (1623—1707); Originalgemälde von Pierre Mignard (1612—1695).

wieder befreiten bayrischen Generals Johann von Werth standen, sehr kräftigen Widerstand. Guébriant, der im Jahre 1643 mit der weimarisch-französischen Armee in Schwaben eindrang, erhielt bei Rottweil eine schwere Verwundung, der er wenig später erlag, sein Nachfolger Josias Ranzau wurde bald darauf bei Tuttlingen an der Donau vollständig geschlagen (24. November 1643). Er selbst wurde gefangen genommen, sein ganzes Heer auseinandergesprengt. Danach gelang es den Bayern, die Franzosen aus einer Reihe von ihnen eingenommener fester Plätze in Oberdeutschland wieder zu verdrängen. Selbst die Eroberungen Bernhards von Weimar schienen wieder verloren gehen zu sollen. Die Bayern belagerten Freiburg und bedrohten dadurch Breisach, dessen Einnahme dereinst so ungeheure Schwierigkeiten bereitet hatte.

Mazarin, der den Werth dieser von Bernhard errungenen Stellungen voll und ganz zu würdigen verstand, beeilte sich, ein neues Heer den Rhein überschreiten zu lassen, das er dem Marschall Heinrich de la Tour d'Auvergne, Vicomte de Turenne, der später in der französischen Kriegsgeschichte sich einen so großen Namen erworben hat, unterstellte. Aber auch er vermochte den Fortschritten der Bayern keinen nachhaltigen Widerstand zu leisten. Im Mai 1644 fiel Freiburg fast unter seinen Augen. Auch als ihm der junge Prinz von Condé, der sich soeben bei Rocroy und Thionville die ersten Lorbeeren erworben hatte, von der Maas und Mosel her zu Hilfe geschickt wurde, vermochten die Franzosen keine durchgreifenden Erfolge zu erringen. Zwar gelang es ihnen im August 1644, die Bayern nach mannhaftem Widerstande auf Freiburg zurückzudrängen, aber die Einnahme dieser Stadt erreichten sie nicht. Wohl aber bemächtigten sie sich Philippsburgs und selbst der Hauptstadt des Mainzer Erzbisthums.

Da sich aber Condé bald darauf wieder von Turenne trennte, erlitt der Letztere, der am 26. März 1645 von Neuem über den Rhein gegangen war und gegen Franken heranrückte, am 5. Mai durch den Feldmarschall Mercy bei Mergentheim eine neue schwere Niederlage, nach der er sich über Hammelburg nach Fulda zurückziehen mußte.

Diese Schlacht war aber nicht nur für den westlichen Kriegsschauplatz von Bedeutung; sie war es vielmehr, die einen Theil der kaiserlichen Truppen für die österreichischen Erblande verfügbar machte und dadurch Torstenson nöthigte, die schon begonnene Belagerung von Brünn aufzugeben und nach Böhmen zurückzuweichen, zumal es dem Kaiser inzwischen gelungen war, den Fürsten Rakoczy von Siebenbürgen zu einem Separatfrieden zu veranlassen. Damit war wenigstens die unmittelbare Gefahr für Wien zunächst beseitigt.

Allein ein wirklicher und dauernder Umschwung der politisch-militärischen Lage des Kaisers trat dadurch nicht ein. Denn auf der einen Seite gelang es den Franzosen, nachdem Condé aufs Neue Turenne zu Hilfe herangezogen war, die Niederlage bei Mergentheim wieder einigermaßen wettzumachen, indem sie, mit den Hessen vereinigt, in einer Stärke von nahezu 30 000 Mann wieder gegen die Bayern und Kaiserlichen vorrückten und dieselben am 3. August

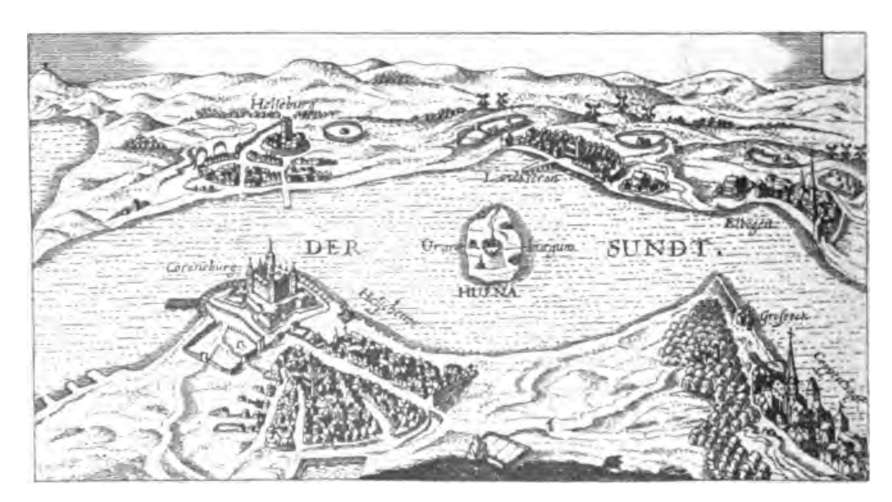


Christoph von Königsmarck.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1651, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).

in einer für beide Theile äußerst verlustreichen Schlacht bei Allersheim zwischen Nördlingen und Donauwörth, in welcher Mercy tapfer kämpfend fiel, aufs Haupt schlugen. Auf der andern Seite aber hatte Königsmarck in Sachsen festen Fuß gefaßt und sich des ganzen Kurfürstenthums mit Ausnahme von Dresden und Königstein bemächtigt. Dadurch aber sah sich der Kurfürst von Sachsen, Johann Georg, veranlaßt, einen Neutralitätsvertrag auf sechs Monate mit den Schweden zu schließen, in welchem er diesen außer Geldzahlungen und Lieferungen die Städte Leipzig und Torgau einräumte und ihnen den freien Durchzug durch sein Land gestattete (6. September 1645).

Wenige Tage vorher aber war auch Dänemark von dem Kriege gegen Schweden zurückgetreten, indem es am 25. August zu Brömsebrö Frieden geschlossen hatte, in welchem es den Schweden Zollfreiheit im Sunde zugestand und Gothland und Oesel abtrat. Und da es inzwischen auch dem Kurfürsten von Brandenburg in ebenso umsichtiger als geschickter Verhandlung gelungen war, sich mit den Schweden über eine Waffenruhe zu einigen, so gewannen diese nunmehr in ganz Norddeutschland das unzweifelhafte Uebergewicht, während gleichzeitig die Franzosen nach dem Siege bei Allersheim im schwäbischen und bayrischen Kreise festen Fuß faßten. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß in diesem Augenblicke die schwedisch-französischen Waffen, trotzdem Torstenson aus Mähren und Oesterreich hatte weichen müssen und dann am 25. December 1645, in Folge seines körperlichen Leidens, den Oberbefehl niedergelegt und an Carl Gustav Wrangel übergeben hatte, das unbedingte Uebergewicht in Deutschland hatten. Die protestantischen Stände, vor Allem das in den letzten Jahren seit seinem Wiederanschluß an Frankreich und Schweden hart bedrängte Hessen, konnten wieder aufathmen.



Der Sund in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Facsimile des Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

Die letzten Kämpfe und der Beginn der Friedensverhandlungen.

Die großen Fragen, um die der Deutschland in allen seinen Theilen bis ins Mark zerstörende Krieg noch immer, trotz der Friedenssehnsucht fast aller deutschen Stände, weiter geführt wurde, waren doppelter Art. Einmal handelte es sich um die Entschädigungen, welche die beiden auswärtigen Mächte, Frankreich und Schweden, für die in dem Kriege gebrachten Opfer an Truppen und Geld forderten, dann aber um die Beilegung der schwerwiegenden reichs- und kirchenrechtlichen Fragen, welche schon in den Jahrzehnten vor dem Frieden den gänzlichen Zerfall der Reichsverfassung herbeigeführt hatten, dann die tieferliegende Veranlassung des ganzen Krieges gewesen waren und jetzt in den beiden protestantischen Forderungen: Verleihung einer allgemeinen Amnestie und Herstellung des Zustandes, wie er vor 1618 gewesen war, zusammengefaßt wurden. Gerade die Combination dieser beiden, ihrem Wesen nach getrennten, aber doch mit einander zusammenhängenden Fragen war es, die das Zustandekommen des Friedenswerkes so außerordentlich erschwerte. Weiter und weiter hatte man sich von dem freilich in sehr unregelmäßigen Formen aufgestellten Gedanken Wallensteins, durch eine Vereinbarung der deutschen Fürsten unter einander eine gemeinsame Action gegen die auswärtigen Mächte zu ermöglichen, entfernt. Jetzt, da die deutschen Fürsten, welche sich noch in Waffen gegen den Kaiser befanden, in unlösbarem Bunde mit Frankreich und Schweden standen, da an die Stelle des von Wallenstein angestrebten allgemeinen deutschen Friedens der Prager Friede getreten war, der die letzten Reste der Reichsverfassung in ein rein vertragsmäßiges Verhältniß verwandelt hatte, jetzt war eine Verhandlung über die innerdeutschen Angelegenheiten nicht mehr ohne gleichzeitige Erledigung der Entschädigungsforderungen der auswärtigen Staaten möglich. Eines war von dem Andern nicht mehr zu trennen. Deswegen forderten auch alle diejenigen, denen es mit der Herstellung des Friedens voller Ernst war, Allen voran der junge Kurfürst von Brandenburg, gleichzeitige Verhandlung über die auswärtigen und innerdeutschen Verhältnisse auf dem Friedenscongresse, der sich seit 1643 in Münster und Osnabrück zusammenzufinden begann. Denn nur so, nur durch eine gleichberechtigte Theilnahme aller deutschen Stände an den eigentlichen Friedensverhandlungen konnten die tieferliegenden Ursachen des Kriegszustandes beseitigt, konnte die allgemeine Amnestie und die Herstellung des Zustandes vor 1618, die auch die auswärtigen Staaten forderten, erreicht werden. Hätte man, wie der

Kaiser forderte, die Beilegung der reichsrechtlichen und kirchlichen Streitigkeiten von dem Friedenscongreß ausgeschlossen und auf einen späteren Reichstag verschoben, so wäre sie eben nicht unter die Garantie des Friedens gestellt worden, ja sie wäre voraussichtlich nie zu Stande gekommen, da auf dem Reichstage der alte Streit der Parteien, der die Reichstage vor dem Kriege gesprengt hatte, sofort wieder ausgebrochen wäre. Die alten reichsrechtlichen Formen, welche den durch den religiösen Zwiespalt der Nation herbeigeführten veränderten Verhältnissen in keiner Weise entsprachen, hatten sich schon nur zu oft als unbrauchbar für die Beilegung der inneren Schwierigkeiten erwiesen. Es wäre ein unmögliches Beginnen gewesen, sie jetzt nach Allem, was vorgegangen war, zur Regelung der innerdeutschen Verhältnisse verwerthen zu wollen. Und doch hatte der Kaiser darauf noch auf dem Frankfurter Deputationstage von 1643 bestanden; er hatte es gethan, obwohl oder vielleicht gerade weil durch die Beraubung der Pfalz und die zahlreichen Reactionsversuche die alte Form schon innerlich zerbrochen, das Uebergewicht der Katholiken noch verstärkt worden war; trotzdem hatte der Kaiser immer und immer wieder gefordert, daß er allein das Reich, welches doch eben aus zwei scharf getrennten, ja in offenem Kampfe begriffenen Parteien bestand, auf dem Friedenscongresse vertrete, obwohl er sich nach wie vor weigerte, die Vorbedingung einer Einigung dieser Parteien, die allgemeine Amnestie, zu gewähren. Nur Schritt für Schritt, nur durch die größten Erfolge seiner Gegner, konnte er veranlaßt werden, von diesem Standpunkte, der jeden dauerhaften Frieden unmöglich machte, zurückzuweichen. Erst als die Vertreter Frankreichs und Schwedens, welche sich in Münster und Osnabrück eingefunden hatten, mit aller Bestimmtheit erklärten, daß sie die Verhandlungen nicht eher eröffnen würden, als bis alle Reichsstände vertreten wären, und als diese Forderung durch die großen kriegerischen Erfolge Torstensons den erforderlichen Nachdruck erhielt, als endlich sogar eine Anzahl katholischer, ehrlich dem Frieden geneigter Stände sich derselben anschlossen, gab der Kaiser, der soeben noch einmal das Zusammentreten eines Kurfürstentages beantragt hatte, wenigstens in dieser Formfrage nach und verstand sich dazu, daß die Gesandten der deutschen Reichsstände auf dem Friedenscongreß erscheinen sollten. Und dasselbe Spiel wiederholte sich dann immer wieder, als man in die Verhandlung der materiellen Fragen eingetreten war. Sowie die kaiserlichen Waffen im Felde einen Erfolg davontrugen, nahm der Kaiser alsbald wieder eine unversöhnliche Haltung ein, schraubte seine Forderungen höher, ja nahm zurück, was er schon bewilligt hatte. Allein diese Lichtblicke, in denen ein Erfolg der kaiserlichen Waffen noch möglich erschien, wurden in den letzten Jahren immer seltener, und da auch der Kurfürst von Bayern, der treueste Freund und Anhänger Ferdinands, eine immer schwankendere Haltung annahm und sich in Separatverhandlungen mit Frankreich einließ, so blieb dem Kaiser schließlich nichts Anderes übrig, als das Friedenswerk seinen Fortgang nehmen zu lassen. Beide, Krieg und Verhandlung, liefen nicht unabhängig von ein-



Marschall Turenne.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Robert Nanteuil (1630—1678); Originalgemälde von Philipp de Champaigne (1602—1674).

ander, sondern in beständiger Wechselwirkung neben einander her. Wenden wir unsere Aufmerksamkeit zunächst noch einige Augenblicke den kriegerischen Ereignissen zu, um dann zu sehen, welches Ergebniß unter ihrem Einfluß die Friedensverhandlungen zeitigten.

Nachdem Torstenson im December 1645 den Oberbefehl über die schwedischen Truppen an Wrangel abgetreten hatte, gerieth dieser zunächst in eine ziemlich bedrängte Lage, da Bayern, dessen Verhandlungen mit Frankreich damals noch nicht zu einem befriedigenden Ergebniß gediehen waren, einen Theil seiner Truppen nach der Oberpfalz entsandte, wo sie sich im Januar 1646 mit den Kaiserlichen vereinigten. Dadurch sah sich Wrangel in seiner Stellung in Böhmen so bedroht, daß er sich entschließen mußte, aus diesem Lande zu weichen und sich durch Thüringen nach Oberhessen zurückzuziehen, von wo aus er die Vereinigung mit dem in der Rheinpfalz stehenden französischen Heere Turennes zu gewinnen hoffte. Dem aber suchten sich die vereinigten kaiserlich-bayrischen Truppen entgegenzustellen, indem sie von Eger durch Franken an die Mainmündung vorrückten. Aber Turenne wußte sie durch eine geschickte Scheinbewegung rheinabwärts, durch die er den Glauben in ihnen erweckte, als werde er nach Flandern ziehen, zu täuschen. Indem er sich dann eiligst wieder südwärts wandte, gelang es ihm, bei Frankfurt die gesuchte Vereinigung mit Wrangel doch zu vollziehen und nun im Rücken der in ihren Stellungen verharrenden Gegner den Main zu überschreiten. Nunmehr wandte sich das schwedisch-französische Heer alsbald gegen Süddeutschland, drang in kurzer Zeit bis zur Donau vor und stand im September vor Augsburg. Ganz Bayern war in seinen Händen und wurde auf das Schrecklichste verwüstet: der Weg nach den Erbländern des Kaisers stand dessen Gegnern von Neuem offen. Die Franzosen bezogen an der oberen Donau, die Schweden am Bodensee ihre Winterquartiere und rüsteten sich für das kommende Frühjahr zu dem entscheidenden Vorstoße gegen die österreichischen Erbländer.

In dieser verzweifelten Lage entschloß sich Kurfürst Maximilian endlich, den Neutralitätsvertrag, über den er schon seit einiger Zeit mit Frankreich verhandelte, im März 1647 anzunehmen, dem sich dann Köln, Mainz und Darmstadt anschlossen. Darauf konnte Wrangel, nachdem er die in Bayern freigewordenen Truppen am Main gesammelt hatte, daran denken, einen neuen Einfall in Böhmen zu unternehmen. Der Kaiser war völlig isolirt; es schien, als werde er jetzt auf dem Friedenscongreß völlig nachgeben und die Forderung Schwedens, nach welcher statt des von Ferdinand bewilligten Normaljahres 1624 das Normaljahr 1618 gesetzt werden sollte, bewilligen müssen. Allein er schlug eine ganz entgegengesetzte Politik ein, die ihm die Erbitterung über den Abfall Bayerns eingab. Auf der einen Seite erließ er Abberufungsmandate an die bayrischen Truppen, welche einen großen Theil derselben, darunter auch ihren ruhmgekrönten Führer Johann von Werth, zum Uebertritt in das kaiserliche Heer veranlaßten und dadurch dessen militärische Stellung



Erzherzog Leopold Wilhelm.

Facsimile des Kupferstiches von Pieter de Jode d. J. (geb. 1606);
Originalgemälde von Jan van den Hoeck (1598—1651).

erheblich verstärkten; auf der andern Seite machte er auf dem Friedenscongreß Miene, sich mit Schweden und Frankreich auf Kosten Bayerns zu verständigen. Schon war so gut wie festgestellt, daß der Erbe des unglücklichen Böhmenkönigs, Karl Ludwig, zum Wenigsten die Unterpfalz zurückerhalten sollte. Wie nun, wenn Ferdinand sich entschloß, ihm die ganze Pfalz sammt der Kurwürde einzuräumen? Es genügte, diese Möglichkeit nur in einigermaßen bestimmter Weise anzudeuten, um Maximilian zu veranlassen, sich dem Kaiser, der auch militärisch inzwischen wieder einigermaßen zu Kräften gekommen war, wieder zu nähern. Im September schloß Maximilian mit ihm den Pilsener Vertrag, durch den er wieder auf Ferdinands Seite zurücktrat und ihm ein Hilfsheer von 10 000 Mann zur Verfügung stellte. Danach wurde das Gleichgewicht wieder einigermaßen hergestellt. Die Kaiserlichen hielten zwischen Eger und Pilsen Wrangel gegenüber Stand, die Spanier, welche sich eben jetzt unter dem Eindruck ihrer durch Frankreich erlittenen Verluste mit den Holländern auseinandergesetzt hatten, ergriffen die Offensive, so daß Turenne dorthin beordert werden mußte. Es schien noch einmal, als wollte sich das Kriegsglück auf die Seite der Kaiserlichen wenden. Wrangel mußte sich durch Thüringen nach Niedersachsen zurückziehen; noch einmal wurde das unglückliche Hessenland von kaiserlichen Heeresschaaren überfluthet, die Spanier fingen an in Catalonien wieder Boden zu gewinnen; sie nahmen Lerida ein; Erzherzog Leopold Wilhelm drang an der Sambre vor, nahm Landrecis und bedrohte, mit den Truppen des Herzogs von Lothringen vereint, die Picardie. Alles stand im Felde wie auf dem Friedenscongreß noch einmal in Frage. In diesem Moment, in welchem der Kaiser zu seiner alten starren Unnachgiebigkeit zurückkehrte, hat Friedrich Wilhelm von Brandenburg, freilich vergeblich, eifrig das Project erwogen, im Verein mit Sachsen, Braunschweig und Hessen, eine dritte unabhängige Partei zu begründen und dann den Kaiser zum Abschluß des Friedens zu zwingen, ähnlich wie das früher Wallenstein beabsichtigt hatte. Dem gegenüber versuchte der Kaiser Alles, um den Kurfürsten von Brandenburg vielmehr zu sich herüberzuziehen und im Verein mit ihm die Schweden gänzlich aus Deutschland herauszujagen. Er bot ihm, um das zu erreichen, nicht allein ganz Pommern, über das in Osnabrück erregte Verhandlungen mit Schweden geführt wurden, an, sondern außerdem noch die vier Bisthümer, die er nach jenen Verhandlungen als Entschädigung für die an Schweden abzutretenden Theile Pommerns erhalten sollte, ferner das Kriegsoberstenamt und das Kreisdirectorium des niedersächsischen und westfälischen Kreises. Es war in der That eine starke Verlockung für den Kurfürsten, dessen diplomatische Stellung auf dem Friedenscongresse eine überaus schwierige war. Aber er widerstand der Versuchung und lehnte ab. Es war sein Glück; denn die kriegerischen Erfolge des Kaisers erwiesen sich als sehr vorübergehende. Nach kurzer Zeit stellte sich das Uebergewicht der französisch-schwedischen Waffen wieder her; der Kurfürst wäre verloren gewesen, wenn er auf die kaiserlichen Anerbietungen eingegangen wäre.

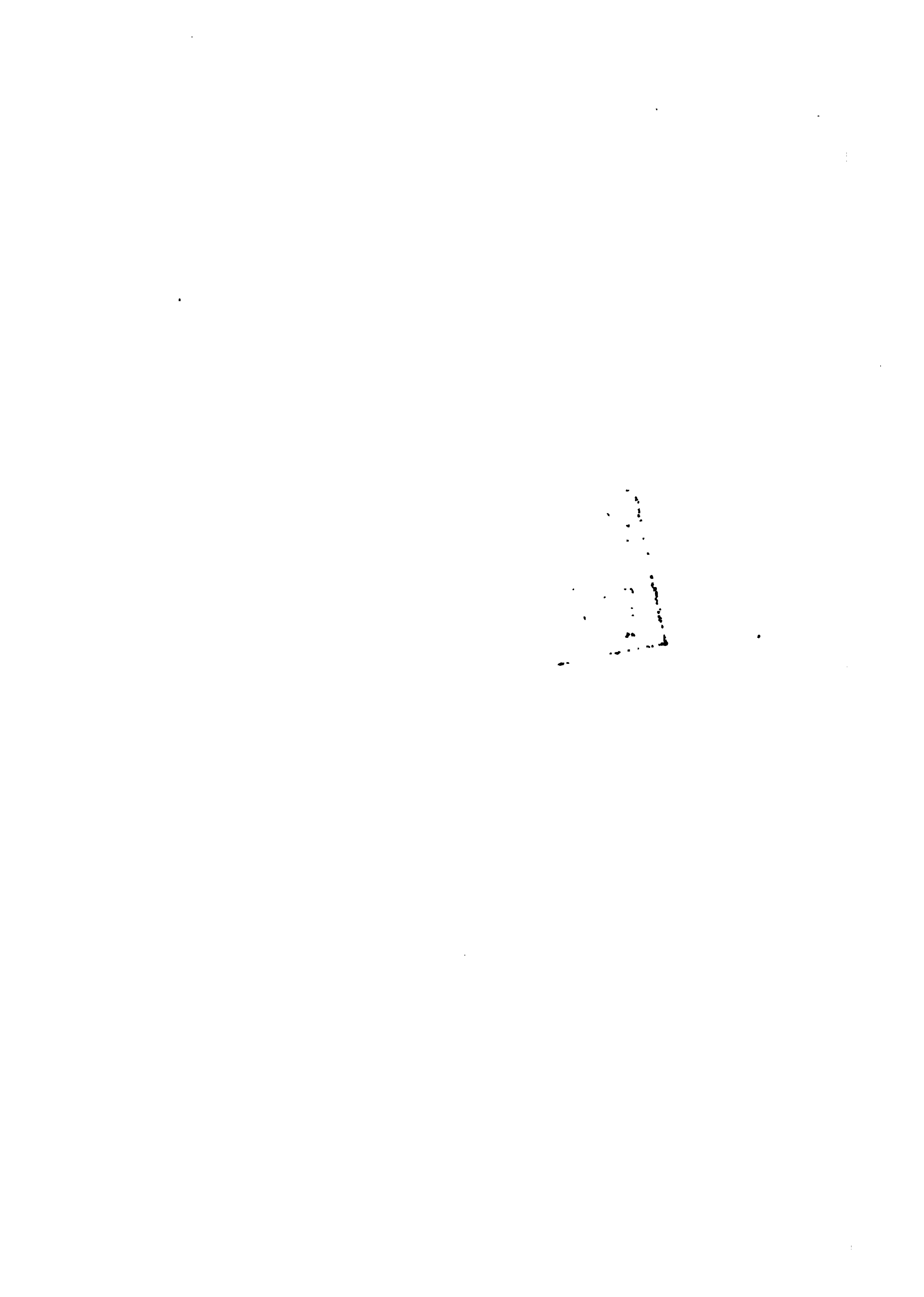


Pfalzgraf Carl Gustav.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Cornelis Galle d. J. (geb. 1600 oder 1605); Originalgemälde von Anselmus van Hulle (A. Hebbelynck) (1594—1665 oder 68).

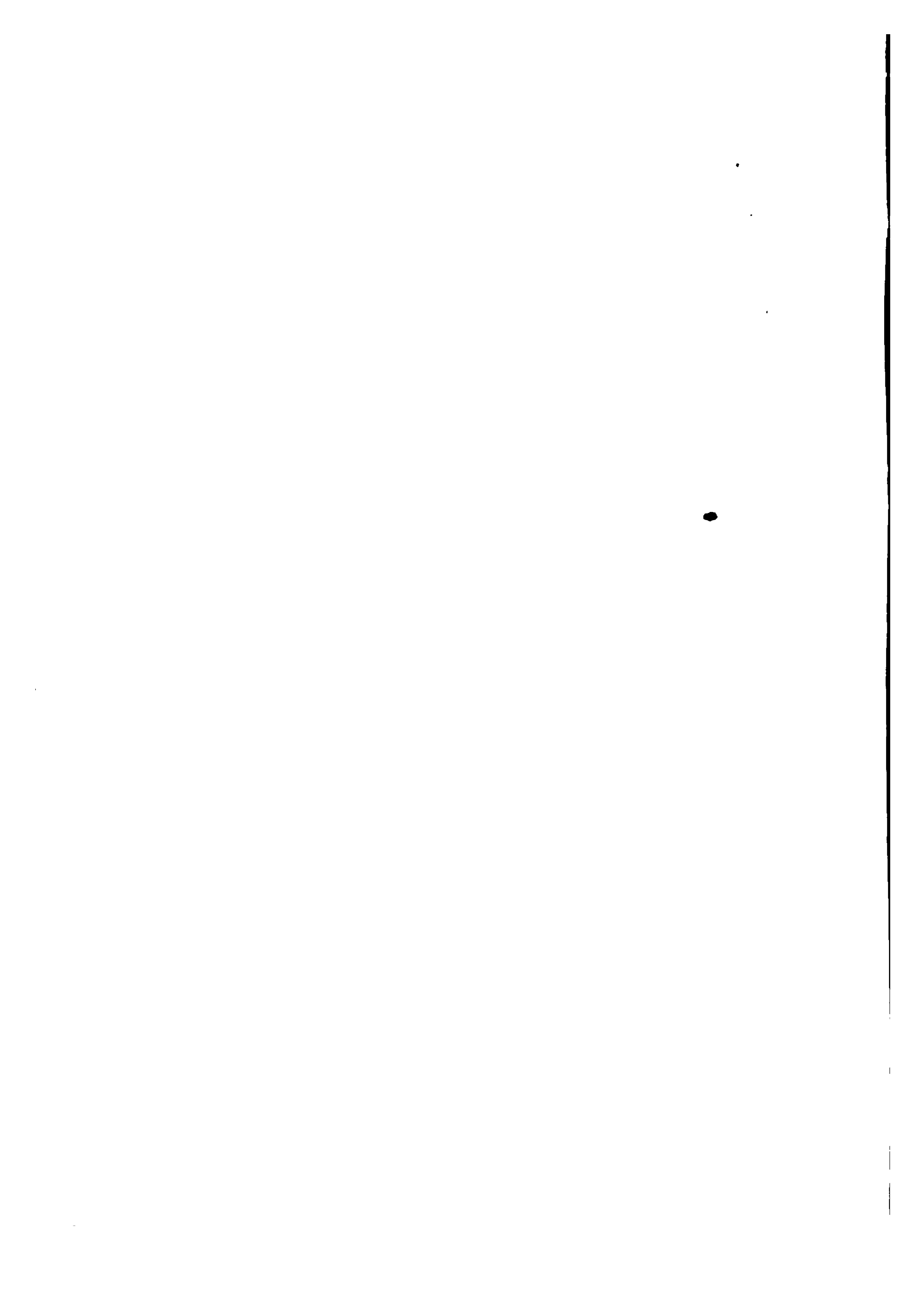
Im Frühjahr 1648 überschritt Turenne bei Mainz wieder den Rhein und vereinigte sich mit Wrangel zu einem neuen Einfall in Bayern, um dessen Kurfürsten für den Rücktritt von dem Neutralitätsvertrage zu züchtigen. Sie drangen unaufhaltsam bis zum Lech vor. Bei Zusmarshausen stellte sich ihnen dann ein kaiserlich-bayrisches Heer entgegen, welches jetzt nach Gallas' Tode unter dem Oberbefehl des protestantischen, ehemals hessischen Generals Melander stand, der zur Belohnung für seinen Uebertritt zum Kaiser zum Reichsgrafen von Holzapfel erhoben worden war. Am 17. Mai 1648 kam es hier zur Schlacht, in welcher Holzapfel nicht nur völlig geschlagen wurde, sondern auch seinen Tod fand. Maximilian flüchtete, sein ganzes Heer löste sich auf. Furchtbar verheerend hausten jetzt Wrangels wilde Schaaren in dem unglücklichen Bayernlande, während ein anderer Theil des schwedischen Heeres unter Königsmarck nach Böhmen vordrang. Der Kaiser flüchtete nach Linz, Ende Juli erschienen die Schweden vor Prag und nahmen die Kleinseite der Stadt ein.

Jetzt war jeder weitere Widerstand des Kaisers unmöglich. Schon begannen die Stände auf dem Friedenscongreß ernstlich in Erwägung zu ziehen, ob man nicht den dringend nothwendigen Frieden ohne den Kaiser und das Haus Oesterreich Namens des Reiches abschließen solle. Schon drangen die Schweden jetzt auch von Schlesien aus in Böhmen ein und nahmen Tabor. Pfalzgraf Karl Gustav, von Schweden zum Generalissimus des Heeres ernannt, landete mit neuen Truppen, zog die Elbe herauf nach Böhmen hinein, und Wrangel rüstete sich, vom Inn aus von Neuem vorzugehen; gleichzeitig errang Condé in den Niederlanden bei Lens einen blutigen Sieg über die Kaiserlichen (20. August). Schon schickten sich die Schweden an, die Altstadt Prag zu beschießen, da traf endlich die Nachricht ein, daß der Friede zu Münster und Osnabrück geschlossen sei.



Drittes Buch.

Der westfälische Friede und die Folgen des Krieges.



Der Abschluß des Friedens.

Mit einem Streit über die religiösen und politischen Gerechtsame der Unterthanen des Kaisers in dessen Erblanden hatte der verderbliche Krieg dereinst begonnen, dann hatte der Kampf um dieselben Fragen das ganze deutsche Reich ergriffen und war zu einem Existenzkampf zwischen Protestantismus und Katholicismus auf der einen, zwischen kaiserlicher Gewalt und territorialer Selbständigkeit auf der anderen Seite geworden. Die großen reichsrechtlichen und kirchlichen Streitpunkte, welche man in den Jahrzehnten vor dem Kriege unter der schwachen Regierung eines Rudolf II. und Matthias durch Verhandlungen beizulegen vergeblich versucht hatte, waren die Veranlassung zu einem Kriege geworden, der ein volles Menschenalter hindurch Deutschlands Gaue in der furchtbarsten Weise verwüstet und verödet und zum Tummelplatz der Heere fremder Staaten gemacht hatte. Eben durch dieses Eingreifen auswärtiger Mächte aber war die für das ganze politische, geistige und culturelle Leben Deutschlands so dringend nothwendige endliche Beilegung des Kampfes ungemein erschwert worden; denn jetzt konnte eine Einigung über die Beseitigung der tiefen Schäden, an denen der deutsche Reichskörper krankte, nicht mehr durch die Glieder des Reiches unter einander allein erfolgen, sie war vielmehr mit der Beilegung der internationalen Streitigkeiten auf das Engste und untrennbar verbunden. Es war in der That dahin gekommen, daß dem deutschen Volke in seiner Gesammtheit das Selbstbestimmungsrecht über die Formen seines staatlichen Seins genommen war, daß die Ordnung jeder reichsrechtlichen Streitfrage davon abhängig war, ob und inwieweit man im Stande sein werde, sich mit den auswärtigen Mächten zu verständigen. Jetzt zeigte es sich, welches Verhängniß für das Reich als Gesammtheit es war, daß seine einzelnen Glieder in dem unseligen Kampfe unter einander immer und immer wieder genöthigt gewesen waren, die Hilfe des Auslandes anzurufen. Wie der Kaiser bei dem engverwandten Spanien, so hatten die Protestanten erst bei Dänemark, dann bei Schweden, endlich bei Frankreich Unterstützung gesucht und gefunden. Dadurch aber hielt sich jeder dieser Staaten nicht allein für berechtigt, eine Entschädigung für die im Kriege gebrachten Opfer zu verlangen, welche nur durch eine Zerstückelung des unglücklichen Reichskörpers erreicht werden konnte, sondern auch für berechtigt und verpflichtet, bei der Regelung der innerdeutschen Verhältnisse, welche die Veranlassung des ganzen Krieges gewesen waren, sein gewichtiges Wort in die Wagschale zu werfen. Für den Protestantismus in Deutschland war das allerdings zunächst ein unzweifelhafter Vortheil; denn

dadurch wurden die Zugeständnisse, die ihm im Frieden gemacht wurden und die der Kaiser ohne den Druck von Seiten der auswärtigen Staaten jetzt ebenso wenig als früher gemacht haben würde, zugleich unter die Garantie der auswärtigen Mächte gestellt. Für das Reich in seiner Gesammtheit aber war eben dies ein kaum wieder gut zu machender Schade. Die Erledigung der kirchlichen und politischen Streitigkeiten des Reiches erfolgte durch eine Vereinbarung nicht zwischen diesem selbst, sondern zwischen seinen einzelnen Gliedern und den auswärtigen Mächten, welche kein anderer europäischer Staat jemals geduldet haben würde. Was seit der Spannung der letzten Reichstage vor dem Kriege, seit der Mattsetzung aller gemeinsamen Einrichtungen durch den religiösen Zwiespalt schon längst thatsächlich der Fall war, das wurde jetzt in aller Form Rechtens festgesetzt: das deutsche Reich in seiner Gesammtheit hörte so gut wie völlig auf ein Staat zu sein; mehr und mehr traten die Einzelstaaten an seine Stelle.

Wie ganz anders hätten sich die Dinge gestalten können, wenn der Kaiser, was er jetzt unter dem Druck kriegerischer Unfälle und unter der Garantie der auswärtigen Mächte Schritt für Schritt zurückweichend zugestehen mußte, freiwillig eingeräumt, wenn er den Prager Frieden so gestaltet hätte, wie Wallenstein ihn geplant hatte? Dann wäre es möglich gewesen, alle deutschen Fürsten um das kaiserliche Banner zu schaaren, Katholiken und Protestanten zur gemeinsamen Abwehr jeder weiteren fremden Einmischung zu vereinigen. Aber wie wenig war Ferdinand II., wie wenig war auch Ferdinand III. noch auf dem Reichstage zu Regensburg von 1640/41 bereit gewesen, einen solchen Weg einzuschlagen, der zu einer wirklichen nationalen Politik hätte führen können! Wie dereinst Karl V., so verharrten auch sie bis zum letzten Augenblick, bis äußere Einflüsse es geradezu unmöglich machten, auf dem Standpunkte, der in den Protestanten nicht gleichberechtigte, sondern nur unter gewissen Voraussetzungen geduldete Glieder des Reiches sah. Dadurch aber haben die Ferdinande ebenso wie dereinst Karl V. die Protestanten, welche sich einem derartig aufgefaßten Kaiserthum nicht unterordnen konnten und wollten, gezwungen, ihre Rettung durch eine Verbindung mit dem Auslande zu suchen, die in beiden Fällen schwere Verluste an Reichsgebiet, jetzt aber auch eine dauernde Einwirkung der fremden Mächte in die inneren Angelegenheiten des Reiches zur Folge hatte.

Man braucht sich diese Sachlage nur klar und in allen ihren Consequenzen zu vergegenwärtigen, um die großen Schwierigkeiten zu ermessen, welche sich dem Abschlusse eines alle Theile befriedigenden, alle obschwebenden Fragen erledigenden Friedens entgegen stellten. Nicht allein die Fülle und schwere Bedeutung dieser zum Theil seit langen Jahrzehnten offenen Fragen war es, was die Verhandlungen so ungemein erschwerte, sondern auch und vor Allem die große Verschiedenheit der Parteigruppirung in jeder einzelnen derselben. Naturgemäß konnte bei der ganzen Art der zur Entscheidung stehenden Fragen kaum jemals davon die Rede sein, daß Frankreich

und Schweden auf der einen, das deutsche Reich auf der andern Seite mit einander verhandelt hätten. Ja man kann sagen, daß das letztere in seiner Gesammtheit überhaupt nicht auf dem Congresse vertreten war. Denn der Kaiser allein konnte eine solche Vertretung in diesem Falle schon darum nicht führen, weil er selbst einem Theile der Glieder des Reichs als feindliche Partei gegenüber stand und weil, was damit zusammenhing, seine eigenen habsburgisch-österreichischen Interessen nicht allein mit denen des Reiches nicht zusammenfielen, sondern ihnen in vielem Betracht geradezu entgegengesetzt waren. Gerade in der Thatsache, daß das habsburgische Kaiserthum durch seine mit denen des Reiches in gar keinem Zusammenhange stehenden internationalen Interessen geleitet wurde, lag das Verhängniß unserer nationalen Geschichte. Aber selbst ganz abgesehen davon, daß das deutsche Reich in seiner Gesammtheit auf diesem Friedenscongresse niemals geschlossen den auswärtigen Mächten gegenüber stand, war auch die Parteistellung der einzelnen Glieder desselben unter einander und zum Kaiser durchaus nicht in allen Fragen die nämliche. Wenn der Kaiser in den letzten Jahren schon selbst in den religiösen Angelegenheiten keineswegs immer die Gesammtheit der katholischen Stände für sich gehabt hatte, so wurde auch jetzt der grundlegende Gegensatz zwischen katholischen und evangelischen Ständen, der die Parteigruppirung in den religiösen Fragen wenigstens in der Hauptsache bestimmte, in den territorialen wieder durch einen andern durchsetzt, der sich daraus ergab, daß die territorialen Interessen Oesterreichs-Habsburgs auch mit denen einiger katholischer Stände, namentlich denen des Kurfürsten von Bayern, in schroffem Gegensatz standen.

Wie sollte unter diesen Umständen eine auch nur einigermaßen einheitliche Verhandlung mit den auswärtigen Staaten möglich sein? Es liegt auf der Hand, welchen unermeßlichen Vortheil die letzteren aus diesen verworrenen Verhältnissen des Reiches ziehen konnten, wenn sie diese inneren Streitigkeiten geschickt für ihre Interessen verwertheten. In der That hätte das deutsche Reich noch viel schwerere Verluste, als es thatsächlich der Fall war, erlitten, wenn die auswärtigen Mächte dem zerrissenen Reiche einträchtig gegenüber gestanden hätten. Zum Glück aber war auch das keineswegs in vollem Umfange der Fall. Da viele der grundlegenden Fragen, um deren Lösung es sich handelte, religiös-kirchlicher Art waren, so mußte es zu Tage treten und trat zu Tage, daß die eine der unterstützenden auswärtigen Mächte ihrem innersten Wesen nach protestantisch, die andere katholisch war. Das Gemeinsame, was sie zusammengeführt und zusammengehalten hatte, war eben nur der Haß gegen das Haus Habsburg gewesen. Sobald dieser Haß nicht in Frage kam, mußten alsbald die religiösen Gegensätze deutlich zur Geltung kommen. Frankreich hatte den Krieg ohne Zweifel in erster Linie vom Standpunkte seiner europäischen Politik aus geführt. Dieser ließ es ihm wünschenswerth erscheinen, daß die deutschen Protestanten dem Kaiser nicht völlig erlagen, sondern nach wie vor fähig blieben, einem allzu großen Anwachsen der kaiserlichen Macht entgegen zu treten. So weit, aber auch nur so weit war es bereit,

seine protestantischen deutschen Verbündeten in den Verhandlungen zu unterstützen. Im Uebrigen stellte es sich in der Hauptsache auf die Seite der katholischen Fürsten, namentlich in allen den Fragen, in denen auch deren Interessen im Gegensatz zu denen des Kaisers standen. Denn nicht in dem Gegensatz zwischen Protestantismus und Katholicismus, sondern in dem zwischen Kaiserthum und deutschem Fürstenthum, katholischem wie evangelischem, lag für Frankreich die Hauptbedeutung wie des Krieges, so des Friedens. Wie Richelieu dereinst auf dem Regensburger Kurfürstentage die Liga gegen den Kaiser und seinen General, wie er dann den Bundesgenossen der Protestanten, Gustav Adolf, unterstützt, zugleich aber zu bewegen versucht hatte, die Liga zu schonen, ihr Neutralität zu bewilligen und seinen Kampf unmittelbar nur gegen den Kaiser zu richten, so unterstützte jetzt Mazarin sowohl die katholischen als die protestantischen Fürsten stets, wenn ihr Interesse dem des Kaisers widersprach. Auch in dieser Beziehung war Mazarin der ganz consequente Nachfolger und Fortsetzer Richelieus.

Ganz anders geartet aber war die Stellung Schwedens zu den grundlegenden Fragen. In dem Gegensatz zu dem Kaiser zwar war es mit Frankreich durchaus einig, und wo es galt, ihm Gebietsabtretungen abzutrotzen oder die politische Macht der Stände gegenüber der seinigen zu stärken, da waren Frankreich und Schweden ein Herz und eine Seele. Aber während der Gegensatz Frankreichs zum Kaiser nur ein politischer war, trat bei Schweden auch der religiöse Gegensatz klar und bestimmt zu Tage. Es zeigte sich doch, daß auch die kleineren Epigonen Gustav Adolfs doch eben dessen Erben waren. Wie für Gustav Adolf ganz gewiß die politischen Interessen seines Staates auf sein Eingreifen in den deutschen Krieg hervorragend eingewirkt hatten, daneben aber doch auch der religiöse Gedanke, die Unterstützung der deutschen Protestanten in ihrem Existenzkampfe gegen die katholische Allgewalt des Kaisers, von entscheidender Bedeutung gewesen war, so lagen die Dinge auch jetzt für den umsichtigen Leiter der schwedischen Politik, Axel Oxenstierna, und für die Vertreter Schwedens auf dem Friedenscongresse. Neben der Entschädigung, welche Schweden für sich selbst in Anspruch nahm, war die Sicherung der dauernden Existenz und Gleichberechtigung des deutschen Protestantismus der leitende Gesichtspunkt der schwedischen Politik, und manche dem Protestantismus günstige Bestimmung des Friedens ist nur ihrer Unterstützung zu verdanken.

Betrachtet man die Dinge unter diesem entscheidenden Gesichtswinkel, so war bei aller Verworrenheit und gegensätzlichen Verschiedenheit der Parteiverhältnisse die in den grundlegenden Fragen am klarsten zu Tage tretende Gruppirung doch noch immer die, daß auf der einen Seite Frankreich und die katholischen deutschen Stände, auf der andern Seite Schweden und die deutschen Protestanten standen, zwischen ihnen allen aber in einer fast völlig isolirten Stellung der Kaiser, der in den meisten politischen Fragen alle Parteien, in den religiösen Fragen aber zum Mindesten Schweden und die deutschen Protestanten gegen sich hatte.



Axel Oxenstierna.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1652, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).



Max Graf von Trautmannsdorff,
kaiserl. Gesandter in Osnabrück.
Nach dem Originalgemälde im Friedenssaal zu Osnabrück.

Diese Gruppirung war schon in den letzten Kriegsjahren, ja während des ganzen Krieges so deutlich hervorgetreten, ihre Bedeutung für die Friedensverhandlungen lag so klar zu Tage, daß eben aus diesem Grunde von vornherein eine Trennung der Unterhandlung selbst nach derselben beliebt wurde. Wir sahen, daß man sich darüber einigte, daß in Osnabrück die Schweden mit den Protestanten, in Münster Frankreich mit den Katholiken verhandeln und jede Partei ihre Forderungen präcisiren sollte. Die kaiserlichen Gesandten, die in erster Linie an den Berathungen in Münster theilnahmen, begaben sich je nach der Lage der Dinge und den augenblicklichen Bedürfnissen bald nach Osnabrück, bald wieder zurück nach Münster.

Dem entsprechend hatten sich seit 1643 sehr allmählich und langsam die Gesandten der betheiligten Mächte eingefunden. Am frühesten erschienen die des Kaisers, Graf Ludwig von Nassau und Dr. Volmar, beide rekatholisirte Protestanten, denen am 5. November 1645 als hauptsächlichster und erfolgreichster Vertreter des Kaisers der Graf von Trautmannsdorff folgte. Außer ihnen spielten hier die entscheidende Rolle die französischen Gesandten, Graf d'Avaux und Abel Servien, Graf von La Roche des Aubiers, die aber unter einander arg verfeindet waren, so daß sich die Königin endlich veranlaßt sah, neben und über ihnen als vornehmsten Vertreter ihrer Interessen den Herzog von Longueville zu beglaubigen. Außerdem aber waren in Münster neben den Vertretern der deutschen katholischen Stände, unter denen der reichsprälatische Abgesandte Adam Adami hervorragte, als venetianischer Gesandter Contarini und der päpstliche Nuntius Fabio Chigi, der spätere Papst Alexander VII., anwesend.

In Osnabrück nahmen die schwedischen Gesandten, Johann Oxenstierna, der Sohn des Kanzlers, ein kenntnißreicher und verständiger Diplomat, aber an Energie und Schärfe des Verstandes nicht entfernt mit seinem Vater vergleichbar, und Adler Salvius, der schon an den Präliminarverhandlungen in Hamburg hervorragenden Antheil genommen hatte, die leitende Stellung

verhandelte Frage, ob der Kaiser allein das Reich zu vertreten habe oder ob die einzelnen Stände Gesandte auf den Congreß schicken sollten. Wir hoben schon hervor, daß es der Erklärung der schwedischen und französischen Gesandten, daß sie in die Verhandlungen nicht früher eintreten würden, als bis die Vertreter der Stände zugelassen seien, bedurfte, ehe der Kaiser nachgab. Und auch diese Erklärung hätte vielleicht nicht genügt, wenn sie nicht durch die kriegerischen Erfolge Torstensons den nöthigen Nachdruck erhalten hätte. Als dann der Kaiser endlich das lange verweigerte Zugeständniß gemacht hatte, entstanden neue Schwierigkeiten durch die Forderung der Katholiken, es sollten alle innerdeutschen Sachen auf den Congreß der katholischen Mächte nach Münster verlegt und erst nach der „Satisfaction" der fremden Mächte verhandelt werden. Beide Forderungen, deren Erfüllung die protestantische Sache natürlich schwer geschädigt haben würde, scheiterten vornehmlich an dem energischen und consequenten Widerstande Kurbrandenburgs, dessen festes Auftreten überall, z. B. auch in Frankreich, das größte Aufsehen erregte.

So dauerte es bis zum 11. Juni 1645, ehe es nur dazu kam, daß die beiden auswärtigen Mächte Frankreich und Schweden, jede für sich, die eine in Münster, die andere in Osnabrück, ihre Friedenspropositionen vorlegen konnten. Dieselben stimmten, natürlich mit Ausnahme der Gebietsentschädigungsforderungen, welche jede von ihnen geltend machte, in der Hauptsache mit einander überein. Beide verlangten als Grundlage aller weiteren Verhandlungen jene allgemeine Amnestie, welche schon Wallenstein in Aussicht gestellt, der Kaiser aber bisher immer verweigert oder doch nur in sehr beschränktem Umfange zugestanden hatte, dem entsprechend Zurückführung des Zustandes in Deutschland, wie er im Jahre 1618 vor Anfang des Krieges gewesen war, und eine ausreichende Sicherstellung der Reichsverfassung gegen alle willkürlichen Uebergriffe des Kaiserthums. Die letztere glaubten sie nur dann für ausreichend halten zu dürfen, wenn auf der einen Seite die Ernennung des Nachfolgers schon bei Lebzeiten des Kaisers, d. h. die römische Königswahl, wegfalle, auf der andern Seite aber — und das ging rechtlich wenigstens über den Zustand von 1618 weit hinaus — jedem Stande im Reiche die unverkürzte Geltung seiner landeshoheitlichen Rechte, einschließlich des Rechtes, Bündnisse selbst mit auswärtigen Staaten zu schließen, garantirt werde (droits de souverainité. Artikel VIII der französischen Proposition). So weit, d. h. in allen auf die Schwächung der kaiserlichen Centralgewalt gerichteten Forderungen, stimmten die französischen mit den schwedischen Propositionen überein. Aber die letzteren gingen in der Unterstützung der protestantischen Wünsche noch einen Schritt weiter. Schweden forderte vor Allem ausdrücklich die Ausdehnung der Amnestie auch auf die böhmischen Exulanten und die Freigebung des Evangeliums in den österreichischen Erblanden; ja selbst in den Territorialfragen ging Schweden von seinem protestantischen Standpunkte aus weiter als Frankreich, indem es einmal die volle Herstellung der Pfalz forderte, für die Frankreich mit Rücksicht auf Maximilian von Bayern nicht in vollem Umfange

eintreten wollte, außerdem aber zum Zweck der Ausgleichungen und der Entschädigungen der aus ihrem Besitz Vertriebenen umfassende Säcularisationen geistlichen Gutes in Vorschlag brachte. Endlich trat Schweden noch für eine gütliche Beilegung aller Religionsstreitigkeiten ein. Politisch unterschieden sich, abgesehen von den Entschädigungsforderungen, die erst im Verlauf der Verhandlungen näher präcisirt wurden, die Propositionen Frankreichs von denen Schwedens noch dadurch, daß das erstere verlangte, daß Kaiser und Reich sich nicht in den noch fortdauernden Krieg zwischen Frankreich und Spanien einmischen sollten.

So war das Programm für die Regelung der innerdeutschen Angelegenheiten in allen Hauptpunkten aufgestellt, aber aufgestellt nicht vom Kaiser, dessen Bestrebungen es im Gegentheil in den meisten Fragen entgegengesetzt war, sondern von den auswärtigen Mächten, die dadurch einen entscheidenden Einfluß auf die Reform der Reichsverfassung wie auf die endgiltige Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Deutschland von vornherein gewannen. Gewiß war das für das Reich eine beschämende, seine innere Selbständigkeit völlig in Frage stellende Thatsache. Vergebens wiesen patriotisch denkende Männer auf die Schmach hin, die darin lag, daß fremde Fürsten mitten in Deutschland über Deutschland entschieden. „Das Reich kann nur durch das Reich, Deutschland durch Deutschland wiedergeboren werden," so rief Wassenberg in seiner paraenesis ad Germanos (1647) seinen deutschen Landsleuten zu. „Als Kinder eines Leibes, eines Staates, als Brüder müssen sich alle Deutsche in Liebe umfassen und mit allen Kräften und Tugenden heldenmüthig jenem großen Ziele (der Neueinrichtung des Reiches) zustreben." Aber was wollten alle solche patriotischen Ermahnungen gegenüber der Macht der Thatsachen besagen? Die kaiserliche Politik vor dem Kriege und während desselben, ja während dieser Friedensverhandlungen selbst, hatte nur zu deutlich gezeigt, daß eine Einigung Deutschlands aus eigener Kraft, eine Sicherstellung der gleichberechtigten Existenz der protestantischen Glieder desselben nun einmal nicht möglich war. Gab sich doch auch jetzt gegenüber den französisch-schwedischen Propositionen der Kaiser alle erdenkliche Mühe, von dem Normaljahre 1618 und von den anderen protestantischen, von Schweden vertretenen Forderungen abzuhandeln, was irgend abzuhandeln war. Der erste Gegenvorschlag, den er am 25. September 1645 machte, ging dahin, statt 1618 vielmehr 1630 als Normaljahr festzustellen, d. h. alle die gewaltsamen Rekatholisirungen, die durch das Restitutionsedict eingeleitet worden waren, als zu Recht bestehend anzuerkennen, von seiner Weigerung, die Religionsfreiheit auch auf seine Erbländer auszudehnen, ganz zu schweigen. Wie minimal würden nun gar seine Zugeständnisse gewesen sein, wenn der Druck der auswärtigen Staaten ihn nicht zur Nachgiebigkeit und zum Entgegenkommen gezwungen hätte! Und nicht genug damit; eine Einigung in den kirchlichen Fragen unter den Deutschen allein wäre auch durch den Gegensatz zwischen Lutheranern und Reformirten sehr erschwert worden. Forderten doch die ersteren,

allen voran Kursachsen, daß die letzteren überhaupt nicht an den religiösen Zugeständnissen, die den Protestanten gemacht würden, theilhaben sollten; wollten sie ihnen doch kaum Duldung, viel weniger Gleichberechtigung einräumen.

So ergab sich von vornherein die Nothwendigkeit, die innerdeutschen Verhältnisse an der Hand der Propositionen der auswärtigen Staaten und im Zusammenhange mit deren territorialen Forderungen zu behandeln. Da versuchte nun der Kaiser, sich des Gegensatzes und der Eifersucht zwischen diesen auswärtigen Staaten für seine Zwecke zu bedienen, und zwar dachte er zunächst, durch die bedrohlichen kriegerischen Erfolge Torstensons veranlaßt, daran, sich mit Schweden, das sich dieserhalb an ihn gewandt hatte, zu verständigen, dessen territoriale Ansprüche zu befriedigen, um sich dann mit ganzer Macht gegen Frankreich zu wenden. Allein dieser Gedanke scheiterte an den übertriebenen Forderungen, welche Schweden stellte.

Daß Schweden seine Entschädigung vor Allem in der pommerschen Ostseeküste, welche Gustav Adolf zum Ausgangs- und Stützpunkte seines Unternehmens gedient hatte und in der Hauptsache noch jetzt in schwedischem Besitz war, suchen würde, war von vornherein vorauszusehen gewesen. Nun war aber der rechtliche Besitzer ganz Pommerns der Kurfürst von Brandenburg, der sich naturgemäß auf das Feierlichste dagegen verwahrte, daß er, der am Kriege nur vorübergehend Antheil genommen hatte, jetzt die Kosten desselben tragen sollte. Vergebens versuchte der Kaiser, den Kurfürsten zur Abtretung von ganz Pommern dadurch zu bewegen, daß er ihm, einem schwedischen Vorschlage entsprechend, eine Entschädigung mit geistlichem Gebiet, etwa mit Halberstadt, Minden und Verden, in Aussicht stellte. Dann hatte sich die Königin Christine eine Zeit lang geneigt gezeigt, sich mit der Hälfte Pommerns zu begnügen und als Ersatz für die andere Hälfte Bremen und Verden zu fordern. Aber mitten während der Verhandlungen mit dem Kaiser erhielten ihre Gesandten im Januar 1646 plötzlich von ihr die Weisung, nicht allein ganz Pommern mit Camin, Wismar, Warnemünde und Bremen, sondern auch ganz Schlesien zu fordern, Alles als Reichslehen mit vier fürstlichen Stimmen am Reichstage. Der plötzliche Wechsel war natürlich durch die großen Erfolge der schwedischen Waffen verursacht, veranlaßte aber nun den Kaiser, ebenfalls einen Systemwechsel vorzunehmen und eine Einigung mit Frankreich zu versuchen. Aber wenn sein Gesandter gehofft hatte, dieses werde sich mit der endgiltigen Abtretung der lothringischen Bisthümer Metz, Toul und Verdun, welche es seit 1552 factisch, aber nicht rechtlich besaß, begnügen, so sah er sich alsbald grausam enttäuscht. Die französischen Gesandten erklärten, von Lothringen dürfe bei den Verhandlungen überhaupt nicht die Rede sein; sie betrachteten dies bereits als ihren endgiltigen Besitz und forderten jetzt die ganze obere und niedere Landgrafschaft Elsaß mit dem Sundgau und Breisgau, ferner Breisach und Philippsburg. Diese Forderung aber, welche das Haus Habsburg fast seiner ganzen vorderösterreichischen Länder beraubt haben würde, erhielt erhöhten Nachdruck dadurch, daß Kurfürst Maximilian von



D. Beck pin. *J. Falck sculp. et excu. cum priv. R. S. Stockholmiæ 1653*

Königin Christine von Schweden.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1653, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).

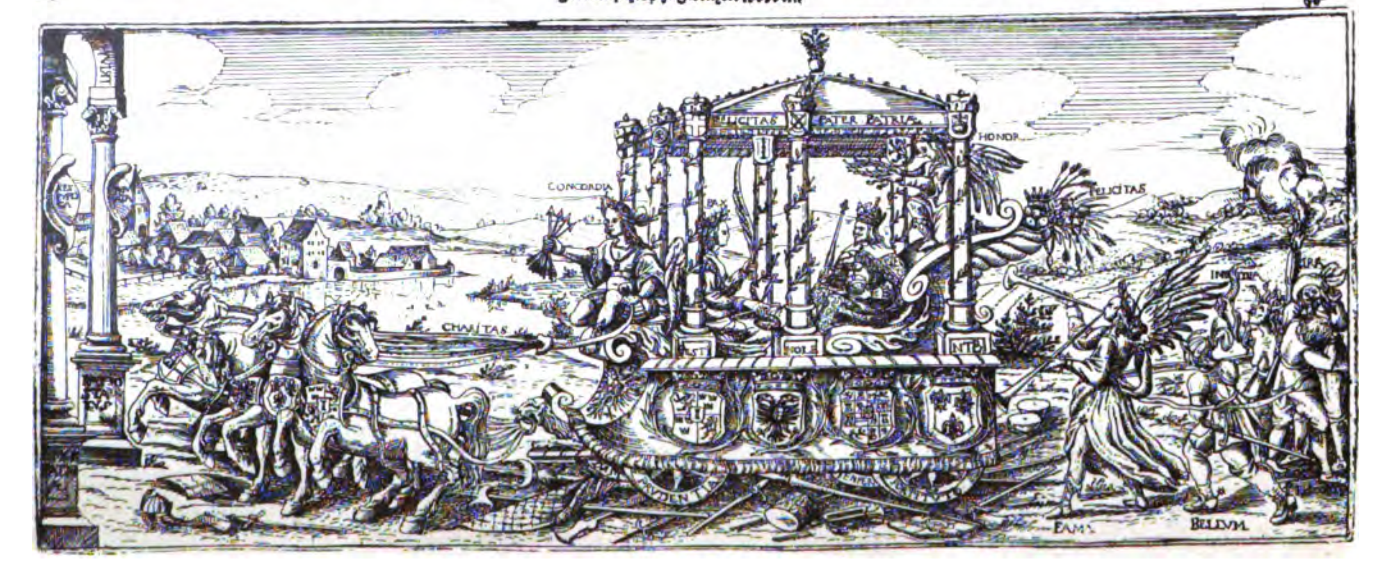
Bayern, der eben damals seine Separatverhandlungen mit Frankreich begann, der erste deutsche Fürst war, der für die Bewilligung derselben eintrat. Wirklich sah sich der Kaiser bereits am 16. April 1646 veranlaßt, die Abtretung der ganzen Landgrafschaft Elsaß und des Sundgaues zu bewilligen, dagegen sträubte er sich nach wie vor gegen die Abtretung von Breisach und Philippsburg, vor Allem aber gegen die der rechtsrheinischen vorderösterreichischen Länder, also namentlich des Breisgaues. Und da die Franzosen auch auf dieser Forderung bestanden, sah sich Trautmannsdorff von Neuem zu Verhandlungen mit Schweden genöthigt. Im Mai erbot er sich trotz der im Prager Frieden Brandenburg geleisteten Zusage, für seinen pommerschen Besitz einzutreten, ganz Pommern, Wismar und die Bisthümer Bremen und Verden den Schweden einzuräumen. Da aber hiergegen naturgemäß sowohl der Kurfürst von Brandenburg als auch die pommerschen Stände, welche mit Recht geltend machten, daß man sie doch nicht wie das liebe Vieh verhandeln könne, protestirten, so entstand hierüber eine wachsende Spannung, welche die pommersche Frage zum Mittelpunkte der ganzen Verhandlungen werden ließ. Brandenburg fand in seinem Widerstande gegen die Abtretung ganz Pommerns Unterstützung nicht allein bei Frankreich, das Schweden dieses wichtige Küstenland nicht einräumen wollte, sondern auch bei den alten Rivalen der schwedischen Herrschaft in der Ostsee, bei Dänemark und Polen, ja selbst bei Rußland. Endlich hatte der Kurfürst, da er eben in dieser Zeit (3. December 1646) sich mit der Prinzessin von Oranien vermählte, auch Holland auf seiner Seite. Es kam so weit, daß Friedrich Wilhelm ernstlich erwog, ob er nicht, auf diese europäische Combination gestützt, es wagen könne, die Waffen gegen Schweden zu ergreifen und sich den Besitz der pommerschen Erbschaft zu erkämpfen. In der That sprach Vieles dafür, schließlich aber überwog doch die Rücksicht auf die damit verbundenen großen Gefahren, die nicht allein Brandenburg selbst, sondern die ganze protestantische Sache auf dem Friedenscongreß bedroht haben würden. Die Osnabrücker Gesandten des Kurfürsten, mit denen er sich auf der Reise nach dem Haag in Lengerich berieth, erklärten sich schließlich doch für eine Einigung mit Schweden, die dann nach weiteren erregten Verhandlungen in der That im Februar 1647 dahin zu Stande kam, daß Schweden sich mit Vorpommern und Stettin nebst einem schmalen Strich von Hinterpommern am rechten Oderufer entlang begnügte.

Danach konnte sich der Kurfürst von Brandenburg, der unter den protestantischen deutschen Fürsten die bei weitem hervorragendste Rolle spielte, wieder mit voller Kraft der Erörterung der religiös-kirchlichen Angelegenheiten widmen, die Hand in Hand mit den territorialen weiter gefördert wurde. Seinem Einflusse ist es namentlich zu verdanken, daß im Artikel VII des Friedensinstrumentes den Reformirten die gleichen Rechte mit den Anhängern der Augsburger Confession zugestanden wurden.

Im Uebrigen mußte der Kaiser gegenüber der festen Haltung Schwedens in allen religiösen und innerdeutschen politischen Fragen Schritt für Schritt

Triumphwagen/

Welcher Ihrer Kays: Mayest: vnserm allergnädigsten Herren durch den so viel vnnd lange Jahr hero gewünschten/ lieben/ thewren vnd edlen Frieden/ dieses 1648. Jahrs den 24: October/ Durch Ihrer Kays: Mayest: sampt beeder Cronen Franckreich vnd Schweden/ neben andern deß Heyl: Röm: Reichs Churfürsten/ vnd Ständen allerseyts hochansehnlichen gevollmächtigten Zu Münster vnd Oßnabrugg in Westphalen in dem Friedenschluß zugerichtet worden.



Christlicher Leser bleib stillstohn/ Sampt der Cron / Reichs Apffel vnnd Die siben Churfürsten im Reich/ Hinder dem Triumphwagen gehe

VNd schaw hie diese Figur an/
Darinn dir fürgebildet wird/
Der Triumph Wagen wol geziert/
Den dir in obbesagtem Jahr/
Der Edle Fried macht offenbar.
Erstlich der Wagen wolernannt/
Wird Festino Lente genannt/
Den ziehen vier Pferdt schön zugleich/
An der Brust vier Wappen lobreich/
Wie auch diese Wappen mit prangen/
Der Decken vmb den Wagen hangen/
Das erste ist vnd bleibt bequem/
Dem Römischen Reich wol fürnem/
Das ander Wappen ist allda/
Das Königreich Hispania/
Vnd das dritt Wappen wol bereit/
Ist der Cron Franckreich assigniert/
Das vierdte Wappen hoher Ehren/
Thut der Cron Schweden zugehören/
Welliche vier Cronen gemein/
Einander nun verbunden seyn/
Das Römisch Reich mit viel Wolthat/
Vnd Ihr Kayserlich Mayestat/
Wider dero Feind Hochmut vnd trutzen/
Bey ihren Freyheiten zu schutzen.
Zum andern sichst du im Ornat/
Ihr Kayserliche Mayestat/

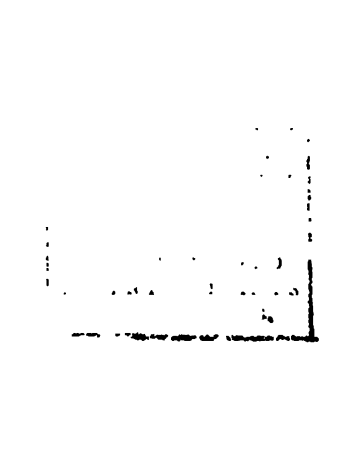
Sampt der Cron / Reichs-Apffel vnnd
Schwerdt/
Vor dero sitzt der Frieden werth/
Hält jhr für die Justitia,
Deßgleichen den Glauben allda/
Darzu sich Ihr Mayest: erzeigt/
Von Jugend auff darzu geneigt/
Hinder Ihr Mayest: die Ehr/
Welliche sich frewet so sehr/
Vnd krönet Ihr Mayestat gantz/
Mit einem schönen Lorbeerkrantz.
Ein Horn sihest du gar schön/
Darauß viel Früchten herfür gehen/
Die der Fried mit sich bringt sehr fein/
Erstlich der gemeine Nutz allein/
Auß dem mehr früchte thun herfür spriesst.
Deren mennigtich mag geniessen/
Als wolfaile Zeit/Glück in der Nahrung/
In allem Gewerb/gute Fortfahrung.
Zum dritten Concordia gut/
Mit dem Liebes Band laiten thut
Die 4. Pferdt/so gar willigtich/
Die Einigkeit lahn weisen sich/
Ein Himmel sihest du mit wunder/
Da Ihr Mayestat sitzt darunder/
Der steht auff siben Säulen vest/
Verwahrt Ihr Mayestat auffs best/
Dardurch kanst du verstehn zugleich/

Die Alten Chur-Fürsten im Reich/
Der jeder auch gezieret ist/
Mit eim Lorbeer Krantz zu der frist/
Das ist/daß sie mit weisem Rath/
Der Kayserlichen Mayestat/
Beystehn vnd helffen den Last tragen/
Deß Reichs Notturfft zu allen Tagen/
Zum vierdten fein geschrieben stehn/
An der Deck in deß Wagens schön/
Die Verß in solcher Gestalt/
Nach laut derselbigen Innhalt:
Felicitas Pater Patriæ gnannt/
Der glückselig Vatter deß Vatterlands.
Fünfftens sichst auch 4. Räder recht/
Zwey vordere dir anzeigen schlecht/
Prudentia vnd Justitia,
Die zwey hindere aber da/
Das ein Foritudo die Stärck/
Vnd Temperantia vermerck.
Zu dem sechsten so sichstu dorten/
Zwo Säulen an der Triumph Porten/
Die ein Saul Amor Patriæ,
Liebe zum Vatterland allhie.
Die ander Ratio Status,
Der Rathschlag nut vernunfft seyn muß.
Die zween Schildt geben zu verstohn/
Den gmeinen Nutzen wolgethon.
Sibenden vnd letstens wol versteht/

Hinder dem Triumphwagen geht
Fama mit Flügten außgebreit/
Vnd zweyen Posaunen bereit/
Welche durch das gantz Römisch Reich/
Jung vnd Alt/Arm vnd Reich zugleich/
Von Orient biß in Occident/
Den Frieden proclamiert behend/
Führt auch gefangen vnd gebunden/
Den Bellum als gantz vberwunden/
Wie auch Invidia den Neydt/
Sampt der Discordia bereit/
Zur Anzeigung vnd guten Lehr/
Daß sie nit sollen herrschen mehr.
Deßwegen die Kriegs Instrument/
Häuffig da ligen an dem End/
Vnd nit mehr sollen gebraucht werden/
So lang der Fried regiert auff Erden.
Für diese Wolthat vns gethon/
Sollen wir GOTT ins Hiüels-Thron/
Loben vnd dancken spat vnd frü/
Mit bußfertigem Leben hie/
O heilige Dreyfaltigkeit/
Hilff vns nach der betrübten Zeit/
Zu dir in dein himmlischen Saal/
Da kein Vnfrid/Noth vnd Trübsal
Vns wird berühren allesamen/
Damit wir preisen deinen Namen/
Das geb vns Gott auß Gnaden/Amen.

Radiert durch Martin Zimmermann/Kunstführer in Augspurg.

Facsimile eines Flugblattes auf den Friedensschluß von 1648.



zurückweichen. Verhältnißmäßig schnell erklärte er sich damit einverstanden, daß für die Amnestie und die Restitution der aus ihrem weltlichen Besitz vertriebenen Fürsten das Jahr 1618 als Normaljahr festgestellt werde. Eine Ausnahme bildete hier nur Kurpfalz, welches nicht in seinem vollen Umfange, den es im Jahr 1618 gehabt hatte, sondern nur theilweise wiederhergestellt wurde. Dagegen weigerte sich Ferdinand hartnäckig, Amnestie und Restitution des Besitzes der Vertriebenen auch für seine kaiserlichen Erblande zuzugestehen oder gar die von einigen Seiten gestellte Forderung, den Böhmen das Recht der Königswahl zurückzugeben, zu bewilligen. Trautmannsdorff erklärte mit aller Energie, eher würde sein Kaiser sich Krone und Scepter, Land und Leute, ja das Leben selbst nehmen lassen, ehe er diese Forderungen, die allerdings den gegenwärtigen Besitzstand in Böhmen und Mähren wie in Oesterreich völlig auf den Kopf gestellt haben würden, erfülle. Viel entgegenkommender erwies er sich in allen das Reich betreffenden Fragen. Selbst gegen das Zugeständniß der vollen Souveränität für die Reichsstände hat er nachhaltigen und energischen Widerspruch nicht erhoben. Weit zäher und hartnäckiger war er gegenüber den allgemeinen Religionsbeschwerden und namentlich gegenüber der Frage, ob für den Besitz geistlicher Güter das Jahr 1618, wie die Protestanten, oder das Jahr 1630, wie er verlangte, maßgebend sein sollte. Hier bedurfte es in der That erst der großen kriegerischen Erfolge seiner Gegner im Jahre 1648, ehe er sich in den letzten entscheidenden Fragen zur Nachgiebigkeit entschloß. Speciell über das Reformationsrecht der einzelnen Fürsten wurde bis in den März 1648 eifrig und erregt verhandelt, und auch dann noch dauerte es mehrere Monate, ehe eine endgiltige Einigung über alle obschwebenden Fragen erzielt wurde. Schon fielen die ersten Schüsse, um die Eroberung Prags durch die Schweden herbeizuführen, da endlich, am 24. October 1648 entschloß sich der Kaiser, das Friedensinstrument zu unterzeichnen, welches durch anderthalb Jahrhunderte hindurch das Grundgesetz für das deutsche Reich werden sollte.

Vergegenwärtigen wir uns nun in den Hauptpunkten die grundlegenden nationalen und internationalen Bestimmungen, welche dieser Friede enthielt. Ueberblickt man die Gesammtheit derselben nicht nach der Folge der äußeren Anordnung der einzelnen Artikel, sondern nach ihrem wesentlichen Inhalt, so kann man ohne Schwierigkeit drei Hauptgruppen unterscheiden, nämlich einmal die territorialen, welche die Entschädigungen des Auslandes und die unter den deutschen Fürsten umfassen, ferner die religiös-kirchlichen, endlich diejenigen, welche einer Neuordnung der politischen Verfassung des Reiches zu dienen bestimmt waren. Bei jeder von ihnen müssen wir noch einen Augenblick verweilen.

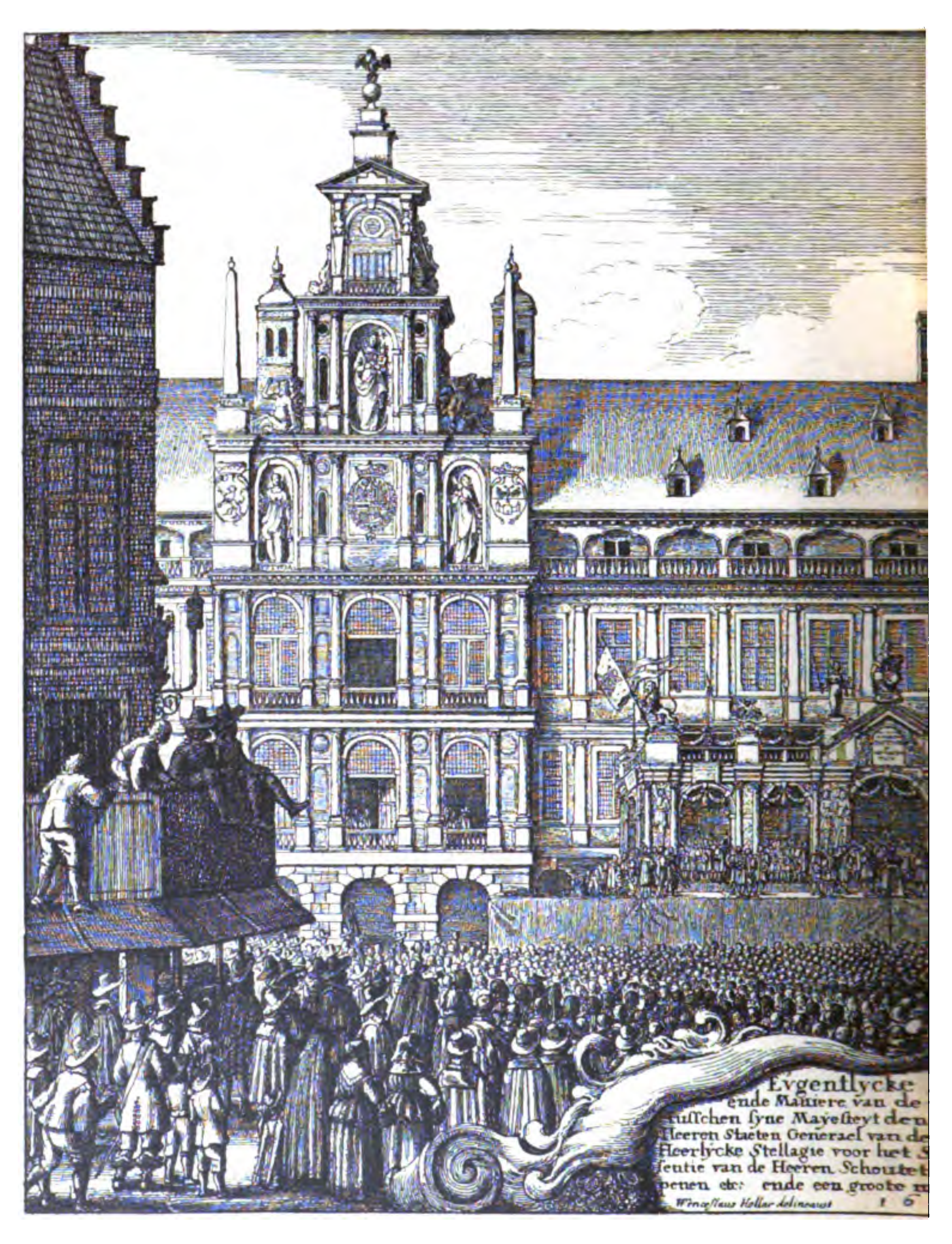
Die Einzelbestimmungen des Friedens.

1. Gebietsabtretungen und Ausgleichungen.

Die Grundlage der territorialen Veränderungen, welche das Reich durch den westfälischen Frieden erlitt, bildeten die Entschädigungen, welche den auswärtigen Mächten aus Reichsgebiet zugestanden werden mußten und die dann wieder Ausgleichungen für diejenigen Fürsten, aus deren Besitz jene Entschädigungen genommen werden mußten, zur Folge hatten. Da konnte es dann kein Zweifel sein, daß man zur Erreichung dieses Zieles trotz alles Widerspruchs der katholischen Eiferer zu dem Ausgleichsmittel werde greifen müssen, welches Schweden von vornherein vorgeschlagen hatte: zu umfassenden Säcularisationen geistlicher Güter.

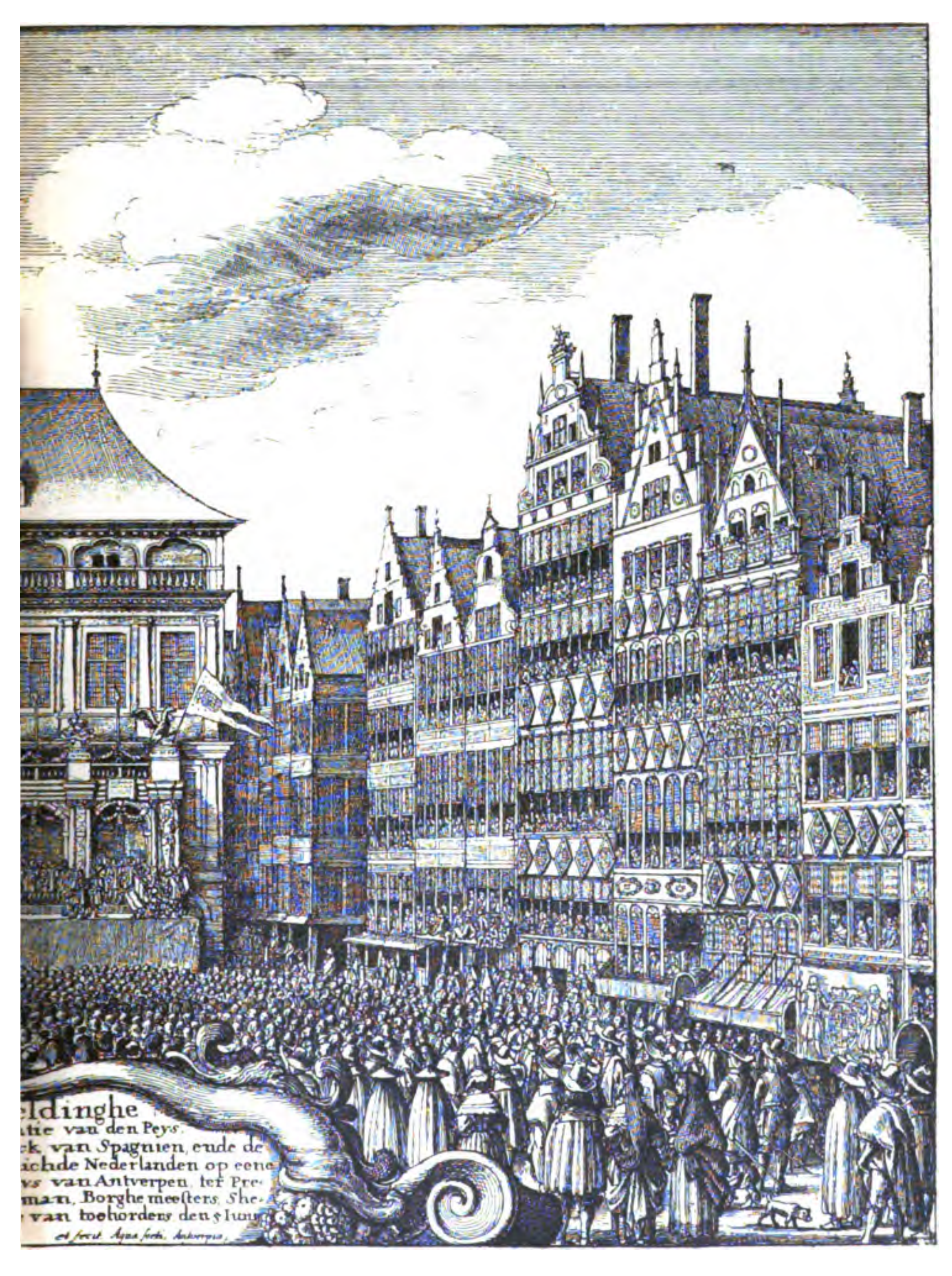
Wir sahen, daß bei den Verhandlungen die meisten Schwierigkeiten die von Schweden geforderte Entschädigung gemacht hatte. Es hatte lange gedauert, ehe Kurbrandenburg seinen leidenschaftlichen Widerstand gegen die Regelung der Sache, wie sie dann endlich der zehnte Artikel des Osnabrücker Friedensinstruments enthielt, aufgab. Danach erhielt Schweden ganz Vorpommern mit Rügen und von Hinterpommern Stettin, Garz, Damm, Golnau und die Insel Wollin nebst dem Frischen Haff, ferner Wismar mit seinem Hafen und die Bisthümer Bremen und Verden als weltliche Herzogthümer. Als Herr dieser Gebiete trat Schweden zugleich in den deutschen Reichsverband ein, wie früher Dänemark für Holstein, und erhielt Sitz und Stimme am Reichstage. Außerdem wurde ihm das Privilegium de non appellando und das Recht, für diese Landestheile ein eigenes Appellationsgericht zu begründen, verliehen. Dagegen übernahm es die Verpflichtung, die Städte Wismar, Bremen, Stralsund und Verden, wie die andern Hansestädte bei ihren bisherigen Freiheiten zu belassen. Außerdem wurden der Krone Schweden fünf Millionen Thaler Kriegskosten zur Ablohnung ihrer noch auf deutschem Boden stehenden Truppen bewilligt, deren Zahlung die Reichskreise außer dem österreichischen, burgundischen und bayerischen übernahmen. Mit dieser Entschädigung hatte Schweden also nicht nur erreicht, was es ursprünglich angestrebt hatte: den Besitz eines wichtigen Theils der deutschen Ostseeküste, sondern es hatte auch an der Nordsee festen Fuß gefaßt und zugleich als Glied des Reiches einen beständigen Einfluß auf die innerdeutschen Angelegenheiten gewonnen.

Durch diese Abtretungen an Schweden unmittelbar bedingt waren die Entschädigungen, welche Kurbrandenburg und Mecklenburg für die an Schweden



Verkündigung des Friedensschlusses zwischen Spanien und den

Verkleinertes Facsimile der Radi



landen vor dem Stadthaus in Antwerpen am 5. Juni 1648.

Wenzel Hollar (1607—1677).

überlassenen Gebietstheile erhielten. Der Ersatz für beide wurde in Säcularisirungen geistlicher Güter gesucht und gefunden. Friedrich Wilhelm von Brandenburg erhielt die Bisthümer Halberstadt, Camin und Minden als weltliche Herzogthümer, ebenso die Expectanz auf das Erzstift Magdeburg, welches ihm nach dem Tode des gegenwärtigen Administrators, des kursächsischen Prinzen August, zufallen sollte; doch mußte er die vier magdeburgischen Aemter Jüterbog, Querfurt, Dahme und Burg, welche Sachsen im Prager Frieden überlassen worden waren, an dieses abtreten (Artikel XI). Wohl war es für Brandenburg ein schwerer Verlust, daß es auf einen so bedeutenden Theil von Pommern, namentlich auf die Hauptstadt Stettin, verzichten mußte, auf der anderen Seite aber bildeten doch die geistlichen Gebiete, die es als Entschädigung erhielt, ein sehr erwünschtes Verbindungsglied zwischen den märkischen Stammlanden und den Besitzungen Brandenburgs am Rhein, welche aus der Jülich-Clevischen Erbschaft stammten und ihm durch einen soeben im Jahre 1647 mit Pfalz-Neuburg geschlossenen Vergleich von Neuem rechtlich zugestanden worden waren. Mecklenburg wurde für die an Schweden abgetretene Stadt Wismar durch die Bisthümer Schwerin und Ratzeburg und die Johannitercommenden Mirow und Nemerow entschädigt.

Durch diese Brandenburg und Mecklenburg zugestandenen Entschädigungen ging aber wieder Braunschweig der Expectanzen bezw. Coadjutoreien in Magdeburg, Bremen, Halberstadt und Ratzeburg verlustig und beanspruchte hierfür einen Ersatz. Dieser wurde ihm dadurch zu Theil, daß es das Recht erhielt, in dem Bisthum Osnabrück, in welchem immer abwechselnd ein katholischer und ein protestantischer Bischof regieren sollte, die protestantischen Bischöfe zu stellen. Außerdem erhielt es die Klöster Walkenried und Gröningen.

Dagegen waren durch die Abtretungen an Frankreich keinerlei weitere Veränderungen geboten. Hier hatte vielmehr das Haus Habsburg allein die Kosten zu tragen. Ohne Schwierigkeiten und von vornherein war Frankreich die volle Landeshoheit über die seit 1552 in seinem thatsächlichen, aber nicht rechtlich anerkannten Besitz befindlichen Bisthümer und Städte Metz, Toul und Verdun mit Vorbehalt der Trierschen Metropolitanrechte zugestanden worden. Da nun außerdem während des Krieges der Herzog von Lothringen aus seinem Lande völlig vertrieben worden war, so war thatsächlich dieses ganze Land nunmehr in unbestrittenem Besitze Frankreichs. Minder klar waren die Bestimmungen, unter denen ihm der Besitz des ganzen Elsasses eingeräumt wurde. Zwar erhielt es die Stadt Breisach, die Landgrafschaft Ober- und Unterelsaß, den Sundgau und die Landvogtei der zehn Reichsstädte (Hagenau, Colmar, Schlettstadt, Weißenburg, Landau 2c.), aber es versprach, die unmittelbaren Reichsglieder im Elsaß in ihrer Reichsfreiheit (in ea libertate et possessione immedietatis erga imperium Romanum, qua hactenus gavisi sunt) zu erhalten. Offenbar sollte dadurch einer endgiltigen Einverleibung vorgebeugt werden, allein indem zu dem an sich schon nicht scharf gefaßten Artikel noch der Zusatz gemacht wurde, daß dem französischen

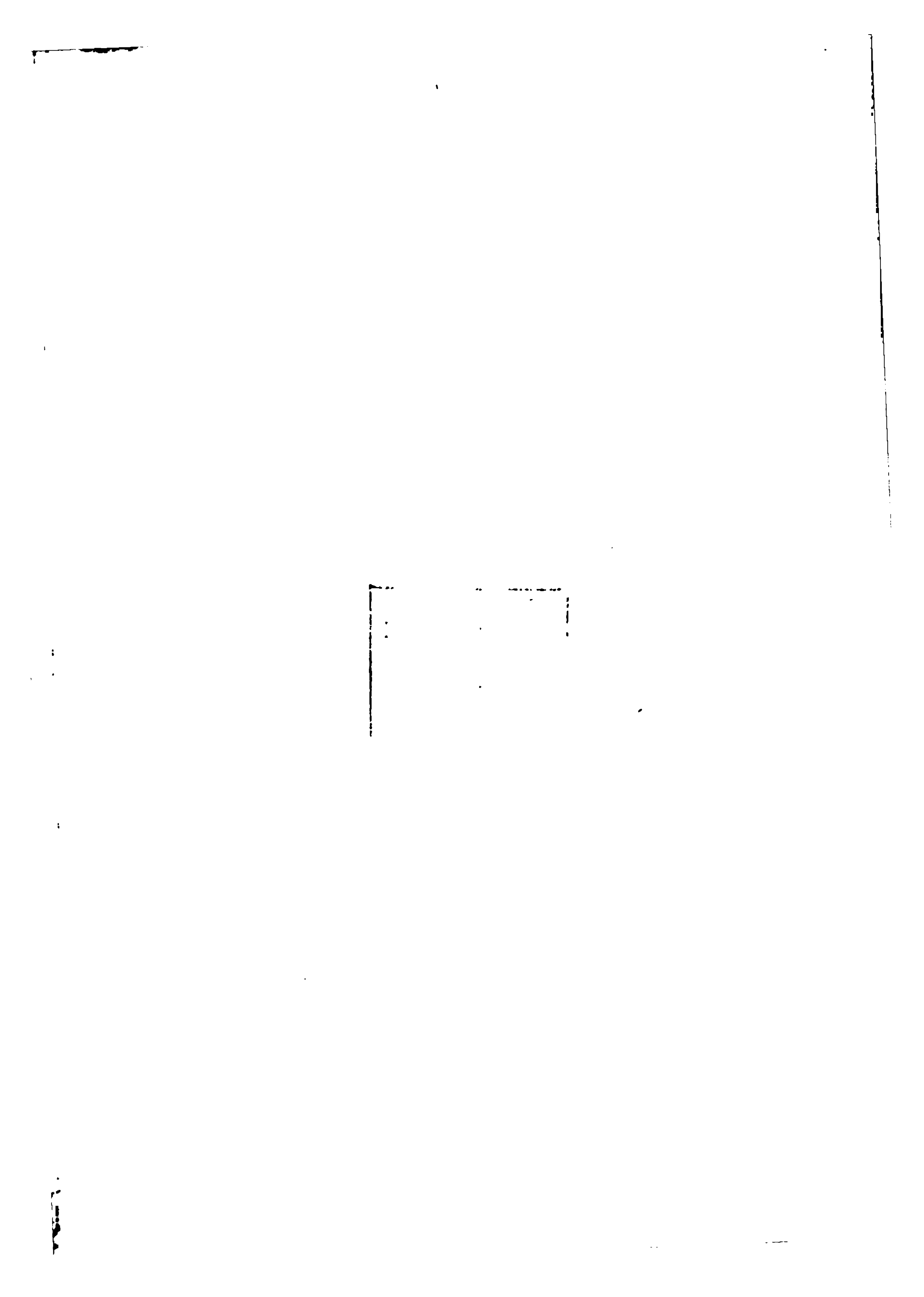
Oberhoheitsrechte auch kein Abbruch geschehen dürfe (ita tamen, ut praesenti hac declaratione nihil detractum intelligatur de eo supremi Dominii iure, quod supra concessum est), wurde späteren Ansprüchen Frankreichs, wenn sie mit dem erforderlichen Nachdrucke geltend gemacht wurden, Thür und Thor geöffnet. Um dem entgegen zu wirken, hatte man anfangs verlangt, daß die an Frankreich abzutretenden elsässischen Gebiete Reichslehen bleiben sollten, und eine Zeit lang schien es, als wollte Frankreich, um auf diese Weise Einfluß auf die Reichsangelegenheiten zu gewinnen, darauf eingehen. Schließlich aber wurde das doch aufgegeben, da Oesterreich eben unter diesem Gesichtspunkte keinen Werth darauf legte, Frankreich aber dagegen war, weil es gerade aus der Unklarheit der Festsetzungen Vortheil für die Zukunft für sich erhoffte. Endlich erhielt Frankreich die Anerkennung seines Besitzes von Pinerolo und das Besatzungsrecht in Philippsburg; d. h. es trug, im Ganzen genommen, obwohl es nicht entfernt so große Opfer wie Schweden für den Krieg gebracht hatte, den Hauptgewinn davon und schob seine Grenze am Oberrhein bis an diesen Strom selbst vor.

Außerdem aber wußte es auch für seinen Hauptverbündeten, die Landgräfin Amalie Elisabeth von Hessen, vortrefflich zu sorgen. Ihrer hatte sich der französische Gesandte, Herzog von Longueville, mit besonderem Eifer angenommen und es durchgesetzt, daß sie, obwohl sie keine Gebietsverluste erlitten hatte, dennoch eine „Entschädigung“ erhielt, die in der Abtei Hersfeld und den schaumburgischen Aemtern Schaumburg, Bückeburg, Sachsenhagen und Stadthagen bestand. Außerdem mußten sich die Erzbisthümer und Bisthümer Mainz, Köln, Paderborn, Münster und Fulda verpflichten, 600 000 Thaler Kriegskostenentschädigung an Hessen zu zahlen.

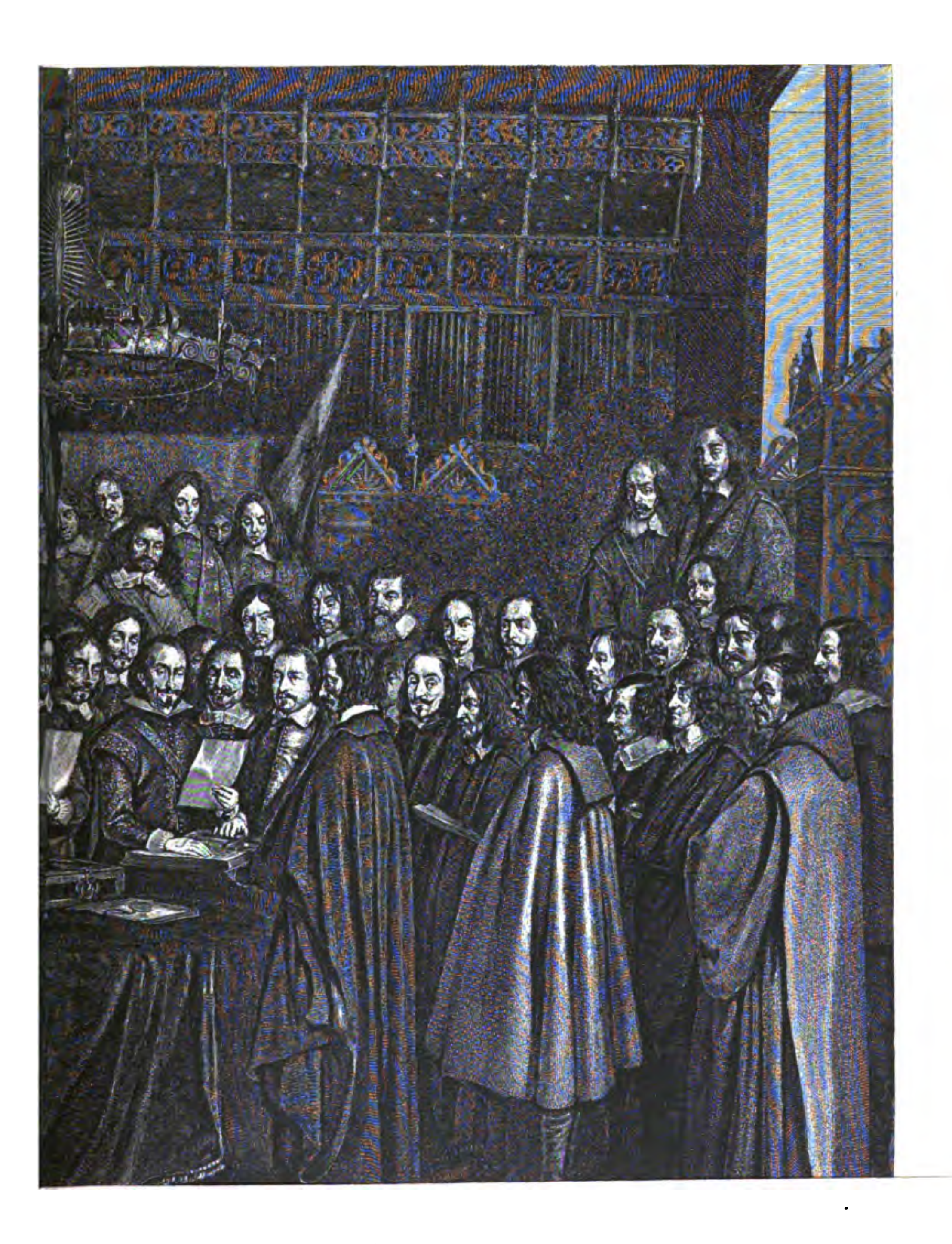
Endlich wurde in Bezug auf die Pfalz bestimmt, daß Maximilian von Bayern im Besitz der Oberpfalz und der Kurwürde bleiben, für den Erben des geächteten Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz, Karl Ludwig, der die Rheinpfalz zurück erhielt, eine neue, die achte, Kur errichtet werden sollte.

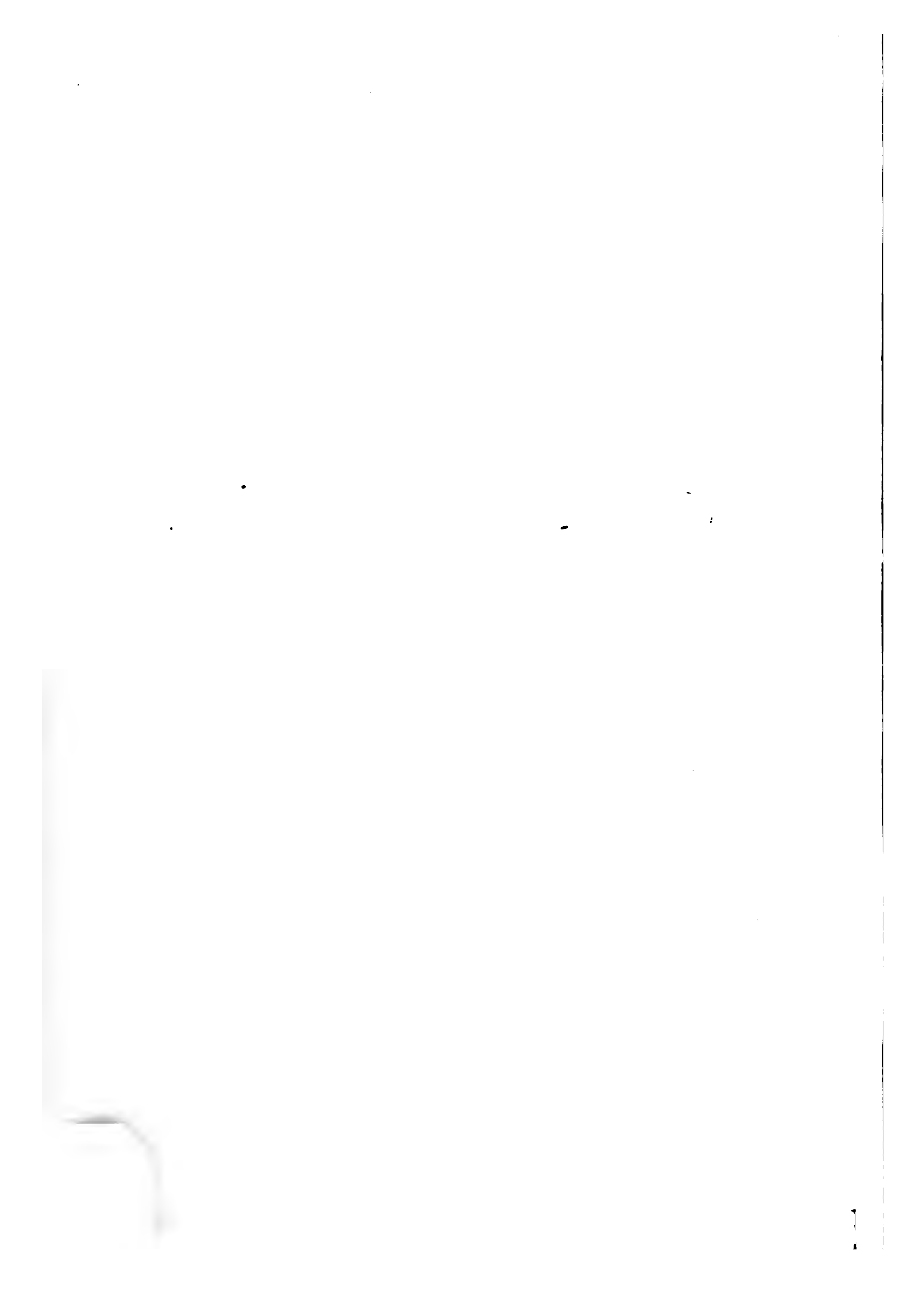
Außer den erwähnten neuen Gebietsverlusten, die das Reich auf diese Weise durch die Abtretungen an Schweden und Frankreich erlitt, wurden noch zwei thatsächlich schon früher eingetretene durch den westfälischen Frieden gesetzlich anerkannt. Artikel VI des Osnabrücker Friedens räumte der Schweiz ihre volle Selbständigkeit, ihr gänzliches Ausscheiden aus dem Reichskörper ein. Die Unabhängigkeit der vereinigten Niederlande aber ward in dem am 30. Januar 1648 zwischen ihnen und Spanien geschlossenen Frieden ausdrücklich anerkannt.

Wie aber gestalteten sich nun die inneren Verhältnisse des in seinem äußeren Umfange so stark reducirten Reiches in kirchlicher wie politischer Beziehung? Wenden wir uns jetzt der Betrachtung der darüber getroffenen Bestimmungen des Friedens zu.









2. Die religiös-kirchlichen Bestimmungen.

Vergegenwärtigt man sich den Zustand, welcher auf religiös-kirchlichem Gebiete bis zum Jahre 1618 in Deutschland geherrscht hatte, in seinen Grundzügen, so erhellt sofort, daß derselbe vor Allem auf dem Passauer Vertrage von 1552 und dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 beruhte. Allein die Geschichte des halben Jahrhunderts nach diesem Religionsfrieden ist ein sprechender Beweis dafür, daß die zum Theil sehr unklaren und widerspruchsvollen Bestimmungen desselben eine gesunde Grundlage für einen wirklich befriedigenden Zustand um so weniger zu bilden vermochten, als ihnen noch zwei besondere Zusätze hinzugefügt waren, von denen der eine, der geistliche Vorbehalt, von den Protestanten, der andere, die Ferdinandeische Declaration, von den Katholiken nicht als zu Recht bestehend anerkannt wurde. Gerade diese beiden Zusätze aber enthielten die für den kirchlichen Rechtszustand grundlegenden Bestimmungen. Daraus, daß jede der beiden kaiserlichen Verordnungen von einer der beiden kirchlichen Parteien nicht anerkannt wurde, war der ganz unhaltbare Zustand hervorgegangen, der erst zu einer völligen Lahmlegung aller Reichseinrichtungen, mittelbar aber endlich zu dem unseligen Kriege der dreißig Jahre geführt hatte. Wollte man also zu einem dauernden Friedenszustande gelangen, so mußte man erst zur Klarheit und zu einer von beiden Seiten anerkannten Feststellung über die beiden in jenen Verordnungen geregelten Cardinalfragen kommen. In der That bezog sich der Streit über die religiös-kirchlichen Bestimmungen auf dem Friedenscongresse von vornherein auf jene Verordnungen von 1555, namentlich aber auf den geistlichen Vorbehalt und die damit unmittelbar zusammenhängende Sessionsfrage der protestantischen Administratoren geistlicher Stifter. Zur Beilegung der hierüber von beiden Parteien geltend gemachten Beschwerden war eine besondere Deputation evangelischer und katholischer Reichsstände eingesetzt worden, welche dann in Osnabrück mit dem kaiserlichen und dem schwedischen Gesandten verhandelte. Schon am 15. December 1645 hatten die Protestanten eine eingehende Denkschrift überreicht, in welcher sie ihre hauptsächlichsten Gravamina zusammengestellt hatten. Es waren im Wesentlichen dieselben, welche auf den letzten Reichstagen vor dem Kriege eine so verhängnißvolle Rolle gespielt hatten; nur daß jetzt noch das Verlangen nach Aufhebung des Restitutionsedicts hinzukam. Die Protestanten forderten an erster Stelle Aufhebung des geistlichen Vorbehalts, nach welchem die Entsetzung von Amt und Würden, also der Verlust des geistlichen Fürstenthums, bei einem Geistlichen die sofortige Folge seines Uebertritts von der katholischen zur evangelischen Religion sein sollte; die Absicht dieser Bestimmung war gewesen, die geistlichen Fürstenthümer, welche 1555 noch im Besitz der Katholiken waren, ihnen zu erhalten. Mit Recht hoben aber jetzt wie früher die Protestanten hervor, daß sie an sich nur Geltung haben könne, wenn ein als Katholik gewählter Kirchenfürst nach seiner Wahl zum Protestantismus übertrete, nicht aber, wenn die Stifts-

herren selbst protestantisch würden und dann von vornherein einen Protestanten zum Administrator wählten. In diesem Falle zum Mindesten müsse die Wahl als zu Recht bestehend anerkannt und die Möglichkeit des Uebergangs eines geistlichen Stifts auf einen Protestanten zugegeben werden. Hierüber wie über die seit dem Passauer Vertrage und dem Augsburger Religionsfrieden eingezogenen mittelbaren geistlichen Güter waren dann alle die Streitigkeiten entbrannt, welche Ferdinand II. im Jahre 1629 eigenmächtig zu Gunsten der Katholiken entschieden hatte. Natürlich aber leisteten die letzteren nun gegen die Aufhebung dieses für sie so günstigen Edicts wie gegen die des geistlichen Vorbehalts selbst den nachdrücklichsten Widerstand. Man konnte lange Zeit zu keiner Einigung gelangen, die um so nothwendiger war, als eben seit dem Augsburger Religionsfrieden eine große Fülle geistlicher Güter thatsächlich in den Besitz der Protestanten übergegangen, dann aber durch das Restitutionsedict ihnen wieder abgesprochen worden war. Es handelte sich also um die umfassendsten Besitzfragen, welche im Augenblick fast noch wichtiger waren als die zu Grunde liegende kirchliche Principienfrage. Im Laufe der Verhandlungen stellte es sich dann immer unzweifelhafter heraus, daß man zum Ziele nur dadurch gelangen könne, daß man sich von vornherein und ein für alle Mal auf einen bestimmten Termin einigte, der fortan für die Vertheilung der geistlichen Fürstenthümer und Güter maßgebend sein sollte. Das Naturgemäßeste wäre ja nun an sich gewesen, wenn man für den Besitz der geistlichen Güter denselben Normaltermin festgesetzt hätte, wie für die Amnestie und die Restitution der weltlichen Fürsten, nämlich das Jahr des Ausbruches des Krieges 1618. Dagegen aber erklärte sich der Kaiser mit aller Entschiedenheit aus demselben Grunde, aus dem er gegen die Ausdehnung der Amnestie und Restitution auf seine Erblande nachdrücklichen Widerstand geleistet hatte. Denn dadurch wäre er gezwungen gewesen, auch in diesen die kirchlichen Zustände auf den Stand von 1618 zurückzuführen. Auf der andern Seite aber sah er doch ein, daß das Normaljahr 1630, welches er Anfangs in Vorschlag gebracht hatte und welches alle durch das Edict von 1629 herbeigeführten Restitutionen gesetzlich anerkannt haben würde, in keinem Falle durchgesetzt werden könne. Indem er Schritt für Schritt nachgab, thaten das Gleiche auch die Protestanten, und so einigte man sich schließlich auf den zwischen 1618 und 1630 genau in der Mitte liegenden Termin, den 1. Januar 1624, der dann für alle Zukunft der entscheidende sein sollte; d. h. alle geistlichen Güter einschließlich der reichsunmittelbaren Fürstenthümer, welche an dem genannten Tage im Besitz von Protestanten gewesen waren, sollten protestantisch, alle, welche im Besitz von Katholiken gewesen waren, katholisch auch in Zukunft bleiben. Geistliche, die, während sie im Besitz eines geistlichen Fürstenthums sind, ihre Religion ändern, sollen ihre Stellen aufgeben, dadurch aber an Ehre und Ruf keine Einbuße erleiden (honore famaque illibatis).

Damit war der geistliche Vorbehalt auch auf die Protestanten ausgedehnt, d. h. thatsächlich aufgehoben. Während nach demselben bisher nur

katholische Geistliche, welche zum Protestantismus übertraten, ihr Recht und ihren geistlichen Besitz verloren, galt jetzt das Gleiche auch für Protestanten, die katholisch wurden. Damit war das Drückende, was für die Protestanten in jenem Vorbehalt gelegen hatte, beseitigt, der Standpunkt voller Gleichberechtigung in dieser Frage nach Maßgabe des Zustandes von 1624 anerkannt.

Nachdem in dieser grundlegenden Frage eine Einigung erzielt war, machten die weiteren religiös-kirchlichen Bestimmungen keine sehr erheblichen Schwierigkeiten mehr. Der Grundgedanke, daß ein wirklich dauernder Friede nur auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung der Confessionen möglich sei, kam nunmehr in dem Artikel V des Osnabrücker Friedens, welcher die Regelung sämmtlicher religiös-kirchlicher Angelegenheiten enthielt, zu vollem Durchbruch.

Danach wurde nun zunächst der Passauer Vertrag und der Augsburger Religionsfriede in dem durch die folgenden Bestimmungen erweiterten Umfange bestätigt. Diese Bestätigung einschließlich der hinzugefügten Erläuterungen erhielt aber eine erhöhte Bedeutung und Sicherheit dadurch, daß von vornherein jeder Widerspruch gegen die einzelnen getroffenen Bestimmungen, wie ein solcher namentlich von dem Papste und dem starrkatholischen Spanien zu erwarten war und dann auch wirklich erfolgte, als wirkungslos bezeichnet wurde (non attenta cuiusvis seu Ecclesiastici seu Politici intra vel extra Imperium quocumque tempore interposita contradictione vel protestatione, quae omnes inanes declarantur). Damit war die alte Abhängigkeit der kirchlichen Verhältnisse in Deutschland von der römischen Curie ein für alle Mal aufgegeben. Als Grundsatz wurde nunmehr festgestellt, was der Kaiser bisher mit aller Kraft zuzugestehen verweigert hatte: volle gegenseitige Gleichheit (aequalitas exacta mutuaque) zwischen Kurfürsten, Fürsten und allen Ständen beider Bekenntnisse, wobei nach Artikel VII des Friedens die Reformirten ausdrücklich als unter den Protestanten einbegriffen bezeichnet wurden. Was den Einen (den Katholiken) Recht ist, soll auch den Anderen (den Protestanten) Recht sein (ut quod uni parti iustum est, alteri quoque sit iustum). Jede Gewaltthat soll für immer zwischen beiden Theilen verboten sein.

Damit war wenigstens für die Stände des Reiches die volle Gleichberechtigung der Confessionen, um die man so lange vergeblich gekämpft hatte, im Grundsatz zugestanden. Aber ein gewisses Maß von Duldung wurde doch auch den mittelbaren Ständen und den Unterthanen der einzelnen Landesherren gewährt. Zwar wurde mit dem alten Grundsatz cuius regio, eius religio, nach welchem der Landesherr das Bestimmungsrecht über die Religion seiner Unterthanen hatte, nicht völlig gebrochen, vielmehr das Souveränitätsrecht der unmittelbaren Reichsstände in religiösen Dingen nach wie vor in der Hauptsache gewahrt. Allein daneben wird doch für die evangelischen Unterthanen katholischer Stände im Wesentlichen die Ferdinandeische Declaration erneuert, indem ausdrücklich bestimmt wird, daß dieselben, soweit sie 1624 durch Vertrag oder Vorrecht, durch langen Gebrauch oder durch bloße Observanz die Ausübung des Augsburger Religionsbekenntnisses besessen haben, sie auch

behalten und eigene Consistorien, Kirchen- und Schulministerien begründen dürfen. Diese Vergünstigung erhielt aber jetzt auch für die katholischen Unterthanen protestantischer Stände unter denselben Modalitäten Anwendung. Aber auch derer wurde gedacht, welche seit 1624 ihr Bekenntniß gewechselt hatten oder in Zukunft noch wechseln würden. Zu einer radicalen und unbedingten Gleichberechtigung, zu einer Unabhänigkeit der politischen Rechte überhaupt von dem confessionellen Bekenntniß vermochte man sich freilich noch immer nicht zu entschließen, doch wurde wenigstens bestimmt, daß der Landesherr seinen andersgläubigen Unterthanen, sofern sie sich nicht zur Auswanderung entschlössen, Duldung gewähren und zum Wenigsten ungestörte Hausandacht zugestehen sollte. Außerdem aber sollte ihnen gestattet sein, den öffentlichen Gottesdienst ihres Bekenntnisses in der Nachbarschaft, wo er etwa erlaubt sei, zu besuchen und ihre Kinder in auswärtige Schulen ihrer Confession zu schicken. Diese Bestimmungen wurden dann in der weiteren zusammengefaßt, daß derartige, d. h. nicht unter das Normaljahr 1624 fallende andersgläubige Unterthanen nirgends verächtlich gehalten oder scheel angesehen, noch von den Handelsgilden, Handwerkerzünften, Erbschaften, Vermächtnissen, Hospitälern und andern bürgerlichen Rechten, am wenigsten aber von dem ehrlichen Begräbniß ausgeschlossen werden sollten. Denjenigen aber, die sich gleichwohl zur Auswanderung entschlössen, sollte eine genügende Zeit dazu verstattet werden, während deren sie ihre Güter veräußern oder einen geeigneten Verwalter für dieselben bestimmen könnten.

Bis zu einer gewissen Grenze wurden diese in der Hauptsache humanen, aber in mancher Hinsicht schwer durchführbaren Bestimmungen auch auf die österreichischen Erbländer ausgedehnt und bestimmt, daß in Schlesien die Herzöge von Brieg, Liegnitz, Münsterberg und Oels sowie die Stadt Breslau bei der Uebung der Augsburger Confession belassen, die Grafen und Edelleute sowie die unmittelbar unter der königlichen Kammer stehenden Unterthanen wenigstens nicht der Religion wegen zur Auswanderung gezwungen werden sollten; außerdem sollten sie das Recht haben, noch drei neue Kirchen, in Schweidnitz, Jauer und Glogau, zu bauen. Die Krone Schweden und die protestantischen Reichsstände behielten sich vor, um eine weitere Ausdehnung der Religionsfreiheit für ihre Glaubensgenossen hier und in den andern österreichischen Erblanden, in denen diese Zugeständnisse zunächst auf die Grafen, Freiherren und Edelleute beschränkt blieben, bei dem nächsten Reichstage Fürbitte einzulegen.

Aus diesen allgemeinen Grundsätzen über die Gleichberechtigung der Confessionen wurden dann in den schon besprochenen Bestimmungen über den Besitz der geistlichen Güter die praktischen Folgerungen gezogen. Auch hier trat, wie wir sahen, auf der Grundlage des Zustandes, wie er im Jahre 1624 geherrscht hatte, volle Gleichberechtigung ein. Insbesondere wurde dann noch bestimmt, daß das geistliche Wahlrecht unbeschränkt bleiben sollte, nur wurde dem Kaiser das Recht der ersten Bitte vorbehalten. Im Uebrigen soll Wahl und Postulation in allen Erzbisthümern und Bisthümern nach den

Ortsgewohnheiten und Statuten gehandhabt werden. Alle Postulirten und Erwählten sollen feierlich erklären, die geistlichen Fürstenthümer nicht erblich zu besitzen. Die nothwendige Folgerung aus der rechtlichen Anerkennung des Zustandes, wie er in Bezug auf den Besitz der geistlichen Güter im Jahre 1624 bestanden hatte, war dann aber, daß den protestantischen Erzbischöfen, Bischöfen und Prälaten das so lange bestrittene Recht von Sitz und Stimme im Reichstage eingeräumt wurde. Damit hing die Bestimmung zusammen, daß dieselben auf einen binnen Jahresfrist zu erbringenden beglaubigten Ausweis über ihre Wahl und Postulation vom Kaiser sofort belehnt werden sollten.

Wie gestalteten sich nun nach diesem Normaltermin des Jahres 1624 thatsächlich die Besitzverhältnisse der geistlichen Güter? Protestantisch blieben danach die Erzbisthümer Magdeburg und Bremen, die Bisthümer Lübeck, Halberstadt, Verden, Meißen, Naumburg, Merseburg, Lebus, Brandenburg, Havelberg, Minden, Camin, Schwerin, Ratzeburg, von denen die meisten indeß in weltliche Fürstenthümer umgewandelt wurden, ebenso die Abteien Hersfeld, Walkenried, Gandersheim, Quedlinburg, Herford und Gernrode. Die Katholiken behielten die Erzbisthümer Mainz, Trier, Köln und Salzburg, die Bisthümer Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstätt, Speier, Straßburg, Konstanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freisingen, Regensburg, Passau, Trient, Brixen, Basel, Münster, Lüttich und Chur, die Abteien Fulda, Kempten, Ellwangen, Berchtesgaden, Weißenburg, Prüm, Stablo und Corvey. Im Bisthum Osnabrück soll abwechselnd ein katholischer und ein protestantischer Bischof gewählt werden.

Derselbe Normaltermin 1624 galt für die religiösen Verhältnisse der Reichsritterschaft und der Reichsstädte, welche dieselben Rechte wie die vornehmeren Reichsstände erhielten. Unter den Reichsstädten, welche danach bei demjenigen Religionsbekenntnisse verbleiben sollten, welches in jeder bis 1624 herrschend geblieben oder zur Herrschaft gelangt war, unterschied man dem entsprechend rein katholische (Köln, Aachen und ein paar kleinere Reichsstädte in Schwaben), protestantisch-lutherische (die bei weitem meisten, darunter Nürnberg, Frankfurt, Regensburg, Hamburg, Lübeck, Worms ꝛc.), protestantisch-reformirte (nur Bremen) und gemischte (Augsburg, Dinkelsbühl, Ravensberg, Biberach und Kaufbeuren). In den letzteren sollten die Magistrate mit Gliedern beider Confessionen in gleicher Zahl besetzt werden.

Es galt nun, diese gewonnenen Grundsätze der religiösen Gleichberechtigung auch auf diejenigen Reichsinstitutionen, bei denen nach den Erfahrungen vor dem Kriege die confessionelle Zusammensetzung von entscheidender Bedeutung war, anzuwenden. In erster Linie kam hier das Reichskammergericht in Betracht, dessen Entscheidungen von den Protestanten deshalb stets angefochten worden waren, weil es fast ausschließlich aus Katholiken bestand. Jetzt wurde eine im Wesentlichen paritätische Besetzung beschlossen. Der Kaiser erhielt das Recht, die Kammerrichter und die vier Präsidenten, von denen zwei lutherisch sein mußten, zu ernennen. Die Zahl der Beisitzer wurde auf fünfzig erhöht, von denen der Kaiser zwei nach freier Wahl ernennen konnte. Von

den achtundvierzig von den Ständen zu ernennenden sollten vierundzwanzig der katholischen, vierundzwanzig der protestantischen Religion angehören. Da nun der Kaiser bei den von ihm zu ernennenden beiden Beisitzern an das Bekenntniß nicht gebunden war, so standen in der Regel sechsundzwanzig katholischen vierundzwanzig protestantische gegenüber. Um hierbei jeder Ungleichheit in religiösen Dingen vorzubeugen, wurde dann bestimmt, daß sowohl beim Reichskammergericht als beim Reichshofrath in Sachen katholischer und protestantischer Reichsstände unter einander katholische und evangelische Assessoren in gleicher Zahl richten sollten. Auch im Uebrigen aber sollte die Kammergerichtsordnung auch beim Reichshofrath beobachtet werden.

Aehnliche Bestimmungen wurden für das politische Institut der Reichsdeputationen und außerordentlichen Commissionen getroffen. Bei den ersteren sollte immer eine gleiche Anzahl von Deputirten von beiden Religionen ernannt werden, bei den letzteren dasselbe nur dann geschehen, wenn die Sache beide Religionstheile beträfe.

Allein es konnte auch nicht vermieden werden, für das vornehmste gemeinsame Institut des Reiches, für den Reichstag selbst, bindende Normen zu schaffen, welche eine Wiederkehr der Streitigkeiten, die vor dem Kriege geherrscht hatten, unmöglich machten. War doch die Sprengung der letzten Reichstage gerade dadurch herbeigeführt worden, daß die Protestanten die Mehrheitsbeschlüsse in allen die Religion betreffenden Angelegenheiten nicht anerkennen wollten. Dem entsprechend wurde jetzt thatsächlich der Grundsatz zum Gesetz erhoben, daß nicht allein in Religionssachen selbst, sondern auch in allen andern Angelegenheiten, in denen die Stände nicht als ein Corpus erschienen, sondern nach ihrem religiösen Bekenntniß sich trennten (itio in partes), nicht die Mehrheit der Stimmen, sondern eine gütliche Vergleichung den Streit entscheiden sollte. Ob diese Bestimmung auch für Steuerfragen gelten solle, blieb dem nächsten Reichstage vorbehalten.

Damit war in der That die volle Gleichberechtigung der Confessionen, die dann noch in einer Reihe weiterer Ausführungsbestimmungen zu Tage trat, bei allen Reichsinstituten anerkannt, zugleich aber auch die Thätigkeit derselben in einer Weise gehemmt, welche dieselbe gerade in den entscheidenden Fragen fast völlig illusorisch machen mußte. Es konnte in der That zweifelhaft erscheinen, ob eine Staatsverfassung, welche in dem wichtigsten Organ der Gesammtheit die Stimmenmehrheit nicht als entscheidend bezeichnete, sondern in den entscheidenden Lebensfragen der Nation „gütliche Vergleichung“ erforderte, überhaupt noch den Namen einer Staatsverfassung verdiente. Dieser Zweifel wird noch erheblich verstärkt, wenn man die rein politischen Bestimmungen des Friedens sich vergegenwärtigt.

---

3. Die Bestimmungen über die deutsche Reichsverfassung.

Die Rechtsgelehrten der Epoche hatten schon bisher vergeblich versucht, zur Klarheit darüber zu gelangen, unter welche der damals geltenden Kate-

gorien von Staatsverfassungen die des deutschen Reiches eigentlich gehöre. Als eine Monarchie konnte sie doch auf Grund der wenigen Reservatrechte, welche der Kaiser noch besaß, kaum bezeichnet werden; ebenso wenig aber war sie eine Aristokratie oder eine Demokratie, aber auch als rein völkerrechtlicher Bund konnte sie nicht betrachtet werden. Dieses rein negative Ergebniß hat Samuel Pufendorf in seinem unter dem Pseudonym Severinus de Monzambano erschienenen Buche de statu imperii germanici mit der größten Schärfe und Klarheit seinen Zeitgenossen zum Bewußtsein gebracht. Wenn er aber auf Grund dieses negativen Ergebnisses das deutsche Reich als eine monströse Bildung bezeichnete, so liegt das daran, daß die Wissenschaft seiner Zeit den Begriff des zusammengesetzten Staates, unter welchen die Reichsverfassung fiel, noch nicht kannte. Aber wunderbar war es nicht, daß bei der gänzlichen Unzulänglichkeit der gemeinsamen Organe der Reichsverfassung die Staatsrechtslehrer schließlich immer mehr der Ansicht zuneigten, daß das deutsche Reich mit einem losen Völkerbunde noch die meiste Aehnlichkeit aufweise. In der That war es das nicht; es war ebenso wie das heutige deutsche Reich ein Staat über Staaten, ein zusammengesetzter, wie man es heute technisch nennt, ein Bundesstaat. Die schwere organische Krankheit, an der das Reich hinsiechte, hatte ihre Ursache nicht darin, daß es eine monströse Bildung war, sondern darin, daß die Organe des zusammengesetzten Staates in Folge ihrer fehlerhaften Einrichtung ihre Functionen nicht in vollem Maße erfüllen konnten. Wie man auch über die juristischen Definitionen, welche sich mit einer zutreffenden Bezeichnung für dieses unaufhaltsam dem Untergange entgegeneilende Staatsgebilde abquälten, denken mag, thatsächlich kann daran kein Zweifel sein, daß das Reich schon vor dem dreißigjährigen Kriege auf dem besten Wege war, aus einem Bundesstaate zu einem rein völkerrechtlichen Staatenbunde zu werden, ebenso wenig aber ist es zweifelhaft, daß es auf dieser schiefen Ebene durch den westfälischen Frieden noch ein gutes Stück weiter hinabglitt.

Das ergab sich schon aus den Anwendungen, welche der Grundsatz der religiösen Gleichberechtigung auf die Reichsinstitute gefunden hatte. Es trat noch klarer in den eigentlich politischen Bestimmungen zu Tage.

An die Spitze derselben, unmittelbar hinter den Artikel I, welcher den Abschluß des Friedens selbst enthält, wurde der Grundsatz der allgemeinen Amnestie (Artikel II) und der allgemeinen Restitution (Artikel III) gestellt. Danach sollten also die Reichsfürsten in den territorialen Besitzstand des Jahres 1618 wieder eingesetzt werden. Von den bedeutenderen Reichsständen bezog sich diese Restitution namentlich auf den Herzog von Württemberg und den Markgrafen von Baden, dagegen wurde mit der Pfalz eine Ausnahme gemacht, indem dieselbe, wie wir früher hervorhoben, nicht in vollem, sondern nur in beschränktem Umfange dem Erben ihres früheren Besitzers zurückgegeben wurde.

Diesen so restituirten wie überhaupt sämmtlichen deutschen Landesfürsten und Ständen wurde nun aber durch den Artikel VIII des Friedens die freie Ausübung ihres Territorialrechtes und der Besitz aller ihrer Rechte, Länder

und Regalien, die volle Landeshoheit, zugestanden, und zwar nicht bloß in Bezug auf die innere Verwaltung ihrer Länder, sondern auch in Bezug auf ihre auswärtige Politik. Ausdrücklich wurde ihnen das Recht eingeräumt, zu ihrer Erhaltung und Sicherheit sowohl unter sich als mit auswärtigen Mächten Bündnisse abzuschließen, sofern dieselben nur nicht direct gegen Kaiser und Reich und dessen öffentlichen Frieden oder gegen den vorliegenden Friedensvertrag gerichtet seien und im Einklange mit dem Eide, den jeder gegen Kaiser und Reich geleistet habe, ständen.

Es liegt auf der Hand, daß damit und mit den Folgerungen, die sich daraus ergaben und die auch in dem Friedensvertrage ausdrücklich gezogen wurden, der Rest von Monarchismus, der noch bisher in der deutschen Reichsverfassung vorhanden war, fast völlig vernichtet wurde. Thatsächlich war ja allerdings dies Bündnißrecht schon längst von den Ständen ausgeübt worden, aber indem es jetzt rechtlich und förmlich anerkannt wurde, wurden die Glieder des Reiches auch ausdrücklich von dem gemeinsamen Reichskörper losgetrennt. Es war kaum noch eine Form zu finden, in welcher dieses Reich, welches nach Außen hin durch jene Bestimmung seine Einheit fast durchweg verlor und seine Rechte an die Einzelstaaten abgab, im Innern noch irgend eine Gewalt über diese Glieder ausüben konnte. Es wollte daher wenig besagen, daß die deutsche Verfassung in ihren Hauptinstituten scheinbar intact bestehen blieb; thatsächlich änderte sich ihr Charakter zu einem noch bei weitem höheren Grade von Decentralisation, als er schon bisher bestanden hatte. Der Kaiser behält nicht einmal das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen oder Festungen in den Gebieten der Stände anzulegen und die alten mit Besatzungen zu versehen. Vielmehr gehen alle diese Rechte, wie die gesammte gesetzgebende Gewalt und das Steuerbewilligungsrecht an den Reichstag über, dessen Thätigkeit aber durch die Bestimmung, daß zu jeder Verordnung Einstimmigkeit der drei Curien erforderlich ist, vollkommen lahm gelegt wird, zumal, wie wir hervorhoben, innerhalb der einzelnen Curien bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden religiösen Parteien nicht durch Stimmenmehrheit, sondern nur durch einen gütlichen Vergleich entschieden werden sollte. Bis in irgend einer wichtigen Frage die drei Curien des Reichstags einen einmüthigen Beschluß faßten, konnte das Reich als solches verloren sein. Der letzte Rest von Centralgewalt war damit dahingeschwunden. Das Reich war in der That jetzt im Wesentlichen nur noch ein Staatenbund vollkommen selbständiger Einzelstaaten. Daß in diesen Bund jetzt auch die 61 Reichsstädte als mit den Fürsten gleichberechtigte Glieder eintraten, bewirkte nur noch eine größere Verschleppung des Geschäftsganges des nunmehr 240 Stimmen (8 Kurfürsten, 69 geistliche, 96 weltliche Fürsten, 61 Reichsstädte, 2 Stimmen nicht gefürsteter Prälaten, 4 Stimmen für sämmtliche Grafen und Herren) zählenden Reichstages. Je weniger diese vielköpfige Versammlung, die bald zum Spott der politischen Welt wurde, den Aufgaben eines großen Gemeinwesens gerecht werden konnte, um so mehr

zog sich das politische Leben der Nation in die Einzelstaaten zurück, deren in den religiösen Kämpfen des sechzehnten Jahrhunderts langsam herangereifte Selbständigkeit während des dreißigjährigen Krieges und durch den westfälischen Frieden zur endgiltigen Ausgestaltung gelangte.

Ueberblickt man diese Bestimmungen in ihrer Gesammtheit, so kann daran kein Zweifel sein, daß sie in erster Linie eine ganz eclatante Niederlage des Kaiserthums darstellten. Wie der Kaiser in der religiösen Frage unter dem Einfluß Schwedens den Protestanten fast alle die Zugeständnisse machen mußte, die zu vermeiden er in dem ganzen hartnäckigen Kriege bestrebt gewesen war, so mußte er sich auch in den politischen Angelegenheiten des Reiches fast sämmtliche Machtbefugnisse entreißen lassen, die dem losen Reichsverbande bisher seinen letzten Halt gegeben hatten. Die Macht der protestantischen, wenn möglich auch der katholischen Fürsten einzuengen und die kaiserliche Gewalt ihnen gegenüber zu erhöhen, das war nach der ersten, mehr lokalen Phase des Krieges, das war namentlich zur Zeit von Wallensteins erstem Generalat die Losung der kaiserlichen Politik gewesen. Unsäglicher Jammer war durch das zähe Festhalten an diesem Ziele, namentlich durch diese Unnachgiebigkeit gegenüber dem Protestantismus über Deutschland verhängt worden. Auf dem westfälischen Friedenscongreß aber hatte es sich herausgestellt, daß das Ziel dieses Strebens, wie die Dinge nun einmal lagen, ein unerreichbares gewesen war; gerade das Gegentheil des Erstrebten trat ein: statt der strafferen Centralgewalt endgiltiger Zerfall derselben, fast völlige Auflösung des Reichsverbandes, definitive und fast unbedingte Anerkennung der Landeshoheit der Territorialstaaten, welche die fast ausschließlichen Träger der Staatsgewalt wurden, dazu aber eine neue starke Einbuße an Landbesitz zu Gunsten der fremden Mächte, Legalisirung der Unabhängigkeit zweier früher zum Reiche gehöriger großer Gebietstheile, der Schweiz und der Niederlande, das waren die traurigen Resultate des grausamen Krieges, wie sie nun in den einzelnen Friedensbestimmungen zu Tage traten. Das Reich hörte im Grunde auf, ein einheitlicher Organismus zu sein; die Selbständigkeit seiner Glieder mußte aber um so verhängnißvoller werden, da ein Theil derselben aus fremden Souveränen bestand, die in jedem Augenblick als Glieder des Reichs ihre auswärtigen Sonderinteressen zur Geltung zu bringen suchten und dabei nicht selten bei den einen oder den andern der deutschen Fürsten Unterstützung fanden. So hatte sich namentlich schon während der Friedensverhandlungen in wachsendem Grade eine Verbindung zwischen Frankreich und Bayern angebahnt, die in ihrem Ursprunge bis auf den Kurfürstentag von 1630 zurückgeht. Diese unselige Verbindung ist es gewesen, die in erster Linie den späteren Rheinbund ermöglichte und Bayern von Seiten Frankreichs wiederholt die ehrenvolle Bezeichnung „unser ältester Verbündeter in Deutschland“ eingetragen hat.

Ein großes Resultat wurde aber doch durch diesen traurigen Frieden erreicht: die religiöse Gleichberechtigung der verschiedenen Bekenntnisse wurde für die

reichsunmittelbaren Stände unbedingt, mit einigen Einschränkungen aber auch für die Unterthanen zugestanden. Freilich hätte dieses Ergebniß, das einzige wirklich günstige des ganzen Friedens, schon weit früher erreicht werden können, wenn der Kaiser auf die politische Directive Wallensteins hätte eingehen wollen. Dieser hatte auf religiös-kirchlichem Gebiete in seinen Verhandlungen mit den Sachsen in der Hauptsache fast genau das angeboten, was jetzt bewilligt werden mußte. Nur hätte damals diese Bewilligung ohne die schwerwiegenden Schädigungen der Reichsverfassung in ihrer Gesammtheit und ohne den Druck der auswärtigen Mächte aus freiem Antriebe des Kaisers erfolgen und dessen Macht, statt sie zu schwächen, erheblich stärken können. Vierzehn volle Jahre hatte seit dessen Untergang der furchtbare Krieg vergebens Deutschlands Gaue durchtobt, und nichts war erreicht worden, als daß außer den damals von ihm bewilligten Forderungen der Protestanten unter dem Druck der auswärtigen Mächte noch eine Anzahl weiterer politischer Zugeständnisse an das gesammte territoriale Fürstenthum gemacht werden mußte, welche die kaiserliche Gewalt fast völlig vernichteten und die Entwickelung der Territorialstaaten zur vollen Landeshoheit endgiltig besiegelten.

Aufgabe der einzelnen Territorialstaaten mußte es nun sein, den ihnen dadurch erwachsenen neuen Aufgaben gerecht zu werden und die tiefen Wunden, welche der Krieg dem ganzen Erwerbs- und Handelsleben der Nation geschlagen hatte, durch landesväterliche Fürsorge im Einzelnen wieder zu heilen.

Davon, inwieweit das territoriale Fürstenthum diese Aufgabe zu lösen vermögen würde, hing in Zukunft die Entwickelung der deutschen Geschichte ab. Die alte Einheit zwischen Kaiserthum und Papstthum, wie sie die Habsburger als eine Hinterlassenschaft des Mittelalters stets festgehalten hatten, war mit dem Abschluß des westfälischen Friedens trotz aller von vornherein durch denselben für ungiltig erklärten Proteste, welche der päpstliche Nuntius Fabio Chigi schon am 26. Oktober 1648, der Papst Innocenz X. selbst am 26. November dagegen erließen, auf immer dahin. Die politisch-socialen Aufgaben der Einzelstaaten drängten die religiösen Gegensätze immer mehr in den Hintergrund, ebenso wie das Kaiserthum durch das Landesfürstenthum in den Hintergrund gedrängt wurde. Erst dadurch, daß das aus dem Ganzen in die Theile zurückgetriebene Staatsbewußtsein in einzelnen dieser Theile, namentlich in Kurbrandenburg, zu neuem selbständigem Leben erwachte, konnte die Grundlage für eine neue Gestaltung des deutschen Gesammtstaates gewonnen werden, dessen bisherige Grundlagen in Folge des westfälischen Friedens unheilbarer Zerstörung entgegenreiften.

Die Schwierigkeit der damit dem Territorialfürstenthum gestellten Aufgaben läßt sich aber ganz und voll erst ermessen, wenn man sich den gänzlichen Umsturz aller politischen und socialen Zustände, welche der unselige Krieg herbeigeführt hatte, wenigstens in den Hauptpunkten vergegenwärtigt.

Die deutsche Kultur unter der Einwirkung der Kriegsnoth.

Daß der furchtbare Krieg der dreißig Jahre, den wir in Ursprung und Verlauf im Einzelnen verfolgt haben, in seinen tieferliegenden Ursachen in der That um Fragen idealer Art gekämpft wurde, daß er im letzten Grunde das gewaltige Ringen des deutschen Protestantismus um die ihm hartnäckig verweigerte Gleichberechtigung mit der alten Religion darstellt, darüber kann wohl kaum ein Zweifel sein. Man braucht sich nur die Zustände, wie sie sich unter dem Einfluß der religiösen Spaltung in den Zeiten der Kaiser Rudolph II. und Matthias gestaltet hatten, klar zu vergegenwärtigen, um zu begreifen, daß eben sie es waren, welche fast mit Nothwendigkeit zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den beiden Religionen hindrängten, da der Gedanke unbedingter religiöser Toleranz nun einmal jenem Zeitalter, dessen Hauptlebensinhalt die religiösen Kämpfe gebildet hatten, fremd und unfaßbar geblieben war. Erst der furchtbare Krieg selbst, der den Beweis erbracht hatte, daß eine wirkliche Vernichtung der Gegner nicht möglich sei, hat diesen bis dahin unfaßbaren Gedanken zum Durchbruch kommen lassen.

Aber wie sehr war doch dieser ideale Kernpunkt der Fragen, um welche in blutigem Ringen gestritten wurde, im Verlaufe des Kampfes durch andere rein selbstsüchtige Motive in den Hintergrund gedrängt worden! Selbst bei den Fürsten, welche als die Führer der beiden Parteien betrachtet werden müssen, waren schließlich die rein materiellen Interessen der Gebietserweiterung, der Aneignung geistlichen oder weltlichen Gutes, der größeren oder geringeren Territorialhoheitsrechte so sehr gegenüber den idealen zur Hauptsache geworden, daß schließlich die religiösen Gegensätze in diesem wirren Interessenkampfe kaum noch irgendwo völlig rein in die Erscheinung traten. Diese Entwickelung war dann durch das Eingreifen der fremden Mächte noch erheblich gefördert und verstärkt worden. Zwar die Theilnahme Gustav Adolfs an dem deutschen Kriege hatte, so lange der König lebte, in der That noch einmal zu einem wirklichen Aufflammen der religiösen Begeisterung geführt und dem Kriege vorübergehend einen idealen Schwung gegeben. Nach des Königs Tode aber traten doch auch auf schwedischer Seite die eigensüchtigen Interessen neben denen der Glaubensgemeinschaft sehr in den Vordergrund. In noch bei weitem höheren Maße war das bei der Einmischung Frankreichs der Fall. Hier waren von Anfang an die mit größtem Geschick und bewundernswerther Folgerichtigkeit festgehaltenen politischen Gesichtspunkte, unter denen der des

Erwerbs des linken Rheinufers obenan stand, nicht die hauptsächlich, sondern die allein entscheidenden. Nur sie veranlaßten das französische Reich, welches in seinem Inneren in der Hauptsache den Charakter eines streng katholischen Staatswesens bewahrte, in Deutschland die Protestanten in ihrem Existenzkampfe gegen das Kaiserthum erst mittelbar, dann unmittelbar zu unterstützen. Je mehr diese selbstsüchtigen Interessen der am Kampfe Betheiligten das Uebergewicht gewannen, je mehr Deutschland zum Tummelplatze der Kriegsschaaren



Aus der Zeit des großen Krieges.
Facsimile der Radirung, 1643, von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

auswärtiger Staaten wurde, einen um so verheerenderen Charakter nahm der Krieg an, bis er schließlich in einen Vernichtungskampf ausartete, der an Brutalität seines Gleichen in der Weltgeschichte sucht.

Dazu aber kam noch ein anderes Moment. Selbst diejenigen Fürsten, welche den Kampf wirklich aus vorwiegend idealen Beweggründen in die Hand genommen hatten, welche ihn für die hohen Güter der religiösen Selbständigkeit und Gleichberechtigung begonnen und fortgesetzt hatten, führten ihn doch mit Truppenmassen und militärischen Führern, deren überwiegende Mehrzahl jenen idealen Interessen, um welche gekämpft wurde, völlig gleichgiltig gegenüber stand. Man muß sich den Charakter der damaligen Heere wenigstens

in den Grundzügen veranschaulichen, um die ganze furchtbare Art und Weise dieser Kriegführung recht ermessen zu können.

Die Grundlagen der alten Kriegsverfassung, welche auf der Heeresfolge der Landeseinwohner beruht hatte, waren längst vor dem dreißigjährigen Kriege bis auf wenige vorübergehende Spuren zu Grunde gegangen. Die alten, aus dem Lehnsverbande hervorgegangenen ritterlichen Heere waren schon im 15. Jahrhundert durch das Aufkommen der Feuerwaffen und die dadurch



Aus der Zeit des großen Krieges.
Facsimile der Radirung von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

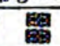
bedingte überwiegende Bedeutung der Fußtruppen völlig verdrängt worden. Aber auch die Verfassung der Landsknechtshaufen, wie sie sich namentlich seit den Kriegen zwischen Burgundern und Schweizern und seit der Schlacht von Marignano ausgebildet und zur Zeit der Frundsberge und Schertlins von Burtenbach ihre endgiltige Gestaltung erhalten hatte, war doch wenigstens in der Hauptsache noch auf dem Gedanken der nationalen und territorialen Zusammengehörigkeit der Landsknechte aufgebaut. Seitdem auch sie in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts in ihren Grundlagen erschüttert war, hatte sich das reine Söldner- und Werbesystem, welches in gar keinem Zusammenhange mit der sonstigen staatlichen Verfassung mehr stand, ausgebildet.

Dieses System, bei welchem von einer idealen Gemeinschaft zwischen dem kriegführenden Fürsten und dem Heere, mit welchem er den Krieg führte, überhaupt kaum noch die Rede sein konnte, erhielt seine höchste oder vielmehr tiefste Vollendung eben im dreißigjährigen Kriege. Es wurde allmählich die Regel, daß der Fürst, welcher Soldaten brauchte, diese gar nicht mehr direct selbst anwarb, sondern die Anwerbung derselben als ein förmliches finanzielles Geschäft Unternehmern überließ, welche dann als Obersten die Führung der von ihnen geworbenen Regimenter erhielten. Dafür wurde ihnen dann eine bestimmte Summe von dem kriegführenden Fürsten gezahlt oder auch nur in Aussicht gestellt, aus der sie das Werbegeld und den Handsold ihres Regiments zu bestreiten hatten. Auf diesem Wege wurde die Anwerbung der Regimenter für deren Obersten mehr und mehr ein äußerst lucratives Geschäft. Den Zahlungen, die sie von dem Fürsten, in dessen Dienst sie standen, erhielten, lag natürlich der complette Stand eines Regimentes zu Grunde. Erreichte das Regiment diesen Stand nicht — wofür man ja absichtlich sorgen konnte — oder verlor es ihn durch Verluste im Felde, so flossen Werbegeld und Sold für die am completten Stande fehlenden Mannschaften in die Tasche des Obersten. Es war nur natürlich, daß diese Art des Werbegeschäftes sehr bald in ein raffinirt ausgebildetes System gebracht wurde, bei dem minder gewissenhafte Obersten stattliche Vermögen erwarben, die Unterhaltungskosten des Heeres aber für den kriegführenden Fürsten ins Ungemessene wuchsen. Man hat berechnet, daß der Kostenaufwand für den Kopf einer Truppe im dreißigjährigen Kriege sich etwa sechsmal so hoch stellte als heutzutage. Schon hieraus erklären sich die unermeßlich hohen Geldopfer, welche der Krieg den damaligen Staaten auferlegte.

Das hatte aber dann noch weitere, noch verhängnißvollere Folgen. Einmal nämlich gelang es den Fürsten, bei den verhältnißmäßig beschränkten Einnahmen, die sie aus der noch wenig durchgebildeten Verwaltung ihrer Länder zogen, nur in den seltensten Fällen, in den späteren Jahren des Krieges thatsächlich nie mehr, die enormen Kosten ihres Heeres auch nur einigermaßen regelmäßig zu bestreiten. Man griff daher zu den gewaltsamsten und verderblichsten Mitteln. Erst versuchte man es mit freiwilligen oder gezwungenen Anlehen, dann ging man zu umfassenden Güterconfiscationen über, wie es in Böhmen erst von Seiten der aufständischen Stände, dann in noch weit höherem Grade von Seiten des Kaisers geschah; genügte auch das nicht mehr, so griff man zu den empörenden betrügerischen Münzverschlechterungen, deren verheerende Folgen Handel und Wandel des Landes völlig untergruben und lahm legten. Es war nicht wunderbar, daß das betrogene Volk durch dieses Unwesen der „Kipper und Wipper" in grenzenlose Wuth gerieth, die sich zuweilen in den leidenschaftlichsten Formen Luft machte. Als man aber mit allen diesen Mitteln nicht mehr auskam, verfiel man auf einen negativen Ausweg, den einige Fürsten von vornherein gewählt hatten und der in der Periode Wallensteins zur höchsten Ausbildung gelangte: man zahlte überhaupt keinen Sold mehr, sondern wies

Epitaphium oder deß guten Geldes Grabschrifft.

O du Geitzteuffel auff der Baan/
Was hebstu alls mit dem Geldt an/



Ist es noch nicht genug der zeit/
Vnfrid vnd Widerwertigkeit.



WO sind doch Leut also verflucht/
So arg/verschlagen vñ durchsucht/
Als die Gottlose Juden seyn/
In den Müntzhandel gesetzt ein/
Seind die ärgsten Feind in der Welt/
Die zu grund richten das gut Geld.
Hie kömpt ein Christ/
Der ärger ist/
Merck Jud sehr gut Geld bring ich dir/
Was gibstu auff den Wechsel mir?
Auff den Gulden Häller zu Lohn/
Jud: Da hastu 30. Kreutzer schon.
Christ/ Wz auff den Guldẽ Pfeñig im brauch
Jud: Hier hastu 30. Kreutzer auch.
Christ: Was auff den Gulden Kreutzer her/
Jud: Zehen Patzen gib ich nicht mehr.
Christ: Was auff den Gulden halbe Patzn/
Jud: Hie hast 12. Patzen in den Tatzn.
Christ: Was gibst du auff ein Guldẽ Groschn
Jud: Ein fl. hast nit hart drum droschn.
Christ: Auff ein fl. 6. Kreutzer was gibst dar/
Jud: Da hastu einen Gulden bar.
Christ: Auff ein Gulden Drey Pätzner wol.
Jud: Ein Gulden 5. Plappart für wol.
Christ Auff 2. Gulden Sechs Pätzner was/
Jud: Vier Gulden 30. Creutzer fürbas.
Christ: Was gibst auff ein 12. Pätzner gut/
Jud: Dreissig Kreutzer ist mir zu muth.
Christ: Auff ein Reichsthaler was gibst ein/
Jud: Fünff Gulden 30. Kreutzer fein.
Christ: Was gibst auff ein Guldgulden mir.
Jud: Fünff Guldẽ/30 Kreutzer dafür/
Christ: Endlich/was gibst auff 1. Ducaten du
Jud: Acht Gulden 30. Kreutzer darzu.
Je besser Geld/je mehr gib ich/
Darauff darnach so richte dich/
Komm bald zu mir wider in samm/
Ich zahl dirs wol bey meiner scham.
DJß Epitaphium O Christ/
Deß guten Geldes Begräbnuß ist.

Schaw an der Gottloß Christ vorab/
Trägt selbst das gut Gelde zu dem Grab.
Das ist der Juden Teuffels Tiegl/
Zu Lohn solt sein ein starcker Prügl/
Auff ihren Rucken für ein pahr/
Sag O Leser/ist es nicht wahr?
Der Geitzteuffel ist der recht Thäter/
Der Wucherer deß Gelds Verräther/
Die bringens den Juden geflissen/
Wo kondten sie das Geldt sonst wissn.
Die werffens in den Tiegel jr/
Gott werff sie in die Höll dafür/
Ist ob Gott will nicht lang dahin/
Werd die Höll seyn jhr aller Gwinn/
Wiewol sie dessen nicht besorgn/
Der Vmbhang helt jhr Sach verborgn.
Discordia vns sein andeut/
Diser Welt widerwertigkeit/
In hohem vnd Niderm Stand/
Vnter deß das gut Geld zuhand/
Schreyt vmb hülff/ das es muß von
Den Juden schändlich zu grund gahn/
Ja es schreyt vber die danebn/
So jhnen den Gwalt haben geben
Vnter dem obgemeltem Fürhang/
Hat die Gerechtigkeit kein Gang/
Dann jhr Klarheit will nicht hinein/
Hiebey den Teuffels Juden seyn/
Dieweil sie als der Edel Schatz/
In der schnöden Welt hat kein platz.
Weil die Welt im Vnfrieden steht/
Die zeit der Juden Gelt fortgeht.
Schickt aber Gott gutes Regiment/
Der Juden Teuffels Geldt sich endt.
Jhr wider Christische Boßheit/
Mit all jhr Vngerechtigkeit/
Jhr vngerechtes Geld zumal/
Gemacht von allerley Metall/
Wer das nach jhnen schmeltzen thut/
Bringt darvon kaum 2. Pfenning gut.

Solt das nicht zubeklagen sein/
Gegen dem guten Geldt gemein.
Hie spürt man jhren Neid vnd Haß/
Gegen der Christenheit ohn maß/
Vorzeiten hat man sie erkennt/
Mit jhrem falschen Geldt verbrennt/
Man sicht in aller Welt vmbher/
Daß kein Gerechtigkeit ist mehr/
Warumb sie hat keinen Fortgang/
Das macht der Welt Teuffels vmbhang/
Der in allem nicht schafft das Gut/
Biß Gott den Fürhang hinweg thut.
Secht der wigt das Gelt mit Vntrew/
Ey daß es sein letzts wegen sey.
Hinder jhm schlegt der drauff das Präg/
Ach daß sein Seel auch darob leg/
Sampt seiner Müntz tieff in der Erdn/
Daß der Wundsch an jhm war soll werdn/
Daß der Träger/Graber/Todtengräber/
Komm in Höllischen finstern Nebel/
Was wündsch ich? Sie haben mehr Plag/
Weder man jhnen wündschen mag.
Es ist vmb den Armen zu thun/
Dem thut es vbel darob gahn/
Weil die gut Müntz starck geht zu grund/
O Christ bitt Gott hertzlich jetzundt/
Daß er vns laß nach disem Zorn/
Die Hmlische Müntz widerfahrn/
Dardurch vns Christus mit Wolthat/
Erkauffet vnd erlöset hat/
Von der Müntz deß Teuffels die zeit/
Als der verfluchten Vnwarheit/
Deßwegen last vns bitten gleich/
Den lieben Gott im Hmmelreich/
Daß er abwend diß vngemach/
Das wird gedruckt zu Denck im nach.

Zu Augspurg bey Daniel Manasser Kupf- ferstechern beym Werthabrucker- Thor.

Verkleinertes Facsimile eines Spottblattes auf die Münzverfälschungen zur Zeit des dreißigjährigen Krieges.

das Heer ausschließlich darauf an, sich denselben durch Contributionen und Brandschatzungen in den besetzten Gebieten selbst zu verschaffen. Auf diesem Wege wurden dann, da sich die Truppen bei den schwer controllirbaren Contributionen in der Regel einen erheblich höheren Sold als den ihnen vertragsmäßig zugesicherten erpreßten, den unglücklichen Ländern, welche den Heeren zum Quartier dienten, die ungeheuersten finanziellen Opfer auferlegt, die mit rapider Schnelligkeit zur völligen Verarmung der Bewohner führten.

Aber auch für das Heer selbst waren diese Verhältnisse von der verderblichsten Wirkung. Blieben die Soldzahlungen, wie das sehr bald, selbst in den ersten Jahren des Krieges, die Regel wurde, aus und vermochten sich die Truppen, entweder weil das Land, in dem sie lagen, zu arm oder schon zu sehr ausgesogen war, durch Contributionen nicht schadlos zu halten, so kam es zu offenen Meutereien, welche die Disciplin aufs Aeußerste schädigten und den organischen Zusammenhalt wiederholt geradezu auflösten. Solchen umfassenden Meutereien begegnen wir schon bei den ersten Kämpfen in Böhmen, sie wiederholen sich dann in regelmäßiger Wiederkehr bei fast allen Heeren, die in dem Kriege in Wirksamkeit traten. Wir sahen, wie selbst Bernhard von Weimar, der der abgöttisch verehrte Liebling seiner Truppen und ein außergewöhnlich beanlagter militärischer Organisator war, durch derartige Meutereien zuweilen in die allergrößten Schwierigkeiten gerieth.

Alle diese schweren Uebelstände aber wurden für das Heer wie für die von der Einquartierung desselben betroffene Bevölkerung ins Ungemessene gesteigert durch die ebenfalls mit der ganzen Art der Verfassung und namentlich der Werbung zusammenhängende Zusammensetzung der Truppen. Die mit der Werbung betrauten Obersten, welche dieselbe, wenn nicht in erster Linie, so doch mindestens nebenbei als lucratives Finanzgeschäft betrachteten, konnten dabei auf Herkunft, Abstammung und Charakter des Geworbenen nur wenig Rücksicht nehmen, noch viel weniger aber daran denken, die Werbungen etwa auf die Staaten des Fürsten, für den sie geschahen, zu beschränken. Allenthalben im Reiche wurden die Werbetrommeln gerührt, und wer das Werbegeld annahm, wurde in die Truppe eingestellt. Die Versuche, ein Heer nach der Art früherer Jahrhunderte durch ein Aufgebot der Landeseingesessenen zusammenzubringen, wie sie im ersten Jahre des böhmischen Aufstandes unternommen wurden, scheiterten völlig und sind dann später nicht mehr wiederholt worden. Vielmehr waren diese Söldnerheere auf das Bunteste aus den verschiedensten Ländern und Ständen zusammengewürfelt. Neben den Söhnen deutscher Bauern, welche die Lust zum Kriegshandwerk oder der Verlust des ererbten Gutes zur Fahne trieb, folgte alles mögliche Gesindel aus dem Inlande und Auslande dem Rufe der Werbetrommel, namentlich wenn sie für einen erfolgreichen und viele Beute verheißenden Namen gerührt wurde. Kein höheres gemeinsames Band, kein persönliches oder staatliches Verhältniß zu dem Landesherrn, dem sie dienten, hielt diese Schaaren zusammen. Das Einzige, was sie vereinte, war die Liebe zu ungebundenem Leben, die Sucht

nach Beute, oder, wie das namentlich in den späteren Jahren des Krieges nur zu oft der Fall war, die Verzweiflung, in friedlicher Arbeit ihr Leben zu fristen. Es hielt außerordentlich schwer und bedurfte hervorragender persönlicher Eigenschaften der Offiziere, unter denen der deutsche wie fremdländische Adel zahlreich vertreten war, um diesen Regimentern durch den der Fahne geschworenen Eid einigen sittlichen Halt zu geben. Daher die für unsere heutigen Begriffe so auffallende und abstoßende Erscheinung, daß



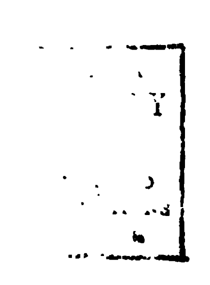
Aus der Zeit des großen Krieges.
Facsimile der Radirung von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

ganze größere Truppenverbände, wenn sie in die Gefangenschaft des Feindes geriethen, oft ohne Weiteres in dessen Dienste traten.

Heere von solcher Zusammensetzung mußten aber natürlich ganz anders auf den Ländern, welche sie auf ihren Kriegszügen berührten, lasten, als das etwa bei unseren heutigen, auf der Wehrpflicht der Unterthanen beruhenden Heeren der Fall ist. Sie machten von vornherein keinen Unterschied zwischen Freundes- und Feindesland, sondern hausten in beiden in gleicher Weise und hielten in ihrer von Jahr zu Jahr wachsenden Verwilderung schlechthin jede Gewaltthat, jede Zerstörung fremden Eigenthums, mehr und mehr auch die

völlige Ausplünderung ganzer Gegenden, wenn es sich darum handelte, dem Feinde dadurch die Existenzmöglichkeit zu rauben, für erlaubt.

So kam es sehr bald dahin, daß die Leistungen der Bevölkerung für den Sold und Unterhalt der im Lande weilenden Truppen nur den kleinsten Theil der Opfer darstellten, welche sie zu bringen hatte. Und doch waren auch diese Leistungen schon enorm, namentlich wenn man in Betracht zieht, daß, je mehr der Krieg sich in die Länge zog, je mehr der Soldat sich dauernd auf das Lagerleben einrichten mußte, um so ungeheuerlicher neben den Truppen selbst der sie begleitende Troß anwuchs. Wenn das Heer, wie in der Regel im dreißigjährigen Kriege, 30 000—40 000 Mann zählte, so betrug der aus den Soldatenweibern und -Kindern, Dirnen, Buben &c. bestehende Troß, der von dem heimgesuchten Lande ebenfalls unterhalten werden mußte, das Doppelte und Dreifache. Wenn nun schon die Contributionen für die Truppen nach den in den Verpflegungsordonnanzen festgestellten Soldsätzen, welche für den Infanteristen etwa 9—10 alte (= 25—30 neuen), für den Reiter 15 alte (= $37^1/_2$ neuen) Gulden, für eine einzige Compagnie zu Fuß von 125 Mann etwa 1500, für eine zu Roß 2400 Gulden monatlich betrugen, dem Lande ungeheure Kosten auferlegten, so wurden diese durch den Troß und durch die gewaltsamen Entwendungen und Brandschatzungen der Truppen noch erheblich gesteigert. Die Schilderungen von den Leiden der heimgesuchten Länder, welche uns in Tagebüchern und Chroniken, noch mehr und objectiver aber in den einfachen, aber beredten Zahlenzusammenstellungen in Stadtbüchern und Rechnungen aus der Zeit des Krieges aus fast allen Gegenden Deutschlands erhalten sind, reden darüber in einer Sprache von grausenerregender Deutlichkeit. Nun wird man gewiß von diesen oft haarsträubenden Schilderungen, welche nicht selten von dem Streben, die Unmöglichkeit weiterer Leistungen darzuthun, eingegeben sind, hier und da erhebliche Abstriche machen müssen, aber unzweifelhaft bleibt doch, daß diejenigen Landstriche, welche auf längere Zeit oder wiederholt von größeren Truppenmassen heimgesucht wurden, schließlich in einer Weise ausgesogen und verarmt waren, die sie dicht an den Rand des Abgrundes brachte und jede regelmäßige erwerbende Thätigkeit unmöglich machte. Freilich wird man trotz der massenhaft vorliegenden, oft herzzerreißenden Detailschilderungen zu einem erschöpfenden zahlenmäßigen und statistisch genauen Bilde der durch die jahrzehntelangen Verwüstungen, Truppendurchzüge und die dabei verübten Bedrückungen herbeigeführten wirthschaftlich-socialen Nothstände wahrscheinlich nie gelangen; jedenfalls ist das für jetzt vollkommen ausgeschlossen, da Vorarbeiten hierfür bisher nur in localhistorischer Richtung unternommen worden sind und man sich gerade bei Untersuchungen dieser Art vor übereilten Verallgemeinerungen sehr hüten muß; aber charakteristisch für die schwere Noth der Zeit sind solche localgeschichtliche Einzelheiten, sind selbst solche allgemein gehaltenen, Wahrheit und Dichtung mit einander verwebenden Schilderungen, wie sie uns Moscherosch in seinen Gesichten Philanders von Sittewaldt und Grimmelshausen in seinem



Simplicius Simplicissimus entworfen haben, doch in hohem Maße. Und je mehr man sich klar machen muß, daß alle allgemeinen Schätzungen über das Sinken der Bevölkerungsziffer in ganz Deutschland, welche die größten Schwankungen aufweisen und die Einwohnerzahl durch den Krieg bald auf die Hälfte, bald auf ein Drittel, bald noch weit mehr zurückgehen lassen, von sehr problematischem Werth sind, um so weniger darf man sich der für den Geschichtsschreiber freilich wenig erfreulichen Aufgabe entziehen, von den aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands vorliegenden Einzelangaben wenigstens einige der zuverlässigsten anzuführen.

Bei Gelegenheit des böhmischen Aufstandes erwähnten wir schon, daß nach neueren, auf gleichzeitigen Einzelangaben beruhenden Berechnungen die Einwohnerzahl Böhmens von vier Millionen auf kaum 800 000 herabging. Ohne Zweifel bei weitem übertrieben ist die in gleichzeitigen Quellen aufgestellte Behauptung, daß in der Pfalz, als Karl Ludwig nach dem Frieden in das Land zurückkehrte, nur noch der fünfzigste Theil der Bevölkerung übrig gewesen sei. Aber ebenso unzweifelhaft ist es, daß gerade die Pfalz, um welche der Krieg in seiner ersten Periode nach der rein local böhmischen Phase hauptsächlich geführt wurde, besonders stark und in besonders langen, ununterbrochenen Zeitabschnitten unter demselben zu leiden hatte, zumal nach der Besitznahme des Landes durch Maximilian von Bayern mit den militärischen auch die empörendsten religiösen Bedrückungen Hand in Hand gingen, welche Tausende an ihrem protestantischen Glauben treu hängender Einwohner zur Auswanderung veranlaßten. Auch mögen einige der vorliegenden Einzelangaben zutreffend sein. So wird berichtet, daß in Germersheim einmal Alles, was sich an Bürgern und Soldaten, Weibern und Kindern noch vorfand, von den entmenschten Kroaten, welche die Stadt eingenommen hatten, niedergehauen wurde. Wenn diese Angabe auch nicht völlig wörtlich zu nehmen ist, so erhält sie in der Hauptsache doch eine sehr gewichtige Stütze dadurch, daß der Erzherzog Leopold Wilhelm sich durch diese grausame Behandlung Germersheims veranlaßt sah, einen strengen und energischen Befehl an seine Truppen zu erlassen, in welchem er jeden Mörder mit dem Tode zu bestrafen drohte. Erst dieser Befehl machte dem Blutbade in der dortigen Gegend für den Augenblick ein Ende. Mit Nichten aber hörten darum die Bedrückungen und Brandschatzungen im Allgemeinen auf. Unaufhörlich war das Land von Truppen überschwemmt, welche namentlich auf dem flachen Lande die verheerendsten Plünderungen und Gewaltsamkeiten verübten. Die Folge war, daß nach einiger Zeit an eine regelmäßige Bestellung der Aecker überhaupt nicht mehr gedacht wurde, so daß in Folge des Mangels an Brotfrucht eine grausame Theuerung und Hungersnoth herrschte. Zu Weinheim an der Bergstraße und in der Umgegend kostete im Jahre 1635 ein Malter Korn die für die damalige Zeit unerhörte Summe von achtzehn bis zwanzig Thalern, ein Malter Mehl vierundzwanzig Königsthaler. Die Bevölkerung griff zu den ekelerregendsten Nahrungsmitteln; man aß gefallene Pferde, Frösche wurden für Lecker-

bissen angesehen. Ja schon damals ward aus den verschiedensten Orten gemeldet, daß man sich selbst an menschlichen Leichen vergriffen, ja auch Menschen, namentlich Kinder, geschlachtet habe, um sie zu verzehren. Eine verheerende Pest war die Folge dieser haarsträubenden Zustände. Ganze Dörfer starben aus. Und dabei wurde das Land gerade damals nach der Schlacht bei Nördlingen von den spanischen Truppen des Cardinal-Infanten, welche nach den Niederlanden abzogen, und von den siegreichen Kaiserlichen mit den ausgesuchtesten Grausamkeiten heimgesucht. Nach den vorliegenden Einzelschilderungen muß schon in jener Periode jedes Gefühl für Menschlichkeit den verwilderten Söldnerhorden abhanden gekommen sein. Schon längst begnügten sie sich nicht mehr mit den Bedrückungen und Erpressungen, welche für ihren Unterhalt nothwendig waren; sie zerstörten, um zu zerstören, und weideten sich mit brutaler Lust an den Leiden der unglücklichen Bevölkerung. Namentlich waren es die spanischen und italienischen Truppen, über deren Grausamkeit die empörendsten Klagen erhoben wurden. Fanden diese Horden in einem Dorfe nicht so viel Vorräthe an Geld und Lebensbedürfnissen, wie sie erwartet hatten, oder nahmen sie gar an, daß vorhandene Vorräthe ihnen verheimlicht würden, so schreckten sie vor den schlimmsten Peinigungen der Bewohner nicht zurück, in denen sie bald eine traurige Virtuosität erlangten. Man schoß die Leute ins Knie und drehte ihnen dann die Beine ab, sägte ihnen die Schienbeine an, machte Schnitte in die Fußsohlen, in die dann Salz gestreut wurde, schnitt ihnen Riemen aus dem Rücken, ja es kam vor, daß Kinder im Beisein der Eltern lebendig in den Backofen geschoben wurden. Daneben wurden hier wie fast überall, wo diese Horden hausten, die Weiber massenhaft zu Opfern der viehischen Lüste der entmenschten Soldatesca. Frauen und Jungfrauen wurden in Gegenwart ihrer Männer und Väter, zuweilen auf offener Straße geschändet, selbst die Schwangeren, denen man in bestialischer Wuth die Brüste abschnitt, wurden nicht geschont. Es war, als hätten sich diese Horden vorgenommen, die ganze Bevölkerung buchstäblich zu Grunde zu richten.

Und so wie in der Pfalz, so war es, bald in höherem, bald in geringerem Grade, überall im Reiche, wo größere Truppenmassen längere Zeit in einem Gebiete verweilten. Namentlich hatte der Süden und Westen Deutschlands nach der Schlacht von Nördlingen namenlos von den siegreichen Kaiserlichen zu leiden. Eine große Menge von Ortschaften war völlig vom Erdboden verschwunden; die Wüstungen, deren Ueberreste neuerdings hier und da zu Tage treten oder von denen uns nur die Namen erhalten sind, stammen zum großen Theil aus dieser Zeit. Und auch in den Städten und Dörfern, welche ihr Dasein gerettet hatten, stand nach dem Kriege oft ein großer, oft bis zu zwei Dritttheilen anwachsender Theil der Häuser leer. Die Unsicherheit jeglichen Besitzes während des Krieges hatte namentlich das immobile Eigenthum so entwerthet, daß nach dem Kriege größere Hofgüter für wenige Gulden zu kaufen waren, in den Städten aber Häuser in großer Zahl niedergerissen

Vnpartheysche beschreibung / gemeinister Victualien / was dieselben ist zeit Augspurgischer Bloqvierung / von vngefahr anfang deß Monats Novemb. Anno 1634. biß fast zu ende deß Martij / Anno 1635: als dieselbe wider in Röm. Kays. Mayestē vnsers Allergnädigsten Herrens / Devotion komen / aufs höchste / so lang aine oder die andere zubekomen gewesen / gegolten: Vnd entgegen wie dergleichen Sachen / die zwey Jar / Anno 1640. vnd 1641. Durch Gottes reichen Segen / in guter reqvie vnd feinem Friden / nach der menge / in ringem Preß / sein zubekomen gewesen: Der lieben Jugent / vnd gantzen Posteritet / welche solchen Jamer vnd Grewel theils nicht gedencken / zu mercklicher Erinerung: Andern aber / so disen so reichē Segen / wider wissen vnd gewissen / hochsträflich vnd grobärgerlich mißbrauchen / wardurch der Allmechtige Gott / mit ihrer fortfahrender abschewlicher Sicherheit / vnd strenger in Himmel schreyender Sündē / zu noch vil grösserer Straff vnd Plag fürsetzlich bewögt / vnd gleichsam benötiget wirdet: Zu trewhertziger Warnung in Truck gegeben / gantz nicht zweiflende / wa man von solchen schweren Sünden ablasset / werde Gott seinen gerechten Zorn auch lassen schwinden.

Artikel (1634/35)	Preis
Metzen Kern p	24 fl
Metzen Korn	22 fl
Metze Gersten	6 fl
Metzen Haber	6 fl
Metze Erbiß	6 fl
Vierle schönmel	4 fl
V. Rugginme	1 fl 4 kr
V. Gerstme	1 fl 5 kr
V. Häbernme	1 fl 45 kr
V. gsotehabe	2 fl 12 kr
V. Erbißmel	1 fl 15 kr
V. Linsinmel	1 fl 45 kr
Rugginer Laib / von 3½ ℔ ein gut Freund dem andern	1 fl 30 kr
Semel zu 6 lot	12 kr
vierteli mölstaub	10 k
Metze grobe klei	40 k
Vierling Saltz	48 kr
Ein zimlicher Ochs	250 fl
solche Kuh	150 fl
zimliche Kalb	42 fl
Schwein	40 fl
Spanfäcklin	2 fl
Schaf	24 fl
Lamb	14 fl
℔ Kalbfleisch	48 kr
℔ schweinfleisch	36 kr
dügne Ochsezung	1 fl
Kalbskopf	1 fl
Kalbsgling	1 fl 30 kr
℔ Speck	36 kr
℔ Grif	48 kr
℔ Rindern würst / nur schlecht. p	24 kr
Dügne wurst	16 kr
℔ Butter	1 fl
℔ frisches Schmaltz p	1 fl 20 kr
℔ schw. schmaltz	1 fl 6 k.
℔ Schmer	40 kr
℔ Inschlet	36 kr
℔ Kühfleisch	40 kr

Artikel (1634/35)	Preis
Kühmagen	1 fl 4 kr
Kühmaul	30 kr
Kühfuß	30 kr
Kalbsfuß	4 kr
Kühwamme	9 fl
℔ Roßfleisch	30 kr
℔ Roßkutlen	16 kr
℔ Eselfleisch	30 kr
Roßkopf roh.	1 fl 30 k.
Roßmagen	30 kr
Roßmaul	20 kr
Roßfuß	18 kr
Roßwamme	4 fl
Küehaut	12 fl
Roßhaut	10 fl
Eselshaut	9 fl
Kalbshaut	3 fl
℔ schweinwildp.	48 k.
℔ hirsche wildp.	40 k.
Haaß	1 fl 38 kr
Ein Indianischer han	9 fl
Indianische henn	8 fl
Capaun	3 fl
Ganß	4 fl
Henn	1 fl 30 kr
Huen	1 fl
Wilde Ent	1 fl 12 kr
Taucherlin	50 kr
heimische Ent	1 fl
par Tauben	1 fl 20 kr
Hennen ay	12 kr
℔ Aal	1 fl 20 kr
℔ Kugeten	1 fl
℔ Forhen	1 fl 12 kr
℔ Hecht	32 kr
℔ Karpfen	36 kr
℔ Alat	34 kr
℔ Nasen	24 kr
℔ Barmen	1 fl
℔ Krebs	36 kr
Neunauge	4 kr
maß pfrillen	1 fl 36 k
me Senglein	1 fl 20 k

Artikel (1634/35)	Preis
maß Grundlē	1 fl 30 k
me Groppen	50 kr
me Mischling	36 kr
Häring	12 kr
℔ Lachs	48 kr
℔ Stockfisch	45 kr
me Sp. wein	2 fl 32 k.
me Malvasir	2 fl 30 k.
me Rainfal	2 fl 22 kr
me alten Wein	1 fl
me Honig	1 fl 30 kr
me branntwein	2 fl 40 k
me gmein Meth	36 k
me braun Bier	18 dl
me weiß bier	13 dl
me Weinessig	48 kr
me Bieressig	8 kr
℔ Kochzucker	2 fl
℔ Ziweben	30 kr
℔ Feigen	30 kr
Ein ℔ Rohmandel	45 kr
℔ Weinbeer	24 kr
℔ Reiß	40 kr
℔ Zweßcken	18 kr
℔ Parmasonk.	1 fl 20 k
℔ Hollenderkäß	1 fl
℔ schweitzerkäß	52 k
℔ gmein Käß	24 kr
℔ Inschletkertze	37 k.
℔ Baumöl	1 fl 20 kr
℔ Leinöl	30 kr
℔ Clauēschmaltz	24 k
metz bayr rüb	1 fl 28 k.
me schwäb. rüb	1 fl 4 k.
Cle buchin holtz	10 fl
Cle bürckin holtz	8 fl
Cle feuchtin holtz	8 fl
Centner Hew	2 fl
Schober Stro	4 fl
stauden Wersich	12 kr
100 Schneggen	32 kr
zimblicher Apfel	3 kr
metze Hugelpirn	7 fl

Artikel (1640/41)	Preis
Schaf Kern p	4 fl
Sche Waitzen	4 fl
Sche Fesen	3 fl
Ein Sche Korn	1 fl 30 kr
Sche Gersten	3 fl
Sche Haber	1 fl 30 kr
Metze Erbiß	40 kr
Metze Linsen	48 kr
Vierling Hertzenbrot-mehl p	24 kr
V. schön mehl	10 kr
V. Rugginmehl	6 kr
V. Füsinmehl	11 kr
V. Häbern mehl	11 kr
V. gsottenhaber	11½ kr
Metze schön klei	10 kr
Laib von 22 vē	4½ kr
Semel zu 10 lot	½ kr
Vierle Saltz	15 kr
Ein zimlicher Ochs	30 fl
zimliche Kuh	15 fl
zimlich Schwein	4 fl
Spanfäcklin	12 kr
Schaf	2 fl 30 kr
Lamb	1 fl
Kützlin	18 kr
℔ Rindfleisch	5 kr 1 hl
℔ Kalbfleisch	5 kr
℔ schweinfleisch	5 kr
℔ Schaffleisch	5 kr
℔ Speck	6 kr
℔ Grif	8 kr
℔ Rindern würst	5 kr
Dügnewurst	3 kr
℔ Butter	8 kr
℔ frisch Schmaltz	10 kr
℔ schw schmaltz	8 kr
℔ Schmer	10 kr
℔ Inschlet	10 kr
Lambsseiten	40 kr
Kalbskopf	12 kr
Schafskopf	4 kr
Kalbsgling	12 kr

Artikel (1640/41)	Preis
Schafsbäuschlin	4 kr
Ochsenhirn	5 kr
Ochsenzung	20 kr
Ein Ochsenmagen	8 kr
Ochsenmaul	5 kr
Ochsenwamme	1 fl 52 k
Ochsenfuß	5 kr
3. Kalbsfüß	4 kr
℔ Wildpret	4 kr
℔ schw. wildpret	3 kr
Haaß	24 kr
Indianische Han	1 fl
Indianische henn	45 k
Ein Capaun	24 kr
Ganß	24 kr
Ent	10 kr
Henn	10 kr
Huen	6 kr
Wilde Ent	20 kr
Taucherlin	15 kr
par Tauben	8 kr
12. Hennenayr	4 kr
℔ Aal	52 kr
℔ Kugeten	32 kr
℔ Forhen	28 kr
℔ Hecht	16 kr
Ein ℔ Karpfen	12 kr
℔ Barmen	9 kr
℔ Alat	10 kr
℔ Nasen	6 kr
℔ Krebs	14 kr
3. Neunaugen	2 kr
℔ Lax	12 kr
℔ Stockfisch	9 kr
Maß Senglen	1 fl
me Grundlen	28 kr
me Pfrillen	20 kr
Ein me Groppen	24 kr
me Mischling	16 kr
Häring	2 kr
Maß spē Wein	52 kr
me Malvasier	52 kr
me Rainfal	36 kr

Artikel (1640/41)	Preis
maß altē Wein	16 kr
me newen Wein	12 kr
me Branntwein	36 kr
me gmein Meth	6 kr
me Honig	14 kr
me braun Bier	2½ kr
me weiß Bier	2 kr
Maß Weinessig	16 kr
Maß Bieressig	5 kr
℔ Kochzucker	40 kr
℔ Ziweben	14 kr
℔ Feigen	12 kr
℔ Weinbeer	12 kr
℔ Rohmandel	32 kr
℔ Reiß	4 kr
℔ Zweßcken	3 kr
℔ Parmasonkäß	28 k
℔ Hollenderkäß	16 kr
℔ Schweitzerkäß	6 kr
℔ gmein Käß	6 kr
Ein ℔ Inschletkertze	10½ k
℔ Baumöl	12 kr
℔ Leinöl	10 kr
℔ Clauēschmaltz	9 kr
Metzen der Bayrischen Rüb	18 kr
Metzen der Schwäbischen Rüb	6 kr
Claffter buchin Holtz bayrisch	4 fl 30 kr
Claffter buchin Holtz schwäbisch	3 fl 15 kr
Claffter lang bürckin Holtz	3 fl 30 kr
Claffter kurtz bürckin Holtz	2 fl 30 kr
Cle feuchtehe	2 fl 30 k
Centner Hew	24 kr
Schober Stro	30 kr
stauden Wersich	1 kr
100 Schneggen	8 kr
100 gut äpfel	10 kr
metze Hugelpirn	28 kr

Verkleinertes Facsimile einer Tabelle der Lebensmittel=Preise in Augsburg in den Jahren 1634/35 und 1640/41.

wurden, weil sich Niemand fand, sie wieder auszubauen. In vielen Gegenden Deutschlands dürfte die Bevölkerung heute noch kaum die Ziffer wieder erreicht haben, die sie vor dem Kriege hatte. In Württemberg sank die Einwohnerzahl von 313 000 im Jahre 1634 auf 65 000 im Jahre 1645. Die Einwohnerstatistiken, welche uns aus Franken erhalten sind, weisen durchschnittlich einen Rückgang auf ein Viertel der früheren Zahl auf. In Augsburg blieben von 80 000 Menschen im Jahre 1632 nur 18 000 im Jahre 1648, in Frankenthal in der Pfalz, welches wiederholt belagert worden war, gar von 18 000 nur 324 übrig.

Selbst in den vom Kriege verhältnißmäßig wenig heimgesuchten thüringischen Gebieten sank die Zahl der Familien von 1631 bis 1649 durchschnittlich auf etwa ein Fünftel, in einzelnen Bezirken auf ein Zehntel ihres früheren Bestandes. In dem Lande zwischen Deister und Leine erhob Tilly in den wenigen Jahren von 1628—1631 mehr als zwei Millionen Thaler Contributionen. Die Stadt Lüneburg allein mußte von 1638 bis zum Frieden 500 000 Thaler zahlen. Göttingen berechnete seinen Schaden schon im Jahre 1629 auf 523 000 Thaler. Ueber Braunschweig-Lüneburg liegt eine Erklärung des Gesandten dieses Landes auf dem Osnabrücker Friedenscongreß vor, nach welcher dort über hundert Städte, Flecken und Dörfer abgebrannt seien, an deren Wiederaufbau man nicht habe denken können. Aehnlich schreckliche Zahlen über die Verwüstungen in Hessen haben wir schon bei der Schilderung des Zuges des kaiserlichen Heeres unter Götz durch dieses unglückliche Land erbracht. Für Brandenburg und die Stifter Magdeburg und Halberstadt braucht nur an die Klagen und zahlenmäßigen Angaben erinnert zu werden, welche schon auf dem Regensburger Kurfürstentage von 1630 darüber vorgebracht wurden. Allein Wallensteins und Montecuculis Erpressungen betrugen hier nach den in der kurfürstlichen Kanzlei aufgestellten Berechnungen zwanzig Millionen Thaler. In der Stadt Brandenburg standen damals 500 Häuser wüst und leer.

Aber nicht nur in den von den Kaiserlichen heimgesuchten Gebieten lagen die Verhältnisse so trostlos. Wenigstens ebenso unmenschlich wie Wallenstein und Tilly, Montecuculi und Götz hausten Mansfeld und Christian von Braunschweig, und auch bei den Schweden, von denen in den letzten Jahren des Krieges namentlich die norddeutschen Gebiete wiederholt in der schrecklichsten Weise ausgeplündert wurden, war, wie wir sahen, die vortreffliche Mannszucht, welche Gustav Adolfs edle Herrschergestalt bei ihnen zu erhalten gewußt hatte, bald derselben zügellosen Roheit und Verwilderung gewichen, welche bei den anderen Heeren der Zeit herrschend war. An ausgesuchter Grausamkeit stand Banér hinter den kaiserlichen Führern, hinter Mansfeld und Christian von Braunschweig in keiner Weise zurück. Von ihm und seinen Schweden ist nach dem Prager Frieden namentlich Kursachsen wiederholt auf das Grausamste gebrandschatzt worden, so daß auch dort bald ähnliche Zustände herrschten wie im Süden und Westen Deutschlands. Hierfür ist es u. A. bezeichnend,

daß sich in den Jahren 1640—1646 in diesem Lande die Wölfe so vermehrt hatten, daß sie in Trupps von fünfzehn bis zwanzig Stück in Dörfer und zuletzt in kleinere Städte einbrachen. Der Kurfürst Johann Georg, der nicht bloß ein gewaltiger Trinker, sondern auch ein tüchtiger und leidenschaftlicher Jäger war, erlegte während seiner Regierung 3543 Wölfe und 203 Bären. Daß solche Erscheinungen nur bei einer starken Verödung und Entvölkerung des Landes möglich waren, liegt auf der Hand. In der That liegen uns darüber ähn-



Räuberischer Ueberfall.
Facsimile der Radirung, 1643, von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

liche Berichte vor wie aus anderen deutschen Territorien. So erfahren wir, daß in Freiberg im Jahre 1640 von 1700 Häusern nur noch 500, in Chemnitz ebenfalls nur der vierte Theil der Häuser übrig war.

Doch wir brechen ab; denn wer wollte allen den Jammer und das Elend der Bevölkerung, welche sich in diesen Zahlen, die noch beliebig vermehrt werden könnten, ausdrückt, erschöpfend beschreiben wollen? Selbst wenn man die zahlreichen Uebertreibungen, die in den gleichzeitigen Angaben mit untergelaufen sind, sehr hoch veranschlagt und in Abzug bringt, selbst wenn man ferner in Betracht zieht, daß die Entvölkerung mancher Gegenden zum

Theil auch auf der Auswanderung der bedrängten Einwohner nach anderen Territorien beruht und nicht in vollem Umfange als ein Verlust an Menschenleben zu betrachten ist, bleibt doch immer noch eine Summe des Unheils zurück, welche es begreiflich macht, daß die fleißige Arbeit von Generationen dazu gehörte, um die Wunden, welche der Krieg dem unglücklichen Vaterlande geschlagen hatte, wieder einigermaßen vernarben zu lassen.

Am meisten hatte naturgemäß der Ackerbau gelitten, da während der beständigen Truppendurchzüge die Bestellung des Ackers von der decimirten und ausgesogenen Landbevölkerung oft völlig eingestellt worden war, so daß an Stelle der Wiesen und Felder oft mit Buschwerk überwachsenes Heideland getreten war, in welchem Wölfe und Räuber noch Jahrzehnte lang hausten. In Württemberg lagen noch 1654 acht Städte, fünfundvierzig Dörfer mit 65 Kirchen, 230 öffentlichen und 30 086 Privatgebäuden in Asche. Von dem reichen Kulturland waren 40 000 Morgen Weingärten, 248 000 Morgen Acker und Gärten, 24 000 Morgen Wiesen unbebaut. Wie weit diese Verödung ging, wie allgemein sie war, sieht man am besten aus den Maßregeln, welche nach dem Kriege zu ihrer allmählichen Beseitigung ergriffen werden mußten. So erschienen in der Pfalz verschiedene Verordnungen, in denen Jeder, der alte Häuser reparirte oder wieder aufbaute, für zwei, wer neue baute, für drei, wer wüste Felder, verwilderte Plätze und Weinberge wieder anbaute, für ein bis sechs Jahre Steuerfreiheit erhielt.

Hier wie in einigen anderen wohl verwalteten Territorien, namentlich in Brandenburg und Sachsen, wurden dann in den nächsten Jahren die rühmlichsten Anstrengungen von Seiten der Landesherren gemacht, um aus der Verwüstung und Zerrüttung des Krieges wieder zu einigermaßen geordneten Zuständen zu gelangen und der schweren Nothlage der Landwirthschaft abzuhelfen. Besondere Schwierigkeiten machte die Regelung des Schuldenwesens. Der ritterliche wie bäuerliche Grundbesitz war während des Krieges trotz aller Moratorien, welche ihm von Reichs- und Landesbehörden gegenüber seinen Gläubigern gewährt wurden, in immer tiefere Verschuldung gerathen; die Zinsen waren meist viele Jahre lang nicht bezahlt worden und hatten sich zu großen Summen aufgehäuft. Da mußte dann auf eine Regelung gesonnen werden, welche der bedrängten Landwirthschaft die Existenz ermöglichte, ohne doch den Gläubiger, der zumeist dem städtischen Bürgerstande angehörte, ganz seines Eigenthums zu berauben. Immerhin ging es ohne einige Gewaltsamkeiten nicht ab. In vielen Fällen mußten die Zinsen völlig niedergeschlagen oder erheblich reducirt werden, meist gelang es aber unter Vermittelung der Landesherrschaft, zu einem leidlichen Abkommen zu gelangen.

Vor Allem galt es dann, in vielen Gegenden der traurigen Entvölkerung entgegen zu arbeiten, die zu einem drückenden Mangel an Arbeitskräften und in Folge dessen zu einem rapiden Emporschnellen der Arbeitslöhne führte. Darunter aber litt namentlich der Großgrundbesitz, und zwar um so mehr, als gleichzeitig in Folge des Mangels an genügendem Absatz die Getreidepreise



Klag vnd Bettlied

Der Armen/ durch vielfaltige/ grausame schädliche Krieg/ durchzüg/ vnd andere weg hochbetrångten vnd beschwerten Bawers vnd Landleuten in der gantzen Christenheit/ vmb den lieben Frieden.

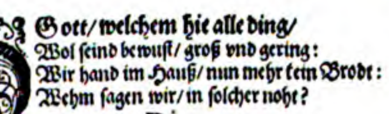
Nach dem alten Kirchengesang/ Da pacem Domine, in diebus nostris, gerichtet. Oder Verleyh vns frieden gnådiglich/ etc.





O Gott/ welchem hie alle ding/
Wol seind bewust/ groß vnd gering:
Wir hand im Hauß/ nun mehr kein Brodt:
Wehm sagen wir/ in solcher noht?

DA.





ALIUS.

ANder Volck welchs verprasset gar/
Was wir gesamblet han diß Jahr/
Inn Müßiggang/ nit wie man soll:
O lieber HErr/ du kenst den woll.

QUI.

DA.

GIb vns/ dann zu dir lieber HERR/
Wir hoffen all/ dieweil nun mehr/
Wucher vnd Geiz/ nimpt vberhand:
So verleyh vns/ in diesem Stand/

PACEM.

FRied/ Einigkeit/ doch wilan mehr/
Straffen all vnser Sünde schwer/
Mit Pestilenz/ Thewrung/ Krieg schad?
Wir hand verschuld/ solch vngenad.

DOMINE.

HERR/ vnser Vorfahren allsamm/
Solche Boßheit/ Schand/ nie vernamm/
List vnd Betrug/ Vngrechtigkeit/
Als wir offt sehn mit Herzenleidt.

IN DIEBUS NOSTRIS.

IN vnsern tagn/ wir seind beschwert/
Mit Arbeit viel/ Zinß/ außgelährt:
Vnser Gesind/ muß bettlen gehn/
Wir haben heut/ nie Brodt gesehn.

QUIA NON EST.

DAnn es ist kein/ vbriges mehr/
Ob wir im Feldt gearbeit sehr/
Die Reben pflanzt/ Wein zubekomn/
So hat es doch/ alls hingenomn.

QUI.

DEr vnsre Schaaff genommen hot/
Küh/ Schwein/ Gänß/ Hüner/ gschlagen todt/
Auch die verschlembt/ mutwillig sehr:
Gib jemandt/ der für vns nun mehr.

PUGNET.

STreit/ vnd straff noch die böse Leut/
So vns zumal verderben heut/
Wie vorhin auch/ welche doch soln/
Kempffen billich/ wann sies thun woln.

PRO NOBIS.

FVr vns/ wie du gabst deinem Sohn/
Die sunst waren verdorben schon:
Drumb glauben wir/ das mehr kein Mann/
Auß aller noht/ erretten kan/

NISI TU.

DAnn du: wer sich auff die ganz Welt
Verläßt/ der hat sehr weit gefehlt:
Er find kein Heyl: drumb wir in gmein/
Hoffen zumal/ auff dich allein.

DEUS NOSTER.

GOtt vnser HErr: wann Vnrecht/ Gwalt/
Wucher vnd Geiz/ in d' Helle fallt/
Grechtigkeit/ Fried/ Siegt/ Triumphirt:
Als dann solch zeit vns frewen wirdt.

Psal: 60. 67. Esa: 59. D. S.

HERR/ schaff vns beystand in der noht: Dann Menschen Hülff ist kein nuß/ ꝛc. Zerstöre die Völcker/ die lust haben zu Kriegen/ ꝛc. Dann jhre Werck seind Werck der Boßheit/ ja das Werck deß Raubs ist in jhren Händen/ Ihre Füß lauffen zum bösen/ vnd eylen das vnschuldig Blut zuvergiessen/ Ihre Rahtschläge/ Verwüstung vnd Mord ist auff jhrer Bahn: Aber den Weg deß Friedens kennen sie nicht/ in jhrem ziehen ist kein billigkeit: Ihre Weg sind verwirret/ das ein jeder der darein gehet/ nichts vom Frieden weißt. Vnd darumb ist Billigkeit weit von vns/ vnd Gerechtigkeit nahet vns nicht/ ꝛc.

Straßburg/ bey Jacob von der Heyden.

Verkleinertes Facsimile eines die Noth der Bauern darstellenden Flugblattes, etwa aus der Mitte der Kriegszeit.
Kupferstich von Jakob van der Heyden (um 1570—1637).

sehr stark fielen. So kam es, daß an vielen Stellen die Grundbesitzer nicht ohne Berechtigung darüber Klage führten, daß ihr ländliches Gesinde eine bei weitem gesichertere und sorgenfreiere Existenz hätte als sie selbst. Weit-

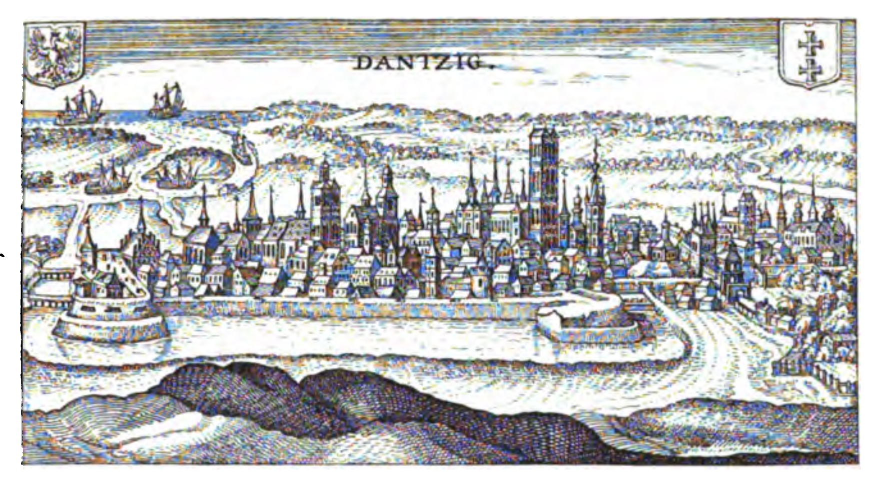


Verkleinertes Facsimile eines Flugblattes auf den Zustand des deutschen Reiches im Jahre 1622.

blickende und staatsmännische Landesherren, wie der Kurfürst von Brandenburg, trugen daher sehr bald ernstlich Sorge, durch eigene Edicte, in denen den Ansiedlern besonders günstige Bedingungen gestellt wurden, Colonisten in ihre Länder heranzuziehen. Hier bot sich in der That ein schier unerschöpfliches Gebiet für eine fürsorgende landesherrliche Thätigkeit. Daneben wurde

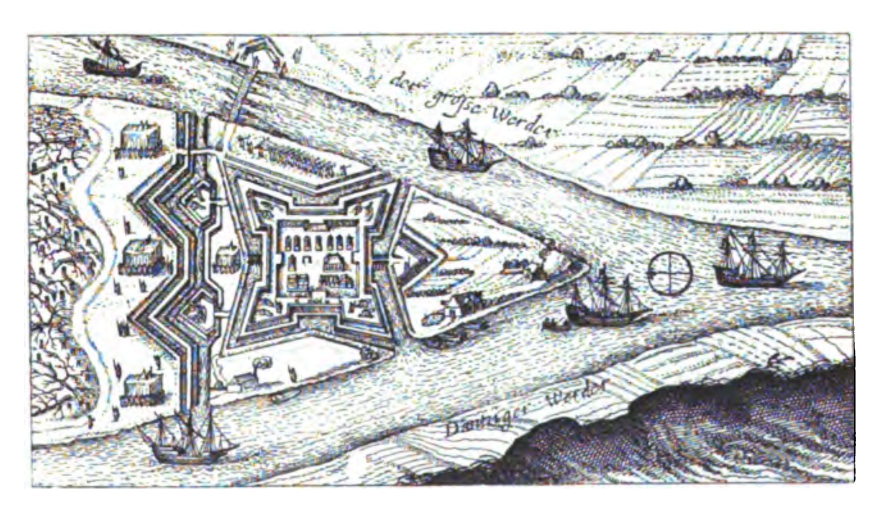
dann auch der Hebung der Landescultur im Allgemeinen eingehende und liebevolle Sorgfalt gewidmet. Unter den Producten des Landes begann eben damals neben den Halmfrüchten und den seit langer Zeit herkömmlich gebauten Gemüsesorten die Kartoffel von immer wachsender Bedeutung zu werden. Dieselbe war zuerst in Deutschland, zunächst nur als botanische Curiosität, von dem Botaniker Klusius im Jahre 1588 gezogen worden, die systematische Anpflanzung derselben als Nahrungsmittel begann in einigen Gegenden schon vor dem Kriege und gewann dann während desselben immer mehr Boden. In Hessen-Darmstadt, Westfalen und Niedersachsen finden wir sie um 1640, in Braunschweig 1647. Nach dem Kriege wurde dann ihr Werth als Nahrungsmittel in immer weiteren Kreisen erkannt. 1650 wurde sie in Brandenburg, speciell in Berlin, angebaut und hat nicht wenig zur Hebung der Lebenshaltung der niederen Schichten in Stadt und Land beigetragen. Daneben gewann in mehreren Ländern des Reiches auch der Tabakbau eine gewisse Bedeutung.

Während so der Ackerbau, der unmittelbar am meisten unter dem Kriege gelitten hatte, bei der Wiederkehr ruhiger Zustände in stiller und entsagungsvoller Arbeit sich langsam wieder kräftigte — wenngleich sich die sociale Stellung des kleineren Bauernstandes neben dem Großgrundbesitz dauernd verschlechterte —, wurden der Industrie und besonders dem Handel, welcher sich während des Krieges in andere Länder, namentlich nach England, den Niederlanden und Frankreich, gezogen hatte, Wunden geschlagen, die anderthalb Jahrhunderte kaum zu heilen vermochten. Noch am Anfange des siebzehnten Jahrhunderts hatte der deutsch-italienische Handel geblüht, ja er hatte sich in Folge der niederländischen Wirren unter Philipp II. noch mehr als früher nach Deutschland gezogen. Dadurch war der Verlust des größten Theils des überseeischen Handels, der in Folge der Entdeckung des directen Seeweges nach Ostindien Deutschland verlassen und in den spanisch-portugiesischen und niederländischen Häfen einen großen Aufschwung genommen hatte, wenigstens einigermaßen wieder ausgeglichen worden. Die reiche Blüthe, welche namentlich das Kunstgewerbe in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts in der sogenannten Spätrenaissance gezeitigt hatte, ist ein sprechender Beweis für die Wohlhabenheit, welche damals noch in den großen Handelsemporien Süddeutschlands herrschte. In der That waren die Städte noch am Anfange des Krieges die materiell gesegnetsten Sitze deutscher Cultur, ein fröhliches Bürgervolk trieb Handel und Wandel und ergötzte sich an mehr oder minder harmlosen Volksvergnügungen aller Art, unter denen namentlich die herkömmlichen Schützenfeste eine große Rolle spielten; allenthalben blühte die Industrie, herrschte behäbiger Wohlstand. Wie war das jetzt durch den Krieg so ganz anders geworden! An sich und unmittelbar hatten zwar die Städte unter den Lasten des Krieges und den Bedrückungen der Soldatesca weniger zu leiden gehabt, als das flache Land, welches ihren verheerenden Brandschatzungen völlig wehrlos preisgegeben war, während die festen Mauern der Städte



Ansicht von Danzig.
Facsimile des Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

schnell vorübergehenden Durchzügen oder der Ueberfluthung durch kleinere, getrennte Söldnerhaufen doch einen gewissen Widerstand entgegen setzten, der sich zuweilen, wie in Magdeburg und Stralsund, zu einer heldenhaften Gegenwehr erhob. In Folge dessen war es eine häufige Erscheinung, daß beim Herannahen eines feindlichen (oder auch freundlichen) Heeres die Bevölkerung des flachen Landes massenhaft in die Städte hereinströmte und in vielen derselben vorübergehend, in manchen auch dauernd sogar ein Anwachsen der Einwohnerzahl herbeiführte. Aber die eigentlichen Lebensadern, freier Handel

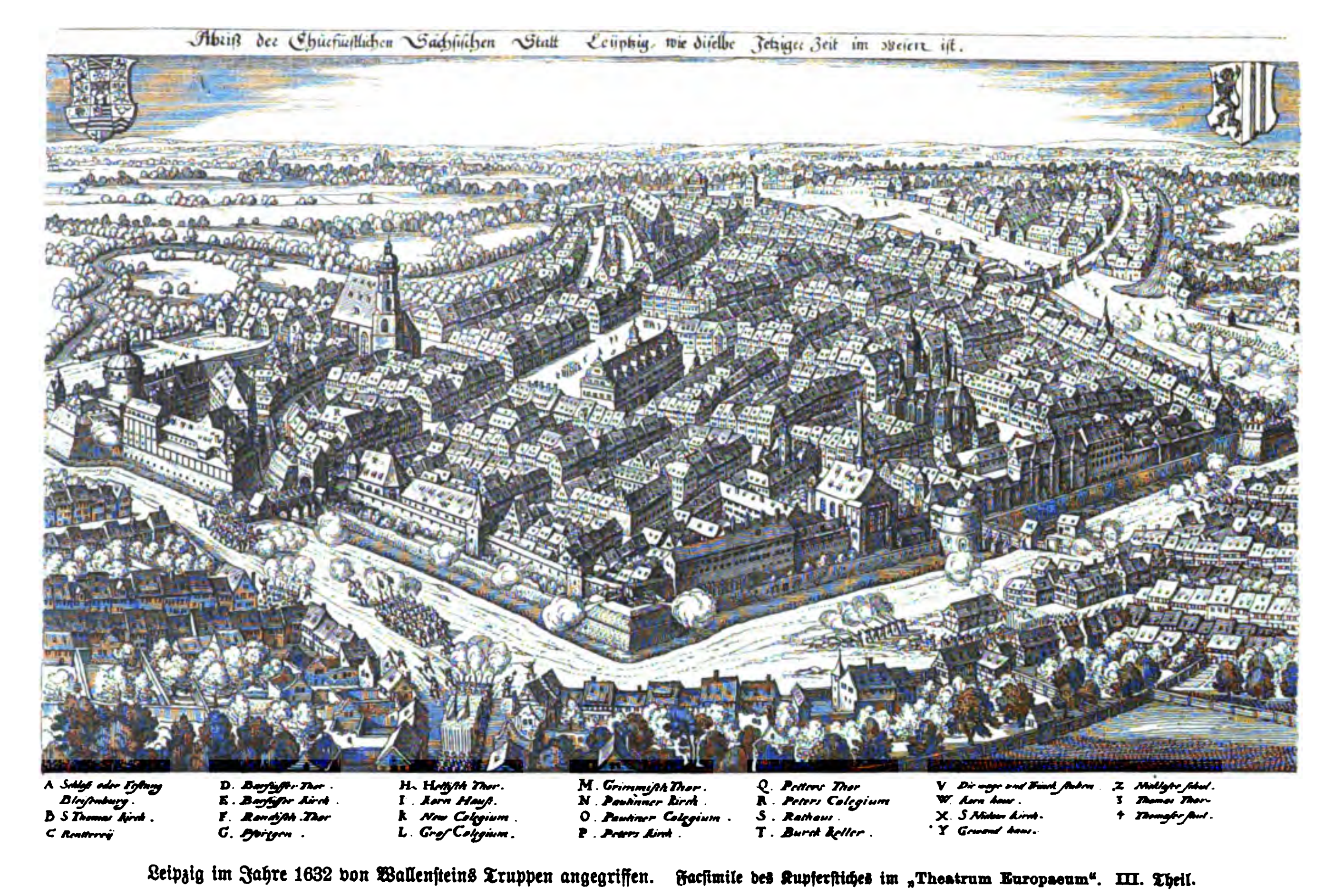


Plan der Citadelle von Danzig.
Facsimile des Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

und Verkehr, waren den Städten fast völlig unterbunden. Alle Sicherheit der Straßen hatte völlig aufgehört. Nur gegen theuere, sehr oft nicht innegehaltene Schutz- und Geleitsbriefe war es überhaupt möglich, mit einem Waarenzuge von einer Stadt zur andern zu gelangen; ein Handel auf weitere Entfernungen war so gut wie völlig ausgeschlossen. Nur die Seestädte, vor Allem Hamburg, vermochten denselben einigermaßen in den alten Grenzen aufrecht zu erhalten und in Folge dessen inmitten der allgemeinen Verwirrung sich ein gewisses Maß von Sicherheit und Wohlstand zu bewahren. Im Uebrigen wurde während des Krieges sowohl der binnenländische als der früher von der Hansa fast ausschließlich beherrschte überseeische Handel so gut wie völlig vernichtet. Der Hansabund umfaßte am Schluß des Krieges nur noch Lübeck, Hamburg und Bremen, im Innern Deutschlands waren Frankfurt und Leipzig, dessen Messe Torstenson, der mehrere Jahre dort den Hauptsitz seiner Heeresverwaltung aufgeschlagen hatte, aus wohlverstandenem eigenem Interesse beschützte, die einzigen Städte, die nennenswerthen Handel betrieben.

Fast schlimmer noch, als alle diese verheerenden materiellen Wirkungen des endlosen Krieges waren die moralischen, war die sittliche und geistige Verwilderung, welche unter der Generation, die unter den Schrecken desselben aufgewachsen war, Platz gegriffen hatte. Diesem unglücklichen Geschlechte war das Grausige einer beispiellosen Verheerung und Verrohung der Sitten schier zum Alltäglichen, zur Gewohnheit geworden. Viele von ihnen hatten den Frieden mit dem Segen einer ruhigen und gesicherten erwerbenden Thätigkeit nur dem Namen nach kennen gelernt. Ein Menschenalter lang war die friedliche Arbeit und ihr sittlicher Werth der Achtung und Werthschätzung völlig verlustig gegangen. Man lebte von der Hand in den Mund, von einem Tage zum andern. Was Wunder, wenn man sich in den Zeiten, in denen man von den Drangsalen des Krieges ausnahmsweise einmal verschont geblieben war, ausschweifender und verschwenderischer Lust hingab; wußte man doch nicht, ob man am folgenden Tage noch über das bisher gerettete Eigenthum verfügen werde. War man aber des ererbten väterlichen Besitzes selbst verlustig gegangen, nun so griff man selbst zur Muskete und wurde aus einem Bedrückten ein Bedrücker. Unter dem jahrzehntelangen Drucke solcher Zustände mußten aber nothwendig auch die Sitten und Lebensgewohnheiten der Menschen erheblichen Schaden erleiden. Nicht das ist wunderbar, daß dies in der That der Fall war, daß der derbe und einfache, harmlose Sinn der Vorfahren diesem Geschlechte abhanden gekommen war, sondern nur darüber kann man sich füglich wundern, daß noch so viel gesunder Sinn und tüchtige Kraft erhalten blieb, wie sich nachher in der Periode der wiederaufbauenden Thätigkeit gezeigt hat. Aber es war nur natürlich, daß zunächst die verrohende Wirkung der langen Drangsale auf allen Gebieten menschlicher Culturthätigkeit nur zu deutlich zu Tage trat.

Vor Allem waren die gesellschaftlichen und sittlichen Zustände aufs Tiefste geschädigt worden; doch darf man nicht vergessen, daß hier der augenschein-



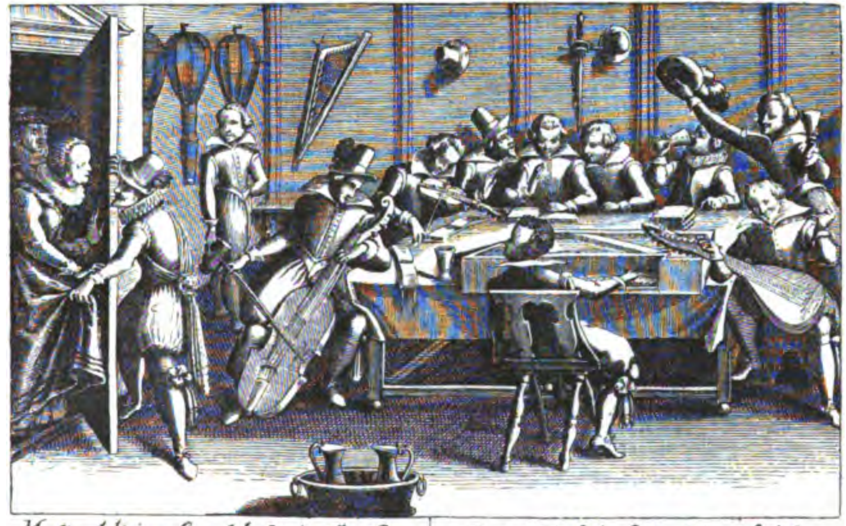
Leipzig im Jahre 1632 von Wallensteins Truppen angegriffen. Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum". III. Theil.

liche Niedergang schon lange vor dem Ausbruche des eigentlichen Krieges begonnen hatte. Die sittigende Wirkung, welche die befreiende Geistesthat der Reformation auf die Fäulniß und Verderbniß ausübte, die auf vielen Gebieten und nicht in letzter Linie unter der Geistlichkeit am Beginn des sechzehnten Jahrhunderts geherrscht hatte, war in der zweiten Hälfte desselben unter dem wüsten und öden dogmatischen Gezänk der wenig ebenbürtigen Nachfolger der Reformatoren zum großen Theil wieder verloren gegangen. Sehr bald kam in dem gesellschaftlichen Leben die durch die geistig-religiösen Antriebe der Reformation gemäßigte Sinnlichkeit wieder zur schrankenlosen Herrschaft und zeitigte in Litteratur und Leben wenig erfreuliche Früchte. Vor Allem aber darf doch nicht verkannt werden, daß von vornherein der religiöse Zwiespalt, der in der Nation zu einer dauernden Herrschaft gekommen war, politisch wie gesellschaftlich auch vor dem Kriege eine zersetzende Wirkung ausgeübt hatte, welche neben dem hellen Lichte, das die Reformation im geistigen Leben des Volkes angezündet hatte, doch auch tiefe und verhängnißvolle Schatten hervorbrachte.

Wir haben im Verlaufe unserer Schilderung der Ereignisse wiederholt darauf hingewiesen, daß die Entwickelung, welche die neue Lehre, nachdem sie von der Centralgewalt des Reiches schroff abgewiesen und bekämpft worden war, nahm, thatsächlich die staatliche Zersplitterung und die endgiltige Ausbildung des Territorialfürstenthums erheblich förderte. In derselben Weise aber, wie sie das politische Band, welches das Reich umschloß, mehr und mehr sprengte, bis es im westfälischen Frieden endlich fast vollends verschwand, hat sie auch auf die sociale Schichtung des Volkes eingewirkt. Indem das Territorialfürstenthum die Verwaltung und Regierung seiner Länder immer mehr von der Centralgewalt loslöste, hatte es zugleich das Bestreben, sich nach unten hin gegen seine Unterthanen durch ein stetig gesteigertes Hofceremoniell abzuschließen und nur durch die festgeschlossene Hof- und Beamtenhierarchie mit seinen Unterthanen zu verkehren. Während in der Reformation noch einmal eine gemeinsame große geistige Bewegung alle Schichten des Volkes ergriffen hatte, welche leicht eine nationale Bedeutung hätte gewinnen können, wenn sich ihr nicht das Kaiserthum in trotzig starrer Verblendung entgegen gestellt hätte, wuchs, nachdem die religiöse Spaltung eine endgiltige geworden war, die neue Lehre sich völlig in die Einzelstaaten zurückgezogen hatte, in diesen eine immer höhere Scheidewand zwischen Regierenden und Regierten empor. Damals gewöhnte sich der Adel in den Territorialstaaten, welcher durch die Reformation aus seinen reichen Pfründen verdrängt worden war und nun zahlreich in das Beamtenthum hineinströmte, an jenes vornehme Herabsehen auf das „Volk“, an jene Verachtung der bürgerlichen „Canaille“, die in dem späteren politischen und socialen Leben oft eine so verhängnißvolle Rolle gespielt hat, damals zuerst vollzog sich auch auf geistigem Gebiete jene schroffe Scheidung zwischen den höheren und niederen Ständen, die in der neuesten Zeit zu einer Kluft geworden ist, die das Volk für immer in zwei

schroff geschiedene Elemente zu zersprengen droht, denen es an der Gemeinsamkeit geistiger und materieller Cultur in so hohem Grade fehlt.

Diese ganze Entwickelung aber wurde in verderblicher Weise gefördert und verstärkt durch den stetig wachsenden Einfluß des Fremdländischen auf die führenden Kreise der Nation, der durch den zunehmenden diplomatischen Wechselverkehr der einzelnen Höfe vor dem Kriege und während desselben hervorgerufen wurde. Anfangs hatte der dadurch vermittelte Austausch der Lebensanschauungen und Lebensrichtungen ohne Frage günstig und befruchtend gewirkt. Die jetzt an Fürstenhöfen und bei dem hohen und niederen Adel



Studenten in musikalischer Unterhaltung.

Facsimile des Kupferstiches von Jacob van der Heyden in: Speculum Cornelianum. Straßburg, 1618

aufkommende Sitte, die Söhne zu ihrer Ausbildung in höfischer Sitte und geistiger, geselliger und künstlerischer Cultur in das Ausland, namentlich nach Italien, Frankreich und Spanien, zu schicken, hatte diesen Kreisen eine Fülle von neuen Gedanken und Bildungselementen zugeführt. Allein nur zu bald zeigte sich, daß der deutsche Geist für die Aufnahme des Fremdländischen doch in weit höherem Maße geneigt war, als es für die Aufrechterhaltung einer nationalen Bildung und Gesittung ersprießlich war. Mit den feineren, gesellschaftlichen Formen, welche in Paris herrschten, brachten die jüngeren Fürsten- und Adelssöhne auch die dort vorwaltende Sittenlosigkeit und Leichtfertigkeit in die deutsche Heimath zurück, welche den Zorn und die Entrüstung warm empfindender Patrioten erweckte. Die kleidsame und ehrbare Tracht, welche

in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts herrschend gewesen war, wich erst dem Zwange steifer spanischer Unnatur und dann der zierlichen, aber auch leichtfertigen Pariser Tracht. Eine lockere phantastische Putzsucht, welche mit dem Namen „alamodisch“ bezeichnet und von den Satirikern der Zeit weidlich verspottet wurde, nahm mehr und mehr überhand. Das Haupthaar, welches am Anfang des Jahrhunderts in freier Fülle gewachsen war, wurde jetzt geringelt und geziert, mit Zangen, Eisen und Salben behandelt, der Bart wurde glatt rasirt, nur Schnurr- und Kinnbart (à la Henri IV) durften getragen werden. Wamms und Beinkleid wurden luftig und schlotterig und waren mit leichtem Zierrath durchflochten, Kragen und Manschetten mit Goldfäden durchwirkt. Parfümirte farbige Handschuhe kamen damals zuerst unter der deutschen Herrenwelt nach fremdem Muster auf. Der Hut erhielt



Duellanten.

Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635).

einen immer breiteren, aufgekrämpten Rand, die Hutfeder reichte oft bis zum Knie herab. Noch schroffer und schädlicher äußerte sich der fremdländische Einfluß bei der weiblichen Tracht. Am Anfange des Jahrhunderts hatte sich hier ein unverkennbarer Schritt zum Besseren bemerkbar gemacht. Die steifen spanischen Frisuren waren gelockten Haaren gewichen, an die Stelle der Stuarthaube und des steifen spanischen Hutes war der leichtere Schlapphut, an die der Krause der Spitzenkragen getreten, der Reifrock war vor dem völlig freien Faltenwurfe des Gewandes gewichen, die Schuhe einfach und eng anschließend geworden. Aber in der zweiten Hälfte des Krieges hatte sich auch die Frauenwelt wie in ihrer Sitte und ihren Lebensgewohnheiten, so auch in ihrer Tracht der lockeren Art der Franzosen zugewandt. Graziöser und leichter, aber auch koketter wurde der Schmuck in Federn und Locken; man schlang die Haare zu „Liebesknoten“, überlud die Kleidung mit Schleifen und Bändern, Rosen und Nesseln, Stickereien und Spitzen. Schön-

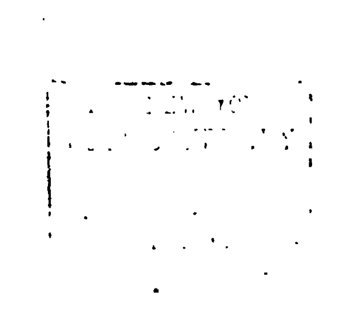
heitsinstrumente aller Art, Schminke und Puder spielten eine große Rolle auf dem Toilettentischchen der tonangebenden Damen. Alle diese fremden Sitten und Unsitten, zu denen auch die nunmehr aufkommenden Schönheitspflästerchen gehören, fanden aber allmählich trotz aller Kleider- und Luxusordnungen auch ihren Weg zu den wohlhabenderen mittleren Schichten des Volkes. Das ganze Leben der höheren und mittleren Schichten nahm äußerlich einen fremdländischen Anstrich an.

Aber wäre es nur bei diesen äußeren Einwirkungen geblieben! Aber wie die Tracht, so erlag auch das ganze geistige und gesellschaftliche Leben dem fremdländischen, namentlich französischen Einfluß. Auch in dieser Richtung wurde die politische Verbindung der protestantischen Fürsten mit Frankreich verderblich. Wie der durch Richelieu und Mazarin geschaffene, durch Ludwig XIV. selbst zur höchsten Vollendung, bis zur Gleichsetzung der Persönlichkeit des Königs mit dem Staate (l'état c'est moi) gesteigerte Absolutismus bei den deutschen Fürsten und Fürstchen begeisterte, oft geradezu lächerlich wirkende Nachahmung fand, so gewann der Hof zu Versailles in Sitte, Leben und Tracht eine tonangebende Bedeutung. Die meisten kleinen deutschen Fürsten suchten mit ihm in Entwickelung von Luxus und Pracht, welche mit den traurigen wirthschaftlichen Verhältnissen und den lächerlich geringen Machtmitteln dieser Duodezfürstchen in schroffem Contraste stand, zu wetteifern. Wie der allerchristlichste König, so meinte auch jeder dieser seiner Nachahmer seine officielle Maitresse, seinen glänzenden und prunkenden Hof haben zu müssen. Während aber der Luxus und die Verschwendung am französischen Hofe doch durch die Fülle an demselben zusammenströmender hervorragender Geister trotz aller in den Hofkreisen herrschenden Leichtfertigkeit gehoben und veredelt wurde, vermochte man an den französirenden deutschen Höfen nur die nachtheiligen äußeren und inneren Elemente dieses Lebens nachzuahmen. Hier fehlten die Racine, Molière, Boileau und Fénélon, welche am französischen Hofe dem sonstigen seichten und leichtfertigen Leben das verklärende Gegengewicht hielten. Vor Allem aber: der Luxus und die Verschwendung und die damit zusammenhängenden lächerlichen Rang- und Etiquettestreitigkeiten hielten viele von diesen kleinen Fürsten von den weit wichtigeren Aufgaben ab, deren Lösung die aus den Leiden des Krieges erwachsenen Zustände gebieterisch forderten. Es war ein Segen für unser Vaterland, daß es daneben doch auch nicht an Fürsten fehlte, welche sich von dieser knechtischen Nachahmung fremden Wesens, von diesem Aufgehen in dem äußeren Glanz der fürstlichen Würde fernhielten, sich vielmehr mit Eifer und Erfolg jenen ernsteren Aufgaben der Verwaltung ihres Landes, der Hebung des Ackerbaues und aller gewerblichen Thätigkeit in allen ihren Zweigen widmeten und das deutsche Wesen mit Verachtung der wälschen Unnatur hochhielten. In dieser wie in jeder andern Richtung staatlicher Fürsorge gingen neben dem Großen Kurfürsten von Brandenburg namentlich Landgraf Georg II. von Hessen-Darmstadt (1605—1661) und Herzog Ernst der Fromme

von Gotha ihren fürstlichen Standesgenossen mit leuchtendem Beispiele voran. Auch Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz hat für die wirthschaftliche Errettung und Erhebung seines schwer darnieder liegenden Landes Rühmliches geleistet. Hier eröffnete sich in der That für diejenigen deutschen Fürsten, welche nicht bloß für die neuen Rechte, sondern auch für die neuen Pflichten, die ihnen die im westfälischen Frieden endgiltig errungene Landeshoheit auflegte, ein tieferes Verständniß hatten, eine ungemein segensreiche und fruchtbare Aufgabe.

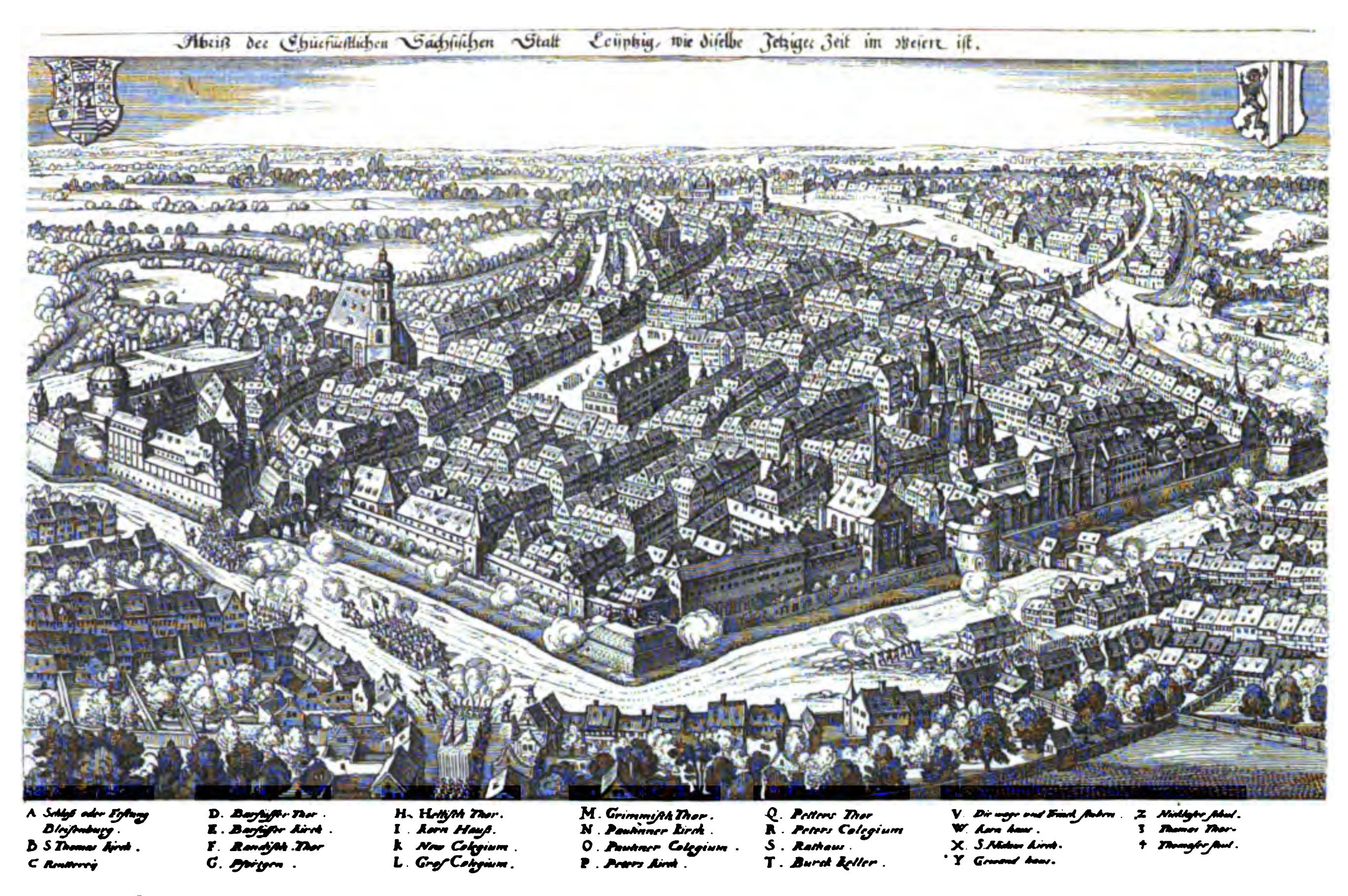
Vor Allem bedurften alle diejenigen Gebiete schaffender Thätigkeit der Menschen, welche der Verschönerung und dem edlen Luxus des Lebens dienen und in Folge dessen nur bei einem verhältnißmäßigen Wohlstande fröhliches Gedeihen finden können, bedurften Künste und Wissenschaften der fürsorgenden Pflege, Anregung und Förderung von oben her, da sie ihnen von unten her bei der Ungunst der Lage nur in geringem Grade zu Theil werden konnte.

In dieser Beziehung hatte sogar die Prachtliebe und der Luxus vieler Fürstenhäuser, soweit er sich nur in vernünftigen Schranken hielt, eine für die Gesammtheit der Entwickelung förderliche Wirkung, indem dadurch namentlich der Architektur eine Reihe größerer Aufgaben gestellt wurde, bei denen sie an die Ueberlieferungen der früheren Zeit anknüpfen konnte. Gleichwohl kann daran kein Zweifel sein, und es ist nicht mehr als natürlich, daß sich Kunst und Kunstgewerbe in entschieden absteigender Linie bewegten. In der That tritt das auf allen Gebieten künstlerischer Thätigkeit deutlich zu Tage. Wie kräftig hatten noch am Ende des sechzehnten Jahrhunderts die reichen und mannigfaltigen Antriebe der Renaissance fortgewirkt und eine Reihe prächtiger Bauwerke an deutschen Fürstenhöfen und in den reichen Handelsstädten ins Leben gerufen! Nach den hervorragendsten, der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts angehörigen Prachtwerken der Renaissance, einem Otto-Heinrichs-Bau in Heidelberg (1556—1559), den Arkaden des Stuttgarter Schlosses, der Plassenburg (1560 angefangen) waren auch noch am Anfange des siebzehnten Jahrhunderts großartige, wenn auch in der Ornamentik schon an Ueberladung leidende Bauten wie das Bremer (1612) und das Augsburger Rathhaus (1615) entstanden. Nicht minder hatten die Wohnhäuser städtischer Patricier, wie das Pellerhaus in Nürnberg und die prächtigen Holzbauten in mehreren niederdeutschen Städten (Hildesheim, Goslar, Braunschweig) Zeugniß von der schöpferischen Kraft der Zeit vor dem Kriege abgelegt. Dann aber erlahmte unter den Drangsalen des Krieges selbst die künstlerische Fähigkeit mehr und mehr. Und als das Bürgerthum nach der Wiederkehr ruhigerer Tage wieder Luft schöpfte und langsam und allmählich an den Wiederaufbau des Zerstörten ging, da mußte es sich mit schmucklosen und nüchternen Bauten begnügen, bei deren Herstellung mehr auf Solidität und Festigkeit als auf äußeren künstlerischen Schmuck gesehen wurde.

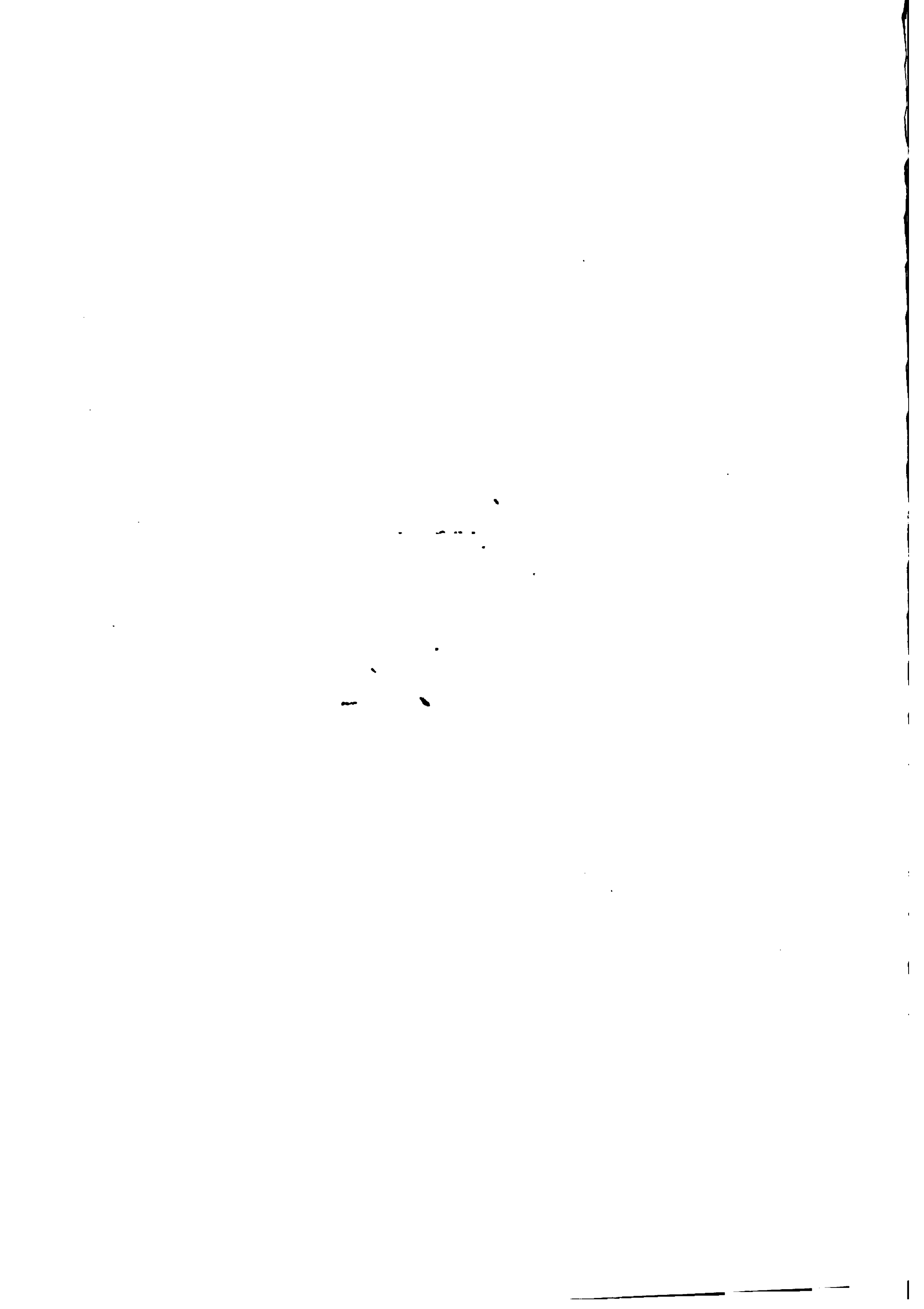




Allegorie auf den Friedensschluß vom Jahre 1648. Nach dem Ge



Leipzig im Jahre 1632 von Wallensteins Truppen angegriffen. Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum". III. Theil.



Noch trauriger als in der Profanarchitektur sah es bei der kirchlichen aus, in der überhaupt von Anfang an der Renaissancestil nie zu einer so großartigen und vielseitigen Entfaltung gekommen war, wie in früheren Perioden der den kirchlichen und transscendentalen Bedürfnissen weit mehr angemessene gothische, der sich denn auch auf diesem Gebiete weit länger erhielt als bei weltlichen Bauten. Immerhin hatte auch die Renaissancezeit einige sehr bemerkenswerthe Kirchenbauten aufzuweisen, wie namentlich die von 1582 bis 1597 errichtete St. Michaeliskirche in München. Allein sehr bald wurde hier, namentlich unter dem Einflusse der Jesuiten, der prunkvoll überladene, immer mehr in Unnatur ausartende Barockstil herrschend, der schon am Ende des sechzehnten Jahrhunderts in dem Straßburger Baumeister und Maler Wendel Dietterlein einen hervorragenden und fruchtbaren Meister fand. Sehr eifrig als Erbauer und Restaurator von Kirchen war namentlich auch der Würzburger Bischof Julius Echter von Mespelbrunn (1573—1618), unter dessen zahlreichen Bauten wir nur das Juliusspital mit der Kilianskirche in Würzburg selbst hervorheben wollen.

In der Plastik war der Niedergang noch ungleich früher eingetreten als in der Architektur; die Renaissance hatte auch hier nie zu einem so nachhaltigen und durchgreifenden Einflusse zu gelangen vermocht wie in der Profanarchitektur. Wohl waren namentlich in der ersten Hälfte des Jahrhunderts noch einige herrliche Werke kirchlicher Art entstanden, wie der 1521 von Hans Brüggemann aus Husum für die Augustinerchorherren in Bordesholm vollendete prachtvolle Altarschrein. Aber Meister von der Kraft und Bedeutung Peter Vischers, Veit Stoß', Adam Kraffts und Jörg Syrlins waren seitdem nicht mehr erstanden. Man kann dies allmähliche Herabsinken der plastischen Kunst gleichsam mit Einem Blicke an dem großen Grabdenkmal Kaiser Maximilians I. in Innsbruck verfolgen, in welchem die älteren Figuren von vollendeter Einfachheit und Schönheit sind, während die späteren zunehmende Künstelei nnd Manier zeigen. Seit der zweiten Hälfte des Jahrhunderts waren dann mehr und mehr an die Stelle der einheimischen Künstler niederländische, in Italien gebildete getreten, die namentlich auf dem Gebiete der allmählich in immer weiteren Kreisen Mode werdenden Grabdenkmäler und Gedenksteine, sowie in der Herstellung prächtiger Brunnenbauten manche tüchtige, ja hervorragende Leistung aufzuweisen haben, wie z. B. den Nürnberger Brunnen vor der Lorenzkirche, den 1589 Benedict Wurzelbauer, und den im Hofe der Münchener Residenz, den 1618 Hans Krumper aus Weilheim herstellte.

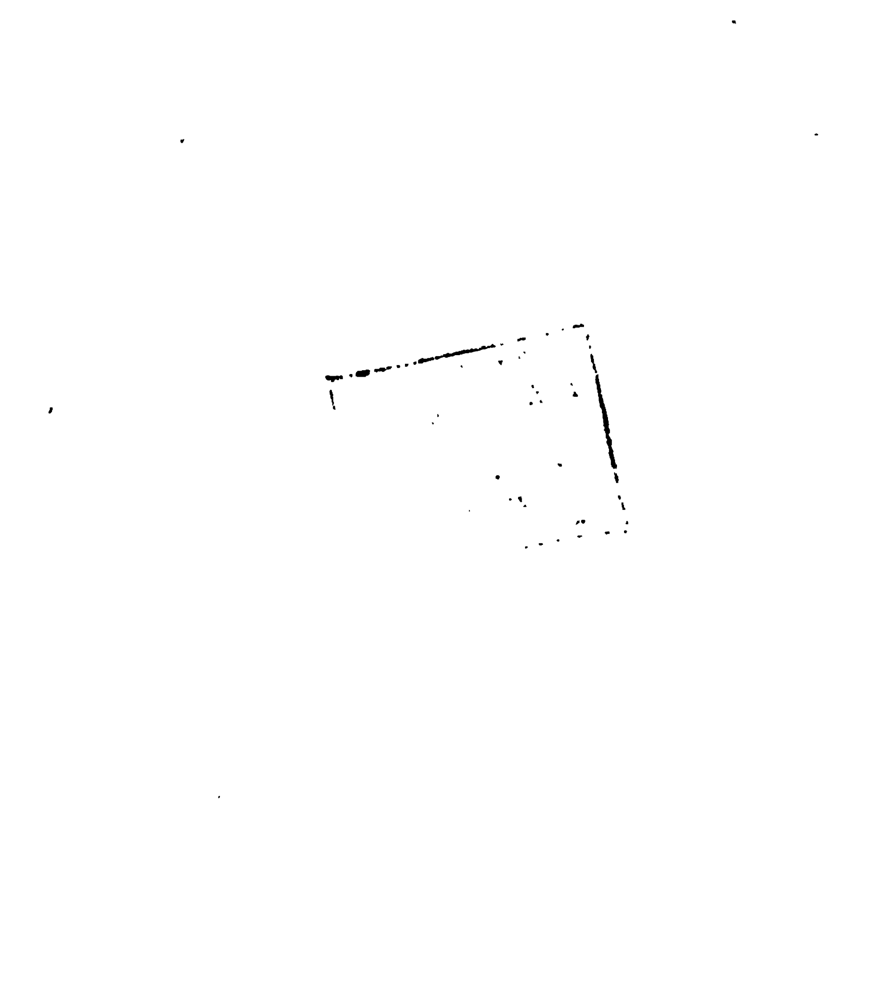
In ähnlicher Weise sank auch die Malerei von der Höhe, die sie zur Zeit Dürers und Holbeins erreicht hatte, allmählich herab. Die altkölnische Schule fand noch einige würdige Fortsetzer in Anton von Worms und Bartholomäus Bruyn, der namentlich in seinem 1534 vollendeten Hochaltar in der Stiftskirche zu Xanten ein Werk von hervorragender Schönheit geliefert hat. Im Uebrigen ist selbst bei Dürers Schülern, unter denen Christoph Amberger, Hans Schäuffelin und Adam Elzheimer hervorragen, doch bei aller

Tüchtigkeit einzelner Leistungen ein unverkennbarer Verfall bemerkbar; dagegen blühte in den Niederlanden die van Eyck'sche Schule noch fort und erhob sich um die Wende des Jahrhunderts in Peter Paul Rubens zu ihrer glänzendsten Höhe. In ihm und noch mehr in seinen Zeitgenossen und Nachfolgern, namentlich in Peter Breughel, feierte zum ersten Male ein gesunder, wenn auch nicht selten ins Derbe, ja Gemeine schweifender Naturalismus seine Triumphe, die auch für Deutschland nicht ohne Wirkung blieben, sondern namentlich auf Holzschnitt und Kupferstich, die mehr und mehr in den Dienst der confessionellen Polemik traten, einen tiefgreifenden Einfluß ausübten.

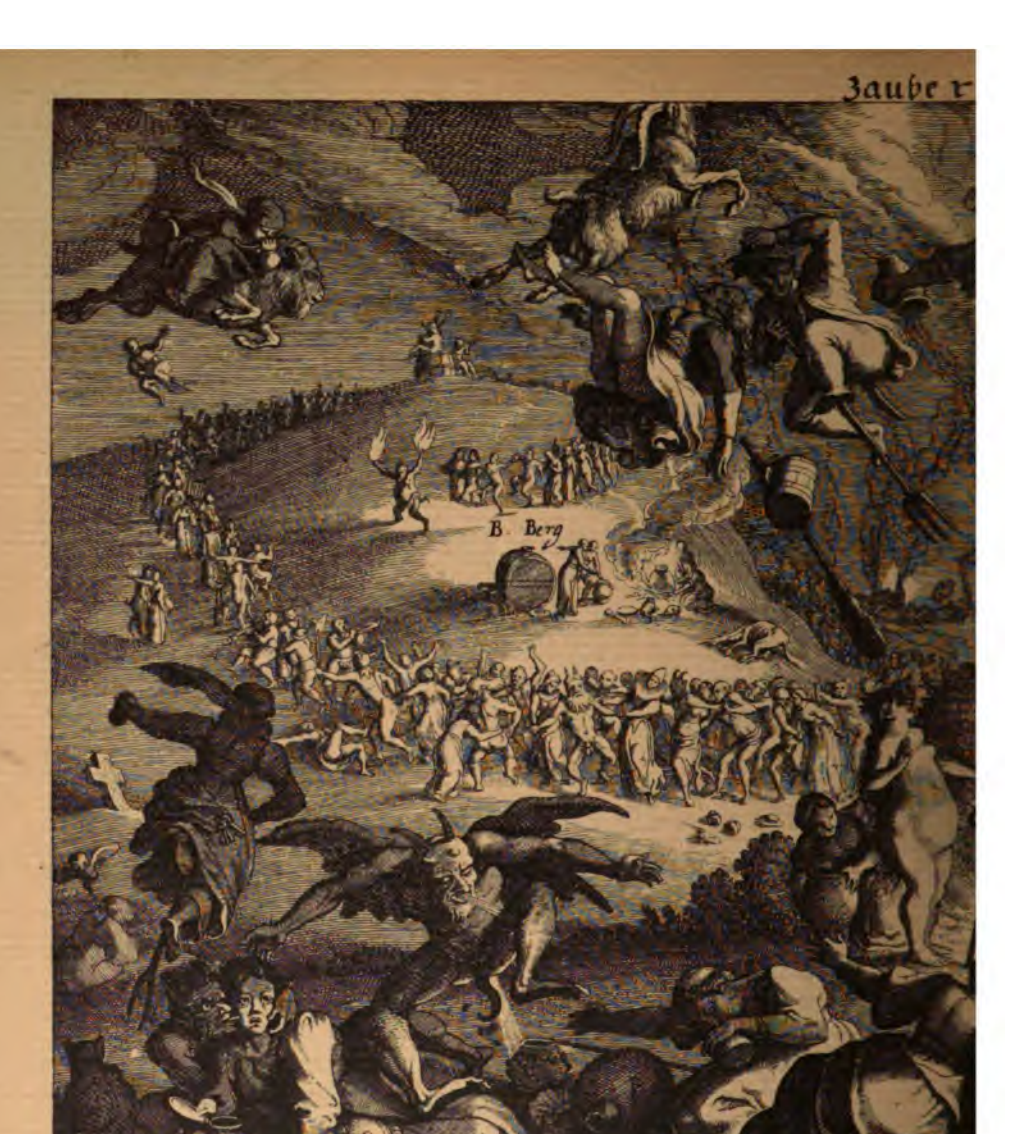
Eine wirklich große künstlerische Thätigkeit entfaltete sich aber in Deutschland in der zweiten Hälfte des sechzehnten und dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts namentlich auf dem Gebiete der Kleinkünste und des Kunsthandwerkes. Gold- und Silberarbeiter, Juweliere und Elfenbeinschnitzer, Waffenschmiede, Plattner, Gravirer und Holzschnitzer fanden durch die wachsenden Luxusbedürfnisse lohnende Beschäftigung und brachten eine große Fülle kleiner, künstlerisch entworfener und mit liebevoller Sorgfalt ausgeführter Kunstwerke hervor, welche noch heute das Entzücken aller Kenner erwecken. Namentlich erreichte die Kleinplastik in Gold mit Emaille am Anfang des siebzehnten Jahrhunderts eine Vollendung, welche die der früheren Zeit bei weitem überragt und auch seitdem nie erreicht, viel weniger übertroffen worden ist. Die Hauptstätten dieser ungemein fruchtbaren Kunstthätigkeit waren München, Nürnberg und Augsburg, namentlich waren es Wenzel Jamnitzer und Anton Eisenhut, welche sich auf diesem Gebiete einen großen und wohlbegründeten Ruf erwarben. Gerade diese, einem feineren Geschmack und gesteigerten Luxusbedürfnisse dienende Kunstthätigkeit aber mußte naturgemäß durch den Krieg einen verhängnißvollen Stoß erleiden, von dem sie sich Generationen lang nicht völlig zu erholen vermochte. Allmählich nahm auch hier, namentlich aber auf dem Gebiete der Litteratur, sklavische Nachahmung des Fremden immer mehr überhand.

Das geistige Leben war unter den furchtbaren Leiden des Krieges fast völlig erstarrt, und daran vermochte auch die durch den Frieden gewährte Glaubens- und Denkfreiheit wenig zu ändern, da auch in dem Protestantismus, in Anknüpfung an die dogmatischen Streitigkeiten des sechzehnten Jahrhunderts, an Stelle innerer Gefühlswärme starrer Dogmatismus und schroffe Orthodoxie getreten waren, die nicht nur auf die Theologie, sondern auf die Litteratur im Allgemeinen ihren hemmenden und lähmenden Einfluß ausübten.

Es ist kein Zufall, sondern ein Ausfluß dieser Zustände, daß in der deutschen nationalen Litteratur der ganzen Epoche die einzige hervorragende Erscheinung die religiöse und politische Satire ist, die namentlich in Johann Fischart († 1589) ihren Höhepunkt erreicht hatte. Mit vernichtender Schärfe hatte dieser fruchtbarste und vielseitigste aller protestantischen Streitschriftsteller des sechzehnten Jahrhunderts in seinen größeren und kleineren Schmähgedichten,



Zauber



SIeh an O Leser dieses Bild/
So schröcklich/seltzam/wüst vñ wild
Darinn vor Augen wird gestellt/
Der gröste Jammer in der Welt/
Wie sich die rasend Teufflisch Rott/
Nach dem sie hat verleugnet Gott/
Vnd sich ergeben dem Sathan/
Zusammen fügt auff diesem Plan/
Bey finsterer Nächtlicher Zeit
Allda sucht ein Elende Freud.
Im freyen Feld/an ödem Ort/
In Forcht vnd Schrecken hie. vnd dort.

Da der toll/blind vnd thöricht Hauff/
Dem Teuffel sich selbst opffert auff/
Der doch so schröcklich jhn erscheint/
Daß wer es sicht vor Jammer weint.
Ist doch kein Fabel noch Gedicht/
Sondern ein warhafftig Geschicht/
Der Leut die solches han gesehen/
Wie auch deß Orts da es geschehen
Man Ehrenthalb verschonen mag/
Es kompt doch noch wol an den Tag.
Dann es helt diese Schelmenzunfft
Auch anderstwo Zusammenkunfft/

Wie man solche
Daß daran nich
Etlich auff Gab
Fahrn über hohe
Andre werden vo
An diesen schnöd
Da sie pflegen deß
Auß seinem bösen
Daß es zu hören
Wann ein Mens
Sie tantzen/sprin
Vnterm Galgen

Hexensabbath auf dem Blocksberg.



...fehrt vnd lieſt/
...zweiffeln iſt.
... in der Lufft/
...erg vnd Klufft/
...Bock verzuckt
...Ort verruckt/
...Sathans Lieb/
...pang vnd trieb/
...öcklich iſt/
...ſein ſo gar vergiſt.
...n/ſchreyen/raſen
...ff dem Schindwaſen

Dann wie da iſt die Galliard/
So hat auch der Tantzplatz ſein Art/
Der Sathan hie Platzmeiſter iſt/
Dem folgt der gantze Hauff zur friſt/
Biß er ſie in die Höll hinein
Bringt vnd führt in die Ewig Pein.
Hie ſicht man alte Weiber.ſtahn/
Die tod Kinder in Körben han/
Mißbrauchen vnzeitig Geburt.
Ein andre mit dem Teuffel huhrt/
Die dritte frißt vnd ſäufft ſich voll/
Wird von Höllischem Tranck gantz toll.

Auch finden ſich Männer herbey/
Damit der Reyhen nur gantz ſey/
Die Königin das Gifft bereit/
Der Bawr im Circkel iſt wol geheur
Vom Gſpenſt ſo mancherley Geſicht/
Er kan ſich bald erwehren nicht.
Ins gmein lehrt man da Zauberey/
All Laſter Schand vnd Schelmerey/
O daß der Menſch ſo gar verrucht/
Mit Macht ſeine Verdamnuß ſucht/
Vnd eyle mit vollem Sporen ſtreich/
Ins Hölliſch Fewer vnd Te... Reich

Erläuterungsblatt

zu dem

Plan der Schlachtordnung bei Lützen (Seite 422 u. 423.)

(Wörtlicher Abdruck aus: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.)

„Bericht der Buchſtaben vnd Zahlen / ſo in beygefügtem Kupffer gebraucht vnd angewieſen werden.“

A. Beyder Partheyen Bataglien.
B. Königl. Mayeſt. in Schweden Bataglia.
C. General Friedländers Bataglia.
D. Stattlein Lützen.
E. Weg nach Leipzig / allda die beyde Graben / da die Mußquetirer jnnen gelegen.
F. Die Windmühlen.
G. Kayſ. Stück / 14. bey den Windmühlen / vnd 7. bey den Gräben.
H. Schwediſche Stück / je 5. für einer Brigada.
I. Schwediſche Regimentſtücklein / ſo vor den commandirten Mußquetirern bey der Cavallerie / an der Zahl 40. geſtanden.
K. Königl. Munition Wägen.
L. Der Floßgraben.
M. Dorff Churſitz.
N. Schöltzinger Höltzlein.
O. Müllers Häußlein.
P. Galgen.
Q. Kayſ. Munition Wägen.

Schwediſche Bataglia.

1. Finniſche
3. Weſtgothiſche
5. Sörmanländeriſche
7. Vpländeriſche
9. Oſt Gothiſche
11. Schmaländeriſche †

} Cavallerie, an der Fronte deß Rechten Flügels.

2.
4.
6.
8.
10.

} Commandirte Mußquetirer zu der Cavallerie an der Fronte deß rechten Flügels.

12. Schweden.
13. Die Guardie / oder gelb Leib-Regiment.
14. Obr. Winckels oder blaw Regiment.
15. Hertzog Bernhards grün Regiment / mit Oberſter Wildenſteins.

} 4. Briggaden.

16.
18. } Hertzog Bernhards
20. Karbergiſche
22. Wrangels Churländer
24. Dieſenhauſens
26. Courvilliſche

} Reuter an der Fronte deß lincken Flügels.

17.
19.
21.
23.
25.

} Commandirte Mußquetirer bey der Reuterey deß lincken Flügels.

27. Stechnitz vnd Frantzoſen
28. Steinbachiſche
29. Brandſteiniſche
30. Graff von Löwenſteins
31. Anhaltiſche
32. Hoffkirchiſche

} Reuter / zum Hinderhalt deß lincken Flügels.

33. Obr. Mitzlaf / Obr. Roſſow vnd Obr. Gerßdorffs
34. Gr. von Thurn / vnd Heſſiſch

} 2. Briggaden zu Fuß.

35. Ein Squadron Reuter Obr. Oehmens.
36. Kniphauſens
37. Obr. Vooſſe vnd Hertzog Wilhelms

} 2. Briggaden zu Fuß.

38. Obr. Jßlers
39. Heſſiſche
40. Beckermanns
41. Bulachers
42. Goldſteins
43. Hertzog Wilhelms

} Reuter / zum Hinderhalt am Rechten Flügel.

Friedländiſche Bataglia.

44. Ein Trouppe Crabaten.
45.
46.
47.

} 3. Squadron Kuraſſirer.

48.
49.
50.
51.

} 4. Briggaden zu Fuß.

52.
53. } Squadron Reuter.
54. Ein Troupe commandirter Mußquetirer.
55. Ein Squadron Reuter.
56. Eine Briggada zu Fuß.
57. Ein Trouppe Crabaten.
58.
59.
60.
61.

} 4. Squadron Reuter.

62. Ein Trouppe Crabaten.
63.
64. } Die 2. abgeſchlagene Kayſerliche Briggaden.

namentlich aber in seinem „Bienenkorb des heiligen Römischen Immenschwarms" (1579) und in seiner „Affentheuerlichen naupengeheuerlichen Geschichtsklitterung" (1575) die kirchlichen und politischen Zustände seiner Zeit mit schroff ausgeprägter Polemik besonders gegenüber der katholischen Kirche gegeißelt, aber auch die Thorheiten seiner eigenen Glaubensgenossen nicht geschont. Er war in der That der einzige wirklich ebenbürtige Nachfolger der Satiriker der Reformationszeit und ohne alle Frage der bedeutendste Dichter der Epoche nach und neben Hans Sachs gewesen. Was sonst auf prosaischem und poetischem, was namentlich auf dramatischem Gebiete nach Hans Sachs an satirischer Polemik auf protestantischer wie katholischer Seite geleistet worden war, ragt kaum irgendwo über ein ziemlich niedriges Durchschnittsmaß hinaus. Merkwürdiger Weise wurden aber auf litterarischem Gebiete in gesunder Reaction gegen das fremdländische Wesen gerade während des Krieges die ersten Samenkörner für eine bessere Zukunft ausgestreut. So fand das satirisch zugespitzte Sinngedicht in Friedrich von Logau (1604—1655) eine hervorragende, ja meisterhafte Pflege. Der sitten- und culturgeschichtlich fast mehr noch als litterarisch bedeutsamen Arbeiten Grimmelshausens und Moscherosch's haben wir im Laufe unserer Darstellung schon wiederholt gedacht. Einen ganz hervorragenden Einfluß auf das litterarische und poetische Leben der Zeit aber übte trotz seiner keineswegs hervorragenden dichterischen Begabung vor Allem Martin Opitz (1597 — 1639) und die von ihm begründete schlesische Dichterschule aus, doch liegt diese seine Bedeutung weniger in seinen eigenen dichterischen Schöpfungen, als vielmehr in seinen theoretischen Arbeiten, in welchen er der deutschen Dichtkunst neue Bahnen eröffnen, sie namentlich aber wieder auf ihre nationalen Grundlagen stellen wollte, wie er es denn vor Allem war, welcher die Poesie, die in Volksdialecten unterzugehen drohte, wieder zur lutherischen Sprache als einzig sicherer Grundlage zurückführen wollte. So trugen Opitz und seine Nachfolger, unter denen namentlich Andreas Gryphius eine hervorragende Stellung einnimmt, erheblich dazu bei, wenigstens der deutschen Litteratur trotz der Herrschaft des Fremdländischen auf allen anderen Lebensgebieten das zu erhalten, was ihr vor Allem Noth that, wodurch sie allein befähigt werden konnte, dem zerrissenen Volke wieder einen gemeinsamen großen geistigen Besitz zu verschaffen: die nationale Grundlage.

Zum Glück für unser Vaterland fanden sich aber auch unter den führenden Kreisen des Volkes, unter seinem Adel und seinen Fürsten, Männer, welche für diese nationalen Bestrebungen, wenigstens die deutsche Sprache vor dem massenhaften Eindringen fremder Bestandtheile zu erretten, Sinn und Verständniß hatten und an ihrem Theile dazu beitrugen, sie von diesem Krebsschaden jeder Volkssprache allmählich wieder zu befreien. In dieser Richtung hat namentlich die 1617 von Ludwig von Anhalt-Köthen auf Anregung des thüringischen Edelmanns Kaspar von Teutleben begründete „fruchtbringende Gesellschaft" trotz aller verschrobenen Wunderlichkeiten, die ihr sonst anhafteten, ungemein segensreich gewirkt und den Beweis erbracht, daß unter allen Schrecknissen

des Krieges nationales und patriotisches Empfinden unter dem deutschen Fürsten- und Adelstande doch noch nicht verschwunden war.



Talis, Lector, erat facie Phabeia Seiren
Germani princeps carminis. OPITIUS.
C. Barth.
J. ab Heyden sculpsit 1631.

Martin Opitz.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Jacob van der Heyden (1570–1637).

Unter denjenigen geistigen Mächten aber, welche für solche nationale Bestrebungen helfend und unterstützend in Betracht kommen konnten, nehmen vor Allem die Geistlichkeit und die Schule eine hervorragende Stelle ein. Was die deutsche Geistlichkeit, protestantische wie katholische, in den Jahrzehnten vor dem Kriege durch ihr dogmatisches Gezänke, durch das sie dem Volke alle Freude an der Kirche geraubt hatte, und durch öde Verketzerung

jedes Gegners gesündigt haben mag, durch ihre Wirksamkeit in und nach dem Kriege hat sie es reichlich gesühnt. Inmitten der furchtbarsten Drangsale des Krieges hat die Mehrzahl der Geistlichen mit unerschütterlicher Treue und Aufopferung bei ihren Gemeinden ausgeharrt und durch Trostspendung an die Unglücklichen und Bedrängten, durch furchtlose Fürsorge für die Kranken lindernd und mildernd auf die unsäglichen Leiden der Bevölkerung eingewirkt, ebenso aber auch nach dem Kriege an der geistigen und sittlichen Hebung des Volkes treu, sorgfältig und eifrig gearbeitet. Hierfür fand sie dann die wirksamste Unterstützung in der Volksschule, die allerdings erst mühsam aus der fast völligen Vernichtung, der sie nach den rühmlichen Keimen der Reformationszeit anheimgefallen war, wieder emporgezogen werden mußte. Auch hier waren es wieder einige weise und aufgeklärte Fürsten, welche den hohen Werth dieser Aufgabe richtig erkannten und bahnbrechend auf dem Wege der Abhilfe schwerer Mißstände vorgingen. Namentlich wurde in Württemberg, welches sich schon unter Herzog Christoph durch eifrige Bestrebungen in dieser Richtung ausgezeichnet und in seiner Kirchenordnung von 1559 die Grundlagen eines gedeihlichen Volksschulwesens gelegt hatte, auch jetzt nach dem Kriege, der diese vielversprechenden Ansätze völlig vernichtet hatte, eifrig und erfolgreich gearbeitet. Eine Generalsynode, welche dort ein Jahr nach dem Frieden zusammentrat, wendete dieser Aufgabe ihre volle Aufmerksamkeit zu. Hier war es, wo zum ersten Male der epochemachende Gedanke der Schulpflichtigkeit aller Kinder gesetzlich anerkannt wurde, der dann freilich anfangs bei den Eltern, namentlich auf dem Lande, wo die Kinder in herkömmlicher Weise zu den ländlichen Arbeiten herangezogen wurden, leidenschaftlichen Widerstand fand.

In ähnlichem Sinn war dann vor Allem auch der wackere Herzog Ernst I. der Fromme von Sachsen-Gotha seit 1640 eifrig für die Volksschule thätig. Von entscheidender Bedeutung für deren Entwickelung ist es geworden, daß er durch den Rector des Gothaer Gymnasiums die nothwendigen Elementargrundlagen für den Volksschulunterricht, ein A-B-C-Buch, Lese- und Rechenbücher ausarbeiten ließ. Im Jahre 1648 erschien dann die bahnbrechende gothaische Schulordnung, welche für die ganze weitere Gestaltung der Volksschule die Grundlage bildete und auch auf das Volksschulwesen anderer Territorien einen großen Einfluß ausgeübt hat.

Für das niedere und höhere Schulwesen wie für die Ausbildung der Pädagogik überhaupt war dann namentlich das Wirken und Schaffen von Ratich und Johann Amos Comenius (geb. 1592, † 1671) von weittragendster Bedeutung, indem es vor Allem in den höheren Schulen der Pflege der Muttersprache und der sogenannten Realien gegenüber den übertriebenen antiquarisch-philologischen Traditionen des sechzehnten Jahrhunderts zu ihrem Rechte verhalf.

Auf Schulen und Universitäten, die allerdings auch erst von den verwildernden Einwirkungen der Kriegszeit, vom immer wüster gewordenem

Pennalismus und Nationalismus befreit werden mußten, beruhte in der That die ganze Hoffnung des durch den Krieg niedergetretenen Geschlechtes. Sie vor Allem waren unter der Pflege weiser Fürsten, die ihre Bedeutung und ihren Werth für den langsamen Wiederaufbau der Cultur klar erkannten, berufen, der kommenden Generation wiederzugeben, was die gegenwärtige im Sturm und Drange der furchtbaren Kriegszeit verloren hatte: die Lust zu neuer Thätigkeit und freudigem Schaffen, vor Allem aber den Glauben an sich selbst. Nur er konnte dem verzweifelnden, durch den Krieg mißhandelten, durch den Frieden endgiltig zerrissenen Volke das Vertrauen auf eine bessere Zukunft einflößen, dessen es so dringend bedurfte.



Nächtlicher Aufzug der Studenten in Straßburg.

Facsimile des Kupferstiches von Jacob van der Heyden in: Speculum Cornelianum. Straßburg, 1618

Ausblick.

Nach furchtbaren dreißigjährigen Leiden war der Form nach der Friede in die schwer darniederliegenden deutschen Lande wieder eingezogen; thatsächlich aber seufzte unser armes Vaterland noch Jahre lang unter dem schweren Drucke einheimischer und fremder Söldnerhaufen, die bis zur endgiltigen Abzahlung der für sie ausbedungenen Ablohnungen und Contributionen nach wie vor rücksichts- und schonungslos auf Kosten der unglücklichen Bevölkerung lebten und praßten. Monate vergingen nach dem Abschluß des Friedens, ehe auch nur die förmliche Auswechselung der Ratificationen erfolgte (18. Februar 1649); auch dann noch wichen aber die fremden Truppen keineswegs sofort vom deutschen Boden. Nicht ohne Berechtigung bestand namentlich Schweden darauf, daß erst die Restitutionen und die übrigen im Frieden seinen Glaubensgenossen gemachten Zugeständnisse durchgeführt werden müßten, ehe von einer endgiltigen Abführung der Truppen die Rede sein könne. Und so schwer einzelne deutsche Landschaften unter dem weiteren Verweilen der Soldatesca zu leiden hatten, so wird man doch zugestehen müssen, daß ohne ein solches die Erledigung der sehr verwickelten Restitutionsgeschäfte und die Durchführung der auf die confessionellen Verhältnisse bezüglichen Friedensbestimmungen noch viel längere Zeit in Anspruch genommen hätte, als es so schon der Fall war. Wie schwer war nicht, von dem Mangel an gutem Willen von Seiten vieler Betheiligten abgesehen, die Feststellung des thatsächlichen Zustandes, wie er auf weltlichem Gebiete im Jahre 1618, in Bezug auf die geistlichen Güter im Jahre 1624 bestanden hatte und jetzt nach den Bestimmungen des Friedens, welche diese Jahre als Normaljahre bezeichnet hatten, wiederhergestellt werden sollte! Der militärisch-diplomatische Congreß, welcher im April 1649 in Nürnberg behufs Regelung dieser Angelegenheiten zusammentrat, hatte Arbeit in Hülle und Fülle, um die einander schnurstracks zuwiderlaufenden Ansprüche der verschiedenen Parteien auf ihre Berechtigung zu prüfen. Es dauerte fast ein halbes Jahr, ehe ein Interimsreceß, mehr als volle zwei Jahre, ehe der Friedensexecutions-Hauptabschied zu Stande kam (26. Juni 1650). Die Verhandlungen auf diesem

Nürnberger Congresse waren zuweilen so erregt gewesen, daß der Krieg von Neuem ausbrechen zu müssen schien. Erst als hier eine endgiltige Einigung zu Stande gekommen war, konnte man wirklich von Frieden im Reiche reden, konnte man ihn wirklich mit ungetheilter Freude, nach langem Leiden aufathmend, feiern.

Auch dann noch aber erstreckte er sich nicht auf alle deutschen Lande. Im Westen blieben die Soldvölker des aus seinem Lande vertriebenen Herzogs von Lothringen noch lange eine Geißel der von ihnen heimgesuchten Länder, im Osten aber machte namentlich die Regelung einer wichtigen Territorialfrage, welche in dem Friedensinstrumente nur in der Hauptsache, nicht aber im Einzelnen geordnet worden war, große und für den betroffenen Territorialstaat sehr drückende Schwierigkeiten.

Wir hoben hervor, daß in Osnabrück nach langen erregten Verhandlungen über die der Königin von Schweden zu gewährende Landentschädigung schließlich ein Abkommen getroffen worden war, nach welchem das Herzogthum Pommern zwischen Schweden und Brandenburg so getheilt werden sollte, daß das erstere Vorpommern mit Stettin und einem Landstreifen am rechten Oderufer, das letztere aber Hinterpommern erhalten sollte. Allein die Grenzlinie zwischen den beiden Theilen, die Größe jenes Landstreifens am rechten Oderufer war späterer Vereinbarung zwischen den beiden betheiligten Staaten vorbehalten worden. Jetzt nach dem Friedensschlusse aber machte die schwedische Regierung von dem Rechte des Stärkeren den ausgedehntesten Gebrauch, indem sie es zu einer Brandenburgs berechtigten Ansprüchen einigermaßen Rechnung tragenden Vereinbarung nicht kommen ließ, sondern seine Forderungen höher und höher steigerte. So lange aber diese Einigung nicht zu Stande kam, blieben die schwedischen Besatzungen auch in den durch den Frieden unzweifelhaft an Brandenburg überlassenen hinterpommerschen Besitzungen; ja Schweden, welches jetzt immer folgerichtiger an die baltische Politik Gustav Adolfs anknüpfte, erhob die Forderung, daß ihm die Erhebung der Seezölle (Licenten) in ganz Pommern wie in Mecklenburg überlassen werden müsse. Schritt für Schritt mußte der Kurfürst von Brandenburg schweren Herzens zurückweichen; es vergingen Jahre, ehe endlich eine definitive Regelung dieser Fragen erreicht wurde. Trotz der Schweden freundlichen Haltung, welche der Kurfürst Friedrich Wilhelm seit seinem Regierungsantritte beobachtet hatte, trat ihm die Königin, welche dereinst seine Gemahlin hatte werden sollen, mit der größten Rücksichtslosigkeit entgegen. Es schien, als müsse der im Werden begriffene brandenburgische Staat durch den übermächtigen schwedischen Nachbar erdrückt werden, zumal der Kurfürst, dessen feste und energische Politik in Wien schon seit langer Zeit eifersüchtiges Mißtrauen erweckt hatte, vom Kaiser keinerlei Unterstützung gegenüber den anmaßenden schwedischen Forderungen fand.

Wir brauchen auf die weitere Entwickelung dieser Dinge, welche einem späteren Stadium der geschichtlichen Entwickelung angehört, nicht näher ein-

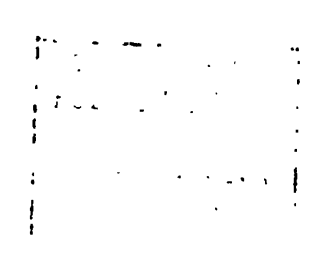
zugehen; es genügt hier auf die Richtung hingewiesen zu haben, welche die Verhältnisse im deutschen Reiche in Folge des westfälischen Friedens einschlugen. Das Wesentliche liegt darin, daß einmal in noch höherem Grade als früher der Einfluß auswärtiger Staaten, Schwedens auf der einen, Frankreichs auf der andern Seite, sich in den specifisch deutschen Angelegenheiten geltend machte, dann aber daß die einzelnen Territorialstaaten in dieser schwierigen politischen Lage ganz und völlig auf sich selbst gestellt waren, von Kaiser und Reich eine irgendwie nachhaltige Unterstützung nicht zu erwarten hatten. Das war die Kehrseite der vollen Souveränität, welche die deutschen Einzelstaaten durch den Frieden zum Geschenk erhalten hatten. Das Reich war im Grunde nicht mehr ein staatsrechtliches Gebilde, sondern eine völkerrechtliche Vereinigung, in welcher nicht allein die einzelnen Territorien als selbständige Staaten sich gegenüber standen, sondern auch und vor Allem mehrere auswärtige Staaten einen beherrschenden Einfluß hatten. Waren doch die für die politische Verfassung wie für die kirchlich-confessionellen Verhältnisse entscheidenden Bestimmungen ausdrücklich unter die Garantie aller europäischen Staaten, mit Ausnahme des Papstes und des Sultans, gestellt und zu völkerrechtlichen Einrichtungen gemacht worden. Das Reich als solches war so gut wie aufgelöst, jeder Territorialfürst war „Kaiser in seinem Territorium.“ Jener Ausspruch, den vor einigen Jahren der schwedische Gesandte Adler Salvius gethan hatte, daß das Gleichgewicht Europas auf dem Gleichgewichte Deutschlands beruhe, konnte jetzt in Bezug auf die durch den Frieden geschaffenen Einrichtungen dahin abgeändert werden, daß das Gleichgewicht Europas auf die Ohnmacht des deutschen Reiches begründet sei. Was an deutschem nationalem Leben und Streben noch vorhanden war und frisch pulsirte, zog sich in die Einzelstaaten zurück. Zunächst aber machte sich, da es an einem klar ausgesprochenen nationalen Gedanken ebenso wie an kräftigen Organen desselben völlig fehlte, die völkerrechtliche Gestaltung der deutschen Einrichtungen mit immer zwingenderer Nothwendigkeit geltend, und zwar um so mehr, als das vornehmste äußerlich noch vorhandene Organ, welches die Pflege einer nationalen Politik hätte in die Hand nehmen können, das Kaiserthum, noch weniger als früher geeignet und befähigt war, diese Aufgabe in die Hand zu nehmen.

Denn daran kann kaum ein Zweifel bestehen, daß in dem aus auswärtigen und einheimischen Gliedern bunt zusammengesetzten Reichskörper das mächtigste und größte, die territoriale Unterlage des Kaiserthums, die österreichisch-habsburgischen Erbstaaten fast in höherem Grade zu den auswärtigen als zu den nationaldeutschen Staaten gerechnet werden mußten. Wenn es schon für die gesammte bisherige Entwickelung der deutschen Geschichte seit der großen nationalen und geistigen Befreiungsthat der Reformation von entscheidender Bedeutung gewesen war, daß die deutsche Centralgewalt sich in ihrer Politik in erster Linie nicht von nationalen, sondern von außerdeutschen Gesichtspunkten hatte leiten lassen, wenn daran kein Zweifel sein kann, daß

eben dadurch die Reformation statt zu einem hohen Aufschwunge des nationalen Bewußtseins zu einem zunehmenden Niedergange desselben, zu einer von Stufe zu Stufe sich steigernden Zersplitterung geführt hatte, so trat das ganze Verhängniß dieser, jeder nationalen Wiedergeburt unübersteigliche Hindernisse in den Weg legenden Thatsache nach dem westfälischen Frieden in noch gesteigertem Maße hervor. Wie Karl V., so hatten auch die beiden Ferdinande für das warm pulsirende Leben der Nation nicht das mindeste Verständniß, wie jener, so waren sie in ihrem ganzen Thun und Lassen in erster Linie von den Interessen ihrer habsburgischen Hauspolitik geleitet, suchten sie den Schwerpunkt ihrer Politik nicht im deutschen Reiche, sondern in ihrem habsburgischen Länderbesitz. Von der Rücksicht auf die spanische Linie seines Hauses ließ sich der Kaiser während der ganzen Friedensverhandlungen leiten; ihr ordnete er die Interessen der aus tausend Wunden blutenden deutschen Länder so sehr unter, daß die Stände schließlich daran gedacht hatten, den Frieden ohne ihn zu schließen. Und als er, dadurch und durch seine fortgesetzten Niederlagen gezwungen, endlich nachgab, und den Frieden, welcher den protestantischen Ständen des Reiches die ihnen bisher mit der größten Hartnäckigkeit verweigerte Gleichberechtigung gewährte, abschloß, da bestand er doch darauf, daß von fast allen hierauf bezüglichen Bestimmungen seine österreichisch-habsburgischen Erblande ausdrücklich ausgenommen wurden.

Durch diese Ausnahmestellung, die ihnen gegenüber allen deutschen Territorien eingeräumt wurde, schieden dieselben thatsächlich fast völlig aus dem Reichsverbande aus, dem einige von ihnen, die Königreiche Böhmen und Ungarn, auch formell nicht angehörten. Und dieses aus den verschiedensten Nationalitäten bunt zusammengewürfelte Staatsgebilde, in welchem die slavisch-magyarischen Elemente die deutschen immer mehr zu überwuchern begannen, welches in den wichtigsten Lebensbedingungen außerhalb der Gesetze des Reiches stand, sollte die territoriale Grundlage für die deutsche Centralgewalt abgeben, sollte die Führung des deutschen Volkes in den nationalen und gemeinsamen Fragen übernehmen! In dieser einen Thatsache schon liegt das ganze Elend der weiteren staatlichen Entwickelung des alten Reiches, dessen Grundlage dieser westfälische Friede bildete, einbegriffen.

Es konnte nicht anders sein, als daß das gerade Gegentheil eintrat, daß der westfälische Friede nur die erste Stufe zu einer vollen Auflösung des heiligen römischen Reiches deutscher Nation wurde. Statt der führende Staat in Deutschland im nationalen Sinne zu werden, wuchsen sich die habsburgischen Erbstaaten immer mehr und mehr zu einem eigenen, gänzlich außerhalb des nationaldeutschen Lebens stehenden Staatswesen aus. Schon den Zeitgenossen des westfälischen Friedens, welche das tiefere Wesen der Dinge zu erkennen vermochten, kam es klar zum Bewußtsein, daß es nur einer rein formellen Loslösung dieser Gebiete vom Reichsverbande bedürfen würde, um dieselben zu einem besonderen, mit Deutschland gar nicht innerlich zusammenhängenden Staate zu machen. So lange Oesterreich-Habsburg in der



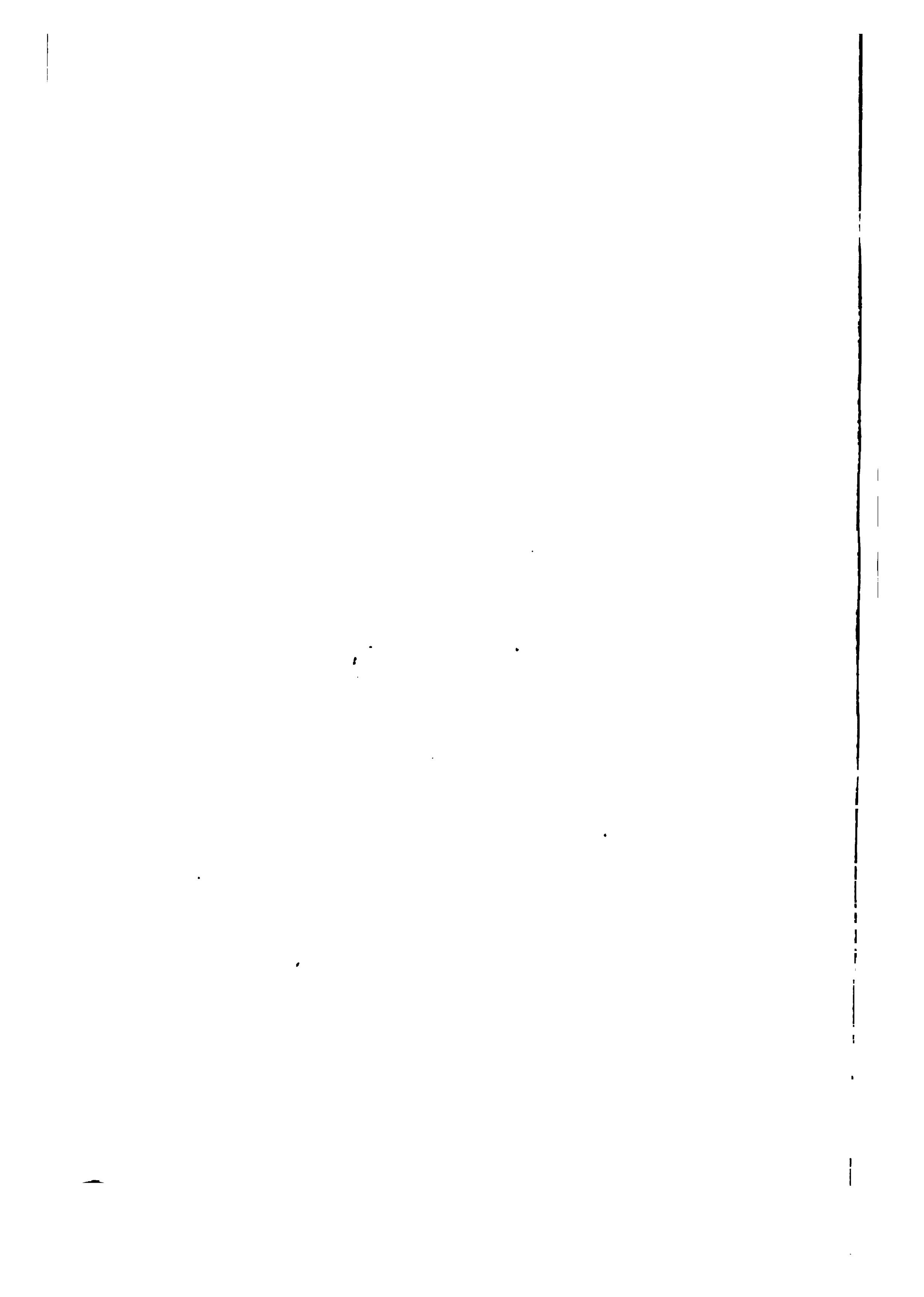


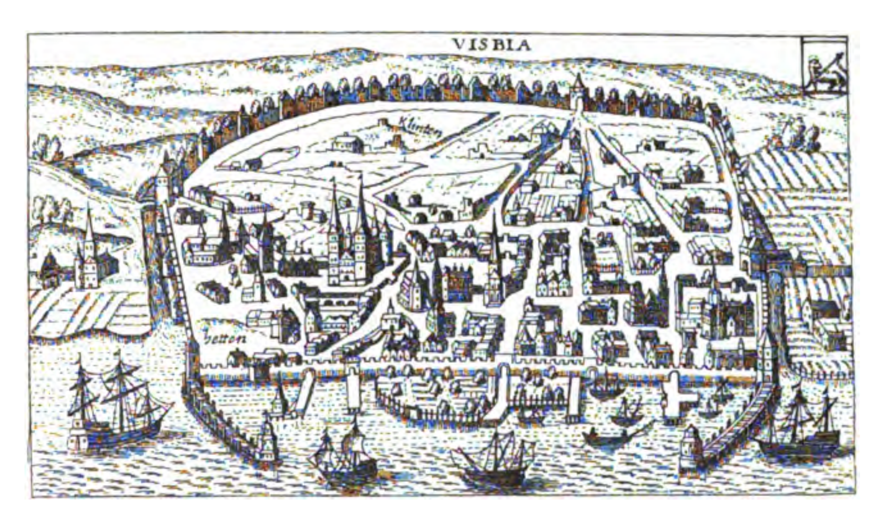
Act der Heiraths-Vereinbarung zwischen König Wladislaus IV. von P
in Fontainebleau 25. September 1645. Verkle



rtreten durch seinen Gesandten, und der Fürstin Louise Marie Gonzaga

imile des Kupferstiches von Abraham Bosse (1610—1678).



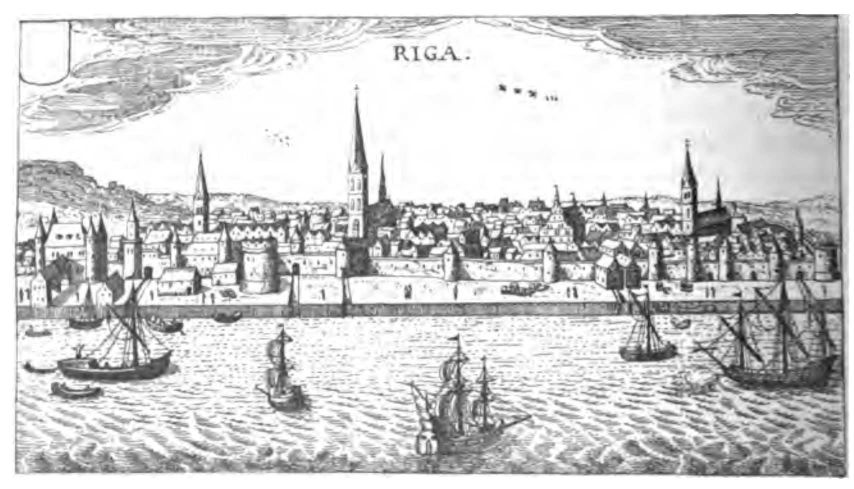


Ansicht von Wisby auf der Ostseeinsel Gothland zur Zeit des dreißigjährigen Krieges.
Facsimile des Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

Gestalt, die es nunmehr angenommen hatte, an der Spitze des Reiches stand, konnte für dieses von einem gemeinsamen, von nationalen Interessen erfüllten Leben nicht mehr die Rede sein. Es gab nur eine Rettung; nur wenn an die Stelle des seinem ganzen Wesen und Charakter nach nichts weniger als reindeutschen Länderconglomerats ein wirklich deutscher Staat die Führung im Reiche übernahm, konnte dem deutschen Volke wieder erstehen, was es seit den Tagen der hohenstaufischen Kaiserherrlichkeit nicht mehr besessen hatte, aber in rührender Treue wenigstens in traumhafter Sage festzuhalten suchte: ein nationaler Staat. Dieser aber konnte erst gegründet werden, wenn das alte Reich, dessen längst unsichere Grundlagen durch den religiösen Zwiespalt völlig erschüttert waren, endgiltig zusammenbrach und einer neuen, stärkeren Bildung auf anderen Grundlagen Platz machte. Diese völlige Auflösung, welche die Vorbedingung einer Neubegründung war, angebahnt zu haben, das ist das negative Verdienst des westfälischen Friedens. Fürs Erste aber und bis diese Auflösung vollendet war, schied das deutsche Reich als solches fast völlig aus der Reihe der europäischen Großmächte aus, bildete gerade seine Ohnmacht die Grundlage des europäischen Gleichgewichtes, dessen Herstellung die vornehmste Aufgabe des westfälischen Friedens gewesen war.

In der That stand das Reich in seiner Gesammtheit der weiteren Entwickelung der europäischen Staatenwelt, wie sie sich auf den durch den Frieden geschaffenen Grundlagen vollzog, so gut wie völlig theilnahmlos gegenüber. Wo von deutscher Seite in diese Entwickelung bestimmend eingegriffen wurde, war es nicht das Reich, sondern einer der Einzelstaaten, der handelnd hervor-

trat. Während in Westeuropa der alte universale Kampf zwischen Spanien und Frankreich, der im westfälischen Frieden nicht beigelegt worden war, mit wechselndem Erfolge weiter geführt wurde, während in der nordosteuropäischen Staatenwelt der Wettstreit um das dominium maris Baltici von Neuem begann, verharrte das deutsche Reich, obwohl es sich hier um ein Lebensinteresse desselben handelte, das noch zu Wallensteins Zeit eine so hervorragende Rolle in der kaiserlichen Politik gespielt hatte, in ohnmächtiger Unthätigkeit. Es mußte es mit ansehen, wie Schweden die alten, groß angelegten Pläne Gustav Adolfs auf Erwerbung der vollen Herrschaft über die Ostsee mit steigendem Erfolge wieder aufnahm. So wenig gewachsen die vormundschaftliche Regierung in Schweden und später die selbständige Herrschaft der Königin Christine dem Begründer der schwedischen Großmacht an Kraft und Energie war, an dem Grundgedanken seiner Politik hielt sie doch vollkommen folgerichtig fest. Der westfälische Friede hatte Schweden das nächste Ziel dieser Politik, den Besitz eines großen Theiles der pommerschen Ostseeküste, verwirklicht, ja es hatte auch an den Ufern der Nordsee festen Fuß gefaßt. Und so sehr die geistvolle und gelehrte Königin sich mit Eifer und Hingebung der Beschäftigung mit Künsten und Wissenschaften widmete, so sicher blieb sie sich doch auch ihrer Pflichten als Herrscherin in dieser Richtung der auswärtigen Politik bewußt. In einer Reihe glücklicher Kriege mit den alten Rivalen Schwedens wurden dann die von Gustav Adolf errungenen Erfolge gefestigt und weiter ausgebaut. Als 1654 die Königin Christine die Krone niedergelegt hatte, um zum Katholicismus überzutreten und dann ganz ihren wissenschaftlich-künstlerischen Neigungen zu leben, da schritt ihr energischer und kriegerisch beanlagter Vetter Karl Gustav von Zweibrücken, der nunmehr den schwedischen Thron bestieg,



Ansicht von Riga zur Zeit der Eroberung durch Gustav Adolf (1621).
Facsimile des Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.



König Friedrich III. von Dänemark.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Jeremias Falck (um 1619 bis um 1663).



Wladislaus IV., König von Polen.

Facsimile des Kupferstiches, 1646, von Willem Hondius (geb. 1600); Originalgemälde von Peter Danckerts gen. de Ry (1605—1661).

auf der einmal eingeschlagenen Bahn unentwegt vorwärts. Der Nachfolger Christians IV. († 1648), König Friedrich III. von Dänemark, ebenso wie die polnischen Könige Wladislaw IV. und Johann Casimir bekamen das drückende Uebergewicht der schwedischen Kriegsmacht wiederholt auf das Empfindlichste zu fühlen. Es konnte kein Zweifel sein, daß wie im Westen Frankreich, so im Norden Schweden mehr und mehr zu der Stellung der entscheidenden europäischen Großmacht emporstieg.

Es war gleichsam eine prophetische Vorherverkündigung der weiteren Geschicke des deutschen Reiches, daß in diese Kämpfe um die Vormachtstellung im Nordosten Europas von allen deutschen Staaten nur Kurbrandenburg mit einer außerordentlich geschickt den Umständen angepaßten Politik eingriff. Eben damals hat es die Grundlagen zu seiner späteren Großmachtstellung gelegt, indem es sich die Unabhängigkeit seines Herzogthums Preußen von der Krone Polen, dessen volle Souveränität errang. Es verdankte das der Umsicht und Energie, mit der es als der einzige unter den deutschen Territorialstaaten eine selbständige Haltung in diesen kriegerischen Wirren zwischen Schweden, Dänemark und Polen einzunehmen wagte. Freilich war es noch immer eine bescheidene Stellung in der nordischen Welt Europas, die es sich errang, nicht zu vergleichen mit der, welche ihm früher einmal unter dem schwachen Vater des Kurfürsten verlockend gewinkt hatte, als Gustav Adolf ernstlich daran gedacht hatte, den Kurprinzen mit seiner Tochter Christine zu vermählen und so eine brandenburgisch-schwedische Großmacht an den Ufern der Ostsee zu begründen. Aber jene große, auf einer Vereinigung mit Schweden beruhende Machtstellung, die ihm ein Zufall in den Schoß geworfen haben würde, hätte ihn zugleich seinem deutschen Berufe entfremdet, hätte ihn statt eines deutschen Fürsten zum Könige eines fremden Staates gemacht, hätte ihn gezwungen, seine Politik in erster Linie von den Gesichtspunkten dieses fremden Staates leiten zu lassen. Die kleinere und bescheidenere, aber durch eigene Kraftaufwendung errungene Machtstellung aber erhöhte seine Bedeutung als eines deutschen Fürsten, schuf seinem Staate die Möglichkeit, gerade in die Gestaltung der deutschen Geschicke bestimmend einzugreifen und in ruhiger, ununterbrochener und von großen Gesichtspunkten geleiteter staatsmännischer Arbeit die Grundlagen zu schaffen, welche seinen Nachfolgern ermöglichten, sich ebenbürtig der undeutschen habsburgischen Macht gegenüberzustellen.

So ist es der Große Kurfürst gewesen, der durch seine auswärtige Politik wie durch sein väterliches Walten im Innern, durch welches er die verschiedenartigen Bestandtheile seines Territoriums zu einem Staate ausgestaltete, die weitere Entwickelung dieses zukunftsreichsten deutschen Staates erst ermöglicht und ihn befähigt hat, zur führenden Stellung im deutschen Reiche emporzusteigen. Der Dualismus zwischen Preußen und Oesterreich, der unter seinen Nachfolgern die Geschicke des deutschen Volkes bestimmte, war ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Auflösung des alten Reiches. Mit ihm war



Johann Casimir, König von Polen.

Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

die Frage seiner Zukunft gestellt, die dereinst von dem größten Staatsmanne des neunzehnten Jahrhunderts zu Gunsten Preußens gelöst werden und dem deutschen Volke zurückgeben sollte, was es seit Jahrhunderten verloren und doch stets so sehnlich gewünscht und herbeigesehnt hatte: den nationalen Staat.



Der Große Kurfürst.
Bildniß auf einer silbernen Medaille. Originalgröße.
(Berlin, Königl. Münz-Cabinet.)

Historiographische Note.

Unter den Quellen zur Geschichte des Zeitalters des dreißigjährigen Krieges nehmen die gleichzeitigen eigentlich historiographischen Arbeiten nur eine sehr bescheidene Stellung ein. Wie nach dem gewaltigen geistigen Aufschwunge, welchen die Reformation gezeitigt hatte, in den folgenden Jahrzehnten unter dem Gezänk theologisch-dogmatischer Fanatiker das geistige Leben mit Ausnahme der wenigen hervorragenden Erzeugnisse der satyrischen Litteratur erstarrte, so erging es auch der zeitgenössischen Geschichtschreibung, in der nur die verschiedenen Fortsetzer Sleidans eine gewisse selbständige geschichtliche Auffassung erkennen lassen. Speciell für die Geschichte des dem großen Kriege vorangehenden Jahrzehntes unter Rudolf II. und Matthias liegt außer Kaspars von Ens Fama Austriaca, welche vom Tode Rudolfs bis zum Jahre 1627 reicht, kaum irgend eine bemerkenswerthe historiographische Erscheinung vor; dagegen hat der Krieg selbst mehrere gleichzeitige oder wenig spätere Darsteller gefunden, welche sich zwar nicht gerade durch große Selbständigkeit der Auffassung und tiefere Erkenntniß großer historischer Zusammenhänge, wohl aber durch den Fleiß und die Umsicht auszeichnen, mit welcher sie das ihnen zur Verfügung stehende, zum Theil authentisch archivalische Material verwerthet haben. Unter ihnen sind an erster Stelle zwei umfassende Darstellungen zu nennen, deren eine in katholischem, die andere in protestantisch-schwedischem Sinne gehalten ist. Die erste rührt von einem österreichischen Staatsmanne her, welcher einem ursprünglich protestantischen kärnthischen Adelsgeschlechte entstammte, dann aber zum Katholicismus übertrat und in seiner ganzen Gesinnung und Auffassung durchaus und überall auf Seiten des Kaisers steht, in dessen Diensten er als Diplomat Verwendung fand, namentlich von 1607 an vierzehn Jahre als kaiserlicher Gesandter in Madrid thätig war und in dieser Stellung nicht unerheblich zu der von spanischer Seite der kaiserlichen Politik zu Theil gewordenen Unterstützung beigetragen hat. Es ist Franz Christoph von Khevenhiller (geb. 1584, † 1650), von dessen großem historischem Werke, den Annales Ferdinandei, der erste, die Jahre 1585—1595 umfassende Band 1637 erschienen ist, während weitere neun Theile in den Jahren 1640—1646 veröffentlicht wurden. Ganz vollständig ist das umfangreiche Werk aber erst lange nach dem Tode des Verfassers 1721—1726 bei Melchior Weidmann in Leipzig erschienen.

Khevenhillers politischer wie historiographischer Antipode war der schwedische Hofhistoriograph Bogislav Philipp von Chemnitz, der Enkel des berühmten protestantischen Theologen Martin Chemnitz, der im Auftrage der schwedischen Regierung und unter ausgiebiger Benutzung der Archive derselben eine „Geschichte des Schwedischen in Teutschland geführten Krieges“ verfaßte, die aber ebenso wie das Khevenhillersche Werk von ihm selbst nicht vollständig veröffentlicht wurde und überhaupt ein Fragment geblieben ist. Bei seinen Lebzeiten erschienen von dem umfangreichen Werke nur der

erste (1648) und zweite Theil (1653, welche eine Darstellung des Krieges bis zum Jahre 1636 enthalten; der dritte und vierte Theil, welche mit einer Lücke von fast fünf Jahren bis 1646 reichen, wurden erst 1855—1859 in Stockholm gedruckt.

Neben diesen beiden Werken, welche durch das in ihnen verarbeitete, freilich nicht genügend gesichtete und nicht zuverlässig verwerthete Material immerhin noch heute von Werth und Bedeutung sind, treten die übrigen historiographischen Arbeiten der Zeit, welche einen mehr oder minder rein compendiösen Charakter haben, sehr zurück. Selbst die wichtigsten von ihnen können an dieser Stelle nicht mehr als eine flüchtige Erwähnung beanspruchen. Es sind das etwa die Rerum Germanicarum sub Matthia. Ferdinandis II. et III. imperatoribus gestarum libri von Johann Peter Lotichius, welche 1646—1650 erschienen sind, ferner E. Wassenbergs Commentarii de bello inter imperatores Ferdinandos II. et III. et eorum hostes gesto. 1639/40 und die Epitome rerum Germanicarum ab anno MDCXIII usque ad annum MDCLXVII. Von unzweifelhaft höherem, in mancher Beziehung dauerndem Werthe ist die Darstellung der Verhandlungen am westfälischen Friedenscongresse, welche der reichsprälatische Abgesandte auf demselben Adam Adami entworfen hat.

Während so die auf eine Ueberlieferung der Zeitereignisse für die Nachwelt gerichteten Arbeiten im Allgemeinen keine sehr hervorragende Bedeutung in Anspruch nehmen können, entwickelte sich in der durch die religiösen und politischen Streitigkeiten angeregten und erregten Zeit die der Informirung der Zeitgenossen selbst dienende journalistische und publicistische Literatur in einer früher nicht gekannten Fülle und Fruchtbarkeit. Neben den Flugschriften und Relationen über einzelne Ereignisse, welche in unregelmäßiger Wiederkehr schon seit längerer Zeit erschienen und verbreitet wurden, gewannen jetzt die regelmäßigen halbjährlichen Meßrelationen eine immer wachsende Bedeutung. Diese und die Flugschriften der Zeit waren es, auf denen die größeren Sammelwerke ähnlicher Art beruhten, unter denen vornehmlich die Arbeiten J. Ph. Abelins, die sogenannte Gottfriedsche Chronik und das Theatrum Europaeum hervorragen. Sie sind für die spätere Zeit bis auf den heutigen Tag vor Allem auch durch die zeitgenössischen illustrativen Beigaben von Werth und hohem Interesse. Ein großer Theil der dem vorliegenden Werke beigegebenen Illustrationen ist den genannten beiden zeitgenössischen Sammelwerken entnommen.

Für die moderne kritische Geschichtschreibung aber sind alle die bisher besprochenen Quellen unserer historischen Kunde mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden durch die schriftlichen, nicht auf historische Ueberlieferung berechneten Ueberreste der Zeit selbst, durch die freundlichen und feindlichen Correspondenzen der Staaten und ihrer Vertreter unter einander, wie sie in stets wachsender Fülle aus den Archiven der verschiedenen betheiligten Länder hervorgeholt worden sind. Eine große Reihe von Veröffentlichungen derartigen archivalischen Quellenmaterials und eine nicht minder große Zahl umfassender darstellender Arbeiten, welche auf diesem gedruckten und reichhaltigstem ungedruckten Aktenmaterial beruhen, hat unsere Kunde über die Epoche des dreißigjährigen Krieges in einem Maße bereichert, das uns die eigentlich historiographischen Arbeiten so gut wie völlig entbehrlich gemacht hat; und fast jedes dieser Werke hat deutlich gezeigt, daß diese Durchforschung der Archive noch keineswegs beendigt ist, daß noch unermeßliche historische Schätze über diese Epoche im Dunkel der Archive ruhen. Von den größeren deutschen Archiven birgt allein das dem Verfasser genauer bekannte preußische Staatsarchiv zu Marburg eine Reihe von mehreren Hunderten umfangreicher Aktenfascikel über den Krieg, von denen bisher

nur ein verschwindend kleiner Theil erschöpfend ausgebeutet worden ist. Vor Allem ruht über die wirthschaftlich-socialen Folgen des Krieges in fast allen deutschen Archiven ein schier unübersehbares Material von Kriegs- und Verwaltungsakten, welches des kundigen, von dem verwirrenden Detail zu allgemeineren Anschauungen sich erhebenden Forschers harrt. Hier bedeuten die Arbeiten Hansers und seiner Nachfolger, auf die wir noch kurz zu sprechen kommen, in der That noch nichts weiter als einen allerdings vielversprechenden Anfang.

Es kann nun unmöglich die Aufgabe dieser flüchtigen Skizze über die Quellen und die neuere Litteratur in Bezug auf die von uns behandelte Epoche sein, die Veröffentlichungen archivalischen Materials und die auf denselben und auf der Heranziehung ungedruckter weiterer Aktenmassen beruhenden neueren Darstellungen auch nur in annähernder Vollständigkeit, die selbst bei der größten Beschränkung nur zu einer ermüdenden Aufzählung führen könnte, vorzuführen. Wir müssen uns vielmehr mit den allerwichtigsten Erscheinungen dieser kaum übersehbaren Litteratur, mit denen, die eine entscheidende und bleibende Bedeutung in Anspruch nehmen können, begnügen.

Da sind denn für die dem großen Kriege unmittelbar vorhergehende Epoche, in welcher die zu dem Conflicte treibenden Kräfte besonders deutlich hervortreten, namentlich die von der Münchener historischen Commission unter dem Titel „Briefe und Akten zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher“ veranlaßten Veröffentlichungen von hervorragender Bedeutung. Von dieser Sammlung liegen bis jetzt fünf Bände vor, deren drei erste von M. Ritter bearbeitet sind und die Geschichte der Union und des Jülicher Erbfolgekrieges betreffen, während der vierte und fünfte, die von Stieve herausgegeben sind, die Politik Bayerns von 1591—1607 behandeln. Daneben ist für die westdeutschen Verhältnisse, namentlich auch für den Jülicher Erbfolgekrieg die Publication L. Kellers: „Die Gegenreformation in Westfalen und am Niederrhein.“ Zwei Bände. 1881 und 1887 von großer Wichtigkeit. Auf diesen und verwandten Akten beruht die eingehende und vortreffliche Darstellung der „Geschichte der deutschen Union von den Vorbereitungen des Bundes bis zum Tode Kaiser Rudolfs II. (1598—1612)“ von M. Ritter, 2 Bände. 1867/73 und die Arbeiten desselben Verfassers „Sachsen und der Jülicher Erbfolgestreit“ (1874) und „Politik und Geschichte der Union zur Zeit des Ausgangs Rudolfs II. und der Anfänge des Kaisers Matthias“ in den Abhandlungen der Münchener Akademie. Band XV. 1880. Sehr wichtige Anregungen und Gesichtspunkte für diese vorbereitende Epoche enthält in reichster Fülle schon das im Jahre 1868 in erster, 1874 in zweiter Auflage erschienene Werk Leopold von Rankes: „Zur deutschen Geschichte. Vom Religionsfrieden bis zum dreißigjährigen Kriege“ (Sämmtliche Werke Band VII), welches in vielen seiner grundlegenden Ergebnisse noch heute nicht überholt worden ist. Namentlich durch ihre umfassenden Quellen- und Litteraturnachweise werthvoll und unentbehrlich sind die beiden, freilich mit großer Vorsicht zu benutzenden Bände (IV und V) der Joh. Janssenschen „Geschichte des deutschen Volkes“. Dagegen hat das große zusammenfassende Werk über das gesammte Zeitalter der Gegenreformation, mit welchem M. Ritter die Geschichtslitteratur bereichert hat, die uns beschäftigende Periode noch nicht erreicht, sondern erstreckt sich in seinem ersten, 1889 erschienenen Bande erst bis zum Jahre 1586. Auf umfassenden archivalischen Vorarbeiten beruht ferner das Werk Anton Gindelys über Rudolf II. und seine Zeit (1600—1612, 2 Bände, 1862—65), welches gewissermaßen als eine vorbereitende Arbeit für seine späteren umfassenden Forschungen über den dreißigjährigen Krieg selbst betrachtet werden kann. Diesem

Werke zur Seite geht, dasselbe mannigfach ergänzend, die Arbeit von Chlumeckys über den hervorragendsten mährischen Staatsmann dieser Epoche, Karl von Zierotin und seine Zeit (1564—1615). 1862. 1879. Verhältnißmäßig wenig ist bisher in der Erforschung der Geschichte des Kaisers Matthias geschehen. Die beiden werthvollsten Werke über diese Epoche sind bezeichnender Weise zwei Biographien seines leitenden Ministers, des Cardinals Klesel. Die eine von J. Frhr. von Hammer-Purgstall, „Khlesls des Cardinals, Directors des geheimen Cabinets des Kaisers Matthias, Leben", 4 Bde. (Wien 1847—51) ist ausgezeichnet durch die reiche Fülle wichtigen urkundlichen Materials, welches dadurch zugänglich gemacht und verwerthet worden ist, doch raubt die oft sehr flüchtige und unzureichende Art der Bearbeitung dem Werke einen Theil des Werthes, den es sonst haben würde. Diesem Mangel abzuhelfen ist das leider nur von geringem Erfolge begleitete Streben der kürzeren Biographie des Cardinals gewesen, welche A. Kerschbaumer (1865) entworfen hat, die aber weder in der Durchdringung und Auffassung des historischen Stoffes, noch in der Darstellung desselben den heutigen Ansprüchen der Wissenschaft zu genügen vermag. Neben diesen, die Periode des Kaisers Matthias direct betreffenden Werken bieten auch für diese Zeit schon eine Fülle von Material die ersten Theile des Werkes von Fr. Hurter: „Geschichte Kaiser Ferdinands II. und seiner Eltern bis zu dessen Krönung in Frankfurt." 7 Bände. Schaffhausen, 1850—54.

Mit diesem Werke haben wir bereits die Epoche des Krieges selbst erreicht bezw. überschritten, dem wir uns nunmehr zuwenden. Unter den Aktenveröffentlichungen, welche den Krieg in seinem ganzen Umfange betreffen, ist die ohne Frage werthvollste die von B. Dudik herausgegebene „Correspondenz Kaiser Ferdinands II. und seiner erlauchten Familie mit P. Becanus und P. Wilhelm Lamormaini, kaiserlichen Beichtvätern", Wien 1877. Die übrigen Veröffentlichungen finden am besten bei den einzelnen Perioden des Krieges, welche sie betreffen, Erwähnung.

Eine erschöpfende, den heutigen Anforderungen der Wissenschaft genügende Gesammtdarstellung des Krieges liegt bis jetzt nicht vor; die Gindelyschen Arbeiten, welche am ehesten eine solche zu versprechen schienen, sind bisher, soweit sie auf eigenen Forschungen des Verfassers beruhen, nicht über das Jahr 1630 hinaus vorgedrungen; dagegen hat derselbe in der Sammlung „Das Wissen der Gegenwart" Band V eine populär-zusammenfassende Darstellung entworfen. Die einzige Geschichte des Krieges in seinem ganzem Umfange, die wir besitzen, ist die von Friedrich Schiller (1793 erschienen), welche als litterarisches Denkmal noch heute Beachtung und Interesse erweckt, in ihren Einzelergebnissen aber natürlich von der neueren Forschung in fast allen Punkten völlig überholt ist. Noch vor Schillers Werke war eine Darstellung von französischer Seite erschienen. die im Wesentlichen auf den Memoiren des französischen Diplomaten, Comte d'Avaux, beruht, aber auf eine allseitig erschöpfende Behandlung des Stoffes von vornherein keinen Anspruch erhebt (G. H. Bougeant, Histoire des guerres et des négotiations, qui précédèrent le traité de Westphalie composée sur les mémoires du comte d'Avaux. 1727. 1751).

Bei diesem Mangel an zusammenfassenden Darstellungen, welche sich auf den ganzen Krieg erstreckten und diesen zum ausschließlichen Gegenstande der Behandlung machten, erhalten die unsere Periode betreffenden Abschnitte zweier großer, eine weitere und umfassendere Aufgabe verfolgender Werke eine um so größere Bedeutung. Es sind das die vortrefflichen, von einer einheitlich-wissenschaftlichen Anschauung durchdrungenen und der Bedeutung des Gegenstandes im Rahmen ihrer Aufgabe völlig gerecht werdenden Darstellungen, welche die Periode des dreißigjährigen Krieges in

J. G. Droysens „Geschichte der Preußischen Politik", namentlich in der ersten Abtheilung des dritten Theils (Leipzig 1861) und in der von W. Oncken nach Häussers akademischen Vorlesungen herausgegebenen „Geschichte des Zeitalters der Reformation 1517—1648" (1868. 2. Auflage 1879) gefunden hat. Beide dürfen noch heute eine hervorragende Stelle in der Litteratur über den dreißigjährigen Krieg in Anspruch nehmen.

Wenden wir uns nun den einzelnen Perioden des Krieges zu, so liegen an Aktenveröffentlichungen über den böhmischen Aufstand und den böhmisch-pfälzischen Krieg 1618/22 zwei wichtige Arbeiten vor, deren eine die Correspondenz Ferdinands II. mit dem böhmischen Statthalter Fürsten Lichtenstein enthält (Ch. d'Elvert, die Bestrafung der böhmischen Rebellion. Brünn 1868), während die andere, von H. von Zwiedineck-Südenhorst herrührende, die „venetianischen Gesandtschaftsberichte über die böhmische Rebellion" veröffentlicht (Graz 1880. Vgl. dazu desselben Verfassers darstellende Arbeit: „Die Politik der Republik Venedig während des dreißigjährigen Krieges." Bd. I. Stuttgart 1882). Die bei weitem werthvollste Bereicherung aber hat unsere Kunde über diese Periode, namentlich aber über die dem Kriege vorangehenden böhmischen Zustände, welche die Veranlassung zu demselben gewesen sind, durch das auf den umfassendsten archivalischen Vorarbeiten beruhende Werk Anton Gindelys „Geschichte des dreißigjährigen Krieges" erfahren, welches in den bisher vorliegenden Bänden I (in drei Abtheilungen) und II (1869—80) thatsächlich zunächst nur diese Periode behandelt, für die es als grundlegend nach jeder Richtung hin bezeichnet werden kann. Daneben wären an Specialarbeiten vor Allem die beiden Abhandlungen von J. Svoboda (Die Kirchenschließung zu Klostergrab und Braunau und die Anfänge des dreißigjährigen Krieges, Zeitschrift für katholische Theologie Band X) und J. Krebs (Die Schlacht am Weißen Berge bei Prag im Zusammenhange der kriegerischen Ereignisse. 1879) zu erwähnen.

Die niedersächsisch-dänische Periode hat eine umfassende Bearbeitung durch J. O. Opel „Der niedersächsisch-dänische Krieg" (2 Bde. Halle 1872. Magdeburg 1878) erfahren, neben der dann die Onno Kloppsche Arbeit „Tilly im dreißigjährigen Kriege" (Stuttgart 1861) in Betracht kommt. Für das mit dieser Periode in der Hauptsache zusammenfallende erste Generalat Wallensteins, mit welchem sich die später zu erwähnende fast unübersehbare Wallenstein-Litteratur weniger als mit dem zweiten und mit der Katastrophe Wallensteins beschäftigt, ist namentlich neben Rankes „Geschichte Wallensteins" (Leipzig 1869) Gindelys zweibändiges Werk „Waldstein während seines ersten Generalats 1625—30" (Prag und Leipzig 1886) von Bedeutung, das am schärfsten den Standpunkt der Anklage gegen Wallenstein vertritt und schon im ersten Generalat die von ihm verschuldeten Ursachen seiner späteren Katastrophe auf Grund eines reichen archivalischen Materials, aber mit unverkennbarer Einseitigkeit nachzuweisen sucht. Daneben wären für diesen Zeitraum etwa noch folgende Specialarbeiten zu nennen: H. v. Zwiedineck-Südenhorst, „Wallensteins Feldzug gegen Mansfeld im Herbst 1626 und die Brucker Conferenz" (Mittheilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung Bd. 6), F. Tadra, „Briefe Albrecht von Waldsteins an Karl von Harrach 1625—27", 1879, und L. Raßfeld, „Zwei Monate Wallensteinscher Kriegführung, September und Oktober 1627", endlich die Untersuchung von Th. Tupetz, „Der Streit um die geistlichen Güter und das Restitutionsedict von 1629", 1883.

Für die Geschichte der Kriegführung Gustav Adolfs auf deutschem Boden kommen zunächst eine Reihe von Aktenveröffentlichungen aus dem schwedischen Archive in Betracht, die zum Theil von schwedischen, zum Theil von deutschen Forschern ver-

anstaltet worden sind; von den ersteren nennen wir: 1) Arkiv till upplysning om Svenska Krigens och Krigsinrättningarnes historia. Vol. 1—3 (från och med år 1630 till och med år 1632); 1 utg af R. M. Klinkowström, 2. 3. af J. Mankell, Stockholm 1854—61. 2) Koning Gustaf II. Adolfs skrifter utg. af C. Styffe, Stockholm 1861; von den letzteren verdient namentlich die Publication G. Droysens, „Schriftstücke von Gustav Adolf zumeist an evangelische Fürsten Deutschlands" (Stockholm 1877) Beachtung. Von neueren Darstellungen haben etwa die folgenden hervorragendere Bedeutung: A. Cronholm, Sveriges historia under Gustav II. Adolfs reger. 6 D. 1857—74; daraus übersetzt: H. Helms, „Gustav II. Adolf in Deutschland". Bd. I. 1874. E. G. Geijer, „Geschichte von Schweden". Band III. 1836. Unter den deutschen Darstellungen der Periode Gustav Adolfs darf ohne Frage G. Droysens Werk, „Gustav Adolf", 2 Bde., 1869/70 den ersten Platz in Anspruch nehmen, neben dem, aber nicht ohne große Vorsicht, A. F. Gfrörers in 4. Auflage von Onno Klopp herausgegebene „Geschichte Gustav Adolfs" zu benutzen wäre. An Specialuntersuchungen über einzelne Seiten der Thätigkeit des Königs oder einzelne kleinere Epochen und Ereignisse ist eine große Anzahl vorhanden, unter denen wir K. G. Helbigs Abhandlung über „Gustav Adolf und die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg" (1854) und das Werk von Sodens, „Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland von 1631 bis 1635", 3 Bde., 1865—69, anführen; von den einzelnen Ereignissen aus dieser Zeit hat namentlich die Eroberung und Zerstörung Magdeburgs die Forschung wiederholt beschäftigt; vgl. u. A. K. Wittich, „Zur Katastrophe des 10/20. Mai 1631." (Magdeburgische Geschichtsblätter Bd. 22.), G. Droysen, „Studien über die Belagerung Magdeburgs" (Forschungen zur deutschen Geschichte Bd. III.), mehrere kleinere Untersuchungen des Magdeburger Stadtarchivars Dr. Dittmar, namentlich aber dessen umfassende Arbeit „Beiträge zur Geschichte der Stadt Magdeburg in den ersten Jahren nach ihrer Zerstörung 1631." 1. Theil. Heft 19 der von G. Droysen herausgegebenen „Halleschen Abhandlungen zur neueren Geschichte"; endlich die Abhandlung von Volkholz „Die Zerstörung Magdeburgs im Lichte der neuesten Forschung", 1892, welche eine Analyse des gesammten erhaltenen Quellenmaterials giebt, aber aufs Neue gezeigt hat, daß zu einem wirklich endgiltig entscheidenden Ergebniß über die Entstehung des allgemeinen Brandes der Stadt nicht zu gelangen ist; ferner beschäftigen sich zwei monographische Abhandlungen mit der Schlacht bei Lützen (Droysen, „Materialien zur neueren Geschichte, Heft I., Gedruckte Relationen über die Schlacht bei Lützen" 1880 und, im Anschluß hieran und nicht selten im Gegensatz zu Droysens Ergebnissen, H. Diemar, „Untersuchungen über die Schlacht bei Lützen", 1890).

Ueber die fast unübersehbare Wallenstein-Litteratur ist neuerdings eine die Zeit von 1626 bis 1878 umfassende bibliographische Uebersicht von Schmid in den Mittheilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, Bd. XVII. erschienen. Wir müssen uns hier mit der Anführung der entscheidenden Erscheinungen an Aktenveröffentlichungen und Darstellungen begnügen. Unter den Quellenpublicationen früherer Zeit nimmt die erste Stelle die Sammlung Fr. Försters „Albrecht von Wallensteins ungedruckte Briefe aus den Jahren 1627 bis 1634", 3 Theile, Berlin 1828 ff. ein, welche dem Herausgeber derselben die Unterlage zu seiner Auffassung gegeben hat. Daß Förster auf Grund dieses reichen von ihm zusammengebrachten Materials die Schuld Wallensteins, d. h. dessen geheime, im Widerspruch mit den ostensibeln geführten Verhandlungen mit Schweden und Sachsen geleugnet hat, liegt in erster Linie daran, daß Wallenstein selbst in seinen eigenen Briefen sich der äußersten Vorsicht nach dieser

Richtung befleißigt hat. Wer daher wie Förster auf diese den Hauptnachdruck legt, wird naturgemäß zu einer zu günstigen Auffassung über den kaiserlichen Generalissimus gelangen. Dies ist auch der Grund, aus dem auch Hallwich in seinen verschiedenen, zum großen Theil auf der Correspondenz Wallensteins beruhenden Arbeiten zu einer der Försterschen ähnlichen Auffassung gelangt ist. So wenig man nun nach den neuesten, die Frage entscheidenden Aktenveröffentlichungen in der Lage sein wird, Hallwich in allen seinen Ergebnissen zuzustimmen, so gebührt ihm doch das große Verdienst, der Forschung eine Fülle neuen Materials zugeführt zu haben. Das gilt namentlich von seinem zweibändigen Werke „Wallensteins Ende. Ungedruckte Briefe und Akten", Leipzig 1879, neben dem er seine Auffassung noch in mehreren kleineren Arbeiten („Wallenstein und Arnim im Frühjahr 1632" in den Mittheilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, Bd. XVII., „Heinrich Matthias Thurn als Zeuge im Prozeß Wallenstein" 1883 u. a. m.) vertreten hat. Ihm ist dann, zum Theil noch weit über ihn hinausgehend, namentlich Schebek in seinem Werke „Die Lösung der Wallensteinfrage", 1881, und „Kinsky und Feuquières", 1882, beigetreten. In dem ersteren Werke hat Schebek den gänzlich übertriebenen und verunglückten Versuch gemacht, den Untergang Wallensteins auf eine systematische Intrigue Slawatas zurückzuführen, deren Fäden er oft auf Grund der gewagtesten Combinationen und Interpretationen der Quellen mehr construirt, als gefunden hat. Jedenfalls wird man diese, den höchst bedenklichen Charakter der Wallensteinschen Verhandlungen mit Schweden und Sachsen so gut wie völlig in Abrede stellenden Versuche, die volle Unschuld Wallensteins nachzuweisen, jetzt endgiltig aufgeben müssen, nachdem aus dem schwedischen und sächsischen Archive die entscheidenden Quellen über diese Frage zu Tage getreten sind. Allen diesen neuesten Veröffentlichungen, welche zum Theil wirklich sehr zu Ungunsten Wallensteins sprechen, zum Theil aber auch von den Forschern, welche sie entdeckten und verwertheten, noch ungünstiger, als es nöthig ist, gedeutet worden sind, haben das Gemeinsame, daß sie in erster Linie nicht Correspondenzen Wallensteins selbst, sondern die schriftlichen Aeußerungen der andern an den Verhandlungen mittelbar oder unmittelbar betheiligten Persönlichkeiten, Thurns, Bubnas, Oxenstiernas ꝛc. enthalten, welche den vielberufenen Bericht Sesyma Raschins, über den neuerdings Max Lenz eine vortreffliche und eindringende analytische Kritik in H. v. Sybels historischer Zeitschrift Bd. 59 veröffentlicht hat, in den Hauptsachen, aber keineswegs in allen Einzelheiten bestätigt haben. Diese entscheidenden, die Auffassung Försters, Hallwichs und Schebeks in vielen überaus wichtigen Punkten widerlegenden Publicationen sind die von E. Hildebrand, „Wallenstein und seine Verhandlungen mit den Schweden. Aktenstücke aus dem schwedischen Reichsarchiv zu Stockholm," 1885, Gaedeke, „Wallensteins Verhandlungen mit den Schweden und Sachsen 1631—1634", 1885, und G. Irmer, „Die Verhandlungen Schwedens und seiner Verbündeten mit Wallenstein und dem Kaiser, 1631—1634", 2 Bände (Bd. 35 und 39 der „Publicationen aus den preußischen Staatsarchiven") 1888/89. Man wird also im Allgemeinen sagen müssen, daß die neuere Forschnng zu für Wallenstein günstigen oder ungünstigen Resultaten gelangt ist, je nachdem sie in erster Linie dessen eigene oder die Aufzeichnungen Anderer benutzt hat. Den der Persönlichkeit Wallensteins allein gerecht werdenden mittleren Standpunkt, welchen wir in unserer Darstellung zu vertreten gesucht haben, gewinnt man natürlich nur durch eine Combination beider Quellengruppen. Diese richtigste, von der Frage über Schuld und Unschuld ablenkende und allein die historische Entwickelung und die weltgeschichtliche Bedeutung des rätselhaften Mannes berücksichtigende Auffassung hat

vor Allem Ranke in seiner geradezu klassischen „Geschichte Wallensteins" begründet, welche selbst durch die neuesten Veröffentlichungen nur in wenigen Punkten überholt und berichtigt worden ist und namentlich auch dem Berichte Raschins gegenüber bereits die entscheidenden Gesichtspunkte völlig klar zur Geltung gebracht hat. Und fast will es uns scheinen, als wenn diese Ranke'sche Auffassung in ihrer psychologischen Grundrichtung von der großartig motivirten Conception Schillers doch nicht so weit abwiche, wie neuerdings von den die Schuld Wallensteins am schroffsten vertretenden Forschern wohl behauptet worden ist. Die eigentlichen Triebfedern und Beweggründe von Wallensteins Handeln scheint mir vielmehr der Dichter, so oft seine Darstellung in thatsächlichen Einzelheiten auch unrichtig ist, doch vorahnend mit dem sicheren Blick schöpferischer Genialität erkannt zu haben.

Die späteren Phasen des Krieges, welche an dramatischer Bewegung und historischem Interesse mit der Periode Gustav Adolfs und Wallensteins auch nicht annähernd zu vergleichen sind, haben in Folge dessen auch bei weitem nicht die Fülle von Bearbeitungen gefunden wie jene. Nur der einzigen größeren historischen Persönlichkeit, welche in den Jahren nach Wallensteins Untergang am meisten in den Vordergrund der Ereignisse trat, dem Herzoge Bernhard von Weimar, ist auch eine umfassende, auf eingehendsten archivalischen Studien beruhende und mit liebevoller Sorgfalt gearbeitete Darstellung zu Theil geworden. Durch dieses neueste Werk G. Droysens „Bernhard von Weimar", 2 Bände, 1885, ist die ältere Lebensbeschreibung des Herzogs von B. Röse (Weimar 1828) vollständig überholt und in den Schatten gestellt worden. Außerdem haben mehrere einzelne Ereignisse aus der Bernhardschen Periode (1634—1639), eine monographische Behandlung erfahren, so die Schlacht bei Nördlingen (J. Fuchs, Die Schlacht bei Nördlingen am 6. September 1634. Wien 1868 und O. Fraas, Die Nördlinger Schlacht am 27. August 1634. Nördlingen 1869), der Prager Friede (K. G. Helbig, Der Prager Friede, im historischen Taschenbuch, Jahrgang 1859), die Schlacht bei Wittstock (R. Schmidt, Die Schlacht bei Wittstock [1636]. Halle 1876) u. a. m.

Für die letzten Kriegsjahre (1640—1648) verdient namentlich die u. A. auf den Berichten Torstensons beruhende Darstellung von B. Dudik „Schweden in Böhmen und Mähren, 1640—1650", 1879, eingehende Beachtung; außerdem aber die Arbeit F. W. Bartholds über „Johann von Werth im nächsten Zusammenhange mit der Zeitgeschichte", Berlin 1826, welche als eine wichtige Vorarbeit zu desselben Verfassers „Geschichte des großen deutschen Krieges vom Tode Gustav Adolfs ab und mit besonderer Rücksicht auf Frankreich." 2 Theile. Stuttgart 1842/43, zu betrachten ist. Ferner erwähnen wir noch von Specialuntersuchungen die Arbeit von H. Brockhaus über den „Kurfürstentag zu Nürnberg im Jahre 1640 (Leipzig 1883), die Biographie Peter Melanders, Reichsgrafen zu Holzappel von W. Hofmann (München 1882), ferner J. Heilmann, „Die Feldzüge der Bayern in den Jahren 1643, 1644, 1645 unter den Befehlen des Feldmarschalls Franz Freiherrn von Mercy" (Leipzig und Meißen 1851) u. a. m.

Ueber den westfälischen Frieden liegt vor Allem die umfassende Aktenpublication J. G. von Meierns vor: „Acta pacis Westphalicae oder Westphälische Friedenshandlungen und Geschichte", 6 Bände, Hannover 1734—1736 und als Ergänzung dazu die „Acta pacis executionis publica oder Nürnbergische Friedens-Executionshandlungen und Geschichte", 2 Bände, Hannover und Göttingen 1736/37; ferner die „Westfälische Friedens-Canzley" C. W. Gärtners in 9 Bänden, Leipzig 1731—1738; außerdem von französischer Seite: Négociations secrètes touchant la paix de Münster et d'Osnabrug, ou recueil des préliminaires, instructions, lettres, mémoires etc. concer-

nant les négociations depuis 1642 jusqu'en 1648 avec les depêches de Mr. de Vautorte etc. A la Haye 1725/26. Von den Darstellungen der Friedensverhandlungen erwähnten wir schon die gleichzeitige Adam Adamis „Arcana pacis Westphalicae." Frankfurt 1698, unter dem Titel: „Historica relatio de pacificatione Osnabrugo-Monasteriensi 1707 hrsg. von J. G. v. Meiern. Vgl. ferner J. J. Moser, Erläuterungen des Westfälischen Frieden aus reichshofräthlichen Handlungen. 2 Theile. 1775, J. St. Pütter, Geist des Westfälischen Friedens. 1795. K. von Senkenberg, Darstellung des Osnabrück- und Münsterschen oder sogenannten Westfälischen Friedens 1804.

Zu einer systematischen Schilderung der Folgen des Krieges hat den ersten umfassenden, wenngleich keineswegs auch nur annähernd erschöpfenden Versuch unternommen Karl Friedrich Hanser in seinem noch heute sehr beachtenswerten Werke: „Deutschland nach dem dreißigjährigen Kriege. Dargestellt in politischer, materieller und socialer Beziehung." Leipzig 1862. Nach ihm hat namentlich Inama-Sternegg (Die volkswirthschaftlichen Folgen des dreißigjährigen Krieges für Deutschland. Historisches Taschenbuch 1864) die leitenden Gesichtspunkte für eine solche erschöpfende Darstellung vortrefflich angegeben und selbst angewendet. Außerdem liegt darüber eine reiche, zumeist allerdings der höheren wissenschaftlichen Gesichtspunkte ermangelnde lokalgeschichtliche Litteratur vor, die der Ergänzung und einheitlichen Verwerthung dringend bedarf. Als einige der wichtigsten Erscheinungen derselben heben wir die folgenden hervor: Roth, Zeitz im dreißigjährigen Kriege. Mittheilungen des Thüring.-Sächsischen Vereins, Band 12. Puntschert, Kriegsschäden in Retz und Umgebung während des Schwedeneinfalls im Jahre 1645. Blätter des Vereins für Landeskunde Niederösterreichs. Neue Folge. Band 14/15. O. Kins in den Jahrbüchern für Nationalökonomie Band 14 2c.

Verzeichniß der Illustrationen.

Im Text.

wie auch den Schwedischen vnd Gothischen Königen / die von Christi Geburt hero / so wol ausser als inner Lands regieret / gehandelt wirdt:
In zwey Theil vnderschieden:

Deren der Erste handelt von Anfang der obangeregten Zeit / biß auff die Herrschung GVSTAVI ADOLPHI, deß nunmehr glücklich Regierenden vnd Triumphirenden Königs der Schweden / Gothen vnd Wenden / etc.

Im Andern werden beschrieben alle die Expeditionen / Verrichtungen / Sieghaffte Schlachten / Eroberungen vnd Victorien / so höchstermeldte Königliche Majestät / biß auff gegenwärtige Zeit / durch Gottes Gnade erlangt.

Alles GOtt zu Ehren / vnd der Wahrheit zu stewer / den Liebhabern aber der Alten vnd Newen Historien zu Gefallen verfasset

durch

Joh. Ludwig Gottfried.

Mit schönen Kupfferstücken gezieret / vnd an Tag gegeben durch Friederich Hulsium.

Gedruckt zu Franckfurt am Mayn / bey Wolffgang Hofmann /
In Verlegung obgedachtes Hulsij. Im Jahr Christi 1632.

Karten im Text.

Vollbilder.

Doppelvollbilder.

Beilagen.

Karte.

Inhalts-Verzeichniß.

Erstes Buch.

Gänzlicher Zerfall der Reichsverfassung. Organisation entgegengesetzter Parteien. Union und Liga.

Zweites Buch.

Der dreißigjährige Krieg.

Erste Periode.

Der böhmisch-pfälzische Krieg.
(1618—1623.)

Zweite Periode.

Der niederdeutsch-dänische Krieg.

Wallensteins erstes Generalat.

(1623—1630.)

Dritte Periode.

Gustav Adolf und Wallenstein.

Der Prager Friede.

(1630—1635.)

Vierte Periode.

Offenes Eingreifen Frankreichs in den deutschen Krieg. Richelieu und Bernhard von Weimar.

(1635—1639.)

Fünfte Periode.

Ausgang des Krieges und Beginn der Friedensverhandlungen.

(1640—1648.)

Drittes Buch.

Der westfälische Friede und die Folgen des Krieges.

Vollendung des Satzes am 19. December 1893.



